

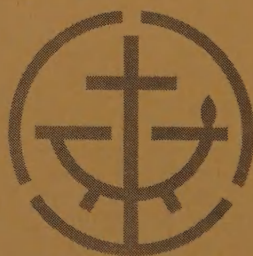
School of Theology at Claremont



1001 1411795

# KIRCHLICHES JAHRBUCH

1967



Theology Library

SCHOOL OF THEOLOGY  
AT CLAREMONT  
California







KIRCHLICHES JAHRBUCH 1967

KIRCHLICHES JAHRBUCH

VERLAG DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND

1967

VERLAG DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND

VERLAG DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND

VERLAG DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND

VERLAG DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND



# KIRCHLICHES JAHRBUCH

FÜR DIE EVANGELISCHE KIRCHE IN DEUTSCHLAND

BX

8020

1967

A2

K5

v. 94

BEGRÜNDET VON JOHANNES SCHNEIDER

HERAUSGEGEBEN VON JOACHIM BECKMANN

94. JAHRGANG

GÜTERSLOHER VERLAGSHAUS GERD MOHN

# KIRCHLICHES JAHRBUCH

FÜR DIE EVANGELISCHE KIRCHE IN DEUTSCHLAND

1969

HERAUSGEGEBEN VON JOHANNES RECHENBERG

VERLAGSLEITER FÜR DIE EVANGELISCHE KIRCHE IN DEUTSCHLAND

IN VERBAND MIT

© Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn · Gütersloh 1969

Gesamtherstellung F.L.Wagener · Lemgo

Printed in Germany · Verlagsnummer 04420

# INHALT

## KIRCHLICHE ZEITGESCHICHTE 1967

### I. Die Evangelische Kirche in Deutschland

Von Gottfried Niemeier .....	1
Vorbemerkung: Ein unruhiges Jahr der Kirche .....	1
1. Um die Einheit der EKD .....	4
Rechenschaftsbericht von Bischof D. Jänicke (Auszug) .....	5
Rechenschaftsbericht von Präses D. Wilm (Auszug) .....	7
EntschlieÙung der westfälischen Landessynode .....	11
2. Die 1. Tagung der 4. Synode der EKD .....	12
Rechenschaftsbericht des Ratsvorsitzenden Bischof D. Scharf .....	13
Bericht von Bischof D. Krummacher .....	23
EntschlieÙung der in Fürstenwalde tagenden Synodalen zum Krummacherbericht .....	27
Erklärung der in Fürstenwalde versammelten Mitglieder der Synode zur Einheit der EKD .....	27
EntschlieÙung der in Spandau versammelten Synodalen zu dem Krummacherbericht und der Fürstenwalder Erklärung .....	30
Kirchengesetz über Tagungen der Synode und der Kirchenkonferenz in besonderen Fällen .....	31
EntschlieÙung der in Fürstenwalde versammelten Synodalen zum Friedens- und Versöhnungsdienst der Kirchen .....	34
EntschlieÙung der in Berlin-Spandau versammelten Synodalen zu Fragen der Diakonie .....	35
EntschlieÙung der in Fürstenwalde versammelten Synodalen zum Diakonischen Dienst .....	37
3. Abendmahlsgespräch, Abendmahlsgemeinschaft und Kirchengemeinschaft .....	38
Rechenschaftsbericht von Landesbischof D. Dr. Lilje (Auszug) .....	38



Entschließungen der Generalsynode der VELKD .....	39
Vorschlag der Abendmahlskommission der VELKD für eine Stellungnahme zu der Empfehlung der II. Abendmahlskommission der EKD .....	39
Stellungnahmen von Landesbischof D. Dietzfelbinger vor Tagungen der Landessynode (Auszug) .....	40
Entschließung der bayerischen Landessynode .....	44
Schreiben der Pfälzischen Landeskirche an alle Gliedkirchen der EKD: Angebot der vollen Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft .....	44
Arnoldshainer Konferenz:	
Erklärung über Selbstverständnis und Aufgaben der Konferenz .....	45
Vorbereitung lutherisch-reformierter Lehrgespräche:	
Schreiben der Europäischen Gebietsversammlung des Reformierten Weltbundes an die lutherischen Kirchen Europas .....	46
Antwort von Landesbischof D. Dr. Lilje .....	47
4. Theologie und Verkündigung .....	48
Die Kranzbacher Thesen der Bischofskonferenz der VELKD .....	48
Erklärung des Moderaments des Reformierten Bundes „Predigtauftrag und Predigtnot“ .....	50
Rechenschaftsbericht von Präses Professor D. Dr. Beckmann vor der rhei- nischen Landessynode (Auszug) .....	52
Rechenschaftsbericht von Landesbischof D. Dietzfelbinger vor der baye- rischen Landessynode (Auszug) .....	57
Mitteilung der Württembergischen Evangelischen Landessynode an die Ge- meinden .....	59
Entschließungen der Generalsynode der VELKD zum Thema „Bekenntnis und Schriftauslegung in der Gemeinde“ .....	60
Erklärung der westfälischen Kirchenleitung zum Reformationsgedenken ...	63
Entschließung der westfälischen Landessynode zur theologischen Lage ....	63
Die Rummelsberger Thesen .....	64
Erklärung der Evangelischen Sammlung Berlin zur gegenwärtigen theolo- gischen Lage .....	66
Stellungnahme der Kirchenleitung Berlin-West zur Evangelischen Samm- lung Berlin .....	69
Düsseldorfer Erklärung der Bekenntnisbewegung .....	70
Bekenntnisbewegung und Kirchentag:	
Brief der Bekenntnisbewegung an das Kirchentagspräsidium .....	72
Antwort des Kirchentagspräsidenten .....	73
Brief von Pfarrer Bäumer an den Kirchentagspräsidenten .....	74

5. Kirchenreform und kirchliche Strukturplanung .....	76
Thesen der VELKD zur Kirchenreform .....	76
6. Amt, Ämter und Dienste in der Kirche.....	85
a) Reform des theologischen Studiums .....	85
Empfehlungen des Fakultätentages .....	85
b) Ämter und Dienste in der Kirche .....	91
Memorandum zur Gewinnung und Ausbildung von Frauen für den Gemeindedienst .....	92
7. Der Beitrag der Kirche zu Aufgaben des politischen und sozialen Friedens .....	95
a) Die Diskussion über Recht und Grenze kirchlicher Verantwortung für Staat und Gesellschaft .....	95
Briefwechsel zwischen Landesbischof D. Dr. Lilje und Professor D. Gollwitzer .....	95
Thesen des Kirchentages der evangelischen Schlesier .....	101
Briefwechsel zwischen Bischof Professor D. Meyer und Professor D. Dr. Konrad .....	102
Die Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher:	
Gründungsaufruf (Auszug) .....	105
Flugblatt „Was jeder Kirchentagsbesucher wissen muß“ .....	106
Veröffentlichung „Politik in der Kirche“ – Schwarmgeisterei oder fremde Machtpolitik? (Auszüge) .....	107
Schreiben der Notgemeinschaft an Kreise der Industrie und des Handels .....	109
b) Vom Dienst der Kirche am Frieden zwischen den Völkern .....	109
A. Ein bischöflicher Briefwechsel .....	110
Briefwechsel zwischen Bischof D. Scharf und Bischof D. Jänicke ....	110
B. Aus der Friedensarbeit gliedkirchlicher Synoden .....	113
Rechenschaftsbericht von Präses D. Wilm „Der Friede der Welt“ (Auszug) .....	113
Entschließung der westfälischen Landessynode „Der Friede in der Welt“ .....	117
C. Die Friedensfrage auf dem 13. Deutschen Evangelischen Kirchentag .....	119
Ansprache des Kirchentagspräsidenten (Auszug) .....	119



Vortrag von Professor Dr. K. F. von Weizsäcker „Friede und Wahrheit“ (Auszug) .....	121
D. Kirchliche Stellungnahmen zum Krieg im Nahen Osten .....	125
Aufruf des Evangelischen Arbeitskreises „Kirche und Israel“ in Hessen und Nassau .....	125
Aufruf des Ratsvorsitzenden Landesbischof D. Dietzfelbinger .....	126
Aufruf von Kirchenpräsident Professor D. Sucker .....	126
Aufruf von Kirchenpräsident Professor D. Schaller .....	127
Meditation von Landesbischof D. Dr. Lilje .....	127
Aufruf der Westberliner Kirchenleitung .....	128
E. Kirchliche Erklärungen zum Krieg in Vietnam .....	129
Rundschreiben des Rates der EKD an die Gliedkirchenleitungen ....	129
Entschließung der EKD-Synode zu dem Konflikt in Vietnam .....	131
Wort der pfälzischen Landessynode an die Gemeinden .....	131
Rundschreiben der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau an die Gemeinden .....	131
Erklärung des Kirchenausschusses der Bremischen Kirche .....	132
c) Weltweite Diakonie als Dienst am Frieden .....	132
Aufruf zur IX. Aktion „Brot für die Welt“ .....	133
d) Vom kirchlichen Dienst am innenpolitischen und sozialen Frieden .....	134
Wort des pfälzischen Landeskirchenrats zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz .....	134
Entschließung der Landessynode der Evangelischen Kirche von Westfalen zur Lage im Ruhrgebiet .....	135
e) Der Frieden innerhalb der Kirche .....	136
Brief von Bischof D. Scharf .....	137
8. Zum evangelisch-katholischen Verhältnis und Gespräch .....	138
Erklärung des Vorsitzenden des Rates der EKD Landesbischof D. Dietzfelbinger und des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Kardinal Döpfner zum gemeinsamen Vaterunser-Text im deutschen Sprachbereich...	139
Entschließung der Synode der EKD zum Verhältnis zur katholischen Kirche	140
Bericht von Landesbischof D. Dietzfelbinger vor der Generalsynode der VELKD .....	142
Wort der westfälischen Landessynode „An die Christen in unserem Land“	144

9. Der evangelische Beitrag zum bildungs- und schulpolitischen Gespräch und Geschehen .....	145
Bericht von Kirchenpräsident Professor D. Sucker auf der EKD-Synode ...	146
EntschlieÙung der EKD-Synode zur Kulturpolitik .....	148
Brief von Präses D. Wilm an den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen (Auszug) .....	149
Aufruf der Evangelischen Kirche von Westfalen an die Eltern zur Schulreform .....	150
Beschlul der rheinischen Landessynode zur Neuordnung des Volksschulwesens	151
Offener Brief von Landesbischof D. Dietzfelbinger zur Schulfrage .....	152
Brief von Landesbischof D. Dietzfelbinger an den bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus .....	152
Erklärung der bayerischen Landessynode zur Volksschulfrage .....	154
Leitsätze für den Unterricht und die Erziehung nach gemeinsamen Grundsätzen der christlichen Bekenntnisse .....	155
10. Der „Flensburger Streit“ um die Gefallenenehrung .....	157
Thesen von drei Flensburger Pfarrern .....	157
Schreiben des Wehrbereichsbefehlshabers I (Auszug) .....	158
EntschlieÙung der Kirchlichen Bruderschaft Schleswig-Holsteins .....	158
Stellungnahme von Bischof D. Wester .....	159
Erklärung von 18 Pastoren der Propstei Flensburg .....	160
Voten der Mitglieder der Evang.-Theol. Fakultät Kiel .....	162
Erklärung der Pastoren an St. Marien zu Flensburg .....	166
Rechenschaftsbericht von Bischof Dr. Hübner (Auszug) .....	166
11. Der studentische Protest .....	166
Brief von sechs Studentenpfarrern in Berlin an ihre Amtsbrüder .....	168
Aufruf der Evangelischen Studentengemeinde Berlin .....	169
Wort der Evangelischen Kirchenleitung Berlin-West an die Berliner .....	169
Brief von Bischof D. Scharf an kritisierende Gemeindeglieder .....	170
Die Vorgänge in Berliner Kirchen (Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche und Kirche in Neu-Westend) .....	175
Stellungnahme der Kirchenleitung zu den Vorgängen in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche .....	175
Erklärung der Evangelischen Studentengemeinde .....	176
Schlul .....	177

## II. Die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik

Von Erwin Wilkens .....	178
1. Politische Zusammenhänge .....	178
2. Die Kirche in Staat und Gesellschaft .....	181
a) Allgemeines zum Verhältnis von Kirche und Staat .....	181
Ausführungen von Prof. Dr. Trebs über den Begriff des Humanismus .....	182
Rede von Gerald Götting auf der Tagung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU mit Universitätstheologen, Geistlichen und anderen christlichen Persönlichkeiten (Auszug) .....	182
Stellungnahme zur EKD von Dr. Toeplitz .....	183
Briefwechsel zwischen Kirchenpräsident Dr. Müller, Dessau, und Gerald Götting .....	186
Flugschrift der Arbeitsgruppe „Verantwortungsbewusste Kirchenpolitik heute“ .....	188
b) Reformations-Jubiläum 1967 .....	189
Bericht über die Wartburg-Feiern der Thür. Landeskirche in Eisenach .....	189
Schreiben des Ministerrats der DDR betr. Einreise in die DDR zur Teilnahme an den Jubiläumsveranstaltungen .....	190
Presseerklärung des Vorbereitenden Ausschusses für die zentralen kirchlichen Veranstaltungen .....	191
Referat von Gerald Götting bei dem Festakt in Wittenberg .....	192
Berichte von Teilnehmern aus dem Westen .....	205
Presseverlautbarung des Rates der EKD .....	211
Zusammenfassung von Publikationen in der DDR über den Wandel im Lutherbild und im Verständnis der Reformation in der Geschichtsforschung der DDR .....	212
c) Öffentliche Verantwortung der Kirche .....	214
Entschließung der in Fürstenwalde tagenden Synodalen zur vormilitärischen Ausbildung der Jugend und zum Friedensdienst junger Christen .....	214
Briefwechsel zwischen Bischof Jänicke und Bischof Scharf .....	214
Auszug aus dem Tätigkeitsbericht der Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg vor der Regionalsynode Ost .....	217
Entschließung der EKD-Synode in Fürstenwalde .....	218
d) Jugend- und Bildungspolitik des Staates .....	219
Neue Definitionen der Jugendweihe .....	219
Vorbereitung auf die Jugendweihe .....	220

Beschluß des Staatsrates der DDR zur Jugendpolitik .....	220
Zehn Grundsätze der sozialistischen Jugendpolitik .....	222
<b>3. Kirchliche Gesamtsituation .....</b>	<b>228</b>
a) Allgemeines .....	228
Bürger, Staat und Regime in der DDR (Auszüge aus einem Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“) .....	228
Kirchen passen ihre Strukturen der heutigen Lage an (Zusammenfassen-der epd-Bericht über Grundsatzbeschlüsse in vier mitteldeutschen Landessynoden) .....	229
Erfahrungen bei Visitationen und Gemeindebesuchen (Auszug aus dem Rechenschaftsbericht von Bischof Krummacher vor der pommerschen Landessynode) .....	230
Hirtenbrief der römisch-kath. Bischöfe in der DDR .....	236
b) Kirchlicher Zusammenhalt zwischen Ost und West .....	240
1. Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg .....	240
Bericht über die Auseinandersetzungen im Weißenseer Arbeitskreis in der Frage der Einheit der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg ....	240
Bericht der Kirchenleitung Ost vor der Regionalsynode Ost .....	241
Memorandum der Theol. Fakultät der Humboldt-Universität zur Frage des Bischofsamtes .....	242
Mitteilung der Kirchenleitung über die Bischofswahl .....	244
Erklärung der Kirchenleitung zur Amtsführung des Verwesers des Bischofsamtes .....	244
Erklärung von Generalsuperintendent Schönherr zu seiner Bestellung zum Verwalter des Bischofsamtes .....	246
Kontakt zwischen Bischof und Verweser kirchenrechtlich bindend (epd-Bericht über die Regionalsynode Ost) .....	247
Beschlüsse der Regionalsynode Ost zur Leitung der Kirche .....	248
Votum von Bischof Scharf zur Bestellung des Bischofsverwesers ....	249
Berichte über den Besuch von Generalsup. Schönherr bei Staatssekretär Seigewasser .....	250
Ansprache von Generalsup. Schönherr anlässlich eines Empfangs durch den Bezirk Frankfurt an der Oder .....	250
Zwei Kommentare zur Regelung des Bischofsamtes .....	252
2. Die Evangelische Kirche in Deutschland .....	256
Bericht von Bischof Fränkel vor der Synode der schlesischen Kirche	257
Bericht von Bischof Jänicke „Zur Einheit der EKD“ .....	258
Wort der Landessynode Mecklenburgs an die Gemeinden .....	260
Bericht über die Synode der thüringischen Landeskirche .....	260

epd-Kommentar zur Verlegung der EKD-Synode nach Fürstenwalde	261
Brief des stellv. Präses der EKD-Synode an Staatssekretär Seigewasser	262
Kommentar des Berichterstatters zu der Verlegung der Tagung	262
Ergänzender Bericht von Bischof Krummacher zum Tätigkeitsbericht des Ratsvorsitzenden der EKD	264
Entschließung der in Fürstenwalde tagenden Synodalen zum Krummacherbericht	267
Erklärung der in Fürstenwalde versammelten Mitglieder der Synode zur Einheit der EKD	268
Entschließung der in Spandau versammelten Synodalen zu dem Krummacherbericht und der Fürstenwalder Erklärung	270
Bericht über die Arbeit des Ausschusses für öffentliche Verantwortung der Synode in Spandau zum Thema „Einheit der EKD“	270
Rundfunkkommentar des Berichterstatters (Auszug)	275
Aufsatz des stellv. Chefredakteurs des „Neuen Deutschland“: Evangelische Kirchenführer auf Kiesinger/Strauß-Kurs	276
Zerbrochene Fassaden (Kirchenpolitische Konsequenzen aus der Sicht eines westdeutschen Beobachters)	279
Aufsatz von Eberhard Stammler „Die Qual der kirchlichen Einheit“	279
Stellungnahme des neuen Ratsvorsitzenden der EKD zur Frage der Einheit der EKD	283
Um die Einheit der EKD (Zusammenfassung der Diskussion über dieses Thema vom Berichterstatter)	285
c) Gottesdienstliche Fragen	287
Aus dem Tätigkeitsbericht des Landeskirchenamtes Dresden über Gottesdienste in moderner Gestalt	287
Neue Formen des Gottesdienstes in Halle (epd-Bericht)	287
Tanz als Verkündigung? Interview mit Solotänzer Manfred Schnelle	288
Bericht des Landeskirchenamtes Dresden über die Auswirkung der Neuregelung der Arbeitszeit in Wochen mit kirchlichen Feiertagen	290
Auszug aus dem Rundschreiben von Landesbischof Mitzenheim zur Einführung der 5-Tage-Arbeitswoche	291
d) Kirchliche Jugendarbeit	292
Bericht des Unterausschusses Jugend und Erziehung auf der Regionalsynode Ost von Berlin-Brandenburg	292
Entschließung der Regionalsynode Ost	292
epd-Bericht über die Aussprache anlässlich der Verabschiedung der Entschließung	293
Bericht von Bischof Krummacher vor der EKD-Synode über Erziehungsfragen	293

Zusammenfassender Bericht über einen Artikel von Bischof Mitzenheim über Schul- und Erziehungsfragen .....	294
Referat von Provinzialjugendpfarrer Treu vor der Synode der Kirchenprovinz Sachsen zum Thema „Zeugnis und Dienst junger Christen in Kirche und Gesellschaft“ (Auszug) .....	295
Referat von Dipl.-Landwirt Christa Drummer vor der Synode „Was erwartet die Jugend von der Kirche?“ (Auszug) .....	298
e) Diakonie .....	304
Bericht über die diakonische Arbeit in der DDR für die Synode der EKD von Kirchenrat Laudien .....	304
4. Theologische Besinnung .....	307
Christen ohne Privilegien. Möglichkeiten des Christseins in der sozialistischen Gesellschaft. Bericht aus Cottbus von G. Jacob .....	308
Bericht über die Arbeit der „Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft für Strukturfragen der Gemeinde in der DDR“ über „Neue Strukturen der christlichen Gemeinde“ .....	312
Gottesdienst in einer säkularen Welt (Beitrag aus der DDR zur Vorbereitung auf Uppsala 1968) .....	315

## AUS DER AUSLANDSARBEIT DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND

Von Arved Hohlfeld und Wilhelm Nöllenburg .....	321
Kirchengesetz über das Verhältnis der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihrer Gliedkirchen zu evangelischen Kirchengemeinschaften und Gemeinden, Pfarrern und Gemeindegliedern deutscher Herkunft außerhalb Deutschlands. Vom 18. März 1954 .....	323
Vertrag zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Genf .....	331
Vereinbarung zwischen dem Lateinamerika-Komitee des Lutherischen Weltbundes und dem Kirchlichen Außenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland .....	337
„Wie sag ich's meiner Gemeinde?“ Vom Umgang einer Auslandsgemeinde mit dem Geld. Von Oberkirchenrat Dr. Reinhart Müller, Frankfurt a. M. ....	342
Rundschreiben des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland betr. Hilfe für ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) .....	357
Entschließung der Arbeitsgruppe I bei der Internationalen Konsultation in Loccum: „Ort und Aufgabe der fremdsprachigen Gemeinden“ .....	359
Auszug aus dem Tätigkeitsbericht des Kirchlichen Außenamts für die Jahre 1963 und 1964 .....	364



# ZWEI JAHRZEHNTE DEUTSCHER ÖKUMENE IN FREIKIRCHLICHER SICHT

Von Hans Luckey .....	371
I. Das thematische Problem .....	371
Anlage zum Schreiben des Ökumenischen Rates der Kirchen vom 21. Februar 1955 (Ausschnitt aus der Geschäftsordnung über die Nationalen Arbeitsgemeinschaften) .....	374
II. Die Ausräumung von Schwierigkeiten am Ort .....	375
Richtlinien zur Überwindung der Schwierigkeiten, die sich aus dem Nebeneinanderarbeiten verschiedener christlicher Kirchen an einem Ort ergeben .....	380
Ökumene in der Ortsgemeinde .....	381
Wort der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland zu strittigen Amtshandlungen .....	382
Regelung des Übertritts von einer Kirche zur andern .....	383
III. Das Stadium der Selbstdarstellungen .....	384
IV. Die Erarbeitung der Thesen über Taufe und Kirche .....	389
a) Das Gemeinsame und Unterschiedliche in der Tauffrage .....	389
Versuch eines Kompromisses in der Tauffrage von Professor D. Schmitz .....	390
Antwort der Sprecher der Baptisten .....	390
Endgültige Fassung der Taufthesen .....	392
b) Das Gemeinsame und Unterschiedliche im Kirchenverständnis .....	393
Vorschläge für eine Präambel .....	394
Thesen zum Kirchenverständnis .....	396
V. Die Frage nach dem Umfang der deutschen Ökumene .....	399
VI. Grenzen für die deutsche Ökumene .....	406
Fragen und Vorschläge .....	411



# KIRCHLICHE STATISTIK

## I. Gliederung, Pfarrstellen und geistliche Kräfte in den westlichen Gliedkirchen der EKD

Von Paul Zieger .....	417
Tabelle 1: Gliederung der Landeskirchen .....	419
Tabelle 2: Die Stellen für das geistliche Amt .....	420
Tabelle 3: Die Träger des geistlichen Amts .....	422
Tabelle 4: Emeritierte Pfarrer und Pfarrverwalter, beurlaubte Pfarrer und Pfarrer im Wartestand .....	424
Tabelle 5: Lebensalter der im Jahre 1967 emeritierten Pfarrer und Pfarrverwalter und der im aktiven kirchlichen Dienst verstorbenen Pfarrer .....	425

## II. Äußerungen des kirchlichen Lebens 1966 in den westlichen Gliedkirchen der EKD

Von Paul Zieger .....	426
Tabelle 1: Taufen im Jahre 1966 .....	427
Tabelle 2: Kindertaufen in ‰ der Geburten des Jahres 1966 (Taufziffern)...	428
Tabelle 3: Kindertaufen nach dem Ort der Taufe im Jahre 1966 .....	429
Tabelle 4: Konfirmationen im Jahre 1966 .....	430
Tabelle 5: Trauungen im Jahre 1966 .....	431
Tabelle 6: Trauungen in ‰ der Eheschließungen des Jahres 1966 (Trauziffern) .....	432
Tabelle 7: Trauungen von geschiedenen Eheleuten im Jahre 1966 .....	433
Tabelle 8: Kirchliche Bestattungen im Jahre 1966 .....	434
Tabelle 9: Kirchliche Bestattungen von Selbstmördern im Jahre 1966 .....	435
Tabelle 10: Heiliges Abendmahl im Jahre 1966 .....	436
Tabelle 11: Abendmahlsgäste des Jahres 1966 .....	438
Tabelle 12: Kindergottesdienste sowie kirchliche Unterweisung der Jugend im Jahre 1966 .....	440
Tabelle 13: Übertritte (Eintritte) zu den Landeskirchen im Jahre 1966 .....	442
Tabelle 14: Kircheng Austritte im Jahre 1966 .....	443



# Kirchliche Zeitgeschichte 1967

## I. Die Evangelische Kirche in Deutschland

Von Gottfried Niemeier

### VORBEMERKUNG: EIN UNRUHIGES JAHR DER KIRCHE

In das Jahr 1967 fiel eine Reihe bedeutsamer kirchlicher Gedenktage. Die reformatorischen Kirchen in aller Welt gedachten des Thesenanschlags vor 450 Jahren, der für uns das Ereignis geworden ist, mit dem Luthers Erkenntnis den Durchbruch in die Öffentlichkeit vollzog, die reformatorische Bewegung in Gang setzte und die Kirchwerdung der Reformation einleitete. – Die Evangelische Kirche der Union und ihre Gliedkirchen, die Kirchen in Baden, Nassau und der Pfalz gedachten der vor 150 Jahren erfolgten Zusammenführung und Vereinigung lutherischer und reformierter Kirchentümer und Christen in einer gemeinsamen evangelischen Kirche. In der Evangelischen Kirche von Westfalen war der vor hundert Jahren vollzogene Anschluß der reformierten und vom Pietismus geprägten Gemeinden des Siegerlandes an die westfälische Kirche Anlaß des Gedenkens. – Die Bodelschwingschen Anstalten in Bethel blickten auf ein Jahrhundert ihres aus bescheidenen Anfängen entstandenen, in ständig wachsendem Ringen sich ausweitenden Dienstes an Kranken, Hilfsbedürftigen und Ausgestoßenen, an Armen und Elenden zurück.

Wohl boten diese Gedenktage vielfältigen Anlaß zu dankbarem Rückblick, aber sie waren keine festlichen unverbindlichen Erinnerungsfeiern, sondern mehr der Ausrichtung auf die schweren Aufgaben der Kirche in Gegenwart und Zukunft als dem Gedenken großer Vergangenheiten gewidmet. Das Leitmotiv aller Jubiläumsveranstaltungen war die Frage, was das im Erbe der Väter niedergelegte Zeugnis von Christus heute und morgen bedeutet und wie es in Wort und Tat vollmächtig, wirksam und verbindlich in dem gegenwärtigen und in dem auf uns zukommenden Zeitalter auszurichten, welches die uns und der nach uns kommenden Generation mögliche Form des Gehorsams gegenüber dem Christuszeugnis ist.

Die Zeichen der Zeit in Welt und Kirche waren es, die diese Fragen unüberhörbar machten; sie waren es, die das Jahr 1967 zu einem unruhigen Jahr der Evangelischen Kirche in Deutschland werden ließen.

Zutiefst beunruhigt wurde mit der gesamten Christenheit die deutsche evangelische Christenheit durch die Entwicklungen und Ereignisse im weltpolitischen Raum, durch die Fortdauer und Eskalation des Krieges in Vietnam, durch den Ausbruch des Krieges im Nahen Osten, durch die mit Bevölkerungsexplosion und wirtschaftlicher Unterentwicklung heraufbeschworene Bedrohung durch eine Hungerkatastrophe in weiten Gebieten der Erde, durch die fortbestehenden, sich eher verhärtenden als ausgleichenden Spannungen zwischen den Staaten, Gesellschaftssystemen und Weltanschauungen.

Die durch diese Ereignisse und Erscheinungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland ausgelöste Unruhe spiegelt – sie damit als „Kirche in der Zeit“ erweisend – die unruhige, durch schnelle, weitausholende und tiefgreifende Entwicklungsprozesse, die vielerorts revolutionäre Züge zu tragen beginnen, gekennzeichnete und geprägte Situation der heutigen Welt wider, in der nahezu alle überlieferten Ideale, Werte, Ordnungen und Verhaltensregeln kritisch in Frage gestellt werden. Dazu gehören auch die Kirchen. Nicht nur von der jungen Generation werden sie als Teil des von ihr abgelehnten und mit Demonstrationen und Provokationen bis hin zur Gewalttätigkeit bekämpften „Establishments“ heftig kritisiert. Überall in der Welt ist der Einfluß des Christlichen im Abnehmen begriffen; das gilt auch von der Evangelischen Kirche in Deutschland. „Sie soll sich nicht darüber täuschen“, schrieb Landesbischof D. Dr. Lilje in einem zu Beginn des Jahres 1968 unter dem Titel „Neubeginn“ veröffentlichten Rückblick auf das Berichtsjahr, „daß ihre Rolle in der deutschen Öffentlichkeit nicht eben imposant ist. Es kann keine Rede davon sein, daß unsere öffentliche Meinung auf die Stimme der Kirche mit besonderer Aufmerksamkeit höre. Im Gegenteil – man hat den Eindruck, daß diese Stimme im Laufe der Jahre immer weniger deutlich vernehmbar wird.“ Von der Veränderung der geistesgeschichtlichen Situation und des geistigen Klimas in der Welt und im eigenen Lande, die weithin durch Indifferenz, Skeptizismus und kultivierten Agnostizismus geprägt werden, wurde die Kirche spürbar und beunruhigend in Mitleidenschaft gezogen.

Daß die Evangelische Kirche in Deutschland sich nach wie vor als eine die Grenzen von Staaten, Gesellschaftsordnungen und Weltanschauungen übergreifende Größe versteht und ihre Gemeinschaft und Einheit in klarer Ablehnung aller politischen Unter- und Nebentöne streng theologisch und geistlich zu begründen und – in Berücksichtigung der durch die Grenzen gesetzten Gegebenheiten und unter den erschwerenden und störenden Bedingungen eingeschränkter und immer schwieriger werdender Kommunikationsmöglichkeiten – zu verwirklichen bemüht ist, bringt spezielle und spezifische beunruhigende Probleme mit sich.

Die nicht auf Deutschland beschränkte, aber hier mit besonderer Leidenschaft geführte theologische Diskussion um Autorität, Verbindlichkeit und Verständnis von Bibel und Bekenntnis heute, in der die Positionen von morgen sich zu formieren beginnen, während die Stellungen von gestern noch zäh verteidigt werden, stellt Kirchen, Gemeinden und Christen in unserem Lande auf harte Zerreißproben und vor schwere Entscheidungen. In höchstem Maße beunruhigend war im Jahre 1967 der Gang dieser Diskussion, deren Extrempositionen von einem handfesten Fundamentalismus einerseits, von einer die Tragpfiler christlicher, kirchlicher und theologischer Existenz erschütternden und aushöhlenden „Theologie nach dem Tode Gottes“ eingenommen werden und deren Gegenpole in theologisch-ethischen Fragen eine konservative „Theologie der Ordnungen“ und die „Theologie der Revolution“ sind.

In der Fülle der beunruhigenden Phänomene kommt mehr zum Ausdruck und Ausdruck als die Unrast und Unruhe einer durch besondere Umstände und Zeitverhältnisse bedingten kritischen Situation, der man im taktischen Tageskampf begegnen und Herr werden könnte, vielmehr brechen darin Grund-

Grundlagen- und Grundsatzprobleme von höchster Relevanz und Brisanz auf, deren Bewältigung nicht nur intensivster geistiger Anstrengungen, sondern der Erleuchtung und Wegweisung durch den Geist von oben bedarf.

Es ist angesichts dieser nur angedeuteten und mit grobem Pinsel umrissenen Situation von Welt und Kirche nicht verwunderlich, daß das Jahr 1967 von seiner ersten bis zu seiner letzten Stunde für die Kirche voller Unruhe und Beunruhigung war, davon kein Stück und Bereich ihres Lebens ausgespart und verschont blieb. Das Jahr begann mit den „Flensburger Vorgängen“ und schloß mit studentischen Demonstrationen im Gottesdienst; es war erfüllt vom „Streit um die Bibel“ und vom Streit um die kirchliche Stellungnahme zu politischen und gesellschaftlichen Fragen, vom Streit um die Taufe und um die Zulassung von Frauen zum Pfarramt; die Einheit der EKD in einem gespaltenen Land und angesichts ihrer konfessionellen Gliederung und der theologischen Meinungsverschiedenheiten bildete eines der Hauptthemen, die das ganze Jahr hindurch im Blickpunkt des Interesses standen, und war Gegenstand gründlicher Erörterung und Bemühung. Struktur, Gestalt und Ordnung der Kirche, ihr Gottesdienst in Liturgie und Predigt, ihr Glaubensbekenntnis, an das nach einem mit der Wahrheit mindestens unvorsichtig umgehenden Illustriertenreport „die Pastoren selbst nicht glauben“, ihr Steuer- und Mitgliedschaftsrecht, ihre Geldverwaltung und ihre Schulpolitik, ihre Mission und ihre Diakonie – jedwede Lebensäußerung der Kirche stand im Kreuzfeuer innerkirchlicher und von außen kommender Kritik.

Selbst ein so genuin und spezifisch kirchliches Ereignis wie das Reformationsgedenken geriet in das Mahlwerk der harten politischen Gegensätze in der Welt und in Deutschland. Die geplanten zentralen Feiern, die an den historischen Stätten der Reformation in der DDR von evangelischen Christen aus aller Welt und aus allen Denominationen begangen werden und nicht zuletzt der evangelischen Christenheit des Mutterlandes der Reformation eine Gelegenheit des Zusammenkommens und Beisammenseins in Wittenberg und Eisenach bieten sollten, konnten nur zum geringen Teil und unvollkommen verwirklicht, was in Absicht, Planung und Vorbereitung vorgesehen war. Zwar erwies sich die vielfach geäußerte Befürchtung, die kirchlichen Veranstaltungen könnten für das marxistisch-sozialistische Luther- und Reformationsverständnis in Anspruch genommen werden, als gegenstandslos, aber das – freilich schwierige – Problem der rechten gegenseitigen Abgrenzung der Absichten des Staates und des weltweiten Anliegens der Kirche wurde nach monatelanger Unsicherheit staatlicherseits dadurch gelöst, daß nicht wenigen der zur Teilnahme eingeladenen Gästen aus der Ökumene und der weit überwiegenden Mehrzahl der aus den westlichen Gliedkirchen der EKD gemeldeten Teilnehmer die Genehmigung zur Einreise in die DDR nicht erteilt wurde. Eine ganze Reihe im Amt der Leitung stehender kirchlicher Persönlichkeiten wurde von dieser Ausschließung betroffen. Andere Behinderungen – örtliche Beschränkung der Aufenthaltserlaubnis, Herausnahme des Wortes des Vorsitzenden des Rates der EKD Landesbischof D. Dietzfelbinger zum Reformationsjubiläum, Verbot des Vertriebs der in Meißen aus Anlaß des Reformationsjubiläums hergestellten Lutherplakette im Westen – kamen hinzu und mischen in die Erinnerung an die trotz solcher Beschränkungen kirchlich, theologisch und ökumenisch bedeutsamen Ver-



anstaltungen Gefühle großen Schmerzes und tiefer Traurigkeit darüber, daß es nicht möglich war, bei dieser Gelegenheit die – bar jeglicher politischen Unter- und Nebentöne – bestehende geistliche Gemeinschaft der ökumenischen und der deutschen evangelischen Christenheit besser und deutlicher sichtbar werden zu lassen. Eine eingehende und ausführliche Darstellung der Vorgänge enthält der Bericht über die Kirchen in der DDR.

Selbst Fragen, die seit langer Zeit entschieden zu sein schienen und ruhten, gerieten wieder in Bewegung und wurden kritischer Erörterung unterzogen. Noch vor wenigen Jahren erschien in der BRD die Stellung der Kirche im und zum Staat rechtlich und verfassungsrechtlich gesichert: In Staatsverträgen wurden Eigenständigkeit und Öffentlichkeitsauftrag der Kirche anerkannt; das Vertragskirchenrecht galt geradezu als Ausdruck einer neuen freiheitlichen, auf Partnerschaft gegründeten Beziehung zwischen Kirche und Staat. In den letzten Jahren jedoch werden die Grundlagen, auf denen sich dieses partnerschaftliche Verhältnis aufbaut, zunehmend kritisch beurteilt. Kritiker im staatlichen wie im kirchlichen Raum halten die Trennung von Staat und Kirche als Zielprojektion beider Seiten für geboten und gegeben.

Daß auch die Frage, ob der weltanschaulich und religiös neutrale Staat das Recht habe, seinen Bürgern promissorische (Beamten- und Soldateneid) und assertorische (Zeugen- und Sachverständigeneid) Eide abzuverlangen, deren religiös-metaphysischer Hintergrund nicht zu leugnen und hinwegzudiskutieren ist, und der Bürger verpflichtet sei, die ihm abverlangten Eide zu leisten, im Berichtsjahr gründlich erörtert wurde, ist nicht nur ein Unter- und Sonderfall, sondern zugleich ein deutlicher Aufweis der Grundlagen- und Grundsatzkrise, die sich im Verhältnis von Staat und Kirche abzuzeichnen beginnt.

Wie die Kirche die von ihr als Herausforderungen verstandene vielfache und vielschichtige Beunruhigung aufnahm, wie sie sich ihr, dem Gebot ihres Herrn gehorchend, stellte, entsprach oder widersprach, antwortete oder die Antwort schuldig blieb, ist Gegenstand der folgenden Berichterstattung. Sie kann nicht die ganze Fülle des kirchlichen Lebens einfangen und darstellen, sondern nur Ausschnitte und auch diese nur als Momentaufnahmen aus einem im Fluß des Vollzuges befindlichen Geschehen in den Blick bringen. Es ist das Bild einer vielfältig herausgeforderten und beunruhigten, um Gehorsam bemühten, kämpfenden, dienenden, leidenden Kirche, einer Kirche, die nur dann legitim von sich redet, wenn und indem sie von dem ihr anvertrauten und zugemessenen Auftrag redet, einer friedlosen Welt in Wort und Tat das Zeugnis des Friedens auszurichten, einer hungernden Welt das Brot des Lebens zu brechen und in einer zerrissenen und aufgespaltenen Welt als Gemeinde des Gekreuzigten und Auf-erstandenen präsent zu sein.

## 1. UM DIE EINHEIT DER EKD

Das Jahr 1967 durchzogen wie ein roter Faden Bekenntnisse zur Einheit der EKD, die mit angestrengtem Bemühen um ihre Bewahrung innerhalb der durch die Verhältnisse gegebenen Möglichkeiten verbunden waren, und sich von Monat

zu Monat vertiefende Besorgnisse angesichts der zunehmenden Bedrohung der rechtlichen und organisatorischen Gestalt der deutschen evangelischen Christenheit. Die durch die Spaltung der politischen Einheit Deutschlands seit langem bestehende latente Gefährdung der kirchlichen Gemeinschaft nahm im Berichtsjahr im Zusammenhang mit der wachsenden Spannung und Entfremdung zwischen den beiden deutschen Staatsgebilden an Schärfe zu.

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der EKD-Synode, über die an anderer Stelle der Jahreschronik berichtet wird (S. 12 ff.), wurde in der Presse heftig gegen die EKD und einzelne kirchenleitende Persönlichkeiten polemisiert, die Konstituierung der Synode als gesamtkirchlichen Gremiums und die Wahl des neuen Rates als gesamtkirchlichen Organs als „kirchliche Anwendung der Hallsteindoktrin“ angegriffen und die westlichen Gliedkirchen der institutionellen „Integration in den Überbau der staatsmonopolistisch formierten Gesellschaft“, der Hörigkeit gegenüber der „Expansionspolitik des westdeutschen Imperialismus“, des „antikommunistischen Mißbrauchs des Christentums“ bezichtigt.

Trotz aller Behinderungen und Erschwerungen hielt man in Ost und West an der Einheit der EKD fest. Stellvertretend für die zahlreichen Bekenntnisse zur Gemeinschaft der deutschen evangelischen Christenheit bringen wir einen Auszug aus dem auf der Tagung der Provinzialsynode der Kirchenprovinz Sachsen am 11. März 1967 erstatteten Tätigkeitsbericht von Bischof D. Janicke:

#### ZUR EINHEIT DER EKD

Es ist seit den Tagen der Reformation so gewesen, daß in Deutschland die kirchlichen und theologischen Fragen mit besonderer Gründlichkeit und Grundsätzlichkeit verhandelt worden sind. Diese Grundsätzlichkeit ist ganz gewiß nicht immer eine Tugend gewesen. Aber wir haben nun einmal diese gemeinsame Geschichte, die wir nicht verleugnen können und wollen.

Für die Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland ist das allerdings kein ausreichendes Fundament. Gemeinsame Traditionen können unterbrochen und aufgegeben werden, wenn sie lediglich in einem Erbe der Vergangenheit bestehen. Wir wissen ganz gewiß auch um manche Spannungen innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland, Spannungen in Fragen der Theologie und der kirchlichen Praxis, Spannungen in der Beurteilung der politischen Situation und der kirchlichen Lage. Diese Spannungen scheinen mitunter die Einheit in Frage zu stellen. Freilich gehen diese Spannungen innerhalb der evangelischen Kirche quer durch Ost und West hindurch. Wir haben nicht eine Kirche im Westen mit westlicher Ideologie, mit der sich eine Kirche im Osten mit östlicher Ideologie auseinanderzusetzen hätte. Das wird zwar öfter so dargestellt. Das stimmt aber nicht. Es stimmt nicht einmal für die leitenden Männer der EKD!

Aber gerade deswegen brauchen wir in den mancherlei Fragen und Spannungen unserer Zeit das brüderliche Gespräch miteinander. Das Gespräch darf und kann nicht unterbrochen werden. Wir müssen es weiterführen, und wir werden es weiterführen, auch wenn wir mit vielen, mit denen wir sprechen wollen, nicht mehr zusammenkommen können. Denn wir brauchen einander. Wir bedauern es tief, wenn wir ... nicht mehr zusammenkommen können ... Aber selbst wenn wir nicht mehr zusammenkommen können – wir hoffen, daß es uns wieder gegeben werden wird! –, aber selbst solange wir es nicht können, wird der andere, der Bruder von drüben, im Geist immer dabei sein bei unseren Erwägungen über die gemeinsamen Fragen unserer Kirche. Der



gemeinsame Weg, den wir als Kirche gegangen sind, weist uns zueinander. Wir brauchen gegenseitig den Rat und Zuspruch des Bruders und vor allem das Gespräch miteinander. Das bezeugen uns gerade auch unsere Brüder aus dem Westen immer wieder.

Doch das allein genügt noch nicht für die Notwendigkeit, zusammenzubleiben. Unsere Gemeinsamkeit ist tiefer begründet. Wir haben im geteilten Volk eine gemeinsame Aufgabe. Denn wir haben eine gemeinsame Schuld der Vergangenheit. Und wir haben diese gemeinsame Vergangenheit gemeinsam zu bewältigen für unser ganzes Volk. Das ist es. Im Stuttgarter Schuldbekenntnis von 1945 und in der Darmstädter Erklärung von Vertretern der Bekennenden Kirche – ich nenne nur einen Namen aus dem Westen: Hans-Joachim Iwand – ist der Ausgangspunkt für diesen gemeinsamen Weg und diese gemeinsame Aufgabe. Darum müssen wir zusammenbleiben. Wir können hier nicht einfach sagen: Der Osten hat ja diese Vergangenheit bewältigt – haben wir es wirklich, in unseren Herzen und in unserer Gesinnung, in der Absage an den kalten Krieg, auch an den „kalten Kirchenkrieg“, im Gehorsam gegen das Friedensprogramm unseres Gottes und sein unter uns aufgerichtetes Versöhnungswort? – Dürfen wir sagen: Der Westen hat die Vergangenheit nicht bewältigt, hat sich in organisierter Unbußfertigkeit verhärtet – soll damit gesagt sein, daß wir die Kirche im Westen als hoffnungslosen Fall abschreiben? Wir meinen unsere Brüder im Westen wohl zu kennen in ihrem aufrichtigen Verlangen, daß wir ihnen bei diesem Anliegen, mit der deutschen Schuld der Vergangenheit fertig zu werden, helfen möchten, und wir können deswegen, weil wir da gemeinsam auf dem Wege sind und bleiben müssen, einem kirchlichen Alleinvertretungsanspruch der Gliedkirchen in der DDR in Sachen Schuld der Vergangenheit ebenso wenig zustimmen, wie ich nach meiner Einsicht einem politischen Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung zustimmen kann – wovon gleich noch die Rede sein wird. Beide Ansprüche sind einfach unrealistisch.

Das Mißverständnis hierbei ist – und wir können das Mißverständnis angesichts der Unklarheiten in Begriffen und Sprache gar nicht immer so übel nehmen –, daß alles, was in der geschilderten Weise eine Gemeinsamkeit zwischen Ost und West ausspricht, heute im Sinne des politischen Begriffs „gesamtdeutsch“ verstanden wird. Aber das ist ein falsches Verständnis. Denn bei dem Wort „gesamtdeutsch“ klingen nun einmal all die belasteten Vokabeln mit wie „Unteilbares Deutschland“, „Alleinvertretungsanspruch“, „Hallsteindoktrin“ u. a. m. So ist das aber nicht gemeint, wenn wir von dem gemeinsamen Anliegen der Evangelischen Kirche in Deutschland und für Deutschland sprechen. Ja, nach meiner Einsicht in die Lage könnten jene mitschwingenden Begriffe sogar ein erhebliches Hindernis sein, die gesamtchristliche tätige Buße in beiden deutschen Staaten zu realisieren, und ich weiß, daß eine große Zahl auch führender evangelischer Christen drüben der gleichen Meinung sind. Darum werde ich nicht müde werden in den Bemühungen, daß das von kirchlicher Seite auch deutlich ausgesprochen wird, auf daß bei der Beseitigung längst überfälliger politischer Begriffe, wie ich sie eben aufführte, die evangelische Kirche nicht in der Nachhut zu finden sei, sondern zu den Avantgardisten gehöre!

Nun kann man mir selbstverständlich vorhalten, dies seien nun doch recht konkrete politische Anliegen, und die seien nun einmal nicht Sache der Kirche.

Ich muß die Gegenfrage stellen: Sollte es nicht Sache der Kirche sein, alle Hindernisse zu beseitigen, damit deutsche Menschen wieder zueinander kommen können, getrennte Eheleute, Verlobte, die endlich den gemeinsamen Weg beginnen wollen, Eltern und Kinder – geht uns das etwa nichts an? Sollte es nicht Sache der Kirche sein, die Kriegsgefahr zu beseitigen oder zu mindern, die aus dem Anspruch auf die alten Grenzen Deutschlands erwachsen kann? Geht uns das etwa nichts an? Sollte es nicht Sache der Kirche sein, daß auf dem Boden, von dem so unsägliches Unheil für die Völker der Welt ausgegangen ist, niemals Atomwaffen stationiert werden? Geht uns das etwa nichts an? Sollte es nicht Sache der Kirche sein, dazu beizutragen, daß die

bewaffnete Macht in beiden Staaten Deutschlands auf das Minimum beschränkt wird, das notwendig ist, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, das aber niemals wieder zur Bedrohung für andere Völker werden kann? Geht uns das etwa nichts an?

Das alles sind Politika! Aber sie sind untrennbar von der gemeinsamen Aufgabe der Evangelischen Kirche in Deutschland. Diese Gemeinsamkeit ist noch eine andere, als sie zwischen den Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rats besteht. Über diese uns miteinander gestellte Aufgabe einer tätigen Buße zur Bewältigung der Vergangenheit muß ich aber mit den Brüdern in gemeinsamer Beratung sprechen können. Versäumen wir diese Aufgabe, so sind wir unserem Auftrag in der geschichtlichen Stunde unseres Volkes untreu geworden. Davor bewahre uns Gott!

Deswegen bitten wir aber auch immer wieder die verantwortlichen Männer in unserer Regierung dringlich und inständig darum: Laßt uns zusammenkommen und miteinander beraten! Zerschneidet nicht das Band, das uns in der EKD und EKU miteinander verbindet! Wir dürfen unsere Einheit nicht aufgeben, wenn wir nicht dem Gebot der Stunde, nein, dem, was Gott in dieser geschichtlichen Stunde abverlangt, ungehorsam werden wollen!

Auch in den westlichen Gliedkirchen blieb das Bekenntnis zur Einheit der EKD wach und lebendig, ohne daß damit das Recht zum Hineinreden in die Angelegenheiten der Gliedkirchen jenseits der Grenzen oder gar eine Weisungsbefugnis beansprucht oder ausgeübt worden wäre.

Eingehend äußerte sich Präses D. Wilm in seinem Bericht auf der Herbsttagung der westfälischen Landessynode:

## II. DIE EINHEIT IN DER KIRCHE

*Wem es um den Frieden in der Welt geht, dem muß es auch um die Einheit in der Kirche gehen, um des Herrn der Kirche willen, „der gekommen ist und im Evangelium den Frieden verkündigt hat denen, die ferne waren, und denen, die nahe waren, und beide versöhnte mit Gott in einem Leibe durch das Kreuz“ (Eph 2). Weil die Einheit in der Kirche aus der Freiheit vom Gesetz, zu der uns Christus befreit hat, kommt, hat sie nichts mit Uniformität und Gleichmacherei zu tun, sondern ist die Gemeinschaft und Gemeinsamkeit der befreiten Kinder Gottes, die zwar nicht im „Pluralismus“, aber im Reichtum ihrer Glaubenserkenntnisse und in der Mannigfaltigkeit ihrer kirchlichen Strukturen einmütig den Herrn Jesus Christus bezeugen und seiner Sendung zu Dienst, Versöhnung und Frieden in der Welt gehorsam sind.*

...  
Ob die Männer und Frauen der kirchlichen Jugendarbeit, Männer- und Frauenarbeit oder des Kindergottesdienstes zusammenkommen – immer wieder geschieht diese gemeinsame Arbeit und dieser gemeinschaftliche Dienst in der *einen* Evangelischen Kirche in Deutschland, und ich habe noch keine Stimme gehört, die dagegen Einspruch erhebt. Lassen Sie uns in dieser Gemeinsamkeit fortfahren! Denn es geht in erster Linie nicht um die Schaffung einer äußerlichen und organisatorischen Struktureinheit der Kirche, sondern um das „Sammeln“ des Heiligen Geistes zu *einem* Leib, von dem Martin Luther in seiner Erklärung zum 3. Glaubensartikel handelt, es geht um den Glaubensgehorsam gegenüber der apostolischen Mahnung im Epheserbrief: „Seid fleißig, zu halten die Einigkeit im Geist durch das Band des Friedens; *ein* Leib und *ein* Geist, wie ihr auch berufen seid auf *einerlei* Hoffnung eurer Berufung; *ein* Herr, *ein* Glaube, *eine* Taufe; *ein* Gott und Vater unser aller, der da ist über euch allen und durch euch alle und in euch allen“ (Eph 4, 3–6).

Wie ist es nun aber mit der *Einheit der evangelischen Kirche im geteilten Deutschland*? Darüber gibt es unter uns unterschiedliche Meinungen, und zwar in dem einen

und in dem anderen Teil, wenn ich auch feststelle, daß bis jetzt nur eine kleine Minderheit die Meinung vertritt, die EKD müsse aufgelöst werden in eine evangelische Kirche in der Bundesrepublik Deutschland und eine evangelische Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik. Ich will jetzt die Argumente dieser Minderheit kurz vortragen und versuchen, eine Antwort darauf zu geben, und zwar als einer, der an der Einheit der evangelischen Kirche im geteilten Deutschland festhält.

a) Da ist zunächst das *pragmatische* Argument. Es wird gesagt, die Evangelische Kirche in Deutschland bestehe faktisch nicht mehr. Sie könne keine gemeinsame Synode und keine gemeinsame Ratssitzung mehr halten, sie habe kein einheitliches Gesetzblatt mehr; es gebe keine Möglichkeit der Kommunikation der Gemeinden, Pfarrer und Bischöfe mehr; die Christen lebten in einer so unterschiedlichen, wenn nicht gegensätzlichen politischen, gesellschaftlichen und ideologischen Situation, daß sie theologisch und kirchlich schon lange nicht mehr gemeinsam handeln könnten. Im übrigen werde die EKD von Staat und Partei in der DDR als nicht mehr existent betrachtet, und das müßten wir nun endlich zur Kenntnis nehmen und daraus die Konsequenzen ziehen.

Darauf ist zu antworten, soweit diese Stimmen aus dem politischen Raum kommen: Es ist nicht gerade fein, für die evangelischen Christen neben der schon unerträglichen Mauer und Grenzbefestigung noch mehr Grenzen zu ziehen und noch höhere Barrieren zu errichten, die für einen normalen Bundesbürger nicht bestehen, z. B. beim Übergang von West- nach Ost-Berlin oder bei Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen für kirchenleitende Männer, und also die Kommunikation der Christen mehr und mehr unmöglich zu machen, um dann zu sagen: Ihr seht doch, daß Ihr nicht mehr zusammenkommen könnt; also nehmt das zur Kenntnis und zieht daraus die Konsequenzen.

Und soweit die Stimmen aus dem kirchlichen Raum kommen, antworte ich: Wenn wir als Kirche eine gewaltsame Trennung erleiden müssen, können und dürfen wir sie deshalb noch lange nicht von uns aus vollziehen, sondern wir werden sie erleiden und werden warten und werden nicht aufhören, die Kommunikation mit unsern Brüdern, die wir übrigens als einen Teil der auch in der DDR durch ihre Verfassung geschützten freien Religionsausübung ansehen, zu erbitten und zu erstreben.

Außerdem vollzieht sich diese Gemeinschaft in der EKD nicht nur mittels eines einheitlichen Gesetzblattes, auch nicht nur in der Form einer gemeinsamen Synode, obwohl das Fehlen eines persönlichen und leibhaftigen Zusammenseins und Miteinandersprechens eine sehr harte Entbehrung ist – denn die Kirche ist eine leibhaftige und sichtbare Gemeinschaft –, sondern in einer sehr vielfältigen und trotz der Trennung möglichen und aktiven Kommunikation. Vieles von dem, was ich vorhin über die tätige Gemeinsamkeit in der EKD gesagt habe, ereignet sich auch zwischen unseren Kirchen in Ost und West, und es kann gar keine Rede davon sein, daß wir ja schon lange keine gemeinsame Kirche mehr seien und uns darum nur noch übrigbleibe, einen Strich darunter zu machen.

b) Das zweite Argument ist ein *politisches* Argument. Es lautet etwa so: Staat und Partei und darüber hinaus der größte Teil der Bevölkerung in der DDR sehen die DDR als einen selbständigen Staat an und verlangen von der Regierung und Bevölkerung der Bundesrepublik die Anerkennung dieses ihres Staates. Sie lehnen den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik über Gesamtdeutschland ab und können es nicht ertragen, daß die Vertreter der evangelischen Kirche in Westdeutschland und West-Berlin, die diese politische Haltung der Bundesrepublik teilen oder jedenfalls nicht gegen sie Stellung nehmen, in enger Gemeinschaft mit den Vertretern der evangelischen Kirche in der DDR stehen, geschweige in *einer* Evangelischen Kirche in Deutschland mit ihnen verbunden sind. Zudem sei die Existenz des Menschen in einer sozialistischen Gesellschaft so verschieden von der eines Menschen in einer kapitalistischen Gesellschaft, daß dies auch für die Kirche in dem einen oder anderen Gesellschaftssystem Folgen hat und darum jede Kirche für sich ihren Glauben und ihr Leben haben



und entfalten muß. Ja, am Ende wurde argumentiert, aus politisch-moralischen Gründen könnten die Kirchen und die Christen in der Deutschen Demokratischen Republik nicht mehr in einem Atemzuge mit den Kirchen und Christen in der Bundesrepublik Deutschland genannt werden.

Darauf ist zu antworten: Es ist völlig abwegig, den politischen Standpunkt in der Bundesrepublik mit der Haltung der evangelischen Kirche in eins zu setzen und in der politischen Propaganda gegen die evangelische Kirche in Westdeutschland von der „NATO-Politik“ der Kirche, von ihrer „Alleinvertretungsanmaßung“ oder sogar von ihrer „Großen Koalition“ zu schreiben. Die solches tun, müßten wissen – und ich fürchte, sie wissen es auch! –, daß sie es fälschlich tun. Sie müßten wissen, daß das Zusammenleben der Kirche in Ost und West unabhängig von den politischen Problemen verläuft, daß wir in der Kirche einander zugestehen, verschiedene politische Meinungen zu haben, und doch beieinander bleiben können, daß wir als evangelische Kirche unsern Brüdern in der DDR längst abgenommen haben, daß sie in dieser DDR ihren Staat und in dieser Regierung ihre Obrigkeit haben und nun dort ihre christliche, kirchliche und menschliche Existenz leben, wobei jeweils die Entscheidungen für willige Mitarbeit, erzwungenen Gehorsam oder vom Gewissen her gebotenes Widerstehen fallen – wie überall im säkularen, atheistisch oder christlich bestimmten Staat; in dem einen mehr, in dem andern weniger. Sie müßten wissen, daß wir in der Evangelischen Kirche in Deutschland uns nicht gegenseitig bevormundet haben, daß der westdeutsche Teil der Synode oder des Rates keinen Alleinvertretungsanspruch über die evangelischen Christen in der DDR erhoben oder praktiziert haben, sondern im Gegenteil, daß wir uns auf beiden Seiten bemüht haben, aufeinander Rücksicht zu nehmen, keine Entscheidung zu treffen, durch die der andere Teil belastet werden oder die er nicht mitvollziehen konnte. Manches auch gegenüber unserm Staat haben wir als Kirche in Westdeutschland nicht getan, weil wir mit unseren Brüdern in der DDR in *einer* Kirche sind und bleiben wollten. Und wir sind deswegen von denen, die das nicht verstanden, oft getadelt worden. Aber wir haben andererseits für unsere christliche Existenz einen Gewinn davon gehabt, daß wir immer lernen mußten, die Dinge auch mit den Augen unserer Brüder zu sehen, gerade auch was die christliche Kirche in der säkularisierten Welt angeht, gerade auch was den christlichen Beinamen angeht, den wir allem Möglichen so gern beilegen, gerade auch was die Forderung an die Kirche angeht, in der Nachfolge des Kreuzes Jesu als „Kirche in der Diaspora“ und „wanderndes Gottesvolk“ ihren Weg zu gehen und ihren Dienst in der Welt zu tun.

Wenn aber so politisch argumentiert wird, daß Christen in verschiedenen Gesellschaftssystemen nicht mehr in *einer* Kirche zusammenleben und *eines* Glaubens sein, ja, daß sie nicht mehr in einem Atemzug zusammen genannt werden können und daß es für einen sozialistischen Bürger der DDR beleidigend ist, als Glied der EKD gehalten zu werden, dann ist der status confessionis erreicht. Aber nicht wir haben ihn herbeigeführt, sondern diejenigen, die die Kirche politisieren, ihr ein politisches Prinzip aufdrängen wollen und vergessen, daß „in Christus weder Jude noch Grieche, weder Mann noch Frau, weder Knecht noch Freier, sondern sie alle *einer* sind und alle zu *einem* Leibe getauft sind“.

Und wenn eingewandt wird, daß ich jetzt selbst dem widerspreche, was ich vorher vom Frieden gesagt habe, weil nämlich das Festhalten an der Einheit der EKD den Frieden zwischen den beiden Teilen Deutschlands belaste und gefährde, dann kann ich nur sagen: Mit solcher politischen Argumentation wird kein Friede geschaffen, sondern Haß gesät und Trennung aufgerissen. Aber die Christen, die unter dem Einen Herrn, der der Friede ist, beieinander bleiben, können zum Frieden auch zwischen den beiden Teilen Deutschlands helfen.

c) Das dritte Argument ist ein *kirchliches* Argument: Es heißt etwa so: „Die EKD ist keine Einheit, und wenn jetzt diese Einheit so krampfhaft behauptet wird, ge-

schiebt das nicht aus kirchlichen, sondern aus politischen oder nationalen Gründen. Die EKD ist nur ein Bund von Landeskirchen, in ihr besteht nicht einmal Abendmahlsgemeinschaft. Es ist zur Einheit der Kirche Christi nicht nötig, daß sie eine einheitliche Organisation wie die Organisation der EKD ist. Wie wir mit den Kirchen in Holland, Polen oder Indonesien ökumenische Gemeinschaft haben, so können wir es auch als Kirchen in der DDR und in der BRD miteinander halten. Es geht sogar mit solcher ökumenischen Gemeinschaft besser als mit der Gemeinschaft einer krampfhaft und stur und aus unchristlichen Motiven zusammengehaltenen Institution EKD.“

Auf diese Argumentation ist schon mancher hereingefallen, und wenn erst einmal jemand so argumentiert hat, sprechen es ihm viele nach. In Wirklichkeit ist diese Begründung sehr billig und leicht zu widerlegen. Denn:

1. Die Kirchengemeinschaft der EKD besteht doch und ist eine sehr vielfältige und tätige.

2. Das Noch-Nicht der Abendmahlsgemeinschaft ist gar keine Grenze zwischen den beiden Teilen Deutschlands, denn diese Grenze betr. Abendmahlsgemeinschaft verläuft ganz anders, und es besteht seit der Reformation und seit der Einführung der Union und seit dem Kirchenkampf zwischen einer ganzen Reihe von Gliedkirchen, die in Ost und West leben, volle Abendmahlsgemeinschaft.

3. Es gibt eine Landeskirche, durch die die politische Grenze mitten hindurchgeht, und es gibt mehrere Landeskirchen, durch die Landesgrenzen – und das sind auch Staatsgrenzen, wobei die Staaten sogar eigene Kulturhoheit haben – hindurchgehen und die doch *eine* Kirche sind, wie es auch bei den katholischen Bistümern der Fall ist. Wenn man die Abendmahlsgemeinschaft zur einzigen nota unitatis macht und wenn man die Einheit der EKD wegen ihrer verschiedenen Landeskirchen bestreitet, warum redet man dann von *einer* Kirche in der DDR und von *einer* Kirche in der BRD? Das ist ja viel politischer geredet, als wenn wir die unpolitische Einheit der evangelischen Kirche im geteilten Deutschland meinen.

Und was die Möglichkeit ökumenischer Gemeinschaft von geteilten Kirchen betrifft, so ist dazu zu sagen,

1. daß man das Verhältnis unserer Kirchen in Deutschland nicht ohne weiteres mit den ökumenischen Beziehungen, die wir zu den Kirchen in Holland, Polen oder Indonesien haben, vergleichen kann. Schließlich haben wir eine vielhundertjährige gemeinsame Geschichte hinter uns, in der wir zusammengewachsen, manchmal auch von Gott zusammengetrieben worden sind, von der Reformation bis zum Kirchenkampf der 30er und 40er Jahre dieses Jahrhunderts. Gewiß kann Gott uns auch auseinanderreiben, aber das muß dann überzeugender geschehen als es jetzt von Menschenmacht und -willkür versucht wird. Zwischen unseren Kirchen in beiden Teilen unseres Vaterlandes besteht eine gewordene, gewachsene und geschenkte Gemeinsamkeit; die kann man nicht lösen, ohne „an seiner Seele Schaden zu nehmen“;

2. daß wir in der so bestehenden Situation unseres Geteilteins keineswegs davon überzeugt sein können, daß wir mit der Teilung der EKD in zwei evangelische Kirchen auf ökumenische Weise zu einer besseren Kommunikation kommen würden, weil nämlich unsern Brüdern und Schwestern in der DDR weithin die Teilhabe an der weltweiten ökumenischen Gemeinschaft der Kirchen ebenfalls verwehrt wird. Daran würde sich aller Voraussicht nach wenig ändern, wenn wir uns teilen würden.

d) Das vierte Argument ist ein *menschliches* Argument, das aus dem „Humanum“ stammt. Es richtet sich an uns, die evangelischen Christen in Westdeutschland, und lautet etwa so:

„Der Zusammenhang der Christen in der DDR mit Euch ist für sie eine Belastung. Sie werden dadurch politisch abgestempelt und werden selber nicht frei, ihre christliche und kirchliche Existenz in ihrer so ganz anders gearteten Welt zu leben. Entlaßt sie doch endlich aus der institutionellen Gemeinschaft mit Euch, damit sie frei und unbe-

lastet werden und in eine ganz andere Solidarität mit ihren Mitbürgern und ihrem Staat kommen!“

Ich habe auf dieses Argument immer sehr aufmerksam gehört. Es hat uns ganz fern gelegen, irgendeinen Druck auf unsere Mitchristen in der DDR auszuüben, daß sie mit uns zusammenbleiben sollen. Wenn sie von sich aus und um ihrer besonderen Lage willen darum bitten würden: entlaßt uns aus unserer Gemeinschaft, würden wir nicht zögern, dieses zu tun, auch wenn wir selbst viel dabei verlieren würden. Aber wenn es schon um das „Humanum“ geht, können und werden wir die kirchliche Gemeinschaft mit unseren Brüdern und Schwestern in der DDR nicht aufgeben, auch darum nicht, weil so viele Menschen in beiden Teilen Deutschlands miteinander verbunden sind durch Familien- und Freundschaftsbande, durch ihre gemeinsame Heimat und Sprache, durch viele Lebenswege, die sie zusammen geführt worden sind, durch die gemeinsamen Kulturgüter, die uns in unserem Vaterland geschenkt worden sind, und nicht zuletzt durch vielfache Not, die wir gemeinsam durchlitten haben. Das alles und noch viel mehr kann man nicht vom Tisch wischen, als wäre es nichts. Ich bete noch in jedem Fürbittengebet, daß „Gott, wenn es ihm gefällt, unser getrenntes Volk wieder zusammenführen möge“, und ich bin bereit, Opfer dafür zu bringen, damit ein solches Wiederzusammenkommen ermöglicht wird, und bin unserer Regierung dankbar, daß sie auch zu Opfern bereit ist.

Wir sehen dabei unsere Brüder und Schwestern und alle Menschen unseres Volkes in Ost und West. Und unsere Brüder und Schwestern in der östlichen Versammlung der Synode der EKD in Fürstenwalde haben einmütig und mit guten und christlichen Gründen erklärt, daß sie die Gemeinschaft mit uns in der EKD bewahren und festhalten wollen. Wenn uns das von drüben, wo ein unerhörter Druck zur Aufspaltung der EKD auf den Synodalen lag, ohne Beeinflussung vom Westen her so einmütig und unmißverständlich, mit so geistlichen und kirchlichen Gründen bezeugt worden ist, dann kann es doch gar nicht anders sein, als daß wir hier dazu ein ebenso einmütiges und eindeutiges Ja sagen. *So wollen wir die Gemeinschaft mit unseren Brüdern und Schwestern in der DDR festhalten.* Wir wollen, was an uns ist, diese Gemeinsamkeit suchen und praktizieren und wollen nicht müde werden, trotz aller Erschwerungen und trotz aller „guten und bösen Gerüchte“ hier und drüben die Kommunikation mit ihnen zu pflegen. Wir halten an der Einheit der EKD fest, nicht aus Sturheit oder Trotz, sondern aus Glauben und Liebe, nicht aus politischen, sondern aus kirchlichen und christlichen Gründen.

Die Landessynode verabschiedete folgende Erklärung:

#### DIE EINHEIT DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND

Die in Bethel tagende Landessynode der Evangelischen Kirche von Westfalen grüßt die zum 450. Reformationsgedenken in Wittenberg versammelten Schwestern und Brüder aus der Evangelischen Kirche in Deutschland und aus aller Welt. Wir bekennen uns gemeinsam mit ihnen zu der frohen Botschaft, die Martin Luther neu entdeckt hat: Christus meine Gerechtigkeit. Wir begrüßen die Teilnahme unseres Präses an dieser Feier. Wir bedauern, daß vielen Gliedern unserer Kirche die Teilnahme nicht ermöglicht wurde.

Auch die Einheit der evangelischen Christenheit in Deutschland sehen wir als ein Erbe der Reformation an. Die damals geschenkte Gemeinsamkeit des Glaubens ist uns durch mehr als vier Jahrhunderte unter ständig wechselnden politischen und staatlichen Verhältnissen erhalten geblieben. Wir haben dieselbe Bibel in der Übersetzung unseres Reformators und denselben Schatz an Glaubensliedern in unserem Gesangbuch.

Wenn auch die äußerlich sichtbare Einheit der Kirche in den Zeiten des Staatskirchen-



tums verdunkelt war, so ist sie doch seit 1918 immer klarer hervorgetreten. Sie wurde durch die leidvollen Erfahrungen des Kirchenkampfes vertieft und auf den Kirchenversammlungen von Treysa und Eisenach nach dem 2. Weltkrieg neu gefestigt. In dieser Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland sind wir bisher einen gemeinsamen Weg gegangen. Die im April d. J. in Fürstenwalde versammelten Synodalen der Evangelischen Kirche in Deutschland haben sich einmütig und unmißverständlich zu dieser Einheit bekannt und erklärt, daß sie über die innerkirchlichen und gesellschaftlichen Unterschiede hinweg an der kirchlichen Gemeinschaft in der Bindung an den Einen Herrn festhalten. Mit ihnen und der ganzen Synode der EKD erklären wir, daß wir keinen theologischen oder kirchlichen Grund sehen, die bestehende Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland aufzugeben.

Wir glauben gemeinsam, daß der Evangelischen Kirche in Deutschland gerade heute an der Nahtstelle zweier unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen der Auftrag ihres Herrn zukommt, einander festzuhalten und Brücken des Verstehens und der Versöhnung zwischen Menschen eines geteilten Landes und zwischen Ost und West zu schlagen. Auch dadurch bezeugen wir den Einen Herrn, der für die Versöhnung der Welt mit Gott und der Menschen untereinander gestorben ist und in dem allein wir den Frieden haben und gewinnen.

Den bedeutsamsten Beitrag zur Frage der Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland leistete die EKD-Synode, die neukonstituiert zusammentrat und sich gleich in ihrer ersten Tagung vor eine Fülle gewichtiger und schwieriger Aufgaben gestellt sah.

## 2. DIE 1. TAGUNG DER 4. SYNODE DER EKD

Die vom 1. bis 7. April 1967 örtlich getrennt abgehaltene – die Synodalen aus den Gliedkirchen in der DDR traten in Fürstenwalde, die aus den westlichen Gliedkirchen und West-Berlin in Spandau zusammen – 1. Tagung der 4. Synode der EKD fand in Presse, Rundfunk und Fernsehen eine publizistische Beachtung, die das durchschnittliche Maß erheblich übertraf. Die gespannte Erwartung, mit der die kirchliche und allgemeine Öffentlichkeit gerade dieser Synodaltagung entgegensah, fand ihren Niederschlag in ungewöhnlich zahlreichen Verlautbarungen der Massenkommunikationsmittel; ihr Ergebnis löste ein erhebliches publizistisches Echo unterschiedlicher Stimmen, Stellungnahmen und Standorte aus. Schon Wochen zuvor setzte die Presse der DDR mit einer heftigen Polemik gegen die geplante Synodaltagung und die EKD überhaupt ein. Das SED-Organ „Neue Zeit“ schrieb:

Auf ihr (dieser Synode) soll dem Vernehmen nach das Leitungsgremium, der sogenannte Rat, und mit ihm auch der Ratsvorsitzende neu gewählt werden. Das wäre gewiß nur von innerkirchlichem Interesse, würde sich dieses Gremium auf dasjenige Kirchengebiet beschränken, für das es kompetent ist. Aber es ist offensichtlich, daß wie der alte so auch der neue Rat unter dem Zeichen gesamtdeutscher Repräsentationsansprüche antreten möchte. Natürlich muß dieses illusionäre Unternehmen, einem westdeutschen Kirchengremium die Leitungsverantwortung über evangelische Kirchen in der DDR zu übertragen, genauso scheitern wie die völkerrechtswidrige Anmaßung der Bonner Regierung, für „ganz Deutschland“ zu sprechen ... Die freie und unabhän-



gige evangelische Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik kann mit der durch den Militärseelsorgevertrag der NATO verhafteten und verpflichteten evangelischen Kirche in Westdeutschland nicht in einem Atemzug genannt werden. Zwischen diesen Extremen gibt es keine institutionelle Einheit.

Auch in der westdeutschen Presse wurden besorgte Fragen laut, ob es gelingen werde, ein Minimum von Gemeinschaft und Gemeinsamkeit innerhalb der EKD zu bewahren, auf der Synodaltagung zu gemeinsamer Willensbildung zu kommen, Formen, Weisen und Wege für das Zusammenbleiben in der Trennung zu finden und sowohl in der Grundsatzfrage nach der Einheit als auch in den damit verbundenen Personenfragen – wie der Rat zusammengesetzt und wer zum Ratsvorsitzenden gewählt werde – Entscheidungen zu treffen, die der Gemeinschaft der in der EKD zusammengeschlossenen Gliedkirchen frommen und förderlich seien.

Aufschlußreich war, daß während ihres Verlaufs und nach ihrer Beendigung die Synodaltagung von der DDR-Presse wochenlang totgeschwiegen wurde, während in Presse, Rundfunk und Fernsehen der BRD zahlreiche Berichte und Kommentare erschienen, die sowohl den Sach- wie den Personalentscheidungen galten. Erfreulich war an der westdeutschen Berichterstattung und Kommentierung, daß sie sich – bis auf verschwindend geringe Ausnahmen, die in solchen Fällen leider unvermeidbar zu sein scheinen – der politischen und politisierenden Anspielungen, Unter- und Nebentöne enthielt, vielmehr bemüht war, die kirchliche Bedeutung der Entschließungen und Wahlen der Synode herauszustellen.

Es war eine Synode voll innerer Spannung und Dramatik, die durch die Schwierigkeiten der Kommunikation zwischen den räumlich getrennten Synodenteilen noch verschärft wurde. Das lag an dem Thema, das sich seit Wochen abzuzeichnen begann, obwohl die Tagung ohne eine formulierte und vorbereitete Thematik einberufen war und zusammentrat. Es war die Frage nach der Einheit der EKD innerhalb der Ost-West-Trennung. Die dazu ergangene „Fürstenwalder Erklärung“ war Höhepunkt und Mitte der synodalen Zusammenkunft, aber auch die anderen der Synode aufgetragenen Entscheidungen und Entschließungen, nicht zuletzt die Neuwahl des Rates, seines Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden, waren entscheidend durch die Frage nach der kirchlichen Einheit in der Differenzierung bestimmt und bekamen von ihr Maßstab und Richtung. Das bis in die Entscheidung über Personen sich auswirkende Festhalten an der Gemeinschaft der Gliedkirchen und an der Bewahrung des Zusammenhaltes zwischen Ost und West wäre nicht möglich geworden, wenn die EKD mit ihren leitenden Persönlichkeiten nicht bereit gewesen wäre, dafür schmerzliche Verzicht in Kauf zu nehmen und empfindliche Opfer zu bringen.

Wie bei jeder Synodaltagung standen am Anfang der Arbeit die Rechenschaftsberichte des Ratsvorsitzenden in Spandau und des Sprechers des Rates in der DDR.

Der Vorsitzende des Rates der EKD, Bischof D. Scharf, führte aus:

Der Rat, über dessen Tätigkeit ich heute einen Bericht zu geben habe, ist im Februar 1961 von der 3. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland für die Dauer

von sechs Jahren gewählt worden. Die Wahl vollzog sich nicht reibungslos, wie das bei der eigentümlichen Struktur der Evangelischen Kirche in Deutschland anders nicht erwartet werden konnte und wie es im Stadium des lebendigen Wachstums einer Kirche anders nicht einmal wünschenswert sein mag. Rat und Synode verhalten sich nicht zueinander wie im politischen Bereich Regierung und Parlament. Der Rat wird nicht von der zahlenmäßig stärksten kirchenpolitischen oder theologischen Gruppe oder von der konfessionell überwiegenden Mehrheit der Gliedkirchen gebildet, wie das die Regeln einer parlamentarischen Demokratie vorschreiben, sondern er soll das Gesamt-  
leben unserer Kirche in seiner Zusammensetzung widerspiegeln: konfessionell und landschaftlich – und soll dabei auch ein angemessenes Verhältnis von Theologen und Nicht-Theologen in der höchsten Leitung der Kirche aufweisen, ein angemessenes Verhältnis von Männern aus dem Kirchenregiment der Gliedkirchen oder der kirchlichen Werke und Männern aus dem öffentlichen Leben der Gesamtnation. Ebenso sollen – so ist es 1948 in Eisenach bei der Verabschiedung der ersten „Verfassung der evangelischen Christenheit in Deutschland“ ausgesprochen worden – der Wechsel im Vorsitz des Rates von Legislaturperiode zu Legislaturperiode und die Zuordnung der beiden Vorsitzenden zueinander der konfessionellen Gliederung der Evangelischen Kirche in Deutschland Rechnung tragen! Im Februar 1961 ist um der politisch labilen Gesamtsituation willen diese stille Übereinkunft außer acht gelassen worden. Obwohl 12 Jahre hindurch ein Lutheraner aus der Union, der Berliner Bischof, den Vorsitz im Rat innegehabt hatte, entschied sich die Synode bei einem ursprünglichen Stimmenverhältnis von ungefähr 50:50 in mehreren Wahlgängen dafür, den Ratsvorsitz in Berlin beizubehalten. Zum Stellvertretenden Ratsvorsitzenden wurde danach einstimmig der Leitende Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche, Landesbischof D. Lilje, Hannover, gewählt.

...  
Wenn Bruder Lilje vom Nominierungsausschuß der Synode oder vom neugewählten Rat für die neue Legislaturperiode als Vorsitzender des Rates vorgeschlagen wird, so werde ich – es sei mir gestattet, dies gleich zu Beginn meines Rechenschaftsberichts auszusprechen –, indem ich einen solchen Wunsch der Brüder aus der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands anerkenne, neben ihm für das Amt des Vorsitzenden nicht kandidieren. Unsere Brüder aus der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche seien versichert, daß ich in ihrem Personalvorschlag für den Ratsvorsitz ihr Ja zur Evangelischen Kirche in Deutschland, ihre Bereitschaft sehe, in der Leitung der Evangelischen Kirche in Deutschland für die Evangelische Kirche in Deutschland die Verantwortung zu tragen. Die Gemeinden der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands können dadurch in ihrer Liebe zu unserer Evangelischen Kirche in Deutschland nur bestärkt werden.

Ganz persönlich erwarte ich, wenn ich von der mir liebgewordenen leitenden Verantwortung in der Evangelischen Kirche in Deutschland zurücktrete, daß es der Führung Bruder Liljes leichter gelingen möge, die uns geschenkte Gemeinschaft in Zeugnis und Dienst in allen Gliedkirchen und Gemeinden über verbliebene innere Hemmnisse hinweg kräftig zu fördern und dem gemeinsamen evangelischen Bekenntnis, das der Vorspruch der Grundordnung beschreibt, zu dem Vorrang zu helfen, der ihm zukommt.

Bevor ich mich der eigentlichen Arbeit des Rates in den vergangenen sechs Jahren zuwende, muß ich ein Ereignis erwähnen, das für das Leben der Kirche, so auch für die Arbeit von Rat und Synode von tiefgreifender Bedeutung gewesen ist und unter dessen Schatten auch diese Tagung stattfindet:

Es ist die Errichtung der Innerberliner Grenze.

Als auf der konstituierenden Tagung der 3. Synode im Februar 1961 die Wahlen zum Rat stattfanden, konnten sich die Mitglieder von Synode und Kirchenkonferenz aus beiden Regionen unserer Kirche noch gemeinsam an einem Ort versammeln.

Bereits sechs Monate später war dies nicht mehr möglich ...

Von der sachlichen Arbeit des Rates in der abgelaufenen Legislaturperiode will ich in sechs Abschnitten sprechen ...

### *Kapitel I: Theologie, Lehre, Verkündigung*

Der Rat hat sich als Leitung einer Kirche verstanden, als Organ der Leitung eines bekenntnismäßig gebundenen Zusammenschlusses bekenntnisbestimmter Gliedkirchen und darin zugleich als das geistlich leitende Organ einer sich festigenden Großkirche, in der die Bekenntnisse der Reformation gelten und für die sie eine aktuelle Bedeutung haben. Weil der Rat seinen Auftrag so verstanden hat, hat er es als seine vordringliche Pflicht und sein Recht angesehen, selbst unmittelbar in die theologische Diskussion einzugreifen und mittelbar die Gliedkirchen in ihren Lehrbemühungen zu unterstützen. Wichtiger als die Stellungnahme zu irgendeinem politischen Tatbestand, sei er noch so akut bedrohlich oder noch so grundsätzlich bedeutsam für das Miteinander der großen Völkerfamilie, waren dem Rat in seiner Gesamtheit, den nichttheologischen Mitgliedern des Rates wie den theologischen, das Bekenntnis zur Heilsbedeutung des Kreuzestodes Jesu Christi und zur Geschichtlichkeit seiner Auferstehung von den Toten und die Antwort der Kirche auf die dazu heute von der exegetischen und historischen Wissenschaft gestellten Fragen. Diese Fragen waren uns deshalb die überragend, die entscheidend wichtigen, weil sie das Proprium, das der Kirche Wesenseigentümliche, gegenüber allem Weltlichen sonst, allem Säkularen, allem Humanen ausmachen, aber auch deshalb, weil nach unserer Überzeugung von der Antwort auf diese Fragen die Hilfe der Kirche in den politischen und sozialen Dimensionen – ihr Mitraten, ihr Mithandeln, ihr Urteilen und ihr Eintreten für ein bestimmtes soziales oder politisches Verhalten – wesentlich abhängig ist. – Die Verkündigung der Kirche bedarf der Vorarbeit und der ständigen kritischen Überprüfung durch die theologische Wissenschaft. Die Theologie ist so alt wie die Verkündigung selbst. Paulus und Johannes und alle Evangelisten waren auch forschende und kommentierende Theologen. Historische Ereignisse, Symbole und Glaubenssätze, auch die Namen und die Begriffe der Heiligen Schrift selbst, bleiben dem fremden, dem ununterrichteten Hörer stumm und unbegreiflich, wenn sie ihm nicht in seine Zeit hinein gedeutet und wenn sie ihm nicht in den Zusammenhang seines übrigen Verstehens und Denkens übersetzt werden. Aber die verkündigungs-werte Wahrheit aus der Heiligen Schrift zu erheben, ist auf der anderen Seite nur möglich, wenn die Forschung nicht vorgefaßte Schemata aus einem allgemeinen Existenz- und Geschichts-Verständnis des Menschen an die Schrift heranträgt, sondern wenn sie sich dessen bewußt bleibt, daß alle wissenschaftliche Methodik ihre Wurzeln in der Freiheit hat, zu der Christus das Denken des Menschen befreit. Eine Befreiung des Denkens von fremden Mächten und Vorgegebenheiten ist an keiner anderen Stelle der Geistesgeschichte der Menschheit geschehen als nur in ihm und durch ihn. So hat der Rat sich bemüht, die wissenschaftliche Theologie unserer deutschen Universitäten und Hochschulen und die im guten und strengen Sinne gläubige Gemeinde, auch die Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“, in ihren verantwortlich denkenden, prominenten Männern zueinander zu führen. Es wird eine der ersten Aufgaben des neuen Rates sein, diese Bemühungen schon im Blick auf den Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hannover im Sommer dieses Jahres fortzusetzen. An ihnen wird der auf Grund des Synodalbeschlusses unserer Lehr-Synode 1965 gebildete Theologische Ausschuß zu beteiligen sein ... Wir wünschten sehr, daß dieser aus den Vertretern der theologischen Wissenschaft und der Kirchenleitungen gebildete Ausschuß noch in diesem Jahr erste Ergebnisse vorlegt.



Die Evangelische Kirche in Deutschland ist gründlich dabei, ihre Ordnungen, die Ordnungen der Ämter und Dienste, ihre Existenzform, ihre Verhaltensweisen, auch ihre innere Struktur zu überprüfen. Die Zweite Abendmahlskommission empfiehlt die offene Kommunion. Nicht nur die Gemeindeglieder in der Breite der deutschen Christenheit, auch die Pfarrer, auch ein großer, ein sehr großer Teil der Mitglieder der Kirchenleitungen sind bedrückt davon, daß die Empfehlung der Kommission nicht weitergreift. Studentenpfarrer und Junge Gemeinden, Jugend aus den verschiedensten Kirchen und Bekenntnissen der Erde auf deutschem Boden – wie in anderen Ländern – zelebrieren das heilige Abendmahl nach dem einen und dem anderen Ritus miteinander und kommunizieren mit und ohne oberhirtlichen Dispens gemeinsam. Hier tritt ein vorwärtsstoßender Strom der Entwicklung über die Flut umfassenden Ufer hinaus. Aber die manchmal ein wenig turbulenten Vorgänge zeigen uns, daß wir – nun nicht in Turbulenz, doch in geordnetem Vorwärtsschreiten – Gelände für Gemeinsamkeit gewinnen müssen. Die Gemeinschaft der Gäste von den Hecken und Zäunen, der Gäste, die – einer wie der andere – aus sich selbst nichts vorzuweisen haben, die Gemeinschaft der Gäste, die am Tisch des Herrn *alle* Empfangende sind – sie werden alle von ihm mit der gleichen Gabe beschenkt –, drängt auf sichtbare Verwirklichung. Sie ist das Ziel tiefer, echter Sehnsucht der innerlich Ergriffenen. Es sollte dieser Sehnsucht noch in unserer Generation über die Grenzen der reformatorischen Kirchen hinweg entgegengekommen werden. Nach *innen* wird hier unsere Kirche über die Beschreibung des unterschiedlichen Verhaltens, die sogenannte Regelung von Eisenach 1948, hinausgehen müssen – und gewiß in nicht zu vorsichtigem Tempo! Sogar die staatliche Rechtsprechung ist auf diese Umstände aufmerksam geworden. Sie stellt uns von *außen* die Frage nach dem gemein-evangelischen Bekenntnis und der Abendmahlsgemeinschaft. An ihr, an dieser Frage, hängt das Verständnis einer Kirchengliederschaft, die aus der Parochialgemeinde über die Gliedkirche in die unmittelbare und volle Zugehörigkeit zur Evangelischen Kirche in Deutschland führen und in einer „kirchlichen Einbürgerung“ auf den verschiedenen Stufen zugleich bestehen soll.

Eine Kirchenreform wird die territoriale Abgrenzung und die umfassende Hoheit der einzelnen Gliedkirchen sowenig aufgeben dürfen wie die Abgrenzung und relative Selbständigkeit der einzelnen Parochie. Aber sie wird auch übergreifende Zusammenschlüsse stärker als bisher vorsehen müssen, und sie wird den mittleren Instanzen: über den Gemeinden den Großraumparochien und den Kirchenkreisen und über den Klein-Kirchentümern den Kirchen-Vereinigungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland eigene Verantwortungen zuweisen müssen, Verantwortungen, die gemeinsamen gesetzgebenden Körperschaften übertragen werden könnten, ohne daß dadurch Einheit oder Vorrang der Gesamtkirche beeinträchtigt zu werden brauchte ... Die Veränderung der Umwelt, in der Kirchen und Gemeinden in den beiden Teilen Deutschlands existieren, zwingt uns zum baldigen Handeln. Dabei ist in der schwierigen Lage im Ostteil unserer Kirche manches Einzelexperiment, ja manche Versuchsreihe für neue Arbeitsformen und neue Strukturen in Gemeinden und Kirchenkreisen schon sehr viel weiter vorangetrieben worden. Es liegen dort differenziertere Erfahrungen und vor allem Erprobungen von längerer Dauer, Hoffnung schenkende Bewährungen vor. Im Westbereich ist alles noch unverbindlicher, spielerischer, theoretischer, aber der Einzelversuch steht hier dafür in Bezugssystemen, die weit über Deutschland hinausgreifen, und die Dinge gewinnen auch hier – im Westbereich – mehr und mehr einen drängenden Ernst.

### Kapitel III: Ökumenische Fragen (dabei Verhältnis zur römisch-katholischen Kirche, Weltmission)

Wir haben in Deutschland schneller als irgendeine der anderen Kirchen in der Welt die Folgerungen aus der Integration gezogen, die die Vollversammlung des Ökumenischen Rates 1961 zwischen Weltmissionsrat und Weltkirchenrat im höchsten Stockwerk, sozusagen im Dachgeschoß der Weltchristenheit, zustande gebracht hat. Hierfür in den deutschen Verhältnissen eine klare rechtliche Ordnung und eine praktikable – ja nun eben eigentlich nicht: Lösung, sondern: – Zusammenfassung, eine praktikable Form für gemeinsames Handeln in innerer Einheit zu finden, war schwer. Ich meine, es ist in den knapp vier Jahren, seit *diese* Synode die Arbeitsgemeinschaft für Weltmission geschaffen und den Vertrag zwischen dem Deutschen Missionsrat und der Evangelischen Kirche in Deutschland ratifiziert hat, besser gelungen, als wir es für möglich hielten. Es ist in dieser kurzen Zeitspanne von Kirchen und Missionsgesellschaften in Deutschland eine aufeinander abgestimmte und sinnvoll ineinandergreifende Hilfe in die verschiedenen Teile der Welt hinein geleistet worden, die die Summe der Einzelleistungen aus der Zeit davor nicht unerheblich überbietet; und vor allem: auch die deutsche Arbeit *draußen* gewinnt seitdem erstmalig Fühlung miteinander. Wir stimmen Aussendungen aus Deutschland und die Aufnahme von Boten der jungen Kirchen durch unsere heimischen Gesellschaften, Gemeinden, Hochschulen so miteinander ab, daß kurz- und langfristiger Austausch von Professoren und Studenten und Besuche kirchlicher Delegierter hinaus und herein jeweils von allen Kirchen und Missionen drinnen und draußen mitverantwortet, mitgewußt und mitgenutzt werden. Gelegentliche Schwierigkeiten, die sich aus den Sondertraditionen und den unterschiedlichen Arbeitsformen von großen und kleinen Gesellschaften, von Glaubensmissionen und verfaßten Kirchen ergeben, stellen in der Regel nicht die Partner der Integration gegeneinander, sondern gehen quer durch die Gruppen und Kreise hindurch, die noch im Begriff sind, eine Arbeit mit umfassender, weiter und gemeinsamer Planung einzuüben ...

Über die Entwicklung in der römisch-katholischen Kirche in den deutschen Bischofssprengeln sind die Synode und die Kirchenkonferenz auf ihren Tagungen wiederholt unterrichtet worden. Der Beobachter der Evangelischen Kirche in Deutschland auf dem Vatikanischen Konzil und der Vorsitzende des Catholica-Ausschusses haben uns die Gesamtsituation des römischen Katholizismus vor, während und nach dem II. Vatikanischen Konzil geschildert. Es hat eine erste Besprechung – im größeren Kreis – zwischen Vertretern der Fuldaer Bischofskonferenz und Beauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland über akute gemeinsame Anliegen, über Grundsatzfragen und Störungen im Verhältnis zueinander in Fulda stattgefunden; noch im Mai dieses Jahres soll in Loccum eine zweite Besprechung zwischen den leitenden Organen der beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland gehalten werden.

Wir haben hierzu den Wunsch, daß sie, die beiden christlichen Kirchen, in der Frage des Eheverständnisses und in der Traupraxis bei Mischehen sehr bald zu besseren Regelungen kommen, als sie zur Zeit bestehen. Wir hören, daß die katholischen Ordinariate in anderen europäischen Ländern von ihren Vollmachten und der Möglichkeit, Dispense bei der Kurie zu beantragen, ausgiebig und mit Erfolg Gebrauch machen, auch im Blick auf die einer Trauung vorangehende Verpflichtung zu katholischer Kindererziehung. Der deutsche Episkopat verhält sich in diesem für das gegenseitige Verhältnis besonders neuralgischen Feld weniger entgegenkommend als z. B. der holländische und der französische.

Das bisher bedeutsamste Ereignis für das Verhältnis der evangelischen und der katholischen Christenheit in Deutschland zueinander scheint mir zu sein, daß wir darangegangen sind, biblische Texte gemeinsam in die deutsche Sprache zu übertragen. Ein erstes Arbeitsergebnis berechtigt zu guter Hoffnung: Eine gemeinsame offizielle



Kommission beider Kirchen hat einen einheitlichen Vaterunser-Text nach einer gewissenhaften exegetischen und dogmatisch-systematischen Arbeit vorgelegt, der eine erste Zustimmung der Kirchenkonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Leitung der evangelischen Kirche in Österreich und ebenso der katholischen Ordinariate in Deutschland und Österreich gefunden hat. Die katholischen Bischöfe und die protestantischen Kirchen der Schweiz sind wegen ihrer Zustimmung befragt und zur Beteiligung an den weiteren Vorhaben eingeladen worden.

Der Rat bemüht sich im Augenblick um eine Koordinierung der verschiedenen Verlagsunternehmen auf evangelischer Seite, die eine moderne Übersetzung von Bibelteilen oder der ganzen Heiligen Schrift schaffen wollen. Dem Rat liegt dabei daran, eine deutsche Bibel in der Sprache der Gegenwart zu gewinnen, die neben der Luther-Bibel für den Gebrauch im Gottesdienst und Unterricht eine gewisse amtliche Verbindlichkeit erhalten könnte. Auch an diesem Versuch möchten wir die entsprechenden katholischen Arbeitskreise beteiligen. Die Initiative hierzu ist an den Rat von evangelischen und katholischen Neutestamentlern herangetragen worden. Wir sind uns in beiden Kirchen dessen bewußt, daß für das Miteinander beider Kirchen und für ihr Aufeinanderzu der eigentliche Antrieb in dem gemeinsamen Forschen in der Schrift liegt; denn sie ist es, die von ihm zeugt, der der eine Herr ist über alle, die seinen Namen tragen.

Eine spezielle Aufgabe unserer Kirche im ökumenischen Feld, der wir uns sogleich in diesem Jahre mit neuer Intensität zuzuwenden haben, ist nach meinem Urteil unsere Beteiligung an der Europäischen Kirchenkonferenz. Gelingt es nicht, sie in diesem Jahr zu einer kontinuierlichen Tätigkeit für die und mit den Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften aus ganz Europa zu erwecken, die sich ihr mit großer Hoffnung angeschlossen haben, so wird sie auf die Dauer bedeutungslos sein. Und das wäre eine schwere Niederlage der gesamten ökumenischen Bewegung. Die europäischen Kirchen haben für die beiden großen Weltprobleme Schlüsselaufgaben zu erfüllen, nämlich im Ost-West-Verhältnis und im Verhältnis zwischen den industriell hochentwickelten Nationen und den armen Völkern und Völkergruppen. Von Europa aus kann entscheidende Hilfe gewährt oder versäumt werden. Das gefährlichere Problem unter den beiden genannten ist meines Erachtens das Problem zwischen den reicheren und den ärmeren Staaten. Griffen die europäischen Kirchen diese Aufgabe miteinander an, könnte darunter der Ost-West-Gegensatz an Schärfe verlieren. Wir sollten die Septembertagung der Europäischen Kirchenkonferenz von Deutschland aus thematisch, organisatorisch und finanziell geradezu aggressiv vorbereiten. Unsere Vorstöße hätten sich dabei vor allem nach Nordeuropa, England und Skandinavien, zu richten.

Im gesamt-ökumenischen Umgang miteinander ist in den letzten sechs Jahren eine neue Form der Besuche von Kirche zu Kirche entwickelt worden ... Neben die Einladungen an einzelne Personen, Präsidenten, Professoren, Bischöfe und Experten für bestimmte Arbeitsgebiete in Kirche und Theologie, sind immer häufiger Einladungen getreten von Kirchenleitung zu Kirchenleitung. Wir sind als offizielle Vertreter des Rates oder der Leitungen einzelner Gliedkirchen zu Visitationen ausländischer Kirchen und kirchlicher Zusammenschlüsse aufgefordert worden und haben umgekehrt Delegationen aus Fernost, Indien, aus Nordamerika und Afrika und von Kirchen der europäischen Nachbarländer empfangen ... Diese Besuche von Kirchenleitung zu Kirchenleitung haben zur Gründung von theologischen, diakonischen und kirchenrechtlichen Kontakt- und Studien-Kommissionen geführt, die helfen sollen, die Kenntnis von der anderen Kirche in den eigenen Gemeinden und damit das Verständnis für das andere Kirchenwesen und die Hilfsbereitschaft in die Notstandsgebiete hinein zu verbreiten und zu verstärken.

#### Kapitel IV: Öffentliche Verantwortung der Kirche (dabei Friedensfrage, Weltkonferenz „Kirche und Gesellschaft“, CCIA, publizistische Fragen)

Die deutsche Beteiligung an der Weltkonferenz „Kirche und Gesellschaft“ war gut, die deutsche wissenschaftliche, prüfende und wertende Vorarbeit nach meinem Urteil ausgezeichnet. Die Weltkonferenz hat überraschende Fragen formuliert. Sie hat etwa die Frage nach dem Recht zu gewaltsamem Umsturz klar definiert und eindrucksvoll begründet: Ist es recht, ist es vielleicht sogar ethisch geboten, gesellschaftlich hemmende und die Gesamtentwicklung eines Landes belastende, mit politischer Macht festgehaltene feudalistische Privilegien – notfalls – mit (Waffen-)Gewalt zu beseitigen? Die Weltkonferenz hat ihre Fragen an die Kirchen gerichtet, die sich auf die Vollversammlung des Ökumenischen Rates 1968 in Schweden rüsten. Das heißt für uns als die Kirche einer umfassenden reformatorisch-theologischen Überlieferung und Erkenntnis, daß wir die auf der Weltkonferenz erhobene Forderung nach einer speziellen Theologie der Rechtfertigung für gewaltsamen Umsturz daraufhin anzusehen haben, ob wirklich so der antidämonisch prophetische Kampf des Evangeliums und Christi mitgekämpft werden kann. Gewiß, wir dürfen als Kirche des Evangeliums nicht an der „sozialen Dimension“ der Sünde der Menschen vorbeigehen. Aber wir haben die Rechtfertigung *allein* aus dem Glauben dann gerade auf *diese* Dimension anzuwenden, auf daß nicht der Schaden einer in die eigene Regie genommenen und von menschlichem Urteil gesteuerten Werkerei größer sei als ein Sich-Beschränken auf die geistliche Kontinuität der Kirche, als ein Festhalten an ihrer Einheit durch alle Zeitalter, durch alle von ihrer Botschaft ja doch nicht unbeeinflusst gebliebenen Wandlungen der politischen und gesellschaftlichen Systeme hindurch. Das heißt aber weiter auch, daß wir als Kirche in der Mitte Europas, als Kirche des geteilten Deutschland, als die Kirche zweier wirtschaftlich hochleistungsfähiger Staatsgebilde verschiedener gesellschaftlicher Ordnung, kurzum als eine Kirche mit ganz besonderer Erfahrung an die, die unter uns fähig sind, an diesen Fragen mitzuarbeiten, Appell und Angebot zum Mittun richten müssen. Wir sollten die deutsche Delegation für Uppsala danach zusammensetzen, wieviel Sachkunde und Erfahrung im Umgang mit diesen Weltproblemen die zu benennenden Theologen und Gemeindeglieder aus den westlichen und östlichen Gliedkirchen mitbringen. Wir sollten die ökumenischen Arbeitskreise und die beratenden Kammern des Rates in Deutschland für diese Vorbereitung gründlich in Anspruch nehmen. Wir haben an der Arbeit unserer Kammern erlebt, daß die Anfrage der Kirche an die hervorragenden Sachverständigen, aus welchem Forschungsgebiet es auch immer war, an Untersuchungen und „Denkschriften“ der evangelischen Kirche mitzuwirken, durchgängig mit freudiger Bereitschaft, ja mit Dankbarkeit beantwortet worden ist. Es ist uns in Deutschland gegangen, wie es neuerdings der Ökumenischen Zentrale in Genf geht: Bitten wir Männer und Frauen von hohem öffentlichem, wissenschaftlichem oder politischem Ansehen um ihre Mitarbeit an bestimmten, komplizierten sozialetischen Aufträgen, so antworten sie gewöhnlich mit einem Ja der Verwunderung, warum wir nicht schon früher an sie herantreten seien; gerade von einer kirchlichen Untersuchung des Sachverhaltes versprächen sie sich viel! Und umgekehrt: sind neue Untersuchungen bei den politischen und wirtschaftlichen Weltorganisationen über die Kontinente hin fällig, so wendet man sich an die Kirche, ihre Gesellschaften und Werke, weil sie am ehesten über umfassendes und vollständiges Material für die arbeitspolitischen, sozial- und kulturpolitischen, die gesundheitspolitischen Erhebungen verfügen – auch in den unerschlossenen Gebieten der Erde. Die Kirche besitzt einen eminenten Schatz an Kenntnissen in ihren missions- und kirchenhistorischen Archiven, und sie hat sich, auch wenn sie in die jähren Veränderungen in den Ballungsgebieten der Menschheit tief verflochten ist, ein Maß an innerer Unabhängigkeit bewahrt wie keine andere ökonomische oder kulturelle Institution. Sie hat diese –

ideellen – Güter und Werte um der gesamt menschlichen Gesellschaft willen mit einzusetzen. Kirche hat die Pflicht dazu in corpore (d. h. nicht nur in der Form der Mitwirkung ihrer einzelnen Glieder an den menschheitlichen Aufgaben). Aus solcher Überlegung haben der Rat und seine Kammern den Stil der Denkschrift entwickelt.

Er ist im abgelaufenen Sechs-Jahres-Abschnitt die Form gewesen, in der die Evangelische Kirche in Deutschland die zentrale Botschaft von Sündenvergebung und Versöhnung, von der Heilsbedeutung des Kreuzestodes Jesu und der geschichtlichen Wahrheit der Auferstehung umgesetzt hat in Seelsorge, eben der *Kirche* (als Groß-, als Gesamtgemeinde) an den Gruppen, nicht nur an den einzelnen Personen in der Gruppe, sondern an bestimmten Klassen und Ständen der Gesellschaft und damit auch an der Summe der Gruppen, an der Gesellschaft als ganzer, am deutschen Volk in ganz Deutschland. Dies Motiv, dieser Ansatz der Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland ist besonders klar an den Verlautbarungen der Ostkirchenkonferenz abzulesen: an den 10 Artikeln von Freiheit und Dienst der Kirche, an der Handreichung zur Seelsorge an Wehrpflichtigen, an den Eingaben zum Familien- und zum Erziehungsgesetz. Für Thema und Form der Verlautbarung bestimmend war das Motiv ebenfalls im Westbereich. Aber die Absicht unserer Diagnosen und Forderungen, unserer Ratschläge und Warnungen als Absicht des Seelsorgers ist – hier wie dort – vielfach nicht erkannt und nicht akzeptiert worden. Jedenfalls nicht in den ersten Reaktionen der Öffentlichkeit! Allerdings je mehr Zeit jeweils nach der betreffenden Äußerung unserer Kirche vergangen war, um so verständnisvoller wurden unsere Bemühungen gewertet. Das gilt auch von der Vertriebenen-Denkschrift und sogar von dem Bußtagswort des Rates zu Fragen der öffentlichen Moral. Es ist von jedem dieser Worte, von jeder dieser Denkschriften eine nachweisbare Wirkung in Verhalten und Struktur der deutschen Gesellschaft ausgegangen. Man hat sich nicht nur mit ihnen auseinandergesetzt; es ist zu institutionellen Folgerungen gekommen, so z. B. zur Neukonstituierung der Illustrierten-Selbstkontrolle mit einem Status, der sie einflußreicher und handlungsfähiger macht, als sie vor ihrer Auflösung war.

Der Auftrag an die Kammer für öffentliche Verantwortung und an die deutsche Arbeitsgruppe von CCIA, über Friedenssicherung und Abrüstung und auch die spezielle Deutschlandfrage Untersuchungen anzustellen und dazu zunächst intern Vorschläge zu unterbreiten, hat nach dem starken Echo der vorangegangenen Denkschriften und Erklärungen unserer Kirche ein so brennendes öffentliches Interesse gefunden, daß, obwohl er ein Auftrag mit langer Frist ist, besorgte und diskreditierende Spekulationen sich immer wieder mit ihm beschäftigen. Der Auftrag des Rates ist ohne Tendenz erteilt worden. Wir haben ein Ergebnis der Untersuchung nicht vorweggenommen. Wir haben von unseren Kammern erbeten, die Fragen gründlich zu studieren und zu durchdenken und dabei dem Ziel, Frieden zu schaffen und Frieden zu sichern, viele andere, wohl alle übrigen partikularen Güter und Werte dem Range nach unterzuordnen. Während wir uns um diese allergischen Fragen sozialer und wirtschaftlicher und außenpolitischer Art Mühe gegeben haben, hat sich unter uns die Einsicht vertieft, daß sachliche, gediegene Arbeit für die Annahme einer Erkenntnis durch die breitere Öffentlichkeit nicht ausreicht. Nicht nur der Sachwert der Aussage entscheidet über ihre Bedeutung und nachhaltige Wirkung; es muß auch Sorgfalt darauf verwandt werden, zu ermitteln, in welchem Augenblick das Ergebnis einer Untersuchung zu veröffentlichten und vor allem, wie seine Bekanntgabe psychologisch und publizistisch vorzubereiten ist. Einige organisatorische Entwürfe, die publizistische Arbeit der evangelischen Kirche zu straffen und zusammenzufassen, wollen diesem Ziel dienen und werden den neuen Rat, vielleicht auch die Synode und die Kirchenkonferenz in Kürze beschäftigen.



Nach anfänglichen Schwierigkeiten ist die von der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vor zehn Jahren beschlossene Vereinigung von Innerer Mission und Hilfswerk in den letzten fünf Jahren faktisch vollzogen worden: auf der Ebene der Evangelischen Kirche in Deutschland, aber auch grundsätzlich oder praktisch weithin in den Gliedkirchen in West und Ost. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat damit eine Schar haupt- und nebenamtlicher Mitarbeiter in ihren mittelbar-unmittelbaren Dienst übernommen, die unter einheitlicher Leitung Fürsorge an den Menschen unseres Volkes üben, auch Unterweisung und Zeugnis, und die dies in vorbildlicher Hingabe tun. In der Bundesrepublik und West-Berlin sind außer einem Vielfachen an nebenamtlichen Helfern zur Zeit 140 000 hauptamtliche Mitarbeiter tätig. Im Ostbereich der Evangelischen Kirche in Deutschland sind es 15 000. Ich habe in einer Unzahl von Einzelerfahrungen hier und drüben bei der Abgabe von Gesuchen, die an mich gelangt waren, festgestellt, daß in Bezirken und Gemeinden aller Gliedkirchen Berufsarbeiter unserer Kirche hilfsbedürftigen Menschen, Rat- und Schutzsuchenden, Kranken und Wurzel- und Heimatlos gewordenen sozusagen in Permanenz zur Verfügung stehen. Sie nehmen ihren Auftrag ernst, sie beherrschen die Methode und Technik ihres Berufes, und sie kennen die ihnen Anbefohlenen bestens. Die Auskünfte, die ich von Gemeindehelferinnen, Bezirksstellen der Inneren Mission und Heimeltern unserer diakonischen Institute, auch von Krankenhäusern und Alten- und Kinder- und Jugendheimen, Schulen und Ausbildungsstätten erhalten habe, waren fast ausnahmslos sachkundig, verständnisvoll und verrieten eine spezielle Vertrautheit mit dem einzelnen Falle, dessentwegen ich angefragt hatte. Pfarrer und diakonische Mitarbeiter vertreten die Kirche gegenüber dem einzelnen Elenden, Schwachen, aber auch Verhärteten oder Rückfälligen, der das Recht verletzt hat, gegenüber dem Ratsuchenden und Verzweifelten; und sie beweisen denen, die noch zu empfinden vermögen, daß die Kirche für sie dazusein nach allen ihren Kräften bemüht ist.

Mit der Hilfe der Mitarbeiter in Gemeinden und Diakonie ist die Aktion „Brot für die Welt“ in sieben Jahren zur größten Hilfsaktion geworden, die die evangelische Christenheit in Deutschland je zustande gebracht hat. Durch das große Projekt der Indienhilfe ist im Jahre 1966 das Aufkommen des Jahres davor fast verdoppelt worden. Dennoch beträgt die durchschnittliche Leistung – umgerechnet auf alle Mitglieder unserer Kirche – in sieben Jahren nur insgesamt 4,50 DM für den evangelischen Christen. Deshalb verbinde ich den herzlichen Dank an die Helfer gerade bei diesem Werke der Mitsorge, das die tiefen Grenzgräben zwischen den Nationen und Erdteilen zu überbrücken versucht, den Dank an die Helfer und an die Spender, mit der inständigen Bitte, die Opfer, die hohen Opfer vieler einzelner doch noch zu steigern ...

Wir haben unter allen Industrieländern der Erde die absolut höchste Zahl von Gastarbeitern und Gaststudenten. Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Monate oder vielmehr der Eindruck einer bedrohlichen wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik hat die, die – von unseren Wirtschaftsführern und Arbeitsämtern angeworben – zu uns gekommen sind, um bei uns zu lernen und zu verdienen, die aber dabei zugleich auch Arbeiter und Gehilfen für die Erhaltung unseres Lebensstandards geworden sind, in Unruhe versetzt und verstört. Sie tun ihre berufliche Arbeit unter uns zum überwiegenden Teil fleißig, willig, geschickt und dankbar, aber in für sie fremder Umwelt unter nicht geringer seelischer Belastung und nun neuerdings auch in Sorge und einer gewissen Rechtsunsicherheit. Ich wende mich jetzt aus diesem Raum hinaus an die deutsche kirchliche Öffentlichkeit und möchte sagen dürfen: Helft alle, die Ihr mit ihnen in Berührung kommt, Pastoren und Sozialarbeiter der Kirche, Küster und Mitglieder der Presbyterien und Gemeinderäte, helft Ihr alle, die Ihr Eurer Kirche dienen wollt, das Vertrauen unserer ausländischen Gäste und Mitarbeiter, aller ausländi-

schen Arbeitnehmer und Lernenden zur Christenheit in Deutschland zu gewinnen, zu erhalten, wiederzugewinnen. Die Gemeinden, die sich um diese ausländischen Gäste und Zugewanderten geduldig und kontinuierlich kümmern, bewirken eine Verständigung zwischen den Kirchen – und den Religionen – nachhaltiger und tiefgreifender als viele Konferenzen von Kirchenführern und ökumenischen Experten.

Den von Entlassung bedrohten einheimischen Arbeitern und Angestellten gilt unsere Aufmerksamkeit nicht weniger. Wir sind bereit, für sie einzutreten, wo unser Wort und Rat von Belang sein können, und wir sind speziell dazu bereit, bei dem Bemühen der staatlichen Arbeitsämter zur sinnvollen und kurzfristigen Umschulung der Arbeitsuchenden zu helfen.

#### *Kapitel VI: Kulturpolitik (dabei geistliches Leben, Weltanschauungsfragen, Bildungs- und Hochschulpolitik, Schulpolitik, Stellung der Kirche in Staat und Gesellschaft)*

... Ich will am Schluß ein paar Bemerkungen machen zur Kulturpolitik, nicht als zu einem Gegenstand kirchlicher Lobby oder konfessionellen Proporz, sondern ich möchte behaupten dürfen:

Wie die christliche Kirche überhaupt für die gegenwärtige geistige und sozial-ethische Situation der Menschheit unentbehrlich ist, unentbehrlich mit ihrem Beitrag an Lehre und Beispiel, so ist die Evangelische Kirche in Deutschland für die Deutschen in beiden Teilen des Landes notwendig zu ihrem gesellschaftlichen, ihrem politischen, ihrem geistigen, ihrem „menschlichen“ Leben miteinander.

Ich freue mich, daß der Kirchentag in Hannover gerade in der Arbeitsgruppe „Kirchenreform“ als das erste Thema am ersten Verhandlungstag die Frage gestellt hat: „Was macht die Kirche heute notwendig?“ Daß die Kirche heute für Nation und Völkerwelt politisch und geistig unentbehrlich ist, wird nicht in Zweifel gezogen. Das Thema formuliert kein „Ob“ und kein „In-wie-fern“. Es fragt nach dem „Was“. Dies klarer darzubieten, ist Aufgabe unserer Kirche in kommenden Jahren. Wir haben nicht Duldung für die Kirche zu erkämpfen, wir haben nicht Gerechtigkeit für sie zu erbitten im Blick auf ihre humanitären Leistungen in vergangenen Jahrhunderten, wir haben vorzuweisen, was die Menschheit als ganze und unser Volk als ganzes an Wahrheit aus dem Evangelium braucht und empfängt, um fortbestehen zu können. Die Wahrheit des Evangeliums in summa und im einzelnen gibt die Maßstäbe für alle Planung in die Zukunft – in der Hochschulreform und der ökonomischen Steuerung, in der Bildungspolitik und für die Gewinnung des Völkerfriedens, für die Sozialreformen, zu denen wir auch in anderen Ländern beitragen müssen, und für die Bändigung der Wissenschaft. Das Evangelium hat die Freiheit wissenschaftlichen Denkens überhaupt erst und einzigartig möglich gemacht. Wenn Wissenschaft anders als bisher sich auf Zukunft einrichten, wenn sie die menschliche Gesellschaft zur Bewältigung der Zukunft fähig machen soll, dann wird sie die Zukunftsbilder, auf die sie ihre Forschung einzustellen hat, der geoffenbarten Wahrheit der Heiligen Schrift entnehmen müssen. Die Bergpredigt und die prophetischen Kapitel der Evangelien und Epistel, die Offenbarung des Johannes und die Ethik der apostolischen Briefe schildern die menschliche Gesellschaft und ihr Verhalten, wie sie sein sollen, zeichnen den neuen Menschen christlicher Hoffnung und seine Art und lassen die Gestalt der neuen Erde und des neuen Himmels ahnen. System-Technik und Kybernetik, wenn sie ein absolutes, letztes Ziel ins Auge fassen wollen, kommen nicht aus ohne die Auskunft des Neuen Testaments. Die Wissenschafts-Reform, um die wir uns mühen, auch etwa auf der Weltkonferenz „Kirche und Gesellschaft“ gemüht haben, ist an dieser Aufgabe zu messen, an der Aufgabe, für die Menschheit im Zeitalter universalen Planens Existenzformen zum Überdauern für alle zu entwickeln. Die Aufgabe ist zu erfüllen „allein aus Gnaden“



in der eschatologischen, im Heiligen Geist Gegenwart werdenden Freiheit der Kinder Gottes. Sie bricht der Menschenwürde Bahn; sie widersteht der Entwürdigung des Menschen. Sie ist wirksam unter uns in dem, der Wahrheit ist und Gerechtigkeit und Liebe und Frieden, Jesus Christus!

Die geistige Situation in der Welt und in Deutschland ist nicht kirchenfeindlich. Daß die Abwendung vom Christentum im Wachsen ist, trifft nicht zu. Im Gegenteil, die Jugend wird wieder bereiter, sich für Aufgaben der Kirche zu engagieren. Die heftigere Auseinandersetzung mit militanten Atheisten in West und Ost bekommt dem Ansehen und Leben der Kirche nicht schlecht. Die Öffentlichkeit achtet auf sie – mehr als je, gewiß oft kritisch, aber das eröffnet ihr neue, breitere Möglichkeiten zu wirken. Wir müssen nur öffentlich zeigen können, was wir zu vertreten haben, um der Gesamtheit der Menschen willen. Was wir zu vertreten haben, lautet – sehr einfach –: Für wen die Wirklichkeit und Wirksamkeit Gottes in der Gegenwart kein Faktor seiner Berechnungen ist, auf welchem Gebiet der Planung es sei, der hat in seiner Programmierung die eigentlich bestimmende Kraft nicht veranschlagt. Der Mensch ohne Gott, eine Entwicklung der Menschheit ohne Gottes Geist ist wie die Erde ohne Sonne.

Es gilt uneingeschränkt, was der Psalmsänger bekennt: „In deinem Lichte sehen wir das Licht.“ Außerhalb des Lichtglanzes, der vor den erschaffenen Lichtquellen war, herrscht Finsternis, Verderben, Tod. „Gott ist Quelle des Lebens.“ Nicht nur in dem Sinn, daß er der Urgrund alles Seins ist, sondern auch in dem Sinn, daß nur durch ihn Leben lebenswert ist. Daß sie dies sagen kann, macht die Kirche notwendig für die Zukunft. Sie verwaltet die geoffenbarte Wahrheit Gottes. In ihr wird die höchstmögliche Annäherung von Lehre und Leben erreicht. Wenn wir nicht sagten, daß wir ihn kennen, der die Wahrheit ist und der uns fähig macht, die Wahrheit zu tun, wenn wir nicht sagten, daß wir aus der Wahrheit sind, weil wir seine Stimme hören, dann wären wir Lügner, wie sie Lügner sind, die Gott leugnen oder die einen anderen Gott lehren als den Vater des Sohnes. Wer den Sohn leugnet, der hat auch den Vater nicht. Wir aber glauben, daß Jesus Christus ist in das Fleisch gekommen, um Sünder selig zu machen.

Aus dem von Bischof D. Krummacher in Fürstenwalde erstatteten Bericht war der zweite Teil geradezu entscheidend für die Haltung, Meinungsbildung und Entscheidung der Synode. Dieser Berichtsteil war Bekenntnis und Beschwörung zugleich. Als er von Landesbischof i. R. D. Haug vor den in Spandau versammelten Synodalen verlesen wurde, herrschten atemlose Stille und angespannteste Aufmerksamkeit im Plenarsaal. Sichtlich bewegt antworteten die Zuhörer mit anhaltendem starkem Beifall; ergriffener Dank für das klare, mutige Zeugnis wurde immer wieder zum Ausdruck gebracht. Wir drucken diesen Teil des Berichts im vollen Wortlaut ab:

## II.

... Wir sind hier versammelt als Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland. Wir müssen uns daher erneut vergegenwärtigen, warum und aus welcher geistlichen Verantwortung heraus wir an der *Einheit und Gemeinschaft* der Evangelischen Kirche in Deutschland festhalten.

1. Diese Einheit ist im Berichtsjahr auf mannigfache Weise von außen angefochten worden. Der Entzug der Lizenz für die Berliner Ausgabe des Amtsblattes der Evangelischen Kirche in Deutschland hat die Möglichkeit gegenseitiger Information zwischen unseren Landeskirchen ernstlich erschwert. Sehr tief wurde unsere Gemeinschaft betroffen durch die Behinderung vieler leitender Brüder aus westdeutschen Gliedkirchen, die mit uns nicht mehr wie bisher zu brüderlicher Begegnung und Beratung zusammen-

kommen konnten. Um so mehr haben wir uns zu prüfen, warum wir dennoch an Einheit und Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland festhalten.

2. Es bedarf kaum der wiederholten Erklärung, die der Ratsvorsitzende Bischof D. Scharf und ich bereits auf den Synodaltagungen der beiden vergangenen Jahre abgegeben haben, daß wir Einheit niemals als Uniformität verstehen. Einheit der Kirche kann unter uns nur so praktiziert werden, daß wir uns zugleich gegenseitig brüderlich die Freiheit zugestehen, daß jeder jeweils in seinem ganz anders gestalteten gesellschaftlichen, sozialen und politischen Bereich Entscheidungen, insonderheit sozial-ethische Entscheidungen, trifft, die vom Evangelium her in der jeweils verschiedenen Lage geboten sind, nur daß jeweils der Gedanke an die Brüder im anderen Bereich bei den Überlegungen und Entscheidungen mit darin sein sollte. Wir haben das mehrfach so praktiziert, daß wir freie und unabhängige Entscheidungen der Kirche für den Bereich der Deutschen Demokratischen Republik und entsprechend auch freie Entscheidungen der Kirche für den Bereich der Bundesrepublik getroffen haben. Von „Weisungsbefugnissen“ kann dabei im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland überhaupt nicht die Rede sein. Die Grundordnung (Art. 30, 5) und die Geschäftsordnung des Rates haben den Ratsmitgliedern in der Deutschen Demokratischen Republik die erforderliche Wahrnehmung eigener, selbständiger Verantwortung in den vergangenen sechs Jahren ermöglicht. Dabei haben wir es freilich gegenseitig als innere Stärkung empfunden, wenn die Brüder der jeweils anderen Seite nachträglich bestätigten, daß sie überzeugt seien, daß solche eigenständigen Entscheidungen rechte christliche Entscheidungen in der gegebenen situationsbedingten Lage waren.

3. Man hat uns vorgehalten, wir hielten an der Einheit und Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland im Grunde nur aus politischen oder nationalen Gründen fest. Ich möchte dem nachdrücklich widersprechen und freilich hinzufügen, daß wir auch aus Verantwortung für die Menschen und Familien unseres geteilten deutschen Volkes nicht das Recht haben, diese Gemeinschaft von uns aus freiwillig aufzugeben. Ich stelle an diesem Punkt auch noch einmal fest, daß der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bereits am 12. Oktober 1949, also fünf Tage nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, von den „beiden deutschen Regierungen“ gesprochen hat und einen Bevollmächtigten bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bestellt hat. Damit erweist sich das Reden von einer Nichtanerkennung der Deutschen Demokratischen Republik auf dem kirchlichen Gebiet ganz schlicht als eine historisch nicht zutreffende Legende.

4. Man hat uns vorgehalten, daß wir nur aus überholten geschichtlichen Gründen an dieser Gemeinschaft festhielten. Das aber ist für uns heute nicht das Entscheidende, obwohl man die geschichtliche Kontinuität der Kirche Christi auf Erden nicht so spiritualisieren sollte, als wenn es nicht auch auf die institutionelle und historisch gewachsene Gemeinschaft und auf die sichtbare Einheit der Kirche auf Erden ankäme. Es gibt eine in Jahrhunderten gewachsene reale Gemeinschaft der deutschen evangelischen Christenheit. Es gibt auch genügend Beispiele aus den Zeiten des früheren Staats- und Landeskirchentums, daß die kirchliche Gemeinschaft auch über Landes- und Staatsgrenzen hinweg, z. B. am Niederrhein oder in Pommern, durch dieselben synodalen kirchlichen Organe bzw. durch dieselbe Kirchenordnung über staatliche Trennungen hinweg festgehalten worden ist. Wer die Geschichte bedeutender Theologen aus dem 16., 17. oder 18. Jahrhundert studiert, ist immer wieder erstaunt, wie freizügig in jenen Zeiten der Kleinstaaterei Kirchenmänner dem Ruf in andere Kirchengebiete folgen konnten, etwa von Rostock nach Süddeutschland oder von Frankfurt nach Dresden oder nach Berlin. Auch in der Ökumene gibt es genug Beispiele dafür, daß man die Kirchen Grenzen keineswegs den Staatsgrenzen überall gleichsetzt.

5. Das alles sind nun gewichtige, aber keineswegs die heute entscheidenden Gründe. Verpflichtender ist im Zeitalter der Ökumene etwas anderes: Die Kirchen der ganzen

Welt streben, auch über politische, rassische, soziale und gesellschaftliche Unterschiede hinweg, immer mehr zur Gemeinschaft, und zwar nicht nur zu einer spirituellen, sondern zu einer real gestalteten, sichtbaren Gemeinschaft. Es wäre ein Anachronismus in unserem ökumenischen Zeitalter und ein Rückfall in überwundene Zeiten des Staatskirchentums, wenn wir ausgerechnet im Mutterlande der Reformation auf die uns geschenkte und durch das Schulbekenntnis von 1945 in geistlicher Tiefe neu gewachsene Gemeinschaft von uns aus verzichten würden. Wir glauben, daß unser Festhalten an der Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland vom Evangelium her und aus ökumenischer Verantwortung geboten ist: vom Evangelium her, weil der Herr Jesus Christus selber und seine Apostel mit der missionarischen Ausbreitung des Evangeliums der Kirche zugleich einen grenzüberschreitenden Impuls mitgegeben haben, und von der Ökumene her, weil wir meinen, daß wir beispielhaft für die Weltchristenheit, auch für solche Kirchen, die in ähnlicher Lage wie wir aus politischen, rassischen, soziologischen und gesellschaftlichen Gründen in ihrem organisatorischen Gefüge bedroht werden, einen Erweis dafür zu geben haben, daß die Kraft des Glaubens stärker ist als von außen kommende Trennungen. Wir haben einen ökumenisch gebotenen Versöhnungs- und Brückendienst gerade an der Grenze zwischen West- und Osteuropa als Evangelische Kirche in Deutschland wahrzunehmen. Wir würden als Kirche der Reformation an unserer ökumenischen Verantwortung schuldig werden, wenn wir auf die Gemeinschaft, auch auf die institutionelle und sichtbare Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland lediglich aus säkularen und tagespolitischen Gründen verzichten würden.

6. Dazu kommen nun die geistlichen Realitäten im täglichen kirchlichen Leben. Wir stehen in einer heute mehr noch als früher praktizierten Gemeinschaft der evangelischen Christenheit in Deutschland. Das zeigt sich an der unaufgebbaren Gemeinsamkeit theologischen Denkens. Gerade in diesen Jahren, in denen die Fragen Schrift und Verkündigung, Theologie und Gemeinde uns so leidenschaftlich bewegen, würde es ein Akt unerhörter theologischer Verarmung sein, wenn wir voneinander lassen wollten. Wir leben auch von einer verborgenem, aber tiefen Gemeinsamkeit im Amts- und Ordinationsverständnis der Pfarrer aller Landeskirchen, die durch gemeinsame Wege des theologischen Studiums geprägt sind, auch über alle sonstigen Unterschiede der Landeskirchen hinweg. Das zeigt sich auch bei den Plänen zur Reform des theologischen Studiums. Wir stehen in einer Gemeinschaft gottesdienstlichen Lebens, die, abgesehen von den geprägt reformierten Gemeinden, heute zwischen den unierten Kirchen und den Kirchen des Luthertums weit deutlicher ist als in früheren Zeiten. Dazu kommt die gewachsene Gemeinsamkeit des Evangelischen Kirchengesangbuches. Wir bemühen uns gegenwärtig um gemeinsame liturgische Texte im ganzen deutschsprachigen Raum, selbst über die Konfessionsgrenzen hinweg.

All dieses ist aber auf die Dauer nur möglich, wenn man beieinander bleibt und einander nicht losläßt. Das gilt selbst von den uns bis in Herz und Gewissen bedrängenden Fragen der Gemeinschaft am Tisch des Herrn. Wenn wir einander loslassen würden und nicht mehr aufeinander zugehen, um miteinander, trotz bestehender Lehrunterschiede, um den rechten Weg der Wahrheit zu ringen, dann bedeutete das eine ungeheure geistliche Verarmung und Selbstisolierung. Eine Kirche kann nicht freiwillig beschließen, den Weg geistlicher Verarmung zu gehen, solange ihr Gott eine gemeinsame Schulderkenntnis, aber auch gemeinsame geistliche Gaben geschenkt hat.

7. Darum ist es heute nicht mehr eine pragmatische Frage, die man so oder so lösen kann, sondern eine Frage des Glaubensgehorsams, ob wir an der Einheit und Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland festhalten oder nicht. Wenn wir uns trennen würden, so täten wir das ja lediglich aus säkularen Gründen und aus keinem einzigen tragenden geistlichen oder kirchlichen Grund. Wir würden damit auf beiden Seiten die Freiheit und Glaubwürdigkeit kirchlichen Handelns und Sprechens gefähr-



den. Wir würden uns dann in beiden Teilen Deutschlands stärker an die Umwelt der gesellschaftspolitischen Systeme, in denen wir leben, als an das Evangelium und an die Alleinherrschaft des Einen Herrn binden. Die Gefahr der Perversion des Evangeliums durch falsche Assimilierung an die gesellschaftliche Umwelt würde keineswegs nur in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland bedrohlich sein, während wir uns jetzt gegenseitig den Dienst tun können, uns immer wieder in der Mitte des Evangeliums in gehorsamer Bindung an den Einen Herrn zu begegnen. Wir können darum, trotz aller Behinderung, nicht auf das Gespräch mit den Brüdern verzichten. Ich wiederhole deshalb, was ich im Auftrage aller Bischöfe in der Deutschen Demokratischen Republik vor der ersten Tagung der 3. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland am 13. 2. 1961 erklärt habe:

„Es gilt über innerkirchliche und politische Unterscheidungen hinweg die kirchliche Gemeinschaft in der Bindung an den Einen Herrn gerade jetzt zu bewahren und zu bewähren.“

8. Dabei bedarf es kaum des besonderen Hinweises, daß die Kirche in freier, eigener Verantwortung, gebunden an ihren alleinigen Auftrag, ihre kirchlichen Ordnungen und Gesetze den jeweils gegebenen Möglichkeiten entsprechend sinngemäß umgestalten kann. Der Rat hat daher auf Grund der praktischen Erfahrungen der letzten Jahre an Stelle der sogenannten Betheler Gesetze dieser Synode ein Kirchengesetz vorgelegt, durch das die Arbeit der Synode und der Kirchenkonferenz beweglicher gestaltet werden kann. Für die Arbeit des Rates selber besteht, wie bereits bemerkt, diese Beweglichkeit eigener Verantwortung bereits seit Jahren und bedarf keiner neuen gesetzlichen Regelung. Solche internen kirchlichen Maßnahmen zur rechten Erfüllung des kirchlichen Auftrages spalten nicht, sondern stärken zugleich die Einheit und Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland, die uns, ich sage das noch einmal aus tiefer Überzeugung, aus Glaubensgehorsam festzuhalten geboten ist. So haben wir es gemeinsam am 8. März 1963 in den „Zehn Artikeln über Freiheit und Dienst der Kirche“ am Ende des IX. Artikels gesagt:

„Die Kirche verfällt dem Ungehorsam, wenn sie ihre Ordnungen und ihr Recht durch menschliche Willkür auflöst, ihre eigenen Ordnungen nicht einhält oder die Gestalt ihrer Ordnung an außerkirchliche Bindungen preisgibt.“

Damit haben wir sachlich dasselbe ausgesprochen, was bereits in der Theologischen Erklärung von Barmen so gesagt wurde:

„Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugung überlassen.“

9. Das alles ist nun in diesen letzten Wochen ungewöhnlich aktuell geworden. Von maßgebender politischer Seite ist öffentlich mehrmals erklärt worden, die institutionelle Gemeinschaft einer Evangelischen Kirche in Deutschland bestehe bereits nicht mehr. Zur Begründung hat man angeführt, daß aus politisch-moralischen Gründen die Kirchen und die Christen in der Deutschen Demokratischen Republik nicht mehr in einem Atemzuge mit den Kirchen und den Christen in der Bundesrepublik Deutschland genannt werden können.

Darauf erwidern wir: Wenn Christen, die Glieder am Leib des Einen Herrn sind und als Glieder einer Kirche zusammengehören, nicht mehr zusammen in einem Atemzug genannt werden dürfen, dann geht es damit nicht mehr um eine institutionelle Frage, sondern um die Gemeinschaft im Glauben an den Einen Herrn.

Der Eine Herr hat den politisch verdächtigen Zöllner Matthäus gemeinsam mit dem nationalistischen Simon Zelotes „in einem Atemzug“ als seine Jünger ausgesandt.

Der Eine Herr hat die beiden verlorenen Söhne, den moralisch heruntergekommenen und den moralisch einwandfreien, „in einem Atemzug“ eingeladen, am Tisch des Vaters gemeinsam Platz zu nehmen.

Der Eine Herr hat für den Verbrecher am Kreuz und für den römischen Hauptmann „in einem Atemzug“ gebetet.

Im Namen dieses Einen Herrn haben verachtete Sklaven und reiche Kaufleute, Juden und Griechen in einer Gemeinde in Rom, Thessalonich und anderswo in jedem Atemzug zusammen gelebt.

„In einem Atemzug“ sind vor 30 Jahren sogenannte arische und nichtarische Christen in unseren Gemeinden beisammen geblieben, als man forderte, aus säkularen Gründen die institutionelle Gemeinschaft zu zerreißen.

Im Glaubensgehorsam gegen den Einen Herrn halten wir in der Ökumene die Gemeinschaft mit Christen anderer Rasse, Hautfarbe und politisch-gesellschaftlicher Herkunft mit jedem Atemzug fest.

In der Gemeinschaft dieses Einen Herrn kann man eben die Guten und die Bösen nicht voneinander trennen, auch nicht aus politischen oder moralischen Gründen, weil sie beide in jedem Atemzug allein von der Gnade ihres Herrn leben.

Wahrhaftig, meine Brüder und Schwestern, jetzt geht es in der Evangelischen Kirche in Deutschland um mehr als um Fragen der kirchlichen Institution oder der Gesetzgebung. Es geht um die alleinige Bindung einer freien Kirche an den Einen Herrn, der in jedem Atemzug auch der Herr unserer Brüder ist, mögen sie politisch oder gesellschaftlich anders leben und denken als wir.

Das Wesen der Kirche und die Botschaft von der Rechtfertigung allein aus Gnaden sind in unerhört aktueller Zuspitzung miteinander im Innersten verzahnt.

Gott gebe, daß wir nun erst recht diese unaufgebbare Gemeinschaft der evangelischen Christenheit in Deutschland im Zeugnis und im Dienst vor der Welt aus Glaubensgehorsam Tag für Tag tiefer verwirklichen. Darum lassen Sie uns immer wieder beten: *veni creator spiritus*.

Zu den Ausführungen von Bischof D. Krummacher faßte der in Fürstenwalde tagende Synodaleil folgende EntschlieÙung:

Die in Fürstenwalde versammelten Mitglieder der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland danken Bischof D. Krummacher für das eindeutige und unmißverständliche Wort zur Einheit und Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland. Die Synodalen machen es sich zu eigen. Die Evangelische Kirche in Deutschland besteht. Dieses erkennen wir dankbar als Geschenk. Die Not ihrer Gemeinschaft ruft uns bußfertig in ihren Dienst. Wir bitten Gott, uns auch im geteilten Volk den gemeinsamen Weg gehen zu lassen, der uns im Gehorsam des Glaubens gewiesen ist.

Die gleiche Aufnahme, die den Ausführungen von Bischof D. Krummacher zuteil wurde, fand auch in Spandau die als „Fürstenwalder Erklärung“ bekanntgewordene, als Ereignis von kirchengeschichtlicher Bedeutsamkeit beurteilte und überall, wo von der Einheit der evangelischen Christenheit in Deutschland die Rede ist, zitierte

#### ERKLÄRUNG DER IN FÜRSTENWALDE VERSAMMELTEN MITGLIEDER DER SYNODE ZUR EINHEIT DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND

Wir Synodalen der Evangelischen Kirche in Deutschland, die vom 2. bis 7. April 1967 in Fürstenwalde versammelt sind, erklären:

Wir werden heute durch öffentliche Angriffe und durch administrative Maßnahmen hart gefragt, ob wir an der Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland festhalten wollen. Wir sind eine Antwort schuldig.



## I.

1. Die Evangelische Kirche in Deutschland besteht. In ihr sind die 28 evangelischen Landeskirchen aus dem Gebiet der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik zusammen, wie Christen zusammen sind: gerufen durch das Wort ihres Herrn, in Wahrheit, aber auch in Verfehlung der Wahrheit, in Liebe, aber auch in Schuld aneinander, in Gehorsam, aber auch in Ungehorsam gegenüber ihrem Auftrag, einig in dem Gebet: „Herr, erbarme dich unser“. Der Herr gewährt den Schuldigen immer wieder Vergebung und eröffnet neue Freiheit zum Dienst. Wir können nicht erkennen, daß der Herr die Evangelische Kirche in Deutschland nicht mehr brauchen will, seinen Auftrag auszuführen, das Evangelium allem Volk zu verkündigen.

2. Die Kirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland sind beieinander. Unser evangelisches Bekenntnis weist uns an, kirchliche Gemeinschaft nur dann aufzukündigen, wenn der Bruder in Irrlehre oder Ungehorsam gegen den Herrn der Kirche beharrt. Diese Gründe zu einer Trennung der Kirchen innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland liegen nicht vor.

a) Es ist den Kirchen in der Bundesrepublik vorgeworfen worden, sie seien ihrem Staat gegenüber in eine solche Hörigkeit geraten, daß es nicht mehr möglich sei, sie „mit der freien und unabhängigen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik in einem Atemzug zu nennen“. Ein solches Urteil ist ungerecht. Wir sind dankbar, daß uns die Brüder in der Bundesrepublik Deutschland viele Beweise unabhängigen Denkens und Handelns gegeben haben. Kein Christ und keine Kirche ist dagegen gefeit, die von Christus geschenkte Freiheit an die Machthaber zu verraten. Das gilt für die Brüder in der Bundesrepublik. Das gilt auch für uns Christen in der Deutschen Demokratischen Republik. Wir verfallen dieser Versuchung oft genug. Aber der Herr, der ihnen wie uns die Schuld vergibt, schenkt ihnen wie uns die Kraft, ihm besser und freier zu dienen.

b) Die Kirchen werden aufgefordert, ihre Einheit in der Evangelischen Kirche in Deutschland aufzugeben, weil sie sonst den Menschen, die in zwei entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen leben, nicht mehr dienen könnten. Damit wird die Gesellschaftsordnung zur Herrin über den Christusdienst gemacht. Gerade dadurch wird der Christdienst gehindert. Denn die Menschen sind in allen Situationen und Gesellschaftsordnungen einander darin gleich, daß sie Christus nötig haben. Um des Christusdienstes willen ist der eine Apostel Paulus den Juden wie ein Jude und den Griechen wie ein Grieche, denen, die unter dem Gesetz sind, wie einer unter dem Gesetz, den Schwachen ein Schwacher geworden. Durch den Christdienst sind die Gemeinden auch verschiedenster Gesellschaftsordnung auf vielerlei Weise verbunden.

## II.

Wir evangelischen Christen in der Deutschen Demokratischen Republik haben also keinen Grund, die Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland zu zerschneiden. Wir haben gute Gründe, sie festzuhalten.

1. Unsere Generation hat die Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland empfangen. Durch die konstituierende Versammlung in Treysa 1945 und den festen Zusammenschluß in Eisenach 1948 ist die „Evangelische Kirche in Deutschland“ entstanden. Das konnte nur geschehen, weil die bekennenden Gemeinden in Deutschland in der Versuchung und Anfechtung der nationalsozialistischen Zeit sich bemüht hatten, gemeinsam auf das Wort des Einen Herrn zu hören, und weil die evangelischen Christen gemeinsam ihre Mitschuld an den Verbrechen und dem Versagen unseres Volkes bekennen mußten. Das hat uns frei gemacht, das gemeinsame Erbe der Reformation, deren wir in diesem Jahr besonders gedenken, gemeinsam zu erhalten und zu bewahren. In gleicher Sprache lesen wir die Bibel und singen wir unsere Lieder zu

Gottes Lob. Bis jetzt sind wir – als Teil des wandernden Gottesvolkes, immer neu auf Gnade angewiesen und ihrer bedürftig – einen gemeinsamen Weg gegangen.

2. Nach Jahrhunderten der Kirchenspaltung rückt die gesamte Christenheit der Welt in der ökumenischen Bewegung heute immer näher aneinander. Auch mit den Brüdern der römisch-katholischen Kirche hat ein neues, verheißungsvolles Gespräch begonnen. Sollten wir evangelischen Christen in Deutschland angesichts dieser hoffnungsvollen Entwicklung unsere Gemeinschaft aufgeben?

3. Im Stuttgarter Bekenntnis von 1945 haben evangelische Christen die Schuld des ganzen deutschen Volkes, die es in den vergangenen Jahren auf sich geladen hatte, stellvertretend bekannt. Es ist auch heute unsere Aufgabe, dem deutschen Volk zu helfen, seine Vergangenheit im Lichte der Vergebung zu sehen, die Gegenwart auch als Folge vergangener Schuld zu begreifen und sich von Gott den Weg für die Zukunft zu erbitten. Wir dürfen es nicht versäumen, einander im geteilten Deutschland zu helfen, den rechten Weg zum irdischen Wohl unseres Volkes, der Nachbarvölker und der ganzen Menschheit in Friedfertigkeit, Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit und vernünftiger Einsicht zu finden, damit wir nicht in alte Schuld fallen und neue Schuld auf uns laden. Uns gilt auch heute gemeinsam, daß wir mutiger zu bekennen, treuer zu beten, fröhlicher zu glauben und brennender zu lieben haben.

4. Die Grenze, die mitten durch Deutschland und mitten durch Berlin geht, hindert weithin Familien und Freunde, Menschen, die Gespräche und Gemeinschaft suchen, zueinander zu kommen. Die Evangelische Kirche in Deutschland ist auch Anwalt dieser Not und möchte dazu helfen, daß die menschlichen Verbindungen nicht abreißen und daß die Verantwortlichen gemahnt werden, sich um neue Möglichkeiten des Zusammenkommens zu bemühen und die politischen Hindernisse zu beseitigen, die dem entgegenstehen.

### III.

1. Die Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland besteht durch Gottes Gnade noch immer. Daß die Gabe der Einheit uns jetzt streitig gemacht wird, hat gewiß auch darin seinen Grund, daß wir sie nicht überzeugend genug bewahrt haben. Wir sind verpflichtet, die Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland stets aufs neue zu suchen und zu vertiefen. Es muß unser sehnliches Gebet und Gegenstand intensiver geistlicher Bemühungen sein, daß die Kirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland sich als *eine* Kirche am Tisch ihres Herrn versammeln können.

2. Wir tragen füreinander Verantwortung, darum dürfen wir uns nicht loslassen. Wir haben kein Recht, uns gegenseitig zu bevormunden. Wir dürfen nicht den Versuch machen, einer den anderen zu beherrschen. Wir werden uns gegenseitig so weit freizugeben haben, daß wir unserem Auftrag in dem Teil Deutschlands, in dem wir leben, gerecht werden. Das erfordert von allen Kirchen in der Evangelischen Kirche in Deutschland, daß sie in ihren Entscheidungen immer wieder auf die anderen Rücksicht nehmen. Das erfordert große Zucht bei Äußerungen in der Öffentlichkeit. Das erfordert viel Vertrauen zu denen, die nicht unmittelbar gefragt werden können.

3. Die Einheit der Kirche besteht in dem Einen Herrn, der uns in seine Nachfolge berufen hat. Als seine Jünger weist uns der Herr aneinander. Wir sollen einander auf dem Wege helfen, trösten, mahnen und tragen. Wir sollen aufeinander zugehen und miteinander sprechen. Wenn wir uns aus den Augen verloren haben, sollen wir uns suchen. Wenn wir uns gefunden haben, sollen wir beisammen bleiben. Gemeinsame Einrichtungen in der Leitung dienen diesem Ziel. Darum halten wir an der Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland fest.

Die in Spandau versammelten Synodalen faßten zu dem Bericht von Bischof D. Krummacher und der Fürstenwalder Erklärung folgende

Die Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland war das beherrschende Thema dieser Synode. Warum wir an ihr festhalten, hat Bischof Krummacher im zweiten Teil seines Berichtes überzeugend formuliert. Was sie für uns heute bedeuten kann, ist in der einstimmig angenommenen Erklärung der Synodalen in Fürstenwalde bekenntnishaft zum Ausdruck gekommen. Wir sind mit ihnen einig.

Wir vereinen uns mit unseren Brüdern in Fürstenwalde zu der Bitte, Gott möge uns auch im geteilten Volk den gemeinsamen Weg gehen lassen, der uns im Gehorsam des Glaubens gewiesen ist.

Die besondere kirchengeschichtliche Bedeutung der Ausführungen von Bischof D. Krummacher, der „Fürstenwalder Erklärung“ und der zu beiden Dokumenten ergangenen Entschlüssen der Synode liegt darin, daß sie frei sind von allen politischen Assoziationen, Motivationen und Implikationen, die bei früheren Verlautbarungen der EKD zur Einheit der Kirche – wie eine sorgfältige Analyse der einschlägigen Dokumente deutlich macht – unterschwellig und untöntig mitschwangen. Auf der Synode 1967 ist eindeutig und unmißverständlich kirchlich und theologisch geredet und ein klares theologisch und kirchlich qualifiziertes Bekenntnis zur Gemeinschaft der evangelischen Christenheit in Deutschland abgelegt worden. Die Fürstenwalder-Spandauer Erklärungen begründen das Zusammensein, Zusammenhalten und Zusammenbleiben der Gliedkirchen in der Gemeinschaft der EKD weder als unabdingbare dogmatische Notwendigkeit noch im verträumten Rückgriff auf einen Status quo, der nicht mehr besteht, noch als Schritt auf die ersehnte Wiedervereinigung der jetzt in getrennten Staatssystemen und Gesellschaftsordnungen lebenden evangelischen Christen deutscher Nation und Sprache hin; sie verwahren sich vielmehr dagegen, daß politische Prinzipien und gesellschaftliche Verhältnisse oder Vorstellungen Bedeutung für die kirchliche Gemeinschaft haben oder gewinnen dürfen, und argumentieren streng und sauber kirchlich und theologisch. Freilich muß an dieser Stelle noch tiefer nachgedacht, gründlicher gearbeitet und in zäher Bemühung um Klärung und Klarheit gerungen werden; freilich bleibt abzuwarten, ob und wie die Verwirklichung und Betätigung der so verstandenen Einheit der Kirche durchführbar ist, aber es sollte nicht bestritten werden, daß Krummacher-Bericht, Fürstenwalder Erklärung und synodale Entschlüsse Anzeigen und Anzeichen eines neuen, im Werden begriffenen kirchlichen Selbstverständnisses und eines neuen, gemeinsam beschreitbaren Weges im Zeichen einer Gemeinschaft sind, die weder von Reminiszenzen noch von Wunschträumen lebt, sondern die Realität der providentia Dei inmitten aller confusiones hominum in Rechnung stellt und zugleich den Gegebenheiten dieser Welt und Zeit Rechnung trägt.

Daß Leben aus Glauben nicht ein Leben in Illusionen und Utopien ist, machen sowohl die Sätze der „Fürstenwalder Erklärung“ deutlich, die aussprechen, daß die Gliedkirchen in Ost und West einander nicht bevormunden und beherrschen dürfen, sondern einander Freiheit zu geben haben, um jeweils in dem Teil Deutschlands, in dem sie leben, ihrem Auftrag gerecht zu werden, als auch das von der Synode beschlossene Kirchengesetz über Tagungen der Synode und der Kirchenkonferenz in besonderen Fällen, dessen Absicht und

Ziel es ist, praktische und praktikable Möglichkeiten zur Verwirklichung einer differenzierten und differenzierenden Einheit zu schaffen.

KIRCHENGESETZE ÜBER TAGUNGEN DER SYNODE UND DER KIRCHENKONFERENZ DER  
EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND IN BESONDEREN FÄLLEN

Vom 4. April 1967

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat unter Wahrung der Vorschriften in Artikel 26 Absatz 3 der Grundordnung vom 13. Juli 1948 das folgende Kirchengesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

*Abschnitt I: Getrennte Tagungen der Synode*

§ 1

(1) Wenn sich die Synode nicht an einem Ort versammeln kann, so kann der Präses im Einvernehmen mit dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland die Synode zu einer Tagung einberufen, zu der sich die Synodalen getrennt an verschiedenen Orten versammeln. Die Versammlungen sollten gleichzeitig stattfinden.

(2) Der Rat stellt durch Beschluß fest, in welcher der örtlich getrennten Versammlungen die einzelnen Mitglieder der Synode stimmberechtigt sind. Die Synodalen sind zu denjenigen Versammlungen einzuladen, in denen sie stimmberechtigt sind.

§ 2

Bei Abstimmungen und Wahlen werden die in den getrennten Versammlungen abgegebenen Stimmen zusammengezählt.

*Abschnitt II: Regionale Tagungen der Synode*

§ 3

Die in der Grundordnung geregelten Aufgaben und Befugnisse der Synode können durch regionale Tagungen nach Maßgabe der §§ 4 bis 9 wahrgenommen werden.

§ 4

(1) Regionale Tagungen der Synode werden durch den in ihnen stimmberechtigten Präses oder stellvertretenden Präses im Einvernehmen mit dem Rat einberufen. Sie müssen einberufen werden, wenn der Rat es verlangt. Der Rat kann bei Behinderung des Präses und seiner Stellvertreter einen anderen Synodalen mit der Einberufung beauftragen.

(2) § 1 Absatz (2) ist entsprechend anzuwenden.

§ 5

Ist eine Tagung, zu der die Synode gemäß § 1 einberufen ist, nach Feststellung des Präses oder seines Stellvertreters nicht durchführbar, so kann sich jede der getrennten Versammlungen, bei der sich die Mehrheit der zu ihr eingeladenen Synodalen eingefunden hat, durch Beschluß zur regionalen Tagung erklären.

§ 6

(1) Regionale Tagungen werden von dem in der Tagung stimmberechtigten Präses oder einem seiner Stellvertreter geleitet.

(2) Die regionalen Tagungen ergänzen ihr Präsidium nach Bedarf.

(3) Bei Behinderung des Präses und seiner Stellvertreter wird die Regionaltagung bis zur Ergänzung des Präsidiums durch den Einberufter geleitet.



## § 7

(1) Die Aufgaben und Befugnisse der Synode können durch die regionalen Tagungen, je für ihren Bereich, wahrgenommen werden.

(2) Sollen durch regionale Tagungen mit Wirkung für den Gesamtbereich der Evangelischen Kirche in Deutschland Beschlüsse gefaßt werden, so bedarf es dazu übereinstimmender Beschlüsse der regionalen Tagungen. Soweit die Grundordnung eine qualifizierte Mehrheit vorschreibt, ist die Gesamtzahl der in den regionalen Tagungen abgegebenen Stimmen maßgebend; außerdem ist mindestens die einfache Mehrheit in jeder regionalen Tagung erforderlich.

## § 8

(1) Die Wahl der Mitglieder des Präsidiums der Synode und des Rates soll nur dann in regionalen Tagungen vollzogen werden, wenn nach Feststellung des Rates die Synode nicht an einem Ort und auch nicht in örtlich getrennten Versammlungen gemäß Abschnitt I tagen kann.

(2) Wenn im Falle des Absatzes (1) die Wahlen nicht nach § 7 Absatz (2) durchgeführt werden können, so bestimmt der Rat im Einvernehmen mit der Kirchenkonferenz, wie viele Mitglieder von den einzelnen regionalen Tagungen der Synode zu wählen sind. Der Rat bestimmt im Einvernehmen mit der Kirchenkonferenz ferner, von welcher der regionalen Tagungen der Vorsitzende und von welcher der stellvertretende Vorsitzende des Rates zu wählen ist.

### *Abschnitt III: Beschlußfähigkeit der Synode*

## § 9

Die Synode, auch wenn sie in getrennten Versammlungen tagt (Abschnitt I), und die regionalen Tagungen der Synode (Abschnitt II), sind beschlußfähig, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend ist.

### *Abschnitt IV: Getrennte Tagungen der Kirchenkonferenz*

## § 10

(1) Der Vorsitzende des Rates kann die Kirchenkonferenz zu einer Tagung einberufen, zu der sich die Mitglieder an verschiedenen Orten versammeln. Er kann dieses Recht sowie die Leitung der getrennten Tagungen auf seinen Stellvertreter oder ein anderes Ratsmitglied übertragen.

(2) Der Rat bestimmt durch Beschluß, zu welcher der getrennten Versammlungen der Kirchenkonferenz die einzelnen Gliedkirchen ihre Vertreter entsenden.

(3) § 2 ist entsprechend anzuwenden.

## § 11

Soll die Kirchenkonferenz im Zusammenhang mit einer regionalen Tagung der Synode (Abschnitt II) zusammentreten, so versammeln sich dazu die Vertreter derjenigen Gliedkirchen als Kirchenkonferenz, denen die zu dieser regionalen Tagung einberufenen Synodalen angehören.

### *Abschnitt V: Schlußvorschriften*

## § 12

Der Rat erläßt die erforderlichen Ausführungsvorschriften zu diesem Kirchengesetz.



Dieses Kirchengesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Weder die „Fürstenwalder Erklärung“ mit ihrer Feststellung, daß die Gliedkirchen in Ost und West einander Freiheit gewähren, noch das Kirchengesetz über Tagungen der Synode und der Kirchenkonferenz in besonderen Fällen, das die Voraussetzungen zur Praktizierung kirchlicher Gemeinschaft in der Differenzierung schafft, stellen „Fermente der Dekomposition“ dar, sondern sind als Elemente der Verbundenheit und nur als Bemühungen zu verstehen, unter den obwaltenden Umständen, die nüchtern zu sehen sind, mit und unter der Differenzierung die Gemeinschaft der deutschen evangelischen Christenheit zu wahren. Es handelt sich nicht um einseitige, sondern um gemeinsam beschlossene Erklärungen und um paktierte Entschlüssen, die den politischen Verhältnissen und der durch sie bedingten Einschränkung und Erschwerung der Zusammenarbeit über die innerdeutsche Grenze hinweg Rechnung tragen, den Gliedkirchen in Ost und West die zur Ausrichtung ihres Dienstes in ihrem Ort erforderliche Freiheit einräumen, zugleich aber Möglichkeiten für ein gemeinsames wirksames Handeln der Organe der EKD vorsehen und schaffen. Die weitere Entwicklung wird zeigen, ob und wie diese vorsorglichen Maßnahmen sich in der Praxis des kirchlichen Alltags bewähren. —

Die besondere Aufgabe der 1. Tagung der 4. Synode war die *Neuwahl des Rates der EKD und seines Vorsitzenden*. Mit großer Spannung sah man diesem Stück synodaler Arbeit entgegen, und nicht ohne Dramatik ging es dabei zu. Weil die Grundordnung es vorschreibt, daß für die Wahl in den Rat, zum Ratsvorsitzenden und zum Stellvertretenden Ratsvorsitzenden die Zweidrittelmehrheit der Synode und der Kirchenkonferenz erforderlich ist, war eine gemeinsame Entscheidung der getrennt tagenden Synodenteile notwendig, die herbeizuführen angesichts der beschränkten und erschwerten Kommunikationsmöglichkeiten ein zeitraubendes und mühseliges Geschäft war, so daß Pausen und Terminverschiebungen unvermeidbar wurden. Allen Schwierigkeiten zum Trotz wurde die schwere Probe, bei der die Entscheidung drei Tage lang auf des Messers Schneide stand, bestanden: die Mitglieder des neuen Rates, der für die kommende Legislaturperiode, d. h. bis 1973 die EKD zu leiten und zu verwalten hat, wurden mit einer die Vorschrift der Grundordnung weit überschreitenden Mehrheit gewählt. Dem Rat der nächsten sechs Jahre gehören an: Dr. Bauer, Präses Professor D. Dr. Beckmann, Landesbischof D. Dietzfelbinger, Bischof D. Krummacher, Landesbischof D. Dr. Lilje, Oberin Lundbeck, Moderator Professor D. Niesel, Landesbischof D. Noth, Präses Dr. Puttfarcken, Bischof D. Scharf, Landessuperintendent D. Smidt, Ephorus Lic. Wätzel, Vizepräsident D. Dr. Weeber, Präses D. Wilm, Bischof D. Wölber. Zum Vorsitzenden des Rates wurde mit 129 von 146 abgegebenen Stimmen der bayerische Landesbischof D. Hermann Dietzfelbinger, zu seinem Stellvertreter mit gleicher Stimmenzahl Bischof D. Scharf gewählt. Zum ersten Male in ihrer zwanzigjährigen Geschichte steht ein VELKD-Lutheraner an der Spitze der EKD; das ist

gleicherweise für die EKD und für die VELKD von großer Bedeutung: die VELKD wird nun besonders in Pflicht und Dienst der Gesamtkirche genommen, und die EKD muß damit rechnen, daß die Zäune der Bekenntnisse nicht einfach niedergelegt sind oder ignoriert werden können, wenn sie auch niedriger geworden sind und die Zahl der Türen und Durchlässe wächst. Die Nominierung von Landesbischof D. Dietzfelbinger ging von den in Fürstenwalde tagenden Synodalen aus und fand die freudige Zustimmung des anderen Synodenteils, brachte sie doch die Lösung einer Frage, die angesichts der besonderen, in der deutschen Wirklichkeit beschlossenen Schwierigkeiten der Synode – und nicht nur ihr – sorgen- und notvolle Stunden bereitet hatte. In der Einmütigkeit der Wahl wurde die kirchliche Einheit Wirklichkeit.

Mit ihren Erklärungen und Entschlüssen zur Einheit der Kirche und mit dem neugewählten Rat, dessen einmütige Wahl die bestehende Gemeinschaft der evangelischen Christenheit in Deutschland sichtbar machte, bestätigte und bewährte, ist die EKD in eine neue Phase ihrer Geschichte eingetreten, in der es ihr im Blick auf ihre Gemeinschaft aufgegeben ist, diese in neuer Weise zu artikulieren, zu verwirklichen und zu vertiefen, ohne bei politischen Realitäten, Erinnerungen und Wunschträumen Anleihen zu machen, und damit den Gemeinden und ihren Gliedern in Ost und West zu ermöglichen, gleich guten Gewissens ihren Staat anzuerkennen und in christlicher Verantwortung ihre Bürgerpflichten zu erfüllen und zugleich in der Gemeinschaft der deutschen evangelischen Christenheit zu stehen und an gesamtkirchlichen Aufgaben mitzuarbeiten.

Neben der Frage nach der Einheit der Kirche, die, ohne zwar als solches formuliert zu sein, das Gesamtthema der Synode war, und der damit engstens zusammenhängenden Aufgabe, den Rat und seine Vertreter zu wählen, standen auf der Tagesordnung weitere Traktanda von gesamtkirchlichem Interesse und Gewicht, zu denen Entschlüssen gefaßt wurden.

#### ENTSCHLIESSUNG DER IN FÜRSTENWALDE (SPREE) VERSAMMELTEN SYNODALEN ZUM FRIEDENS- UND VERSÖHNUNGSDIENST DER KIRCHEN (7. APRIL 1967)

Die Synode der EKD, wie sie sich in Fürstenwalde versammelt hat, ist durch den Bericht des Ratsvorsitzenden und den ergänzenden Bericht von Bischof D. Krummacher erneut an den Friedens- und Versöhnungsdienst der Kirche in der Welt erinnert worden. Innerhalb der verfügbaren Zeit konnte sich der Ausschuß nur folgenden vordringlichen Problemen zuwenden:

1. Die wachsenden politischen Spannungen, die Verhärtungen der Fronten und die ungeminderten kriegerischen Auseinandersetzungen erfordern den Einsatz der Christenheit für den Frieden auf Erden und eine Steigerung ihrer Anstrengungen. Entscheidend gefährdet ist nach wie vor die Menschheit vor allem durch den grauenvollen Krieg in Vietnam. Im Februar 1967 hat der Exekutivausschuß des Ökumenischen Rates, sich seiner Verantwortung bewußt, zum Vietnamkrieg in seiner Sechs-Punkte-Erklärung geäußert. Diese Äußerung steht im engen Zusammenhang mit der Erklärung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates vom Februar 1966. In beiden Erklärungen werden die kämpfenden Parteien an den Verhandlungstisch gerufen, bisher leider ohne Erfolg.

Wir empfehlen der Synode, sich für die Gliedkirchen und ihre Gemeinden auch das sagen zu lassen, was der Ratsvorsitzende in einem Brief vom 17. 2. 1967 den Kirchenleitungen für den Dienst der Fürbitte empfehlend geschrieben hat. Er nennt:

„Regelmäßige Fürbitte im Fürbittengebet des Hauptgottesdienstes; Friedensandachten

– abwechselnd in den Kirchen einer größeren Stadt –; einmaliger Fürbittegottesdienst aus besonderem Anlaß; besondere Friedensandachten innerhalb von Gebetswochen, z. B. der Ökumenischen Gebetswoche. In diesem Sinne hat auch der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland beschlossen, den Schlußgottesdienst der bevorstehenden Tagung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland als einen Fürbittegottesdienst für die Erhaltung des Friedens in der Welt und für die Beendigung des Vietnam-Krieges zu halten.“

Die Synode hat dankbar davon Kenntnis genommen, daß die Aktion „Brot für die Welt“ mehrmals in der Lage war, in der Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz Hilfe nach Vietnam zu vermitteln. Die Synode unterstützt auch ihrerseits alle Bemühungen, aus den Mitteln „Brot für die Welt“ weitere Opfer für die Kriegsgeschädigten zu bringen. Mit den Gremien der Ökumene zusammen dürfen wir nicht nachlassen, die Stimme zu erheben und Taten der Hilfe zu leisten.

2. Uns beschwert, daß im Blick auf die Situation *junger Christen* zu den unerledigten alten Problemen neue hinzutreten. So sind wir darüber sehr erschrocken, daß wir in Schulplänen der Oberschule die vormilitärische Ausbildung und Studienplänen der Fach- und Hochschulen eine Waffenausbildung obligatorisch eingebaut finden.

Um religiös begründete Gewissensbedenken gegen den Waffendienst zu respektieren, ist ein Wehersatzdienst dankenswerterweise geschaffen worden. Warum aber bezichtigt man junge Christen, die als Bausoldaten diesen Ersatzdienst leisten wollen, ihre Studienpflicht auf Grund dieser Entscheidung nicht völlig zu erfüllen? Warum drängt man sie, um ihres Fortkommens willen nicht auf ihr Gewissen zu hören, Gelübde und Eid nicht ernst zu nehmen und opportunistisch zu entscheiden? Wir sind dankbar für jede Regelung von Einzelfällen. Aber hier geht es um mehr. Wir bedauern daher, daß ein erbetenes Gespräch auf hoher staatlicher Ebene den leitenden Brüdern der Kirche immer noch nicht gewährt wurde und erwarten dazu bald Gelegenheit. Um der Menschen willen, denen Gott sein Heil zugedacht hat, um des Volkes und der Welt willen, in der Gott uns heute unseren Dienst gibt, trägt die Kirche auch eine politische Mitverantwortung und darf nicht aufhören, sie mit ihrem Dienst einzulösen. Wir danken den Brüdern des Rates und der Kirchenkonferenz für allen fürsprechenden Dienst.

3. Die Synode erfuhr eine entscheidende Hilfe durch den *Bericht*, den Bischof D. Krummacker als Sprecher des Rates in der DDR hier in Fürstenwalde erstattet hat. Der zweite Teil enthält die Erklärung zur Einheit und Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland. Der Ausschuß bittet das Präsidium, veranlassen zu wollen, daß dieser zweite Teil des Berichtes mit der Erklärung zur Einheit und Gemeinschaft der EKD unseren Gemeinden zugänglich gemacht wird.

Zu *Fragen der Diakonie*, über die in Spandau Präsident Dr. Schober, in Fürstenwalde Kirchenrat Laudien und Oberlandeskirchenrat von Brück Berichte gegeben hatten, wurden auf beiden Synodenteilen Entschließungen gefaßt, die nachstehend wiedergegeben sind.

#### ENTSCHLIESSUNG DER IN BERLIN-SPANDAU VERSAMMELTEN SYNODALEN ZU FRAGEN DER DIAKONIE (6. APRIL 1967)

##### 1.

Joh. Hinrich Wichern hat schon im Jahre 1849 nach dem Wittenberger Kirchentag mit der Gründung des Centralausschusses für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche einen wichtigen Anfang für das Zusammenwachsen der evangelischen Christenheit in Deutschland gemacht. Seitdem ist die Diakonie in ihren mannigfachen Formen über die Grenzen der einzelnen Landeskirchen hinaus zu einer gemeinsamen Sache aller geworden, die heute zur EKD gehören. Dadurch sind einheitlich geprägte Dienstgemeinschaften entstanden, die mit vielen anderen zusammen die heute mehr als 140 000 hauptamtlichen Mitarbeiter des Diakonischen Werkes bilden. Sie alle wirklichen im Alltag der Gemeinden und in der Anstaltsdiakonie mit weit über einer

halben Million Plätzen für Menschen in vielfältiger Hilfsbedürftigkeit christliche Liebe.

Dieses geschieht nicht nur in der Erfüllung traditioneller Aufgaben der Hilfe am Menschen. Denn auch in einem modernen Sozialstaat mit zunehmender Versorgung durch die Gesellschaft ist unsere Hilfsbereitschaft für den bedürftigen oder kranken Einzelnen oder für in Not befindliche Gruppen ein bleibender Auftrag des Herrn der Kirche. Auch in der ökumenischen Diakonie leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Linderung von Not in den verschiedensten Völkern.

Zwischen den diakonischen Werken *aller* Gliedkirchen der EKD besteht ein lebhafter und enger Erfahrungsaustausch und ein fruchtbares Hin und Her gegenseitiger Hilfe.

Hier wird Einheit der EKD im täglichen Dienst gelebt.

## 2.

Die diakonische Verantwortung der Gemeinde hört aber nicht an den Grenzen der eigenen Kirche oder des eigenen Volkes auf. Wir gedenken der Kirchen in Europa und vielen anderen Teilen der Welt, die in der gegenwärtigen Lage nicht ohne Hilfe von außen bestehen können, und bitten die Landeskirchen und Gemeinden erneut um ihre Fürbitte und ihr Opfer, damit die Entfaltung geistlichen Lebens dort nicht durch äußere Notstände gehindert wird.

Auf verstärkte Mitarbeit der Gemeinden ist auch die Aktion „Brot für die Welt“ weiterhin angewiesen. So dankbar wir für das bisherige Aufkommen sind, so wenig dürfen wir es übersehen, daß innerhalb von sieben Jahren nur insgesamt 4,40 DM je Kirchenglied im Durchschnitt eingebracht wurden. Eine Steigerung dieser jährlichen Sammlungen ist möglich, wenn alle Gemeinden mithelfen.

## 3.

Die Diakonie als Lebens- und Wesensäußerung der Kirche hat auch in unserer heutigen Gesellschaft die Gemeinden immer neu zum Dienst am Nächsten zu führen.

a) Sie bedarf dazu der Hilfe der theologischen Forschung und der kirchlichen Ausbildungsstätten. Die Studenten der Theologie sollten von ihren Kirchenleitungen zu diakonischen Praktika angehalten werden, wie das in einigen Gliedkirchen der EKD schon mit guten Erfahrungen geschieht.

b) Dann wird der Pfarrer das Evangelium von Jesus Christus der Gemeinde so verkündigen können, daß es die Bereitschaft zum Dienst weckt. Es muß aber mit dafür gesorgt werden, daß junge Menschen rechtzeitig vor der Berufswahl über das Diakonische Jahr und über freiwillige soziale Dienste sowie über diakonische Berufe und Dienstgemeinschaften unterrichtet werden. Veralterte Vorstellungen, die nicht mehr der Wirklichkeit pflegerischer und sozialer Berufe entsprechen, sollen durch gute Informationen berichtigt werden.

Wer will, daß die Kirche und ihre Diakonie auch in Zukunft tüchtige Mitarbeiter haben, muß für ihre Aus- und Weiterbildung mehr als bisher tun. Dazu gehört auch die baldige Errichtung der vorbereiteten Diakonischen Akademie.

c) Die Veränderungen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lage haben auch erhebliche Konsequenzen für die Mitarbeit der Frau im diakonischen Bereich. Wir müssen damit rechnen, daß in Zukunft fast alle Mädchen heiraten werden und die Mehrzahl der verheirateten Frauen berufstätig sein wird. Die Diakonie wird deshalb noch mehr als bisher auch die verheiratete Frau um ihre Mitarbeit bitten und entsprechende Arbeitsformen dafür entwickeln müssen. Dabei sollte man besondere Aufmerksamkeit dem Lebensabschnitt der Frau zuwenden, in dem ihre Kinder die volle Kraft der Mutter brauchen. Es sollte ihr die Möglichkeit geboten werden, auch während dieser Zeit eine gewisse Verbindung zu ihrem erlernten Beruf aufrechtzuerhalten.



Auch in Zukunft wird es Frauen geben, die freiwillig um des Dienstes am Menschen willen auf die Gründung einer eigenen Familie verzichten. Dies wird um so mehr der Fall sein müssen, als die Zahl derer, die infolge der Kriege ehelos blieben oder Witwen wurden und die ihre ganze Kraft der Kirche zur Verfügung stellen, abnimmt. Allen diesen ehelosen Frauen sollte die Gemeinde mit besonderer Achtung begegnen und sie in ihre Fürbitte einschließen. Es ist an der Zeit, daß in der Kirche über die geistliche Bedeutung der Ehelosigkeit von Christen neu nachgedacht wird und die sich daraus ergebenden Folgerungen gezogen werden.

d) Die körperliche oder geistige Behinderung eines Menschen ist eine von Gott gestellte Aufgabe für die ganze Gemeinde, nicht nur für den Behinderten selbst und seine Familie. Darum ist die Gemeinde zu sorgendem Mitdenken und Mithandeln für alle Behinderten in ihrer Mitte verpflichtet. Alle Erwägungen, die schließlich doch wieder auf eine Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ hinauslaufen könnten, müssen in Erinnerung an die nationalsozialistischen Massenmorde geistig und leiblich Behinderter zurückgewiesen werden. Das Gebot der Liebe Christi und die in der Schöpfung Gottes begründete Würde auch der kranken oder mißgebildeten Menschen verbieten solches Unrecht. Die Synode ruft die Gemeinden auf, die betroffenen Familien mit ihren Sorgen und Lasten nicht allein zu lassen. Sie dankt allen, die geistig und körperlich Behinderten in unbeirrter Treue helfen.

e) Der Diakonie der Gemeinde stellt die wachsende Anzahl alter Menschen heute eine besondere Aufgabe. Wer sie am Leben der Gemeinde auf alle erdenkliche Weise mitbeteiligt, sie berät und praktisch unterstützt, hilft alten Menschen dazu, auch das Alter als erfüllten Lebensabschnitt zu erfahren.

#### 4.

f) In den letzten Jahren hat eine große Zahl von ausländischen Arbeitnehmern benachbarter Länder geholfen, den Mangel an Mitarbeitern in einer Periode der Überbeschäftigung zu mindern. Das Diakonische Werk hat gleich anderen Wohlfahrtsverbänden versucht, den ausländischen Arbeitnehmern menschliche Hilfe zu leisten. Infolge des Nachlassens der Konjunktur ist eine Entlastung des Arbeitsmarktes eingetreten. In dieser Situation bitten wir Unternehmer, Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften, Entlassungen nicht einseitig gegenüber den ausländischen Arbeitnehmern zu empfehlen und zuzulassen. Vielmehr sollten diese Mitarbeiter wie die deutschen entsprechend ihrer Tüchtigkeit, Zuverlässigkeit und Betriebsverbundenheit beurteilt und behandelt werden. Nur solche Gerechtigkeit vermeidet Bitterkeit. Ausländische Arbeitnehmer dürfen nicht nur Lückenbüßer in Zeiten von Höchstbeschäftigung und Übernachfrage sein.

#### 5.

Die für viele Krankenhäuser unserer Kirche lebenswichtige Frage kostendeckender Pflegesätze, zu der auf der vorjährigen Synode die in Berlin-Spandau versammelten Synodalen eine Erklärung vorgelegt haben, ist immer noch nicht zufriedenstellend geregelt. Die Synode spricht erneut die Erwartung aus, daß hier bald eine gerechte Lösung gefunden wird, welche die diakonische Arbeit auf diesem Gebiet auch in Zukunft ermöglicht.

#### ENTSCHLIESSUNG DER IN FÜRSTENWALDE (SPREE) VERSAMMELTEN SYNODALEN ZUM DIAKONISCHEN DIENST

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland tagt in Fürstenwalde wieder in einer Anstalt der Inneren Mission. Hier erlebt sie die Gemeinde Jesu Christi von Gesunden und Kranken auf engem Raum. Hier sieht sie täglich die Arbeit an den

Kranken, der sie die Freude im Herrn abspürt. Die Zahl der Mitarbeiter in der Diakonie ist klein, die an sie gestellte Forderung groß. So ist es hier, und so erfährt es die Synode aus den Berichten des Diakonischen Werks.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland dankt allen, die in der Diakonie oft bis ins hohe Alter tätig sind, für ihre Treue und ihre Hingabe.

Sie ruft die Gemeinde in die Verantwortung für den Diakonischen Dienst, den Christus geboten und gesegnet hat: „Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan“ (Mt 25, 40).

Die Entschließungen der Synode zum Krieg in Vietnam, zu dem Verhältnis zur katholischen Kirche und zur kulturpolitischen Verantwortung der Kirche sind im Zusammenhang der mit der Darstellung der Sachfragen befaßten Abschnitte des Jahresberichts aufgeführt.

### 3. ABENDMAHLSGESPRÄCH, ABENDMAHLSGEMEINSCHAFT UND KIRCHENGEMEINSCHAFT<sup>1</sup>

Zu der Empfehlung der Zweiten Kommission für das Abendmahlsgespräch, den Zugang zum Tisch des Herrn allen Angehörigen der in der EKD geltenden Bekenntnisse zu öffnen und Artikel 4, 4 der Grundordnung der EKD entsprechend zu ändern – die Mehrzahl der Gliedkirchen hatte dieser Empfehlung bereits zugestimmt (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1966, S. 67 ff.) –, wurde im Berichtsjahr von der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands und ihren Gliedkirchen an einer Stellungnahme gearbeitet. Auf der Tagung der Regionalsynode West der Generalsynode der VELKD im Mai 1967 in Goslar führte der Leitende Bischof, Landesbischof D. Dr. Lilje, aus:

Uns allen ist bewußt, wie behutsam und wie sorgfältig wir an dieser Stelle, d. h. in der Frage der Abendmahlsgemeinschaft, denken und reden müssen. Wir müssen vor allem unseren Respekt vor der jahrelangen theologischen Bemühung um eine größere Einheitlichkeit unseres theologischen Verständnisses vom Abendmahl bezeugen. Was die beiden vom Rat der EKD eingesetzten Kommissionen in langer, wirklich langer und geduldiger Arbeit geleistet haben, verdient nicht nur Respekt und Anerkennung, sondern hat den Boden des Verständnisses in einer beträchtlichen Weise geebnet. Die Schwierigkeit, vor der wir im Augenblick noch stehen, scheint mir eine doppelte zu sein: Noch immer gibt es Landeskirchen, die mit der vollen Zustimmung zu den erarbeiteten Resultaten zögern; vor allem zögern viele – das ist das andere –, diese noch nicht völlig zum Abschluß gebrachten theologischen Aussagen in Form einer Änderung der Grundordnung zu vollziehen. Dazu möchte ich als jemand, der diese Dinge jahrelang sorgfältig verfolgt hat, doch folgendes ausführen.

Ich bin mir darüber klar, daß man hinsichtlich der Frage, welches praktische, konkrete Resultat diesen Erwägungen im Augenblick denn nun eigentlich beschieden sein kann, immer nachdenklicher wird. Ich möchte mir deshalb den Vorschlag erlauben – und das tue ich zunächst ausschließlich als Einzelperson –, daß die lutherischen Kir-

---

1. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 130 ff.; 1959, S. 13 ff.; 1960, S. 13 ff.; 1962, S. 9 ff.; 1963, S. 47 ff.; 1964, S. 22 ff.; 1965, S. 58 ff.

chen – die hier ja in einer besonderen Weise angeredet und gefragt sind –, sobald es ihnen möglich ist, entweder einzeln oder in der Geschlossenheit der Vereinigten Lutherischen Kirche die Erklärung abgeben, daß sie jeden Christen, der auf dem Boden der in den Grundordnungen erwähnten Bekenntnisse steht, ohne Einschränkung zum Abendmahl zuzulassen bereit sind. Diese Aussage entspricht zunächst der Praxis, wie sie weitgehend, ja sogar überwiegend geübt wird. Ihr stehen auch – soweit ich urteilen kann – keine abschließenden theologischen Bedenken entgegen. Diese Stellungnahme hätte den Vorteil, daß sie den anderen die psychische Belastung nähme, nur als Gast – so verstehen sie es dann ja meist –, nur als Geduldeter am Tisch des Herrn zu erscheinen. Eine solche Erklärung würde denen, die nach dem Mahl des Herrn in der Gemeinschaft mit anderen Brüdern verlangen, den Weg ebnen, würde aber alle weiterreichenden kirchenrechtlichen und sonstigen Folgerungen, die etwa mit einer völligen Interzelebration gegeben wären, vorerst nicht nötig machen. Das Abendmahl selbst, das Verlangen nach dem Tisch des Herrn, wäre dann das Entscheidende, aber nicht das Abendmahl als Schibboleth kirchenpolitischer Bemühungen um organisatorische Einheit. Das Entscheidende wäre erreicht; und die lutherischen Kirchen hätten damit ein unübersehbares Zeichen ihres Willens zur echten, geistlich fundierten und theologisch vertretbaren Einheit gegeben.

Die Synode faßte am 26. Mai 1967 folgende EntschlieÙung:

Zur Frage der Zulassung zum Heiligen Abendmahl bittet die Generalsynode die Gliedkirchen der VELKD, sobald es ihnen möglich ist, zu prüfen, ob sie bereit sind zu erklären, daß in ihnen der Zugang zum Heiligen Abendmahl allen evangelischen Christen, die einem in Art. 1 Abs. 1 der Grundordnung der EKD genannten Bekenntnis zugehören, offensteht.

Dieser EntschlieÙung stimmte die Regionalsynode Ost, die im Juni 1967 in Berlin-WeiÙensee zusammentrat, zu, „in der Annahme, daß die Gliedkirchen ihre Erklärung gegenüber der VELKD abzugeben haben“.

Die Abendmahlskommission der VELKD wurde beauftragt, einen Vorschlag für eine Stellungnahme der Gliedkirchen der VELKD zu der Empfehlung der Zweiten Abendmahlskommission der EKD zu erarbeiten. Der Vorschlag lautet:

Mit Dank haben wir den Bericht und die Empfehlung der Zweiten Kommission für das Abendmahlsgespräch zur Kenntnis genommen. Da es sich hierbei um eine Frage von außerordentlicher Bedeutung für das kirchliche Leben innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland handelt, haben wir den Vorschlag der Zweiten Abendmahlskommission nicht nur in unseren landeskirchlichen Gremien sorgfältig geprüft, sondern auch auf Wunsch der Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands in einer besonders für diese Frage einberufenen Kommission verhandelt und eine gemeinsame Antwort erarbeitet. Auf Grund dieser Verhandlungen geben wir folgende Erklärung ab:

Evangelischen Christen, die einem der in Artikel 1 Abs. 1 der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland genannten Bekenntnis zugehören, steht in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche ... der Zugang zum Heiligen Abendmahl, das sie in der ihrem Bekenntnis gemäÙen Ordnung feiert, offen. Die seelsorgerliche Verantwortung der Pfarrer, die rechtliche Zugehörigkeit und die gliedkirchlichen Bestimmungen über die Kirchenzucht bleiben unberührt.

Mit einer solchen Erklärung meinen wir, den Sachinhalt des Vorschlages der Zweiten Abendmahlskommission erfüllt zu sehen. Dagegen halten wir es im Blick auf Artikel 4 Absatz 1 Satz 2 der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland

für rechtlich nicht möglich, daß die Evangelische Kirche in Deutschland den Wortlaut des Artikels 4 Absatz 4 der Grundordnung ändert.

In einer gemeinsamen Sitzung am 14. Dezember 1967 in Hamburg nahmen Bischofskonferenz und Kirchenleitung der VELKD den Vorschlag der Abendmahlskommission zur Kenntnis und empfahlen den Gliedkirchen, „mit der vorgeschlagenen Empfehlung gegenüber der Evangelischen Kirche in Deutschland auf das Ergebnis der Zweiten Kommission für das Abendmahlsgespräch der EKD Stellung zu nehmen“. Es wurde in diesem Zusammenhang festgestellt, daß die Entwicklung in den Gliedkirchen der VELKD bereits im Sinne des Vorschlags vorangeht.

Die von der Abendmahlskommission erarbeitete, von Bischofskonferenz und Kirchenleitung der VELKD den Gliedkirchen zur Annahme empfohlene Stellungnahme nimmt das Anliegen der Zweiten Kommission für das Abendmahlsgespräch der EKD auf, allen einer Gliedkirche der EKD angehörenden lutherischen, reformierten und unierten Christen den Zugang zum Heiligen Abendmahl zu öffnen, bleibt aber darin hinter der Empfehlung der EKD-Abendmahlskommission zurück, daß eine Änderung der Grundordnung für rechtlich nicht möglich und auch nicht für nötig gehalten wird. Wenn auch zu bedauern ist, daß in der brüderlichen Gemeinschaft der evangelischen Christenheit in Deutschland die Länge des Schrittes nach vorn nicht größer bemessen werden konnte, stellt die Erklärung der VELKD-Abendmahlskommission das Optimum des zur Zeit Möglichen und Erreichbaren dar.

Zwar haben – wie aus Meldungen der kirchlichen Presse hervorgeht – die VELKD-Gliedkirchen Hannover und Sachsen der Empfehlung von Bischofskonferenz und Kirchenleitung zugestimmt, in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern aber wird größere Zurückhaltung geübt. Um die Gründe dieser Haltung deutlich zu machen, sei die Berichterstattung ausführlicher gehalten.

Zweimal innerhalb eines Jahres nahm Landesbischof D. Dietzfelbinger vor der Landessynode zur Frage des Abendmahls und der Abendmahlsgemeinschaft Stellung. Wir zitieren sein ausführliches Votum in dem bei der in Bayreuth tagenden Herbstsynode (23.–25. Oktober 1967) erstatteten Bericht:

... Daß die nicht bestehende volle Übereinstimmung in dieser Frage, wie es im Artikel 4 der Grundordnung heißt, keine Freude, sondern eine Not ist, unter der wir leiden, müssen wir aussprechen. Wenn wir in Jesus Christus beisammen sind oder in seinem Wort, dann drängt das darauf hin, daß wir auch an seinem Tisch beisammen sind. Ich darf dabei feststellen: es trifft nicht zu, wenn man sagt, daß in der Evangelischen Kirche in Deutschland eine Gemeinschaft im Hl. Abendmahl nicht bestehe. Es besteht nur nicht eine volle Übereinstimmung in dieser Frage, die vor allem auch uns in der Bayerischen Landeskirche betrifft. Es gibt Differenzierungen und Probleme, Unterschiede in der Lehre, im Verständnis und in der Wertung der Abendmahlsfrömmigkeit im Raum des kirchlichen Lebens. Die Arnoldshainer Abendmahlsthesen spielen im Gespräch eine wichtige Rolle. Ihre positiven weiterführenden Erkenntnisse sollten auch bei uns noch mehr als bisher aufgenommen werden, wobei freilich festzustellen ist, daß viele Stränge der gegenwärtigen theologischen Forschung auch über sie hinaus oder an ihnen vorbeigehen. Für mein Urteil erhält nun allerdings das Problem der Abendmahlsgemeinschaft erst dann seine richtige Stelle und Wertung, wenn es



nicht von der vorhin beschriebenen Frage der Abendmahlsteilhabe gelöst, sondern ihr eingeordnet, beinahe möchte ich sagen, nachgeordnet ist. Es darf nicht geschehen, daß durch die Ausdehnung der Abendmahlsgemeinschaft unter den Menschen die Freude und die innerliche Gewißheit zur Abendmahlsteilhabe am Leib und Blut Jesu Christi, die innerliche Gewißheit, wirklich zum Tisch des Herrn zu kommen, gemindert wird. Darum auch hier einige Bemerkungen. Die Statistik zeigt, daß die Zahl der Kommunikanten rückläufig ist, wenn auch Bayern noch mit 45 Prozent an der Spitze der Landeskirchen steht. Doch ist auch bei uns gegenüber den Vorjahren eine Abnahme nicht zu übersehen. Die Häufigkeit des Abendmahls empfangs mag bei nicht wenigen Gliedern der Kirche gestiegen sein. Andererseits zeigt sich doch, daß das Sakrament des Altars auch in unserer evangelisch-lutherischen Kirche nicht den Platz einnimmt, der ihm zukommt. Wir haben unter anderem zu tragen an den Folgen einer bis ins 18. Jahrhundert zurückreichenden Entwicklung. Die Neubewertung, die im 19. Jahrhundert eingesetzt hat, ist in mancher Hinsicht bei uns zu spüren. Die Genossenschaften der weiblichen Diakonie, der männlichen Diakonie, die Bruderschaften der Pfarrer, in neuerer Zeit manche ordensähnlichen Kommunitäten sammeln sich bewußt um den Abendmahlsaltar. Sie wollen damit zeigen, was es heißt, aus dem Hl. Abendmahl heraus zu leben wie aus dem Wort Gottes. Auch unsere neue Gottesdienstordnung will dazu beitragen, daß das Hl. Abendmahl den gebührenden Platz erhält. Der Bericht eines Kreisdekans enthält den wichtigen Satz: Es besteht Übereinstimmung darin – bei ihm in seinem Kirchenkreis –, daß wir dankbar sein sollen für das lutherische Verständnis des Hl. Abendmahls, aber wo ist die Abendmahlspredigt? Auch müßte im Katechumenat, vom Konfirmandenunterricht angefangen über die Jugendarbeit bis hin zu den Zusammenkünften der Erwachsenen noch mehr für das Verständnis der zentralen Bedeutung der Sakramente getan, mehr Hilfe für das geistliche Leben unter diesem Gesichtspunkt gegeben, das Angebot vermehrt und die Begleitung der heranwachsenden Leute bedacht werden. Es wäre wohl auch manches am Verlaufe der Feier besser zu ordnen, Hemmnisse für eine nicht steife oder lieblose, sondern natürliche und freiverlaufende Kommunion bis hin zu ungeeigneten Kniebänken sollten behoben werden. Die Feier braucht auch mehr als bisher – und darf ihn doch haben – den österlichen Freudeston. Die sonntägliche Abendmahlsliturgie will unter diesen Gesichtspunkten bedacht und vorbereitet sein. Es ist ferner zu fragen, was in den Stadtgemeinden gegen die Anonymität der Abendmahlsgemeinde und die Beziehungslosigkeit ihrer Glieder getan werden kann. Die Anmeldung zum Hl. Abendmahl ist vielfach eine gute Hilfe; sie sollte nicht aufgegeben werden. Mancherlei Anfechtung bringen aber in diesen großen Städten die ganz großen Abendmahlsfeiern etwa an Gründonnerstag oder Karfreitag. So sehr man sich über die Teilnahme freuen kann, so sehr kann die Durchführung den belasten, der das Hl. Abendmahl auszuteilen hat. Bringt ein noch reichlicheres Angebot Abhilfe? In der Ordnung des kirchlichen Lebens ist festgelegt, daß die Feier des Hl. Abendmahls für alle Gemeindeglieder offen sein muß. Das bedeutet nicht, daß besondere Gruppen, Reise- und Dienstgemeinschaften nicht auch zu eigenen Abendmahlsfeiern eingeladen werden dürfen. Diese Feiern können jedoch nicht exklusiv verstanden werden. Ihr Standort in der Kirche und ihr öffentlicher Charakter soll auch dadurch gewährleistet sein, daß die Feier nach einer der in der Agenda vorgesehenen liturgischen Ordnungen durch einen ordinierten Geistlichen in der gottesdienstlichen Amtstracht gehalten wird. Ich bekenne ja mit dem Gang zum Hl. Abendmahl, daß auch ich – nach Luther – einer derer sein will, die Gott loben und danken wollen. Abendmahlsfeiern der Gemeindejugend sollten nicht in betonter Distanz zur Ortsgemeinde gehalten werden. Geschieht doch auch hier der Versuch zur Sammlung einer Dienstgruppe, die wiederum in ihre Aufgabe an der Gesamtgemeinde eingewiesen wird. Wo man versucht, das Modell einer besser entsprechenden Ordnung der Feier zu erarbeiten, möge darauf geachtet werden, daß die gewachsene liturgische Form nicht beiseite geschoben wird, daß die Jugend dem

Gemeindegottesdienst nicht entfremdet, sondern zu ihm hingeleitet werde. Die neuen Versuche, die in einer Pfarrgemeinde und im Jugendwerk gemacht werden, sollen Hand in Hand miteinander gehen und sich nicht isoliert voneinander und damit leicht gegeneinander entwickeln und verfestigen. Ich möchte glauben, daß auf solchen Aufgaben und Bemühungen, die alle, wie Sie merken, vornehmlich der Abendmahlsteilnahme am Tisch des Herrn dienen wollen, ein Schwerpunkt unserer menschlichen Bemühungen liegen muß.

Es ist freilich begreiflich, daß die Abendmahlsgemeinschaft untereinander in den lutherischen, reformierten und unierten Kirchen heute in den Verhältnissen, in denen wir leben, in der mobilen Gesellschaft, wie man sagt, in den Zeiten des Massentourismus, des Urlaubs, der von vielen als besondere Zeit der Besinnung in ihrem Leben angesehen und gebraucht wird, heute als drängendes Anliegen hervorgehoben wird. Zuletzt ist das vornehmlich in einem Vorschlag der sog. 2. Abendmahlskommission der Evangelischen Kirche in Deutschland geschehen. Dann hat die Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands in Goslar die Gliedkirchen gebeten, sobald es ihnen möglich sei, zu prüfen, ob sie bereit sind, zu erklären, daß in ihnen der Zugang zum Hl. Abendmahl allen evangelischen Christen offensteht, die einem in Artikel 1 Absatz 1 der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland genannten Bekenntnis zugehören ...

Darf ich dazu folgendes sagen: Zunächst ist noch einmal auf den Art. 4 der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland hinzuweisen, der die gegenwärtige Übung beschreibt. Ich habe auch schon hervorgehoben, daß die Evangelische Kirche in Deutschland nicht ohne die Gemeinschaft im Hl. Abendmahl ist. In vielen Gliedkirchen werden Angehörige eines anderen in der Evangelischen Kirche in Deutschland geltenden Bekenntnisses – heißt es im Art. 4 – ohne Einschränkung zum Hl. Abendmahl zugelassen. In keiner Gliedkirche wird einem Angehörigen eines in der Evang. Kirche in Deutschland geltenden Bekenntnisses der Zugang verwehrt, wo seelsorgerliche Verantwortung oder gemeindliche Verhältnisse die Zulassung gebieten. Es ist uns nicht bekannt geworden, daß in der bayer. Landeskirche diese Praxis zu Schwierigkeiten geführt hätte. Ich habe in meinem Bericht vor der Landessynode im Februar dieses Jahres eine Interpretation der Abendmahlsgemeinschaft, wie sie auf Grund der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland in unserer Landeskirche geübt wird, zu geben versucht. In der Zwischenzeit hat der Landeskirchenrat vor allem den Pfarrämtern der Fremdenverkehrsorte empfohlen, die Feriengäste nicht nur allgemein, zum Gottesdienst, sondern auch im Rahmen unserer Ordnungen zur Beichte und zur Feier des Hl. Abendmahls besonders einzuladen, und dazu praktische Vorschläge gemacht.

Aus dem letzten Bericht darf ich noch wiederholen, daß die Gliedkirchen der von der 2. Abendmahlskommission vorgeschlagenen Änderung der Grundordnung weiterhin nicht zustimmen konnten, aus bestimmten Gründen. Wir werden allerdings auch nicht eine Vereinbarung treffen können, deren Inhalt die Grundordnung faktisch bedeutungslos machen und die dann von den so geschaffenen Tatsachen her notwendig auch zu kirchenpolitischen oder kirchenrechtlichen Folgerungen führen muß. Die Dinge sind gerade in der bayerischen Landeskirche schwer. Es ist heute auch noch eine Eingabe der Gesellschaft für Innere und Äußere Mission im Sinne der lutherischen Kirche vom 21. Oktober eingelaufen mit der Bitte, diese Angelegenheit sorgfältig zu prüfen. Aber folgende Erklärung kann ich doch abgeben, im Anschluß an die Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihren Art. 4 Abs. 4, und im Anschluß an die Ordnung des kirchlichen Lebens in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern mit ihrem Abschnitt 6. Ich bitte, gerade auch im Hinblick auf die Eingabe der Gesellschaft diese Erklärung sorgfältig zu prüfen.

„Das Heilige Abendmahl wird in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern entsprechend seiner neutestamentlichen Einsetzung nach evangelisch-lutherischer Lehre und Ordnung gefeiert.

Schon bisher ist es die Übung, wie sie auch in der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland unter Hinweis auf die seelsorgerlichen Notwendigkeiten und die gemeindlichen Verhältnisse beschrieben ist, daß Angehörigen der anderen mit uns in der Evangelischen Kirche in Deutschland zusammengeschlossenen Bekenntnisse der Zugang zu den Abendmahlsfeiern unserer Gemeinden offen steht.

Wenn solche evangelische Christen an einer nach evangelisch-lutherischem Verständnis gehaltenen Abendmahlsfeier teilnehmen können und wollen, so sollte das im Einzelfall nur verwehrt werden, wenn Gründe der seelsorgerlichen Zucht – wie sie in der Landeskirche überhaupt geübt wird – entgegenstehen.

Landesbischof und Landeskirchenrat bitten die Pfarrer, denen die Verantwortung für die Zulassung zur Abendmahlsfeier anvertraut ist, die Einladung in diesem Sinne ergehen zu lassen. Ferner werden alle Pfarrer gebeten, die Abendmahlsunterweisung ernst zu nehmen, zum Leben aus dem Sakrament zu helfen und sich zur Seelsorge wie vor allem zur Einzelbeichte allen evangelischen Christen zur Verfügung zu stellen.“

Warum überhaupt solche Erklärungen und Feststellungen, werden viele fragen. Antwort: Weil jedenfalls nach lutherischer Überzeugung – und es war vorhin auch in dieser Synode vom Bekenntnis, vom evang.-luth. Bekenntnis die Rede – auch die Lehre ernst zu nehmen ist. Vielleicht wird an diesem Punkt manches noch deutlicher, wenn ich auf die Rolle hinweise, die diese Lehre hier und dort in den ökumenischen Beziehungen der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihrer Gliedkirchen spielt. Da haben die einen dieser Gliedkirchen Bindungen zum Lutherischen Weltbund wie etwa wir, die anderen haben Bindungen und Beziehungen zum Reformierten Weltbund, dessen Präsident Moderator D. Niesel ist, ein Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Diese Kirche hat eine engere Verbindung eingegangen zu einer anderen verwandten Kirche, etwa in England. Jene Kirche ist durch frühere oder gegenwärtige Missionsarbeit in enge Beziehungen zu jüngeren Kirchen wie wir in Neuguinea oder andere in Indonesien gekommen. Wir können von diesen Bindungen nicht absehen, auch von den Bekenntnisbindungen, die etwa dort bestehen, und wir dürfen sie wohl auch nicht gefährden, auch wenn wir zu Hause unsere Gemeinschaft miteinander neu bedenken. Darum ist es auch sehr zu begrüßen, daß in der letzten Zeit – man fragt sich, warum eigentlich nicht schon früher – die lutherischen und reformierten Kirchen miteinander neue Lehrgespräche aufgenommen haben über die Fragen, in denen man beisammen ist, in denen man getrennt ist, in denen sich im Laufe der Zeit neue Erkenntnisse herausgebildet haben und wo man sich näherkommen kann. Mir scheint dieser Anfang nicht ohne Verheißung zu sein, der weder die Wahrheit noch die Freiheit ausschließt. Sind doch diese beiden Kirchen vom Ursprung her einander nahe, wie sich das auch in den letzten Jahren im gemeinsamen Gespräch gegenüber der römisch-katholischen Kirche gezeigt hat. So begrüße ich auch mit Dank den Brief, den vor kurzem die Europäische Gebietsversammlung des Reform. Weltbundes an die lutherischen Kirchen Europas aus Anlaß des Reformationsjubiläums geschrieben hat, und glaube, daß gerade dort, wo klare Standpunkte sind, auch ein Lehrgespräch weiterführen kann. Im vorigen Jahrhundert gab es mancherlei Unionen in Deutschland, manche auch, die vor allem von den Fürsten betrieben worden sind. Mir scheint auf dem Wege des freien Lehrgesprächs für die ökumenische Sammlung der Christenheit mehr Verheißung zu liegen. Ich hoffe auf eine Frucht daraus, auch für die Evangelische Kirche in Deutschland. Aber dies alles steht unter der Frage, wie sich die Evang.-Luth. Kirche in Bayern heute als Glied der Evangelischen Kirche in Deutschland versteht. Ich antworte zusammenfassend: Ich sage ja zu dieser Gemeinschaft in der Evangelischen Kirche in Deutschland, die ganz gewiß nicht ohne Gottes Zutun geworden ist. Sie birgt viel Reichtum gemeinsamer Geschichte und verschiedener geistlicher Erfahrung, den wir einander mitteilen sollen. Was die schweren Probleme und die nicht geringen Schmerzen betrifft, so wollen sie getragen werden, so daß, wenn Gott Gnade gibt, zu



seiner Zeit auch ein Segen daraus werden kann. Die Evang.-Luth. Kirche in Bayern aber wird gerade unter den heutigen Umständen, in denen manche Linien verschwimmen wollen, auch in der Gemeinschaft der Evang. Kirche in Deutschland ihr Profil als lutherische Kirche behalten dürfen und müssen und gerade damit ihren Beitrag zum Ganzen der Christenheit in Deutschland am besten geben können.

### Die Landessynode beschloß:

Die Landessynode der Evang.-Luth. Kirche in Bayern nimmt dankbar Kenntnis von der Erklärung des Herrn Landesbischofs zur Frage der Abendmahlsgemeinschaft in der Evangelischen Kirche in Deutschland und macht sie sich zu eigen. Sie bittet den Landeskirchenrat, diese Erklärung der Vereinigten Evang.-Luth. Kirche Deutschlands als Antwort auf ihre Anfrage zuzuleiten.

Wenn die Voten aller Gliedkirchen der EKD dem Rat vorliegen, sollen sie der Zweiten Kommission für das Abendmahlsgespräch als Material für die ihre Arbeit abschließenden Beratungen und Empfehlungen überwiesen werden.

Es ist nicht verwunderlich, daß – vielleicht weniger in kausalem, als in strukturellem Zusammenhang mit den Arnoldshainer Thesen zur Lehre vom Heiligen Abendmahl und der Empfehlung der Zweiten Abendmahlskommission – innerhalb der EKD und ihrer Gliedkirchen Bemühungen angelaufen sind, die auf die Herstellung der vollen Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft zielen.

Schon in früheren Jahren hatten einige Gliedkirchen festgestellt, daß bei ihnen grundsätzlich jedes Gemeindeglied einer Gliedkirche der EKD zum Abendmahl zugelassen sei, oder hatten in Schreiben an alle Gliedkirchen die offene Kommunion angeboten und erbeten.

In dieser Entwicklung erging im Berichtsjahr ein neuer und weiterführender Vorstoß: Mit einem Schreiben vom 16. Mai 1967 bot der Präsident der Pfälzischen Landeskirche anlässlich des Reformationsjubiläums allen Gliedkirchen der EKD die volle Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft an. Das Schreiben lautet:

Die Landessynode der Pfälzischen Landeskirche hat im November 1948 bei ihrer einmütigen Zustimmung zur Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland eine Erklärung abgegeben, in der es unter anderem heißt: „... Sie drückt ihr Bedauern darüber aus, daß die Einheit in Christus, dem einigen Erlöser, nicht in einer vollen Abendmahlsgemeinschaft zum Ausdruck gekommen ist. Die Pfälzische Landeskirche selbst läßt die Angehörigen der in der Evangelischen Kirche in Deutschland geltenden Bekenntnisse zum Tisch des Herrn zu und ist zu Verhandlungen mit den Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland über die Vereinbarung einer Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft bereit.“

Bei ihrer Zustimmung zu dem von der Zweiten Kommission für das Abendmahlsgespräch der Evangelischen Kirche in Deutschland vom Jahre 1965 gemachten Vorschlag für eine neue Formulierung des Artikels 4 Absatz 4 der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland hat die Pfälzische Landessynode im November 1966 ihre Erklärung aus dem Jahre 1948 wiederholt. Zugleich hat sie die Bitte ausgesprochen, die Bemühungen um die Einheit in Glaube, Lehre, Leben und Bekenntnis der evangelischen Christenheit bis zur Herstellung einer vollen Kirchengemeinschaft in der Evangelischen Kirche energisch fortzusetzen.

Auf ihrer jüngsten Tagung im April 1967 hat die Pfälzische Landessynode einstimmig den folgenden Beschluß gefaßt:



„Anlässlich des Reformationsjubiläums 1517–1967 bietet die Pfälzische Landeskirche erneut den Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland die volle Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft an. Dies möge den Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland in aller Form mitgeteilt werden.“

Hiermit setze ich die ... Landeskirche, ihre Kirchenleitung und ihre Synode auftragsgemäß von diesem Beschluß und diesem Anerbieten in Kenntnis. Die Protestantische Kirchenregierung und der Protestantische Landeskirchenrat der Pfalz, die zusammen mit der Landessynode die Organe der Pfälzischen Landeskirche sind, erhoffen mit der Landessynode eine freundliche Aufnahme unseres Anerbietens.

Wir grüßen Sie in der Verbundenheit des evangelischen Glaubens!

Das gleiche Angebot machten wenig später die Evangelisch-Reformierte Kirche in Nordwestdeutschland und die Bremische Evangelische Kirche.

Über das Echo, das diese Angebote der vollen Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft auslösten, wird, um die Grenzen des Berichtszeitraumes nicht ungebührlich zu überschreiten, in der Chronik des Jahres 1968 zu berichten sein.

Die berichteten Erklärungen und Vorgänge lassen hoffen, daß die in vielen gliedkirchlichen Stellungnahmen zu der Empfehlung der Zweiten Abendmahlskommission ausgesprochene Bitte und Erwartung, daß die EKD zu voller Kirchengemeinschaft zusammenwache, schrittweise Wirklichkeit zu werden beginnen.

In diesem Zusammenhang ist die *Arnoldshainer Konferenz* zu nennen und über sie zu berichten. Auf Grund einer Anregung der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche der Union trat Anfang März 1967 in Arnoldshain eine Konferenz uniierter Kirchen zusammen; sie gab sich den Namen „Arnoldshainer Konferenz“, der weniger eine Orts- als eine theologische Bestimmung bedeutet. Die in ihr zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Kirchenleitungen wissen sich durch gemeinsame theologische Überzeugungen verbunden und streben gemeinsame Ziele an, die in der nachstehend abgedruckten Erklärung über das Selbstverständnis und die Aufgaben der Konferenz formuliert sind:

1. Die zu gegenseitiger Unterrichtung, gemeinsamer Beratung und vereinter Bemühung um die Förderung der Einheit der EKD gebildete Arnoldshainer Konferenz umfaßt Mitglieder der Kirchenleitungen verschiedener Gliedkirchen der EKD. Sie sind der Überzeugung, daß die Bekenntnisse der Reformation, unbeschadet ihrer Verbindlichkeit nach dem Verständnis der einzelnen Gliedkirchen, auf Grund der theologischen und gesamtkirchlichen Entwicklung ihre kirehentrennende Bedeutung verloren haben. Darum verstehen sie die EKD, die ihrer rechtlichen Ordnung nach ein Bund bekenntnisbestimmter Kirchen ist, als Kirche im Sinne der Präambel und der in Artikel 1, 2 getroffenen Feststellungen ihrer Grundordnung.

2. Die Angehörigen der Arnoldshainer Konferenz verstehen die Arnoldshainer Abendmahlsthesen als schriftgemäßes, die Lehre und Glaubensüberzeugung ihrer Kirchen sachgemäß wiedergebendes Zeugnis und bejahen die durch die zweite Arnoldshainer Kommission daraus abgeleitete Folgerung auf Kommunikantenzulassung. Sie treten dafür ein, daß in Richtung auf die volle gegenseitige Zuerkennung der Abendmahlsgemeinschaft weitere Schritte unternommen werden, und werden sich in ihrem Bereich darum bemühen.

3. Die Mitglieder der Arnoldshainer Konferenz gehen von der gegenseitigen Aner-

kennung der Ordination in ihren Kirchen aus. Die Kanzelgemeinschaft ist unter ihnen unbestritten. Sie treten dafür ein, daß das Kolloquium, welches beim Übergang der Amtsträger von einer Kirche zur anderen gefordert wird, soweit es überhaupt bestehen bleiben soll, als pastoral-seelsorgliche Maßnahme verstanden wird und dem Zweck dient, ein Vertrauensverhältnis zwischen dem Pfarramtsbewerber und den leitenden geistlichen Amtsträgern vorzubereiten.

4. Angesichts der „bestehenden Gemeinschaft der deutschen evangelischen Christenheit“ (Grundordnung 1, 2) verstehen die Mitglieder der Arnoldshainer Konferenz bei Anerkennung der geschichtlich gewordenen, territorial festgelegten landeskirchlichen Grenzen das Mitgliedschaftsrecht aller Gemeindeglieder als Ausdruck der bestehenden gliedkirchlichen Gemeinschaft in der EKD. Dies wirkt sich beim Übergang von einer Gliedkirche zur anderen darin aus, daß mit dem neuen Wohnsitz die Mitgliedschaft in der betreffenden Gliedkirche gewährleistet ist.

5. Die Gesetzgebung in den in der Arnoldshainer Konferenz zusammenarbeitenden Kirchen ist bisher ohne hinreichende Abstimmung und Orientierung geschehen. Die Mitglieder der Arnoldshainer Konferenz halten es für erforderlich, in bezug auf bereits vorhandene grundlegende Gesetze (Verfassungsgesetzgebung, Ausbildung der Theologen, Pfarrerdienstrecht, Lehrzuchtordnung und Lebensordnung, Kirchensteuergesetzgebung usw.) zu gegenseitiger Abstimmung und in bezug auf neugeplante Maßnahmen und Regelungen von gesamtkirchlicher Bedeutung zu vorheriger Absprache zu kommen. Zu diesem Zweck sollen besondere Kommissionen gebildet und regelmäßige gemeinsame Dezernatsbesprechungen durchgeführt werden.

6. Lehrgrundlage und Bekenntnisbindung der in der Arnoldshainer Konferenz vertretenen Kirchen sind in deren Grundartikeln verschieden dargestellt. Die vorhandenen Unterschiede schließen aber eine entscheidende Gemeinsamkeit in wesentlichen Aussagen nicht aus. Das Reformationsjubiläum legt nahe, diese Gemeinsamkeit verantwortlich zu bezeugen.

In der Arnoldshainer Konferenz arbeiten die unierten Gliedkirchen Baden, Berlin-Brandenburg, Bremen, Evangelische Kirche der Union, Hessen-Nassau, Kurhessen-Waldeck, Lippe, Nordwestdeutschland ref., Pfalz, Rheinland und Westfalen zusammen; die Evangelisch-Lutherische Kirche in Oldenburg und die Evangelische Landeskirche in Württemberg nehmen an der Konferenzarbeit teil. Die Konferenz ist offen für die Mitarbeit aller Landeskirchen, die ihre Ziele bejahen; durch diese Offenheit und dadurch, daß ihr zentrales Interesse der Stärkung der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihrer Gemeinschaft gilt, dokumentiert sie, daß sie sich nicht als einen „Block“ versteht.

Im Bereich der Bemühungen um Vertiefung der kirchlichen Gemeinschaft in der EKD ist auch von der Vorbereitung innerevangelischer Lehrgespräche in Deutschland zu berichten. Die Europäische Gebietsversammlung des Reformierten Weltbundes, die vom 7. bis 12. September 1967 in dem Waldenser Zentrum Torre Pellice stattfand, richtete an die lutherischen Kirchen Europas folgendes Schreiben:

Die in Torre Pellice, dem Sitz der Waldensersynode, unter dem Generalthema „Erweckung und Erneuerung“ versammelte Europäische Gebietsversammlung des Reformierten Weltbundes übermittelt den lutherischen Kirchen Europas brüderliche Grüße.

In wenigen Wochen feiern wir mit Ihnen gemeinsam das 450jährige Reformationsjubiläum und werden so in besonderer Weise daran erinnert, daß unsere Kirchen aus derselben großen Erneuerung hervorgegangen sind. Die allein durch den Glauben an

den gekreuzigten und auferstandenen Herrn Jesus Christus rechtfertigende Gnade Gottes war und bleibt die gemeinsame Grundlage unserer beiden Kirchen. In tiefer Dankbarkeit gegen den Herrn, der seine Kirche zum Dienst in der Welt bewahrt und erneuert, gedenken wir mit Ihnen der Reformation Martin Luthers.

In dieser Verbundenheit des Dankes belastet uns aber auch die Erinnerung daran aufs neue, daß wir uns schon bald nach den Anfängen der Reformation in verschiedenen Ländern immer mehr voneinander getrennt und entfernt haben.

Wir freuen uns, daß die theologischen, politischen und sozialen Gründe, die zu dieser Trennung geführt haben, heute weithin aufgearbeitet worden sind, und stimmen dem wesentlichen Ergebnis der von der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung des Ökumenischen Rates der Kirchen und den theologischen Abteilungen des LWB und des RWB organisierten „lutherisch-reformierten Gespräche“ dankbar zu, „daß die in den Bekenntnissen enthaltenen gegenseitigen Verurteilungen ihre aktuelle Bedeutung verloren haben und eine volle Kirchengemeinschaft möglich ist“.

Unsere Begegnungen auf weltweiter ökumenischer Ebene haben dieses Ergebnis stets bestätigt. Empfinden wir doch gerade in der ökumenischen Gemeinschaft der Kirchen unsere besondere Nähe zu Ihrer Kirche, die wir gern unsere Schwesterkirche nennen. Im ökumenischen Gespräch hören wir mit Aufmerksamkeit auf die klare und kräftige Stimme der Lutherischen Kirche, die immer wieder auf den Grund und die Mitte unseres Glaubens verweist.

Außerdem fordert auch die Säkularisation der europäischen Gesellschaft das gemeinsame Zeugnis unseres Glaubens in einer Sprache, die der Mensch unserer Tage versteht. Nur wenn wir uns miteinander bemühen, in reformatorischer Weise die großen Taten Gottes gemeinsam neu zu sagen, werden wir vor der Welt glaubwürdig erscheinen.

Die Erneuerung, die Gott seiner Kirche durch Martin Luther geschenkt hat, kann nur lebendig bleiben, wenn sie auch heute unter uns geschieht. Wir wollen uns mit Ihnen, liebe Schwesterkirchen, zu gemeinsamem Gebet um Gottes Erneuerung vereinigen, damit wir durch neues Hören seines Wortes zu immer tieferer Einheit geführt werden und so seine Gnade an unsere heutige europäische Welt in neuen Zungen gemeinsam verkündigen dürfen.

Der Leitende Bischof der VELKD, Landesbischof D. Dr. Lilje, antwortete der Europäischen Gebietsversammlung des Reformierten Weltbundes am 17. Oktober:

Mit großer Dankbarkeit hat die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands die brüderlichen Grüße, die von der Europäischen Gebietsversammlung an die lutherischen Kirchen Europas gerichtet wurden, aufgenommen. Wir sind von aufrichtiger und dankbarer Freude erfüllt, daß Sie mit uns im Jahre des Reformationsjubiläums jenes Mannes gedenken, den der Herr zum Werkzeug der Erneuerung seiner Kirche machte.

Wer nur der Propheten Gräber schmückt, hätte den bleibenden Auftrag der Reformation mißverstanden. Wir bitten in unseren Gebeten den Herrn der Kirche, er möge auch heute seine Christenheit durch den Heiligen Geist erneuern. Er möge uns zurüsten, daß wir seine rechtfertigende Gnade auf neue Weise verkündigen. Er möge die Kirchen der Welt zu gemeinsamem Zeugnis und zu gemeinsamem Dienst in einer Zeit großer Hoffnungen und tiefer Verirrungen vereinen.

Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands ist bereit und entschlossen, *nach neuen Wegen zu suchen*, um unter dem einen Haupt Jesus Christus in Wahrheit und Liebe die Kirchen einander näherzubringen, die jahrhundertlang in gegenseitiger Isolierung gelebt haben. Aus diesem Wunsch heraus hat die Lutherische Generalsynode die Gliedkirchen der Vereinigten Kirche aufgefordert, öffentlich zu erklären,

daß sie an ihrem Abendmahlstisch alle Christen willkommen heiße, die einem in der Evangelischen Kirche in Deutschland geltenden Bekenntnis angehören. Die Lutherische Bischofskonferenz wird eine Klausurtagung im Herbst des kommenden Jahres ausschließlich den Ergebnissen der in Europa und den USA geführten lutherisch-reformierten Gespräche und den daraus zu ziehenden Folgerungen widmen.

Wir bitten die reformierten Kirchen in Deutschland, zu erwägen, ob sie bereit sind, mit uns in ein Lehrgespräch einzutreten. Es sollte nicht ausschließlich auf die reformatorischen Bekenntnisse beschränkt bleiben, sondern auch jene Fragen einbeziehen, die gegenwärtig den deutschen Protestantismus aufs tiefste bewegen. Wir würden es für gut halten, die Evangelische Kirche der Union von vornherein an den gemeinsamen Gesprächen zu beteiligen.

Im Berichtszeitraum liefen die ersten Vorbereitungen für das innerevangelische Lehrgespräch an. Es steht zu hoffen, daß es der Vertiefung, Stärkung und Förderung der Gemeinschaft in der deutschen evangelischen Christenheit dienlich und förderlich sein wird.

#### 4. THEOLOGIE UND VERKÜNDIGUNG<sup>2</sup>

Die weder zufällig aufgebrochene noch willkürlich und leichtfertig vom Zaun gebrochene theologische Diskussion zwischen der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ und der von ihr sogenannten „Modernen Theologie“ nahm im Berichtsjahr nicht nur ihren Fortgang, sondern erfuhr erhebliche Verschärfung und brachte die Gesprächspartner einander nicht nur nicht näher, sondern vertiefte die gegenseitige Entfremdung und förderte die Verfestigung in Fronten.

Die Reihe bedeutsamer Verlautbarungen zum Thema „Theologie und Verkündigung“ im Jahre 1967 wurde durch eine auf einer Klausurtagung der Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands in Kranzbach beschlossene Erklärung vom 18. Januar 1967 eröffnet, die unter der Bezeichnung „Kranzbacher Thesen“ bekannt und bedeutsam wurde:

Die Bischofskonferenz West der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, vom 11. bis 18. Januar 1967 in Kranzbach versammelt, hat sich mit den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Bibel befaßt. Sie sagt dazu den Gemeinden und Pfarrern:

1. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Bibel sind uns ein Zeichen dafür, daß die Kirche lebt. „Wenn ich diese Tumulte nicht wahrnhme“, schreibt Martin Luther, „würde ich nicht glauben, daß das Wort Gottes in der Welt wirksam ist.“ Die Botschaft von Jesus Christus muß stets neu gesagt und ausgelegt werden. Wo Gottes Geist so am Werke ist, geht es nicht ohne Unruhe.

2. Die Bibel sagt, daß Gott in Jesus Christus Mensch wurde. Er gab sich ganz in die Hand der Menschen. Er setzte sich ihren Fragen, ihrem Zweifel und ihrem Nein aus. Er ließ sich kreuzigen. Dem entspricht es, daß er sich in der Bibel durch Menschen be-

---

2. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1961, S. 49 ff.; 1962, S. 29 ff.; 1963, S. 38 ff.; 1964, S. 6 ff.; 1965, S. 22 ff.; 1966, S. 77 ff.



zeugen läßt. Er gibt uns damit Freiheit und Auftrag, das biblische Zeugnis auch mit allen wissenschaftlichen Hilfsmitteln sorgfältig zu hören und zu prüfen. Gottes Wort in Menschenmund – diese Spannung müssen wir im Umgang mit der Bibel aushalten. Das bedeutet nicht nur Anfechtung, sondern auch Reichtum.

3. Um der Wahrheit willen bedarf die Auslegung der Bibel der historisch-wissenschaftlichen Forschung. Diese erschließt uns immer neu die Tiefe der Geschichte Gottes mit den Menschen. Sie kann aber ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie sich ihrer Grenzen bewußt ist. Forschungsmethoden wandeln sich. Keine Methode kann zureichend und endgültig sein. Jede wissenschaftliche Forschung arbeitet mit bestimmten Voraussetzungen. Davon sind auch ihre Ergebnisse abhängig. Weil sich aber das Zeugnis der Bibel nur dem Glauben erschließt, bedürfen wir auch bei ihrer theologisch-wissenschaftlichen Erforschung des Heiligen Geistes. Gott, der uns die Vernunft gegeben hat, ist größer als alle menschliche Vernunft.

4. In unserer Welt, die sich aus sich selbst zu verstehen sucht, ist es nicht leicht, von Gott zu reden. Wir teilen die Not derer, die nach der Erfahrung Gottes in der menschlichen Existenz fragen. Wir Christen sind an der Entleerung des Namens Gottes mitschuldig. In der heutigen Verwirrung richten wir unseren Blick auf Jesus Christus. Er ist mehr als ein außergewöhnlicher Mensch; in ihm begibt sich Gott selbst hinein in das Dunkel des Lebens. Der Gekreuzigte ist mehr als ein Vorbild der Mitmenschlichkeit; er heilt die Welt und versöhnt uns mit Gott. Durch seine Auferweckung lebt er nicht wie ein Dichter in seinem Werk weiter; in seinem Wort und Sakrament ist er als der Lebendige persönlich gegenwärtig. Er erlaubt uns, zuversichtlich zu beten. Es kommt der Tag, an dem er seine Herrlichkeit enthüllt und uns in einem neuen Himmel und einer neuen Erde Anteil an seinem Leben schenkt. Das glauben und bekennen wir, daran halten wir uns im Leben und im Sterben.

5. Gott treibt sein Werk so, daß er sich dabei seiner Gemeinde und ihrer vielfältigen Gaben bedient. Wir danken allen, die um die Lauterkeit des Evangeliums ringen, wenn sie forschen und lehren, predigen und das Evangelium im Alltag bezeugen. Wir warnen vor falschem, vorschnellem Richten übereinander und bitten zugleich mit Ernst, die Wahrheit des Evangeliums nicht zu verfälschen und zu verkürzen. Wir ermutigen alle Gemeindeglieder, regelmäßig in der Schrift zu forschen. Wir bitten unsere theologischen Lehrer und Pfarrer, daß sie die Gemeinde stärken und einen. Rechte Theologie erweist sich darin, daß sie uns hilft, treuer zu beten, mutiger zu bekennen und gehorsamer zu lieben.

Das Moderamen des Reformierten Bundes veröffentlichte das Ergebnis der bisherigen Arbeit einer von ihm berufenen theologischen Kommission, der die Aufgabe gestellt war, eine „Hilfe für die Amtsbrüder im Sinne einer Brücke vom Text zur Predigt“ zu erarbeiten. Zur Erledigung ihrer Aufgabe hatte die Kommission neben der Erörterung allgemeiner Predigtprobleme vor allem der Frage nachzugehen, warum der Predigtauftrag heute für viele Prediger zur Predigtnot wird. Daraus ergab sich für das Ganze als Arbeitstitel: Predigtauftrag und Predigtnot. In Vollzug ihrer Arbeit gelangte die Kommission zu der Auffassung, daß es sich nicht empfehle, um jeden Preis ein fertiges Resultat erzielen zu wollen, daß es vielmehr dem tatsächlichen Gesprächsverlauf gemäß sei, zunächst nur ein „bisheriges Ergebnis“ vorzulegen. Dieser Auffassung hat sich das Moderamen angeschlossen, weil in der heutigen theologischen Situation mit gemeinschaftlichem Bemühen um Klärung und Wegweisung in der Tat mehr gedient sei als mit dem Angebot fixierter Stellungnahmen. Das Votum lautet:

I.

Wir haben den Auftrag zu predigen, d. h. Jesus Christus zu verkündigen. Er ist von seinem Vater in die Welt gesandt. Die Welt aber hat ihn nicht gehört, sondern verworfen. Er, der auferstandene Gekreuzigte, ruft den Prediger neben sich. Deshalb darf der Prediger das Predigen nicht lassen. Doch wie kann er predigen und Jesus Christus verkündigen?

Gottes Wort ist uns zugemutet, steht jedoch nicht in unserer Verfügung. Das ist die Predigtnot. Hier liegt der Grund für alle Anfechtungen, seien sie persönlicher, theologischer oder gemeindlicher Art – Anfechtungen des Glaubens, des Denkens und der Lebensführung.

Insbesondere machen uns heute die historisch-kritische Forschung, die existentielle Interpretation, das veränderte Weltbild und viele andere Probleme Schwierigkeiten, die alle nach Wirklichkeit und Wahrheit der Offenbarung und nach der rechten Zuordnung von Theologie und Anthropologie fragen lassen.

Was uns daraus heute an Predigtnot – bis hin zur Verzweiflung am Predigtauftrag – entsteht, hat zu den folgenden Überlegungen geführt.

II.

Predigt ist eine Funktion der Kirche. Der Prediger ist an das Zeugnis der Heiligen Schrift als an die grundlegende Urkunde der Offenbarung Gottes gebunden. Auf dieses Zeugnis hat er zu hören, im Einklang mit ihm seine Arbeit zu tun.

Dem Prediger ist der Text vorgegeben. Das soll ihn davor bewahren, seine eigene Sache zu treiben. Diesen bestimmten Text hat er zu Wort kommen zu lassen.

Aber der Text bedarf der Auslegung. Das kann den Prediger dazu verführen, sich durch die Auslegung des Textes zu bemächtigen und also doch seine eigene Sache zu treiben.

Dieser Gefahr begegnen wir heute vor allem dort, wo mit der Forderung intellektueller Redlichkeit auf der einen und treuer Bekenntnismäßigkeit auf der anderen Seite Mißbrauch getrieben wird.

III.

Geschichtliche Dokumente verlangen historisch-kritische Erforschung. Diese geht davon aus, daß der biblische Text in Gestalt und Gehalt nicht ohne Berücksichtigung der historischen Situation zu verstehen ist. Sie zeigt uns die Heilige Schrift in ihrer realen und schrankenlosen menschlichen und geschichtlichen Bedingtheit und macht uns darauf aufmerksam, daß wir es in ihr nicht mit zeitlosen Wahrheiten zu tun haben. Darum müssen die jeweiligen Ergebnisse historisch-kritischer Forschung in ihrer ganzen Vorläufigkeit vom Prediger sorgfältig beachtet und verarbeitet werden.

Die kritische Interpretation, d. h. die Beantwortung der Frage: Was steht da? schließt ein: Was hieß das damals? und: Was hieß dasselbe in parallelen früheren oder späteren Texten? und endlich: Was heißt das heute?

Kein Prediger, der seine Verantwortung dem biblischen Text und der hörenden Gemeinde gegenüber wahrnimmt, darf auf die historisch-kritische Arbeit am Text verzichten. Selbst befremdende Ergebnisse können helfen, die Zeugen des Textes neu zu hören.

IV.

Davon zu unterscheiden ist die Frage:

Wie kann ein bestimmter Text heute von uns verstanden und gepredigt werden? Diese Frage hat in unserem Jahrhundert zur existentialen Interpretation geführt. Zu ihrer Begründung wird folgendes geltend gemacht:

Man kann von Gott nur reden, indem man vom Menschen redet. Darum muß in der Predigt die Einheit der Wirklichkeit gewahrt bleiben. Rechte Verkündigung von Jesus von Nazareth setzt die rechte Erkenntnis des gegenwärtigen Menschen voraus. So gewiß jedes Weltbild vorläufigen Charakter hat, muß doch in der Verkündigung das Weltbild, in dem der Hörer lebt, ernst genommen werden. Nur so kann der Hörer zum wahren Verständnis biblischen Zeugnisses und darin seiner selbst und so zum persönlichen Glauben und zur Erkenntnis Gottes angeleitet werden. Dem Hörer kann nicht zugemutet werden, als Bedingung für den Glauben objektive Sachverhalte anzunehmen, die seinem Weltbild widersprechen. Solche, dem heutigen Menschen als Mythologie begegnende Sachverhalte müssen von vornherein auf die gemeinten existentialen Bezüge hin interpretiert werden.

Dazu bitten wir zu bedenken:

Die Bibel als geschichtliches Buch verwehrt es dem Prediger, anders als in bezug auf konkrete menschliche Wirklichkeit von Gott zu reden. Der Grund des Glaubens läßt sich nicht vom Zeugnis des Glaubens in den biblischen Texten lösen. Ebenso wenig aber läßt sich das Zeugnis des Glaubens vom Grund des Glaubens in den biblischen Texten lösen. Wer sich diesen Texten aussetzt, wird deshalb auf den Grund des Glaubens gewiesen: Die Wirklichkeit, in welcher der Glaube gründet und die die Bibel auch uns bezeugt, ist die Zuwendung Gottes zur Welt in Jesus Christus.

Die Predigt verkündigt Jesus von Nazareth als den Israel verheißenen Messias Gottes, als den Gekreuzigten und Auferstandenen zum Heil aller Menschen und als Herrn der Welt.

Sie verkündigt ihn bestimmten Menschen, in ihrer Lage, Zeit und Sprache daraufhin, daß Gott in ihm ein für allemal wie für alle Menschen so auch für sie schon gehandelt hat.

## V.

Auf der anderen Seite steht heute die Forderung treuer Bekenntnisgemäßheit:

Ihr Interesse richtet sich darauf, die Unverbrüchlichkeit des göttlichen Wortes zu bewahren. Das Ein-für-allemal und das ewige Vorher des Heilsgeschehens soll festgehalten werden. Dem dient die Behauptung objektiver Heilstatsachen. Auch müssen die Begriffe, Vorstellungen und Bilder der Schriftzeugnisse ohne Rücksicht auf das veränderte Weltbild beibehalten werden, weil sie allein den Heilstatsachen entsprechen.

Dazu bitten wir zu bedenken:

Zweifellos hat die christliche Verkündigung einen, und zwar einen einzigen „Gegenstand“, nämlich Jesus Christus, ihren Herrn. Weil die Kirche ihrer Verkündigung den Kanon biblischer Schriften zugrunde legt, bekennt sie sich andauernd zu diesem einmaligen Heilshandeln Gottes. Der Kanon als solcher bezeugt, recht verstanden, das Voraus des Heils und die Gottheit Gottes. Er macht es uns unmöglich, die Theologie in Anthropologie aufzulösen.

Aber es gilt auch hier zu erkennen, daß die Schrift geschichtliches Offenbarungszeugnis ist und daß die Bekenntnisse menschliche Glaubensantworten sind. Schrift und Bekenntnis selber verwehren es also dem Prediger, ihre Worte lediglich zu reproduzieren und rekapitulieren. Die Gebundenheit der Offenbarung in die Geschichte gebietet, das göttliche Heilshandeln zu verkündigen. Sie erlaubt aber nicht, hinter das biblische Zeugnis historisch nach bloßen Offenbarungstatsachen zurückzufragen. Predigt des Evangeliums als Funktion der Kirche muß sich immer wieder daraufhin prüfen lassen, ob sie vor dem alleinigen Kriterium der Wahrheit bestehen kann.

## VI.

Die Wahrheit ist Er selbst – Gott, der Jesus Christus von den Toten auferweckt hat, damit er aller Welt gepredigt werde. Wir werden durch seinen Heiligen Geist ermäch-

tigt und befreit, ihn in unserer heutigen Situation und Sprache neu zu bezeugen, wie einst auch die Väter zu ihren Erkenntnissen und Bekenntnissen frei gemacht worden sind.

Darum gilt es, in Freimut und Zuversicht die Verheißung aufzunehmen, die den Predigtauftrag begleitet und sich in Predigtvollmacht bewähren will.

In seinem der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland auf ihrer Tagung vom 8. bis 13. Januar 1967 erstatteten Bericht nahm Präses Professor D. Dr. Beckmann ausführlich Stellung unter der Überschrift:

#### SORGE FÜR DIE GEMEINDEN UND IHREN DIENST

... Leider müssen wir feststellen, daß die bisherigen Bemühungen der Kirche offenbar nicht ausgereicht haben, der in die Gemeinden eingedrungenen Beunruhigung über die Arbeit der gegenwärtigen Theologie Rechnung zu tragen. Viele Gemeindeglieder, aber auch Mitarbeiter aus allen kirchlichen Diensten standen betroffen vor Sätzen, die sie in theologischen Vorträgen oder Schriften zu hören bekamen. Sie konnten – und können nicht verstehen, wie sich diese Formulierungen mit ihrem Glauben reimen, und ihre Frage ist darum, ob hier nicht der Inhalt der Heiligen Schrift und der Bekenntnisse unserer Kirche letzten Endes preisgegeben würde, ob hier nicht „ein anderes Evangelium“, ein anderer Glaube, ja ein bloßer moderner Unglaube sich ausspräche. Sind diese Sorgen berechtigt? Das ist auch für viele Theologen eine nicht von der Hand zu weisende Frage. Die Beunruhigung ist nicht bloß ein Mißverständnis theologischer Sätze und Methoden wissenschaftlicher Arbeit, obwohl es hier auch Mißverständnisse gibt, sondern sie hat einen ernst zu nehmenden Anlaß an einer neuen theologischen Konzeption, die ihre Arbeit in strenger Bindung an die Maßstäbe der allgemeingültigen Wissenschaft durchführen will in der Überzeugung, daß nur dadurch die Theologie sich als Wahrheit erforschende Wissenschaft durchhalten läßt, aber auch nur so die Glaubwürdigkeit der Verkündigung in der heutigen Welt sichergestellt werden kann.

Hierbei war es besonders das Programm der *Entmythologisierung* der Heiligen Schrift und der *existenzialen Interpretation* der biblischen Texte, welches ein nicht geringes Erschrecken hervorrief, vor allem aber auch die kritische Infragestellung der Historizität eines großen Teils der biblischen Geschichten, an deren Geschehenscharakter der christliche Glaube, wie er sich bisher in der christlichen Gemeinde verstanden hatte, leidenschaftlich interessiert war.

Was die Professoren auf den Universitäten gelehrt hatten, kam nach einiger Zeit durch deren Schüler auch auf die Kanzeln und in die Gemeinden. Begreiflicherweise gab es hier heftige Zusammenstöße, zumal ja des öfteren junge Theologen geneigt sind, der Gemeinde ihre jüngsten wissenschaftlichen Hypothesen als eine Art neues Evangelium vorzutragen. Der Schrecken der gläubigen Predigthörer wurde stärker. Ihre Verwirrung ließ sie Ausschau halten nach Hilfe für die drohende Erschütterung ihres Glaubens. Das Ergebnis, vor dem wir heute stehen, ist ein neuer Zusammenschluß unter dem Namen „Bekenntnisbewegung – kein anderes Evangelium“, wie er am 6. März in der Dortmunder Westfalenhalle in einer Großkundgebung das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat. Wer die theologische Entwicklung der letzten beiden Jahrzehnte mit Anteilnahme verfolgt hat, wird nicht überrascht sein, daß es zu einer solchen Reaktion hat kommen können. Man mag zu den Einzelheiten der Veranstaltung in Dortmund stehen, wie man will, eins ist klargeworden: die Glaubwürdigkeit der kirchlichen Verkündigung und der evangelischen Theologie steht auf dem Spiel.

Und diese Frage ist ganz ernst zu nehmen, zumal sie in Dortmund gerade auch von einem Universitätstheologen, Professor Walter Künneth, gestellt wurde, und nicht nur



von Gemeindegliedern oder Pastoren. Ob sich aus der Bekenntnisbewegung eine neue „Kirchenpartei“ entwickeln wird, kann dahingestellt bleiben. Es wäre schmerzlich, wenn es dazu käme. Ob der Name glücklich gewählt ist, mag fraglich sein. Aber die hintergründige Sachfrage nach der Lehre der evangelischen Kirche, wie sie heute in der Theologie diskutiert wird, die Frage, was das Evangelium von Jesus Christus eigentlich ist, inwiefern die Bibel als Wort Gottes zu verstehen ist, was von den Bekenntnissen, die heute noch in den Gottesdiensten gesprochen werden, schließlich noch zu glauben ist, diese Kernfrage der heutigen Auseinandersetzung muß anerkannt und in ihrem Schwergewicht bejaht werden, auch wenn man nicht den Stellungnahmen, die in Dortmund gegeben wurden, zustimmt, möglicherweise dabei sogar gute Gründe der Heiligen Schrift und der Bekenntnisse unserer Kirche zu haben glaubt.

Die Kernfrage nach dem *Inhalt* des christlichen Glaubens ist es, die hinter den Fragen nach der Auslegung der Heiligen Schrift und der Bekenntnisse der Väter steht. Sie ist tiefer als die Frage, ob es noch eine verbindliche gemeinsame Lehre der evangelischen Kirche gibt, wie unsere Väter es mit der Gültigkeit der Bekenntnisse gemeint hatten. Sie lautet: Glauben wir noch an Jesus Christus, Gottes eingeborenen Sohn, unsern Herrn – oder glauben wir nur noch *wie* Jesus? Ja, man kann auch schon fragen: Glauben wir überhaupt noch an Gott, den Vater Jesu Christi, oder nur noch an den Menschen Jesus, weil „Gott“ nur die Chiffre für (sagen wir) Mitmenschlichkeit ist? Diese Frage ist für uns um so schwerer, als wir es in der heutigen Auseinandersetzung nicht um einen Streit mit außerchristlichen „Weltanschauungen“ (z. B. dem Atheismus) oder Religionen (wie dem Islam) – oder mit modernen Wissenschaften (wie der Naturwissenschaft) zu tun haben, so gewiß auch hier Fronten der Auseinandersetzung liegen, deren Bedeutung für die kommende Zeit gar nicht zu unterschätzen ist. Vielmehr sind wir offenkundig in der evangelischen Kirche selbst tief uneinig – und das in einem Augenblick, wo wir von der römisch-katholischen Kirche durch die Ergebnisse des 2. Vatikanischen Konzils nach unserer evangelischen Antwort gefragt, ja herausgefordert werden. Hier hat der moderne römische Katholizismus unter Beweis gestellt, daß er es vermag, auf einem Konzil von mehr als 2000 Bischöfen die *Lehre der Kirche* neu zu formulieren und zu festigen, aber auch auf die Fragen der Zeit Antwort zu geben. Wie wollen wir nun auf die Konstitution über *die Kirche*, aber vor allem auch über die *göttliche Offenbarung*, wo es um Schrift, Tradition und kirchliches Lehramt geht, antworten? Sind wir nicht gerade bei diesem *zweiten* Thema vor die inneren Fragen des modernen Protestantismus gestellt? In der Tat, hier liegen die heutigen Fragen der Theologie: Das reformatorische „Allein die Heilige Schrift“ ist neu in Frage gestellt. In welchem Sinn begegnet uns in der Heiligen Schrift Gottes Offenbarung? Worin besteht die Autorität des biblischen Kanons für die Verkündigung und Lehre der Kirche? Oder ist die Bibel im Grunde doch bloß ein Teil der kirchlichen Überlieferung? Kann man überhaupt von einer verbindlichen kirchlichen Lehre sprechen? Über diese Fragen gibt es in der innerkirchlichen theologischen Auseinandersetzung bei uns keine Übereinstimmung. Die Gegensätze spitzen sich an zwei extremen Positionen eindrucksvoll zu. Auf der einen Seite steht ein sogenannter *Fundamentalismus*, der bei uns in weiten Kreisen der kirchentreuen Gemeinden seine Anhänger hat, darum auch oft einfach „Gemeindetheologie“ genannt. Auf der anderen Seite steht die „hermeneutische“ oder *existenzialistische* Theologie, von ihren Gegnern neuerdings oft als „neurationalistische“ oder „neoliberale“ Theologie gekennzeichnet.

Der „Fundamentalismus“, meist biblizistisch, manchmal auch konfessionalistisch in seiner Grundposition, versteht die Bibel (oder auch die Bekenntnisse) als Gottes unfehlbares dogmatisches Lehrbuch kraft der einzigartigen „Inspiration“ aller ihrer Worte oder zum mindesten ihrer Schriftsteller durch den Heiligen Geist. Gottes Wort und Heilige Schrift sind ein und dasselbe. Die Menschlichkeit des biblischen Zeugnisses,

ihrer Schriftsteller und ihrer Überlieferung wird gelegnet. Die göttliche Unfehlbarkeit der Bibel ist absolut, sie erstreckt sich auf schlechthin alles, was in der Bibel vorkommt. Natürlich gibt es auch bei den Vertretern dieser Lehre gewisse Variationen. Nicht alle halten die extreme Behauptung der Verbalinspiration fest. Aber gemeinsam ist allen der Glaube an die Bibel als an das vom Heiligen Geist geschriebene Wort Gottes mit allen weittragenden Folgerungen für die Auslegung. Wir können uns hier nicht mit dieser Position auseinandersetzen. Nur eine Frage sei jedoch an diese Theologie gestellt: Ob sie wirklich in der Bibel selbst begründet ist oder ob die Bibel offenkundig sich in diesem Sinne nicht als Gottes Wort versteht, ja es vielmehr geradezu verbietet, sie so verstehen zu wollen?

Es ist klar, daß der „Fundamentalismus“ jede wissenschaftliche, historisch-kritische Erforschung der Bibel ablehnt, weil man ja Gottes Wort nicht kritisieren dürfe und die menschliche wissenschaftliche Vernunft es auch gar nicht vermöge. Darum wird hier immer schon seit dem Aufkommen der historisch-kritischen Theologie im 18. Jahrhundert an der wissenschaftlichen Exegese der Bibel Anstoß genommen. Dieser Widerspruch ist also gar nicht so neu, wie manche meinen. Wohl aber ist *nach* dem Zeitalter der sogenannten liberalen Theologie des 19. Jahrhunderts und der Überwindung dieser Theologie durch die „dialektische Theologie“ (K. Barth) jetzt eine „neue Theologie“ aufgekommen. Zuerst entstand sie in den biblischen Fächern, besonders im Neuen Testament (R. Bultmann, E. Fuchs, H. Braun u. a.), später griff sie auch auf die Dogmatik (Ebeling, Gogarten) über. Diese Theologie versteht sich als „hermeneutische“ Theologie – Hermeneutik ist Lehre von der Auslegung –, da sie das Problem der *Auslegung* historisch überlieferter Texte für die *Kernfrage* der theologischen Aufgabe hält. Bei ihrer Entstehung hat sie zweifellos von der Philosophie des *Existenzialismus* (Heidegger) wesentliche Anstöße empfangen, weswegen man sie auch existenzialistische Theologie nennen kann, zumal sie selbst von der Aufgabe einer *existenzialen Interpretation* redet. Diese Theologie ist auf den Universitäten seit Jahren nahezu herrschend, mehr allerdings in den bibelwissenschaftlichen Fächern als in der systematischen Theologie. Diese „moderne Theologie“ wird von ihren Gegnern allerdings mißverstanden, wenn sie als Wiederkehr der „liberalen“ Theologie oder als „neurationalistisch“ bezeichnet wird. Natürlich können die Vertreter einer fundamentalistisch geprägten Theologie diese gänzlich entgegengesetzte Theologie nicht verstehen. Versuche einer Aussprache sind darum bisher in der Regel gescheitert. Hier gibt es zur Zeit keine Brücke, denn die *Grundvoraussetzung* der „modernen Theologie“ ist einerseits die Bestreitung der Verbalinspiration, andererseits die Anerkennung der „Menschlichkeit“ der Bibel als eines historischen Dokumentes und die Überzeugung von der Notwendigkeit einer historisch-kritischen Erforschung der Bibel mit den weltlichen Methoden der Wissenschaft. Darüber hinaus aber greift noch ihre Forderung einer *existenzialen Interpretation*, d. h. einer solchen Auslegung, die die Texte nach dem in ihnen sich aussprechenden Selbst- und Weltverständnis der Verfasser befragt, um damit ihre Wahrheit zu gewinnen. Für diese Methode der Auslegung ist nicht entscheidend, ob das in den Texten Berichtete wirklich so geschehen ist, wie es erzählt wird. Denn das „Historische“ liegt immer im Bereich des bloß „Wahrscheinlichen“, wenn auch unter Umständen Höchstwahrscheinlichen, während es dem Glauben seinem Wesen nach um Gewißheit und Wahrheit geht, weil er es mit der „Existenzfrage“ des Menschen zu tun hat.

Die Anerkennung der Maßstäbe der modernen Wissenschaft in bezug auf die kritische Beurteilung der Berichte und des in ihnen als Geschehnis Berichteten einerseits und andererseits das ganz neue *Wirklichkeitsverständnis*, das seinen Ursprung in der Existenzphilosophie hat, wodurch auch eine bisher ungewöhnliche Weise der Sprache erklärlich ist, führen nun allerdings dazu, daß das ganze in der Tradition der Kirche überlieferte dogmatische Lehrsystem, wie es sich in den altkirchlichen Bekenntnissen, aber auch in den reformatorischen Bekenntnisschriften bisher für die evangelische Kirche

maßgebend ausgesprochen hat, abgebaut wird, weil es nach ihrer Überzeugung auf *theologisch-philosophisch-weltanschaulichen* Voraussetzungen beruht, die der Mensch des 20. Jahrhunderts nicht mehr teilt, ja nicht mehr teilen *kann*, weil die *wissenschaftliche Arbeit* der letzten vier Jahrhunderte das alte „mythische“ Weltbild, das auch dem überlieferten Lehrsystem der Kirche zugrunde liegt, beseitigt hat und dabei ist, es durch ein ganz anderes, von der Natur- und Geschichtswissenschaft bestimmtes neues „Weltverständnis“ zu ersetzen.

Es ist daher nicht überraschend, daß nun weit über den Kreis der Fundamentalisten hinaus in der evangelischen Kirche die Frage nach den Grundlagen der neuen existenzialistischen Theologie gestellt wird, am deutlichsten immer noch in der systematischen Theologie der Schule Karl Barths. Denn es geht jetzt um weit mehr als um das Problem der historisch-kritischen Schriftauslegung. Das Recht zu dieser theologischen Methode der Schriftforschung ist in der evangelischen Kirche faktisch längst anerkannt. Jetzt geht es um den Kerngehalt der christlichen *Glaubensaussagen* selbst, um die Wahrheit des kirchlichen Bekenntnisses überhaupt. Es steht in der Tat, wie schon oben angedeutet, nichts weniger als die *Glaubwürdigkeit* der Botschaft, der Bibel, der Bekenntnisse auf dem Spiel. Daß es dahin hat kommen müssen, war eigentlich schon lange zu erkennen, denn diese Auseinandersetzung in ihrer heutigen Zuspitzung wurde oftmals vertagt. Zuletzt noch in den Jahren vor dem Kirchenkampf und erst recht während des Kirchenkampfes selbst. Sie kommt aber unausweichlich auf uns zu durch die tiefgreifende Wandlung der Menschheit zu einer „Gesellschaft der wissenschaftlichen Zivilisation“, an der wir alle teilhaben. Die Wahrheitsfrage ist der Kirche neu und eindringlich gestellt. Unsere Antwort kann nicht einfach durch Rückzug auf irgendeine noch so große Vergangenheit unserer Kirche, weder der alten Kirche noch der Reformation, geschehen. Weder ein „Bibilizismus“ noch irgendein „Konfessionalismus“ kann uns helfen, die Wahrheit des Evangeliums von Jesus Christus heute neu zu sagen. Die Reformation hat uns mehr und Besseres gelehrt in ihrer Theologie des Wortes Gottes. Wir können deswegen nicht einfach die Fragen abweisen, die uns in der „modernen Theologie“ gestellt werden. Wir dürfen ihre Vertreter nicht einfach verdammen oder exkommunizieren, wie manche das für notwendig halten. Wohl aber können wir nicht verschweigen, daß wir schwere Bedenken gegen gewisse *Vorentscheidungen* dieser Theologie haben, da hier ein philosophischer Wirklichkeitsbegriff, der allerdings in der Natur- und Geschichtswissenschaft eine maßgebende Rolle spielt, zur Voraussetzung der Theologie gemacht wird. Theologie steht immer im Kampf mit der Philosophie, und ihre eigentliche Gefahr ist, daß die Philosophie den Sieg davonträgt, wie die Theologiegeschichte eindrucksvoll beweist. Augenblicklich sieht es so aus, als würde die Theologie in eine philosophische Anthropologie verwandelt, wenn uns gesagt wird, man könne von Gott nur reden, indem man vom Menschen rede. Hier zeigt sich, daß die Herrschaft des oben genannten Wirklichkeitsbegriffs Theologie im Grunde unmöglich macht, da man das Unmögliche versucht, nämlich „Theologie ohne Gott“ zu treiben, nachdem ja, wie schon Nietzsche sagte, der Gott der Religionen, der Metaphysik, des antik-abendländischen Theismus tot sei. Daß man darum zu Gott im Ernst nicht mehr beten kann, ist inzwischen auch schon ausdrücklich betont worden. Infolgedessen hören wir dann auch, daß nicht nur die kirchliche Trinitätstheologie überholt sei, sondern speziell auch die kirchliche Christologie mit ihrem Bekenntnis: „wahrer Gott und wahrer Mensch“. Man könne nur noch von Jesus, dem natürlichen und wirklichen *Menschen* reden, dessen Leben im Neuen Testament von einem „Kranz von Legenden“ umgeben sei, die zwar etwas von der „Bedeutsamkeit“ Jesu aussagten, aber natürlich nicht als Bezeugung von „übernatürlichen Heilstatsachen“ verstanden werden könnten. So könne Auferstehung Christi nur als Botschaft des Kreuzes Christi als des Heilsgeschehens ausgelegt werden, anders gesprochen: Christus ist in die Botschaft der Kirche hinein auferstanden und als solcher auch der Wiederkommende,



während die biblische Erwartung seiner endgültigen Ankunft als Irrtum eines apokalyptischen Weltverständnisses preisgegeben werden müsse.

... Diese Beispiele sollen uns nur den Ernst und das Gewicht der Fragen verdeutlichen, vor die wir uns gestellt sehen. Dennoch muß der Gemeinde nun aber auch noch ein Wort der Stellungnahme gesagt werden. Die Kirchenleitung kann nicht beiseite stehen wie ein „Schiedsrichter“ und den Ausgang des Kampfes auf dem Feld der Theologie den Kämpfenden überlassen. Wir sind herausgefordert, nachdem wir zuerst länger geschwiegen und abgewartet haben, nun aber in der Gefahr stehen, unglaublich und als solche mißverstanden zu werden, die selbst keine klare Stellung zu „Schrift und Bekenntnis“ haben.

Als die rheinische Landessynode im Jahre 1952 die Kirchenordnung verabschiedete, stellte sie in dem *Grundartikel* die folgenden Sätze an den Anfang:

*„Die Evangelische Kirche im Rheinland bekennt sich zu Jesus Christus, dem Fleisch gewordenen Worte Gottes, dem für uns gekreuzigten, auferstandenen und zur Rechten Gottes erhöhten Herrn, auf den sie wartet.*

*Sie ist gegründet auf das prophetische und apostolische Zeugnis der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments.*

*Sie bekennt mit den Kirchen der Reformation, daß die Heilige Schrift die alleinige Quelle und vollkommene Richtschnur des Glaubens, der Lehre und des Lebens ist und daß das Heil allein im Glauben empfangen wird.*

*Sie bezeugt ihren Glauben in Gemeinschaft mit der alten Kirche durch die altkirchlichen Glaubensbekenntnisse: das apostolische, das nicänische und das athanasianische Bekenntnis.*

*Sie erkennt die fortdauernde Geltung der reformatorischen Bekenntnisse an. Sie bejaht die Theologische Erklärung der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche von Barmen als eine schriftgemäße, für den Dienst der Kirche verbindliche Bezeugung des Evangeliums.“*

In diesen Sätzen ist ausgesprochen, worauf sich der Dienst in unserer Kirche gründet. Daran wissen wir uns gebunden und möchten wünschen, daß dies mit uns alle in der Gewißheit des Glaubens wüßten, die in irgendeinem Dienst der Evangelischen Kirche im Rheinland stehen. Wir wissen wohl, daß diese Erklärung der Interpretation bedarf, und wir maßen uns nicht an, als Kirchenleitung die allein gültige Interpretation zu geben. Aber es kann kein Zweifel sein: Jede Interpretation muß sich vor dem klaren und deutlichen Inhalt dieser bekennenden Sätze verantworten ...

Wir meinen, daß diese Sätze beispielhaft bezeugen könnten, was nach der Überzeugung der Synode unter dem *entscheidenden Inhalt der Heiligen Schrift* zu verstehen ist. Wir stellen die Frage: Könnte jemand predigen als Bote Jesu Christi, der im Widerspruch zu dieser Botschaft stünde? Wer dies nicht mit uns verkündigen könnte, was hätte er der Welt als Prediger des Evangeliums noch zu sagen? Darin haben doch die Männer, die die Versammlung in Dortmund vorbereiteten, recht, wenn sie proklamierten: „Kein anderes Evangelium!“ Allerdings, kein anderes als dies Evangelium von Jesus Christus, wie es der entscheidende Inhalt der Heiligen Schrift und auch der Bekenntnisse unserer evangelischen Kirche ist, darf in einer evangelischen Kirche gepredigt werden. An dies Evangelium ist die Kirche gebunden in der Freiheit und Freude des Glaubens. Darum aber muß die Kirche jede in ihrer Mitte aufkommende Theologie danach fragen, ob in ihr Jesus Christus, der gekreuzigte und auferstandene Herr, zu Wort kommt. Danach müssen wir uns alle immer wieder fragen lassen, die Theologen der hermeneutischen Theologie, aber nicht weniger die Mitglieder der Bekenntnisbewegung. Dabei mögen die einen bedenken, ob ihre Theologie als Funktion der Kirche an die Botschaft der Schrift gebunden ist oder sein will, und die anderen, daß Theologie eine menschliche Denkarbeit ist, die das Risiko des Irrtums eingehen muß. So gewiß die Theologie ohne die Kirche ihren Sinn verliert, so gewiß verdirbt auch die Kirche ohne



Theologie. Aber beide sind an denselben Herrn gebunden. Dabei ist weder die Kirche Gebieterin der Theologie noch die Theologie Herrin der Kirche. Beide sind im Dienst ihres Herrn aneinander gewiesen, damit der Auftrag des Herrn, die Botschaft Gottes an die Welt wahrhaftig und vollmächtig ausgerichtet wird.

Darum ist uns in unserer Kirche mit einem Streit zwischen „Bekenntnisbewegung“ und „moderner Theologie“ nicht gedient, zumal dabei die Prediger unserer Kirche die Hauptleidtragenden wären. Denn sie würden die Konflikte zweier konträrer theologischer Positionen in ihrem Amt und ihrer Gemeinde ausstehen müssen. Es dürfen nicht die Gefahren einer Spaltung der Kirche heraufbeschworen werden. Auch als im Kirchenkampf die Lage viel schwieriger war als heute, wurde gerade von der Bekennenden Kirche alles getan, um einen endgültigen Bruch in der evangelischen Kirche zu vermeiden. Im übrigen ist der Kampf der Bekennenden Kirche um die Wahrheit und Freiheit des Evangeliums gar nicht mit den theologischen Auseinandersetzungen der Gegenwart vergleichbar. So ungefährlich wie heute war damals das öffentliche Bekenntnis des Wortes Gottes nicht.

Wir müssen einen besseren Weg zur Überwindung der heute aufgebrochenen Gegensätze finden. Wir wollen uns darum bemühen, auf den Wegen, die auf der Synode der EKD, auf unseren rheinischen Landessynoden, aber auch jetzt in der Evangelischen Kirche von Westfalen beschritten sind, vorwärts zu kommen ...

Was uns heute vor allem not tut, ist Geduld miteinander. Wer in der Gewißheit des Glaubens lebt, kann warten und ausharren, denn er weiß, daß der Herr seine Gemeinde nicht verlassen wird. Er wird aber vor allem zu Gott rufen und ihn um seinen Geist bitten für alle, die als Pastoren oder Theologen in der Kirche zu reden, zu verkündigen und zu lehren haben.

Am 27. Februar 1967 führte Landesbischof D. Dietzfelbinger vor der Tagung der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern in Ansbach aus:

Das Gespräch, der *Streit um die Bibel* und um ihre Auslegung und um die daraus folgende Verkündigung heute hat im letzten Jahr hohe Wellen geschlagen. Abgesehen von Büchern wie dem von Heinz Zahrnt „Die Sache mit Gott“ ist dieser Streit auch durch Zeitungsartikel, Rundfunkvorträge und Fernsehdiskussionen in die Gemeinden gekommen. Soll man sich darüber freuen oder traurig sein? Einmütigkeit des Glaubens und Bekennens ist wirklich ein großes Gut, um das wir bitten müssen. Aber in Worms 1521 konnte Luther auch sagen: „Mir ist es das Allerlustigste, zu sehen, daß von wegen des göttlichen Wortes Parteien, Mißhellung und Uneinigkeit werden, denn das ist der Lauf, Fall und Ausgang des göttlichen Wortes, wie der Herr selbst sagt, ich bin nicht gekommen, den Frieden, sondern das Schwert zu senden. Um den Herrn Jesu Christus – wenn ich ins Neue Testament hineinblicke – ist oft Unruhe, sogar Zwie-tracht. Unter den paulinischen Gemeinden finde ich keine, in der nicht Unruhe wäre. Unruhe muß nichts Beunruhigendes sein, wenn nur in der Kirche Jesu Christi durch alles Auf und Ab hindurch das Bekenntnis des Glaubens klar festgehalten wird.“ Kirche Jesu Christi – das muß man heute aussprechen – ist ja nicht ein Sprechsaal theologischer Meinungen, sondern – wiederum mit Luther –: „Mein Gewissen ist gefangen in Gottes Wort.“

Aus solcher Erkenntnis heraus haben wir im Bereich der Landeskirche versucht, durch ausgedehnte Gespräche zwischen Amtsbrüdern im heutigen theologischen Ringen einigermaßen klare Informationen zu geben, aus manchen Engführungen herauszukommen, und im Wissen darum, daß es in der Kirche Jesu Christi auch Scheidungen geben kann und muß, vor übereilten Frontbildungen zu warnen.

Die Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ und manch andere derartige Zeugnisse waren sicher nötig. Was die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern betrifft,

so meine ich, sollten wir uns darum bemühen und Gott darum bitten, daß wir insgesamt eine Kirche des evangelisch-lutherischen Bekenntnisses und Bekennens sind, werden und bleiben. Dies ist ein Ziel der Gespräche, die geführt worden sind. Sie sollen nun von den Kreisdekanen in theologischen Arbeitskreisen auf der Ebene der Kirchenkreise fortgesetzt werden ...

Als jüngstes verbindliches Wort ist die Erklärung der Bischofskonferenz der VELKD von Kranzbach vom 18. 1. 1967 anzusehen. Für uns selber, die wir uns dort zu einer Klausurtagung versammelt hatten, war es eine Befreiung, daß es zu diesem gemeinsamen Wort kommen konnte. Natürlich läßt jede Erklärung auch Wünsche offen. Aber für unsere Stellung zur Bibel – sie ist Gottes Wort im Menschenmund –, für das Verhältnis zwischen wissenschaftlicher Erforschung der Bibel und dem Bibellesen des glaubenden Christen scheint mir manches hilfreiche Wort gesagt zu sein. Vor allem sollte das gemeinsame Bekenntnis nicht überhört werden, das im 4. Abschnitt laut wird: „Jesus Christus ist mehr als ein außergewöhnlicher Mensch; in ihm begibt sich Gott selbst hinein in das Dunkel des Lebens. Der Gekreuzigte ist mehr als ein Vorbild der Menschlichkeit; er heilt die Welt und versöhnt uns mit Gott. Durch seine Auferweckung lebt er nicht wie ein Dichter in seinem Werk weiter; in seinem Wort und Sakrament ist er als der Lebendige persönlich gegenwärtig. Er erlaubt uns, zuversichtlich zu beten. Es kommt der Tag, an dem er seine Herrlichkeit enthüllt und uns in einem neuen Himmel und einer neuen Erde Anteil an seinem Leben schenkt. Das glauben und bekennen wir, daran halten wir uns im Leben und im Sterben.“ Endlich bitten wir in der Erklärung, daß man sich vor vorschnellem Richten hüten möge, und es wird die Warnung davor ausgesprochen, daß die biblische Botschaft auf irgendeine Weise verkürzt und verfälscht werde.

Eines kann in der heutigen theologischen Verwirrung den, der auf den Weg der gesamten Christenheit in unserer Zeit blickt, besonders nachdenklich machen. Vom ökumenischen Zeitalter sprechen wir heute, vom Dialog der getrennten Christen erwarten wir viel. Versuche zu gemeinsamen Veranstaltungen, ja Gottesdiensten der Christenheit werden da und dort mit Leidenschaft gemacht, und das Verlangen nach der Einheit der Kirche fast um jeden Preis wird laut. Aber genau in demselben Augenblick werden wir, die reformatorische Christenheit zuerst, aber auch viele ihrer anderen Teile, auch Rom, von der Frage nach der Wahrheit jäh wie von rückwärts neu überfallen. Ist die Bibel wahr, so, daß man von diesem Wort leben kann? Ist Gott wahr, wirklich, den noch niemand gesehen hat? Ist Jesus Christus wahr, der uns Gott zeigt? – „Treu und wahrhaftig“ heißt er im Neuen Testament. Ist das Heil in Jesus Christus wahr und gültig? Fragen voller Versuchung und Anfechtung. Aber Fragen der Bibel selber sind es, Fragen, die auch über den Reformator Luther kamen. Längst nicht alle Glieder der Christenheit werden sich diesen Fragen in der Tiefe stellen müssen. Wohl dem, der im Glauben bewahrt ist! Aber wo sie kommen, kann man sie nicht beiseite schieben, sondern muß hindurch und darf hindurch, wie Jesus dem Petrus sagt: „Simon, ich habe für dich gebetet, daß dein Glaube nicht aufhöre. Und du, wenn du dich dermaleinst bekehrst, so stärke deine Brüder.“ Von daher, von dem Jesus Christus, der so spricht, lebt der Glaube! Darum wird aus der manchmal grausam sezierten, aber in ihrem Glaubensreichtum dadurch immer unerschöpflicher werdenden Heiligen Schrift das Wort neu zu uns kommen, und die Botschaft, die nötig ist, weil Gott selber durch sie spricht: „Der Geist Gottes, der da ist Herr und macht lebendig, wird euch in alle Wahrheit leiten.“

Wie steht es überhaupt mit dem Verhältnis von Glauben und Denken heute? Diese Frage lebt als eine der ganz brennenden in den Problemen, die uns heute gestellt sind. Nicht selten spricht das Neue Testament davon, daß auch unser Denken, weil es unter der Verfinsterung der Sünde steht, der Erlösung bedarf. „Laßt euch verändern durch Erneuerung des Denkens“, heißt es im Römerbrief. Mit seinem Denken, dieser großen

Gabe Gottes, hat der Mensch gerade in der Neuzeit mächtige Triumphe errungen. Aber auch das Denken ist alt, gehört zum alten Menschen. Und gerade ein moderner Denker, Eugen Rostenstock-Huessy, bekennt deshalb: Ich bin ein unreiner Denker, und meint, auch das Denken müsse seine Sünde beichten. Und ein anderer spricht davon, daß die Botschaft von der Rechtfertigung des Sünders aus Gnaden allein durch den Glauben, doch nicht nur für das Tun, sondern zuerst für das Denken der Menschen gelte. Eine Theologie, die auf diesem Glaubensboden sich ansiedelt und auf ihm bleibt, wird eine Entdeckung machen. Wenn schon das alte Denken des Menschen trotz aller Verfinsterung eine reiche Gabe Gottes ist, wieviel mehr gilt das erst für das durch Jesus Christus *erneuerte* Denken, für das Denken aus dem Glauben!

Die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Württemberg hielt eine nichtöffentliche Tagung unter dem Thema „Theologie und Kirche“ und unterrichtete die kirchliche Öffentlichkeit durch folgende

MITTEILUNG DER WÜRTTEMBERGISCHEN EVANGELISCHEN LANDESSYNODE  
AN DIE GEMEINDEN

Vom 23. April 1967

Die Synodalen sind durch ihr Gelöbnis verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, „daß die Kirche in Verkündigung, Ordnung und Leben auf den Grund des Evangeliums gebaut werde, wie es in der Heiligen Schrift gegeben und in den Bekenntnissen der Reformation bezeugt ist“.

Darum haben uns die schwierigen Fragen, die in Lehramt und Gemeinde Unsicherheit hervorgerufen haben, zu einer besonderen Tagung veranlaßt. Unsere nichtöffentliche Sitzung vom 20. bis 23. April 1967 auf der Insel Reichenau stand unter dem Thema: Theologie und Kirche.

An jedem der vier Tage haben wir uns einem besonderen Fragenkreis zugewandt: Die Entstehung des Neuen Testaments und die Probleme der Schriftauslegung; Auslegung von 1 Kor 15, 1–20 (Auferstehung); Auslegung von 2 Kor 5, 11–21 (Versöhnung); Erfahrungen im Umgang mit unseren Vikaren.

Die Aussprache nach den Referaten führte zu folgender Übereinstimmung:

Gott hat im Kreuzestod Jesu die Welt mit sich selbst versöhnt. Gott hat den gekreuzigten Jesus von Nazareth von den Toten auferweckt. Diese Taten Gottes sind Grund und Mitte unseres Glaubens.

Weil Jesus auferstanden ist, erwarten wir die Auferweckung der Toten und eine neue Schöpfung. Dies übersteigt menschliches Erkenntnisvermögen.

Die Auferweckung Jesu wird im Neuen Testament in verschiedener Weise bezeugt. Darum kann sie auch heute in gleicher Vielfalt verkündigt werden.

Der Auferstandene allein gibt unserem Leben Sinn und Ziel. Er ermutigt uns, im Vertrauen auf ihn in der Welt zu leben und zu arbeiten.

Als Zeugnis von der Offenbarung Gottes in der Geschichte ist die Bibel in einem langen Zeitraum entstanden. Darum hilft uns die historische Forschung, die Eigenart und Vielfalt der biblischen Aussagen jeweils aus ihrer eigenen Zeit heraus zu verstehen und sachgemäß auszulegen. Den Glauben kann keine menschliche Methode vermitteln, nur Gott kann ihn schenken.

Zur richtigen Auslegung der Bibel bietet die kirchliche Bekenntnis- und Lehrtradition eine unentbehrliche Hilfe. Höchste Instanz in Glaubensfragen ist die Schrift allein. Unsere Aufgabe ist es, sie für die Menschen heute verständlich auszulegen.

Die Synode beabsichtigt, das sehr offene und mit dem Willen des gegenseitigen Verstehens geführte Gespräch in Zukunft fortzusetzen.

Die Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, die getrennt tagte – die regionale Tagung West trat Ende Mai in Goslar, die regionale Tagung Ost Anfang Juni in Berlin-Weißensee zusammen –, verabschiedete folgende Entschlüsse:

#### ENTSCHLIESSUNG

*der 4. Generalsynode der VELKD auf ihrer regionalen Tagung West in Goslar zum Thema „Bekenntnis und Schriftauslegung in der Gemeinde“*

*Vom 26. Mai 1967*

Die Generalsynode, die sich mit dem Thema „Bekenntnis und Schriftauslegung in der Gemeinde“ befaßte, sieht in der „Erklärung der Bischofskonferenz zum Streit um die Bibel“ eine richtungweisende Hilfe für das gegenwärtige theologische Gespräch. Die Klausurtagung der Bischofskonferenz in Kranzbach hat beispielhaft erwiesen, wie man in enger Zusammenarbeit und im intensiven Gespräch über biblische Texte zu gemeinsamen Erklärungen kommen kann.

Die Synode empfiehlt, die Erklärung der Bischofskonferenz, die Dokumentation „Kranzbacher Gespräch“ sowie die Synodalergebnisse auf den Pfarrkonferenzen, im Kreis der kirchlichen Mitarbeiter und in den Gemeinden zu beraten.

In unserer Zeit verändert sich vieles, was festzustehen schien. Auf dem Wege in eine unbekannte Zukunft sind viele Gemeindeglieder in ihrem Glauben unsicher geworden.

In dieser Situation sagen wir:

Die Bibel zu lesen lohnt sich. Die Bibel ist lebendig und hat Kraft, weil sich in ihr die Wirklichkeit Gottes erschließt. Sie will beständig gelesen sein.

Wer mit der Verkündigung der Kirche und wer mit der Gemeinde lebt, wird die Bibel besser verstehen.

Die Bibel hat eine Mitte, auf die alles hinweist und von der her alles zu verstehen ist: den Christus, der von Schuld befreit, der das Leben neu macht und der auch der Herr der Zukunft ist. Das Bekenntnis unserer Kirche hilft, diese Mitte zu erkennen. Darum hat das Bekenntnis auch heute für die Schriftauslegung wegweisende Bedeutung.

Zum Verstehen des Schriftsinnes und zur Vergegenwärtigung der Heiligen Schrift leistet die wissenschaftliche Schriftforschung einen wichtigen Dienst. Die Gemeinde sollte sich der wissenschaftlichen Theologie dankbar bedienen.

Die befreiende Botschaft der Bibel bleibt ein Ärgernis. Jeder, der die Bibel liest oder auslegt, muß sich dessen bewußt bleiben, daß alle Hilfen zum Verständnis nicht ausreichen, den Glauben zu wirken.

Wir empfehlen:

1. Der Laie muß mit wesentlichen Fragen der theologischen Schriftforschung bekannt gemacht werden, damit er sich und anderen über den Grund seines Glaubens besser Rechenschaft geben kann. Die Gemeinde sollte an die theologische Auseinandersetzung vor allem auf dem Wege der Auslegung biblischer Texte herangeführt werden.

Die Synode bittet die Kirchenleitung, geeignete Modelle für eine sachgemäße Information der Gemeinden zu erarbeiten.

2. Das theologische Gespräch sollte auf allen Ebenen geführt werden.

Wir bitten, die Gespräche zwischen Kirchenleitungen und theologischen Hochschullehrern wie auch zwischen Kirchenleitungen und Bekenntnisbewegungen und anderen kirchlichen Gruppen weiterzuführen. Wir empfehlen, daß Kirchenleitungen und theologische Fakultäten an gemeinsamen Aufgaben zusammenarbeiten und daß die wissen-



schaftliche Theologie an verantwortlichen kirchlichen Entscheidungen beteiligt wird. Für besonders wichtig halten wir die Gespräche innerhalb der theologischen Fakultäten.

An die Stelle eilfertigen Aburteilens des anderen sollten Geduld und die Bereitschaft treten, aufeinander zu hören. Wo man jedoch dem anderen um der Wahrheit des Evangeliums willen widersprechen muß, ist man es schuldig, ihm mit sachlichen, in der Schrift wurzelnden Gründen zu begegnen. Vereinfachende Pauschalurteile, wie die Unterscheidung von „moderner“ und „konservativer“ Theologie, sollten dabei ausgeschlossen sein.

3. Die theologische Weiterarbeit des Pfarrers ist wichtiger denn je. Die Kirchenleitungen werden gebeten, dafür Möglichkeiten zu geben.

Neben der Arbeit der Pastoralkollegs sollten die Studienkurse im Seminar der Vereinigten Kirche weiter ausgebaut werden. Einführung und rechter Gebrauch eines Freisemesters sollten von den Kirchenleitungen und den Fakultäten geprüft werden.

4. Die Arbeit an der Auslegung des Evangeliums erfordert das Zusammenwirken von Theologen und Laien, von Amt und Gemeinde, von hauptamtlichen und nebenamtlichen Mitarbeitern.

Der Laie ist zu ermutigen, Fragen an die Heilige Schrift aus den Erfahrungen seines eigenen Lebensbereiches zu formulieren. Er trägt dazu bei, daß die Verkündigung die gegenwärtige Welterfahrung einbeziehen und die Wirklichkeit treffen kann.

Die Kirche steht heute vor der Aufgabe, das Recht der freien Wortverkündigung auch Laien zu übertragen. Die Bischofskonferenz wird gebeten, die Zurüstung für diesen Dienst und seine Durchführung zu fördern. Die vom 1. Advent 1967 an erscheinenden Handreichungen „Die Lesepredigt“ leisten mit ihren Beilagen „Zur Auslegung“ und „Zur Besinnung“ eine wertvolle Hilfe für die Wortverkündigung durch Laien. Sie sollten von den Gliedkirchen genutzt werden.

#### ENTSCHLIESSUNG

*der 4. Generalsynode der VELKD auf ihrer regionalen Tagung Ost in Berlin  
zum Thema „Bekenntnis und Schriftauslegung in der Gemeinde“*

*Vom 8. Juni 1967*

Die vom 5. bis 8. Juni 1967 in Berlin-Weißensee versammelte Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands hat sich auf ihrer 1. regionalen Tagung im Bereich der DDR mit Fragen des Schriftverständnisses beschäftigt, die der Kirche durch die Diskussion in der gegenwärtigen Theologie gestellt sind.

Sie sieht in der „Erklärung der Bischofskonferenz zum Streit um die Bibel“ eine richtungsweisende Hilfe für das gegenwärtige Gespräch und empfiehlt, sie auf Pfarrkonventen, im Kreis der kirchlichen Mitarbeiter und in den Gemeinden durchzuarbeiten.

Viele Gemeinden, Mitarbeiter und Pfarrer sind durch die aufgebrochenen Fragen der Schriftauslegung beunruhigt. Wir sollten Unruhe um Gottes Wort nicht bedauern, sondern vielmehr wacher nach der Wahrheit des Wortes Gottes fragen.

Vor der kritischen Erforschung der Bibel brauchen wir keine Angst zu haben. Bibelkritik, recht betrieben, ergibt sich aus der Schrift selbst. Die Bibel Alten und Neuen Testaments ist auch selbst an vielen Stellen Dokument des Ringens und der Auseinandersetzung um die Wahrheit des lebendigen Gottes, die sich uns letztgültig in Jesus Christus erschließt. Gott hat seinen Sohn in die Geschichte hineingesandt. So ist auch das Wort, das ihn predigt, historischer Forschung unterworfen.

Der Herr sagt seinen Boten: „Wer euch hört, der hört mich“ (Lk 10, 16). Wir vernahmen Jesu Wort, aber wir vernahmen es immer aus dem Zeugnis der Gemeinde. Die

wissenschaftliche Erforschung der Bibel hat dies auf neue Weise sichtbar werden lassen. Wir können heute klarer als frühere Generationen in den Entstehungsprozeß der biblischen Zeugnisse hineinschauen. Dadurch sind wir vor bedrängende Fragen gestellt. Aber wir haben dadurch auch viele hilfreiche Erkenntnisse empfangen. Wir bitten die Gemeinden, ohne Kleinglauben und Ängstlichkeit der theologischen Wissenschaft die für ihre Arbeit nötige Freiheit nicht streitig zu machen. An die Stelle eifertigen Aburteilens sollte die geduldige Bereitschaft treten, aufeinander zu hören. Wo man jedoch dem anderen um der Wahrheit des Evangeliums willen widersprechen muß, hat man ihm mit sachlichen Gründen, die in der Schrift wurzeln, zu begegnen. Vereinfachende Pauschalurteile wie die nichtssagende Unterscheidung zwischen „moderner“ und „konservativer“ Theologie möchten dabei ausgeschlossen sein. Es ist unser Trost: „Wir können nichts wider die Wahrheit, sondern für die Wahrheit“ (2 Kor 13, 8).

Wer mit der Verkündigung der Kirche lebt und mit der Gemeinde betet, wird die Bibel immer besser verstehen lernen. Die Bibel zu lesen lohnt sich. Sie ist lebendig und hat Kraft, weil sich in ihr die Wirklichkeit Gottes erschließt. Sie will aber beständig gelesen sein.

Die Bibel hat eine Mitte, auf die alles hinweist und von der her alles zu verstehen ist: Jesus Christus, wahrer Gott und wahrer Mensch, der von Schuld befreit, der unser Leben auf unbegreifliche Weise neu macht und als der wiederkommende Herr die Welt verwandeln wird. Das Bekenntnis der Kirche, z. B. der Kleine Katechismus, hilft uns, diese Mitte zu erkennen. Darum hat das Bekenntnis auch heute für die Schriftauslegung richtungsweisende Bedeutung.

Die befreiende Botschaft der Bibel bleibt ein Ärgernis. Die Fremdheit des Wortes Gottes widersteht dem bloßen rationalen Verstehen in menschlicher Verfügbarkeit. Gott selbst, der Vater durch den Sohn im Heiligen Geist, muß sein Wort erschließen. Darum wird sich jeder, der die Bibel liest oder auslegt, dessen bewußt bleiben, daß alle Hilfen zum Verständnis nicht ausreichen, den Glauben zu wirken.

Für die praktische Arbeit der Kirche empfehlen wir:

1. Der Laie muß mit wesentlichen Fragen der theologischen Schriftforschung bekannt gemacht werden, damit er sich und anderen über den Grund seines Glaubens besser Rechenschaft geben kann. Er sollte ermutigt werden, Fragen an die Heilige Schrift aus den Erfahrungen seines eigenen Lebensbereiches zu formulieren. Dadurch hilft er dazu, daß die Verkündigung die heutige Weiterfahrung einbeziehen und die Wirklichkeit treffen kann.

2. Die theologische Weiterarbeit des Pfarrers ist heute wichtiger denn je. Der Pfarrer soll die Zusammenarbeit mit Brüdern im Konvent suchen, dort seine theologischen Erkenntnisse einbringen, auf Predigterfahrungen der Kirche hören und die biblische Botschaft so auszusagen lernen, daß sie Anrede an den heutigen Menschen wird.

3. Die Arbeit an der Schriftauslegung des Evangeliums erfordert das Zusammenwirken von Theologen und Laien, Pfarrer und Gemeinde, hauptamtlichen und nebenamtlichen Mitarbeitern der Kirche.

4. Alle, die heute am Werk der Unterweisung tätig sind, Katecheten, Gemeindegliederinnen, Diakone, Kantoren, müssen gründlich theologisch ausgebildet und weitergebildet werden. Die Arbeitsgemeinschaft von kundigen Exegeten und im Verkündigungsdienst tätigen Mitarbeitern ist ein unumgängliches Erfordernis, damit die gesicherten und hilfreichen Ergebnisse der Schriftforschung in der Verkündigung an der jungen Generation fruchtbar werden können.

Die Leitung der Evangelischen Kirche von Westfalen gab zum Reformationsgedenken 1967 eine Erklärung an die Gemeinden heraus:

I.

Wir erkennen dankbar an, daß die historisch-wissenschaftliche Erforschung der Heiligen Schrift uns zum Verstehen der biblischen Zeugnisse einen unaufgebbaren Dienst tut. Wenn aber in der Schrift nur ein menschliches Zeugnis gesehen wird, dessen Verhältnis zum Handeln Gottes in Christus nicht mehr erkennbar wird, so sind die unaufgebbaren Grundlagen der Kirche nicht gewahrt.

II.

Wir erkennen, daß die Theologie mit Recht das wahre Menschsein Jesu herausstellt, denn Jesus Christus ist das ins Fleisch gekommene Wort Gottes. Wenn aber gesagt wird: Jesus war Mensch, nichts als Mensch, dann ist das Bekenntnis der Christenheit zu diesem Menschen als dem Sohne Gottes aufgehoben.

III.

Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß der gekreuzigte Herr uns auf den Weg der Nachfolge ruft. Wenn aber dabei verneint wird, daß der Kreuzestod unseres Herrn und Heilandes sein stellvertretendes Leiden ist, um dessentwillen uns die Rechtfertigung im Glauben zuteil wird, so ist damit der Boden der Schrift verlassen.

IV.

Die Theologie hat mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß die Auferstehung Jesu Christi mit den Mitteln der historischen Forschung nicht nachweisbar ist. Wenn aber daraus gefolgert wird, die Auferstehung Jesu Christi sei kein historisches Ereignis und keine Heilstatsache, sie sei eine Vorstellung heidenchristlicher Frömmigkeit und bedeute nur, Gott zu eigen zu sein und ihm zu dienen, so ist diese Lehre mit dem Auferstehungszeugnis der Heiligen Schrift nicht in Übereinstimmung zu bringen.

Unser Widerspruch hat seinen Grund nicht in der Verachtung der theologischen Arbeit, er ist begründet in der Freude am Evangelium, in der Beugung unter die Schrift, im Hören auf das Bekenntnis und in der Verantwortung für die uns anvertrauten Gemeindeglieder, die verwirrt sind und auf den Rat der Kirchenleitung warten.

Wir bitten alle Gemeindeglieder – an welchem Ort in der Kirche sie auch immer ihren Dienst tun: Bleibt in der Freude des Evangeliums; lest in der Heiligen Schrift und haltet an ihrem Zeugnis fest, ringt um Wahrheit in der Liebe, bleibt in brüderlicher Gemeinschaft beieinander.

„Des Herrn Wort bleibt in Ewigkeit. Das ist aber das Wort, welches unter euch verkündigt ist“ (1 Petr 1, 25).

Die Landessynode 1967 der Evangelischen Kirche von Westfalen faßte auf ihrer Herbsttagung folgende Entschlieung:

ZUR THEOLOGISCHEN LAGE

1. Die Synode dankt der Kirchenleitung, daß sie in Ausführung der Beschlüsse der vorjährigen Landessynode „ihre Verpflichtung, in Fragen der Lehre und der rechten Verkündigung wegweisend zu raten und zu handeln, gerade in der heutigen schwierigen Lage“ wahrgenommen hat.

2. Die Synode bittet die Kirchenleitung, daß die in Gang befindlichen theologischen Gespräche zwischen der Kirchenleitung und den drei Lehrkörpern (Fakultäten) im

Bereich der Evangelischen Kirche von Westfalen fortgeführt oder gegebenenfalls neu aufgenommen werden und der Landessynode über ihren Fortgang berichtet wird.

3. Die Synode regt an, daß die Erklärung „Bibel und Bekenntnis“ mit einem Anschreiben unter Hinweis auf die Beschlüsse der Synode von 1966 den Religionslehrern der verschiedenen Schularten und Schulformen zugeleitet wird mit der Bitte, Gespräche darüber einzuleiten.

4. Die Kirchenleitung wird gebeten, nicht darin nachzulassen, der Bekenntnisbewegung und der Leitung des Deutschen Evangelischen Kirchentages zur gegenseitigen Gesprächsbereitschaft zu helfen. Die Synode bittet den von der Kirchenleitung einberufenen Arbeitskreis „Bibel und Bekenntnis“, seine begonnene Arbeit fortzusetzen und zu einem Ergebnis zu bringen.

5. Die Synode bittet die Kirchenleitung, darauf hinzuwirken, daß Fernseh- und Rundfunksendungen, in denen theologische Fragen behandelt werden, so vorbereitet werden, daß die Hörer zu einer besseren Urteilsbildung kommen können. Die Verantwortlichen sollen daraufhin angesprochen werden, daß Einseitigkeiten in der Auswahl der Redner vermieden werden.

6. Die Synode bittet alle Pastoren, Presbyterien und Gemeindeglieder, in ihrer Fürbitte der verantwortlichen Leiter der Kirchen namentlich treu zu gedenken. Der anhaltenden Fürbitte ist verheißen, daß sie Kraft hat, den Anfechtungen zu wehren und die Last mitzutragen, die den Brüdern im leitenden Amt auferlegt wird.

Auch die Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ und die verschiedenen Kirchlichen Sammlungen um Bibel und Bekenntnis traten im Berichtsjahr mit Großveranstaltungen – u. a. in Düsseldorf, Neumünster und Hannover –, Kundgebungen und Erklärungen an die Öffentlichkeit.

Wenige Tage, nachdem die Bischofskonferenz der VELKD die „Kranzbacher Thesen“ beschlossen hatte, verabschiedete ein Arbeitskreis in Bayern die „Rummelsberger Thesen“ und veröffentlichte sie in einem

#### RUNDSCHREIBEN AN SÄMTLICHE PFARRER DER BAYERISCHEN EVANGELISCH-LUTHERISCHEN LANDESKIRCHE

„Verus thesaurus ecclesiae est sacrosanctum evangelium gloriae et gratiae Dei“ (Luther, These 62).

Die Kirche, in der wir dem auferstandenen Herrn Jesus dienen, weiß sich bei der Ausbreitung der frohen Botschaft, die allen Menschen gilt, im Sinne der lutherischen Bekenntnisschriften an die ganze Heilige Schrift Alten und Neuen Testaments gebunden. Zuversichtlich erwarten wir, daß der Herr Seine Kirche weiterhin durch Sein in der Bibel bezeugtes Wort erwecken und regieren wird. Wir bitten darum, der Heilige Geist möge unserer Kirche die verlorengegangene Einmütigkeit des Bekenkens wiedergeben und ihr neue Vollmacht schenken zur Bezeugung des Wortes, zum Dienst der Liebe und, wo es sein soll, zum Leiden um Seines Namens willen.

Zu lange schon haben wir gezögert, den Stimmen in Theologie und Verkündigung zu widersprechen, die in der Gemeinde das Zutrauen zur Heiligen Schrift erschüttern, das der Erhöhung gewisse Gebet und das persönliche Verhältnis zu Jesus, dem auferstandenen Herrn, in Frage stellen. In der Kirche darf nur eine solche Theologie wegweisende Bedeutung haben, die uns in letzten Anfechtungen und angesichts des Todes nicht im Stich läßt, sondern uns in der Gewißheit unseres Heils bestärkt.

Deshalb sehen wir uns jetzt genötigt, in einigen fraglich gewordenen Punkten unser Bekenntnis, auf das wir verpflichtet sind, neu zu bekräftigen.



## I.

1. Im Dank für Seine Gnade sind wir der Wirklichkeit des lebendigen Gottes gewiß. Der dreieinige Gott erweckt Seine Gläubigen dazu, Ihn über alles zu fürchten, mehr als alles zu lieben und Ihm grenzenlos zu vertrauen. Davon können uns auch die Forderungen des angeblich modernen, auf die sichtbare Schöpfung beschränkten Wirklichkeitsverständnisses und seines Wissenschaftsbegriffes nicht abbringen.

2. Jeder Versuch des Menschen, sich selbst zu rechtfertigen oder durch „Öffnung für das Unverfügbare“ die Möglichkeit „eigentlicher Existenz“ zu ergreifen, muß an der Heiligkeit Gottes scheitern. Nur dadurch, daß Jesus uns durch Sein Leiden und Sterben mit Gott versöhnt hat, sind wir vor dem Zorn Gottes gerettet.

3. Wir glauben, daß Gott uns mit unserem Leibe nicht dem Tod überlassen, sondern uns auferwecken wird, wie Er Jesus aus dem Grab auferweckt hat. Wir erwarten, daß der Herr wiederkommen und dem töricht scheinenden Glauben recht geben, das von Ihm absehende Denken aber Lügen strafen wird. In freudiger Erwartung Seines endgültigen Offenbarwerdens bekennen wir Ihn als Schöpfer, Herrn und Vollender des sichtbaren und unsichtbaren Kosmos.

4. Wenn Gott sich in Seinem Zorn und in Seiner Gnade zu erkennen gibt, erschließt Er eine Wirklichkeit, die dem Verstehen des gottfernen Menschen verschlossen ist. Gott ist in Seinem Reden nicht auf die Verstehensmöglichkeiten des Menschen angewiesen, sondern Er erleuchtet ihn zur Erkenntnis dessen, was ihm sonst verborgen ist, nämlich der Herrlichkeit Seiner ein für allemal geschehenen Offenbarung.

5. Daß Gottes Wort durch die Verkündigung und die vom Herrn eingesetzten Sakramente Glauben schafft, danken wir allein dem Heiligen Geist. Die Kirche hat den Auftrag, den Inhalt des Wortes in seiner sich immer wieder von selbst erweisenden Aktualität unverkürzt zu bezeugen; sie soll aber nicht durch eine „Interpretation“, die den Inhalt verändert, das Verstehen erleichtern wollen.

6. Die Bücher der Heiligen Schrift verstehen wir als vielfältige prophetische und apostolische Bezeugung des *einen* fleischgewordenen Wortes Gottes. Sie sind die vom Heiligen Geist eingegebene Quelle und Norm für alles Lehren der Kirche. Deshalb muß Wortlaut und Meinung der kanonischen Texte gewissenhaft erforscht werden. Dazu dient die historisch-kritische Methode, sofern ihre Grenzen gesehen werden; denn die Theologie hat nicht die Botschaft der Bibel zu kritisieren, sondern ihre eigenen Aussagen von der Mitte der Schrift her bestimmen und korrigieren zu lassen.

7. Neben dem Hören und Bedenken des Wortes, durch das wir konkrete und aktuelle Weisungen erhalten, neben dem brüderlichen Austausch des Erkannten und dem Handeln im Gehorsam ist uns im Namen Jesu das kindliche Danken und Bitten erlaubt und aufgetragen. Christen wagen es auf Sein Wort hin, zu Gott Du zu sagen. Wir beten in der Zuversicht, daß der allmächtige und gnädige Gott uns erhört, wie Er es zugesagt hat.

8. Die großen Offenbarungs- und Heilstaten Gottes in der Geschichte führen uns zur Anbetung, zu missionarischer Verkündigung und zum Bekenntnis vor einer Gott vergessenden Welt. Nicht sich der Welt gleichzustellen ist der Kirche aufgetragen, sondern ihr die rettende Botschaft allem Widerspruch zum Trotz unverändert auszurichten. Verweltlichung ist nicht die legitime Folge, sondern bedeutet Verleugnung des christlichen Glaubens.

Darin wissen wir uns in Übereinstimmung mit dem Glauben der Christenheit aller Jahrhunderte, wie er in den Bekenntnissen unserer Kirche zum Ausdruck kommt. Wir danken den theologischen Lehrern, die uns zur Erkenntnis dieses Glaubens geholfen haben.

## II.

Auf Grund ihres Bekenntnisses muß in unserer Kirche eine Theologie und Verkündigung als ausgeschlossen gelten,

1. die sich an ein Wirklichkeitsverständnis bindet, das von der in der Heiligen Schrift bezeugten Wirklichkeit des lebendigen Gottes und Seiner großen Taten absieht;
  2. die also in unkritischer Bindung an ein solches Wirklichkeitsverständnis von Gott nichts erwartet, was (über eine Sinneswandlung des Menschen hinaus) den gewohnten Lauf der Dinge durchbricht, die daher auch die Auferstehung Jesu und Seine Wiederkunft umdeutet, d. h. im überlieferten biblischen Sinne leugnet;
  3. in der die Gottheit Gottes undeutlich wird, weil sie die Heiligkeit Gottes, Seinen Zorn und Seine Souveränität übersieht;
  4. die die Gottheit Jesu unbestimmt läßt oder bestreitet sowie durch Leugnung des Sühneopfers Christi die „Theologie des Kreuzes“ umdeutet und so der Rechtfertigung das Fundament entzieht;
  5. nach der nicht Gott selbst durch Sein Gesetz offenbart, was dem Menschen fehlt und was er deshalb braucht, sondern dieser selbst es in einer ihm möglichen Auslegung des „vorgläubigen“ Daseins erkennen kann; dadurch wird das Evangelium in ein Reden von dem, was der Mensch für heilsam hält, eingegeben und damit verflüchtigt;
  6. die durch die Überbetonung der Verstehensfrage den Menschen zum Maßstab des Evangeliums macht;
  7. die also, statt demütig um das Zeugnis des Heiligen Geistes zu bitten, ihrer eigenen Interpretation zutraut, das Evangelium verständlich machen zu können;
  8. die in der Heiligen Schrift das sachkritisch ablehnt, was über ihr selbstgewonnenes Verständnis des Evangeliums hinausgeht oder ihm widerspricht;
  9. die mit der Verkennung der konkreten Forderungen Gottes auch eine materiale Ethik preisgibt;
  10. die das Gebet in Meditation und zwischenmenschlicher Kommunikation untergehen läßt, weil Gott für sie nicht personhaft ist;
  11. die in Verkennung der Heiligkeit Gottes auch Seine Anbetung im Gottesdienst als überflüssig empfindet;
  12. die durch falsche Weltlichkeit dazu führt, daß Ansporn und Vollmacht zum Zeugnis in Mission und Diakonie erlahmt und die Kirche, statt bekennende Kirche zu sein, zur Welt konvertiert und sich in ihr verliert.
- Zwar können auf der gemeinsamen Basis des Bekenntnisses unserer Kirche verschiedene theologische Schulen bestehen, die in brüderlicher Auseinandersetzung um ein angemessenes Verständnis der Geheimnisse des Wortes Gottes ringen; wo aber in der angedeuteten Weise gelehrt wird, sehen wir diese Basis verlassen. Derartige Theologie und Verkündigung ist nach der Heiligen Schrift wie nach dem Bekenntnis eindeutig Irrlehre und dürfte in unserer Kirche keinen Raum haben.

Rummelsberg, 23. Januar 1967

Diese Erklärung gab den Anstoß zur Bildung der Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern.

Im September 1967 veröffentlichte die Evangelische Sammlung Berlin ein

#### WORT ZUR GEGENWÄRTIGEN THEOLOGISCHEN LAGE

##### I.

Gottes Wort ward Fleisch und wohnte unter uns. Wir sehen glaubend in Jesus, dem wahrhaftigen Menschen, den wahrhaftigen Gott und Seine Herrlichkeit. Wir bekennen mit Seiner einen heiligen Kirche: „Du bist Christus, des lebendigen Gottes Sohn!“

Darum halten wir es für Irrtum,

– wenn dies Bekenntnis für überholt und beliebig auswechselbar erklärt wird.

Denn es bleibt legitimes Maß jeder Glaubensaussage von Gottes Heilstat in Jesus Christus.

Wir glauben und bekennen, daß Jesus Christus uns durch das eine heilige Opfer Seines Leibes und Blutes am Kreuz mit Gott versöhnt hat.

Darum halten wir es für Irrtum,

– wenn die erlösende Kraft Seines stellvertretenden Leidens und Sterbens, das unserem Glauben vorangeht, bestritten oder umgedeutet wird.

Denn dadurch wird das Gesetz an die Stelle der Gnade gerückt und das Gewissen verwirrt;

– wenn Jesu Sterben am Kreuz lediglich als ein menschliches Beispiel angesehen wird, das wir im Gehorsam nachahmen könnten.

Denn Er allein hat für uns vollbracht, war wir allein im Glauben annehmen und wovon wir allein aus Gnaden leben können;

– wenn der Glaube an Jesus abgelehnt wird und durch ein „Glauben wie Jesus“ ersetzt werden soll.

Denn im Glauben an Jesus haben wir teil an der Frucht Seines Leidens und an der Kraft Seiner Auferstehung, die uns in Wort, Taufe und Abendmahl zugeeignet werden.

Wir glauben und bekennen die Auferweckung unseres für uns gekreuzigten Herrn aus Tod und Grab.

Der Glaube an den wahrhaftig Auferstandenen, der den ersten Zeugen in neuer Leib-Gestalt erschien, läßt uns bekennen: „Nun aber ist Christus auferstanden von den Toten und der Erstling geworden unter denen, die da schlafen.“

Darum halten wir es für Irrtum,

– wenn gelehrt wird, die Auferstehung Jesu Christi von den Toten sei kein besonderes Ereignis nach Karfreitag; es sei auch zu Ostern nichts Neues geschehen, was besonderer Gegenstand christlicher Verkündigung sein könne.

Denn die Zeugen haben in Dem, der ihnen erschien, eindeutig das Wirken des sich ihnen offenbarenden Gottes erkannt;

– wenn weiter behauptet wird, die Rede von der Auferstehung Jesu sei nur „Chiffre“ oder „Qualifikation“, also lediglich bildhafte Verschlüsselung für Sein Fortleben im Zeugnis der Kirche.

Denn die Bedeutung der Auferstehung Jesu ist nicht zu trennen von ihrem tatsächlichen Geschehensein;

– wenn gelehrt wird, die christliche Hoffnung auf die Auferstehung der Toten sei aus heidnischen Göttermythen und Vorstellungen des damaligen Judentums abgeleitet und sei deshalb für uns erledigt.

Denn die Auferstehungshoffnung des alten Gottesvolkes ist durch Jesus und Seine Auferstehung bestätigt worden.

Wir glauben und bekennen den erhöhten und wiederkommenden Herrn, unseren Richter und Erbarmer, den Vollender der Königsherrschaft Gottes.

Wir hören Seinen Ruf: „Wachet, denn ihr wisset nicht, welche Stunde euer Herr kommen wird.“

Darum halten wir es für Irrtum,

– wenn aus der Erwartung Seiner noch ausstehenden Zukunft am Ende der Zeit lediglich ein immerwährender Ruf in die jeweiligen Entscheidungen des einzelnen gemacht wird;

– wenn mit falschem prophetischem Anspruch gesellschaftliche und geschichtliche Ereignisse oder Programme mit dem Kommen des Gottesreiches vermischt oder identifiziert werden.

Denn der Glaube der Jünger, der sie zum Salz der Erde und Licht der Welt macht, beruft sie zugleich zur betenden Erwartung Seiner Wiederkunft. Dabei haben sie Sein

Versprechen, daß sie schon jetzt und hier Sein kommendes Reich hoffend und dienend bezeugen können.

## II.

Wir glauben und bekennen Gott, den allmächtigen Vater. Er, der allein aus sich selbst lebt und wirkt, hat uns in Christus zu Seinen Kindern berufen. Er schenkt uns durch Seinen Heiligen Geist die Gewißheit: „Ist Gott für uns, wer mag wider uns sein?“

Darum halten wir es für Irrtum,

- wenn von Gott gelehrt und verkündigt wird, Er gehe in innerweltlichen und menschlichen Beziehungen auf;
- wenn in falscher Solidarität mit dem Atheismus die Abwesenheit Gottes zu Seinem wesentlichen Merkmal erklärt wird;
- wenn in Verneinung des Gegenübers von Gott und Mensch die Anrufung Gottes im Gebet aufgegeben und in menschliche Besinnung und Meditation aufgelöst wird;
- wenn vom „weltlichen Gott“ geredet wird, dessen Stimme in der Tiefe menschlichen Daseins oder in gesellschaftlichen Umbrüchen unmittelbar zu vernehmen sei.

Denn der Gott, der sich uns in der Offenbarung Seines fleischgewordenen Wortes zuwendet, läßt uns glauben und bekennen, daß Er *vor* uns aus sich selbst da ist als der heilige und ewige Herr. Sein Handeln in der Geschichte und in der Natur bleibt uns verborgen, wenn nicht Er selbst, der Offenbarer, uns die Augen dafür öffnet.

## III.

Wir glauben und bekennen, daß uns Gottes Heiliger Geist den Glauben an Jesus Christus schenkt und zu Seiner einen heiligen christlichen Kirche beruft und vereint.

Er ist in allen Gemeinden gegenwärtig, die den Namen Gottes, des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes anrufen und sich in der Nachfolge Christi zum Dienst aneinander und an der Welt berufen wissen.

Darum halten wir es für Irrtum,

- wenn die Heilige Schrift nur als geschichtliches und zeitbedingtes Menschenwort gilt, ohne daß mit ihr bekannt wird: in, mit und unter gerade diesem menschlichen Zeugnis begegnet uns durch Gottes gnädige Herablassung Sein eigenes Wort.

Denn wir stehen nicht als Kritiker *über* der Schrift, sondern als Hörer *unter* dem uns richtenden Wort vom Kreuz, das sie bezeugt;

- wenn man den Weg der Kirche nur noch als Auszug aus allen festen Lagern und als Unterwegssein beschreibt, ohne mit der Heiligen Schrift zu bekennen, daß die Kirche Leib Christi, Haus Gottes und Seine durch die Stimme des Guten Hirten gesammelte Schar ist;

- wenn das der Kirche von ihrem Herrn anvertraute Hirtenamt verfälscht wird in die nur beratende Funktion des theologischen Fachberaters;

- wenn man den Sendungsauftrag Jesu Christi aufgehen läßt im partnerschaftlichen Dialog mit Religionen, Weltanschauungen und Ideologien.

Denn die Nachfolge Jesu umschließt zwar die Solidarität mit allen Menschen, bindet uns aber daran, daß Er allein Weg, Wahrheit und Leben ist. Die Solidarität mit dem Sünder ist nicht die Solidarität mit dem Unglauben;

- wenn das Wahrnehmen von Mitverantwortung und Öffentlichkeitsauftrag des Christen nicht mehr von dem Engagement für bestimmte politische Programme unterschieden wird.

Denn die Liebe Gottes zu Seiner Welt ruft uns nicht zur Einebnung der Gemeinde Jesu Christi in die Welt und ihre Strukturen hinein, sondern zur Annahme Seines aus Sünde und Tod rettenden Evangeliums.

Unsere brüderliche und herzliche Bitte an alle, die auf Sein Wort hören, an alle, die in Not und Unruhe über den Weg der Kirche sind, ist darum diese:



Traut dem, der uns allein in alle Wahrheit leitet! Laßt uns ihn bitten um Bewahrung vor falscher Sicherheit und um Seine Hilfe zu rechten Entscheidungen.

„Du aber, Herr, bleibst ewiglich und Dein Gedächtnis für und für, Du wollest Dich aufmachen und über Zion erbarmen; denn es ist Zeit, daß Du gnädig seist, und die Stunde ist gekommen. Denn deine Knechte wollten gerne, daß sie gebaut würde, und sähen gerne, daß ihre Steine und Kalk zugerichtet würden, daß die Heiden den Namen des Herrn fürchten und alle Könige auf Erden Deine Ehre, daß der Herr Zion baut und erscheint in Seiner Ehre“ (Psalm 102, 13-17).

Die Kirchenleitung West der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg nahm dazu Stellung wie folgt:

WORT DER KIRCHENLEITUNG WEST DER EVANGELISCHEN KIRCHE BERLIN-BRANDENBURG  
ZUR EVANGELISCHEN SAMMLUNG BERLIN

In der Sorge um Lehre und Verkündigung in unserer Kirche hat die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin (West) in ihrer Sitzung am 19. 9. 1967 nach vorausgegangener Anhörung der „Evangelischen Sammlung Berlin“, eines sich um das Thema „Kirche und Gesellschaft“ bildenden Arbeitskreises und nach Kenntnisnahme eines Schreibens von Pfarrern und Gemeindegliedern, das sich mit diesen Vorgängen befaßt, die kirchliche Lage eingehend beraten. Sie nimmt dazu in folgender Weise Stellung:

Die gehorsame und konkrete Bezeugung des Wortes Gottes in der Heiligen Schrift ist die Aufgabe aller Glieder der Kirche. Das gilt insbesondere für alle, die mit der Verkündigung und Lehre beauftragt sind. Wie dieser Auftrag in der Nachfolge Jesu Christi richtig ausgerichtet wird, darum ringt auch heute die Christenheit in der ganzen Welt.

Die Kirchenleitung stimmt denen zu, die darum besorgt sind, daß das Evangelium ohne Veränderung und Verkürzung in Kraft bleibt. Sie ist davon überzeugt, daß die Kirche sich den großen Menschheitsnöten mit dem Wort Heiliger Schrift zu stellen hat. Ansichten über beide Aufträge und über ihre Grenzen müssen unter Christen im Gespräch geprüft werden. Die Kirchenleitung bittet darum alle, die es angeht, gemeinsam an die Arbeit zu gehen und für die notwendigen Gespräche miteinander offen zu bleiben. Sie warnt vor einer Bildung von Fronten, die der Einheit der Kirche bis in die Gemeinden hinein schädlich werden könnte. Niemand möge vorschnell andere des Irrtums zeihen. Der Aufruf zu einem besonderen kirchlichen Bekenntnisakt ist jeweils nur gerechtfertigt angesichts offenkundiger Irrlehre. Jeder Gottesdienst in unserer Kirche soll ein Bekenntnisgottesdienst sein.

Synode und Kirchenleitung werden die geistliche Klärung der aufgebrochenen Fragen mit Nachdruck im Sinne der Beschlüsse der Regionalsynode in Berlin (West) vom Dezember 1966 weiter verfolgen.

Das Ziel kann für alle Glieder der Kirche nur eines sein: Mit Leben und Zeugnis der Kirche ihrem Herrn zu gehören und den Menschen zu dienen.

Als Grundsatzerklärung und als ein theologisches Wort zur rechten Lehre gegen die Irrlehre der heutigen Zeitgeist-Theologie gab die Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ am Buß- und Bettag 1967 (22. November) auf einer Großkundgebung in Düsseldorf die „Düsseldorfer Erklärung“ bekannt. Sie lautet:

„Der Herr ist mein Licht und mein Heil; vor wem sollte ich mich fürchten? Der Herr ist meines Lebens Kraft; vor wem sollte mir grauen?“ (Psalm 27, 1).

Im Jahre des 450. Reformationsgedächtnisses wissen wir uns verpflichtet, den Gemeinden ein theologisches Wort zu sagen und ihnen inmitten kirchlicher Verwirrung eine klare Wegweisung zu bieten. Wir sehen seit langem zunehmend die Grundlage der evangelischen Lehre und Verkündigung durch theologische Meinungen bedroht, welche Schrift und Bekenntnis zuwiderlaufen. Daher dürfen wir nicht schweigen.

Die folgende Erklärung beschränkt sich auf die Mitte des Christusbekenntnisses. Hier fällt die Entscheidung des Glaubens. Mit ihr steht und fällt die Existenz der Kirche.

### *Der Herr ist mein Licht*

1. *„Niemand kann Jesus den Herrn heißen ohne durch den Heiligen Geist!“* (1 Kor 12, 3).

*„Der natürliche Mensch aber vernimmt nichts vom Geist Gottes, es ist ihm eine Torheit, und er kann es nicht erkennen, denn es muß geistlich verstanden sein!“* (1 Kor 2, 14).

Wir bekennen das Evangelium, daß Gott, der Heilige Geist, es uns schenkt, dem Zeugnis der Heiligen Schrift zu glauben und in Jesus den Sohn Gottes zu erkennen.

Es muß daher die falsche Lehre verworfen werden, eine wissenschaftliche Forschung könne die Heilige Schrift ohne diese Gnade des Heiligen Geistes als Gottes Wort und als Urkunde seiner geschehenen Offenbarung sachgemäß verstehen und anerkennen.

2. *Jesus Christus spricht: „Wer mich sieht, der sieht den Vater“* (aus Joh 14, 9).

*Jesus Christus spricht: „Niemand kennt den Vater denn nur der Sohn und wem es der Sohn will offenbaren“* (aus Mt 11, 27).

Wir bekennen das Evangelium, daß der ewige Sohn Gottes in dem geschichtlichen Jesus von Nazareth Mensch wurde und zugleich Gott blieb.

Wir bekennen das Evangelium, daß der Sohn Gottes uns seinen Vater als unseren Schöpfer und als unseren Vater offenbart.

Es muß daher die falsche Lehre verworfen werden, Jesus sei nur bloßer Mensch, und wir könnten auch ohne den Glauben an den Sohn Gottes wissen, wer Gott ist, und mit Gott Gemeinschaft haben.

### *Der Herr ist mein Heil*

3. *„Die Strafe liegt auf ihm, auf daß wir Frieden hätten!“* (aus Jes 53, 5).

*Jesus Christus spricht: „Des Menschen Sohn ist nicht gekommen, daß er sich dienen lasse, sondern daß er diene und gebe sein Leben zu einer Erlösung für viele!“* (Mk 10, 45).

Wir bekennen das Evangelium, daß Jesus Christus stellvertretend für uns und für die ganze Welt am Kreuz die Strafe für alle unsere Sünde gelitten und damit alle unsere Schuld gesühnt hat.

Es muß daher die falsche Lehre verworfen werden, Jesus habe sich nicht bewußt für uns geopfert oder es sei der wirkliche Opfertod Jesu Christi zur Versöhnung der Welt nicht notwendig gewesen und es dürfe die Verkündigung vom Sühnetod als eine zeitgebundene Einkleidung der Heilsbotschaft verstanden werden.

4. *„Nun aber ist Christus auferstanden von den Toten!“* (1 Kor 15, 20).

*„Der Herr ist wahrhaftig auferstanden!“* (aus Lk 24, 34).

Wir bekennen das Evangelium, daß Gott den am Kreuz gestorbenen Jesus von den Toten leiblich auferweckt und zum Herrn erhöht hat.

Es muß daher die falsche Lehre verworfen werden, Jesu Leib sei verwest, er sei nur geistig auferstanden und lebe nur unpersönlich in seinem Wort weiter.

Es muß auch die falsche Lehre verworfen werden, die Osterzeugen des Neuen Testaments hätten ihre Botschaft in mythisch gefärbte Legenden gekleidet oder nicht die Absicht gehabt, die Erscheinungen des Auferstandenen als Grund und Voraussetzung des Glaubens so zu berichten, wie sie wirklich geschehen sind.

Es muß die falsche Lehre verworfen werden, es könne kein Gebet zu Jesus Christus geben.

Es muß die falsche Lehre verworfen werden, es könne eine Nachfolge des Gekreuzigten ohne Bindung an die Person des Auferstandenen geben.

5. *„Ihr habt euch bekehrt zu Gott von den Götzen, zu dienen dem lebendigen und wahren Gott und zu warten auf seinen Sohn vom Himmel, welchen er auferweckt hat von den Toten, Jesus, der uns von dem zukünftigen Zorn errettet“ (aus 1 Thess 1, 9 und 10).*

*„Wir warten aber eines neuen Himmels und einer neuen Erde nach seiner Verheißung, in welchen Gerechtigkeit wohnt“ (2 Petr 3, 13).*

Wir bekennen, daß der auferstandene Jesus Christus sich selbst vor den Gläubigen und Ungläubigen als universaler Herr und Richter enthüllen und die Welt in einer neuen Schöpfung zur Vollendung führen wird.

Es muß daher die falsche Lehre verworfen werden, die Erwartung der Wiederkunft Jesu Christi sei sinnlos und allein die diesseitige Welt besitze Realität.

### *Der Herr ist meines Lebens Kraft*

6. *Jesus Christus spricht: „Lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe!“ (aus Mt 28, 20).*

*„Ich vermag alles durch den, der mich mächtig macht, Christus!“ (Phil 4, 13).*

Wir bekennen das Evangelium, daß Jesus Christus den Seinen durch die Vergebung der Sünden und durch die Erneuerung im Geist immer wieder den Mut zur Nachfolge schenkt und die Kraft gibt, seinen Geboten zu gehorchen.

Es muß daher die falsche Lehre verworfen werden, wir hätten ein Recht, die Gebote Gottes je nach dem Geschmack der Zeit oder einer angeblich wissenschaftlichen Neu-erkenntnis abzuändern und so die Richtlinien für unser Handeln selbst zu erfinden.

### *Vor wem sollte mir grauen?*

7. *Jesus Christus spricht: „Ich sende euch!“ (aus Lk 10, 3).*

*„Die Gemeinde des lebendigen Gottes ist ein Pfeiler und eine Grundfeste der Wahrheit“ (aus 1 Tim 3, 15).*

Wir bekennen, daß Jesus Christus seiner Kirche den Auftrag gegeben hat, die großen Taten Gottes ohne Menschenfurcht zu verkündigen. Durch solches Zeugnis werden verlorene Menschen für Zeit und Ewigkeit gerettet.

Wir halten es für ein Mißverständnis des kirchlichen Auftrages, wenn die Gemeinde zum Experimentierfeld für einander widersprechende theologische Meinungen gemacht und wenn in solcher Vielstimmigkeit ihre Freiheit und ihr Reichtum gesehen wird.

Die kirchliche Verkündigung wird unglaublich, wenn Kirchenleitungen Menschen in das Predigtamt berufen, die sich das Evangelium im Sinne der geltenden Bekenntnisse nicht zu eigen machen und das Glaubensbekenntnis mit der Gemeinde nur unter Vorbehalten sprechen können.

*„Lasset uns halten an dem Bekenntnis der Hoffnung und nicht wanken; denn er ist treu, der sie verheißen hat!“ (Hebr 10, 23).*

Die „Düsseldorfer Erklärung“ löste eine Reihe kritischer Stellungnahmen aus. Der rheinische Präses, Professor D. Dr. Beckmann, erklärte, es gehe bei den „Verwerfungen“ nicht in jedem Falle um „falsche Lehren“, die „verworfen“ werden müßten. Er bezweifelte, daß die Verwerfungen geeignet seien, dem evangelischen Laien bei seiner Meinungsbildung über Lehre und Predigt eine Hilfe zu geben, besonders wegen der Art und Weise ihrer Formulierung. „Für den Laien, dem die theologischen Auseinandersetzungen nicht unmittelbar bekannt sind, muß der Eindruck entstehen, als ob die hier verworfenen Irrlehren den Inhalt der sogenannten modernen Theologie abgeben und diese Irrlehren in der heutigen evangelischen Theologie allgemein verbreitet seien.“ Der Bischof der Evangelischen Kirche in Baden, Professor Dr. Heidland, erklärte, die Bekenntnisbewegung wolle die biblische Botschaft in festgeprägten dogmatischen Formen konservieren und betreibe damit eine Veraltung des Evangeliums. Die Botschaft müsse für jede Zeit neu übersetzt werden, damit jeder merke, daß es um seine Sache gehe, und aus dem neuen Verständnis des Evangeliums müßten auch neue Lebensformen entwickelt werden. Der Bischof von Kurhessen-Waldeck, D. Vellmer, meinte, daß die „Düsseldorfer Erklärung“ keine Antwort auf die heute wirklich gestellten Fragen gebe. Das Evangelium müsse auch heute so ausgerichtet werden, daß der moderne Mensch es verstehe. Mißverständliche und unbedachte Äußerungen hätten bei der Bekenntnisbewegung die Besorgnis erweckt, daß die Botschaft des Evangeliums verkürzt oder gar verfälscht werde. Aber es bestehe auch die Gefahr, daß das Evangelium in eine Ideologie verfälscht werde; darum müsse die Kirche aus dem Getto heraus und die Provokation wagen.

Besonders schwerwiegend war die Absage der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ an den für Juni 1967 einberufenen Deutschen Evangelischen Kirchentag. Schon im Jahresbericht 1966 (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1966, S. 145 ff.) mußte von den schwierigen und bis zum Ende der damaligen Berichtszeit ergebnislos verlaufenen Gesprächen berichtet werden, die unter Leitung des Bischofs der gastgebenden Kirche, Landesbischof D. Dr. Lilje, zwischen dem Kirchentagspräsidium und Vertretern der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ stattfanden. In den ersten Tagen des Jahres 1967 wurde das Gespräch durch einen Briefwechsel zwischen der Bekenntnisbewegung und dem Kirchentagspräsidenten Dr. R. von Weizsäcker wieder aufgenommen. Der Vorstand der Bekenntnisbewegung schrieb am 5. Januar 1967 an den Kirchentagspräsidenten:

Wir danken dem Präsidium des DEKT, daß es uns ... Einblick in das Frühstadium der Programmgestaltung gegeben hat!

Wir finden in der Thematik und im Aufbau der Gesamtgestaltung eine erfreuliche Annäherung an unsere Vorstellungen von der Aufgabe eines Kirchentages.

Wir sind aber betrübt, daß auch solche Männer als Referenten vorgesehen sind, deren theologische Aussagen in Widerspruch zu Schrift und Bekenntnis stehen. Wir sind mit vielen in unserem Gewissen belastet, wenn Männer dieser theologischen Position auf dem Kirchentag referieren.

Wenn das Präsidium des DEKT nicht bereit ist, die fraglichen Theologen (hier folgen einige Namen), deren Konzeption uns bekannt ist, durch bibel- und bekenntnisgebundene Referenten zu ersetzen, können wir beim Kirchentag 1967 weder mit-



arbeiten noch für ihn werben. Wir bitten daher das Präsidium um eine entsprechende Abänderung der Referentenliste.

Der Kirchentagspräsident antwortete der Bekenntnisbewegung am 27. Januar 1967:

Ihren Brief vom 5. Januar habe ich erhalten und danke Ihnen dafür namens des Kirchentagspräsidiums.

Was zur Vorbereitung des Kirchentages in Hannover zu sagen ist, haben wir im wesentlichen mündlich schon ausgetauscht. Referenten und Teilnehmer der Podiumsdiskussionen werden jetzt eingeladen. Von dem Ergebnis der Zusagen werden wir Ihnen gern Mitteilung machen, sobald wir einen Überblick haben. Die Einladung zur Teilnahme an jedermann bleibt bestehen. Wir würden uns freuen, wenn die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ sich ein eigenes Bild von der Arbeit auf dem Kirchentag machen würden, nachdem Sie alle gemäß Ihren Mitteilungen am Kölner Kirchentag nicht teilgenommen haben, sich aber durch ihn beschwert fühlten.

Was im Nachklang zu unseren Gesprächen und Briefen zu sagen bleibt, betrifft unser Zusammensein in der Kirche im ganzen nicht weniger als nur speziell am Kirchentag. Wir begrüßen es, daß das theologische Gespräch in der evangelischen Kirche lebhaft im Gange ist. Es kann nicht erst Sache der säkularen Publizistik sein, unsere Gemeinden über theologische Arbeitsmethoden und Sachaussagen zu informieren. Als Glieder der Gemeinde führen wir vielmehr das Gespräch selbst, unter uns und mit anderen. Wir tun das auch dort, wo die Theologie vielstimmig ist, so wie sie es vom Zeugnis in der Bibel selbst an war. Die Gemeinde „spricht“ nicht, wie es von Lehrkanzeln und Kathedern aus geschieht, sondern sie ist beisammen, um das Evangelium zu vollziehen, in aller Offenheit und mit dem Bemühen ihrer Glieder, sich untereinander zu verstehen. Dort, wo es auf Anhieb nicht gelingt, muß über die Kontroversen im Textverständnis und in den Sachaussagen miteinander gearbeitet werden. Nicht diese Bemühungen, sondern erst die Preisgabe der Offenheit und gemeinsamen Arbeit würde das Zeugnis der Kirche vom Evangelium Jesu Christi mißverständlich und unglaubwürdig machen.

Der Kirchentag hat nicht die Aufgabe einer Kirchenleitung oder Synode. Er tritt nach dem Bild der Gemeinde zusammen. Zur Verantwortung seiner Leitung gehört es, daß keine Lehrmeinungen einseitig und ohne die Bereitschaft zur Arbeit mit Andersdenkenden vertreten werden. Auch darf keine der wesentlichen Positionen ausgeschlossen bleiben, die das theologische Gespräch in der evangelischen Kirche heute kennzeichnen. Es liegt uns daran, daß die Beschwerden, die untereinander bestehen, zur Sprache kommen, und zwar durch Sprecher, die zur klaren Vertretung ihrer Auffassung ebenso bereit und befähigt sind wie zum Hören auf die anderen. Würden wir es anders handhaben, so würden wir den Frieden, der unser Thema in Hannover ist, verhöhnen, anstatt ihm zu dienen.

Die Fragen und Beschwerden vieler Gemeindeglieder gegenüber manchen Aussagen der wissenschaftlichen Theologie beschäftigen uns lebhaft und werden ein wichtiger Bestandteil der Kirchentagsarbeit in Hannover sein. Wir sind Ihnen dankbar, daß Sie auf diese Beschwerden so nachdrücklich hinweisen. Aber wir bedauern es, daß Sie Ihre Position nicht selbst vertreten wollen. Es ist nicht gut, fernzubleiben, aber andere Glieder der Kirche hinsichtlich ihres Glaubens zu verdächtigen. Es ist wichtig, daß Sie in den Gemeinden ebenso wie auf dem Kirchentag mit Ihren Überzeugungen und Erfahrungen dabei sind. Dasselbe gilt für die theologischen Lehrer mit den Ergebnissen ihrer Forschungsarbeit. Aber wir können uns in der Kirche durch keine Person oder Gruppe zwingen lassen, ihre Mitwirkung dadurch zu ermöglichen, daß wir ihrer Forderung gemäß bestimmte andere Personen oder Gruppen ausschließen.

Für die Menschen, die den Kirchentag zustande gebracht und ihn in allen Jahren seit seiner Gründung getragen haben, entspricht die offene Begegnung untereinander ihrem lebendigen Glauben, den sie zum großen Teil dem Pietismus verdanken. Die Stärkung ihres Glaubens, um die es geht, haben sie stets nur in einem gemeinsamen Bekenntnis gesucht, das auf der Zusammenarbeit unter verschiedenen Erfahrungen und Richtungen beruht. Dies bitten wir Sie bei allem, was Sie in der Kirche tun, zu bedenken, und zwar gerade im Hinblick auf die Menschen, die Ihnen und uns gemeinsam am Herzen liegen.

Unsere beiden Gespräche blieben praktisch auf Verfahrensfragen, nämlich die Auswahlkriterien für Referenten und Diskussionsteilnehmer auf dem nächsten Kirchentag, beschränkt. Das ist nur ein sehr kleiner Teil der Aufgaben, die uns gemeinsam angehen. Sollten wir wieder Gelegenheit haben zusammenzutreffen, so sollten auch wir miteinander über Textverständnis und Sachaussagen arbeiten. Solche Grundlagen brauchen wir alle immer wieder für den Umgang miteinander in unserer Kirche.

Der geschäftsführende Vorsitzende der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“, Pfarrer Bäumer, antwortete dem Kirchentagspräsidenten unter dem 14. Februar 1967:

Für Ihre offene Antwort auf unseren Brief habe ich Ihnen sehr zu danken! Zwar sind wir über die Ablehnung unserer Bitte bekümmert. Aber wir begrüßen die Klarheit Ihrer Ausführungen, weil dadurch die Situation überschaubarer wird.

Sie und wir können uns der schmerzlichen Erkenntnis nicht verschließen, daß sich unsere Gesamtvorstellung vom Kirchentag in wesentlichen Punkten unterscheidet. Sie möchten einer theologischen Vielstimmigkeit Raum geben und begründen diese Absicht mit dem vielstimmigen Zeugnis der Bibel. – Wir dagegen sind überzeugt, daß die verschiedenen Verfasser der biblischen Bücher den gleichen *cantus firmus* haben: Gott ist geoffenbart im Fleisch und versöhnte die Welt mit sich selbst; in seiner geschehenen Auferstehung läßt er uns die Wirklichkeit unseres ewigen Lebens erkennen.

Theologien als Reflexionen über das Wort Gottes können verschieden gefärbt sein. Aber das Zeugnis selbst ist unveränderlich. Daher müssen wir bei unserm Nein bleiben, wenn Sie die fraglichen Referenten berufen, deren Aussagen zentralen biblischen Offenbarungsinhalten widersprechen. – Selbstverständlich sollten durch unsere unterschiedliche Stellung weitere Gespräche nicht gehindert werden. Nur erscheint es uns sinnlos, als Ziel dieser Gespräche anzusehen, unsere Zustimmung zur Berufung von gegen Schrift und Bekenntnis stehenden Referenten zu erreichen, zumal alle Vorsitzenden und Delegierten der Landesgruppen der Bekenntnisbewegung am 30. Januar auf ihrem Konvent in Frankfurt ihre Zustimmung zu unserer Eingabe bekräftigten und ebenso einstimmig aussprachen, daß sie bei einer abschlägigen Antwort ... beim Kirchentag weder mitarbeiten noch für ihn werben könnten.

Mit diesem Brief war das endgültige Nein der Bekenntnisbewegung zum Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hannover ausgesprochen und die wiederholt an sie ergangene Einladung zur Teilnahme abgelehnt. In einem Mitte Februar 1967 veröffentlichten Schreiben an alle evangelischen Pfarrer, Kirchenältesten, Presbyter und kirchlichen Mitarbeiter begründete die Bekenntnisbewegung ihre Absage und forderte damit implizit und indirekt dazu auf, dem Kirchentag fernzubleiben. Auch eine erneute Einladung zur Teilnahme am Kirchentag, die trotz der Ablehnung nochmals erging, wurde mit einem entschiedenen Nein abgelehnt.

Demgegenüber ermunterte und ermutigte nicht nur der Bischof der gastgeben-

den Kirche zur Teilnahme und Mitarbeit am Kirchentag; ein Gleiches taten u. a. der Präses der rheinischen Kirche, Professor D. Dr. Beckmann, der Anfang April in einem Brief an die Pfarrer, Presbyter und Mitarbeiter in der Evangelischen Kirche im Rheinland nachdrücklich zur Teilnahme am Kirchentag aufforderte. Er schrieb u. a.:

Ein Nein zum Kirchentag ist unverantwortlich. Das ist meine feste Überzeugung. Wir haben gerade in diesem Jahr mehr als einen gewichtigen Grund, als evangelische Christenheit auf einem deutschen evangelischen Kirchentag unter dem Thema des Friedens zusammenzukommen.

Auch die Bischöfe D. Scharf, Professor D. Meyer, Dr. Heintze, D. Jacobi, Kirchenpräsident Professor D. Schaller u. a. m. riefen Pfarrer und Gemeinden zur Teilnahme am Kirchentag auf.

So sicher der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ dafür zu danken ist, daß sie das verantwortliche Nachdenken über Grund-, Grundsatz- und Existenzfragen der Kirche und eine lebendige Bewegung kritischen Fragens in den Gemeinden geweckt und mit ihren Anfragen an die die Bibel historisch kritisch erforschende, kerygmatisch verstehende und existenzial interpretierende Theologie die Spannweite und Lebendigkeit der Verkündigung und des Lebens der Kirche sichtbar gemacht hat – so sicher ist ihre Stellungnahme in Sachen Kirchentag als Fehlentscheidung zu beurteilen. Sie erkennt, daß die Fülle unbewältigter theologischer Fragen nicht durch auf unzulässiger Verabsolutierung des eigenen Standpunktes beruhende apodiktische Urteile, Verurteilungen und Personalkondemnationen gelöst werden, sondern sowohl ihre Klärung als auch die des eigenen theologischen Standortes nur im Dialog, im Für und Wider des Meinungsaustausches, im Sich-Stellen in Rede und Gegenrede, im Miteinander-Ringen um die Wahrheit erfolgen kann. Die Verweigerung des Gesprächs versperrt wie eine zugeschlagene Tür jegliche Möglichkeit, sich gemeinsam und mit gesammelter Kraft den brennenden Fragen zu stellen, die Kirche und Theologie heute mit solcher Dringlichkeit auferlegt sind, daß niemand sich der gemeinsamen Arbeit an ihnen mit gutem Gewissen entziehen kann.

Im Hinblick auf den Kirchentag ist die Fehlentscheidung der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ um so bedauerlicher, als der Vortrag von Professor D. Käsemann, der auf der Liste der unerwünschten Referenten stand, der theologische Höhepunkt des Kirchentages war, was selbst von solchen anerkannt wurde, die seiner Theologie kritisch gegenüberstehen.

Es ist sehr zu hoffen und zu wünschen, daß die Bekenntnisbewegung ihre gesprächsverweigernde Haltung aufgibt und ihre Entscheidung von 1967 einen nicht wiederholten Einzelfall sein läßt. Nur durch die hör-, verständnis- und antwortbereite Öffnung für das streng und hart sachgebundene Gespräch mit denen, die auf gemeinsame Fragen andere Antworten geben zu müssen zutiefst überzeugt sind, kann sie der Kirche zu dem helfen, was auch der Bekenntnisbewegung eigentliches Anliegen ist: zu der vollmächtigen und wirksamen Ausrichtung des rettenden, befreienden, heilschaffenden Evangeliums.

## 5. KIRCHENREFORM UND KIRCHLICHE STRUKTURPLANUNG<sup>3</sup>

Weil die Kirche zur Ausrichtung ihres Auftrags Strukturen und Ordnungen braucht, die es ermöglichen und erleichtern, den modernen menschlichen Situationen zu begegnen, sie geistlich zu deuten und die Menschen zur Nachfolge Jesu in allen Bereichen ihres Lebens zu führen, weil es zum anderen Beispiele dafür gibt, daß unzureichende Ordnungen der Weitergabe und Wirksamkeit der biblischen Botschaft entgegenstehen, die allein die Erneuerung der Kirche herbeiführen kann, nahm die Arbeit an den Fragen der Strukturplanung und der Kirchenreform im Berichtsjahr ihren Fortgang. Der Ausschuß für Struktur- und Planungsfragen veröffentlicht umfangliche Vorschläge und Empfehlungen, die vom Rat der EKD entgegengenommen und den Gliedkirchen als Anregung für vorwärtsweisende Erwägungen und Maßnahmen im eigenen Raum übersandt wurden.

Der Regionaltagung West der Generalsynode der VELKD, die im Mai 1967 in Goslar zusammentrat, lagen Thesen zur Kirchenreform vor; sie wurden einem Ausschuß zur weiteren Bearbeitung übergeben mit dem Auftrag, das Arbeitsergebnis auf der nächsten Synodaltagung vorzulegen.

### 36 THESEN ZUR KIRCHENREFORM

Damit die Kirche auch heute ihren Auftrag sachgemäß ausrichten kann, ist eine Kirchenreform, d. h. eine Änderung der Struktur der Kirche, unumgänglich. Die Gestalt der Kirche wird nicht nur von außen her kritisiert. Auch innerhalb der Kirche wird der Ruf nach Kirchenreform immer dringlicher. Die Generalsynode hat auf ihrer Tagung in Spandau im Jahre 1958 mit den Thesen „Die missionierende Kirche“ einen ersten Beitrag geleistet. Wer sich mit den Fragen der Kirchenreform befaßt, muß auch die Strukturstudie des Weltrates der Kirchen, die Überlegungen des Planungs- und Strukturausschusses der EKD, des Göttinger Arbeitskreises und der Arbeitsgruppe „Kirchenreform“ des Deutschen Evangelischen Kirchentages beachten.

Die Kirche darf sich der berechtigten Kritik und dem Ruf nach Kirchenreform nicht mit der Begründung entziehen, die wahre Kirche sei unsichtbar. Sichtbare und unsichtbare Kirche können nicht voneinander geschieden werden. Solange die Kirche auf die Ankunft ihres Herrn wartet, wird sie ihm in immer neuen Existenzformen entgegengehen müssen. Wenn sie sich mit bestehenden Formen zufriedengibt und an ihnen schwerfällig festhält, hemmt sie die dynamische Kraft des Evangeliums. Wo sie sich in ihrer Umwelt einrichtet, gibt sie die lebendige Hoffnung des wandernden Gottesvolkes preis.

Die gegenwärtige Struktur der Kirche ist das Ergebnis ihrer Geschichte, in der sich sowohl Gottes Führung als auch fehlsame menschliche Entscheidungen niedergeschlagen haben. Als Kirche der Sünder hat die Kirche auch ihre Gestalt dem richtenden Urteil Gottes preiszugeben. Sie kann in keinem Augenblick die Vollkommenheit der Vollendung für sich in Anspruch nehmen.

Die praktischen Vorschläge zur Kirchenreform fallen je nach dem Verständnis dessen, was Wesen und Auftrag der Kirche ist, verschieden aus. Wo der Zusammenhang zwischen Rechtsgestalt und geistlichem Charakter der Kirche verkannt wird, fordert man die Übernahme der säkularen Organisationsformen. Andere fordern die Preis-

---

3. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1966, S. 152 ff.



gabe kirchlicher Institutionen überhaupt mit der Begründung, Gott habe sich in der Menschwerdung Christi in die Welt hineingeopfert.

Weil alle kirchlichen Strukturfragen theologische Relevanz haben, können sich die folgenden Thesen zur Kirchenreform nicht auf pragmatische Aussagen beschränken.

## *1. Grundlagen der Kirchenreform*

### *1. Kirchenreform hat sich allein am Auftrag Jesu Christi zu orientieren.*

Die Kirche hat der ganzen Welt zu verkündigen, was Gott in Christus zum Heil der Menschen vollbracht hat. Von diesem Auftrag lebt sie und in ihm allein hat sie ihre Existenzberechtigung. Christus gibt der Kirche damit Anteil an seinem Werk. Alle Strukturen der Kirche haben dem Auftrag der Verkündigung zu dienen. Auch der karitative, soziale und politische Dienst der Kirche hat in der zentralen Aufgabe der Kirche zu wurzeln. Die für solche Dienste notwendigen multiformen Strukturen werden zu häretischen Strukturen, wenn sie, ohne sich am Verkündigungsauftrag auszurichten, ein Eigenleben führen.

### *2. Alle Kirchenreform beginnt beim Gehorsam gegen Gottes Wort.*

Aus den biblischen Urkunden kann man keine Rezepte für kirchliche Strukturen herauslesen. Mit Recht warnt die Strukturstudie des Ökumenischen Rates vor morphologischem Fundamentalismus. Ebenso wenig kann einem morphologischen Progressismus das Wort geredet werden, der die Gestalt der Kirche jeweils den Strukturen der Gesellschaft völlig anpassen möchte. Eine Kirchenreform, die nicht aus dem Umgang mit der Bibel lebt und nicht die Leitung des Heiligen Geistes erbittet, ist ohne Verheißung. Das Hören auf die Heilige Schrift hat zur Wiederentdeckung der missionarischen Sendung der Kirche geführt. Darum ist die missionarische Ausrichtung der kirchlichen Strukturen die entscheidende Aufgabe.

### *3. Kirchenreform erwächst aus der Versammlung um das Wort Gottes und wirkt sich dort zuerst aus.*

Die Geringschätzung der Versammlung um Wort und Sakrament unter der Begründung, die Präsenz des Christen in der Welt sei der eigentliche Gottesdienst, ist ebenso verfehlt wie die Selbsterbauung von Kerngemeinden, deren Gottesdienst an der Kirchentür beginnt und endet. Reformbestrebungen, die den Dialog Gottes mit den einzelnen Menschen durch ethische und soziale Forderungen ersetzen wollen, helfen ebenso wenig weiter wie Gottesdienste ohne Beziehung zum Alltag und zur Gesellschaft. Neue Formen der Andacht und der geistlichen Rede sind zu entwickeln, zu denen der dem Gottesdienst und der biblischen Sprache entfremdete Mensch Zugang findet. Im Stil und Wortschatz des Predigers, auch in der Gebetssprache, muß die geistige Auseinandersetzung mit der heutigen Welt spürbar sein. Die Kirche soll dem Menschen helfen, gerade auch in der Bewältigung der ihm aufgegebenen Sach- und Sozialprobleme Gott zu dienen. Allerdings ist Gottesdienst, der nicht zugleich vom Alltag befreit, kein evangelischer Gottesdienst.

### *4. Kirchenreform kann den Weg zur Erneuerung der Kirche wohl bereiten, aber sie ist nicht diese Erneuerung selbst.*

Verkündigung und neue Strukturen der Kirche sollen das Verantwortungsbewußtsein und die Dienstbereitschaft der Christen so stärken, daß sie als mündige Christen in der Diasporasituation der Weltchristenheit sendungsbereit und sendungsfähig werden. Da nur Jesus Christus selbst erneuern kann, muß die Kirchenreform um ihre Grenzen wissen und mehr auf die Kraft ihres Herrn als auf die eigene Geschicklichkeit trauen.

### *5. Die Besinnung über die Kirchenreform muß sich vor falschen Alternativen hüten.*

Alternativen können zwar die Probleme scharf herausstellen, dürfen aber nicht als einander ausschließende Gegensätze hochgespielt werden. Solche falschen Alternativen sind etwa: Volkskirche – Freiwilligkeitskirche, manifeste – latente Kirche, institu-

tionelle – missionarische Kirche, Komm- und Geh-Struktur, Tradition – Experiment, Apparatur – persönliche Begegnung. Freilich sind in jeder Situation bestimmte Akzente notwendig.

## II. Die Institution im Gespräch

6. *Weil die Kirche nicht nur geistliche Wirklichkeit ist, sondern in der Wirklichkeit dieser Welt Gestalt gewinnen muß, steht sie in unauf löslicher Spannung zwischen unverfügbarem Ereignis und geordneter Institution.*

Kirche ist mehr als bloße Organisation, weil sie aus dem Wort Gottes lebt und weil Kirchengemeinschaft durch Taufe begründet und durch Abendmahlsgemeinschaft vollzogen wird. Sie ist eine unvergleichbare und eigenständige Größe. Die Kirche Jesu Christi deckt sich nicht mit ihrer jeweiligen Rechtsgestalt, aber sie bedarf dennoch einer Rechtsform. Rechtliche Ordnung hat der Erfüllung des Auftrages zu dienen und der Willkür zu wehren. Kirche hat daher der Spiritualisierung ebenso zu widerstehen wie der institutionellen Erstarrung.

7. *Taufe und Abendmahl sind ein Hinweis darauf, daß es Grenzen zwischen Kirche und Nichtkirche gibt.*

Gott ist nicht an die Grenzen der sichtbaren Kirche gebunden. Darum darf die Kirche ihre Grenzen nicht verabsolutieren. Sie muß für das verborgene Handeln Gottes offen sein. Aber ohne Taufe entsteht nicht Kirche; ohne Abendmahl entbehrt die Sendung der Christen ihrer geistlichen Mitte. Die damit gesetzten Grenzen der Kirche müssen beachtet werden.

8. *Viele kirchliche Aufgaben sind nur zu erfüllen, wenn institutionelle Ordnungen und Einrichtungen entwickelt werden.*

Die missionarischen und diakonischen Aufgaben sind heute so vielfältig, daß sie nicht ohne besondere Organisation, ohne koordinierende Planung und ohne ökonomischen Einsatz der Kräfte lösbar sind. Das gilt auch für das Finanzwesen, z. B. für den Lastenausgleich zwischen finanzschwachen und finanzstarken Gemeinden und Kirchen. Die verfügbaren Menschen und Hilfsmittel müssen in einem sinnvollen Verhältnis zwischen dem unmittelbaren Verkündigungsdienst und der weltweiten Diakonie eingesetzt werden.

9. *Die Institution Kirche muß mit anderen Institutionen zusammenarbeiten, die aus dem Mandat Gottes heraus die Welt erhalten.*

Zum Dienst der christlichen Liebe gehört nicht nur die Fürsorge für den einzelnen und für Gruppen, sondern auch die Schaffung von Strukturen, die Verantwortlichkeit fördern, zur Entschärfung sozialer Spannungen beitragen und den Frieden und den Aufbau einer verantwortlichen Gesellschaft sichern. Ohne Zusammenarbeit der Kirche mit säkularen Institutionen wird dieser Dienst nicht wirksam. Wenn säkulare Institutionen dem Mandat Gottes genügen sollen, müssen sie entsprechend den Wandlungen der Welt immer wieder verändert werden. Die Kirche wird daher nicht einem falschen Konservatismus huldigen dürfen. Wenn die Gesellschaft Problemen ausweicht, die um des Menschen willen gelöst werden müssen, hat die Kirche die Freiheit und die Pflicht, sie aufzugreifen und dadurch die Öffentlichkeit auf notwendige Aufgaben hinzuweisen.

10. *Der Dienst der Christen in den Institutionen geschieht im Wissen um deren Relativität und unter dem Zeichen der Hoffnung.*

Das Reich Gottes kann nicht durch gesellschaftliche Aktivität und die Bemühung um eine ideale Gemeinschaft auf Erden gebaut werden. Der technische Fortschritt und das Wachsen einer Weltgesellschaft schließen das Risiko der Vergeblichkeit und die Möglichkeit weltweiter Katastrophen nicht aus. Dennoch will Christus Menschen in dieser Welt zu Täuflern der Barmherzigkeit, zu Friedensstiftern und zu Boten der Hoffnung machen.

*11. An der Vorläufigkeit aller Institutionen hat auch die Institution Kirche teil.*

Die Kirche darf nie vergessen, daß sie unterwegs ist. Sie darf ihre Einrichtungen nicht der Eigengesetzlichkeit überlassen, sondern muß ihre Ordnungen für neue Entwicklungen und Herausforderungen offenhalten. Sie darf sich nicht falscher Sicherheit hingeben. Missionarische Offenheit der Gemeinde bedarf der Experimente auch auf Gebieten, die für die Kirche zentral sind.

*III. Das Problem der Volkskirche*

*12. Die Entscheidungsschwäche des Christen wird durch die volkskirchliche Situation gefördert.*

Wenn sich im Bewußtsein des Volkes bürgerliche Anständigkeit, allgemeines Ansehen und automatische Bezahlung der Kirchensteuern weitgehend mit Christlichkeit decken, wird die Vorstellung gefördert, daß es keiner persönlichen Entscheidung bedarf, um Christ zu sein. Die Kirche ist aber nicht Stätte unverbindlicher Lebensweisen, sondern verbindlicher Nachfolge Christi. Sie ist nicht das öffentliche Religionswesen eines Staates, sondern die von Gott berufene und beauftragte Missions- und Dienst-schar. Sie ist nicht Kirche einer Nation, sondern das in der ganzen Welt verstreute Gottesvolk. Nicht durch unkritische Anpassung, sondern im Gegenüber übt die Kirche Einfluß aus. Sie braucht den Mut, unpopulär zu sein, Kritik an bestimmten politischen oder gesellschaftlichen Entwicklungen zu üben. Diese Kritik ist nur glaubwürdig, wenn sie auch an jenen eigenen Strukturen und Arbeitsformen geübt wird, die sich überlebt haben. Der unbedenkliche Vollzug jeder geforderten Amtshandlung, etwa die wahllose Kindertaufe, fördert die Neigung zur Unverbindlichkeit. Volkskirche und Kirchen-zucht stehen zwar in Spannung zueinander, schließen sich aber keineswegs aus.

*13. Die Kirche lebt in einer Illusion, wenn sie meint, durch Preisgabe der Volkskirche ihre Probleme lösen zu können.*

Die Kirche kann als Volkskirche, Staatskirche oder Freiwilligkeitskirche den ihr aufgetragenen Dienst tun. Jede Organisationsform hat Vorteile und Nachteile. Die Kirche kann auf die überkommene volkskirchliche Lebensform verzichten, wenn sie dazu von außen gezwungen wird. Sie soll sie aber nicht von sich aus vorschnell aufgeben. Es wäre unverantwortlich, ein Vakuum zu schaffen, ohne zu wissen, wie es zu füllen ist, und ohne sorgsame Vorbereitung einer neuen Existenzform. So muß die Kirche heute den Geist des Opfers neu wecken und stärken. Gott kann allerdings den Verzicht auf die Volkskirche herbeizwingen und die Kirche äußerlich schrumpfen lassen, um sie von innen her zu erneuern.

*14. Das volkskirchliche Erbe ist nicht nur Ballast, sondern auch Möglichkeit und Verpflichtung.*

Selbst gewohnheitsmäßige Taufe und Trauung, gelegentlicher Gottesdienstbesuch, Inanspruchnahme der Massenmedien und vieles andere geben der Kirche die Möglichkeit, die christliche Botschaft auch Fernstehenden nahezubringen. Auch ohne kirchliche Bindung erwarten Eltern und Lehrer von der Kirche einen entscheidenden Beitrag zur Erziehung der jungen Generation. Das alles bedeutet eine Verpflichtung für die Kirche. Nicht dann wird sie ihrem Auftrag untreu, wenn sie die Volkskirche bejaht, sondern wenn sie die gegebenen Möglichkeiten ungenutzt läßt oder falsch braucht.

*IV. Ende der Pastorenkirche*

*15. Durch die Taufe ist jeder Christ zum Zeugen Christi in Kirche und Welt berufen.*

Der Laie darf grundsätzlich alles tun, was dem Pfarrer in seinem Amt aufgetragen ist. Das zu betonen ist notwendig angesichts der Monopolstellung, die das Pfarramt im Laufe der Geschichte bekommen hat. Das schließt nicht aus, daß es um der Wichtig-

keit des Auftrages willen, den Christus der Kirche in Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung gegeben hat, Menschen geben muß, die mit ihrer ganzen Existenz dem Amt der Kirche verpflichtet sind und dazu eine besondere theologische Ausbildung erhalten haben.

Der Laie muß die Konsumentenhaltung aufgeben. Er soll aber auch nicht die Rolle eines Pastors spielen.

Pfarrer und Laie sind in der Ausübung ihres Amtes auf gegenseitige Hilfe angewiesen.

*16. Die entscheidende Aufgabe des Pfarrers bleibt die glaubensweckende Verkündigung des Wortes Gottes in Predigt, Lehre und Seelsorge. Wer dies übersieht, greift mit allen Reformvorschlägen daneben.*

Starres Festhalten an der geschichtlich überkommenen Struktur des Pfarramtes kann den Pfarrer seinem eigentlichen Auftrag ebenso entfremden wie das Bemühen um ausschließlich modernistische Formen.

Der Pfarrer kann seine Autorität nicht mehr auf ein öffentliches Ansehen stützen, das in vergangenen Generationen selbstverständlich war.

Er gewinnt die Autorität aber auch nicht dadurch, daß er sich um jeden Preis der Umwelt und dem Geist der Zeit anpaßt.

Durch Wortverkündigung und Seelsorge, nicht durch Verwaltung oder Betriebsamkeit leitet der Pfarrer die Gemeinde.

*17. Der Pfarrer ist kein Universalgenie. Eine Aufteilung der Aufgaben ist um der verschiedenen Gaben und um der Ökonomie der Kräfte willen notwendig.*

Jedem Pfarrer sollten Schwerpunkt Aufgaben übertragen werden, die seinen persönlichen Gaben entsprechen. Hierbei können sich neue Wege der Verkündigung und des Gemeindeaufbaues ergeben. Allzu detaillierte Vorschriften der Kirchenleitungen und Kirchenvorstände sollten hier nicht einengen. Die Gemeinde darf aber auch nicht zum Tummelplatz der jeweiligen individuellen Besonderheiten und Experimente des Pfarrers werden. Eine klare Abgrenzung der Aufgabengebiete dient dem Frieden. Der Wechsel im Vorsitz des Pfarramts und des Kirchenvorstandes kann die Gemeinde vor Einseitigkeiten bewahren und ein günstiges Klima für die Zusammenarbeit schaffen.

*18. Die Pastorenkirche kann nur überwunden werden, wenn der verantwortlichen Mitarbeit der Laien in der Kirche entschlossen Raum gegeben wird.*

Voraussetzung ist, daß der Pfarrer dem Laien etwas zutraut und selbst bereit ist, in den Hintergrund zu treten. Jeder noch so versteckte Wunsch des Pfarrers, im Mittelpunkt der Gemeinde zu stehen, begrenzt den Laien in seinen Möglichkeiten und hindert auch den Pfarrer, seinem Auftrag gerecht zu werden. Das Amt des Laien ist dem Pfarrer nicht unterstellt, sondern es ist ein anderes Amt. Der Pfarrer soll dem Laien solche Aufgaben überlassen, für die ihm die Sachkenntnis fehlt.

*19. Die Weltverantwortung der Laien, die als mündige Christen in ihrem Beruf stehen, hat die Antwort der Christenheit auf die Herausforderung der „mündig gewordenen Welt“ zu sein.*

Die Säkularisierung ist für die Kirche nur so lange eine Bedrohung, als sie darin nicht die Chance für neue missionarische und diakonische Anstrengungen erkennt. Der Laie, der gewissenhaft und sachgerecht seinen Beruf ausübt und bereit ist, Rede und Antwort zu stehen, wenn er nach dem Grund seines Lebens und seiner Berufshaltung gefragt wird, ist der moderne Missionar. Sein Dienst bewährt sich im Engagement in Gesellschaft, Familie, Beruf, Arbeitswelt, Wirtschaft und Politik, in der Übernahme aktiver Verantwortung, im Protest gegen Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit, in der Freiheit von Menschenfurcht und ideologischer Verblendung.

Durch den Laien kommt die „Welt“ zum Pfarrer. Der Pfarrer bedarf der Begegnung und Zusammenarbeit mit dem Laien, um der Weltfremdheit seiner Predigt zu begegnen.



Nicht der Pfarrer wird weltnah predigen, der Fachmann auf allen Gebieten der Politik, Wirtschaft und Technik sein will, sondern der im offenen Gespräch mit dem Laien auf die Tagesordnung der Welt hört.

*20. Laiengaben zu entdecken und einzusetzen gehört zu den wesentlichen Aufgaben der Gemeindeleitung.*

Die Verkündigung soll den Laien auf seine Eigenverantwortung ansprechen und ihn zum Dienst rufen. Überängstlichkeit im Übertragen von Aufgaben ist nicht angebracht. Gott gewinnt die meisten Menschen, indem er sie in Dienst nimmt.

Bruderrätliche Leitung der Gemeinde und neue Formen der Gemeindeleitung durch Pfarrer und Laien mit verschiedenen Aufträgen würden zu einer fruchtbaren Strukturveränderung des Pfarramtes führen. Pädagogische, karitative, seelsorgerliche Aufgaben stehen dem Laien offen und könnten das Pfarramt ergänzen, entlasten und verändern. Auch die freie Wortverkündigung kann heute nicht mehr allein dem Pfarrer vorbehalten werden, sondern muß auch Laien übertragen werden.

*21. Kirchliche Ordnungen und Einrichtungen sind zu überprüfen und so zu gestalten, daß die Mitarbeit von Laien gefördert wird.*

Die Kirche bedarf der Bereitschaft von Gemeindegliedern, in Kirchenvorständen und Synoden, kirchlichen Werken und Arbeitszweigen mitzuarbeiten. Wo Ordnungen die Bereitschaft hemmen, müssen sie geändert werden. Die Mitarbeit von Laien wird entscheidend dadurch gefördert, daß ihnen Aufgaben ohne Einschränkung der Verantwortlichkeit delegiert werden. Voraussetzung ist auch eine ausreichende Information über wichtige kirchliche Probleme. In Gemeindeversammlungen sollten gemeindliche und gesamtkirchliche Fragen ausführlich zur Sprache kommen. Insbesondere müssen die kirchlichen Wahlen durch verbesserte Wahlordnungen und geeignete Wege der Bekanntgabe Förderung erfahren, damit möglichst viele Gemeindeglieder an personellen und sachlichen Entscheidungen beteiligt werden.

*22. Die Kirche bedarf der Mitarbeit hauptamtlich tätiger Laien mit selbständigen Verantwortungsbereichen. Dabei sind Berufsausbildung und Berufsausübung den veränderten Verhältnissen anzupassen.*

Neben kirchlichen Berufen, deren Strukturen festliegen und die ihre Gültigkeit behalten haben (Kantor, Gemeindegliederschwester usw.), stehen andere, deren Berufsbild sich wandelt (Diakon, Gemeindegliedehelferin), und neue Berufe, die erst entwickelt werden müssen. Auch der Pfarrermangel zwingt die Kirche zu neuen Überlegungen, inwieweit auch geistliche Dienste Laien übertragen werden müssen.

*23. Eine Kirche, die den Laiendienst erstrebt, darf sich nicht darauf beschränken, dazu aufzurufen und institutionelle Möglichkeiten zu schaffen. Sie wird auf vielfältige Weise die Laien für ihren Dienst zurüsten müssen.*

Wo die Information über den Glauben und christliches Leben der Kirche mit der Konfirmation endet, wird der Laie den geforderten Dienst nicht leisten können. Erwachsenenbildung ist darum eine Aufgabe, die regelmäßig durchgeführt und auf konkrete Aufgaben hin ausgerichtet werden muß. Der Laie darf in der Ausführung seines Auftrages nicht allein gelassen werden. Sonst könnte es zu einer geistlichen Überforderung kommen.

*24. Die Reform der Theologenausbildung ist unerläßlich.*

Die Studenten sollen früh mit den praktischen Aufgaben vertraut gemacht werden. Gesprächsführung, Teamarbeit, Gemeindeleitung, Gemeindeaufbau sollten in die Ausbildung einbezogen werden. Das Angebot eines Zweitstudiums sollte auf solche Theologiestudenten beschränkt werden, die spezielle Begabungen haben und bereit sind, kirchliche Sonderaufgaben zu übernehmen.

Das Vikariat ist so anzulegen, daß es in Gemeindepraxis und Seelsorge einübt und die Eigenverantwortung des jungen Pfarrers stärkt.

Während des Studiums abzuleistende Praktika (diakonisches Praktikum, Industrie-

praktikum) können dazu helfen, daß Universitätsstudium und Vikarsausbildung ins rechte Verhältnis kommen.

Die Übernahme eines Pfarramtes setzt nicht nur eine wissenschaftliche Ausbildung, sondern auch die bewußte Gliedschaft in der Gemeinde Christi, die *praxis pietatis* und die Bereitschaft zum persönlichen Engagement voraus.

## V. Überschaubare Gemeinde

*25. Die Ortskirchengemeinde, die am Wohnort sich um Wort und Sakrament versammelnde und zum Dienst gesendete Gemeinde, ist gegenwärtig unauflösbar.*

Das Auseinanderfallen von Wohn-, Arbeits- und Freizeitwelt, die Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen und Interessengemeinschaften und die Mobilität der Bevölkerung erfordern die Präsenz der Kirche an vielen „Orten“. Dazu bedarf es vielfältiger, flexibler und mobiler Strukturen.

Notwendig sind aber auch die Kontinuität und Stabilität kirchlicher Arbeit sowie die Einheit von Verkündigung, Unterricht und Seelsorge. Sie können am besten in der Pfarodie gewahrt werden. Die Wohnortsgemeinde vermag wie keine säkulare Institution Menschen aus allen sozialen Schichten zusammenzuführen. In ihr finden auch die Menschen am Rand der Gesellschaft Heimat und Hilfe. Das Leben der Kirche, auch in den transparochialen Diensten, wird nach wie vor hauptsächlich von den Wohnortsgemeinden finanziell und personell getragen.

*26. Die Ortskirchengemeinde muß ihre Grenzen, aber auch ihre spezifischen Aufgaben angesichts der sich wandelnden Strukturen der Kommunen überprüfen.*

Die gegenwärtigen Grenzen der Pfarodien sind zum Teil veraltet, weil sie geographische Gegebenheiten und soziale Zusammenhänge nicht berücksichtigen. Ebenso sind bei der Grenzziehung zu erwartende Bevölkerungsballungen oder Bevölkerungsverdünnungen in Rechnung zu stellen. Jede Gemeinde hat auch zu untersuchen, ob ihre bisherigen Arbeitsformen und Gliederungen der Realität der gemeindlichen Situation gerecht werden.

*27. Für die Größe der Kirchengemeinde gibt es angesichts der unterschiedlichen Situationen keine einheitliche Norm, wohl aber Grenzen nach oben und unten. Maßgebend muß das Prinzip der Überschaubarkeit sein.*

Gottesdienst, Seelsorge, Unterricht, Gemeindedienste und Verwaltung setzen jeweils unterschiedliche Maße an Überschaubarkeit voraus. Die Anforderungen von Seelsorge und Unterricht begrenzen aber die Zahl der Gemeindeglieder, für die ein Pfarrer verantwortlich sorgen kann. Einem Pfarrer sollten nicht mehr als 2500 Gemeindeglieder zugeordnet werden. Eine Gemeinde sollte auf 5000 Gemeindeglieder begrenzt sein.

Die Zusammenarbeit mehrerer Pfarrer in einer Kirchengemeinde kann Vorteile bieten. Unterschiedliche Gaben kommen zur Auswirkung. Die Gemeinde wird vor einseitiger Verkündigung bewahrt.

Die organisatorischen und verwaltungsmäßigen Vorteile einer größeren Kirchengemeinde dürfen nicht dem Grundsatz der Überschaubarkeit übergeordnet werden. Massengemeinden lähmen die geistliche Kraft der Kirche. Deshalb sollten, wo Gemeindeteilung nicht möglich ist, in Seelsorgebezirken größerer Kirchengemeinden eigene Gemeindezentren errichtet werden. Dem Pfarrer sollten dann Bezirksvorstände und eigene Mitarbeiter zur Seite stehen. Für die Verwaltung kann eine Zusammenfassung im größeren Rahmen zweckmäßig sein.

*28. Der Dienst der Ortskirchengemeinde bedarf wegen der Mobilität und Differenzierung der Gesellschaft der Ergänzung durch eine funktionale kirchliche Arbeit.*

Diese erfordert, besonders in Großstadträumen, eine Durchlässigkeit der Kirchengemeindengrenzen. Die Ortskirchengemeinden müssen zur Zusammenarbeit im Kirchenkreis bereit sein. Sie müssen den Gemeindepfarrern und qualifizierten Gemeindegliedern

die Möglichkeit und Freiheit geben, gemeinsame Aufgaben auch jenseits der Gemeindegrenzen zu übernehmen.

## *VI. Neustrukturierung des Kirchenkreises*

*29. Zu den wichtigsten Aufgaben der Kirchenreform gehört die Umgestaltung des Kirchenkreises zu einer geistlichen und organisatorischen Aktionseinheit.*

Zahlreiche kirchliche Dienste (z. B. Sozialarbeit, Dienst an Berufsgruppen und Verbänden, Öffentlichkeitsarbeit) könnten heute nicht von der Ortsgemeinde, sondern nur im größeren Bereich des Kirchenkreises wahrgenommen werden. Der Kirchenkreis kann nicht mehr nur als Addierung von Kirchengemeinden oder als Verwaltungsgliederung der Landeskirche verstanden werden. Im Gesamtgefüge der Kirche müssen dem Kirchenkreis als dem Schnittpunkt regionaler und funktionaler Dienste eigenständige Bedeutung und Aufgabenstellung zugewiesen werden.

*30. Größe und Grenzen des Kirchenkreises bedürfen der Überprüfung.*

Die Aufgabenstellung des Kirchenkreises und die regionalen Gegebenheiten bestimmen die Größe des Kirchenkreises und haben den Vorrang vor überlieferten Grenzen. Kirchenkreise, die nicht mehr überschaubar sind, erschweren die Zusammenfassung zu gemeinsamem Dienst. Bei zu kleinen Kirchenkreisen beschränkt die geringe Zahl der Pfarrer die Auswahl besonderer Begabungen und die Mitarbeit von Pfarrern an gemeinsamen Aufgaben. Wenn die sehr unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten auch keine einheitliche Norm zulassen, dürfte die „ideale“ Zahl der Pfarrstellen eines Kirchenkreises zwischen 20 und 25 liegen. Die Grenzziehung muß den Gegebenheiten der zone humane (menschliche Zone) Rechnung tragen. Die Festlegung im einzelnen kann nur auf Grund genauer ökonomischer Untersuchungen erfolgen. Angesichts der vermehrten Aufgaben des Superintendents sind Maßnahmen zu einer Entlastung erforderlich.

*31. Der Kirchenkreis erfordert die Mitarbeit sachkundiger Laien und den Aufbau gemeinsamer Einrichtungen.*

Die bestehenden Organe (Kreissynode, Kreissynodalausschuß) können nicht alle heute notwendigen Aufgaben wahrnehmen, wenn auch zum Teil verfassungsmäßige Möglichkeiten bestehen, die noch nicht ausgeschöpft sind. Planungsausschüsse und Dienstgruppen sollten konkrete Aufgaben übernehmen. Auf der Ebene des Kirchenkreises ist die Mitarbeit qualifizierter Laien leichter zu gewinnen, weil ihre Sachkenntnis gefordert ist. In vielen Fällen müssen auch hauptamtliche Mitarbeiter angestellt und neue Einrichtungen geschaffen werden. Ohne eine ausreichende finanzielle Ausstattung kann der Kirchenkreis seinen neuen Aufgaben nicht genügen. Die Neuausrichtung der Kirchenkreise müßte dazu führen, daß die zentralen Apparaturen der Werke und sonstiger allgemeinkirchlicher Institutionen finanziell und personell entlastet werden können.

*32. In gleichartig strukturierten Räumen kann die Zusammenfassung von Kirchenkreisen für die Trägerschaft kirchlicher Einrichtungen und Arbeiten notwendig sein.*

Wie die Grenzen der Ortsgemeinde, so sind auch die Grenzen der Kirchenkreise durchlässig. Bestimmte Aufgaben können nur von mehreren Kirchenkreisen gemeinsam erfüllt werden (Errichtung und Unterhaltung von Jugendheimen, Altersheimen, Tagungsstätten, die Durchführung von Gemeindegemeinschaften usw.).

## *VII. Fragen der Gliederung größerer Kirchengebiete*

*33. Die raumbezogene Arbeit missionarischer und diakonischer Dienste fordert innerhalb größerer Kirchengebiete die Bildung überschaubarer Sprengel.*

Im Zeichen der sich entwickelnden Lebens- und Wirtschaftsbereiche (Regionen) ge-

winnt der Sprengel als Koordinationsebene zwischen Kirchenkreis und einem größeren Kirchengebiet an Bedeutung. Der kirchliche Sprengel sollte dem öffentlichen, sozialen und wirtschaftlichen Kräftespiel der Region zugeordnet sein. Die Leitung der Sprengel liegt in der Hand von Inhabern des leitenden geistlichen Amtes, denen auch das Visitations- und Ordinationsrecht zusteht. Zur Beratung und Koordinierung übergemeindlicher Dienste und Planungen sollte ihnen als synodales Organ ein Sprengelrat zur Seite stehen.

Die Größe eines Sprengels richtet sich nach unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten. Die Zahl der Pastoren eines Sprengels sollte jedoch 300 nicht überschreiten.

34. *Die Aufgaben in Kirche und Gesellschaft, in Ökumene und Weltmission lassen sich nur durch stärkere Zusammenfassung der vorhandenen kirchlichen Kräfte wirksam lösen.*

Einer Zusammenfassung stehen oft noch landeskirchliche Grenzen im Wege, die die Kleinstaaterei der Vergangenheit widerspiegeln. Landeskirchen, die die Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit, der ökumenischen Diakonie, der immer differenzierter werdenden kirchlichen Ausbildung nicht mehr wirksam meistern können, sind auf größere Gliederungen angewiesen. Zwingende theologische Gründe für die Beibehaltung einer überholten Territorialgliederung, zumal unter bekenntnisgleichen Kirchen, werden sich kaum anführen lassen. Die Bemühungen um größere kirchliche Einheiten (Kirchenprovinzen) müssen fortgesetzt werden. Enklaven, die einer sinnvollen Ökonomie der Kräfte im Wege stehen, sollten beseitigt werden.

35. *Die territoriale Neugliederung der Evangelischen Kirche in Deutschland muß der unauflösliehen Spannung zwischen Bekenntnisbindung und bestehender Gemeinschaft unter bekenntnisverschiedenen evangelischen Kirchen Rechnung tragen.*

Bei der innerdeutschen Verflechtung darf weder das Territorium noch die Konfession allein zum dominierenden Prinzip einer Neugliederung gemacht werden. Die Bindung an das Bekenntnis, die um der Wahrheit willen geboten ist, bestimmt das Verständnis des kirchlichen Auftrages und darf nicht zugunsten pragmatischer Einheitsvorstellungen relativiert werden. Bei der Bildung organisch gegliederter Kirchenprovinzen muß daher der geltenden Bekenntnisbindung Rechnung getragen werden.

Andererseits erfordert die Wahrnehmung kirchlicher Aufgaben in den Bereichen von Staat und Gesellschaft die Berücksichtigung größerer Lebensräume durch engere kirchliche Zusammenarbeit über die Grenzen der Konfession hinaus.

36. *Daß Staatsgrenzen als solche keine Kirchengrenzen sind, sollte für die kirchliche Gliederung grundsätzlich unaufgebbar sein.*

Gesellschaftliche und politische Unterschiede rechtfertigen nicht die organisatorische Trennung der Kirche. Ein Rückfall in das überholte Bündnis von Thron und Altar ist der Kirche im ökumenischen Zeitalter nicht erlaubt. Alle Brücken, die die Christen in verschiedenen Staaten, Gesellschaftsformen, Nationen und Rassen verbinden, müssen gestärkt werden. Dies gilt insbesondere für die Kirchen gleichen Bekenntnisses.

Auf dem Gebiet der Strukturplanung, der Kirchenreform, der Neufassung der kirchlichen Ordnungen, z. B. der Presbyterwahlordnung, der Aktivierung der nicht theologisch ausgebildeten Gemeindeglieder, der Verwaltungsvereinfachung ist manches in einer Bewegung befindlich, deren Ergebnisse erst in späterer Zeit reifen werden, deren Ansätze sich aber bereits abzuzeichnen beginnen.



## 6. AMT, ÄMTER UND DIENSTE IN DER KIRCHE

### *a) Reform des theologischen Studiums und Fortbildung der Pfarrer*

Innere Nötigungen von Wesen, Aufgabe und Ziel des Theologiestudiums her und Einwirkungen von außen (Hochschulpolitik, Universitätsreform, Bemühungen um die Neuordnung des Studiums an wissenschaftlichen Hochschulen) bewirken gemeinsam die Wiederaufnahme und Fortführung der schon alten grundsätzlichen Besinnung und gründlichen Diskussion der Frage, wie die Ausbildung der Theologen sachgemäß, d. h. zugleich in wissenschaftlicher und berufsbezogener Verantwortung zu ordnen und zu gestalten sei. Eine „Gemischte Kommission zur Erarbeitung einer Rahmenordnung des theologischen Studiums“, der Vertreter des Fakultätentages der ev.-theol. Fakultäten, der Kirchlichen Hochschulen, der Konferenz der gliedkirchlichen Ausbildungsreferenten und des Fachverbandes evangelische Theologie im Verband deutscher Studentenschaften angehören und deren Vorsitzende dem Rat der EKD und der Kirchenkonferenz wiederholt über den Stand und das Ziel ihrer Bemühungen und Planungen berichteten, hat den Gliedkirchenleitungen, den Theologischen Fakultäten, den Kirchlichen Hochschulen und der Öffentlichkeit einige Empfehlungen für die wissenschaftliche Vorbildung der Theologen vorgelegt, die 1. eine organische Gliederung des Studiums, 2. die Wahrung der Einheit von Forschung und Lehre in zeitgemäßer Weise, 3. eine wirksame Berufsbezogenheit des Studiums auf den Dienst des Pfarrers, 4. eine Verkürzung der Studiendauer bewirken sollen und können, wenn die Ordnung des akademischen Lehrbetriebes darauf abgestellt wird, und Vorschläge zur Regelung der Sprachenfrage unterbreitet. Eine empirische Untersuchung des Studienverlaufes von 420 Pfarramtskandidaten in fünf Gliedkirchen erbrachte den Nachweis, welche Rolle die Erlernung der drei Alten Sprachen im Studium spielt. Die wichtigste Frage, nämlich die, wie hoch die Zahl derer ist, die sich durch die traditionellen Sprachanforderungen vom Theologiestudium abhalten lassen, konnte nicht präzise beantwortet werden, jedoch ließ sich nachweisen, daß durch die drei Alten Sprachen der Zugang von Theologen aus den sozialen Schichten der Arbeiter und der Selbständigen beschränkt wird – eine Feststellung, deren kirchliche Bedeutung überdacht werden muß.

Die ersten Empfehlungen zur Studienreform ergingen auf Grund der Vorlagen der Gemischten Kommissionen und der Beratungen des Fakultätentages am 18. Januar 1967; sie betreffen die Dauer, Gliederung und Gestaltung des Studiums und empfehlen die begleitende Kontrolle des Studiums, die mit der obligatorischen Studienberatung beginnt und mit dem Kolloquium (Zwischenprüfung) abgeschlossen wird, und erste Maßnahmen zur Neuordnung des Lehrangebots der Theologischen Fakultäten und Kirchlichen Hochschulen. Die Empfehlungen lauten:

#### I.

Empfehlungen des Fakultätentages an die Evangelisch-Theologischen Fakultäten und Kirchlichen Hochschulen zur Studienreform entsprechend den Beschlüssen des Fakultätentages und der Rektoren der Kirchlichen Hochschulen und Direktoren der Institute

für Evangelische Theologie an den Universitäten der Bundesrepublik vom 18. Januar 1967 in Marburg.

### *Zur Dauer des Studiums (These 1)*

#### *1. These*

Das Studium der Evangelischen Theologie sollte, abgesehen von der für das Erlernen des Hebräischen, Griechischen und Lateinischen<sup>4</sup> nötigen Zeit und dem Examenshalbjahr, acht Semester umfassen. Zielstrebige und begabte Studenten sollten, insbesondere wenn sie die Zulassung zum Aufbaustudium anstreben, das Examen bereits nach sechs Semestern ablegen können.

*Begründung:* Die Vergegenwärtigung der Tradition, die Erschließung der theologischen, kirchlichen und gesellschaftlichen Situation sowie die Integration der verschiedenen für die theologische Wissenschaft bedeutsamen Aspekte lassen sich angesichts des für Wissenschaft, Kirche und Gesellschaft insgesamt kennzeichnenden Pluralismus von dem Studenten nicht in kürzerer Zeit bewältigen. Es ist auch zu berücksichtigen, daß die Differenzierung der theologischen Wissenschaft in den zurückliegenden Jahrzehnten erheblich gewachsen ist. Daher gewinnt die in jeder Disziplin zu erfüllende Aufgabe der Integration zunehmende Bedeutung.

Andererseits ist festzustellen, daß bei einer längeren Studiendauer Arbeits-Freude und -Intensität auf Grund einer Reihe von Faktoren der Alters- und Lebensentwicklung rückläufig sind. Trotz mancher Ausnahmen kann man im Blick auf den Durchschnitt sagen, daß Studienüberdehnung und Leistungsrückgang einander entsprechen.

### *Zur Gliederung des Studiums (These 2-4)*

#### *2. These*

Eine schematische Teilung in Sprach-, Grund- und Hauptstudium wird nicht empfohlen. Dagegen sollte am Ende des ersten Studienabschnittes ein Kolloquium eingerichtet werden. Es schließt die obligatorische Studienberatung ab und ist eine der Zulassungsbedingungen für das Abschlußexamen.

*Begründung:* In vielen Studienfächern begegnet man heute den mangelnden Studienleistungen in den ersten Semestern mit der Einführung eines schulmäßig straff geordneten Grund-Studiums. In der Theologie stehen jedoch einer schematischen Lösung erhebliche Bedenken entgegen. Denn das Ziel der Erziehung zu selbständigem, kritischem Denken durch Wissenschaft muß auch im ersten Studienabschnitt maßgebend sein. Außerdem soll der Student möglichst frühzeitig die Gelegenheit haben, der Sache der Theologie zu begegnen.

Es wird aber allgemein anerkannt, daß eine obligatorische Studienberatung und begleitende Kontrolle in den frühen Semestern nötig ist. Beide sollten ihren Abschluß finden in einem Kolloquium (Zwischenprüfung), das nicht den Charakter eines fachlichen Zwischenexamens in den einzelnen Disziplinen hat, sondern einer Bestandsaufnahme der bisherigen Gesamtleistungen und einer sorgfältigen Studienberatung dient. Im Theologiestudium ersetzt also das Kolloquium die Zwischenprüfung. Um diesen Sachverhalt kenntlich zu machen, ist dem Worte Kolloquium stets in Klammern das Wort Zwischenprüfung hinzuzufügen. Die Studienberatung im Kolloquium wird vor allem auf Mängel in der Gesamtanlage des Studiums und in einzelnen Disziplinen zu achten haben; sie gibt Gelegenheit, ungeeigneten oder weniger geeigneten Studenten frühzeitig den Abbruch oder Wechsel des Studiums nahezusetzen.

---

4. Für die Erlernung der Alten Sprachen innerhalb des Theologiestudiums wird der Fakultätentag alsbald eine gesonderte Empfehlung erlassen.

*Im einzelnen wird empfohlen:*

a) Die begleitende Kontrolle beginnt mit der obligatorischen Studienberatung im ersten Semester und wird in den Proseminaren sowie in Prüfungen über die Mitarbeit in einführenden Hauptvorlesungen fortgesetzt.

b) Die begleitende Kontrolle wird mit dem Kolloquium (Zwischenprüfung) abgeschlossen. Dieses erfolgt in der Regel für sprachfreie Studenten nach dem 3. Semester<sup>5</sup>.

Für die Erlernung des Hebräischen ist zumeist ein Semester hinzuzurechnen. Wer zwei Sprachen während des Studiums erlernt, sollte das Kolloquium (Zwischenprüfung) in der Regel nach dem 5. Semester, wer drei Sprachen erlernt, nach dem 6. Semester ablegen.

c) Die Voraussetzungen für das Kolloquium sollten in allen Fakultäten und Kirchlichen Hochschulen einigermaßen übereinstimmend formuliert werden, weil sonst der Wechsel des Studienortes erschwert wird und manche Studenten den Weg des geringsten Widerstandes gehen könnten.

d) Der Student legt beim Kolloquium folgende Zeugnisse vor:

(1) Die Bescheinigung über die obligatorische Studienberatung am Anfang und Ende des 1. Semesters. (Die Studienberatung bezieht sich auf die Anlage des Studiums, die Nutzung der vorlesungsfreien Zeit, die Möglichkeiten der Förderung durch Stipendien u. a.)

(2) Sprachzeugnisse für Hebräisch, Griechisch und Latein.

(3) Vier Zeugnisse aus mindestens drei Disziplinen. Gültig sind Zeugnisse über Proseminare, Hauptseminare, Mitarbeit in geeigneten einführenden Hauptvorlesungen (mit Tutorien). Es müssen mindestens zwei Zeugnisse aus Seminaren (Proseminar oder Hauptseminar) vorgelegt werden.

e) Die unter 2 d (3) genannten Zeugnisse sollen nicht routinemäßig, sondern nur auf Grund sorgfältiger Prüfung ausgestellt werden. Wird dem Studenten ein Zeugnis verweigert, so wird er zumeist das Kolloquium um ein Semester aufschieben müssen, da er sich die Voraussetzungen für ein neues Zeugnis erst erwerben muß. Aus der Bedeutung der Zeugnisse ergibt sich die Verantwortung der Ordinarien und der erfahrenen Dozenten für die betreffenden Lehrveranstaltungen in den früheren Semestern. Soweit Proseminare von Assistenten gehalten werden, sind die Proseminarzeugnisse auch von den zuständigen Ordinarien bzw. Dozenten zu unterzeichnen. Um innerhalb der Fakultäten einigermaßen gleichmäßige Forderungen zu gewährleisten, sind für die Zeugnisse objektive Kriterien zu formulieren.

f) Das Kolloquium (Zwischenprüfung) ist eine der Voraussetzungen für die spätere Zulassung zum Examen; mindestens vier Semester nach dem Kolloquium sollen für das Examen nachgewiesen werden.

g) Legt der Student schlechte Zeugnisse vor oder legt er die Zeugnisse für das Kolloquium mit erheblicher Verspätung vor, so muß geprüft werden, ob ihm anzuraten ist, das Studium abzubrechen oder zu wechseln.

Dieses sollte nur auf Grund einer kollegialen Beratung geschehen und in das Zeugnis über das Kolloquium eingetragen werden. Der Student kann auf eigene Verantwortung sein Studium fortsetzen – freilich im Bewußtsein dessen, daß er im Abschlußexamen das Zeugnis über das Kolloquium vorzulegen hat.

---

5. These 1 Satz 2 ist sinngemäß anzuwenden. Will der Student sein Examen schon nach sechs sprachfreien Semestern ablegen, so muß er sich nach dem 2. Semester dem Kolloquium (Zwischenprüfung) stellen. Vgl. These 2 f).

### 3. These

Für das Erste Theologische Examen, das spätestens nach acht sprachfreien Semestern und einer angemessenen Vorbereitungszeit erfolgt, sollte eine verbindliche Beschreibung der Prüfungsanforderungen durch die Prüfungskommission erarbeitet und veröffentlicht werden. Die Examensanforderungen der Fakultäten und Kirchenleitungen sind so zu bemessen, daß sie von dem durchschnittlich begabten Studenten in diesem Zeitraum befriedigend zu erfüllen sind. (Der Fakultätentag wird hierzu in absehbarer Zeit Empfehlungen vorlegen.)

### 4. These

Den wissenschaftlich-begabten Studenten sollte ein tieferes Eindringen in die Probleme und den Forschungsstand einer Disziplin oder eines Spezialfaches durch ein mindestens dreisemestriges und höchstens viersemestriges Aufbaustudium ermöglicht werden.

*Begründung:* Der wissenschaftlich-begabte Student ist besonders befähigt, frühzeitig einen sinnvollen Abschluß (Erstes Examen) zu erreichen. War es bisher üblich, daß gerade die Begabten innerhalb einer relativ langen Studiendauer ihren wissenschaftlichen Neigungen nachgingen, so sollte dieser legitime Wunsch künftig vor allem im Aufbau-Studium erfüllt werden. Insgesamt wird für einen solchen Studenten die bisher übliche Gesamt-Studien-Zeit dadurch nicht erheblich verlängert, wohl aber in einer sinnvollen und für alle Beteiligten übersichtlichen Weise geordnet.

Das Aufbaustudium ist nicht nur deshalb, weil es der persönlichen Intention begabter Studenten entspricht, einzurichten, sondern auch aus allgemeinen Gründen. Es dient der Ausbildung der unentbehrlichen Vielfalt von Gaben und Kenntnissen innerhalb der Pfarrerschaft sowie der Förderung der Spezialfächer, die im Studium aus Zeitgründen nur schwach vertreten sind, aber für Theologie und Kirche insgesamt erhebliche Bedeutung haben.

#### *Im einzelnen wird empfohlen:*

a) Das Ergebnis des Ersten Examens soll für die Zulassung zum Aufbaustudium berücksichtigt werden.

b) Das Aufbaustudium sollte durch Ausbildung besonderer Interessen und Erbringung qualifizierter Leistungen im Studium vorbereitet sein. Es soll einem bestimmten vom Studenten selbst formulierten Ziel dienen. Der Student erwirkt seine Zulassung für das Aufbaustudium bei einem Hochschullehrer, indem er über seinen Studienplan berichtet und seine Qualifikationsnachweise vorlegt. Diese Zulassung wird im allgemeinen bereits vor dem Ersten Examen durch Mitarbeit in Seminaren des betreffenden Hochschullehrers vorbereitet, so daß sie nach bestandenen Ersten Examen möglichst ohne Zeitverlust erfolgen kann.

c) Der erfolgreiche Abschluß des Aufbaustudiums wird durch ein Zertifikat bescheinigt; dieses soll auf die besondere Qualifikation verweisen, die sich der Absolvent erworben hat. Ob eine wissenschaftliche Arbeit vorgelegt werden soll, hängt von der jeweiligen Zielsetzung des weiterführenden Studiums ab und muß von Fall zu Fall entschieden werden.

d) Die Studenten des Aufbaustudiums werden in der Regel mindestens während eines Semesters mit der Leitung einer Tutoren-Gruppe, eines Repetitoriums oder einer ähnlichen Aufgabe betraut.

e) Das Aufbaustudium muß entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates in die Studien- bzw. Ausbildungsförderung einbezogen werden.

f) Die Beurlaubung zum Aufbaustudium sollte durch die Landeskirchen regelmäßig



erfolgen. Es ist wünschenswert, daß die Zeit des Aufbaustudiums auf Teile der praktischen Ausbildung angerechnet wird. Es muß auch die Möglichkeit gegeben werden, das Aufbaustudium erst nach einiger Zeit oder nach Abschluß der praktischen Ausbildung zu beginnen.

g) Die Zulassung zum Aufbaustudium berührt ein etwaiges Promotionsverfahren nicht. Umgekehrt aber sollen den Promovenden alle Förderungshilfen des Aufbaustudiums zuteil werden.

#### *Zur Gestaltung des Studiums (These 5-6)*

##### *5. These*

Das Lehrangebot im ersten Abschnitt des Studiums ist so zu gestalten, daß es einer frühzeitigen und intensiven Einführung dient. Insbesondere sollten zur Einführung geeignete Veranstaltungen regelmäßig angeboten und im Vorlesungs-Verzeichnis kenntlich gemacht werden.

*Es wird empfohlen:*

a) Zwei Vorlesungen, die sich auf typische Anfangsprobleme der Theologie-Studenten beziehen:

(1) Eine Vorlesung zur Einführung in das „Ganze der Theologie“; sie kann von jeder Disziplin aus entworfen werden.

(2) Eine Vorlesung, welche eine Relevanz der „kirchlichen Wirklichkeit“ für das Theologie-Studium (unter dem besonderen Aspekt der beruflichen Aufgaben des Pfarrers) behandelt.

b) Vorlesungen, welche sich die Einführung in die einzelnen Disziplinen ausdrücklich zum Ziel machen. Sie berücksichtigen die geringen Vorkenntnisse der Studien-Anfänger und sind besonders darauf bedacht, die charakteristische Methodik und Denkweise der Disziplinen einzuüben. Diesen Zweck erfüllen sicherlich viele der üblichen Hauptvorlesungen. Sie sollten jedoch als „zur Einführung geeignet“ im Vorlesungsverzeichnis kenntlich sein.

c) Die einführenden Vorlesungen sollten von Tutorien begleitet werden, so daß ein intensives Eindringen in die klassischen theologischen Disziplinen gewährleistet ist. Solche Tutorien werden vom Wissenschaftsrat dringend empfohlen und sind in den letzten Jahren auch von einigen Theologischen Fakultäten erprobt worden.

d) Nutzung der vorlesungsfreien Zeit. Sobald die personellen Voraussetzungen (Erweiterung des Mittelbaus) dafür geschaffen sind, sollen die folgenden Einrichtungen den Studenten zu Hilfe kommen:

(1) Sprach- und Lektüre-Kurse in der Ferienzeit.

(2) Rechtzeitige Ankündigung der Anforderungen, welche in den Vorlesungen, Seminaren und Übungen gestellt werden.

(3) Vorankündigung des Vorlesungsplanes der Fakultät für ein ganzes Studienjahr, um den Studenten eine bessere Arbeitsplanung zu ermöglichen.

e) Alle Fakultäten sollten mit Nachdruck die Verstärkung des sogenannten Mittelbaus betreiben, da sonst viele Maßnahmen zur besseren Nutzung der vorlesungsfreien Zeit und der Studien-Zeit-Verkürzung nicht möglich sind.

##### *6. These*

Das Studium sollte so konzentriert werden, daß für den Studenten neben der Erreichung des erforderlichen wissenschaftlichen Niveaus in den klassischen Hauptdisziplinen Spielraum bleibt für die vertiefte Weiterbildung in Schwerpunkt- und Spezial-

fächern. Jeder Student sollte durch die Studienordnung angehalten werden, in einer klassischen Disziplin (Schwerpunktdisziplin) und in einem Spezialfach sich vertiefte Kenntnisse anzueignen. Als Spezialfächer bezeichnen wir alle diejenigen Nebenfächer, die in den theologischen Fakultäten eingerichtet sind.

*Im einzelnen wird empfohlen:*

a) *Hauptvorlesungen*, die in der Regel drei Wochenstunden beanspruchen. Sie bezwecken eine geschlossene und einigermaßen erschöpfende Behandlung des Themas bzw. der Textauslegung und repräsentieren eine bestimmte, in der Tradition gewachsene Form der gegenseitigen Durchdringung von Forschung und Lehre. Eine gewisse Straffung der Hauptvorlesung und eine begrenzte Zielsetzung ist im Blick auf die zur Verfügung stehende Gesamtstudienzeit geboten. Die Vorlesung sollte, wenn sie als Einführungsvorlesung angekündigt wird, von Tutorien begleitet werden (vgl. These 5 c).

b) *Übersichtsvorlesungen* (Grundrißvorlesungen), welche den Stoff der Hauptvorlesung mehrerer Semester zusammenfassen oder die Hauptthemen einer Disziplin straff darbieten. Im allgemeinen setzen sie die Vertrautheit mit wesentlichen Stoffen einer Disziplin schon voraus, ergänzen und ordnen diese aber. Sie sind auch als ein Instrument der Wissensvermittlung und Examensvorbereitung (auch für Religionsphilologen) wichtig und sollten von Repetitorien begleitet werden.

c) *Spezialvorlesungen* sollten die Möglichkeit bieten, an Einzelfragen oder Schwerpunkten den Hörer an Forschungsarbeiten der Dozenten teilhaben zu lassen. Spezialdisziplinen innerhalb der Theologischen Fakultäten werden im allgemeinen nur durch derartige Spezialvorlesungen vertreten werden können.

d) Die genaueren Regelungen für die Anforderungen in den Schwerpunktfächern und Spezialfächern können erst im Zusammenhang mit der später erfolgenden Neufassung der Examensordnung festgelegt werden.

Am 26. April 1967 beschloß der Fakultätentag eine Übergangslösung für die Sprachenfrage. Die entsprechende Empfehlung hat folgenden Wortlaut:

Empfehlung des Fakultätentages an die Evangelisch-Theologischen Fakultäten und Kirchlichen Hochschulen das Erlernen der Alten Sprachen innerhalb des Studiums der Evangelischen Theologie betreffend gemäß den Beschlüssen des Fakultätentages und der Rektoren der Kirchlichen Hochschulen vom 26. April 1967 in Göttingen.

Der fortschreitende Abbau des altsprachlichen Unterrichts an den höheren Schulen macht eine neue Regelung des Sprachunterrichts und der Prüfungen an den Fakultäten und Kirchlichen Hochschulen erforderlich.

*Im einzelnen wird empfohlen:*

a) Die Kenntnis des Griechischen, Hebräischen und Lateinischen ist nach wie vor unerlässlich.

Im Lateinischen wird künftig das Kleine Latinum als ausreichend angesehen. Im allgemeinen sollte den Studenten die Ablegung des Großen Latinums empfohlen werden. Für das Aufbaustudium und die Promotion ist das Große Latinum in der Regel erforderlich.

b) Der Unterricht und die Prüfungen in den Alten Sprachen sollten, soweit es noch nicht der Fall ist, von den Fakultäten und Kirchlichen Hochschulen veranstaltet und

verantwortet werden, um die Sprachkurse den besonderen Anforderungen des theologischen Studiums anzupassen<sup>6</sup>.

Im Laufe des Jahres 1967 stimmten die Theologischen Fakultäten, die Kirchlichen Hochschulen und die Gliedkirchenleitungen in überwiegender Mehrheit den Empfehlungen zu.

Die „Gemischte Kommission“ wandte ihre Aufmerksamkeit aber nicht nur der Ausbildung des Theologen an der Hochschule und im kirchlichen Vorbereitungsdienst, sondern auch der Fort- und Weiterbildung der im Amt stehenden Pastoren zu. Der rasche gesellschaftliche, wissenschaftliche und geistige Wandel macht eine wirksame Fortbildung der Akademiker aller Berufsgruppen nötig. Der Deutsche Wissenschaftsrat gab am 14. Mai 1961 Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums heraus, in denen er den Vorschlag des „Kontaktstudiums“ unterbreitete. Er begründete diesen Vorschlag folgendermaßen:

Die Mehrzahl der Studenten wird nach dem vierjährigen Studium die Hochschule verlassen. Ihre wissenschaftliche Ausbildung soll damit aber nicht ein für allemal abgeschlossen sein. Die rasche Entwicklung der Wissenschaften macht es auf vielen Gebieten nötig, die Ausbildung weiter fortzuführen. Dies wäre auch dann unerlässlich, wenn es bei dem bisherigen Zustand eines zeitlich nicht begrenzten Studiums bliebe. Eine Erneuerung der wissenschaftlichen Ausbildung setzt voraus, daß die in ihrem Beruf Tätigen in die Hochschulen zurückkehren können und in ihr wissenschaftliches Leben einbezogen werden. Einrichtungen, die dafür geeignet sind, bestehen an den Hochschulen bisher nur vereinzelt. Es wird deshalb, gerade auch im Blick auf die künftige Entwicklung, notwendig sein, daß Hochschulen sich für diese Erfordernisse zur Verfügung stellen und daß entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Der Initiative des Oberkirchenrates in Karlsruhe und der Zustimmung der Theologischen Fakultät der Universität Heidelberg ist es zu verdanken, daß im Sommersemester 1967 ein erster Versuch mit dem Kontaktstudium im Amt stehender Pastoren gemacht werden konnte, der erfolgreich verlief und zur Fortsetzung und Nachahmung unter Auswertung der gemachten Erfahrungen ermutigt.

Die Bemühungen der Gemischten Kommission um eine wirksame und hilfreiche Reform des theologischen Studiums werden in enger Zusammenarbeit mit den Gliedkirchen der EKD, den Theologischen Fakultäten, den Kirchlichen Hochschulen und dem Fachverband Evangelische Theologie fortgesetzt. Es verdient besondere Erwähnung, daß die Mitarbeit der Vertreter des Fachverbandes Evangelische Theologie in der Gemischten Kommission sich als sehr hilfreich und förderlich erwiesen hat.

### *b) Ämter und Dienste in der Kirche*

Nicht nur dem Pfarramt, denen, die sich darauf vorbereiten, und denen, die es wahrnehmen, galt die kirchliche Aufmerksamkeit des Jahres 1967, sondern ebenso anderen Ämtern und Diensten, die für die Aufgaben von Kirche und

6. Zur Intensivierung der Sprachkurse vgl. die Empfehlungen des Fakultätentages zur Studienreform vom 18. Januar 1967, S. 5, These 5 d) (1).

Gemeinde heute unentbehrlich sind: Religionslehrer für alle Schularten und Schulen, Gemeindehelferinnen, Katecheten und andere mehr. Bereits im Jahre 1966 wurde den Gliedkirchen, den Werken der Kirche und der kirchlichen Öffentlichkeit dazu ein Memorandum vorgelegt:

#### GEWINNUNG UND AUSBILDUNG VON FRAUEN FÜR DEN GEMEINDEDIENST

Der Mangel an Gemeindehelferinnen, Katecheten, Krankenhausseelsorgern und anderen qualifizierten Mitarbeitern im Gemeindedienst nimmt besorgniserregend zu. Seit Jahren wird darüber gesprochen, wie für diese Berufe wirksamer geworben, die Ausbildung verbessert, der Sozialstatus gefestigt, die Besoldung geregelt werden kann. Obwohl von allen Beteiligten, den Kirchen, den Seminaren, den Verbänden und anderen genügend Anstrengungen in dieser Richtung gemacht worden sind, wird die Lücke zwischen dem Bedarf und dem Angebot an Mitarbeitern immer größer. Ein Seminar für Gemeindedienst erhielt z. B. im vergangenen Jahr fast 100 Bitten um Vermittlung einer Gemeindehelferin – 4 legten das Abschlußexamen ab. Es gibt Seminare, bei denen sich in den letzten Jahren nur 3, 5 oder 8 Schülerinnen zur Aufnahme meldeten. Nur in wenigen Seminaren wird die Kapazität voll ausgenutzt, und das sind bis auf wenige Ausnahmen Institute, die Frauen und Männer ausbilden. Von diesen streben nicht wenige in die katechetische Arbeit. Von den Mädchen wird ein Teil heiraten und aus dem Beruf ausscheiden. Es sind auch Fälle bekannt, wo Gemeindehelfer und Gemeindehelferinnen nach wenigen Berufsjahren das Studium an einer Pädagogischen Hochschule aufnehmen. Da auf Grund des Mangels an Diakonissen immer mehr Gemeindegemeinschaften nicht mehr besetzt werden können, fallen auch diese Mitarbeiterinnen – etwa in der Jugend- oder Frauenarbeit – aus.

Auf dem Gebiet des schulischen Religionsunterrichtes droht der Mangel an Mitarbeitern in den nächsten Jahren katastrophal zu werden. Das gilt von den Religionslehrern aller Schularten. Immer weniger Studierende der Pädagogik finden sich bereit, die Fakultas für die evangelische Unterweisung zu erwerben. Wenn auch von Bundesland zu Bundesland die Verhältnisse äußerst verschieden sind, so sind doch die Zahlen, die z. B. von Frankfurt a. M. mit 8 % oder von Schleswig-Holstein mit 19 % angegeben werden, alarmierend. Man wird auch in Ländern wie Nordrhein-Westfalen, wo noch etwa 80–85 % der Studierenden die Religionsfakultas erwerben, mit einem Rückgang dieser Zahlen rechnen müssen.

Diese Beobachtungen zwingen um so mehr zum Nachdenken, als andere Ausbildungsstätten, z. B. die Kindergärtnerinnenseminare, die Pädagogischen Hochschulen und die Krankenpflegeschulen, nicht über Nachwuchsmangel zu klagen haben. Fehlende Bereitschaft, sich in den Dienst am Menschen zu stellen, wird man auch im Blick auf viele freiwillige Dienstleistungen unserer Jugend nicht vorwerfen können. Der Grund für die geringe Bereitschaft der jungen Mädchen, einen kirchlichen Beruf zu ergreifen, dürfte ein anderer sein.

Wir gehen in der Kirche noch weitgehend davon aus, daß, wie seit Jahrhunderten und besonders nach den letzten beiden Kriegen, einige Millionen Frauen nicht heiraten werden und davon ein hoher Prozentsatz in einen lebenslangen kirchlichen Dienst eintreten wird. In der Mitte des vorigen Jahrhunderts, in der sich entwickelnden Industriegesellschaft, hat die Christenheit mit dem Aufbau der Mutterhausdiakonie vielen dieser Frauen zu einer Erfüllung ihres Lebens und darüber hinaus zu einem sozialen Status verholfen, der kaum hinter dem der verheirateten Frau zurückstand. Man denke nur daran, daß die Diakonisse die Frauenhaube trug und über selbstverdientes Geld verfügte. Den Rückhalt, den die verheiratete Frau in ihrer Familie hatte, fand die Diakonisse in ihrem Mutterhaus. Diese Frauen – und neben ihnen in steigendem Maße die Fürsorgerinnen und Gemeindehelferinnen – konnten den Notständen in der Kirche



und in der Gesellschaft wirkungsvoll begegnen, ohne selbst zum Problem zu werden. Diese Voraussetzungen treffen nicht mehr zu. Es gibt bei den jungen Menschen im heiratsfähigen Alter keinen „Frauenüberschuß“ mehr – bei den Unter-25jährigen sogar einen leichten Männerüberschuß. Unsere Gesellschaftsordnung kennt auch keine Eheschranken mehr. Die Statistiker rechnen daher damit, daß 97 % aller Mädchen heiraten werden, viele von ihnen verhältnismäßig früh. Nach der Schule treten die jungen Mädchen selbstverständlich in den Arbeitsprozeß ein. Sie wählen den Beruf aber nicht mehr – wie es früher nicht wenige taten – unter dem Gesichtspunkt eines möglichen Ersatzes für die Ehe, sondern im Blick auf baldiges Einkommen und auf spätere, wenigstens teilweise Ausübung neben den Familienpflichten. Unter diesen Aspekten erscheinen ihnen die kirchlichen Berufe wenig attraktiv, zumal ihnen ausgesprochen oder unausgesprochen die Erwartung entgegengebracht wird, man müsse in einem kirchlichen Beruf auf die Ehe verzichten oder umgekehrt in der Ehe auf die Ausübung eines kirchlichen Berufes. Mitarbeit in der Kirche als Hilfe über die unverheiratete Frau ist heute nicht mehr zeitgemäß, bezahlte Mitarbeit der Ehefrau aber selten gewünscht.

Wenn wir angesichts dieser Lage Mitarbeiterinnen für den Gemeindedienst gewinnen wollen, muß an einer anderen Stelle angesetzt werden, nämlich dort, wo in unserer heutigen Gesellschaftsordnung die Frau ohne eine sie wirklich beanspruchende Aufgabe bleibt. In der Großfamilie früherer Zeiten erfüllte sie mit ihren Familienpflichten zugleich eine wichtige Aufgabe in der Gesellschaft. Das ist heute nicht mehr ohne weiteres gegeben, vor allem nicht in der sogenannten 3. Lebensphase, wenn die Kinder herangewachsen sind und das Haus verlassen. Haushalt und Familie beanspruchen die Frau nicht mehr in der gewohnten Weise, obwohl sie noch im Vollbesitz ihrer körperlichen, geistigen und seelischen Kräfte ist und Erfahrungen in ihrem Leben gesammelt hat, die sie gern einem weiteren Kreis von Menschen mitteilen möchte. In dieser Situation entstehen im Leben der Frau viele Nöte, die den Ärzten und Psychologen genug zu schaffen machen, die aber auch die Kirche auf den Plan rufen müßten. Vor hundert Jahren und bis in die Gegenwart hinein hat sich die Christenheit der Not der Frau – damals der unverheirateten – angenommen. Sie darf heute nicht an dieser Not vorübergehen. Wenn sie hier Wege der Hilfe aufweist, erfüllt sie in einem doppelten Sinn eine gesellschaftspolitische Aufgabe: Sie hilft der Frau, und sie gewinnt wertvolle Kräfte für den kirchlichen Dienst.

Es ist festzustellen, daß schon einiges unternommen wird. An vielen Orten – auch von der Kirche aus – werden verheiratete Frauen als Familienhelferinnen oder Krankenpflegerinnen ausgebildet und ganztägig oder in Teilzeitarbeit eingesetzt. In Gemeindebüros und in der evangelischen Unterweisung finden wir verheiratete Frauen als Mitarbeiterinnen. Es ist aber nicht bekannt, daß bisher irgendwo ein großangelegter Versuch gemacht worden ist, gebildete Frauen dieser Altersgruppe für den kirchlichen Dienst zu gewinnen, sie dafür auszubilden und sie in geeigneter Weise einzusetzen. Dies dürfte aber durchaus möglich sein, wenn man mit Phantasie und Flexibilität diese Aufgabe anfaßt. Folgendes müßte geschehen:

1. In jeder Landeskirche sollte man feststellen, welche Spezialaufgaben von Frauen in Teilzeitarbeit (20-30 Wochenstunden) übernommen werden könnten. Der allgemeine Trend weg von der Allround-Gemeindehelferin zur Fachkraft, der von der Kirche bejaht werden sollte, könnte dem entgegenkommen. Als Sonderaufgaben kommen evangelische Unterweisung in Schulen, Frauen- und Mütterarbeit, Krankenhausseelsorge, Alten-Klubarbeit, Besuchsdienst usw. in Betracht. Weniger geeignet sind Jugendarbeit und Aufgaben, die die Frau abends aus dem Hause führen.

2. Die Ausbildung für solche Dienste muß so gründlich wie möglich geschehen. Aus familiären Gründen kommt der Besuch eines Seminars oder einer Hochschule oder von Abendkursen nur in Ausnahmefällen in Betracht. Am ehesten läßt sich an ein Fern-

studium denken. Man hat in anderen Ländern bereits gute Erfahrungen damit gemacht. In Deutschland werden zur Zeit diesbezügliche Pläne ebenfalls erörtert. Im kirchlichen Raum können die Kirchenprovinz Sachsen und das Burckhardthaus-Ost erste positive Ergebnisse eines Fernstudiums aufweisen. Kürzlich ist im Kreise der landeskirchlichen Schulreferenten der Plan eines Fernstudiums für Religionslehrer, die ihre Prüfung vor den staatl. Prüfungsämtern ablegen sollen, erörtert worden. Man müßte prüfen, ob ein Fernstudium wenigstens mit einem theologischen Grundkurs einem größeren Personenkreis angeboten werden könnte, an das sich ein spezialisiertes weiterführendes Studium für verschiedene Formen des Gemeindedienstes anschließen müßte. Da Frauen in besonderer Weise auf Vermittlung von Wissen durch Menschen und weniger durch Bücher angewiesen sind, sollte dieses Fernstudium durch Kurz-Lehrgänge oder durch regionale Seminarsitzungen ergänzt werden, die den Kontakt mit den Dozenten herstellen und der Aussprache dienen. Auch sollte man versuchen, auf örtlicher Ebene kleine Gruppen von Frauen zu bilden, die sich gemeinsam einem solchen Fernstudium unterziehen. Selbstverständlich muß dieses Studium zu einem ordentlichen Abschluß führen und eine Berechtigung vermitteln.

Die Kosten müßte im wesentlichen die Kirche tragen. Eine Eigenbeteiligung der Studierenden sollte selbstverständlich sein und nicht zu knapp bemessen werden. Möglicherweise können auch staatliche Mittel, die heute für die Weiterbildung der Frau, die in das Berufsleben zurückkehren will, gewährt werden, in Anspruch genommen werden.

Aufbau und Durchführung sollte möglichst eine Einrichtung übernehmen, die über Erfahrung in der Ausbildung und Weiterbildung von kirchlichen Mitarbeitern verfügt. Dafür käme z. B. das Burckhardthaus in Frage, das zudem einen Verlag besitzt, der für seine guten Arbeitshilfen und Handreichungen bekannt ist. Das Institut, dem diese Aufgabe übertragen würde, müßte finanziell und personell so ausgestattet werden, daß von vornherein ein zureichendes Niveau der Ausbildung garantiert ist. Neben wenigen hauptamtlichen Mitarbeitern könnte ein Kreis von nebenamtlichen Kräften, z. B. von verheirateten Theologinnen gewonnen werden. Die Federführung sollte bei der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland liegen.

3. Die Werbung für einen solchen Beruf müßte auf breiter Basis mit allen publizistischen Mitteln erfolgen. In erster Linie wäre sie Aufgabe der kirchlichen Frauenarbeit. Diese erreicht mit ihren Mütterschulen, ihren staatsbürgerlichen Tagungen und ähnlichen Veranstaltungen und nicht zuletzt mit ihrem Schrifttum einen Teil der Altersgruppe, auf den es hier ankommt. In dem Umschichtungsprozeß, in dem sich die Frauenarbeit heute befindet, dürfte für eine solche neue Aufgabe eine große Chance liegen. Vielleicht erreicht die Frauenarbeit auf diese Weise die breite Schicht der Frauen, die eine höhere Schulbildung besitzen oder eine gute Berufsausbildung genossen haben und die nun gern wieder geistige und praktische Arbeit tun möchten. Die kirchliche Frauenarbeit könnte auf diese Weise zum Mutterboden werden, auf dem die Gewinnung, die Ausbildung und die Mitarbeit von Frauen im Gemeindedienst wachsen kann.

Gelingt es, an Stelle der bis vor nicht allzulanger Zeit gültigen Leitbilder für die Mitarbeit der Frau in der Kirche neue zu setzen, die unserer Zeit entsprechen, könnte auch für junge Menschen der Beruf der Gemeindehelferin (oder wie immer man ihn nennen mag) wieder attraktiv werden. Die Art und Weise, wie die Kirche die Mitarbeit der verheirateten Frau regelt, könnte vielleicht auch der Welt als Modell dienen, wie es mit der Mutterhausdiakonie für ihre Zeit geschah.

Im Berichtsjahr war es vornehmlich das Vorhaben des theologischen Fernstudiums, das in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen, dem Comeniusinstitut, Theologen und Erziehungs-

wissenschaftlern so weit gefördert wurde, daß in absehbarer Zeit mit den ersten Kursen gerechnet werden kann.

## 7. DER BEITRAG DER KIRCHE ZU AUFGABEN DES POLITISCHEN UND SOZIALEN FRIEDENS<sup>7</sup>

### *a) Die Diskussion über Recht und Grenze kirchlicher Verantwortung für Staat und Gesellschaft*

Die in breitester Öffentlichkeit und innerkirchlich geführten Auseinandersetzungen über die kirchlichen Denkschriften zu politischen und sozialen Fragen, die von einer beflissenen Presse verbreiteten Gerüchte um eine angeblich in Vorbereitung befindliche „Friedensdenkschrift“ – die durch kein noch so begründetes kirchenamtliches Dementi zum Schweigen zu bringen waren – und die Diskussion um politische Äußerungen und Stellungnahmen leitender kirchlicher Persönlichkeiten ließen die Grundsatzfrage nach Recht und Grenze der schlagwortartig als politische und gesellschaftliche Diakonie bezeichneten Verantwortung der Kirche für das politische und soziale Leben und Zusammenleben akut und zu einem der im Jahre 1967 besonders umstrittenen Probleme im öffentlichen und innerkirchlichen Gespräch werden. Hart prallten höchst unterschiedliche, ja gegensätzliche Meinungen aufeinander; es kam zu Gruppierungen, Frontbildung, zu bitteren Vorwürfen, drohenden Klagen und unsachlichen Unterstellungen bis hin zu böser Verdächtigung und diffamierender Verleumdung.

Die zeitlich erste innerkirchliche Kontroverse wurde zwischen Landesbischof D. Dr. Lilje und Professor D. Gollwitzer geführt. In seinem im Mai 1967 der Regionalsynode West der Generalsynode der VELKD erstatteten Bericht des Leitenden Bischofs erklärte Landesbischof D. Dr. Lilje zur Frage der politischen Verantwortung der Kirche:

... Die Politisierung der Kirche ist eine Gefahr, die uns seit dem Ende des Zweiten Krieges begleitet hat. Es ist verständlich, daß als Gegenschlag gegen die einseitige und heidnische Politisierung der Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus eine andere Form politischer Bewährung der Kirche gesucht wurde. Aber das Bedenken richtet sich dagegen, daß nun manchmal eine so einseitige Form politischen Engagements der Kirche dabei herausgekommen ist, daß man hier mit Nachdruck zur Besinnung rufen muß. Wenn kürzlich in einer Vorbesprechung vor dem Kirchentag Helmut Gollwitzer scharfe Kritik daran geübt hat, daß auf dem Programm des Kirchentages kein einziger wirklicher Kommunist erscheine, und wenn er die übrige Rednerauswahl als eine Widerspiegelung der Bonner Koalition von heute bezeichnete, so kann man sich kaum ein deutlicheres Beispiel für die falsche Politisierung dieses Denkens vorstellen. Natürlich hat der Kirchentag die Freiheit – wie sie auch die Kirche hätte –, einen richtigen und überzeugten Kommunisten und Marxisten zu Gehör kommen zu lassen – selbstverständlich! Aber wenn dies zu der entscheidenden Kategorie für die Beurteilung des Kirchentages gemacht wird, dann geht das doch wohl über das hinaus, was man als

7. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1966, S. 167 ff.

sachlich gerechtfertigt ansehen kann. Wenn die Denunzierung der Rednerequipe des Kirchentages als eines Reflexes der Bonner Koalition hinzukommt, dann kann man nur fragen: Was sind das für Maßstäbe? Die Parteien in Bonn mögen gut oder schlecht sein; jeder hat das Recht, sich sein eigenes Urteil zu bilden. Aber aus diesem Bereich die Maßstäbe für das zu nehmen, was heute Auftrag der Kirche und ihrer Verkündigung ist, halte ich für schlechthin unvollziehbar. Man wird nicht alles in diesem irdischen Bereich „vom Evangelium her“ beurteilen können. Aber verdächtig wird diese Politisierung in dem Augenblick, in dem nicht einmal der Versuch gemacht wird, objektiv nach beiden Seiten einen solchen Maßstab anzuwenden. Wenn das, was aus östlicher Richtung kommt, immer eine leise Vorgabe hat und das, was im Westen passiert, sein kann, wie es will, aber von vornherein unter einem negativen Urteil steht, dann ist doch die Gefahr einer primitiven Urteilsbildung vorhanden, die nicht gutgehen kann.

Sie geht ebensowenig an wie die Klage derer, die da meinen, unser Vaterland sei verraten und wir hätten – was auch immer es sein mag – unsere politische Ehre in den Staub getreten, wenn wir uns kritischen, nüchternen, illusionslosen Erwägungen aufschließen, wie es zumindest dem Versuch nach in den Denkschriften der Kirche getan worden ist. Diese Politisierung ist deswegen mit Schärfe abzulehnen, weil gerade die lutherische Kirche immer in dem Verdacht gestanden hat, daß sie hier besonders anfällig sei. Wenn sie beweisen will, daß sie das nicht ist, dann kann sie es nur dadurch tun, daß sie eine rechte Form politischer Verantwortung innerhalb der Kirche entwickelt. Das wiederum kann sie nur, wenn sie ein solches Engagement nicht von vornherein ablehnt, sondern sich in sorgfältiger, gerechter, objektiver Urteilsbildung um die Frage bemüht, welchen Dienst sie im politischen Bereich leisten kann.

Einige Monate später antwortete Professor D. Gollwitzer Landesbischof D. Dr. Lilje in einem Offenen Brief:

Berlin, 20. 9. 1967

*Sehr geehrter Herr Landesbischof!*

Von befreundeter Seite bekomme ich den Tätigkeitsbericht zugeschickt, den Sie als Leitender Bischof bei der 1. Tagung der Generalsynode der VELKD (Regionale Tagung) in Goslar vom 21. bis 26. Mai 1967 abgegeben haben und allen Synodalen lutherischer Landeskirchen in der Bundesrepublik haben zugehen lassen. In diesem Referat haben Sie es für nötig gehalten, mich als abschreckendes Beispiel für die Politisierung der Kirche vorzuführen. Sie berichten von einer Kritik an einer Rednerliste für den letzten Deutschen Evangelischen Kirchentag (und zwar, was Sie verschweigen, für die Arbeitsgruppe Politik), die ich in einer Vorbesprechung vor dem Kirchentag vorgetragen habe – in einem internen Kreise also, so daß Hörer und Leser Ihres Berichtes nicht nachprüfen können, was ich eigentlich gesagt und gemeint habe. Daß Sie eine Diskussion im geschlossenen Kreise von Kirchentagsmitarbeitern an die Öffentlichkeit ziehen, wird man nicht als eine Förderung der Kirchentagsarbeit ansehen können. Es bleibt mir daraufhin nichts übrig, als Ihnen öffentlich zu antworten.

Bei der Vorbesprechung der Bibelarbeiter des Kirchentages am 28. 3. 1967 wurden uns als vorgesehene Referenten und Podiumsredner bei der Arbeitsgruppe Politik für den 1. und den 3. Tag genannt die beiden Bundesminister Wehner und Stoltenberg, die Professoren Erdmann und Häfele, die CDU-Abgeordneten Gradl und Blumenfeld, der SPD-Abgeordnete Lohmar, der Vertriebenen-Sprecher Philipp von Bismarck, die Industriellen und Gewerkschaftler Walter Bauer, Haverkamp, Dr. Friedrichs und Dr. Eichler, der Staatssekretär a. D. Clausen und der Akademieleiter Müller-Gangloff, dazu als Gesprächsleiter Conrad Ahlers und Eberhard Müller. In jenem Ge-



spräch und in einem Briefwechsel mit dem Kirchentagspräsidenten Dr. von Weizsäcker habe ich meine Kritik an dieser Rednerauswahl tatsächlich dahin formuliert: 1. Diese Auswahl halte sich im Schema der Großen Koalition, und 2. sie praktiziere die Zwei-Staaten-Theorie in der Deutschlandfrage.

Denn erstens: es sei auf dieser Liste (abgesehen von Müller-Gangloff, der aus besonderem Anlaß aufgefördert worden war) keiner, der sich in den vergangenen Jahren kritisch zur Politik des Bonner Parteienkartells ausgesprochen habe, nicht einmal ein Vertreter des oppositionellen Flügels der FDP, geschweige denn jemand, der in seinen Anschauungen den kirchlichen Bruderschaften nahestehende oder den über 1400 Pfarrern, die in diesem Jahre den Ostermarschaufruf unterschrieben haben. Diese ganze Richtung, die immerhin seit vielen Jahren an den Fragen des Friedens arbeitet, sei auf einem Kirchentag, der dem Thema des Friedens gewidmet ist, von der Mitsprache über die politischen Fragen ausgeschlossen und auf das am 2. Tag behandelte Problem der Kriegsdienstverweigerung beschränkt worden. Und zweitens: Wer die Zwei-Staaten-Theorie in der Deutschlandfrage akzeptiert, kann beim Thema „Die Bundesrepublik und der Friede“ die Existenz des Kommunismus ignorieren. Wer aber meint, daß bei diesem Thema von der deutschen Spaltung und von der Überwindung der aus ihr resultierenden Gefahr für den Frieden gesprochen werden muß, der muß vom Kommunismus und von der DDR sprechen. Wer das aber tut, ohne neben westlichen Politikern auch einen Vertreter der kommunistischen Seite zu Worte kommen zu lassen, der verrate damit, daß er immer noch der Meinung ist, der Friede in Europa könne gewonnen werden an den Kommunisten vorbei und unter Ignorierung dessen, was Kommunisten zum Frieden zu sagen haben – eine Meinung, die außerhalb von Westdeutschland kein vernünftiger Mensch in Europa mehr hegt. Wolle der Kirchentag nicht eine einseitige Parteiansicht propagieren, sondern die verschiedenen Auffassungen, die es heute unter uns, auch in der Kirche, gibt, zur Aussprache versammeln, wolle er zur schonungslosen Erkenntnis der Realitäten verhelfen, und strebe er einen über die bestehenden Gegensätze hinausführenden Dienst der Kirche an, dann müsse diese einseitige Auswahl der Redner schleunigst noch geändert werden. Dabei leitete mich allerdings der Gedanke, ein Kirchentag unter dem Friedensthema sollte nicht so sehr eine Gelegenheit für die Regierenden sein, ihre Politik dem Volke zu erläutern, sondern eine Gelegenheit für Christen, sich über den Beitrag, den Christen im politischen Bereich zur Überwindung der festgefahrenen Gegensätze im heutigen Deutschland und Europa leisten können, auszusprechen. Daß dies nicht möglich ist, ohne die Selbstinterpretation östlicher Politik ebenso zu hören wie die Selbstinterpretation westlicher Politik, liegt auf der Hand. Es ist denn auch bei der Arbeitsgruppe Politik in Hannover nichts herausgekommen, was weiter nach vorn gewiesen hätte.

Ich nehme zur Kenntnis, daß Sie in diesem meinem Votum den Versuch erblicken, zu einer „einseitigen Form politischen Engagements der Kirche“ zu verführen, und lerne daraus: Einseitige Politisierung der Kirche geschieht nach Ihrer Meinung nicht dann, wenn die Rednerliste für eine kirchliche Veranstaltung über politische Themen einseitig zusammengesetzt ist, sondern dann, wenn diese Einseitigkeit festgestellt und eine mehr überparteiliche Zusammensetzung gefordert wird. Einem politischen Maßstab für kirchliche Dinge verfallen ist nicht der, der eine solche Auswahl macht, sondern der, dem sie auffällt und der dagegen protestiert.

Man könnte sich dabei genügen lassen, das Groteske Ihres Vorwurfs aufzudecken, wenn er nicht so bezeichnend wäre für eine verbreitete Haltung, die auf eine lange Tradition zurückgeht: Keine Politisierung der Kirche war es, wenn in unserem lutherischen Deutschland für Kaiser und Reich und Helden Tod und gegen die gottlose Sozialdemokratie gepredigt wurde; Politisierung fürchtete man erst, wenn religiöse Sozialisten und Pazifisten sich rührten. Unpolitisch war es, wenn ein Theologe des Lutherischen Rates den „Krieg als geistige Leistung“ rühmte; Politisierung der Kirche glaubte

der Lutherische Rat aber fürchten zu müssen, als in der Gebetsliturgie der Bekennenden Kirche der Krieg als Gottesgericht angesehen wurde. Unpolitisch war es, als Sie sich nach 1950 für die Remilitarisierung erklärten; politisiert wurde die Kirche nur durch die Warnungen vor der Remilitarisierung. Unpolitisch ist, wenn die lutherischen Bischöfe im Augenblick, wo die Regierung nach Atomwaffen strebt, dem Volke die Angst vor dem Atomkrieg auszureden versuchen (Sommer 1957); Politisierung der Kirche findet statt, wenn behauptet wird, Gottes Gebot habe uns etwas zu den Atomwaffen zu sagen. Politisiert sind nicht lutherische Bischöfe, wenn sie gegen Niemöller zum Vertrauen gegenüber den drei Bundestagsparteien auffordern; Politisierung betreibt nur Niemöller durch seinen Vorschlag eines Wahlboykotts. Es ist kein Zeichen von Politisierung, wenn Sie nach dem Ungarnaufstand 1956 Ihrer Hannoverschen Synode (in gänzlicher Verkenntnis der Geschehnisse!) verkünden, die „Theologie der Abrüstung“ sei nun widerlegt; politisiert wird die Kirche aber von denen, die meinen, eine christliche Kirche müsse sich für die Möglichkeit der Abrüstung interessieren. Unpolitisch ist es, wenn kirchliche Gremien sich über die Probleme der Notstandsgesetzgebung durch Bonner Ministerialbeamte informieren lassen; Politisierung fände statt, wenn sie ebenso die oppositionellen Kritiker anhörten. Unpolitisch ist es, solange EKD und VELKD von der Bundesrepublik aus geleitet werden; Politisierung fände statt, wenn die Leitung an Vertreter der Kirchen der DDR überginge. Unpolitisch handelt die Locomotive Evangelische Akademie, wenn sie sich der amerikanischen Vietnam-Propaganda zur Verfügung stellt (Juli 1967); politisiert wäre sie erst, wenn sie gleichermaßen Vertreter Nord-Vietnams und des Vietkong zu Worte kommen ließe. Unpolitisch ist es, wenn die Hannoversche Kirchenleitung (mit Recht!) zum Gebet für den bedrohten Staat Israel aufruft; politisch würde ein solcher Aufruf erst dann, wenn er auch dem durch die amerikanische Intervention in seiner Existenz bedrohten vietnamesischen Volke gälte. Unpolitisch ist es (um zum Anlaß dieses Briefes zurückzukehren), wenn auf Kirchentagen zu politischen Fragen Vertreter der Regierungslinie sprechen; Politisierung der Kirche betreibt, wer auch Vertreter der Opposition auftreten lassen will. Liebes altes Luthertum, deine heutigen Söhne pflegen zu kritisieren, du seiest früher zu obrigkeitstreu gewesen, aber du kannst unbesorgt sein: wenn es darauf ankommt, bleibt es auch bei ihnen, wie es immer gewesen ist!

Sie haben, sehr geehrter Herr Landesbischof, sich energisch und verdienstvoll für die Ost-Denkschrift der EKD eingesetzt. Der Unterschied zwischen einer abzulehnenden Politisierung der Kirche und einer Wahrnehmung politischer Verantwortung auch durch die Kirche ist Ihnen nicht unbekannt. Sie wissen, daß es z. B. auch in jenem Gespräch der Kirchentagsmitarbeiter um die Frage ging, wie der Kirchentag die politische Aufgabe, die er sich mit dem Friedenthema gestellt hatte, recht wahrnehmen könnte. Wie kommen Sie dazu, jemanden, der vor einseitiger politischer Schlagseite warnt, zu unterstellen, er versuche den Kirchentag zu politisieren, was doch heißt: Kirche und Evangelium zum Vorspann für politische Parteimeinungen zu machen? Haben Sie nicht bedacht und aus der Geschichte gelernt, daß Politisierung der Kirche gerade bei vermeintlich unpolitischer Haltung geschehen kann? Ist Ihnen der Vorwurf unverständlich, verborgene, allzu selbstverständliche und darum kaum bewußte Parteinahme für westliche Politik und bürgerliche Gesellschaft hätten die evangelische Christenheit, gerade auch die meisten ihrer führenden Persönlichkeiten, nach 1945 unfähig gemacht, die Aufgabe der evangelischen Kirche im gespaltenen Deutschland zu erkennen und zu erfüllen? Können Sie sich nicht vorstellen, daß ein unabhängiger Christ und Theologe, wenn er darauf drängt, auch das, was von Marxisten und Kommunisten verschiedener Schattierung gesagt wird, ernsthaft anzuhören, nicht aus politischer Berechnung, sondern aus christlichem Motiv handelt? Fürchten Sie, der Sie als lutherischer Bischof eine politische Zeitschrift herausgeben, die unter dem harmlosen Titel „Sonntagsblatt“ wöchentlich einen sehr bestimmten politischen Einfluß auf unzählige evangelische

Pfarrhäuser und Gemeindekreise ausübt, nicht, daß der Vorwurf der Politisierung, den Sie so freigiebig austeilen, auf Sie selbst zurückfallen könnte?

Sie fügen in Ihrem Synodalbericht dem Angriff auf mich einige Sätze an, die ich wegen des Zusammenhangs wohl oder übel auf mich beziehen muß: Sie sprechen gegen Leute, die „nicht einmal den Versuch“ machen, „objektiv nach beiden Seiten“ den gleichen Maßstab anzulegen, und bei denen, „das, was aus östlicher Richtung kommt, immer eine leise Vorgabe hat, und das, was im Westen passiert, sein kann, wie es will, aber von vornherein unter einem negativen Urteil steht“, die also der „Gefahr einer primitiven Urteilsbildung“ unterliegen. Was mich betrifft, so wissen Sie selbst genau, daß Sie meine Haltung damit nicht treffen. Wenn ein leitender lutherischer Bischof zur gegenwärtigen innerkirchlichen Diskussion politischer Fragen an repräsentativer Stelle nichts als solche vagen und ungerechten Verdächtigungen vorzubringen hat und dabei keinen Widerspruch findet, dann ist dies wahrhaftig ein Indiz für Politisierung der Kirche.

Mit Bedauern darüber, daß Ihre öffentliche Anschuldigung diese öffentliche Antwort erforderlich machte, bin ich mit vorzüglicher Hochachtung Ihr *Helmut Gollwitzer*

Landesbischof D. Dr. Liljes Erwiderung auf den Offenen Brief erfolgte kurz nach Ende des Berichtsjahres (17. Januar 1968) – die Überschreitung der durch die Chronologie gesetzten Grenze sei in diesem Zusammenhang um der Vollständigkeit der Berichterstattung willen gestattet – in einer ohne Manuskript vor der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers abgegebenen Erklärung, die auszugsweise wiedergegeben sei:

Erlauben Sie mir, auf eine Einzelkontroverse einzugehen, an der man einiges deutlich machen kann. Das ist die Kontroverse, in die ich mit unserem Freund und Bruder Professor Gollwitzer geraten bin. Er hat mich in einem Offenen Brief ziemlich vehement attackiert wegen einer Äußerung, die ich auf der Generalsynode (der VELKD) in Goslar getan habe.

Ich habe den Wunsch, deutlich zu machen, daß hier nichts unterdrückt werden soll. Deswegen spreche ich ohne Einschränkung über dieses ganze Problem und meine, daß man in einer sehr gereizten und von vielem Mißtrauen erfüllten Diskussionslage, wie wir sie leider in der EKD haben, gut daran tut, gar nicht erst den Eindruck zu erwecken, daß man hier etwas verschweigen wolle. Ich möchte also auf diesen Offenen Brief eingehen und zunächst feststellen: Ich habe diesen Brief nicht in derselben Weise beantwortet, wie er an mich gerichtet ist, d. h. ich habe nicht in einem anderen Offenen Brief geantwortet. Dafür habe ich zwei Gründe: Einmal hat jeder, der sich angegriffen fühlt durch eine solche Bemerkung, wie ich sie auf der Generalsynode der VELKD getan habe, das Recht, dem öffentlich zu widersprechen. Das gehört zu einer richtigen Demokratie; jeder hat das Recht, in der von ihm gewünschten Lautstärke seinen Widerspruch gegen eine solche Äußerung zu tun. Darin sehe ich nichts Ungewöhnliches, und wenn also solch ein Offener Brief erscheint, bin ich weder verwundert noch verletzt, sondern sage: Der hat das Recht, das zu tun. Wenn ich auf der anderen Seite nicht so direkt geantwortet habe, so entspricht das einer Praxis, die ich sehr lange befolgt habe. Ich habe, wenn ich es irgend vermeiden konnte, nie ein Dementi gegeben und habe auch sehr selten auf solche öffentlichen Attacken unmittelbar geantwortet. Mein Grundsatz, kein Dementi zu geben, hat sich so ausgezeichnet durch all die Jahre hindurch bewährt, daß schon einiges dazu gehören würde, mich von ihm abzubringen, und auf der anderen Seite habe ich nicht die Neigung, mir das Schlachtfeld vorschreiben zu lassen, auf dem ich den Waffengang antreten soll ...

Dieser Offene Brief von Prof. Gollwitzer ist in einer Hinsicht gar nicht schwierig zu beantworten, wenn es sich darum handeln würde, meine Kritik – die ich auf der Ge-



neralsynode an der politisierenden Theologie geäußert habe und wo ich Herrn Professor Gollwitzer als ein Exemplum politisierender Theologie erwähnt und attackiert habe – noch einmal ausführlich zu begründen. Die Beantwortung ist aber nach der anderen Seite sehr schwierig, weil in diesem Briefe von Prof. Gollwitzer eine ganze Reihe von Erwägungen auftauchen, die ich nicht gut auf mich beziehen kann. Er hat die These wieder ausgesprochen, daß das Luthertum, das in der Geschichte nach seiner Meinung immer eine obrigkeitstreue Haltung an den Tag gelegt habe, sich grundsätzlich offensichtlich nicht geändert habe. Das wird in aller wünschenswerten Deutlichkeit in dem ironischen Ausspruch am Schluß deutlich: ... „Liebes altes Luthertum, deine heutigen Söhne pflegen zu kritisieren, du seiest früher zu obrigkeitstreu gewesen, aber du kannst unbesorgt sein: wenn es darauf ankommt, bleibt es auch bei ihnen, wie es immer gewesen ist!“

Das läßt an ironischer Schärfe nichts zu wünschen übrig. Und ich möchte ... in diesem Zusammenhang ... mit einigem Nachdruck darauf hinweisen, daß das ... mich und wahrscheinlich auch die lutherische Kirche nicht trifft, sicherlich nicht in der pauschalen und globalen Weise, wie Prof. Gollwitzer sie gewählt hat.

...  
Und nun möchte ich ... in aller Kürze den Kern dessen, was mich bei meiner Äußerung (vor der VELKD-Synode) beschwert hat, aussprechen. Ich habe in jener Ansprache in Goslar als Beispiel für die Belastung der Einheit der EKD gerade das erwähnt, was ich „polisierende Theologie“ genannt habe.

Ich habe immer ungern gehört, daß die konfessionelle Verschiedenheit in Deutschland eine ernsthafte Belastung der Einheit der EKD sei und bestreite es bis zu diesem Augenblick. Die verschiedenen Konfessionen, die Reformierten und die Lutheraner, haben immer wieder gut miteinander arbeiten können und können es auch jetzt. Das, was uns wirklich in der Tiefe verbindet, der Respekt vor dem Worte Gottes, hat mich immer mühelos den Weg zu calvinistischen Brüdern finden lassen. Von daher meine Überzeugung: Das muß nicht eine Hypothek auf der Einheit der EKD sein, was da an Fragen enthalten ist, das können wir redlich, gut und ohne große Mühe in Ordnung bringen.

Ich habe aber der Überzeugung Ausdruck verliehen, daß wir in concreto oft viel mehr von der Verschiedenheit unserer politischen Haltung bedroht sind, und mit „polisierender Theologie“ habe ich eine Haltung gemeint, die für meinen Eindruck allzu kurzschlüssig aus dem Evangelium bestimmte politische Folgerungen abzuleiten sich bemüht. Und dabei machen wir die erstaunliche Beobachtung, daß man doch fast immer eine gewisse Präferenz für Dinge hat, die – wie man in abgekürzter Sprache sagen kann – von links kommen, während das Bestehende immer unter einem leisen oder manchmal auch sehr ausgesprochenen Verdacht steht ...

Solange wir nicht die innere Freiheit haben, uns unsere politische Stellungnahme gegenseitig freizugeben, können wir nicht davon sprechen, daß wir in der Freiheit des Evangeliums handeln. Das ist der eigentliche Kern dieser Differenz zwischen uns, und ... ich nehme es in der Tat nicht leicht, daß man automatisch in solchen Situationen auf Reaktion, auf das Bestehende usw. verrednet wird und daß auch solch eine Äußerung, in der Freiheit des Evangeliums getan, offenbar nicht überzeugend von dem anderen aufgenommen wird.

...  
Wir werden allerdings hier noch eine ganze Menge lernen müssen, wie mir scheint. Dies muß man mit Heftigkeit sagen, denn die Auswirkungen ... sind nicht zu übersehen.

...  
Hier müssen wir in einer ganz anderen Ernsthaftigkeit im brüderlichen Gespräch verbunden bleiben, müssen die Geduld haben, auf das, was der andere sagt, zu hören,



und nicht voreilige Schlußfolgerungen ziehen, die uns schwer werden in der Durchhaltung, und es wäre schon gut, wenn hier die Freiheit, zu der das Evangelium uns im politischen Bereich führt, ernsthaft praktiziert würde.

In dieser Richtung ist also meine Sorge vor einer falschen Politisierung der Kirche nach wie vor existent ...

Aus einem Mangel an Mut entspringt meine Haltung nicht. Aber daß wir die Freiheit ganz anders lernen müssen als bisher, uns die wechselseitigen Stellungnahmen zu konzederieren, das scheint mir klar.

Eine zweite Meinungsverschiedenheit brach auf, als der Kirchentag der evangelischen Schlesier am 20. Mai 1967 in Worms folgende Thesen vorlegte:

#### DIE LIEBE ZUM EIGENEN VOLK IN DER FRIEDENSORDNUNG DER VÖLKER

##### 1.

Zur Aufgabe der Kirche gehört es, sich der Armen und Entrechteten auch im eigenen Volke anzunehmen, sich in Solidarität mit den Betroffenen um eine nüchterne Beurteilung ihrer Lage zu bemühen, sie vor liebloser Isolierung zu schützen und ihre Interessen auch im Rahmen des Rechtes mitzuvertreten. Die Kirche darf nicht an Unruhen mitschuldig werden, die überall dort entstehen, wo Rechtlosigkeit den Frieden gefährdet.

##### 2.

Die Kirche ist durch die Friedensbotschaft Gottes in Jesus Christus dazu gerufen, mit den ihr eigenen Gaben und Kräften dem Frieden der Welt und einer möglichst gerechten Verständigung der Völker zu dienen. Das gilt besonders im Blick auf die gegenwärtigen Gefahren und Bedrohungen der Menschheit. Die Kirche darf sich dabei weder von politischen Mächten und Ideologien in Anspruch nehmen lassen, noch selbst die Entscheidungen der Politiker vorwegnehmen wollen.

##### 3.

Die christliche Botschaft von Schöpfung, Erlösung und Heiligung ist Gottes Heilsangebot an die gesamte Menschheit. Dem Frieden unter den Völkern aber wird die Kirche nur dann dienen, wenn sie deren geschichtliche Ausprägungen und deren Rechtsansprüche nicht überspringt, sondern gewissenhaft beachtet.

##### 4.

Trotz aller internationalen Verflechtungen ist der Nationalstaat bisher noch die Grundeinheit des politischen Zusammenlebens der Völker. Daher müssen auf der Grundlage des Völkerrechts und durch seine Fortentwicklung Wege gesucht werden, die den Frieden in der Welt wirksam fördern. Universale und nationale Verantwortung müssen so aufeinander bezogen werden, daß sie wechselseitig füreinander fruchtbar werden.

##### 5.

Die Kirche hat sich in ihrem Bemühen um eine Friedensordnung der Welt gegen jeden übersteigerten Nationalismus und Gruppenegoismus zu wenden. Sie muß andererseits der Selbstachtung und Würde eines jeden Volkes und Staates, die Ausdruck ihrer geschichtlichen Entwicklung und ihrer Gliedschaft in einer kulturell differenzierten Menschengemeinschaft sind, gebührend Rechnung tragen. So wird sie auch der gewaltsamen Teilung als einem Unrecht am deutschen Volk entgegentreten und die völkerrechtlichen Bestimmungen, die Massenvertreibungen verbieten, für unser Volk gelten lassen müssen.

Die Kirche widersteht in ihrer Sendung an alle Völker jedem „Freund-Feind-Denken“. Sie darf dabei aber die Liebe des Christen zum eigenen Volk und die Achtung vor dessen berechtigten Ansprüchen auf Einheit, Freiheit und Selbstbestimmung nicht verleugnen. Unsere Kirche hat an den Sünden unseres Volkes mitzutragen. Mit ihm darf sie sich der vergebenden und erneuernden Gnade Gottes anvertrauen. In Treue und Liebe wird sie dem Volk auf dem Wege der Wiedergewinnung und Wahrung seiner Würde, seiner politischen Selbstachtung und seiner Rechte im Rahmen der Völkergemeinschaft geduldig zur Seite stehen.

Die Botschaft von der Versöhnung fordert von der Kirche, daß sie bei den Nahen und Fernen, beim eigenen Volk und bei den ihm gegenüberstehenden Völkern Boden für wechselseitiges Vertrauen schafft. Sie wird dem Haß die Liebe, der Gewalt das Recht und der Schuld aneinander Vergebung entgegenstellen. So wird sie dem Volk, in dem sie mit ihrem Auftrag wirkt, zu einem Selbstverständnis verhelfen, das seine verantwortungsbewußte Einordnung in die heute unabdingbar geforderte Weltgemeinschaft der Völker einschließt. Auch wenn nach menschlichem Ermessen die Situation vorläufig aussichtslos erscheint, darf die Kirche nicht resignieren; denn der Friedensdienst ist ihr ständig aufgetragen. Sie hat im Streben nach versöhnlichem Ausgleich dem Recht unter den Völkern und damit auch dem Recht des eigenen Volkes zu dienen. Dauerhaften Frieden gibt es nur in Gerechtigkeit.

In einem Schreiben an den Ostkirchenausschuß und an den Rat der EKD nahm der Lübecker Bischof Professor D. Meyer namens der Kirchenleitung kritisch und ablehnend zu den Thesen Stellung:

Die auf dem 4. Kirchentag der evangelischen Schlesier am 20. Mai 1967 in Worms verabschiedeten Thesen, die uns zur Kenntnisnahme übersandt wurden, geben uns Veranlassung, unserer Sorge Ausdruck zu geben. Wir sind überzeugt davon, daß so weder dem Frieden in der Welt noch dem eigenen Volk recht gedient wird. Insbesondere die Thesen 3, 5 und 6 sprechen in so verabsolutierender Weise von geschichtlicher Ausprägung des (doch wohl nationalen) Rechts, von Selbstachtung und Würde jeden Volkes und Staates, von berechtigten Ansprüchen auf Einheit, Freiheit und Selbstbestimmung, von politischer Selbstachtung und anderem, daß man nur fragen kann, wo hier noch eine theologische und kirchliche Begründung vorhanden ist; im Gegenteil, trotz aller Beteuerungen, daß es um den Frieden in der Welt gehe, wird hier die Kirche Jesu Christi in unverantwortlicher Weise zu einer Dienerin nationaler Interessen degradiert.

Wir können nur mit dem größten Bedauern davon Kenntnis nehmen, daß der Kirchentag der evangelischen Schlesier diese Thesen angenommen und dann auch noch veröffentlicht hat. Wir möchten hiermit in aller Form erklären, daß wir diese Thesen nicht annehmen, sondern ihnen nachdrücklich in ihrer Intention und in ihrem Wortlaut widersprechen.

Der Vorsitzende des Vorstandes der Gemeinschaft Evangelischer Schlesier, Professor D. Dr. Konrad, antwortete der Lübecker Kirchenleitung am 6. Oktober 1967:

...

Zu den Thesen ... müssen wir bemerken, daß uns der Vorwurf, die Kirche Jesu Christi werde „in unverantwortlicher Weise zu einer Dienerin nationaler Interessen

degradiert“, ... schlechthin unverständlich ist. Entweder beruht er auf einer Isolierung einzelner Sätze, die nicht aus dem Zusammenhang heraus, in dem sie stehen und von dem her sie ihre Begrenzung erhalten, verstanden werden, oder aber er basiert auf einem Verkennen der Intention aller Thesen ... Jedenfalls sieht sich der Vorstand der Gemeinschaft Evang. Schlesier genötigt, sich gegen den Vorwurf, der dem Schlesischen Kirchentag eine Degradierung der Kirche Jesu Christi unterstellt, schärfstens zu verwehren ...

Wenn an den Thesen 3, 5 und 6 beanstandet wird, daß sie „in so verabsolutierender Weise von geschichtlicher Ausprägung des (doch wohl nationalen) Rechts, von Selbstachtung und Würde jeden Volkes und Staates, von berechtigten Ansprüchen auf Einheit, Freiheit und Selbstbestimmung“ sprechen, so deutet schon die eingeschobene Klammer auf eine vermutende Unterstellung in der Interpretation. Eine nähere Prüfung würde aber zeigen, daß gerade nicht für die Verabsolutierung, wohl aber für die relative Berechtigung dieser Größen eingetreten wird. Angesichts von Strömungen und Gruppierungen in unserer Kirche, die diese Verantwortung der Christen verkennen oder sogar enthusiastisch zu überspringen versuchen, erscheint es allerdings erforderlich, ihre relative Berechtigung im Rahmen der notwendigen Friedensordnung zur Sprache zu bringen. Mehr ist nicht geschehen. Auch die beanstandeten Thesen 3, 5 und 6 stehen in einer nicht zu übersehenden Beziehung zu den anderen Thesen 1, 2 und 7. Deren Zusammenhang wird man nicht übersehen dürfen, wenn man zu einer gerechten Beurteilung der Aussagen des 4. Kirchentages der Gemeinschaft Evang. Schlesier gelangen will. Wir vermissen an der Stellungnahme der Lübecker Kirchenleitung den Versuch, sich in die Lage der von den Diskussionen in Kirche und Öffentlichkeit betroffenen und beunruhigten Gruppen hineinzuversetzen und von daher um das Verständnis der Thesen bemüht zu sein. Sonst hätte sie kaum im Gegensatz zu vielen anderen zu dem Urteil gelangen können, „daß so weder dem Frieden in der Welt noch dem eigenen Volk gedient wird“. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß der 4. Schles. Kirchentag mit seinem Ringen um eine gemeinsame Aussage zum Thema „Die Liebe zum eigenen Volk in der Friedensordnung der Völker“ einen Gesprächsbeitrag geleistet hat, über den weiter nachzudenken eine kirchlich durchaus legitime Aufgabe ist. Daß eine maßvolle Stimme angesichts der vielen radikalen Äußerungen im kirchlichen Raum der mangelnden Bereitschaft zum Frieden verdächtigt werden kann, stimmt nachdenklich, besonders wenn immer wieder der Dialog als Mittel zum Ausgleich betont wird ...

Bischof Professor D. Meyer erwiderte am 28. November 1967:

... Die Antwort wird mir nicht leicht, weil ich bei der Lektüre Ihres Schreibens mit Erschrecken festgestellt habe, daß wir offenbar verschiedene Sprachen sprechen und – vielleicht jeder auf seiner Seite – der Begriffsverwirrung zum Opfer gefallen sind, die durch die Politisierung der Kirche in den vergangenen Jahren auf bundesdeutscher und auf ökumenischer Ebene entstanden ist.

Ich will dennoch versuchen, auf Ihr Schreiben einzugehen, weil ich davon überzeugt bin, daß wir nicht aufhören dürfen, miteinander zu reden, gerade dann nicht, wenn wir uns offenbar gegenseitig – noch – nicht verstehen.

Sie weisen uns darauf hin, daß der Kirchentag der Gemeinschaft Evangelischer Schlesier ... Vertreter der in der Bundesregierung lebenden Glieder der schlesischen Kirche, „die ja nicht zu bestehen aufgehört hat“, ist.

Verzeihen Sie, wenn ich hier schon mit meinen Fragezeichen beginne. Ich weiß, daß es eine schlesische Kirche in der DDR gibt. Ich weiß auch, daß in der evangelisch-lutherischen Kirche Polens kümmerlich versorgte Restgemeinden schlesischer evangelischer Christen existieren. Es fällt mir schwer, einzusehen, daß die in der Bundesrepublik

lebenden Schlesier, die doch alle im Bereich irgendeiner der Gliedkirchen der EKD wohnen und die doch ohne Frage Mitglieder der betreffenden Gliedkirchen sein und von dieser betreut werden, noch eine zweite Kirchenmitgliedschaft in einer mit vereinsrechtlichen Satzungen ausgestatteten schlesischen Kirche haben wollen. Inwiefern ist diese vereinsrechtlich organisierte Kirche Kirche? Wie ist ihr Verhältnis zu den Gliedkirchen der EKD in der Bundesrepublik? Wenn sie dennoch meint, eine besondere Existenz haben zu müssen, unter welchem Vorzeichen und mit welchem Grund erhebt sie den Anspruch, neben oder in den Gliedkirchen der EKD in der Bundesrepublik Kirche zu sein? Nur aus dem Grunde, daß es sich eben um vertriebene Christen aus Schlesien handelt, die doch inzwischen Heimat in der Bundesrepublik und in einer der Gliedkirchen in der Bundesrepublik gefunden haben?

... Sehr wahrscheinlich werden wir mit Blick auf die Ostdenkschrift und die interpretierende Erklärung der Berlin-Spandauer Synode verschiedener Meinung sein. Ich halte die Ostdenkschrift zusammen mit der Spandauer Erklärung für ein ausgezeichnetes Beispiel eines abgewogenen und nach allen Seiten hin gerechten politischen Engagements der Kirche, die nicht der Gefahr einer Inanspruchnahme durch politische Mächte und Ideologien erlegen ist oder gar die Entscheidung der Politiker vorwegnehmen wollte. Dieser Charakter der Ostdenkschrift ist leider durch die ohne Frage von den Vertriebenenverbänden gesteuerte Darstellung in der Presse verdunkelt und verfälscht worden ... Mit welcher Intention hat der 4. Kirchentag der evangelischen Schlesier gemeint, die Ostdenkschrift und die Spandauer Erklärung weiterführen zu müssen? Das ist doch wohl die Frage, die man ... an die gesamten Thesen stellen muß.

Was haben wir in Beantwortung dieser Frage aus Ihren Thesen herausgehört? Darf ich einmal zitieren: These 1. Zur Aufgabe der Kirche gehört es, sich der Armen und Entrechteten auch im eigenen Volke anzunehmen.

These 3. Dem Frieden unter den Völkern wird die Kirche nur dann dienen, wenn sie deren geschichtliche Ausprägungen und deren Rechtsansprüche nicht überspringt.

These 4. Trotz aller internationalen Verflechtungen ist der Nationalstaat bisher noch die Grundeinheit des politischen Zusammenlebens der Völker.

These 5. Die Kirche ... muß andererseits der Selbstachtung und Würde eines jeden Volkes und Staates ... Rechnung tragen. So wird sie auch der gewaltsamen Teilung als einem Unrecht am deutschen Volk entgegentreten.

These 6. Die Kirche widersteht zwar jedem „Freund-Feind-Denken“, aber sie darf dabei die Liebe des Christen zum eigenen Volke und die Achtung vor dessen berechtigten Ansprüchen auf Einheit, Freiheit und Selbstbestimmung nicht verleugnen. In Treue und Liebe wird sie dem Volk auf dem Wege der Wiedergewinnung und Wahrung seiner Würde, seiner politischen Selbstachtung und seiner Rechte im Rahmen der Völkergemeinschaft geduldig zur Seite stehen.

These 7. Auch wenn nach menschlichem Ermessen die Situation vorläufig aussichtslos erscheint, darf die Kirche nicht resignieren; denn der Friedensdienst ist ihr ständig aufgetragen. Sie hat im Streben nach versöhnlichem Ausgleich dem Recht unter den Völkern und damit auch dem Recht des eigenen Volkes zu dienen.

Sehr verehrter Herr Professor und lieber Bruder in Christus, ich vermag mit dem besten Willen hier nicht zu erkennen, inwiefern diese Erwägungen des Kirchentages der Schlesier eine Weiterführung der in der Ostdenkschrift und der Spandauer Erklärung ergriffenen Initiative der EKD zu einem nach allen Seiten hin gerechten, gewissensschärfenden politischen Engagement der Kirche sind. Hier wird doch in einer erschreckend einseitigen Weise immer wieder das wahrhaftig nur relative Recht des eigenen Volkes herausgestellt (wo bleibt eigentlich das Recht des polnischen Volkes und die Berücksichtigung des diesem Volke angetanen Unrechts?) und die Kirche im Namen des Evangeliums verpflichtet, den Interessen eben dieses eigenen Volkes zu dienen. Ich habe nicht übersehen, daß in den Thesen auch von Frieden unter den Völkern und „Frieden



in der Welt“, von einer Warnung von „übersteigertem Nationalismus und Gruppen-egoismus“, von einer „verantwortungsbewußten Einordnung“ unseres Volkes „in die heute unabdingbar geforderte Weltgemeinschaft der Völker“ die Rede ist. Aber da, wo es um konkrete Forderungen und Mahnungen an die Kirche geht, werden einseitig die vermeintlichen Ansprüche unseres Volkes herausgestellt und unterstrichen. Das ist der Punkt, an dem wir meinten, widersprechen zu müssen. Das ist der Grund auch, warum wir nach wie vor meinen, daß die Thesen die Kirche zu einer Dienerin nationaler Interessen degradiert haben.

Es tut mir leid, daß ich auch nach Erhalt Ihres Schreibens nicht davon überzeugt worden bin, daß unser Protest gegen die Thesen des 4. Kirchentages der evangelischen Schlesier unbegründet war. – Mir ist nur eines sehr deutlich geworden: Daß wir uns innerhalb der EKD, ganz gewiß unter Einbeziehung unserer Brüder aus den Ostgebieten unseres Vaterlandes, so bald wie möglich sehr sachlich, sehr beharrlich und sehr gründlich über Recht und Grenze des politischen Engagements der Kirche unterhalten müssen. Ich halte nach wie vor die Thesen des Kirchentages für ein einseitiges und nicht zu verantwortendes politisches Engagement, das, statt der Verwirrung und Spaltung zu wehren, diese Verwirrung vermehrt und vertieft.

Ein dritter Vorstoß in der Frage der politischen Verantwortung der Kirche blieb bisher – mit Ausnahme einiger Gespräche und Briefwechsel – ein aggressiver propagandistisch-demagogischer Monolog, nicht zuletzt deshalb, weil die vorgebrachten theologischen Argumente wirklicher Überzeugungskraft erman- geln, die politischen Argumente einem nicht mehr zeitgemäßen romantisch-konservativ-nationalen Denken entnommen und die Initiatoren und Träger dieses Vorstoßes in der Wahl ihrer Stilmittel nicht zimperlich sind. Die „Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher“, unterstützt von dem „Göttinger Arbeitskreis e. V.“ und seinem „Pressedienst der Heimatvertriebenen“, richtete seit dem Erscheinen der Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ im Jahre 1965 heftige Angriffe nicht nur gegen die Kammer für öffentliche Verantwortung, ihren Vorsitzenden, ihren Geschäftsführer und einige ihrer Mitglieder, sondern im zunehmenden Maße gegen die politische Aktivität der EKD überhaupt und ihrer Organe. Im Gründungsaufwurf der Notgemeinschaft vom 17. März 1966 heißt es:

Seit dem Erscheinen der Ostdenkschrift der EKD hat sich der Eindruck verstärkt, daß das Verhältnis der evangelischen Kirche zu Staat, Volk und Vaterland nicht mehr in Ordnung ist. Unzählige treue evangelische Deutsche, die in Liebe und Verehrung an ihrer Kirche hängen, fühlen sich von ihr im Stich gelassen ...

Im Dritten Reich waren die „Deutschen Christen“ dem gefährlichen Irrtum verfallen, das Jahr 1933, die nationalsozialistische Machtübernahme, als neue Gottesoffenbarung zu verstehen. Dagegen erhob die „Bekennende Kirche“ in Barmen mit Recht ihren Einspruch.

Heute scheint das Jahr 1945 für tonangebende Kreise in unserer Kirche zu einer neuen Offenbarungsquelle geworden zu sein. Der deutsche Zusammenbruch wird als ein Wort Gottes aufgefaßt, dem man politische Weisungen entnimmt. Man empfiehlt dem deutschen Volk eine Bußhaltung, die sich im Verzicht auf seine Rechte äußern soll. Die Sinnesänderung habe sich darin zu zeigen, daß sich unser Volk mit dem Ergebnis seiner Niederlage als einem endgültigen Urteilspruch abzufinden habe.

Der militärischen Kapitulation soll die geistige Unterwerfung folgen.

Zeitereignisse in kurzschlüssiger Deutung für das politische Zusammenleben von Völkern und Staaten heilsgeschichtlich ausmünzen zu wollen, das ist Schwarmgeisterei.

Mit tiefem Erschrecken sehen wir die Kirche der Reformation erneut – wenn auch mit entgegengesetzten Vorzeichen – von dieser Gefahr bedroht.

Der Irrtum von 1933 wollte das erlösungsbedürftige Volk selbst zur Heilsquelle machen. Der Irrtum heute verdunkelt die Frohe Botschaft von Jesus Christus. Es erscheint in beiden Fällen eine Anmaßung zu sein, Gottes Wege in der Geschichte nicht zu erkennen, sondern sogar vorausbestimmen zu können. Wir glauben, daß sich unsere Kirche Zurückhaltung in allen Äußerungen, die weltliche Probleme betreffen, auferlegen sollte, selbst wenn sie im staatlichen Bereich noch so wichtig erscheint.

Die Mahnung zu politischer Zurückhaltung, die sie an andere richtete, wurde von der Notgemeinschaft selbst wenig befolgt:

Nachdem sie durch Flugblätter und andere Veröffentlichungen den von ihr sogenannten „Linksprotestantismus“ als anzugreifenden und zu überwindenden Gegner aufgebaut hatte, richtete die Notgemeinschaft heftige und massive Angriffe gegen den Deutschen Evangelischen Kirchentag 1967. „Wohin mit dem linksprotestantischen Kirchentag?“ fragte ein Offener Brief einer führenden Persönlichkeit der Notgemeinschaft an die Leitung des Evangelischen Kirchentages, und in einem Flugblatt, das den Kirchentagsbesuchern ausgehändigt wurde, hieß es:

... Die offenkundige Politisierung und Klerikalisierung unserer evangelischen Kirche läßt uns gemeinsam befürchten, daß auch das uns allen am Herzen liegende Problem des Friedens bis zur Erschöpfung diskutiert wird, ohne daß ein befreiendes Ergebnis zustande kommt. Eine Arbeitsgruppe des Kirchentages ist ausdrücklich beauftragt, „unter politischem Aspekt die Fragen zu erörtern, wozu die Deutschen in der Bundesrepublik da sind, welche Opfer für den Frieden sie zu leisten haben“. Welcher Art diese Opfer sein sollen, haben zahlreiche Kirchenvertreter wiederholt ausgesprochen: Anerkennung des Pankower Gewaltregimes als zweiten deutschen Staat, Verzicht auf ein Viertel angestammten deutschen Heimatbodens, einseitige Abrüstung und keine Notstandsgesetzgebung.

Mit ihren zahlreich erschienenen oder geplanten Denkschriften und Stellungnahmen ... hat unsere Kirche die Grenzen, die gerade einer kirchlichen politischen Diakonie gesetzt sind, weit überschritten. Indem sie diese sehr menschlichen Verlautbarungen als „Prophetie“, als Verkündigung „im Namen Gottes“ und als Werk „des Heiligen Geistes“ anerkannt wissen will, macht sie sich sogar der Schwarmgeisterei schuldig und erschüttert die Fundamente evangelischen Glaubens. Sie will päpstlicher als der Papst sein.

Dabei haben sich ihre Antworten auf die deutschen Schicksalsfragen mehr und mehr den östlichen, d. h. kommunistischen Forderungen angenähert oder sogar mit diesen identifiziert. Für den evangelischen Deutschen ist es daher eine bittere Erkenntnis, der kommunistischen Propaganda nun auch im geistlichen Gewande zu begegnen.

Es steht der Evangelischen Kirche in Deutschland schlecht zu Gesicht, den Frieden zu fordern, zugleich aber den Unfrieden in ihre eigenen Gemeinden zu tragen und die Bemühungen unserer Regierung um einen gerechten Frieden und um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in seinen rechtmäßigen Grenzen zu beeinträchtigen.

... Niemand darf sich anmaßen, auf Rechte seines Bruders zu verzichten, die dieser nicht wirksam geltend machen kann! Er darf es schon deshalb nicht, weil es kaum mit christlicher Gesinnung zu vereinbaren wäre, 17 Millionen Landsleute drüben in Mitteldeutschland allein büßen zu lassen, während bei uns der Tanz um das Goldene Kalb ständig neuen Höhepunkten zusteuert.

Nein! Was wir vertreten und auch dieser Kirchentag vertreten muß, war zu allen Zeiten und in jedem Land der Erde selbstverständlich und wird selbstverständlich bleiben: Frieden und Recht sind unteilbar. Sie gemeinsam sichern erst gute Nachbarschaft zwischen Staaten, Völkern und Menschen. Das Ziel eines einigen, auf Freiheit begründeten Europas ist nur auf einer rechtmäßigen, das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf Heimat gewährleistenden Ordnung, nicht aber durch Duldung oder gar Billigung rechtswidriger Gewalt zu erreichen.

Die wichtigste Aufgabe einer deutschen Friedenspolitik ist das Ringen um Wiederherstellung des Rechtes für Deutschland und seine Menschen.

Wir sind daher dankbar, an der Spitze unseres Staates eine Regierung zu wissen, die mit Geduld und Beharrlichkeit tätig ist, um einen Frieden des Rechts in Freiheit herbeizuführen, und die in echt verstandenem Staatsbewußtsein nicht müde wird, denen zu widerstreben, die resignieren und damit dem Unrecht nachgeben wollen ...

Über allen Bemühungen um den politischen Frieden dürfen wir aber nicht vergessen, daß es oberste Aufgabe der Kirche ist: den Frieden Gottes in Christus zu verkündigen, der höher ist als alle Vernunft!

Nach Abschluß des Kirchentages hieß es in der Presse der Notgemeinschaft, es sei „wie vorausgesagt ein linksprotestantischer Kirchenparteitag“ gewesen, auf dem „offensichtlich bevorrechtet eine linksprotestantische Tendenz“ vorstieß, „darauf aus, mit der Kritik an den überlieferten und notwendigen Werten und Ordnungen ... eben einfach ‚das Bestehende zu verändern‘, auf eine völlig unklare und schwärmerische Fata Morgana weltweiter Zukunft hin.“

Im Herbst 1967 erschien unter der Verantwortung der Notgemeinschaft, jedoch unter Verschweigung der Verfasseramen, eine Broschüre mit dem Titel „Politik in der Kirche. Schwarmgeisterei oder fremde Machtpolitik?“ In der Vorbemerkung – übrigens der einzigen Stelle, an der Ansätze zu theologischer Durchdringung der anstehenden Probleme enthalten sind – heißt es:

Eine sich steigende politische Aktivität der EKD kann ... nicht mehr bestritten werden, ihre Folgen sind schwere Belastungen für die Gläubigen und Spannungen innerhalb der Kirche, die ihrem Bekenntnis widersprechen und die Glaubwürdigkeit ihrer Lehre gefährden. Das geistliche Gut der evangelischen Kirche wird nicht nur durch eine „politische und gesellschaftliche Diakonie“ beeinträchtigt, sondern auch die Theologie befindet sich in einer schweren Krise. Was bisher Inhalt der christlichen Verkündigung gewesen ist, wird in Frage gestellt, bezweifelt oder zerredet. Die Entstehung der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ und die Gründung der „Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher“ sind die weithin sichtbare Mahnung, von einem zeitgebundenen Irrweg zu lassen und statt dessen auf schmale Pfad in einer vergehenden Welt Christi Verheißung gehorsam zu folgen ...

Mit dieser Schrift wendet sich die „Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher“ erstmals an eine größere Öffentlichkeit. Nicht alle Sorgen und Fragen werden mit klärender Antwort rechnen dürfen. Gefahren aber und die verwirrenden Folgen einer zunehmenden Politisierung in der EKD werden augenfällig gemacht. Sie mögen die Kirche und ihre Glieder zur Selbstbesinnung führen ... Die EKD durchlebt eine notvolle Phase ihrer ehrwürdigen Geschichte. Sie wird nur dann mit einer Glaubenserneuerung enden, wenn heute bereits unvoreingenommen und bis zur Härte alle schwärmerischen Irrtümer oder menschlichen Abwege aufgezeigt werden, die eigenes politisches Denken oder Wünschen als Christi Gebot zu rechtfertigen suchen. Diese Schrift soll zu gläubiger Selbstbescheidung beitragen und damit zugleich bewirken, daß alle Geistlichen in un-

serer Kirche wieder zu Seelsorgern ihrer Gemeinde, zu Hirten der Gläubigen werden und der Gefahr oder der Versuchung entgehen, sich als politische Lehrmeister zu fühlen, damit vielen aber als politischer Gegner zu erscheinen.

Dann wird auf 85 Seiten gegen die „rote Propaganda im schwarzen Gewand“ zu Felde gezogen; der Linksprotestantismus, dem alle zugerechnet werden, deren politische Meinungen, Urteile und Überzeugungen den Wünschen und Vorstellungen der Notgemeinschaft nicht entsprechen, werden des Verrats am Vaterland bezichtigt und ungescheut und ungeschminkt als direkte oder indirekte Propagandahelfer kommunistischer Parolen und Maßnahmen angeprangert. Wörtlich heißt es in dem Pamphlet:

Es gibt kaum eine politische Frage, auf die eine Antwort zu geben die evangelische Kirche bzw. ihre eigens für diese Aufgabe geschaffenen Gremien nicht Anspruch erheben. Dabei kommt man nun allerdings nicht um die Feststellung herum, daß ihre Antworten und Stellungnahmen sich mehr und mehr den östlichen, d. h. den kommunistischen Forderungen und Vorstellungen vor allem in den Deutschland als ganzes betreffenden Sachbereichen angenähert, ja sich sogar mit diesen identifiziert haben. Es muß daher mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die kommunistische Propaganda in der evangelischen Kirche ein dankbares Objekt für ihre offenen und versteckten Subversions- und Infiltrationsbemühungen gefunden hat. Die „politischen Realitäten“ in der EKD lassen in objektiver Hinsicht keinen anderen Schluß zu (S. 57).

In der Tat, nicht nur das Engagement unserer Linksprotestanten in der DFU und vielen anderen Tarnorganisationen, die bei uns das Werk der Zersetzung betreiben, sondern vor allem die Duldung und der unverkennbare Anpassungsprozeß der Kirchenleitungen an „dasselbe Denken“ dieser äußerst aktiven Minoritäten in der evangelischen Geistlichkeit muß uns als Christen auf den Plan rufen.

Führende Persönlichkeiten und leitende Instanzen der Evangelischen Kirche in Deutschland zeigen eine Einstellung zu Staat, Volk und Vaterland, die das evangelische Kirchenvolk in wachsendem Maße beunruhigt (S. 72).

Der 13. Deutsche Evangelische Kirchentag in Hannover hat das hier gezeichnete Bild von der wachsenden Politisierung der evangelischen Kirche mit ihren gefährlichen Folgen für die Außen- und Innenpolitik des deutschen Kernstaates in einer erschreckenden Weise bestätigt ... Die Schleusen für eine massive politische Agitation im weitgespannten Rahmen der Kirche sind damit noch mehr geöffnet worden. Es war daher für den besorgten Beobachter der Entwicklungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland nur folgerichtig, daß jene politischen Tendenzen und Richtungen, die den irdischen Frieden mit staatlicher Kapitulation zum Nachteil ihrer Mitbürger, d. h. ihrer Nächsten, verwechseln, auf dem Kirchentag weithin das Feld beherrschten und eine geradezu erschütternde Identifikation mit den gezielten und zweckbestimmten Parolen und verlogenen Phrasen aus dem Raum östlich-kommunistischer Drahtverhaue, Wachtürme und Minenfelder verrieten (S. 84 f.).

Die Schrift der Notgemeinschaft schließt mit zwei Zitaten aus Veröffentlichungen namentlich genannter Autoren. Sie lauten:

Die Kirchengeschichte wird einmal über den kommunistischen Protestantismus das gleiche Urteil sprechen, wie sie es über den Kulturprotestantismus gesprochen hat.

Heute wie gestern gilt: Kirche muß Kirche bleiben – auch und gerade, wenn die schnellebige Zeit die Christen vor immer neue Probleme stellt.



Im September 1967 wandte sich die Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher unter Beifügung ihrer Veröffentlichung „Politik in der Kirche“ mit folgendem Schreiben an Kreise der Industrie und des Handels:

Wer die Praxis der sog. „gesellschaftlichen und politischen Diakonie“ der EKD sorgfältig beobachtet, weiß, daß sich starke Kräfte der Kirche, die ihr Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit bestimmen, von Jahr zu Jahr mehr die Schlagworte der kommunistischen Propaganda zu eigen gemacht haben und damit objektiv den Zielsetzungen der sowjetischen Politik in die Hände arbeiten. Es kommt nicht von ungefähr, daß die östliche Presse in dem nach kommunistischer Auffassung sich jetzt rasch vollziehenden Verfallsprozeß des Kapitalismus dem heutigen Protestantismus eine zentrale Rolle zuschreibt.

Wir bitten Sie deshalb auch *in Ihrem eigenen Interesse* sehr herzlich, unsere Arbeit zu unterstützen. ...

Die sachfremde Einmischung der Kirche auch in wirtschafts- und sozialpolitische Probleme erfordert eine stärkere Abwehrfront. Dies um so mehr, als die Kirche von heute bekanntlich über ein ausgezeichnetes finanzielles Fundament verfügt. Helfen Sie mit, daß die Evangelische Kirche in Deutschland für ihre treuen Gemeindemitglieder wieder zu einer geistlichen Heimat wird.

Bereits ein Betrag von zweihundert oder dreihundert DM, für den Sie selbstverständlich eine abzugsfähige Spendenbestätigung erhalten, würde uns eine willkommene Hilfe sein.

(Unterschrift)

„Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher e. V.“

Trotz schwerer Bedenken, die gegen die theologische wie die politische Argumentation und gegen die Kampfmethoden der „Notgemeinschaft“ geltend zu machen sind, muß das Gespräch mit ihr gesucht und geführt werden, um die strittige Frage zu klären, welchen Stellenwert im politischen Denken und Handeln der Kirchen und der Christen die Begriffe Frieden, Versöhnung, Recht und Gerechtigkeit, Heimat, Nation, Vaterland haben, und um der Gefahr eines unreflektierten schädlichen und gefährlichen Nationalismus entgegenzuwirken. Es ist zu beachten, daß die „Notgemeinschaft“ nicht eine akademisierende Studiengemeinschaft, sondern eine politische Aktions- und Kampfgemeinschaft ist. Die „Theologie“ einer Aktions- und Kampfgemeinschaft, zumal wenn sie heterogener Herkunft und Zusammensetzung ist, hat leicht ein Gefälle zur Ideologie, die die Fassaden romantisch verklärter Traditionen und konservativer Denk- und Gefühlsklischees mit scheinbar theologischen Argumenten zu unterfangen und zu stützen versucht. Zweifellos ist das Gespräch mit der „Notgemeinschaft“ ein überaus schwieriges Geschäft, aber es wird geleistet werden müssen.

### *b) Vom Dienst der Kirche am Frieden zwischen den Völkern*

Im Jahre 1967, das unter der Losung stand: „Uns, Herr, wirst Du Frieden schaffen, denn auch alles, was wir ausrichten, das hast Du für uns getan“, war die Kirche mit gleichem Nachdruck durch die theologisch-ekklesiologische Besinnung auf ihr Wesen und ihren Auftrag wie durch die Unruhe und Friede-

losigkeit in unserem Volk und in der Welt veranlaßt und genötigt, der Aufgabe der Erhaltung, Sicherung und Förderung des Friedens drinnen und draußen ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und ein erhebliches Maß von Mühe und Arbeit an die Erfüllung dieser Aufgabe zu setzen. Der Deutsche Evangelische Kirchentag 1967 in Hannover wurde unter dem Generalthema „Der Frieden ist unter uns“ gehalten. Keine Synodaltagung fand statt, bei der nicht die Friedensfrage – sei es grundsätzlich, sei es in der einen oder anderen Zuspitzung – auf der Tagesordnung gestanden hätte. Die Beratungen gesamt- und gliedkirchlicher Gremien wie die Bemühungen einzelner galten der rechten Ausrichtung des Friedensauftrags der Kirche in einer unruhigen Welt und friedelosen Zeit. Die Verpflichtung der Christenheit, sich nach innen und außen für den Frieden einzusetzen, ist grundlegender Auftrag der Kirche, die den Frieden, den Christus gestiftet hat, in ihrer Mitte zu leben und als Friedensvortrupp Gottes in der Welt auszubreiten hat. Von den Bemühungen der Kirche im Jahre 1967, diesen Auftrag nachzubuchstabieren und ihm in aller Schwachheit und Unzulänglichkeit nachzukommen, sei im folgenden einiges berichtet.

Die gliederreiche Kette kirchlicher Friedensbemühungen begann gleich in den ersten Tagen des Berichtsjahres und wurde das ganze Jahr hindurch fortgesetzt.

### A. Ein bischöflicher Briefwechsel

Am 2. Januar 1967 schrieb der Bischof der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, D. Jänicke, an den Vorsitzenden des Rates der EKD, Bischof D. Scharf:

Lieber Bruder Scharf! Lassen Sie sich zunächst von mir mit brüderlichen Grüßen und herzlichen Segenswünschen am Beginn des neuen Jahres grüßen! Gott schenke Ihnen viel Weisheit und Kraft von oben, daß Sie Ihr Amt ausrichten zu Seiner Ehre und zum Heil der Ihnen anvertrauten Gemeinden und anbefohlenen Brüder! Er schenke Ihnen persönlich auch Gesundheit und Frische und lasse Sie unter den vielfältigen Aufgaben nicht müde werden! Sie wissen, daß wir ständig und treulich Ihrer gedenken.

Ob Ihnen wohl bekanntgeworden ist, daß ich vor einigen Wochen an den Redakteur für kirchenpolitische Fragen in der „Neuen Zeit“, Herrn Eberhard Klages, geschrieben und ihm meine Sorgen wegen des von ihm gegen Sie, lieber Bruder Scharf, veranstalteten Trommelfeuers ausgesprochen habe? Meine Sorgen nicht um Sie, lieber Bruder Scharf, sondern um ihn und um die an sich schon geringe Glaubwürdigkeit der von ihm vertretenen Presse! Ich habe Herrn Klages geschrieben, es gebe hier genug Menschen, die Bischof Scharf besser kennen und wüßten, daß er kein Vertreter der „Militärkirche“ sei, als der er in der „Neuen Zeit“ immer wieder hingestellt würde. Bischof Scharf sei auch kein Vertreter der Hallstein-Doktrin, habe vielmehr den Vorschlag, durch ein gesamtdeutsches Gremium von Fachleuten eine Konföderation beider deutschen Staaten vorzubereiten, erneut aufgegriffen (– so war ich wenigstens unterrichtet worden!). Nun antwortete mir Herr Klages unter dem 22. 11. 1966 und legte seiner Antwort Fotokopien von Zeitungsausschnitten bei, die meine Aussagen widerlegen sollen, u. a. die Fotokopie eines Ausschnittes aus der „Neuen Ruhrzeitung“ vom 1. 11. 1966, nach welchem Sie eine „flexiblere Anwendung der Hallstein-Doktrin“ und ein „Maximum an Kontakten mit dem anderen Teil Deutschlands, die in erster Linie der Bevölkerung und nicht dem Staatsapparat der DDR zugute kommen“, befürwortet haben sollen.

Wie weit diese Auszüge Ihren Ausführungen entsprechen, kann ich natürlich nicht feststellen. Ich kann es auch verstehen, daß solch ein Wort von der „flexibleren Anwendung der Hallstein-Doktrin“ in der BRD schon ein hohes Maß von Erweichung der politischen Linie des Westens bedeutet, vielleicht schon ein Ärgernis erregendes Maß. Immerhin steht ja das Wort von der Hallstein-Doktrin nun doch da und steht gegen meine Behauptung, Sie seien kein Vertreter der Hallstein-Doktrin. Bin ich nun durch Ihre Ausführungen ins Unrecht gesetzt? Oder sollen Ihre Worte als ein Schritt zur Durchlöcherung der Hallstein-Doktrin gewertet werden (die ja schon mannigfach durchlöchert ist)? Geben Sie mit Ihren Ausführungen Herrn Klages vielleicht doch etwas recht, der Sie als einen Vertreter der westlichen CDU- (und leider auch SPD-) Politik hinstellt und Sie im Freund-Feind-Schema auf die Seite der Feinde der DDR stellt?

Vielleicht ist das alles sehr primitiv gefragt, und vielleicht ist das noch einfältiger, was ich jetzt noch sagen will. M. E. kommen wir in keiner entscheidenden Frage weiter, solange die Hallstein-Doktrin – die eben doch eine der Wirklichkeit nicht entsprechende Doktrin ist! – nicht freimütig und aufrichtig als ein nicht mehr zu haltender Standpunkt erkannt und erklärt wird und, was damit zusammenhängt, ja damit fast identisch ist, solange der Alleinvertretungsanspruch der BRD nicht als ein de facto unmöglicher Anspruch erkannt und erklärt wird.

Das Scheitern der Passierscheinverhandlungen bedeutet für viele Hunderttausende einen großen Kummer und einen Schatten über dem Weihnachtsfest (auch für mich persönlich, der ich nach dem Tode meiner lieben Frau das Zusammensein mit den Brüdern meiner Frau und meinen Brüdern, die fast alle in West-Berlin wohnen, besonders ersehne und brauche – aber das ist wirklich nur in Klammern gesagt; es gibt menschlich viel tragischere Fälle!). Wir wissen, daß die Verhandlungen letztlich deswegen scheiterten, weil die DDR mit der Unterschrift zugleich eine De-facto-Anerkennung erreichen wollte. Ich will mir kein Urteil darüber erlauben, wen hier die größere Schuld am Scheitern der Verhandlungen trifft. Es ist aber doch einfach so: Millionen wünschen es und ersehnen es und halten es auch für möglich, die verantwortlichen Politiker aber wollen ihr Gesicht nicht verlieren und sagen deshalb: Es geht nicht!

Von Ihnen nahestehender Seite wurde mir gesagt, Sie hätten durch die Denkschrift zur Vertriebenenfrage schon einen derartigen Sturm der Proteste und des Widerspruchs, auch persönlicher Anfeindungen und Bedrohungen erfahren, daß Sie mit einer allzu deutlichen Erklärung über die Hallstein-Doktrin das Prestige der EKD erneut in einer nicht mehr verantwortbaren Weise aufs Spiel setzen würden. Ich kann mir nicht denken, daß für Sie, lieber Bruder Scharf, dieser taktische Gesichtspunkt entscheidend wäre. Viele haben es mit mir bei der Denkschrift doch so empfunden: Gott sei Dank, daß die EKD es wagt, Ärgernis hervorzurufen und sich bei gewissen Kreisen unbeliebt zu machen!

Eines Tages wird auch die Hallstein-Doktrin fallen, die jetzt noch – aus welchen Gründen immer, gewiß auch aus wohlüberlegten und verständlichen Gründen – mühsam aufrechterhalten wird. Wieviel menschliche Not damit verbunden ist, haben wir täglich vor Augen. Wäre es nicht ein Stück echter Diakonie, wenn die Kirchen hier zu den Avantgardisten gehörten? Die Sache ist reif und überfällig. Wird die Kirche dann, wie so oft, in der Nachhut sein und sagen: Eigentlich haben wir das schon lange gemeint, wir haben es nur aus taktischen Gründen nicht so deutlich sagen können?

Lieber Bruder Scharf, bitte verargen Sie mir diesen Erguß eines politisch sicherlich ziemlich unterbelichteten Bruders aus der DDR nicht! Sie haben das ja nun schon öfter erlebt, daß ich gelegentlich solche Briefe zu schreiben mich gedrängt sehe – vor ca. drei Jahren an einige kirchenleitende Brüder in der BRD, vor zweieinhalb Jahren an Erhard und Gerstenmaier – um der Verantwortung willen, die ich für die Menschen hier und ihre Nöte trage!

Ach, daß wir nicht darüber sprechen können – es ist ein großer Jammer! Seien Sie herzlich begrüßt von Ihrem Ihnen innig und brüderlich verbundenen  
D. Jänicke

Wenige Wochen später, am 13. Februar 1967, antwortete Bischof D. Scharf:

Lieber Bruder Jänicke! Vielen Dank für Ihren Brief vom 2. 1. 1967, dessen brüderliche Grüße und Wünsche ich herzlich erwidere.

Das Zitat aus der „Neuen Ruhrzeitung“, das man Ihnen vorgelegt hat, stammt nicht aus dem Text meines Interviews, sondern aus einem Vorwort, das der interviewende Journalist zusammengestellt hat, das ich aber nicht autorisiert habe. Natürlich muß es der Kirche in erster Linie um die Menschen und ihre Gemeinschaft gehen. Aber es liegt mir persönlich und auch der Kirche nach ihrem Obrigkeitsverständnis fern, Bevölkering und Staat gegeneinander auszuspielen.

Wenn ich im übrigen von einer flexibleren Anwendung der Hallstein-Doktrin gesprochen habe, so habe ich mit dieser Forderung starre Fronten durchbrechen wollen. Darum haben wir als Kirche die Passierschein-Verhandlungen von Beginn an und in jedem Stadium der Erörterung unterstützt und bedauern sehr, daß es diesmal zu Weihnachten nicht zu einer Vereinbarung gekommen ist. Die kürzlich mitgeteilte verlängerte Öffnung der Härtestelle gibt uns neue Hoffnung und die Möglichkeit, auch hier darauf hinzuwirken, daß starre Fronten aufgerissen werden.

Die Kirche praktiziert keine Hallstein-Doktrin und keinen Alleinvertretungsanspruch. Schon die EKD-Synode 1956 hat im Hinblick auf die Regierung der DDR erklärt: „Das Evangelium rückt uns den Staat unter die gnädige Anordnung Gottes, die wir in Geltung wissen, unabhängig von dem Zustandekommen der staatlichen Gewalt oder ihrer politischen Gestalt.“ Diese Synodalerklärung habe ich mitverfaßt. Ich bemühe mich, sie auch meiner DDR-Obrigkeit gegenüber zu praktizieren.

Erlauben Sie, daß ich im übrigen noch einmal zitiere, was ich unserem Bruder Krummacher 1965 geschrieben habe: „Wir haben uns als Kirche von der Hallstein-Doktrin nie betroffen gefühlt und haben uns nie an sie gebunden. Da die EKD als kirchliche Gesamtorganisation von Anfang an bis heute in beiden deutschen Teilgebieten präsent ist, haben wir beispielsweise auch bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, solange sie es wünschte, einen Bevollmächtigten unterhalten.“ Ich füge dem heute an: Wir sind bereit, solche Beziehungen wieder aufzunehmen oder auch einen Schritt weiterzuführen. So wäre es möglich, daß die EKD mit der Regierung der DDR einen Kirchenvertrag über beiderseitig interessierende Fragen abschließt. Dies wäre eine kirchliche Anerkennung, wie allein wir sie aussprechen können. Bisher hat die Regierung der DDR aber keinerlei Bereitschaft in dieser Richtung zu erkennen gegeben.

Von der innerkirchlichen Praxis muß die politische Spannung im innerdeutschen Leben unterschieden werden. Auch hierfür hat die Kirche eine Mitverantwortung, denn die Spaltung Deutschlands gefährdet den Frieden und die Menschlichkeit. Die Spannung entsteht aus sich gegenseitig ausschließenden staatsrechtlichen Ansprüchen der Bundesregierung und der Regierung der DDR. Mit der Politik der Nichtanerkennung der DDR ist oft eine diskriminierende Propaganda verbunden, die ich entschieden ablehne, wie ich ebenso jede Art der Erziehung zum Haß verurteile. Diskriminieren und Hassen ist nicht Sache der Christen. Unsere Sache ist Versöhnung und Verbinden. Darum kann die Kirche sich auch nicht mit Doktrinen identifizieren oder absolute Ansprüche anerkennen. Wir müssen immer wieder beide Seiten auffordern, über ihren politischen und ideologischen Ansprüchen die Leiden der Menschen nicht zu vergessen, die daraus entstehen.

In meinem Synodalbericht für 1965 habe ich erklärt, daß die EKD keine bestimmte staatsrechtliche Zuordnung der beiden deutschen Staaten zueinander vertritt. Die Kirche



kann nur versuchen, Formen und Mittel der Verständigung zu empfehlen. So halte ich eine Konföderation der beiden deutschen Staaten schon lange für einen fruchtbaren Gedanken. Ich habe versucht, seine Verwirklichung dadurch zu fördern, daß ich einen gesamtdeutschen Rat zu bilden vorgeschlagen habe, der zwischen beiden deutschen Regierungen Vorsondierungen vornehmen und als Mittler fungieren könnte. Ich glaube, daß der Vorschlag des Staatsratsvorsitzenden in seiner Neujahrsansprache der Idee eines gesamtdeutschen Rates sehr nahe kommt. Auch ein gesamtdeutscher Rat müßte paritätisch besetzt sein. Auf jeden Fall müssen Formen des Übergangs gefunden werden, die, eben weil sie Übergangsformen sind, den endgültigen Zustand noch nicht fixieren können.

Die Denkschrift der Kammer für öffentliche Verantwortung zur Vertriebenenfrage hat uns allen, die wir sie verantwortet und vertreten haben, viel Anfeindung gebracht. Das darf uns aber nicht zu taktischem Verhalten in diesem oder jenem anderen Problem veranlassen. Die Lösung gerade auch der politischen Probleme steht und fällt mit der Wahrheitsfrage. Ich meine das im letzten und tiefsten Sinn. Solange eine Seite nur darauf aus ist, die andere ins Unrecht zu setzen, werden wir nicht einen einzigen Schritt vorankommen. Auch jede praktische Übergangsregelung muß der Absicht des Evangeliums dienen, in der Welt zu jeder Zeit neu Versöhnung unter den Menschen zu schaffen, Versöhnung, die nur der stiftet, der eine, der in seiner Person die Wahrheit ist.

Mit herzlichen, brüderlichen Grüßen in der Hoffnung auf ein Wiedersehen, bei dem wir die obigen Fragen noch genauer durchsprechen können, bin ich Ihr *Scharf*

## B. Aus der Friedensarbeit gliedkirchlicher Synoden

Da aus Raumgründen auf eine die Fülle des Materials auch nur annähernd ausschöpfende Darstellung verzichtet werden muß, sei stellvertretend für die von den gliedkirchlichen Landessynoden angestrebten Bemühungen um Verständnis und Ausrichtung des kirchlichen Friedenszeugnisses und -dienstes der diesen Fragen gewidmete Abschnitt des auf der Tagung der westfälischen Landes-synode am 23. Oktober 1967 mündlich erstatteten Berichts von Präses D. Wilm wiedergegeben:

### I. DER FRIEDE DER WELT

... Die Jahreslosung 1967 unserer Evangelischen Kirche in Deutschland lautete: „Uns, Herr, wirst Du Frieden schaffen, denn auch alles, was wir ausrichten, das hast Du für uns getan.“ Der Deutsche Evangelische Kirchentag war in diesem Jahr in Hannover unter der Losung zusammengekommen: „Der Friede ist unter uns.“

So sind wir in besonderer Weise darauf gewiesen worden, nicht nur darüber nachzudenken, was es um den Frieden ist, den Gott schafft zwischen sich und uns und zwischen uns untereinander, sondern uns auch zum Frieden rufen zu lassen, und das heißt dazu, daß wir mit uns Frieden machen lassen, und dazu, daß wir selbst, was an uns ist, Frieden schaffen und zum Frieden in der Welt helfen.

... Sind uns bei diesem Nachdenken über den Frieden und bei diesem Aufruf zum Frieden gemeinsame Erkenntnisse zugekommen und gemeinsame Entscheidungen gereift? ...

A. Aus der Beschäftigung mit den Aussagen der Heiligen Schrift über den Frieden ist mir u. a. folgendes klargeworden:

1. *Der Friede hängt ganz nahe mit Gott zusammen.* Ob es das eine Mal heißt „der Gott des Friedens“ oder das andere Mal „der Friede Gottes“, immer ist der

Friede bei Gott, kommt von Gott, ist eines seiner „Hauptgeschäfte“, ist seine Gabe an uns Menschen („die teure edle Friedensgabe“), ist sein Handeln gegenüber der Welt („Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden“). Gott gibt Frieden (im aaronitischen Segen: „Der Herr gebe Dir Frieden“); Gott schafft Frieden („Uns, Herr, wirst Du Frieden schaffen“); Gott will Frieden (sein Gesalbter „richtet unsere Füße auf den Weg des Friedens“).

2. *Der Friede, den Gott gibt, schafft und will, ist ein totaler Friede.* Er ist auch Nicht-Krieg, aber er ist mehr als das. Friede heißt, daß das Zerstörte wieder heil wird, das Zerrissene wieder zusammenkommt, das Auseinandergeratene wieder in Ordnung kommt, das Unheil wieder gut wird. Es geht bei diesem Frieden um ein Heilsein an Leib und Seele, um ein Heilwerden zwischen Gott und den Menschen und zwischen den Menschen untereinander. Darum ist dieser Friede sicher auch ein „Herzensfriede“, aber nicht nur das. Er ist viel mehr; er ergreift den ganzen Menschen und seine ganze Existenz. Er wird von daher eine „ansteckende Gesundheit“ in der menschlichen Gesellschaft – „aber das alles von Gott, der uns mit sich selber versöhnt hat“.

3. *„Jesus Christus ist unser Friede.“* Er hat Frieden gemacht zwischen Gott und uns durch sein Kreuz („Gott war in Christus und versöhnte die Welt mit ihm selber“). Er hat Frieden gemacht zwischen so heillos getrennten Menschengruppen, wie es Juden und Heiden waren (Epheser 2). Darum gehört zum Glauben an Jesus, daß wir uns seinen Frieden schenken lassen, und es wird uns zum Gericht, wen wir das nicht tun („Wenn doch auch du erkennstest zu dieser Zeit, was zu deinem Frieden dient; aber nun ist's vor deinen Augen verborgen“). Darum gibt es in der Nachfolge Jesu keinen Krieg gegen Ungläubige und Feinde Christi und keinen „Kreuzzug“. Allein der Name „Kreuzzug“ – und das heißt ja Kreuzkrieg! – ist eine Lästerung des Kreuzes. Jesus hat mit dem Wort an die Jünger, die das samaritanische Dorf, das ihm die Herberge verweigerte, zerstören wollten („Wißt ihr nicht, welches Geistes Kinder ihr seid; des Menschen Sohn ist nicht gekommen, der Menschen Seelen zu verderben, sondern zu erretten“), unmißverständlich gesagt, daß wir um seinerwillen oder in seinem Namen gegen niemanden Gewalt, Krieg, Bedrohung o. ä. anwenden dürfen.

4. Wie für die Christen in der Nachfolge Jesu „Dienen und Versöhnen“ die Aufgabe mitten in der Welt, mitten in der menschlichen Gesellschaft, in Politik und Wirtschaft, in Ehe und Familie, in Betriebsgemeinschaft und Nachbarschaft ist, so kann auch *der Friede*, den wir uns von Gott schaffen lassen und den wir selber machen sollen, nicht auf ein privates, ziviles oder kirchliches Gebiet beschränkt werden. Er *gilt überall*. Er gilt gerade auch draußen, denn Gott sendet uns in die Welt mit seinem Frieden. Es gibt für Christen überall, wo Menschen leben, keinen Raum, aus dem der Friede ausgeklammert werden könnte („auf daß ihr Kinder seid eures Vaters im Himmel, der seine Sonne aufgehen läßt über Böse und Gute und regnen läßt über Gerechte und Ungerechte“ und „Seid barmherzig wie euer Vater im Himmel barmherzig ist“).

B. Aus dem bisher vom Frieden Gesagten, aus dem hervorgeht, daß Gott auf alle Fälle den Frieden will für jeden von uns und für die Welt, und aus der Überlegung, was wir Christen darum zu tun schuldig sind, ergeben sich für mich *folgende Fragen an uns, die christliche Gemeinde in Deutschland und in der Welt:*

1. Wenn es Gott so sehr um unsern Frieden geht – und das kommt aus seiner großen Barmherzigkeit mit uns – und wenn wir uns in Verkündigung und Liturgie den Frieden zusagen und zum Frieden rufen lassen, müßte dann nicht dieser *Friede eine viel stärkere Macht in unserem Glauben und Leben* sein, eine Macht, die alles Denken übersteigt („Der Friede Gottes, der höher ist als alle Vernunft, bewahre eure Herzen und Sinne in Christus Jesus“), eine Macht, die unsere ganze menschliche Existenz durchdringt und erfüllt („und richte unsere Füße auf den Weg des Friedens“), eine Macht, die unser Christsein und Menschsein bestimmt („Selig sind, die Frieden machen, denn sie sollen Gottes Kinder heißen“)?

2. Müßte nicht, so wie „Dienen und Versöhnen Aufgabe der Europäischen Kirchen heute“ (Thema der Konferenz Europäischer Kirchen in Pörttschach) ist, und zwar in der Nachfolge unseres Herrn, auch *das Zum-Frieden-Kommen und das Den-Frieden-Bringen ebenfalls in der Nachfolge unseres Herrn die Grundmelodie unserer christlichen und kirchlichen Existenz heute sein?* Es darf doch nicht sein, daß Christen der Sache des Friedens, wo von ihr gehandelt wird, schon fast wieder überdrüssig sind oder daß „evangelische Deutsche“ da, wo Christen sich um den Frieden in der Welt mühen, schnell ein Warnungsschild aufrichten: „Achtung! Vorsicht! Pro-Kommunismus, Pax Sowjetica!“ Der Sache des Friedens kann ein Christ nie überdrüssig werden, wie man des eigenen Herzschlags nicht überdrüssig wird. Und wenn man sich für den Frieden zwischen den Menschen einsetzt, nimmt man gern die Schmähungen derer auf sich, die leitende Männer und Brüder der Evangelischen Kirche in Deutschland und den Rat der EKD als „Pro-Kommunisten“ und „Linksprotestanten“ schelten, wie es die Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher in einer neuen Hetzschrift gegen die EKD mit dem Titel „Die Politik in der Kirche“ tut. Ich kann nur sagen, nachdem ich diese Schrift gelesen habe, die nicht nur den leitenden Männern der evangelischen Kirche mit einem ihnen entsprechenden Brief, sondern auch einem Kreis von Unternehmern mit einem anderen ihnen noch entsprechenderen Brief zugesandt worden ist: „Ich will lieber ein ‚Linksprotestant‘ sein und mich mit allen Fasern meines Herzens um den Frieden in der Welt mühen als ein Rechtsprotestant, der die Friedensarbeit anderer zerredet und diffamiert und seine eigene Kirche wegen ihrer Friedensarbeit schmäht und verächtlich macht.“ Ich stimme nicht mit der Meinung der Männer und Brüder, die in dieser Broschüre so übel angegriffen werden, in allem und jedem überein, aber wenn sie so zu Unrecht geschmäht werden, dann stehe ich zu ihnen und hoffe, daß es viele mit mir tun. Im übrigen geht es dabei nicht um Menschen, sondern um die Freiheit und Wahrheit in unserer Kirche.

3. Aber sollen wir uns nicht auch in einer so tiefgehenden Auseinandersetzung, wie es die mit Kommunisten oder Nationalisten ist, unter die Losung stellen: „Was an euch ist, *habt mit allen Menschen Frieden!*“? Geht es nun nicht ganz konkret um den Frieden in unserem Leben und in unserer Welt? Wenn Jesus Christus „unsere Füße auf den Weg des Friedens richtet“, wenn er uns unsere Sünde vergibt und uns damit ruft, in den Frieden hineinzugehen („Gehe hin in Frieden!“), geht es dann nicht ganz praktisch und wirklich um den Frieden zwischen Mann und Frau, zwischen der alten und der jungen Generation, zwischen den Kirchen und Konfessionen, zwischen Ost und West, zwischen farbigen und weißen Menschen, zwischen Völkern und Menschengruppen? Geht es nicht auch um den Frieden in unseren Kirchengemeinden, um den Arbeitsfrieden und sozialen Frieden („gesellschaftliche Diakonie“), um den Frieden in der Politik („politische Diakonie“), um den Frieden zwischen reichen und armen Völkern („Brot für die Welt“, Entwicklungshilfe), um den Frieden zwischen Christen und Mohammedanern (Indonesien, Nigeria) und zwischen Christen und Marxisten (Prager Friedenskonferenz)?

Lassen wir uns in allen diesen Verhältnissen – und es wären gewiß noch mehr zu nennen – zum Frieden rufen? Ist die Christenheit in der Welt überall da, wo heillooses und friedloses Gegeneinander ist, eine Schar, die dem Herrn folgt, der ein „Fürst des Friedens“ genannt ist, und die darum für den Frieden in der Welt einsteht und dafür auch Opfer zu bringen bereit ist, die es auch wagt, zwischen die Fronten zu gehen und deswegen von den einen *und* den anderen verdächtigt zu werden, und die sich nicht scheut, in das Gespräch mit den Andersdenkenden einzutreten? Denn wie soll es zum Frieden kommen, wenn wir nicht einmal miteinander zu reden bereit sind?

4. Was kann die christliche Gemeinde aber da zum Frieden tun, wo Krieg ist und Feindschaft, wo der Haß gegeneinander geschürt wird oder wo Menschen Unrecht und Unterdrückung erfahren? Wir haben in dem vergangenen Jahr zur Fürbitte für den



Frieden in Vietnam und zu Bittgottesdiensten für den Frieden im Nahen Osten aufgerufen. In vielen Gemeinden ist dann so gebetet worden, und dieses Gebet um den Frieden ist bis heute weitergegangen. Aber ist damit genug geschehen? Auch wenn zum Gebet noch das Opfer für die Flüchtlingshilfe in Jordanien oder für die durch den Krieg betroffenen Menschen in Nord- und Südvietnam dazukommt – und es sollte in nicht geringem Maße dazukommen! –, muß nicht noch mehr geschehen an konkretem Einsatz der evangelischen Christen in Deutschland für den Frieden? Gerade weil ich zu unserer Bundesregierung das Vertrauen habe, daß sie den Frieden will in Westeuropa, gegenüber Osteuropa und in der Welt und daß sie in Vertretung der Menschen unseres Volkes nach ihrem Vermögen da, wo kein Friede ist, zur Herbeiführung des Friedens helfen will, frage ich mich – und das verstehen Sie jetzt bitte als meine persönliche Frage zunächst an mich selber, mit der ich es seit langem zu tun habe –, ob nicht die evangelische Kirche oder doch wenigstens Glieder dieser evangelischen Kirche unsere Regierung und die Abgeordneten des Bundestages zu folgenden Schritten ermutigen, ermahnen oder bitten sollten, durch die wir eine noch aktivere Friedenspolitik treiben könnten:

a) daß die Bundesregierung der Regierung der USA nicht nur ihre Bundesgenossenschaft bekundet, sondern sie auch bittet, die Bombenangriffe auf Nordvietnam einzustellen, damit dann Verhandlungen zwischen Südvietnam und Amerika einerseits und Nordvietnam und den Vietkong andererseits möglich werden. Wenn schon die Christen in den USA ihrer eigenen Regierung, wenn schon der Weltkirchenrat mit seinen leitenden Gremien und seinem nordamerikanischen Generalsekretär der Regierung der USA mit so andringendem Ernst sagen, daß sie diesen Krieg in Vietnam nicht weiterführen darf, warum schweigt sich die Bundesrepublik so beharrlich über diese notvolle Frage aus, und warum schweigen wir Christen in der Bundesrepublik uns darüber gegenüber unserer Regierung weithin aus? Ich erinnere noch mal: Wir beten für den Frieden in Vietnam und fragen, ob mit dem Beten genug getan ist;

b) daß die Bundesregierung – und wir mit ihr – bei der Beurteilung der *Nahostkrise* und bei einer eventuell von ihr erwarteten Stellungnahme auf der Linie bleibt, auf der dem Staat Israel das Recht zugestanden wird, zu leben und zu bestehen, anerkannt zu werden und nicht mehr unter ständiger Bedrohung der Vernichtung durch seine Nachbarn leben zu müssen, und auf der Israel nur unter der Bedingung, daß ihm diese Garantie einer friedlichen Existenz gegeben wird, zur Rückgabe der besetzten Gebiete aufgefordert werden kann. In diesem Zusammenhang muß dann auch eine umfassende Hilfe für die arabischen Länder geschehen, damit sie dann ohne Zurückeroberung israelischen Gebiets leben können und zu leben bereit sind, und die UNO, die mit der Stimme der Sowjetunion damals die Gründung des Staates Israel beschlossen hat, müßte schon etwas daran wenden, das Verhältnis zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarländern friedlich zu regeln;

c) daß die Bundesregierung ihre volle Bereitschaft erklärt zur *Annahme des Atomwaffensperrvertrages*, zu der sie offenbar auch bereit ist, wenn die friedliche Ausnutzung der Atomenergie durch diesen Vertrag nicht gehindert wird. Wenn es darum geht, die furchtbare Kraft der menschen- und weltvernichtenden nuklearen Waffen zu brechen oder doch zu beschränken, dann sollten wir Deutschen wahrlich die ersten sein, die dabei mittun, und sollten dabei auch zu Opfern bereit sein, weil es um den Frieden in der Welt geht, der nicht ohne Opfer zu gewinnen ist;

d) daß unsere Regierung in ihren Bemühungen um eine *friedliche Regelung des Verhältnisses zu den osteuropäischen Staaten* und auch des Verhältnisses zu dem anderen Teil Deutschlands unbeirrt fortfährt, damit wir nicht aufhören, in unserem eigenen Vaterland den Frieden zu suchen. In diesem Bemühen sollten sich die politisch verantwortlichen Männer und Frauen weder durch Kräfte in der DDR noch in Westdeutschland, die es nicht zum Frieden kommen lassen wollen, hindern lassen und sie,



die Politiker, sollten dabei unsere, der evangelischen Christen, volle Unterstützung finden;

e) daß unsere Regierung, obwohl in unserer öffentlichen Meinung die Bereitschaft zur *Entwicklungshilfe* eine absteigende Tendenz hat, mit Entschlossenheit in dieser Hilfe der reichen für die armen Länder fortfährt, nicht um diese Länder von sich abhängig oder für sich politisch geneigt zu machen, sondern weil der Friede in der Welt daran hängt, ob es gelingt, die unterentwickelten Länder dahin zu bringen, daß die Menschen in ihnen leben können, daß ihnen Gerechtigkeit widerfährt und sie Freiheit haben. Denn wenn es nicht gelingt und wenn die weißen Völker weiterhin die farbigen Völker beherrschen, bevormunden und ausnutzen oder auch nur im Stich lassen, wird einmal über unsere Kinder oder Enkel ein furchtbares Gericht ergehen, die Vergeltung für alles Unrecht, das die Weißen aus Europa und Amerika den Menschen in den anderen Kontinenten angetan haben. Darum bitten wir auch die Regierungen unserer europäischen Länder, die Friedensarbeit von „Brot für die Welt“, „Dienste in Übersee“, Zentralstelle für Evangelische Entwicklungshilfe, ökumenischer Aufbau- und verschiedener Friedensdienste, wie Eirene, Aktion Sühnezeichen, Christlicher Friedensdienst u. a. zu unterstützen. Vor allem aber sind wir, die evangelischen Christen, selbst dringend gerufen, uns in stärkerer und intensiver Weise als bisher für diese weltweite Hilfe zum Leben und Frieden unserer Mitmenschen einzusetzen.

Die Landessynode beschloß eine Erklärung

#### DER FRIEDE IN DER WELT

##### A.

1. Der Präses hat in seinem mündlichen Bericht die *Frage des Friedens* als eine heute entscheidende Aufgabe der Kirche im Dienst für die Welt herausgestellt. Die Synode dankt dem Präses für dieses Wort, insbesondere dafür, daß er so deutlich auf die biblischen Aussagen über den Frieden hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht hat, daß aus der Friedensbotschaft der Bibel konkrete politische Konsequenzen zu ziehen sind.

2. Die Synode bittet die Gemeinden eindringlich, die vom Präses genannten biblischen Aussagen über den Frieden zum Gegenstand gründlichen *Bibelstudiums* zu machen und die sich daraus ergebende politische Verantwortung zu erkennen.

3. Es genügt aber nicht, den Frieden zu wollen und über den Frieden zu reden. Es ist notwendig, sich für den Frieden einzusetzen. Dabei sind mehr als bisher alle den Gemeinden gegebenen Möglichkeiten wahrzunehmen, um *für den Frieden aktiv zu werden*: „Selig sind die Friedensstifter.“

##### B.

4. Der Ruf zum Frieden bedingt notwendigerweise in vielen Bereichen unseres Zusammenlebens ein tiefgreifendes *Umdenken*. Es gilt Abschied zu nehmen von herkömmlichen Schemata: etwa vom starren Freund-Feind-Denken oder von der Überzeugung, den Frieden nur durch Rüstung sicherzustellen. (Si vis pacem, para bellum.) Wir müssen besser als bisher für den Frieden denken und *handeln* lernen. Der Friede fordert heute von uns ebenso große Anstrengungen, wie man sie früher für den Krieg aufgewendet hat.

5. Die Voraussetzung für solche tätige politische Mitverantwortung der Gemeinde liegt in einem verstärkt zu weckenden *politischen Bewußtsein*. Dazu gehört eine möglichst genaue Kenntnis der politischen Gegebenheiten.

6. Die Synode wendet sich deshalb an die Gemeinden und bittet sie, sich ständig über die Fragen von Krieg und Frieden, insbesondere über die Konflikte in Vietnam, Nah-

ost und Afrika möglichst umfassend zu *informieren*. Nur wer informiert ist, kann konkret beten.

#### C.

7. Zur Lage in *Vietnam* und *Nahost* hat die Synode die diesjährige Erklärung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen von Heraklion und den entsprechenden Abschnitt der Botschaft der Europäischen Kirchenkonferenz von Pörttschach zur Kenntnis genommen. Sie ist der Überzeugung, daß darin Wege bezeichnet sind, wie es zum Frieden kommen kann.

8. Die Synode bittet die Gemeinden, diese *ökumenischen Stellungnahmen* zur Kenntnis zu nehmen, darüber zu arbeiten und sie weiter zu verbreiten. Sie bittet die Kirchenleitung, dafür Sorge zu tragen, daß solche und ähnliche ökumenische Erklärungen künftig an die Gemeinden weitergegeben werden.

9. Die Synode bittet die Kirchenleitung, sich an den *Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland* zu wenden, er möge die ökumenischen Verlautbarungen von Heraklion und Pörttschach der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zuleiten und sie eindringlich bitten, in der darin gewiesenen Richtung ihren politischen Einfluß stärker als bisher geltend zu machen.

10. Die Synode versichert die im *Nationalrat der Kirchen der Vereinigten Staaten von Amerika* zusammengeschlossenen Kirchen und ihre Glieder der brüderlichen Teilnahme an ihrem Gewissenskampf, der amerikanischen Nation zu Entscheidungen zu verhelfen, die dem inneren und äußeren Frieden dienen.

#### D.

11. Das *Gebet* für den Frieden darf in unseren Gemeinden nicht verstummen. In den gottesdienstlichen Gebeten sollten die Gebiete und Länder, die sich im Krieg befinden oder vom Krieg bedroht sind, namentlich genannt werden (z. Z. Vietnam, Nahost und Afrika).

12. Die Synode bittet die Kirchenleitung, durch den Liturgischen Ausschuß *Gebetsformulare* für den Frieden zusammenzustellen und den Gemeinden als Handreichung zuzuleiten.

13. Die Synode ruft die Gemeinden auf, nicht nachzulassen, für die notleidenden Menschen – vordringlich in Vietnam, Jordanien und Israel – zu *opfern*.

#### E.

14. Die christliche Gemeinde trägt eine besondere Verantwortung für die *Erziehung der Jugend zum Frieden*. Sie arbeitet daran in den Institutionen unserer Gesellschaft, in Familien, Schulen und Hochschulen, im kirchlichen Unterricht, in Jugendverbänden und Parteien, nicht zuletzt auch durch die Militärseelsorge in der Bundesrepublik. Ein wichtiger Teil dieser Erziehung ist, die junge Generation kritikfähig zu machen gegenüber den Massenmedien.

15. Die Synode bittet die Gemeinden und Kreissynoden, insbesondere auch die in der Jugendkammer unserer Kirche zusammengeschlossenen Jugendverbände, ihre besondere Aufmerksamkeit der *politischen Bildung* und der *Erziehung zur Demokratie* zu widmen. Die Einübung junger Menschen in tätige Mitarbeit am Frieden sollte von den Verbänden gemeinsam ermöglicht werden.

16. *Friedensdienst* sollte viel mehr als bisher durch Beteiligung an zivilen Friedensdiensten geleistet werden, bis zum mehrjährigen Entwicklungsdienst in Übersee. Es bleibt zu wünschen, daß internationale zivile Friedensdienste stärkere öffentliche Anerkennung finden.

17. Die Synode ermutigt die verschiedenen *Friedensorganisationen*, ihre Arbeit mit vermehrter Energie und intensiver Zusammenarbeit fortzusetzen.

18. Die Einsicht, daß der Frieden geplant werden muß und daß diese Planung als wissenschaftliche Aufgabe erhöhte Anstrengungen erfordert, läßt die Einrichtung eines kirchlichen *Friedensinstitutes* als notwendig erscheinen.

19. Die Synode bittet die Kirchenleitung, in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland für die Seelsorge an Kriegsdienstverweigerern und Ersatzdienstleistenden sowie zusammen mit den Evangelischen Kirchen in Rheinland und Lippe die Berufung eines *hauptamtlichen Mitarbeiters* für die Fragen der Kriegsdienstverweigerung, des Zivilen Ersatzdienstes und der gewaltlosen Friedensdienste zu prüfen. Neben Beratung und Seelsorge gehörte zu seinen Aufgaben die Koordinierung der Information und Beratung auf Gemeinde- und Kirchenkreisebene im Kontakt mit den Ausschüssen der Jugendkammern und den zuständigen Dezentern in den Landeskirchenämtern.

20. Die Synode bittet die Kirchenleitung, bei den staatlichen Stellen dafür Sorge zu tragen, daß die Mittel für die *Ausbildung der Ersatzdienstleistenden* in Einführungszeiten und Grundausbildungslehrgängen weiterhin zur Verfügung stehen. Notfalls sollte die Ausbildung durch Vorleistung kirchlicher Mittel sichergestellt werden.

### C. Die Friedensfrage auf dem 13. Deutschen Evangelischen Kirchentag

Der 13. Deutsche Evangelische Kirchentag unter dem Thema und Leitwort „Der Friede ist unter uns“ war im voraus als ein Kirchentag des Unfriedens plakatiert worden. Die Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ propagierte die Nichtteilnahme, weil sie die „Gleichstellung von Lehre und Irrlehre“ befürchtete; die Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher warf ihm linksprotestantische Tendenzen und die Preisgabe der Fundamente evangelischen Glaubens vor. Aber Unfrieden und böser Streit brachen trotz starker Spannungen und erheblicher Meinungsverschiedenheiten, die zur offenen Aussprache kamen, nicht aus, vielmehr wurde in allen Veranstaltungen, seien es die großen Versammlungen, die Arbeitsgruppen oder die Reihe anspruchsvoller Vorlesungen, mit nüchterner Besonnenheit und zugleich mit wegweisendem Mut an der Frage nach dem Frieden und nach dem Beitrag der Kirchen und der Christen zu seiner Herstellung und Förderung gearbeitet; gute, heilsame und hilfreiche Worte wurden gesprochen und fruchtbare Anstöße zur Weiterarbeit gegeben. Es ist hier nicht der Ort, über die fast hundert geistig und geistlich hart fordernden Vorträge, Vorlesungen, Berichte und Diskussionen eingehend zu berichten, – der im Auftrage des Kirchentagspräsidiums herausgegebene Berichtband enthält mehr als 800 Seiten –, vielmehr seien exemplarisch zwei Beiträge zum Hauptthema auszugsweise zitiert.

In seiner Ansprache zu Beginn des Kirchentages führte Kirchentagspräsident Dr. Richard von Weizsäcker aus:

Das Thema ist „Der Friede“, ein Thema, dessen Anspruch so ungeheuerlich ist, daß es alle menschliche Kraft übersteigt. Das ist uns gewiß vom ersten Moment an bewußt gewesen, aber wir konnten und wollten vor dieser Überforderung nicht ausweichen, wir konnten und wollten es nicht im Angesicht der Not, des Streites und des Zwanges zum Frieden, der uns rings umgibt und der uns nicht erlaubt, daß wir warten, bis wir

fertig sind, und zugleich, weil es in der Konsequenz der Arbeit der letzten Kirchentage liegt, nun nicht länger diesem Thema „Frieden“ auszuweichen ...

Wir können und wollen nicht einen eigenen Beitrag zur Friedensforschung leisten. Wohl aber wollen wir einen Anstoß geben, um dazu beizutragen, daß die Bedeutung der Friedensforschung erkannt und daß sie gefördert werden möge. Friedensforschung – das heißt: Mit der Wissenschaft und Technik sind die Möglichkeiten des Menschen heute in neue ungemessene Bezirke vorgedrungen. Es bedarf keiner geringen Anstrengung des Denkens, um die guten Seiten dieser Entwicklung voranzutreiben, die lebensgefährlichen Nebenwirkungen aber zu bändigen. Die Theorie und Praxis vom Krieg ist ja seit jeher Gegenstand jedweder menschlichen Anstrengung, nicht zuletzt seines Denkens. Die Krisenbeherrschung, die Konfliktverhütung, die Konfliktregelung dürften es nicht weniger sein. Wir lernen, der Friede sei zwingend. Er wird es nur sein, wenn er denkbar geworden sein wird. Er kann es nicht in einem Ressort des Friedens, das dem Ressort des Krieges gegenüberzustellen sei! Weder in einem Verwaltungssinne noch im Sinne des Denkens und der Aktivität sind diese Ressortenteilungen am Platze. Der Friede ist nicht das Monopol einer Gruppe gegen die andere, sondern integrierender Bestandteil jeden Denkens und jeden Handelns ...

Wir wollen keine Politik in dem Sinne machen, daß wir gezielte Aktionen und konkrete Ratschläge zu erteilen versuchen, sondern es geht uns um Klarheit und die Verantwortung und den Spielraum von uns selbst. Daß aber für diese Verantwortung in unserem Alltag ein Anstoß ausgehen möge von unserer Arbeit und unserem Zusammensein, das allerdings ist unser erklärtes Ziel. Und in diesem Sinne beteiligen wir uns an der Politik. Wir müssen erkennen, daß Friede nicht ein Zustand, nichts Statisches ist, das es irgendwo gibt und dem wir uns Schritt für Schritt immer mehr nähern, sondern daß es ein Prozeß ist, den wir nur im Unterwegssein wieder und wieder erreichen können.

Nun werden wir inmitten dieses Streites um den Frieden natürlich gefragt werden, ob wir es denen recht machen, die die Sorge haben, die evangelische Kirche kehre sich ab vom Vaterland, sie predige Schuld ohne Vergebung, sie ver helfe ihrem Volk nicht zu der ihm vorenthaltenen Gerechtigkeit, und sie jage fiktiven irdischen Friedensforderungen nach, um damit nur um so mehr die Verantwortung für das überirdische Seelenheil ihrer Gläubigen zu vernachlässigen.

Oder werden wir es denen recht machen, die nach dem strengen Prinzip der Gewaltlosigkeit im privaten und öffentlichen Leben handeln wollen, die also politische Ansprüche preisgeben, militärische Sicherheiten verleugnen und Front machen wollen gegen die Machtzentren in der Politik und Gesellschaft mit ihren Gruppen?

Oder drittens: Werden wir bei jenem „sowohl – als auch“ landen, das wiederum andere befürchten, die meinen, es müsse eine klare Sprache der Kirche geben, herausgelesen aus der Bibel zu jedem Einzelkonflikt, die über der Möglichkeit unserer eigenen konkreten Entscheidung steht? ...

Eines ist gewiß: Wir werden mitten hineingeraten in den Streit um den Frieden, ob wir gewaltlose oder gewalttätige Forderungen stellen. Wir wollen auch gar nicht, daß irgend jemand uns mit seiner Überzeugung verschont, wenn er uns und wenn er den Frieden ernst zu nehmen bereit ist. Einstimmigkeit in den Konsequenzen des Handelns werden wir gewiß nicht finden. Aber wenn jeder sich einübt, seine Überzeugung vor allem dort zu bewähren, wo es darum geht, gemeinsame Aufgaben zu bewältigen, wenn jeder sich bemüht, Gehör zu geben, anstatt seine Lehre zu verteidigen, wenn jeder durch die gemeinsamen Herausforderungen dieser Welt ein Stück Weg gehen lernt, dann wird auch jeder Konflikt ein Stück leichter zu lösen sein.

Wir können den Frieden nicht vertagen, bis eine Lehre die andere ausgeschaltet hat. Wir müssen ihn vielmehr finden auf der Basis der Tatsache, daß Menschen voneinander abweichen in dem, was sie für recht und billig halten. Eben deshalb muß der Umgang,



muß die Konfliktregulierung miteinander eingeübt werden auf dem Weg zum Frieden, d. h. dorthin, wo wir miteinander leben können und wollen.

Die Botschaft, die uns spricht von dem Frieden Gottes, der dieser Welt gilt, der allen Menschen gilt, was sie auch glauben und tun, und ob sie dem Frieden nachjagen oder nicht – nur in diesem Bezug können wir uns um die Entschlüsselung unseres Lösungswortes bemühen, daß der Friede unter uns ist. Nur in diesem Zusammenhang kann uns klarwerden, was dieses Lösungswort heißt: Christus ist gegenwärtig!

Im Rahmen einer anspruchsvollen Vorlesungsreihe unter dem Gesamtthema „Der Zwang zum Frieden“ führte der Hamburger Physiker und Philosoph Professor Dr. Karl Friedrich von Weizsäcker, unter dem Thema „Friede und Wahrheit“ unter anderem aus:

## II. WAHRHEIT UND FRIEDE

Ich möchte drei Arten durchgehen, in denen wir versuchen können, den Frieden von der Wahrheit aus zu verstehen. Man kann sie nennen den Frieden der Vernunft, den Frieden des Glaubens und den Frieden der Zukunft. Zwischen ihnen besteht kein Gegensatz, sondern ein Zusammenhang.

### 1. Der Friede der Vernunft

Wenn wir sagen, die Ethik der technischen Welt müsse den Gesetzen entsprechen, nach denen Menschen zusammenleben können, so ist dies ein Appell an die Vernunft. Dieser Appell ist unentbehrlich. Denn jeder Mensch, der, wie man zu sagen pflegt, bei gesunder Vernunft ist, kann ihn verstehen. Vernunft ist das menschliche Vermögen, Zusammenhänge so zu erfassen, wie sie sind, also Wahrheit zu erkennen ...

Der klassische Begriff der Vernunft faßt die Wahrheit als das immer und überall Gleiche. Eben darum ist er so geeignet, die Basis für die Einigung von Menschengruppen zu bieten, die in Rasse und Erziehung, Kenntnissen und Religion verschiedene, kaum vereinbare Voraussetzungen haben. Ein praktisch zu errichtender Weltfriede muß an die Vernunft appellieren. Aber wir müssen uns selbst fragen, ob dieser Begriff der Vernunft, so unentbehrlich er ist, erschöpft, was wir unter Wahrheit verstehen.

### 2. Der Friede des Glaubens

Gibt es einen Frieden Gottes, der höher ist als alle Vernunft? „Selig sind die Friedensmacher, denn sie werden Söhne Gottes heißen.“ Wir müssen in diesem Satz der Bergpredigt den überlieferten deutschen Wohlklang „die Friedfertigen“ und „Kinder Gottes“ wieder durch die härteren Worte des griechischen Textes „Friedensmacher“ und „Söhne Gottes“ ersetzen. Welchen Frieden machen diese Söhne Gottes?

Liest man die Bergpredigt als das, was sie offensichtlich auch ist, als ein Gefüge ethischer Vorschriften, so steht in ihr nicht viel, was über den Inhalt einer Ethik der Vernunft hinausgeht, freilich einer ernstgenommenen. Sie enthält die goldene Regel: „Alles nun, was ihr wollt, daß euch die Leute tun, das tut auch ihr ihnen; denn das ist das Gesetz und die Propheten.“ Dieser Zusammenhang ist nicht zufällig. Woher hat denn die Bergpredigt die Kraft, daß bis zum heutigen Tage jeder unvoreingenommene Leser von ihrer Lehre betroffen wird; so daß er nicht ausweichen kann, zu bekennen: Ja, im Grunde ist eben dies die Wahrheit. Es ist für uns, die wir in der Tradition der Auslegung und Umdeutung dieser Sätze aufgewachsen sind, wichtig, zu wissen, daß auch die großen Vertreter der asiatischen Religionen die Bergpredigt meist als schlichte

Wahrheit anerkennen, freilich im betonten Gegensatz gegen die Praxis der meisten Christen.

Die Ethik der Bergpredigt ist im Grunde die Wahrheit. Dieses „im Grunde“ deckt alle Vorbehalte, die wir in der Praxis machen. Kann man denn nach dieser Ethik leben? Was taugt aber eine Ethik, nach der man nicht leben kann?

Hier mag der regulative Gebrauch der Vernunft einen ersten, freilich unzureichenden Wink geben. Der reine Imperativ, den jeder versteht, auch wenn ihn keiner streng befolgt, bleibt doch immer das Maß, nach dem wir unser Handeln zu messen haben. Schon der Möglichkeit seiner Erfüllung näherzukommen, ist der höchsten Anstrengung wert.

Die Bergpredigt enthält eben nicht nur Vorschriften; sie gibt Einsicht in den Grund der Vorschriften. Drücken wir es modern aus: Nicht erst Gewaltakt und Schimpfwort, sondern die Regung der Aggression ist der Grund des Unfriedens unter uns, nicht erst der Ehebruch, sondern die Regung des wahllosen Begehrens ist der Grund der Vergeudung der Liebe. Der Grund unseres moralischen Elends liegt nicht in dem, was wir tun, sondern in dem, was wir sind. Nicht Übertretungen zu vermeiden, sondern anders zu werden, ist der Sinn der Ethik.

Daß es möglich ist, anders zu werden, das ist die fast unglaubliche Hoffnung. Den Imperativ der Vernunft tastet die Bergpredigt nicht an, sie spricht ihn in aller Schärfe aus! Aber sie fügt zu ihm den Indikativ der Seligpreisungen, im Präsens und Futurum: Selig *sind* die Friedensmacher, schon jetzt, und sie *werden* Gottes Söhne heißen, wenn sichtbar geworden sein wird, was schon da ist. Das ist keine Forderung des Gedankens, sondern die Stimme eines lebendigen Menschen, der aus Erfahrung weiß, wovon er spricht. Der Friede Gottes ist schon unter uns. Er ist darin, daß wir lieben können, wie wir geliebt sind.

Aber die Welt ist damit noch nicht verwandelt. Hier tritt das zweite Wort über den Frieden ein: „Ihr sollt nicht wähnen, ich sei gekommen, Frieden zu bringen auf Erden. Ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert.“ Die Struktur der Welt, wie sie vorliegt, ist auf den Unfrieden eingerichtet. Die Sehnsucht aller mag der Friede sein, die Interessen aller sind auf die Fortdauer des Unfriedens gebaut. Gerade die Friedensmacher wird man befehlen, ja töten, und das Wort vom Schwert ist als Trost gesagt, damit sie nicht erstaunen, wenn ihnen dies begegnet.

Gott aber wird den Frieden auch in der Welt zuletzt herstellen. Das ist das jüngste Gericht. Wir werden unsere christliche Tradition nicht verstehen, wenn wir nicht dasjenige in ihren Anfängen, was unserem Bewußtsein fremd geworden ist, klar sehen. Nach wahrscheinlicher Überlieferung hat Jesus selbst, ganz gewiß hat die frühe Gemeinde dieses Gericht, das Ende der Geschichte in naher Zukunft erwartet. Der Hergang war dann anders. Die Christen, die das Ende der Geschichte erwarteten, haben in nahezu zwei Jahrtausenden langsam die Geschichte verändert, vielleicht in gewissem Sinne aus den Ereignissen erst eine Geschichte gemacht. Der christliche Glaube war geschichtsgestaltend, gerade weil er seinen Grund nicht in der jeweiligen Geschichte hatte. Dabei ist manches herausgekommen, was rückblickend einfach als vernünftig betrachtet werden muß; und doch verdanken wir es einem Glauben, der sich nicht auf das beschränkte, was die Menschen jeweils für vernünftig hielten. Wir sind die Erben dieser Geschichte. Was können wir hoffen? Was sollen wir tun?

### 3. Der Friede der Zukunft

Ist das Ende der Geschichte nur hinausgeschoben, oder war es ein leerer Traum? Erlauben Sie mir ein persönliches Geständnis. Ich habe von der kritischen Theologie gelernt, daß die Apokalypik eine spätjüdische Form der Geschichtsphilosophie war und daß die Offenbarung Johannis den Begriffs- und Bilderschatz der Apokalypik zur

Deutung ihrer eigenen Zeit, der Zeit Neros oder Domitians benützte. Wenn ich mit diesem fundierten Wissen lese, wie ein Physiker unserer Tage in der Unschuld der Generation für Generation wiederholten aktuellen Deutung nunmehr die Heuschrecken und das Feuer der Apokalypse als Flugzeuggeschwader und Atombomben liest, so kann ich gleichwohl nicht verhindern, daß mir ein Schauer den Rücken herunterläuft; der Schauer der Frage: „Und wenn's wahr wäre?“ Ich meine, der Schauer hat recht. Was wissen wir vom Sinn der prophetischen Bilder? Sagen wir es so rationalistisch, wie wir sind: Wenn sich Menschen jener Zeit die Geschichte, die zu erleben über sie verhängt war, nur in apokalyptischen Bildern begreiflich machen konnten, sollte das für die größeren Dimensionen unserer Geschichte anders sein? Vielleicht, wenn mir diese Bilder nicht durch Mark und Bein gingen, würde ich die fast unerträgliche Last, politisch für den Weltfrieden zu arbeiten, nicht auf mich nehmen.

... Nun wende ich mich aber der einen für die Friedenspolitik relevanten Frage zu, wie das Bewußtsein unseres wissenschaftlichen Zeitalters die Geschichte, zumal die zukünftige Geschichte denkt. Wir denken die Geschichte gewiß nicht als die Reproduktion des immer Gleichen ... Wir verstehen die Geschichte auch nicht als unbegrenzte Annäherung an ein überzeitliches Ziel; darin unterscheiden wir uns von Kant. Wir kennen den Begriff des wesentlich Neuen. Man darf zwar glauben, das Neue sei im Vorhergehenden als Möglichkeit angelegt gewesen, aber diese Möglichkeiten sind uns nicht voll erschlossen ...

Wir haben aber zugleich ein sehr präzises Verhältnis zu unserer näheren Zukunft in der Form der Planung, der Prognostik. Man etabliert eine neue Wissenschaft, die Futurologie. Charakteristisch ist dabei der Übergang von statischen zu dynamischen Modellen des Geschehens, z. B. in der Nationalökonomie vom Begriff des wirtschaftlichen Gleichgewichts zu dem des Wirtschaftswachstums. Was geschieht in dieser wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Zukunft? Welche Art von Wahrheit hat sie? Wir benützen auch hier das Mittel des Allgemeinbegriffs. Begrifflich denken können wir nur, was oft geschehen kann und was daher in gewisser Weise schon oft geschehen ist. Aus solchen Begriffen aber entwerfen wir Strukturen dessen, was sein könnte, auch wenn es in dieser Zusammenstellung noch nie war. In ihnen wägen wir gedanklich das Wünschbare gegen das Mögliche und Wahrscheinliche ab. Die Prognosen prüfen wir am Erfolg und verbessern danach die Voraussetzungen.

In dieser Denkweise sind oft gewisse allgemeine Strukturen leichter vorherzusagen als die Einzelheiten. Wieviel Nahrung die Menschen brauchen werden, läßt sich einigermaßen abschätzen; wo die Nahrung verfügbar sein und wo der Hunger ausbrechen wird, mag von den Unvorhersagbarkeiten lokaler Politik und selbst des Wetters abhängen. Eine allgemeine Vorhersage dieser Art ist unser Ausgangssatz: Der Weltfriede ist Lebensbedingung des technischen Zeitalters. Solche Sätze kann man nur in einer Menschheit aussprechen, die rational-prognostisch in die Zukunft schaut und die bereit ist, die Welt zu verändern. Diesen Frieden können und müssen wir planend anstreben. Er ist nicht der Friede des Reiches Gottes, denn der läßt sich nicht planen; er ist Verwandlung der Politik in Weltinnenpolitik. Über ihn können und müssen wir auch mit Menschen einig werden, die vom Frieden Gottes keine oder eine skeptische Vorstellung haben. Aber mir sei hier noch einmal ein persönliches Bekenntnis erlaubt. Wenn ich nicht glaubte, daß ganz andere, tiefere Veränderungen im menschlichen Bewußtsein möglich sind und auf uns warten als der Übergang in die Weltinnenpolitik, so hätte ich vielleicht nicht den Mut, diesen Übergang zu betreiben. Wenn ich an den Frieden Gottes nicht glaubte, wäre mir der Friede der Zukunft nicht mehr als ein Schatten über einem Abgrund.

...

## 3. Die Ethik des Friedens

Die Ethik des Friedens betrifft nicht nur ein paar scharfsinnige Köpfe, die Friedensentwürfe ausdenken können, und nicht nur die zahlreichen, die an der Politik und an der Entwicklungshilfe mitwirken können und sollen. Sie betrifft, als Ethik, alle. Darum ist mit Recht in den vergangenen Jahren über ihre Gestalt, zumal in kirchlichen Kreisen, viel Streit gewesen.

Die Gefahr der Welt in ethischen Dingen ist die Gleichgültigkeit, die Gefahr der Kirche ist die Gesetzlichkeit. Ich habe in den letzten zwei Jahrzehnten viele Debatten miterlebt, in denen die Anhänger entgegengesetzter Richtungen zu definieren suchten, was dem Christen erlaubt ist und was nicht. Ich wäre sehr froh gewesen, wenn ich eine mich überzeugende Auskunft erhalten hätte, aber ich habe keine gehört.

Der Sinn der ehrwürdigen Doktrin des gerechten Kriegs war nicht, den Krieg gerecht zu sprechen, sondern dieses entsetzliche Übel soweit einzuschränken, als es in diesem Äon möglich schien. Krieg sollte auf Verteidigung einer gerechten Sache mit sachgerechten Mitteln beschränkt werden. Die Praxis mag diesen Idealen oft Hohn gesprochen haben; doch war es wichtig, daß die Ideale anerkannt waren, denn man konnte an sie appellieren. Es ist die typische Gefahr der Schwärmer, durch absolute Forderungen den humanisierenden Schutzwall rechtlicher Normen niederzureißen; sie wissen nicht, was sie tun.

Aber die technische Welt läuft den überlieferten Normen davon. Wie der faktische Einsatz von Atomwaffen mit den überlieferten Begriffen des gerechten Krieges vereinbart werden kann, habe ich nicht zu sehen vermocht. Der Besitz solcher Waffen zur Abschreckung, in der Hoffnung, sie nie einsetzen zu müssen, ist ein Ritt über den Bodensee, ein Tanz über dem Abgrund. Eine Theologie aber, die positiv schließen zu können meint, andere Waffen seien zwar erlaubt, Atomwaffen jedoch nicht, verwandelt ein pragmatisch wohlbegründetes Empfinden der heutigen Menschen in logisch kaum begründbare Sätze; die waffentechnische Entwicklung weniger Jahrzehnte geht über diese Distinktionen hinweg. Viel klarer habe ich demgegenüber die Forderung der Friedenskirchen gefunden, der Christ möge auf jeden Waffengebrauch verzichten. Diese Forderung ist genau dann überzeugend, wenn sie mit der illusionslosen Bereitschaft zum Leiden verbunden ist. Hier wird nach meinem Empfinden mit dem Christentum in einer Weise ernst gemacht, die kein anderer Weg je zu übertreffen hoffen kann. Was hier überzeugt, sind wohl nicht die theologischen Argumente, es ist das vorgelebte Leben. Man wird wohl nur hinzufügen müssen, daß dieses Vorbild uns die Aufgabe noch nicht erspart, für die Majorität der Menschheit, die dem Vorbild heute nicht zu folgen vermag, einen gangbaren Weg zu finden ...

Wir werden zugeben müssen, daß positive ethische Normen einem geschichtlichen Ort, einer gesellschaftlichen Situation zugehören. In der Frage des Krieges scheint mir das technische Zeitalter nicht eine alte oder neue Ethik des Verhaltens zu einer unwandelbaren Institution, sondern die Abschaffung dieser Institution, die Schaffung des Friedens, zu erzwingen. Die Gesetzlichkeit, die weiß, was erlaubt und was verboten ist, ist ein Gehäuse, in dem sich eine Weile leben läßt; aber wir haben jetzt einen Strom zu regulieren, der sonst alle unsere Gehäuse, mögen sie rechts oder links stehen, fort-schwemmt. Das fordert von uns die sehende Freiheit der Entscheidung, die immer das Geschenk des Evangeliums an die Christen war. Liebe und tu, was du dann wollen kannst.

Aber die Freiheit der Entscheidung schließt nicht aus, sondern ein, daß wir uns freiwillig Normen unterwerfen. Alles steht uns frei, aber nicht alles ist förderlich. Wir sollen weder unsere Mitmenschen noch uns selbst überfordern. Die Stunden der Ent-



scheidung sind selten, und im täglichen Leben sind Normen unerlässlich. Nur haben wir die Freiheit, die Normen vernünftig zu beurteilen, sie bestehen zu lassen oder zu erneuern; der darum entbrennende Streit ist ebenfalls notwendig und, wenn er in der Liebe geführt wird, heilsam. Doch wird eine Zeit des Übergangs, wie es die unsrige in der Sache des Friedens ist, in bezug auf diese Sache keine schlechthin allgemeingültige Norm zulassen. Wer sich der Norm des Waffentragens unterwirft, trägt, wenn er es gewissenhaft tut, dazu bei, eine Ordnung zu schützen, die wir noch nicht durch eine neue Ordnung zu ersetzen vermocht haben. Wer sich der Norm des Waffenverzichts unterwirft, muß hoffen, heute schon ein Beispiel der Ethik zu geben, die eines Tages die allgemeine sein wird. Beide tragen dann und nur dann zum Wachstum einer neuen, verbindlichen Ethik bei, wenn sie vermögen, den, der nach gewissenhafter Prüfung die entgegengesetzte Entscheidung getroffen hat, zu achten. Hier gewinnt die Formel „Friede und Wahrheit“ einen neuen Klang. Die neuen Normen werden nicht überzeugend sein, wenn sie nicht auf dem Boden der Wahrhaftigkeit wachsen. Zur Wahrhaftigkeit gehört das Eingeständnis der eigenen Grenzen. Erst in diesem Eingeständnis betreten wir den gemeinsamen Boden der Wahrheit.

Kindlein, liebet euch untereinander, soll der Apostel Johannes in seinem Alter als einzige Ermahnung stets wiederholt haben. Paradoxerweise ist die größte Versuchung für Protestanten die Werkgerechtigkeit. Das größte gerechtmachende Werk aber, das der Protestant seinem Gott auf dem Altar darzubringen versucht ist, besteht darin, daß er – gerade er – den rechten Glauben habe. Wo wir jedoch den anderen so lieben können, daß wir seinen Glauben achten, da ist das Evangelium. Da beginnt Wahrheit, da ist Friede.

## D. Kirchliche Stellungnahmen zum Krieg im Nahen Osten

Als der Ausbruch des Krieges zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn am 5. Juni 1967 nicht nur die gefährliche Labilität der Lage im Nahen Osten, sondern zugleich die Gebrechlichkeit unserer heutigen Weltordnung erschreckend erhellte, erfaßte tiefe Erschütterung die evangelische Christenheit und rief sie zur Fürbitte für den Frieden und zu tatkräftiger Hilfe für die durch den Krieg in Mitleidenschaft Gezogenen auf. Noch bevor die offenen Feindseligkeiten ausbrachen, aber die Spannungen schon ihrem Höhepunkt zutrieben, forderte der Berliner Bischof D. Scharf die evangelischen Gemeinden in Berlin zum Gebet für die Erhaltung des Friedens auf; in einem Schreiben an die Pfarrer erinnerte er an eine Entschließung der Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg vom Januar 1960, in der es u. a. heißt: „Darum betet für den Frieden Gottes mit Israel. Betet um den Frieden Israels unter den Nationen, an den Grenzen seines Staates und in unserer Mitte“, und betonte, „daß ein Gebet um den Frieden an den Grenzen des Staates Israel auch den wahren Interessen der arabischen Völker dient.“

### AUFRUF DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES „KIRCHE UND ISRAEL“ IN HESSEN UND NASSAU

Der Evangelische Arbeitskreis „Kirche und Israel“ in Hessen und Nassau ruft die Gemeinden in der augenblicklichen politischen Lage zur Bewährung ihrer Verbundenheit mit Israel auf.

Christen, die sich des ungekündigten Bundes Gottes mit dem Volk Israel gewiß sind

(Römer 9–11), haben die Verpflichtung, der tödlichen Bedrohung Israels entgegenzutreten. Sie wenden sich aufs schärfste gegen den von ägyptischer Seite proklamierten „Heiligen Krieg“ und setzen sich für einen Frieden ein, in dem Araber und Israelis miteinander leben können.

Die Christen in der ganzen Welt, nicht zuletzt in Deutschland, dürfen sich nicht noch einmal unter denen befinden, die das jüdische Volk preisgeben; sie würden sonst ihren Auftrag vor Gott und ihr Zeugnis vor der Welt verraten.

Wir bitten die für die Politik und die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Verantwortlichen, sich der besonderen Verpflichtung bewußt zu sein, die das deutsche Volk für Menschen trägt, die unser Land fluchtartig verlassen mußten oder den deutschen Vernichtungslagern entronnen sind und nun wieder um das Leben ihres Volkes bangen müssen.

Unmittelbar nach Kriegsausbruch fand in Berlin ein Gottesdienst statt, in dem erstmals Juden, evangelische und katholische Christen zusammenkamen und ein evangelischer Bischof, ein katholischer Prälat und ein Rabbiner die Gebete sprachen.

Der Vorsitzende des Rates der EKD, Landesbischof D. Dietzfelbinger, richtete ein Wort an die evangelischen Gemeinden und die deutsche Öffentlichkeit:

Der offene Ausbruch von Haß und Verbitterung zwischen den Israelis und den arabischen Völkern ist für alle Menschen Anlaß zu einem großen Erschrecken und muß uns alle demütigen. Außerdem berührt uns als Christen die Tatsache tief, daß die Stätten der biblischen Geschichte, an denen Jesus Christus den Menschen den Frieden Gottes offenbar gemacht hat, erneut in Kriegsgeschehen hineingezogen werden.

Laßt uns in diesen Tagen ernsthafter als bisher zu Gott um die Gabe und die Kraft seines Friedens flehen. Im Gedenken an die Völker, die nun von einem Krieg bedroht sind, bitten wir die Politiker dringend, in der Verantwortung vor Gott und den Menschen alles zu tun, eine große Katastrophe von der Welt abzuwenden.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland ruft für Donnerstag abend die Gemeinden in Berlin zu einem Fürbitte-Gottesdienst auf. Er empfiehlt den Gliedkirchen, in ähnlicher Weise an allen Orten Buß- und Gebetsgottesdienste zu halten.

Der Rat der EKD lud am Abend des 8. Juni 1967 zu einem Buß- und Fürbitte-gottesdienst in der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche ein, in dem der Vorsitzende des Rates der EKD die Predigt hielt.

Zugleich rief der Rat zu umfassenden Hilfsmaßnahmen für die durch den Krieg im Nahen Osten in Mitleidenschaft gezogenen Menschen auf. Die Gliedkirchen der EKD erließen Aufrufe zu Fürbittegottesdiensten, von denen nur einige mitgeteilt seien, da eine vollständige Wiedergabe den zur Verfügung stehenden Raum überschreiten würde.

In einem Appell des Kirchenpräsidenten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Professor D. Sucker, heißt es:

Daß Menschen wiederum die Waffen erheben und niemand, kein Alter, kein Kind, keine Frau, vom Kriege verschont bleibt, ist für Christen eine unerträgliche Wirklichkeit, die den einzelnen und die Gemeinde in das Gebet und die unablässige Aktion für den Frieden treibt, ohne die das Gebet Schein und Heuchelei wäre ... Aufgabe der Christen ist es, alle Politiker über ihren Willen zur Neutralität hinaus zu bestärken, für den Frieden in aller Welt zu wirken und mit allen Mitteln zu helfen, daß das Blutvergießen bald ein Ende nehme.

Der Pfälzische Kirchenpräsident Professor D. Schaller richtete nachstehendes Wort an alle Pfarrämter und Vikariate der Landeskirche:

Die pfälzische Landessynode hat erst vor kurzem zum Gebet für den Frieden und zum Opfer für die unter dem Krieg leidenden Menschen aufgerufen. Die Gedanken gingen dabei nach Vietnam. Jetzt hat uns der Ausbruch des Krieges um Israel erschüttert. Wir wissen uns eins mit den Christen der Welt in dem Gebet um den Frieden und der Fürbitte für die Menschen, über die Angst und Leid des Krieges gekommen sind. Wir wissen uns darüber hinaus eins mit ihnen im Gebet um den Frieden der Welt.

Darum fordern wir alle Gemeinden unserer Landeskirche auf, nicht müde zu werden in Fürbitte und Gebet um den Frieden.

Der Hannoversche Landesbischof D. Dr. Lilje fügte seinem Aufruf zu Fürbitte-gottesdiensten eine Meditationshilfe bei:

1. Mit Erschütterung haben wir vernommen, daß wieder Krieg ist. Bomben fallen auf offene Städte, Menschen werden getötet, eine Unsumme von Haß führt das Wort. Mit größter Betroffenheit stehen wir vor einer Tatsache, von der wir gemeint hatten, sie sei nicht mehr denkbar, von der wir wenigstens alle in den letzten schwierigen Tagen gehofft hatten, daß sie nicht Realität werden würde.

Aber nun ist der Krieg entbrannt. Die Gebrechlichkeit der heutigen Weltordnung ist mit einem Male wieder sichtbar geworden, brutaler und unmittelbarer, als es bei der schleichenden Krise des Vietnam-Krieges der Fall war, der ohnehin unser Gewissen schwer bedrückt hat. Die in mühevoller Arbeit aufgebauten Organisationen, die den Frieden in der Welt schirmen sollten, scheinen aufs neue ohnmächtig zu sein; eine erschrockene Welt blickt auf den Nahen Osten und fragt sich, was daraus werden mag. Wir denken nicht nur an die Toten, die schon jetzt wieder der jähe Krieg gefordert hat, sondern mit Schauern denken wir daran, was an blutigen Ereignissen noch folgen mag.

2. In einer solchen Lage ist es selbstverständliche Pflicht der Christen, innezuhalten, nachzudenken, zu beten.

Keiner von uns kann an diesen ersten lärmenden Zeugnissen eines neuen Krieges vorbeigehen. Es bedrückt uns alle, jeden einzelnen, auch die Jungen, die nicht mehr Augenzeugen eines Krieges gewesen sind. Zu deutlich steht vor uns, was aus den ersten lodernden Brandfackeln dieses Krieges an Feuersbrunst entstehen kann.

Es ist in einer solchen Lage nicht gleichgültig, was die Völker, auch die nicht unmittelbar betroffenen, denken. In dieser so ungewöhnlich komplizierten und darum so ungewöhnlich gefährdeten Welt ist es von ausschlaggebender Bedeutung, ob es eine öffentliche Meinung unter den Völkern gibt, die kräftig genug ist, um sich dem ausbrechenden Kriege entgegenzustellen. Wenn die bisherigen internationalen Organisationen sich im Augenblick als hilflos erweisen, ist es trotzdem nicht unwichtig, ein gemeinsames Urteil der Völker zu bilden und auf Auswege besonnen zu sein.

Das schlimmste wäre, wenn nur die lähmende Furcht unser Ratgeber wäre. Wir müssen den entschlossenen Willen aufrechterhalten, den Frieden so bald wie möglich und so gründlich wie möglich wiederherzustellen. Gerade weil der jetzt ausgebrochene Krieg so viel näher vor unseren Augen liegt und vor allem, weil hier die Gefahr viel größer ist, daß auch unsere Emotionen geweckt werden, daß der Haß, der im Nahen Osten jetzt am Werk ist, uns so oder so ergreift, gerade darum ist es von entscheidender Bedeutung, daß in den Völkern jetzt diejenigen den Einfluß behalten, die mit Entschlossenheit und echter Liebe zum Frieden an seiner Wiederherstellung arbeiten wollen.

3. Für den Christen heißt das, daß er betet. Das ist aus folgenden Gründen wichtig:

a) In einer solchen Situation ist, wie die Erfahrung schon mehrfach erwiesen hat (bei der Krise von 1956, bei der Kubakrise von 1962), das Bedürfnis derer, die noch wissen,

was das Gebet ist, groß und unmittelbar. Wir müssen in unseren Gemeinden dem Rechnung tragen und den Menschen, die in diesem Augenblick das Antlitz Gottes im Gebet suchen wollen, dazu die Möglichkeit bieten.

b) Wir müssen aber auch kraftvoll die Meinung vertreten, daß gerade in einer solchen Krisenzeit das Gebet der Christen eine *Macht* sein kann. Es gibt einen unvergessenen Aufsatz von Reinhold Schneider „Das Gebet in der Geschichte“. Diejenigen von uns, die diesen Aufsatz in der Zeit des letzten Weltkrieges gelesen haben, werden nicht die Kraft der Überzeugung vergessen, die aus diesen Blättern sprach. Der Aufsatz schließt: „Das gesamte Kraftfeld dieser Wirkung, die Reichweite des Gebets, läßt sich mit den Mitteln der Wissenschaft nicht erhellen, und nur das eine ist gewiß, daß die Welt haltlos in die Nacht stürzen müßte, wenn sie nicht mehr durch diese Kraft mit der Gnade verbunden wäre.“ Unsere Hoffnung sollte nicht geringer sein, als es in diesen Sätzen ausgesprochen ist. Die vereinigte Kraft des Gebetes der Christen soll in diesem Augenblick eingesetzt werden; alle unsere Gemeinden, die für den Gang der Weltpolitik, äußerlich geurteilt, keine Bedeutung haben, sind doch vor den Augen Gottes wichtig genug, um vor ihn das brennende Gebet für den Frieden zu bringen. Das wollen wir mit allen unseren Gemeinden tun ...

Auch als durch den israelischen Blitzsieg nach einigen Tagen Waffenruhe eintrat, blieb die Aufmerksamkeit der evangelischen Christenheit in Deutschland der unentspannten Lage im Nahen Osten zugewandt. Die West-Berliner Kirchenleitung richtete am 15. Juni 1967 einen erneuten Aufruf an die Gemeinden, den Bischof D. Scharf in einem zweiten gemeinsamen jüdisch-evangelisch-katholischen Gottesdienst in der Berliner Synagoge verlas:

Obwohl zur Stunde in Nahost die Waffen schweigen, ist der Friede noch fern. Es fehlt auch jetzt nicht an Äußerungen des Hasses. Der Ruf nach Rache und der Vertreibung der Juden aus Palästina ist nicht verstummt.

Wir sind gefordert, der Wahrheit, dem Recht und dem Frieden zu dienen.

1. Darum bekundet das Recht: Sowohl durch die Zustimmung der Mehrheit der UN zu dem ihnen vorgelegten Teilungsplan für Palästina 1947 wie durch die Aufnahme des Staates Israel in die UNO 1949 ist die Siedlung und Staatsbildung von Juden in Palästina anerkannt.

2. Darum tretet ein für das Lebensrecht des Staates Israel! Zu diesem Lebensrecht gehört die freie Zufahrt von Schiffen zu seinem Hafen Eilat.

3. Gottes Verheißung ist über dem von ihm erwählten Volk Israel in Kraft geblieben. Obwohl zum Staat Israel nur ein Teil der Juden in der Welt gehört, ist dieser in die Absichten Gottes mit hineingenommen. Darum bezeugt allenthalben: Wer Israel auslöschen will, widersteht Gottes Verheißung und Willen.

4. Helft Israel in mannigfaltiger Weise, durch Spenden wie durch persönlichen Einsatz! Wir sind dazu verpflichtet, denn zahlreiche Bürger des Staates Israel sind zur Zeit der Judenverfolgung im Dritten Reich dorthin geflohen.

5. Durch Schweigen und Unterlassen sind wir damals mitschuldig geworden an dem Frevel, der durch Menschen unseres Volkes an den Juden begangen worden ist. Das macht uns zu Mitbeteiligten.

Darum achtet darauf, daß wir nicht durch Unterlassen und Schweigen neue Schuld auf uns laden!

6. Gedenkt der Bedrohten und Bedrängten unablässig in Fürbitte! Schließt in diese Fürbitte auch alle an dem Konflikt beteiligten Regierungen ein und auch die Mitchristen im Vorderen Orient!

„Alle eure Sorge werft auf ihn, denn er sorgt für euch!“ (1 Petri 5, 7).



Gleichzeitig setzte sich Propst i. R. D. Grüber, der sich durch sein selbstloses Eintreten für die Juden während des Naziregimes verdient gemacht hat, dafür ein, daß auch „den arabischen Flüchtlingen alle Hilfe zuteil wird, die sie brauchen, weil sie Heimatlose sind“.

## E. Kirchliche Erklärungen zum Krieg in Vietnam<sup>8</sup>

Ein Gegenstand unablässigen Bedenkens und unermüdlicher Fürbitte der evangelischen Christenheit in Deutschland war der Krieg in Vietnam. Am 17. Februar 1967 richtete der Rat der EKD ein Rundschreiben an die Leitungen der Gliedkirchen:

### AN DIE LEITUNGEN DER GLIEDKIRCHEN DER EKD

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat sich in den letzten Monaten mehrfach mit der Frage befaßt, wie sich die Organe der Evangelischen Kirche in Deutschland zu der schweren Belastung verhalten sollen, die der an Schrecken und Opfern zunehmende Krieg in Vietnam für die Gewissen der Christen in der ganzen Welt bedeutet. In Zuschriften und öffentlichen Aufforderungen werden wir immer wieder gebeten, für die Evangelische Kirche in Deutschland mit Erklärungen zu diesem Krieg, die der Gewissensnot Rechnung tragen, an die Öffentlichkeit zu treten. Nachdem sich die *Deutsche Arbeitsgruppe CCIA* im Auftrag des Rates kürzlich in einer Sitzung eingehend mit den kirchlichen Aufgaben zum Vietnam-Krieg befaßt hat, hat jetzt auch der Rat den Fragenkomplex in seiner Sitzung am 19./20. Januar 1967 noch einmal gründlich durchberaten. Der Rat hat mich beauftragt, den Kirchenleitungen der Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland das Ergebnis dieser Beratungen mitzuteilen.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß sich Organe und Einzelpersonlichkeiten der Evangelischen Kirche in Deutschland im Jahre 1966 des öfteren zum Vietnam-Krieg geäußert und dabei eine schnelle Beendigung des Krieges als die gewissensmäßig gebotene und politisch einzig sinnvolle Entscheidung der unmittelbar Beteiligten bezeichnet haben. Ich erinnere dazu an die Erklärung vom 18. März 1966, mit der sich die *Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland* zu den bekannten Bemühungen des *Ökumenischen Rates der Kirchen* vom Anfang des Jahres 1966 stellte. Auch der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland selbst hat im August des vorigen Jahres eine ähnliche Erklärung veröffentlicht. Und schließlich darf ich in diesem Zusammenhang auch an das vom „Berliner Sonntagsblatt – Die Kirche“ mit mir geführte Gespräch erinnern, in dem das Vietnam-Problem ausführlich erörtert wurde.

Wenn wir unter den gegenwärtigen Umständen davon absehen wollen, diesen eindeutigen Stellungnahmen zum Problem des Vietnam-Krieges weitere hinzuzufügen, so geschieht dies keineswegs in der Meinung, die Beilegung des Vietnam-Konfliktes sei jetzt weniger dringlich als zuvor. Eher dürfte das Gegenteil der Fall sein. Ich meine, gerade die Entwicklung des Vietnam-Krieges zwingt die christlichen Kirchen, das Phänomen Krieg in unserer Zeit nach seiner ethischen Relevanz von Grund aus neu zu durchdenken und die sittlichen Urteile der früheren Lehrpositionen der Großkirchen zu revidieren. *Jede direkte und allzu schlüssige politische und sittliche Rechtfertigung von Kriegsgeschehen ist der Christenheit heute verwehrt.* Zu bedenken aber ist für ihre

8. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1966, S. 168.

Außerungen, Lehräußerungen grundsätzlicher Art oder akute Stellungnahmen, die Form, die die Christenheit und hier namentlich die Evangelische Kirche in Deutschland in dieser Frage verwenden soll. Öffentliche Erklärungen kirchlicher Organe sollen in ihrem Wert wahrlich nicht gering eingeschätzt werden. Aber sie dürfen auch nicht zu einer Routineangelegenheit werden. Und sie verlieren vollends ihren Wert, wenn sie wie in diesem Falle aus geographischen Gegenden kommen, in denen es nicht möglich ist, unmittelbar politische Mitverantwortung für den Vietnam-Krieg wahrzunehmen. Bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge müßten sich Erklärungen der Evangelischen Kirche in Deutschland auf den bloßen Appell zur Weckung allgemeiner Bereitschaften beschränken, während eine Gegen-Entwicklung nur durch einen Stufenplan konkreter Vorschläge für ineinandergreifende Maßnahmen beider Seiten zur Einschränkung der Kriegshandlungen ausgelöst werden kann. Wir wissen, daß der Ökumenische Rat der Kirche durch seine Kommission für Internationale Angelegenheiten (CCIA) gerade an diesen Detailvorschlägen unermüdlich mitarbeitet. Der Ökumenische Rat wird dafür weiterhin unsere volle Unterstützung erhalten.

Der Rat der EKD sieht ebenso deutlich, daß es nötig ist, unsere Gemeinden und darüber hinaus auch die deutsche Öffentlichkeit immer wieder neu in der Frage des Vietnam-Krieges in Anspruch zu nehmen. Daher bittet der Rat durch mich die Kirchenleitungen der Gliedkirchen, sie möchten sich *in eigenen Schreiben an die Pfarrer und Gemeinden* wenden, darin den Vietnam-Krieg zum Gegenstand eingehender Erwägungen machen und die Gemeinden zur Fürbitte für die Bewahrung des Welt-Friedens und für die Beilegung des Vietnam-Krieges anhalten. Wir glauben nicht, daß es richtig wäre, besondere Fürbittegottesdienste nach festem Schema und Rhythmus anzuordnen. Vielmehr sollte die Fürbitte in anderer Weise getan werden. Dazu nenne ich einige Möglichkeiten:

Regelmäßige Fürbitte im Fürbittengebet des Hauptgottesdienstes; Friedensandachten – abwechselnd in den Kirchen einer größeren Stadt –; einmaliger Fürbittegottesdienst aus besonderem Anlaß; besondere Friedensandachten innerhalb von Gebetswochen, z. B. der Ökumenischen Gebetswoche. In diesem Sinne hat auch der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland beschlossen, den Schlußgottesdienst der bevorstehenden Tagung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland als einen Fürbittegottesdienst für die Erhaltung des Friedens in der Welt und für die Beendigung des Vietnam-Krieges zu halten.

Der Rat hat ferner beschlossen, die mit dem gemeinsamen evangelisch-katholischen Aufruf vom Januar 1966 eingeleitete *Sammlung für Notstände in Vietnam* (Nord und Süd) den Gemeinden wieder in Erinnerung zu bringen. Die bekannten Reisen von Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, mit dem der Rat diese Fragen in seiner letzten Sitzung durchgesprochen hat, haben erneut erwiesen, daß es dringend nötig ist und daß es auch möglich ist, dorthin sinnvoll Hilfen zu leisten. Ökumenische Beratungen, die aus gleichem Anlaß kürzlich in Rom stattgefunden haben, führten zu einem ähnlichen Ergebnis. Das Diakonische Werk wird im Einvernehmen mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen und in Absprache mit dem Deutschen Caritas-Verband in Freiburg die Spendenaufkommen für geprüfte Projekte in Süd- und Nord-Vietnam verwenden und die Gliedkirchen noch vor der Synode über die bis zum 31. Dezember 1966 eingegangenen Spenden, über die im Jahre 1966 eingeleiteten Maßnahmen in Süd- und Nord-Vietnam und über die Planung für 1967 unterrichten.

Alle Gliedkirchen entsprachen den Bitten und Anregungen des Rates. Überall wurden Bitt- und Fürbittegottesdienste gehalten, überall Hilfsmaßnahmen durchgeführt. Die in Berlin versammelten Mitglieder der Synode der EKD faßten am 7. April 1967 folgende

Die in Berlin-Spandau versammelten Mitglieder der Synode haben von den Stellungnahmen des Rates in der Frage nach dem Frieden in Vietnam mit Zustimmung Kenntnis genommen; sie unterstützen und erneuern die Bitte des Rates an die Gliedkirchen, die Gemeinden zur unablässigen Fürbitte anzuhalten und sie aufzurufen, an der Linderung der leidvollen Folgen dieses Konfliktes in tätiger Opferbereitschaft mitzuarbeiten.

Der Schlußgottesdienst der Synodaltagung wurde als Fürbittegottesdienst für die Erhaltung des Friedens in der Welt und die Beendigung des Vietnamkrieges gehalten.

Die pfälzische Landessynode beschloß am 21. April ein Wort zum Krieg in Vietnam an die Gemeinden in der Pfalz:

Wir rufen Euch auf zum Gebet für den Frieden und zum Opfer für die schwerleidende Bevölkerung in Nord- und Südvietnam. Ihr wißt, daß in diesem Lande seit vielen Jahren ein schrecklicher Krieg tobt.

In Erinnerung an die furchtbaren Zerstörungen des letzten Krieges auch in unserem eigenen Lande, im Gedenken an das schwere Leid vieler Menschen in aller Welt und im Wissen um begangene Verbrechen bitten wir Euch:

Vergeßt nicht, daß wieder viel Blut fließt, daß wieder Stadt und Land verwüstet werden, daß wieder schwere Verbrechen geschehen, daß wieder unzählige alte Menschen, Frauen und Kinder unschuldig leiden! Davon müssen wir zu Euch reden, weil wir nicht wieder durch Schweigen und Nichtstun schuldig werden wollen. Was aber sollen wir tun? Wir können den Krieg in Vietnam nicht beenden. Aber wir können unseren Regierungen und unseren Politikern in den Ohren liegen, daß sie jeden Schritt unternehmen, der zum Frieden in Vietnam führen kann, denn der Friede in Vietnam ist auch unser Friede.

Die bedrängten und erniedrigten Menschen in Nord- und Südvietnam sollen erfahren, daß sie nicht allein stehen in ihrem maßlosen Leid. Wir müssen ihnen helfen mit unserem Opfer; vor allem die zahllosen verwaisten Kinder sind ohne ausreichende Hilfe in Hunger und Elend.

Mit unserem Beten und Opfern wollen wir die Barmherzigkeit Gottes bezeugen.

Die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau richtete am 6. Juni 1967 ein Rundschreiben an die Gemeinden:

Die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau ruft alle evangelischen Gemeinden und ihre Glieder zu Fürbittegottesdiensten für den Frieden in der Welt auf, insbesondere für den Frieden in Vietnam und im Vorderen Orient.

Daß Menschen widereinander die Waffen erheben und niemand, kein Alter, kein Kind, keine Frau, vom Kriege verschont bleibt, ist für Christen eine unerträgliche Wirklichkeit, die den einzelnen und die Gemeinde ins Gebet treibt und in die unablässige Aktion für den Frieden, ohne die das Gebet Schein und Heuchelei wäre. Der Welt des Hasses und der blinden Machtpolitik setzen wir mit unserem Beten, Denken und Handeln das Zeugnis der Liebe entgegen, die sich in Jesus offenbart. Nun steht zum erneuten Mal das Schicksal des jüdischen Volkes auf dem Spiel, dem Menschen unseres Volkes so Entsetzliches angetan haben. Darum tragen wir heute eine besondere Verantwortung. Wir müssen alle Politiker über ihren Willen zur Neutralität hinaus bestärken, für den Frieden in aller Welt zu wirken und mit allen Mitteln zu helfen, daß das Blutvergießen baldigst ein Ende nimmt.

Jede menschliche Katastrophe und gerade das Ungeheuer Krieg erwecken in den Christen neu die Bitte um das Kommen von Gottes Reich, von dem der Prophet Jesaja, ein Mann des bedrohten Volkes, sagt: „Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Denn es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen.“

Der Kirchenausschuß der Bremischen Kirche erklärte:

Die evangelische Christenheit Deutschlands und der ganzen Welt ist aufs tiefste betroffen durch die ständige Eskalation des Krieges in Vietnam. Der Krieg nimmt immer unermesslichere Formen an. Die Leiden der Zivilbevölkerung steigen ins Unermeßliche. Alle Friedensbemühungen des Ökumenischen Rates der Kirchen, auch die konkreten Vorschläge des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates vom August 1967 in Heraklion, sind vergeblich geblieben.

Wir bitten den Ökumenischen Rat und seine Gliederungen, sich nicht entmutigen zu lassen und nicht müde zu werden, das zu tun, was der ganzen Christenheit geboten ist: mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für die Beendigung des Krieges einzutreten.

Der Kirchentag der Bremischen Evangelischen Kirche bittet den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, sich erneut beim Zentralausschuß des Ökumenischen Rates dafür einzusetzen, daß alles Erdenkliche getan wird, um die Vorschläge von Heraklion zu verwirklichen und nach Möglichkeit auch auf die Bundesregierung einzuwirken, daß sie ihrerseits die Vorschläge von Heraklion unterstützt.

Die Gemeinden der Bremischen Evangelischen Kirche aber bitten wir:

1. weiterhin treue Fürbitte zu üben für den Frieden in Vietnam, aber darüber hinaus auch die anderen Kriegsgebiete und Krisenherde, wie z. B. Nigeria und den Nahen Osten, nicht zu vergessen;

2. die Opfer für die vom Krieg betroffene Bevölkerung zu steigern, vor allem für die leidende Menschheit in Süd- und Nordvietnam, und häufiger als bisher Kollekten für diesen Zweck zu sammeln;

3. sich um möglichst objektive Informationen über die Hintergründe der weltpolitischen Auseinandersetzungen zu bemühen. Nur wo wirkliche Information ist, werden Gebet und Opfer lebendig bleiben. Wir freuen uns, daß auf dem Boden der Bremischen Evangelischen Kirche unter Leitung der Herren Pastoren Küpper und Nölle ein Arbeitskreis im Entstehen ist, der sich dieser Fragen besonders annehmen und die Gemeinden mit dem notwendigen Material versorgen wird.

### *c) Weltweite Diakonie als Dienst am Frieden*

Es entspricht dem evangelischen Verständnis der unlösbaren Zuordnung von Glaube und Liebe, Hören und Gehorsam, Wort und Tat, Verkündigung und Dienst, daß die Erklärungen zum Frieden unter den Völkern und die Aufrufe zum Gebet um den Frieden begleitet waren von Taten praktischer und wirk-samer Hilfeleistung in allen Gebieten und Bereichen von Nöten und Notständen. Die „Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe“, die Aktion „Brot für die Welt“, die Aktion „Kirchen helfen Kirchen“, „Dienste in Übersee“ und andere kirchliche Aktivitäten taten auch im Berichtsjahr ihren helfenden Dienst weltweiter Diakonie.

An die Gemeinden der EKD und der evangelischen Freikirchen erging der



Der Hunger in der Welt nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an. In den letzten Jahren hat die Weltbevölkerung schneller zugenommen als die Erzeugung von Nahrungsmitteln. Wenn die 6,5 Milliarden Menschen, die voraussichtlich im Jahre 2000 die Erde bewohnen, satt werden sollen, muß die Getreideerzeugung auf das Dreifache, die tierische Erzeugung auf das Fünffache der heutigen Menge gesteigert werden. Zweifellos ist die „Hungerbombe“ nicht weniger eine Bedrohung der Menschheit als die Atombombe.

Angesichts dieser Entwicklung hat die Aktion „Brot für die Welt“ ihre neue Jahresversammlung unter das Motto „Mehr Brot!“ gestellt. Jeder soll den Verdienst eines Arbeitstages für Hungernde in der Welt spenden. Mit dem Ertrag können in den armen Kontinenten landwirtschaftliche Modellbetriebe errichtet werden, die der einheimischen Bevölkerung beispielhaft zeigen, wie sie selbst mehr und wertvollere Nahrung gewinnen kann. Auch weiterhin sind Maßnahmen zur Schul- und Berufsausbildung sowie medizinische Projekte und Katastrophenhilfen erforderlich, wie sie „Brot für die Welt“ schon in den vergangenen Jahren durchgeführt hat.

Die weltweiten Probleme verlangen ein Zusammenwirken der besten Kräfte in allen Ländern. Die Menschheit greift heute nach den Sternen, sie vervollkommenet ihre Waffentechnik, ohne ihr Ziel, die Abschaffung des Krieges, zu erreichen. Sie vollbringt eindrucksvolle wissenschaftliche und technische Leistungen. Aber für die nächstliegende Aufgabe, der Menschen Not und Hunger auf der Erde zu mindern, wird noch viel zuwenig getan.

Wer die Aktion „Brot für die Welt“ unterstützt, schafft Brot für heute und morgen. Christi Mahnung, die Hungrigen zu speisen, hat größere Aktualität denn je. Was wir heute versäumen, schlägt morgen auf uns zurück. Wenn wir aber den Verdienst eines Arbeitstages für die Mitmenschen in Afrika, Asien und Lateinamerika opfern, kann das zu einem Beispiel verantwortlichen Handelns aus Liebe in einer Welt des Umbruchs werden.

Ähnliche Aufrufe ergingen in allen Gliedkirchen in Ost und West.

Die bisher durchgeführten acht Sammlungen der Aktion „Brot für die Welt“ erbrachten den Betrag von 177 Millionen Mark – davon wurden fast 18 Millionen Mark von den Gemeinden in der DDR aufgebracht –, die für Hilfsmaßnahmen in Afrika, Asien, Lateinamerika, Ozeanien und Südeuropa verwandt wurden. Das Hilfsprogramm umfaßt einerseits langfristige Projekte, mit denen „Hilfe zur Selbsthilfe“ geleistet wurde; Bau und Einrichtung von Landwirtschafts- und Handwerkerschulen, von Kindergärten zur Ausbildungsarbeit, Lehrerbildungsstätten, Lehrfarmen, Lehrkrankenhäusern, Schulungsstätten für körperbehinderte Kinder, von industriellen Schulungsstätten, Volks-, Mittel-, höheren und Hauswirtschaftsschulen, von Schulinternaten, der Bau und die Erweiterung von Hospitälern und Krankenstationen, Entbindungsheimen mit Ausbildungsmöglichkeiten für Hebammen, Zahnkliniken, Werkschulen für die Ausbildung von Blinden, der Bau von Wohnheimen, Wohnhäusern und Siedlungen, Müttergenesungs- und Kinderheimen, die Beschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen, medizinischen Instrumentarien und Ambulatorien, der Ankauf von Zuchtvieh und Viehherden u. a. m. wurden zur Schaffung eigener Existenzgrundlagen in Notstandsgebieten der Erde mit diesen Mitteln finanziert. Daneben standen Maßnahmen zur Linderung von Hunger, Not und Krankheit in chronischen Fällen und aus akutem Anlaß bei Natur-

katastrophen, kriegsbedingten Verwicklungen und beim Ausbruch von Seuchen unter Menschen und Nutztieren.

Bei aller dankbaren Anerkennung der Hilfe in großen Nöten, die durch die Opferwilligkeit der deutschen evangelischen Christenheit acht Jahre hindurch geleistet werden konnte, reichen die bisher zur Verfügung gestellten materiellen und personellen Mittel nicht aus, die krassen Unterschiede zwischen armen und reichen, hungernden und satten Völkern, zwischen Industrienationen mit hohem Lebensstandard und Nationen, die in Entbehrung und Elend, ständig hungrig, von Katastrophen und Seuchen bedroht ihr Dasein fristen müssen, spürbar zu vermindern, geschweige auszugleichen. Die Frage nach wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Gerechtigkeit in der Welt ist zur Existenzfrage der Menschheit geworden und schreit nach einer befriedigenden Lösung. Die ökumenische Hilfe für die armen Völker wird auf Jahre und Jahrzehnte eine vorrangige Aufgabe der wohlhabenden Nationen sein und bleiben müssen und nicht zuletzt von ihren christlichen Kirchen, Gemeinden und Menschen besondere und vermehrte Anstrengung fordern.

#### *d) Vom kirchlichen Dienst am innenpolitischen und sozialen Frieden*

Nicht nur für den Frieden in der Völkerwelt setzte sich die Kirche mit Wort und Tat ein, sondern auch für den Frieden im eigenen Land. Ihm wollten u. a. die kirchlichen Erklärungen zu den Landtagswahlen dienen. Besondere Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang das vom Landeskirchenrat der Pfalz herausgegebene und den Pfarrern zur Bekanntgabe im Gottesdienst am 16. April 1967 empfohlene

#### WORT ZUR LANDTAGSWAHL IN RHEINLAND-PFALZ AM 23. APRIL 1967

Die Mitverantwortung, die unsere Landeskirche für unser Land hat, berechtigt und verpflichtet uns, zu den Landtagswahlen folgendes Wort an die Glieder unserer Kirche zu richten:

Unterschätzt nicht die Bedeutung der Wahl! Ihr Ausgang entscheidet darüber, von welchen Kräften und nach welchen Grundsätzen unser Land in den nächsten vier Jahren regiert wird.

Nehmt darum die Verantwortung als Bürger dieses Landes wahr! Macht von Eurem Wahlrecht Gebrauch!

Wählt verantwortlich! Prüft kritisch, wem Ihr Eure Stimme geben könnt und wem nicht. Wir haben alle Kräfte daranzuwenden, eine demokratische Ordnung, die nach der totalen Zerstörung unter großen Opfern wieder aufgebaut worden ist, zu erhalten und weiter zu entwickeln. Wir haben alles zu unterlassen, was sie gefährdet.

Geht darum Eure Stimme nicht einer Partei mit nationalistischen Parolen und Tendenzen! Wir warnen vor Radikalismus, vor dem Rechtsextremismus wie vor dem Linksextremismus.

Wehrt den Anfängen! Wir haben am eigenen Leib erfahren, wohin dieser Weg führt. An den Folgen haben wir noch lange und schwer zu tragen.

Ein Stimmenzuwachs radikaler Parteien in unserem Land bedeutet eine Gefahr für unser ganzes Volk.

Er hemmt die Entfaltung unserer demokratischen Ordnung. Er erschüttert das not-

wendige Vertrauen der anderen Völker zu uns, das nur mühsam Schritt um Schritt zurückgewonnen werden kann.

Er gibt den Kräften in aller Welt neuen Auftrieb, die immer noch von Mißtrauen gegen uns erfüllt sind und es schüren.

Wir bitten alle Parteien, die sich aus Verantwortung für das Ganze extremen Zielsetzungen versagen, so sachlich und sauber zu wirken, daß nicht durch ihr Versagen eine radikale Partei an Boden gewinnt.

Wir wissen, daß sich die Kirche mit diesem warnenden Wort zur Wahl nicht nur Freunde schaffen wird. Aber es ist besser, vor einer gefährlichen Entwicklung rechtzeitig zu warnen, statt zu schweigen.

Darum rufen wir die Glieder unserer Kirche auf: Wählt! Wählt verantwortlich!

Auch den Fragen des Arbeitsfriedens und des sozialen Friedens wandte die Kirche ihre Aufmerksamkeit zu. Es waren vor allem die wirtschaftliche Lage im Ruhrgebiet und die Not der von der Kohlenbergbaukrise und den Zechenstilllegungen betroffenen Menschen, die das Eintreten und den Einsatz der Kirche forderten. Wirtschaftliche Schwierigkeiten und Probleme des Bergbaues, der Stahlindustrie und ihrer Zulieferindustrien sind in diesem Zusammenhang zu bewältigen, aber darüber dürfen die damit verbundenen sozialen und menschlichen Probleme nicht vergessen oder zweitrangig behandelt werden, d. h., es müssen angestrenzte Bemühungen darangesetzt werden, den frei werdenden Arbeitskräften in der angestammten Heimat neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die im Oktober 1967 versammelte Landessynode der Evangelischen Kirche von Westfalen faßte eine Entschließung

#### ZUR LAGE IM RUHRGEBIET

1. Die Evangelische Kirche von Westfalen hat wiederholt zu wirtschaftlichen und sozialen Problemen im Ruhrgebiet Stellung genommen. Dabei ist immer mit Nachdruck darauf hingewiesen worden, daß die menschliche Seite der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung besonders ernst zu nehmen sei. Die in Bethel zusammengetretene Landessynode wendet sich heute in dieser Frage noch einmal an den Bundestag, den Landtag von Nordrhein-Westfalen, die Bundesregierung, die Landesregierung, die zuständigen Verbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die Unternehmensleitungen und Betriebsräte sowie alle mitverantwortlichen Behörden.

2. Die Landessynode will nicht zu wirtschaftlichen Einzelfragen Stellung nehmen. Sie ist aber der Auffassung, daß die Zeit für punktuelle Entscheidungen abgelaufen ist und daß sich jetzt alle Verantwortlichen auf klare Vorstellungen über die Zukunft – vor allem des deutschen Steinkohlenbergbaus – einigen und sie vor der Öffentlichkeit – vor allem vor den betroffenen Arbeitnehmern – vertreten müssen.

Das Gebot der Stunde ist eine einheitliche Energiepolitik. Der Bergbau braucht einen umfassenden Plan, in dem die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten und notwendigen Stilllegungen festgelegt sind. Nur unter dieser Voraussetzung können Nachwuchskräfte für den Bergbau gewonnen werden. Bis zum Zustandekommen einer solchen Lösung sollten weitere Stilllegungen zurückgestellt werden. Die Synode begrüßt, daß während ihrer Beratungen der Stilllegungsbeschluß für die Zechen „Hansa“ und „Pluto“ zurückgestellt worden ist.

3. Wir weisen darauf hin, daß bei allen wirtschaftlichen Überlegungen der Mensch in seiner schweren, mit Unsicherheit und Lebensangst belasteten Lage nicht vergessen werden darf.

4. Für das zukünftige wirtschaftliche und soziale Handeln resultiert hieraus, daß

a) den betroffenen Arbeitnehmern in ganz anderer Weise als bisher und rechtzeitig Informationen über einzelne Maßnahmen gegeben und die Gründe hierfür einsichtig gemacht werden;

b) unvermeidliche Entscheidungen über Stilllegungen auf größere Zeiträume hin gefaßt und abgewickelt werden;

c) der Frage der Umsetzung und Wiederbeschäftigung im bisherigen Lebensbereich zentrale Bedeutung beigemessen wird;

d) allen im Bergbau Freigestellten die wirtschaftliche Existenz für eine bestimmte Zeit im Rahmen einer Einkommensgarantie zu sichern ist; Hauptaufgabe muß es aber bleiben, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen.

5. Die Landessynode erbittet erneut Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Mobilität. Hindernisse wie Beschränkungen des Wohnrechts, Verluste sozialer Leistungen und die Bindung der Inanspruchnahme sozialer Maßnahmen an den Stilllegungstermin müssen abgebaut werden.

6. Die Landessynode richtet an den Bundestag die dringende Bitte, mit der bevorstehenden Beschlußfassung über das Kohleanpassungsgesetz ein ausreichendes Instrument zur notwendigen Steuerung der Gesamtenergiewirtschaft zu schaffen.

7. Damit die Menschen des Reviers wieder Vertrauen und Hoffnung gewinnen, bittet die Landessynode insbesondere, daß

a) viel mehr als bisher für die Infrastruktur des Ruhrgebietes getan wird;

b) energischer als bisher Widerstände gegen die Neuansiedlung von Arbeitsplätze schaffenden Industrien ausgeräumt werden;

c) verstärkte Kapitalhilfe über die Konjunkturförderungsprogramme gewährt wird;

d) im Hinblick auf die berufliche Mobilität die Merkmale der „Berufsunfähigkeit“ und der „Erwerbsunfähigkeit“ überprüft werden.

8. Die Landessynode bittet erneut darum, daß gemeinsame Aktionen von Bund, Land, Kommunen, Arbeitgeber und Gewerkschaften eingeleitet werden.

9. Die Landessynode hält es für notwendig, mit diesem Beschluß die Verantwortlichen und die Öffentlichkeit nachdrücklich darauf hinzuweisen, wie ernst die Lage der Menschen im Ruhrgebiet ist. Die Landessynode warnt vor einer Verharmlosung der Lage. Sie versichert erneut, daß die Evangelische Kirche von Westfalen auch in Zukunft bereit ist, an der Lösung der Probleme mitzuarbeiten.

### *e) Der Frieden innerhalb der Kirche*

Die Kirche würde ihr Amt, Botin und Sachwalterin des Friedens zu sein, schlecht wahrnehmen, wenn sie nicht auch in ihren eigenen Mauern auf Frieden bedacht wäre. An diese Aufgabe wandte sie auch im Jahre 1967 ein hohes Maß mühevoller Arbeit und zäher Geduld. Zahllose Gespräche, Beratungen und Begegnungen dienten der Aufgabe, die innerkirchlichen Frontbildungen aufzubrechen, die Streitenden aus gegenseitiger unfruchtbarer Polemik heraus- und zu gemeinsamer sachlicher Bemühung um die strittigen Fragen zusammenzuführen, den Diskussionsstil zu versachlichen, gegenseitiges Verständnis für die vertretenen Anschauungen zu wecken und zu fördern und das Wiedereinander der Meinungen und Entscheidungen in ein die Fülle des Evangeliums und den Reichtum kirchlichen Lebens und Dienstes widerspiegelndes Miteinander im gemeinsamen Verpflichtetsein gegenüber dem Herrn und dem Auftrag der Kirche in dieser Welt und Zeit werden zu lassen. Ein Beispiel gezielten innerkirchlichen Friedensdienstes ist der Weihnachts- und Neujahrsbrief, den der



damalige Ratsvorsitzende Bischof D. Scharf an die große Zahl seiner Freunde richtete:

Der Tag nach der Tagung der Westberliner Regionalsynode, an dem ich diesen Gruß schreibe, hat zur Bibellese das 7. Sendschreiben der Offenbarung des Johannes (Apokalypse 3, 14–22). Gerade dies Sendschreiben, das Wort des Herrn an seine Kirche ohne Lob, ist in den letzten Wochen mehrfach „Abschnitt für den Tag“ gewesen: als Predigttext am deutschen Bußtag, als fortlaufende Bibellese und nun als Kirchenjahreslesung.

So darf ich zum Fest der Menschwerdung Gottes und zum neuen Jahr einige Hinweise gerade diesem Bibelwort entnehmen:

Die Christengemeinde in Laodicea „geht konform“ mit der Bürgerschaft der Stadt. Sie hat Anteil an allen Vorteilen der Handelszentrale. Sie ist reich wie die Besitzer der Bankhäuser, sie hat Geschmack, den sie im Kirchenbau beweist und im Blick auf – liturgische – Gewandung, deren Stoffe ihre Gemeindeglieder herstellen. Sie hält Verbindung mit der Wissenschaft ihrer berühmten Universität, sie bedient sich der großen wissenschaftlichen Leistungen. Es ist eine tüchtige Gemeinde. Der erhöhte Herr Jesus Christus tadelt sie mit Sarkasmus. Seinen scharfen Tadel durchleuchtet innige Liebe, die ihr ungeschmälert zugewandt bleibt. Der Zuspruch, in den das Sendschreiben ausklingt, übertrifft die Verheißungen aller vorangegangenen Beurteilungen, auch die Verheißungen an die Gemeinden in Smyrna und Philadelphia.

Die evangelische Christenheit in Deutschland ist hineingezogen in Schicksal und Wesensart der gespaltenen Nation. Wer unvoreingenommen, schon nur unvoreingenommen, auf sie blickt, wird in ihr hingebenden Fleiß wahrnehmen, in ihren beiden Teilen. Sie bewahrt und verwaltet ein großes gemeinsames kulturelles Erbe. Sie erkennt die neuen Aufgaben, die ihr durch die besondere politische Geschichte des Volkes und durch die veränderten Lebensformen in West- und Ostdeutschland gestellt werden. Sie bemüht sich, den anderen Kirchen den deutschen ökumenischen Beitrag, theologisch und materiell, nicht schuldig zu bleiben. Sie erhält Altes, sie baut neu auf, sie hat die die Lehrgegensätze überbrückenden Arnoldshainer Abendmahlsthesen erarbeitet und hat die Forderungen einer „Theologie der Revolution“ zu einem großen Teil begierig akzeptiert. Verdient sie dennoch Tadel, den Tadel des Konformismus? Wie Laodicea? Im Sendschreiben wird der Tadel unter dem Gleichnis begründet: Diese Gemeinde schmeckt widerwärtig lau. Sie erfrischt nicht wie ein kühler Trunk unter der glühenden Sonne des Südens. Sie erwärmt nicht in der kalten Winternacht wie eine heiße, kräftige Speise, die vom Erfrieren errettet. Sie hat weder die abkühlende, klärende noch die erregende, entflammende Funktion echten Glaubens (vom Unglauben, von seiner kalten Ablehnung ist in diesem Bild sicherlich nicht die Rede!), sondern ist wohltemperiert, der Umwelt angepaßt. Ich meine, die Gruppen in der evangelischen Christenheit in Deutschland, die in Erscheinung treten, fallen unter dies Bild des göttlichen Tadels gerade *nicht*! Unter uns sind Hitze und eisige Kälte widereinander vorhanden aus Engagement und auch Voreingenommenheit. Wir lassen uns stärker bestimmen durch Reaktionen gegen die Umwelt und gegeneinander als unmittelbar von der Weisung der Heiligen Schrift.

Der Tadel von Laodicea, die Warnung des Herrn an unsere Kirche in unserer Zeit, würde sinn- und schriftgemäß vielleicht lauten müssen: Lodert nicht so rasch auf, wendet euch nicht so schnell ab in kühler Verslossenheit, seid nicht heiße oder kalte Krieger der Kirche! Sondern erkennt, daß in unserer Zeit die rechte Funktion des Glaubens Sachlichkeit ist, Objektivität, Gelassenheit und Geduld mit dem andern – gerade dann, wenn ihr im Gewissen getroffen und als Christen an den Vorgängen der Zeitgeschichte innerlich beteiligt seid! Wir sind – so scheint es mir – oft zu heiß und zu kalt gegeneinander und gegen unsere Umwelt, gegen die eigene Regierung oder gegen

die Regierung im andern Teil des Vaterlandes, gegen die politische Rechte oder die politische Linke, gegen die konservativ Gesinnten oder gegen die, die modern sein wollen. Auch Non-Konformismus kann zu einem Prinzip werden, das der Gesinnung des Neuen Testaments nicht entspricht.

Steht dieser Tadel – oder auch der andere im direkteren Verständnis des Schriftabschnittes – über dem Jahr, in das wir gehen? Jesus Christus will, daß wir wissen: Er tadelt, weil er liebt. „Als wollte er belohnen, so richtet er die Welt.“ Er steht vor der Tür der Christenheit, jeder Kirche und jeder Gemeinde, als der treue, geduldige, unenttäuschbare Freund, der seine köstlichen Gaben – Erkenntnis und Frieden, Freiheit und volle Freude –, der sich selbst darbringen will. Er ist brennende Liebe. Er ist erfrischende, kühl rechnende Vernunft, der „Logos“. Er ist die geduldige Gerechtigkeit, und Er ist die Vergebung alles dessen, was wir an Schuld auf uns geladen haben.

Zum Fest seiner Geburt und zum neuen Jahr erbitten wir für unsere Kirche in Deutschland und für die Christenheit in allen Teilen der Erde den offenen Blick, der Ihn, der vor uns steht, nicht übersieht, und das Ohr, die Nachricht seines Geistes an die Gemeinden zu hören. In welcher Zone der Geistigkeit und des Empfindens wir uns angesiedelt haben, ob wir nötig haben, „heißer“ zu sein oder „kälter“ oder ob wir das göttliche Gleichmaß lernen müssen, wir erwarten alles von Ihm, den die Nationen der Erde, die Völker und Rassen und – Religionen an ihrem Tisch nicht mehr entbehren können. Ohne Ihn wird der Verhandlungssaal zur Stätte chaotischer Tumulte; durch Ihn wird der Festsaal zum Raum eines Mahles der Gemeinschaft, in der alle volles Genüge finden! Wir wollen einander helfen, auf die Zeichen seiner Anwesenheit zu achten.

## 8. ZUM EVANGELISCH-KATHOLISCHEN VERHÄLTNIS UND GESPRÄCH<sup>9</sup>

Im Jahre des 450. Reformationsgedenkens spielte die Frage des evangelisch-katholischen Verhältnisses naturgemäß eine bedeutsame Rolle und war Gegenstand vielfältigen Bedachtwerdens auf allen Ebenen der Kirche. Auf Synodaltagungen und in Studienkreisen, in Vorträgen bei großen öffentlichen Veranstaltungen, in den Beratungen der Kirchenleitungen und in besonderen gesamt- und gliedkirchlichen Ausschüssen wurde sie behandelt. Nach wie vor wurde dankbar begrüßt, daß in der römisch-katholischen Kirche durch die Konzilergebnisse vieles in Bewegung gekommen ist, so daß sie sich heute nicht mehr als eine ihre Geschlossenheit in sich abschließender und abriegelnder Verslossenheit praktizierende, sondern als gesprächsoffene, zum Dialog bereite Konfession darstellt. Als sichtbare Zeichen solcher Öffnung zum Gespräch und des wachsenden Verständnisses in der Christenheit sind aus dem Jahre 1967 folgende Tatsachen zu berichten:

1. Im Auftrage ihrer Kirchen und unter Leitung der Bibelwerke beider Kirchen wurde eine Kommission evangelischer und katholischer Theologen damit beauftragt, gemeinsam eine Übersetzung ausgewählter biblischer Texte – Festtagsperikopen, Psalmen – zu erstellen. Die gemeinsam übersetzten Stellen sollen vor allem verwendet werden, wenn evangelische und katholische Christen

---

9. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1965, S. 99 ff.; 1966, S. 181 ff.

miteinander die Bibel lesen und zusammen beten sowie bei Fernseh- und Rundfunksendungen, die Christen aller Kirchen erreichen.

2. In den letzten Sitzungen des Berichtsjahres billigten der Rat der EKD und die Kirchenkonferenz den in zwischenkirchlicher Kommissionsarbeit unter Beteiligung evangelischer, römisch-katholischer, altkatholischer und freikirchlicher Beauftragter aus dem deutschen Sprachgebiet gemeinsam erstellten Text des Vaterunser, der am 21. Dezember 1967 mit einer im Wortlaut übereinstimmenden, aber von dem Vorsitzenden des Rates der EKD, Landesbischof D. Dietzfelbinger, und dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Döpfner, getrennt unterschriebenen Erklärung der Öffentlichkeit übergeben wurde. Die Erklärung lautet:

#### GEMEINSAMER VATERUNSER-TEXT IM DEUTSCHEN SPRACHBEREICH

Beauftragte der altkatholischen, evangelischen und römisch-katholischen Kirchen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz haben den nachstehenden gemeinsamen Text des Herrengebetes erarbeitet und den christlichen Kirchen des deutschen Sprachgebietes einstimmig zur Annahme vorgeschlagen:

Vater unser (Unser Vater) im Himmel,  
Geheiligt werde dein Name.  
Dein Reich komme.  
Dein Wille geschehe  
wie im Himmel, so auf Erden.  
Unser tägliches Brot gib uns heute.  
Und vergib uns unsere Schuld,  
wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.  
Und führe uns nicht in Versuchung.  
Sondern erlöse uns von dem Bösen.  
Denn dein ist das Reich und die Kraft  
und die Herrlichkeit in Ewigkeit. Amen.

Dem Text liegen die seit langem in den Kirchen gebräuchlichen deutschsprachigen Fassungen des Herrengebetes zugrunde, die jedoch an dem originalen biblischen Text geprüft, an einigen wenigen Stellen entsprechend geändert und zu einer gemeinsamen Fassung umgeformt sind. Die in Klammern stehende Anrede „Unser Vater“ kann, wo sie üblich ist, weiter verwendet werden. Der abschließende Lobpreis „Denn dein ist das Reich ...“ gehört dem biblischen Vaterunser nicht unmittelbar an, ist aber frühchristliches Gut; es steht jeder Kirche frei, ob und wann sie den Lobpreis gebrauchen will.

Die angesprochenen Kirchenleitungen haben schon jetzt weit überwiegend den angebotenen gemeinsamen Text zustimmend entgegengenommen und sich empfehlend für den Vorschlag ausgesprochen. Die Einführung des Textes in den Kirchen und Gemeinden geschieht nach der jeweiligen kirchlichen Rechtsordnung.

Es ist ein kirchengeschichtliches und ökumenisches Ereignis von großer Bedeutung, daß für Teile der Bibel und für das Herrengebet ein den großen Kirchen gemeinsamer Text vorliegt und die deutschsprachige Christenheit künftig im Hören auf das Wort und im Gebet unter dem gleichen Wortlaut beisammen sein kann.

3. Das am Pfingstsonntag 1967 erlassene, lange erwartete „Ökumenische Direktorium“, das Richtlinien zur Durchführung der Konzilsbeschlüsse über die ökumenische Aufgabe, d. h. des Dekrets über den Ökumenismus, gibt, brachte in

dem notvollen Problem der Konditionaltaufe einen Fortschritt, indem es erklärte: „Der Brauch, unterschiedslos alle bedingungsweise zu taufen, welche die volle Gemeinschaft mit der katholischen Kirche wünschen, kann nicht gebilligt werden, denn das Sakrament der Taufe darf nicht wiederholt werden. Deshalb ist es nicht erlaubt, die Taufe bedingungsweise zu wiederholen, wenn kein begründeter Zweifel entweder an der Tatsache oder an der Gültigkeit der schon gespendeten Taufe besteht.“ Es bedarf nunmehr nur noch der Absprachen zwischen den evangelischen Landeskirchen und den katholischen Diözesen, um diese Weisung in unserem Lande praktikabel zu machen. Bei klarer Ablehnung der Kultus- und Sakramentsgemeinschaft (*communicatio in sacris*) äußerte sich das Direktorium über die Möglichkeit gemeinsamer Gebetsandachten verhältnismäßig weitgehend und entgegenkommend.

4. Am 30. Mai 1967 fand in Loccum ein zweites offizielles Kontaktgespräch zwischen Vertretern des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz statt.

5. An der EKD-Synode, an Landessynoden und anderen repräsentativen Veranstaltungen der evangelischen Kirche – z. B. an der Einführung des Oldenburger Bischofs D. Harms, am Evangelischen Missionstag, an der 60. Generalversammlung des Evangelischen Bundes und anderem mehr – nahmen Würdenträger der katholischen Kirche als Gäste teil.

6. Die evangelischen Vorschläge für die Ordnung des Verhältnisses der evangelischen zur katholischen Mission, über die im Kirchl. Jahrbuch 1966, S. 195 ff. berichtet wurde, waren Gegenstand eines ersten offiziellen Informationsgesprächs zwischen Vertretern des Deutschen Evangelischen Missionsrates und des Katholischen Missionsrates.

7. Der Vorsitzende des Rates der EKD, Landesbischof D. Dietzfelbinger, wurde zum 39. Eucharistischen Weltkongreß, der im August 1968 in Bogotá stattfindet, eingeladen und hat die Einladung angenommen.

Gegenüber diesen dankbar begrüßten Anzeichen eines verbesserten Klimas zwischen den Kirchen brachte das Berichtsjahr der evangelischen Kirche und Christenheit jedoch auch einige Enttäuschungen im Blick auf den Dialog mit der römisch-katholischen Kirche. Tiefe theologische Gräben zwischen den Kirchen bleiben nach wie vor durch die Meßopfertheologie, die Mariologie und die Lehre vom Primat und der unfehlbaren Lehrautorität des Papstes bestehen. Befremden auf evangelischer Seite lösten die am 1. Januar 1967 von Papst Paul VI. unterzeichnete Konstitution „*Indulgentiarum doctrina*“, die die Lehre von den Ablässen darlegt und neue Richtlinien für ihren Gebrauch gibt, und die Fatima-Wallfahrt des Papstes aus. Auch in der leidigen Frage der konfessionsverschiedenen Ehe erbrachte das Berichtsjahr keine Erleichterung; zwar ist eine interkonfessionelle Mischehenkommission an der Arbeit, hat aber bisher keine Ergebnisse vorgelegt.

Sowohl der Dank für die ökumenische Öffnung der katholischen Kirche wie das Bedauern über die nach wie vor unbehobenen Schwierigkeiten kommen in den nachstehend abgedruckten Dokumenten zum Ausdruck.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland nahm am 7. April 1967 einstimmig eine Vorlage ihres Ökumenischen Ausschusses entgegen; sie lautet:



„Die Synode weiß sich mit den römisch-katholischen Brüdern einig in dem Bekenntnis, daß der Glaube an Jesus Christus, den einen Hirten, die Hoffnung auf die eine Herde in sich beschließt. Mit der gesamten Christenheit beten wir darum, daß Gott die Einigung aller Kirchen herbeiführen möge zu der Zeit und in der Gestalt, die ihm gefällt. Wir sind überzeugt, daß wir nur durch die Kraft des Heiligen Geistes im gemeinsamen Hören auf sein Wort in Buße vor Gott und in gegenseitiger Vergebung zu einer fruchtbaren Annäherung kommen können ...

Wir gestehen dabei offen die Schwierigkeiten ein, die für die römisch-katholischen Brüder aus unserer eigenen Bedrängnis erwachsen, daß entscheidende Glaubensaussagen, die der römisch-katholischen Kirche und den Reformationkirchen ursprünglich gemeinsam waren, im Raum des Protestantismus nicht allgemein festgehalten werden.“

1. Der Synodal-Ausschuß hält die Entschließung der Synode vom März 1966 zum Zweiten Vatikanischen Konzil, aus der die vorstehenden Sätze entnommen sind, nach wie vor für ein richtungsweisendes Wort über das Verhältnis zur römisch-katholischen Kirche. Er empfiehlt, dieses Wort allen Gemeinden zugänglich zu machen, und bittet Pfarrer und Gemeinden, sich mit diesem Wort zu befassen. In Dankbarkeit stellt er fest, daß entsprechend den Vorschlägen dieser Entschließung gemischte evangelisch-katholische Kommissionen gebildet wurden, die verschiedene Untersuchungen durchführen und bestimmte Aufgaben übernommen haben (Ausschuß von Beauftragten des Rates der EKD und der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz, Ausschuß für eine gemeinsame Übersetzung von Teilen der Bibel, Ausschuß für eine gemeinsame Übersetzung des Vaterunsers, Ausschuß für die Durchsicht der Religionsunterrichtsbücher).

2. Der Synodal-Ausschuß bedauert, daß die Instruktion der Kongregation für die Glaubenslehre über die Mischehe vom 18. März 1966 bisher keine dem Geist des Ökumenismus-Dekrets entsprechende Änderung der katholischen Mischehenpraxis gebracht hat und hinter der Lösung zurückbleibt, die die Mehrheit der Konzilsväter in dem Votum *De Matrimonii Sacramento* für wünschenswert gehalten hatte. Er weist besonders darauf hin, daß das derzeit geltende römische Mischehenrecht infolge der retardierenden Tendenz der Instruktion nach wie vor an der Lebenswirklichkeit vorbeigeht, die in einem so stark konfessionell gemischten Land wie dem unseren entstanden ist. Gerade bewußten evangelischen und katholischen Christen wird es durch diese Instruktion schwergemacht, ihre Ehe unter Gott zu schließen und zu führen. Der Synodal-Ausschuß bedauert darüber hinaus, daß dem Vernehmen nach von den deutschen Ordinariaten von den Dispensmöglichkeiten, die die Instruktion bei aller Zurückhaltung dennoch bietet, im Unterschied zu einigen außerdeutschen Ordinariaten wenig Gebrauch gemacht wird. Er nimmt jedoch dankbar zur Kenntnis, daß eine evangelisch-katholische Mischehenkommission gebildet wurde, in der diese Fragen besprochen werden, und hofft, daß insbesondere durch die Bemühungen auf der Ebene des Ökumenischen Rates und des Sekretariats zur Förderung der Einheit der Christen eine Mischehenregelung gefunden werden kann, die öffentlich geschlossene Ehen als gültig anerkennt und eine christliche Kindererziehung fördert. Er begrüßt die Empfehlung des Rates, von dem in der Instruktion enthaltenen Angebot, wonach „der nichtkatholische Religionsdiener nach Beendigung der ‚katholischen Eheschließung‘ einen Glückwunsch und eine Ermahnung an das Brautpaar richten und ... gemeinsam mit den Nichtkatholiken einige Gebete verrichten“ darf, keinen Gebrauch zu machen, und ist dankbar für die Entscheidung fast aller Landeskirchen, den Pfarrern von einer nachträglichen Mitwirkung an einer katholischen Eheschließung unter den durch die Instruktion gegebenen Voraussetzungen abzuraten.

3. Der Synodal-Ausschuß nimmt zur Kenntnis, daß ein „Ökumenisches Direktorium“ zu erwarten ist, das konkrete Folgerungen aus dem Ökumenismusdekret zieht. Er hofft, daß danach die Möglichkeiten gegenseitiger Begegnung deutlicher werden, daß

in gegenseitiger Fühlungnahme Grundsätze für gemeinsame Gebetsandachten und Wortgottesdienste erarbeitet werden können und daß zur Vermeidung der Konditionaltaufen, die nach wie vor das Verhältnis beider Kirchen erheblich belastet, verbindliche Vereinbarungen mit allen deutschen Diözesen getroffen werden.

4. Der Synodal-Ausschuß bittet den Rat, der Frage nach unserem reformatorischen Auftrag heute in besonderer Weise nachzugehen. Dabei weist er auf folgende ihm vor allem wichtig erscheinende Fragen hin:

a) Auf welche Autorität gründet sich und welche Autorität besitzt nach evangelischem Verständnis das Amt in der Gemeinde einschließlich der Ämter, die mit dem allgemeinen Priestertum aller Gläubigen gegeben sind, gegenüber römisch-katholischer Lehre?

b) Was bedeutet für unser evangelisches Kirchenverständnis die Tatsache, daß alle Strukturprobleme letztlich nur zweitrangig sind und die Kirche selbst als das wandernde Gottesvolk unter mancherlei Strukturen dem Ziel, das der Herr der Kirche ihr gesetzt hat, entgegengeht?

Diesen Fragen sollte in einer gründlichen theologischen Untersuchung nachgegangen werden. Bereits während dieser Untersuchung sollte der Dialog mit den katholischen Brüdern aufgenommen werden. Dabei sollten wir als Kirche der Reformation auch die Fragen hören, die von römisch-katholischer Seite an uns gerichtet werden, denn gerade so nehmen wir unseren reformatorischen Auftrag in rechter Weise wahr.

In seinem der im Mai 1967 in Goslar zusammengetretenen regionalen Tagung West der Generalsynode der VELKD erstatteten Bericht führte Landesbischof D. Dietzfelbinger als Beauftragter der VELKD für die Fragen des Verhältnisses zur römisch-katholischen Kirche aus:

1. Das Jahr 1967 ruft uns die besondere Gabe und Verantwortung der lutherischen Reformation ins Gedächtnis; eine umfassende Besinnung auf das Thema Reformation heute hat unter uns eingesetzt. Wir müssen gestehen, daß es in mancher Hinsicht nicht leicht ist, davon zu reden. Was haben wir selber aus dem Durchbruch gemacht, den das paulinische Wort andeutet: Ich schäme mich des Evangeliums von Christus nicht, denn es ist eine Kraft Gottes zu retten alle Glaubenden! oder aus dem Motto der Augsburger Konfession: Ich rede von deinen Zeugnissen vor Königen und schäme mich nicht! „Konfession“ heißt Bekenntnis – heute ist es das, was man verschweigt. Von Reformation heute kann man nur reden in der Buße zu Gott, aber auch im Glauben an das Evangelium.

Daß Reformation damals und heute ein Geschehen ist, das nicht nur die Christenheit teilweise, sondern insgesamt angeht, ist uns in den letzten Jahren neu aufgegangen. Über die Grenzen der Reformationskirchen hinaus, auch im römisch-katholischen Bereich wird das anerkannt. Man denke nur an die neue Beurteilung des Reformators Martin Luther weithin – nicht überall –, aber weithin auch im katholischen Raum. In einer Wechselwirkung dazu ist unter uns selbst der Begriff Reformation, der eine Zeitlang etwas müde und glanzlos werden wollte, neu zum Leuchten gekommen. Dies alles ist eine Seite der neuen *Solidarität* der Christenheit, in der wir getrieben, oft gezwungen werden, aufeinander zu schauen, einander zu fragen und aufeinander zu hören. Die Anfechtungen, die über die Christenheit als Ganzes in den letzten Jahrzehnten gekommen sind, tun dazu ein übriges; ebenso die Tatsache, daß es heute radikale und umfassende Fragestellungen an die Christen überhaupt gibt, die jenseits der konfessionellen Spaltungen oder noch vor ihnen liegen und die einzelnen Konfessionen gewissermaßen zum Wettstreit miteinander auffordern.

2. Auf dem Boden dieser uns Christen in allen Konfessionen neu bewußt gewordenen Solidarität hat mit dem Konzil und danach eine Phase des Gesprächs einge-

setzt. Vom „Dialog des Heils“ hat Papst Paul VI. selbst einmal gesprochen. Dieser Dialog geschieht – soweit ich sehe – weithin dort, wo Katholiken und Glieder der reformatorischen Kirchen nebeneinander oder miteinander wohnen, in manchen Teilen wie in Holland und auch in den Vereinigten Staaten beinahe stürmisch, in Deutschland ruhiger, sachlicher, manchmal auch härter.

Am weitesten vorangeschritten scheint mir beinahe das Gespräch auf der spezifisch theologischen Ebene zu sein, wo es oft überraschende Querverbindungen und gemeinsame Einsichten gibt, wo neben den alten kontroverstheologischen Fragen die modernen Fragestellungen auf beiden Seiten bewältigt werden wollen, das hermeneutische Problem, das Problem der Säkularisation und des Säkularismus, des modernen Atheismus, Gottes Wort in der Heiligen Schrift, das Heilswerk Christi, das Leben im Sakrament. Das große Thema „Kirche und Welt“ mit seinen zahlreichen Verzweigungen bewegt die Geister hier und dort, etwa auch aufgrund der letzten Sozialenzyklika Papst Pauls VI. „*Populorum Progressio*“. So verschieden diese Enzyklika auch beurteilt wird, so kann sie doch mit ihrem leidenschaftlichen, an manchen Stellen beinahe utopisch erscheinenden Eintreten für Weltfrieden und Weltorganisation sowie für die Entwicklung der Völker die lutherische Sozialethik fragen, ob wir nicht manches nachzuholen haben. Vor allem aber wäre bei uns zu prüfen, was in den heute überall in der Christenheit, aber auch weit darüber hinaus verbreiteten Rufen nach Entwicklung und Fortschritt, Weltfrieden und Gerechtigkeit die etwas unbequemen, den unbekümmerten Lauf und Willen des Menschen scheinbar störenden und hemmenden Erkenntnisse der Reformation über Sünde und Tod, Gericht und Gnade, Rechtfertigung des Sünders und neuen Gehorsam bedeuten.

Es gibt auch Bereiche, in denen das erwähnte Gespräch auf der Stelle tritt. Was die gemeinsamen Veranstaltungen von Christen verschiedener Bekenntnisse betrifft, so bilden auf unserer Seite immer noch die „Ratschläge für gemeinsame Veranstaltungen“ aus dem Jahre 1965 die Grundlage. Das von der römisch-katholischen Seite angekündigte „Direktorium“, das zu einer Überprüfung dieser Ratschläge auch uns Anlaß geben könnte, ist immer noch nicht erschienen. In der schwierigen Frage des Eheverständnisses, in der noch leidvolleren speziellen Frage der glaubensverschiedenen Ehe sind seit einiger Zeit Gespräche im Gange; doch sind wir auf deutschem Boden in dieser Angelegenheit bisher kaum vorangekommen.

3. Eine schwere Belastung für das gesamte ökumenische Gespräch zwischen der römisch-katholischen Kirche und der Kirche der Reformation dürfen wir nicht verschweigen, die sich in der letzten Zeit ergeben hat; es ist die Marienwallfahrt des Papstes Paul VI. nach Fatima. Dabei ziemt es uns nicht, uns in die innerkatholische Diskussion über diese Reise einzumischen. Aber da der Papst in seiner Ansprache ausdrücklich auch die nicht-katholischen Christen angedredet hat, müssen und wollen wir eine reformatorische Stellungnahme abgeben.

Manchem von uns ist vielleicht noch das große Wort in Erinnerung, das Papst Paul VI. ziemlich am Anfang seiner Amtszeit zu Beginn der 2. Konzilsession 1963 gesprochen hat:

„Über dieser Versammlung soll kein Licht aufleuchten, das nicht Jesus Christus ist, das Licht der Welt; keine Wahrheit soll unseren Geist interessieren außer dem Wort des Herrn, unseres einzigen Meisters; kein anderes Bestreben soll uns leiten außer dem Verlangen, ihm unbedingt treu zu sein; keine andere Zuversicht soll uns aufrecht erhalten außer einer, die durch das Wort von ihm unsere trostlose Schwachheit stärken möchte: Siehe, ich bin bei euch alle Tage bis zur Vollendung der Weltzeit.“

Jedes solches Christuszeugnis hören wir dankbar. Hier klingen verwandte Saiten an. An dieser Stelle liegt wohl das Geheimnis der einen Kirche. Auch wenn nach römisch-katholischer Aussage die Mariologie der Christologie dienen soll, vermochte ich solche Klänge diesmal kaum zu hören. Auch wenn wir zugeben müssen, daß bei uns in der



reformatorischen Polemik gegen die Wucherung der Marienverehrung die neutestamentliche Maria, die Mutter Jesu, vielfach zu stark in den Hintergrund getreten ist, so scheint mir in Fatima die biblische Maria doch nur mehr schwer erkennbar zu sein. Wir wollen für die Papstreise die besten Motive voraussetzen, das leidenschaftliche Eintreten für den Frieden in der Welt, und wollen uns selbst durch dieses Beispiel dazu reizen lassen, auch unsererseits hier stärker einzutreten:

„Jesu, wahrer Friedefürst,  
der der Schlange hat zerknirscht  
ihren Kopf durch seinen Tod,  
wiederbracht den Fried bei Gott,  
gib uns Frieden gnädiglich.“

Aber eben „Jesu, wahrer Friedefürst“! Christus allein, die Heilige Schrift allein – das gehört zu den reformatorischen Kriterien! Von daher muß ich sagen: Auf dem Weg nach Fatima liegt die Einigung der Christen nicht.

4. Die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb über den Besuch in Fatima:

„Die katholische Kirche wird mit dieser päpstlichen Fatima-Wallfahrt noch lange zu tun haben. Wie paßt sie zu all den Bemühungen um ökumenische Annäherung an die Kirchen der Reformation?“

Diese Kirchen geraten tatsächlich in Unruhe, wenn Maria als Fürsprecherin bei Jesus Christus angerufen wird, wo doch nach der Heiligen Schrift Jesus Christus selbst der einige Mittler und Fürsprecher bei dem Vater ist. Jedenfalls bei uns ist es nicht leicht, dieses neue Hindernis auf dem Weg des ökumenischen Gesprächs zu überwinden.

Nach dem Katechismus und der Heiligen Schrift ist es der Geist Gottes, der das Werk Jesu Christi treibt und damit die Kirche Jesu Christi sammelt. Es ist ein wunderlicher, verschlungener Weg, den der Heilige Geist seine Christenheit führt, viel verschlungener, viel mehr von Rückschlägen bedroht, und von Umwegen gezeichnet, als es sich unsere Planungen und Wünsche denken. Der reformatorische Satz Martin Luthers ist noch lange nicht ausbuchstabiert, auch auf dem Gebiet des Gesprächs zwischen den Konfessionen, von dem Heiligen Geist, der die gesamte Christenheit auf Erden „berufet, sammelt, erleuchtet, heiligt und bei Jesu Christo erhält im rechten einigen Glauben“.

Wie arbeitet dieser Heilige Geist heute, wenn er unsere Sünde aufdeckt, auch die Sünde und die Hintergründe der Trennung im Glauben, und wenn er uns dabei in die Wahrheit führt? Wie lehrt er uns getrennte Christen, einander die Wahrheit zu sagen so, daß der Leib Christi darüber nicht neu zerrissen, sondern in der Wahrheit erbaut wird? Wie ist er an der Arbeit mitten in der zunehmenden Säkularisation und – das dürfen wir nicht vergessen – wie ist er in der immer neu erwachenden Religiosität in der Welt an seinem Werk? Die Kirche der Reformation hat auf ihrem gesamten Weg, in Auseinandersetzung mit Rom und mit den Schwärmern, unter manchen Schmerzen, auch in Niederlagen das Verhältnis „Wort und Geist“ bedenken und durchleiden müssen. Wenn es ihr gegeben würde, in der heutigen ökumenischen Bewegung diesen Satz vom Heiligen Geist neu zu hören, mit neuen Buchstaben und mit einem neuen Klang zu sagen: das wäre ein Geschenk an die gesamte Christenheit.

Die Landessynode der Evangelischen Kirche von Westfalen beschloß auf ihrer Tagung im Oktober 1967 ein Wort:

#### AN DIE CHRISTEN IN UNSEREM LAND

Die Evangelische Kirche von Westfalen denkt in diesem Jahr mit allen evangelischen Christen in der Welt daran, wie sich vor 450 Jahren das Evangelium von unserem Herrn und Heiland Jesus Christus im Zeugnis der Reformatoren neues Gehör verschafft hat. Die Reformatoren haben gelehrt, daß wir ohne menschliches Zutun allein



durch den Glauben an Jesus Christus vor Gott gerecht und selig werden. Allein von unserem Herrn Jesus Christus können wir das Heil erwarten. Mit seinem Tod und seiner Auferstehung hat er unsere Schuld vor Gott getilgt und uns zu neuem Leben in seiner Nachfolge berufen. Diese Botschaft macht uns dankbar und froh.

Die Erinnerung an den Beginn der Reformation erfüllt uns aber auch mit Schmerz über die Spaltung der Christenheit, und dies um so mehr, als wir Christen mit Menschen zusammen leben, die den Glauben an Gott verloren haben. Wir haben den Auftrag, unseren Mitmenschen zu bezeugen, daß der Glaube an Jesus Christus aus aller Gottesferne herausführt und so allein dem Leben Sinn, Ziel und Richtung gibt. Diesen Auftrag können wir glaubwürdiger und überzeugender erfüllen, wenn wir es in Gemeinsamkeit tun. Darüber hinaus fordert uns gemeinsam die Aufgabe, unserer Welt die Bereitschaft zum Frieden zu bezeugen und vorzuleben, dazu dem Hunger und der Armut zu wehren.

Wir freuen uns darüber, daß uns über alles Trennende hinweg mit unseren katholischen Mitchristen die Heilige Schrift, das Gebet des Herrn, die Heilige Taufe, das Apostolische Glaubensbekenntnis und die übrigen Lehrbekenntnisse der alten Kirche verbinden. Darin erkennen wir uns gegenseitig als Schwestern und Brüder unter dem gleichen Herrn. Auch die katholischen Christen sind dem Zeugnis der Heiligen Schrift zugewandt. Sie hören auf das Evangelium von Jesus Christus und finden im Glauben an den gekreuzigten und auferstandenen Herrn Halt und Trost für Leben und Sterben. Das gemeinsame Gebet für den Frieden eint uns vor Gottes Angesicht. In vielen Gesprächen und Begegnungen haben wir uns besser verstehen und achten gelernt. Manche Mißverständnisse konnten geklärt, Vorurteile überwunden werden.

Wir übersehen freilich nicht, daß uns Entscheidendes voneinander trennt. Auch bedauern wir, daß es bisher nicht gelungen ist, das Mischehenproblem in befriedigender Weise zu lösen. Wir bitten den Herrn der ganzen Christenheit, daß er uns auf dem Weg zur Einheit des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung weiterführt. Wir wollen nichts unversucht lassen, was Gräben zuzuschütten und alte Mauern niederzureißen vermag. Darum können wir der Reformation der Kirche nicht gedenken, ohne alle katholischen Christen in unserem Lande als die zu grüßen, die mit uns zu unserem Herrn Jesus Christus gehören. Denn er ist es, der die Seinen kennt, uns zum Glauben ermutigt, zur Liebe stärkt und uns auf eine Erneuerung der ganzen Christenheit hoffen heißt.

## 9. DER EVANGELISCHE BEITRAG ZUM BILDUNGS- UND SCHULPOLITISCHEN GESPRÄCH UND GESCHEHEN<sup>10</sup>

Die Kulturpolitik gehört in der Bundesrepublik Deutschland in die Zuständigkeit der Bundesländer. Das hat für die Kirche zur Folge, daß ihre kultur-, bildungs- und schulpolitischen Anliegen in erster Linie von den Landeskirchen wahrgenommen und vertreten werden müssen. Daraus erklärt es sich, daß die in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz schon im Vorjahr angelaufenen und im Berichtsjahr fortgesetzten Bemühungen um Aufbau und Ordnung eines den heute und morgen zu stellenden Anforderungen besser entsprechenden Schul- und Bildungswesens die Landeskirchen Baden, Württemberg, Bayern, Rheinland, Westfalen und Pfalz

---

10. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1964, S. 97 ff.; 1966, S. 176 ff.

nötigten, in dem bildungs- und schulpolitischen Gespräch und Geschehen ihre Anliegen und Stellungnahmen zu vertreten und ihren Beitrag zu leisten.

Wie aber in zunehmendem Maße kulturpolitische Aufgaben und Verantwortungen im politischen Raum auf den Bund zukommen, wird auch die EKD genötigt, Anliegen der Kultur-, Bildungs- und Schulpolitik in gesamtkirchlicher Verantwortung aufzugreifen. Zum ersten Male seit der Verabschiedung des Wortes zur Schulfrage 1958 (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 85 ff.) befaßte sich die EKD-Synode 1967 in ihrem in Spandau versammelten Teil mit Fragen und Aufgaben einer zeitgemäßen Kulturpolitik. Sowohl in dem mündlich vorgetragenen Bericht des Ratsvorsitzenden wie im gedruckt vorliegenden Rechenschaftsbericht der EKD war von den kulturpolitischen Aufgaben und Maßnahmen der EKD die Rede. Die Synode setzte einen Synodalausschuß „Kulturpolitik“ ein, über dessen Erörterungen und Erwägungen der Vorsitzende, Kirchenpräsident Professor D. Sucker, folgenden Bericht erstattete:

Eine Beschäftigung der EKD mit kulturpolitischen Fragen in Deutschland muß heute von drei Tatbeständen ausgehen:

1. Die Kulturpolitik hat bereits heute das gleiche Gewicht wie die Sozialpolitik (Schelsky: „Schule als Verteiler von Sozialchancen“). Diese Bedeutung wird in Zukunft noch wachsen (éducation permanente, Mobilität der Gesellschaft, Berufswechsler). Vermittlung von Grundwissen und Grundfertigkeiten (Fähigkeit zu ständiger Weiterbildung) entscheidet über die soziale Stellung des Einzelnen in der Gesellschaft von morgen. Georg Picht: „Jede Schulreform ist Sozialreform“.

2. Wie kein anderer Bereich des öffentlichen Lebens leidet die Kulturpolitik unter den Nachteilen des staatlichen Föderalismus. Für eine Beschäftigung der Kirche mit der Kulturpolitik kommt hinzu, daß die EKD in ihrer besonderen föderativen Struktur ihrerseits es schwer hat bei der Herausarbeitung einer einheitlichen kulturpolitischen Auffassung. Darum sollte der Ausschuß Kulturpolitik eine ständige Einrichtung während der Tagungen der Synode sein.

3. Für eine Beschäftigung der EKD mit der Kulturpolitik kommt ferner hinzu, daß die EKD in zwei verschiedenen gesellschaftlichen und staatlichen Systemen lebt. Welche Probleme sich daraus für die Gliedkirchen in der DDR ergeben, geht eindringlich aus dem hier verlesenen Bericht von Bischof D. Krummacher hervor. Hier kann die Schule als der Raum erscheinen, in dem „junge Christen um ihres Glaubens willen verhöhnt oder in ihrem schulischen und beruflichen Fortkommen gehindert“ werden.

1. Weil die Schulpolitik ein wesentlicher Bereich der Kulturpolitik ist, ging der Ausschuß aus von dem Schulwort der Synode von 1958. Er erkennt an, daß dieses Wort in der damaligen Situation eine große Bedeutung gehabt hat. Zugleich stellt er aber fest, daß das Wort aufs ganze gesehen in der Öffentlichkeit, sogar in der kirchlichen Öffentlichkeit, ziemlich unbeachtet geblieben ist. Hier machte sich der Ausschuß allgemeine Gedanken über Wirkung und Wirkungslosigkeit kirchlicher Worte. Forderung: Information der Gemeinden!

Das Wort der Synode der EKD zur Schulfrage ist aber auch in weiten Teilen so an die damalige Situation gebunden, daß seine einfache Wiederholung nicht hilfreich sein würde. Davon und von der gerade hier notwendigen Weiterarbeit ist im gedruckten Ratsbericht auf Seite 58 die Rede. Zudem hat sich die kulturpolitische Situation seit 1958 so erheblich gewandelt, daß dieses Wort heute als Stellungnahme der Kirche nicht mehr ausreichen kann. Um die Veränderung der Lage wenigstens anzudeuten, sei hier nur auf den 1959 erschienenen „Rahmenplan für die Vereinheitlichung und Neuordnung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens in Deutschland“ des Deutschen Aus-

schusses für das Erziehungs- und Bildungswesen und die 1966 nach langen Auseinandersetzungen endlich erfolgte Konstituierung des Deutschen Bildungsrates hingewiesen.

Bei einem gründlichen Durchlesen des Wortes von 1958 ergab sich dem Ausschuß Kulturpolitik eine solche Fülle von heute noch ungelösten Fragen oder besser: in naher Zukunft zu erfüllenden Aufgaben, daß hier nur einige der wichtigsten angeführt werden können:

a) Das Verhältnis von Erziehung, Bildung und Ausbildung. Hier sind wir bestimmt noch nicht im 20. Jahrhundert angekommen.

b) Das Verhältnis der Schule zu den anderen Bildungsinstitutionen heute (Erwachsenenbildung, Bildungsurlaub, Massenkommunikationsmittel, hier u. a. Fernstudium!).

c) Die Frage der christlichen Gemeinschaftsschule. Was ist das?

d) Die Aufgabe des Religionsunterrichtes, seine Ohnmacht, seine Vollmacht und sein Verhältnis zum Unterricht in den anderen Fächern.

e) Theologie als Grundfach und als Spezialfach in der Ausbildung der Lehrer aller Schularten.

f) Der Theologe als Lehrer und Seelsorger an Pädagogischen Hochschulen und Universitäten.

g) Die Frage einer kirchlichen Bevollmächtigung (vocatio) für Religionslehrer (Schutz der Lehrer). Vgl. Land Niedersachsen, wo die Lehrer auf alle Fälle Religion unterrichten müssen.

h) Die Kirche muß auf die geistige und wirtschaftliche Selbständigkeit des Lehrers bedacht sein. Der Lehrer und Erzieher als Christ.

i) Notwendigkeit und Möglichkeiten einer evangelischen Elternarbeit, durch die sich die Elternschaft über ihren eigenen Status klärt. Keine Machtergreifung der Eltern!

j) Kirchliche Ausbildung des Religionslehrers und Katecheten und ihr Berufsbild. Bezahlung!

k) Fortbildung der Religionslehrer, Katecheten und aller in der Erziehungs- und Bildungsarbeit stehenden evangelischen Christen. Ev.-päd. Akademie. Der Religionslehrer darf keinen Minderheitskomplex haben.

l) Die veränderte Funktion des Kindergartens und der vorschulischen Erziehung. *Kindergarten als Vorschule.*

m) Aufgaben und Möglichkeiten einer Schule der evangelischen Kirche.

Dem Ausschuß Kulturpolitik erscheint es notwendig, daß die EKD diese hier genannten und eine Fülle von weiteren Fragen aufnimmt und mit großem Ernst neu durchdenkt, so eine Art Bildungsrat der EKD. Für die Bearbeitung dieser Aufgaben muß die EKD sich ein geeignetes Organ schaffen.

2. Dieses Organ könnte und sollte die Kammer für Erziehung, Bildung und Unterricht sein. Der Rat der EKD sollte diese Kammer neu konstituieren. Sie sollte ein Gremium von etwa 15 Persönlichkeiten verschiedener Fachrichtungen sein (nicht allein Pädagogen, sondern auch Soziologen, Psychologen, Bildungs-Ökonomen und andere), die sich regelmäßig und häufiger als bisher versammeln. Daneben sollten von Fall zu Fall kleine Gremien von Fachleuten zusammentreten, die die Beratungen der Kammer vorbereiten und Unterlagen ausarbeiten. Der Rat sollte sich über die Arbeit der Kammer durch den Geschäftsführer der Kammer regelmäßig unterrichten lassen.

Der Ausschuß weist allerdings mit Nachdruck darauf hin, daß die finanzielle Ausstattung der Kammer, wenn sie die angedeuteten Aufgaben erfüllen soll, erheblich erweitert werden muß. (Neue Prioritäten auch in kirchlichen Haushalten notwendig. Nicht unbedingt Ausweitung des Gesamtvolumens.) Außerdem muß der Kammer über die Gremien von Fachleuten hinaus eine wissenschaftliche Arbeitsstätte für größere Vorhaben zur Verfügung stehen.

3. Eine solche evangelische Arbeitsstätte für Pädagogik ist in dem Comenius-Institut

in Münster bereits vorhanden. Dieses Institut genießt im kulturpolitischen Bereich weit über die Kirche hinaus Ansehen.

Auf Grund eines ausführlichen Berichtes über das Institut und seine Arbeit ist der Ausschuß davon überzeugt, daß die evangelische Kirche sich wegen der besonderen Bedeutung der Bildungspolitik heute noch weit mehr als bisher dieses Institutes annehmen muß. Ein stärkerer Ausbau des Institutes (sachlich und personell) käme diesem selbst und der Kirche zugute (heute ist das Institut „unterdimensioniert“). Der Ausschuß empfiehlt daher dem Rat, sich in nächster Zeit ausführlich über das Comenius-Institut berichten zu lassen ...

Der Ausschuß Kulturpolitik sieht die wesentliche Aufgabe dieses Berichtes darin, der Synode und dem Rat der EKD einen Anstoß zu geben, sich auf die Bedeutung der Kulturpolitik für die Kirche und ihre Aufgaben zu besinnen und die Zuordnung von geistigem Leben und Theologie neu und mit Ernst zu durchdenken. Die evangelische Theologie hat in ihrer Geschichte einen entscheidenden Beitrag zur pädagogischen und kulturpolitischen Besinnung geleistet. Die evangelische Kirche weiß sich neu zur Verantwortung für diesen Bereich aufgerufen, wobei sie wirtschaftlich und geistig auf ihre Selbstständigkeit bedacht sein muß. Die Kirche erklärt ihre Bereitschaft, dort mitzuarbeiten, wo dem Menschen geholfen wird, die Aufgaben des heutigen Daseins menschlich zu bewältigen.

Sie dankt allen Lehrern und Erziehern ohne Unterschied der Konfession und Weltanschauung und insbesondere den evangelischen Lehrern, die ihren Dienst in evangelischer Freiheit und Verantwortung getan haben und tun.

Der im Johannesstift in Spandau versammelte Teil der EKD-Synode nahm einstimmig folgenden Antrag des Synodalausschusses „Kulturpolitik“ an:

... In der Erkenntnis, daß die Bedeutung der Kultur- und Bildungspolitik ständig zunehmen wird, bittet der kulturpolitische Ausschuß die Synode, daß sie sich auch bei künftigen Tagungen regelmäßig mit kultur- und bildungspolitischen Fragen befaßt.

Darüber hinaus wolle die Synode beschließen:

1. Der Rat der EKD möge die Kammer für Erziehung, Bildung und Unterricht in der Weise neu konstituieren, daß der ständigen Kammer nicht nur Pädagogen angehören. Daneben sollte die Möglichkeit geschaffen werden, nach Bedarf kleinere Beratungsgremien von Fachleuten zur Vorberatung von Verhandlungsgegenständen und zur Ausarbeitung von Unterlagen zu bilden.

2. Der Rat der EKD möge für den weiteren personellen und sachlichen Ausbau des Comenius-Institutes in Münster Sorge tragen, damit das Institut als wissenschaftliche Arbeitsstätte die kulturpolitische Arbeit der EKD und ihrer Gliedkirchen wirksamer als bisher unterstützen und fördern kann.

In der Folgezeit wurde die von der Synode geforderte Kammer für Kulturpolitik und Bildungsfragen vom Rat der EKD berufen, nahm aber erst nach Ende des Berichtsjahres unter dem Vorsitz von Kirchenpräsident Professor D. Sucker ihre Arbeit auf.

In großen Zügen sei nun über Stand und Entwicklung der Kultur-, Bildungs- und Schulpolitik in den Bundesländern und über den kirchlichen Beitrag berichtet.

Im Bundesland Baden-Württemberg wurde der Streit um die Schulform zunächst beendet. Der Landtag beschloß am 8. Februar 1967 mit 89 gegen 21 Stimmen ein verfassungsänderndes Schulgesetz, durch das bestimmt wird, daß



künftig die christliche Gemeinschaftsschule die einzige Form der öffentlichen Volksschule sein wird. Für diese Regelung waren in der Zeit heftiger Auseinandersetzungen auch die beteiligten Landeskirchen Baden und Württemberg eingetreten, letztere mit der Maßgabe, daß in dem Landesteil Südwürttemberg-Hohenzollern, in dem die Volksschulen in ihrer Mehrheit Konfessionsschulen waren, die Möglichkeit gegeben werden soll, neben der christlichen Gemeinschaftsschule Bekenntnisschulen als staatlich unterstützte Privatschulen einzurichten. Das neue Schulgesetz trägt diesem Anliegen Rechnung, indem es vorsieht, daß unter bestimmten Voraussetzungen auf Antrag der Eltern in Südwürttemberg-Hohenzollern die öffentlichen Bekenntnisschulen bis 1973 in konfessionelle Privatschulen umgewandelt werden, die die gleiche staatliche Förderung erhalten wie die als christliche Gemeinschaftsschulen geordneten öffentlichen Volksschulen.

Die geplante Schulgesetzgebung im Bundesland Nordrhein-Westfalen, die für die Grundschule (1.-4. Schuljahr) die konfessionelle Gliederung vorsieht, die Hauptschule (5.-9. Schuljahr) als weiterführende christliche Gemeinschaftsschule gestalten will, stieß bei der katholischen Kirche und der in der Opposition stehenden Landtagsfraktion der CDU auf heftigen Widerspruch und Widerstand. Die dadurch in den Bemühungen um die Schulreform entstehende Stagnation löste mancherlei Beunruhigung aus und veranlaßte den Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, D. Wilm, sich am 8. Mai 1967 mit einem Schreiben an den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten zu wenden und ihn zu bitten, „eine sachgerechte und zukunftsweisende Lösung“ in der Schulfrage herbeizuführen und dafür zu sorgen, „daß der evangelische Bevölkerungsteil nicht in eine ungünstige Lage kommt“. In fünf Punkten präzierte Präses D. Wilm die evangelische Auffassung und Stellungnahme:

1. Es gilt, für unsere Kinder ein den heutigen Anforderungen der Gesellschaft entsprechendes modernes Ausbildungssystem zu schaffen.

2. In einem konfessionell so gemischten Land wie Nordrhein-Westfalen muß die Hauptschule als Gemeinschaftsschule für Schüler aller Bekenntnisse offen sein und in konfessioneller Hinsicht den weiterführenden Schulen gleichgestellt werden. Dem Gesetzgeber muß daran liegen, eine schulrechtliche Regelung zu treffen, die Eltern nicht zwingt, ihre Kinder in eine Schule schicken zu müssen, deren Unterricht ihren verfassungsrechtlich geschützten Glaubensüberzeugungen entgegensteht.

3. Unser Vorschlag ermöglicht für alle Kinder größtmögliche Schulfähigkeit und erspart unnötige Schulbuskosten. In diesem Rahmen kann auch das Elternrecht insofern zur Geltung kommen, als überall da, wo eine staatliche Gemeinschaftsschule als Regelschule besteht, daneben auch eine konfessionelle Privatschule errichtet werden kann.

4. Wir geben erneut unserer Sorge Ausdruck, daß die Regelung unter den bestehenden Bedingungen (Erlaß des Kultusministers Professor Mikat vom 23. Februar 1966) weiterhin einseitig zu Lasten des evangelischen Bevölkerungsteils geht. Darum ist die Entscheidung durch den Gesetzgeber dringend erforderlich. Diese vom Gesetzgeber geforderte Verantwortung kann nicht einseitig auf die Eltern abgewälzt werden.

5. Wir wissen uns in unseren Vorstellungen mit der Mehrzahl der Eltern und Pädagogen unseres Landes einig. Darum darf die Evangelische Kirche von dem Gesetzgeber eine sachgerechte und den Betroffenen gerecht werdende Entscheidung erbitten und erwarten.

Unter Hinweis darauf, daß in den nächsten Monaten des Jahres 1968 die schulpolitischen Entscheidungen fallen und die Gesetze für die Schulreform verab-

schiedet werden sollen, veröffentlichte die Evangelische Kirche von Westfalen gegen Jahresende einen Aufruf an die Eltern zur Schulreform:

#### WAS SOLLEN EVANGELISCHE ELTERN TUN?

Im Lande Nordrhein-Westfalen soll über die künftige Gestalt der Volksschule und insbesondere ihrer Oberstufe entschieden werden. Die Gesetzentwürfe sehen vor, das 5. bis 9. Schuljahr zur sogenannten Hauptschule auszubauen. Die künftige Hauptschule soll im allgemeinen den Charakter einer Gemeinschaftsschule haben.

Die Grundlinie dieser Pläne stimmt mit den Beschlüssen überein, die die Landessynode der Evangelischen Kirche von Westfalen im Jahre 1966 gefaßt hat. Sie hat sich dafür eingesetzt, daß die künftige Hauptschule als weiterführende Schule neben die Realschule und das Gymnasium treten und wie diese den Charakter einer Gemeinschaftsschule haben solle, während für die Grundschule (1. bis 4. Schuljahr) an der Bekenntnisschule festgehalten wird. Die Landessynode hat damit – schon bevor staatliche Pläne und Gesetzentwürfe vorlagen – den Weg zu einem leistungsfähigen öffentlichen Schulwesen weisen wollen.

Wir verstehen die Gemeinschaftsschule nicht als eine „wertfreie“ oder sogar „atheistische“ Schule. Die drei evangelischen Kirchen im Lande Nordrhein-Westfalen haben unter dem 31. 1. 1967 erklärt:

*„Die evangelischen Kirchen verstehen unter Gemeinschaftsschule eine Schule, in der Kinder verschiedener Religionszugehörigkeit auf der Grundlage christlicher Bildungs- und Kulturwerte erzogen werden (so heißt es auch in den vorliegenden Gesetzentwürfen). Die Beantwortung der Frage, ob dieser Charakter durch das Beiwort „christlich“ betont werden soll, kann weiteren Verhandlungen vorbehalten bleiben. Diese Schule kann nicht polemisch mit einer Weltanschauungsschule gleichgesetzt und soll nicht als religiös indifferente oder atheistische Schule abgestempelt werden. – Wir setzen dabei voraus, daß in der Gemeinschaftsschule, die für Schüler aller Bekenntnisse offen ist, Religionsunterricht und Schulgottesdienst eine zentrale Bedeutung haben.“*

Leider ist festzustellen, daß in unserem Lande Bemühungen im Gange sind, schon jetzt – ehe die neuen gesetzlichen Bestimmungen in Kraft treten – vollendete Tatsachen zu schaffen. Die neuen Gesetzentwürfe sind noch nicht verabschiedet, sondern nur in erster Lesung im Landtag verhandelt worden. Dabei haben sie die Zustimmung aller drei Parteien gefunden. Nun aber wird mancherorts die Errichtung von katholischen Hauptschulen betrieben in der Absicht, den katholischen Charakter der Hauptschule zu sichern, ehe die neuen Bestimmungen in Kraft treten, die der Gemeinschaftsschule eine bevorrechtigte Stellung einräumen. Zur Errichtung solcher Hauptschulen wird immer wieder die Mitwirkung evangelischer Eltern erstrebt.

Was sagen wir dazu? Was sollen evangelische Eltern tun?

Wir sagen entschieden *nein* dazu, in der Übergangszeit vor Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Regelung Entscheidungen zu treffen. Wir warnen alle evangelischen Eltern, dazu die Hand zu bieten und insbesondere zuzustimmen, daß evangelische Kinder durch Überführung in katholische Schulen zur Verstärkung des konfessionell-katholischen Schulwesens herangezogen werden.

Zu warnen ist in diesem Augenblick auch vor der leider hier und dort geschehenen Umwandlung bestehender evangelischer Volksschulen in Gemeinschaftsschulen, ohne daß sich an der Zusammensetzung der Lehrer- und Schülerschaft etwas ändert. Hier entsteht keine Gemeinschaftsschule im Sinne der Beschlüsse unserer Landessynode, weil die Kinder der anderen Konfession nicht einbezogen werden. Hier wird eine gefährliche Vorleistung erbracht, die sinnlos ist und keinen positiven Ertrag bringt. Wir bitten unsere evangelischen Eltern sehr eindringlich, an diesem Punkte nicht nachzugeben. Eine evangelische Schule kann und darf erst aufgegeben werden, wenn eine echte Gemein-

schaftsschule erreicht werden kann. Einem einseitigen Aufgeben evangelischer Schulen hat unsere Landessynode nie das Wort reden wollen.

In dieser Übergangszeit sollte nur gehandelt werden, wenn echte Gemeinschaftsschulen erreichbar sind. Wenn das nicht der Fall ist, muß abgewartet werden, wie die gesetzlichen Bestimmungen *endgültig* lauten werden.

Parlament und Regierung müssen dafür sorgen, daß der Übergangszustand bald beseitigt wird. Bis zum Beginn des nächsten Schuljahres muß Klarheit über den künftigen Weg sein!

Unmittelbar nach Ende des Berichtszeitraumes erging ein Beschluß der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland zur Neuordnung des Volksschulwesens in Nordrhein-Westfalen:

BESCHLUSS DER LANDESSYNODE DER EVANGELISCHEN KIRCHE IM RHEINLAND  
ZUR NEUORDNUNG DES VOLKSSCHULWESENS IN NORDRHEIN-WESTFALEN

*Vom 11. Januar 1968*

Die Bemühungen um die Neuordnung des Volksschulwesens in Nordrhein-Westfalen haben ihren Niederschlag in dem Schulkompromiß der drei Fraktionen des Landtages gefunden. Danach soll sich die künftige Volksschule in Grund- und Hauptschule gliedern, wobei die Hauptschule im allgemeinen von Amts wegen als leistungsfähige Gemeinschaftsschule errichtet werden soll. Dabei wird vorausgesetzt, daß in der Gemeinschaftsschule, die für Schüler aller Bekenntnisse offen ist, Religionsunterricht und Schulgottesdienst die ihnen zukommende Bedeutung haben.

Die Landessynode muß zu ihrem Bedauern feststellen, daß im Lande Nordrhein-Westfalen, noch ehe die endgültigen gesetzlichen Bestimmungen verabschiedet sind, Tatsachen geschaffen werden, die eine Neuordnung des Schulwesens im Sinne des Schulkompromisses in Frage stellen.

An manchen Orten wird die Errichtung von katholischen Hauptschulen betrieben. Dadurch werden nicht nur evangelische Schüler und Lehrer benachteiligt, sondern auch die spätere Errichtung einer leistungsfähigen Hauptschule als Gemeinschaftsschule verhindert oder erschwert.

Bis zum Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes müssen alle Versuche zur Veränderung der gegenwärtigen Situation im Schulwesen unterbleiben.

Die Synode der Ev. Kirche im Rheinland fordert die Fraktionen des Landtages und die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen mit Nachdruck auf, dafür zu sorgen, die in Aussicht genommenen Änderungen der Landesverfassung und der Schulgesetze so rechtzeitig zu verabschieden, daß die Neuordnung des Volksschulwesens ohne Schwierigkeit am 1. August 1968 wirksam werden kann. So können unnötige schulpolitische Auseinandersetzungen in Land und Gemeinden vermieden werden und die durch die Schulreform erstrebten Ziele in Ruhe verwirklicht werden.

Besonders heftig und schwierig waren die Verhandlungen über die Schulreform im Bundesland Bayern. Lebhaftige Diskussionen und zähe Verhandlungen wurden das ganze Berichtsjahr hindurch geführt, in denen die Evangelisch-Lutherische Landeskirche wiederholt öffentlich das Wort ergriff und die erst nach Ende des Berichtszeitraumes zum Abschluß gebracht werden konnten. Um die Rechte der Bekenntnisminderheit innerhalb der neuen Schulwirklichkeit zu wahren, trat die Landeskirche für die Einrichtung des „Minderheitenlehrers“ ein und setzte sie in langwierigen Verhandlungen durch. Der „Minderheiten-

lehrer“ soll neben dem Religionsunterricht „auch Unterricht in anderen Fächern erteilen und ist vollberechtigtes Mitglied der Lehrerkonferenz“. In einer Rechtsverordnung über seine Aufgaben und seine Stellung heißt es: „Der Lehrer für die Schüler der Bekenntnisminderheit erteilt außer dem Religionsunterricht im Rahmen seines Pflichtstundenmaßes Unterricht in allen anderen Fächern, soweit seine Lehrbefugnis reicht. Dabei ist er schwerpunktmäßig in einer Klasse zu verwenden; als Klassenlehrer steht er den übrigen Lehrern der Bekenntnisschule gleich.“

Aus Anlaß der von den großen Parteien initiierten Volksbegehren – die bayerische SPD beschloß am 12. Mai 1967 ein solches zugunsten der christlichen Gemeinschaftsschule als Regelschule durchzuführen mit der Maßgabe, daß öffentliche Bekenntnisschulen und Weltanschauungsschulen auf Antrag der Erziehungsberechtigten errichtet werden können, „wenn ein geordneter Lehrbetrieb ermöglicht wird“; die CSU fixierte am 18. Juli 1967 den Antrag auf einen Volksentscheid, demzufolge in pädagogisch-geographisch abgegrenzten Schulsprenkeln die Erziehungsberechtigten in angemessenen Abständen darüber abstimmen sollten, ob die Schule den Charakter einer katholischen Bekenntnisschule, einer evangelischen Bekenntnisschule oder einer Weltanschauungsschule bekommen soll – richtete Landesbischof D. Dietzfelbinger einen Offenen Brief an eine bayerische Landtagsabgeordnete, in dem er u. a. schrieb:

Die evangelische Kirche möchte in die parteipolitischen Auseinandersetzungen grundsätzlich nicht eingreifen. Aus diesem Grund hat der Landeskirchenrat in seinem Rundschreiben an alle Pfarrämter ausdrücklich festgestellt, daß die kirchliche Apparatur weder für die eine noch für die andere Seite zur Verfügung gestellt werden kann. Gern bestätige ich Ihnen auch, daß es dem Landeskirchenrat fernlag, in seinem Rundschreiben jemand zu brüskieren oder in Gewissenskonflikte zu bringen. Wir können auch bei unterschiedlicher Entscheidung als Christen einander ehren und miteinander in Gemeinschaft bleiben.

Die evangelische Kirche kann sich jedoch, wo es um die Erziehung der Kinder geht, nicht einfach auf die Rolle eines Beobachters beschränken. „Eltern und Gemeinde sind dafür verantwortlich, daß die Erziehung in der Schule christlich geprägt ist“, sagt unsere Ordnung des kirchlichen Lebens ...

Wir haben in der Schulfrage immer wieder den Wunsch nach einer Einigung der Parteien geäußert. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß es über parteipolitische Gesichtspunkte hinaus, die mir heute da und dort allzusehr im Vordergrund zu stehen scheinen, im Interesse der Kinder und der Lehrer zu einer solchen Einigung kommt.

Darüber hinaus unterbreitete Landesbischof D. Dietzfelbinger mit einem Schreiben vom 28. Juni 1967 dem bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus einen Vermittlungsvorschlag, der die Gegensätze überwinden und sowohl dem berechtigten Anliegen einer sachgemäßen und zukunftsgerichteten Neuordnung des Schulwesens als auch dem der Kirche in höchstmöglichem Maße Rechnung zu tragen bemüht ist, indem er die Einrichtung bekenntnishomogener Klassen empfiehlt:

In der Öffentlichkeit sind in den letzten Wochen verschiedene Pläne über eine Neugestaltung des Art. 135 der Bayerischen Verfassung diskutiert worden. Hinter allen



diesen Plänen steht die pädagogische Überzeugung, daß eine bessere Gliederung der Volksschulen erreicht werden müsse.

In der letzten Zeit ist eine neue Konzeption aufgetaucht, die viele Vorteile bietet. Der Evang.-Luth. Landeskirchenrat und der Landessynodalausschuß der Evang.-Luth. Kirche in Bayern haben diese Konzeption sorgfältig geprüft. Sie halten folgende Vorschläge für eine brauchbare Diskussionsgrundlage:

1. Es werden durch die zuständige Regierung Schulsprengel nach pädagogischen Gesichtspunkten unter Beachtung insbesondere der geographischen und verkehrstechnischen Gegebenheiten gebildet. Die in diesem Sprengel zu errichtende öffentliche Schule hat den Status einer „christlichen Volksschule“. In dieser Schule ist aus Gründen der Toleranz auch für nichtchristliche Schüler und nichtchristliche Lehrer Platz.

2. Kann die Schule lediglich einzügig errichtet werden, so werden in fast allen Klassen dieser Schule Kinder verschiedener Bekenntnisse darin vereinigt sein. In diesen von Kindern verschiedener Bekenntnisse besuchten Klassen wird nach den gemeinsamen Grundsätzen der christlichen Bekenntnisse unterrichtet und erzogen.

3. Ermöglicht die Schülerzahl die Bildung von Parallelklassen, so wird in der Regel neben einer konfessionell gemischten Klasse als Parallelklasse eine bekenntnishomogene Klasse gebildet. Diese Aufgliederung müßte u. E. verhältnismäßig leicht möglich sein, wie schon manche Erfahrung zeigt. Dabei sollen die Klassenstärken der Parallelklassen unter Beachtung des Art. 126 Abs. 1 Satz 3 Bay. Verfassung dem Landesdurchschnitt angenähert bleiben.

4. In den so entstehenden bekenntnishomogenen Klassen ist Raum für eine stärkere Ausrichtung des Unterrichts und der Erziehung nach den Grundsätzen des jeweiligen Bekenntnisses.

5. Bekenntnisgemischte und bekenntnishomogene Klassen sind Klassen innerhalb der einen christlichen Volksschule mit einem einzigen Lehrkörper, einer einzigen Schulleitung, mit gemeinsamen Schulfesten und Schulveranstaltungen, mit gemeinsamem Kursunterricht.

6. Durch die Bildung solcher Bekenntnisklassen dort, wo sie möglich sind, wird gleichzeitig den pädagogischen Erfordernissen nach großen Schulkörpern Rechnung getragen und ebenso auch den im Konkordat und im Kirchenvertrag vorgesehenen Möglichkeiten der bekenntnismäßigen Ausgestaltung des bayerischen Schulwesens. Es ist uns bewußt, daß dieser Vorschlag eine Änderung des Kirchenvertrages zur Folge hätte, für die eine Mitwirkung der Landessynode notwendig wäre.

Dieser Plan bietet insbesondere folgenden Fortschritt:

a) Die Schulorganisation kann nun ausschließlich nach pädagogischen Gesichtspunkten, nur beschränkt durch geographische Notwendigkeiten erfolgen. Es ist Gewähr gegeben, daß genügend große und gut gegliederte Schulkörper entstehen.

b) Die Schule wird von periodischen Abstimmungskämpfen verschont. Der Schulfriede bleibt gewahrt. Die Schulleitungen und Lehrer werden von Verwaltungsaufgaben entlastet, unnötige Kosten werden erspart.

c) Die Einheit und Geschlossenheit des Lehrkörpers wird gewährleistet. Die bayerischen Lehrer müssen nicht mehr auf verschiedene Schularten verteilt werden, sondern können in einer gemeinsamen Schule gemeinsam unterrichten und erziehen. Auch für den Kursunterricht sind optimale Voraussetzungen gegeben.

d) Die stärkere Konzentration des Schulwesens führt zu einem rationelleren Einsatz der Lehrer. Sie erleichtert die Einführung des neunten Volksschuljahres in personeller und finanzieller Hinsicht.

e) Der Wunsch derjenigen Eltern, die eine gemeinsame Erziehung wollen, kann weit- hin ebenso erfüllt werden wie der Wunsch jener Eltern, die auf eine stärkere bekenntnismäßige Ausgestaltung der Erziehung Wert legen.

Eingehend befaßte sich die Herbsttagung der Landessynode der Ev.-Luth. Kirche in Bayern, die in der Zeit vom 23. bis 25. Oktober 1967 in Bayreuth zusammentrat, mit der Schulfrage. Das Ergebnis der synodalen Beratungen wurde niedergelegt in einer

ERKLÄRUNG DER LANDESSYNODE  
DER EVANG.-LUTH. KIRCHE IN BAYERN ZUR VOLKSSCHULFRAGE

Die Landessynode der Evang.-Luth. Kirche in Bayern nimmt von den Bemühungen des Landeskirchenrates und des Landessynodalausschusses um die rechte Gestaltung des Volksschulwesens Kenntnis und billigt die bisherigen Verhandlungen mit Dank und Anerkennung.

Die Kirche ist nach der Bayerischen Verfassung berechtigt und von ihrem Auftrag her verpflichtet, zu Erziehung und Bildung der getauften Kinder Stellung zu nehmen und die Frage nach der Begegnung der Kinder mit dem Evangelium auch in der Schule mit Ernst zu bedenken. Dabei bemüht sie sich, pädagogische, schulorganisatorische und religiöse Notwendigkeiten in rechter Weise miteinander zu verbinden. Die Synode hat mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß beide Volksbegehren eine christliche Schule anstreben. Es ist nötig, im Gespräch mit der römisch-katholischen Kirche und der Lehrerschaft klarzustellen, wie christliche Schule heute verwirklicht werden kann. Die Synode ist bereit, auf notwendig werdende Änderungen des Kirchenvertrages zuzugehen.

Die Synode wünscht:

1. eine christlich geprägte Volksschule für alle Kinder;
2. die Sicherung der konfessionellen Minderheiten;
3. Bekenntnisklassen dann, wenn keine pädagogischen und schulorganisatorischen Gründe entgegenstehen, die Eltern zustimmen und die gemeinsame christliche Erziehung aller Schüler gewährleistet bleibt;
4. ein Ende des alljährlichen Schulkampfes.

Nach dem Volksbegehren der SPD/FDP ist:

1. das Ende des alljährlichen Schulkampfes mit Sicherheit *nicht* gewährleistet, weil Antragsschulen neben der Regelschule möglich sind;
2. die einzige christlich geprägte Volksschule für alle Kinder durch das Nebeneinander von Antrags- und Regelschule *nicht* gegeben;
3. die Frage des konfessionellen Minderheitenschutzes *nicht* eindeutig gelöst.

Das Volksbegehren der CSU kommt den Auffassungen der Evang.-Luth. Kirche näher, weil

1. der alljährliche Schulkampf beendet werden kann;
2. eine einzige christlich geprägte öffentliche Volksschule für alle Kinder geschaffen werden soll;
3. in der einzigen christlich geprägten öffentlichen Volksschule alle Bekenntnisse mit gleichen Rechten nebeneinanderstehen und die Kinder miteinander unterrichtet und erzogen werden sollen.

Die Landessynode bittet alle Glieder der Kirche, diese für die Zukunft der bayerischen Volksschule so wichtigen Fragen ernst zu nehmen. Auch bei unterschiedlicher Entscheidung müssen wir als Christen einander ehren und miteinander in Gemeinschaft bleiben.

Bald darauf, am 9. November 1967, unterzeichneten Landesbischof D. Dietzfelbinger und Kardinal Döpfner folgende

I.

In der schulpolitischen Debatte wurde die Frage aufgeworfen, ob in öffentlichen Volksschulen die Kinder nach gemeinsamen Grundsätzen der christlichen Bekenntnisse unterrichtet und erzogen werden können. Wir halten – unbeschadet der Unterschiede im Verständnis der christlichen Botschaft zwischen den Kirchen – eine gemeinsame Unterweisung und Erziehung nach christlichen Grundsätzen für möglich, wenn sie durch einen konfessionell bestimmten Religionsunterricht ergänzt und vertieft werden. Wir weisen darauf hin, daß schon seit Jahrzehnten an vielen bayerischen Volksschulen in konfessionell gemischten Klassen solch gemeinsamer Unterricht erteilt wird.

II.

Als Basis für die Gestaltung der schulischen Bildung und Erziehung nach gemeinsamen christlichen Grundsätzen erachten wir die der ganzen Christenheit gegebene Bibel mit den zehn Geboten und dem Vaterunser, das Apostolische und das Nizänische Glaubensbekenntnis. Die eine Taufe verbindet Lehrer und Schüler verschiedener Konfessionen mit Christus als dem gemeinsamen Herrn und Heiland. Viele Lieder und Gebete werden heute von Christen verschiedener Bekenntnisse gemeinsam gesungen und gebetet. Wir wissen uns verbunden in dem Bekenntnis zu Gott dem Vater, dem Schöpfer und Erhalter, zu Christus als dem Sohne Gottes, dem Heiland der Menschen und Stifter seiner Kirche, zu dem Heiligen Geist, der in die Gemeinschaft des Gottesvolkes beruft. Wir wissen, daß die Interpretation der uns gemeinsamen Bibel nicht nur in peripheren Fragen verschiedene Wege geht und zu verschiedenen Folgerungen kommt. Wir wünschen auch keine Verwischung der Unterschiede. Gleichwohl sind wir der Überzeugung, daß das uns überkommene Glaubenserbe im Bereich des Unterrichts und der Erziehung gemeinsames Handeln ermöglicht.

III.

Von diesen Grundlagen aus ergeben sich mannigfaltige Konsequenzen für den schulischen Alltag.

Wer Gott als Schöpfer bekennt, wird den nach wissenschaftlichen Ergebnissen der Forschung gestalteten Unterricht in den naturwissenschaftlichen Fächern in einer anderen Haltung erteilen als ein Lehrer, der die Welt nicht als Schöpfung, sondern lediglich als Ausformung der sich wandelnden Materie ansieht.

Die Schrift kennt den Menschen als Ebenbild Gottes, sie weiß um sein dialogisches und geschichtliches Wesen. Dieses biblische Grundverständnis des Menschen bietet fruchtbare und wichtige Aspekte und Richtpunkte für die Erteilung des Deutschunterrichtes, des Geschichtsunterrichtes, der Gemeinschaftskunde sowie für die musischen Fächer.

Wer um die Herrschaft Gottes und die in Christus geoffenbarte Liebe des Vaters zu uns Menschen weiß, wird auch für sein pädagogisches Handeln wichtige Impulse vom Menschenbild der Bibel her empfangen. Die biblische Botschaft unterstreicht die Würde des Menschen, sie weist aber auch hin auf die menschliche Schuld, die auch im Bereich der Schule immer wieder aufbricht; sie zeigt Christi Erlösungswerk auch für diese Kinder und sie stellt sie in den weiten Raum der Hoffnung im Horizont der Endverheißung. Wer sich durch den Heiligen Geist zum Glauben führen läßt, wird in diesem Glauben auch im Alltag der Schule stets von neuem zum Handeln im Geist der Liebe und des Dienstes ermutigt.

Ein Schatz von Liedern und Gebeten, der Gemeingut der Christenheit geworden ist, ermöglicht gemeinsame Andachten.

#### IV.

Erziehung und Unterricht nach gemeinsamen Grundsätzen christlicher Bekenntnisse fordern die Beachtung folgender Grundregel:

Die Lehrer jeder Konfession müssen bei der Gestaltung des Unterrichts auf ihnen wichtige und liebe religiöse Themen verzichten. Diese Beschränkung läßt aber gleichzeitig die zentralen Glaubenssätze klar hervortreten und erleichtert den Schülern die Erkenntnis des gemeinsamen Glaubensgutes.

#### V.

Wir sind uns bewußt, daß es bei der Verschiedenheit unseres Glaubensverständnisses auch um fundamentale Fragen geht. Daher kann es zu Spannungen kommen, die im Geiste der christlichen Bruderliebe zu tragen sind. Sie können und sollen vor allem in der Hauptschule aufgezeigt werden und brauchen nicht verschwiegen zu werden. Die wahrhaftige und ehrfürchtige Darstellung der konfessionellen Verschiedenheiten ist die beste Voraussetzung für echte Toleranz. Daher ist notwendig:

- a) Sachgemäße Darstellung des Gemeinsamen ohne falsche Harmonisierung.
- b) Darstellung verschiedener Formen und Wege, in denen die einzelnen Kirchen auf ihre Weise dem Ruf Christi Folge zu leisten sich bemühen. Dadurch soll die Achtung vor den Glaubensüberzeugungen und den kirchlichen Traditionen der anderen Konfessionen geweckt und gefördert werden.
- c) Die sachgemäße Information über die Verschiedenheiten zwischen den Konfessionen setzt bei den Lehrkräften Kenntnis über das Selbstverständnis der eigenen und der anderen Kirche voraus.

Die Leitsätze stellen nicht nur ein ökumenisches Dokument von Rang dar, sondern sind zugleich eine wertvolle Handreichung zur Entspannung und Beruhigung der schulpolitischen Situation und Debatte und haben sich als solche über Bayern hinaus günstig ausgewirkt.

Die schulpolitischen Entscheidungen in Bayern fielen erst nach Ablauf des Berichtsjahres. Über sie wird in der Chronik des Jahres 1968 zu berichten sein.

Im Bundesland Rheinland-Pfalz war einer der wichtigsten Kontroverspunkte die Frage der Lehrerbildung. Die Landessynode der Pfälzischen Kirche, die Mitte November 1967 tagte, beauftragte durch fast einmütige Entschließung den Landeskirchenrat, sich bei der Landesregierung für eine Simultanisierung der Lehrerbildung einzusetzen, denn „die Landessynode sieht im Studium an einer pädagogischen Hochschule auf christlich-simultaner Grundlage die den gegenwärtigen Verhältnissen angemessene Art der Lehrerbildung“.

Das kultur-, bildungs- und schulpolitische Engagement der EKD und ihrer Gliedkirchen im Jahre 1967 erwieß erneut ihre Bereitschaft, im Interesse der Reform des Schul- und Bildungswesens auf die Welt von morgen hin selbst schmerzliche Verzicht in Kauf zu nehmen, nicht starr und unerbittlich auf Rechtspositionen zu beharren, die ihr im Vollzug der langen gemeinsamen Geschichte von Schule und Kirche mit guten Gründen zugewachsen sind, und eine Tradition – möge sie sich noch so sehr bewährt haben – nicht mit allen Mitteln fortzusetzen, sondern sich auf dem Felde der Kultur-, Bildungs- und Schulpolitik nach vorn zu orientieren.



Die Chronik des Jahres 1967 sei beschlossen mit der Darstellung von Vorgängen und Ereignissen, die Kirche und Öffentlichkeit gleichermaßen bewegten und beunruhigten.

## 10. DER „FLENSBURGER STREIT“ UM DIE GEFALLENENEHRUNG

Im ersten Vierteljahr des Berichtszeitraums begann, ausgelöst durch die Thesen und Maßnahmen einiger junger Pastoren in Flensburg, ein in breiter Öffentlichkeit und mit heftiger Erregung geführter Meinungsstreit um die Frage der Kriegsgefallenenehrung in Kirchengebäuden. Presse, Rundfunk und Fernsehen berichteten ausführlich darüber; Sentiments und Ressentiments überlagerten und verdeckten das theologische Problem, das zur Diskussion gestellt war; unzureichende oder einseitige Darstellungen vermittelten ein verzerrtes Bild, verschwiegen oder entstellten die Motive und sachlichen Gründe des Vorgehens der Flensburger Pastoren, das Fragen von hoher Brisanz anrührte und Tabus sprengte; Standpunkte verhärteten sich zu Gegensätzen.

Einzelheiten der Vorgeschichte können hier übergangen werden, so sicher sie zur Aufheizung der Atmosphäre beigetragen haben. Es ging um einen Gottesdienst der noch lebenden Angehörigen eines ehemaligen Füsilierregiments aus Anlaß der Hundertjahrfeier der Regimentsgründung und um die schon vor Jahresfrist beschlossene Umgestaltung der Gedenkstätte in der Flensburger Marienkirche.

Die örtlichen Auseinandersetzungen lösten eine auf breiter Front geführte Meinungsfehde aus, als drei Flensburger Pastoren folgende Thesen der Öffentlichkeit übergaben und, falls sie irrten, um Widerlegung mit Gründen der Heiligen Schrift baten:

### GEFALLENENEHRUNGEN HABEN IN KIRCHEN KEINEN PLATZ!

1. Kirchengebäude haben den ausschließlichen Zweck, der um Wort und Sakrament versammelten Gemeinde Raum zu geben. Alles, was an Einrichtung und Gestaltung diesem Zweck nicht dient oder ihn hindert, muß entfernt werden, weil es anderen Zwecken dient oder sie fördert.

2. Die Versöhnung, die Jesus Christus im Sterben für uns Sünder bewirkt und zu verkündigen befohlen hat, schließt für den Glaubenden eine Unterscheidung zwischen Kriegstod und gewöhnlichem Sterben aus. Auch die Hingabe des Lebens für andere kann uns vor Gott nicht rechtfertigen.

3. Gott wird die Toten aus dem Nichts vor sein Gericht rufen. Darum finden wir in den Gräbern und Urnen nicht mehr als Staub und Asche, und bei den Gedenkstätten, die Grabstätten ersetzen sollen, überhaupt nichts.

4. Der Friede Gottes und die Versöhnung unter den Menschen werden allein durch das lebendige Wort in der Predigt mitgeteilt. Symbole vermitteln davon nichts, denn sie sind stumm und lassen sich jede Deutung gefallen.

5. Weil das Volk Gottes in allen Nationen lebt, hat die Kirche den Auftrag, für Frieden und Versöhnung unter den Völkern einzutreten. Darum widerspricht es ihrer Sendung, wenn sie Stätten ehrenden Gedenkens an nationale Auseinandersetzungen in ihren Versammlungsräumen Platz macht.

Die Reaktion der Öffentlichkeit auf die Thesen der Flensburger Pastoren bestand überwiegend in heftiger und leidenschaftlicher Polemik. Des „mangelnden Einfühlungsvermögens ... in die Mentalität und in den Internbereich des Herzens großer Teile der Gemeindeglieder“, des „Mangels an Demut und an der ihrem Stande und Beruf gemäßen Einsicht und der Erkenntnis der erforderlichen Duldsamkeit gegenüber den Mitmenschen“, der „Absage an Staat und Nation als Normen menschlicher Gemeinschaft“, der „Zerstörung der Gemeinden und der Normen menschlicher Gemeinschaft“ wurden die Verfasser und Unterzeichner der Thesen bezichtigt, ihre Anschauungen als „ungeheuerlich“ und „schandbar“ gebrandmarkt. Der Befehlshaber im Wehrbereich I der Bundeswehr richtete ein auch in der Presse veröffentlichtes Schreiben an die Kommandeure und Soldaten in Schleswig-Holstein, in dem es heißt:

Die Pfarrer haben geurteilt und verurteilt. Woher sie sich dieses Richteramt anmaßen, haben sie selbst zu verantworten. Wir wollen nicht in den gleichen Fehler verfallen.

Es ist nicht die Stimme der Kirche, die wir hören. Es sind die Ansichten weniger einzelner, die uns ein Beispiel geben, wohin Intoleranz und Eiferertum führen können.

Mit Bedauern stellen wir fest, daß hier Pastoren ihre seelsorgerischen Pflichten zugunsten ihrer theologischen Auffassungen zurückgestellt haben.

Das christliche Gebot: „Du sollst deinen Nächsten lieben“ steht uns durch diesen Vorfall um so klarer vor Augen. Wir wollen es stets beherzigen – auch in diesem Fall.

Wer aber sein Leben verlor im Kriege, kann unseres Andenkens gewiß sein. Wir werden es in kirchlichen Einrichtungen nach Richtlinien pflegen, die die Landeskirche nach dem Kriege für die Ausgestaltung von Gedächtnisstätten herausgegeben hat.

Der Landesverband Schleswig-Holstein im „Verband der Kriegsbeschädigten, -hinterbliebenen und Sozialrentner“ stellte gegen die Flensburger Pastoren Strafantrag wegen Gotteslästerung, Störung des Gottesdienstes und der Totenruhe sowie Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener.

Aber auch andere Stimmen meldeten sich zu Wort. Die Kirchliche Bruderschaft Schleswig-Holstein begrüßte in einer Entschließung, daß

... durch die Pastoren von St. Marien einer Vermischung der evangelischen Botschaft mit nationalen und militärischen Idealen und Traditionen entschieden entgegengetreten wird. Wir sehen darin ... ein Zeichen der Wahrnehmung bewußter Verantwortung für Kirche, Volk und Staat, wie sie einem Pastor mit seiner Ordination und Berufung auferlegt ist und zu der darüber hinaus jeder, der mit Ernst Christ sein will, berufen ist. Eine Kirche, die der Versöhnungs- und Friedensbotschaft Jesu Christi verpflichtet ist, kann es nicht zulassen, daß ihre Räume, Symbole und Gottesdienste zu Zwecken mißbraucht werden, die dieser Botschaft fremd, ja womöglich entgegengesetzt sind. Es wäre zu begrüßen, wenn die Leitung unserer Landeskirche – etwa auf Grund eines Gutachtens des Theologischen Beirats – zu den in Flensburg aufgebrochenen Fragen vom Evangelium her ein klärendes und helfendes Wort sagte.

Bundesjustizminister D. Dr. Dr. Heinemann wertete in einem Brief an die beteiligten Flensburger Pastoren deren Vorgehen als einen „Vorgang von grundsätzlicher Bedeutung“, ermunterte sie „bei ihrer Sache zu bleiben und sie in ruhiger Klarheit und im Vertrauen auf Gottes Führung zu vertreten“, erinnerte an den Fall Dehn am Ende der zwanziger Jahre, der „die ganze nationalisti-

sche Verkrampfung“ aufbrechen ließ, die „einer der Anmarschwege zum Nationalsozialismus“ war, und wies darauf hin, daß weite Kreise unseres Volkes „nach anfänglicher Besinnung in den ersten Jahren nach 1945 heute wieder in die alte Verquickung von Thron und Altar“ zurückzufallen drohen.

Angesichts der immer heftiger werdenden Auseinandersetzungen übergab am 7. März 1967 der Vorsitzende der Schleswig-Holsteinischen Kirchenleitung, Bischof D. Wester, der landeskirchlichen Pressestelle eine vorläufige Stellungnahme, hinter die sich die Kirchenleitung stellte:

Die durch die Flensburger Vorgänge hervorgerufene widersprüchliche öffentliche Diskussion über „Gefallenengedenkstätten in Kirchen“ hat Verwirrung hervorgerufen. Eine Angelegenheit von zunächst nur lokaler Bedeutung, wie die Umgestaltung der Gedächtniskapelle in der Flensburger Marienkirche, ist in die breite Öffentlichkeit getragen worden. Zudem ist sie durch die Verquickung mit anderen Fragen, wie z. B. der des Traditionsverständnisses der Soldaten, zu einem Politicum geworden. Das ist um so mehr zu bedauern, als die Schwere der Heimsuchung Gottes und die Größe des Leidens vieler Familien in beiden Kriegen uns einen Streit um die Kriegstoten verbieten.

Die Ev.-Luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins hat nach dem Zusammenbruch in deutlicher Unterscheidung zu der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg der Entfaltung eines selbstsicheren nationalen Pathos bei der Errichtung von Gefallenengedenkstätten gewehrt. Dies weisen die Richtlinien aus, die das Landeskirchenamt 1951 veröffentlicht hat, um im Zeichen der Ernüchterung und eines tieferen Verständnisses den Gemeinden Hilfen zu geben. Nach diesen Richtlinien ist auch vor allem bei Renovierungen älterer und beim Bau neuer Kirchen verfahren worden. Wer darum in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, als hätte hier keine Selbstbesinnung stattgefunden und böte die Kirche Raum für nationale Weiestätten, leistet irrigen Auffassungen Vorschub und folgt fälschlichen Unterstellungen.

Die Kirche hat keinen Grund, sich der Verbundenheit mit dem heimgesuchten Volk zu entziehen und sich dem Gedächtnis der Toten zu versagen. In der ihr anvertrauten Botschaft von dem Auferstandenen, der über Tote und Lebendige Herr ist, liegt der Trost für alle Trauernden beschlossen. So sehr jedoch der Zusammenhang zwischen der sichtbaren Vergänglichkeit und dem Glauben an die Auferstehung ein unerklärbares Geheimnis bleibt, so gebietet er Achtung und verbietet Ehrfurchtslosigkeit. Gedächtnisstätten in Turmräumen oder Seitenkapellen von Kirchen geben nicht nur dem verständlichen Verlangen der Angehörigen Raum, ihrer Toten an einer bestimmten Stätte zu gedenken, sondern weisen auch auf den Ernst der Heimsuchung Gottes und die unergründliche Tiefe seines Erbarmens hin. Dabei können nicht nur das gepredigte Wort, sondern auch die künstlerische Gestaltung beidem Ausdruck verleihen. In den gegenwärtigen Auseinandersetzungen muß daher Sachlichkeit Platz greifen. Ein nüchternes Urteil von der Heiligen Schrift her ist Christen geboten und zugleich hilfreich. Es bewahrt vor falschen Einseitigkeiten und stärkt im Trostamt, das der Kirche befohlen ist.

Um die theologischen Probleme und Argumente deutlich zu machen, „die in dem Flensburger Streit zutage getreten sind“, aber in der „Diskussion in der breiten Öffentlichkeit vor dem Forum der Massenmedien“ unvermeidbar „ungebührlich in den Hintergrund traten“, richteten 18 Pastoren der Propstei Flensburg ein Schreiben an die Theologinnen, Theologen und Landessynodalen der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins, in dem sie in vier Abschnitten die wesentlichen Fragen zusammenfassen, um die es ihnen in Theologie und Verkündigung geht und die alle angehen:

## I. Die Umklammerung des Evangeliums durch fremde Mächte

Die Reaktionen auf die theologischen Thesen der Pastoren von St. Marien haben deutlich gezeigt, daß es immer noch in unserer Gesellschaft bestimmte Gruppen gibt, die aus völlig sachfremden Motiven die Verkündigung der Kirche beeinflussen oder für ihre Zwecke in Anspruch nehmen wollen.

Eine eindeutige Sprache sprechen die direkten Einmischungsversuche: der Strafantrag des schleswig-holsteinischen Landesverbandes des Verbandes der Kriegsbeschädigten etc. gegen die Pastoren von St. Marien, das Schreiben des Befehlshabers im Wehrbereich I, Konteradmiral Neuß, und die verschiedenen Aufforderungen des Prinzen Friedrich Ferdinand zu Schleswig-Holstein, die aufsässigen Pastoren von St. Marien zur Ordnung zu rufen.

Neben diesen direkten Eingriffen von außen in das Recht der freien Verkündigung trat die verbreitete Gesinnung zutage, die von der Kirche ganz selbstverständlich fordert, daß sie das ehrende Andenken an die gefallenen Soldaten pflegt und die Bereitschaft zum Opfer für das Vaterland lebendig erhält. Solche Aufträge, die dem Evangelium widersprechen, muß die Kirche abweisen. Sie wird dem Staat und der Gesellschaft am besten dienen, wenn sie ihrem Auftrag, das Wort Gottes zu verkündigen, treu bleibt. Der Protest gegen jede Umklammerung des Evangeliums durch fremde Mächte ist notwendig. Wir erwarten daher, daß die Bischöfe und die Kirchenleitung unserer Landeskirche solche Einmischungen in das Recht der freien Verkündigung schärfstens zurückweisen und daß sie die Befreiung der Verkündigung von sachfremden Aufträgen zu ihrer eigenen Aufgabe machen. Daß die Kirche nur von ihrem Herrn Jesus Christus Aufträge entgegenzunehmen und nichts anderes auszurichten hat als das Wort Gottes, sollte seit dem Barmer Bekenntnis von 1934 nichts Neues mehr sein: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und müsse die Kirche als Quelle ihrer Verkündigung außer und neben diesem einen Worte Gottes auch noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung anerkennen“ (These 1).

## II. Die Traditionsfrage

Es ist im Flensburger Streit geltend gemacht worden, daß die Kirche selbst lange genug für Nationalbewußtsein und Wehrwillen eingetreten ist. Gerade in dieser Frage hat die Kirche ihr eigenes Traditionsproblem. Man muß zugeben, daß nicht erst die Proklamierung Hitlers als eines gottgesandten Führers, sondern auch schon das „Gottesgnadentum“ Wilhelms II. eine Irrlehre gegen das Evangelium war, die andere Mächte und Gestalten als Gottes Offenbarung anerkannte.

Grundsätzlich müssen wir feststellen, daß es in der evangelischen Kirche überhaupt keine Traditionen geben kann, die ungebrochene Geltung für sich beanspruchen können. Tradition in der Kirche bleibt immer *norma normata*, d. h. durch die Heilige Schrift normiert und immer wieder an ihr zu prüfen. Da die Kirche nicht in einem geschichtslosen Raum lebt, findet sie immer bestimmte Traditionen vor, an die sie anknüpfen muß. Aber gerade weil sie geschichtlich lebt und die Wahrheit des Evangeliums für jede Zeit neu begreifen und aktualisieren muß, wird sie stets vom Evangelium her auch Traditionen verwerfen, die für sie nicht mehr gültig sind. Es ist ein Prinzip der reformatorischen Kirche, daß sie von ihrer Erkenntnis des Wortes Gottes her Traditionen kritisch prüft und gegebenenfalls verwirft. Diese Auseinandersetzung mit der Tradition geschieht wie die gesamte Verkündigung der Kirche *publice*, d. h. in der Öffentlichkeit. Wenn die Kirchenleitung in ihrer Stellungnahme der Meinung ist, es sei nicht notwendig gewesen, diesen Streit in die Öffentlichkeit zu tragen, und die Liebe verwehre es, die kirchengeschichtliche Vergangenheit nach heutigen Maßstäben zu richten, so vergißt sie damit das Erbe der Reformation. Dieses gebietet geradezu, eine theologische Aus-



einandersetzung in der Öffentlichkeit auszutragen und die kirchengeschichtliche Vergangenheit nach heutigen Maßstäben zu messen, sofern diese Maßstäbe aus der Erkenntnis der Schrift gewonnen sind.

### *III. Versöhnung unter den Völkern*

Es ist unverkennbar, daß ein schon überwunden geglaubtes nationalistisches Denken in unserer Welt wieder seinen Einzug hält. Dieses Phänomen ist nicht auf Deutschland beschränkt. Aber in unserem Lande trifft es auf ein Volk, das die Perversion des Nationalgedankens im Dritten Reich noch nicht überwunden hat. Darum kann die Kirche in Deutschland um so weniger unbefangen die alten nationalen Traditionen von gestern gelten lassen. Der Nationalsozialismus der Zeit von 1933–1945 ist zwar tot, aber gewisse Denkvorstellungen jener Zeit leben immer noch unter uns und geben dem neuen Nationalismus eine gefährliche Richtung: antidemokratische und anti-intellektuelle Affekte im Innern, Fremdenfeindlichkeit und nationale Überheblichkeit nach außen, verbunden mit einem neuen „Erbfeinddenken“, das sich diesmal gegen den Kommunismus richtet. Es ist im Flensburger Kirchenstreit deutlich ausgesprochen worden, daß die Kirche der Versöhnung unter den Völkern zu dienen hat. Damit ist hier das Thema des diesjährigen Kirchentages aufgenommen worden. Es geht nicht um die Aufhebung der Nationen und ihrer Eigenarten, sondern um die Überwindung der Gegensätze und Feindschaften. Die Kirche in Deutschland hat die Aufgabe, in unserem Volke ein neues Denken zu fördern, das die Gegensätze zu den Gegnern von gestern überwindet und die Solidarität mit den Partnern von morgen zum Ausdruck bringt. Das erste hat die Kirche mit ihrer Denkschrift über das Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn versucht. – Es ist übrigens bezeichnend, daß der Widerspruch gegen die Flensburger Thesen von den gleichen Gruppen gekommen ist, die schon die Vertriebenen Denkschrift abgelehnt haben. – Die andere Aufgabe wird auf dem nächsten Kirchentag zur Sprache kommen, wenn dort die weltweite Verantwortung der Christen für die Entwicklungsländer proklamiert wird. Eine Beschränkung auf nationalstaatliche Belange ist für Christen heute verboten.

Die Kirche in Schleswig-Holstein hat einen besonderen Beitrag für die Versöhnung unter den Völkern zu leisten. Schleswig-Holstein ist die Brücke nach Skandinavien und der Nachbar Dänemarks. Das Verhältnis zu diesem nördlichen Nachbarn ist seit 100 Jahren durch eine an Konflikten reiche Geschichte belastet. Leider hat die Schleswig-Holsteinische Landeskirche nach dem Zweiten Weltkrieg durch ihre Gesetzgebung das Gespräch erschwert, das zur Verständigung und Versöhnung mit der Dänischen Kirche hätte führen können. Daß in der nördlichsten Stadt Deutschlands, unmittelbar an der dänischen Grenze, ein Bekenntnis zur Völkerversöhnung über nationale Grenzen hinweg ausgesprochen wurde, kann nur als ein hoffnungsvolles Zeichen gewertet werden.

### *IV. Rechtes Totengedenken*

Im Flensburger Kirchenstreit ist die Frage nach dem Totengedenken aufgeworfen worden. Diese Frage betrifft nicht nur unser Verhältnis zu den gefallenen Soldaten, sondern zu den Toten überhaupt und ist für unsere Verkündigung von entscheidender Bedeutung. In den gegenwärtigen Auseinandersetzungen wird deutlich, daß in unserem Volke religiöse Vorstellungen lebendig sind, die der christlichen Botschaft von der Auferstehung der Toten widersprechen. Man hält die Unsterblichkeit der Seele für einen christlichen Gedanken. Man läßt die Toten weiterleben in ihren Nachkommen und vor allem in ihren Taten. Bei der Bestattung tritt der Kirche immer wieder der Anspruch entgegen, sie habe eine Lobrede auf den Toten zu halten. Diese allgemein anzutreffenden Motive sind noch verstärkt, wo es sich um den Tod des Soldaten handelt, der

unter illegitimer Berufung auf Joh 15, 13 (Niemand hat größere Liebe ...) als besonders christliche Tat gepriesen wird. Gegen solche unchristlichen Vorstellungen müssen wir wieder neu zur Sprache bringen, was der christliche Glaube an die Auferstehung der Toten bedeutet. Das läßt sich nicht einfach durch eine biblizistische Übernahme bestimmter Sätze und Vorstellungen des Neuen Testaments erledigen, sondern nur in einer Besinnung auf Jesus Christus, den Herrn unseres Glaubens.

Wer an ihn glaubt, hat das ewige Leben. Wer von der Unsterblichkeit der Seele redet oder die Toten in ihren Taten weiterleben läßt, setzt auch im Tode seine Hoffnungen auf den Menschen selbst, nicht aber auf Jesus Christus. Wir müssen erkennen, daß solcher Irrglaube unter uns verbreitet ist. Und wir müssen offen aussprechen, daß er unchristlich ist. Angesichts des Kreuzes und der Auferstehung müssen wir reden von der Radikalität des Todes. Der Tod ist wirklich das Ende aller menschlichen Möglichkeiten. Der Tod ist zugleich der Sünde Sold, das Ende des Sünders, der vor Gott keine Gerechtigkeit hat. Darum bleibt für den christlichen Glauben im Tode nichts vom Menschen bestehen. Was er war, ist Staub und Asche geworden. Was er tat, ist Gottes Gericht unterworfen. Das ewige Leben aber, das Gott schenkt in Zeit und Ewigkeit, bleibt seine Tat allein. Die Auferstehung Jesu Christi von den Toten sagt uns, daß Gottes Macht auch am Tode keine Grenze hat. Auch in dieser Frage haben wir zu bezeugen, was die Kirche im Dritten Reich erkannt hat: „Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben“ (1. Barmer These).

Brisanz und Gewicht der von den Flensburger Pastoren aufgeworfenen Fragen und die Schwierigkeit ihrer Lösungen angesichts tiefgreifender, auch in der Kirche bestehender Meinungsverschiedenheiten erhellen aus der Tatsache, daß die um eine Stellungnahme gebetene Theologische Fakultät der Christian-Albrecht-Universität zu Kiel sich nicht in der Lage sah, ein gemeinsames Gutachten zu den Flensburger Thesen vorzulegen. Vielmehr unterzeichneten sechs Fakultätsmitglieder im Juni 1967 folgendes

#### VOTUM ZUM FLENSBURGER PASTORENSTREIT

Zum Streit um die Flensburger Thesen, in dem auch die Theologische Fakultät der Universität Kiel von der St.-Marien-Gemeinde in Flensburg um ein Gutachten gebeten worden ist, fassen die unterzeichneten Professoren der Theologie ihre persönliche Meinung wie folgt zusammen:

Auch wir lehnen einen übersteigerten Nationalismus ab, der Volk und Vaterland vergötzt. Es scheint uns aber eine schlechte Abwehr solcher nationalistischen Bestrebungen zu sein, wenn man jede Form des Gefallenengedächtnisses für christlich untragbar erklärt und damit auch Menschen, die es gar nicht sind, zu Vertretern eines unchristlichen Nationalismus stempelt.

Der Behauptung der drei Flensburger Pastoren „Gefallenenehrungen haben in Kirchen keinen Platz“ antworten wir mit der Gegenthese: „Es geht nicht um Gefallenenehrung, sondern um das christliche Gedächtnis der Toten des Krieges.“ Dieses Gedenken hat auf dem Grund des christlichen Ewigkeitsglaubens seinen legitimen Platz in der christlichen Gemeinde und muß ihn behalten.

Die Auseinandersetzung hat gezeigt, daß eine theologische Besinnung auf den Sinn christlichen Totengedenkens notwendig ist. Es besteht wohl Klarheit darüber, daß das Schwinden der christlichen Ewigkeitshoffnung in weiten Kreisen unseres Volkes uns Christen große Sorgen machen muß. Dem Aberglauben, daß die Toten in ihren Taten innerweltlich weiterleben, muß entgegengetreten werden, aber nicht mit verletzender

Polemik, sondern seelsorgerlich durch das lebendige Zeugnis christlicher Hoffnung. Zur Bestürzung vieler Gemeindeglieder bekämpfen die Flensburger Streiter nicht nur das säkularisierte Totengedenken, sondern sie verweigern auch innerhalb der christlichen Gemeinde dem Gedächtnis an die gefallenen Gemeindeglieder und letztlich dem Gedenken an die Toten überhaupt in der Kirche jedes Recht. Der Tod sei die radikale Vernichtung aller menschlichen Werte, es gebe kein Fortleben nach dem Tode, daher sei auch alles Gedenken der Liebe an die Toten und ihre guten Taten hinfällig geworden. Besonders scharf wird gegen eine bisher überlieferte Ausdrucksform christlicher Hoffnung, gegen den Glauben an die Unsterblichkeit der Seele polemisiert. Mit dem Tode sei alles aus.

Das biblische Wort, daß der Tod der Sold der Sünde ist und also Gottes Gericht uns im Sterben zerbricht, ist ein Bestandteil der christlichen Verkündigung. Aber dieser richtige Gedanke wird mit unbiblischen und unchristlichen Ideologien des modernen Nihilismus und der modernen Skepsis vermischt.

Nach den Flensburger Thesen kommt im Tode das Nichts über uns, und erst dann ruft uns Gott aus dem Nichts ins Gericht. Der christliche Theologe muß in der Lage sein, die Verkündigung des Todesgerichtes Gottes so auszurichten, daß diese Verkündigung nicht mit der modernen Skepsis verwechselt werden kann. Im Sterben begegnet der Christ Gott. Gottes Handeln ist *Gericht und Gnade*. Gott ist nicht das nichtende Nichts, das der moderne Nihilismus faktisch an die Stelle Gottes setzt. Der Christ lebt in der festen Gewißheit: Nichts kann uns scheiden von der Liebe Gottes in Christus (Röm 8), auch nicht der Tod.

Daher kann mit dem Tod nicht *alles aus sein*. Es gibt eine Kontinuität zwischen der irdischen und künftigen Existenz des Christen. Sie ist zwar anthropologisch weder zu widerlegen noch zu beweisen. Aber Gott bekundet sie durch sein Handeln. Die Liebe Gottes in Christus ist die Vorwegnahme des Heils durch Gott, dessen Vollendung uns in der Ewigkeit verheißen und durch die Auferstehung Christi versichert ist. Die überlieferte Vorstellung von der Unsterblichkeit der Seele, die z. B. auch von der altprotestantischen Theologie aufgenommen wurde, ist eine zeitbedingte und in manchem mißverständliche sinnbildliche Darstellung dieses Sachverhaltes, die ihre Korrektur in der Theologie der Auferstehung findet. Das neue Leben aus Christus haben wir hier auf Erden nur in einer angefochtenen Gestalt. Es ist unter einer sündigen, leiblich-seelischen Hülle verborgen, die sterben muß. Gott aber rettet das von seinem Geist bestimmte Selbst durch das Gericht des Todes hindurch; so wird es uns nicht genommen, sondern durch seine Gnade gewandelt. Das ewige Leben, das wir Christen fest und zuversichtlich erhoffen, ist die vollkommene Freude in der Gemeinschaft mit Gott und Christus und darin untrennbare Gemeinschaft mit den heimgegangenen Vollendeten. Es ist daher legitim, in der christlichen Gemeinde der Vollendeten zu gedenken und so Gemeinschaft mit ihnen zu halten. Legitim ist dann auch das Gedächtnis an die Toten der Kriege in der christlichen Gemeinde. Menschliches Leid und menschliche Trauer vor Gottes Angesicht zu stellen, ist keine Verherrlichung des Krieges, ist nicht nationale Menschenvergötzung. Innerhalb dieses Gedenkens der Liebe ist Platz für die christliche Würdigung des Todes im Dienste für das Vaterland. Niemand kann selbst durch das größte Opfer das Heil Gottes erlangen, weil nur Gott es schenkt und bewirkt. Aber Hingabe und Selbstverleugnung sind Hinweis darauf, daß wir diese Welt, ihren Unfrieden, Haß und Egoismus überwinden sollen, und werden in ihrer Unzulänglichkeit durch das Opfer Christi geläutert.

Auch die Schlußfolgerungen der drei Flensburger Pastoren aus ihrer verfehlten Eschatologie sind nicht haltbar.

Christliche Symbole sind in ihrer zeitbedingten Form Darstellung und Ausdruck christlichen Hoffens und Liebens, sind als solche zu respektieren und dürfen nicht pauschal abgewertet werden.

Bei der Trostkapelle von St. Marien handelt es sich um das Gedenken an die Toten des Ersten Weltkrieges. Diese Kapelle wurde auf Initiative des damaligen Flensburger Oberbürgermeisters Dr. Todsen, der Präsident der Landessynode und Ehrendoktor der Theologischen Fakultät Kiel war, errichtet, also im christlichen Sinne, wenn auch in zeitbedingter Ausgestaltung. Das scheinen auch die drei Flensburger Pastoren anzuerkennen, indem sie sich mit der Erhaltung einer umgestalteten Gedächtniskapelle abweichend von der grundsätzlichen Ablehnung in ihren Thesen einverstanden erklärt haben. Das christliche Gedenken an die Kriegstoten widerspricht nicht nationaler Versöhnung, vielmehr hat sich in beiden Weltkriegen bereits gezeigt, daß die Begegnungen mit den Schrecken des Krieges Christen aller Bekenntnisse und aller Völker in der Solidarität christlicher Buße, christlichen Glaubens, Hoffens und Liebens verbinden. Die Besinnung auf den christlichen Sinn des Totengedenkens, auf Gottes Handeln mit uns im Sterben, sollte innerhalb der evangelischen Kirche eine gemeinsame Basis des Verstehenwollens und der Hör- und Lernbereitschaft bieten.

D. Dr. Redeker, D. Kraft, D. Meinhold, Dr. Göbell, D. Hoffmann, Dr. Heubach  
Kiel, im Juni 1967

Eine von diesem Votum abweichende Stellungnahme zur Frage der Gefallenenehrung und des Totengedächtnisses veröffentlichten am 2. August 1967 sechs andere Fakultätsmitglieder:

#### STELLUNGNAHME ZU DEN FLENSBURGER THESEN

Die Theologische Fakultät der Universität Kiel ist vom Kirchenvorstand St. Marien in Flensburg um eine Begutachtung der Thesen der Pastoren Dr. Krause, Friedrichs und Jastram zum Problem der Gefallenenehrung in Kirchen gebeten worden. Nachdem sechs Mitglieder der Fakultät bereits persönlich Stellung genommen haben, legen die Unterzeichner ihre eigene Auffassung zu den Thesen im folgenden ebenfalls dar:

Der *Begleittext* der Thesen spricht die Bitte aus, die Verfasser gegebenenfalls mit Gründen der Schrift zu widerlegen. Wir stimmen mit den drei Pastoren darin überein, daß die Heilige Schrift das alleinige Kriterium für Glauben und Leben der Christen ist. Eine theologische Reflexion über die konkreten Aufgaben der Kirche in der jeweiligen geschichtlichen Situation ist dabei unumgänglich, wie auch die Thesen selbst erkennen lassen. Denn es geht in der Gemeinde immer wieder darum, zu prüfen, was der Wille Gottes ist (Röm 12, 2). Der Vernunft kommt jedoch nur eine dienende, dem in der Schrift bezeugten Evangelium dagegen die allein normative Funktion zu.

Die negativ formulierte *Überschrift* „Gefallenenehrungen haben in der Kirche keinen Platz“ hat insofern ihre Berechtigung, als darin, wie die nachfolgenden Thesen zeigen, ein positives Anliegen sich Ausdruck verschafft. Denn sie setzt eine klare Unterscheidung zwischen Trauergottesdienst und Gefallenenehrung voraus. Im ersten Falle geht es um die Ehre des todüberwindenden Gottes, im zweiten um die Ehre von Menschen. Nur in Anerkennung dieser Unterscheidung kann die Kirche ihr Trostamt sachgemäß ausüben und das Evangelium unverkürzt predigen.

*These 1, Satz 1:* „Kirchengebäude haben ausschließlich den Zweck, der um Wort und Sakrament versammelten Gemeinde Raum zu geben.“ Diese Feststellung ist orientiert am Wesen des christlichen Gottesdienstes, und in der Tat muß für ihn Anspruch auf alleinige Geltung des Wortes und Sakraments erhoben werden, um derentwillen sich die Gemeinde versammelt und zu verantwortlichem Dienst in der Welt rufen läßt. Für christlichen Gottesdienst bedarf es zwar nicht unbedingt der Kirchengebäude; wo sie aber vorhanden sind, müssen sie ihrer Bestimmung entsprechend gestaltet und verwendet werden.



*These 1, Satz 2:* „Alles, was an Einrichtungen und Gestaltung diesem Zweck nicht dient oder ihn hindert, muß entfernt werden, weil es anderen Zwecken dient und sie fördert.“ Dieser Satz bedarf einer gewissen Korrektur; denn keinesfalls muß alles, was der Bestimmung des Kirchengebäudes „nicht dient“, schon deswegen entfernt werden, weil es „anderen Zwecken dient oder sie fördert“. Wohl aber steht die Gemeinde immer neu vor der Aufgabe, aufmerksam zu überprüfen, was ihren Gottesdienst hindern kann, denn die Grenzen zwischen dem, was nicht dient und was hindert, können sich im Laufe der Geschichte und im Wandel des menschlichen Bewußtseins sehr rasch verschieben.

Zwar sollte die Kirche keinem Purismus verfallen, darf vielmehr in der Gestaltung ihrer Gotteshäuser von der Freiheit gegenüber weltlichen Dingen Gebrauch machen. Aber sie wird dort besonders wachsam sein müssen, wo Einrichtungen und Gestaltung einem ideologischen Mißbrauch offenstehen. Wie leicht Gefallenengedenkstätten solchen Mißbrauch auslösen können, hat sich in den vergangenen Jahrzehnten gezeigt. Deshalb kann es für den Christen in dieser Sache nicht mehr dieselbe Unbefangenheit geben wie in früheren Generationen, sondern es muß mit allen Formen und Traditionen religiöser Gefallenenehrung radikal gebrochen werden.

*These 2:* „Die Versöhnung, die Jesus Christus im Sterben für uns Sünder bewirkt und zu verkündigen befohlen hat, schließt für den Glaubenden eine Unterscheidung zwischen Kriegstod und gewöhnlichem Sterben aus. Auch die Hingabe des Lebens für andere kann uns vor Gott nicht rechtfertigen.“

Das grundsätzliche Recht dieser These ist nicht zu bestreiten. In der Tat erschließt die Botschaft von der Rechtfertigung des Gottlosen die einzig gültige Deutung des menschlichen Sterbens. Daß jedes Sterben im Gefolge der Sünde und Gottlosigkeit steht, wird am Kriegstod mit seiner Sinnlosigkeit und dem damit verbundenen unendlichen Leid nur exemplarisch deutlich. Daher kann selbst die Hingabe des Lebens, ideologisiert zum „Opfer für das Vaterland“, so wenig wie irgendeine andere menschliche Leistung eine religiöse Auszeichnung erhalten. Der Mensch kann sich immer nur der Gnade Gottes und seines Versöhnungshandelns in Christus getrösten.

*These 3, Satz 1:* „Gott wird die Toten aus dem Nichts vor sein Gericht rufen.“ Nach der Intention dieses Satzes bedeutet der Tod die totale Vernichtung der menschlichen Existenz und gibt es kein Fortleben nach dem Tode im Sinne der Unsterblichkeit der Seele. Das ist richtig, weil es um die Alleinwirksamkeit Gottes geht; denn nur Gott vermag den Tod zu überwinden. Daher wird von Paulus in Röm 4, 17 die Auferweckung aus dem Nichts parallelisiert und in engsten Zusammenhang mit der Rechtfertigung gestellt. Die Frage der personalen Identität wird von Paulus, was die Flensburger Thesen ebenfalls hätten zum Ausdruck bringen müssen, in 1 Kor 15 ausführlich erörtert. Die Identität ist jedoch nicht vorgegeben, auch nicht für den Christen, sondern sie wird allein durch das auferweckende Handeln Gottes neu geschenkt. Einzig diese genuin christliche Hoffnung kann unsere Einstellung zu den Toten bestimmen: Es gibt keinen Ort in der Welt, an dem sich eine unmittelbare Verbindung mit den Toten herstellen ließe, da sie uns entzogen und Gott anheimgefallen sind.

*These 3, Satz 2:* „Darum finden wir in den Gräbern und Urnen nicht mehr als Staub und Asche, und bei den Gedenkstätten, die Grabstätten ersetzen sollen, überhaupt nichts.“ Dies ist zwar unzureichend formuliert, will aber mit Recht zur Geltung bringen, daß ohne den Glauben an die todesüberwindende Macht Gottes die Skepsis und der Nihilismus das letzte Wort behalten.

*These 4:* „Der Friede Gottes und die Versöhnung unter den Menschen werden allein durch das lebendige Wort in der Predigt mitgeteilt. Symbole vermitteln davon nichts, denn sie sind stumm und lassen sich jede Deutung gefallen.“ Der Satz stellt richtig heraus, daß Gottes Offenbarung worthafte Charakter hat. Allerdings geschieht sie nicht allein durch die Predigt, sondern auch in anderer Gestalt. Jedoch bedarf das Symbol,

das an sich entweder sprachlos oder mehrdeutig ist, der ständigen Interpretation durch das Wort der Verkündigung.

*These 5:* „Weil das Volk Gottes in allen Nationen lebt, hat die Kirche den Auftrag, für Frieden und Versöhnung unter den Völkern einzutreten. Darum widerspricht es ihrer Sendung, wenn sie Stätten ehrenden Gedenkens an nationale Auseinandersetzungen in ihren Versammlungsräumen Platz macht.“ Hier sind Ursache und Wirkung vertauscht: Die Kirche hat Versöhnung auszurufen, weil Gott unterschiedslos Gottlose mit sich versöhnt. Daraus erwächst das Volk Gottes in allen Völkern. Der Verkündigungsauftrag verbietet es den Glaubenden, unbeschadet der Verantwortung für das je eigene Volk sich mit diesem zu identifizieren, und verpflichtet die Kirche, die Vorläufigkeit aller nationalen Unterschiede ins Bewußtsein zu rufen, die für den Glauben keinen letzten Wert darstellen.

Die Thesen haben Konsequenzen, die weit über die Flensburger Vorgänge, zu denen wir im einzelnen nicht Stellung zu nehmen haben, hinausreichen. Im übrigen haben schon die „Richtlinien für die Errichtung von Gefallenengedenkstätten“, die am 30. 1. 1951 im Kirchlichen Gesetzes- und Verordnungsblatt vom Ev.-Luth. Landeskirchenamt Schleswig-Holsteins bekanntgegeben worden sind, festgestellt, daß grundsätzlich eine Gedächtnisstätte mit den Namen der Gefallenen nicht in den Kirchenraum gehört.

Prof. Dr. *Beyerlin*, Prof. D. *Engelland*, Prof. Dr. *Hahn*, Prof. Dr. *Klein*, Prof. Dr. *Maass*, Prof. D. Dr. *Schultz*.

Zu diesen Stellungnahmen erklärten die Pastoren an St. Marien zu Flensburg:

Die Stellungnahme der sechs Professoren der Theologischen Fakultät der Universität Kiel hat die Flensburger Thesen im Grundsatz bestätigt. Gleichzeitig haben wir auch die Hinweise auf notwendige Ergänzungen und Korrekturen dankbar zur Kenntnis genommen.

Wir bedauern es sehr, daß sechs andere Mitglieder der Fakultät – darunter zwei Nicht-Ordinarien – einem Gutachten der Gesamtfakultät mit ihrer Erklärung vom 2. Juni zuvorgekommen sind. Wir sehen diese Erklärung in einer Linie mit vielen anderen Gegenstimmen, die unsere Unterscheidung von Gefallenenehrung und Totengedächtnis überhaupt nicht zur Kenntnis genommen haben. Mit der Stellungnahme der Kieler Professoren ist die Grundsatzdebatte nunmehr abgeschlossen und der Weg frei für praktische Konsequenzen.

Im November 1967 bildete der von Flensburg ausgegangene Streit um die Frage der Gefallenenehrung in Kirchen und des rechten Totengedenkens einen wichtigen Beratungsgegenstand der schleswig-holsteinischen Landessynode auf ihrer Tagung in Rendsburg. Bischof Dr. Hübner erklärte dazu in seinem eingehenden Bericht:

Die biblische Botschaft wird gegen allen Unsterblichkeitsglauben der Griechen und allen Totenkult der Heiden an der Totalität des Sterbens des ganzen Menschen ebensowenig Zweifel aufkommen lassen dürfen wie an der Totalität der Neuschöpfung Gottes. Nichts anderes haben die Flensburger Pastoren zum Ausdruck bringen wollen.

## 11. DER STUDENTISCHE PROTEST

Der seit langem bestehende, zunächst an der Hochschul- und Studiensituation sich entzündende, dann das ganze „establishment“, die heutige Gesellschaft in ihren Erscheinungsformen und Ordnungen einbeziehende Unmut der Stu-

dentem – der ein über die ganze Welt verbreitetes Phänomen ist – begann im Juni von Berlin aus sich aggressiv zu artikulieren und sich in provokativen Protestaktionen, Krawalldemonstrationen und revolutionären Akten bis hin zur Sachbeschädigung und zur Anwendung von Gewalt zu entladen. Die Berliner studentischen Aktionen nahmen ihren Ausgang von Demonstrationen anlässlich des Schahbesuches und griffen von dort, vor allem, nachdem der Student Benno Ohnesorg Opfer des tödlichen Schusses eines Polizeibeamten geworden war, auf zahlreiche andere Universitäten über. Die um die Erhaltung des Bestehenden besorgte, auf Ruhe und Ordnung bedachte Öffentlichkeit reagierte überwiegend verständnislos und ablehnend, ihre Organe mit Schlagstock, Tränengas, Wasserwerfern und Verhaftungen. So kam es zu gegenseitiger Eskalation der Leidenschaften.

Es ist einigermaßen schwierig, zu einer sachgemäßen Sicht und einer gerechten Beurteilung und Bewertung der Vorgänge zu kommen; pauschale Zustimmung nach der einen oder anderen Seite ist uns ebenso verwehrt wie pauschale Verurteilung. Nur eine sorgfältige Differenzierung ermöglicht eine sachliche Sicht und ein gerechtes Urteil. Den Motiven der studentischen Rebellion ist ihr Grund und Recht nicht abzuspochen; die Hochschul- und Studiensituation ist durch die Überfüllung der Universitäten, durch die inhaltliche Behandlung einer durchgreifenden und wirksamen Studienreform, durch die autoritäre Struktur der Universität und die Herrschaft des alles bestimmenden Apparats, als dessen nahezu rechtloses und ohnmächtiges Objekt der Student sich fühlt, ungut, teilweise katastrophal. Schon seit Jahren forderten engagierte Studenten, vornehmlich in Berlin, in Demonstrationen, die von der Öffentlichkeit nur registriert und kritisiert, aber nicht ernsthaft zur Kenntnis genommen oder gar diskutiert wurden, die Berücksichtigung ihrer Anliegen bei der Hochschulreform und eine der heutigen Wirklichkeit entsprechende progressive Hochschulstruktur. Als sie für ihr Verlangen weder Gehör noch Verständnis fanden, weitete sich mit geradezu logischer Zwangsläufigkeit ihre Hochschulkritik zur Gesellschaftskritik, ihre Forderung nach Hochschulreform in die Forderung nach einer durchgehenden Gesellschaftsreform aus. Aus hochschulpolitischen Anfängen erwuchs als hochpolitisches Phänomen die studentische außerparlamentarische Opposition. Mao Tse-Tungs Lehre von der permanenten Revolution und die „Theologie der Revolution“ lieferten wesentliche Bestandteile des geistigen Rüstzeugs für die Aktionen, die noch längst nicht zur Ruhe gekommen sind und wahrscheinlich noch auf längere Zeit nicht zur Ruhe kommen werden. Unter den Stichworten „Vietnam“, „Notstandsgesetzgebung“, „Meinungsmanipulation durch die Massenmedien, insbesondere die Springer-Presse“, „Widerspruch zwischen dem Grundgesetz einer freiheitlichen Demokratie und der durch undemokratischen Autoritarismus gekennzeichneten Wirklichkeit“ demonstrieren, remonstrieren und rebellieren die deutschen Studenten. Nicht zu Unrecht wird die Kritik der studentischen Oppositionsbewegung laut, aber ihre eigenen Zielvorstellungen sind unklar und verworren. Ihr Vokabular ist nicht selten taktlos provozierend und ihr Griff nach unangemessenen Mitteln oft allzu skrupel- und hemmungslos.

Doch auch die Motive und Argumente der angegriffenen Seite, des Staates, der Gesellschaft und Öffentlichkeit haben Gewicht und verdienen Gehör und

Beachtung, wenn auch die Reaktion auf den groben Klotz der manchmal allzu heftigen Manifestationen studentischen Unwillens einen noch groberen Keil setzte. Der Widerspruch und Widerstand der etablierten Gesellschaft gegen die studentische Rebellion ist mehr als nur ein Symptom des Generationenunterschiedes, wenn auch in Rechnung gestellt werden muß, daß das Denken der jungen Generation an anderer Stelle einsetzt als das der älteren und andere Ziele anvisiert. Die nach dem Zusammenbruch 1945 aus dem Nichts aufgebaute junge Ordnung von Staat und Gesellschaft ist nur in geringem Maße belastungsfähig und gegen Experimente revolutionären Charakters höchst empfindlich, sie kann ernsthafte Störungen und schwere Erschütterungen noch nicht ertragen. Zwar ist sie für Evolutionen offen, aber Rebellion und Revolution könnten sie an den Rand des Abgrunds führen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die negative Haltung von Staat und Gesellschaft gegenüber dem studentischen Protest nicht unrespektabel, aber Gummiknüppel und Wasserwerfer sind ebenso wenig überzeugende Argumente wie Steinwürfe, Straßenbarrikaden und Sachbeschädigungen. Das Gespräch zwischen der rebellierenden Jugend und denen, gegen die sie ihre Opposition richtet, sollte mit großer Offenheit und zäher Geduld geführt werden; nur dann können die Spannungen in einem fruchtbaren Ergebnis gelöst werden.

Schon zu einem frühen Zeitpunkt wurde die Kirche in die studentischen Unruhen hineingezogen, weniger deshalb, weil nicht wenige Theologiestudenten an der studentischen Opposition und ihren Aktionen engagiert beteiligt waren, sondern vielmehr dadurch, daß die evangelischen Studentengemeinden als erste kirchliche und öffentliche Einrichtung den demonstrierenden Studenten ihr Verständnis bezeugten und Hilfe leisteten, Studentenpfarrer sich als erste kirchliche Amtsträger hinter die Berliner Demonstranten stellten, vor allem aber dadurch, daß unmittelbar nach den Demonstrationen, bei denen ein Student der Freien Universität durch einen Polizeibeamten erschossen wurde, der Berliner Bischof D. Scharf und die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg (West) Appelle an die Universität, den Senat und die Bürger Berlins richteten.

Unmittelbar nach dem Tode des Studenten Benno Ohnesorg richteten die sechs evangelischen Studentenpfarrer in Berlin einen Brief an ihre Amtsbrüder, in dem es heißt:

Wie in anderen deutschen Städten kam es auch in Berlin zu Demonstrationen gegen den Schah von Persien, wie in anderen deutschen Städten war es vor allem eine große Zahl von Studenten in Solidarität mit vielen iranischen Kommilitonen, die sich zum Sprecher machten eines allgemeinen Unwillens über die Einladung eines Mannes, der in seinem Land nachweislich Politiker, Journalisten, Studenten und Oppositionelle aus allen Kreisen hat hinrichten lassen.

Die Demonstrationen gegen den Schah und andere Demonstrationen vorher waren nur Ausdruck einer tiefgehenden politischen und hochschulpolitischen Krise in einem großen Teil der Studentenschaft, weil sie alle wesentlichen Anläufe einer seit langem notwendigen Studien- und Hochschulreform scheitern sieht ... Die Mittel waren nicht immer gut und überzeugend, aber die Studenten hatten keine andere Wahl als öffentliche Demonstrationen, ihren Schwierigkeiten Ausdruck zu geben.

Durch die Geschehnisse bei den Demonstrationen gegen den Schah, die zur Erschießung eines Studenten der Freien Universität durch einen Berliner Polizeibeamten führten, ist die Erregung der Studenten auf einen nie dagewesenen Höhepunkt gestiegen.



Diese Erregung gilt der Sorge um die Demokratie an den Hochschulen und in unserer Stadt ...

Wir haben den Wunsch und die Bitte, daß die Christen dieser Stadt sich über diese Vorfälle richtig informieren ...

Wir sind bereit, als Studentenfarrer und Studenten den Gemeinden bei Informationsabenden zur Verfügung zu stehen.

Am gleichen Tage erging ein Aufruf der Evangelischen Studentengemeinde Berlin, der u. a. folgende Forderungen erhob:

Lassen Sie sich bitte nicht zum Haß gegen Studenten aufreizen! Haben Sie Verständnis für unsere Lage!

Lassen Sie sich als Christen nicht verführen, andere Menschen als „Subjekte“ und „Elemente“ zu bezeichnen.

Verlangen Sie mit uns, daß brutale Polizisten zur Rechenschaft gezogen werden!

Denken Sie daran, daß das 5. Gebot für alle gilt!

Mit welchem Recht können wir uns künftig noch gegen die Morde an der Mauer empören, wenn wir ähnliches in West-Berlin dulden?

Bitte, helfen Sie der Wahrheit, der Menschenwürde und der Gerechtigkeit!

Wenn wir hierzu schweigen, verleugnen wir Christus.

In der Trauerfeier der Technischen Universität für den erschossenen Studenten Benno Ohnesorg richtete Bischof D. Scharf einen Appell an die Universitäten, den Senat und alle Bürger Berlins, die „tiefe Zerrissenheit in unserer Stadt“ zu überwinden. Der Bischof forderte dazu auf, hinter den Vorgängen der vergangenen Woche die tieferen Ursachen in der Struktur der Gesellschaft, aber auch in der akademischen Bürgerschaft zu erforschen und zu bewältigen. Wenn die Bibel von Sanftmütigkeit und Demut spreche, dann bedeute das nicht, alles hinzunehmen und geschehen zu lassen, sondern bereit zu sein, für die Gemeinschaft Verantwortung zu übernehmen. Diesem Ziel habe auch Benno Ohnesorg gelebt.

Zwei Tage später, am 6. Juni 1967, richtete die Evangelische Kirchenleitung Berlin-Brandenburg (West) ein

#### WORT AN DIE BERLINER

Wir bitten davon abzulassen, die Studenten, die Polizei und die Träger politischer Ämter zu verunglimpfen, weil sonst Gespräche unmöglich werden. Christen gehören zu allen Gruppen. Vernünftige Überlegung ist allen geboten. Haß schließt Vernunft aus.

Genaue Informationen sind notwendig. Darüber hinaus sind wir verpflichtet, miteinander zu reden, aufeinander zu hören, nicht zu agitieren, sondern zu argumentieren.

Wo keine öffentlichen Räume für Gespräche zur Verfügung stehen, bieten wir kirchliche Räume an. Wir sind bereit, in gemeinsamen Gottesdiensten und Veranstaltungen alle zusammenzuführen, die in verschiedener Sicht und Verantwortung aufeinander angewiesen sind.

Die gegenwärtige Krise hat eine Vorgeschichte, an der viele von uns, wenn nicht alle, teilhaben. Angesichts gemeinsamer Schuld bedarf es gemeinsamer Bemühungen, immer von neuem nach einer gerechten Ordnung des Zusammenlebens zu suchen.

Wegen einer Diskussion, die in der Berliner Neu-Westend-Kirche stattfand und bei der der Student Rudi Dutschke, eine der führenden Persönlichkeiten der

studentischen Opposition, die Kanzel bestieg, brachen innerkirchliche Meinungsverschiedenheiten darüber aus, ob Kirchenräume zu Diskussionsveranstaltungen zur Verfügung zu stellen seien. Bischof D. Scharf und Generalsuperintendent D. Helbich nahmen in unterschiedlicher Weise Stellung. Bischof D. Scharf schrieb einen Brief „An die Gemeindeglieder, die zu den studentischen Demonstrationen Stellung genommen und dabei am Verhalten der Kirche Kritik geübt haben“.

### *Liebes Gemeindeglied!*

Sie haben sich mit einer Stellungnahme zu den Vorgängen in der evangelischen Kirche in Neu-Westend, zu meinem Besuch bei dem Herrn Justizsenator und zu dem Hungerstreik im Studentenheim in der Gelfertstraße an die Evangelische Kirche gewandt. Wir haben in diesen Tagen viele Zeichen der Beteiligung unserer Gemeindeglieder an diesen kirchlichen Vorkommnissen erhalten – kritische und zustimmende. Ich möchte Ihnen zunächst für Ihre starke persönliche Anteilnahme in einer Sache danken, die die Kirche und die Öffentlichkeit angeht.

Ich will versuchen, 1. den Ablauf der Vorgänge, wie sie wirklich waren, zu schildern, 2. daran eine kirchenrechtliche Würdigung anzuschließen und 3. den Vorgang unter der Frage nach der öffentlichen und seelsorgerlichen Verantwortung der Kirche zu erklären.

Am Montag, dem 19. 6. 1967 wandten sich Studentenvertreter an Herrn Pfarrer Engelbrecht, der Vorsitzender des Gemeindegemeinderates der Kirchengemeinde in Neu-Westend ist. Sie baten ihn, die Kirche für einen Hungerstreik zugunsten ihres inhaftierten Kommilitonen Fritz Teufel zur Verfügung zu stellen. Pfarrer Engelbrecht antwortete, daß er allein nicht über die Kirche verfüge, sondern daß er den Gemeindegemeinderat und kirchenleitende Stellen befragen müsse. Er stellte einen endgültigen Bescheid für den 20. 6. 1967, 15 Uhr in Aussicht.

In einer Studentenversammlung in der Technischen Universität, die am gleichen Abend, d. h. am 19. 6., stattfand, wurde – voreilig und unberechtigt – bekanntgegeben, daß die Kirche am nächsten Abend für den – von Studenten beschlossenen – Hungerstreik zur Verfügung stehen werde.

Der in der Versammlung anwesende Pfarrer von Neu-Westend intervenierte sofort. Auf Grund seiner Intervention wurde einige Zeit später die Ansage dahin korrigiert, daß die Entscheidung über die Benutzung des kirchlichen Raumes noch völlig offen sei. Diese Korrektur ist in den Presseberichten über die Veranstaltung, z. B. in der „Berliner Morgenpost“, nicht berücksichtigt worden. So ging ein großer Teil der Öffentlichkeit und der Studenten davon aus, daß der Hungerstreik mit Zustimmung der kirchlichen Stellen am Montag abend in der Kirche zu Neu-Westend beginnen könne.

Die Kirchenleitung erfuhr am 20. Juni 1967 vormittags von dieser Sachlage. Sie entschied: da ein Hungerstreik eine moralische Pression darstelle und deshalb in der gespannten Berliner Situation kein geeignetes Mittel der Verständigung sei, werde der für die Vergabe kirchlicher Räume formell zuständige Gemeindegemeinderat in Neu-Westend ersucht, das Kirchengebäude für den Hungerstreik zu versagen. Gleichzeitig erklärte sich die Kirchenleitung jedoch zu einem umfassenden Gespräch auch mit den Studenten bereit.

Ein Beauftragter der Kirchenleitung bemühte sich noch während der Sitzung der Kirchenleitung gemeinsam mit Herrn Pfarrer Engelbrecht, der inzwischen mit seinen Kirchenältesten Fühlung genommen hatte, den Studenten die Entscheidung der Kirchenleitung zuzustellen. Dies gelang jedoch erst zwischen 15 und 16 Uhr. Die Vertreter der Studenten gaben offen zu, daß die studentische Öffentlichkeit mißverständlich informiert worden sei, machten aber geltend, daß infolge der Fehlinformation mit einem

starken Andrang von Studenten am Abend an der Kirche gerechnet werden müsse. Sie erklärten, auch sie wollten einen Eklat vermeiden, und berieten gemeinsam mit den Beauftragten der Kirchenleitung darüber, wie am zweckmäßigsten vorzugehen sei.

Diese Beratung wurde gegen 17 Uhr in meinem Amtszimmer fortgesetzt. Ich habe den Studenten klargemacht, daß der Beschluß der Kirchenleitung formal und inhaltlich unumstößlich sei und daß er einer allgemeinen Regelung entspreche, nach der kirchliche Räume für politische Veranstaltungen nicht zur Verfügung gestellt werden dürften. Ich habe dabei mit den Studenten die Motive ihres Handelns erörtert. Die Sprecher der Studentengruppen haben mir ernsthaft und glaubwürdig versichert, daß es ihnen nicht nur um eine Demonstration der Solidarität für ihren inhaftierten Kommilitonen, sondern auch um ein öffentliches Eintreten für die Gleichheit vor dem Gesetz gehe. Sie machten darauf aufmerksam, daß die sogenannten „Jubelperser“, die mit Stahlruten und Schlagstöcken ausgerüstet gewesen seien, unter behördlicher Förderung einen wesentlichen Anteil an den Unruhen vor dem Rathaus Schöneberg und vor der Oper gehabt hätten, aber gerichtlich in keiner Weise zur Verantwortung gezogen würden. Inzwischen hat der parlamentarische Untersuchungsausschuß ähnliche Feststellungen getroffen. Da ich die Argumentation der Studenten für subjektiv ernsthaft hielt, aber andererseits einen Hungerstreik als eine versuchte Einflußnahme auf ein schwebendes Verfahren nicht billigen konnte, habe ich angeboten, mit dem Herrn Justizsenator die Problematik zu besprechen. Gleichzeitig habe ich für den inhaftierten Fritz Teufel festen Wohnsitz in einem kirchlichen Heim angeboten, wenn hierdurch der Haftgrund des „leicht löslichen Wohnverhältnisses“ beseitigt werden könne. Ich war dabei der Meinung, daß die Spannung im Verhältnis zwischen den Studenten und anderen Gruppen der Gesellschaft in unserer Stadt durch eine Klärung der Haftfrage erleichtert werden könnte. Die Fortdauer der Haft hängt an bestimmten äußeren Momenten, deren Regelung oder Beseitigung auf den Gang des Verfahrens selbst ohne Einfluß ist.

Die Studenten, mit denen ich verhandelt habe, sprachen sich für einen solchen Schritt der Kirche aus, da auch sie die zu erwartende Auseinandersetzung an der Kirche Neu-Westend möglichst entschärfen wollten. So wurde vereinbart, daß gemeinsam versucht werden sollte, auf die Studenten in diesem Sinne einzuwirken. Ich habe dabei zugestanden, daß zu diesem Ziel äußerstenfalls auch eine Diskussion in der Kirche durchgeführt werden könnte und, sollte sie sich hinzuziehen drohen, die Studenten auf das Evangelische Studentenwohnheim im Gelände der Universität in Dahlem verwiesen werden dürften.

Bereits am späten Nachmittag begannen sich Studenten an der offenen Kirche in Neu-Westend zu versammeln. Gegen Abend wurde der Andrang größer. Um 20 Uhr bemühten sich der Ortspfarrer, der zuständige Superintendent und ein Vertreter der Kirchenleitung, die Studenten zur Diskussion über ihr Vorhaben in den Gemeindesaal abzulenkten. Dies gelang nicht, weil der Gemeindesaal zu klein ist und weil ein Teil der Studenten sich bereits in der Kirche befand. Es blieb nichts anderes übrig, als eine geordnete Diskussion über die speziellen und allgemeinen Absichten der Studenten hinzunehmen und zu versuchen, sie dabei zum Verlassen der Kirche zu bewegen. Dies hat Herr Pfarrer Engelbrecht getan, indem er auf die Würde des Raumes verwies und zur Mäßigung im Reden aufforderte. Es kam zu einer Aussprache, an der sich verschiedene Geistliche, Vertreter der Kirchenleitung, Gemeindeglieder, ein für die Polizei zuständiger Beauftragter des Senats und vor allen Dingen Studenten beteiligten. Sie verlief sachlich, auch da, wo die Studenten das Verhalten der Kirchenleitung angriffen. Gegen Mitternacht wurden die Studenten erneut aufgefordert, von einem Hungerstreik in der Kirche abzusehen und, soweit sie vom Hungerstreik als solchem nicht lassen wollten, sich zur Fortsetzung der Erörterung in das Studentenheim in Dahlem zu begeben. Nach einer Abstimmung in der Kirche über dies Ansinnen entfernten sich alle Studenten aus dem kirchlichen Raum. Nur ein Teil von ihnen zog in das Studentenheim in Dahlem.

Wie ich es den Vertretern der Studenten zugesagt hatte, begab ich mich in Begleitung eines rechtskundigen Mitgliedes des Konsistoriums am nächsten Tag zu dem Vertreter des Herrn Justizsenators, Senatsrat Herrmann, der Herrn Generalstaatsanwalt Denecke auf meine Bitte zum Gespräch hinzugezogen hatte. Ich habe das Gespräch damit eröffnet, daß ich erklärt habe, es liege nicht in meiner Absicht, in ein schwebendes Verfahren einzugreifen, sondern ich wolle lediglich die Hilfe der Kirche anbieten, um die spannungsvolle Situation in unserer Stadt zu erleichtern. Die Herren von der Justiz unterrichteten mich daraufhin über den Stand der Sache und bezeichneten die leichtlöslichen Wohnverhältnisse des Studenten Teufel als einen wesentlichen Haftgrund. Sie stellten anheim, mit dem Studenten selbst in Kontakt zu treten, um ihn zu befragen, ob er bereit sei, auf den von der Kirche angebotenen Weg zur Konsolidierung seines Wohnverhältnisses einzugehen. Mein juristischer Begleiter begab sich im Einverständnis mit dem Herrn Generalstaatsanwalt unmittelbar nach unserer Besprechung in die Haftanstalt und sprach mit Herrn Teufel über das Angebot der Kirche. Der Student Teufel war persönlich bereit, das Angebot anzunehmen, machte aber seine endgültige Zustimmung von einer Stellungnahme seiner engeren Gesinnungsgenossen – d. h. der Kommune I – abhängig. Diese lehnten aus grundsätzlichen politischen Erwägungen, aber auch wegen eines schwebenden Antrages des Verteidigers eine Hilfe der Kirche in dieser Situation und zu diesem Zeitpunkt ab.

Mein juristischer Mitarbeiter teilte diesen Tatbestand den Studenten mit, die inzwischen in der Gelfertstraße ihren Hungerstreik begonnen hatten. Die Meinungen über das Verhalten der engeren Gesinnungsgenossen von Herrn Teufel waren unter den in der Gelfertstraße versammelten Studenten recht differenziert. Die Studenten einigten sich jedoch darauf, zunächst den Ausgang des Antrages des Verteidigers von Herrn Teufel abzuwarten. Am nächsten Tage wurde im Evangelischen Konsistorium – da ich inzwischen zum Kirchentag reisen mußte – über die eingetretene Lage beraten und der zuständige Studentenpfarrer Hasselmann sowie der juristische Dezernent des Konsistoriums gebeten, den Studenten die Beendigung ihres Hungerstreiks in der Gelfertstraße dringend nahezu legen. Dieses Gespräch fand gegen 16 Uhr statt. Nach einer Diskussion akzeptierten die Studenten den Vorschlag und beendeten gegen 18 Uhr ihren Hungerstreik.

Soweit der Ablauf der Dinge! Sie werden verstehen, daß ich im Rahmen eines Briefes nicht alle Einzelheiten der komplizierten Vorgänge darstellen konnte. Lassen Sie mich nun versuchen, den Sachverhalt rechtlich zu würdigen!

Eine Kirche ist in erster Linie dazu da – die Juristen sagen, „dafür gewidmet“ –, daß in ihr Gottesdienst gehalten wird. Sie steht aber auch für Gespräche zwischen den Dienern am Wort und Ratsuchenden zur Verfügung, wie regelmäßig in katholischen Gotteshäusern bei der Beichte. Die evangelische Kirchenleitung Berlin hat allen Gemeindeleitungen nahegelegt, die Kirchen auch an Werktagen zu Andacht und Gebet geöffnet zu halten.

Gemäß dieser Anregung ist die evangelische Kirche Neu-Westend grundsätzlich bis zum Einbruch der Dunkelheit für Besucher geöffnet. Es ist überlegt worden, ob sie angesichts der bevorstehenden Studentendemonstration geschlossen werden solle. Hierbei konnte der Ortspfarrer davon ausgehen, daß die Kirchenleitung in ihrer Entscheidung zwar eine Demonstration in der Kirche abgelehnt, aber Gespräche mit den Studenten dringend befürwortet hatte. Ein vorzeitiges Schließen der Kirche wäre einer Ablehnung des Dialoges gleichgekommen. Außerdem waren in dem Stadium, in dem die Absichten der Studenten klar erkennbar waren, bereits die ersten Studenten in die Kirche eingedrungen. Sie hätten nur durch Polizeigewalt wieder herausgebracht werden können. Der Einsatz von Polizei erschien mir jedoch nicht nur politisch unzweckmäßig, sondern auch in dieser Situation dem Sinn einer christlichen Glaubensgemeinschaft nicht angemessen. Der Pfarrer befand sich also am Abend des 20. Juni 1967 in einem äußeren



und inneren Notstand. Er hat mit meinem Einverständnis versucht, diesen Notstand durch Mittel des Wortes und der Argumentation zu beheben. Dieses ist ihm gelungen. Meiner Ansicht nach können disziplinäre Vorwürfe gegen ihn nicht erhoben werden. – Völlig unberührt von meinem persönlichen Urteil in diesem Einzelfall bleibt der Grundsatz, daß auch in Zukunft kirchliche Räume nicht für politische Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden dürfen. Die in Geltung befindliche Anordnung hierüber wird allen Gemeindeglieder und Pfarrämtern in diesen Tagen noch einmal in Erinnerung gerufen werden.

Wahrscheinlich wäre es nicht gelungen, die Studenten zum Verlassen des Kirchenraums zu bewegen, wenn ihnen nicht eine Möglichkeit eröffnet worden wäre, an einer anderen Stelle ihren Gedanken und Gefühlen Ausdruck zu geben. Hierfür bot sich das Studentenheim in der Gelfertstraße an. Wir haben die Studenten dort aufgenommen, nicht weil wir Zustimmung zu ihrem Verhalten oder ihren Forderungen bekunden wollten, sondern weil wir es für besser hielten, den Studenten die Möglichkeit zur Demonstration im geordneten Rahmen der Kirche zu geben, als einen neuen Konflikt mit der staatlichen Exekutive, unter Umständen auch mit der Bevölkerung zu riskieren. Die Studenten haben sich in der Gelfertstraße durchaus angemessen und sachlich verhalten. Sie haben schließlich, als sie dazu aufgefordert wurden, den Saal und das Wohnheim geräumt.

Zusammenfassend darf ich feststellen: Wir haben die Studenten nicht in die Kirche geholt, wie wir überhaupt in dieser Sache nicht von uns aus Initiative ergriffen haben.

Daß unsere Studentenpfarrer sich um die äußere und innere brandende Situation an der Universität gekümmert haben, war ihre selbstverständliche Pflicht. Sie und die Vertreter der Studenten kamen zu uns um Rat und Hilfe. Ich meine, hier galt es, auch den Studenten gegenüber zu praktizieren, daß wir begriffen haben, was Jesus Christus mit seinem Wort meint: „Wer zu mir kommt, den werde ich nicht hinausstoßen.“ Wer sich an die Kirche wendet, wird von ihr nicht schroff zurückgewiesen werden. Natürlich bedeutet dies Wort Jesu nicht, daß wir uns für jedermanns Ziele und Absichten einspannen lassen, sondern wir haben, wenn sie zu uns kommen mit Plänen, die wir nicht billigen können, zu raten und zu warnen und ihnen zuzusprechen. Das ist geschehen. Es ist geschehen „um den runden Tisch“ und im Kirchengebäude, wie Jesus mit Außenseitern der Gesellschaft zu Tisch gesessen hat, um sie zu gewinnen und mit ihnen zu reden. Er hat deswegen schärfste Kritik von der herrschenden Gesellschaftsschicht seiner Zeit erfahren.

Über die ernsthaften Motive der Studenten, die eigentliche Ursache ihrer Proteste, ist in Presse, Rundfunk und Fernsehen viel berichtet und diskutiert worden. Wir können darüber nicht einfach mit pauschalen Verurteilungen hinweggehen. Und wenn sie in jeder Hinsicht irren sollten, wir müssen uns um sie kümmern – auf der Straße und in den Häusern, auch in unseren Gotteshäusern, wenn sie dorthin kommen. Persönlich meine ich, daß die Studentenschaft als ganze – sie mit einem radikalen anarchistischen Flügel zu identifizieren ist falsch; sie allein zu lassen, ist noch mehr falsch und gefährlich, sie wird dann mit den radikalen Gruppen solidarisiert – mit ihrer Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen in der Welt von heute nicht gar so unrecht hat. Die jungen Menschen empfinden stärker, als sie es artikulieren können, daß es nicht weitergehen darf, wie es fast zwangsläufig vorwärtstreibt. Wir müssen zu grundlegend neuen Ordnungen und Verhaltensweisen kommen, sonst wird die Menschheit nicht überleben. Wir, die besitzenden, die reicheren Nationen, die, die die Macht in den Händen haben, müssen anfangen, das Neue zu pflügen –, gewiß im Sinne des Evangeliums!

Der Kirchentag hat es in allen Veranstaltungen mahnend, beschwörend hinausgerufen: Neues, das werden muß, wird, wenn wir bereit sind, Opfer zu bringen, wenn wir die Andersdenkenden nicht pauschal verurteilen, wenn wir uns nicht über andere Gruppen und Zusammenschlüsse der Macht entsetzen und entrüsten, sondern wenn wir hören,

reden, zu überzeugen versuchen, auch uns überzeugen lassen und auf das gemeinsame Ziel der Zukunft Gottes die Menschen hinzuführen suchen – mit uns, vor uns!

In einer geistigen und gesellschaftlichen Situation der Menschheit und unseres Volkes die Kirche zu verurteilen, weil sie vermitteln will, ist ungerecht. Für zutiefst unchristlich muß ich es ansehen, durch Kirchenaustritt oder Drohung mit Kirchenaustritt Druck auf die Entscheidung kirchlicher Amtsträger ausüben zu wollen. Der Christ ist in der Kirche um Jesu Christi willen, nicht um eines Pastors oder bestimmter Handlungen irgendwelcher Kirchenleitungen willen. Also, auch wenn das Glied der Gemeinde ganz und gar nicht einverstanden ist mit der Leitung der Gemeinde oder ein Glied der Kirche mit leitenden Männern der Kirche, ist Austritt aus der Kirche nur der Beweis dafür, daß der Betreffende innerlich nicht richtig zu seiner Kirche gehört hat.

Ich danke Ihnen noch einmal, daß Sie geschrieben und die Auseinandersetzung mit mir gesucht haben.

In der Verbundenheit der Sorge um die Zukunft von Kirche und Volk

Ihr Scharf

Angeichts der heftigen Kritik, der Bischof D. Scharf ausgesetzt war, weil er die Diskussion der Studenten in einer Kirche unter Benützung der Kanzel geduldet habe, nahm die Evangelische Kirchenleitung Berlin-Brandenburg (West) im September zu den Vorwürfen Stellung. Sie stellte sich mit dem „Dank für seine Verkündigung und seinen in langen Jahren bewährten Dienst“ hinter den Bischof und erklärte seine Darstellung der Vorgänge in der Neu-Westend-Kirche für zutreffend. Der Vorwurf, der Bischof habe mit der Verwendung des Bibelwortes „Wer zu mir kommt, den werde ich nicht hinausstoßen“ das Wort Gottes mißbraucht, wurde zurückgewiesen und wörtlich erklärt: „Der Bischof erkennt auch in diesem Wort den Auftrag, das Evangelium vorbehaltlos allen Menschen konkret anzubieten und keine Seele verloren zu geben.“

Zu neuen Spannungen und Konflikten kam es im Herbst des Jahres 1967 durch die Weigerung des Gemeindekirchenrates der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirchengemeinde, den sieben Studentengemeinden in West-Berlin das Gotteshaus für einen Studentengottesdienst mit Abendmahlsfeier zur Verfügung zu stellen, weil er „das Verhalten der Studentengemeinde in der jüngsten Zeit nicht ohne Kritik und Widerspruch hinnehmen“ könne und es fraglich sei, „ob angesichts der in den letzten Monaten von der Berliner Evangelischen Studentengemeinde gezeigten Haltung“ deren Unterstützung noch berechtigt sei. Als der Termin des Gottesdienstes heranrückte, kam es Mitte November zu heftigen öffentlichen Auseinandersetzungen, in denen Bischof D. Scharf sich auf die Seite der Studentengemeinde stellte, aber das Vorgehen eines Studenten, der aus eigener Initiative den Versuch unternommen hatte, im Gemeindegottesdienst der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche von der Kanzel eine Protesterklärung gegen den Gemeindekirchenrat abzugeben, mißbilligte. Nach diesen Vorgängen, in denen es zu Handgreiflichkeiten kam, veröffentlichte der Gemeindekirchenrat eine ausführliche Begründung für seine Haltung. Darin warf er den Studentenfarrern vor, sie stellten das „politische Engagement an Stelle ihrer geistlichen Aufgaben in die Mitte ihrer Tätigkeit“, und äußerte den Verdacht, die Gedächtniskirche sei aus politisch-demonstrativen Gründen für die Studentengottesdienste gewählt worden. Die Erklärung des Gemeindekirchenrates endet mit den Sätzen:

Die Einseitigkeit der Studentengemeinde und die in ihr vorhandene Gefahr, das Leben der Kirche zu verpolitisieren, bedürfen eines Gegengewichtes. Die evangelische Studentengemeinde braucht nicht zuerst einen bestimmten gottesdienstlichen Raum, sondern eine geistliche, seelsorgerliche erzieherische Hilfe.

Der Konflikt blieb nicht auf Berlin beschränkt, sondern zog weitere Kreise. Ihre Betroffenheit über die Sperrung der Kirche für einen Abendmahlsgottesdienst der Studentengemeinde gab die Mitgliederversammlung des Landesverbandes Nordwest der Evangelischen Akademikerschaft in Deutschland in einem Telegramm an die Kirchengemeinde der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche Ausdruck; die Gemeinde wurde dringend gebeten, Gespräche mit der Studentengemeinde aufzunehmen. Auch die Evangelischen Studentengemeinden in Darmstadt, Frankfurt a. M. und Mainz richteten Protesttelegramme an den Gemeindekirchenrat.

Die Verweigerung der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche für einen Abendmahlsgottesdienst der Studentengemeinde und die für diese Entscheidung vorgebrachte Begründung haben mit Grund Unruhe und Unwillen ausgelöst. Zugleich machen die Vorgänge symptomatisch deutlich, daß die Grundsatzfragen der politischen Diakonie der Kirche noch nicht hinreichend geklärt und gelöst und darum viele Kirchenglieder und kirchliche Körperschaften nicht in der Lage sind, unserer Gesellschaft den nötigen Versöhnungsdienst zu leisten, weil sie – gewiß unbewußt – ihre politische Vorstellungswelt dem Evangelium vorordnen.

Zu einem neuen Zwischenfall und tätlichen Auseinandersetzungen kam es am Heiligabend kurz vor Beginn einer mitternächtlichen Christmette in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, nachdem Jugendliche mit Plakaten gegen den Vietnamkrieg zu demonstrieren versucht hatten. Die Demonstranten wurden von Gemeindegliedern gewaltsam aus der Kirche hinausgedrängt und einige der Plakate zu Boden gerissen; der Student Rudi Dutschke, der die Kanzel bestiegen hatte, um gegen das Vorgehen der eingreifenden Kirchenbesucher zu protestieren, wurde mit einem Stock geschlagen und am Kopf verletzt. Gegen Dutschke und die Demonstranten wurde Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs und wegen Störung des Gottesdienstes gestellt. Der Kirchengemeinderat der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche bedauerte den Tumult in einer Erklärung und betonte, Demonstrationen gehörten nicht in den Gottesdienst.

Auch in der Silvesternacht kam es in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche wiederum zu Gottesdienststörungen durch Studenten, die in Sprechchören eine Diskussion und in Plakaten und Transparenten Redefreiheit in der Kirche forderten. Erst nach einer Unterbrechung des Gottesdienstes und durch das Eingreifen der Polizei, die von den Studenten mit Protest- und Schmährufen und Knallkörpern begrüßt wurde, konnte die Ruhe in der Kirche wieder hergestellt werden. Die Kirchenleitung (West) der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg erklärte zu den Vorgängen in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in der Christnacht und am Altjahrsabend:

Die Gemeinde findet sich zum Gottesdienst zusammen, um die Verkündigung des Wortes Gottes zu hören, die Sakramente zu empfangen und Gott zu loben, ihm zu danken und ihn anzubeten.

Daher verurteilt die Kirchenleitung auf das schärfste die Störungen von Gottesdiensten, die in den letzten Tagen in Berlin geschehen sind.

Demonstrationen und Diskussionen gehören nicht in den Gottesdienst der Gemeinde. Wer mit der christlichen Gemeinde ins Gespräch kommen will, kann von den vielfach angebotenen Gesprächsmöglichkeiten Gebrauch machen. Er muß dabei die Ordnung der Gemeinde achten. Die Gemeinde kann sich nicht durch Demonstrationen Diskussionen aufnötigen lassen.

Die Kirchenleitung ist zutiefst betroffen über Reaktionen des Hasses und vorschnelle Urteile aus den verschiedenen Gruppen. Christen sollen sich nicht zum Zorn reizen lassen.

Die Kirchenleitung bittet die Gemeinden, sich nicht durch diese Vorkommnisse in der Treue zu ihren Gottesdiensten beirren zu lassen und mit ihr auf das Wort des Apostels zu hören: „Haltet Frieden untereinander. Wir ermahnen aber euch, liebe Brüder: vermahnt die Unordentlichen, tröstet die Kleinmütigen, traget die Schwachen, seid geduldig gegen jedermann. Sehet zu, daß keiner Böses mit Bösem vergelte, sondern jaget allezeit dem Guten nach untereinander und gegen jedermann.“

Die Berliner Studenten sorgten durch die Vorgänge in der Silvesternacht dafür, daß das unruhige Jahr der Kirche 1967 buchstäblich bis in seine letzten Minuten hinein unruhig blieb. –

Eine auch von studentischer Seite ausgehende Beunruhigung betraf speziell und spezifisch die Evangelische Kirche in Deutschland und ihre Gemeinschaft. Gerade in den Tagen des Reformationsgedenkens wurde eine Entscheidung der Evangelischen Studentengemeinde bekanntgegeben, die durch die Änderung des Namens dieser Arbeit und deren Umstrukturierung den Eindruck der Aufspaltung einer Einheit und Gemeinschaft erweckte, an der – unter Berücksichtigung der Gegebenheiten – festzuhalten ein Anliegen von vorrangiger Bedeutung der EKD seit ihrer Gründung und nicht zuletzt im Berichtsjahr war. Die der Presse übergebene und gleichzeitig dem Rat der EKD und den Gliedkirchenleitungen mitgeteilte Erklärung lautet:

#### EVANGELISCHE STUDENTENGEMEINDE 1967

Die beschlußfassenden Gremien für die Arbeit der Evangelischen Studentengemeinden in der Bundesrepublik und Berlin (West) und der Deutschen Demokratischen Republik haben den Christlichen Studentenweltbund in Genf darüber informiert, daß die Evangelischen Studentengemeinden in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) und in der Deutschen Demokratischen Republik als zwei selbständige Bewegungen an die Stelle der bisherigen „Evangelischen Studentengemeinde in Deutschland“ treten.

Dieser Beschluß mag angesichts der Erklärungen der EKD-Synoden vom 2. bis 7. April 1967 in Berlin-Spandau und in Fürstenwalde befremden. Auf diesen Synoden wurde betont, daß man in der Ökumene „die Kirchengrenzen keineswegs den Staatsgrenzen überall gleichsetzt“. Es wäre in einem Zeitalter, in dem die Kirchen der ganzen Welt „auch über politische, rassische, soziale und gesellschaftliche Unterschiede hinweg immer mehr zur Gemeinschaft“ streben, „ein Anachronismus“ und „ein Rückfall in überwundene Zeiten des Staatskirchentums, wenn wir auf die Gemeinschaft, auch auf die institutionelle und sichtbare Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland lediglich aus säkularen und tagespolitischen Gründen verzichten würden“.

Bei den Beschlüssen der Studentengemeinden handelt es sich jedoch keineswegs um eine unökumenische, opportunistische Entscheidung. Ökumenische Zusammenschlüsse sollen Kirchen und christlichen Organisationen, die aus konfessionellen oder anderen



Gründen getrennt sind, helfen, gemeinsame Aufgaben zu erfüllen. Diese Zusammen-schlüsse haben ihre Bedeutung in Verantwortungsbereichen, in denen man gemeinsam handeln muß und kann. Die Evangelischen Studentengemeinden in der BRD und der DDR haben in diesem Sinn gelernt, daß sie sich gegenseitig zu Hilfe und Kritik brauchen und daß dazu verbindliche Strukturen erforderlich sind. Sie haben aber auch gelernt, daß unter dem Bemühen um Gemeinsamkeit auf keinen Fall die notwendige Eigenverantwortlichkeit und Klarheit bei der Erfüllung der Aufgaben im jeweiligen eigenen Lebensbereich leiden darf. So durften die konkreten Aufgaben der Studenten-gemeinden im eigenen Bereich, ebenso wie in Mitteleuropa, Ost- oder Westeuropa und in der „Dritten Welt“, institutionelle Einheit nicht zum Selbstzweck werden lassen.

Auf gesamtkirchlicher wie auf gliedkirchlicher Ebene löste das bestürzende und bedauerliche Vorgehen der Studentengemeinde eine Fülle von Gesprächen und umfangreichen Schriftwechsel aus. Im Rat der EKD und in der Kirchenkonferenz wurde eingehend darüber gesprochen und auf allen Ebenen das mögliche getan, um dem eingetretenen und dem noch drohenden Schaden entgegenzuwirken.

### SCHLUSS

Es liegt sowohl im Wesen einer Chronik, die sich an das zu halten hat, was in augenfällig an die Oberfläche kommenden Manifestationen des Lebens und des Daseins erfaßbar und beschreibbar wird, als auch im Wesen der Kirche als der unter dem Wort und um das Sakrament zu Lob und Dank, Bitte und Fürbitte, Zeugnis und Dienst versammelten Gemeinde, daß das eigentliche und entscheidende kirchliche Geschehen nicht chronographisch zu erfassen und nicht registrierbar ist. Es ist das „Wunder der Gemeinde“, das sich mitten in der Welt und im Spannungsfeld der die Welt bestimmenden und gestaltenden Kräfte wieder und wieder ereignet. Vieles an ihrem Leben und Dienst ist unzulänglich, manche Traditionen sind ausgehöhlt und zerbrechen; mehr Versagen als Leistung, mehr Schwachheit als Kraft, mehr Unruhe und Streit als Frieden, mehr Wollen als Vollbringen, mehr Verlust als Gewinn, mehr Niederlage als Siege gehören zum Erscheinungsbild der Kirche in Welt und Zeit, aber darüber soll und darf nicht vergessen werden, daß Kirche und Gemeinde nicht aus dem leben, was sie selbst sind und wirken, sondern aus der Kraft des ihr anvertrauten und aufgetragenen Wortes, das sie auf dem Wege des Lebens, eines Lebens in Gehorsam und Dienst hält. Weil es so ist, ist ihr Weg immer gefährdet; ungefährdet würde sie nur sein, wenn sie aus Gehorsam und Dienst ausbräche. Das wäre ihr Tod, aber solange sie ihren gefährdeten Weg gehorsam und dienend geht, lebt die Kirche und sie wird leben.

## II. Die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik

Von Erwin Wilkens

### 1. POLITISCHE ZUSAMMENHÄNGE

Das politische Bewußtsein der Völker und der einzelnen auf der nördlichen Erdhalbkugel ist nach wie vor vorwiegend an der Ost-West-Achse der Weltspannungen orientiert. Damit bleiben die weltpolitischen Interessen in einer unangemessenen Weise wesentlich militärisch bestimmt. Gewiß will die militärische Strategie auf beiden Seiten den großen Krieg vermeiden oder verhindern. Das geschieht aber nicht anders als mit dem Mittel der gegenseitigen Bedrohung durch kaum mehr kontrollierbare Waffensysteme. Das Ergebnis ist daher nur ein höchst ungewisser Friedenszustand, wobei diese gegenseitige Ungewißheit noch zum System der Bedrohung und der Abschreckung gehört. Um dies überhaupt zu erreichen, müssen Rüstungsanstrengungen gemacht und laufend vergrößert werden, die schon aus finanziellen Gründen die notwendigen gesellschaftlichen Entwicklungsaufgaben für die Zukunft verhindern oder doch stark einschränken, so daß dadurch erst recht Frieden und Überleben gefährdet werden.

Um so wichtiger ist, daß die Aufgabe der Rüstungsbeschränkung auf dem Verhandlungstisch der Weltpolitik belassen wird und den Völkern als lebensnotwendig bewußt bleibt. Man wird nicht sagen können, daß im Jahre 1967, dem Jahr einer weiteren Verschärfung des Vietnam-Krieges und des Nahost-Krieges zwischen Israel und den meisten arabischen Staaten, in der Lösung dieser Aufgabe wesentliche Fortschritte gemacht worden sind. Immerhin kam es in Washington, London und Moskau am 27. Januar zur Unterzeichnung eines Vertrages über friedliche Zusammenarbeit im Weltraum, dem ersten internationalen Vertrag nach dem Test-Stopp-Abkommen von 1963, dem eine nennenswerte Abrüstungspolitische Bedeutung zukommt. Insgesamt traten 54 Staaten dem Vertrag bei, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland. Im gleichen Zusammenhang ist der Fortgang der Verhandlungen über einen Atomwaffensperrvertrag zu nennen, die zu einem Erfolg zu bringen die beiden Supermächte USA und UdSSR offenbar fest entschlossen sind, während sie in der Frage der Begrenzung oder gar des Verzichtes auf Raketen- und Raketenabwehr-Systeme über vernünftige Einsichten und ein vorsichtiges gegenseitiges Abtasten noch nicht hinausgekommen sind. Erwähnenswert ist schließlich noch der Umbau in der Strategie des westlichen Verteidigungsbündnisses der NATO, die ihre schon längst nicht mehr glaubwürdige Generalmaxime der massiven Vergeltung durch das besonders von dem amerikanischen Verteidigungsminister Robert McNamara vertretene strategische Konzept einer die Atomschwelle erheblich heraufsetzenden „flexible response“ ersetzte. Dieser Wechsel wäre, besonders für Mitteleuropa, militärisch nur vertretbar, wenn er zugleich mit einer ungeheuren Erhöhung der konventionellen Verteidigungsbereitschaft verbunden würde. Daß man dies, aus guten politischen und nicht zuletzt auch aus finanziellen Gründen, unterläßt, zeigt deutlich das Ende eines isolierten mili-

tärischen Sicherheitsdenkens an. Das militärische Potential gehört, eben solange es besteht, zu den Werkzeugen der politischen Führung und unter die rationale Kontrolle sittlicher Verantwortung. Keine Strategie kann dem Krieg wieder die Rolle eines vertretbaren Mittels der Politik zurückgewinnen. Das von dem Nahost-Krieg des Jahres 1967 hinterlassene politische Trümmerfeld hat dies noch einmal deutlich unterstrichen.

Mit den Mitteln der Waffen-Kontrolle (arms control) und dem schleppenden Gang der Maßnahmen zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung wird es keine ausreichende Bewältigung der Zukunft und Sicherung des Friedens unter den Völkern geben. Die zunehmende Nord-Süd-Spannung als die andere Komponente der gegenwärtigen Weltsituation ist dafür Beweis genug. Eine drohende Welthungerkatastrophe mit Konflikten zwischen den armen und den reichen Völkern sollte für die politisch führenden Völker der Erde Grund genug sein, endlich das Dilemma zwischen Vernunft und Ideologie hinter sich zu lassen und die Aufgaben der Zukunft in planvoller Gemeinschaftsarbeit in Angriff zu nehmen. Die Sicherung des Weltfriedens und die soziale Weltgerechtigkeit sind die eigentlichen Gegenstände der Weltpolitik. Sie erfordern geistige und moralische Anstrengungen und den Willen, politisch in größeren Zusammenhängen zu denken und zu handeln.

Wie sehr die Bereitschaft zu einer Orientierung an der Zukunft zu den politischen Erfordernissen von heute gehört, ist an den Einsichten und Torheiten, an den Neuansätzen und Versäumnissen in der deutschen Frage und im Verhältnis der beiden getrennten deutschen Staaten zueinander im Jahre 1967 besonders klar in Erscheinung getreten. Für die Deutschlandpolitik sowohl der Bundesrepublik Deutschland wie der Deutschen Demokratischen Republik war das Berichtsjahr aber gleichermaßen bedeutsam. Die im Dezember 1966 aus den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD unter dem Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger gebildete Regierung einer großen Koalition schien entschlossen, ihre Ostpolitik und vor allem ihre Politik gegenüber der DDR auf eine neue Basis zu stellen und die bis dahin der Bundesrepublik drohende außenpolitische Isolierung abzuwenden. Überhaupt wird man in Rechnung stellen müssen, daß man außerhalb der zerstrittenen deutschen Teilstaaten in Ost und West der permanenten bürgerkriegsähnlichen Situation in Deutschland immer mehr überdrüssig zu werden beginnt. Um so wichtiger waren einige außenpolitische Ereignisse, die eine neue Weichenstellung für die westdeutsche Ostpolitik anzeigten. Zu nennen ist der Besuch des rumänischen Außenministers Manesku in Bonn mit dem Beschluß (am 31. Januar) zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien, der Gegenbesuch des Bundesaußenministers Willi Brandt in Bukarest im August mit der wichtigen Erklärung, man habe im Verhältnis zu Polen von den bestehenden Grenzverhältnissen und für Deutschland selbst von den bestehenden beiden politischen Ordnungen auszugehen; die Anfang August geschlossene Vereinbarung mit der Tschechoslowakei über die Errichtung beiderseitiger Handelsmissionen. Doch sind hier auch bemerkenswerte Zugeständnisse der Bundesrepublik im innerdeutschen Handel zu nennen.

In der DDR fanden die ersten Schritte der Bundesrepublik auf eine neue Ostpolitik zu, in deren auf eine friedenserhaltende Neuordnung Europas gehenden

Ziele man erklärtermaßen auch die DDR selbst einbeziehen möchte, keine Ermütigung. Offenbar überwog dort der Verdacht, Bonn verfolge mit den neuen Akzenten seiner Ostpolitik eine Isolierung der DDR, um weiterhin der Grundforderung nach einer Staats- und völkerrechtlichen Anerkennung der DDR aus dem Wege zu gehen. Jedenfalls versuchte nun die DDR verstärkt ihre zunehmende innen- und außenpolitische Konsolidierung, durch die sie inzwischen zum wichtigsten politischen und wirtschaftspolitischen Partner der UdSSR geworden und zum 9. Rang der Industriestaaten der Welt aufgerückt war, für die eigene, der Bundesrepublik entgegenwirkende Politik einzusetzen. Innenpolitisch sind dazu das Gesetz über eine Staatsbürgerschaft der DDR vom 20. Februar, die Ankündigung eines neuen Straf- und Zivilrechtes, der Beschluß der Volkskammer zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung vom 1. Dezember sowie die Ablehnung neuer Passierscheinverhandlungen für Berlin zu nennen. Außenpolitisch kam es im Rahmen einer ganzen Serie von bilateralen Freundschafts- und Beistandspakten, die den Ostblock erneut auf eine außenpolitische Solidarität festlegen sollten, zu derartigen Verträgen der DDR mit Polen (15. März), Ungarn (18. Mai) und Bulgarien (7. September).

Ein neues Element in die gegenseitigen Beziehungen und Auseinandersetzungen der Bundesrepublik und der DDR brachte im Jahre 1967 der mehrfache Briefwechsel zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Stoph und Bundeskanzler Kiesinger (10. Mai Stoph an Kiesinger; 13. Juni Kiesinger an Stoph; 18. September Stoph an Kiesinger; 28. September Kiesinger an Stoph). Dieser Briefwechsel ist als Vorgang bereits bedeutsam, da er auf der Erkenntnis beruht, daß es in absehbarer Zeit zu Verhandlungen zwischen den deutschen Teilstaaten kommen muß, wenn nicht im Herzen Europas eine weltpolitisch unerträgliche und von den Weltmächten immer weniger hingenommene Spannungszone fixiert werden soll. Ziel dieser Verhandlungen können nur verbindliche Abmachungen über die gegenseitigen Beziehungen für die in ihrer Dauer nicht abzusehende Periode eines Nebeneinanders zweier deutscher Staaten sein. Es ist begreiflich und sollte nicht zum Gegenstand gegenseitiger moralisierender Entrüstung übereinander gemacht werden, daß es in der ersten Phase dieser Kontaktaufnahme noch nicht zu Übereinstimmungen kommt. Man legt für den weiteren Gang der Dinge zunächst die eigenen Ausgangspositionen fest. Geht es der DDR bei ihrem starken Bedürfnis nach innerer und äußerer Sicherung des Erreichten in erster Linie um die Anerkennung als eigener Staat deutscher Nation und als selbständiges Völkerrechtssubjekt, so sucht die Regierung der Bundesrepublik diese Grundprobleme im Verhältnis zur DDR bis auf weiteres auszuklammern und das Hauptgewicht der angestrebten Verhandlungen auf praktische Fragen zu legen.

Ein Fortgang der Dinge ist nur unter zwei Voraussetzungen denkbar. In der Bundesrepublik bedarf es der Auflockerung einer auf rechtliche Positionen fixierten politischen Dogmatik. In der DDR wird man sich entscheiden müssen, ob man wirklich Entspannung und Verständigung mit der Bundesrepublik will. Es sollte auf beiden Seiten genügend Kräfte geben, die in einer an den weltpolitischen Maßstäben zu messenden Politik der Verständigung den wichtigsten Friedensbeitrag der Deutschen sehen. An dieser Stelle haben auch die Kirchen ihren Platz.



## 2. DIE KIRCHE IN STAAT UND GESELLSCHAFT

### *a) Allgemeines zum Verhältnis von Kirche und Staat*

Die staatliche Kirchenpolitik der DDR war im Jahre 1967 von zwei Merkmalen bestimmt, die aber eng miteinander zusammenhängen. Nach außen wurde unmißverständlicher als je zuvor die Vorstellung einer auf das Territorium der DDR beschränkten kirchlichen Gesamtorganisation vertreten; nach innen hing das Bemühen weiter, die Kirchen und ihre Glieder für die Zielsetzung einer eigenen Staatswerdung auf der Grundlage einer von einem gemeinsamen auf die Zukunft gerichteten Willen getragenen Gesellschaft zu beanspruchen; die Christen werden bewußt in die „politisch-moralische Einheit aller Bürger der DDR“ einbezogen. Es ist unverkennbar, daß hinter beidem die alte Vorstellung steht, die vom Staat betriebene Kirchenpolitik sei nur eine Funktion der allgemeinen Staats- und Gesellschaftspolitik. Dabei sollte man aber beachten, daß das erstgenannte Merkmal immer wieder zu scharfen Forderungen und Proklamationen führen kann, während das zweite Merkmal wirkliche Eingriffe und Maßnahmen so weit wie möglich vermeiden läßt. Jedenfalls ist eine sicherlich klug berechnete und als realistisch erkannte Zurückhaltung bei aller klaren Zielsetzung in der staatlichen Kirchenpolitik der DDR auch weiterhin unverkennbar.

Breiter als noch zuvor bemühte sich die CDU um eine überzeugende Grundlegung für den gesellschaftlichen Einsatz der Christen im Sinne des in der DDR vertretenen Sozialismus. Ausgangspunkt bleibt dabei weiterhin die Feststellung des Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht in seiner Programmatischen Erklärung vom 4. Oktober 1960 vor der Volkskammer: „Das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus sind keine Gegensätze.“ Dieser Grundsatz fand dann in späteren Begegnungen und Kundgebungen seine weitere Entfaltung. Es sei dazu erinnert an den Empfang christlicher Persönlichkeiten durch Walter Ulbricht am 9. Februar 1961, an das Wartburggespräch zwischen Ulbricht und Landesbischof Mitzenheim am 18. August 1964, an ein ähnliches Gespräch am 22. September 1966 anlässlich der Verleihung des Ordens „Stern der Völkerfreundschaft“ an den thüringischen Landesbischof (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1960, S. 131 ff.; 1961, S. 109 ff.; 1964, S. 124 ff.; 1966, S. 217 ff.). Die Reihe dieser immer wieder besonders hervorgehobenen programmatischen Veranstaltungen wurde mit einer „Tagung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU mit Universitätstheologen, Geistlichen und anderen christlichen Persönlichkeiten am 8. und 9. Februar 1967 in der Friedrich-Schiller-Universität zu Jena“ (so der Untertitel des von der CDU unter dem Titel „Humanismus und christliche Verantwortung“ herausgegebenen Tagungsberichtes) fortgesetzt. Außer dem Parteivorsitzenden Gerald Götting bemühte sich auf dieser Tagung der jetzige Professor für theoretische Ökumenik an der Berliner Humboldt-Universität Dr. Herbert Trebs um eine bemerkenswerte Vertiefung und Differenzierung der oft nur pauschal vertretenen These von dem Humanismus als der den Christen und Sozialisten gemeinsamen Grundlage im politischen und gesellschaftlichen Handeln. Dr. Trebs führte u. a. aus:

Bei meinen Studien hat sich mir nun eine andere Akzentverteilung ergeben, als sie gestern unter anderem vorgetragen worden ist. Mir scheint, daß im Gespräch vom 9. Februar 1961 und im Wartburggespräch der Begriff Humanismus eigentlich nicht im Sinne der Theorie, also mit einem starken weltanschaulichen Gewicht, benutzt worden ist. Sondern wenn man sagen kann, daß Marxisten und Christen durch gleiche Ideale des Humanismus und des Friedens verbunden sind, dann ist doch die atheistische Komponente weitgehend außer Spiel. Sonst könnte ja über Christen so etwas nicht gesagt werden.

In den Äußerungen von Emil Fuchs wurde der Begriff des Humanismus auf die sozialetische Ebene bezogen. Die weltanschauliche Theorie, die sich auf Natur und Bestimmung des Menschen richtet, möchte ich demgegenüber als „Konzeption des Menschen“ bezeichnen. In meinem Referat gehe ich deshalb von folgender Voraussetzung aus: Im Humanismus sind wir als Christen und Marxisten weitgehend vereint, in der Konzeption des Menschen sind wir verschieden.

Humanistisch ist ein Handeln, sind die Ziele, Ideale, Anliegen, die das Handeln leiten, die Verhaltensweisen. Die Konzeption des Menschen bietet die Begründung für die gesamte Weltsicht und das Lebensverständnis, die den Rahmen dieses Handelns bilden, und ist die Quelle für die Inspirationen und Motivationen, die dieses Handeln befruchten, schöpferisch machen und seine Triebkraft bilden. Die christliche Konzeption des Menschen ist der Glaube. Wenn man den Begriff Humanismus als Theorie faßt, dann gibt es einen christlichen Humanismus. Wenn man ihn, wie ich, sozial-ethisch-praktisch faßt, dann gibt es keinen christlichen Humanismus, wohl aber einen Humanismus aus Glauben. (A.a.O. S. 83)

Daß die Zugehörigkeit der evangelischen Landeskirchen in der DDR zur Gemeinschaft der EKD zum kirchenpolitischen Hauptthema des Jahres werden würde, konnte man am Schlußteil der Rede erkennen, die Gerald Götting am Ende der vorstehend genannten Tagung hielt. Dort heißt es wörtlich:

Die „EKD“ als Institution ist an diesem Prozeß der Spaltung – zumindest seit der Mitte der fünfziger Jahre – aktiv beteiligt gewesen. Statt durch Unterstützung von Entspannungsvorschlägen ihre Einheit im Bemühen um Verständigung der deutschen Staaten zu bewähren, hat sie sich durch die Praktizierung des Militärseelsorgevertrages einseitig an die Bonner NATO-Konzeption gebunden und damit die Spaltung der evangelischen Kirchen in Deutschland herbeigeführt. Wer danach noch die Losung von der „Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland“ propagiert, der unterstützt bewußt oder unbewußt den Bonner Alleinvertretungsanspruch, weil diese Losung die Ausschließlichkeitsanmaßung der Bundesrepublik in den kirchlichen Raum projiziert. So wie die Bonner sogenannte „Wiedervereinigungskonzeption“ die Spaltung Deutschlands nur vertieft hat, weil sie auf die Annexion unserer Republik hinausläuft und damit den Frieden bedroht, so wurde die Parole von der „Einheit der EKD“ zu einer Waffe des kalten Krieges gegen die Deutsche Demokratische Republik.

Die freien und unabhängigen evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik können mit der durch den Militärseelsorgevertrag der NATO verhafteten und verpflichteten evangelischen Kirche in Westdeutschland nicht in einem Atemzug genannt werden. Zwischen diesen Extremen gibt es keine institutionelle Einheit. Die imperialistischen Kreise haben eine über die Staatsgrenzen hinausreichende organisatorische Einheit des deutschen Protestantismus – unter Mithilfe leitender kirchlicher Männer in Westdeutschland – bewußt und absichtlich in ihre gegen die Deutsche Demokratische Republik gerichtete revanchistische Politik einbezogen und damit diese Einheit preisgegeben. Die evangelischen Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik setzen ihre Kraft für diesen unseren sozialistischen Staat ein und sind Tag

für Tag daran beteiligt, die politisch-moralische Einheit des Volkes in der Deutschen Demokratischen Republik weiter zu stärken. Unsere evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik handeln nach dem Kommuniqué vom 21. Juli 1958, in dem sie bekundeten, daß sie grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung übereinstimmen, die Entwicklung zum Sozialismus respektieren und daß die Glieder der evangelischen Kirchen ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzlichkeit erfüllen.

Weil der in Westdeutschland wiedererstandene deutsche Imperialismus unser Vaterland gespalten und allen unseren Verständigungsversuchen seine revanchistischen Forderungen entgegengesetzt hat, stehen heute auf deutschem Boden zwei grundverschiedene Staaten einander gegenüber. Zwischen einem vom Imperialismus beherrschten Westdeutschland und der souveränen sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik ist keine Vereinigung möglich. Was heute möglich und geboten ist, ist die Normalisierung der Beziehungen zwischen den deutschen Staaten im Zeichen der friedlichen Koexistenz, und diese Normalisierung ist erreichbar, wenn Bonn gezwungen wird, die Alleinvertretungsanmaßung und die Aggressionspolitik aufzugeben. Dies zu verwirklichen ist die große, schwere, aber unaufschiebbare Aufgabe aller humanistischen Kräfte in Westdeutschland, die sich stützen können auf die Errungenschaften und Leistungen der Bürger unserer Deutschen Demokratischen Republik.

Der Beitrag der fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland zur Lösung dieser Aufgabe besteht im Kampf um die Zurückdrängung der Macht und des Einflusses des Imperialismus, um die Durchsetzung demokratischer Verhältnisse. Wir Bürger der Deutschen Demokratischen Republik erblicken unsere Grundaufgabe in der Stärkung unseres Staates; wir wissen: jede Tat zur allseitigen Festigung, Sicherung und Weiterentwicklung unserer Republik nutzt dem Frieden in Europa und damit der Sache der Menschlichkeit. Eine starke sozialistische Deutsche Demokratische Republik erleichtert auch den Westdeutschen eines Tages die Entscheidung, den Weg ohne, ja gegen Imperialismus und Militarismus zu beschreiten. An dieser Stelle offenbart sich erneut der Grundunterschied zwischen den zwei deutschen Staaten: während die westdeutschen Friedensfreunde eine Politik des Humanismus *gegen* ihre Regierung durchsetzen müssen, sind *wir* in der glücklichen Lage, mit unserer Regierung *zusammen* für die Verwirklichung der hohen Ideale des Humanismus kämpfen zu können.

Als Christen haben wir einen wichtigen Beitrag dazu zu leisten, daß die Zusammenarbeit aller humanistisch gesinnten Menschen weiterwächst und daß sie im Ringen mit den Kräften des Krieges den Sieg davontragen. Das ist unsere Verpflichtung und Verantwortung heute. Wir freuen uns darüber, daß unsere Tagung uns in der Erkenntnis dieser Verantwortung bestärkt und weitergeführt hat, und danken allen, die daran Anteil hatten. Lassen wir die Ergebnisse dieser Zusammenkunft zur Tat werden: in der Arbeit für die Vollendung unserer humanistischen Menschengemeinschaft, in der Arbeit für unsere sozialistische Deutsche Demokratische Republik, für die Verwirklichung ihrer historischen Mission. (A.a.O. S. 127 f.)

Ähnliche Äußerungen zur EKD als der kirchlichen Gemeinschaft zwischen Ost und West machte wenige Tage später bei der Beratung des Staatsbürgerschaftsgesetzes der DDR in einer für die CDU-Fraktion abgegebenen Stellungnahme in der Volkskammer Dr. Heinrich Toeplitz („Neue Zeit“ Nr. 44 vom 21. Februar 1967):

Im Namen der CDU-Fraktion darf ich dem Hohen Hause die einmütige Zustimmung der Abgeordneten der Christlich-Demokratischen Union zum vorliegenden Entwurf des Gesetzes über die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik erklären.



Die CDU begrüßt dieses Gesetz als einen bedeutsamen Schritt zur weiteren allseitigen Stärkung der DDR und zur Festigung der Souveränität und des internationalen Ansehens unseres sozialistischen deutschen Friedensstaates. Dieses Gesetz ist Ausdruck der festen Verbundenheit aller Bürger unserer Republik mit ihrem sozialistischen Staat und der politisch-moralischen Einheit unserer gesamten Bevölkerung.

Die Deutsche Demokratische Republik ist die sozialistische Heimat der christlichen Bürger, weil es in unserem sozialistischen Staat den Christen erstmalig in der Geschichte unseres Volkes möglich ist, den Auftrag, der ihnen von ihrem Glauben her geboten ist, für den Frieden auf Erden und für den Nächsten, für den Mitmenschen zu wirken, in Übereinstimmung mit der Politik unseres Staates und den Zielen und Interessen der gesamten Gesellschaft zu erfüllen.

Mit dem Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR wird jetzt dieser Entwicklungsprozeß unserer sozialistischen Gemeinschaft auch staats- und völkerrechtlich fixiert. Staatsbürger der DDR, des humanistischen deutschen Staates zu sein ist eine hohe Ehre. Das gewährt allen Bürgern, ohne Unterschied der Person, die in der Verfassung und in den Gesetzen unserer Republik festgelegten Rechte. Das verpflichtet andererseits, überall, jederzeit und gegenüber jedermann bewußt als Staatsbürger der DDR aufzutreten, die wichtigste Errungenschaft unseres Volkes, unsere souveräne sozialistische Deutsche Demokratische Republik, stets würdig zu vertreten, schöpferisch an ihrer weiteren allseitigen Stärkung mitzuwirken und sie gegen alle Angriffe zu schützen und zu verteidigen.

Durch dieses Gesetz wird die berüchtigte Alleinvertretungsanmaßung des Staates der westdeutschen Monopole, der revanchistischen Kiesinger/Strauß-Regierung erneut zurückgewiesen. Zwischen unserem humanistischen Deutschland und dem revanchistischen Bonner Staat gibt es keine Gemeinsamkeit. Das gilt auch in vollem Maße auf kirchlichem Gebiet. Die westdeutsche evangelische Kirche hat vor zehn Jahren durch den Abschluß des Militärseelsorgevertrages und ihre Integration in die NATO die Evangelische Kirche in Deutschland bewußt gespalten. Unter Berufung auf die sogenannte Einheit der Kirche hat sie seitdem versucht, in Übereinstimmung mit der westdeutschen CDU/CSU-Politik auch auf kirchlichem Gebiet eine Alleinvertretungsanmaßung durchzusetzen. Die Frage der Einheit der Kirche wurde damit zu einem Instrument des kalten Krieges gegen die DDR. Die Alleinvertretungsanmaßung der westdeutschen Militär-Kirchenleitung hat seitdem die Spaltung der evangelischen Kirche ständig weiter vertieft. Die unabhängige und eigenverantwortliche evangelische Kirche in der DDR hat mit der westdeutschen Militärkirche nichts gemein. Die frühere institutionelle Einheit ist mit dem Militärseelsorgevertrag und der Rechtfertigung der revanchistischen Politik zerstört worden. Die evangelische Kirche in der DDR und die westdeutsche Militärkirche können heute nicht mehr in einem Atemzug genannt werden. Das entspräche nicht der Auffassung der evangelischen Staatsbürger der DDR, die mit ihrer ganzen Kraft für die weitere Stärkung unseres souveränen sozialistischen Staates arbeiten.

Das würde aber auch in Widerspruch zu der Tatsache stehen, daß die evangelischen Kirchen in der DDR in Übereinstimmung mit dem Kommuniqué vom Juli 1958 die Friedenspolitik unserer Regierung unterstützen und loyal den Aufbau des Sozialismus respektieren.

Zwischen unserem sozialistischen Staat und unseren Kirchen haben sich auf dieser Grundlage normale Beziehungen bei strikter Beachtung des Grundsatzes der Trennung von Staat und Kirche entwickelt. In Westdeutschland ist dagegen der Mißbrauch des Christentums und der Kirchen durch die CDU/CSU noch offensichtlicher und schamloser geworden. Das Interview, das der Vorsitzende des Rates der westdeutschen evangelischen Kirche, Scharf, erst kürzlich einer westdeutschen Zeitung gab und in dem er seine Übereinstimmung mit der von Wehner entwickelten revanchistischen Ziel-



setzung der Bonner Politik gegenüber der DDR bekundete, ist nur ein Ausdruck des Mißbrauchs der Kirche und des Christentums zur Rechtfertigung der westdeutschen Aggressionspolitik. Wir lehnen jede Einmischung westdeutscher Kirchenvertreter in die inneren Verhältnisse der souveränen sozialistischen DDR ab. Auch auf diesem Wege wird es den aggressiven Kräften nicht gelingen, Einfluß in unserem Staat zu gewinnen. Über die Entwicklung der sozialistischen DDR entscheiden allein ihre Bürger, zusammengeschlossen in der Nationalen Front unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei – das mögen alle offenen oder versteckten Verfechter der Alleinvertretungsanmaßung ein für allemal erkennen.

Worauf es heute ankommt, das wird auch von einer wachsenden Anzahl christlicher Bürger in Westdeutschland und von zahlreichen Pfarrern immer besser verstanden. Ihre Beteiligung an der Vorbereitung der diesjährigen Ostermärsche, die Demonstrationen von 200 Pfarrern am Reformationstag 1966 in Bonn, das Auftreten von rund 800 Pfarrern gegen die Notstandsgesetze, gegen die westdeutsche Unterstützung und Rechtfertigung der barbarischen USA-Aggression in Vietnam, gegen das Bonner Streben nach Atomwaffen und nach Revision der Grenzen sowie das Eintreten dieser Pfarrer und anderer christlicher Persönlichkeiten für die Anerkennung der DDR, für normale Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und für die Festigung der europäischen Sicherheit machen das deutlich. Die Feststellung dieser Pfarrer, daß die Unterstützung und Rechtfertigung der gegenwärtigen Bonner Politik ein Verrat am Evangelium ist, ist eine klare und deutliche Distanzierung sowohl von der Politik des Mißbrauchs des Christentums durch die CDU/CSU als auch von der Haltung der westdeutschen Militärkirche.

Wir erklären diesen westdeutschen Christen auch von dieser Stelle, daß ihre Aufgaben und ihre Perspektive darin bestehen, gemeinsam mit allen demokratischen Kräften, mit den Gewerkschaften und der Intelligenz eine Veränderung in der Bonner Politik zu erzwingen, die zur Respektierung der Realitäten, zur Anerkennung der DDR und damit zur Schaffung der Voraussetzungen für normale Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten beiträgt.

Dieses Zusammengehen, diese Gemeinsamkeit aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik, für die das vertrauensvolle Miteinander von Christen und Marxisten in der DDR ein Modell sein könnte, ist für die Menschen guten Willens in Westdeutschland der einzige Weg, um eine Abkehr von der gegenwärtigen friedensbedrohenden Politik der Kiesinger/Strauß-Regierung zu erreichen. Diese Aufgabe kann nur und muß durch die westdeutschen Bürger selbst gelöst werden. Für die Christen ergibt sich die Verpflichtung, an dieser Entwicklung mitzuwirken, von ihrem Glauben her und aus der Geschichte unseres Volkes.

Die Hilfe, die wir ihnen dazu geben können, besteht in der schöpferischen Arbeit für die Vollendung unserer humanistischen Menschengemeinschaft, für die weitere allseitige politische, ökonomische, kulturelle und militärische Stärkung unserer Republik. Dieses Beispiel zeigt auch den westdeutschen friedliebenden Bürgern den Weg in die Zukunft.

Das Gesetz über die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik ist ein wichtiger Bestandteil unseres sozialistischen Rechtssystems. Im Gegensatz zu westdeutschen Gesetzen, die juristische Aggressionsakte darstellen, stimmt es mit den Prinzipien des Völkerrechts überein. Unsere Zustimmung zu diesem Gesetz verbinden wir mit der Verpflichtung, nach besten Kräften zur weiteren Festigung der sozialistischen Gemeinschaft unserer Bürger in allen Städten und Dörfern beizutragen.

Beide Äußerungen mußten auf kirchlicher Seite alarmierend wirken, zumal die 1. Tagung der neugebildeten Synode der EKD mit der fälligen Neuwahl des Rates der EKD kurz bevorstand (s. hierzu unten S. 256). Als Beispiel kirchlicher

Außerungen geben wir nachstehend ein Schreiben des anhaltischen Kirchenpräsidenten Dr. Müller an Gerald Götting wieder, auf das dieser unmittelbar antwortete. Ein ähnliches Schreiben richtete Dr. Müller auch an Dr. Toeplitz.

Kirchenpräsident Dr. Müller

Dessau, den 4. März 1967

Herrn Gerald Götting  
Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands  
108 Berlin

*Sehr geehrter Herr Götting!*

Sie haben auf der Jenaer Tagung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU am 10. Februar 1967 u. a. auch zu Fragen der Evangelischen Kirche in Deutschland gesprochen. Sie gestatten, daß ich Ihnen zu Ihrem Schlußwort meine persönliche Auffassung mitteile.

Ich bin darüber erstaunt, daß Sie von einer „evangelischen Kirche Westdeutschlands“ reden, die mit „der freien und unabhängigen evangelischen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik“ nicht in einem Atemzug genannt werden könne. Augenscheinlich haben Sie damit die neue kirchenpolitische Konzeption der CDU vorgebracht. Ich kann Sie daraufhin nur fragen: Wo gibt es diese von Ihnen konstruierten beiden Kircheninstitutionen in der Bundesrepublik und in der Deutschen Demokratischen Republik? Sie existieren nicht, höchstens in Ihrem Wunschbild bzw. in der Vorstellung der CDU. Können Sie mir eine einzige Gliedkirche nennen, die sich zu einer „freien und unabhängigen evangelischen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik“ bekennt? Sie gehören aber alle auf Grund ihrer Verfassungen und Grundordnungen als Gliedkirchen in der Deutschen Demokratischen Republik ebenso wie die Gliedkirchen in der Bundesrepublik zugleich der Evangelischen Kirche in Deutschland an. Meinen Sie, daran ohne jede Fühlungnahme mit den Kirchen als CDU etwas ändern zu können?

Sie sagen, die Evangelische Kirche in Deutschland habe mit dem Wehrmachtseelsorgevertrag von 1957 ihre Einheit selbst zerstört. Das ist nicht wahr. In dem von Ihnen angeführten Kommuniqué vom 21. 7. 1958 nimmt ein Absatz zum Wehrmachtseelsorgevertrag Stellung. Die Erklärung der kirchlichen Vertreter, „daß die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik an diesen Vertrag nicht gebunden sind und daß der Militärseelsorgevertrag für die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und für deren Geistliche keine Gültigkeit hat“, ist in das Kommuniqué mit hineingearbeitet worden, ohne daß die rechtliche Zugehörigkeit dieser Gliedkirchen zur Evangelischen Kirche in Deutschland damit in Frage gestellt worden wäre. Die mehr als hundertjährige Geschichte des allmählichen Zusammenwachsens einer gesamtkirchlichen deutschen Institution beweist, daß ihre Einheit – abgesehen von inneren Schwierigkeiten, die sich aus ihrer konfessionellen Gliederung ergaben – immer vor allem vom Staat her bedroht gewesen ist: erst durch das landesherrliche Kirchenregiment im 19. Jahrhundert, dann durch den NS-Staat mit seiner „Nationalkirche“. Jetzt droht sie wieder ein Opfer der politischen Gegensätze zwischen Ost und West zu werden. Im Zeitalter der Ökumene wird es aber nicht möglich sein, eine in einer schweren gemeinsamen Geschichte zusammengewachsene protestantische Christenheit in Deutschland wieder einmal durch politische Gewalt zu trennen. Ich brauche nur auf die römisch-katholische Kirche, aber auch auf die russisch-orthodoxe Kirche des Patriarchats Moskau mit seinen verschiedenen Exarchaten hinzuweisen, um deutlich zu machen, daß die christliche Kirche eine internationale Größe geworden ist, die nicht von jeweiligen Staatsgrenzen abhängig gemacht werden kann. Das gilt auch für die Evangelische Kirche.

Mit ausgezeichnetster Hochachtung

Dr. Müller

Gerald Götting  
Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der  
Deutschen Demokratischen Republik  
Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Union  
Deutschlands

108 Berlin, den 13. 3. 1967

Herrn Kirchenpräsident Dr. Martin Müller  
45 Dessau

*Sehr geehrter Herr Kirchenpräsident!*

Ihren Brief vom 4. März habe ich erhalten. Ich bin mit Ihnen völlig einer Meinung, daß die in Ihrem Brief angeschnittenen Fragen in einem sachlichen Gespräch miteinander erörtert werden sollten. Nach meiner Rückkehr aus der Schweiz Anfang April würde ich eine solche Begegnung mit Ihnen und anderen kirchlichen Persönlichkeiten sehr begrüßen.

Lassen Sie mich aber jetzt noch in aller Kürze feststellen, daß ich in Jena einen keineswegs neuen Tatbestand charakterisiert habe. Es sind nunmehr zehn Jahre vergangen, daß die evangelischen Kirchen in Westdeutschland durch den Militärseelsorgevertrag vertragliche Bindungen mit der Bundesregierung und der in der NATO integrierten westdeutschen Armee haben. Unsere evangelischen Kirchen in der DDR sind unabhängig und frei von jeder Bindung an den Bonner Staat, an die NATO und die Politik der Alleinvertretungsanmaßung durch Bonn. Ich bin sicher, daß Sie wie ich dankbar sind, daß unsere evangelischen Kirchen seit dem historischen Kommuniqué vom Juli 1958 diese Unabhängigkeit haben und sich von der Militärkirche in Bonn nicht in ihre Angelegenheit hineinreden lassen.

Wenn Sie in Ihrem Brief die geschichtliche Entwicklung der evangelischen Kirchen im alten Deutschland erwähnen, dann wissen wir, daß es bei dem Kampf gegen das NS-Regime nicht um die Einheit der Kirchen im Sinne des Reichsbischofs und der Pläne der Naziregierung ging, sondern um die Unabhängigkeit der evangelischen Kirchen von diesem Mißbrauch. Die neonazistische Entwicklung in Westdeutschland, die Alleinvertretungsanmaßung der Bonner Regierung, die einer ständigen Kriegserklärung an die DDR gleichkommt, und die Nichtanerkennung der Grenzen in Europa erinnern in fataler Weise an die Kontinuität deutscher imperialistischer Politik in Westdeutschland. Damit wollen die evangelischen Bürger unserer Republik nichts zu tun haben. Was die Kirchengrenzen und Staatsgrenzen anbetrifft, so gehen wir sicher von dem Prinzip aus, daß es für uns unzumutbar ist, daß außerhalb unserer Republik wohnende Persönlichkeiten oder Gremien in irgendeiner Form Weisungsbefugnisse gegenüber Bürgern der DDR ausüben. Das ist mit unseren Gesetzen unvereinbar. Ich habe auch noch nicht gehört, daß eine evangelische Landeskirche in der DDR z. B. die Grenzen Österreichs nicht anerkennt und dort ein Mitspracherecht erhebt.

Herr Präsident, ich bin sicher, daß wir ein interessantes Gespräch haben werden. Gerade in der Freiheit unserer evangelischen Kirchen liegt m. E. ihre große Wirkungsmöglichkeit als Kirchen in unserem sozialistischen Staat. Von daher werden wir auch die vielen ökumenischen Beziehungen zu Kirchen in anderen Staaten entwickeln und fruchtbar machen.

Mit allen guten Wünschen und Grüßen bin ich mit vorzüglicher Hochachtung  
Ihr Gerald Götting

Die von Götting und Toeplitz vertretene Kirchenpolitik fand auch Unterstützung aus kirchlichen und theologischen Kreisen. Am 29. März 1967 folgten 145 evangelische Geistliche und Universitätstheologen aus allen Bezirken der DDR der Einladung der Arbeitsgruppe Christliche Kreise beim Nationalrat

der Nationalen Front zu einer Beratung über das Thema „Verantwortungsbewußte Kirchenpolitik heute“. Unter den dabei gehaltenen Referaten ist das von Prof. Dr. Gerhard Bassarak besonders hervorzuheben, in dem der EKD als einer kirchlichen Gemeinschaft zwischen Ost und West das Recht zur Fortexistenz bestritten wurde. Die Argumente berührten sich mit denen Prof. Dr. Hanfried Müllers, auf dessen vorjährige Ausführungen hier verwiesen sei (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1966, S. 300 ff.). Die Versammlung nahm bei 5 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen folgende Erklärung an (Flugschrift der genannten Arbeitsgruppe „Verantwortungsbewußte Kirchenpolitik heute“, S. 6 f.):

„Suchet der Stadt Bestes!“ Dieses biblische Wort versuchen wir Christen in der Deutschen Demokratischen Republik bereits seit vielen Jahren zu befolgen. In Zusammenarbeit mit vielen Bürgern der DDR haben wir gelernt, was für uns alle das Beste ist: die Erhaltung und Sicherung des Friedens und der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Unsere Parteinahme für diese Zielsetzung hat dazu geführt, daß der erste sozialistische Friedensstaat in der deutschen Geschichte für uns zur Heimat geworden ist. Als verantwortungsbereite Staatsbürger wissen wir uns in ihm zu Hause. Als Glieder unserer Kirchen sind wir hier, in unserer DDR, zu Zeugnis und Dienst gerufen.

„Suchet der Stadt Bestes!“ Dieser prophetische Ruf verbindet uns zugleich mit Christen in aller Welt, die der Menschheit Bestes wollen: Eine Welt ohne Krieg und Hunger, eine Welt, in der soziale Gerechtigkeit verwirklicht wird. Ökumenisches Engagement für den Frieden und den gesellschaftlichen Fortschritt der Menschheit erfordert Teilnahme am Kampf gegen die Mächte des Imperialismus, die – wie in Südostasien, Lateinamerika und Afrika – die notwendige revolutionäre Neugestaltung in dieser Welt aufzuhalten versuchen.

„Suchet der Stadt Bestes!“ Unter diesem Wort wissen wir uns solidarisch mit dem Kampf, den unsere Brüder in Westdeutschland in Aktionsgemeinschaft mit allen anderen Friedenskräften gegen die Alleinvertretungsanmaßung, gegen das Streben nach Atomwaffen, gegen den Grenzrevisionismus und gegen die Pläne einer Notstandsdictatur der Bonner Regierung führen. In dieser Gemeinschaft der Friedwilligen und Vernünftigen stehen, wie der Ostermarsch 1967 erneut bewies, zahlreiche Gemeindepfarrer und Universitäts-theologen, aber nur sehr wenige leitende Kirchenmänner. Kirchliche Leitungsgremien stehen weithin in beredtem Schweigen oder offener Parteinahme auf seiten der Bonner Regierung, an die sie sich vor nunmehr zehn Jahren durch den Abschluß des Militärseelsorgevertrages gebunden haben. Ihre Schuld ist es, daß die Selbstbezeichnung der von ihnen repräsentierten „Evangelischen Kirche in Deutschland“ seit langem ein Anachronismus und darum unhaltbar geworden ist. Durch ihre vertragliche Verflechtung mit dem Bonner Staat und durch die Sanktionierung seiner friedensgefährdenden Politik hat die „EKD“ ihre institutionelle Einheit selbst zerstört. Ihr Rat und ihre Synode sind nicht einmal mehr in der Lage, die evangelische Kirche in Westdeutschland gültig zu vertreten. Das, was sie seit Jahren beschließen und erklären, ist nicht repräsentativ für die Haltung der zahlreichen Friedenskräfte innerhalb des westdeutschen Protestantismus. Um so weniger haben Rat und Synode der „EKD“ das Recht, für die freien und unabhängigen Kirchen in unserer souveränen Deutschen Demokratischen Republik zu sprechen. Unsere Synoden und Kirchenleitungen müssen ihre Arbeit ohne Bevormundung durch westdeutsche und Westberliner kirchliche Dienststellen tun können.

In aller Deutlichkeit sei darum gesagt: Wir Christen in der DDR identifizieren uns mit der Friedenspolitik unseres Staates, wir solidarisieren uns mit den Friedenskräften innerhalb der Ökumene wie auch innerhalb des westdeutschen Protestantismus. Mit der



Bindung der westdeutschen „EKD“-Führung an die Politik der Kiesinger/Strauß-Regierung aber haben wir nichts gemein.

Diese Absage an die „EKD“ verbinden wir mit einer Zusage: Wir werden nicht müde werden, im Sinne der Neujahrsbotschaft unseres Staatsratsvorsitzenden wie auch seiner Gespräche mit dem amtsältesten evangelischen Bischof in der DDR, D. Dr. Mitzenheim, für ein friedliches Neben- und Miteinanderleben der beiden deutschen Staaten einzutreten. Es bleibt gültig: Nur wenn sich die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten normalisieren, kann es auch zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den Kirchen in beiden deutschen Staaten kommen.

Die Voraussetzung für beides ist eine grundsätzliche Neuorientierung der westdeutschen Politik, insbesondere der Verzicht auf die völkerrechtswidrige Alleinvertretungsmaßnahme. Wir appellieren an unsere westdeutschen Brüder: Werdet auch Ihr nicht müde, für solch eine Wende in Eurem Staate zu wirken! Das Beste, was wir für eine erneuerte Gemeinschaft zwischen unseren Kirchen tun können, ist, daß wir gemeinsam das herbeizuführen suchen, was für die beiden deutschen Staaten das Beste wäre: ein friedliches Neben- und Miteinanderleben!

### *b) Reformations-Jubiläum 1967*

Auf die Vorbereitungen für das Reformationsjubiläum 1967 anlässlich der 450. Wiederkehr des Jahrestages des Thesenanschlages Martin Luthers wurde bereits im Vorjahr an dieser Stelle ausführlich hingewiesen (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1966, S. 234 ff.). Die DDR beging in diesem Jahre gleich eine Serie von Jubiläumsfeiern, da neben das Reformationsereignis noch das Gedenken an 900 Jahre Wartburg, an 150 Jahre Burschenschaft und an 50 Jahre Große Oktober-Revolution trat. Es lag für den Staat der DDR und die ihn tragenden weltanschaulichen und kulturellen Kräfte nahe, das seit einiger Zeit immer stärker herausgearbeitete Geschichtsbild, wonach alle positiven Traditionen der deutschen Geschichte in der DDR ihre eigentliche Erfüllung finden, in diesem Jahr der Jubiläen besonders breit zu entfalten. So ergab sich das ganze Jahr hindurch eine Serie von festlichen Veranstaltungen, die ihren Höhepunkt in der Festwoche des Reformationsjubiläums Ende Oktober und den zentralen Veranstaltungen sowohl kirchlicher wie staatlicher Art am 31. Oktober in Wittenberg fanden. Auch die Kirchen schalteten sich in diese Feiern ein:

#### WARTBURG-FEIERN DER THÜRINGISCHEN LANDESKIRCHE IN EISENACH

Festtage der thüringischen lutherischen Landeskirche fanden aus Anlaß des 900jährigen Jubiläums der Wartburg vom 4. bis 7. Mai in Eisenach statt. Im Mittelpunkt der Feiern stand das Gedenken an Luthers Wartburg-Aufenthalt und seine Übersetzung des Neuen Testaments im Jahre 1521. Der Bedeutung des Wartburg-Aufenthaltes Martin Luthers für die Frühzeit der Reformation und die Gegenwart war eine wissenschaftliche Arbeitstagung gewidmet, zu der die thüringische Kirche zusammen mit der Theologischen Fakultät der Universität Jena eingeladen hatte.

Die Festtage waren am Himmelfahrtstag im Hof der Burg mit einem Gottesdienst eröffnet worden, in dem Landesbischof D. Moritz Mitzenheim predigte. Vor einer Gemeinde von über 2000 Gläubigen sagte er u. a.: „Für unsere Kirche kann es nur eine Leidenschaft geben: die Wahrheit des Evangeliums zu bezeugen und seine heilende Kraft in unsere Umwelt hineinzutragen.“

Zu den kirchlichen Wartburg-Feiern waren auch Repräsentanten der Ökumene, vornehmlich aus Osteuropa, als Gäste erschienen. Sie und die Vertreter des Staates, unter ihnen Staatssekretär Hans Seigewasser, nahmen an einem Festakt im Palas der Wartburg teil. Bei einem vorangegangenen Essen im Wartburg-Restaurant grüßte der pfälzische Kirchenpräsident D. Theodor Schaller (Speyer) namens der Gäste aus westeuropäischen Kirchen, die „mit größter Dankbarkeit zur Wartburg als zu einer Quelle unseres Glaubens“ blickten. Für die Gäste aus Osteuropa sprach der ungarische lutherische Bischof D. Lajos Vetö. Er erklärte: „Wir sind nicht nur im Glauben verbunden. Uns eint auch die Friedenspolitik unserer Staaten.“ An Stelle des schwererkrankten niederländischen Theologen Prof. Dr. Kooiman hielt der Leipziger Kirchenhistoriker Prof. D. Franz Lau das zentrale Referat beim Festakt über „Luther, Deutschland und die Welt“.

(epd B Nr. 19 vom 11. Mai 1967)

Schon sehr früh stellte sich in den Vorbereitungen zum Reformations-Jubiläum heraus, daß man seitens des Staates, des Zentralkomitees der SED und der CDU entschlossen war, die Feiern nach innen und außen in den Dienst gesellschaftspolitischer, politischer und aktueller kirchenpolitischer Ziele zu stellen. Dabei war ein gewisses Schwanken und auch ein Wechsel in den Auffassungen unverkennbar. So rückte man im Zusammenhang der politischen und kirchenpolitischen Entwicklung von der zunächst in Aussicht gestellten Großzügigkeit, mit der man Teilnehmer an den Festveranstaltungen aus der Bundesrepublik und aus der Weltchristenheit zulassen wollte, nach und nach wieder ab. Es kam in der Schlußphase zu einem kleinlichen Feilschen um einzelne Reisegenehmigungen und um die Bewegungsfreiheit der Gäste während der Festwoche. Aus der Bundesrepublik und Berlin (West) gab es schließlich statt der Hunderte von Anträgen nur 39 Einreisegenehmigungen. Aus der Ökumene (West) waren von den 303 eingeladenen Gästen schließlich nur 170 Teilnehmer.

Die Organe der EKD haben sich in der Vorbereitung und Durchführung der Feiern von vornherein größte Zurückhaltung auferlegt, die nicht immer verstanden, vielmehr oft in Verkennung der Situation getadelt wurde. Wollte die EKD auch hier ihre Ost-West-Gemeinschaft bewahren, dann mußte sie den Kirchen in der DDR die Ausrichtung der zentralen Veranstaltungen an den dort gelegenen Stätten der Reformation überlassen und auf eigene Ersatzveranstaltungen verzichten. Dann aber mußte auch ein Mindestmaß an Bedingungen der Situation in der DDR in Kauf genommen werden. Auch so war die Durchführung der kirchlichen Feiern in Wittenberg bis zuletzt unsicher, zumal die Regierung der DDR die Einreise westdeutscher Teilnehmer noch im letzten Augenblick mit einer politischen Bedingung zu verbinden schien. Diese erhielten folgendes Schreiben:

Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik  
Ministerium des Innern  
Sekretariat des Ministers – Der Leiter –

Berlin, den 28. August 1967

EINREISE IN DIE DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK ZUR TEILNAHME  
AN DEN VERANSTALTUNGEN ANLÄSSLICH DES 450. JAHRESTAGES DER REFORMATION

Ich bin beauftragt, Ihnen eine Verfügung des Ministers des Innern zur Kenntnis zu bringen, wonach Anträge auf Einreise aus der Westdeutschen Bundesrepublik zur Teil-

nahme an den bevorstehenden Veranstaltungen zum 450. Jahrestag der Reformation in der Deutschen Demokratischen Republik individuell bei dem hierfür zuständigen Rat des Kreises Wittenberg zu stellen sind.

Gleichzeitig wurde verfügt, daß nur solche kirchlichen Persönlichkeiten als Gäste zu den Reformationsfeiern die Genehmigung zur Einreise in die Deutsche Demokratische Republik erhalten, die für normale Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten durch gleichberechtigte Verhandlungen eintreten und die Alleinvertretungsanmaßung der Bonner Regierung nicht billigen, denn die Alleinvertretungsanmaßung ist gegen den Frieden gerichtet und dient der Vertiefung der Spaltung Deutschlands.

Der Minister des Innern sah sich zu dieser Maßnahme veranlaßt, weil die in letzter Zeit verstärkte reaktionäre Kampagne gewisser Kreise der Westdeutschen Bundesrepublik darauf schließen läßt, daß die Veranstaltungen zum 450. Jahrestag der Reformation gegen die Sicherung des Friedens in Europa mißbraucht werden sollen.

Unterschrift

Nach eingehenden Beratungen veröffentlichte der Vorbereitende Ausschuß für die zentralen kirchlichen Veranstaltungen anläßlich des 450. Jahrestages der Reformation am 4. September 1967 folgende Presseerklärung:

Unter dem Vorsitz der Bischöfe D. Jänicke und D. Noth hat der Vorbereitende Ausschuß für die zentralen kirchlichen Veranstaltungen anläßlich des 450. Jahrestages der Reformation am 4. September 1967 in Berlin getagt.

Er empfing Bericht von der staatlicherseits mitgeteilten Entscheidung über die von der Kirche eingereichte Liste der Gäste aus der Bundesrepublik und der Ökumene. Danach können nicht alle von der Kirche eingeladenen auswärtigen Gäste mit einer Einreisegenehmigung rechnen. Die Verantwortung dafür liegt allein bei den zuständigen staatlichen Stellen.

Angesichts der angekündigten Einschränkungen, deren Umfang noch offen ist, hat der Ausschuß vor der Frage gestanden, ob er die für Wittenberg geplanten Veranstaltungen noch als die zentralen Veranstaltungen für die evangelische Christenheit in Deutschland und in der Welt durchführen kann. Nach reiflicher Überlegung hat er diese Frage bejaht. Die zentralen Veranstaltungen – Gemeindetage, ökumenischer Tag, Gottesdienste, theologische Studientagung – sollen im ökumenischen Rahmen stattfinden.

Inhalt dieser Veranstaltungen ist die aktuelle Auslegung des Evangeliums, das Martin Luther in die Worte gefaßt hat: „Christus meine Gerechtigkeit.“ Dieses zentrale Verständnis verbietet falsche Inanspruchnahme und politischen Mißbrauch der Reformation und ihrer Botschaft.

Der Ausschuß heißt alle Gäste, die seiner Einladung folgen können, herzlich willkommen.

Nur auf dieser Basis der Abwehr politischer Mißdeutungen konnte den westdeutschen Teilnehmern die Reise nach Wittenberg zugemutet werden.

Die große Bedeutung, die seitens des Staates den Reformationsfeiern zugemessen wurden, wird an dem umfassenden Referat deutlich, das der Stellvertretende Staatsratsvorsitzende Gerald Götting bei dem staatlicherseits ausgerichteten Festakt am 31. Oktober 1967 in der Lutherstadt Wittenberg hielt. In diesem Referat, hinter dem die Mitarbeit von ausgewiesenen Wissenschaftlern stehen dürfte, tritt die auf die Gegenwart bezogene Programmatik stark hervor. Seiner auf jeden Fall großen Bedeutung wegen geben wir es hier im vollen Wortlaut wieder.

*Die Rede des Stellvertreters des Vorsitzenden des Staatsrates  
Gerald Götting auf dem Festakt in Wittenberg  
(„Neue Zeit“ Nr. 255 vom 1. November 1967)*

Heute vor 450 Jahren, am 31. Oktober 1517, heftete – der geschichtlichen Überlieferung zufolge – der Augustinerpater und Theologieprofessor Martin Luther seine 95 Thesen gegen den Mißbrauch des Ablasswesens an die Tür der Schloßkirche in dieser Stadt. „Menschenlehre predigen die, welche sagen, daß, sobald der Groschen im Kasten klinge, die Seele aus dem Fegefeuer aufahre“, hieß es darin. Und weiter: „Man lehre die Christen, daß, wer dem Armen gibt oder dem Bedürftigen leiht, besser tut, als wenn er Ablass lösen wollte.“ Was in solchen Sätzen ausgesprochen wurde, war der Zweifel an der dogmatischen Zulässigkeit der damaligen Ablasspraxis der Papstkirche. Mit dem Anschlag dieser Thesen aber nahmen Ereignisse ihren Anfang, die binnen weniger Monate ganz Deutschland und schließlich halb Europa erfaßten.

*Erste große Erhebung gegen den Feudalismus*

Was als Aufforderung zu einer theologischen Disputation gedacht war, wurde zu einer grundlegenden Erschütterung der aus dem Mittelalter überkommenen Verhältnisse insgesamt. Was als innerkirchlicher Vorgang begann, schlug um in einen gesellschaftlichen Prozeß von nationalem Ausmaß und tiefem sozialem Inhalt. Was Luther selbst in jenen Tagen nicht voraussehen konnte, trat infolge der damaligen gesellschaftlichen Zeitumstände mit historischer Folgerichtigkeit ein: Aus einer Teilkritik an einzelnen Lebensäußerungen der seinerzeitigen Kirche wurde eine „Reformation an Haupt und Gliedern“, mit der die mittelalterliche Universalität der römischen Kirche, ihre geistliche und weltliche Vormachtstellung in Deutschland und in zahlreichen anderen Ländern Europas, ihre Rolle als geistiges und weithin auch materielles Rückgrat der feudalen Besitz- und Herrschaftsverhältnisse überwunden wurde. Mehr noch: Hatte Luther lediglich den Anstoß zu einem gelehrten Meinungsstreit geben wollen, so wuchs die geschichtliche Bewegung rasch darüber hinaus und wurde zur ersten großen Erhebung gegen den Feudalismus in Deutschland, ja zum Auftakt für alle folgenden frühen Revolutionen des europäischen Bürgertums. So betrachtet, gehören in historischer Sicht das reformatorische Wirken Martin Luthers und das von ihm – nicht einmal wissenschaftlich oder willentlich – ausgelöste revolutionäre Handeln der Volksmassen unauflöslich zusammen.

*Heimstatt aller progressiven Überlieferungen*

Die Reformation und die in ihrem Gefolge hervorgerufene Entwicklung reihen sich ein in die großen humanistischen Traditionen unserer nationalen Vergangenheit, ja der Menschheitsgeschichte. Sie zu würdigen ist in unserer Republik eine Angelegenheit aller Bürger, eine Aufgabe aller demokratischen Kräfte, eine Sache des ganzen Volkes. Wir stehen in der Deutschen Demokratischen Republik bewußt in der historischen Kontinuität des fortschrittlichen Erbes. Der deutsche Volks- und Friedensstaat ist es, der dieses Vermächtnis unserer Geschichte hütet und bewahrt, repräsentiert und in der gesellschaftlichen Praxis verwirklicht. Durch die Bildung eines zentralen Komitees für die Jubiläumsveranstaltungen dieses Jahres hat die Deutsche Demokratische Republik einmal mehr bekundet, daß sie allen progressiven Überlieferungen aus der deutschen Vergangenheit eine bleibende Heimstatt gewährt und sie in die Zukunft unserer Nation einbezieht.

Wir in der Deutschen Demokratischen Republik haben ein gutes Recht, die 450jährige Wiederkehr der Reformation zu feiern. Das hat seine Ursache nicht etwa nur darin,



daß die wichtigsten historischen Stätten des Reformationsgeschehens auf dem Boden unseres Staates liegen. Zu diesem Reformationsgedenken im Sinne eines nationalen Jubiläums wissen wir uns vielmehr berechtigt und verpflichtet, weil die Reformation als entscheidendes Ereignis eines wichtigen Abschnitts deutscher Geschichte in den großen gesellschaftlichen Prozeß des Werdens unserer Nation eingebettet ist, weil sie ein sichtbares Zeichen für den damals sich vollziehenden Anbruch einer neuen Epoche in Deutschland und in Europa war. Zu diesem nationalen Gedenken wissen wir uns bevollmächtigt, weil wir in *unserem* deutschen Staat die in der Vergangenheit ungelösten Probleme unseres Volkes in echter Weise bewältigt, weil wir die Lehren der Geschichte verwirklicht, die gesellschaftlichen Wurzeln alten Unheils beseitigt und uns – anknüpfend an alles, was gut und vorwärtsweisend in unserer Vergangenheit war – den Aufgaben der Gegenwart zugewandt haben. Zu diesem Jubiläum wissen wir uns in der ganzen gesellschaftlichen Breite aller demokratischen Volkskräfte legitimiert, weil unser Staat den gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen unserer Epoche folgt und weil er seinen obersten Auftrag darin erblickt, gemeinsam mit den friedliebenden westdeutschen Bürgern alles dafür zu tun, daß nie wieder ein Krieg von Deutschland seinen Ausgang nimmt.

Jeder Generation ist immer wieder neu aufgetragen, die Vergangenheit zu durchdenken, geschichtliche Erkenntnisse zu verarbeiten und die Lehren, die daraus zu ziehen sind, in ihren eigenen Entscheidungen zu beherzigen. Um wieviel mehr gilt das für *unsere* Generation, die zwei vom Imperialismus verschuldete Weltkriege und die faschistische Terrorherrschaft erlebt hat, für *unseren* Staat, der alle Kraft auf die Sicherung des Friedens und auf die Entwicklung einer neuen, der sozialistischen Ordnung richtet! Von den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen her, die wir heute in unserer Republik erreicht haben, gewinnen wir in vielem eine neue Sicht auf die Geschehnisse der Vergangenheit. Wir haben die Freiheit gewonnen, diese Ereignisse in ihrem inneren Zusammenhang, im Wechselspiel aller ihrer ökonomischen und politischen, kulturellen und auch kirchlichen Ursachen und Folgeerscheinungen zu betrachten. Auf diese Weise haben wir sie als unverlierbaren Bestandteil unserer Geschichte in Besitz genommen und sie uns dadurch auf neue Weise vergegenwärtigt.

### *Reaktion mißbrauchte die Reformationsideen*

So sind wir auch imstande, den allgemeingültigen humanistischen Gehalt der Reformationsbewegung herauszuarbeiten. Uns ist der Zugang zum Verständnis für die geschichtliche Bedeutung der Reformation nicht mehr verstellt durch den Zwang, auf reaktionäre und militante Interessen von Herrscherhäusern oder Unternehmerverbänden Rücksicht nehmen zu müssen. Wie oft sind Veranstaltungen zum Gedenken Luthers und der Reformation früher von der staatlichen wie von der kirchlichen Reaktion dazu benutzt worden, deutschnationale Überheblichkeit zu sanktionieren oder die Gegensätze zur revolutionären Arbeiterbewegung zu schüren!

Das „Lutherjahr“ 1883 beispielsweise mußte dazu dienen, Bismarcks Sozialistengesetz zu rechtfertigen. In diesem Sinne schrieb damals der Berliner protestantische Oberhof- und Domprediger Adolf Stoecker in der „Illustrierten Luther-Festzeitung“ von „unserem Luther, der aller weltlichen Obrigkeit das göttliche Recht und jeder irdischen Ordnung ihre biblische Grundlage wiedererobert hat“. Der Kerngedanke dieses Artikels, veröffentlicht unter dem bezeichnenden Titel „Luther und die soziale Frage“, fand Ausdruck in Stoeckers Appell: „Wir wollen – die Schrift in der Hand, ganz allein die Schrift – in den Kampf gegen den sozialen Umsturz ziehen ...“ Damit sprach Stoecker jene Geisteshaltung klar aus, die damals bekanntlich in den leitenden Kreisen der protestantischen Kirchen vorherrschte: in völligem Gleichklang mit der reaktionären Wilhelminisch-Bismarckschen Staatspolitik gegen jede fortschrittliche Bewegung Front

zu machen und vor allem gegen die marxistische deutsche Arbeiterbewegung zu Felde zu ziehen.

Einen Gipfelpunkt erreichte die nationalistische Verfälschung Luthers im Jahre des Reformationsgedenkens 1917. In einer allgemeinen Stimmung des Hurratriotismus wurden damals, im Trommelfeuer des ersten Weltkrieges, von der deutschen Reaktion die Ideen der Reformationszeit zur Verherrlichung des „deutschen Wesens“ und der „deutschen Sendung“ chauvinistisch mißbraucht.

### *Erschütternde Zeugnisse der Verzerrung*

Von solcher kirchlichen Hilfeleistung für den Imperialismus führte – historisch gesehen – dann eine gerade Linie zu den unglaublichen Versuchen, im „Lutherjahr“ 1933 das protestantische Bekenntnis mit der faschistischen Ideologie „gleichzuschalten“. Wiederum ergab das Zusammengehen staatlicher und kirchlicher Reaktion sich aus gemeinsamer nationalistischer und antikommunistischer Gesinnung. D. Lohmann, der damalige Generalsuperintendent der Kirchenprovinz Sachsen, machte sich seinerzeit zum Sprecher dieser Tendenzen, als er im Blick auf die „Machtübernahme“ der Nazi-partei und ihrer Hintermänner behauptete, „das deutsche Volk“ hätte „seinen Luther verlieren müssen, wenn die hereinbrechenden Wogen des Bolschewismus und der organisierten Gottlosigkeit sich hemmungslos über unser Land hätten ergießen können“. In diesem Sinne konnte dann wenige Tage nach Luthers 450. Geburtstag, am 17. November 1933, die Evangelisch-Lutherische Landessynode in Sachsen die berühmte Parole herausgeben, die zu einem Losungswort der „Deutschen Christen“ werden sollte: „Mit Luther und Hitler für Glaube und Volkstum!“

Solche erschütternden geschichtlichen Zeugnisse für die Verzerrung und politische Mißdeutung der reformatorischen Tradition für übelste reaktionäre Zwecke habe ich in Erinnerung gerufen, damit jeder versteht, wie froh wir darüber sind, daß wir uns hier auf dem Boden eines Staates zusammenfinden können, der mit allem Mißbrauch christlichen Glaubens und geschichtlicher Überlieferung wie überhaupt mit allem, was rückschrittlich und verderblich an der Vergangenheit war, zu seinem Teil ein für allemal Schluß gemacht hat.

### *Jubiläumsfeiern in der DDR in neuem Geiste*

Erstmal in Deutschland können wir hier ein Reformationsjubiläum im Zeichen des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts begehen. Von dem Willen unserer Republik, die Verständigung zwischen den deutschen Staaten und damit zugleich die Sache der europäischen Sicherheit zu fördern, zeugen die Vorschläge, die jüngst wieder die Regierung der DDR dem westdeutschen Bundeskanzler unterbreitet hat, um den Weg zu einem friedlichen Nebeneinander- und Zusammenleben mit der Bundesrepublik zu öffnen.

Die Jubiläumsveranstaltungen, die in diesem Jahr in unserer Republik stattfinden, sind Ausdruck der großen politisch-moralischen Einheit unseres Volkes. Die sozialistische Menschengemeinschaft umschließt die Bürger aller humanistischen Auffassungen.

An ihrer Spitze kämpft die Arbeiterklasse, die sich seit Anbeginn in Deutschland berufen weiß, das Vermächtnis aller humanistischen Persönlichkeiten und aller fortschrittlichen Bewegungen der Vergangenheit zu pflegen, weiterzuentwickeln und in die Tat umzusetzen. In unserer Republik erfüllt die Arbeiterklasse erfolgreich ihre historische Aufgabe, das soziale und geistige Antlitz unserer Nation neu zu prägen, und verbündet sich dabei mit allen anderen demokratischen Kräften.

Die christlichen Bürger nehmen in ihrer großen Mehrheit aktiv und verantwortungsbewußt teil an der Gestaltung der sozialistischen Ordnung und an der Durchsetzung

der Friedenspolitik unseres Staates, weil bei uns – erstmalig in der Geschichte unseres Volkes – ihr Streben nach Frieden und sozialer Gerechtigkeit übereinstimmt mit Wesen und Ziel der gesamten Gesellschaft.

Schon vor einem Jahr, am 28. Oktober 1966, haben wir in einer Sitzung des Komitees der DDR für die zentralen Veranstaltungen anlässlich des 450. Jahrestages der Reformation hier in Wittenberg einmütig festgestellt, „daß die Verantwortung für den Inhalt der kirchlichen Feiern von den kirchlichen Mitgliedern des Komitees und für die staatlichen Feiern von den Vertretern staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen getragen wird. Alle Mitglieder des Komitees“ – so hieß es weiter in dem vereinbarten Kommuniqué über diese Tagung – „bekannten sich zu einer gemeinsamen Verantwortung, nach besten Kräften dafür zu sorgen, daß alle Reformationsveranstaltungen würdig vorbereitet und durchgeführt werden und dem Frieden, der Verständigung und der Freundschaft zwischen den Völkern dienen.“ In diesen Sätzen kommt klar zum Ausdruck, daß die Eigenverantwortung der Kirchen entsprechend ihrer verfassungsrechtlichen Stellung in unserer Republik respektiert wird, so wie andererseits die humanistische Gemeinsamkeit von Marxisten und Christen, wie sie auch in der Zusammensetzung und Arbeitsweise unseres Komitees sichtbar wurde, zu den tragenden Prinzipien unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens gehört.

Unbestritten ist die bahnbrechende Leistung Luthers für die Reinigung der kirchlichen Lehre und für die Erneuerung des kirchlichen Lebens. Was in diesem Sinne die Reformation für die evangelischen Christen bedeutet, haben namhafte Theologen auf den Veranstaltungen der vergangenen Tage aus ihrer Sicht erörtert. Mir kommt es an dieser Stelle vor allem darauf an, über die Bedeutung Luthers und seines Werkes in der Geschichte unseres Volkes und über die weltweiten Einwirkungen der Reformation auf die gesellschaftliche Entwicklung zu sprechen.

### *Luthers Werk hat viele Aspekte*

Wir sind dankbar für die Darlegungen unseres verehrten Landesbischofs D. Dr. Mitzenheim, der zu dem Wechselverhältnis zwischen der kirchengeschichtlichen und der national-, ja weltgeschichtlichen Bedeutung Luthers und der Reformation kürzlich in einer Festsitzung des Hauptvorstandes der CDU auf der Wartburg ausführte:

„Wenn wir 450 Jahre nach dem Thesenanschlag von Wittenberg im Oktober 1967 Martin Luther und sein Werk bedenken, so werden wir zu unterscheiden haben das, was Martin Luthers Anliegen zu seiner Zeit war, und das, was wir heute im Rückblick auf 450 Jahre Geistesgeschichte als Auswirkung seiner mutigen Bekennterart erkennen müssen ... Martin Luther hat mit der Befreiung von der mittelalterlich-gesetzlichen Bevormundung durch die erstarrte Papstkirche seinerzeit den Christen in die Freiheit entlassen. Daß diese seine Tat revolutionisierende Wirkungen auf allen Gebieten des Lebens nach sich zog, nach sich ziehen mußte, ist deutlich.

Die Gestalt Martin Luthers und sein Werk haben viele Aspekte. Dem Theologen wird immer das Entscheidende Luthers Schriftverständnis und Luthers Glaube an Gottes Gnade in Jesus Christus bleiben. Anderes ist dem Profanhistoriker wichtig, der ihn als einen der Vorläufer moderner Denkformen im politisch-gesellschaftlichen Raum sehen wird. Anderes wird der Philologe in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen stellen, der Martin Luther als den Schöpfer der modernen deutschen Schriftsprache sieht und als Sprachgestalter einprägsamer Bildhaftigkeit bewundert.

### *Um ein wissenschaftlich sauberes Bild*

Gerade wegen der vielfachen Wirkungen, die Luthers Glaubenstat ausgelöst hat, ist es wichtig, daß die Auswirkungen der Reformation von verschiedenster Seite her be-



trachtet und gewürdigt werden. Es geht im Reformationsjahr nicht darum, ein Ereignis der Vergangenheit zu feiern, sondern zu prüfen, welche Impulse von diesem Ereignis ausgingen und welche lebendigen Kräfte von diesem Ereignis noch heute fortwirken. Daß im Reformationsgedenkjahr nicht nur Theologen und Kirchenhistoriker, sondern Politiker und Gesellschaftswissenschaftler, Profanhistoriker und Philologen sich mit Martin Luther, seinem Werk und den Auswirkungen seines Handelns beschäftigen, wird eine Bereicherung für alle werden ... Wenn es um die Würdigung Martin Luthers und seiner Reformation einen echten wissenschaftlichen Meinungsstreit gibt, ist gerade dies eine Bereicherung ... Es gilt, ein wissenschaftlich sauberes, umfassendes Bild von Luther und den Auswirkungen seiner Tat für die Geschichte bis in die Gegenwart hinein zu gewinnen.“

Wir wissen um die subjektiven Beweggründe Martin Luthers und zugleich um die geschichtlichen Wendungen, die von seinem Thesenanschlag objektiv verursacht worden sind. Dem Reformator selbst ging es heute vor 450 Jahren einzig und allein um eine Reform bestimmter Seiten der damaligen kirchlichen Praxis, und zwar im Rahmen der gegebenen Strukturen. Alle darauf folgenden Vorgänge führten mit innerer Gesetzmäßigkeit über Luthers ursprüngliche Intentionen hinaus. Sowenig es in seiner eigenen Absicht lag, eine neue Kirche zu gründen, so entfernt war ihm auch der Gedanke, nun gar die sozialen Verhältnisse revolutionieren zu wollen. Die objektiven Auswirkungen seines individuellen Handelns aber berührten nicht nur Grundfragen des christlichen Glaubens und des kirchlichen Lebens. Historisch betrachtet, wurde die Reformation zum ersten Akt der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland und in einer Reihe anderer europäischer Länder – einer Umwälzung also, der von der Geschichte die Aufgabe gestellt war, die Umgestaltung aller gesellschaftlichen Verhältnisse im Sinne des Frühkapitalismus einzuleiten.

### *Es war eine Zeit des allgemeinen Umbruchs*

Diese ganze Epoche des Übergangs vom Mittelalter zur Neuzeit, in der die Reformation eine so bedeutsame Stellung einnimmt, war eine Zeit stürmischer Entfaltung der Produktivkräfte, eine Zeit voller politischer Gärung und allgemeinen geistigen Umbruchs – „die größte produktive Umwälzung, die die Menschheit bis dahin erlebt hatte“, um mit Friedrich Engels zu sprechen –, „eine Zeit, die Riesen brauchte und Riesen zeugte, Riesen an Denkkraft, Leidenschaft und Charakter, an Vielseitigkeit und Gelehrsamkeit“. Neue wissenschaftliche Entdeckungen und technische Erfindungen hatten einen vorher nicht gekannten Aufschwung der Arbeitsproduktivität im Gefolge. Neuentwickelte maschinelle Vorrichtungen führten zu einer Blüte des Bergbaus und der Eisenerzeugung, des Metall- und Textilgewerbes. Die Erfindung des Buchdrucks mit beweglichen Lettern förderte die Verbreitung revolutionierender Gedanken.

Die humanistische Geistesbewegung prägte ein neues Persönlichkeitsideal und stärkte das bürgerliche Selbstbewußtsein. Die Entdeckung Amerikas und die Eröffnung des direkten Seeweges nach Indien weiteten den Horizont des mittelalterlichen Menschen und stürzten das alte Weltbild um. Aus den neuerschlossenen Kontinenten strömten neue Waren, neue Reichtümer nach Europa und gaben der Kapitalwirtschaft starken Auftrieb; allein im Jahre 1520 wurden beispielsweise aus den ausgeplünderten Indianerreichen Mittel- und Südamerikas 90 000 kg Silber nach Europa geschafft. Nicht nur in Westeuropa und in den Mittelmeerländern, sondern auch in Deutschland breiteten die Ware-Geld-Beziehungen sich immer mehr aus und drängten die mittelalterliche Naturalwirtschaft zurück. In Gestalt der Manufakturen entstanden die ersten kapitalistischen Großbetriebe mit Ansätzen zur Arbeitsteilung. Das Verlagssystem bildete sich heraus und mit ihm der Typ des kapitalistischen Unternehmens. Handel und Wandel bahnten sich neue Wege über Grenzen und Meere hinweg. Die größten Han-



delsgesellschaften meldeten bereits Monopolansprüche auf bestimmte Geschäftszweige an.

### *Die Widersprüche häuften sich*

Der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise aber stand die mittelalterliche Feudalverfassung hemmend im Wege; denn sie verhinderte – zumal in Deutschland, das in 350 landesherrliche Einzelterritorien zerstückelt war – das Zustandekommen eines umfassenden inneren Marktes. Das Feudalsystem war der Hauptgegner des ökonomischen Fortschritts, der Entstehung der bürgerlichen Nation, der politischen und geistigen Befreiung der Menschen, die weithin noch in den Banden des Mittelalters gefesselt waren. Das Lehnswesen und die städtische Zunftordnung hatten sich endgültig überlebt. Der Grundwiderspruch der Feudalgesellschaft – der Gegensatz zwischen den Grundherren und den leibeigenen Bauern, die damals neun Zehntel der deutschen Bevölkerung ausmachten – wurde mehr und mehr von den Widersprüchen der frühkapitalistischen Gesellschaft überlagert, ohne dadurch an Schärfe einzubüßen.

Aus dieser komplizierten Struktur der Gesellschaft ergab sich eine Fülle ökonomischer Gegensätze, ständiger sozialer Spannungen und häufiger politischer Konflikte. Kaiser und Reichsritter, Fürsten und Adel, Patrizier und Zunftbürger, Städte und Landesherren lagen in unablässigem Streit miteinander – und dieser ganze Schichtenbau der spätmittelalterlichen Gesellschaft insgesamt lastete zudem mit voller Wucht auf den hörigen Bauern, deren Ausbeutung ein immer unerträglicheres Ausmaß annahm, und auf den städtischen Plebejern.

### *Opposition gegen die römische Kirche*

Geradezu verwirrend war also die Vielfalt einander widerstrebender und durchkreuzender Klassen- und Gruppeninteressen. In einer einzigen Frage aber stimmten sie ausnahmslos überein: in der Unzufriedenheit mit der weltlichen Machtstellung der damaligen römischen Kirche. Sie war – wie Friedrich Engels sagt – die „zentrale, geheiligte Organisation“ des „weltlichen Feudalismus“, die „allgemeinste Zusammenfassung und Sanktion der bestehenden Feudalherrschaft“. Sie stellte das Haupthindernis einer nationalen Entwicklung in Deutschland dar. So war es kein Zufall, daß alle oppositionellen Schichten der damaligen Gesellschaft im Widerspruch zu ihr standen.

Die Fürsten trachteten nach der Beseitigung kirchlicher Privilegien, die ihrer eigenen provinziellen Oberhoheit im Wege standen; nur allzu gern wollten sie die geistlichen Fürstentümer säkularisieren und die reichen kirchlichen Besitzungen konfiszieren.

Der niedere Adel, der nach einer Reichsreform und nach einer romfreien Nationalkirche strebte, nahm Anstoß an der traditionellen Unterordnung der weltlichen unter die geistliche Gewalt, an der Unterstellung des Kaisers unter den Papst und protestierte dagegen, daß Deutschland infolge der Ohnmacht der staatlichen Zentralgewalt am stärksten der Ausplünderung durch die mittelalterliche Kirche preisgegeben war.

Dem Erwerbssinn des wirtschaftlich erstarkten städtischen Bürgertums widerstrebte die Vielzahl der kirchlichen Feiertage, der Prozessionen und Wallfahrten. Der Reichtum der Klöster und der Müßiggang der Mönche, die Steuerfreiheit der Geistlichen und die Almosenbettelei, der Ablaßhandel zur Bereicherung der römischen Kurie und der geistlichen Territorialfürsten – all das vertrat sich weder mit den ökonomischen Bedürfnissen des Bürgertums noch mit seinem neuen Arbeitsethos.

Die Bauern rebellierten gegen die lastende Abhängigkeit von der Kirche, die damals der größte Grundeigentümer in Deutschland war.

Selbst in der niederen Geistlichkeit regte sich der Widerstand gegen Entartungserscheinungen innerhalb des kirchlichen Lebens, das immer mehr Züge der Veräußerlichung und Verweltlichung annahm.

In der mittelalterlich-feudalen Ordnung waren Kirche und Staat, Kirche und Gesellschaft auf das engste miteinander verbunden. Die Kirche war nicht nur eine religiöse, sondern zugleich eine politische Institution. Sie lieferte die theologische Begründung und Rechtfertigung der feudalen Gesellschaftsverhältnisse. Nicht nur im System der feudalen Ausbeutung, sondern auch im geistigen Leben der Gesellschaft nahm sie die Schlüsselstellung ein. Die gesamte Denk- und Vorstellungswelt des Volkes war religiös bestimmt. Angesichts dieser Sachlage war es nur natürlich, daß jeder Versuch einer gesellschaftlichen Änderung von biblischer Grundlage ausging, so wie andererseits jeder Versuch, die Kirche zu reformieren, angesichts der engen wechselseitigen Verflechtung von Papstkirche und feudaler Gesellschaft notwendigerweise soziale und politische Konsequenzen haben mußte.

Unter diesen geschichtlichen Umständen also heftete Martin Luther seine 95 Thesen gegen den Ablaßmißbrauch an die Tür der Wittenberger Schloßkirche. Damit rührte er, ohne sich zunächst über die Tragweite seines Vorgehens im klaren zu sein, der Sache nach an den Lebensnerv der alten Ordnung, deren stärkstes Bollwerk und deren universale Stütze die römische Kirche war. Das größte öffentliche Ärgernis, das sie damals unterschiedslos allen Schichten des deutschen Volkes gab, war die rücksichtslose finanzielle Ausplünderung Deutschlands. Mehr als 300 000 Goldgulden wanderten jährlich aus Deutschland nach Rom. Nur so wird verständlich, daß Luthers Verwünschungen gegen die Verschwendungssucht des Vatikans überall im Volk bereitwillig aufgenommen wurden und rasch in Aktionen umschlugen.

### *Kampfansage an die überkommene Kirche*

Vor allem in den Thesen 81 bis 90 machte Luther sich ausdrücklich zum Sprecher der – wie er schrieb – „unleugbar scharfsinnigen Fragen des gemeinen Mannes“ an die damalige Ablaßpraxis. Eine dieser Fragen, die These 86, lautete bezeichnenderweise: „Warum baut jetzt der Papst die eine Peterskirche nicht lieber von seinem eigenen Gelde als von dem Gelde der armen Christen, da doch sein Vermögen größer ist als des reichsten Crassus Güter?“ Auf diese Weise sprach Luther offen aus, was die Bürger und die Bauern, was viele Adlige und auch zahlreiche Fürsten bewegte. Seine Tat gab der überall spürbaren Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen, dem allgemein vorherrschenden Drang nach Veränderung der bestehenden Verhältnisse Gestalt, Richtung und Ziel. Seine 95 Thesen erschienen als Weckruf zu einer nationalen Erhebung. Folgerichtig gerieten nun alle Klassen und Schichten, auf denen der ökonomische, politische und geistige Druck der römischen Kirche lastete, unversehens in Bewegung.

Luthers Kampfansage gegen die überkommene Kirche, ursprünglich in theologisch begründeten Zweifeln, in dogmatischen Meinungsverschiedenheiten und persönlichen Gewissensbedenken wurzelnd, wurde durch den zwangsläufigen Gang der Ereignisse sehr bald zu einer offenen Frontstellung gegen die mittelalterliche Kirche und führte schließlich zu einem völligen Bruch mit ihr. Ja, mit innerer Notwendigkeit entwickelte die von Luther angestoßene Bewegung sich in relativ kurzer Zeit über ihn hinaus und leitete die erste Phase einer gewaltsamen Kollision der Klassenkräfte ein, die die Form eines nationalen Aufbruchs gegen die ökonomische, politische und geistig-kulturelle Hegemonie der damaligen römischen Kirche annahm.

Luthers Auftreten war ganz einfach ein Ausdruck der gesellschaftlichen Erfordernisse jener Zeit und diente – ob er das wollte oder nicht – als theoretische Begründung für wichtige aktuelle Bedürfnisse des ganzen revolutionären Prozesses. Eben weil seine Gedanken und Forderungen damals gleichsam in der Luft lagen, konnten sie mit vorher

nie geahnter Geschwindigkeit volkstümlich werden, sich rasch ausbreiten und die Massen mit sich fortreißen. Seine Thesen und seine nachfolgenden Kampfschriften, aus der nun unvermeidlichen Auseinandersetzung mit der römischen Kirche geboren, wurden zum geistigen Boden für die vorübergehende Einigung ganz unterschiedlicher Klassenkräfte und politischer Tendenzen, deren gemeinsame Hauptstoßrichtung gegen die weltliche Vormacht der alten Kirche zielte. In der inneren Gegensätzlichkeit der daran beteiligten Kräfte allerdings, in der so völlig verschiedenartigen sozialen Motivierung ihrer antiklerikalen Ansichten und Absichten deutete sich bereits in dieser ersten Periode der reformatorischen Bewegung die nachfolgende Differenzierung an.

Verlauf und Ergebnisse der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland wurden durch spezifische nationale Umstände bedingt. Ökonomisch war Deutschland in der Entwicklung der neuen Produktivkräfte und der kapitalistischen Produktionsweise im Vergleich zu anderen europäischen Ländern noch relativ im Rückstand. Das hing mit der politischen Zersplitterung des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ ursächlich zusammen. Während in westeuropäischen Ländern wie England, Frankreich oder Spanien bereits zentralisierte Nationalstaaten entstanden waren, und zwar durch politisches Zusammengehen von erstarkendem Bürgertum und frühabsolutistischer Monarchie, fehlten in Deutschland solche günstigen Bedingungen für die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung und für die allmähliche Herausbildung einer bürgerlichen Nation. Auch deswegen war Deutschland ja zum Schnittpunkt der Hauptwidersprüche der damaligen Zeit und zum Ursprungsland der frühbürgerlichen Revolution in Europa geworden.

### *Konsequenzen im Sinne der Gleichberechtigung*

So erklärte sich aber auch, daß der demokratische Grundgehalt dieser Revolution in Deutschland nur in sehr unzulänglicher Weise in Erscheinung getreten ist. In Luthers Ideen war diese demokratische Substanz an sich durchaus angelegt. Sie findet sich vor allem in den bekannten Sätzen aus der Kampfschrift „An den christlichen Adel deutscher Nation“: „Alle Christen sind wahrhaftig geistlichen Standes.“ Das hier von Luther verkündete Prinzip des allgemeinen Priestertums der Gläubigen versetzte nicht nur der innerkirchlichen Hierarchie und der geistlichen Exklusivität des alten Klerus einen schweren Schlag, entzog nicht nur dem weltlichen Vorrang der Kirche theologisch den Boden, sondern hatte auch gesellschaftliche Konsequenzen im Sinne der Mündigkeit des Menschen und im Sinne der Gleichberechtigung im bürgerlichen Zusammenleben.

Gerade an dieser Stelle zeigen sich enge verwandtschaftliche Berührungspunkte zwischen Luther und den damaligen Vertretern des bürgerlichen Humanismus, der nicht allein gegen die Vormundschaft der alten Kirche im intellektuellen Bereich anging, sondern mit seinen Vorstellungen von der Freiheit und Würde des Menschen auch zu sozialen Schlußfolgerungen führte. Dieser Grundzug der Reformation kam gesellschaftlich dann jedoch nur in ihrer bürgerlich-radikalen Strömung und schließlich in den Aktionen des bäuerlich-plebejischen Flügels der Bewegung voll zum Tragen.

### *Signal zum Aufstand gegen feudale Bedrängnis*

Die unteren Volksschichten zogen die entschiedensten gesellschaftlichen Konsequenzen aus den reformatorischen Ideen. Luthers Botschaft von der „Freiheit eines Christenmenschen“ erschien ihnen als Ermutigung und als Signal zum Aufstand gegen feudale Bedrängnis und wachsende Verelendung. Damit nahm die zweite Etappe der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland ihren Anfang. Hatte bis dahin fast ausschließlich der nationale Akzent den Ereignissen das Gepräge gegeben, so rückte jetzt der

soziale Inhalt deutlich in den Vordergrund. Vor allem unter den bauerlichen Schichten entwickelte sich seit Anfang der zwanziger Jahre des 16. Jahrhunderts eine ausgesprochene Massenbewegung, die vielfach auch kleinbürgerliche und vor allem plebejische Elemente der städtischen Bevölkerung in ihre Aktionen einbezog. Diese Bewegung richtete sich nun nicht mehr allein gegen die geistliche, sondern auch gegen die weltliche Feudalität und nicht zuletzt gegen die politische Zersplitterung Deutschlands.

Im Großen Deutschen Bauernkrieg, der gewaltigsten revolutionären Massenbewegung der deutschen Geschichte bis zur Novemberrevolution 1918/19, fand der wechselseitige Zusammenhang zwischen den sozialen und den nationalen Aufgaben der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland seinen klarsten Ausdruck. Thomas Müntzer wurde zum geistigen Repräsentanten und politischen Führer der Volksrevolution; seine Predigt vom Reiche Gottes, von allgemeiner Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, von einer Sozietät ohne Privateigentum und Klassenherrschaft riß die Bauern vorwärts. Hier, am Kulminationspunkt der ganzen Bewegung, erwies die Bauernschaft sich als die soziale Hauptkraft der frühbürgerlichen deutschen Revolution, als eigentlicher Träger und vorwärtstreibendes Element dieses ganzen historischen Prozesses.

### *Ihre Ziele blieben für Jahrhunderte gültig*

Aber damals stand nicht der Übergang zu einer klassenlosen Gesellschaft, sondern der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus auf der Tagesordnung der Geschichte. Für die Verwirklichung der weit in die Zukunft weisenden Ideen Thomas Müntzers und seiner Kampfgefährten war die Zeit noch nicht reif. In den ökonomischen und sozialen Verhältnissen jener Epoche – und namentlich in dem zurückgebliebenen Deutschland – war der materielle Boden dafür noch nicht vorbereitet. Im Elsaß und in der Schweiz, in Schwaben und Franken, in Hessen, Thüringen und Sachsen, schließlich auch in den Habsburgerlanden unterlagen die zersplitterten Bauernhaufen nacheinander den vereinigten Heeren der Fürsten, der Ritter und der Städte, und mit den Anführern der Volksreformation hielt die Reaktion blutige Abrechnung. Zum erstenmal in der deutschen Geschichte aber waren in den damaligen Kämpfen die Massen unseres Volkes sich ihrer Kraft bewußt geworden. Das große historische Verdienst des linken Flügels der deutschen Reformation besteht darin, daß seine Führer Ziele formulierten, von denen die Unterdrückten und Ausgebeuteten noch Jahrhunderte hindurch träumen sollten, bis sie schließlich von der Arbeiterbewegung im Kampf für Frieden, Freiheit und Menschenglück aufgenommen und verwirklicht werden konnten.

Insgesamt gesehen erreichte die mit der Reformation eingeleitete frühbürgerliche Revolution in Deutschland zwar Teilerfolge; aber die Grundfrage dieser wie aller Revolutionen, die Frage der Macht, wurde nicht im Sinne der antifeudalen Kräfte gelöst, und in Deutschland wurde kein einheitlicher, unabhängiger bürgerlicher Nationalstaat konstituiert. Luther und seine Freunde vertraten in ihrem Denken und Handeln objektiv die Interessen der bürgerlichen Klassenkräfte, namentlich der frühkapitalistischen gewerblichen Unternehmerschicht.

### *Verhängnisvolle Entwicklung*

Diese Interessen drängten unter den spezifischen deutschen Umständen nach einem Bündnis mit den Landesfürsten. Luther orientierte sich – namentlich in der zweiten Phase der Reformation – auf jene Klassen und Schichten, die nach Lage der Dinge die eigentlichen Sieger in den Auseinandersetzungen dieser Jahre werden mußten: auf die Territorialfürsten und auf das besitzende Bürgertum in den Städten. Das Programm dieser Schichten war ein bürgerlich-gemäßigtes Programm: Absage an die



alte Kirche, aber auch an die bäuerlich-plebejischen Forderungen. Einem friedlichen Fortschritt unter dem Patronat der Obrigkeit gab das Besitz- und Bildungsbürgertum den Vorzug vor grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen. So kam es zu der Anlehnung Luthers und seiner Gefährten an die Landesherren, die der ganzen Bewegung dann die Bezeichnung der „Fürstenreformation“ eingetragen hat.

Die deutschen reformatorischen Kirchen wurden dem landesherrlichen Regiment unterstellt. Diese Entscheidung hat sich nicht nur kirchengeschichtlich verhängnisvoll ausgewirkt, nämlich in dem zählebigen konservativen Obrigkeitsdenken kirchlicher Kreise, das schließlich überhaupt nicht mehr auf die Grenzen achtete, die Luther den Regierungen mit seinem bekannten Wort aus der „Freiheit eines Christenmenschen“ gesetzt hatte: „Die Obrigkeit ist schuldig, der Untertanen Bestes zu suchen.“ Die Allianz von „Thron und Altar“ wurde vor allem zu einer Stütze für die weitere Festigung des territorialfürstlichen Partikularismus, des kleinstaatlichen Absolutismus. Die politische Zerrissenheit Deutschlands verschlimmerte sich noch durch den nun hinzukommenden Gegensatz zwischen protestantisch und katholisch regierten Teilstaaten. In diesem – aber eben auch nur in diesem – Sinne nannte Engels die Reformation „das uns damals zugestoßene Nationalunglück“.

### *Beitrag zur sprachlichen und kulturellen Einigung*

Andererseits wurden durch die Reformation jedoch auch Kräfte freigesetzt, die dann wesentlich zur Konstituierung der bürgerlichen deutschen Nation beitragen sollten. Luther selbst erwarb sich mit seiner Bibelübersetzung ein unschätzbares und unvergängliches Verdienst um die Fixierung der neuhochdeutschen Schriftsprache. Die Gedankenfülle und Sprachgewalt seiner Predigten und Flugschriften, die mitreißende Kraft seiner Choräle, die Bildhaftigkeit seiner Fabeln setzten neue Maßstäbe. Nicht von ungefähr bezeichnete Friedrich Engels den Choral „Ein feste Burg ist unser Gott“ als die „Marseillaise des 16. Jahrhunderts“. Gerade diese Seite im Wirken Luthers, seiner Kampfgefährten und Schüler zeugt von der Volksverbundenheit und Volkstümlichkeit des Reformationsgeschehens. Daß der Gottesdienst jetzt in der Muttersprache abgehalten und daß die Heilige Schrift nun auch dem „gemeinen Mann“ in allgemeinverständlichem Deutsch zugänglich war, gewann große Bedeutung für die sprachliche und kulturelle Einigung unseres Volkes, für die Herausbildung des Nationalbewußtseins und für die biblische Begründung sozialer Forderungen des Volkes.

Unübersehbar sind ferner die zahlreichen belebenden und anregenden Wirkungen der Reformation auf Kunst und Wissenschaft, die damals dank der humanistischen Bewegung ohnehin einen großen Aufschwung nahmen und die mittelalterlichen Fesseln abstreiften. Auch das deutsche Bildungswesen hat von der Reformation, insbesondere von Philipp Melancthon, fruchtbare und nachhaltige Impulse empfangen. Die protestantischen Schulen und Universitäten wurden zu Pflegestätten einer neuen, bürgerlichen Intelligenz. Sie erzogen einen Stamm von Theologen und Juristen, mit deren Hilfe eine bürgerliche Staats- und Kirchenverwaltung aufgebaut werden konnte.

### *Reformation – eine europäische Erscheinung*

Der bürgerliche Charakter der Reformation zeigte sich auch an ihren Aussagen und Auswirkungen im ökonomischen Bereich. Ganz im Gegensatz zum höfischen Ideal des Feudalismus, bei dem die Mühe der Arbeit den Leibeigenen und Hintersassen zugewiesen war, betonten die Reformatoren ausdrücklich Wert und Würde der Arbeit. Sie wandten sich gegen Müßiggang und Betteln, schafften die Vielzahl der Feiertage im mittelalterlichen Kirchenkalender ab, da sie dem Laster und dem Nichtstun Vorschub leisteten, und stellten der Verschwendungssucht des Adels sehr bewußt

Fleiß und Sparsamkeit als neue bürgerliche Tugenden entgegen. An die Stelle des Armutsideals der alten Kirche trat nun mit Luthers Begriff vom „Amt“ ein gänzlich neues Berufsethos.

All diese politischen, ökonomischen und kulturellen Folgeerscheinungen der Reformation zeigten sich natürlich nicht allein in Deutschland, sondern auch in den anderen europäischen Ländern, die zunächst von Luthers und dann vielfach von Calvins Lehre erfaßt wurden – und hier prägten sie das öffentliche und persönliche Leben häufig noch in viel stärkerem Maße. Die Reformation ist eine gesamteuropäische Erscheinung nicht nur von ihren Wurzeln und ihren Vorläufern her – man denke nur an Wiclif in England, an Hus in Böhmen oder an Savonarola in Italien –, sondern auch in ihrem Verlauf und in ihren Auswirkungen im 16. und 17. Jahrhundert. Jetzt konnte sie, im Gegensatz etwa zur Hussitenbewegung, vor allem in den westeuropäischen Ländern zu beträchtlichen Erfolgen kommen, weil der Reifegrad der frühkapitalistischen Verhältnisse inzwischen gewachsen war. Allerdings war die neue Produktionsweise noch keineswegs so weit ausgereift, daß die Ablösung des Feudalsystems vollständig hätte vollzogen werden können. Darin liegt die Eigenart aller im Zeichen der Reformation unternommenen frühbürgerlichen Revolutionen, zum Unterschied von den späteren klassischen bürgerlichen Revolutionen beispielsweise in Frankreich.

### *Festigung des nationalen Unabhängigkeitsstrebens*

In den Niederlanden und in Schottland, in Nordeuropa, bei baltischen und slawischen Völkern sowie im Donauraum wurde die Reformation vor allem durch ihren Beitrag zur Herausbildung einheitlicher Literatursprachen, aber auch durch ihre Anstöße zur Entstehung und Festigung des nationalen Unabhängigkeitsbewußtseins vielfach zu einem entscheidenden geschichtlichen Faktor für die Entwicklung und staatliche Konstituierung bürgerlicher Nationen. In Deutschland dagegen brachte es die besondere nationale Eigenart der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse mit sich, daß die Reformation vorwiegend im geistigen Bereich weiterwirkte.

Deutschland hat zwar den revolutionären Befreiungsprozeß des Bürgertums im europäischen Maßstab begonnen; aber weil hier die frühbürgerliche Revolution unvollendet blieb, wurde unser Land in der gesellschaftlichen Entwicklung sogar zurückgeworfen und – wie Engels feststellte – zunächst „für 200 Jahre aus der Reihe der politisch tätigen Nationen Europas gestrichen“. Einheit und Freiheit, die im 16. Jahrhundert nicht verwirklichten revolutionären Kampfziele, blieben nun das Generalthema aller folgenden bürgerlichen Bewegungen in Deutschland auf Jahrhunderte hinaus, ohne daß diese Bestrebungen vom Bürgertum zum Erfolg geführt werden konnten.

Alles aber, was in den Jahren der Reformation und in der Folgezeit wertvoll und fruchtbar war, haben wir geerbt und aufgenommen. Unter unseren neuen gesellschaftlichen Voraussetzungen können wir uns ein objektives, geschichtlich gerechtes und zutreffendes Bild davon machen, was Luthers reformatorische Tat in nationaler und internationaler Beziehung für seine Zeit und für die Nachwelt bedeutet hat, wo damals die historisch bedingten Grenzen für die Verwirklichung der „neuen Lehre“ gelegen haben und was wir für unsere Tage, für die Fragen und Aufgaben von heute und morgen, aus dem Verlauf jener Ereignisse lernen können.

### *Im Einklang mit der Geschichte*

Die Reformation als geschichtliche Bewegung hat zu ihrer Zeit dem Neuen zum Durchbruch verholfen. Nur *der* gedenkt ihrer heute recht, der die richtigen Folgerungen daraus zieht und in unserer Zeit für den gesellschaftlichen Fortschritt eintritt. Die

Reformation, die den Zerfall und die Ablösung der Feudalordnung beschleunigte, war eine entscheidende und geschichtlich notwendige Etappe in der Aufstiegsphase des Bürgertums, in der Periode der Formierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse. So wie damals grundlegende soziale Umwälzungen innerhalb der Klassengesellschaft herangereift waren und im Kampf durchgesetzt werden mußten, so steht heute mit der gleichen historischen Gesetzmäßigkeit und Folgerichtigkeit die Überwindung des Kapitalismus und damit die Beseitigung der Klassenherrschaft überhaupt, die sozialistische Veränderung der Produktions- und Machtverhältnisse auf der Tagesordnung unserer Zeit. So wie die Reformation in Deutschland eingebettet war in die internationalen Zusammenhänge der geschichtlichen Entwicklung, so wie damals in ganz Mittel- und Westeuropa der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus vollzogen werden mußte, so ist heute der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ein weltweites Erfordernis und ein weltweiter geschichtlicher Prozeß. Wir in der Deutschen Demokratischen Republik – Marxisten wie Christen, alle in der Nationalen Front vereinten Kräfte – können mit Recht darauf verweisen, daß wir aus dieser Erkenntnis historischer Notwendigkeiten und geschichtlicher Lehren die praktischen Schlüsse gezogen haben, indem wir zu unserem Teil den Anschluß an den revolutionären Weltprozeß, an die kennzeichnenden gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen unserer Epoche vollzogen haben.

### *Enges Bündnis aller Volkskräfte in der DDR*

Die frühbürgerliche Revolution scheiterte in Deutschland an der ökonomischen Schwäche und politischen Unentschlossenheit des Bürgertums, an der mangelnden Einheitlichkeit und Geschlossenheit all jener Kräfte, die historisch berufen waren, diese Revolution zu tragen und zu vollenden. Bei uns, die wir aus dieser geschichtlichen Erfahrung gelernt haben, gehört die enge und kameradschaftliche Zusammenarbeit aller Volkskräfte unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei zu den beherrschenden Prinzipien unseres gesellschaftlichen Lebens und zu den kostbarsten Errungenschaften unseres gemeinsamen Kampfes. Auf diesem bewährten Wege hat sich die feste politisch-moralische Einheit unserer Bevölkerung entwickelt, die das entscheidende Unterpfand für alle Erfolge unserer Republik auf staatlichem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet beim Aufbau und bei der Vollendung des Sozialismus war und ist.

Die seit der Reformation vergangenen viereinhalb Jahrhunderte lieferten den geschichtlichen Anschauungsunterricht für die enge und ursächliche Zusammengehörigkeit von nationaler und sozialer Frage. Diese Jahrhunderte haben uns die Lehre aufgeprägt, daß die Interessen unserer Nation unvereinbar sind mit den Profit- und Eroberungsinteressen jener ehemals herrschenden und in Westdeutschland noch heute regierenden Kreise, die unser Volk in eine Katastrophe nach der anderen stürzten. Das Schicksal unserer Nation ist am besten aufgehoben in den Händen jener Klasse, die alle Prüfungen der Geschichte in Ehren bestanden hat: in den Händen der Arbeiterklasse. Nur sie ist zusammen mit ihren Verbündeten in der Lage, mit der Lösung der sozialen Frage zugleich auch die Grundfragen unserer nationalen Existenz – Frieden, Demokratie und gesellschaftliche Erneuerung von Grund auf – dauerhaft und zukunfts-gültig zu lösen.

### *Historischer Bogen von 1517 bis 1917*

Es spannt sich ein weiter historischer Bogen vom Jahre 1517, dem Beginn des revolutionären Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus in Europa, bis zu jener geschichtlichen Wende des Jahres 1917, in dem der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Welt mit dem Sieg der russischen Arbeiter und Bauern über ihre

Ausbeuter und Unterdrücker eingeleitet wurde. Die von der Reformation so gewaltig angestoßene geschichtliche Bewegung des 16. und 17. Jahrhunderts hat in Deutschland, wie wir feststellten, ihr letztes Ziel nicht erreicht. Mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hob eine neue Ära der Menschheitsentwicklung an, in der all das aufgehoben und vollendet wird, was an den Hoffnungen und Träumen der großen humanistischen Geister der Vergangenheit, an den revolutionären Kämpfen der Volksmassen in früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten unerfüllt blieb. Die Veranstaltungen, die wir in diesem Jahr des Reformationsjubiläums durchführten, haben wesentlich dazu beigetragen, diesen geschichtlichen Zusammenhang zwischen Reformation und Revolution zu verdeutlichen.

All denen, die im Rahmen unseres Komitees so ergebnisreich an der Vorbereitung der Jubiläumsfeierlichkeiten teilgenommen haben, möchte ich herzlich danken. Die Veranstaltungen dieses Gedenkjahres haben der Geschichtsforschung, aber auch der populärwissenschaftlichen Arbeit viele neue Impulse vermittelt. Sie haben geholfen, das sozialistische Geschichtsbewußtsein unter unserer Bevölkerung weiter auszuprägen, ein noch besseres Verständnis für die Zusammengehörigkeit von Geschichte und Gegenwart zu wecken und damit die Friedens- und Zukunftsmission unserer Deutschen Demokratischen Republik und aller ihrer Bürger historisch noch tiefer zu begründen. Die Erkenntnis der geschichtlichen Wahrheit aber ist bekanntlich eine wichtige Voraussetzung richtiger gesellschaftlicher Parteinahme und zielbewußten politischen Handelns.

### *Die Zukunft liegt auf dem Felde friedlicher Arbeit*

Auch der Erhöhung der internationalen Autorität unseres deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates hat das Reformations-Gedenkjahr gedient. Gäste aus Westdeutschland und aus zahlreichen anderen Ländern haben die historischen Stätten der Reformation besucht, sie haben sich mit der Arbeit, dem Leben und Denken unserer Bürger, mit dem neuen gesellschaftlichen Charakter unseres Landes und unserer staatlichen Politik vertraut machen können, und sie haben die Überzeugung gewonnen: Hier arbeitet und regiert ein Volk, das seine Siege nicht länger auf dem blutigen Schlachtfeld imperialistischer Kriege erringen, sondern seine Zukunft auf dem Felde friedlicher Arbeit, durch neue Leistungen in Wirtschaft und Kultur gewinnen will.

Der Vorsitzende unseres Staatsrates, Walter Ulbricht, hob in seiner Schlußansprache auf dem VII. Parteitag der SED hervor: „Wir haben der deutschen Geschichte einen neuen Sinn und eine neue Richtung gegeben.“ Das auf diesem Parteitag beschlossene Manifest führt die Wurzeln unserer sozialistischen Republik geschichtlich bis auf die „gewaltige Revolution zu Beginn der europäischen Neuzeit“ zurück und ruft uns zu: „Kommende Jahrhunderte werden unsere Generation beneiden – uns, die wir in dieser Zeit das von Thomas Müntzer ersehnte, von Marx und Engels wissenschaftlich vorgezeichnete Deutschland des Volkes aus dem Reich der Träume und Voraussagen zur lebendigen Wirklichkeit unserer Deutschen Demokratischen Republik gemacht haben.“

Wir wollen alles tun, uns der Größe unserer historischen Traditionen, der Fülle der Aufgaben der Gegenwart und der Verheißung einer neuen Zukunft unserer Nation würdig zu erweisen.

Der Bedeutung der Reformationsfeiern wegen, die diese namentlich für die Kirchen in der DDR erlangt haben, lassen wir noch einige Berichte von Teilnehmern folgen. Einem Bericht von Präses D. Ernst Wilm ist folgender Auszug entnommen („Nachrichten aus dem Evangelischen Pfarrerverein in Westfalen“ vom Dezember 1967):



## II. Das äußere Bild der Reformationsfeiern in Wittenberg

Die Lutherstadt Wittenberg hatte sich zu dem Gedächtnis an den 31. Oktober 1517 festlich geschmückt mit vielen Fahnen, darunter auch einigen Kirchenfahnen und Fahnen der Länder, aus denen die Gäste gekommen waren, mit Lutherbildern und Lutherbibeln in manchen Schaufenstern, manchmal in Gemeinschaft mit Hinweisen auf die 50-Jahr-Feier der russischen Oktoberrevolution, die ganz kurz hinterher kam; mit guten Ausstellungen, die mit Fleiß und Sorgfalt aufgebaut waren im Lutherhaus, im Melanchthonhaus, im Schloß und anderswo. Wir waren sehr gastfreundlich in dem nicht weit von Wittenberg entfernten Bad Schmiedeberg untergebracht, während die staatlichen und ökumenischen Gäste aus den östlichen Ländern zumeist in Halle wohnten, so daß wir uns nur in kurzen Begegnungen trafen. Die Kirchen Wittenbergs waren zu den Gottesdiensten und Versammlungen übertollt, und am 31. Oktober wurde in letzter Stunde auch die Übertragung der Gottesdienste nach draußen erlaubt. Obwohl der 31. Oktober in diesem Jahr zum erstenmal in der DDR ein Arbeitstag war, kamen viele Menschen an diesem Tag in Wittenberg zusammen, und als der Zug der kirchlichen Gäste vom Lutherhaus in die Schloßkirche und Stadtkirche zog, standen viele, viele Menschen in den Straßen Spalier.

Das Reformationsgedächtnis wurde in Wittenberg kirchlich und weltlich gefeiert. Vor dem Rathaus gab es ein Volksfest mit Hans-Sachs-Spielen und am Spieß gebratenen Ochsen. Am Sonntagnachmittag zog ein historischer Festzug, der viele Kilometer lang war, durch die Stadt. Er fing beim Mittelalter an und endete bei der Gegenwart und erstreckte sich von Darstellungen aus der Zeit der Vorreformation und Reformation bis zu solchen der verschiedenen Revolutionen, bis zur Schau des Lebens in der heutigen Deutschen Demokratischen Republik. Da war dann im zweiten Teil des Zuges von Luther und der Bibel, von der Reformation und dem Evangelium nichts mehr zu sehen. Aber wundern wir uns so sehr darüber?! Sind nicht Luther und die Reformation fast von jeder religiösen und politischen Ideologie für ihre Sache interpretiert und auch oft genug mißbraucht worden – und das bis in unsere evangelische Kirche hinein? Und haben nicht leitende Männer der Kirche und evangelische Christen in verantwortlicher Stellung im Westen auch in diesem Jahr davon gesprochen, daß mit der Reformation das Zeitalter der Freiheit oder des demokratischen Humanismus angebrochen ist? Wir sollten nicht so erhaben auf die, die ein politisches Gedächtnis der Reformation feiern, heruntersehen, weil es ein rotes und nicht ein schwarz-weiß-rotes Gedächtnis ist, sondern sollten uns vielmehr fragen, was für uns Christen das wichtigste an der Reformation ist und was es heute bedeutet ... Schlimm wird es, wenn Christen bei dem krampfhaften Versuch, Luther und Lenin möglichst nahe nebeneinanderzurücken, fast vergessen, daß Luther den Menschen immer nur unter Gott, dem gerechten und gnädigen Gott, gewußt hat und daß Lenin eine menschliche Gesellschaft abgesehen von Gott gestalten wollte.

## III. Das ökumenische Bild

Es war eine wahrhaft ökumenische Feier des Reformationsgedächtnisses in Wittenberg, wenn uns auch viele gefehlt haben, die wir gern mit dabei gehabt hätten. Das Fehlen mancher Brüder, die keine Aufenthaltsgenehmigung bekommen hatten, und die Aufenthaltsbeschränkung für die Gäste aus der Bundesrepublik auf den Kreis Wittenberg und für die Gäste aus der westlichen Ökumene auf den Bezirk Halle gehörten neben anderem zu den Schatten, die über diesen Feiern in Wittenberg lagen. Aber trotzdem war es eine ökumenische Feier. Sie waren alle nach Deutschland in die Lutherstadt Wittenberg gekommen, um mit uns der Reformation und der Reformatoren in großer Dankbarkeit für das Evangelium zu gedenken. Auf dem ökumenischen Abend

am Sonntag, dem 29. Oktober, in Bad Schmiedeberg, in den Gottesdiensten und Versammlungen mit den vielen Grußworten und wohl auch im Zusammensein der in Halle untergebrachten Gäste sowie in zahlreichen Begegnungen und Zwiegesprächen stellte sich dieses ökumenische Bild dar. Es sprachen die Vertreter der anglikanischen und orthodoxen, der lutherischen und reformierten, der unierten und Freikirchen. Sie waren von überallher gekommen: von Japan bis zu den USA, von Skandinavien bis zum Nahen Osten, von Moskau bis Afrika, von Indien bis Schottland. Und alle bezeugten die Dankbarkeit ihrer Kirchen für die Reformation Martin Luthers.

Was für eine Stärkung und Freude bedeutete diese ökumenische Gemeinschaft, zu der auch die leitenden Brüder des Ökumenischen Rats der Kirchen, der konfessionellen Weltbünde und der Konferenz Europäischer Kirchen gehörten, für unsere Brüder und Schwestern in der DDR, die so selten die Möglichkeit haben, an einer solchen ökumenischen Versammlung teilzunehmen! Da konnten wir „Christen gemein“ wirklich „getrost und all in ein mit Lust und Liebe singen, was Gott an uns gewendet hat und seine süße Wundertat“.

#### IV. Das reformatorische Bild

Manches von dem, was hier zu sagen wäre, ist schon in dem vorigen, besonders in den Vorbemerkungen, gesagt worden. Es braucht nur noch einmal hervorgehoben zu werden, daß wir in Wittenberg ganz frei von dem reden und zeugen konnten, was Gott uns mit der Reformation geschenkt hat, und daß wir ebenso frei bekennen konnten, daß uns der Glaube an den lebendigen dreieinigen Gott in *einer* Gemeinde sein läßt. Gerade weil die staatliche und kirchliche Reformationsfeier *nebeneinanderher* verliefen und nicht *ineinander* verwoben waren, konnten wir so frei sein. In dieser Freiheit haben unsere Brüder, Bischof Jänicke in der Schloßkirche und Bischof Noth in der Stadtkirche, über die Seligpreisung: „Selig sind, die hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden!“ gepredigt. Diese Aussage über den entscheidenden Inhalt der Reformation wurde in vielen Grußworten gemacht, wenn wir auch bei anderen Grußworten den Eindruck hatten, daß mit ihnen ein politisches Soll erfüllt wurde.

Und in den Vorträgen am 30. Oktober von Professor Skydsgaard über „Reformation als ökumenisches Ereignis“, von Professor Wingren über „Reformation und Weltlichkeit“ und Pfarrer Wagner über „Das Wagnis der Erben“ wurden wir darauf hingewiesen, worum es in der Reformation eigentlich gegangen ist und noch geht. Und es hat uns einfach das Herz erfüllt, daß wir in all den Spannungen dieser Welt und in der Lebensangst unserer menschlichen Existenz auch in den mancherlei Spaltungen und Trennungen, auch in der zunehmenden Religionslosigkeit unserer Zeit und nicht zuletzt in einer Welt, in der Krieg ist und Haß und Streit und Propaganda von Menschen gegen Menschen, hinweisen dürfen auf die 62. These Dr. Martin Luthers: „Der wahre Schatz der Kirche ist das allerheiligste Evangelium von der Herrlichkeit und Gnade Gottes“, und hinweisen dürfen, wie Luther auf dem Altarbild von Lucas Cranach in der Wittenberger Stadtkirche, seiner Predigtkirche, auf den gekreuzigten Herrn: „Seht, so sehr hat Gott die Welt geliebt!“ und uns von ihm, unserm Herrn, sagen lassen dürfen: „Was ich getan hab und gelehrt, das sollst du *tun* und *lehren*!“ Reformationsgedenken 1967, Reformationsgedenken in dieser unserer Welt – das ist viel Gnade und Freude und Friede!

Sehr viel kritischer hat sich ein leitendes Mitglied des Ökumenischen Rates in Genf, Pfarrer Albert van den Heuvel, über die Feiern geäußert. Da sein Bericht zugleich ein Bild der kirchlichen Situation in der DDR mit den Augen eines in den deutschen Verhältnissen erfahrenen Ausländers zeichnet, geben wir ihn hier ungekürzt wieder (NDR 2. Programm am 4. November 1967):

Es gab nicht eine, sondern mindestens zwei verschiedene und kaum miteinander verbundene Feiern. Auf der einen Seite hat der Staat mit großen Festen und mit vielen kirchlichen und nichtkirchlichen Gästen aus Ost und West eine Staatsfeier organisiert, bei der die sogenannte „frühbürgerliche Revolution“ die zentralen Punkte der Veranstaltungen bildete. Diese fanden teils in Halle, teils in Wittenberg statt. Auf der anderen Seite haben die Kirchen ihre theologischen Einsichten gefeiert, auch mit vielen Gästen und auch mit Vorträgen und Empfängen. Dabei gab es schon viel Verwirrung. Vom Staat wurde vielen Gästen die Einreisegenehmigung abgelehnt. Aus der Bundesrepublik gab es nur wenige Vertreter. Delegierte der westlichen Kirchen wurden willkürlich ausgeschlossen oder zugelassen. Die DDR hat sich bei vielen in Europa und Nordamerika unbeliebt gemacht, weil die Einreisegenehmigungen nicht nur lächerlich spät, sondern auch ohne Angabe von Gründen willkürlich erteilt worden sind.

Am meisten hatte dies die amerikanischen Kirchenvertreter getroffen. Der Präsident und der Generalsekretär der Vereinigten Presbyterianischen Kirche (bekannt durch ihre Opposition gegen die amerikanische Vietnampolitik) mußten nach New York zurückfliegen, ohne überhaupt zu wissen, warum sie vergebens nach Deutschland gereist waren. Die Delegationen der christlichen Weltorganisationen wurden halbiert. Vom Ökumenischen Rat der Kirchen waren drei statt sechs Vertreter anwesend. Dasselbe trifft für den Lutherischen Weltbund zu, während der Präsident des Reformierten Weltbundes, Dr. Niesel, gezwungenermaßen abwesend war. Zu diesen Entwicklungen haben sich die drei Organisationen bereits sehr kritisch geäußert. „Die Reformation“, sagte Dr. Blake, der Generalsekretär des Ökumenischen Rates, „gehört allen Kirchen.“ Das hatten die DDR-Behörden offenbar nicht verstanden.

In Wittenberg fehlte aber nicht nur ein Teil der von den Kirchen schon lange vorher eingeladenen Gäste. Auch die im letzten Moment hereingelassenen Vertreter mußten feststellen, daß ihre Bewegungsfreiheit grundsätzlich behindert war. Überall in der DDR waren Gemeindetage organisiert worden, bei denen nichtdeutsche und westdeutsche Delegierte predigen und Grußworte sprechen sollten. Die Aufenthaltsgenehmigung wurde aber vom Staat im letzten Moment auf Wittenberg beschränkt. So saßen am Samstagabend im Organisationsbüro große Gruppen von Gastgebern aus den anderen Bezirken, die jedoch spät und enttäuscht und ohne die solange erwarteten Gäste wieder nach Hause fahren mußten. Wären die Gäste von den Landeskirchen nicht so dringend gebeten worden, doch in Wittenberg zu bleiben, dann wären viele sicherlich abgereist.

Alles, was den von allen Kontinenten gekommenen Kirchenleuten übrigblieb, waren die offiziellen Veranstaltungen. Dabei gab es aber keine Diskussion und wenig Zeit für Gespräche. Kein Wunder, daß manche Leute enttäuscht waren. Und noch war ihre Enttäuschung nicht voll: Die kirchlichen Vertreter aus Osteuropa waren im großen und ganzen vom Staat eingeladen mit einem völlig unkoordinierten Programm. Die beiden Gruppen aus Ost und West sahen daher sich nur bei zwei Gelegenheiten. Noch einmal Gründe zum Klagen. Das staatliche Programm gab allerdings Gelegenheit zur Diskussion mit den Marxisten, was beim kirchlichen Programm jetzt unmöglich war. Marxisten sahen die Ausländer nur beim Staatsempfang. Aber auch da war der Dialog nicht gerade einfach.

Die Reformationsfeiern waren so gleich von Anfang an von vielen Schwierigkeiten umgeben. Das hatte natürlich auch seinen Einfluß auf Ton und Inhalt des Dargebotenen. Die Grußworte der Ausländer, die Vorträge und Predigten waren mit kleinen Hinweisen auf die politischen Streitigkeiten versehen. Der große humane Beitrag Luthers, die Menschen von der falschen und unkontrollierbaren Autorität der übernatürlichen Macht zu befreien und zum Dialog mit der Welt herauszufordern, bekam so keine Chance. Dialog mit der Welt gab es nicht in Wittenberg.



An und für sich war das eine traurige Sache. Die marxistischen Historiker und Wissenschaftler haben ihr Lutherbild in den letzten Jahren sehr revidiert. Die frühere Auffassung, nach der Luther als Antisemit und Bauernmörder vorgestellt wurde, hat einem neuen Luther Platz gemacht: dem Anführer der „frühbürgerlichen Revolution“ und dem Wegbereiter der fortschrittlichen Humanität, die jetzt dann natürlich im Kommunismus zur vollen Frucht kommt. Dieses neue Lutherbild wird von den Kirchenhistorikern natürlich auch mit Skepsis aufgenommen. Man sollte dabei aber nicht übersehen, daß das Wandeln des Lutherbildes an sich eine Möglichkeit zum Dialog darstellt. Es war der Eindruck mancher Gäste, daß die Kirche in der DDR diese Möglichkeit nicht nur nicht wahrnimmt, sondern sie auch kaum sieht. „Wie könnte Götting, der CDU-Chef, eineinhalb Stunden über die Reformation reden, ohne auch nur einmal von Christus oder von Gott zu reden“, rief ein Bischof empört aus, während des Staatsempfangs.

Die Kirche in der DDR macht den Eindruck, mehr das mangelnde Lutherverständnis der Marxisten und ihrer Mitläufer kritisieren zu wollen, als ihrer eigenen Aufgabe, den Einfluß von Luthers Glauben klarzumachen, nachzukommen. Man kann doch von Marxisten kaum erwarten, daß sie Luthers Frömmigkeit als maßgebend für sein Auftreten annehmen. Es sollte der Kirche darum gehen, zusammen mit den Marxisten ein Gesamtbild vom Bruder Martin zu bauen und nicht das Primat der Theologie den Historikern gegenüber mit einem einseitigen Beitrag zu erpressen.

Ich sprach während meines Aufenthaltes in der DDR mit einem bekannten englischen Theologen, der kluge Bemerkungen zu diesem Thema zu machen wußte. Er sagte so ungefähr, daß die Kirche in der DDR nach seinem Verstehen nur zu einem institutionalisierten Dialog bereit ist. Dies sollte aber überhaupt nicht Dialog heißen, so sagte er.

Ein Streitgespräch zwischen Kirche und Staat auf der Ebene der Kirchenleitung und der Funktionäre kann kein echter Dialog sein, weil beide Parteien ihres Amtes wegen altbegründete Interessen haben, die sie nicht aufgeben könnten, ohne ihr Amt zu verleugnen. Dialog kann nur geführt werden von institutionell freien Menschen, die bereit und fähig sind, ihre Meinung und ihre Überzeugung zu riskieren. Schlimm wird es, wenn die Kirchenleitung aus ihrer eigenen Unfähigkeit zum Dialog heraus auch den Dialog der anderen als unmöglich oder unerwünscht erklärt. Und die Mitbrüder, die es wagen, mit den Marxisten ein verständnisvolles Gespräch zu beginnen, als Mitläufer oder als eine neue Ausgabe der Deutschen Christen ansieht. Denn so entsteht eine Kettenreaktion. Die Dialogisten verleumden die Kirchenleitung, weil ihr Dialog von der Kirche mit Mißtrauen betrachtet wird. Der Staat lächelt sich dabei ins Fäustchen, weil auch bei ihm kein wirkliches Verständnis für den Dialog und kein echter Wille zum Gespräch vorliegt. Die Marxisten, die ehrlich nach einem neuen Theologie- und Kirchenverständnis suchen – und die gibt es auch –, können kaum Gesprächspartner finden, die irgend etwas repräsentieren und offen sind für ein gemeinsames, hartes, sachgemäßes und produktives Gespräch.

Es ist mit dem Dialog wie mit der Frage nach der Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland. Der Besucher, der dem Gedanken einer vereinten Kirche in den zwei deutschen Staaten sympathisch gegenübersteht, versteht jedoch nicht, warum die Einheit des Protestantismus mit einer solchen Leidenschaft verteidigt wird, während die Einheit mit den anderen Kirchen im selben Raum, vor allem mit den katholischen, kaum mit dem gleichen Enthusiasmus angestrebt wird. Auch im ökumenischen Bereich macht sich die Kirche sehr institutionalistisch an die Probleme heran.

Wie formal die Ökumene behandelt wird, zeigt sich im Sprachgebrauch, wo man als Ausländer immer als „Gast aus der Ökumene“ bezeichnet wird. In Wittenberg kam diesmal noch dazu, daß die Gäste-Klasse unterteilt war in die zwei Kategorien „Westökumene“ und „Ostökumene“. Eine solche semantische Gymnastik kann natürlich sehr



unschuldig sein. Aber sie verrät ein vorökumenisches Denken, das nicht dazu helfen kann, die von den Kirchen so bedauerte Isolation aufzuheben oder zu durchbrechen. In gewisser Hinsicht macht es diese primitive Auffassung von Ökumene dem Staat auch leichter, Christen aus dem Ausland als normale Touristen und nicht als Brüder zu behandeln. Auch die merkwürdige Isolation zwischen Wittenbergbesuchern aus dem Westen und denen aus dem Osten wurde ermöglicht, weil diese Terminologie verwendet wurde.

So haben wir denn gelernt in Wittenberg, daß Reformation zu feiern eine komplizierte Sache ist. Und auch hinter diesen Äußerlichkeiten und hinter dem sehr gut vorbereiteten Programm waren die Probleme nicht einfacher. Während der Vorbereitungen ging es in der Diskussion vor allem um die beiden Fragen: „Was gibt es eigentlich zu feiern? Und was ist das Wesen der Reformation?“ Dabei sind natürlich viele gute und interessante Bemerkungen gefallen. Es sei falsch, die Reformation nur als geistliches Ereignis zu sehen, hörten wir, ohne dabei den kulturellen und politischen Kontext mit in Betracht zu ziehen. Die Reformation, wurde gesagt, kann nicht als Anlaß zum Antikatholizismus verwendet werden. Reformation kann nur gefeiert werden, indem man selbst reformierend und reformatorisch lebt. Die Reformation muß aktualisiert werden in unserer Epoche usw. usw. Und doch haben sich die Festbesucher in Wittenberg die Frage gestellt, was los war mit der ganzen Feier.

Im Grunde genommen war es natürlich nicht der Ärger mit dem Staat. Den könnte man selbst betrachten als Beitrag zur tieferen Verbundenheit. Es war auch nicht der etwas paternalistische Stil der Vorbereitung, wobei Gäste und Feierende immer wieder nur zuhören mußten – und daß es keine Diskussionsmöglichkeiten oder Chancen zur Aussprache gab. Denn die Vorträge und Predigten waren an und für sich gut und erbaulich. Nein, die Schwierigkeiten lagen tiefer, und man sieht auch dieselben, wie sie bei den vielen Reformationsfesten in anderen Ländern eine Rolle gespielt haben. Es sind die Aggiornamento-Bewegung in der katholischen Kirche und die nicht zu bewältigende Radikalität der Reformation. Diese zwei Themen, so haben wir in Wittenberg erfahren, gehören grundsätzlich zusammen.

Zuerst die neue Situation in der katholischen Kirche: In Wittenberg wurde natürlich kein Antikatholizismus getrieben, im Gegenteil, dies wurde abgelehnt. In verschiedenen Predigten und Vorträgen wurde über die Reform in Rom berichtet. Nur immer wieder wurde dann gesagt, daß bei aller Freude und aller Hoffnung die großen Probleme zwischen den Konfessionen natürlich auch weiter bestehen und genauso groß bleiben wie zuvor und daß sie den Konflikt mit der alten Kirche des Westens auch weiter notwendig machen. In diese Bemerkung hinein hat Dr. Blake, der Generalsekretär des Ökumenischen Rates, etwas gesagt, was nur von wenigen Leuten gehört wurde und doch außerordentlich wichtig ist. „Wir wissen“, sagte er während des Gottesdienstes am 31. Oktober, „daß es keinen Weg zurück gibt in die katholische Kirche. Wissen wir aber auch, daß es keine Wiederholung der lutherischen Reformation gibt?“

Ich meine, daß hier der Nagel genau auf den Kopf getroffen wird. In Wittenberg wurde es wiederholt gesagt, daß jetzt, in unserem Jahrhundert, nach 450 Jahren, die Reformation wieder von der ganzen Kirche gefeiert werden kann. Alle Kirchen rufen jetzt nach Erneuerung, die erwartet wird durch eine Wiederentdeckung der Bibel und eine missionarische Umprägung von Glaubenskonzepten und Kirchenstrukturen. Diese Tatsache könnte an und für sich den Reformationstag zum größten kirchlichen Fest des Kirchenkalenders machen. Wenn dies aber nicht passiert und die evangelischen Christen versuchen, das Reformationsfest als ihre spezifische Feier zu sehen, zu der schließlich dann auch die Katholiken willkommen sind – und Katholiken sich am 31. Oktober über die Reformation des 16. Jahrhunderts beugen und mit ökumenischer Courage „Ein feste Burg ist unser Gott“ singen –, dann wird das große Ereignis unserer Epoche verkannt. Und das geschah in Wittenberg, wo niemand es wagte, vollmündig die ka-

tholische Kirche zur Reformation zu empfangen. Oder noch mal anders gesagt: Zuerst haben die evangelischen Kirchen gesagt, Rom soll sich reformieren. Und jetzt, nachdem dies passiert, sagen die evangelischen Kirchen, Rom bekehrt sich nicht zur Reformation, wie sie im 16. Jahrhundert *vorgeschrieben ist*. Und damit haben sie dann auch den Weg der Reformation in die Zukunft gleich angegeben.

In Wittenberg hörten wir viel von der Nachfolge Luthers, von dem evangelischen Leben und der Freiheit. Aber was den Feiern einen großen Impuls hätte geben können, namentlich, den Aufruf Roms zur Reformation als auch an uns gerichtet zu verstehen, das geschah nicht. Wir feierten in Wittenberg *unsere* Reformation und wagten es nicht, die Positionen zu verlassen, auf denen evangelische Christen abwarten, bis der Papst seine Unfehlbarkeit, das spätere Mariendogma und das ganze Gebäude der *analogia entis* aufgibt. Wir wagten es nicht, die Erneuerungsbewegung in der katholischen Kirche als die unsrige zu bezeichnen.

Ich hatte stark das Gefühl, daß Wittenberg ein enttäuschendes Fest blieb, weil der wesentliche Kairos unserer Zeit nicht gesehen wurde. An und für sich ist dies durchaus verständlich. Wenn wir Evangelischen zugeben, daß die Reformation jetzt die ganze Kirche des Westens umfaßt, wäre damit gleichzeitig eine Krise der Selbstidentität in den evangelischen Kirchen eingestanden, die eine tiefe Existenzfrage unumgebar macht. Für diese Fragen sind die evangelischen Kirchen offensichtlich noch nicht reif. Und deswegen ist die Reformationsfeier eine schwierige Aufgabe. Man redet dann viel von Dankbarkeit für das geschichtliche Ereignis, aber weiß nicht genau, wie diese Dankbarkeit aktualisiert werden kann. Weil die Aktualität der Reformation heute nicht nur eine peinliche Selbstkritik hervorruft, sondern auch das Erkennen der katholischen Reformation mit sich bringt. Und dazu sind die evangelischen Kirchen genausowenig bereit, wie die katholische Kirche im 16. Jahrhundert bereit war, die Wahrheit der lutherischen Reformation zu erkennen. Und doch kann man kaum Reformation feiern, ohne dieselbe Radikalität zu zeigen, die uns das reformatorische Erbe zumutet. Diese reformatorische Radikalität fehlte in Wittenberg. Es war alles zu vorsichtig, zu vornehm, zu ausbalanciert. Wie wir uns gesehnt haben in diesen Tagen nach einem Luther, der den kommunistischen Funktionären in Freiheit das Evangelium verkündet und der die einfache Wahrheit des christlichen Glaubens an die neuen und alten Atheisten weitergibt und mit klaren und starken Worten das immer wieder unglaubliche Evangelium dem Volk erzählt, so daß es in Freiheit sich für oder gegen entscheiden kann. Aber Luther war nicht in Wittenberg!

In gewissem Sinne kann man sagen, daß der Staat mit seiner Feier näher an die Radikalität der Reformation herangekommen war als die Kirche. Die kommunistische These, daß Luther ein „frühbürgerlicher Revolutionär“ gewesen ist und als solcher ein Vorläufer der heutigen Revolution, ist nicht schlecht. Die kommunistische These wird erst dann unglaubwürdig, wenn man Luthers demokratischen Beitrag erfüllt sieht in dem, was jetzt in der DDR passiert. Denn die freie Diskussion, zu der Luther mit seinen Thesen aufforderte, und die Verantwortlichkeit, die er mit der Bibelübersetzung und mit der neuen Kirchenordnung anstrebte, dies vermissen wir am meisten in diesem Staate.

Beim historischen Umzug am 30. Oktober wurde das jedem deutlich. Nach zwei Stunden historischem Umzug, wobei die ganze Geschichte Deutschlands an uns vorbeizog (und „beim Himmel“, nirgends hat man noch so viel Pferde wie in der DDR), kamen die Wagen mit den sogenannten „fortschrittlichen Schlagzeilen“ des neuen Regimes. Beim historischen Teil herrschte eine gute Stimmung. Um mich herum versuchten die Wittenberger und ihre 70 000 Gäste zu raten, was jeweils vorgestellt wurde. Das machte viel Spaß. Aber bei den Propagandawagen wurde es stiller. Die Leute liefen weg oder kommentierten freimütig – sei es auch leise. Die Schlagzeilen ließen namentlich nichts zu raten übrig. Sie waren doktrinär und geschrieben wie für kleine Kinder. Der sozialistische Staat zeigte sich auf diese Weise als vorreformatorisch.

Aber auch die Kirche hatte ihre eigene evangelische Geschichte noch nicht gemeistert. Am 28. gab es eine Jugendtagung, an der rund 1000 Jugendliche teilnahmen. Und schon am 27. gab es Diskussionsabende für junge Christen. Es schien uns anwesenden Ausländern, als ob da nur die Pfarrer redeten. Kaum sprachen die Jugendlichen selber. Sie saßen da, gehorsam, abwartend, zufrieden. Man sang, man spielte kirchliches Kabarett, aber ohne viel Leidenschaft. Und die Themen, die von den Pfarrern diskutiert wurden, waren kaum die einer christlichen Jugend in einem marxistischen Land. Will die Jugend die Bibel noch lesen? war eine vielgehörte Frage. Und darauf kam natürlich keine Antwort. Beim Abendmahl am 28. sagte jemand, daß es viel Vorreformatorisches gab in der evangelischen Kirche und daß im Vergleich dazu der Weltkongreß für das Laienapostolat, der vor zwei Wochen in Rom stattfand, *vollreformatorisch war*. Und das stimmte schon.

Am 31. Oktober zogen alle Festteilnehmer aus Ost und West in die zwei Kirchen, wo große Veranstaltungen stattfanden. Für die Kirche der DDR muß das eine große Sache gewesen sein. Denn die Kirche kommt kaum mehr an die Öffentlichkeit. Und hier auch auf einmal zogen 600 Laien und Pfarrer durch die Straßen. Die meisten Pfarrer waren in Amtstracht. Orthodoxe, Norweger, Amerikaner und Anglikaner mit ihren farbigen Gewändern machten diesen Umzug zu einer für viele unvergeßlichen Demonstration. Aber am meisten fielen zwei Offiziere der Heilsarmee auf. Ihre militärische Erscheinung muß auf die DDR-Bürger, die in den letzten 15 Jahren keine Heilsarmee-Uniform gesehen haben, einen sonderbaren Eindruck gemacht haben.

Man kann sich natürlich auch fragen, welchen Eindruck dieser schwarze Umzug auf die Marxisten machte. Wie es auch sei, in jedem Fall haben die Fotogeschäfte eine gute Zeit gehabt. Die Straße war gesperrt von den Amateur-Fotografen. Aus einem Fenster sahen einige Volkspolizisten schweigend zu. Am Rande der langen Straße befanden sich auch DDR-Pastoren, die nicht mitzogen, weil sie einen solchen Umzug als provokatorisch im schlechten Sinne fanden. Bei den beiden Kirchen, der Schloßkirche und der Stadtkirche, stand eine große Menge von Leuten, die keinen Platz in den Kirchen gefunden hatten. Für sie wurde der ganze Gottesdienst durch Lautsprecher übertragen. Genehmigung dafür mußte zwei Monate lang bei der Polizei erkämpft werden. Man erzählte uns, daß eine ganze Schar von Polizisten in Zivil sich unter die Zuhörer mischte, um die Reaktion der Gemeindeglieder zu prüfen.

Aber alles verlief sehr ruhig. Vor einer Wiederholung der Reformation mußte niemand in Wittenberg Angst haben.

Auch der Rat der EKD hat sich in einer Presseverlautbarung vom 18. November 1967 kurz zu den Reformationsfeiern geäußert:

Der Rat würdigte die große Zahl bedeutsamer Veranstaltungen in beiden Teilen Deutschlands und erkannte dabei dankbar den großen Raum an, den Fragen der Reformation in Presse, Rundfunk und Fernsehen in Westdeutschland eingenommen haben. Die Reformation sei stärker als je zuvor als ein auf die Gegenwart einwirkendes, die ganze Christenheit angehendes ökumenisches Ereignis in Erscheinung getreten. Dabei wurde die starke römisch-katholische Anteilnahme besonders hervorgehoben.

Die Berichte über die zentralen Reformationsveranstaltungen in Wittenberg ergaben ein zwiespältiges Bild. Der Rat bedauerte auf der einen Seite die vielfachen Behinderungen der Vorbereitung und der Durchführung dieser Veranstaltungen von staatlicher Seite. Auf der anderen Seite aber müsse anerkannt werden, daß das Wort der Reformation für heute bei den Feiern in der DDR klar zum Ausdruck gekommen sei. Die Beanspruchung Martin Luthers für einseitige politische Anliegen und weltanschauliche Zwecke weise zurück auf vergleichbare Erscheinungen in der Vergangenheit, in der die Reformation unter Beteiligung von Theologie und Kirche immer wieder



neu zum Kronzeugen für wechselnde politische, geistige und gesellschaftliche Interessen gemacht worden sei. Es komme für die Verkündigung der Kirche darauf an, nicht in alte und neue Fehler dieser Art zu verfallen.

Als eine besondere Frucht des Reformationsjubiläums muß angesehen werden, daß ein gewisser Wandel im Lutherbild und im Verständnis der Reformation in der Geschichtsforschung der DDR in Erscheinung getreten ist und seinen Niederschlag in einer Reihe von Publikationen in der DDR gefunden hat. Zu nennen sind die Veröffentlichungen:

1. 450 Jahre Reformation, ed. Leo Stern und Max Steinmetz, Redaktion Erhard Voigt und Gerh. Brendler, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1967 (Jubiläumsband).

2. Herbert Trebs: Martin Luther heute, Größe und Grenze des Reformators in sozialhistorischer Sicht, Union Verlag, Berlin 1967.

3. Reformation und Revolution, ed. Gerald Götting (versch. Beiträge), Union Verlag, Berlin 1967.

4. Gerhard Zschäbitz: Martin Luther – Größe und Grenze I, 1483–1526, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1967.

Dazu liegt von kirchlicher Seite ein bisher ungedruckter ausführlicher Bericht vor, dem wir hier die „Zusammenfassung“ entnehmen:

### *1. Martin Luther – als Exponent seiner Zeit und Gesellschaft*

Die in den letzten Jahren übliche positivere Bewertung Luthers geht parallel mit der festen Einordnung der Reformation in das marxistische Geschichtsbild in den Rahmen der frühbürgerlichen Revolution. Von diesem entscheidenden Platz her, den die Reformation als auslösendes Moment und erste Phase der frühbürgerlichen Revolution in diesem Geschichtsaufriß einnimmt, konnte Luther gar nicht durchgängig negativ beurteilt werden. Doch geht dieser positiven Bewertung parallel eine, kraß ausgedrückt, immer stärkere „Entmündigung“ Luthers als Persönlichkeit. Die individuelle Persönlichkeit Luthers tritt hinter dem „Funktionär“ Luther, dem Exponenten der gesellschaftlichen Umstände, der Strömung seiner Zeit, zurück. Er bewegte nicht selbst, er wurde bewegt, nicht er prägte seine Zeit, seine Zeit prägte ihn. Kaum wird in der marxistischen Literatur in irgendeiner Weise die Eigenständigkeit Luthers betont, deutlich nur ein einziges Mal in dem Artikel von Gerhard Brendler in dem Jubiläumsband „Reformation und Fortschritt“: „In ihren subjektiven Intentionen wie auch in den tatsächlichen Resultaten wahrte sie (die Reformation) ein gewisses Eigengewicht. Luther ging es um das Evangelium! Die relative Selbständigkeit ideologischer Phänomene wirkte sich auch hier aus.“

Als Luthers Verdienst wird in den marxistischen Belegen anerkannt, daß er sich nicht gegen den Strom seiner Zeit stellte, sondern ihn mit vorantrieb, dies aber natürlich innerhalb der Gebundenheit seiner Klassenposition.

Positiv und befruchtend auch für die Theologie ist die genauere Beleuchtung und Beurteilung der „Klassenherkunft“ Luthers, die Betrachtung der gesellschaftlichen Umstände seiner Zeit.

### *2. Die Gegenüberstellung Reformation – Revolution*

In der marxistischen Literatur nimmt die Gegenüberstellung Reformation – Revolution einen breiten Raum ein, ja, sie ist das Thema der Publikationen zur 450-Jahr-Feier, der Punkt, um den es geht. Die Reformation, oft als kirchliche Bewegung ein wenig an



den Rand gedrückt, rückt nun in den Mittelpunkt des Geschichtsbildes: Mit ihr hat es begonnen, was in das kommunistische Ziel der klassenlosen Gesellschaft einmünden soll. Hier ist der erste Beweggrund! Darum spannt man den Bogen von 1517–1917 und von da dann bis in die Gegenwart der DDR. Diesen Zusammenhang will man allen Bürgern ins Bewußtsein rufen. Es wird erklärt, warum eine kirchlich-theologische Bewegung diese große Bedeutung haben konnte: Die Papstkirche war damals „das große internationale Zentrum des Feudalismus (Engels). Sie mußte in den Fundamenten erschüttert werden, was nur durch die Theologie geschehen konnte (siehe dazu den Abschnitt IIa). Doch durch die Einmündung der plebejischen Massen in diesen Strom bekam die Bewegung ein anderes, stärker revolutionäres Gesicht und richtete sich nun auch gegen die weltlichen Zentren des Feudalismus, gegen die Territorialfürstentümer.

Luther und Müntzer, Reformation und Bauernkrieg werden aus ihrer gegensätzlichen Stellung in ein neues Verhältnis gerückt: Luther und Müntzer stehen nur als zwei Repräsentanten einer Bewegung nebeneinander. Ein jeder ist aus seiner Klasse hervorgegangen und von daher zu seiner speziellen Aufgabe berufen.

Zweifellos widerfährt mit der Besinnung auf die klassenmäßige Herkunft jener beiden Repräsentanten sowohl Luther wie auch Müntzer mehr Gerechtigkeit: Luther wird die Abstempelung als „Fürstenknecht“ genommen und Müntzer ein wenig von der Gloriele, die er in der marxistischen Literatur bisher hatte.

### *3. Die Reformation in ihrer Bedeutung für die Entwicklung zur Nation*

Auf diesem Gebiet, vor allem auf dem Sektor der Sprache, rückt die marxistische Beurteilung an die Wertung heran, die Luther in der Theologie und der Germanistik bisher widerfahren ist. Von diesem unzweifelhaften Verdienst Luthers wird nichts abgestrichen. Es wäre nur zu fragen, ob die Reformationszeit diesen Begriff der „Nation“, der ihr aufgeprägt wird, überhaupt schon gekannt hat oder ob hier nicht heutige Kategorien in jene Zeit übertragen werden, was zu einem unhistorischen Verständnis dieser Zeit verleiten könnte.

### *4. Die Deutsche Demokratische Republik als Erbe und Vollender der Reformation*

Hier wird im Anschluß an das Manifest des VII. Parteitages eine marxistische Maxime aufgestellt, wie sie radikaler nicht zu denken ist: Die DDR ist der Ort, auf den jener Geschichtsfluß zulief und Erfüllung und rechte Ausdeutung erfuhr. Es bleibt hier nur für den Betrachter die Frage offen, ob, auch bei positivistischer Bewertung der Ziele der DDR, das, was die Reformation, was Luther gewollt, je in einem Staat mit atheistischer Grundlage auf der ganzen Linie Erfüllung finden kann.

### *5. Praktisch-erzieherische Ziele der staatlichen Reformationsfeiern*

Es ist wesentlich, daß die marxistischen Reformationsfeiern nicht „Gedächtnisfeiern“ im alten Sinne sind, sondern praktisch-erzieherische Ziele von vornherein im Blick haben. Diese Massenveranstaltung soll bei den Massen das Geschichtsbewußtsein vertiefen, denn das marxistische Geschichtsbild kann nur dann seine Früchte tragen und wirklich zum Geschichtsbild des Volkes werden, wenn es voll in das Bewußtsein der Bürger gedrungen ist. Diese Zielsetzung bewegt sich im Rahmen dessen, was mit dem Plan der Bewußtseinsänderung der Bürger der DDR auf den letzten Parteitag der SED propagiert wurde.

Die angestrebte, aber wohl kaum in dem weitgespannten Rahmen verwirklichte Zusammenarbeit zwischen Christen und Marxisten bewegt sich in der Vorstellung von

der „Sozialistischen Menschengemeinschaft“, in der unter dem Dach „Sozialismus“ auf der gemeinsamen Grundlage „Humanismus“ Menschen verschiedener Weltanschauung miteinander am Aufbau des Sozialismus arbeiten.

Auf das Ganze gesehen, ist es ein Positivum, daß zweifellos von ernststen marxistischen Forschern zum Reformationsjubiläum 1967 Impulse ausgegangen sind, die die theologische Forschung zu befruchten, sie von einer einseitigen Stellungnahme abziehen und zum Nachdenken und Nachforschen anzuregen vermögen.

### *c) Öffentliche Verantwortung der Kirche*

Auch in diesem Berichtsraum haben die Kirchen in der DDR ihre öffentliche Verantwortung nicht vernachlässigt. Eine Reihe von Erklärungen und Stellungnahmen behandelt sowohl Fragen der DDR selbst, das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander wie auch die Bedrohung des Weltfriedens. So heißt es in einer Entschließung des östlichen Teiles der Tagung der EKD-Synode in Fürstenwalde, auf die später noch ausführlicher einzugehen sein wird (s. S. 218; s. auch in Abschnitt I, S. 12 ff.), vom 7. April 1967 zur vormilitärischen Ausbildung der Jugend und zum Friedensdienst junger Christen:

Die Bereitschaft junger Christen zum Friedensdienst kann in unserem Volke Folgen haben, die uns zu einer besonderen Verantwortung rufen. So erschrecken wir darüber, daß wir in Schulplänen der Oberschule die vormilitärische Ausbildung und in Schulplänen der Fach- und Hochschulen eine Waffenausbildung obligatorisch eingebaut finden. Es werden Bausoldaten, deren Ersatzdienst der Nationale Verteidigungsrat gesetzlich anerkennt, bezichtigt, ihre Studienpflicht nicht ausreichend zu erfüllen. Warum erschwert man jungen Christen, in der Gesellschaft heimisch zu werden? Warum drängt man sie, um ihres Fortkommens willen nicht auf ihr Gewissen zu hören, Gelübde und Eid nicht ernst zu nehmen und opportunistisch zu entscheiden? Wir sind dankbar für jede Regelung von Einzelfällen. Aber geht es hier nicht um mehr? Wir bedauern daher, daß ein erbetenes Gespräch auf hoher staatlicher Ebene den leitenden Brüdern der Kirche immer noch nicht gewährt wurde, und erwarten dazu bald Gelegenheit. Um der Menschen willen, denen Gott sein Heil zugesdacht hat, um des Volkes und der Welt willen, in der Gott uns heute unsern Dienst gibt, trägt die Kirche auch eine politische Mitverantwortung und darf nicht aufhören, sie mit ihrem Dienst einzulösen. Wir danken den Brüdern des Rates und der Kirchenkonferenz für allen fürsprechenden Dienst in oft bestrittener Funktion.

Kennzeichnend für die Bemühungen kirchlicher Persönlichkeiten um eine Verbesserung des Klimas und des Verkehrstones zwischen der DDR und der Bundesrepublik ist ein Briefwechsel zwischen Bischof D. Johannes Jänicke, Magdeburg, und Bischof D. Kurt Scharf, Berlin, damals noch Vorsitzender des Rates der EKD:

#### 1. BISCHOF JÄNICKES BRIEF AN BISCHOF SCHARF VOM 2. JANUAR 1967

*Lieber Bruder Scharf!*

Lassen Sie sich zunächst von mir mit brüderlichen Grüßen und herzlichen Segenswünschen am Beginn des neuen Jahres grüßen! Gott schenke Ihnen viel Weisheit und Kraft von oben, daß Sie Ihr Amt ausrichten zu Seiner Ehre und zum Heil der Ihnen

anvertrauten Gemeinden und anbefohlenen Brüder! Er schenke Ihnen persönlich auch Gesundheit und Frische und lasse Sie unter den vielfältigen Aufgaben nicht müde werden! Sie wissen, daß wir ständig und treulich Ihrer gedenken.

Ob Ihnen wohl bekannt geworden ist, daß ich vor einigen Wochen an den Redakteur für kirchenpolitische Fragen in der „Neuen Zeit“, Herrn Eberhard Klages, geschrieben und ihm meine Sorgen wegen des von ihm gegen Sie, lieber Bruder Scharf, veranstalteten Trommelfeuers ausgesprochen habe? Meine Sorgen nicht um Sie, lieber Bruder Scharf, sondern um ihn und um die an sich schon geringe Glaubwürdigkeit der von ihm vertretenen Presse! Ich habe Herrn Klages geschrieben, es gebe hier genug Menschen, die Bischof Scharf besser kennen und wüßten, daß er kein Vertreter der „Militärkirche“ sei, als der er in der „Neuen Zeit“ immer wieder hingestellt würde. Bischof Scharf sei auch kein Vertreter der Hallstein-Doktrin, habe vielmehr den Vorschlag, durch ein gesamtdeutsches Gremium von Fachleuten eine Konföderation beider deutscher Staaten vorzubereiten, erneut aufgegriffen (– so war ich wenigstens unterrichtet worden!). Nun antwortet mir Herr Klages unter dem 22. November 1966 und legt seiner Antwort Fotokopien von Zeitungsausschnitten bei, die meine Aussagen widerlegen sollen, u. a. die Fotokopie eines Ausschnittes aus der „Neuen Ruhrzeitung“ vom 1. November 1966, nach welchem Sie eine „flexiblere Anwendung der Hallstein-Doktrin“ und ein „Maximum an Kontakten mit dem anderen Teil Deutschlands, die in erster Linie der Bevölkerung und nicht dem Staatsapparat der DDR zugute kommen“, befürwortet haben sollen.

Wieweit diese Auszüge Ihren Ausführungen entsprechen, kann ich natürlich hier nicht feststellen. Ich kann es auch verstehen, daß solch ein Wort von der „flexibleren Anwendung der Hallstein-Doktrin“ in der BRD schon ein hohes Maß von Erweichung der politischen Linie des Westens bedeutet, vielleicht schon ein Ärgernis erregendes Maß. Immerhin steht ja das Wort von der Hallstein-Doktrin nun doch da und steht gegen meine Behauptung, Sie seien kein Vertreter der Hallstein-Doktrin. Bin ich nun durch Ihre Ausführungen ins Unrecht gesetzt? Oder sollen Ihre Worte als ein Schritt zur Durchlöcherung der Hallstein-Doktrin gewertet werden (die ja schon manigfach durchlöchert ist)? Geben Sie mit Ihren Ausführungen Herrn Klages vielleicht doch etwas recht, der Sie als einen Vertreter der westlichen CDU- (und leider auch SPD-) Politik hinstellt und Sie im Freund-Feind-Schema auf die Seite der Feinde der DDR stellt?

Vielleicht ist das alles sehr primitiv gefragt, und vielleicht ist das noch einfältiger, was ich jetzt noch sagen will. M. E. kommen wir in keiner entscheidenden Frage weiter, solange die Hallstein-Doktrin – die eben doch eine der Wirklichkeit nicht entsprechende Doktrin ist! – nicht freimütig und aufrichtig als ein nicht mehr zu haltender Standpunkt erkannt und erklärt wird und, was damit zusammenhängt, ja damit fast identisch ist, solange der Alleinvertretungsanspruch der BRD nicht als ein de facto unmöglicher Anspruch erkannt und erklärt wird.

Das Scheitern der Passierscheinverhandlungen bedeutet für viele Hunderttausende einen großen Kummer und einen Schatten über dem Weihnachtsfest (auch für mich persönlich, der ich nach dem Tode meiner lieben Frau das Zusammensein mit den Brüdern meiner Frau und meinen Brüdern, die fast alle in West-Berlin wohnen, besonders ersehne und brauche – aber das ist wirklich nur in Klammern gesagt; es gibt menschlich viel tragischere Fälle!). Wir wissen, daß die Verhandlungen letztlich deswegen scheiterten, weil die DDR mit der Unterschrift zugleich eine De-facto-Anerkennung erreichen wollte. Ich will mir kein Urteil darüber erlauben, wen hier die größere Schuld am Scheitern der Verhandlungen trifft. Es ist aber doch einfach so: Millionen wünschen es und ersehnen es und halten es auch für möglich, die verantwortlichen Politiker aber wollen ihr Gesicht nicht verlieren und sagen deshalb: Es geht nicht!

Von Ihnen nahestehender Seite wurde mir gesagt, Sie hätten durch die Denkschrift

zur Vertriebenenfrage schon einen derartigen Sturm der Proteste und des Widerspruchs, auch persönlicher Anfeindungen und Bedrohung erfahren, daß Sie mit einer allzu deutlichen Erklärung über die Hallstein-Doktrin das Prestige der EKD erneut in einer nicht mehr verantwortbaren Weise aufs Spiel setzen würden. Ich kann mir nicht denken, daß für Sie, lieber Bruder Scharf, dieser taktische Gesichtspunkt entscheidend wäre. Viele haben es mit mir bei der Denkschrift doch so empfunden: Gott sei Dank, daß die EKD es wagt, Ärgernis hervorzurufen und sich bei gewissen Kreisen unbeliebt zu machen!

Eines Tages wird auch die Hallstein-Doktrin fallen, die jetzt noch – aus welchen Gründen immer, gewiß auch aus wohlüberlegten und verständlichen Gründen – mühsam aufrechterhalten wird. Wieviel menschliche Not damit verbunden ist, haben wir täglich vor Augen. Wäre es nicht ein Stück echter Diakonie, wenn die Kirchen hier zu den Avantgardisten gehörten? Die Sache ist reif und überfällig. Wird die Kirche dann, wie so oft, in der Nachhut sein und sagen: Eigentlich haben wir das schon lange gemeint, wir haben es nur aus taktischen Gründen nicht so deutlich sagen können?

Lieber Bruder Scharf! Bitte verargen Sie mir diesen Erguß eines politisch sicherlich ziemlich unterbelichteten Bruders aus der DDR nicht! Sie haben das ja nun schon öfter erlebt, daß ich gelegentlich solche Briefe zu schreiben mich gedrängt sehe, vor ca. drei Jahren an einige kirchenleitende Brüder in der BRD, vor zweieinhalb Jahren an Erhard und Gerstenmaier – um der Verantwortung willen, die ich für die Menschen hier und ihre Nöte trage!

Ach, daß wir nicht darüber sprechen können – es ist ein großer Jammer!

Seien Sie sehr herzlich begrüßt von Ihrem Ihnen innig und brüderlich verbundenen

D. Jänicke

## 2. BISCHOF SCHARFS BRIEF AN BISCHOF JÄNICKE VOM 13. FEBRUAR 1967

*Lieber Bruder Jänicke!*

Vielen Dank für Ihren Brief vom 2. Januar 1967, dessen brüderliche Grüße und Wünsche ich herzlich erwidere.

Das Zitat aus der „Neuen Ruhrzeitung“, das man Ihnen vorgelegt hat, stammt nicht aus dem Text meines Interviews, sondern aus einem Vorwort, das der interviewende Journalist zusammengestellt hat, das ich aber nicht autorisiert habe. Natürlich muß es der Kirche in erster Linie um die Menschen und ihre Gemeinschaft gehen. Aber es liegt mir persönlich und auch der Kirche nach ihrem Obrigkeitsverständnis fern, Bevölkerung und Staat gegeneinander auszuspielen.

Wenn ich im übrigen von einer flexibleren Anwendung der Hallstein-Doktrin gesprochen habe, so habe ich mit dieser Forderung starre Fronten durchbrechen wollen. Darum haben wir als Kirche die Passierschein-Verhandlungen von Beginn an und in jedem Stadium der Erörterung unterstützt und bedauern sehr, daß es diesmal zu Weihnachten nicht zu einer Vereinbarung gekommen ist. Die kürzlich mitgeteilte verlängerte Öffnung der Härtestelle gibt uns neue Hoffnung und die Möglichkeit, auch hier darauf hinzuwirken, daß starre Fronten aufgerissen werden.

Die Kirche praktiziert keine Hallstein-Doktrin und keinen Alleinvertretungsanspruch. Schon die EKD-Synode 1956 hat im Hinblick auf die Regierung der DDR erklärt: „Das Evangelium rückt uns den Staat unter die gnädige Anordnung Gottes, die wir in Geltung wissen, unabhängig von dem Zustandekommen der staatlichen Gewalt oder ihrer politischen Gestalt.“ Diese Synodalerklärung habe ich mitverfaßt. Ich bemühe mich, sie auch meiner DDR-Obrigkeit gegenüber zu praktizieren.

Erlauben Sie, daß ich im übrigen noch einmal zitiere, was ich unserem Bruder Krummacher 1965 geschrieben habe: „Wir haben uns als Kirche von der Hallstein-Doktrin nie betroffen gefühlt und haben uns nie an sie gebunden. Da die EKD als kirchliche



Gesamtorganisation von Anfang an bis heute in beiden deutschen Teilgebieten präsent ist, haben wir beispielsweise auch bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, solange sie es wünschte, einen Bevollmächtigten unterhalten.“ Ich füge dem heute an: Wir sind bereit, solche Beziehungen wieder aufzunehmen oder auch einen Schritt weiterzuführen. So wäre es möglich, daß die EKD mit der Regierung der DDR einen Kirchenvertrag über beiderseitig interessierende Fragen abschließt. Dies wäre eine kirchliche Anerkennung, wie allein wir sie aussprechen können. Bisher hat die Regierung der DDR aber keinerlei Bereitschaft in dieser Richtung zu erkennen gegeben.

Von der innerkirchlichen Praxis muß die politische Spannung im innerdeutschen Leben unterschieden werden. Auch hierfür hat die Kirche eine Mitverantwortung, denn die Spaltung Deutschlands gefährdet den Frieden und die Menschlichkeit. Die Spannung entsteht aus sich gegenseitig ausschließenden staatsrechtlichen Ansprüchen der Bundesregierung und der Regierung der DDR. Mit der Politik der Nichtanerkennung der DDR ist oft eine diskriminierende Propaganda verbunden, die ich entschieden ablehne, wie ich ebenso jede Art der Erziehung zum Haß verurteile. Diskriminieren und Hassen ist nicht Sache der Christen. Unsere Sache ist Versöhnen und Verbinden. Darum kann die Kirche sich auch nicht mit Doktrinen identifizieren oder absolute Ansprüche anerkennen. Wir müssen immer wieder beide Seiten auffordern, über ihren politischen und ideologischen Ansprüchen die Leiden der Menschen nicht zu vergessen, die daraus entstehen.

In meinem Synodalbericht für 1965 habe ich erklärt, daß die EKD keine bestimmte staatsrechtliche Zuordnung der beiden deutschen Staaten zueinander vertritt. Die Kirche kann nur versuchen, Formen und Mittel der Verständigung zu empfehlen. So halte ich eine Konföderation der beiden deutschen Staaten schon lange für einen fruchtbaren Gedanken. Ich habe versucht, seine Verwirklichung dadurch zu fördern, daß ich einen gesamtdeutschen Rat zu bilden vorgeschlagen habe, der zwischen beiden deutschen Regierungen Vorsondierungen vornehmen und als Mittler fungieren könnte. Ich glaube, daß der Vorschlag des Staatsratsvorsitzenden in seiner Neujahrsansprache der Idee eines gesamtdeutschen Rates sehr nahe kommt. Auch ein gesamtdeutscher Rat müßte paritätisch besetzt sein. Auf jeden Fall müssen Formen des Übergangs gefunden werden, die, eben weil sie Übergangsformen sind, den endgültigen Zustand noch nicht fixieren können.

Die Denkschrift der Kammer für öffentliche Verantwortung zur Vertriebenenfrage hat uns allen, die wir sie verantwortet und vertreten haben, viel Anfeindung gebracht. Das darf uns aber nicht zu taktischem Verhalten in diesem oder jenem anderen Problem veranlassen. Die Lösung gerade auch der politischen Probleme steht und fällt mit der Wahrheitsfrage. Ich meine das im letzten und tiefsten Sinn. Solange eine Seite nur darauf aus ist, die andere ins Unrecht zu setzen, werden wir nicht einen einzigen Schritt vorankommen. Auch jede praktische Übergangsregelung muß der Absicht des Evangeliums dienen, in der Welt zu jeder Zeit neu Versöhnung unter den Menschen zu schaffen, Versöhnung, die nur der stiftet, der eine, der in seiner Person die Wahrheit ist.

Mit herzlichen, brüderlichen Grüßen in der Hoffnung auf ein Wiedersehen, bei dem wir die obigen Fragen noch genauer durchsprechen können, bin ich  
Ihr Scharf

Und schließlich war es die Zuspitzung des Vietnam-Krieges, die die Kirchen und Gemeinden in der DDR besonders bewegte und auch zu beträchtlichen Geldspenden veranlaßte. So heißt es in dem Tätigkeitsbericht der Kirchenleitung vor der Regionalsynode Ost von Berlin-Brandenburg am 13. Januar 1967:

Was kirchliche Stellungnahmen zu aktuellen Ereignissen anbetrifft, so war die Kirchenleitung weiterhin bemüht, von ihrem Auftrag her zu denken und zu sprechen, also

der Versöhnung zu dienen, auch wenn dabei politische Erwartungen enttäuscht werden mußten. Dieser Auftrag wird undeutlich, wenn die Kirche nicht die Freiheit behält, ihre eigene Stimme zu erheben, unvermischt mit der Stimme der Propaganda. Es bedarf keiner Worte, daß uns der schreckliche Krieg in Vietnam auf das schmerzlichste bewegt. Alle christliche Mitverantwortung für die Welt und alle Mitarbeit an ihren Problemen beginnt mit der Fürbitte. Es dürfte keinen Gottesdienst in unserer Kirche geben, in dem nicht regelmäßig für den Frieden in der Welt und sonderlich jetzt für Südostasien gebetet wird. Zum Gebet tritt das Opfer. Aus Mitteln von „Brot für die Welt“ sind bereits 700 000 MDN für Vietnam ausgegeben worden. Über das Internationale Rote Kreuz waren Bekleidung, Decken, Medizin und medizinisch-technische Einrichtungen nach Nordvietnam unterwegs. Der Weltrat der Kirchen hat bereits im Februar, ergänzt durch ein Telegramm vom Juli, ein Wort zur Vietnamfrage herausgegeben. Wir haben mit Bedauern feststellen müssen, daß es nicht möglich gewesen ist, dieses Wort in vollem Wortlaut in unseren kirchlichen Blättern zu veröffentlichen. Die Kirchenleitung hat die Stellungnahme aus Genf dankbar begrüßt und hat sie im vollen Wortlaut allen Superintendents zugeleitet. Gott gebe, daß sich an den Waffenstillstand zu Weihnachten und Neujahr eine weitere Waffenruhe anschließt, die einen Frieden vorzubereiten hilft.

Zum gleichen Gegenstand faßte die schon erwähnte Tagung der EKD-Synode in Fürstenwalde am 7. April 1967 folgende Entschlieung:

Die in Fürstenwalde versammelten Mitglieder der Synode der EKD haben sich durch den Bischofsbericht erneut an den Friedens- und Versöhnungsdienst der Kirchen in der Welt erinnern lassen. Die wachsenden politischen Spannungen, die Verhärtungen der Fronten und die ungeminderten kriegerischen Auseinandersetzungen erwarten den Einsatz der Christenheit für den Frieden auf Erden und eine Steigerung ihrer Anstrengungen. Nicht nur, aber entscheidend gefährdet ist gegenwärtig nach wie vor die Menschheit durch den grauenvollen Krieg in Vietnam. Über die in der Presse veröffentlichte und in den Gemeinden bekanntgewordene Sechs-Punkte-Erklärung des Exekutiv Ausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen vom Februar 1967 zurück dürfen wir die leider überhörte Erklärung des Ökumenischen Rates vom Februar 1966 nicht vergessen, die die Synode der EKD und mit ihr die Gliedkirchen sich vor Jahresfrist zu eigen gemacht hat und mit der die kämpfenden Parteien an den Verhandlungstisch gerufen wurden. Wir empfehlen der Synode, sich für die Gliedkirchen und ihre Gemeinden das sagen zu lassen, was der Ratsvorsitzende in einem Brief vom 17. Februar 1967 den Kirchenleitungen für den Dienst der Fürbitte empfehlend geschrieben hat. Er nennt folgende Möglichkeiten:

„Regelmäßige Fürbitte im Fürbittengebet des Hauptgottesdienstes; Friedensandachten – abwechselnd in den Kirchen einer größeren Stadt –; einmaliger Fürbittengottesdienst aus besonderem Anlaß; besondere Friedensandachten innerhalb von Gebetswochen, z. B. der Ökumenischen Gebetswoche. In diesem Sinne hat auch der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland beschlossen, den Schlußgottesdienst der bevorstehenden Tagung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland als einen Fürbittengottesdienst für die Erhaltung des Friedens in der Welt und für die Beendigung des Vietnam-Krieges zu halten.“

Die Synode hat dankbar davon Kenntnis genommen, daß die Aktion „Brot für die Welt“ mehrmals in der Lage war, in der Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz Hilfe nach Vietnam zu vermitteln. Die Synode unterstützt auch ihrerseits alle Bemühungen, aus den Mitteln „Brot für die Welt“ weitere Opfer für die Kriegsgeschädigten zu bringen. Mit den Gremien der Ökumene zusammen dürfen wir nicht nachlassen, die Stimme zu erheben und Taten der Hilfe zu leisten.

#### *d) Jugend- und Bildungspolitik des Staates*

Die schon früher verzeichnete Tendenz einer betonteren weltanschaulichen Ausrichtung auf dem Gebiete der staatlichen Erziehungs- und Bildungspolitik setzte sich auch in der Berichtszeit 1967 fort. Das gilt zunächst für die Jugendweihe und deren Vorbereitung, deren Ausbau weiter gefördert wurde. So bringt der Bericht des Zentralkomitees an den VII. Parteitag der SED im April 1967 eine neue Definition der Jugendweihe:

Zu einem bedeutsamen Faktor der klassenmäßigen Erziehung der Schüler des 8. Schuljahres und deren Vorbereitung auf die Arbeit und das Leben in der sozialistischen Gemeinschaft hat sich die Jugendweihe entwickelt. Sie bedarf jedoch einer größeren Unterstützung durch alle Parteiorgane.

Unter der Überschrift „Jugendweihe-Mode – Eine kleine Marktinformation“ bringt die „Berliner Zeitung“ vom 18. Januar 1967 diese Notiz:

Die Jugendweihe wird von Jahr zu Jahr zu einem bedeutungsvolleren gesellschaftlichen Ereignis. Nicht nur für Hunderttausende Jungen und Mädchen im Alter von 13 bis 14 Jahren, die mit dieser Feier symbolisch nach den Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung den Schritt in die Welt der Erwachsenen tun, sondern auch für ihre Eltern und Freunde, für die ganze Bevölkerung der DDR. In diesem Jahr sind es 220 000 Jungen und Mädchen, die in der Zeit vom 12. März bis zum 21. Mai ihr Gelöbnis zum Arbeiter-und-Bauern-Staat und zum Sozialismus ablegen werden. In Berlin werden rund 10 500 Jugendliche an der Jugendweihe teilnehmen. Das sind 95 Prozent der Schüler des achten Schuljahres. Seit Monaten bereiten sich die 14jährigen auf diese feierliche Weihe vor. Erfahrene Erzieher vermitteln ihnen ein wissenschaftliches Bild von den gesellschaftlichen Zusammenhängen. Exkursionen zu Mahn- und Gedenkstätten, Besuche in Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben, in Theatern und Museen erweitern ihr Weltbild. Immer deutlicher ist in den letzten Jahren das Bedürfnis dieser Jungen und Mädchen geworden, zu diesem gesellschaftlichen Ereignis richtig angezogen zu sein. Ihr Wunsch geht dahin, daß die Kleider und Anzüge für die Jugendweihe nicht nur feierlich, sondern auch lebensfroh, farbenfreudig und modisch sein sollen. Diesen vollauf berechtigten Wünschen ist unsere Konfektionsindustrie in den vergangenen Jahren nicht voll gerecht geworden ... In diesem Jahr sieht das Angebot wesentlich erfreulicher aus ... Die interessierten Jugendlichen und ihre Eltern haben Gelegenheit, sich am kommenden Sonntag durch zwei Modenschauen in der Kongreßhalle am Alex einen Überblick über das vielseitige Angebot zu verschaffen ...

Von Interesse ist die Betrachtung zur Einschätzung der Jugendweihe, die wir einem längeren Bericht der römisch-katholischen Herder-Korrespondenz über „Aspekte der psychologischen Situation in Mitteldeutschland“ entnehmen („Herder-Korrespondenz“, 21. Jg., 5. Heft, Mai 1967, S. 243):

So verbreitet noch die Aversion gegen politisches Engagement ist, so zahlreich sind auch die Kompromisse, die mit dem Ulbricht-Regime täglich geschlossen werden und die dem eigenen Fortkommen und der Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Existenz dienen. Diese Tendenz ist auch bei Christen anzutreffen. Eine der sichtbarsten Folgen dieser Situation ist der steigende Prozentsatz der Jugendlichen, die an der Jugendweihe teilnehmen. Da die Jugendweihe sowohl für das berufliche Fort-



kommen des Jugendlichen als auch für die berufliche Karriere der Erziehungsberechtigten von erheblicher Bedeutung ist, steigt die Teilnehmerzahl. Zwar ist der Steigerungsprozentsatz bei katholischen Jugendlichen nicht so hoch wie bei anderen Religionsgemeinschaften, doch auch hier gelingt es dem Regime, Einbrüche unter Druck zu erzielen. Parallel zu diesem Steigerungstrend sinken – wenn auch graduell unterschiedlich – die entsprechenden Ziffern für Taufen, Konfirmation bzw. Erstkommunion und Trauungen. Die stetige Beeinflussung der Bevölkerung gegen die Kirchen und gegen christliches Brauchtum hat Erfolge aufzuweisen.

Zahlreiche Jugendliche und deren Eltern sehen in der Frage der Jugendweihe auch keinen echten Entscheidungspunkt mehr. Die Jugendweihe wird vornehmlich als Bestandteil des üblichen ideologischen Solls empfunden, das man – wie manches andere auch – über sich ergehen lassen muß. Der Jugendweiheunterricht (der praktisch nur eine Ergänzung zum atheistisch geprägten Unterricht darstellt) und die Jugendweihe selbst hinterlassen im allgemeinen auch keinen besonders nachhaltigen Eindruck bei den Jugendlichen. Beides wird als Soll gewertet, welches man zweckmäßigerweise durch Lippenbekenntnis erfüllt. Die Jugendweihe wird daher unbedeutender.

Über die Vorbereitung auf die Jugendweihe berichtet „Neues Deutschland“ am 19. September 1967:

225 000 Mädchen und Jungen nehmen im Schuljahr 1967/68 an der Vorbereitung auf die Jugendweihe teil. Am Wochenende gaben feierliche Veranstaltungen in vielen Schulen dazu den Auftakt. Die diesjährigen Jugendstunden stehen unter dem Leitmotiv: „Die Welt und ihre Gesetze erkennen – hohe Leistungen für das sozialistische Vaterland vollbringen – sinnvoll und glücklich leben!“ Die Jugendstunden führen die Teilnehmer wiederum mit lebenserfahrenen und verdienten Werktätigen zusammen. Fragen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution und Dispute über den Sinn des Lebens stehen im Vordergrund. Zum Jugendstundenthema „Unsere Arbeit – eine Sache der Ehre“ besuchen die Mädchen und Jungen Brigadeversammlungen, Produktionsberatungen sowie Forschungs- und Neuererzentren. Der zentrale Ausschuß für Jugendweihe empfiehlt ferner Treffen mit Komsomolzen und sowjetischen Armeeingehörigen sowie mit Veteranen und deutschen Antifaschisten, die während der Revolutionsjahre und im Zweiten Weltkrieg auf sowjetischer Seite kämpften. Wie alljährlich sind wieder Besuche bei Einheiten der Nationalen Volksarmee vorgesehen, verbunden mit Besichtigungen militärpolitischer Kabinette. Offiziere, Soldaten und Reservisten werden die Jugendstunden besuchen und mit den Schülern über sie interessierende Fragen sprechen. Die Jugendweihefeier im Frühjahr ist Abschluß und Höhepunkt der Jugendstunden.

Zum wichtigsten Ereignis des Jahres in der Jugendpolitik wurde die Verabschiedung eines Beschlusses des Staatsrates der DDR unter dem Gesamttitel „Jugend und Sozialismus“. Zu diesem Beschluß in der 32. Sitzung des Staatsrates am 31. März 1967 erging folgendes Kommuniqué („Neue Zeit“ Nr. 76 vom 1. April 1967):

#### BESCHLUSS ZUR JUGENDPOLITIK

##### *Kommuniqué über 32. Sitzung des Staatsrats – Bericht über Staatsbesuche*

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik führte am 31. März 1967 unter Leitung des Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, seine 32. Sitzung durch. Im Punkt 1 der Tagesordnung „Jugend und Sozialismus“ behandelte der Staatsrat den



Bericht einer Kommission, die im Auftrage des Staatsrates die bisherigen Ergebnisse der sozialistischen Jugendpolitik überprüfte und Entwicklungsprobleme der Jugend unserer Republik analysierte. Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Dr. Alexander Abusch, Vorsitzender dieser Kommission, hob in der Begründung hervor, daß die vorgelegten Dokumente Ergebnis der gemeinsamen Arbeit von Vertretern aller Parteien und Massenorganisationen, der staatlichen Organe und wissenschaftlichen Einrichtungen sind.

Im Bericht der Kommission wird als charakteristisch für die gesellschaftliche Entwicklung unserer Jugend dargestellt, „daß sich bei ihr immer stärker ein sozialistisches Nationalbewußtsein herausbildet. Im wachsenden Maße ist unsere Jugend erfüllt mit Stolz auf die politischen, ökonomischen, geistig-kulturellen und sportlichen Erfolge unserer souveränen sozialistischen Republik, an denen sie selbst aktiv beteiligt ist. Das findet seinen Ausdruck u. a. in der starken Teilnahme am sozialistischen Massenwettbewerb, bei der Durchführung der Aufgaben der Volkswirtschaftspläne, der komplexen sozialistischen Rationalisierung, der Neuererbewegung und der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit“, heißt es im Bericht.

An der Sitzung des Staatsrates nahmen gemeinsam mit dem Sekretariat des Zentralsrates der Freien Deutschen Jugend hervorragende FDJler, insbesondere junge Ingenieure und Wissenschaftler aus Betrieben und Forschungsinstituten der führenden Wirtschaftszweige und der Landwirtschaft teil. Es waren führende Pädagogen mit dem Minister für Volksbildung, Margot Honecker, und dem Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen, Prof. Dr. Ernst-Joachim Giessmann, anwesend. Weiterhin waren die Vorsitzenden der Ausschüsse der Volkskammer sowie die Mitglieder der zur Vorbereitung der Materialien eingesetzten Kommission, unter ihnen die Minister Klaus Gysi und Erich Markowitsch, zugegen.

In einer prinzipiellen Diskussion nahmen 15 Mitglieder des Staatsrates und Gäste das Wort.

Der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, faßte die Diskussion zusammen. Es sei notwendig, daß alle Erwachsenen noch gründlicher und systematischer mit den Jugendlichen zusammenarbeiten, daß sie ihnen noch mehr Unterstützung und Hilfe leisten, die Jugendlichen mehr heranziehen, ihnen noch mehr Möglichkeiten zu eigenen Experimenten, zu eigener Forschungstätigkeit, zu selbständiger Arbeit in Brigaden der sozialistischen Arbeit und in anderen Formen geben. Von der Entwicklung der Jugend, von der Entwicklung ihrer schöpferischen Fähigkeiten, von ihrem sozialistischen Bewußtsein und ihren wissenschaftlich-technischen Kenntnissen hänge die Durchführung der großen Aufgaben, die vor uns stehen, ab, stellte Walter Ulbricht fest.

Die Schlußfolgerungen des Berichtes und Ergebnisse der Diskussionen wurden im Beschluß „Jugend und Sozialismus“ zusammengefaßt, den der Staatsrat bestätigte.

Man wird in diesem Beschluß eine Fortentwicklung und Anwendung des Jugendgesetzes von 1964 (s. Kirchl. Jahrbuch 1963, S. 212 ff., und 1964, S. 161 ff.) und des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem von 1965 (s. Kirchl. Jahrbuch 1965, S. 148 ff.) zu sehen haben. Auch auf das „Kommuniqué zu Problemen der Jugend“ vom 11. Februar 1961 und auf das „Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees der SED zu Problemen der Jugend in der DDR“ ist in diesem Zusammenhang zu verweisen (s. Kirchl. Jahrbuch 1961, S. 166 ff., und 1963, S. 212). Seiner großen Bedeutung wegen auch für die kirchliche Jugendarbeit lassen wir diesen Beschluß, der in seinem Kern zehn Grundsätze der sozialistischen Jugendpolitik formuliert und erläutert, hier folgen (freilich in einer gekürzten Wiedergabe der „Neuen Welt“ Nr. 77 vom 2. April 1967):

Im Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik „Jugend und Sozialismus“ heißt es einleitend:

„Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik hält den Zeitpunkt für gekommen, sich an die gesamte Jugend, an alle Eltern, an alle Volksvertretungen und gesellschaftlichen Organisationen, an alle Leiter der Betriebe und Institute, an alle Arbeiter und Genossenschaftsbauern, an alle Lehrer, Hoch- und Fachschullehrer, Lehrmeister und anderen Erzieher, an alle Wissenschaftler und Künstler zu wenden:

Das Programm des Sozialismus hat sich auch in der Jugendpolitik der Deutschen Demokratischen Republik als ein ausgezeichnete Wegweiser für das gemeinsame Wirken aller gesellschaftlichen Kräfte bewährt. Das sozialistische Bewußtsein unserer Jugend in ihrer weit überwiegenden Mehrheit hat sich gut entwickelt. Angesichts der großen Aufgaben bis zur Vollendung des Sozialismus kommt es verstärkt darauf an, die Jugend mit all ihrem Denken und Fühlen, mit ihrem qualifizierten Wissen und Können, mit ihrer Tatkraft und ganzen Kühnheit zur Mitgestalterin des sozialistischen Vaterlandes zu machen.

Zum VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands diskutieren die Bürger unserer Republik die vor uns stehende entscheidende Aufgabe, wie das gesellschaftliche Gesamtsystem des Sozialismus in der kommenden Zeit weiter und höher entwickelt wird. Die gesamtgesellschaftliche Entwicklung des Sozialismus, die Verwirklichung des Perspektivplanes unserer Volkswirtschaft bis 1970, die Ausarbeitung der Prognosen bis 1980 und darüber hinaus werden nicht nur als eine große ökonomische und wissenschaftlich-technische Aufgabe, sondern zugleich als ein großer geistiger Prozeß der Entwicklung, Erziehung und Selbsterziehung der Bürger unserer Republik, und besonders der Jugend, zu meistern sein. Die Größe dieser Aufgabe für die Gegenwart und Zukunft macht sichtbar, daß es in einem hohen Maße von der ideologisch-fachlichen Qualifizierung, von der Bereitschaft der heute heranwachsenden Jugend und der jungen Bürger unserer Republik, von ihrer verantwortungsvollen Mitarbeit an der Seite der älteren Generation abhängt, daß dieses große Werk des realen Humanismus in unserer souveränen sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik zum vollen Gelingen geführt wird.

Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik haben durch ihre geschichtliche Tat des Aufbaus des Sozialismus ihre unwiderrufliche Entscheidung getroffen für das Zeitalter des Sozialismus, das mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleitet wurde. Unsere Jugend kann deshalb in dem von kapitalistischer Ausbeutung befreiten deutschen Staat mit der Kraft ihrer Erkenntnisse und ihrer Tat dafür wirken, den Sozialismus seiner Vollendung entgegenzuführen.

Jede echte Jugend stellt sich die Frage nach einem sinnvollen Leben: Wofür leben? Wofür kämpfen? Die Jugend unserer Deutschen Demokratischen Republik findet die Antwort darauf im Kampf für die beste und menschlichste Sache, für den Sozialismus.

Die Jugend unserer sozialistischen Republik hat auf ihrer Seite die entscheidende geschichtliche Lehre des halben Jahrhunderts seit dem Großen Oktober, die besagt: Der Sozialismus hat sich als die soziale Ordnung erwiesen, die imstande ist, alle Grundprobleme der gesellschaftlichen Entwicklung zu lösen, das Zusammenleben der Menschen auf der Grundlage einer höheren Ethik und Moral zu gestalten, dem geistigen Leben einen tief humanistischen Gehalt zu geben und überhaupt den Fortschritt der ganzen Menschheit zu gewährleisten. Deshalb ist unsere Deutsche Demokratische Republik der einzige deutsche Staat, der eine wirklich humanistische Konzeption seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung für die Gegenwart und die Zukunft besitzt.

Zur vollen Entfaltung der schöpferischen Kraft der Jugend und der jungen Bürger

unserer Deutschen Demokratischen Republik für die großen Aufgaben zur Vollendung des Sozialismus – und in Verbindung damit zur weiteren Verwirklichung des Jugendgesetzes und des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem – hält es der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik für notwendig, daß alle Eltern, alle Staats- und Wirtschaftsorgane, alle Arbeits- und Erzieherkollektive, die gesellschaftlichen Organisationen, vor allem der sozialistische Jugendverband, die folgenden zehn Grundsätze unserer sozialistischen Jugendpolitik zur lebendigen Maxime ihres täglichen Handelns machen:

1.

*Sozialistische Jugendpolitik heißt heute:* die Erziehung und Selbsterziehung der Jugend so zu gestalten, daß sie selbständiges Denken und schöpferisches Arbeiten für den Sozialismus mit der Liebe zu ihrem sozialistischen Vaterland vereint, unsere souveräne sozialistische Deutsche Demokratische Republik stärkt und verteidigt, sich mit Herz und Verstand zur Freundschaft mit der Sowjetunion und zum proletarischen Internationalismus bekennt.

2.

*Sozialistische Jugendpolitik heißt heute:* den Tatendrang und die Schöpferkraft der Jugend bei der Lösung der Aufgaben des umfassenden Aufbaus des Sozialismus zu entfalten, die Meisterung der technischen Revolution mit der planmäßigen Arbeit für die sozialistische Perspektive zu verbinden.

3.

*Sozialistische Jugendpolitik heißt heute:* die Mitwirkung der Jugend bei der Entwicklung einer modernen, leistungsfähigen Landwirtschaft, der Herstellung von Kooperationsbeziehungen und bei der Produktion hochwertiger Nahrungsgüter voll zu sichern.

4.

*Sozialistische Jugendpolitik heißt heute:* die Gemeinschaftsarbeit und das Gemeinschaftsleben als Ausdruck einer sozialistischen Lebensweise zu fördern, damit die Jugend die Übereinstimmung zwischen ihren eigenen Interessen und den Interessen der Gesellschaft versteht und ihre Arbeit bewußt in den Dienst aller stellt.

5.

*Sozialistische Jugendpolitik heißt heute:* der Jugend eine hohe Bildung zu vermitteln und die Einheit von Bildung und Erziehung so zu verwirklichen, daß die Jugendlichen hochqualifizierte Sozialisten werden.

6.

*Sozialistische Jugendpolitik heißt heute:* das geistig-kulturelle und sportliche Leben der Jugendlichen gemeinsam mit ihnen so zu fördern, daß ihr Bewußtsein vertieft wird und daß sie in Arbeit und Freizeit zu allseitig gebildeten und interessierten sozialistischen Persönlichkeiten reifen, für die ein hohes Kulturniveau zum Wesen ihres sozialistischen Alltags gehört.

7.

*Sozialistische Jugendpolitik heißt heute:* die klugen Köpfe und die geschickten Hände der Mädchen und jungen Frauen voll wirksam werden zu lassen, ihnen nach ihrem Wissen und Können im Beruf und im gesellschaftlichen Leben Aufgaben an verantwortungsvoller Stelle zu übertragen und ihnen noch stärker das Bewußtsein zu geben,

daß sie die in unserer Republik verwirklichte Gleichberechtigung der Frau im Interesse ihrer eigenen Entwicklung und der gesamten Gesellschaft voll nützen müssen.

8.

*Sozialistische Jugendpolitik heißt heute:* die gesamte Jugend so zu erziehen, daß sie sich überall ordentlich verhält, die Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik und die Normen der sozialistischen Moral achtet.

9.

*Sozialistische Jugendpolitik heißt heute:* der Jugend im Staat verantwortliche Aufgaben zu übertragen und ihr die Kenntnisse der gesamtstaatlichen Zusammenhänge zu vermitteln, durch die sie zur Sicht des sozialistischen Leiters und Planers aufsteigt.

10.

*Sozialistische Jugendpolitik erfordert heute* sozialistische Leiter- und Erzieherpersönlichkeiten mit hoher Prinzipienfestigkeit und Liebe zur Jugend, die durch ihre eigene Haltung und Leistung Vorbild sind, und sie erfordert zugleich das gemeinsame Handeln aller an der Erziehung und Bildung der Jugend beteiligten gesellschaftlichen Kräfte.

Im zweiten Teil des Beschlusses werden diese *Grundsätze der sozialistischen Jugendpolitik und ihre Verwirklichung* in der DDR ausführlich erläutert.

Zum ersten Grundsatz heißt es u. a.: „Um dieses Programm, diese Konzeption zu verwirklichen, bedarf es aller Kräfte der Gesellschaft und in besonderer Weise auch der Jugend, um ihren Elan, ihre Ideen, ihr Wissen und Können für den Aufbau des Sozialismus voll wirksam zu machen. Dazu braucht die Jugend einen festen, durch ihre eigenen Erkenntnisse und Kampferfahrungen, durch ihre eigene Bewährung errungenen und gesicherten Klassenstandpunkt. Das erfordert,

die ganze junge Generation zum historischen Verständnis dafür zu führen, daß die Arbeiterklasse die führende Kraft unserer sozialistischen Gesellschaft und die Hauptkraft im Kampf für Frieden und gegen Imperialismus ist;

der jungen Generation den geschichtlichen Zusammenhang zwischen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und dem Werden des sozialistischen deutschen Staates aufzuzeigen, ihr das Wesen des Antisowjetismus und Antikommunismus als der kardinalen Politik des imperialistischen Klassenfeindes zu erläutern und so ihr volles Verständnis für die Lebensnotwendigkeit der Freundschaft mit der Sowjetunion zu wecken;

der Jugend überzeugend und anschaulich die Perspektive des Kampfes der Deutschen Demokratischen Republik zu erklären, der vor sich geht in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und der uns die historische Pflicht auferlegt, alles zu tun, um den Sozialismus zum Siege zu führen;

die Erziehung und Selbsterziehung der Jugend bei der Lösung von Kampfaufgaben für die Vollendung des Sozialismus durchzuführen, so daß sie sich zu jeder Zeit und an jedem Platz verantwortlich fühlt für ihre eigene Zukunft und die der Gesellschaft;

sie mit den grundlegenden Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung so vertraut zu machen, daß sie diese Lehren studiert und lernt, im Sinne der lebendigen Bedeutung dieser Lehren für die Gegenwart im Kampf gegen den Militarismus und Neonazismus in Westdeutschland zu denken;

ihr verständlich zu machen, daß der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft und der weltweite Kampf gegen den Imperialismus, insbesondere gegen den westdeutschen Imperialismus, ein widerspruchsvoller Kampf des Neuen, Zukunftsweisenden gegen das Alte, Absterbende ist;

sie so zur offensiven Auseinandersetzung mit der imperialistischen Ideologie zu befähigen und anzuspornen.“



Zum zweiten Grundsatz wird u. a. festgestellt:

„Das Antlitz der jungen Generation unserer Zeit wird durch ihre Taten für den Sozialismus bestimmt.

Der Staatsrat weist darauf hin, daß 16 Prozent aller Beschäftigten in unserer Volkswirtschaft heute 15 bis 25 Jahre alt sind, das sind 1,2 Millionen Jugendliche. Über 86 Prozent davon arbeiten in sozialistischen Betrieben. Die Mehrheit der jungen Facharbeiter, Genossenschaftsbauern, Ingenieure, Beschäftigten im Handel, Gesundheitswesen usw. besitzt bereits eine hohe Allgemeinbildung und ein solides fachliches Wissen und Können. All dies zeigt: Diese 1,2 Millionen Jugendlichen und dazu die über 400 000 Lehrlinge sind ein goldener Fonds für die Lösung der Aufgaben des sozialistischen Aufbaus.“

Zum dritten Grundsatz heißt es: „Die moderne sozialistische Landwirtschaft erfüllt die berechtigten Wünsche der Jugend nach einer Arbeit auf wissenschaftlich-technischer Grundlage und einem kulturvollen Leben.

Es ist eine erstrangige Aufgabe für alle gesellschaftlichen Kräfte im Dorf, durch ihre politische Arbeit dafür zu sorgen, daß eine genügende Zahl von politisch und fachlich hoch qualifizierten jungen Menschen in der Landwirtschaft wirkt.“

Die Erläuterungen des vierten Grundsatzes beginnen mit der Feststellung, daß die sozialistischen Jugendkollektive in allen Bereichen der Volkswirtschaft Schulen des sozialistischen Arbeitens, Lernens und Lebens sind. „In ihnen gewinnt jeder Achtung vor den Leistungen des anderen, sind die guten Taten der Gemeinschaft Anregung und Vorbild für den einzelnen. Die Kollektive sind Zentren des Forschens und Erfindens, des Strebens nach wissenschaftlich-technischem Höchststand und nach besten Arbeitsergebnissen, des Kampfes um hervorragende Arbeitsdisziplin und beste Arbeitsorganisation. Sie sind der Impuls und die Kraft, durch die sich bei den einzelnen Jugendlichen sozialistischer Kollektivgeist, gesellschaftliches Verantwortungsbewußtsein und Liebe zur Arbeit herausbilden.“

Zum fünften Grundsatz heißt es: „Eine hohe Bildung aller jungen Menschen, die gründliches Fachwissen mit sozialistischen Überzeugungen und Verhaltensweisen vereint, wird mehr und mehr zu einem entscheidenden Faktor für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Die Kenntnis und wachsende Beherrschung der objektiven Gesetze in Natur und Gesellschaft geben den Jugendlichen die Möglichkeit, die komplizierten Prozesse der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens erfolgreich zu meistern. Sie befähigen die Jugend zum bewußten Handeln, zum aktiven Mitwirken am sozialistischen Aufbau und an der Gestaltung der sozialistischen Demokratie.“

Die Erläuterungen zum sechsten Grundsatz beginnen:

„Um alle Persönlichkeitswerte der jungen Menschen, ihre staatsbürgerliche Haltung allseitig zu entwickeln, ist in der Erziehungsarbeit davon auszugehen, daß die Bewegung des sozialistischen Arbeitens, Lernens und Lebens in den Jugendlichen lebenswichtige Bedürfnisse weckt, ohne die das geistige Antlitz sozialistischer Menschen undenkbar ist. Solche vielseitigen Bedürfnisse reichen vom Lesen guter Bücher, dem Besuch von Theatern, Konzerten, Museen und anderen kulturellen Veranstaltungen, der Teilnahme am Volkskunstschaffen bis zur regelmäßigen Beteiligung an sportlichem Training und an Wettkämpfen.“

Einleitend zum siebenten Grundsatz heißt es:

„Unsere sozialistische Gesellschaft gibt bei der Durchführung der technischen Revolution den Mädchen und jungen Frauen neue, interessante Arbeitsplätze mit einer gesicherten beruflichen Perspektive. Die gleichberechtigte, schöpferische Mitwirkung bei der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, vor allem die Arbeit in leitenden Stellen, verlangt von den Mädchen und jungen Frauen, sich möglichst frühzeitig eine hohe berufliche Qualifikation anzueignen.“

Zum achten Grundsatz wird u. a. gesagt:

„Das humanistische Wesen unserer sozialistischen Gesellschaft zeigt sich darin, daß sie in den jungen Menschen die sozialistischen Charakterzüge entwickelt, die es ihnen ermöglichen, ein erfülltes, glückliches und menschenwürdiges Leben zu führen. Das erfordert von allen Eltern, Lehrern und Erziehern, Staats- und Wirtschaftsfunktionären, daß sie, gestützt auf den sozialistischen Jugendverband, der Jugend mit echtem Verständnis entgegenkommen und ihr helfen, überall ihr Leben gemäß den Normen der Moral und Ethik des sozialistischen Humanismus zu gestalten.“

Als wesentliches Kriterium der sozialistischen Demokratie wird *zum neunten Grundsatz* der Grad der Einbeziehung der Jugend in die staatliche Leitungstätigkeit bezeichnet. „Tausende junger Menschen üben schon verantwortliche Funktionen in den zentralen staatlichen Organen, bei den Räten der Bezirke, Kreise und Gemeinden, in den Leitungen der Betriebe und Einrichtungen in allen Zweigen der Volkswirtschaft aus. Die Aktivität dieser Jugendlichen beweist überzeugend, welche große Potenz die junge Generation bei der Entfaltung unserer sozialistischen Demokratie darstellt. Zugleich ist sie eine wichtige Schule für die Jugend, immer größere Aufgaben bei der Planung und Leitung des politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens zu übernehmen, ihren Staat mitzuregieren und mit für die Einhaltung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit zu sorgen.“

*Zum zehnten Grundsatz* heißt es schließlich:

„Der Erfolg der sozialistischen Erziehung der Jugend hängt in starkem Maße vom Vorbild, von der Persönlichkeit und der Autorität der Leiter und Erzieher ab. In der Praxis der Erziehungsarbeit offenbart sich als das wichtigste und charakteristischste für den sozialistischen Leiter und Erzieher: seine echte Verbundenheit mit der Jugend, die er liebt und achtet, zu deren Verstand und Herz er den Weg sucht. Ihn hilft er, aus seinem Berufsethos und seiner gesellschaftlichen Verantwortung, aus dem Wissen um ihre historische Aufgabe in Gesellschaft und Staat, ihr Leben erfolgreich zu gestalten.“

Der Schlußabsatz unter dem Leitgedanken „Den Elan der Jugend und wissenschaftliche Leitung miteinander verbinden!“ lautet:

Die „10 Grundsätze der sozialistischen Jugendpolitik“ sind ein neuer Impuls zur weiteren Verwirklichung des Jugendgesetzes der Deutschen Demokratischen Republik. Sie dienen der zielstrebigsten Veränderung der Gesellschaft und der Beziehungen zwischen den Menschen auf dem Wege zur Vollendung des Sozialismus. Dabei hängt es von der Qualität der Leitungstätigkeit wesentlich ab, daß die im Geiste eines wahrhaften, realen Humanismus erzogenen Jugendlichen als gute Patrioten unserer Republik handeln, mit ihrer Tat und ihrem Wort auf der Höhe der Entscheidungen und der Aufgaben unserer Zeit stehen.

Die Verwirklichung der sozialistischen Jugendpolitik ist in weitestem Maße eine Sache der Jugend selbst. Unserer Jugend wird Vertrauen geschenkt und Verantwortung beim Lernen, in der Arbeit, in der Freizeit und im ganzen gesellschaftlichen Leben übertragen. Der Staatsrat ist davon überzeugt, daß die gesamte Jugend durch gutes Lernen, durch eigenes schöpferisches Denken, tatkräftiges Handeln und durch ihr ethisch-moralisches Verhalten dieses Vertrauen voll und ganz rechtfertigen wird.

Jugend und Sozialismus – das ist die Entwicklung des Schöpferdranges, der Initiative, der Tatkraft von Millionen jungen Bürgern für ihre sozialistische Deutsche Demokratische Republik in dem Wissen, daß ein Deutschland des Friedens und des Wohlstandes nur als ein antiimperialistischer Staat, als ein Staat des Sozialismus verwirklicht werden kann.

Jugend und Sozialismus – das bedeutet, daß die jungen Menschen schon in den entscheidenden Jahren ihres Heranwachsens, als Oberschüler und Lehrlinge, als junge Facharbeiter und Studenten erzogen und geistig geformt werden, um gemeinsam mit der älteren Generation voranzugehen im Kampf für die großen Ideen unseres Zeitalters.

Jugend und Sozialismus – das bedeutet, die Jugend mit den grundlegenden Lehren aus der Geschichte des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterbewegung vertraut zu machen, ihr alles Fortschrittliche, Humanistische, Sozialistische zu vermitteln, damit sie lernt, aus eigener Erkenntnis und Überzeugung jederzeit gegen alles Reaktionäre, Antisozialistische und gegen die antihumanistische Ideologie der westdeutschen Imperialisten zu kämpfen.

Jugend und Sozialismus – das bedeutet für die Leiter der Staats- und Wirtschaftsorgane, für die Arbeitskollektive und für die Erzieherkollektive aller Bildungseinrichtungen die Aufgabe, die Einheit der sozialistischen Erziehung und Selbsterziehung mit der fachlichen Ausbildung der jungen Generation immer erneut in den Mittelpunkt ihrer Leitungstätigkeit zu rücken.

Der Staatsrat verpflichtet den Ministerrat, alle staatlichen Organe, die Leiter der Betriebe, Genossenschaften und anderen Einrichtungen, die dargelegten „Zehn Grundsätze der sozialistischen Jugendpolitik“ zum festen Bestandteil ihrer Leitungstätigkeit zu machen.

In diesem Sinne haben sie in schöpferischer Anwendung der Grundsätze zu sichern, daß die sozialistische Jugendpolitik im Geiste des Jugendgesetzes und des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem wirksamer als bisher durchgesetzt wird. Durch jedes Staats- und Wirtschaftsorgan sind die speziellen Maßnahmen dafür auszuarbeiten und ihre Verwirklichung einzuleiten.

Die Verwirklichung der „Zehn Grundsätze der sozialistischen Jugendpolitik“ in jedem Betrieb, in jeder Stadt, in jedem Dorf und in jeder Bildungseinrichtung darf keine Kampagne sein. Sozialistische Jugendpolitik erfordert, daß sich eine sachkundige wissenschaftliche Leitungstätigkeit vereint mit der Initiative, den Ideen und den Vorschlägen der gesamten Gesellschaft und in einem besonderen Maße mit dem Elan unserer Jugend selbst.

Der Staatsrat verpflichtet den Ministerrat, alle Leiter der Staats- und Wirtschaftsorgane, der Betriebe, Genossenschaften und anderer Einrichtungen, in Abstimmung mit der Freien Deutschen Jugend notwendige Maßnahmen einzuleiten, die sichern, daß ihre Mitarbeiter sich wissenschaftliche Grundkenntnisse über die sozialistische Jugendpolitik aneignen und regelmäßig über die Ergebnisse der sozialistischen Jugendforschung informiert werden.

Die Leiter der Staats- und Wirtschaftsorgane, der Betriebe, Genossenschaften und anderen Einrichtungen sollen vor den Jugendlichen die politischen, ökonomischen und ethisch-moralischen Entwicklungsprobleme bei dem umfassenden Aufbau des Sozialismus erläutern, um die Jugend stärker noch als bisher mit eigenverantwortlichen Aufgaben in der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Kultur und in allen gesellschaftlichen Bereichen zu beauftragen.

Der Staatsrat wendet sich an alle Volksvertretungen und gesellschaftlichen Organisationen, an alle Arbeiter und Genossenschaftsmitglieder, an alle Lehrer, Hoch- und Fachschullehrer, Lehrmeister und anderen Erzieher, an alle Wissenschaftler und Künstler und ebenso an alle Eltern im Interesse ihrer eigenen Kinder:

Macht diese Grundsätze der sozialistischen Jugendpolitik zur lebendigen Maxime des täglichen Handelns, erfüllt sie überall in unserer Republik mit pulsierendem, leidenschaftlichem Leben!

Erkennt eure Verantwortung für die Erziehung der Jugend, gebt euer Wissen und eure Lebenserfahrung unmittelbar an die junge Generation weiter!

Indem hervorragende und geachtete Menschen, Spezialisten aller Gebiete dafür wirken, gute Sozialisten und gebildete Fachleute zu erziehen, schaffen wir gemeinsam die Voraussetzungen für eine friedliche und glückliche Zukunft der jungen Generation, der Hoffnung unserer Nation.

*Der Staatsrat appelliert an die Jugend:*

„Nutzt durch eure eigene Leistung die großen Möglichkeiten, die euch unser Arbeiter-und-Bauern-Staat bietet, um euch in der täglichen Tat für den Sozialismus zu bewähren!

Macht eure Begeisterung, euren Schöpferdrang, eure Bereitschaft zur Mitverantwortung, eure ganze Aktivität in allen Bereichen unserer Gesellschaft produktiv für die Vollendung des Sozialismus!

Unsere Zeit braucht wissende, überzeugte und lebensstüchtige junge Sozialisten, gute Patrioten unserer souveränen sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik!“

### 3. KIRCHLICHE GESAMTSITUATION

#### a) Allgemeines

Eine sachgemäße Bewertung der kirchlichen Gesamtsituation in der DDR muß berücksichtigen, daß die Bevölkerung unter gesellschaftlichen und politischen Bedingungen lebt, die man zunächst von den dortigen Voraussetzungen und Entwicklungen her beurteilen muß. Es wäre ein schwerer Fehler, wollte man die in der Bundesrepublik lange genug verbreitete Übung fortsetzen, die eigenen Vorbehalte gegenüber der DDR auch als Grundeinstellung der DDR-Bevölkerung selbst zu verstehen. Im Verhältnis der Bevölkerung zu ihrem Staat setzt sich eine Entwicklung immer mehr durch, die in einem längeren Artikel der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 30. April 1967, „Bürger, Staat und Regime in der DDR“, folgendermaßen beschrieben wird (Auszug):

Wer sich in jüngster Zeit um ein Bild der Verhältnisse bemüht hat, kommt zum Schluß, daß die Vorstellung von einer klar erkennbaren Ablehnung des Regimes durch das Volk, von einem eindeutigen Antagonismus zwischen Regierenden und einer Mehrzahl der Regierten heute *überholt* ist. Die ungefähr 2,8 Millionen Flüchtlinge, die vor dem 13. August 1961 das Gebiet der DDR verlassen haben, sind zwar ein Fingerzeig auf die Einstellung der Bevölkerung gegenüber dem damaligen Zustand der Rechtsunsicherheit und der materiellen Notlage. Die gleiche Zahl, die Schlagworte wie „Abstimmung mit den Füßen“ mit sich brachte, förderte auch Denkschemas, die für eine objektive Einschätzung der Gegenwart nicht mehr ausreichen. Wie weitgehend sich die Stimmung im Staate und die Einstellung *gegenüber* ihm inzwischen gewandelt haben müssen, kann keinem Reisenden entgehen.

Nach Ansicht der „Neuen Zürcher Zeitung“ ist es heutzutage schwer, die Bürger Mitteldeutschlands in eindeutige Kategorien einzuordnen wie „Regimeanhänger“, „Regimegegner“, „Mitläufer“, „Unentschiedene“, weil die Übergänge vielfach fließend und von Fall zu Fall sehr unterschiedlich sind. Weiter hieß es in diesem Artikel:

Statistische Erhebungen der jüngsten Zeit, die zwar methodisch sorgfältig ausgeführt sind, aber doch nur mit dem einfachen Instrumentarium von wenigen Einteilungsbegriffen arbeiten, vermögen aus den angedeuteten Gründen kaum mehr als Anregungen zu geben. Ihr Schluß, über 70 Prozent eines repräsentativen Durchschnittes der DDR-Bevölkerung seien „für“ das Regime, macht im gleichen Maße mißtrauisch wie die verbreitete Annahme früherer Jahre, 90 Prozent der Einwohner seien „gegen“ den DDR-Staat.



...  
Es ist nicht schwierig, Kritiker des Regimes zu finden, die gleichzeitig des Lobes voll sind über das Stipendienwesen, über kostenfreie medizinische Betreuung, über extrem billige Ferien der Arbeiterfamilien usw.

...  
Deutlicher sind Fronten zu erkennen, wenn das *Verhältnis der DDR zum Ausland*, vor allem zur Bundesrepublik zur Sprache kommt. Die westdeutsche Terminologie von „Alleinvertretungsanspruch“ bis „Wiedervereinigung“ scheint heute in der DDR eher *diskreditiert* zu sein. Sogar die Umdeutung des politischen Alleinvertretungsanspruchs in eine „moralische Vertretung derer, die nicht sprechen können“, wird oft abgelehnt, weil in ihr *paternalistische Untertöne* mitklingen, auf welche mit polemischer Schärfe reagiert wird.

Die Glieder der christlichen Gemeinden, auch die Strukturen des kirchlichen Lebens in Gemeinde, Landeskirche und Gesamtorganisation sind in diese Entwicklung eingeordnet und nehmen an ihr teil. Man versteht deshalb, daß das Thema der Strukturveränderungen und der Anpassung der Strukturen an die tatsächliche Situation auf allen Ebenen des kirchlichen Lebens, vorerst besonders auf der der Ortsgemeinde, immer mehr in den Mittelpunkt kirchlicher Bemühungen in der DDR rückt. Dazu entnehmen wir dem epd einen zusammenfassenden Bericht:

#### DDR: KIRCHEN PASSEN IHRE STRUKTUREN DER HEUTIGEN LAGE AN

##### *Grundsatzbeschlüsse in vier mitteldeutschen Landessynoden*

Das Thema „Strukturveränderung der kirchlichen Arbeit in den Ortsgemeinden“ steht in den östlichen Landeskirchen der EKD gegenwärtig fast überall auf der Tagesordnung. Das läßt sich auch an den Beschlüssen ablesen, die auf den Herbsttagungen mehrerer Landessynoden gefaßt worden sind (vgl. epd ZA Nr. 275 vom 30. November).

Die mecklenburgische Landessynode beschäftigte sich auf ihrer am Sonntag beendeten Tagung in Schwerin eingehend mit dem Entwurf einer neuen Kirchgemeindeordnung, der in erster Lesung verabschiedet wurde und nun in der Landeskirche allgemein erörtert werden soll. Der Entwurf zielt darauf ab, den örtlichen Kirchengemeinden mehr Raum für selbständige Arbeit und eigenständige Verantwortung zu geben. Die Kirchgemeinderäte sollen die Gemeinden nicht nur verwalten, sondern auch in missionarischer, diakonischer und katechetischer Hinsicht leiten. Nach der gleichfalls verabschiedeten neuen Wahlordnung für die Synode sollen von den 57 Mitgliedern 15 von den ordinierten geistlichen Amtsträgern aus ihrer Mitte gewählt werden, während die Wahl der 35 Nichttheologen von den Kirchenältesten innerhalb der Kirchenkreise vollzogen wird. Hinzu kommen vier gemeinsam von Oberkirchenrat und Gemeindeauschuß gewählte Synodale, zwei Landessuperintendenten und ein Vertreter der Theologischen Fakultät Rostock.

Die Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche Sachsens verabschiedete Mitte November ein Kirchengesetz für Gemeindeaufbau und übergemeindliche Aufgaben. Es schafft die rechtlichen Voraussetzungen für den Einsatz von Pfarrern und hauptamtlichen kirchlichen Mitarbeitern für übergemeindliche Dienste nach Maßgabe ihrer besonderen Fähigkeiten. Das Landeskirchenamt erhält das Recht, nötigenfalls Versetzungen anzuordnen. Die Synode beschloß ferner ein neues Kirchensteuergesetz, das die Bestimmungen aus dem Jahre 1950 ablöst.

Auch die thüringische Landessynode beschäftigte sich mit den nötigen Änderungen

der kirchlichen Struktur und setzte einige Ausschüsse ein, die die Voraussetzungen für künftige Maßnahmen prüfen sollen. Außerdem wurde beschlossen, daß die Superintendenturen Gera-Stadt und Eisenberg bereits jetzt Möglichkeiten struktureller Verbesserungen praktisch erproben sollen. Dabei geht es u. a. um Verwaltungskonzentration und übergemeindliche Zusammenarbeit bei Christenlehre, Konfirmandenunterricht und der Tätigkeit kirchlicher Werke. Die Kirchensteuerbescheide sollen künftig einen Vorspruch erhalten, der den Gemeindegliedern ihre Mitverantwortung für die finanzielle Lage der Kirche verdeutlicht und ihren Geldbeitrag würdigt.

Die pommersche Synode änderte mit einem Kirchengesetz über Zusammensetzung und Tätigkeit der Gemeindekirchenräte 18 Artikel der landeskirchlichen Grundordnung. Die Kirchenältesten werden danach nicht mehr, wie bisher, direkt durch die Gemeinde gewählt, sondern von einem Wahlausschuß, dem neben dem Gemeindekirchenrat die wahlberechtigten Mitglieder des Gemeindebeirates angehören. Auf die Zusammensetzung der Wahlvorschlagsliste sollen die Gemeindeglieder jedoch direkten Einfluß nehmen können. Das Mindestalter für das passive Wahlrecht wurde auf 21 Jahre herabgesetzt. Die Legislaturperiode der Landessynode beträgt künftig sechs statt bisher vier Jahre.

(epd ZA Nr. 279 vom 5. Dezember 1967, S. 2)

Einen lebendigen Einblick in wesentliche Fragen der kirchlichen Gesamtsituation geben immer wieder die zum Teil sehr eingehenden Berichte der Bischöfe und Kirchenleitungen vor ihren Landessynoden. Dabei wird auch deutlich, daß die Kirchen in der DDR mit viel Phantasie und Hingabe ihrer besonderen Situation Rechnung zu tragen suchen. Für den Zweck dieses Jahrbuches scheint es uns angebracht zu sein, den letzten Teil aus einem Rechenschaftsbericht von Bischof D. Friedrich-Wilhelm Krummacher vor der pommerschen Landessynode im November 1967 in Züssow hier ungekürzt wiederzugeben:

#### ERFAHRUNGEN BEI VISITATIONEN UND GEMEINDEBESUCHEN

Unsere Pfarrsprengel sind in ihren Grenzen noch heute weitgehend bestimmt durch den großartigen Kranz mittelalterlicher Kirchen, der sich über unser ganzes Kirchengebiet hinzieht. Für diese Stätten der Anbetung, des Lobgesangs und der Verkündigung, die wir von unseren geistlichen Vätern aus dem 13. und 14. Jahrhundert übernommen haben, wollen wir dankbar sein, auch wenn mit der Erhaltung dieser Kirchen große Aufgaben, viel Mühe, Bausorgen und finanzielle Opfer verbunden sind. Daher kann man es nur begrüßen, wenn immer mehr Kirchengemeinden auch auf dem Lande und an der Ostseeküste dazu übergehen, ihre Kirchen, wenigstens in den Sommermonaten, für Besucher aus der Nähe und aus der Ferne zur Betrachtung und zum stillen Gebet offenzuhalten. Das Offenhalten der Kirchen und, ich füge hinzu, auch die Bemühung um die Heizbarmachung der Kirchen ist heute eine wesentliche Frage für das geistliche Leben unserer Gemeinden geworden.

Zugleich aber muß man deutlich sehen, daß die bisherigen, weitgehend vom Mittelalter überkommenen Parochialgrenzen praktisch immer mehr gesprengt werden. In manchen Gesprächen mit den Räten der Kreise und anderen staatlichen Organen haben wir uns mit den großen strukturellen Veränderungen, wie z. B. der Industrialisierung von Greifswald, der Errichtung des Atomkraftwerkes Nord, aber auch den soziologischen Veränderungen auf dem Lande durch die neuen Kooperationsbereiche vertraut gemacht. Wir sind uns darüber klar, daß damit auch manche organisatorischen Veränderungen im Aufbau unseres kirchlichen Gemeindelebens fällig werden. Einige unserer Dörfer werden als Schwerpunkte eine steigende Bedeutung gegenüber anderen Dörfern gewinnen. Auch das Bewußtsein der jungen Menschen wird sich mit der

zunehmenden Technisierung der Arbeit auf dem Lande verändern. Wir werden den jungen Menschen in der technisierten Arbeitswelt auf dem Lande das Evangelium nicht einfach in überkommenen Begriffen vermitteln können. Wir werden auch die Fragen, die sich für das menschliche Zusammenleben, für das Familienleben, für die Freizeitgestaltung durch die Fünf-Tage-Arbeitswoche und die Naherholungszentren für das kirchliche Leben ergeben, mit wachen Sinnen neu durchdenken müssen.

Freilich werden wir in solchen Überlegungen, die wir mit unbefangener Offenheit gegenüber gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen anstellen, ständig schmerzlich zurückgeworfen, wenn man zwar von der Kirche erwartet, daß sie für Neubauvorhaben aus kirchlichem Grundbesitz entsprechende Gelände abtritt, wenn man uns aber gleichzeitig die bescheidenen Raumwünsche, die wir unsererseits haben, fast durchweg verweigert. Wir werden nicht müde werden, festzustellen, daß es einfach zu den elementaren Menschenrechten der Religionsfreiheit gehört, daß sich Menschen auch in neuen Zentren des wirtschaftlichen Lebens in bescheidenen Gemeinderäumen sammeln können. Wir haben in den letzten Jahren außerordentlich viel kirchlichen Grundbesitz für öffentliche Bauvorhaben abgeben müssen. Wir haben aber nur in einem minimalen Maße dafür die berechtigten Ansprüche auf bescheidene kirchliche Räume erfüllt bekommen. Wir meinen, daß angesichts solchen Mißverhältnisses das gute Miteinander von Christen und Nichtchristen im öffentlichen Leben ständig unnötig durch ideologische Voreingenommenheit belastet wird. Das gilt auch von den Wohnräumen, die wir dringlich für unsere kirchlichen Mitarbeiter benötigen. Während noch immer zahllose Menschen, die nicht im kirchlichen Dienst stehen, in kircheneigenen Häusern und Räumen wohnen, verweigert man uns häufig Wohnraum für kirchliche Mitarbeiter und schafft damit unnötige Verbitterung.

Wenn angesichts der großen strukturellen Veränderungen des öffentlichen Lebens an vielen Punkten kirchliche Amtshandlungen wie Taufen und Trauungen zahlenmäßig eine absteigende Tendenz zeigen, was zum Teil auch vom Gottesdienstbesuch zu sagen ist, so sind solche Zahlen doch kein Anlaß zur Resignation. Wo die Gemeinden gerade in Neubaugebieten, aber auch in rein ländlichen Gemeinden den Besuchsdienst ernst nehmen, sind die dabei gemachten Erfahrungen durchaus hoffnungsvoll. Im Berichtsjahr haben sich Erfahrungsberichte über den Erfolg solchen treuen Besuchsdienstes bis hin zu einem spürbaren Ansteigen des Gottesdienstbesuches und der Konfirmandenzahl vermehrt. Einige Beispiele mögen das erläutern:

1960 erreichte die Zahl der Konfirmierten mit 1874 einen Tiefstand gegenüber 9537 Konfirmierten im Jahre 1956. Im Jahre 1966 aber war die Zahl der Konfirmierten wieder auf 3895 gestiegen. Die Zahl der Gottesdienste im ganzen Jahr 1956 betrug 22 266, im Jahre 1966 – offenbar infolge vermehrter Hausgottesdienste – 23 151. Wichtiger sind aber geistliche Umschichtungen. Charakteristisch für das Gemeindeleben sind heute kleinere, aber tragende, verantwortliche Gruppen. Durch gezielte Einladung an drei Jahrgänge kamen zu einer Jugendweihe bis zu 60 Jugendliche, darunter solche, die der Kirche ganz entfremdet waren, die sich aber im Laufe der Woche in sechs Dienstgruppen freudig bereit fanden, Einsame und Kranke aufzusuchen. In einer Landgemeinde besuchte jeder Kirchenälteste zehn nicht mit ihm befreundete Familien, um zur Bibelwoche einzuladen. Solche Beispiele sollten denen, die hier erlahmen wollen, neuen Mut machen.

Im Mittelpunkt des kirchlichen Lebens steht – und das ist gut so – nach wie vor der Gottesdienst. Nur sollten wir mehr noch als bisher von solchen Gemeinden lernen, die hinsichtlich der Zahl und der Zeit der Gottesdienste beweglicher geworden sind. Abendgottesdienste nicht nur an Feiertagen, die nicht mehr gesetzliche Feiertage sind, sondern auch an Wochentagen, am freien Wochenende und in der Erntezeit auf dem Lande auch an Sonntagen haben sich bewährt. Schmerzlich bleibt es, daß viele unserer Gemeinden noch nichts von der neuen großen Freude am heiligen Abendmahl spüren,



die heute über weite Teile der Christenheit in Deutschland und in der ganzen Welt hin erwacht ist. Unsere Kirchenleitung hat im Berichtsjahr einen Beschluß über die Mitwirkung Nichtordinierter bei der Austeilung des heiligen Abendmahles erlassen. Diese Ordnung hält daran fest, daß die Verwaltung des Sakramentes, die in der Leitung der gesamten Abendmahlshandlung und in der Zulassung der Abendmahlsgäste besteht, unserem lutherischen Bekenntnis gemäß, Sache der ordinierten Amtsträger ist. Auf der anderen Seite könnte es die innere Freude bei den Sakramentsfeiern verstärken, wenn bei einer größeren Zahl von Kommunikanten auch dafür zugerüstete Helfer zusammen mit dem ordinierten Geistlichen das heilige Abendmahl austeilten. Die Einzelheiten sind in dem Beschluß der Kirchenleitung vom 13. Januar 1967 nachzulesen. Dies kann aber nur eine äußere Hilfe sein. Das Entscheidende, woran es unzweifelhaft noch in vielen Gemeinden mangelt, ist eine neue vollmächtige Verkündigung von der Kraft, der Realität und dem Gnadengeschenk des heiligen Abendmahles. Das sollte Gegenstand der kirchlichen Unterweisung, der Bibelstunden, der Besprechung in Gemeindekreisen aller Art sein, damit die Gemeindeglieder freudigen Anteil nehmen können an dem, was man als eine neue Entdeckung des Gnadengeschenk des heiligen Abendmahles in der heutigen Christenheit bezeichnen kann. Warum halten wir nicht Reihenpredigten über das heilige Abendmahl? Die Arnoldschneider Abendmahlsthesen können solche Abendmahlsverkündigung bereichern.

Bei Visitationen und Gemeindebesuchen kann man mit großer Freude feststellen, daß unsere Kirchenältesten und andere Mitarbeiter in der Gemeinde immer stärker ihre, aus dem allgemeinen Priestertum der Gläubigen herzuleitende Mitverantwortung erkennen und z. B. auch bei der Veranlagung zur Kirchensteuer wahrnehmen. Daher kann nicht genug geschehen, um die freiwilligen kirchlichen Mitarbeiter zum Dienst zuzurüsten. Nachdem der bisherige hauptamtliche Landespfarrer für Gemeindedienst aus seinem Amt ausgeschieden ist, hat eine Reihe von jüngeren Pfarrern in Teamarbeit es übernommen, die Arbeit der Haushalterschaft, der Kirchbildungswochen, der Zurüstung kirchlicher Mitarbeiter verantwortlich unter Leitung des Bischofs fortzusetzen. So hat in diesen Wochen hier in Züssow eine Tagung stattgefunden, bei der Pastoren aus der mittleren Generation mit neu ins Amt getretenen Pastoren, die in den letzten Jahren ordiniert worden sind, einen Erfahrungsaustausch über die Aufgaben der „Gemeinde von morgen“ durchgeführt haben. Die „Gemeinde von morgen“ wird aber wesentlich eine Gemeinde der zum kirchlichen Dienst zugerüsteten Kirchenältesten und sonstigen Laien sein.

Daß der Dienst der Unterweisung an unseren getauften Kindern und Jugendlichen zentrales, aufgebbares Anliegen jeder Kirchengemeinde bis in die einzelnen Dörfer und Ortsteile ist, brauche ich kaum noch einmal in die Erinnerung der Hohen Synode zu rufen. Über den gegenwärtigen Stand der Christenlehre und der katechetischen Mitarbeiter geben die folgenden Zahlen einen gewissen Überblick:

Gegenwärtig wird in 573 Orten und Ortsteilen Christenlehre erteilt. 82 Orte bzw. Ortsteile sind ohne geregelte kirchliche Unterweisung. Das ist ein Anruf an die zuständigen Pfarrer, die durch Ordination, Kirchenordnung und Pfarrerdienstgesetz zur Unterweisung der Jugend berufen sind. Erteilt wird die Christenlehre zur Zeit durch 278 kirchliche Mitarbeiter, darunter 81 Pastoren, 49 nebenamtliche Mitarbeiter und 148 hauptamtlich im kirchlichen Dienst stehende, katechetisch geschulte Kräfte. Neben der Christenlehre geschieht vielfältige weitere kirchliche Arbeit an getauften Kindern und Kleinkindern durch kirchliche Kinderstunden, Kinderchöre, Flöten- und Posaunenkreise, Jungscharen, Kinderevangelisationen und vor allem Familiengottesdienste und Kindergottesdienste.

Wir haben besonders bei der letzten Generalkirchenvisitation beobachtet, daß wir in der Form kirchlicher Unterweisung sowohl in kirchlichen Räumen wie auch in Häusern und Familien immer mehr von den früheren schulischen Formen des Unterrichtes



abkommen. Die Kinder, die sich in einem offenen Kreis oder an einem Tisch um den Katecheten sammeln, haben weitgehend ein Empfinden dafür, daß die kirchliche Unterweisung eben nicht ein schulischer Unterricht ist. So kamen auch trotz der Schulferien sehr viele Christenlehrekinder und Konfirmanden anläßlich der Visitation gerne zusammen. Andererseits erfordern die Formen der kirchlichen Unterweisung sehr viel mehr Phantasie, Zeit und Kraft von unseren Katecheten als früher. Wir können daher die alte Faustregel, wonach ein Katechet 20–24 Wochenstunden geben soll, nicht einfach aufrechterhalten. Eine einzelne Wochenstunde Christenlehre in einem abseits gelegenen Dorfe, bei der man erst vorher mit viel Mühe erkunden muß, in welchem Raum die Christenlehre erteilt werden kann, läßt sich nicht nach Minuten an Arbeitszeit abstoppen.

Unter diesen Umständen gewinnt das Amt der Propsteikatecheten und der Kreiskatecheten für die Leitung der kirchlichen Unterweisung, die auch über die Kirchspielgrenzen hinaus beweglich bleiben muß, an Gewicht. Von den Katecheten und katechetischen Hilfskräften muß man in höherem Maße noch als früher neben methodischen und pädagogischen Gaben auch musische und theologische Kenntnisse erwarten. Das gilt aber auch von den künftigen Pfarrern, die jetzt zwischen dem 1. und 2. theologischen Examen ein katechetisches Praktikum von drei Monaten zu durchlaufen haben. Unsere ersten Erfahrungen mit einem solchen katechetischen Praktikum, das in enger Zusammenarbeit mit Katecheten durchgeführt wird, sind durchaus hoffnungsvoll. Unsere jungen Theologen lernen dabei die Bedeutung des katechetischen Dienstes kennen und die Arbeit der Katecheten würdigen. Wir werden uns ohnehin darüber klar sein müssen, daß die Ausbildung unserer künftigen Pastoren in mannigfacher Weise neu gestaltet werden muß. Wir erwarten schon jetzt von den Theologen während ihres Studiums ein diakonisches Praktikum. Dazu kommt während der kirchlichen Ausbildungszeit das katechetische Praktikum, von dem ich eben gesprochen habe. Darüber hinaus werden wir eine kleine Anzahl von Pastoren in katechetischer, pädagogischer und jugendpsychologischer Hinsicht besonders Vorbilden. Zur Zeit befinden sich ein Pastor und eine Pastorin aus unserem Kirchengebiet auf dem für diese Zwecke von allen Landeskirchen gemeinsam eingerichteten katechetisch-pädagogischen Kolleg in Hermannswerder. Wenn es nach mir ginge, sollten unsere künftigen Pastoren auch ein Praktikum in kirchlichen Baufragen durchmachen. Denn, ob wir es wünschen oder nicht, ein großer Teil der Zeit und Arbeitskraft eines Pastors wird heute von Bau- und Reparaturangelegenheiten bei der Erhaltung und dem Ausbau kirchlicher Gebäude beansprucht.

Eine vielfältige Ausbildung in theologischer, musischer und methodisch-pädagogischer Hinsicht ist aber auch bei den anderen kirchlichen Mitarbeitern, insbesondere Katecheten, Gemeindediakoninnen, Kinderdiakoninnen, Kirchenmusikern, Gemeindediakonen, Jugendwarten erforderlich. Dabei kann die Fürbitte in der Heimatgemeinde, aus der der kirchliche Nachwuchs kommt, erfahrungsgemäß eine große geistliche Hilfe sein.

Von unseren Mitarbeitern wird man aber auch Kenntnisse der sozialistisch-marxistischen Umwelt, in der unsere Kinder heute aufwachsen, erwarten müssen, zumal sich die Mitarbeiter, die in der katechetischen Tätigkeit stehen, immer wieder gegen ideologische Übergriffe, ja auch Verhöhnungen seitens einzelner Schulen zum Schutz der ihnen anvertrauten Kinder wehren müssen. Wenn ich die Orte, in denen der kirchliche Dienst – u. a. auch durch Entzug von Räumen – unnötigerweise behindert wird, alle jetzt aufzählen würde, gäbe es eine lange Liste mit schmerzenden Wunden. Um so mehr freuen wir uns über die Orte, wo es aus pädagogischer Verantwortung für die Kinder ein gutes, sachliches Zusammenleben mit Lehrern der Schulen gibt.

Schließlich sei auch darauf hingewiesen, daß sich bei unseren Pfarrern wie bei unseren Katecheten gegenwärtig ein starker Generationswechsel vollzieht. Es ist unvermeidlich,

daß die treuen katechetischen Mitarbeiter – hier nenne ich nur einen Namen für viele, nämlich den der Propsteikatechetin Elisabeth von Pirsch –, die sich nach dem Jahre 1945 zum Dienst der christlichen Unterweisung in der Kirche zur Verfügung gestellt haben, nun meistens an die Grenze des Alters oder der Gesundheit gelangt sind, so daß sie einer jüngeren Generation den Dienst übergeben müssen. Wir werden uns auch, wie ich meine, mehr als bisher in der Kirche damit vertraut machen müssen, daß die weit überwiegende Mehrzahl aller weiblichen kirchlichen Mitarbeiter im Laufe ihres Lebens heiraten wird und dennoch ihren kirchlichen Beruf in größerem oder kleinerem Maße, früher oder später fortsetzen sollte. Das Problem verheirateter Pastorinnen und verheirateter Katechetinnen wie Gemeindegliederinnen ist von uns m. E. noch nicht genügend in Sicht genommen, während es für jeden, der die öffentlichen Verhältnisse klar betrachtet, deutlich wird, daß die verheiratete Frau in der Kirche wie in der übrigen Gesellschaft große Zukunftsaufgaben vor sich haben wird.

Die diakonischen und seelsorgerlichen Aufgaben der Gemeinde: Seelsorge und Leibsorge, lassen sich nach christlichem Verständnis nicht voneinander trennen. Man kann daher nur mit großem Schmerz sehen, daß in vielen unserer Gemeinden nacheinander Gemeindegliederinnen, insbesondere älter werdende Diakonissen, aus dem Dienst ausscheiden, ohne daß in den meisten Fällen ein Ersatz zur Verfügung steht. Wir freuen uns, daß aus dem Seminar für Kirchlichen Dienst schon jetzt in mehreren Fällen junge Menschen hervorgegangen sind, die nach einer gründlichen krankenflegerischen und kirchlichen Ausbildung bereit sind, als Gemeindegliederinnen in unsere Gemeinden zu gehen. Dort aber, wo die älter werdenden Gemeindegliederinnen nicht ersetzt werden können, wird man um so mehr Ernst machen müssen mit dem, was unsere letzte synodale Arbeitstagung hinsichtlich der eigenständigen Verantwortung einer diakonisch erweckten Gemeinde herausgestellt hat. Es darf nicht dahin kommen, daß wir beim Ausscheiden von Gemeindegliederinnen und Diakonissen einfach die Hände in den Schoß legen und diesen wichtigen Aufgabenzweig einer lebendigen Gemeinde, nämlich die Diakonie, einschlafen lassen.

Wenn wir von Seelsorge reden, so möchte ich drei Aufgabengebiete der Seelsorge mit besonderem Nachdruck hervorheben: das erste ist die Seelsorge an den jungen Männern, die als Soldaten bzw. Bausoldaten ihren Dienst tun. Wir danken den Pastoren, die ihre Pfarrämter und ihre Jugendkreise den jungen christlichen Soldaten öffnen, die in der Nähe dieser Kirchengemeinden ihren Standort haben. Wir bitten aber, daß in allen Gemeinden die jungen Soldaten, wenn sie in ihre Heimatorte auf Urlaub kommen, ein Stück Geborgenheit und christliche Gemeinschaft in ihren Heimatkirchengemeinden finden. Das bedeutet, daß wir Pastoren in steigendem Maße angesichts der Fünf-Tage-Woche bereit sein müssen, auch am Sonnabend bei einer offenen Tür allen Menschen, die zum Teil nur über das Wochenende in ihrer Heimatkirchengemeinde weilen, zu begegnen.

Das zweite ist die Seelsorge in den Krankenhäusern. Es kann nicht oft genug gesagt werden, daß wir von den Gemeinden und allen kirchlichen Amtsträgern erwarten müssen, daß sie die Namen christlicher Gemeindeglieder, die sich in öffentlichen Krankenanstalten befinden, sobald als möglich dem örtlich zuständigen Seelsorger melden, damit dieser, dem Wunsch der Kranken entsprechend, die Krankenhäuser aufsuchen kann. Wir hören immer wieder Klagen von christlichen Gemeindegliedern: Ich bin krank gewesen, und niemand hat mich besucht. Besuche in den Krankenhäusern können aber die Pastoren in der Regel nur durchführen, wenn sie sich auf den Wunsch eines bestimmten Patienten berufen können. Diese wichtige, im Grunde aber nur kleine Aufgabe haben noch nicht alle Gemeinden hinreichend erkannt.

Und endlich die Seelsorge in den Feierabendheimen. Wir haben mit tiefem Schmerz in den letzten Monaten erleben müssen, daß man in einer Reihe von staatlichen Feierabendheimen die bisher übliche und von den Insassen des Feierabendheims drin-

gend gewünschte seelsorgerliche Betreuung durch Gottesdienste, Andachten und Abendmahlsfeiern verboten hat. Selbst in den nicht wenigen Fällen, in denen die alten Menschen in den Feierabendheimen durch Unterschriftensammlungen sich an die übergeordneten staatlichen Instanzen gewandt haben mit der Bitte, daß wieder – wie früher – Seelsorge und Gottesdienst gestattet werden sollte, ist eine Rücknahme der Einschränkungen, soweit wir sehen, noch nicht erfolgt, außer einem erfreulicherweise positiv geordneten Fall auf Rügen. Wir können schlechterdings nicht begreifen, warum man alten Menschen die Kraft der Seelsorge und des Gottesdienstbesuches, nach der sie Verlangen tragen, einfach versagt. Ist dies nicht ein Bruch der Bestimmung in Art. 46 der Verfassung und eine ganz eklatante Verletzung der Menschenrechte und der freien Religionsausübung, die jedem Bürger, erst recht den alt gewordenen Bürgern unseres Staates, zusteht?

### *Schlußbemerkungen*

Ich breche hier ab, obwohl noch viele Erfahrungen, die sich bei Visitationen und Besuchen wie auch beim Studium der Berichte unserer Superintendenten ergeben, hinsichtlich des geistlichen Lebens unserer Kirchengemeinden zu bedenken wären. Ich ziehe nur noch einige Schlußfolgerungen:

Im vergangenen Jahre hat die Landessynode durch ihren Berichtsausschuß ausdrücklich die Darlegungen des Bischofs bestätigt, der darauf hingewiesen hat, daß wir für die Wahrnehmung des doppelten Auftrages der Kirche „Sammlung und Sendung“ künftig zweierlei brauchen: einen Studienleiter für die geistliche und theologische Fortbildung aller kirchlichen Mitarbeiter und eine Stätte der Stille, wo Menschen und Mitarbeiter in stillen Tagen neue Kraft für ihren Dienst in der Welt sammeln können. In der Berichtszeit habe ich in mannigfacher Weise versucht, diese beiden Aufgaben zu fördern, und hoffe, daß wir in absehbarer Zeit zu greifbaren Ergebnissen kommen.

Wir werden aber stetig weiter bedenken müssen, welche großen Aufgaben uns hier gesetzt sind. Ich meine, daß hinsichtlich des Dienstes der Kirche in der Welt unsere Studentengemeinden uns als Vorbild für die „Gemeinde von morgen“ dienen können. In unserer Studentengemeinde in Greifswald sind die Türen offen für jeden, der als fragender, suchender und mitdenkender Mensch etwas vom christlichen Glauben erfahren möchte. Atheisten und Marxisten sind ebenso willkommen wie ungetaufte Menschen, die danach begehren, Taufunterricht oder Konfirmationsunterricht als Erwachsene zu erhalten. Diese Offenheit für alle Menschen muß, wie ich meine, als Vorbild für die Gemeinde der Zukunft gelten. Auch der Mensch, der fern der christlichen Kirche lebt, verlangt heute nach einem Stück Geborgenheit und Sinnerfüllung.

Wir werden aber auch in starkem Maße bemüht sein müssen, einzelne kirchliche Mitarbeiter als Sachverständige für viele Gebiete des kirchlichen und öffentlichen Lebens heranzuziehen. Der Bischof hat im April des Jahres einen Kreis von jüngeren Pastoren um sich gesammelt, die sich als sachkundig auf verschiedenen Gebieten, z. B. der Agrarsoziologie, der Philosophie, des Dialogs mit Marxisten, der Friedensfrage, der katholischen Kirche, der Ökumene, der Pädagogik, der Familienfragen, der Literatur, der Publizistik u. a. mehr, erwiesen haben. Ich gedenke, diese Besprechungen mit sachkundigen jüngeren Mitarbeitern fortzusetzen, weil man die Aufgabe, die dem Bischof in der Kirchenordnung gestellt ist, nämlich „die geistigen Bewegungen der Zeit zu verfolgen“, nur wahrnehmen kann, wenn man von einem Kreis sachkundiger Berater umgeben ist.

Ebenso wichtig ist es, daß wir alle Möglichkeiten, die wir schon jetzt haben, kirchliche Mitarbeiter für ihren Dienst zu rüsten, wahrnehmen. Ich möchte darauf hinweisen, daß auch die Bischöfe in der DDR seit mehreren Jahren regelmäßig im Winter zu einer Bischofsrüstzeit in der Stille zusammenkommen, bei der wir uns gemeinsam in Bibelarbeit und geistlicher Besinnung für den Auftrag, den uns die Kirche gegeben



hat, zurüsten. In gleicher Weise kommen regelmäßig am Anfang jedes Jahres im Winter unsere Superintenden ten und Pröpste zu einer Rüstzeit zusammen, die der geistlichen Besinnung und Vertiefung dient. Zu unserer Freude gilt dasselbe von fast allen anderen kirchlichen Mitarbeitergruppen. Ich nenne nur den Konvent unserer Kreiskatecheten, die Bibelrüsten der Jungen Gemeinde und der Konfirmanden in Zingst-hof und anderswo, die Pfarrkonvente, die Kirchbildungswochen für Gemeindeglieder in Züssow, die Ältestenrüsten, die Katechetenkonvente, die Diakoninnenrüstzeiten in Hiddensee, die Predigerzurüstung in Hanshagen, die Rüsten der Theologiestudenten in Zinnowitz und manches andere mehr.

Gerade auf diesem Gebiet wird sich in Zukunft die Verantwortung der Kirchenkreise, der Kreiskirchenräte sowie der Superintenden ten als besonders gewichtig herausstellen. Wir können es uns nicht mehr leisten, nur in dem Begriff abgeschlossener Parochien zu denken. Der Kirchenkreis als die nächst größere kirchliche Einheit ist verantwortlich dafür, daß auf den Konventen ernsthafte, theologische und biblische Arbeit der Pfarrer gefördert wird, aber auch dafür, daß durch gemeinsame Kreisveranstaltungen für die Jugend, für die Konfirmanden, für die Kinder, für die Ältesten, Lektoren und alle Kategorien kirchlicher Mitarbeiter das Leben der Gemeinden befruchtet wird. Nur auf der Ebene des Kirchenkreises ist es möglich, die besonderen Gaben und Kräfte, die einzelnen Christen und einzelnen kirchlichen Mitarbeitern gegeben sind, auch über die einzelne Gemeinde hinaus fruchtbar zur Auswirkung zu bringen. Das, was unsere jungen Pastoren heute „Teamarbeit“ zu nennen pflegen, ist die große Aufgabe, die den Kirchenkreisen in Zukunft gestellt wird. Einige Kirchenkreise beginnen damit, örtliche Schwerpunkte gemeinsamer missionarischer Arbeit zu bilden. Aus den Zellen lebendiger Kirchenkreise heraus werden dann auch die notwendigen Impulse für gemeinsames, landeskirchliches Handeln in dieser Zeit und an dieser Welt erwachsen.

„Darum, meine lieben Brüder, seid fest, unbeweglich und nehmet immer zu in dem Werk des Herrn, weil ihr wisset, daß eure Arbeit nicht vergeblich ist in dem Herrn“ (1 Kor 15, 58).

In welcher Weise die römisch-katholischen Bischöfe in der DDR, die sich zur „Berliner Ordinarienkonferenz“ zusammengeschlossen haben, die Glieder ihrer Gemeinden für die christliche Glaubens- und Lebensbewährung zuzurüsten suchen, zeigt ein Hirtenbrief zum Glaubensjahr 1967, den wir hier in der Fassung der „Katholischen Nachrichten-Agentur“ (KNA) folgen lassen:

#### „STEHT FEST IM GLAUBEN“

*Wortlaut des Hirtenbriefes der Bischöfe und Bischöflichen  
Kommissare Mitteld Deutschlands zum Glaubensjahr 1967  
(KNA – Dokumentation Nr. 31 vom 16. September 1967)*

*Liebe Brüder und Schwestern!*

Unser Heiliger Vater, Papst Paul VI., hat die katholischen Bischöfe der ganzen Welt aufgefordert, die 1900-Jahr-Feier des Martyriums der Apostel Petrus und Paulus als ein Jahr des Glaubens in ihren Bistümern zu begehen. Am 29. Juni dieses Jahres hat er selbst mit einem feierlichen Gottesdienst auf dem Petersplatz das Glaubensjahr eröffnet.

Wir Bischöfe und Bischöflichen Kommissare in der DDR möchten euch mit diesem gemeinsamen Hirtenbrief bitten: Bemüht euch in diesem Glaubensjahr um einen lebendigen und persönlichen Glauben und betet um die freudige Zuversicht zum klaren Bekenntnis des Glaubens!



„Ich glaube an Gott, den allmächtigen Vater ...“, so wollen wir in diesem Jahr oft und bewußt beten, nicht nur im Gottesdienst der Gemeinde, sondern auch in der Familie und privat. Wir wollen uns dabei immer wieder daran erinnern, was Glauben im vollen Sinne heißt. Im Glauben, so lehrt das Konzil, überantwortet sich der Mensch als Ganzer Gott in Freiheit, indem er sich dem offenbarenden Gott mit Verstand und Willen unterwirft und seiner Offenbarung willig zustimmt.

### *Glauben heißt die Treue halten*

Glauben heißt deshalb, sich dem persönlichen Gott, der sich in Jesus Christus geoffenbart hat, anvertrauen und ihm die Treue halten. Glauben heißt, Gottes Wort hören, ihm gehorchen und darauf bauen. Dadurch bekommt unser Leben eine weite Sicht und einen festen Stand. Wir werden nicht von jeder windigen Lehre hin und her geworfen. Wir tauschen Gott nicht ein gegen vergängliche Menschen, ihre Ideen und Systeme.

So stehen wir in der Gemeinschaft der Kirche, die aufbaut auf dem Glauben, den die Apostel bekannt und gepredigt und mit ihrem Blute bezeugt haben.

Kirche ist nur dort, wo der apostolische Glaube unverfälscht bewahrt wird, durch den Christus in unserem Herzen wohnt.

Als Boten dieses Glaubens mahnen wir Bischöfe euch: Steht fest im Glauben (1 Kor 16, 13) und laßt euer ganzes Leben von ihm prägen. Unser christliches Leben besteht freilich nicht nur aus festlichen und großartigen Stunden, sondern zumeist aus dem ganz und gar unfeierlichen, glanzlosen und nüchternen Alltag. Und doch! Sich niemals des Kreuzes Christi schämen, sich jederzeit, auch in kleinen Dingen, nach dem Willen Christi richten, in einer oft unchristlichen Welt als treuer Christ leben – das ist ein unüberhörbares und großes Glaubensbekenntnis und ein klares Zeugnis für die Mitmenschen.

Wir Bischöfe sprechen es mit großer Dankbarkeit aus, daß viele von euch so leben, zur Ehre Gottes, zum Aufbau der Kirche, zur Freude des Volkes Gottes und seiner Hirten, zum Zeugnis vor der Welt.

### *Meinungsverschiedenheit in der Kirche*

Laßt uns in diesem Glaubensjahr daran denken, daß wir das klare Bekenntnis des Glaubens zuerst in der Kirche einander schuldig sind. Wir beten in der Eucharistiefeier das Credo nicht nur gemeinsam, sondern füreinander, einer zur Stärkung des anderen und so zum Aufbau und zur Festigung der Glaubensgemeinschaft. Es tut sicher heute not, daran zu denken. Denn es gibt in der Kirche neue Fragen und Aufgaben, es gibt Änderungen und Meinungsverschiedenheiten. Deshalb bleibt fast keinem die Frage erspart, was unaufgebarbarer Grundbestand unseres Glaubens ist und was zeitgebunden und daher auch der Änderung unterworfen, was echter Fortschritt und was Irrweg ist, was notwendiges Festhalten an der apostolischen Überlieferung und was falsches Beharren. Persönliche Entscheidung ist unersetzbar und wertvoll, aber es gibt auch vielfach maßlose Überschätzung der eigenen Meinung. Aufgeschlossenheit ist notwendig, aber es gibt auch oberflächliche Neuerungsucht und pauschale Verwerfung der Tradition.

Diese Schwierigkeiten können dem Glaubensleben schaden, sie können aber auch zu einem genaueren und tieferen Glaubensverständnis anregen, und wir wollen uns mit ganzem Ernst darum bemühen. Deshalb empfehlen wir besonders den Besuch der Glaubensstunden oder der Glaubensseminare, die in den Gemeinden oder Dekanaten gehalten werden. Jeder kann und soll dem anderen helfen, den Glauben zu bewahren und zu vertiefen.

Das ist die strenge Pflicht der Bischöfe und Priester bei der Verkündigung des Glaubens. Sie dürfen um keinen Preis die gesunde Lehre verlassen oder durch eigenwillige Interpretationen verwässern, sie dürfen nicht Lehrer werden, die den Ohren schmeicheln (vgl. 2 Tim 4, 3).

### *Kritik ist berechtigt*

Jeder Christ aber, ob er nun lehrt oder Rat gibt, ob er Trost zuspricht oder tadelte, ob er ins Gespräch kommt über Gut und Böse oder über den Weltauftrag der Christen – er tut es entweder aus dem Glauben und dient so den Brüdern und der Kirche Gottes, oder er schadet und bringt Verwirrung.

Auch die Kritik, sofern sie aus Verantwortung und Liebe kommt, ist eine berechtigte Aufgabe in der Kirche. Der aber, dem sie aufgegeben ist, sollte besonders klar aussprechen, daß er aus dem Glauben der Kirche lebt und urteilt. Wir alle aber sollten in diesem Jahr des Glaubens öfter bedenken, daß unsere Mitfeier der hl. Messe, unsere Haltung beim Gebet, unser ehrfürchtiges Hinzutreten zu den heiligen Sakramenten, unser Reden über die Kirche eine Stärkung für die Brüder und Schwestern sein soll.

Wir schulden das klare Bekenntnis des Glaubens allen Menschen, mit denen wir zusammen leben nach dem Wort Christi: Ihr sollt mir Zeugen sein bis an die Grenzen der Erde (Apg 1, 8).

Der heutige Mensch besitzt ein verständliches Selbstbewußtsein wegen des vielfältigen Fortschritts und seiner wissenschaftlichen und technischen Leistungen. Daraus aber kann leicht ein Stolz werden, der Gott nicht mehr anerkennt. Und wo der Sinn für Gott fehlt, da fehlt auch allen Dingen der letzte Sinn.

### *Auf keinen Fall „zweigleisig“ leben*

Die frohe Botschaft Gottes ist aber an alle Menschen gerichtet; sein Heilswille umfaßt die ganze Welt, und jedes Menschenherz gehört dem Schöpfer. Durch die Kirche soll Gottes Gnadenangebot in der Welt wirksam bleiben, in allen Völkern und Kulturen, in allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systemen.

Jeder Christ nimmt teil an diesem Auftrag der Kirche; er trägt durch seinen klar bekannten und gelebten Glauben bei zur Erfüllung des Heilsplanes Gottes.

Dabei müssen wir daran denken, daß der heutige Mensch ein besonders feines Empfinden für Echtheit hat. Er weiß, daß große Worte und Programme, selbst Überzeugungen und begeisterte Bekenntnisse leicht zu produzieren sind. Deshalb kann er nur den Menschen achten und ernst nehmen, der seine Überzeugung lebt. Der Christ darf also auf keinen Fall „zweigleisig“ leben. Nichts zerstört ihn innerlich mehr und macht ihn zugleich unglaubwürdiger. Nur in der schlichten Klarheit und Unzweideutigkeit des Glaubensbekenntnisses können wir, mit der Gnade des Herrn, Licht der Welt und Salz der Erde sein.

Unser Bekenntnis zum Glauben wird immer wieder Ablehnung finden. Das hat uns unser Herr Jesus Christus deutlich vorausgesagt. Das Martyrium der Apostel erinnert uns daran, daß seine Kirche den Weg ihres Meisters gehen muß, den Weg des Kreuzes, der aber zugleich zur Herrlichkeit führt.

Aber wozu Gott uns berufen hat, dazu gibt er auch die Kraft. Wir sind es unserem Herrn, aber auch unseren Mitmenschen schuldig, daß wir uns durch Ablehnung nicht entmutigen lassen. Der Christ ist ganz gewiß kein Neinsager von Beruf. Er muß aber nein sagen, wenn die Treue zu Christus es fordert. Denn nirgendwo auf der Welt kann jemand einen hohen Wert wirklich von ganzem Herzen bejahen und annehmen, wenn er nicht zugleich ablehnt, was diesem Wert widerspricht oder ihn gefährdet.

Weil also der Christ die Welt als Schöpfung Gottes bejaht, lehnt er den Geist der reinen Diesseitigkeit ab.

Weil er in der Kirche und ihren Sakramenten Christi Heil und Gnade findet, weist er alles zurück, was ihn von dieser Kirche trennt.

Weil die Ehe für ihn Sakrament ist, Abbild der Vereinigung Christi mit seiner Kirche, kann er keiner Eheauffassung zustimmen, die diesem Maß widerspricht.

Weil ihm das werdende Leben heilig ist, Eigentum Gottes, lehnt er jeden Angriff darauf ab.

Weil nicht nur das Leben, sondern auch das Heil der Kinder der Sorge christlicher Eltern anvertraut ist, deshalb ist die christliche Erziehung unaufgebbares Recht und heilige Pflicht.

Weil der Christ in der Taufe und Firmung dazu geweiht wurde, Gott die wahre Anbetung, den wahren Kult darzubringen, lehnt er die Teilnahme nach Riten und Bräuchen ab, die ihrem Ursprung und ihrer Tendenz nach Kultersatz atheistischer Prägung sind, das heißt die sozialistische Namensgebung als Ersatz für die Taufe, die Jugendweihe für die Firmung, die sozialistische Eheschließung für die kirchliche Trauung, die sozialistische Beerdigung für das christliche Begräbnis.

Nicht immer und überall wird diese Tendenz deutlich ausgesprochen. Sie ist aber offiziell nirgends widerrufen und wird immer wieder auch so klar formuliert, daß kein Verwischen und Vertuschen den Sachverhalt ändern kann. In einer hiesigen Zeitschrift heißt es etwa: „Eines der wichtigsten Mittel der atheistischen Erziehung der Werktätigen in den sozialistischen Ländern besteht darin, den religiösen Bräuchen und Feiertagen inhaltlich neue Feiertage und ‚Bräuche‘ entgegenzustellen.“ Angesichts dieser hier deutlich ausgesprochenen und objektiv gegebenen Tendenz kann man von einem Christen die Teilnahme daran nicht verlangen, ohne ihm Unrecht zu tun.

### *Jugendweihe durch Druck und Angst*

Leider wissen wir aus vielfacher Erfahrung, daß gerade bei der Jugendweihe durch Druck und Angst vor Nachteilen viel Wissensnot für Eltern und Kinder entstanden ist. Mit dem Konzil betonen wir: „Es darf keiner genötigt werden, gegen sein Gewissen zu handeln“ (Erklärung über die Religionsfreiheit, Nr. 3).

Wir hoffen, es wird sich auch bei uns die Erkenntnis immer mehr durchsetzen, daß der Christ zum Nutzen der Gesellschaft ein guter Mitmensch und Mitarbeiter sein will, wenn man seine Glaubensüberzeugung achtet. Wir vertrauen aber in dieser Sache nicht auf Menschen, auch nicht auf unsere Klugheit, sondern auf Gott, und wir wollen in diesem Glaubensjahr noch mehr um die Gnade des unbedingten Gottvertrauens beten. Stärken wir uns gegenseitig in der Zuversicht auf unseren Gott und Vater, der nicht täuschen oder enttäuschen kann! Helfen wir einander, damit die ganze Kirche das Zeugnis des Glaubens ablegt, das der Herr in dieser Zeit von ihr erwartet.

Dazu segne uns alle der allmächtige Gott, der Vater, der Sohn und der Heilige Geist.

Berlin, den 1. September 1967

*Alfred Kardinal Bengsch*, Erzbischof von Berlin,

*Otto Spülbeck*, Bischof von Meißen,

*Gerhard Schafran*, Bischof und Kapitelsvikar in Görlitz,

*Friedrich Maria Rintelen*, Weihbischof in Magdeburg,

*Bernhard Schröder*, Weihbischof in Schwerin,

*Hugo Aufderbeck*, Weihbischof in Erfurt,

*Josef Schöner*, Bischöflicher Kommissar in Meiningen.

## *b) Kirchlicher Zusammenhalt zwischen Ost und West*

Das Jahr 1967 sollte entsprechend den politischen Entwicklungen (s. oben S. 181) in besonderer Weise ein Jahr des Ringens um die Grundlagen, die Erhaltung und die Gestalt kirchlicher Gemeinschaft zwischen den beiden politisch gespaltenen Teilen Deutschlands in einer verpflichtenden Ordnung werden. Dabei mußte es für die EKD und ihre Gliedkirchen darauf ankommen, politische Mißdeutungen dieser ihrer bis jetzt gewährten Gemeinschaft abzuwehren; zugleich aber konnten und können sich die Kirchen immer weniger der Notwendigkeit verschließen, in der äußeren Gestaltung kirchlicher Organisation und Arbeit neue Wege zu gehen und Wandlungen grundsätzlich zu bejahen.

### 1. Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg

Wie schon in den Vorjahren war auch in dieser Berichtszeit die Entwicklung in der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg und besonders in ihrer östlichen Region beispielhaft für das Gesamtproblem. Im Mittelpunkt stand dabei die Wahrnehmung des Bischofsamtes (für die Vorgeschichte ist auf Kirchl. Jahrbuch 1966, S. 292 ff. zu verweisen). Auf einer Tagung des Weißenseer Arbeitskreises in Berlin-Ost am 28. November 1966 hatte Prof. Dr. Hanfried Müller von der Regionalsynode Ost gefordert, einen hauptamtlichen Verweser des Bischofsamtes auf Lebenszeit zu wählen. Eine solche Wahl hätte zwar den staatlichen Wünschen am meisten entsprochen, aber die tatsächliche Auflösung der rechtlichen Einheit der Kirche von Berlin-Brandenburg eingeleitet. Die Auseinandersetzung im Weißenseer Arbeitskreis wurde im Januar 1967 mit einer Entgegnung von Superintendent Reinhard Steinlein (Finsterwalde), Mitglied der regionalen Kirchenleitung Ost, fortgesetzt. Einem Bericht entnehmen wir folgende Absätze:

Mit einer Reihe von Tatsachenangaben begegnete Steinlein der Darstellung Müllers über die Vorgänge, die zur Wahl von D. Kurt Scharf zum Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland und zum Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg geführt haben. Müllers These, daß hier die Hallstein-Doktrin auf kirchlichem Boden praktiziert worden sei, setzte er entgegen, daß Scharf gerade deshalb zum Ratsvorsitzenden gewählt worden sei, damit die Gesichtspunkte der Christen in der DDR in der EKD zum Tragen kämen.

Die organisatorische Einheit der Kirche nannte Steinlein den sichtbaren Ausdruck dessen, was an geistlicher Gemeinschaft bereits vorhanden sei. Er warnte davor, die Unterschiedlichkeit der Entwicklung zu verschiedenen Gesellschaftsordnungen in den beiden Teilen Deutschlands überzubetonen und daraus kirchlich-organisatorische Konsequenzen zu ziehen. Damit beuge man sich nur der marxistischen Schau der Dinge. Es gehe darum, Fortschritte zu einer größeren Gemeinschaft und ihrer stärkeren Ausprägung zu machen und nicht Schritte zurück zu akzeptieren, „die uns aufgezwungen werden“. In diesem Zusammenhang erinnerte er an ein Wort des früheren Generalsekretärs des Ökumenischen Rates der Kirchen, Visser't Hooft, der gesagt hatte, die gesamte Ökumene blicke auf die Berlin-Brandenburgische Kirche und die EKD, weil hier beispielhaft praktiziert werden müsse, daß in der Kirche die Gemeinschaft des Glaubens sich stärker erweise als alle politischen Kräfte.



Das Ruhen der Beziehungen zwischen dem Staat und der Kirchenleitung in Ost-Berlin hätte sich auf die Gemeinden nicht ausgewirkt. Jedoch würde es die Kirchenleitung begrüßen, sagte Steinlein, wenn die staatlichen Stellen dazu übergehen würden, „von der Realität der Existenz einer Kirchenleitung wieder Kenntnis zu nehmen“.

Als zentralen Gesichtspunkt für die Beratungen ... nannte Steinlein das Ziel, die Wahrnehmung der bischöflichen Funktionen in der Ostregion so zu regeln, daß dadurch die Einheit der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg nicht gefährdet wird. Aus dem Verwalter des Bischofsamtes solle nicht faktisch ein zweiter Bischof werden.

In der ausführlichen Diskussion, die mit dieser Stellungnahme Steinleins begann, wurden sowohl von Mitgliedern des Weißenseer Arbeitskreises wie von den anwesenden Gästen sehr unterschiedliche Urteile über die Bedeutung der organisatorischen Einheit und des Bischofsamtes laut. Die Forderung Steinleins, der Weißenseer Arbeitskreis möge sich von dem durch Gerhard Bassarak und Hanfried Müller gegenüber Bischof Scharf erhobenen Vorwurf einer „objektiven Selbstverlogenheit“ distanzieren, veranlaßte Müller zu einer Stellungnahme. Er sagte, er habe keine persönliche Beleidigung Scharfs im Sinne gehabt, sondern damit den „bedenklichen Zustand“ charakterisieren wollen, „daß ein Mensch in eine objektive Situation gerät, in der er nicht mehr die Freiheit hat, das, was er nach meiner Meinung ehrlich will, auch zu tun“. In einem solchen „unglücklichen Widerspruch“ zwischen der Intention und der Wirkung seiner Taten stehe „auch unser Bruder Scharf“. Müller war ebenfalls nicht bereit, seine Behauptung, Scharf sei die „menschgewordene Demagogie“, in der Sache zurückzunehmen. (*„Berliner Sonntagsblatt – Die Kirche“* Nr. 4 vom 22. Januar 1967)

In ähnlicher Weise sprach sich noch einmal mit aller Entschiedenheit der Bericht der Kirchenleitung Ost vor der vom 13. bis 17. Januar 1967 tagenden östlichen Regionalsynode für die Aufrechterhaltung der Einheit der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg aus:

Auch der Kirchenfremde und ganz abseits des kirchlichen Lebens Stehende wird ein Verständnis dafür aufbringen, daß eine Kirche, deren zwei Regionen in politisch und ideologisch so unterschiedlichen Machtblöcken liegen, das Problem der *kirchlichen Einheit* besonders empfindet und darunter leidet, daß die Verantwortung füreinander sich nur schwer realisieren läßt. Es sei erinnert an das Wort unseres Bischofs, das er bereits im Jahre 1965 gesprochen hat. Er sagte damals auf einer Synode der EKD: „Wir wollen keine politische Demonstration liefern, sondern handelnd vollziehen, was wir sind, kein Restbestand alter nationaler Einheit, noch ein Vorgriff auf die politische Wiedervereinigung, noch auch Sprecherin für eine bestimmte Zuordnung der beiden deutschen Teile. Unsere Einheit ist nicht ein Lehrsatz des Bekenntnisses, eine über die Zeiten hin gültige Glaubensaussage, aber die Evangelische Kirche in Deutschland ist eine rechtliche und eine geistliche Wirklichkeit, und es ist ein Akt des Gehorsams gegen Gott, der uns die Gabe und den Wert unserer Einheit gelassen und neu anvertraut hat, wenn wir diese Einheit praktizieren.“

Wir halten fest an der Einheit unserer Berlin-Brandenburger Kirche. Darin können uns keine kirchenfremden Motive beirren. Stärkster Ausdruck dieses Willens zur Einheit war die von beiden Regionalsynoden vollzogene Wahl des Bischofs unserer Kirche im Februar vorigen Jahres. Als Zeichen für die Einheit der Berlin-Brandenburger Kirche will die Tatsache gewertet werden, daß die Regionalsynode in West-Berlin am gleichen Tage ebenfalls zusammentritt.

Aber nicht nur von der Berlin-Brandenburger kirchlichen Einheit lassen Sie diesmal die Rede sein, sondern von der Einheit, in der wir uns befinden mit den anderen Gliedkirchen der EKU und der EKd zusammen. Viele Sachfragen, die uns in der

Kirchenleitung beschäftigen, waren uns innerhalb dieser großen Kirchenkörper gestellt und wurden nur mit den anderen Gliedkirchen gemeinsam gelöst. Ein nicht nur äußeres Zeichen der Einheit ist die regelmäßige Anwesenheit von Vertretern der Gliedkirchen sowie der gesamtkirchlichen Dienststellen auf unseren Synoden.

Die getrennten Teile unserer Kirche können sich nicht gegenseitig völlig entlassen; denn im Konzert der Gliedkirchen sowohl auf der Ebene der EKU als auch der EKd besitzen sie nach deren Ordnungen bei allen geforderten Stellungnahmen zu anstehenden Sachfragen nur eine Stimme. Für unsere Mitwirkung in den großen kirchlichen Zusammenschlüssen ist es daher auf diesen beiden Ebenen ebenso wie in den ökumenischen Zusammenschlüssen unerlässlich, daß wir uns zuvor verständigen, bis es zu einer einheitlichen Stellungnahme kommen kann. Dieser Zwang hat zwar oft die heilsame Wirkung, sich äußerster Sachlichkeit befleißigen zu müssen, es ist aber leicht einzusehen, daß die Vorbereitung gemeinsamer und einheitlicher Voten unserer Kirche auf der Ebene der übergreifenden Zusammenschlüsse einen nicht unerheblichen Anteil der Arbeit der Kirchenleitung ausmacht. Einheit proklamieren und Einheit praktizieren ist zweierlei. Ungenügende gegenseitige Informationsmöglichkeiten, die zersetzende Kraft der Zeit, aber auch eigene Ungeduld und Betriebsblindheit lassen nicht alle Verständigung so glatt gelingen, wie es zu wünschen wäre, besonders wenn es um schwerwiegende theologische und um Ordnungsfragen geht.

Wie Prof. Hanfried Müller hatte sich auch die Theologische Fakultät der Humboldt-Universität in Berlin in einem dem Synodalpräsidium noch im Dezember 1966 zugeleiteten Memorandum zur Frage des Bischofsamtes geäußert, ohne sich freilich die besonders extremen Forderungen Müllers zu eigen zu machen:

Der Rat der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin hat in seiner Sitzung am 17. 12. 1966 den Beschluß gefaßt, an die Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg zu appellieren, sie möge anläßlich ihrer nächsten Tagung die Gelegenheit wahrnehmen, die Bischofskrise in der Berlin-Brandenburgischen Kirche dadurch zu beenden, daß sie für die Berufung einer Person, die das Bischofsamt wahrnehmen kann, Sorge trägt. Er legt damit nahe, die Konsequenzen daraus zu ziehen, daß die Wahl von Bischof D. Scharf, unter der Annahme vollzogen, daß ihm die Übersiedlung in das Gebiet der DDR bei hinreichender Mehrheit ganz sicher sei, nur für das Gebiet des Westberliner Regionalbereiches der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg faktisch wirksam geworden ist. Deshalb hält der Rat der Fakultät die Wahl eines Verwesers des Bischofsamtes für den auf dem Gebiet der DDR liegenden Regionalbereich der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg für erforderlich, um (1.) der innerkirchlichen Ordnung und der geistlichen Betreuung der Gemeinden einen dringend fälligen Dienst zu erweisen, (2.) das gestörte Verhältnis der Berlin-Brandenburgischen Kirche zum Staat wieder zu normalisieren sowie (3.) die politischen Voraussetzungen für gute Beziehungen zwischen der Berlin-Brandenburgischen Kirche in der DDR und in West-Berlin zu schaffen, im Verein mit einer zu erhoffenden Verbesserung der Beziehungen zu West-Berlin.

Zur näheren Begründung und Entfaltung dieses Votums sei folgendes ausgeführt:

Der Rat der Theologischen Fakultät ist zu der Überzeugung gelangt, daß er zur gegenwärtigen kirchenpolitischen Situation nicht schweigen sollte. Er ist der Auffassung, daß die auf der Frühjahrssynode 1966 heraufbeschworene Bischofskrise, das Fehlen eines verantwortlichen Leiters für unseren Bereich, nicht zu einem Dauerzustand werden darf. Es besteht nämlich sonst die Gefahr, die kirchenpolitischen Folgen der Krise fatalistisch zu heroisieren sowie ihre innerkirchlichen Folgen als Boden für allerlei eigenmächtige zentrifugale Bestrebungen oder als Anlaß für personalpolitische

Auseinandersetzung auszunutzen. Um der Gemeinden willen möchten wir vor dem Aufkommen derartiger Tendenzen, welche die Krise zur Ausweitung eigener Interessen sogar noch heimlich begrüßen und in einen chronischen Zustand übergehen lassen möchten, warnen.

Natürlich beansprucht der Rat der Theologischen Fakultät nicht, eine bestimmte personelle Lösung als die einzig richtige benennen zu können. Er will zunächst und vor allem zur Sachlichkeit aufrufen, damit über unendlich viele Vorurteile und Ressentiments hinweg eine nüchterne Einschätzung der kirchenpolitischen Lage erfolgt.

Denn eine Synode sollte die Fesseln unglücklicher Prämissen aus der Vergangenheit abstreifen, um freie Hand für die heute notwendigen Entscheidungen zu erlangen.

Zu diesem Ruf zur Sachlichkeit wird auch der Hinweis darauf gehören, daß es nicht richtig ist, hinsichtlich der Bischofswahl auf der Frühjahrssynode 1966 den staatlichen Organen der DDR Eingriffe in innere Angelegenheiten der Kirche, insbesondere in ihre Personalpolitik, vorzuwerfen. Von solchen könnte nur dann die Rede sein, wenn der Staat entweder versuchte, in die innerkirchliche Ordnung, das Ordinations- oder Visitationsrecht, einzugreifen oder wenn er – im vorliegenden Fall – einen bestimmten Kandidaten für das Bischofsamt bzw. für das Amt eines Verwesers hätte aufzwingen wollen bzw. jetzt aufzwingen wollte. Wenn demgegenüber der Staat sich gegen einen Kandidaten ausspricht, weil er nicht Bürger der DDR ist, so ist dagegen aus kirchenrechtlicher Sicht prinzipiell nichts einzuwenden.

Andererseits muß es nun darum gehen, ernsthaft von der Möglichkeit Gebrauch zu machen und darauf zu dringen, durch Bestimmung einer anderen Person zur Wahrnehmung des Bischofsamtes für das in der DDR gelegene Gebiet der Berlin-Brandenburgischen Kirche zu einem mit dem Staate verhandlungsfähigen Repräsentanten unserer Landeskirche zu kommen.

Der Rat der Theologischen Fakultät muß natürlich davon absehen, hierfür einen bestimmten Namen zu benennen. Aber er möchte darauf aufmerksam machen, daß er verschiedene personelle Möglichkeiten zur Überwindung der Krise sieht, wenn die Synode bzw. die Kirchenleitung die Berufung in einer Weise vollzieht, daß der Betreffende nicht als Vikar eines in West-Berlin residierenden Bischofs, sondern als ein solcher sowie den Bischöfen in der DDR gleichgeordneter leitender Geistlicher im Sinne von Artikel 103–105 und 112–118 der in der Grundordnung festgelegten Rechten und Pflichten zu amtieren hat.

Es sei noch einmal ausgesprochen, daß mit der Realisierung einer dieser Möglichkeiten ein Dreifaches erreicht werden soll oder kann:

1. die Stärkung der inneren Ordnung und geistlichen Leitung in unserer Landeskirche sowie

2. die Wiederherstellung eines normalen und vertrauensvollen Verhältnisses von Staat und Kirche im Bereich der Berlin-Brandenburgischen Kirche.

3. Nicht zuletzt könnte die Synode mit einer Entscheidung, die auf ihre Weise eine Absage an westliche Bevormundung bedeuten würde, einen Beitrag dazu leisten, daß es auch im politischen Bereich selbst zu einer Entspannung kommt, die alsdann auch dem besonderen Problem der Berlin-Brandenburgischen Kirche eine brüderlich-geistliche Konsultation zwischen ihren beiden Regionalbereichen neu in Gang zu bringen, zugute käme.

Denn auch dies sei noch ausgesprochen: Sosehr gerade die Berliner Theologische Fakultät den Blick auf die ökumenische Weite der Kirche Jesu Christi sich angelegen sein läßt, so darf doch das weder bewußt noch unbewußt das Empfinden nähren, daß Kirche und Theologie in der DDR nichts Eigenes beizutragen, sondern nur zu rezipieren hätten. Die Lage von Kirche und Theologie in der DDR ist vielleicht sogar zukünftigen Aufgaben der Gesamtkirche besonders nahe und zum Errichten neuer Modelle besonders berufen. Und auch das mag rechtfertigen, daß unser Ruf zur



Sachlichkeit zugleich ein Ruf dazu ist, daß die Landeskirchen in der DDR und ihre Leitungen noch mehr Bewußtsein um ein selbständiges und ihren besonderen Aufgaben gerecht werdendes Handeln gewinnen.

Die Kirchenleitung konnte einer befriedigenden Lösung der Bischofsfrage nicht länger ausweichen. Sie bestellte den Generalsuperintendenten des Sprengels Eberswalde D. Albrecht Schönherr zum Verweser des Bischofsamtes mit der Dienstbezeichnung „Verwalter des Bischofsamtes“. Die Wahl fiel damit auf eine zweifellos vorzüglich für dieses Amt geeignete Persönlichkeit, sie bedeutete zugleich ein Entgegenkommen gegenüber kirchlichen Gruppen um den Weißen-seer Arbeitskreis und gegenüber bestimmten staatlichen Erwartungen, da Schönherr dem Kreis von Theologen zuzurechnen ist, die schon früh für ihre kirchliche und theologische Arbeit bewußt ihren Standort in dem sozialistischen Staat der DDR suchten.

Über die Wahl erging unter dem 5. Januar 1967 folgende Mitteilung seitens der regionalen Kirchenleitung Ost:

Die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg bestellt auf Grund der Notverordnung über einstweilige regionale Synoden Herrn Generalsuperintendent D. Schönherr zum Verweser des Bischofsamtes; damit ist Herr D. Schönherr ab sofort Vorsitzender der Kirchenleitung. Auf seinen Wunsch werden gewisse weitere Modalitäten seiner Amtsführung späterer Beschlußfassung vorbehalten.

Der Verweser trägt die Dienstbezeichnung „Verwalter des Bischofsamtes“.

Der neugewählte Verwalter des Bischofsamtes legt Wert darauf, bei längerer Dauer der Behinderung des Bischofs der Kirchenleitung in der Mitte der Legislaturperiode Gelegenheit zu geben, über die Fortführung seines Amtes neu Beschluß zu fassen.

Zu Einzelheiten der Amtsführung des neubestellten Verwesers des Bischofsamtes stellte die Kirchenleitung am 12. Januar fest:

1. Der Verweser bleibt rechtlich in seinem bisherigen Hauptamt. Er übt jedoch die in der Grundordnung beschriebenen bischöflichen Funktionen als Hauptfunktion aus. Dazu wird er durch Beauftragung eines bevollmächtigten Vertreters in seinem Hauptamt freigestellt. Für diesen Vertreter wird erforderlichenfalls eine neue Stelle geschaffen. Für den Verweser ist vorgesehen, daß er nach Beendigung seines Dienstes, also spätestens bei Beendigung der Behinderung des Bischofs, in die Ausübung seines Hauptamtes zurückkehrt.

Der Dienstsitz des Verwesers ist Berlin, Neue Grünstraße 19. Der Wohnsitz sollte möglichst Eberswalde bleiben. Das Recht, einen zweiten Wohnsitz in Berlin zu nehmen, bleibt unberührt.

2. Der Verweser hat das Recht, einzelne bischöfliche Funktionen an andere einzelne Personen zu delegieren. Dies darf jedoch nicht zu einer Beeinträchtigung dessen führen, daß der Verweser – gemäß Artikel 112 Abs. 1 der Grundordnung – „Sorge für die einheitliche und brüderliche Zusammenarbeit aller Organe der Kirche“ zu tragen hat und daß dieser zentrale bischöfliche Dienst gerade den vollen Einsatz des Verwesers selbst fordert. Soweit der Verweser im Rahmen dieser Bestimmung Funktionen delegiert, sind die Beauftragten – in Verantwortung gegenüber dem Verweser – zur Ausübung der betreffenden Teilfunktionen voll autorisiert.

Der Verweser bittet den amtierenden Konsistorialpräsidenten, in seiner Vertretung den Vorsitz im Konsistorium wahrzunehmen.

3. Die Zusammenarbeit zwischen der Kirchenleitung und dem Verweser beruht auf



den einschlägigen Bestimmungen der Grundordnung über das Verhältnis zwischen dem Bischofsamt einerseits und der Kirchenleitung andererseits. Das bezieht sich besonders auch auf die in Artikel 113 Abs. 2 und Artikel 114 der Grundordnung genannten Dienste des Bischofs. In solcher engen Zusammenarbeit mit der Kirchenleitung wird der Verweser die in der Grundordnung über das Bischofsamt enthaltenen Tendenzen auf Zusammenarbeit im Sinne brüderschaftlicher Leitung beispielhaft für das gesamte Leben der Kirche zu verwirklichen trachten.

4. Zugleich muß der Verweser im Rahmen der Möglichkeiten brüderlichen Kontakt mit dem Bischof halten. Das ist kirchenrechtlich bindend. Die Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit des Verwesers – entsprechend den Bestimmungen der Notverordnung über die Befugnisse und Aufgaben der regionalen Synoden und Kirchenleitungen – werden dadurch nicht tangiert.

In seinem Tätigkeitsbericht vor der kurz darauf tagenden Regionalsynode Ost teilte der bisher amtierende Vorsitzende der Kirchenleitung Synodalpräses Figur am 13. Januar mit:

Ein Problem, das uns bis zuletzt als Aufgabe beschäftigt hat und lange nicht gelöst werden konnte, ist die Frage nach der bischöflichen Leitung der Kirche. Der Bischof ist für uns unerreichbar und wir für ihn. Der Verwalter des Bischofsamtes hat sein Amt im Februar niedergelegt. Seitdem hat die Kirchenleitung als Ganze die bischöfliche Leitung wahrgenommen. Den stellvertretenden Vorsitz in der Kirchenleitung führt nach der Grundordnung der Präses. Mehrfach hat die Kirchenleitung über die Frage nach der Leitung verhandelt, zweimal in ganztägigen Sondersitzungen. Die Frage einer kollektiven Lösung hat die Kirchenleitung und auch den ständigen Ordnungsausschuß lange beschäftigt. Die kirchenrechtliche Materie ist sehr viel komplizierter als gemeinhin angenommen wird. Zwingende Gründe ließen es lange nicht zu einer Entscheidung kommen.

Es folgt die obenstehende Mitteilung der Kirchenleitung vom 5. Januar. Der Bericht fährt dann fort:

Der neugewählte Verwalter des Bischofsamtes legt Wert darauf, bei längerer Dauer der Behinderung des Bischofs der Kirchenleitung in der Mitte der Legislaturperiode Gelegenheit zu geben, über die Fortführung seines Amtes neu Beschluß zu fassen.

Es ist durchaus verständlich, wenn sich in diesem Zusammenhang der Vorwurf der Verzögerung erhebt, aber auch an dieser Stelle wird deutlich, wie wenig homogen eine Kirchenleitung bei uns ist und vermutlich auch die neue Kirchenleitung sein wird. Theologische und nichttheologische Unterschiede lassen sich nun einmal nicht leugnen. Die Erwartung, die gelegentlich an die Kirchenleitung gestellt wird, daß sie in dieser oder jener Frage eine einheitliche Meinung haben müsse oder doch schnell erarbeiten könne, ist irrig. Wir leben miteinander und arbeiten miteinander trotz vieler voneinander abweichender Auffassungen. Das Bemühen um Sachlichkeit ist ein Stück unaufdringlicher Brüderlichkeit, so hieß es in einer Festansprache anläßlich der 150-Jahr-Feier des Evangelischen Konsistoriums, und wenn sich Kritik mit Selbstkritik paart, ist ein Gespräch immer möglich. Man muß sich nur der Gegensätzlichkeit voll bewußt sein und deren partielle Berechtigung auch versuchen anzuerkennen. An der Art, wie Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden, sollte die Kirche ein Beispiel sein.

Generalsuperintendent Schönherr äußerte sich zu seiner Bestellung zum Verwalter des Bischofsamtes vor der Provinzialsynode Ost am 14. Januar wie folgt:

*Hochwürdige Synode, liebe Brüder und Schwestern!*

Der Kirchenleitungsbericht hat Ihnen über meine Bestellung zum Verwalter des Bischofsamtes das vorerst Wichtigste gesagt. Lassen Sie mich dem noch einige persönliche Worte hinzufügen.

Die Kirchenleitung hat sich die Wahl eines Verwesers, die ja nach dem Rücktritt von Bruder Jacob am 15. 2. 1966 wieder zur Debatte stand, nicht leicht werden lassen; Bruder Dr. Lahr wird Ihnen über die dabei erwogenen Sachfragen im Verlauf dieser Synodaltagung noch einiges sagen. Von daher vor allem wollen Sie sich erklären, daß die Kirchenleitung soviel Zeit gebraucht hat, bis sie zum Abschluß kam. Zu dieser langen Dauer der Erörterungen trug aber auch die nicht minder schwierige Frage nach der Person bei, die zwar im ersten Teil der Erwägungen formal ausgeschlossen, dennoch natürlich immer anwesend war. Jeder hat gezögert, in einer derart komplizierten Situation einem Bruder diese Belastung zuzumuten; jeder, auf den der Blick fiel, hat sich geweht, eine Bereitschaft zu erkennen zu geben. Nun ist die Wahl zu meiner und vieler anderer Verwunderung auf mich gefallen. Sie werden mir glauben, daß ich die Wahl nur annehmen konnte, weil ich mich in einem letzten, unausweichlichen Sinne dem Dienst an unserer Berlin-Brandenburger Kirche verpflichtet weiß.

Ich kann und will Sie, hochwürdige Synodale, nicht um einen Vorschuß an Vertrauen bitten; aber ich bitte Sie von Herzen um Ihre Fürbitte und um Ihre Mitarbeit. Vielleicht, daß dann mit der Zeit Vertrauen wächst. Noch ist viel Gift in unserer Berlin-Brandenburger Kirche, die ja durch ihre Existenz in der Teilung wie keine andere in die politischen Auseinandersetzungen hineingezogen worden ist. Ich bin der Überzeugung, daß dies Gift in dem Maße neutralisiert wird, wie wir erkennen, daß wir einander als Mitbeter und Mitarbeiter für den inneren und äußeren Aufbau unserer Kirche lebensnotwendig brauchen. Es gilt ja, an einer Kirche zu arbeiten, die in einem sozialistischen Staat und in einer sehr weltlich gewordenen Welt das Zeugnis von der Liebe Gottes zu dieser Welt in der damit gegebenen Freiheit und Gebundenheit des Dienstes findet. Wenn wir uns alle dieser Arbeit widmen, die ja vor allem in den Gemeinden und in der Zurüstung der einzelnen Christen getan werden muß, dann wird auch für die innere Gesundung unserer Berlin-Brandenburger Kirche gesorgt sein.

Ich sehe also meine Hauptaufgabe darin, soviel an mir ist, zu solcher stetiger Aufbauarbeit das meinige zu tun. Sie wird auf lange Sicht gehen müssen und darf sich nicht in Tagesfragen verfangen. Ich denke, daß damit auch die beste Grundlage für ein normales, sachliches Verhältnis zu unserem Staate gegeben ist. Ich gebe meiner Hoffnung Ausdruck, daß ein solches Verhältnis auch zur Berlin-Brandenburger Kirche hergestellt werden kann und wird.

Einer der ersten Grüße und Wünsche nach meiner Ernennung zum Verwalter des Bischofsamtes hatte die Unterschrift des Bischofs unserer Berlin-Brandenburger Kirche, unseres Bruders Scharf. Das Telegramm lautet: „Für die Annahme des Verweserauftrages, wie die Kirchenleitung ihn erteilt hat, danke ich Ihnen, lieber Bruder Schönherr, aus der Verbundenheit des gemeinsamen Dienstes durch mehr als drei nicht immer leichte Jahrzehnte. Ich bete für Sie und unsere Berlin-Brandenburger Kirche, daß Gott unsere Bemühungen um Frieden und Einheit unter den Menschen und um das Heil ihrer Seelen nicht ungesegnet lasse. Gottes Wort aus der Tageslese Ihrer Bestallung mag unsere Zuversicht stärken: ‚Ich aber will auf den Herrn schauen und harren auf den Gott meines Heils, mein Gott wird mich erhören‘ (Micha 7, 7 ff.). Ihr sehr getreuer K. Scharf.“ Ich bin ihm für die brüderliche Gesinnung, die aus seinen Worten spricht, von Herzen dankbar. Ich bin aber auch dafür dankbar, daß er sich des öfteren unmißverständlich über die Rechtslage der beiden Teile unserer Kirche, wie sie in der Regionalgesetzgebung festgelegt ist, ausgesprochen hat. Sie ist völlig eindeutig, und weder gab es in unserer Kirchenleitung in der Zeit des ersten Verwalters des Bischofsamtes,

D. Jacob, noch gibt es jetzt irgendeinen Zweifel: Der Verweser, ist er einmal eingesetzt, tut seinen Dienst in voller Zusammenarbeit mit seiner Kirchenleitung; er empfängt keinerlei Weisung von der anderen Region unserer Kirche, weder von der Regionalsynode West noch von der dortigen Kirchenleitung, auch nicht von dem in West-Berlin wohnenden Bischof. Diese Tatsache schmälert nicht die brüderliche Verbundenheit, die zwischen den beiden Teilen unserer Kirche besteht.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einen doppelten Dank aussprechen: Von der Januar-Synode 1963 bis zum Februar des letzten Jahres hat Bruder Generalsuperintendent D. Jacob diesen Dienst eines Verwalters des Bischofsamtes getan. Obwohl damals in seinem Amt als Generalsuperintendent in Cottbus kaum entlastet, hat er, für alle sichtbar in den hauptsächlich von ihm erarbeiteten Berichten der Kirchenleitung und auf mancherlei andere Weise wichtige geistliche Impulse in unsere Kirche gegeben. Dabei hat er seine Arbeitskraft bis zum äußersten eingesetzt. Dafür haben wir ihm sehr zu danken.

In der besonders schweren Zeit seit der letzten Synodaltagung lag die Last des Vorsitzes der Kirchenleitung nach der Ordnung unserer Kirche wieder einmal auf den Schultern des Präses der Synode, Superintendent Figur. Er hat sich gewissenhaft bemüht, die Haupttugend eines guten Gesprächsleiters zu üben: Fair seine eigene Meinung zurückhaltend, dem Austausch der Partner zu dienen – und das erfordert bei den tiefen sachlichen Gegensätzen in der Kirchenleitung, die ja nur die in der Kirche selbst bestehenden Unterschiede in den Auffassungen widerspiegeln, straffe Leitung, brüderlichen Sinn und vor allem guten Humor. Ich bitte Euch beide, liebe Brüder, daß Ihr mich mit Eurem guten Rat begleitet.

In der Tageslese des Tages, an dem ich zum Verweser bestellt wurde, des 5. Januar 1967, steht die berühmte Mahnung des Jakobus, nichts zu tun, ohne zu sagen: „So der Herr will und wir leben, wollen wir dies oder das tun“ (Jak 4, 15). Wie sollte man solches Wort in einer Stunde überhören können, in der alle Gedanken auf den Weg gerichtet sind, der vor uns liegt. In demselben Abschnitt steht dann aber am Schluß: „Wer nun weiß Gutes zu tun, und tut's nicht, dem ist es Sünde“ (V. 17). Positiv gewendet: Ich glaube, wir wissen, was gut ist zu tun, nämlich den Dienst unseres Herrn auszurichten. Also laßt uns gemeinsam an die Arbeit gehen!

Die Wahl Schönherrs konnte nicht mit einem Schlage alle Differenzen um das Bischofsamt, die in Wirklichkeit Differenzen um den Zusammenhalt der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg sind, beseitigen. Darin gibt ein zusammenfassender epd-Bericht einen Einblick:

#### „KONTAKT ZWISCHEN BISCHOF UND VERWESER KIRCHENRECHTLICH BINDEND“

#### *Lebhafte Diskussion auf der Regionalsynode Ost über Bischofsamtsverwalter*

Zu einer lebhaften Diskussion über den von der Kirchenleitung am Vortage erstatteten Rechenschaftsbericht kam es am Sonntag in der Regionalsynode Ost der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg. Zu Beginn der Sitzung informierte die Kirchenleitung die Synode über ihre Beschlüsse im Zusammenhang mit der Bestellung von D. Albrecht Schönherr zum Verwalter des Bischofsamtes in der Ostregion. Danach soll Schönherr die bischöflichen Funktionen als Hauptfunktion ausüben, rechtlich jedoch Generalsuperintendent des Sprengels Eberswalde bleiben und nach Beendigung seines Dienstes als Verweser in die Ausübung dieses Hauptamtes zurückkehren.

Im Kirchenleitungsbeschuß wird außerdem festgestellt, der Verweser werde „die in der Grundordnung über das Bischofsamt enthaltenen Tendenzen auf Zusammenarbeit

im Sinne bruderschaftlicher Leitung beispielhaft für das gesamte Leben der Kirche zu verwirklichen trachten“. Zugleich müsse er „im Rahmen der Möglichkeiten brüderlichen Kontakt mit dem Bischof halten“. Das sei kirchenrechtlich bindend, jedoch würden die Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit des Verwesers dadurch nicht berührt.

### *„Schwache Stelle einer guten Konstruktion“*

Während in der anschließenden Aussprache der Synodale Kasner, einer der Sprecher des Weißenseer Arbeitskreises, unter Hinweis auf diese Beschlüsse „die Verweserfrage als im wesentlichen gelöst“ bezeichnete, äußerten sich Prof. Hanfried Müller und der Synodale Heilmann, beide ebenfalls Mitglieder dieses Arbeitskreises, kritisch. Heilmann bezweifelte, ob es überhaupt möglich sei, das Verweseramts „an irgendeiner Stelle zu beschneiden“. Der geforderte brüderliche Kontakt zu Bischof Scharf werde dann zum Problem, wenn der Bischofsverweser nicht die gleiche umfassende Verantwortung habe wie der Bischof. Ähnlich äußerte sich Müller, der die Erklärung, der brüderliche Kontakt zwischen Verweser und Bischof sei kirchenrechtlich bindend, als die schwache Stelle einer guten Konstruktion bezeichnete.

Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat und die von der Kirchenleitung eingenommene Position wurden in der Aussprache sehr unterschiedlich beurteilt. Während auf der einen Seite der Synodale Schottstädt die Frage stellte: „Sind in den meisten Absätzen des Berichtes der Kirchenleitung nicht doch Predigten gegen den Staat zu hören?“, was Pfui-Rufe in der Synode auslöste, stellte der Seelower Superintendent Richter fest: „Ich sehe im Kirchenleitungsbericht keinen Affront gegenüber dem Staat, sondern vielmehr eine Aufzählung von Fakten.“ Ähnlich wie Schottstädt votierten auch Heilmann und Müller. Prof. Müller erklärte, die Einheit der Kirche sei nicht primär bedroht durch Staatsgrenzen. Vielmehr sei die Einheit durch eigene Schuld der Kirche zerbrochen, weil sie keine einheitliche Haltung gegenüber den Massenvernichtungsmitteln, dem Militärseelsorgevertrag, dem „Dibelianismus“ und der Obrigkeitsfrage eingenommen habe.

### *Staatsvertreter suchten Synodale auf*

Dazu meinte der Synodale Kirsten, es sei kaum noch zu ertragen, daß bestimmte Synodale vorwiegend politische Gesichtspunkte in die Synode hineinrügen. Man solle dankbar dafür sein, daß die Kirchenleitung in ihrem Bericht ein sachliches Verhältnis zum Staat gewünscht habe und daß ein neuer Anfang sich abzeichne, wie die Anwesenheit von Staatsvertretern als Gäste der Synode zeige. Auf die Tatsache, daß die meisten Synodalen vor der Tagung von Staatsvertretern aufgesucht worden sind, wies der Synodale Furian hin. Bei diesen Gesprächen sei es darauf hinausgelaufen, daß die Brücke zum Staat erst dann wieder begehbar werde, wenn die Brücke zu anderen Kirchen abgebrochen werde. Dies sei zuviel verlangt.

Ein großer Teil der Aussprache beschäftigte sich mit der Frage nach besseren Informationsmöglichkeiten sowohl von der Kirchenleitung zu den Synodalen und Gemeinden wie auch umgekehrt. Dazu wurden mehrere Anträge eingebracht, in denen u. a. regelmäßige Konsultationstagungen der Synode, die Anhörung von sachverständigen Laien durch die Kirchenleitung zu einzelnen Problemen sowie regelmäßige „Hearings“ gefordert werden.

*(epd ZA Nr. 13 vom 16. Januar 1967)*

Abschließend faßte die Regionalsynode Ost auf dieser Tagung folgende Beschlüsse zur Leitung der Kirche:

1. Wir danken unserem Bruder D. Schönherr, daß er sich bereit erklärt hat, den verantwortungsvollen Dienst des Verwalters des Bischofsamtes zu übernehmen.



Wir erwarten von der Kirchenleitung, daß sie im Blick auf diesen schweren Dienst alles Erforderliche tut, um dem Verwalter des Bischofsamtes die volle Ausübung seiner bischöflichen Funktionen zu ermöglichen.

2. Die Erklärung des Verwalters des Bischofsamtes nach seinem Besuch bei dem Staatssekretär für Kirchenfragen haben wir mit großer Freude zur Kenntnis genommen. Wir hoffen, daß es nun dem Verwalter des Bischofsamtes im Zusammenwirken mit der neuen Kirchenleitung möglich sein wird, die im Bericht der Kirchenleitung vorgetragenen Beschwerden gegenüber unserem Staat einer alle Beteiligten befriedigenden Lösung entgegenzuführen.

3. Synode beauftragt gemäß Art. 132, 4 der Grundordnung die Kirchenleitung, ihre Tätigkeit so auszuüben, daß kirchliche Organe und Körperschaften, Pfarr- und Mitarbeiterkonvente sowie kirchliche Werke der Kirchenprovinz in regelmäßigen Abständen (etwa viermal im Jahr) Gelegenheit erhalten, zu Fragen des Auftrages, der Erneuerung und des Aufbaues der Kirche angehört zu werden (Hearings). Auch kirchliche Arbeitsgruppen in Berlin-Brandenburg sollen angehört werden können. Solche Anhörungen (Hearings) dienen dem Ziel, „daß das Evangelium von Jesus Christus – einmütig, lauter und gegenwartsnah allem Volk mit Wort und Tat bezeugt wird“ (Art. 119, 1 der Grundordnung).

Die Anhörungen werden rechtzeitig von der Kirchenleitung ausgeschrieben. Die genannten kirchlichen Gremien melden sich bei der Kirchenleitung an. Die Anmeldung bedarf einer Bestätigung. Die Fragen und Anregungen werden dann durch Delegierte vorgetragen und begründet. Die Kirchenleitung kann ihrerseits zur Teilnahme an den Anhörungen auffordern; möglichst die Hälfte der Kirchenleitung nimmt mit ihrem Vorsitzenden an den Anhörungen teil.

Über Erfahrungen mit dieser Arbeitsweise berichtet die Kirchenleitung der Synode auf ihrer nächsten Tagung.

Auch die gleichzeitig tagende Regionalsynode West befaßte sich mit der Bischofsfrage und der Bestellung von Generalsuperintendent Schönherr zum Verweser des Bischofsamtes. Dazu heißt es in einem Votum von Bischof Scharf am 14. Januar vor der Synode:

... Bruder Martin Fischer hat außerdem das Thema des Bischofsverwesers drüben im Ostbereich und die Person von Bruder Schönherr hier ausdrücklich genannt und einiges darüber gesagt. Bruder Delius hat mir hierzu eine ganz konkrete und präzise Frage gestellt. Ich weiß, daß jede, auch die zurückhaltendste Antwort auf diese Frage möglicherweise für den Bruder drüben eine Belastung, zu einer Belastung führen könnte, eine Belastung werden könnte. Ich glaube aber doch, wenn ich so direkt gefragt werde, muß ich um der Einheit unserer Kirche und um der Klarheit der Situation willen doch auch eine Antwort geben. Bruder Delius, Bruder Schönherr hat mir unmittelbar nach seiner Wahl, bevor mein Telegramm abgegangen war, schon einen Gruß zugeleitet ... Und er hat mir nach dem Telegramm, nach Empfang meines Telegramms einen langen, zweiseitigen Brief geschrieben von großer persönlicher Herzlichkeit und sachlich von einer vollen Loyalität unter den Umständen, in denen er sein Amt wahrzunehmen hat. Er hat auch das, was ... das Modell 2 der Kirchenleitung ihm auferlegt, in diesem Brief schriftlich in vollem Umfange bestätigt, ausdrücklich bestätigt ...

Zu der oben schon erwähnten Erklärung Generalsuperintendent Schönherrs nach seinem Besuch bei dem Staatssekretär für Kirchenfragen Seigewasser heißt es in einer epd-Meldung (epd ZA Nr. 14 vom 17. Januar 1967):

„Die normalen Verhältnisse“ zwischen der Regierung der DDR und der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg sind nach Auffassung des Verwalters des Bischofsamtes in Ost-Berlin, Generalsuperintendent D. Albrecht Schönherr, wiederhergestellt. Wie Schönherr am Montagnachmittag vor der Regionalsynode Ost in Berlin-Weißensee bekanntgab, hat der DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, seiner Bitte sofort entsprochen, zusammen mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Kirchenleitung, Präses Fritz Figur, einen Antrittsbesuch machen zu dürfen. Das am Montagvormittag mit Seigewasser geführte Gespräch habe eine Stunde gedauert. Einzelheiten teilte Schönherr nicht mit.

Dieser Besuch von Generalsuperintendent Schönherr bei Staatssekretär Seigewasser unmittelbar nach seiner Bestellung zum Verweser des Bischofsamtes, aber auch die Tatsache, daß der Staatssekretär sofort zu dieser Aussprache bereit war, zeigt, daß sowohl der kirchlichen wie der staatlichen Seite daran gelegen war, das seit der Wahl von D. Scharf im Jahre 1966 zum Bischof von Berlin-Brandenburg empfindlich gestörte Verhältnis wieder zu normalisieren. Staatlicherseits wurde dies auch durch eine ADN-Meldung, in der Schönherr als Bischof bezeichnet wird, öffentlich zum Ausdruck gebracht:

#### BEREITSCHAFT ZU EINEM VERTRAUENSVOLLEN VERHÄLTNIS

*Bischof D. Schönherr bei Staatssekretär Seigewasser  
(„Neue Zeit“ Nr. 15 vom 18. Januar 1967)*

Während der gegenwärtig stattfindenden Tagung der Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg in Weißensee erläuterte der neugewählte Verweser des Bischofsamtes D. Schönherr die Aufgaben seines Amtes. „Der Verweser“, führte D. Schönherr aus, „ist er einmal eingesetzt, tut seinen Dienst in voller Zusammenarbeit mit seiner Kirchenleitung; er empfängt keinerlei Weisung von der anderen Region unserer Kirche, weder von der Regionalsynode West noch von der dortigen Kirchenleitung, auch nicht von dem in West-Berlin wohnenden Bischof.“

Bischof D. Albrecht Schönherr stattete im Beisein des stellvertretenden Vorsitzenden der Kirchenleitung, Präses Fritz Figur, dem Staatssekretär für Kirchenfragen Hans Seigewasser einen Besuch ab. Der amtierende Bischof erläuterte die Befugnisse seines Amtes. Er wiederholte in diesem Zusammenhang die bereits vor der Provinzialsynode getroffene Feststellung. Bischof D. Schönherr brachte seine Bereitschaft zum Ausdruck, ein gutes und vertrauensvolles Verhältnis zwischen der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und den staatlichen Organen herzustellen.

Der Staatssekretär drückte die Erwartung aus, daß die Berlin-Brandenburger Kirche ihre Angelegenheiten künftig ohne Einmischung von West-Berlin regeln wird.

Im Sinne einer Verständigung zwischen Kirche und Staat hatte Generalsuperintendent Schönherr bereits am Tage seiner Bestellung zum Verweser des Bischofsamtes, am 5. Januar 1967, bei einem Empfang durch den Bezirk Frankfurt (Oder) in der Stadthalle von Frankfurt (Oder) eine Ansprache gehalten, die hier ihrer paradigmatischen Bedeutung wegen wiedergegeben sei:

*Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Rates des Bezirkes,  
meine Damen und Herren!*

Im Namen der hier Anwesenden möchte ich mich für die Einladung zu diesem Empfang aufrichtig bedanken. Ein Empfang zur Neujaarszeit ist willkommener Anlaß,

unser aller Wünsche dem Staat bzw. dem Bezirk, in dem wir leben und dem weitgehend die Sorge für unser Wohl anvertraut ist, auszusprechen. Wir haben aus Ihrer Rede, Herr Vorsitzender, einiges über die Entwicklung des Bezirkes gehört. Die Entwicklung hat zum Teil erstaunliches Ausmaß angenommen, wenn wir insbesondere an den Aufbau von Eisenhüttenstadt, von Schwedt und von Frankfurt selbst denken. Das betrifft vor allem den Aufbau einer erheblichen Industrie in einem sonst agrarischen Bezirk. Das betrifft aber auch städtebauliche Veränderungen, die hier in Frankfurt besonders wahrnehmbar sind. Das betrifft auch, vor allem den Autofahrer interessierend, den Straßenbau. Diese Entwicklung kann jeder nachprüfen. Ich wünsche Ihnen, daß diese Entwicklung ungestört weitergehen kann. Uns Christen liegt die unmittelbar menschliche Seite der Sache am nächsten. Hier ist es vor allem der Wohnungsbau, in dem noch viel zu tun ist, zumal ja im Bezirk Frankfurt die Kriegsschäden auch besonders hoch gewesen sind. Wir hoffen sehr, daß es im kommenden Jahr gelingt, hier durchgreifende Abhilfe zu schaffen. Die Wohnungsknappheit bringt ja für das Zusammenleben der Familien erhebliche Gefährdungen mit sich.

Das Verhältnis von Kirche und Staat hat sich in diesem Bezirk deutlich gebessert. Ich habe mir zum Ziel gesetzt, als ich mein Amt als Generalsuperintendent antrat, so viel es an mir liegt, eine sachliche Atmosphäre zwischen Staat und Kirche herzustellen. Es gibt eine Fülle von Gegenständen, über die gesprochen werden muß, in manchen Fragen auch sehr ernste Gegensätze bis in das letzte Jahr hinein, aber es ist darüber gesprochen worden, und auch auf der Ebene der Kreise und Gemeinden sind regelmäßig Aussprachen über die zwischen uns stehenden Sachfragen im Gange. Wir sind dabei, allmählich die Regeln zu finden, die beiden Teilen diese Gespräche erleichtern. Ein gewisser Höhepunkt des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche war der Kirchentag in Frankfurt (Oder) im September 1965, zu dem uns die staatlichen Stellen eine großzügige Hilfe zugesagt und dann tatsächlich auch gewährt haben. Auch dieser Tag heute wird von uns als Zeichen einer entspannteren friedlicheren Atmosphäre gewertet. Wir haben den aufrichtigen Wunsch, daß das freundliche Klima zwischen Staat und Kirche in unserem Bezirk nun auch mehr und mehr Früchte bringt. Wir haben keine Dauerferien, in denen es letzten Endes auf das Wetter ankommt. Das Vertrauen wächst dann, wenn sich auch Früchte zeigen. Wenn der Berliner nach Werder zur Baumbblüte fährt, dann stellt er fest: Das Wetter ist prima, dann werden ja wohl auch die Kirschen ansetzen. Wir haben hier keine Arbeitsbesprechung miteinander. In den Arbeitsbesprechungen haben wir gesagt, um welche „Kirschen“ es uns geht.

Ich wäre froh, wenn ich das auch von dem Verhältnis der gesamten Berlin-Brandenburger Kirche zum Staat sagen könnte. Ich kann nur wiederholen, daß die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg den aufrichtigen Wunsch hat, daß wieder normale Verhältnisse einziehen mögen. Die Kirche will sich nicht in Machtkämpfe verstricken, sie will nicht Staat im Staate sein, sie will eine dienende Kirche sein, ihrem Herrn dienen, und darum auch den Menschen, und zwar den Menschen in der Gesamtheit seiner gesellschaftlichen Bindungen. Darf ich es hier ganz persönlich sagen:

Vor fast zehn Jahren bin ich einmal zu dem damaligen für mich zuständigen Bezirk gegangen und habe gesagt: Ich will nicht, daß Sie uns für Agenten des Westens halten. Ich will Christ in der DDR sein. Ich will mit beiden Füßen in der Wirklichkeit der DDR stehen, aber dann als Christ, und das heißt, daß ich in Freiheit meinem Glauben leben möchte.

Unser Glaube weist uns an diese Welt, in der wir leben, und an ihre Probleme. Was ich hierzu sagen möchte, sage ich nicht im Auftrag und in der Vertretung der Kirchenleitung, auch nicht als seit heute neuernannter Verwalter des Bischofsamtes, sondern in eigener Verantwortung. Im Blick auf die Weltlage sind die Aspekte an diesem Jahreswechsel nicht sehr freundlich. Alles ist überschattet von dem immer noch währenden schrecklichen Krieg in Vietnam.

Dazu habe ich in früheren Äußerungen in Bad Saarow und Bad Freienwalde das mir nötig Erscheinende gesagt. In Sofia habe ich mitgearbeitet an der Entschließung der Christlichen Friedenskonferenz. So brauche ich mich nicht zu wiederholen. Aber dies ist meine Überzeugung: Jeder Tag Krieg mehr ist eine Lästerung Gottes in seinen Geschöpfen. Die Aufgabe, die wir als Kirche in dieser Sache haben, ist vor allen Dingen die Fürbitte und die Information unserer Gemeinden. Denn wenn es Frieden in der Welt werden soll, muß zuerst eine Atmosphäre des Friedens geschaffen werden. Ich fand kürzlich das Wort des Generalsekretärs der UNO, U Thant:

„Ich bin sicher, das große amerikanische Volk würde mit mir übereinstimmen, daß ein weiteres Blutvergießen unnötig ist, wenn es nur die wahren Tatsachen und Hintergründe der Entwicklung in Vietnam kennen würde ... Wie Sie wissen, ist das erste Opfer in Zeiten von Krieg und Feindseligkeiten die Wahrheit.“

Von Vietnam her legt sich ein Eismantel über alle Bestrebungen, die schon einmal sehr verheißungsvoll erschienen sind:

die Verhandlungen über eine umfassende Abrüstung, über atomwaffenfreie Zonen und auch über das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander.

Die Hoffnungen auf den Dialog als einen kleinen Anfang haben sich nicht erfüllt. Ebenso wenig haben sich die Hoffnungen auf Passierscheine zu Weihnachten erfüllt. Ich kann meine Sorge nicht verhehlen im Blick auf den neuauftauchenden Nazismus. Das ist wahrscheinlich weniger eine Frage der Menge als der Atmosphäre. Dabei verlangen die Menschen nach Sonne, nach der Sonne eines wirklichen, dauerhaften, auf festen und gerechten Verträgen beruhenden Friedens, und zwar die Menschen drüben wie hier, wie in aller Welt.

Wir Christen sind keine Politiker. Wir haben keine Macht zu unmittelbar politischem Handeln, aber wir haben etwas zu tun mit dem Geist und Gewissen der Menschen. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, die Gewissen zu schärfen und den Geist mit guten und wahren Gedanken zu füllen. Und wir haben das Vertrauen, daß das auch zu Erfolgen führen wird. Wir hoffen, daß das Jahr 1967 uns dabei einen Schritt weiter bringen wird.

Ich stoße mit Ihnen an darauf, daß das Jahr 1967 uns einen kräftigen Schritt weiter in Richtung auf einen wirklichen und dauerhaften Frieden bringt!

Auf welchem Spannungsfeld sich auch weiterhin die Kirche von Berlin-Brandenburg wird bewegen müssen, zeigen zwei Kommentare nach der endgültigen Regelung des Bischofsamtes für Berlin-Brandenburg. Der erste Kommentar stammt von dem epd-Redakteur Reinhard Henkys:

#### EINFACHER IST NICHTS GEWORDEN

##### *Die Berlin-Brandenburgische Kirche und die Wirklichkeit der DDR*

In der Berlin-Brandenburgischen Landeskirche sind die Dinge übersichtlicher, wenn auch nicht einfacher geworden. Diesen Eindruck gewann man Mitte Januar während der Tagungen der beiden Regionalsynoden dieser durch die Mauer in die Regionen West-Berlin einerseits und Ost-Berlin mit Brandenburg andererseits zertrennten Kirche.

Für West-Berlin hat sich nichts wesentlich Neues ergeben. Dort kann der vor fast einem Jahr von beiden Regionalsynoden für die gesamte Landeskirche gewählte Bischof Scharf unbehindert wirken, sein Bischofsamt und den Vorsitz der Kirchenleitung ungeschmälert wahrnehmen. Es ist auch kein Zweifel, daß die für die Region West bestehende eigene Synode und die eigene Kirchenleitung sich nur als Teil der gesamten Landeskirche verstehen und ihrerseits alles zu tun bemüht sind, damit sowohl die geistliche Gemeinschaft mit der Ostregion erhalten als auch die Feststellung von Bi-



schof Scharf weiterhin gültig bleibt: „Wir sind eine Rechts- und Verwaltungseinheit geblieben.“

Etwas anders liegen die Dinge in der Ostregion. Bischof Scharf, dem die Wahrung der Gemeinschaft der Kirche und die Koordinierung ihrer gesamten Arbeit als Aufgabe gesetzt ist, wird weiterhin von den staatlichen Behörden der DDR daran gehindert, sein Amt dort auszuüben. Da, anders als Westdeutsche, Westberliner nur in seltenen Ausnahmefällen die Mauer passieren dürfen, sind auch die Möglichkeiten der Konsultation, des Austausches und der gegenseitigen Beratung zwischen den Leitungsorganen beider Regionen so gering, daß eine eigenständige und eigenverantwortliche Leitung der Kirche im Osten, und zwar einschließlich der Wahrnehmung der bischöflichen Funktionen, unabweisbar notwendig ist.

Nach langen, schwierigen Beratungen hat die Ostberliner regionale Kirchenleitung eine Entscheidung getroffen, die auch von der Synode gebilligt und begrüßt wurde. Sie bestellte den Generalsuperintendenten von Eberswalde, D. Albrecht Schönherr (55), zum Verwalter des Bischofsamtes. Er soll nicht ein zweiter Bischof sein und bleibt deshalb in seinem bisherigen Hauptamt, aber er soll die bischöflichen Funktionen verantwortlich und umfassend wahrnehmen können. Dies soll seine Haupttätigkeit sein, deshalb wird er in der Generalsuperintendentur Eberswalde einen ständigen Vertreter erhalten. Scharf und Schönherr sind sich einig darüber, daß hier kein Unterstellungsverhältnis vorliegt, sie haben aber ebenso ihre Zusammengehörigkeit, die Notwendigkeit des brüderlichen Kontaktes miteinander klargemacht.

Die Berufung Schönherrs ist also kirchenrechtlich und tatsächlich kein Riegel, der die Zweiteilung der Landeskirche auch für den Fall verewigt, daß die Innerberliner Grenze wieder durchlässig wird. Auf der anderen Seite setzte sie die Ostregion der Kirche instand, eigenverantwortlich und mit der nötigen Handlungs- und Entscheidungsfreiheit sich ihrer Aufgabe zu widmen. Diese Aufgabe heißt: Bezeugung des Evangeliums und Dienst an den Menschen unter den Bedingungen und in der Wirklichkeit der DDR.

Auch ohne einen Bischofsamtsverwalter an ihrer Spitze hatte die Kirchenleitung Ost im vergangenen Jahr sich ihrem Teil an dieser Aufgabe gewidmet, unter erschwerten Verhältnissen allerdings. Die Regierung der DDR nämlich hatte von sich aus nach der Wahl Scharfs zum Bischof alle Verbindungen zu dieser Kirchenleitung abgebrochen. Wenn auch die Tätigkeit der Gemeinden dadurch nicht weiter berührt wurde – die im Kirchenleitungsbericht (vgl. S.3) erwähnten Erschwerungen der kirchlichen Arbeit betrafen ähnlich auch andere Landeskirchen –, so wirkte sich doch in einer von der Totalität des Staates bestimmten Gesellschaft, wie sie sich in der DDR entwickelt hat, das „Ruhe“ der Beziehungen sehr hinderlich aus.

Hier ist nun ein Wandel eingetreten. Bischofsamtsverwalter Schönherr hat zusammen mit seinem Stellvertreter Präses Figur, der vor ihm den Vorsitz der Kirchenleitung hatte, einen Besuch beim Staatssekretär für Kirchenfragen gemacht. Seitdem sehen Regierung wie Kirchenleitung das Verhältnis zueinander wieder als „normal“ an. Offensichtlich verknüpft die Regierung damit jedoch die Erwartung, daß die Ostregion der Berlin-Brandenburgischen Landeskirche faktisch wie eine selbständige Kirche geleitet wird, auch wenn die Forderung nach förmlicher kirchenrechtlicher Abtrennung von der Westregion wohl nicht erhoben wurde.

Ein hauptsächlich politisches Ziel der kommunistischen Staatsführung ist es, den Bürgern die Wirklichkeit der DDR bewußt zu machen, und das heißt eben auch die Endgültigkeit dieses Staatswesens und der von ihm in Gang gebrachten Umwälzung. In diesem Konzept wirken die Kirchen mit ihrer Entschlossenheit, ihre grenzübergreifende Einheit aufrechtzuerhalten, störend. Man wird deshalb wohl damit rechnen müssen, daß der Ostberliner Kirchenleitung und ihrem Vorsitzenden Schönherr immer dann politische Schwierigkeiten gemacht werden, wenn sie ihre Zusammengehörigkeit

mit der Westberliner Kirchenregion durch konkrete Handlungen unterstreichen und öffentlichen Gebrauch von der Tatsache machen, daß unbeschadet des fehlenden Weisungsrechtes Kurt Scharf nach wie vor der Bischof der gesamten Landeskirche ist.

Mit der Wiederherstellung von Beziehungen zwischen Kirchenleitung und Regierung sind die Konflikte zwischen Staat und Kirche allerdings nicht gelöst. Es besteht nur wieder eine Plattform zu Verhandlungen über strittige Fragen. Eine der schwerwiegendsten politisch bedingten Sorgen der Kirche in der DDR ist gegenwärtig die ideologische Verschärfung der Volksbildungspolitik. Die Regionalsynode Ost hat die Tatsache, daß jetzt wieder zunehmend junge Menschen um ihres Christenstandes und ihres klaren Bekenntnisses willen am Besuch der erweiterten Oberschule, an qualifizierter Berufsausbildung und Studium gehindert werden, in einer Entschließung als verfassungswidrig bezeichnet. Kennzeichnend für die Wirklichkeit der DDR war die Tatsache, daß in der vor diesem Beschluß geführten Synodaldebatte sich Stimmen erhoben, die das neu wiedergewonnene „normale“ Verhältnis zur Regierung gefährdet sahen, wenn die Synode sich in dieser Weise äußere.

(epd Ausgabe B Nr. 3 vom 19. Januar 1967)

Den zweiten Kommentar schrieb der kirchenpolitische Redakteur der „Neuen Zeit“ Eberhard Klages:

#### AUFTRAG ZUR ERNEUERUNG

#### *Rückblick auf die Berlin-Brandenburger Synode*

Freudige Genugtuung und hoffnungsvolle Erwartung – das ist der unverkennbare Tenor, der sämtliche bisher publizierten Berichte der evangelischen Kirchenpresse in der DDR über die jüngste Berlin-Brandenburger Synode bestimmt. Diese grundsätzlich positive Einschätzung kommt bereits in den jeweiligen Artikelüberschriften zum Ausdruck: „Vor neuem Abschnitt kirchenleitenden Dienstes“; „Um die bischöfliche Leitung in Berlin-Brandenburg“; „Schönherr: „Normale Verhältnisse wiederhergestellt“ – so der „Evangelische Nachrichtendienst in der DDR“ (ena, 18. 1). „Wachsendes Vertrauen“ und „Gemeinsam an die Arbeit gehen“ – so die Schlagzeilen der evangelischen Wochenblätter „Die Kirche“ und „Potsdamer Kirche“ in den Ausgaben für dieses Wochenende.

#### *Ein klarer Schlußstrich*

Es ist sicher nicht von ungefähr, daß in all diesen Sätzen direkt wie indirekt jenes Wort zitiert wird, das heute vor zwei Wochen der neugewählte Verwalter des Bischofsamtes der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, D. Albrecht Schönherr, an die Synodalen richtete. Stellt doch diese im Verlauf der fünftägigen Synodalberatungen immer wieder aufgegriffene Grundsatzserklärungen auch für die kirchliche Presse in unserer Republik den eigentlichen Mittel- und Höhepunkt der Weißenseer Synode dar, hinter dem alle anderen Beratungsgegenstände – Wahlen zur Kirchenleitung und sonstigen kirchlichen Gremien, Kirchengesetze und Abendmahlsordnung – an Bedeutung weit zurücktreten.

Was dem Wort Bischof D. Schönherrs seinen programmatischen Wert gibt, ist die Verbindung zweier grundlegender Feststellungen: Bei der Wahrnehmung seines bischöflichen Dienstes, so betonte D. Schönherr, werde er „keinerlei Weisung“ von der Westberliner Kirchenregion empfangen – „weder von der Regionalsynode West noch von der dortigen Kirchenleitung, auch nicht von dem in West-Berlin wohnenden Bischof“. Mit dieser Feststellung ist ein klarer Schlußstrich gezogen worden unter ein Kapitel Berlin-Brandenburger Kirchengeschichte, das von dem Bestreben Westberliner

Bischöfe wie eines Dibelius und seines Nachfolgers Scharf gekennzeichnet war, eine Art kirchlichen Alleinvertretungsanspruches gegenüber den evangelischen Christen in der Hauptstadt der DDR und den brandenburgischen Bezirken Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder) durchzusetzen.

Es ist jetzt endgültig vorbei mit den Versuchen, aus der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg so etwas wie ein Parademodell jener „gesamtdeutschen kirchlichen Einheit“ zu machen, wie sie die „Evangelische Kirche in Deutschland“ propagiert. Denn diese Propaganda ist angesichts des Bestehens zweier deutscher Staaten und des besonderen Territoriums West-Berlin nicht nur unreal, sie ist vielmehr ein Täuschungsmanöver, das „gesamtdeutsch“ sagt und „westdeutsch“ meint. Mag Scharf darum bemüht sein, weiterhin Ratsvorsitzender jener westdeutschen „EKD“-Organisation zu bleiben, die bereits seit zehn Jahren mit der Bonner Regierung vertraglich liiert ist – für die Berlin-Brandenburger Kirche hat der in West-Berlin wohnende Bischof keinerlei Weisungsrecht; das ist anlässlich seiner Wahl bereits vor einem Jahr von seiten unseres Staates unmißverständlich erklärt worden, und das hat jetzt auch der amtierende Bischof D. Schönherr mit Nachdruck bekräftigt.

Dieser Feststellung mit ihrer notwendigen Negation Westberliner Einmischungsversuche entspricht folgerichtig die zweite, die den Standort der Berlin-Brandenburger Kirche positiv markiert. Schwebt doch diese Kirche nicht in irgendeinem luftleeren Raum, sondern hat ihr irdisches Zuhause in unserem Staat, in der Deutschen Demokratischen Republik. Und die Gemeindeglieder dieser Kirche sind nicht nur in Gottesdiensten zu finden, sondern ebenso auf den Feldern unserer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, in den Werkstätten unserer Betriebe und überall da, wo in humanistischer Gemeinsamkeit am Aufbau eines Deutschlands des Friedens und des Sozialismus gearbeitet wird. Dieser sozialistische deutsche Staat ist auch ihr Staat, dem sie sich in dienstbereiter Liebe verpflichtet wissen. Darum hebt das Wort D. Schönherrs mit Recht hervor: „Es gilt ja, an einer Kirche zu arbeiten, die in einem sozialistischen Staat und in einer sehr weltlich gewordenen Welt das Zeugnis von der Liebe Gottes zu dieser Welt in der damit gegebenen Freiheit und Gebundenheit des Dienstes findet.“

Was dergestalt in Negation wie in Position als Programm „für die innere Gesundung unserer Berlin-Brandenburger Kirche“ fixiert wurde, bietet nach Meinung des amtierenden Bischofs zugleich „die beste Grundlage für ein normales, sachliches Verhältnis zu unserem Staat“. „Ich gebe meiner Hoffnung Ausdruck“, so erklärte D. Schönherr, „daß ein solches Verhältnis auch zur Berlin-Brandenburger Kirche hergestellt werden kann und wird.“

### *Notwendige Entgiftung*

Mit diesen Worten ist deutlich ausgesprochen, daß sich ein normales Verhältnis der Berlin-Brandenburger Kirche zu unserem Staat nicht von selbst versteht. Durch die Wahl D. Schönherrs zum Verwalter des Bischofsamtes ist zwar die Ära Dibelius-Scharf ein für allemal abgeschlossen. Aber: „Noch ist viel Gift in unserer Berlin-Brandenburger Kirche“, betonte D. Schönherr in seiner Rede. Wie recht er damit hatte, bewiesen einige synodale Randereignisse. Offensichtlich gibt es in der Kirchenleitung, im Synodalpräsidium und besonders im Berliner Konsistorium immer noch Kräfte, denen es schwerfällt, sich von den Fiktionen der Scharfschen Kirchenpolitik zu lösen.

Auf ihr Konto ging jener Rechenschaftsbericht der alten Kirchenleitung, der in einer sechsstündigen Plenardebatte nicht nur als theologisch völlig ungenügend, sondern als „Predigt gegen unseren Staat“ kritisiert wurde. Ihr Bemühen war es, aus der „brüderlichen Verbundenheit“ mit den Christen in West-Berlin, zu der sich D. Schönherr in

eindeutig geistlich-ökumenischer Akzentuierung bekannte, so etwas wie eine „kirchenrechtlich bindende“ Verpflichtung des Verwalters des Bischofsamtes zu „Kontakten“ mit dem Westberliner Bischof zu konstruieren – eine Redeweise also, die ökumenische Bruderschaft auf die Ebene obskurster „gesamtdeutscher Kontakte“ herabzieht, wie sie von Lemmer bis Wehner, von Gehlen bis zu gewissen Westberliner Spionagedienststellen proklamiert wird. Und schließlich war es ihre Schuld, wenn die Debatte um eine Vorlage des synodalen Unterausschusses für Jugend und Erziehung zu einem offensbaren Fehlergebnis führte, können doch kirchliche Anliegen in unserer Republik nicht durch synodale Deklamationen gelöst werden, die – wie der Synodale Dr. Fordk (Brandenburg) sehr richtig bemerkte – lediglich Wasser auf die Mühle des kalten Krieges der Westpresse leiten, sondern nur durch vertrauensvolle Aussprachen mit den zuständigen staatlichen Dienststellen, wie an Hand persönlicher Erfahrungen Generalsuperintendent D. Jacob hervorhob.

Es versteht sich von selbst, daß das ehrliche Bemühen Bischof D. Schönherrns um ein normales, sachliches Verhältnis der Berlin-Brandenburger Kirche zu unserem Staat nur dann zu einem Erfolg führen wird, wenn es ihm gelingt, seine Kirche von Scharfschen Illusionen und Spekulationen gründlich zu entgiften. Hierzu benötigt er nicht nur die Unterstützung der Synode, die ihm ihr Plazet in einem einmütig beschlossenen Appell an die Kirchenleitung, „dem Verwalter des Bischofsamtes die volle Ausübung seiner bischöflichen Funktionen zu ermöglichen“, bereits gegeben hat, sondern die tatkräftige Mithilfe aller seiner Gemeinden. „Kirche auf Wegen der Erneuerung“ – so heißt ein in diesen Tagen herauskommender Aufsatzband D. Günter Jacobs. Kirchliche Erneuerung erfolgt nicht im Selbstlauf. Sie ist und bleibt Auftrag – gerade für die Kirche in Berlin-Brandenburg.

(*Neue Zeit* Nr. 24 vom 28. Januar 1967)

Wir haben die Vorgänge um das Bischofsamt in der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg so eingehend behandelt und mit Dokumenten belegt, weil sie in der Tat beispielhaft für das Ringen der evangelischen Kirche um ihren Zusammenhalt zwischen den beiden deutschen Staaten, aber auch für das Verhältnis von Kirche und Staat in der DDR sind. Ein nüchterner Realismus gebietet dabei der kirchlichen Seite eine Verbindung von Festigkeit in den unaufgebbaren kirchlichen Grundlagen mit Verständnis und Loyalität gegenüber den staatlichen Erfordernissen. Um die gleichen Erscheinungen geht es auf dem Gesamtfeld der EKD.

## 2. Die Evangelische Kirche in Deutschland

Der Bericht kann an dieser Stelle sowohl bei den Ereignissen in Berlin-Brandenburg wie bei den Äußerungen von Gerald Götting und Dr. Heinrich Toeplitz unmittelbar anknüpfen (s. oben S. 182 ff.). Die neugebildete 4. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland war für die Zeit vom 1. bis 7. April 1967 zu ihrer ersten Tagung in getrennten Tagungen nach Berlin-Spandau und Berlin-Weißensee einberufen worden. Auf der Tagesordnung stand die unter den gegenwärtigen Umständen besonders schwierige Neuwahl des Rates der EKD und seines Vorsitzenden (bisher Bischof D. Kurt Scharf, Stellvertreter: Landesbischof D. Hanns Lilje). Daß angesichts der politischen Ost-West-Lage die Tagung in der Frage der kirchlichen Gemeinschaft zwischen Ost und West ihr eigentliches Hauptthema finden werde, war allen Beteiligten seit langem klar.



Schon zuvor hatten die meisten Bischöfe und Kirchenleitungen der Gliedkirchen der EKD in der DDR ihre Haltung in der Frage der kirchlichen Ost-West-Einheit noch einmal umrissen. Besonders eingehend tat dies Bischof D. Hans-Joachim Fränkel vor der Synode der schlesischen Kirche am 27. Februar 1967 in Görlitz:

Wir sehen in der ökumenischen Bewegung, in welcher sich die grenzüberschreitende Kraft der Versöhnungsbotschaft entfaltet, ein großes Geschenk Gottes an seine Christenheit. In dieser Überzeugung bestärkt uns die Tatsache, daß auch die römisch-katholische Kirche sich dem ökumenischen Dialog geöffnet hat. Wir würden der Führung Gottes auf die Einheit seiner Christenheit hin widersprechen, wenn wir uns von unseren Schwesternkirchen im eigenen Vaterland trennen ließen. Wir tragen es als eine große Last, daß wir die Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland und unserer Mutterkirche, der Evangelischen Kirche der Union, nicht mehr ungestört praktizieren können. Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland wie auch die Synode der Evangelischen Kirche der Union können nicht mehr an einem Ort tagen, sondern müssen sich an getrennten Orten versammeln. Es wird uns immer schwerer gemacht, den kirchenleitenden Männern, Bischöfen und Präsidien aus den anderen Teilen unseres Vaterlandes in brüderlichen Gesprächen zu begegnen. Wir haben es mitten in dieser bedrängten Lage auch wohlthuend empfunden, daß wir wenigstens im Rat der Evangelischen Kirche der Union noch – wenn auch leider ohne die Westberliner Brüder – beieinander sein konnten. Seit Juli d. J. können unser Vorsitzender, der rheinische Präses Dr. Beckmann, und Oberkirchenrat Dr. Schlingensiepen aus Düsseldorf nicht mehr zu uns kommen. Sie werden als in der DDR unerwünscht zurückgewiesen. Alle unsere Bemühungen, diesen beiden im Kampf der Bekennenden Kirche hochbewährten Männern den Zugang zu uns wieder zu ermöglichen, waren umsonst. Daran tragen wir schwer. Ein weiteres Zeichen dafür, wie sich die Lage verschärft hat, ist die Tatsache, daß uns die Lizenz für das Amtsblatt der Evangelischen Kirche in Deutschland entzogen worden ist. Das bedeutet für unsere Provinzialkirche nicht nur eine schwere Beeinträchtigung des geistlichen Erfahrungsaustausches, sondern auch die Unmöglichkeit, unsere Kirchengesetze, Verordnungen usw. zu veröffentlichen, da wir über kein eigenes Amtsblatt verfügen. Es ist uns ein tiefer Schmerz, erleben zu müssen, in welcher Weise unsere Evangelische Kirche in Deutschland in der Presse angegriffen wird. Wir müssen im Gehorsam gegen das 8. Gebot Darstellungen widersprechen, die den Ratsvorsitzenden, unseren Bruder Bischof D. Kurt Scharf, verunglimpfen und die unsere Schwesternkirchen in Westdeutschland als in völliger politischer Hörigkeit stehend bezeichnen. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat mit der bekannten Vertriebenenendschrift, mit der sie sich nachweislich viel Feindschaft und Haß zugezogen hat, unter Beweis gestellt, daß sie ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu wahren weiß. Wir sehen uns der sehr ernsten Tatsache gegenüber, daß unsere Gemeinschaft in der Evangelischen Kirche in Deutschland nicht nur administrativ behindert, sondern darüber hinaus auch aus politischen Gründen bestritten wird, und zwar nicht nur außerhalb der Kirche, sondern auch von einer kleinen Gruppe innerhalb der Kirche. Das zwingt uns, nach den geistlichen Gründen zu fragen, die uns nötigen, an der kirchlichen Gemeinschaft mit unseren Schwesternkirchen in der Evangelischen Kirche in Deutschland festzuhalten. Können wir dieses Festhalten nicht geistlich begründen, dann können wir es gar nicht begründen. Das bedeutet aber, daß politische Begründungen hier nicht tragen. Darum können wir unsere Einheit in der Evangelischen Kirche in Deutschland nicht so begründen, daß wir darin einen letzten Restbestand der nationalen Einheit unseres deutschen Volkes sehen, den wir unter allen Umständen zu erhalten hätten. Ebenso wenig ist es uns erlaubt, uns Festhalten an der Einheit statt im Gebanntsein von der

Vergangenheit nun etwa in einer Prognose der Zukunft als Vorgriff auf eine kommende deutsche Wiedervereinigung begründet sein zu lassen. Es mag ein an sich achtbarer nationaler Grund sein, die Kirche als politisches Kontinuum des deutschen Volkes zu verstehen, aber ein geistlicher Grund ist es nicht. Unser Festhalten an der kirchlichen Gemeinschaft in der Evangelischen Kirche in Deutschland muß im Gehorsam des Glaubens begründet sein; genau darum geht es. Wir stehen vor der Tatsache, daß im Zusammenhang mit einem politischen Urteil über unsere Schwesterkirchen in Westdeutschland der Satz, daß Staatsgrenzen auch Kirchengrenzen sind, die Preisgabe unserer in der Evangelischen Kirche in Deutschland bestehenden kirchlichen Gemeinschaft von uns fordert. Ich möchte einmal ganz davon absehen, daß der Satz, daß Staatsgrenzen auch Kirchengrenzen sind, jedenfalls so auf die katholische Kirche nicht angewandt wird. Von einer Bestreitung der Zuständigkeit des Papstes für die Christen in Ost und West ist mir nichts bekannt. Was von uns als evangelischer Kirche gefordert wird, ist die Zustimmung dazu, daß politische Prinzipien die Ordnung und Gestalt der Kirche in ihrem Wesen bestimmen sollen. Wir haben vor 33 Jahren in der Theologischen Erklärung von Barmen die Zumutung der Deutschen Christen, Ordnung und Gestalt der Kirche der Norm des politischen Rassenurteils zu unterstellen, verworfen, die Preisgabe der kirchlichen Gemeinschaft mit den Juden-Christen abgelehnt und uns zur Alleinherrschaft Jesu Christi in seiner Kirche bekannt. Um diese Alleinherrschaft geht es uns auch heute. Darum verstehen wir unser Festhalten an der Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland als Akt des Gehorsams gegen Gott, der uns gerade im Zeichen des ökumenischen Zeitalters gebietet, die einigende Macht der Versöhnungsbotschaft gegenüber allen Ansprüchen fremder Herren in der Gemeinschaft der Kirche zu bewähren.

Einige neue Gesichtspunkte zur Frage der kirchlichen Ost-West-Einheit äußerte Bischof D. Johannes Jänicke vor der Synode der Kirchenprovinz Sachsen am 11. März 1967 in Mühlhausen:

#### ZUR EINHEIT DER EKD

Es ist seit den Tagen der Reformation so gewesen, daß in Deutschland die kirchlichen und theologischen Fragen mit besonderer Gründlichkeit und Grundsätzlichkeit verhandelt worden sind. Diese Grundsätzlichkeit ist ganz gewiß nicht immer eine Tugend gewesen. Aber wir haben nun einmal diese gemeinsame Geschichte, die wir nicht verleugnen können und wollen.

Für die Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland ist das allerdings kein ausreichendes Fundament. Gemeinsame Traditionen können unterbrochen und aufgegeben werden, wenn sie lediglich in einem Erbe der Vergangenheit bestehen. Wir wissen ganz gewiß auch um manche Spannungen innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland, Spannungen in Fragen der Theologie und der kirchlichen Praxis, Spannungen in der Beurteilung der politischen Situation und der kirchlichen Lage. Diese Spannungen scheinen mitunter die Einheit in Frage zu stellen. Freilich gehen diese Spannungen innerhalb der evangelischen Kirche quer durch Ost und West hindurch. Wir haben nicht eine Kirche im Westen mit westlicher Ideologie, mit der sich eine Kirche im Osten mit östlicher Ideologie auseinanderzusetzen hätte. Das wird zwar öfter so dargestellt. Das stimmt aber nicht. Es stimmt nicht einmal für die leitenden Männer der EKD!

Aber gerade deswegen brauchen wir in mancherlei Fragen und Spannungen unserer Zeit das brüderliche Gespräch miteinander. Das Gespräch darf und kann nicht unterbrochen werden. Wir müssen es weiterführen, und wir werden es weiterführen, auch wenn wir mit vielen, mit denen wir sprechen wollen, nicht mehr zusammenkommen

können. Denn wir brauchen einander. Wir bedauern es tief, wenn wir mit Brüdern wie Präses D. Beckmann oder Oberkirchenrat Schlingensiepen und anderen nicht mehr zusammenkommen können, in letzter Zeit nicht einmal mehr mit Helmut Gollwitzer, dem leidenschaftlichen Rufer für Frieden und Versöhnung und einem der unbequemsten Mahner in der westlichen Welt. Aber selbst wenn wir nicht mehr zusammenkommen können – wir hoffen, daß es uns wieder gegeben werden wird! –, aber selbst solange wir es nicht können, wird der andere, der Bruder von drüben, im Geist immer dabei sein bei unseren Erwägungen über die gemeinsamen Fragen unserer Kirche. Der gemeinsame Weg, den wir als Kirche gegangen sind, weist uns zueinander. Wir brauchen gegenseitig den Rat und Zuspruch des Bruders und vor allem das Gespräch miteinander. Das bezeugen uns gerade auch unsere Brüder aus dem Westen immer wieder.

Doch das allein genügt noch nicht für die Notwendigkeit, zusammenzubleiben. Unsere Gemeinsamkeit ist tiefer begründet. Wir haben im geteilten Volk eine gemeinsame Aufgabe. Denn wir haben eine gemeinsame Schuld der Vergangenheit. Und wir haben diese gemeinsame Vergangenheit gemeinsam zu bewältigen für unser ganzes Volk. Das ist es. Im Stuttgarter Schuldbekenntnis von 1945 und in der Darmstädter Erklärung von Vertretern der Bekennenden Kirche – ich nenne nur einen Namen aus dem Westen: Hans-Joachim Iwand – ist der Ausgangspunkt für diesen gemeinsamen Weg und diese gemeinsame Aufgabe. Darum müssen wir zusammenbleiben. Wir können hier nicht einfach sagen: Der Osten hat ja diese Vergangenheit bewältigt – haben wir es wirklich, in unseren Herzen und in unserer Gesinnung, in der Absage an den kalten Krieg, auch an den „kalten Kirchenkrieg“, im Gehorsam gegen das Friedensprogramm unseres Gottes und sein unter uns aufgerichtetes Versöhnungswort? – Dürfen wir sagen: Der Westen hat die Vergangenheit nicht bewältigt, hat sich in organisierter Unbußfertigkeit verhärtet – soll damit gesagt sein, daß wir die Kirche im Westen als hoffnungslosen Fall abschreiben? Wir meinen unsere Brüder im Westen wohl zu kennen in ihrem aufrichtigen Verlangen, daß wir ihnen bei diesem Anliegen, mit der deutschen Schuld der Vergangenheit fertig zu werden, helfen möchten, und wir können deswegen, weil wir da gemeinsam auf dem Wege sind und bleiben müssen, einem kirchlichen Alleinvertretungsanspruch der Gliedkirchen in der DDR in Sachen Schuld der Vergangenheit ebenso wenig zustimmen, wie ich nach meiner Einsicht einem politischen Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung zustimmen kann – wovon gleich noch die Rede sein wird. Beide Ansprüche sind einfach unrealistisch.

Das Mißverständnis hierbei ist – und wir können das Mißverständnis angesichts der Unklarheiten in Begriffen und Sprache gar nicht immer so übel nehmen –, daß alles, was in der geschilderten Weise eine Gemeinsamkeit zwischen Ost und West ausspricht, heute im Sinne des politischen Begriffs „gesamtdeutsch“ verstanden wird. Aber das ist ein falsches Verständnis. Denn bei dem Wort „gesamtdeutsch“ klingen nun einmal all die belasteten Vokabeln mit wie „Unenteilbares Deutschland“, „Alleinvertretungsanspruch“, „Hallstein-Doktrin“ und anderes mehr. So ist das aber nicht gemeint, wenn wir von dem gemeinsamen Anliegen der Evangelischen Kirche in Deutschland und für Deutschland sprechen. Ja, nach meiner Einsicht in die Lage könnten jene mitschwingenden Begriffe sogar ein erhebliches Hindernis sein, die gesamtchristliche tätige Buße in beiden deutschen Staaten zu realisieren, und ich weiß, daß eine große Zahl auch führender evangelischer Christen drüben der gleichen Meinung sind. Darum werde ich nicht müde werden in den Bemühungen, daß das von kirchlicher Seite auch deutlich ausgesprochen wird, auf daß bei der Beseitigung längst überfälliger politischer Begriffe, wie ich sie eben aufführte, die evangelische Kirche nicht in der Nachhut zu finden sei, sondern zu den Avantgardisten gehöre!

Nun kann man mir selbstverständlich vorhalten, dies seien nun doch recht konkrete politische Anliegen, und die seien nun einmal nicht Sache der Kirche.



Ich muß die Gegenfrage stellen: Sollte es nicht Sache der Kirche sein, alle Hindernisse zu beseitigen, damit deutsche Menschen wieder zueinander kommen können, getrennte Eheleute, Verlobte, die endlich den gemeinsamen Weg beginnen wollen, Eltern und Kinder – geht uns das etwa nichts an? Sollte es nicht Sache der Kirche sein, die Kriegsgefahr zu beseitigen oder zu mindern, die aus dem Anspruch auf die alten Grenzen Deutschlands erwachsen kann? Geht uns das etwa nichts an? Sollte es nicht Sache der Kirche sein, daß auf dem Boden, von dem so unsägliches Unheil für die Völker der Welt ausgegangen ist, niemals Atomwaffen stationiert werden? Geht uns das etwa nichts an? Sollte es nicht Sache der Kirche sein, dazu beizutragen, daß die bewaffnete Macht in beiden Staaten Deutschlands auf das Minimum beschränkt wird, das notwendig ist, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, das aber niemals wieder zur Bedrohung für andere Völker werden kann? Geht uns das etwa nichts an?

Das alles sind Politika! Aber sie sind untrennbar von der gemeinsamen Aufgabe der Evangelischen Kirche in Deutschland. Diese Gemeinsamkeit ist noch eine andere, als sie zwischen den Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rats besteht. Über diese uns miteinander gestellte Aufgabe einer tätigen Buße zur Bewältigung der Vergangenheit muß ich aber mit den Brüdern in gemeinsamer Beratung sprechen können. Versäumen wir diese Aufgabe, so sind wir unserem Auftrag in der geschichtlichen Stunde unseres Volkes untreu geworden. Davor bewahre uns Gott!

Deswegen bitten wir aber auch immer wieder die verantwortlichen Männer in unserer Regierung dringlich und inständig darum: Laßt uns zusammenkommen und miteinander beraten! Zerschneidet nicht das Band, das uns in der EKD und EKU miteinander verbindet! Wir dürfen unsere Einheit nicht aufgeben, wenn wir nicht dem Gebot der Stunde, nein, dem, was Gott in dieser geschichtlichen Stunde abverlangt, ungehorsam werden wollen!

Die Landessynode Mecklenburgs beschloß einstimmig für den Ostersonntag folgendes Wort an die Gemeinden:

Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs ist Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland. Ihre Glieder sind über alle Grenzen hinweg verbunden. Die Arbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland dient dadurch auch dem Frieden und der Versöhnung unter den Menschen.

Besonderes Gewicht kommt den Beratungen der vom 1. bis 7. April tagenden Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland zu. Die Landessynode bittet die Glieder unserer Kirche, in den Gottesdienst und sonstigen Gemeindeveranstaltungen sowie im persönlichen Gebet diese Tagung fürbittend zu begleiten.

Zurückhaltender äußerte man sich Mitte März 1967 auf der Frühjahrssynode der thüringischen Landeskirche. In einem Bericht des Pressepfarrers Dr. Herbert von Hintzenstern heißt es dazu („Glaube und Heimat“ Nr. 13 vom 26. März 1967):

Der Öffentlichkeitsausschuß beschäftigte sich in besonderem Maße mit dem Teil des Bischofsberichtes, der sich mit den Fragen zur Einheit der Kirchen in Deutschland befaßte. Die Synode begrüßte daraufhin einstimmig die bereits in der vorigen Synodaltagung geäußerte Feststellung des Landesbischofs: Die Einheit der evangelischen Kirchen in Deutschland ist zwar gestört, aber nicht zerstört. In Übereinstimmung mit dem Landesbischof wünschte sie, daß die Einheit der evangelischen Kirchen im Glauben, in der Fürbitte und in der dienenden Liebe erhalten bleibt. Sehr deutlich kam zum Ausdruck, daß organisatorische Fragen keinen Status confessionis bedeuten können. Die sog. Betheler Gesetze der EKD wurden kritisiert. Lebhaft wurde dem Wunsche Aus-



druck gegeben, es möge ein Weg gefunden werden, der eine echte Zusammenarbeit unter den evangelischen Kirchen in der DDR unter den gegenwärtigen Verhältnissen ermöglicht.

Nach diesem Auftakt durfte man gespannt darauf sein, ob die Regierung der DDR die Tagung der EKD-Synode tolerieren werde. Sie tat es, freilich nicht ohne mancherlei Behinderungen. Vor allem sprach sie die Erwartung aus, daß der östliche Teil der Tagung nicht, wie vorgesehen, in Berlin-Weißensee, sondern an einem Ort außerhalb Berlins in der DDR durchgeführt werde. Trotz großer Bedenken gab die Leitung der EKD an diesem Punkte nach und verlegte diesen Tagungsteil nach Fürstenwalde (Spree). Dazu schreibt ein kenntnisreicher epd-Kommentar:

#### ENTGEGENKOMMEN

*(epd ZA Nr. 66 vom 18. März 1967)*

Die leitenden Männer der Evangelischen Kirche in Deutschland haben sich zu einem Schritt der Rücksichtnahme auf die besonderen Empfindlichkeiten der DDR-Regierung entschlossen. So wird man die Entscheidung deuten müssen, die 42 östlichen Mitglieder der EKD-Synode sich vom 1. bis 7. April nicht – wie vorgesehen und angekündigt – im Ostberliner Stephanusstift versammeln zu lassen, sondern in dem außerhalb der Stadtgrenzen gelegenen Ort Fürstenwalde.

Zu diesem Entschluß sind die östlichen und die westlichen Mitglieder von Synodalspräsidium und Rat der EKD gemeinsam gelangt. Schon darin zeigt sich, daß mit der Verlegung des Tagungsortes für den östlichen Teil der EKD-Synode – der westliche wird sich, wie vorgesehen, gleichzeitig und mit gleicher Tagesordnung im Spandauer Johannesstift in West-Berlin versammeln – keinerlei Relativierung des Prinzips der Einheit der Synode und der Einheit der EKD verbunden ist. Da eine örtlich gemeinsame Tagung sowieso nicht zustande kommen konnte, ist die geringere oder größere räumliche Entfernung der beiden Tagungsorte voneinander mit Recht als eine Frage sekundären Ranges angesehen worden.

Der Entschluß zum Ortswechsel ist dennoch nicht ohne schwere Bedenken gefaßt worden. Die für Anfang April einberufene Synode steht vor der nicht leichten Aufgabe, den Rat und den Ratsvorsitzenden der EKD für die neue sechsjährige Amtszeit zu wählen. Dazu ist, wenn die Wahlen zu gemeinsamen gültigen Ergebnissen führen sollen, naturgemäß ein intensiver Kontakt zwischen den beiden räumlich getrennten Synodalversammlungen nötig, der bei einer Tagung in beiden Teilen Berlins gewiß leichter herzustellen wäre. Die Bedenken konzentrierten sich aber vor allem auf die Frage, ob es kirchlich legitim sei, sich politisch begründeten staatlichen Wünschen zu fügen.

Tatsächlich hat die Ostberliner Regierung das Zusammentreten der Synode in dem ihrer Hoheit unterworfenen Teil Berlins nicht ausdrücklich verboten, wozu es ja auch im dortigen Rechtssystem keine gesetzlichen Handhaben gibt. Sie scheint aber klargemacht zu haben, daß sie die Tagung in Berlin als einen demonstrativen, gegen die DDR gerichteten politischen Akt ansieht. Da die Kirche in beiden Teilen Deutschlands das Festhalten an ihrer institutionellen Einheit aber nicht als einen Akt des Widerstandes gegen die Zweistaatlichkeit versteht und dies auch nicht so deuten lassen will, hat sich offenbar die Meinung durchgesetzt, daß eine Berücksichtigung des staatlichen Wunsches ohne Preisgabe unverzichtbarer kirchlicher Grundsätze erfolgen kann. Die Situation wäre wohl anders, wenn die DDR-Regierung ein schlichtes Verbot der Tagung in Ost-Berlin oder der Tagung überhaupt konstruiert hätte. Daß einem solchen

Verbot oder irgendwelchen denkbaren Eingriffen in Tagesordnung und Entscheidungsfreiheit der Synode nicht Folge geleistet werden könnte, kennzeichnet der kirchliche Hinweis, die Ortsverlegung sei das Äußerste, was die EKD in dieser Sache auf sich nehmen könne.

Ein Verbot ist nicht erfolgt, und damit rechnet man jetzt auch nicht mehr. So wird die Synode der EKD entgegen allen vorangegangenen, auf die Zerstörung der institutionellen Einheit der Kirche gerichteten Ostberliner politischen Erklärungen mit staatlicher Zulassung sich wiederum konstituieren und damit die Einheit der Kirche über politische Trennungen hinweg erneut bekräftigen. *Reinhard Henkys*

Daß man sich auf kirchlicher Seite der Bedeutung dieses Schrittes wohl bewußt war, zeigt ein Brief des Stellvertretenden Präses der EKD-Synode Figur an den Staatssekretär für Kirchenfragen:

An den  
Herrn Staatssekretär für Kirchenfragen  
102 Berlin

den 16. März 1967

*Sehr geehrter Herr Staatssekretär!*

Im Nachgang zu meinem Schreiben vom 13. März teile ich Ihnen mit, daß die Tagung der Synode der EKD, die vom 1. bis 7. April in Berlin-Weißensee stattfinden sollte, nach Fürstenwalde (Spree) und Bad Saarow verlegt worden ist.

Dieser Beschluß einer Verlegung der bereits nach Berlin-Weißensee einberufenen Synodaltagung wurde trotz erheblicher grundsätzlicher Bedenken gefaßt.

Die Forderung, die Tagung der Synode nicht in Berlin durchzuführen, haben Sie, sehr geehrter Herr Staatssekretär, u. a. damit begründet, daß die Wahl Berlins als Tagungsort auf Veranlassung von Herrn Bundesminister Wehner erfolgt sei. Die als Vorwurf erhobene Behauptung müssen wir als völlig abwegig zurückweisen. Die Festsetzung des ursprünglichen Tagungsortes ist zu einem sehr frühen Zeitpunkt in der alleinigen Verantwortung von Bürgern der DDR geschehen und hatte lediglich praktische Gründe. Wir weisen darauf hin, daß die Verfassung der DDR in Artikel 9 allen Bürgern Versammlungsfreiheit zuerkennt. Mit dem staatlicherseits erhobenen Einspruch gegen den Tagungsort der Synode wird die Kirche unter Ausnahmerecht gestellt.

Um jeden falschen Schein zu vermeiden, hatten wir selbst bereits eine zeitliche Verlegung der Synode um 14 Tage vorgenommen; andernfalls hätte es ein mißdeutbares Zusammentreffen mit dem VII. Parteitag der SED gegeben.

Trotz unserer schweren Bedenken, die wir aufrechterhalten, haben wir uns entschlossen, das Äußerste zu tun und die Tagung der Synode aus Berlin zu verlegen. Da die Synodalen bereits nach Berlin einberufen sind, wird eine starke Beunruhigung nicht zu vermeiden sein.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener *Figur*

Die Organe der EKD waren sich darüber im klaren, daß diese Tagung der EKD-Synode ihr Verständnis der EKD-Gemeinschaft zwischen den beiden Teilen Deutschlands werde formulieren müssen. Dazu heißt es in einem unmittelbar vor der Tagung veröffentlichten Kommentar des Berichterstatters („Lutherische Monatshefte“ Heft 3 vom 22. März 1967):

Das Festhalten an der kirchlichen Ost-West-Einheit in der Weise der EKD muß überzeugender beschrieben werden als je zuvor. In früheren Äußerungen hierzu reicht die Skala der Begründungen von Wesensaussagen zur Einheit der Kirche über den kirch-

lichen Dienst an einer gefährdenden Stelle der Weltpolitik bis zur Zueinanderordnung von Kirche und Volk, die eine kirchliche Unterstützung eines so ansehnlichen politischen Zieles wie der Wiedervereinigung Deutschlands erfordere. Von allen Begründungen hat sich das Verständnis der Ost-West-Gemeinschaft der EKD aus ihrem Dienst heraus eben in der konkreten Situation als die hilfreichste erwiesen. Darin kommt das, was an den übrigen kirchlichen und politischen Aspekten berechtigt ist, ausreichend zum Ausdruck. Aber es unterbleibt die unmittelbare Ableitung dieser geschichtlich einmaligen und darum eben in Einzelheiten auch wandelbaren Gemeinschaft der EKD aus einem zeitlos gültigen Wesensverständnis der Kirchen ebenso sehr, wie einer unmittelbaren Beanspruchung der EKD für eine bestimmte staatsrechtliche Zueinanderordnung der politisch getrennten Teile Deutschlands eben gerade aus dem Wesen der Kirche heraus zu widerstehen ist. Nur so bleibt der EKD der nötige Spielraum, um ihre Gestalt und Arbeitsweise den Möglichkeiten und Erfordernissen der Situation anzupassen.

Diese Kriterien bedürfen der umsichtigen Anwendung in der gegenwärtigen Lage. Was der stellvertretende Staatsratsvorsitzende der DDR Gerald Götting und der Präsident des Obersten Gerichts der DDR Dr. Heinrich Toeplitz in den letzten Wochen zur Ost-West-Gemeinschaft der EKD vertreten haben, ist hinsichtlich der Begründung und der Zielsetzung nicht neu. Daß die Regierung der DDR ihre Kirchenpolitik als Funktion ihrer allgemeinen Innen- und Außenpolitik gestaltet, die Kirche also primär als gesellschaftliche und politische Größe betrachtet, die in die Kirche gesetzten Erwartungen infolgedessen von den eigenen politischen Zielen her ableitet und somit auch die Kirchenpolitik mit der allgemeinen Politik in allen Phasen parallelisiert, kann angesichts der politischen und weltanschaulichen Ausgangspositionen kaum überraschen. Bei dieser Lage muß die Kirche die Negierung ihrer Gemeinschaft über politische Grenzen hinweg als einen Angriff auf ihre Freiheit, der Staat aber die kirchliche Gegenwehr als politische Obstruktion empfinden. Betrachtet man die Dinge in der gehörigen Differenzierung, so müssen die um der Staatswerdung der DDR willen erhobenen Forderungen an die Kirche ebenso wenig antikirchlich im eigentlichen Sinne gemeint sein, wie sich die Kirche bei der Behauptung ihrer eigenen Freiheit von politischen Motiven als solchen leiten lassen darf.

Da weder der Regierung der DDR noch der Leitung der EKD, schon gar nicht den Landeskirchen und Gemeinden in der DDR an einer Zuspitzung des Konfliktes gelegen sein kann, bleibt vernünftigerweise nur der Ausweg, die beiderseitigen Ausgangspositionen zu respektieren und nach einem *modus vivendi* zu suchen. Angesichts der gegenwärtigen Zuspitzung im Verhältnis der DDR und der Bundesrepublik zueinander fällt es nicht leicht, für die EKD optimistisch zu sein. Nach einem Nachweis für die Dringlichkeit kirchlichen Dienstes an Mensch und Gesellschaft braucht man eben angesichts dieser Zuspitzung nicht lange zu suchen. Die Hoffnung geht dahin, daß auch die Regierung der DDR die in der EKD liegenden Möglichkeiten erkennt, zwischen den beiden Teilen Deutschlands für Akte der Entspannung einzutreten, auf die keine konstruktive Politik heute verzichten kann.

*Erwin Wilkens*

Nach Lage der Dinge hatte die Synodaltagung ihr eigentliches Schwergewicht in ihrem östlichen Teil in Fürstenwalde. Hier mußten die Maßstäbe für das Festhalten an der Gemeinschaft der EKD gesetzt werden, da sie nur hier eigentlich bestritten wurde und gefährdet war, hier aber auch von den Kirchen und den Synodalen besonders verantwortet und durchgestanden werden mußte. Dabei galt es, der mit politischen Gründen geforderten Aufkündigung der EKD-Gemeinschaft durch die Gliedkirchen in der DDR eine spezifisch kirchlich-theologische Sicht entgegenzustellen. Dies geschah eingehend in dem „Ergän-



zenden Bericht“, den Bischof D. Friedrich-Wilhelm Krummacher dem Tätigkeitsbericht des Ratsvorsitzenden Bischof Scharf vor den Synodalen in Fürstenwalde hinzufügte:

Wir müssen uns ... erneut vergegenwärtigen, warum und aus welcher geistlichen Verantwortung heraus wir an der *Einheit und Gemeinschaft* der Evangelischen Kirche in Deutschland festhalten.

1. Diese Einheit ist im Berichtsjahr auf mannigfache Weise von außen angefochten worden. Der Entzug der Lizenz für die Berliner Ausgabe des Amtsblattes der Evangelischen Kirche in Deutschland hat die Möglichkeit gegenseitiger Information zwischen unseren Landeskirchen ernstlich erschwert. Sehr tief wurde unsere Gemeinschaft betroffen durch die Behinderung vieler leitender Brüder aus westdeutschen Gliedkirchen, die mit uns nicht mehr wie bisher zu brüderlicher Begegnung und Beratung zusammenkommen konnten. Um so mehr haben wir uns zu prüfen, warum wir dennoch an Einheit und Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland festhalten.

2. Es bedarf kaum der wiederholten Erklärung, die der Ratsvorsitzende Bischof D. Scharf und ich bereits auf den Synodaltagungen der beiden vergangenen Jahre abgegeben haben, daß wir Einheit niemals als Uniformität verstehen. Einheit der Kirche kann unter uns nur so praktiziert werden, daß wir uns zugleich gegenseitig brüderlich die Freiheit zugestehen, daß jeder jeweils in seinem ganz anders gestalteten gesellschaftlichen, sozialen und politischen Bereich Entscheidungen, insonderheit sozial-ethische Entscheidungen, trifft, die vom Evangelium her in der jeweils verschiedenen Lage geboten sind, nur daß jeweils der Gedanke an die Brüder im anderen Bereich bei den Überlegungen und Entscheidungen mit darin sein sollte. Wir haben das mehrfach so praktiziert, daß wir freie und unabhängige Entscheidungen der Kirche für den Bereich der Deutschen Demokratischen Republik und entsprechend auch freie Entscheidungen der Kirche für den Bereich der Bundesrepublik getroffen haben. Von „Weisungsbefugnissen“ kann dabei im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland überhaupt nicht die Rede sein. Die Grundordnung (Art. 30, 5) und die Geschäftsordnung des Rates haben den Ratsmitgliedern in der Deutschen Demokratischen Republik die erforderliche Wahrnehmung eigener, selbständiger Verantwortung in den vergangenen sechs Jahren ermöglicht. Dabei haben wir es freilich gegenseitig als innere Stärkung empfunden, wenn die Brüder der jeweils anderen Seite nachträglich bestätigen, daß sie überzeugt seien, daß solche eigenständigen Entscheidungen rechte christliche Entscheidungen in der gegebenen situationsbedingten Lage waren.

3. Man hat uns vorgehalten, wir hielten an der Einheit und Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland im Grunde nur aus politischen oder nationalen Gründen fest. Ich möchte dem nachdrücklich widersprechen und freilich hinzufügen, daß wir auch aus Verantwortung für die Menschen und Familien unseres geteilten deutschen Volkes nicht das Recht haben, diese Gemeinschaft von uns aus freiwillig aufzugeben. Ich stelle an diesem Punkt auch noch einmal fest, daß der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bereits am 12. Oktober 1949, also fünf Tage nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, von den „beiden deutschen Regierungen“ gesprochen hat und einen Bevollmächtigten bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bestellt hat. Damit erweist sich das Reden von einer Nichtanerkennung der Deutschen Demokratischen Republik auf dem kirchlichen Gebiet ganz schlicht als eine historisch nicht zutreffende Legende.

4. Man hat uns vorgehalten, daß wir nur aus überholten geschichtlichen Gründen an dieser Gemeinschaft festhielten. Das aber ist für uns heute nicht das Entscheidende, obwohl man die geschichtliche Kontinuität der Kirche Christi auf Erden nicht so spiritualisieren sollte, als wenn es nicht auch auf die institutionelle und historisch gewachsene Gemeinschaft und auf die sichtbare Einheit der Kirche auf Erden ankäme. Es



gibt eine in Jahrhunderten gewachsene reale Gemeinschaft der deutschen evangelischen Christenheit. Es gibt auch genügend Beispiele aus den Zeiten des früheren Staats- und Landeskirchentums, daß die kirchliche Gemeinschaft auch über Landes- und Staatsgrenzen hinweg, zum Beispiel am Niederrhein oder in Pommern, durch dieselben synodalen kirchlichen Organe bzw. durch dieselbe Kirchenordnung über staatliche Trennungen hinweg festgehalten worden ist. Wer die Geschichte bedeutender Theologen aus dem 16., 17. oder 18. Jahrhundert studiert, ist immer wieder erstaunt, wie freizügig in jenen Zeiten der Kleinstaatserei Kirchenmänner dem Ruf in andere Kirchengebiete folgen konnten, etwa von Rostock nach Süddeutschland oder von Frankfurt nach Dresden oder nach Berlin. Auch in der Ökumene gibt es genug Beispiele dafür, daß man die Kirchengrenzen keineswegs den Staatsgrenzen überall gleichsetzt.

5. Das alles sind nun gewichtige, aber keineswegs die heute entscheidenden Gründe. Verpflichtender ist im Zeitalter der Ökumene etwas anderes: Die Kirchen der ganzen Welt streben, auch über politische, rassische, soziale und gesellschaftliche Unterschiede hinweg, immer mehr zur Gemeinschaft, und zwar nicht nur zu einer spirituellen, sondern zu einer real gestalteten, sichtbaren Gemeinschaft. Es wäre ein Anachronismus in unserem ökumenischen Zeitalter und ein Rückfall in überwundene Zeiten des Staatskirchentums, wenn wir ausgerechnet im Mutterlande der Reformation auf die uns geschenkte und durch das Schuldbekenntnis von 1945 in geistlicher Tiefe neu gewachsene Gemeinschaft von uns aus verzichten würden. Wir glauben, daß unser Festhalten an der Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland vom Evangelium her und aus ökumenischer Verantwortung geboten ist: vom Evangelium her, weil der Herr Jesus Christus selber und seine Apostel mit der missionarischen Ausbreitung des Evangeliums der Kirche zugleich einen grenzüberschreitenden Impuls mitgegeben haben, und von der Ökumene her, weil wir meinen, daß wir beispielhaft für die Weltchristenheit, auch für solche Kirchen, die in ähnlicher Lage wie wir aus politischen, rassischen, soziologischen und gesellschaftlichen Gründen in ihrem organisatorischen Gefüge bedroht werden, einen Erweis dafür zu geben haben, daß die Kraft des Glaubens stärker ist als von außen kommende Trennungen. Wir haben einen ökumenisch gebotenen Versöhnungs- und Brückendienst gerade an der Grenze zwischen West- und Osteuropa als Evangelische Kirche in Deutschland wahrzunehmen. Wir würden als Kirche der Reformation an unserer ökumenischen Verantwortung schuldig werden, wenn wir auf die Gemeinschaft, auch auf die institutionelle und sichtbare Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland, lediglich aus säkularen und tagespolitischen Gründen verzichten würden.

6. Dazu kommen nun die geistlichen Realitäten im täglichen kirchlichen Leben. Wir stehen in einer heute mehr noch als früher praktizierten Gemeinschaft der evangelischen Christenheit in Deutschland. Das zeigt sich an der unaufgebbaren Gemeinsamkeit theologischen Denkens. Gerade in diesen Jahren, in denen die Fragen Schrift und Verkündigung, Theologie und Gemeinde uns so leidenschaftlich bewegen, würde es ein Akt unerhörter theologischer Verarmung sein, wenn wir voneinander lassen wollten. Wir leben auch von einer verborgenen, aber tiefen Gemeinsamkeit im Amts- und Ordinationsverständnis der Pfarrer aller Landeskirchen, die durch gemeinsame Wege des theologischen Studiums geprägt sind, auch über alle sonstigen Unterschiede der Landeskirchen hinweg. Das zeigt sich auch bei den Plänen zur Reform des theologischen Studiums. Wir stehen in einer Gemeinschaft gottesdienstlichen Lebens, die, abgesehen von den geprägt reformierten Gemeinden, heute zwischen den unierten Kirchen und den Kirchen des Luthertums weit deutlicher ist als in früheren Zeiten. Dazu kommt die gewachsene Gemeinsamkeit des Evangelischen Kirchengesangbuches. Wir bemühen uns gegenwärtig um gemeinsame liturgische Texte im ganzen deutschsprachigen Raum, selbst über die Konfessionsgrenzen hinweg.

All dieses ist aber auf die Dauer nur möglich, wenn man beieinander bleibt und

einander nicht losläßt. Das gilt selbst von den uns bis in Herz und Gewissen bedrängenden Fragen der Gemeinschaft am Tisch des Herrn. Wenn wir einander loslassen würden und nicht mehr aufeinander zuingen, um miteinander, trotz bestehender Lehrunterschiede, um den rechten Weg der Wahrheit zu ringen, dann bedeutete das eine ungeheure geistliche Verarmung und Selbstisolierung. Eine Kirche kann nicht freiwillig beschließen, den Weg geistlicher Verarmung zu gehen, solange ihr Gott eine gemeinsame Schulterkenntnis, aber auch gemeinsame geistliche Gaben geschenkt hat.

7. Darum ist es heute nicht mehr eine pragmatische Frage, die man so oder so lösen kann, sondern eine Frage des Glaubensgehorsams, ob wir an der Einheit und Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland festhalten oder nicht. Wenn wir uns trennen würden, so täten wir das ja lediglich aus säkularen Gründen und aus keinem einzigen tragenden geistlichen oder kirchlichen Grund. Wir würden damit auf beiden Seiten die Freiheit und Glaubwürdigkeit kirchlichen Handelns und Sprechens gefährden. Wir würden uns dann in beiden Teilen Deutschlands stärker an die Umwelt der gesellschaftspolitischen Systeme, in denen wir leben, als an das Evangelium und an die Alleinherrschaft des Einen Herrn binden. Die Gefahr der Perversion des Evangeliums durch falsche Assimilierung an die gesellschaftliche Umwelt würde keineswegs nur in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland bedrohlich sein, während wir uns jetzt gegenseitig den Dienst tun können, uns immer wieder in der Mitte des Evangeliums in gehorsamer Bindung an den Einen Herrn zu begegnen. Wir können darum, trotz aller Behinderung, nicht auf das Gespräch mit den Brüdern verzichten. Ich wiederhole deshalb, was ich im Auftrage aller Bischöfe in der Deutschen Demokratischen Republik vor der ersten Tagung der 3. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland am 13. 2. 1961 erklärt habe:

„Es gilt über innerkirchliche und politische Unterscheidungen hinweg die kirchliche Gemeinschaft in der Bindung an den Einen Herrn gerade jetzt zu bewahren und zu bewahren.“

8. Dabei bedarf es kaum des besonderen Hinweises, daß die Kirche in freier, eigener Verantwortung, gebunden an ihren alleinigen Auftrag, ihre kirchlichen Ordnungen und Gesetze den jeweils gegebenen Möglichkeiten entsprechend sinngemäß umgestalten kann. Der Rat hat daher auf Grund der praktischen Erfahrungen der letzten Jahre an Stelle der sogenannten Betheler Gesetze dieser Synode ein Kirchengesetz vorgelegt, durch das die Arbeit der Synode und der Kirchenkonferenz beweglicher gestaltet werden kann. Für die Arbeit des Rates selber besteht, wie bereits bemerkt, diese Beweglichkeit eigener Verantwortung bereits seit Jahren und bedarf keiner neuen gesetzlichen Regelung. Solche internen kirchlichen Maßnahmen zur rechten Erfüllung des kirchlichen Auftrages spalten nicht, sondern stärken zugleich die Einheit und Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland, die uns, ich sage das noch einmal aus tiefer Überzeugung, aus Glaubensgehorsam festzuhalten geboten ist. So haben wir es gemeinsam am 8. März 1963 in den „Zehn Artikeln über Freiheit und Dienst der Kirche“ am Ende des IX. Artikels gesagt:

„Die Kirche verfällt dem Ungehorsam, wenn sie ihre Ordnungen und ihr Recht durch menschliche Willkür auflöst, ihre eigenen Ordnungen nicht einhält oder die Gestalt ihrer Ordnung an außerkirchlichen Bindungen preisgibt.“

Damit haben wir sachlich dasselbe ausgesprochen, was bereits in der Theologischen Erklärung von Barmen so gesagt wurde:

„Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugung überlassen.“

9. Das alles ist nun in diesen letzten Wochen ungewöhnlich aktuell geworden. Von maßgebender politischer Seite ist öffentlich mehrmals erklärt worden, die institutionelle Gemeinschaft einer Evangelischen Kirche in Deutschland bestehe bereits nicht mehr.

Zur Begründung hat man angeführt, daß aus politisch-moralischen Gründen die Kirchen und die Christen in der Deutschen Demokratischen Republik nicht mehr in einem Atemzug mit den Kirchen und den Christen in der Bundesrepublik Deutschland genannt werden können.

Darauf erwidern wir: Wenn Christen, die Glieder am Leib des Einen Herrn sind und als Glieder einer Kirche zusammengehören, nicht mehr zusammen in einem Atemzug genannt werden dürfen, dann geht es damit nicht mehr um eine institutionelle Frage, sondern um die Gemeinschaft im Glauben an den Einen Herrn.

Der Eine Herr hat den politisch verdächtigen Zöllner Matthäus gemeinsam mit dem nationalistischen Simon Zelotes „in einem Atemzug“ als seine Jünger ausgesandt.

Der Eine Herr hat die beiden verlorenen Söhne, den moralisch heruntergekommenen und den moralisch einwandfreien, „in einem Atemzug“ eingeladen, am Tisch des Vaters gemeinsam Platz zu nehmen.

Der Eine Herr hat für den Verbrecher am Kreuz und für den römischen Hauptmann „in einem Atemzug“ gebetet.

Im Namen dieses Einen Herrn haben verachtete Sklaven und reiche Kaufleute, Juden und Griechen in Einer Gemeinde in Rom, Thessalonich und anderswo in jedem Atemzug zusammen gelebt.

„In einem Atemzug“ sind vor 30 Jahren sogenannte arische und nichtarische Christen in unseren Gemeinden beisammen geblieben, als man forderte, aus säkularen Gründen die institutionelle Gemeinschaft zu zerreißen.

Im Glaubensgehorsam gegen den Einen Herrn halten wir in der Ökumene die Gemeinschaft mit Christen anderer Rasse, Hautfarbe und politisch-gesellschaftlicher Herkunft mit jedem Atemzug fest.

In der Gemeinschaft dieses Einen Herrn kann man eben die Guten und die Bösen nicht voneinander trennen, auch nicht aus politischen oder moralischen Gründen, weil sie beide in jedem Atemzug allein von der Gnade ihres Herrn leben.

Wahrhaftig, meine Brüder und Schwestern, jetzt geht es in der Evangelischen Kirche in Deutschland um mehr als um Fragen der kirchlichen Institution oder der Gesetzgebung. Es geht um die alleinige Bindung einer freien Kirche an den Einen Herrn, der in jedem Atemzug auch der Herr unserer Brüder ist, mögen sie politisch oder gesellschaftlich anders leben und denken als wir.

Das Wesen der Kirche und die Botschaft von der Rechtfertigung allein aus Gnaden sind in unerhört aktueller Zuspitzung miteinander im Innersten verzahnt.

Gott gebe, daß wir nun erst recht diese unaufgebbare Gemeinschaft der evangelischen Christenheit in Deutschland im Zeugnis und im Dienst vor der Welt aus Glaubensgehorsam Tag für Tag tiefer verwirklichen. Darum lassen Sie uns immer wieder beten: *veni creator spiritus*.

Die in Fürstenwalde versammelten Synodalen der EKD-Synode machten sich diese Ausführungen Bischof Krummachers ausdrücklich zu eigen:

Die in Fürstenwalde versammelten Mitglieder der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland danken Bischof D. Krummacker für das eindeutige und unmißverständliche Wort zur Einheit und Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland. Die Synodalen machen es sich zu eigen. Die Evangelische Kirche in Deutschland besteht. Dieses erkennen wir dankbar als Geschenk. Die Not ihrer Gemeinschaft ruft uns bußfertig in ihren Dienst. Wir bitten Gott, uns auch im geteilten Volk den gemeinsamen Weg gehen zu lassen, der uns im Gehorsam des Glaubens gewiesen ist.

Im westlichen Teil der Tagung in Berlin-Spandau wurde dieser Teil des Berichtes von Bischof Krummacker von dem Ratsmitglied Landesbischof i. R.



D. Martin Haug verlesen und ebenfalls mit großer Zustimmung aufgenommen.

In Fürstenwalde ging man aber über die Zustimmung zum Bericht Krummacher noch hinaus, indem man eine Erklärung beschloß, die als „Fürstenwalder Erklärung“ bekanntgeworden ist.

ERKLÄRUNG DER IN FÜRSTENWALDE VERSAMMELTEN MITGLIEDER DER SYNODE  
ZUR EINHEIT DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND VOM 5. APRIL 1967

Wir Synodalen der Evangelischen Kirche in Deutschland, die vom 2. bis 7. April in Fürstenwalde versammelt sind, erklären:

Wir werden heute durch öffentliche Angriffe und durch administrative Maßnahmen hart gefragt, ob wir an der Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland festhalten wollen. Wir sind eine Antwort schuldig.

I.

1. Die Evangelische Kirche in Deutschland besteht. In ihr sind die 28 evangelischen Landeskirchen aus dem Gebiet der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik zusammen, wie Christen zusammen sind: gerufen durch das Wort ihres Herrn, in Wahrheit, aber auch in Verfehlung der Wahrheit, in Liebe, aber auch in Schuld aneinander, in Gehorsam, aber auch in Ungehorsam gegenüber ihrem Auftrag, einig in dem Gebet: „Herr, erbarme dich unser.“ Der Herr gewährt den Schuldigen immer wieder Vergebung und eröffnet neue Freiheit zum Dienst. Wir können nicht erkennen, daß der Herr die Evangelische Kirche in Deutschland nicht mehr brauchen will, seinen Auftrag auszuführen, das Evangelium allem Volk zu verkündigen.

2. Die Kirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland sind beieinander. Unser evangelisches Bekenntnis weist uns an, kirchliche Gemeinschaft nur dann aufzukündigen, wenn der Bruder in Irrlehre oder Ungehorsam gegen den Herrn der Kirche beharrt. Diese Gründe zu einer Trennung der Kirchen innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland liegen nicht vor.

a) Es ist den Kirchen in der Bundesrepublik vorgeworfen worden, sie seien ihrem Staat gegenüber in eine solche Hörigkeit geraten, daß es nicht mehr möglich sei, sie „mit der freien und unabhängigen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik in einem Atemzug zu nennen“. Ein solches Urteil ist ungerecht. Wir sind dankbar, daß uns die Brüder in der Bundesrepublik Deutschland viele Beweise unabhängigen Denkens und Handelns gegeben haben. Kein Christ und keine Kirche ist dagegen gefeit, die von Christus geschenkte Freiheit an die Machthaber zu verraten. Das gilt für die Brüder in der Bundesrepublik. Das gilt auch für uns Christen in der Deutschen Demokratischen Republik. Wir verfallen dieser Versuchung oft genug. Aber der Herr, der ihnen wie uns die Schuld vergibt, schenkt ihnen wie uns die Kraft, ihm besser und freier zu dienen.

b) Die Kirchen werden aufgefordert, ihre Einheit in der Evangelischen Kirche in Deutschland aufzugeben, weil sie sonst den Menschen, die in zwei entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen leben, nicht mehr dienen könnten. Damit wird die Gesellschaftsordnung zur Herrin über den Christudienst gemacht. Gerade dadurch wird der Christudienst gehindert. Denn die Menschen sind in allen Situationen und Gesellschaftsordnungen einander darin gleich, daß sie Christus nötig haben. Um des Christudienstes willen ist der eine Apostel Paulus den Juden wie ein Jude und den Griechen wie ein Grieche, denen, die unter dem Gesetz sind, wie einer unter dem Gesetz, den Schwachen ein Schwacher geworden. Durch den Christudienst sind die Gemeinden auch verschiedenster Gesellschaftsordnung auf vielerlei Weise verbunden.



## II.

Wir evangelischen Christen in der Deutschen Demokratischen Republik haben also keinen Grund, die Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland zu zerschneiden. Wir haben gute Gründe, sie festzuhalten.

1. Unsere Generation hat die Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland empfangen. Durch die konstituierende Versammlung in Treysa 1945 und den festen Zusammenschluß in Eisenach 1948 ist die „Evangelische Kirche in Deutschland“ entstanden. Das konnte nur geschehen, weil die bekennenden Gemeinden in Deutschland in der Versuchung und Anfechtung der nationalsozialistischen Zeit sich bemüht hatten, gemeinsam auf das Wort des Einen Herrn zu hören und weil die evangelischen Christen gemeinsam ihre Mitschuld an den Verbrechen und dem Versagen unseres Volkes bekennen mußten. Das hat uns frei gemacht, das gemeinsame Erbe der Reformation, deren wir in diesem Jahr besonders gedenken, gemeinsam zu erhalten und zu bewahren. In gleicher Sprache lesen wir die Bibel und singen wir unsere Lieder zu Gottes Lob. Bis jetzt sind wir – als Teil des wandernden Gottesvolkes, immer neu auf Gnade angewiesen und ihrer bedürftig – einen gemeinsamen Weg gegangen.

2. Nach Jahrhunderten der Kirchenspaltung rückt die gesamte Christenheit der Welt in der ökumenischen Bewegung heute immer näher aneinander. Auch mit den Brüdern der römisch-katholischen Kirche hat ein neues, verheißungsvolles Gespräch begonnen. Sollten wir evangelischen Christen in Deutschland angesichts dieser hoffnungsvollen Entwicklung unsere Gemeinschaft aufgeben?

3. Im Stuttgarter Bekenntnis von 1945 haben evangelische Christen die Schuld des ganzen deutschen Volkes, die es in den vergangenen Jahren auf sich geladen hatte, stellvertretend bekannt. Es ist auch heute unsere Aufgabe, dem deutschen Volk zu helfen, seine Vergangenheit im Lichte der Vergebung zu sehen, die Gegenwart auch als Folge vergangener Schuld zu begreifen und sich von Gott den Weg für die Zukunft zu erbitten. Wir dürfen es nicht versäumen, einander im geteilten Deutschland zu helfen, den rechten Weg zum irdischen Wohl unseres Volkes, der Nachbarvölker und der ganzen Menschheit in Friedfertigkeit, Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit und vernünftiger Einsicht zu finden, damit wir nicht in alte Schuld fallen und neue Schuld auf uns laden. Uns gilt auch heute gemeinsam, daß wir mutiger zu bekennen, treuer zu beten, fröhlicher zu glauben und brennender zu lieben haben.

4. Die Grenze, die mitten durch Deutschland und mitten durch Berlin geht, hindert weithin Familien und Freunde, Menschen, die Gespräche und Gemeinschaft suchen, zueinanderzukommen. Die Evangelische Kirche in Deutschland ist auch Anwalt dieser Not und möchte dazu helfen, daß die menschlichen Verbindungen nicht abreißen und daß die Verantwortlichen gemahnt werden, sich um neue Möglichkeiten des Zusammenkommens zu bemühen und die politischen Hindernisse zu beseitigen, die dem entgegenstehen.

## III.

1. Die Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland besteht durch Gottes Gnade noch immer. Daß die Gabe der Einheit uns jetzt streitig gemacht wird, hat gewiß auch darin seinen Grund, daß wir sie nicht überzeugend genug bewahrt haben. Wir sind verpflichtet, die Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland stets aufs neue zu suchen und zu vertiefen. Es muß unser sehnliches Gebet und Gegenstand intensiver geistlicher Bemühungen sein, daß die Kirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland sich als *eine* Kirche am Tisch ihres Herrn versammeln können.

2. Wir tragen füreinander Verantwortung, darum dürfen wir uns nicht loslassen. Wir haben kein Recht, uns gegenseitig zu bevormunden. Wir dürfen nicht den Versuch machen, einer den anderen zu beherrschen. Wir werden uns gegenseitig so weit freizugeben haben, daß wir unserem Auftrag in dem Teil Deutschlands, in dem wir leben,

gerecht werden. Das erfordert von allen Kirchen in der Evangelischen Kirche in Deutschland, daß sie in ihren Entscheidungen immer wieder auf die anderen Rücksicht nehmen. Das erfordert große Zucht bei Äußerungen in der Öffentlichkeit. Das erfordert viel Vertrauen zu denen, die nicht unmittelbar gefragt werden können.

3. Die Einheit der Kirche besteht in dem einen Herrn, der uns in seine Nachfolge berufen hat. Als seine Jünger weist uns der Herr aneinander. Wir sollen aneinander auf dem Wege helfen, trösten, mahnen und tragen. Wir sollen aufeinander zugehen und miteinander sprechen. Wenn wir uns aus den Augen verloren haben, sollen wir uns suchen. Wenn wir uns gefunden haben, sollen wir beisammenbleiben. Gemeinsame Einrichtungen in der Leitung dienen diesem Ziel. Darum halten wir an der Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland fest.

Auch diese Erklärung wurde im westlichen Teil der Synode in Berlin-Spandau verlesen und mit folgender Entschließung aufgenommen:

Die Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland war das beherrschende Thema dieser Synode. Warum wir an ihr festhalten, hat Bischof Krummacher im zweiten Teil seines Berichtes überzeugend formuliert. Was sie für uns heute bedeuten kann, ist in der einstimmig angenommenen Erklärung der Synodalen in Fürstenwalde bekenntnisthafter zum Ausdruck gekommen. Wir sind mit ihnen einig.

Wir vereinen uns mit unseren Brüdern in Fürstenwalde zu der Bitte, Gott möge uns auch im geteilten Volk den gemeinsamen Weg gehen lassen, der uns im Gehorsam des Glaubens gewiesen ist.

Von einer ursprünglich auch in Berlin-Spandau vorgesehenen eigenen Erklärung zur EKD-Einheit wurde abgesehen. Doch wurde dieser ganze Fragenkreis sehr eingehend in einem Ausschuß erörtert. Darüber gab der Berichterstatter Pfarrer Benjamin Locher dem Plenum einen ausführlichen Bericht, der unter anderem auch deutlich machen mußte, daß die Diskussion über dieses Thema weitergehen werde:

Das zweite Thema des Ausschusses für öffentliche Verantwortung, über das ich zu berichten habe, lautet: „Einheit der EKD.“ Es war selbstverständlich, daß in unserem Ausschuß nicht weniger als im theologischen darüber ausführlich verhandelt worden ist. Denn die Fragestellungen zu diesem Thema sind zur Zeit besonders von der politischen Seite her an uns herangetragen worden.

Ich habe keine Vorlage einzubringen. Der Ausschuß war der Meinung, daß die Erklärung der in Fürstenwalde versammelten Mitglieder der Synode zur Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 5. April 1967 so vortrefflich ist, daß sie nur so, wie sie ist, übernommen werden sollte. Sie spricht für uns und mit uns aus, was hier gesagt werden sollte. Sie spricht deutlich aus der drüben gegebenen Situation. Aber das ist ihr gutes Recht, das macht dieses Wort so lebensnah, richtig und notwendig. Wir konnten uns nicht entschließen, dem noch ein eigenes Wort hinzuzufügen. Wir meinten, daß im Rahmen dessen, was drüben gesagt wurde, auf ausgezeichnete Weise auch zum Ausdruck gebracht ist, was von uns her zu sagen wäre.

Es erscheint aber angebracht, das Gespräch zu beschreiben, das in unserem Ausschuß geführt wurde. Es beschränkte sich nicht auf die Ost-West-Situation innerhalb der EKD oder auf den Zwang, in getrennten Versammlungen zu tagen.

Es ergab sich sehr bald, daß die Grundfrage nicht lautet: Wieviel Einheit in der EKD gibt es oder ist wünschenswert?, sondern vielmehr: Wieso muß es eine EKD geben? Diese Kirche ist nicht so sehr der Mühe wert, daß man sie unbedingt in Ost und West erhalten sollte!

Es wurde deutlich, daß sich diese radikale Infragestellung der EKD und ihrer Ein-

heit keineswegs lediglich aus der politischen Situation heraus ergibt. Es sind durchaus auch unpolitische Argumente, die hier zur Sprache kommen wollen. Gerade wo die kritische Anfrage schon selbst eine ablehnende, die EKD in ihrer gegenwärtigen Gestalt negativ beurteilende Antwort mitbringt, werden auch andere als politische Begründungen laut. Was geht es uns eigentlich an, so wird gefragt, ob die EKD existiert oder nicht, ob ihre Synode getrennt oder vereinigt oder überhaupt nicht tagt; kann man nicht mit einiger Gelassenheit in Ost wie in West zusehen, daß das, was bisher als EKD mehr oder weniger funktionierte, demontiert und damit entlassen wird?

Diese Fragestellung nun wurde als Ausgangspunkt der Diskussion nicht unbestritten hingenommen. Es war nicht jedermann von vornherein einsichtig, daß man so radikal fragte. Es wurde von politischem Druck gesprochen, ohne den es zu dieser Problematik nicht gekommen wäre. Aber es ergab sich dann doch im Austausch der Erfahrungen Übereinstimmung darin, daß Jugend und Erwachsene gerade in letzter Zeit durchaus diese Fragen stellten, ohne aus politischen Argumenten heraus zu denken. Es wird Antwort erwartet, und es ist keineswegs schon festgelegt, daß die Antwort notwendigerweise eine positive Einstellung zur Einheit der EKD oder auch nur zur EKD schlechthin hervorbringen muß. Das Desinteresse an der EKD oder an ihrer Einheit kann so weit gehen, daß das Gespräch über sie erliegt: „Wir sind an dieser Sache nicht interessiert.“

Lassen Sie mich in Kürze einige der Einwände nennen, die in der gegenwärtigen Diskussion gegen die Einheit der EKD vorgebracht werden.

1. Einheit einer Kirche als einer Institution ist ein Ordnungselement, das nicht schon von vornherein den Charakter einer Glaubensnotwendigkeit trägt. Wenn wir mit den reformatorischen Bekenntnisschriften daran festhalten, daß es für eine kirchliche Gemeinschaft genüge, in der „doctrina“, d. h. in Lehre und Verkündigung übereinzustimmen, dann muß es Raum geben können für eine Mehrzahl kirchlicher Ordnungen. Keine von ihnen kann für sich in Anspruch nehmen, einen Status confessionis zu bezeichnen, d. h. als ein glaubensnotwendiger Bestand festgehalten und gegebenenfalls auch in Leiden und Verfolgung verteidigt zu werden. Warum also nicht andere Ordnungen als gerade diejenige dieser EKD? Warum eigentlich dieser Eifer, sie zu bewahren? Warum nicht größere Gelassenheit? Vielfache Ordnungen sind in reformatorischen Kirchen möglich. Die bestehenden auszuwechseln dürfte mit theologischen Argumenten doch nicht verwehrt sein!

2. Sind die Gliedkirchen in der EKD in bezug auf ihre Doctrina in Lehre, Verkündigung und Sakramentsverständnis einig? Sie sind es nicht. Welche Einheit wird hier eigentlich verteidigt? Eingeständenermaßen werden in diesem Bund bekenntnisbestimmter Kirchen um der Lehre und also doch wohl um der Wahrheit willen Grenzen abgesteckt und aufrechterhalten. Wer hier eine Einheit zu statuieren oder festzuhalten versucht, kann doch wohl eine kirchliche nicht meinen. Welche könnte gemeint sein, wenn nicht diese?

3. Man spricht von geschichtlich gewachsener und gewordener Einheit. Man betrachtet also die Evangelische Kirche in Deutschland in der uns bekannten Gestalt in den letzten zwanzig Jahren. Aber was sind schon zwanzig Jahre, wird gefragt. Wenn dann auf die Deutsche Evangelische Kirche der dreißiger Jahre und auf ihren Vorläufer, den Deutschen Evangelischen Kirchenbund, hingewiesen wird, dann verdeutlicht sich der Einwand: Gewiß habe diese Entwicklung auch ihre geschichtlichen Elemente, aber das genüge doch wohl kaum zu einem unbeirrbaren Festhalten an gerade dieser Institution. Es wird nicht bestritten, daß gemeinsame Geschichte erlebt wurde, aber sie reicht doch keineswegs dazu aus, diese junge und wechselhafte Gestalt zu konservieren, wie sie gerade jetzt sich gibt! Uns überwältigt, so hören wir, gerade diese Geschichte nun keineswegs so sehr, daß wir ihr Erbe unverändert übernehmen müßten. Wir haben in eigener Sache und in eigener Gestaltung zu handeln.



4. Besonders eindrücklich melden sich Einwände aus dem soziologischen Bereiche an. Niemand kann die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in unserer Zeit übersehen. Sie bieten uns vielmehr die Möglichkeit und gebieten uns mit Notwendigkeit, das, was man in der Grundordnung der EKD im Jahre 1948 formulierte, neu zu ordnen. Man kann davon ausgehen, daß im Jahre 1948 eine damals gute und notwendige Lösung der Frage nach der Einheit der EKD gefunden wurde. Aber erstens kann man einwenden, daß diese Lösung schon damals unzureichend war, und zweitens dürfte, was damals vielleicht richtig war, heute nicht notwendig noch richtig sein. Die Antworten von Treysa reichen nicht mehr aus, denn es gibt jenes Deutschland nicht, das in der Institution „Evangelische Kirche in Deutschland“ gemeint war. Und wenn nach der neuesten Sprachregelung auch nicht mehr von einem deutschen Volk die Rede sein soll, dann ist zu folgern: Es gibt auch kein deutsches Volk mehr, für das diese Kirche Kirche zu sein hätte.

5. Im Zusammenhang mit dem vorigen Einwand wird oft die Frage angemeldet: Warum kommt die Kirche eigentlich mit ihren Reaktionen immer zu spät? Man fand 1948 eine Lösung in der damals gegebenen Situation. Aber die Verhältnisse wandelten sich, und als man wirklich nicht mehr wie bisher beisammen war und zusammenkommen konnte, fand man mit Mühe und gegen viel Widerstand mit den Betheler Gesetzen eine Hilfskonstruktion, die nicht ausreichend funktionieren konnte. Nun helfen wir uns mit einer neuen Konstruktion, die wiederum schon nicht mehr ausreicht. Was gilt's, in Zukunft gibt's dann neue Gesetze! Können wir nicht endlich aufhören, verspätet zu handeln? Können wir nicht endlich den Verhältnissen dadurch begegnen, daß wir ihnen voraus sind? Muß die Kirche immer reaktiv wirken?

6. Ein weiterer Komplex von Einwänden ergibt sich mit der These: Die Evangelische Kirche in Deutschland ist ebensowenig wie die Landeskirchen, aus denen sie sich zusammensetzt, in dem Maße Kirche, wie es in der heutigen Zeit und Situation erforderlich erscheint. Sie ist nicht Kirche, wie sie sein sollte. Dann lohnt es sich aber auch nicht, für die Einheit einer Kirche einzustehen, die sich selbst offensichtlich von Volks- und Landeskirchentum löst und auf ein neues Kirchentum hin unterwegs ist. Wir kennen dieses Ziel noch nicht, aber die besten Kräfte suchen es. Damit aber ist es uns verwehrt, für die Einheit einer Kirche zu kämpfen, an deren echter Kirchlichkeit wir im Grunde zweifeln.

7. Von anderer Seite her wird wie folgt argumentiert: Die kirchliche Realität ist anders als die geschriebene Verfassungswirklichkeit. Das tatsächliche Miteinander der Gliedkirchen ist anders als die Ordnung, um deren Einheit man sich bemüht. Das gilt besonders für die Gliedkirchen in der DDR. Gerade dort gibt es andere Formen im Miteinander der Kirchen als im Rahmen und in den Organen der EKD, und diese Entwicklung ist schon seit geraumer Zeit im Gange. Das ist weder abzustreiten noch zu verurteilen. Es ist vielmehr zu fördern, weil es der Kirche ermöglicht, den Gegebenheiten gegenüber besser, freier, sachlicher den Dienst der Kirche auszurichten. Muß man nicht solcher Entwicklung Raum und damit dem alten Status den Abschied geben?

8. Der vielleicht schärfste Einwand lautet so: Was uns noch eint, insbesondere also die Grundordnung der EKD, hindert uns – so hören wir – das heute sachlich Gebotene als Kirche zu tun. Es geht ein Lähmungsprozeß durch die Organe der EKD, die nur stückweise ihre Funktionen aufrechterhalten kann. Dieser Lähmungsprozeß läßt die EKD verkümmern. Damit aber entsteht sogar die Gefahr, es möchte oder könnte etwas, das nicht sachlich geboten sei, rechtlich erzwungen werden. Das aber wäre das Gegenteil einer sinnvollen Einheit der EKD.

Wie wurde auf diese acht Einwände geantwortet? Das Gespräch suchte und ergab Gegenargumente. Die Fragen erhielten Antworten, die sich in der Richtung folgender fünf Gedankengänge bewegten.

1. Die Grundordnung der EKD besagt in Art. 1 Ziff. 2: „In der EKD wird die be-



stehende Gemeinschaft der deutschen evangelischen Christenheit sichtbar.“ Es ist zu fragen: Sprechen wir noch von dieser Gemeinschaft? Worin besteht sie? Daß sie nicht einfach identisch ist mit jener Glaubensgemeinschaft, die, in Lehre und Sakramentsverwaltung begründet, die klassische kirchliche Einheit darstellt, ist allen Gesprächsteilnehmern klar – wenn auch vielen nicht ohne Betrübniß. Wir haben nun einmal in der EKD einstweilen noch nicht die volle Gemeinschaft am Tisch des Herrn. Hier aber geht es um das, was die Landeskirchen an „bestehender Gemeinschaft“ einbrachten, als sie 1948 diese EKD zu Stand und Wesen brachten. Was sie zusammenführte und gemeinsam einbrachten, ragte schon in die Glaubensgrundlagen der Kirchen hinein. Es reichte nicht zum Kirchsein der EKD – wenigstens nach Ansicht maßgeblicher Beteiligter; es reichte aber zu einer Gemeinschaft des Zeugnisses, des Dienstes und der gegenseitigen Hilfe. Mögen andere darüber entscheiden, ob darin nicht im Grunde entscheidende Merkmale echten Kirchseins schon enthalten sind. Das braucht uns jetzt nicht zu kümmern. Aber wir sollten gemeinsam erkennen und anerkennen: Es gibt eine Gemeinsamkeit des Zeugnisses von allen für alle. Ein Beispiel dafür haben wir in dieser Synode erfahren. Die Erklärung der in Fürstenwalde versammelten Synodalen wird von uns übernommen; wir lassen sie uns von ihnen sagen, und wir sagen sie mit ihnen. Nur so wird sie auch unser Zeugnis, unsere gemeinsame Sache. Dabei geht es nicht nur um ein Hüben und Drüben im Sinne politischer Grenzen. Das gemeinsame Zeugnis geht alle Christen an; es geht an sie heran, ob sie nun in einem ungeteilten oder geteilten Volk, in einem Staat oder in mehreren Staaten leben. Nicht anders verhält es sich mit dem gemeinsamen Dienst und der gemeinsamen Hilfe aller für alle.

Was nun die Landeskirchen im Jahre 1948 mit der Gründung der EKD erreichen wollten, das wünscht die deutsche evangelische Christenheit heute aufs neue in allen ihren Teilen. Dieses wird von den Bestreibern der Einheit der EKD nicht nur zugegeben, sondern noch unterstrichen: Indem sie eine andere Einheit der EKD ersehnen als die bisher gemeinte oder geübte, haben sie keine andere im Sinn als die des gemeinsamen und gegenseitigen Zeugnisses, des gemeinsamen und gegenseitigen Dienstes wie der gemeinsamen und gegenseitigen Hilfe.

2. Gehören Ordnungsfragen zu den bekenntnisgebundenen Grundlagen kirchlicher Existenz? Mit guten Gründen haben die reformatorischen Kirchen Ordnungsfragen nicht schon an und für sich zu Bekenntnisfragen gemacht. Aber ebenso deutlich haben sie erkannt, was in der Bekennenden Kirche wieder neu zu lernen war, daß Ordnung der Kirche in dem Maße, wie sie manipuliert, mißbraucht und zum Werkzeug im Griff kirchenfremder Mächte gemacht werden, selbst zu Bekenntnisfragen werden. Wie sie nicht ohne Rückbezug auf die Glaubensgrundlagen einer Kirche aufgestellt werden, so können sie auch nicht ohne diesen Rückbezug verändert werden. Hier kann Kirche in Freiheit handeln, aber eben hier kann auch für eine Kirche der „Status confessionis“ gegeben sein: Es gibt Situationen, in denen die Kirche auf andere, ihr sonst freigegebene Möglichkeiten verzichtet und mit einer bestimmten Entscheidung auch in Ordnungsfragen das von ihr jetzt zu erwartende Zeugnis ablegt.

3. Die Einheit der EKD, nach der in diesem Gespräch gesucht wird, ist nicht mit einer begrifflichen Definition zu erreichen. Sie ist auch nicht an Erfolgen, an erfahrenen Gemeinsamkeiten zu messen. Sie ist nicht in einem Status festzulegen. Sie vollzieht sich in der Funktion der Beteiligten. Sie ist Wachstum und Dienst in Vollzug. Wir werden ihrer nicht habhaft, wenn wir nach gescheiterten Formulierungen jagen. Sie ist keine Fahne, hinter der man marschieren könnte, kein höchstes Ideal, das uns zu Opfern um jeden Preis aufriefe. Wir werden der Einheit erst ansichtig, wenn wir nicht sie, sondern den Bruder, die Schwester, den Nächsten und den Fernen vor uns haben, weil wir ihnen zu dienen haben. Einheit vollzieht sich nicht in der Deklaration, sondern im gemeinsamen Lösen der Aufgaben, die uns gemeinsam gestellt sind. Einheit ist weder mit Absagen noch mit Zusagen, weder mit Demontagen noch mit Konstruk-

tionen, sondern allein in gemeinsamem Vollzug der Aufgaben einer Kirche in der Welt, einer Christenheit unter den Völkern zu verwirklichen. Dieses aber geschieht freiwillig im unablässigen Wandel der Gestalten und Funktionen von gestern über heute nach morgen.

4. Es ist von der EKD oft gesagt worden, sie habe die Aufgabe, ein geteiltes Volk zu verklammern. Wir sind nicht überzeugt, daß damit eine kirchliche Funktion gemeint sein kann. Vielleicht sollte man eher von einer Brücke als von einer Klammer sprechen. Aber dann gewiß nicht von einer Brücke mit Einbahnstraße! Hier sind alle Beteiligten Gebende und Empfangende. Es wird wohl erst in diesem Geben und Empfangen jene Einheit zustande kommen, nach der wir alle suchen. Nur sollte dann auch keiner aufhören, Gebender und Empfangender sein und bleiben zu wollen. Das Ende der Einheit der EKD wird nicht in Deklarationen bestehen – sowenig wie ihre Wirklichkeit darin besteht! –, sondern darin, daß wir aufhören, einander zu erkennen, zu lieben und zu gebrauchen als den von Gott uns zugewiesenen Helfer und Mithelfer. Hier geht es auch nicht mehr darum, ob jenem oder mir geholfen wird, sondern ob wir beide, denen Gott geholfen hat, an die gemeinsame und besondere Arbeit gehen, die einer Kirche in der deutschen evangelischen Christenheit zugewiesen ist. Das wäre Einheit einer Evangelischen Kirche in Deutschland!

5. Damit erreicht die Diskussion einen entscheidenden Punkt. Indem wir Einheit suchen und nicht Trennung, aber Einheit im Dienst, im Zeugnis und in der Hilfe, indem wir also auf- und nicht abbauen, wird es trotzdem oder vielleicht deswegen möglich sein, daß wir zu recht verschiedenen Leitbildern unserer Existenz auch im politischen Bereich kommen. Wir möchten hier besonders auf den Beitrag achten, den D. Jänicke zu dieser Diskussion beigesteuert hat. Es geht hier um eine Einheit, die der ganzen Weite und Fülle des Lebens Raum gibt, die es nicht verbietet, sondern gerade ermöglicht, auch politische Konsequenzen zu ziehen, die keineswegs überall die gleichen sein können. Das höhere Maß von Einheit ist nicht bei denen, die uniformieren, sondern bei denen, die es sich leisten können, in der Vielfalt des Lebens die Einheit des Geistes zu bewahren und zu bewähren.

Soweit die Beiträge aus unserem Gespräch über die Grundsatzfragen. Es bleibt mir noch die Aufgabe, den praktischen Anregungen nachzugehen, die sich gleichzeitig ergaben.

Da war davon die Rede, daß die Ordnungen der Gliedkirchen wie auch der EKD viel Raum lassen für selbständige Entwicklungen. Die Kirche in Berlin-Brandenburg sammelt hier besonders reichliche Erfahrungen. Man kann Funktionen delegieren, man kann lebendige Weiterbildung der Verfassungswirklichkeit fördern. Man kann selbständiges Handeln freigeben und gutheißen. Wo sich neue Weisen, gemeinsam zu handeln, gebildet haben, wie z.B. in den örtlichen Bischofskonferenzen, in gliedkirchlichen Arbeitsgemeinschaften u. a., wird die Einheit nicht notwendig geschwächt, sondern unter Umständen erheblich gestärkt. Die Hauptfragen sind diese: Wie fördern wir die Freiheit des Handelns und der Entscheidung, die Möglichkeiten zu eigener Initiative in den verschiedenen Teilen und Bereichen? Wie fördern wir alles, was nicht gegen die Grundordnung, aber ohne sie an nützlichen Funktionen legitim gewachsen ist und weiterwachsen will? Wie entwickeln wir auch die Grundordnung selbst nach neuen, unserer Situation entsprechenden Richtlinien? Wie weit kann und darf Einheit in der Verschiedenheit, wie weit Verschiedenheit in der Einheit gehen?

Es wird nicht darum gehen, wieviel Freiheit „wir“ angeblich einzuräumen, zu konzedieren hätten. Wir sind nicht Inhaber der Freiheit. Wir sind nicht Zügelhalter, die hier am langen, dort am kurzen Zügel andere, etwa die evangelische Christenheit in der DDR, hätten laufen zu lassen. Wir sind nicht Bändiger, die zu dressieren, nicht Sklavenhalter, denen man mit Mühe und Not ein wenig Freiheit abringen müßte. Wir stehen gemeinsam in der Gefahr, unsere Freiheit zu verspielen und zu verkaufen. Das

hat die Erklärung in Fürstenwalde so unüberhörbar gesagt, daß wir dem nichts hinzufügen wollten. Aber wir erfahren auch das große Geschenk der Einheit und sind überwältigt und von Herzen froh. Ein Beispiel aus diesen Tagen: Haben sich die Synodalen aus Thüringen mit Leidenschaft und großem Ernst zu Sprechern jener Einwände gemacht, die wir doch auch bei uns mit aller Eindringlichkeit stellen und vernehmen, so haben sie sich danach doch auch an dem ganzen Werk der Synode beteiligt und sich gerade nicht abgewandt.

Damit aber ist die Schlußfrage erreicht: Wie verhalten wir uns in der Kirche nicht lediglich gegenüber ausgesprochenen Einwänden, sondern gegenüber jenen, die sich vielleicht genötigt sehen, uns den Abschied zu geben? Hier ist die Einheitsfrage keine juristisch-institutionelle. Hier wird sie im letzten Grund zu einer geistlichen Frage. Wir mußten und müssen nach praktischen Antworten suchen. Aber darüber darf nicht vergessen werden, daß uns die Einheitsfrage eigentlich erst dann wirklich gestellt ist, wenn hier oder dort Hände, die ineinandergelegt waren, zurückgenommen werden, wenn das Zeugnis nicht mehr gemeinsam ausgesprochen, der Dienst nicht mehr gemeinsam unternommen wird.

Der Ausschuß hat keine Vorlage eingebracht. Er schlägt vor, daß der Herr Ratsvorsitzende zum Ausdruck bringt, was die in Spandau versammelten Synodalen angesichts der uns zusammenbindenden Erklärung aus Fürstenwalde bewegt.

Die sichtbarste und zugleich die überraschendste Entscheidung der Synode war die Wahl des bayerischen Landesbischofs D. Hermann Dietzfelbinger zum neuen Vorsitzenden des Rates der EKD, während der bisherige Vorsitzende, der Berliner Bischof D. Kurt Scharf, zu seinem Stellvertreter gewählt wurde (s. oben S. 33). Beiden sprach die Synode durch die Abstimmungen ein besonders hohes Maß an Vertrauen aus. Die Wahl von Landesbischof Dietzfelbinger zum Ratsvorsitzenden war für alle Beteiligten, am meisten für den Gewählten selbst, eine große Überraschung. Sie erfolgte auf Initiative und Drängen der Synodalen in Fürstenwalde. Dahinter stand die Absicht, durch die Wahl eines politisch bisher kaum hervorgetretenen Kandidaten den Kirchen in der DDR ihre Zugehörigkeit zur EKD zu erleichtern und vor politischen Mißdeutungen zu schützen. Noch zu Beginn der Tagung hatte man mit der Wahl von Landesbischof D. Hanns Lilje zum Ratsvorsitzenden gerechnet, dessen Wahl in das höchste Amt der EKD damit zum zweiten Male aus gleichartigen Gründen mißlang (s. Kirchl. Jahrbuch 1961, S. 18). Allen Beteiligten war deutlich, daß dieser mit einer gewissen menschlichen Tragik verbundene Gang der Dinge auf keinen Fall in der Person Liljes selbst, sondern in den äußeren Umständen und Bedingungen begründet war, deren Berücksichtigung sich die Kirche um ihres Dienstes willen oft nicht entziehen kann.

Man muß also die personellen Entscheidungen der Synode im engen Zusammenhang mit Sachaufgaben sehen. Dazu und zur Gesamtwürdigung der Synodaltagung 1967 unter dem Ost-West-Gesichtspunkt hat sich der Berichterstatter in einem Rundfunkkommentar des RIAS am 8. April 1967 geäußert, aus dem folgende Absätze hier wiedergegeben seien:

Es hat sich für das Urteil der Beteiligten hier nicht nur eine überraschende Auswechslung von Personen vollzogen. Vielmehr ist gerade darin ein Prozeß sichtbar geworden, der seit längerer Zeit im Gange ist. Wir stehen mitten in einer Klärung dessen, was wir heute unter der Einheit der EKD zwischen Ost und West zu verstehen und wie wir sie



neu zu beschreiben haben. Das hohe Pathos, mit dem früher oft die Einheit der EKD als Ausdruck einer Klammer zwischen den politisch getrennten Teilen Deutschlands beschworen wurde, ist längst vergangen. Die Einheit der EKD muß von dem Wesen kirchlicher Gemeinschaft und von dem Dienst der Kirche her in der gegenwärtigen Situation unseres Volkes neu beschrieben werden. In beiden Teilen Deutschlands haben wir diese Beschreibung der EKD und ihre geschichtliche Ortsbestimmung in der gegenwärtigen Lage von den letzten Resten politischer Untertöne zu befreien. Wo das gelingt, stellt sich dreierlei heraus.

Einmal läßt sich auf diese Weise am überzeugendsten deutlich machen, wo die Kirche unter allen Umständen ihre eigene Freiheit verteidigen muß und wo die Grenzen politisch gewünschter Zugeständnisse liegen. Zweitens aber werden so die Möglichkeiten geklärt, die Formen kirchlicher Gemeinschaft, die äußere Struktur der Kirche zu wandeln und den Erfordernissen der Situation anzupassen. Und drittens wird sich so auf eine überraschende Weise herausstellen, welche wichtigen Dienste die Kirche unserem gespaltenen Volke in seiner gegenwärtigen, wahrhaft immer unerträglicher werdenden Situation tun kann, Dienste, die von der Kirche nur dann erwartet werden können, wenn man ihr auch aus dem politischen Raum heraus die Freiheit läßt, die sie von ihrem Wesen her benötigt.

Die Evangelische Kirche in Deutschland steht vor einer neuen Phase ihrer Geschichte. In ihr wird es darum gehen, ihre Gemeinschaft zwischen Ost und West in neuer Weise zu suchen und zu vertiefen. Die Kirche sucht darin keine politischen Ziele. Die EKD muß so verstanden und konstruiert werden, daß sie ihre Glieder in der DDR als Bürger dieses Staates respektiert, wie das auch umgekehrt der Fall sein muß. Weil die Kirche ganz Kirche sein will, kann sie aber auch neue Impulse für unsere politische Wirklichkeit auslösen.

Der Vollständigkeit wegen bleibt nachzutragen, daß die Synode am 4. April 1967 ein „Kirchengesetz über Tagungen der Synode und der Kirchenkonferenz der Evangelischen Kirche in Deutschland in besonderen Fällen“ beschloß. Mit diesem Gesetz wurden die gesetzlichen Grundlagen für die Arbeitsfähigkeit der Synode und der Kirchenkonferenz der EKD im geteilten Deutschland weiter verbessert. Die entsprechenden Gesetze von 1963 (die sogenannten „Betheler Gesetze“) und von 1965 wurden aufgehoben (s. Kirchl. Jahrbuch 1963, S. 7–17 und S. 164–175). (Wortlaut des Gesetzes s. oben S. 31.)

Nach der ganzen Vorgeschichte der Synodaltagung und ihren politischen wie kirchenpolitischen Zusammenhängen durfte man mit einigem Interesse einer Reaktion von politischer Seite in der DDR entgegensehen. Sie erfolgte prompt und wohl am verbindlichsten in einem Aufsatz des stellvertretenden Chefredakteurs des „Neuen Deutschland“:

EVANGELISCHE KIRCHENFÜHRER AUF KIESINGER/STRAUSS-KURS

Von Dr. Kertzscher  
(„Neues Deutschland“ vom 8. April 1967)

Diese Woche hat in Spandau eine Synode der evangelischen Kirche Westdeutschlands stattgefunden. Fragen der Religion gehören nicht zu dem Themenkreis, mit dem sich „Neues Deutschland“ beschäftigt. Ebenso wenig befassen wir uns mit der Erörterung unterschiedlicher Auffassungen des christlichen Glaubens. Bei uns in der DDR wird niemand in seinem Glauben behindert. Jeder Gläubige kann in unserem Staat seine Religion ausüben. Wenn es in Spandau darum gegangen wäre, brauchten wir kein



Wort zu verlieren. Aber bei dieser Tagung ging es um politische Fragen. Es ging in Spandau darum, die evangelische Kirche Westdeutschlands in die Pläne der Kiesinger/Strauß-Regierung gegen die DDR einzubeziehen. Mit dieser Politik versucht die Bonner Regierung, in die DDR einzudringen.

In diesem Sinne erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete Majonica im Hinblick auf die DDR: „Wir müssen die Isolierung verbinden mit dem größten Maß an Einwirkung.“ Das ist gleichzeitig die Politik der sozialdemokratischen Minister. Kiesingers Spezialist für „Einwirkung“ auf die DDR, der Minister für sogenannte gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner, entwickelte in diesem Zusammenhang Ideen über die Rolle der Kirche, die der bisherige Ratsvorsitzende der westdeutschen evangelischen Kirche, Bischof Scharf, in Spandau offen darlegte. Wehner habe Mitte März vor dem Evangelischen Männerwerk in Hamburg erklärt: „Die Kirche wird in der deutschen Frage auf einen längeren Zeitraum hin vieles tun können, was dem politischen Bereich durch den ihm eigenen juristischen Formalismus versagt bleibt.“ Die westdeutschen evangelischen Kirchenführer enthüllen also selbst, daß sie im Dienste der Regierung Kiesinger/Strauß stehen.

Ebenso wie die Bundesregierung ihre Alleinvertretungsanmaßung gegenüber der DDR erhebt, maßt sich die westdeutsche Kirchenleitung an, die Angelegenheiten der evangelischen Kirchen der DDR zu bestimmen und die Politik der Regierung Kiesinger/Strauß auf die Kirchen der DDR anzuwenden.

Diese Politik wird getarnt durch Gerede von der „Einheit“ der Kirchen und vom „Brückendienst“, den sie zu leisten hätten. Das Sprachrohr der aggressiven Bonner Politik, „Die Welt“, unterstreicht, daß die Kirche „eine der letzten halbwegs intakten Brücken“ zum anderen Teil Deutschlands sei. Diese Melodie hört man in letzter Zeit häufig. Präsident Johnson erklärte, die USA wollten Brücken nach Osteuropa bauen. Wozu? Man müsse, sagte Johnson, diese sozialistischen Länder „auf Dichte und Durchlässigkeit abklopfen“. Der potentielle Aggressor, die Bonner Regierung, baut „Brücken“, um in die sozialistischen Länder mit antikommunistischer Ideologie einzudringen, sie auszuhöheln und vielleicht für spätere militärische Vorstöße reif zu machen. Für diese Politik, so meint „Die Welt“, bietet sich die evangelische Kirche als erwünschte Brücke an. Es ging in Spandau nicht um die Religion, sondern um die Politik des westdeutschen Imperialismus. Es ging darum, die Kirchen der DDR in seine Abenteuer hineinzuziehen. Das bestätigte sich auf der Synode der evangelischen Kirche Westdeutschlands auch dadurch, daß die Landeskirchen Greifswald und Görlitz als pommerische und schlesische Kirche bezeichnet wurden. Hier zeigt sich, daß die evangelische Kirche Westdeutschlands die Revanchepolitik der Regierung Kiesinger/Strauß unterstützt.

Gegen diese verderbliche Politik erhob sich in Spandau nur eine Stimme. Pastor Niemöller sagte, das ganze Unheil habe mit dem Militärseelsorgevertrag begonnen. Dieser Vertrag, mit dem die westdeutsche evangelische Kirche an die NATO gebunden und zur Stütze des westdeutschen Militarismus gemacht wurde, war in der Tat unheilvoll, für die politische Situation überhaupt und für die Kirchen im besonderen. Mit diesem Vertrag haben westdeutsche Kirchenführer die Gemeinsamkeit zwischen den Kirchen beider Staaten endgültig zerschnitten.

In Fürstenwalde (Spree) versammelten sich jene Synodalen aus der DDR, die früher der EKD angehörten. Auf dieser Tagung trat als Wortführer und Einpeitscher der Kiesinger/Strauß-Linie der Bischof von Greifswald, D. Krummacher, auf. Er hatte von der westdeutschen Militärkirche offensichtlich den Auftrag erhalten, die Kirchen der DDR im Sinne der Führer der evangelischen Kirche Westdeutschlands zu manipulieren. In gleicher Absicht wurden für einen sogenannten Rat der evangelischen Kirche vier Vertreter aus den Kirchen der DDR, aber elf Vertreter von Kirchen Westdeutschlands benannt.

Krummacher sprach von einem „grenzüberschreitenden Impuls“, der der Kirche gegeben sei, und von ihrem missionarischen Auftrag. Das sind in theologischer Verkleidung die Formeln der Bonner Revandepolitik. Es kann niemand wundern, daß Krummacher von seiten der westdeutschen Scharfmacher glorifiziert wird. Um allen Mißverständnissen und gelegentlichen ungenauen Amtsbezeichnungen entgegenzutreten, sei hier ausdrücklich festgestellt: D. Krummacher ist nicht Bischof von Pommern, sondern Bischof von Greifswald. Darauf hat er sich zu beschränken. Feudale Verhältnisse gibt es noch in Westdeutschland, in der DDR sind sie längst abgeschafft.

Mit der politischen Rolle Krummachers ist aber keineswegs die evangelische Kirche der DDR insgesamt, sind nicht die evangelischen Christen überhaupt charakterisiert. Der Landesbischof D. Dr. Mitzenheim, die thüringische Landeskirche und andere sind einem gegen die DDR gerichteten politischen Mißbrauch entgegengetreten. Vertreter der thüringischen Landeskirche haben es abgelehnt, sich wieder in den Rat der sogenannten EKD wählen zu lassen.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang auch an die Tagung der Arbeitsgruppe christlicher Kreise des Nationalrates Ende März. Der Referent Prof. Dr. Gerhard Bassarak fragte: „Entspricht nicht bis zum heutigen Tage die Apparatur der EKD dem Alleinvertretungsanspruch der Regierung in Bonn und der Hallstein-Doktrin? Ist nicht damit der Verdacht begründet, daß die Kirche den Annexionismus Bonns unterstützt?“ Er erklärte: „Der Versuch eines Dirigismus kirchlicher Autoritäten aus dem einen Staat in den anderen Staat und in dessen Kirche hinein kann nur zu bedenklichen Folgen führen.“

135 evangelische Geistliche und Theologen aus allen Bezirken der DDR nahmen eine Erklärung an, in der es heißt: „Wir Christen in der DDR identifizieren uns mit der Friedenspolitik unseres Staates, wir solidarisieren uns mit den Friedenskräften innerhalb der Ökumene wie auch innerhalb des westdeutschen Protestantismus. Mit der Bindung der westdeutschen ‚EKD‘-Führung an die Politik der Kiesinger/Strauß-Regierung aber haben wir nichts gemein. Diese Absage an die ‚EKD‘ verbinden wir mit einer Zusage: Wir werden nicht müde werden, im Sinne der Neujahrsbotschaft unseres Staatsratsvorsitzenden wie auch seiner Gespräche mit dem amtsältesten evangelischen Bischof in der DDR, D. Dr. Mitzenheim, für ein friedliches Neben- und Miteinanderleben der beiden deutschen Staaten einzutreten. Es bleibt gültig: Nur wenn sich die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten normalisieren, kann es auch zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den Kirchen in beiden deutschen Staaten kommen.“

Das Christentum ist bekanntlich viel älter als der Kapitalismus und erst recht älter als der Imperialismus, das höchste Entwicklungsstadium des Kapitalismus. Es kann demnach für das Christentum keine Lebensnotwendigkeit bestehen, sich auf Gedeih und Verderb mit dem Imperialismus zu verbinden. Falls eine Kirche es dennoch tut, handelt sie gegen die eigenen Interessen. Gewisse Passagen in der neuesten päpstlichen Enzyklika zeigen, daß Papst Paul VI. diese Gefahr offensichtlich erkennt. Dem Beobachter der Synoden drängt sich die Frage auf: Ist die Leitung der katholischen Kirche nicht viel klüger als die der evangelischen? Zweifellos ist es so. Aber ist denn das unvermeidlich? Es ist eine aussichtslose Sache, wenn sich die Kirche zum verlängerten Arm der Kiesinger und Wehner machen läßt. Die Kirchenführer, die die evangelischen Kirchen für eine abenteuerliche und hoffnungslose Politik einspannen, führen einen schweren Schlag gegen die eigene Kirche und werden scheitern.

Ein westdeutscher Beobachter äußert sich zu den kirchenpolitischen Konsequenzen der Synodaltagung folgendermaßen:

Von Reinhard Henkys  
(epd ZA Nr. 83 vom 11. April 1967)

Welche kirchenpolitischen Konsequenzen die Ostberliner Regierung aus der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland in Westberlin und Fürstenwalde ziehen wird, muß abgewartet werden. Zunächst gilt folgendes:

1. Die östlichen Synodalen konnten sich in Fürstenwalde frei versammeln und beraten. Daraus ist zu entnehmen, daß die DDR die Zusammengehörigkeit der EKD in Ost und West zwar politisch mißbilligt, aber keine rechtliche Handhabe besitzt, der Kirche ihren Willen aufzuzwingen.

2. Die nach Ende der Synode in Ost-Berlin veröffentlichten Presseangriffe gegen die Synode trugen mittelschweren Charakter, eine förmliche Stellungnahme der Regierung blieb aus. Aus dem Ton der Ostpresse läßt sich schließen, daß mit andauernden Behinderungen zu rechnen ist. Das neue Kirchengesetz, das ein regional selbstständiges Handeln in Ost und West rechtlich sichert, entspricht der Situation.

3. Die Ostpresse hat sich durch diese Synode zu dem Eingeständnis genötigt gesehen, daß die evangelischen Landeskirchen in der DDR sich selber als Glieder der EKD verstehen. Damit ist die propagandistische Fassade der letzten Jahre zerbrochen, nach der die EKD eine rein westdeutsche Angelegenheit sei, die sich unberechtigt anmaße, die Landeskirchen in beiden Teilen Deutschlands zu umfassen.

4. Damit verbunden ist der Zusammenbruch einer weiteren Fassade, die in der DDR „politisch-moralische Einheit“ heißt. Um diese Aktions- und Willenseinheit von Christen und Marxisten darzustellen, war in den letzten Jahren kein in der DDR wohnender Kirchenmann mehr öffentlich angegriffen worden. Nunmehr nannte man Bischof Krummacker (Greifswald) den „Einpeitscher“ einer angeblichen „Kiesinger/Strauß-Linie“ der EKD und versuchte, ihn von der angeblich großen Mehrheit der Gegner der kirchlichen Gemeinschaft zu isolieren. Der Versuch, einen politischen Keil zwischen Kirchenleitung und „Kirchenvolk“ zu schieben, scheiterte bereits einmal. Für die SED sind die Voraussetzungen, ihn zu wiederholen, inzwischen nicht günstiger geworden.

Bei dieser Gelegenheit ist anzumerken, daß die Taktik der Isolierung, die man seitens des Staates gegenüber Bischof Krummacker anwendete, sich das ganze Jahr hindurch fortsetzte. Die Konferenz der Kirchenleitungen in der DDR wählte ihrerseits Bischof Krummacker am 30. Juni erneut zu ihrem Vorsitzenden; Stellvertretender Vorsitzender blieb Landesbischof D. Gottfried Noth.

Die Fürstenwalder Erklärung zur Einheit der EKD löste auch in westdeutschen kirchlichen und publizistischen Kreisen eine neue Diskussion zur Frage der Einheit aus. Ein Beispiel für die auch hier laut werdenden bedenkllichen und kritischen Stimmen bildet ein Aufsatz von Pfarrer Eberhard Stammler:

#### „DIE QUAL DER KIRCHLICHEN EINHEIT“

Von Eberhard Stammler  
(„Stuttgarter Zeitung“ vom 6. April 1967)

Ob Staatsgrenzen auch Kirchengrenzen sind – diese Frage hat gegenwärtig die Evangelische Kirche in Deutschland an sich selbst durchzudenken und durchzukämpfen. Bisher waren sich alle 27 Landeskirchen, die in der EKD zusammengeschlossen sind, darin einig, daß die politische Grenze, die Deutschland trennt, nicht auch die organisatorische



Einheit der EKD aufheben könne. Davon versteht sich die Synode, die gegenwärtig in Berlin tagt, als eine gemeinsame Vertretung des Kirchenvolks in West und Ost, und auch das oberste Organ, der Rat, ist samt seinem Vorsitzenden als eine Leitungsinstanz gedacht, die für beide Seiten gemeinsam wirkt und entscheidet – als ob es keine Mauer und keinen Stacheldraht gäbe.

Aber vieles davon ist längst schon Illusion: Der bisherige Ratsvorsitzende, Bischof Scharf, versteht sich zwar als „Bürger der DDR“, er residiert jedoch in West-Berlin und ist seit Jahren aus dem DDR-Gebiet ausgesperrt. Die gesamtdeutsche Synode tagt zwar zur selben Zeit und unter der gleichen Tagesordnung, aber der eine Teil sitzt in Spandau und der andere in Fürstenwalde, und nur auf höchst komplizierten Wegen und mit großen Verzögerungen läßt sich eine Nachrichtenverbindung herstellen. Wenn der Rat der EKD tagt, muß er häufig auf seine östlichen Mitglieder verzichten, so daß er gar nicht in der Lage ist, als eine gemeinsame Körperschaft zu handeln. Aber die Schwierigkeiten liegen noch tiefer. So hat diese Sitzungswoche erwiesen, daß eine der wichtigsten Entscheidungen, die Wahl des Ratsvorsitzenden, durch die Mauer von Tag zu Tag blockiert wurde und daß der Mann, der seinem Format und seiner Position nach für dieses Amt längst schon bestimmt erschien, nämlich Bischof Lilje, auf die Wahl verzichten mußte. Nicht minder beklemmend war es, daß die Synode weder zu einer offenen Aussprache noch zu sachlichen und präzisen Argumentationen kam, weil sie dauernd unter dem Schatten irgendwelcher Repressalien aus dem Osten stand.

So mehren sich nun die Stimmen derer, die gegen dieses Festhalten am Einheitsprinzip Bedenken anmelden. Im Unterschied zu den längst schon deutlich gewordenen Spaltungsabsichten des Ostberliner Regimes entspringen sie christlichen Erwägungen. In erster Linie wird darauf aufmerksam gemacht, daß die EKD auch in ihrem westlichen Bereich durch die Rücksicht auf mögliche Reaktionen in der DDR immer wieder blockiert wird. Bei jeder Entscheidung legt sich die Frage nahe, welche Auswirkungen sie für die politische Taktik der Ulbricht-Regierung haben könnte. Deshalb unterblieben eine Menge von durchaus notwendigen Äußerungen, Aktionen und Beschlüssen, die der westlichen Situation angemessen gewesen wären, die aber eventuell der östlichen Propaganda als Angriffspunkte gedient hätten. Das stärkste Beispiel dafür war der Militärseelsorge-Vertrag, den die EKD 1957 mit der Bundesregierung abgeschlossen hatte und der seitdem von der kommunistischen Agitation als Argument für die einseitige westliche Orientierung der evangelischen Kirche ins Feld geführt wird.

Diese Erfahrungen führten dazu, daß die Verlautbarungen der EKD in der Regel so gehalten werden mußten, daß sie zugleich für den Osten und für den Westen galten und daß sie infolgedessen auf konkrete und aktuelle Stellungnahmen verzichten mußten. (Die Vertriebenen-Denkschrift bietet insofern eine Ausnahme, als sie nur für den Westbereich bestimmt war.) Ob es sich um Fragen des Wehrdienstes, des Notstandsgesetzes, des Familienrechts, der Landwirtschaft, der Jugendziehung oder der Gesellschaftspolitik handelte – in diesen und vielen anderen Fällen zeigte es sich, daß die politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen in den beiden Teilen viel zu verschieden sind, als daß sie durch eine gleichlautende Stellungnahme beantwortet werden können. Dieses betrifft aber nicht nur die weltliche, sondern ebenso die kirchliche Ebene. Es liegt nahe, daß sich die Kirche in ihrer Struktur und Arbeitsweise jeweils auf ihre Umwelt einzustellen hat. Ihre Position im demokratisch, kirchenfreundlichen Milieu des Westens erfordert vielfach wesentlich andere Antworten als im kommunistischen und atheistischen System des Ostens. Ein interessantes Beispiel dafür war der unglückliche Kampf für die Konfirmation und gegen die Jugendweihe in Mitteldeutschland, der deshalb praktisch mit einer Niederlage endete, weil hier kirchliche Traditionen verteidigt wurden, die in einer entkirchlichten Gesellschaft nicht mehr haltbar waren. Immer deutlicher zeigt es sich, daß die östlichen Landeskirchen zu wesentlich anderen Gemeindestrukturen und Arbeitsformen kommen müssen, wenn sie ihrer



Situation gerecht werden wollen, und das bedeutet, daß sie weithin andere Wege zu gehen haben, als es im Westen üblich und zweckmäßig sein mag.

Insofern ist also damit zu rechnen, daß das Maß an Gemeinsamkeiten immer geringer wird, daß man auf beiden Seiten nicht nur eine verschiedene Sprache spricht, sondern auch unterschiedliche Ziele im Auge hat. Es kommt hinzu, daß sich die Repräsentanten der östlichen Landeskirchen bewußt als Bürger ihres Staates verstehen. So hatte zum Beispiel der sächsische Bischof Jänicke vor kurzem vor seiner Synode festgestellt: „Uns liegt nicht nur an einer Normalisierung, das ist uns noch zu wenig, uns liegt an dem Vertrauen zu unserer Deutschen Demokratischen Republik!“ Da nun bei den Kirchenmännern des Westens vorauszusetzen ist, daß auch sie sich als loyale Bürger ihres Staates, der Bundesrepublik, verstehen, kann es häufig auch zu politischen Diskrepanzen kommen, wenn beide Seiten ihre Position offen ins Spiel bringen. Jedenfalls dürfte es nicht wenig Fragen geben, in denen die beiden Seiten allein schon auf Grund ihrer verschiedenen politischen Überzeugungen und Bindungen zu unterschiedlichen oder gar gegensätzlichen Äußerungen kommen müssen, die sich auch auf der Basis der christlichen Einheit nicht aufheben oder überwinden lassen.

Diesen hier angeführten Bedenken gegen die Aufrechterhaltung des Einheitsprinzips stehen allerdings eine Reihe anderer Argumente entgegen, die teils pragmatischer, teils theologischer Art sind. So wird darauf hingewiesen, daß die mitteldeutschen Kirchen vermutlich einen wesentlich schwereren Stand hätten, wenn sie in ihrem zähen und fortwährenden Ringen mit ihrer Regierung allein auf sich selbst gestellt wären. Es ist auch nicht zu übersehen, daß die EKD ihren östlichen Gliedkirchen immer noch erhebliche finanzielle Hilfen zuteil werden lassen kann. Im übrigen wird die Frage gestellt, ob es die Kirche denn nötig habe, sich einer politischen Pression zu unterwerfen, und ob sie also gut beraten sei, wenn sie gegen ihren eigenen Wunsch dem staatlichen Diktat Rechnung trage. Daran kann allerdings kein Zweifel sein, daß die Regierung Ulbrichts die EKD nicht mehr als eine existierende Größe anerkennt und darum nur noch unmittelbar mit den in ihrem Bereich wirkenden Landeskirchen verkehrt. Allein schon die erzwungene Verlegung der Ost-Synode von Ost-Berlin nach Fürstenwalde war ein Hinweis darauf, und die schikanöse Unterbindung der Nachrichtenvermittlung zwischen den beiden Teilsynoden hat diese Politik bestätigt.

Mit stärkerem Nachdruck wurden allerdings theologische Gesichtspunkte für die Aufrechterhaltung der Einheit geltend gemacht. In dieser Hinsicht hat sich Bischof Scharf, der bisherige Ratsvorsitzende, am deutlichsten festgelegt; er vertritt die Meinung, daß die Beibehaltung der Einheit deshalb theologisch zwingend sei, weil sie der ökumenischen Entwicklung entspreche, die immer mehr auf den Zusammenschluß der Kirchen hindränge. Auch der Greifswalder Bischof Krummacher betonte auf der Synode, es sei eine „Frage des Glaubensgehorsams“, ob die EKD zusammenbleibe. „Wir würden uns dann in beiden Teilen Deutschlands“, so stellte er fest, „stärker an die Umwelt der gesellschaftlichen Systeme, in denen wir leben, als an das Evangelium und an die Alleinherrschaft des einen Herrn binden.“ Eine etwas anders geartete Begründung gibt der sächsische Bischof Jänicke, der auf der einen Seite feststellte: „Gemeinsame Traditionen können unterbrochen und aufgegeben werden, wenn sie lediglich in einem Erbe der Vergangenheit bestehen.“ Auf der anderen Seite meint er: „Unsere Gemeinsamkeit ist tiefer begründet. Wir haben im geteilten Volk eine gemeinsame Aufgabe. Denn wir haben eine gemeinsame Schuld der Vergangenheit. Und wir haben diese gemeinsame Vergangenheit gemeinsam zu bewältigen für unser ganzes Volk.“ Hier wird also stärker mit der besonderen Geschichte argumentiert, die beide Teile miteinander verbindet und auch verpflichtet.

Wenn man nun nachfragt, worin sich diese Einheit ausdrücken soll, wird in der Hauptsache auf die Möglichkeit des Gespräches hingewiesen. Man hält es für wichtig, daß ein lebhafter Gedankenaustausch stattfindet und daß man sowohl die kirchlichen

Erfahrungen als auch die theologischen Erkenntnisse einander vermittelt und sich darüber verständigt. Eine 450jährige gemeinsame Geschichte brachte so viel Bindungen, daß man sie wegen einer 20jährigen Trennung nicht aufgeben möchte. Der mecklenburgische Landesbischof Beste zitierte noch ein Argument des früheren Generalsekretärs des Weltkirchenrats, Dr. Visser't Hooft, der die EKD einen „Mikrokosmos der Ökumene“ genannt hatte, da sie demonstrieren könne, wie Kirchen, die unter verschiedenen politischen Systemen leben, doch eine echte Gemeinschaft miteinander haben. In diesem Sinn betont man, daß die geistige Auseinandersetzung zwischen West und Ost, zwischen Christentum und Marxismus, zwischen Kapitalismus und Kommunismus auch auf dem Boden der Kirche auszutragen sei und daß beide Seiten davon gewinnen könnten, wenn sie sich durch ihre Gemeinsamkeit zum Gespräch darüber verpflichtet wüßten. Im übrigen würde es ihnen auch dadurch schwerer gemacht, jeweils der „Betriebsblindheit“ ihres eigenen Systems zu verfallen.

Mit dieser Argumentation ist immerhin einer Tendenz der Abschied gegeben, die in früheren Jahren im Vordergrund gestanden war. Damals, vor allem vor dem Mauerbau, wurde die EKD gern als Brückenkopf der gesamtdeutschen Idee verstanden, und vor allem die Kirchentage waren zu jener Zeit eine kräftige Demonstration solcher nationalen Hoffnungen. Nicht zuletzt hatte unter den evangelischen Christen Mitteldeutschlands deshalb die Neigung bestanden, ihren kirchlichen Widerstand auch als einen politischen Akt zu verstehen, während umgekehrt in der Bundesrepublik manche kirchliche Kreise sich in besonderer Weise mit den mitteldeutschen Christen solidarisch fühlten, daraus eine betont linksgerichtete Aktivität ableiteten. Gegenwärtig jedoch ist der nationale Akzent wesentlich in den Hintergrund getreten, und der Seitenblick auf das Problem der politischen Wiedervereinigung spielt kaum noch eine Rolle.

Es ist verständlich, daß sich die Berliner Synode besonders ausführlich mit dieser Problematik befaßt hatte. Auffallend war dabei, daß mit einer seltsamen Einmütigkeit von links bis rechts die Einheit beschworen wurde und geradezu als ein Glaubenssatz in den Mittelpunkt rückte. Die Kirche dürfe sich auf keinen Fall den politischen Gegebenheiten und den daraus entstandenen Grenzen unterwerfen, sondern müsse, ähnlich wie während des Kirchenkampfs im Dritten Reich, zum letzten Bekenntnis bereit sein. So war immer wieder zu hören. Als einziger übte der frühere Kirchenpräsident Martin Niemöller Kritik an dieser Tendenz. Er fragte, was denn geschehen würde, wenn etwa durch einen Friedensvertrag die Zweiteilung Deutschlands vollendet würde, und er wies darauf hin, daß man sich im Fall der Schweiz und vor allem Österreichs ebenfalls den politischen Gegebenheiten gebeugt habe. Es sei auch fraglich, ob man die Erfahrung der Ökumene für das Problem der EKD ins Feld führen könne, da dort die Gemeinsamkeiten ja gerade über kirchliche und politische Grenzen hinweg gepflegt werden.

Überblickt man die gesamte Diskussion über dieses Problem, wie es sich gegenwärtig in der evangelischen Kirche darstellt, dann kann man sich dem Eindruck nicht entziehen, daß hier weithin dogmatische Argumente mit pragmatischen und theologischen mit politischen verwechselt werden. Wahrscheinlich käme man einer sachlichen Lösung der bestehenden Spannungen wesentlich näher, wenn man sich auf beiden Seiten die harte Wahrheit zumuten würde und wenn man ohne theologisches Vokabular die kirchlichen, politischen und gesellschaftlichen Faktoren im Für und Wider abwägte. Jedenfalls würde dann offenkundig werden, daß zum Beispiel das gemeinsame Bekenntnis zum gleichen Glauben nicht notwendigerweise eine gemeinsame Kirchenorganisation zur Folge haben muß, denn dann wäre ein Zusammenschluß mit der Evangelischen Kirche Österreichs mindestens ebenso zwingend, zumal gerade jene Kirche vor zwanzig Jahren noch mit den deutschen Landeskirchen verbunden war. Letztlich fällt am meisten ins Gewicht die Gemeinsamkeit der Geschichte, die man nicht ohne Not preisgeben möchte und sollte. Zugleich wird man dabei aber in

Rechnung setzen müssen, daß die Geschichte fortlaufenden Wandlungen unterworfen ist, was ja auch die sich wandelnde Landkarte der Kirchengeschichte deutlich belegt. So wird es also wohl darauf ankommen, daß man, solange es möglich ist, die vorhandene Gemeinschaft aufrechterhält, aber gleichzeitig prüft, ob der Preis gerechtfertigt ist, den man dafür zu zahlen hat. Die Misere der gegenwärtigen Synodalsitzung läßt jedenfalls die Frage aufwerfen, ob die evangelische Kirche gut daran tut, ihrem Einheitsprinzip die Funktionsfähigkeit ihrer Organe in so einschneidender Weise zu opfern. Es könnte dazu kommen, daß sie neue Wege suchen muß, um dem, was sachlich geboten ist, gerecht zu werden: daß sie auf der einen Seite an der Chance festhält, die gegenseitige Verantwortung wahrzunehmen, und daß sich auf der anderen Seite die beiden Teile so weit freigeben, als es für die Erfüllung ihrer spezifischen Aufgaben notwendig ist. Die Freiheit sollte wohl vor allem so weit verwirklicht werden, daß die Kirchen in ihren eigenen Aufgaben, die sie in ihrer Umwelt zu erfüllen haben, nicht blockiert werden, daß also das Prinzip der Einheit nicht die Pflicht zur Sachlichkeit in unverantwortlicher Weise einschränkt.

Auch der neue Ratsvorsitzende Landesbischof Dietzfelbinger hatte sich immer wieder neu zu dieser Frage zu äußern. Er tat es unter anderem in der „Deutschen Korrespondenz“ Nr. 18 vom 16. Mai 1967:

#### AUFTRAG AN DIE KIRCHE

*Ihre Einheit muß gewahrt werden*

*Von D. Hermann Dietzfelbinger, Ratsvorsitzender der EKD*

1. Der Dienst des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland besteht zuerst in dem, was sein Name sagt. Er hat sich um die gemeinsame Arbeit im gesamten Rat der EKD zu bemühen, in dem so erfahrene Männer sitzen wie Bischof D. Scharf, Berlin, Landesbischof D. Lilje, Hannover, D. Niesel, der derzeitige Präsident des Reformierten Weltbundes, Bischof D. Krummacher, Greifswald, Landesbischof D. Noth, Sachsen; im übrigen ist diesmal auch eine Frau hineingewählt, Frau Oberin Lundbeck, Ludwigslust. Dann gilt es, die Kirchenkonferenz zu leiten, das ist die Vertretung der Gliedkirchen der EKD, die die gemeinsamen Anliegen der Gliedkirchen beraten soll. Hier wollen die Erfahrungen der verschiedenen Kirchengebiete aus Nord und Süd, West und Ost ausgetauscht und verarbeitet werden. Gerade um der kirchlichen Verantwortung willen liegt mir daran, daß neben der Arbeit des Rates das Gewicht der Kirchenkonferenz gestärkt wird.

2. Als meine zweite Aufgabe in diesen Wochen habe ich es betrachtet, die Erklärung der Synodalen von Fürstenwalde zur Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland möglichst deutlich zu Gehör zu bringen und ihr möglichst weite Resonanz zu schaffen. Diese mit allen Stimmen der östlichen Synodalen beschlossene Erklärung war ein tapferes, klares Wort. Es verleugnet den Raum nicht, aus dem es kommt. Eben mit seinem eigenen Akzent bringt es nun auch in das Gespräch um die Gemeinschaft in der EKD neue Momente hinein. Die Erklärung enthält außerordentlich beherzigenswerte Sätze über das Verhältnis einer Kirche zur jeweiligen Gesellschaftsordnung. Sie wehrt sich dagegen, daß „die Gesellschaftsordnung zur Herrin über den Christusdienst wird. Gerade dadurch wird der Christusdienst gehindert. Denn die Menschen in allen Gesellschaftsordnungen seien einander darin gleich, daß sie Christus nötig hätten.“

3. Es ist nicht unwesentlich, daran zu erinnern, daß die Grundordnung der EKD 1948 in Eisenach beschlossen worden ist und im ganzen deutschen Raum, im Osten wie



im Westen, angenommen und aufgenommen wurde. Von daher argumentiert die Erklärung von Fürstenwalde gegenüber allen Einreden, die die Existenz der EKD im gegenwärtigen Zeitpunkt in Frage stellen wollen: „Die Evangelische Kirche in Deutschland besteht ... Wir haben keinen Grund, die Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland zu zerschneiden. Wir haben gute Gründe, sie festzuhalten.“ Es sind vor allem kirchliche Gründe, die dafür sprechen. Ist es nicht eine sich unmittelbar naheliegende, von der Geschichte her gegebene Aufgabe, gerade im Gedenkjahr der Reformation das gemeinsame reformatorische Erbe zu festigen und lebendig zu machen? Wir haben die Bibel in der gleichen Sprache, das gleiche Gesangbuch, viele gemeinsame Ordnungen – es wäre unnatürlich, dies alles aufzugeben. Sicher leben die einzelnen Teile der Evangelischen Kirche in Deutschland unter sehr unterschiedlichen Verhältnissen, aber gerade die unterschiedlichen Erfahrungen können die Gemeinsamkeit des Glaubens beleben und fördern.

Es ist klar, daß wir dabei an vielen Stellen voranschreiten müssen. Die Begriffe Einheit und Gemeinschaft sind nicht statisch, sondern voller Dynamik. So haben wir in den letzten Jahren überall in der EKD im Osten wie im Westen das ökumenische Gespräch mit der römisch-katholischen Kirche geführt und sind dabei der eigenen Gemeinsamkeit neu innegeworden, wie wir die Unterschiede und die Gemeinsamkeit mit der römisch-katholischen Kirche neu gesehen haben. Im internen Gespräch der Konfessionen innerhalb der EKD gibt es ebenfalls eine starke Bewegung. Man darf wohl erkennen, daß wir hier auch auf einem Wege sind; Bischof Wölber sprach neulich von dem Zustand zwischen der Noch-nicht-Einheitskirche und dem Nicht-mehr-ganz-Kirchenbund. Sicher wird hier gerade ein Ratsvorsitzender, der in einer lutherischen Kirche Landesbischof ist, vor manche Probleme gestellt. Vielleicht kann aber gerade er zu diesem Gespräch, das sich um das Abendmahl, um die Taufe, um die Rechtfertigungsbotschaft usw. dreht, manches Klärende beitragen. Man wird überhaupt feststellen müssen, daß in der kirchlichen Bewegung heute verschiedene Tendenzen einander begegnen. Die überkommenen Konfessionen scheinen sich aufeinander zuzubewegen. In der derzeitigen theologischen Diskussion aber, etwa im Streit um die Bibel, wollen sich neue Klüfte bilden und tiefgehende Unterschiede sichtbar werden. Es ist, so glaube ich, die zentrale Aufgabe der Verantwortlichen in der EKD, in solcher Lage das Geheimnis der Gemeinschaft zu bedenken und zu praktizieren, wo wir unter dem Evangelium beisammen sind, aber manche Unterschiede untereinander zu tragen haben.

4. Die Kirche existiert nicht im luftleeren Raum. Ihr Leben ist in vielfältiger Weise verbunden mit allen anderen Bereichen des Staates, der Politik, der Wirtschaft, der Gesellschaft. Sie ist Kirche, Volk Gottes, aber in dem Volk und mit dem Volk, in dem sie lebt. Wenn sie von der Barmherzigkeit Gottes lebt, so muß sie über ihre Grenzen hinaus Barmherzigkeit üben. Wenn sie von der Vergebung der Sünden lebt, so muß sie auch über ihren Raum hinaus die Vergebung praktizieren. Wenn sie das Gebot Gottes kennt, so muß sie es auch in die Welt hinaus sagen. Immer mußte sie darum Anwalt aller Bedrängten sein. Heute auch derer, die bis ins Menschliche, Familiäre hinein unter der unnatürlichen Trennung unseres Volkes leiden. Solche Wirkungen sind legitim, weil das Evangelium den Herrn verkündigt, der die Welt regiert. Sie zeigen aber zugleich auch die Andersartigkeit bzw. Eigenständigkeit der Kirche Jesu Christi auf. Ihr Auftrag ist nicht der, eben zu den Ereignissen in der Welt „auch noch etwas“ zu sagen oder eine erbauliche Begleitmusik zu geben; sondern die großen Taten Gottes in Jesus Christus zu verkündigen, die – auch wenn wir es oft nicht so deutlich sehen – die Welt grundlegend bestimmen, sie innerlich verändern und uns Menschen auch eine neue Hoffnung geben. Es scheint mir wichtig zu sein, daß wir in der Kirche die Gewißheit dieses Auftrages neu erkennen und ihn mit Freude und Klarheit weitergeben.



Ende des Jahres 1967 zeichnete es sich ab, daß das Jahr 1968 nicht zuletzt im Zusammenhang mit der angekündigten Verfassung der Auseinandersetzung um die Ost-West-Gemeinschaft der EKD neue Elemente hinzufügen würde. An dieser Schwelle hat der Berichterstatter eine Zusammenfassung der Diskussion über die Einheit der EKD geschrieben:

#### UM DIE EINHEIT DER EKD

*Von Erwin Wilkens*

Wo heute von der Einheit der EKD die Rede ist, denkt man in erster Linie an die kirchliche Gemeinschaft zwischen Ost und West und an die Präsenz der EKD in beiden Teilen Deutschlands. Die EKD ist ein auch territorial zu verstehender Zusammenschluß von Gliedkirchen, an dem inmitten des Prozesses einer Bildung von zwei deutschen Staaten, zum Teil mit Betonung, festgehalten wurde. Die leitenden Organe haben ihre Gestalt und ihre Zuständigkeit für den ganzen Bereich der EKD behalten, wenn man einmal von einigen Sonderregelungen, die von der Situation erzwungen wurden, absieht. Sie haben ihre Mitglieder in beiden Teilen Deutschlands und können in allen gemeinsamen Angelegenheiten der EKD nur als einheitliche Organe handeln. Die institutionelle Funktionsfähigkeit der EKD ist also schon aus rechtlichen Gründen an ein Mindestmaß faktischer Kooperationsmöglichkeit gebunden. Diese Seite der Sache wird oft übersehen. Sie zeigt ein hohes Maß praktischer Schwierigkeiten an, läßt aber zugleich vor allzu voreiligen Lösungsvorschlägen warnen. Eine der politischen Situation angepaßte Spaltung der EKD würde einen umfassenden Umbau der 1948 erreichten Stufe in der über ein Jahrhundert zurückreichenden Einigungsbewegung des deutschen Protestantismus und einen empfindlichen Rückschlag bedeuten.

Für diesen Zusammenhalt das Wort „Einheit“ zu verwenden bedarf einer Anmerkung. Im dogmatischen Sinne gehört „Einheit“ zu den Wesensmerkmalen der Kirche. Sie ergibt sich aus der Zugehörigkeit der Kirche zu ihrem einen Herrn und stellt sich in der übereinstimmenden Ausrichtung der kirchlichen Verkündigung in Wort und Sakrament dar. Diese Einheit darf nicht auf den spirituellen Bereich beschränkt bleiben, sie sucht vielmehr eine geschichtliche Verwirklichung und greifbare Gestaltung in kirchlicher Institution. Die Spaltung der einen Christenheit in getrennte Konfessionen mit einem unterschiedlichen Verständnis des Evangeliums steht im Widerspruch zum Wesen der Kirche. Darum muß jede Einzelkirche ständig auf ihre Übereinstimmung mit der Grundsubstanz der biblischen Botschaft bedacht sein; und deshalb sind die Einzelkirchen untereinander genötigt, an der Überwindung ihrer Spaltungen zu arbeiten und die Wesenseinheit der Kirche immer besser zur Darstellung zu bringen. Hier liegen die theologischen Wurzeln der ökumenischen Bewegung.

Jede kirchliche Gemeinschaft muß sich also von daher theologisch legitimieren. Aber es muß jetzt hinzugefügt werden, daß bestimmte Formen kirchlicher Institutionen und territorialer Zusammenschlüsse nicht in jeder Hinsicht vom Wesen der Kirche her gefordert werden können. Die kirchliche Institution ist zwar auf ihre Wesenseinheit bezogen, von ihr aber nicht in bestimmter Weise ein für allemal festgelegt. Die äußere Gestalt der Kirche ist wandelbar und von einer Fülle geschichtlicher Faktoren bedingt. Das römisch-katholische Kirchenverständnis krankt unter anderem an der Neigung, geschichtliche Zufälligkeiten in den Rang dogmatischer Notwendigkeiten zu erheben. Etwa zu verlangen, daß zwei Kirchen in benachbarten Staaten sich um der Einheit der Kirche willen auch zu einer institutionellen Einheit verbinden, könnte auf einem Mißverständnis der Wesenseinheit der Kirche beruhen. So hat es der Ökumenische Rat der Kirchen immer abgelehnt, sich als Wegbereiter einer einzigen

Weltsuperkirche zu verstehen, sosehr die Weiterentwicklung gemeinsamer Organe um der Übereinstimmung im Verständnis der gemeinsamen Botschaft und um des gemeinsamen kirchlichen Handelns willen der einen Christenheit auf Erden entspricht. Nach menschlichem Ermessen wird aus einer Fülle von geschichtlichen, kulturellen und praktischen Gründen auch die im Verständnis der christlichen Botschaft und des Wesens der Kirche übereinstimmende Christenheit immer in Einzelkirchen gegliedert sein. Wollte man ein anderes Ziel betreiben, so wäre dies das Ende der ökumenischen Bewegung.

Diese theologische Vorüberlegung ist geeignet, bei der Beschreibung der EKD als Gemeinschaft der Gliedkirchen in beiden Teilen Deutschlands frühere Irrwege zu vermeiden. Ihre Einheit muß von Ursprung und Auftrag kirchlicher Gemeinschaft her verstanden werden; sie muß sich als kirchlicher Dienst in der gegenwärtigen Situation des deutschen Volkes immer wieder neu legitimieren. Es kann aber für sie keine aus der Wesenseinheit der Kirche Jesu Christi abgeleitete dogmatische Notwendigkeit in Anspruch genommen werden. Als geschichtlich zufällig geordnete Gestalt kirchlicher Gemeinschaft muß die Ost-West-Einheit der EKD für Wandlungen offenbleiben, wenn es der von ihr verlangte Dienst erfordert. Ebenso wenig aber kann diese Einheit politisch begründet werden, als ob hier stellvertretend für das Volk die zerbrochene Einheit der Nation fortgesetzt und ihre Wiederherstellung vorbereitet werde. Jede dogmatische und politische Überfrachtung der Einheit der EKD in dem hier erörterten Sinne muß vermieden werden.

Das Jahr 1967 hat dieses Verständnis der EKD, die Erhaltung ihrer institutionellen Einheit und die Verwirklichung ihrer Gemeinschaft im kirchlichen Handeln auf die bisher stärkste Probe gestellt. Die politische Führung der DDR schien fest entschlossen zu sein, in ihre neue Phase der Deutschlandpolitik mit der Absage an gesamtdeutsche Zielsetzungen ihre Kirchenpolitik konsequent einzubeziehen. Eine Herauslösung der Gliedkirchen in der DDR aus der EKD schien um so unvermeidlicher zu sein, als der Regierung der DDR eine kirchliche Gemeinschaft wie die EKD im Widerspruch zu der politischen Grundthese von der Existenz der deutschen Nation in zwei getrennten Staaten zu stehen schien. Von allen Argumenten gegen das Festhalten an der bisherigen EKD-Einheit kann aber die politisch motivierte Ausrichtung der kirchlichen Organisationsform an der staatlichen Gestaltung am wenigsten überzeugen. Um der Unabhängigkeit der Kirche willen gegenüber dem Staat, die als besonderes Erbe des im „Dritten Reich“ geführten Kirchenkampfes gilt, muß gerade an diesem Punkte der Widerspruch am deutlichsten erfolgen. Dies geschah in der „Fürstenwalder Erklärung zur Einheit der EKD“ des östlichen Teiles der EKD-Synode vom 5. April 1967, die den Fortbestand der EKD erklärt und als kirchliche Gemeinschaft in einer besonderen geschichtlichen Situation eingehend begründet.

Dieser Besonderheit ihrer Lage in einer Spannungszone der Weltpolitik sind sich die in der EKD verbundenen Gliedkirchen aus den beiden Teilen Deutschlands in hohem Maße bewußt. Ihre Leistungen ziehen daraus andere Konsequenzen, als es oft aus kirchlichen Gründen angeraten oder aus politischen Gründen gefordert wird. Gerade weil die Kirchen in der EKD über die Gefahrgrenze der Ost-West-Spaltung hinweg verbunden sind, versuchen sie, diese Gemeinschaft eher zu vertiefen, als von sich aus zu lockern oder gar aufzugeben; sie haben die darin liegenden Möglichkeiten in gegenseitiger Kritik, Korrektur und Bereicherung geistlich fruchtbar zu machen; sie haben schließlich jede sich ihnen bietende Gelegenheit wahrzunehmen, an einer Milderung der Gegensätze im gesellschaftlichen und politischen Bereich zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu arbeiten und dabei auch die Erfahrungen in den ökumenischen Organen der Weltchristenheit zu verwerten.

Allen Beteiligten ist klar, daß damit die Problematik der Ost-West-Gemeinschaft der EKD noch nicht erschöpft ist und daß die Fürstenwalder Erklärung die Diskussion

auf eine neue Ebene gehoben, nicht aber beendet hat. Die Differenz zwischen der Selbstverständlichkeit, mit der man in den leitenden Kreisen der EKD an der Ost-West-Gemeinschaft anscheinend festhält, und der Skepsis, auf die dieses Verhalten bei einem guten Teil der mit dem kirchlichen Leben verbundenen westdeutschen Publizistik stößt, ist dafür kennzeichnend. Offenbar liegt die stärkste Gefährdung der EKD-Einheit gerade da, wo man dem Wesen kirchlicher Gemeinschaft am nächsten zu sein meint. Die Zeit einer naiven Anwendung westlicher Maßstäbe auf das Leben und Verhalten in der DDR ist auch für die Kirche längst vorbei. Die EKD kann sich nur so verstehen, daß sie ihre Glieder in der DDR an einer in Freiheit geübten kritischen Solidarität mit ihrem Staatswesen nicht hindert, wie dies auch umgekehrt der Fall sein muß. Kirchliches Handeln und christliches Verhalten ist stärker auf die jeweiligen Umweltbedingungen bezogen und von ihnen geprägt, als es in weniger bewegten Zeiten erkannt wird. Man wird sich also, soweit es notwendig ist, zu selbständigen Entscheidungen gegenseitig die Freiheit geben müssen. In den Organen der EKD ist man davon überzeugt, daß diese Freiheit nicht ein Element der Spaltung, sondern der Verbundenheit ist. Aber dennoch bleibt ein Mindestmaß an gemeinsamen kirchlichen Entscheidungen aufzugeben, um die geschichtliche Einheit der EKD zu legitimieren und vor einer Aushöhlung zu bewahren. Darum darf eine Betrachtung zur Gemeinschaft der EKD zwischen Ost und West nicht mit einer Klage über die von außen kommenden Belastungen enden; sie muß vielmehr die leitenden Organe der EKD dazu ermutigen, den verbliebenen Raum zum gemeinsamen kirchlichen Handeln soweit wie möglich auszuschöpfen (Protestantische Texte aus dem Jahre 1967, Kreuz-Verlag, Stuttgart 1968).

### *c) Gottesdienstliche Fragen*

Im Vorjahr war von Auseinandersetzungen über Jugendgottesdienste in moderner Gestalt zu berichten, die unter dem Leitwort „Gottesdienst einmal anders“ in Karl-Marx-Stadt gehalten wurden. Die Behinderung dieser Gottesdienste von nichtkirchlicher Seite her mußte die Kirchenleitung aus prinzipiellen Gründen sehr ernst bewerten, da es sich nun wirklich um eine zentrale Lebensäußerung der Kirche handelt (s. Kirchl. Jahrbuch 1966, S. 284–286). Für das Jahr 1967 sagt der Tätigkeitsbericht des Ev.-Luth. Landeskirchenamtes in Dresden vom 13. November folgendes:

Die „Gottesdienste einmal anders“ in Karl-Marx-Stadt, über die im Tätigkeitsbericht vor der Synode im Herbst 1966 längere Ausführungen gemacht worden waren, sind im Jahre 1967 ohne Behinderung weitergeführt worden. Da die Zahl der Teilnehmer stark angewachsen ist, werden seit Oktober 1966 an den betreffenden Sonntagen zwei Gottesdienste hintereinander gehalten.

Auch an anderen Orten hielt man Gottesdienste in neuer Form:

#### NEUE FORMEN DES GOTTESDIENSTES AUCH IN HALLE

Wie in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), so finden jetzt auch an anderen Orten der DDR Gottesdienste in neuer Form statt. Gottesdienstliche Veranstaltungen, zu denen seit einiger Zeit in Halle unter dem Motto „Gottesdienst – einmal anders“ eingeladen wird, erfreuen sich vor allem bei den Mitgliedern der Jungen Gemeinde großer Beliebtheit. Das Thema des letzten Gottesdienstes in neuer Form lautete „Menschen

leben von Liebe – Menschen sterben am Haß“. Es wurde in einer szenischen Predigt, in modernen rhythmischen Liedern und in sogenannten „Bildgebeten“ behandelt. Eine andere ungewöhnliche kirchliche Veranstaltung in Halle fand ebenfalls großes Interesse. Nach Gastspielen in Dresden, Magdeburg und Erfurt tanzte der Solotänzer Manfred Schnelle im hohen Chor der Moritzkirche unter anderem zur Orgelmesse von Max Reger. Die Veranstaltung war sehr gut besucht, obwohl die behördliche Genehmigung für den Druck von Plakaten zunächst erteilt, dann aber zurückgezogen worden war. (epd B Nr. 19 vom 11. Mai 1967)

Über den in mancher Hinsicht oben erwähnten interessanten Versuch, den Tanz in moderner Form für den Gottesdienst zu gewinnen, hat sich der Solotänzer Manfred Schnelle selbst in einem Interview geäußert:

#### TANZ ALS VERKÜNDIGUNG?

*Ein Interview mit einem in der DDR wohnenden evangelischen Künstler  
(epd Ausgabe für die kirchliche Presse Nr. 1 vom 3. Januar 1968)*

In den evangelischen Gotteshäusern vieler Städte in der DDR ist es im Jahre 1967 zu sehr ungewohnten Veranstaltungen gekommen: Manfred Schnelle, früher bei der Dresdener Staatsoper, tanzte vor dem Altar zu Orgelmusik und geistlichen Texten. Eine Veranstaltung mit Schnelle gehörte z. B. ebenso zum kirchlichen Programm anlässlich der letzten Leipziger Messe wie zum Abschluß der Theologischen Studientagung zum Reformationsjubiläum in Wittenberg. Schnelle tanzte in der Wittenberger Stadtkirche zur Musik von Rainer Kunad (geboren 1936) „Verheißung der Propheten“ (Obadja, Jesaja, Daniel) und zum „Kyrie-Gloria-Benedictus“ von Max Reger. Dem zweiten Tanz gingen Lesungen aus den Bekenntnissen des Augustinus voraus. Der Versuch, auch den Tanz in den Dienst der Verkündigung zu stellen, wird von Teilnehmern solcher Veranstaltungen allgemein als sehr ernsthaft bezeichnet. Die Meinungen darüber, ob dies ein für die evangelische Kirche gangbarer oder sinnvoller Weg ist, gehen hingegen sehr auseinander. Was Manfred Schnelle selber zu sagen hat, erfragte das evangelische Sonntagsblatt „Potsdamer Kirche“ von ihm. Wir geben das Interview etwas gekürzt wieder.

*Frage:* Herr Schnelle, seit wann tanzen Sie geistliche Themen?

*Manfred Schnelle:* Ich bin 1956 mit meiner Ausbildung fertig geworden mit dem Abschluß für klassischen und modernen Ausdruckstanz. Seit 1959 habe ich eigene Tanzabende gegeben, wie das früher Harald Kreuzberg, Mary Wigmann und Rudolf von Laban getan haben. Auch da habe ich – zu Klaviermusik – religiöse Themen getanzt. Ich kann geistlichen nicht trennen von anderem Tanz. Kunst ist immer überhöhte Sprache, Sprache zum Transzendenten, wenn sie echt und tief ist. Kunst ist also auch Sprache zu Gott. Ich möchte fast sagen, wenn Kunst gut ist, ist sie Gebet. So war es im Grunde nur ein äußerlicher Schritt, daß ich für die Orgel gearbeitet habe und in die Kirche selbst gegangen bin.

*Frage:* Wie ordnen Sie den Tanz ein als Verkündigungsmittel? Ist es nicht etwas sehr Subjektives, was Sie mit dem Tanzen tun? Wie beurteilen Sie die Wirkung auf das Publikum?

*M. Sch.:* Dem Tanz kommt eine sehr große Bedeutung zu, vielleicht eine größere, als wir sie uns überhaupt vorstellen. Tanz ist ja nicht nur ein künstlerisches Mittel wie Musik, sondern der Körper hat ja eine Sprache, ist selbst Sprache. Das bedeutet ja etwas, wenn ich z. B. meine Hand vorstrecke und ich habe die Handfläche nach oben oder nach unten –

*Frage:* Das wissen Sie, aber das weiß das Publikum doch nicht!



*M. Sch.:* Ja, das liegt aber nicht an mir, sondern daran, daß die Menschen ihren eigenen Körper nicht mehr verstehen. Das Verständnis für die Sprache des Körpers ist verlorengegangen und verschüttet worden über die Jahrhunderte, vor allem hier bei uns in Europa. Es gibt im Raum, der Tanz steht ja im Raum, ewige Formen. Z. B. den Kreis, den Weg nach vorn, den Weg zurück, das Kreuz usw. Ich kann ja mit dem Körper ein Kreuz darstellen, und das hat natürlich auch eine Bedeutung, die der Hingabe, der Preisgabe. Oder wenn ich die Arme nach vorn halte und die Handflächen nach vorn ausgestreckt habe, dann ist das die größte und längste und gleichfalls auch die demutsvollste Geste, die gleichzeitig auf den anderen hinweist.

Da läuft z. B. jemand auf der Straße in kurzen, abgehackten Schritten und hat die Schultern nach oben gezogen und den Kopf etwas nach vorn gestreckt. Sie brauchen nur diese Bewegung nachzuahmen und werden spüren, daß dieser Mensch kurz atmet, daß er ängstlich ist, nervös, vielleicht ein depressives Gemüt besitzt usw. Und wenn ein Mensch richtig durchatmet, größere Schritte macht oder überhaupt souverän einhergeht, dann prägt sich darin auch seine innere Verfassung aus.

*Frage:* Gestalten Sie auch Texte aus dem Neuen Testament, Gleichnisse mit dramatischem Inhalt, mit einem Handlungsablauf?

*M. Sch.:* Man kann Text genauso tanzen wie Musik. Sie können direkt Worte tanzen. Ich kann Psalmen tanzen und kann Themen aus dem Neuen Testament tanzen. Nur muß ich wissen, daß sich nicht alles tanzen läßt: Der Tanz kennt keine Zukunft und keine Vergangenheit. Im Tanz gibt es nur Gegenwart, es läßt sich also nur Gegenwart erschließen.

Ich habe im ersten Programm die Verleugnung des Petrus getanzt. Und zwar ganz modern, denn man kann ja das Gleichnis als bekannt voraussetzen. Es ging mir dabei um die Stationen der Nachfolge, das Schutzsuchen am Feuer, den Verrat, das Sich-Verschwören und schließlich die Beweinung. Ich bin davon ausgegangen, daß die Verleugnung ein ewiges Thema ist, daß der Mensch immer in der Gefahr ist, um seiner Familie, seines Wohlstandes, seiner Ruhe willen das Eigentliche in Frage zu stellen, zu verraten oder zu verleugnen.

*Frage:* Wie beurteilen Sie die Zukunft des Tanzes in der Kirche?

*M. Sch.:* Es kann im Moment natürlich nur so sein, daß man erst einmal auf die Dinge hinweist, daß man also sagt, es gibt überhaupt Gebärde, es gibt den Körper, und es gibt die Sprache der Gebärde und den Tanz. Und Tanz gehört genauso in den kirchlichen Raum, und hat ja auch immer dazugehört, wie die Architektur, das Bild, die Musik. Es gibt natürlich Meinungen, die sagen, der Körper ist sündig und gar nicht fähig, hohe Dinge zu gestalten. Dem muß man widersprechen und entgegenhalten: Dann verleugne ich die Schöpfung! Denn wir sind ja in einen Körper hineingeboren und haben demzufolge auch in dieser Leiblichkeit unser Leben zu leben.

*Frage:* Wie sind Ihre Bemühungen bisher aufgenommen worden? Finden Ihre Intentionen bei Theologen und in offiziellen kirchlichen Kreisen genügend Gegenliebe?

*M. Sch.:* Ich muß sagen, es ist im Grunde alles von allein gekommen. Die Gemeinden sind so spontan dafür gewesen, wie ich es kaum erwartet hatte. Sonst hätte ich diese Veranstaltungen auch nicht durchführen können. Natürlich gibt es immer auch viele Mißverständnisse. Aber ich weiß auch von verschiedenen Vertretern der Kirche sehr freundliche Urteile und herzliche Worte. Ich weiß mich also verstanden, wenn ich auch bei manchen das Gefühl habe, daß der Tanz für sie nur ein allerletztes Anhängsel der Theologie ist. Ich möchte dazu noch sagen: Es sind sich bestimmt viele Theologen nicht bewußt, welche Verantwortung die Kirche für die Kunst hat, denn die Kunst ist eine Sprache, eine überhöhte, transzendente Sprache. Und aus dem Grunde ist sie der Theologie sosehr verwandt, und es ist einfach nicht möglich, zu sagen, davon wollen wir nichts wissen.

Einen nicht unwichtigen Eingriff in das gemeindliche Leben brachte die staatliche „Verordnung über die durchgängige 5-Tage-Arbeitswoche und die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei gleichzeitiger Neuregelung der Arbeitszeit in einigen Wochen mit Feiertagen“ vom 3. Mai 1967, die am 28. August 1967 in Kraft trat (Gesetzblatt der DDR, Teil II, S. 237). Aus dieser ohne jede Fühlungnahme mit kirchlichen Stellen zustande gekommenen Verordnung ergeben sich folgende Regelungen:

1. Der Neujahrstag, der Karfreitag, der Pfingstmontag und beide Weihnachtstage bleiben arbeitsfrei. Der Karfreitag und der Pfingstmontag sind freilich einzuarbeiten.

2. Der Ostermontag, der Himmelfahrtstag, der Reformationstag und der Bußtag sind nicht mehr arbeitsfrei, sondern künftig normale Arbeitstage.

3. Werktätige, die an diesen Tagen (zu 2) während der Arbeitszeit an religiösen Veranstaltungen teilnehmen wollen, können dafür unbezahlte Freizeit in Anspruch nehmen.

4. Aus der Regelung zu 3 ist zu entnehmen, daß die unter 2 genannten Tage als kirchliche Feiertage nicht abgeschafft sind. Vielmehr rechnet offenbar der Staat damit, daß die Kirchen auch an diesen Tagen Gottesdienste und andere Veranstaltungen anbieten.

5. Von den sonstigen Feiertagen bleiben der 1. Mai und der 7. Oktober („Tag der Republik“) erhalten, während der 8. Mai als arbeitsfrei begangener „Tag der Befreiung“ ebenfalls fortfällt.

Die Kirchen bemühen sich darum, die fortgefallenen Wochenfeiertage als kirchliche Feiertage mit Gottesdiensten, die überwiegend auf den Abend übergehen werden, zu erhalten. Zum ganzen Fragenkomplex äußert sich der oben schon genannte Bericht des Landeskirchenamtes Dresden vom 13. November 1967 wie folgt:

Am 3. Mai d. J. ist die Verordnung über die durchgängige 5-Tage-Arbeitswoche und die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei gleichzeitiger Neuregelung der Arbeitszeit in einigen Wochen mit *kirchlichen Feiertagen* ohne vorherige Fühlungnahme mit den Kirchenleitungen erlassen worden. Dazu ist eine Direktive des Ministerrates erschienen. Am 30. Mai hat das Landeskirchenamt in einem Rundschreiben an alle Superintendenten mitgeteilt, daß es sich mit Schreiben vom 17. Mai an die Dienststelle der Konferenz der Kirchenleitungen gewendet hat, mit dem dringenden Ersuchen, einen gemeinsamen Schritt der evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vorzubereiten. Bei einem solchen Schritt solle zum Ausdruck gebracht werden, daß die als gesetzliche Feiertage in dem § 7 der Verordnung festgehaltenen Tage: Karfreitag und Pfingstmontag, praktisch keine wirklichen Feiertage seien, weil sie eingearbeitet werden müssen. Des weiteren sollten die Kirchen der Regierung gegenüber darauf bestehen, daß die Feiertage, die um der zentralen Heilstatsachen des christlichen Glaubens willen schon sehr lange begangen wurden, auch künftig erhalten bleiben, nämlich Karfreitag, Ostermontag, Himmelfahrt, Pfingstmontag. Diese Tage sollten auch dadurch herausgehoben bleiben, daß sie als echte Feiertage nicht einzuarbeiten sind. Im Blick auf das Reformationsfest in diesem Jahre hielten wir es, gerade auch im Blick auf das Reformationsgedenken, für selbstverständlich, daß es als voller kirchlicher Feiertag, d. h. also mit Vormittagsgottesdienst, vorbereitet und begangen werden sollte.

Die Konferenz der Kirchenleitungen hat auf ihrer Tagung vom 29. Juni 1967 die Feiertagsfrage ausführlich behandelt. Sie hat von einem gemeinsamen Protestschreiben an die Regierung dagegen, daß vor Erlaß der staatlichen Verordnung vom 3. Mai 1967 kein offizielles Gehör der Kirchen erfolgt sei, abgesehen. Unter allen Gliedkirchen besteht Einhelligkeit, keinen der nicht mehr staatlich geschützten Feiertage fallenzulassen, auch nicht den Herbstbußtag. Die Kirchenleitung unserer Landeskirche hat in ihrer Sitzung vom 5. Juli 1967 ebenfalls beschlossen, von einem Protestschreiben an die Regierung Abstand zu nehmen. Jedoch sind von den Bischöfen D. Jänicke und D. Noth im Auftrag der Konferenz der Kirchenleitungen die Beschwerden der Kirche bei dem Gespräch mit dem stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden Götting und dem Staatssekretär für Kirchenfragen Seigewasser am 2. Juli 1967 vorgetragen worden.

Zur künftigen Regelung der kirchlichen Wochenfeiertage im Bereich unserer Landeskirche hat die Kirchenleitung unserer Landeskirche wie folgt Stellung genommen:

Auch künftig ist zu Epiphania, zu Himmelfahrt und am Ostermontag voller Gottesdienst zu halten. Zu Epiphania und Himmelfahrt wird überwiegend die Abhaltung von Abendgottesdiensten in Frage kommen, am Ostermontag ist aber weiterhin üblicherweise ein Vormittagsgottesdienst zu halten. An beiden Bußtagen, sowohl am Frühjahrs- wie auch am Herbstbußtag, sind ebenfalls volle Gottesdienste vorgesehen, und zwar in der Regel Abendgottesdienste. Wo es die Situation oder Tradition möglich macht, verbleibt es bei Vormittagsgottesdiensten. Es wird zu prüfen sein, ob das Reformationsfest ab 1968 am Sonntag nach dem 31. Oktober gottesdienstlich begangen werden soll, wobei es den Gemeinden freistehen würde, auch am 31. Oktober Abendgottesdienste oder Gemeindeveranstaltungen zu halten.

Die Kirchenleitung billigt auch, daß kirchlichen Mitarbeitern Freistellung vom Dienst zur Teilnahme an Wochenfeiertags-Vormittagsgottesdiensten gewährt wird, daß aber im übrigen an allen kirchlichen Wochenfeiertagen, soweit sie nicht mehr staatlich geschützt sind, in allen kirchlichen Dienststellen normal gearbeitet wird. Der kirchliche Unterricht findet wie an sonstigen Wochentagen statt, jedoch möchte dem besonderen Charakter des Feiertages dabei Rechnung getragen werden.

Über die Probleme, die durch die Einführung der *Fünftageswoche* und das erweiterte Wochenende im Blick auf die Gestaltung des kirchgemeindlichen Lebens erwachsen, ist auf der letzten Ephorenrüste ausführlich gesprochen worden. Es wird zunächst Aufgabe der Pfarrer sein, in ihren Gemeinden unter Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Verhältnisse Möglichkeiten zu suchen, das freie Wochenende im Sinne des Gemeindeaufbaues wahrzunehmen.

In ähnlicher Weise haben sich auch andere Kirchenleitungen geäußert. Am Schluß eines Rundschreibens von Landesbischof D. Moritz Mitzenheim an die Pfarrer der Thüringer Landeskirche vom 4. September 1967 heißt es:

Die Einführung der 5-Tage-Arbeitswoche stellt uns vor die Aufgabe, Erwägungen anzustellen, wie wir unseren Gemeindegliedern helfen können, den arbeitsfreien Sonnabend sinnvoll zu nützen. Als erstes schlage ich vor, die Wochenschlußandacht auszubauen, besonders in den Städten. Es ist gleichfalls zu prüfen, ob nicht am arbeitsfreien Sonnabend stärker als bisher Gemeindevorträge, Kirchenmusik und Veranstaltungen unserer kirchlichen Werke anzusetzen sind. Ich weise ferner darauf hin, christlichen Lesestoff in die Familien zu leiten, vor allem „Glaube und Heimat“. Unsere Pressestelle stellt unentgeltlich genügend Werbeexemplare zur Verfügung, um alle Häuser damit zu versehen.



## *d) Kirchliche Jugendarbeit*

Der Bericht über die staatliche Jugendpolitik (s. oben S. 219 ff.) ließ schon erkennen, daß sich der kirchliche Dienst an der Jugend unter weltanschaulich wieder härter werdenden Bedingungen vollziehen mußte. Die Kirchenleitungen sahen sich zu eindeutigen Stellungnahmen hierzu genötigt. Den Anfang machte die Regionalsynode Ost von Berlin-Brandenburg, deren Unterausschuß Jugend und Erziehung auf der Tagung vom 13. bis 17. Januar 1967 folgendes berichtete:

Der Unterausschuß hat sich zunächst auf Grund der Drucksache 12 mit der Frage der Zulassung junger Christen zur erweiterten Oberschule, zu qualifizierter Berufsausbildung und zum Studium befaßt. Bei der Beschäftigung mit dem Antrag des Pfarrkonventes Forst wurde nämlich deutlich, daß Behinderungen junger Christen, die sich zur erweiterten Oberschule, zum Studium oder zur Fachschulausbildung gemeldet hatten, in einer ganzen Reihe von Kirchenkreisen ähnlich festgestellt werden mußten. Kirchlichen Dienststellen ist umfangreiches Material über solche Vorgänge aus verschiedenen Teilen unseres Kirchengebietes zugeleitet worden. Ablehnungen junger Christen durch schulische und andere Instanzen sind im Jahre 1966 auffallend häufig im Vergleich zu den Vorjahren geschehen. Bei der Sichtung des dem Ausschuß zugänglichen Materials wurden einige übereinstimmende Merkmale sichtbar. Als Begründung für die Ablehnung wiederholen sich Hinweise auf „kirchliche Erziehung“, „Zugehörigkeit zur Jungen Gemeinde“ und ähnliches. Die Gespräche und Eingaben bei den Volksbildungsämtern der Kreise und Bezirke haben in vielen Fällen bei Eltern und Kindern nicht zu der Überzeugung geführt, daß erfolgte Zurückstellungen und Behinderungen zu Recht bestehen. Die Bemühungen kirchlicher Stellen um die Betroffenen blieben auf diesen Ebenen gleichfalls erfolglos.

Es ist bedauerlicherweise auch häufiger im vergangenen Jahr geschehen, daß Zulassungen zu Fach- und Hochschulen nicht erteilt wurden, wenn der betreffende Bewerber, den Waffendienst verweigernd, sich zum Dienst in den durch Gesetz geschaffenen Baueinheiten gemeldet hatte. In jüngster Zeit hat es Fälle von Exmatrikulationen aus dem gleichen Grunde gegeben. Es ist beunruhigend, daß entgegen den gesetzlichen Bestimmungen hier eine offensichtliche Diskriminierung der Bausoldaten erkennbar wird.

Weil alle Bemühungen der betreffenden Stellen fehlgeschlagen sind, sieht der Ausschuß sich zu dem vorliegenden Antrag genötigt.

Wir hoffen, daß die Bemühungen unserer Kirchenleitung bei den Staatsorganen Verständnis finden werden. Ebenso ist es wünschenswert, daß die immer wieder geschehenden Befragungen von christlichen Kindern nach ihrem Bekenntnis und ihrer Teilnahme an der Christenlehre durch Lehrer im Gefolge klärender Gespräche abgestellt werden. Das ist um so nötiger, als solche Kinder dann häufig, dem Spott ihrer Klassenkameraden ausgesetzt, seelischen Schaden leiden.

Der von diesem Unterausschuß vorgelegte Entschließungsantrag wurde mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen:

Der Synode ist eine größere Anzahl von Fällen bekanntgeworden, in denen junge Menschen um ihres Christenstandes und ihres klaren Bekenntnisses willen am Besuch der erweiterten Oberschulen, an qualifizierter Berufsausbildung und Studium gehindert werden.

Synode ist der Auffassung, daß die verschärfte Auslegung und Anwendung des



Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem den Artikeln 35, 39, 41 und 42 der Verfassung unserer Republik widerspricht.

Darum beauftragt Synode den Verwalter des Bischofsamtes, gemeinsam mit der Kirchenleitung alle erforderlichen Schritte zu tun, um mit den Staatsorganen an Hand konkreter Fälle zur Klärung der Situation zu kommen. Es geht darum, daß auch die Christen entsprechend ihren Fähigkeiten ihren Beitrag zu verantwortlicher Mitarbeit in unserer Gesellschaft leisten können.

Über die Aussprache, die dieser EntschlieÙung vorangegangen war, heiÙt es in einem epd-Bericht (epd ZA Nr. 15 vom 18. Januar 1967):

Vor der Abstimmung war es zu einer lebhaften Debatte gekommen, in der sich kontroverse Auffassungen sowohl über die Frage des zweckmäßigen Vorgehens als auch über die Beurteilung der Behinderungen zeigten. Während Generalsuperintendent D. Günter Jacob (Cottbus) die Benachteiligung christlicher Jugendlichen als „außerordentlich ernste Einzelvorgänge“ bezeichnete, wiesen andere Sprecher darauf hin, es handele sich hier nicht mehr um Einzelfälle, sondern um eine symptomatische Erscheinung. Jacob teilte mit, daß er in Verhandlungen mit dem Rat des Bezirks Frankfurt (Oder) über alle im Sprengel Cottbus bekanntgewordenen Einzelfälle stehe. Infolgedessen sei die beabsichtigte Stellungnahme der Synode im gegenwärtigen Zeitpunkt „überflüssig und schädlich“. Demgegenüber war ein Ausschuß der Synode zu dem Ergebnis gekommen, daß die Bemühungen kirchlicher Stellen bei den Behörden der Kreise und Bezirke erfolgreich geblieben seien.

Der Verzicht auf eine förmliche Synodalerklärung wurde mehrfach auch mit Hinweisen auf die westliche Presse gefordert. So erklärte Prof. Hanfried Müller, es gehe darum, den betroffenen Jugendlichen bestmöglich zu helfen, diese Hilfe aber werde „praktisch torpediert, wenn wir dabei eine unwillkommene Unterstützung von solchen Leuten bekommen, die dies überhaupt nichts angeht, wie zum Beispiel von der Westpresse“. Auch das Argument wurde vorgebracht, ein Synodalbeschuß, der die Verfassungswidrigkeit staatlichen Vorgehens erkläre, vergifte neuerlich die Atmosphäre zwischen Staat und Kirche. Die Absicht der gesamten Synode formulierte Superintendent Friedrich-Wilhelm Viebeg (Luckenwalde), als er sagte, mit dem Beschuß wolle man nicht „ein Feuer schüren, sondern die entstandenen Nöte beheben“.

Ebenso entschieden wie der Synodalausschuß von Berlin-Brandenburg befaßte sich Bischof Krummacher in seinem Bericht vor der EKD-Synode (Ost) in Fürstenwalde am 2. April 1967 mit den Erziehungsfragen:

Das andere Gebiet kirchlichen Dienstes, das uns in allen unseren Landeskirchen vor-dringlich gemeinsam beschäftigt hat, ist die Verantwortung für die rechte *christliche Unterweisung und Erziehung* der Kinder und Jugendlichen sowie für die christliche Gestaltung des Ehe- und Familienlebens. Nachdem wir in den letzten Jahren unsere kirchlichen Beiträge zu den Gesetzen, die das allgemeine sozialistische Bildungssystem sowie das Leben der Jugend und der Familie in der DDR staatlicherseits regeln, erarbeitet haben, ist jetzt unsere Aufgabe in noch höherem Maße als früher, uns der positiven Arbeit auf allen diesen Gebieten – dazu gehören auch die brennenden sexual-ethischen Fragen – zuzuwenden. Wir hoffen, daß unsere Erziehungskammer und die anderen mit diesen Arbeitsgebieten beauftragten Ausschüsse und Gremien unseren Landeskirchen und Gemeinden weiterhin behilflich sein werden, diese großen Aufgaben zu erfüllen.

Diese positiven kirchlichen Arbeiten sind aber im Berichtsjahr immer wieder ge-

hemmt und überdeckt worden durch eine nicht geringe Zahl von Vorfällen, in denen im Bereich der allgemeinbildenden Schule, aber zum Teil auch der Fach- und Hochschulen, junge Christen um ihres Glaubens willen verhöhnt oder in ihrem schulischen und beruflichen Fortkommen gehindert wurden. Ich will dieses schmerzliche Kapitel der Auseinandersetzung zwischen christlichem Glauben und einer mit Gewissenszwang wirksam werdenden ideologischen Erziehung hier nicht erneut darstellen. Ich darf voraussetzen, daß die Synodalen wissen, daß die Konferenz der Kirchenleitungen durch einmütigen Beschluß aller unserer Landeskirchen den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden der Konferenz beauftragt hatten, sich an hohe Regierungsstellen mit diesen uns bewegenden Sorgen zu wenden. Daraufhin hat eine Reihe von Einzelgesprächen stattgefunden. Zu dem von uns immer wieder dringend erbetenen Grundsatzgespräch auf hoher staatlicher Ebene ist es jedoch nicht gekommen. Man hat uns erwidert, daß man die vielen einzelnen Vorkommnisse, die wir auf Kreis- und Bezirksebene zu klären versuchen, nicht in unzulässiger Weise generalisieren solle. Dennoch bleibt es unsere tägliche brennende Sorge, daß die Freiheit christlichen Bekenntnisses für viele Kinder und junge Menschen immer aufs neue gefährdet wird.

In anderer Weise machte Landesbischof Mitzenheim kirchliche Anliegen in Schul- und Erziehungsfragen geltend. Dazu heißt es in einer Zusammenfassung:

„DEN GLAUBEN NICHT VERSTECKEN“

*Bischof Mitzenheim: Keine Nachteile für christliche Kinder fürchten*

Die staatliche Schule in der DDR sei keine Bekenntnisschule und fordere auch kein atheистisches Bekenntnis. Auf diese von dem Ostberliner Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, vor einiger Zeit erneut abgegebene Erklärung weist der thüringische Landesbischof D. Moritz Mitzenheim (Eisenach) die evangelischen Christen seines Kirchengebietes in einem Artikel „Zur Erziehungsfrage“ hin, den das thüringische Sonntagsblatt „Glaube und Heimat“ jetzt veröffentlichte. Mitzenheim fordert die christlichen Eltern und Kinder auf, auch im Kontakt zur Schule ihren Glauben nicht zu verstecken.

Während von Synoden und Kirchenleitungen anderer östlicher evangelischer Landeskirchen in den letzten Monaten mehrfach auf sich häufende Fälle schulischer und beruflicher Benachteiligung bewußter junger Christen aufmerksam gemacht worden ist, schreibt Landesbischof Mitzenheim: „Christliche Eltern haben für ihre Kinder nicht Nachteile zu befürchten, wenn sie sie zur Christenlehre schicken und an der Konfirmation teilnehmen lassen. Sollten in dieser Beziehung Unklarheiten vorliegen, so hilft ein offenes Gespräch mit dem Schulleiter zur Klarheit.“ Der Bischof spricht sich dafür aus, daß christliche Eltern sich aktiv an Elternversammlungen und Elternbeiräten der Schulen beteiligen.

Mitzenheim macht im übrigen darauf aufmerksam, daß das Elternhaus die erste und wichtigste Erziehungsstätte für die Kinder ist, und bittet die Eltern, entsprechend zu handeln. Den Lehrern werde das Vertrauen entgegengebracht, daß sie den Kindern in der Schule Kenntnisse vermitteln, ihnen aber keine Bekenntnisse aufnötigen. „Wenn sie dies nicht tun und etwa den christlichen Glauben herabsetzen würden, so würden sie unpädagogisch handeln und nicht nur die Autorität der Eltern, sondern auch ihre eigene Autorität schädigen.“

(epd ZA Nr. 46 vom 23. Februar 1967)

In der eigenen Jugendarbeit haben die Kirchen die Jugend- und Kinderkirchentage weiter ausgebaut. Darüber hinaus befassen sich Kirchenleitungen und

Wissenschaftler mit den geistigen, psychologischen und soziologischen Problemen der Jugend. So behandelte die Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen auf ihrer Tagung vom 10. bis 17. März 1967 in Mühlhausen das Generalthema „Zeugnis und Dienst junger Christen in Kirche und Gesellschaft“. Aus dem theologischen Referat des Provinzialjugendpfarrers Hans Treu zum Generalthema geben wir im folgenden einige Abschnitte wieder, die außer der Gleichartigkeit der Probleme in Ost und West vor allem zeigt, daß sich die Kirchen in der DDR um der Jugend willen mehr und mehr genötigt sehen, die Gefahr einer Isolierung des kirchlichen Bewußtseins gegenüber dem tatsächlichen Leben der Gesellschaft zu bekämpfen. Teil II des genannten Referates lautet:

## II. WORIN BESTEHEN ZEUGNIS UND DIENST JUNGER CHRISTEN HEUTE?

...

### 1. Im Da-sein

Unser erstes Zeugnis ist unser Leben. Worte und Überzeugungen ohne dieses Leben gehen anderen nur auf die Nerven (Käsemann). Im Zeitalter des Geschwätzes und der Inflation des Wortes ist das besonders wichtig. Das Zeugnis besteht also zunächst in der Anwesenheit als Christ, in der Präsenz. Die Art und Weise, wie junge Christen in ihrer Umwelt leben, bezeugt oder verleugnet ihren Herrn. Sie werden dabei nicht nur darauf aus sein, selber mit gutem Gewissen bestehen zu können, sondern vielmehr für andere dasein, indem sie sich an ihrem Platz um Verbesserung des Betriebsklimas und Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens bemühen und sich für gerechte, nicht schablonenhafte Behandlung von Menschen (besonders der schwachen, übersehenen und wehrlosen) einsetzen. In einer Situation, in der offiziell in staatlichen Verlautbarungen von der Anwesenheit junger Christen nicht viel Notiz genommen wird, sollte ihre Antwort bestehen im selbstverständlichen Zur-Stelle-Sein an dem Platz, wo man hingestellt ist – ohne Minderwertigkeitskomplexe („Ich bin *noch* Christ“) und ohne hochmütige Überlegenheit.

### 2. Im Wort

Wer im Betrieb, in der Klasse, in der Kaserne, im Sportlerheim, oft auch in der Familie als Christ zu leben versucht, wird gefragt werden – oft neugierig und interessiert, bisweilen auch spöttisch. Darauf muß er antworten. So wird das Wort des Zeugnisses junger Christen oft Ant-Wort sein müssen. Junge Christen in der DDR werden, früher oder später, häufiger oder seltener, in Situationen gestellt, in denen sie Rede und Antwort stehen müssen. (Z. B. Unterschrift unter Resolutionen, Drängen auf verlängerte Armeezeit, vormilitärische Ausbildung, Drängen auf Eintritt in eine Partei.) Sie müssen also zu mündigen Christen werden – zu solchen, die (man verzeihe die laienhafte Etymologie) ihren Mund auf tun und gebrauchen. So sind sie besonders in der Situation von 1 Petr 3, 15: „Seid allezeit bereit zur Verantwortung gegen jeden, der von euch Rechenschaft fordert, über die Hoffnung, die in euch ist.“ Tut das, heißt es an der Stelle weiter, „mit Bescheidenheit und Respekt“ (so die englische Übersetzung).

Es sei nicht verschwiegen, daß oft genug junge Christen nicht so antworten, weil sie zuwenig informiert sind und hilflos, Grundzüge des Glaubens verständlich auszusagen, oder weil sie einfach den Mut nicht aufbringen.

### 3. Im Leiden

Für das Neue Testament ist es selbstverständlich, daß ein Zeuge Christi mit Leiden zu rechnen hat. Es ist nichts „Befremdliches“ (1 Petr 4, 12), keine unerhörte Zumutung, sondern sogar ein Grund zur Freude (Matth 5, 12). Wir beginnen es nur allmählich zu lernen, daß Vorwürfe, Hintenansetzung, Freiheitsentzug u. ä. zum Christsein dazugehören. Es gibt nicht nur eine Tatform des Zeugnisses, sondern auch eine Leideform. Deshalb haben die jungen Christen, die ihr Friedenszeugnis wegen Wehrdienstverweigerung im Gefängnis bewähren, für die Gemeinde eine exemplarische Bedeutung.

Zeugnis und Dienst junger Christen geschieht im Da-sein, im Wort, im Leiden. Es besteht wahrlich kein Grund zur Idealisierung und Heroisierung, denn es sind wenige, die so leben, und sie sind oft genug hilflos und schwankend. Dennoch sollten wir nicht klagen, sondern dankbar sein für jeden einzelnen, der als Christ in seiner Umwelt zu leben versucht. Hier gilt 2 Thess 1, 3: „Wir müssen, liebe Brüder, Gott danken allezeit um euretwillen. Es gebührt sich so.“

### 4. Zeugnis und Dienst junger Christen geschieht „draußen“, deshalb brauchen sie die Gemeinde „drinnen“

Mit dem unvollkommenen Begriffspaar „draußen“ und „drinnen“ wird das Stichwort „Kirche und Gesellschaft“ des Themas aufgenommen. Ohne auf die umfangreiche Diskussion über „Sammlung und Sendung“, „Kirche und Welt“ einzugehen, soll hier nur einiges Wichtige gesagt werden.

Zeugnis und Dienst junger Christen geschieht draußen in der Welt. Das tägliche Leben ist der Ort der Bewährung. Ein Jugendlicher schreibt aus der Kaserne im Blick auf den Glauben: „Hier muß man die Theorie in die Praxis umsetzen.“ Im selben Brief heißt es: „Oft kamen wir auf Kirche und Glauben zu sprechen, immer stand ich allein.“ Das ist keine Klage, sondern die Feststellung des tatsächlichen Sachverhaltes. Jeder steht unvertretbar an seinem Platz als einzelner. Die Anwesenheit der Kirche in der Umwelt geschieht heute nicht mehr in der Regel institutionell, sondern personell; sie steht auf dem Glaubensgehorsam ihrer vereinzelter Glieder. In einem Bürozimmer z. B., in dem ein junger Handelskaufmann, der nebenbei einen Jugendkreis leitet, Tag für Tag mit anderen zusammenarbeitet, steht mit diesem einzelnen die Mission der Kirche auf dem Spiel.

Um so wichtiger ist die Sammlung in der Gemeinde. Tatsächlich suchen junge Menschen die Gemeinde in erstaunlichem Maße. Sie suchen allerdings nicht die sonntägliche Predigtstation, wo man für eine Stunde zusammenkommt, sich etwas anhört und wieder auseinandergeht. (Die Bankanordnung nötigt sogar dazu, daß einer dem anderen den Rücken zudreht.) Sie suchen vielmehr in der Gemeinde Kontakt, Gemeinschaft untereinander, Information, ja – so sagen sie – „Schulung“ für das Christsein im Alltag. Sie fragen: Muß es in der Kirche so langweilig sein – ist Humor darin verboten – muß es so frostig und steif zugehen – muß so unverständlich geredet werden? Sie geben sich nicht mit exegetisch und dogmatisch richtigen Aussagen zufrieden, sie drängen auf die Übersetzung in ihr Alltagsleben, und damit drängen sie auf nichts anderes als auf die Inkarnation des Wortes.

Von daher ist das Verhältnis von Theologen und Laien zu sehen. Der Laie ist Glied des Volkes Gottes. Deshalb sind wir eine Gemeinde aus lauter Laien. Ernst Käsemann urteilt: „So wie ich die heutige Lage sehe und mitzugestalten wünsche, anerkenne ich nur eine Gemeinde aus lauter zum Dienst verpflichteten Laien, innerhalb derer die Theologen einen besonderen Auftrag haben.“ Der besondere Auftrag des Theologen ist, Sachkundiger für die biblische Tradition und ihre Interpretation zu sein. Die



Nichthauptamtlichen sind sachkundig für die Situation. Nur im Zusammenspiel beider kommt es zur konkreten Auslegung, zur aktuellen Predigt. Somit wären also Predigtvorbereitungs- und Predigtenachgespräch mit Jugendlichen nicht nur Hobby, sondern homiletische Notwendigkeit. Viele Jugendliche sind dazu bereit und warten darauf. Haben wir diese Möglichkeiten schon entdeckt und genutzt?

Im III. Teil seines Referates fragt Pfarrer Treu: Was schulden wir als Kirche den jungen Christen? Daraus folgt hier ebenfalls ein Abschnitt:

... Absichtlich wird das Wort „schulden“ gebraucht. Das griechische Wort dafür kann auch mit „verpflichtet sein“ wiedergegeben werden. Es geht also nicht nur um gegenseitige Erwartungen – was die Jugend von der Kirche erwartet und was die Kirche von der Jugend erwartet –, sondern wozu die Kirche im Blick auf junge Christen von ihrem Herrn verpflichtet ist.

Die Kirche schuldet den jungen Christen die Begleitung. Mit diesem Stichwort haben wir auf der letzten Seminarwoche für kirchliche Jugendarbeit unsere Aufgabe an der jungen Generation zu umschreiben versucht. Was mit Begleitung gemeint ist, soll dialektisch durch zwei Aussagen erläutert werden: 1. Nicht allein lassen! 2. Frei lassen!

### *1. Nicht allein lassen!*

Jugendliche sind oft hilflos den Umwelteinflüssen ausgesetzt. Die alten Autoritäten (Eltern, Lehrer, Kirche) haben ihre Geltung weithin eingebüßt, dafür sind die neuen anonymen Autoritäten (Massenmedien, der Zwang des „man“) um so bestimmender. Von ihnen ist der Jugendliche leicht beeinflussbar, leicht verführbar. Oft genug ist er nicht Akteur, sondern Opfer. Er braucht Orientierungshilfe in seinen Lebensfragen (Beruf und Berufswahl, Liebe und Ehe, Freizeit, politische Verantwortung). Deshalb muß Begleitung Lebenshilfe sein. Aber wer kann sie geben? Wo sind die zuständigen Seelsorger? Kann es der Pastor und kirchliche Mitarbeiter oder der, der in gleicher Situation ist? Auf jeden Fall muß unsere Hilfe im Beispiel bestehen, d. h., an uns muß der Jugendliche sehen können, wie man als Christ im Alltag lebt. Werden sie nicht gerade in den Fragen des Wehrdienstes und in den Fragen nach Liebe und Ehe von uns besonders oft im Stich gelassen?

Sodann schulden wir ihnen die Gemeinde als bergenden Raum und Feld der Einübung. Wir schulden ihnen sachliche Information über Glaubens- und Lebensfragen – je nüchterner und konkreter um so besser. „Wer vor Jugend große Worte braucht, hat von vornherein verloren“ (v. Oppen). Viel kommt darauf an, daß aus dem Monolog ein Dialog wird. Sonst kann es geschehen, daß wir Antworten geben auf vermeintliche Fragen Jugendlicher, die gar nicht ihre Fragen sind. Ernst Lange sagt: „Die Kirche kann heute nur reden, wie sie reden soll, wenn sie zunächst mit sich reden läßt!“ Es gibt kein positiveres Urteil von Jugendlichen als: „Mit dem kann man reden!“ Sind wir darauf eingestellt und vorbereitet? Dabei ist Bereitschaft zum Gespräch eine Weise zu leben, eine innere Haltung, zu der dann die Einübung in Grundregeln der Gesprächsführung hinzukommen muß. Hier besteht für unsere Kirche großer Nachholbedarf.

### *2. Frei lassen!*

Begleiten ist nicht Gängeln und Bevormunden, man kann nur in Freiheit begleiten. Deshalb müssen wir junge Christen frei lassen, d. h. ihnen auch in der Kirche den Spielraum lassen, den sie zum Jungsein brauchen. Ist es richtig, wenn man sie vorschnell zu umfangreichem Dienst und Pflichten vereinnahmt und überall Verbotstafeln

aufrichtet, was man nicht darf? „Freue dich, Jüngling, in deiner Jugend, sei guter Dinge in der Blüte deines Lebens. Wandle, wie dein Herz gelüftet, und genieße, was deine Augen erschauen“ – das steht in der Bibel (Prediger 11, 9), und erst nach dieser langen Freigabe kommt der Schlußsatz: „Doch wisse, daß um all diese Dinge Gott dich vor Gericht ziehen wird.“ Frei lassen heißt *nicht*, daß man der Jugend in der Gemeinde eine Radauecke einräumt, in der sie sich austoben können, während die Erwachsenen versuchen, sich davon nicht stören zu lassen. Dieses „frei lassen“ ist ein „allein lassen“.

Viel mehr: Frei lassen, damit sie ihren spezifischen Beitrag für den Gemeindeaufbau leisten und es nicht beim Alleinvertretungsanspruch der Erwachsenen bleibt. Vielleicht ist ihr spezifischer Beitrag die Unbekümmertheit und Unbefangenheit, z. B. in bezug auf das Verhältnis der Konfessionen und die Kirchengrenzen – vielleicht auch die Skepsis und Kritik. Wir sind noch zu sehr am Leitbild orientiert, daß eine gute Gruppe keine Disziplinschwierigkeiten macht, brav dasitzt und alles annimmt, statt Infragestellen und Zweifel als Zeichen des Dabeiseins fruchtbar zu machen.

Das Generalthema der sächsischen Synode wurde in einem weiteren Referat „Was erwartet die Jugend von der Kirche“ von Frau Diplomlandwirt Christa Drummer unter soziologischen Aspekten behandelt. Aus diesem Referat, das seiner Herkunft wegen gerade für den westdeutschen Leser ebenso interessant wie bedeutsam ist, geben wir ebenfalls einige Abschnitte wieder:

Die junge Generation wird nach einer Phase der Unsicherheit im wissenschaftlichen Bereich wieder allgemein als eine eigenständige Gruppe gewertet. Während die ständischen und geschlechtlichen Gliederungen an Bedeutung verloren haben, ist in bezug auf die Jugend eher das Gegenteil festzustellen. Wir haben deshalb allen Grund, sie ernst zu nehmen. Es scheint mir aber auch wichtig, auf die Jugend zu hören, weil sie oft geradezu im Namen der großen Schar der Entfremdeten und Distanzierten spricht, die den Kontakt zur Kirchengemeinde verloren haben – denen Kirche gar keine selbstverständliche und vertraute Sache, sondern vielmehr eine fragwürdige Angelegenheit geworden ist, ohne daß sie sie direkt ablehnen.

...

Was erwartet die Jugend von der Kirche?

#### *A. Jugend erwartet tatsächlich etwas von der Kirche*

Eine gewagte Behauptung? Ich will sie durch drei Hinweise belegen:

a) Vor Weihnachten bin ich zu einer soziologischen Untersuchung für ein Vierteljahr in einem Neubaugebiet gewesen – allerdings nicht in der Provinz Sachsen –, um Ansatzpunkte für den Gemeindeaufbau unter diesen besonderen Bedingungen zu prüfen. Am meisten beeindruckt hat mich dort, was ich im Blick auf die Jugend erlebte. In einer solchen Industriegegend gibt es eine ziemlich umfangreiche Lehrlingsausbildung und viele Jugendliebe, die im Wohnheim leben. Schon bevor ich hinkam, hatten einzelne Glieder der Jungen Gemeinde begonnen, diese jungen Menschen ins Pfarrhaus einzuladen. Und sie kamen – alle 14 Tage – 30 bis 40, mitunter sogar 60 an der Zahl. Eine bunte Gesellschaft, mit allen Attributen sogenannter „moderner Jugend“ in Kleidung, Umgang und Haarschnitt. Wenn ihnen ältere Gemeindeglieder auf der Straße begegnen, würden sie wohl kaum auf den Gedanken kommen, sie einzuladen. Sie kamen sicher zum großen Teil aus Langeweile, aber sie kamen immer wieder in diesem Vierteljahr, wenn auch in wechselnder Zahl und wechselnder Besetzung. Sie kamen auch, obwohl ihnen beträchtliche Schwierigkeiten gemacht wurden und obwohl die Abende gar nicht immer als gelungen angesehen werden konnten. Ich denke es deutlich belegt: Jugend erwartet etwas von der Kirche.

b) Ganz ähnlich zeigt es sich ja bei den Jugendgottesdiensten in neuer Form, die hier und da im Lande versucht werden. Viele, die man in der Gemeinde abgeschrieben hatte, kommen auf einmal wieder zum Gottesdienst, zum Teil von weit her.

c) Daß Jugend etwas von der Kirche erwartet, wird aber m. E. am stärksten deutlich in der Kritik, die sie an der Kirche übt. Nur dort, wo ich engagiert bin, lasse ich mich ein, auf eine Stellungnahme. Man braucht in unseren Jugendkreisen das Thema nur anzuschneiden und ist bald mitten in lebhafter Diskussion. Junge Christen, die wir vor der Synode um ihre Stellungnahme gebeten hatten, kamen mit einem umfangreichen Anfragen- und Wunschzettel.

Der Hauptteil des Referates entfaltet in einer Reihe von Thesen, was denn nun eigentlich die Jugend von der Kirche erwartet. Daraus folgen hier einige Abschnitte:

### *1. Jugend erwartet eine Kirche von heute und von morgen, nicht nur eine von gestern*

Es ist nicht Geschichtslosigkeit oder Auszug aus der Geschichte gemeint. Aber hat die Tradition in unseren Gemeinden nicht oft ein so starkes Gewicht, daß Gegenwart und Zukunft darüber zu kurz kommen?

Die Synode hat ja bereits auf ihrer letzten Tagung diese Fragen aufgenommen. In der Lehre der Kirche werden sie ernsthaft diskutiert. Aber in der kirchlichen Praxis ist von dem neu bewußt Gewordenen noch wenig zu merken. Das macht es der Jugend schwer, zur Kirche zu finden, denn Jugend lebt vor allem in der Gegenwart und auf Zukunft hin.

Sie steht aber auch am stärksten in dem Strukturwandel, der sich in unserer Zeit und Gesellschaft vollzieht.

Sie erwartet daher, daß dieser Strukturwandel innerhalb der Kirche berücksichtigt wird, daß sich die Kirche gerade durch die Herausforderung des Strukturwandels ernsthafter darum bemüht, zu werden, was sie sein sollte. Es steht also nicht bloße Anpassung zur Debatte, sondern die Annahme der Herausforderungen unserer Zeit.

Jugend fragt z. B. in einer so mobilen Zeit wie der unseren, da jedes Jahr mehr als eine halbe Million der DDR-Bevölkerung über die Kreisgrenzen hinweg den Wohnort wechselt<sup>1</sup>, nach dem Sinn der tradierten Kirchengrenzen.

Sie fragt auch, was konkret geschieht, um fragwürdig gewordene Gemeindestrukturen zu verändern, z. B. das in vieler Beziehung fragwürdig gewordene volkskirchliche Parochialsystem, die Gemeindeleitung im Stile des Ein-Mann-Systems und durch vorwiegend repräsentative Kirchenälteste. Sie fragt nach einer aussagekräftigen Gestalt des Gottesdienstes auch für die, die nicht eingeübt sind in die traditionellen Formen.

Die Jugend erwartet eine kritische Überprüfung dessen, was für unaufgebar gehalten wird, z. B. in bezug auf das Amtsverständnis, die Stellung der Frau in der Kirche, die Kirchensteuer, Kirchenzucht usw.

Ernst Lange auf der EKU-Synode und Dr. Hinz auf der vorigen Provinzialsynode haben ja bereits nachdrücklich genug auf die Notwendigkeit der Strukturveränderungen gewiesen. Die Jugend fragt: Warum wird sowenig davon in die Praxis umgesetzt? Warum sind die kirchl. Institutionen viel eher bereit, fragwürdige alte Formen zu konservieren, als vielleicht umstrittene neue Formen zu unterstützen? Sie möchte, daß das zu Bewahrende stärker in Beziehung gesetzt wird zum Heute, so wie es in einigen wenigen Gemeinden im Experiment bereits versucht wird. Sie wünscht von seiten der Kirchenleitung nicht nur die Freiheit zu solchen Experimenten, sondern ihre stärkere Anerkennung und Förderung – so wie es etwa im Zwischenbericht der

1. Stat. Jahrbuch 1965, S. 513.

Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft für Strukturfragen der Gemeinde vom Frühjahr 1966 zum Ausdruck gebracht wird<sup>2</sup>.

Die Jugendlichen erwarten aber vor allem in der Gemeinde eine stärkere Auseinandersetzung mit den Fragen und Problemen unserer Zeit. Es geht ihnen vor allem um offene, sachbezogene Gespräche. Sie möchten gar nicht so schnell Antworten, sondern einen Raum und eine Atmosphäre, wo sie zuerst einmal ihre Fragen loswerden können und wo sie vertrauenswürdige Informationen erhalten.

Sie erhoffen aber auch praktische Hilfen für das Christsein im Alltag, z. B. im Blick auf Entscheidungen, die sie zu fällen haben, in bezug auf ihre Arbeit und ihr persönliches Leben (Verhältnis der Geschlechter, Wehrdienstfragen usw.). Auch hier sind mit Hilfen gar nicht in erster Linie Ratschläge gemeint, sondern vielmehr ein Aufweis der verschiedenen Entscheidungsmöglichkeiten und das Aufdecken der jeweiligen Konsequenzen, die sich ergeben, ohne daß gleich eine bestimmte Entscheidung festgelegt wird.

## *II. Jugend möchte als Jugend ernst genommen werden*

Sie erwartet ein Mitspracherecht in Kirche und Gemeinde nicht nur gelegentlich – auf Grund der Einsicht einzelner –, sondern auch institutionell. Im Blick auf das letztere müssen wir noch weithin Fehlmeldung anzeigen. Das gilt für die Zusammensetzung der Gemeindekirchenräte genauso wie für die Zusammensetzung der Synode. Von den hier anwesenden Synodalen der Provinz ist z. B. keiner unter 30 Jahren (Es sei denn, es wären die beiden Stellvertreter mit dabei, die kurz vor der Vollendung des 30. Lebensjahres stehen.) Das Durchschnittsalter beträgt 54 Jahre. 23 Synodale sind älter als 65 Jahre. Das soll kein Vorwurf sein, aber im Vergleich dazu fehlt einfach die jüngere Generation. Ähnlich sieht es aus mit der Zusammensetzung der Kreissynoden und der Gemeindekirchenräte. Sollte es wirklich keine jungen Christen zwischen 25 und 30 Jahren geben, denen man die verantwortungsvolle Wahrnehmung solcher Funktion zutrauen könnte? Müßte nicht berufen werden, wenn im Blick auf die Wahl Schwierigkeiten bestehen?

Für die Gemeindekirchenräte ist darüber hinaus zu bedenken, daß die in der Anzahl berufenen oder gewählten jungen Leute sich sehr oft auf verlorenem Posten fühlen, da sie ihre Meinung nur selten zur Geltung zu bringen vermögen. Es scheint mir deshalb wünschenswert, daß überall dort, wo die Gemeindegröße es zuläßt, möglichst zwei jüngere Menschen berücksichtigt werden sollten.

Die Jugend erwartet aber auch, daß ihr Verhalten nicht vorwiegend an alten Leitbildern gemessen wird. Nach H. Schelsky gehört das Jugendleitbild einer Gesellschaft „insbesondere bei verhältnismäßig schnell sich wandelnden sozialen Strukturen zu den typischen Verspätungserscheinungen des sozialen Bewußtseins“<sup>3</sup>.

Das gilt in besonderem Maße im Raum der Kirche. Wir müssen uns fragen, ob unsere Vorstellungen, wie Jugend zu sein hat, nicht auch heute noch stärkstens bestimmt sind von dem Bild des „Jugendgemäßen“ in der eigenen Jugendzeit, wie es z. B. sehr stark geprägt war von der Jugendbewegung.

Jugend möchte aber auch in der Kirche auf ihre Art jung sein dürfen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Ergebnisse der modernen Jugendforschung aufzunehmen. Ich will es an Hand von drei Beispielen deutlich zu machen versuchen:

1. den neuen Erkenntnissen über die Verlagerung der Jugendphase,
2. die Feststellung über die Gemeinschaftsbezogenheit der Jugendlichen und
3. einigen Aussagen über den Rollenpluralismus.

*Zu 1. Verlagerung der Jugendphase:* Jugend ist in der Gegenwart eine nur schwer ab-

2. A.a.O. S. 12 f.

3. H. Schelsky: Die skeptische Generation, S. 96.



grenzbare Entwicklungsphase. In den verschiedenen Wissenschaftsbereichen fällt ihre Abgrenzung nach unten und oben verschieden aus. Biologen, Mediziner, Psychologen, Soziologen und Juristen kommen entsprechend ihrem Ansatz zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Doch sind sie sich einig darin, daß man auf Grund der Akzeleration und einer Verzögerung der sozialen Reife von einer Verlängerung der Jugendphase sprechen kann. Die untere Grenze liegt, begründet durch die biologischen Merkmale, bei 11–12 Jahren. Die obere Grenze wird bestimmt durch den Erwerb der „sozialen Reife“. (Sie wird z. B. gekennzeichnet durch die abgeschlossene Berufsausbildung und dadurch, daß man annähernd zu übersehen vermag, welche Aufgaben und welche Verantwortung mit der Übernahme einer neuen sozialen Rolle zu bewältigen sind.) Danach sind also auch verheiratete junge Leute durchaus noch als Jugendliche anzusehen, und sie verstehen sich auch weithin so. Das bedeutet eine Vielschichtigkeit der Jugendlichen, die keinesfalls übersehen werden darf.

Im Gegensatz zur Verlängerung der Jugendphase werden die Jugendlichen heute jedoch zum Teil schon sehr früh einbezogen in die Erwachsenenwelt. Sie empfinden das unbewußt als Überforderung und Vereinnahmung. Antwort ist die Demonstration ihres Jungseins durch „Beat“ und Auffälligkeit im Äußeren.

Zu 2. Bisher wurde die Gemeinschaftsbezogenheit der Jugendlichen als wesentliches Merkmal des Jungseins angesehen. Das trifft heute nicht mehr zu. Es gibt daher unter den kirchl. Mitarbeitern viele Klagen über unverständliche Gemeinschaftsmüdigkeit und Distanzierung – sowie viel vergebliches Mühen, speziell um die Älterenarbeit, weil das Wissen um die Veränderung fehlt. Auf Grund des im vorigen Abschnitt Ausgeführten zeigen sich deutliche Unterschiede in der Jugendarbeit bei den verschiedenen Altersstufen.

a) Gemeinschaft und Gruppenkontakte werden in der Regel nur noch gewünscht von den Jüngeren, den 12- bis 15/16jährigen. Sie befinden sich in der Phase der Ablösung von der Familie und suchen aus den bekannten Gründen die Gruppe der Gleichaltrigen.

b) Für die Älteren sind die relativ offenen Gruppierungen, wie sie etwa die Jugendkreise darstellen, in der Regel unbefriedigend. Sie haben sich weithin aus der Familie gelöst und suchen Ausgleich zu den stark versachlichten Öffentlichkeitsbeziehungen in fester Freundschaft oder persönlicher Partnerschaftsbeziehung.

Wenn diese Zusammenhänge erkannt sind, ist klar, warum wir mit unseren Älterenkreisen soviel Schwierigkeiten haben. Wir bieten ihnen etwas an, was sie gar nicht haben wollen – von Ausnahmen, den Alleingeblienen, Kontaktschwachen abgesehen. – Aber gerade mit den Kontaktschwachen kann man keine florierende Gruppenarbeit aufbauen.

Zu 3. Schließlich soll noch ein Hinweis gegeben werden auf das, was wir in der Soziologie Rollenpluralismus nennen. Es handelt sich um den Vorwurf, daß die Jugend unserer Zeit so viele verschiedene Gesichter habe.

Das trifft nicht nur auf die Jugend zu, aber bei ihr kommt es am deutlichsten zum Ausdruck, weil sie am stärksten angepaßt ist.

Die Menschen unserer Zeit müssen sich, bedingt durch die stärkere Konzentration der Bevölkerung und durch die Vielschichtigkeit unseres Lebens, im Laufe eines Tages in den verschiedensten sozialen Gruppierungen bewegen: Familie, Schule, Betrieb, Sportklub, Jugendorganisation, Junge Gemeinde usw. In jeder dieser Gruppen wird ein jeweils spezifisches Verhalten erwartet, entsprechend den besonderen Normen und Wertmaßstäben, die dort vorhanden sind. Die Menschen müssen daher oft umschalten, sie lernen es, sich anzupassen. Wir sollten das nicht zu schnell negativ bewerten. Das Rollenverhalten ist eine Hilfe für den einzelnen und die Gemeinschaft und wahrscheinlich eine Notwendigkeit bei der Fülle der Begegnungen, die wir zu verkraften haben. Eingehen auf die Verhaltenserwartungen des anderen erleichtert das Miteinander-Auskommen und ist ein Stück Nächstenliebe. Wir wissen auch alle, wie beschwerlich

es ist, wenn einer „aus der Rolle fällt“. Es kann also nicht um eine radikale Ablehnung des Rollenverhaltens gehen, sondern vielmehr darum, daß wir die jungen Menschen vor der Überanpassung bewahren, damit nicht auch ihr Christsein zur Rolle wird.

### *III. Jugend erwartet, daß sich die Kirche im Blick auf Zeugnis und Dienst frei macht von den alten Vorstellungen*

Die Behauptung, daß die Bereitschaft der Jugend zu Zeugnis und Dienst verlorengegangen sei, ist kurzschlüssig und falsch. Allerdings kann Jugend in diesen Lebensäußerungen des christlichen Glaubens heute nicht mehr allein auf die traditionellen Formen festgelegt werden. Es gibt dafür mancherlei Ursachen.

*Hinderungsgründe* sind zum Beispiel:

1. Eine sehr ausgeprägte Scheu der jungen Menschen davor, zum „Berufszeugen“ zu werden. Das hängt zusammen mit der allgemeinen Erscheinung der Inflation des Wortes und der Erfahrung, daß hauptamtliche kirchliche Mitarbeiter sich in der Regel in einer Sondersituation befinden im Vergleich zu der übrigen Bevölkerung, wodurch die Zeugniskraft des Wortes abgeschwächt wird.

2. Die meisten kirchlichen Berufe haben sehr unklare Berufsbilder (Gemeindehelferin, Diakon, Diakonisse, Fürsorgerin, Jugendwart(in), Pastorin). Es sei an dieser Stelle beispielhaft nur einiges ausgeführt zum Amt der Gemeindehelferin. (Ich beziehe mich dabei auf die Ausführungen von Frau Denneberg vor der VELKD-Synode.)

Das Berufsbild der Gemeindehelferin birgt wahrscheinlich die größten Schwierigkeiten, obwohl dieser Beruf schon auf eine gewisse Tradition zurückblicken kann. Das Problem liegt in der großen Fülle sehr verschiedener Dienste, die gefordert werden. Wer verfügt aber über eine derart große Skala von Gaben? Man erwartet von der Gemeindehelferin ohne weiteres bescheidenste Gelegenheitsarbeit, aber dann auch wieder das Einspringen für einen Pfarrer und seine Aufgaben, etwa im Konfirmandenunterricht. Sie muß ein Mensch mit Mut zum Unansehnlichen sein, aber sich wiederum auch bestimmte theologische Arbeit zutrauen, etwa im Unterricht oder in der Jugendarbeit. Auch soll sie im Musischen bewandert sein. Das ist ein sehr weitgespanntes Arbeitsgebiet. Oft fehlen Dienstanweisung und Arbeitsordnung. Erschwerend hinzu kommt, daß sie in der Gemeinde oft sehr allein steht und nur unbefriedigende Wohnmöglichkeiten hat. Hauptschwierigkeit ist aber das unklare Berufsbild und vor allem die Tatsache, daß man keinen rechten Ansatz für eine Veränderung findet. Mitarbeiter des Burckhardthauses beschäftigen sich schon seit geraumer Zeit mit diesen Fragen.

3. Die kirchlichen Berufe sind in den meisten Fällen Berufe am Menschen. Diese haben eine spät beginnende oder lang ausgedehnte Ausbildungszeit.

Für die jungen Männer bedeutet dies, daß sie erst relativ spät wirtschaftliche Selbständigkeit und damit die Möglichkeit zur Familiengründung erlangen. Besonders gravierend ist dies z. B. bei der diakonischen Ausbildung. Das ergibt Konflikte gegenüber dem sonst ausgeprägten Trend zur Frühehe und dem Wunsch nach möglichst frühzeitiger sozialer Sicherheit. Fünf Jahre zu warten, bis man heiraten kann, fällt wesentlich schwerer, wenn es sozusagen ein Ausnahmefall ist, als wenn es – wie in der Vergangenheit – eine häufiger vorkommende gesellschaftliche Erscheinung darstellt!

4. Für die Mädchen kommt noch hinzu: Die Kirche erwartet in der Regel die unverheiratete Frau für ihren Dienst. Auf Grund der Bevölkerungsentwicklung steht jedoch fest: Die „Reservearmee der unverheirateten Frauen“ stirbt aus. Es muß gegenwärtig damit gerechnet werden, daß etwa 97% der jungen Mädchen heiraten. Schon jetzt zeigt sich: Ein bis zwei Drittel derjenigen, die eine Ausbildung begonnen haben, kommen entweder überhaupt nicht oder kaum zur Berufsausübung. Sie scheiden entweder schon während der Ausbildung bzw. unmittelbar nach ihrem Abschluß oder nach kurzer Berufsausbildung aus.

Eine große Zahl der jungen Mädchen hat schon frühzeitig einen festen Partner. Das hält natürlich erst recht davon ab, eine – in der Regel langwierige – Berufsausbildung zu beginnen, bei der sie gar nicht wissen, ob sie überhaupt zur Berufsausübung kommen.

Andererseits sind das 18. bzw. 21. Lebensjahr ein zu früher Zeitpunkt dafür, sich auf Ehelosigkeit festzulegen. Die Mädels in der Fürsorgerinnenausbildung sagten, daß es jedoch sehr oft vorkommt, daß sie versteckt oder offen von Bekannten oder früheren Klassenkameradinnen gefragt werden: „Du willst wohl nicht heiraten?“ Wird von ihnen zurückgefragt, warum sie dies annehmen, folgt in der Regel die Antwort: „Na, weil du doch eine kirchliche Ausbildung angefangen hast.“ In der Tat verringern sich ja auch die Heiratschancen, weil sowohl bei der Ausbildung wie bei der Arbeit innerhalb der Kirche die Geschlechter viel stärker getrennt sind als sonst im säkularen Bereich.

5. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die Forderung völliger Hingabe – wie sie bei der Mehrzahl der kirchlichen Berufe stillschweigend mitschwingt – im Widerspruch steht zum Rollenpluralismus, in dem die jungen Menschen aufwachsen. Sie erscheint unangemessen vor allem bei der einseitigen Belastung in vielen heutigen Berufen. Die Spezialisierung nimmt zwangsläufig auch in den kirchlichen Einrichtungen zu. Die Jugendlichen möchten ein Recht auf eigenes Personsein, auf privaten Spielraum haben. Der ist aber erfahrungsgemäß bei vielen kirchlichen Berufen in Frage gestellt.

Die Aufzählung ist sicher nicht vollständig. Es sollte nur an einigen Punkten belegt werden: Es ist nicht in erster Linie subjektive Unwilligkeit, viel stärker sind es die objektiven Momente des Strukturwandels, welche in unserer Zeit die Bereitschaft der Jugend zu mindern scheinen. Das wird auch deutlich an den *neuen Formen* von Zeugnis und Dienst, die sich in unserer Zeit herausgebildet haben. Dafür gleichfalls einige Beispiele:

1. Die jungen Christen haben in der besonderen Situation der sozialistischen Gesellschaft eine spezifische Form ihres Christseins als „Junge Gemeinde“ gefunden, die heute innerhalb und außerhalb der Kirche nicht mehr übersehen werden kann.

2. Sie sind bereit, in der Gemeinde spezifische Aufgaben zu übernehmen. Es könnte ohne weiteres eine umfangreiche Skala mannigfacher Dienste aufgezählt werden, die die Glieder der Jungen Gemeinde übernommen haben. Sie reicht von handwerklichen Arbeiten über Tonbanddienst bei Krankenbesuchen bis zur eigenständigen Ausgestaltung von Gemeindeabenden.

Bei meinem Einsatz im Neubaugebiet fand ich die wirksamste Hilfe im Jugendkreis der Nachbargemeinde. Es müssen aber Aufgaben gefragt werden, die ihren speziellen Gaben entsprechen, deren Notwendigkeit sie erkennen und die gerade *ihren* besonderen Einsatz herausfordern.

3. Sie übernehmen bereitwillig und zum Teil begeistert begrenzte Engagements. Ich verweise nur auf die Sendfahrten, ihre Mithilfe bei der Campingseelsorge, die „Aktion Sühnezeichen“ mit ihren vielfältigen Aufbauagern. Obwohl in jedem Jahr mehr solcher Vorhaben geplant werden, reichen sie jedesmal nicht aus, um alle, die mittun wollen, zu beteiligen.

Gute Erfahrungen mit begrenzten Engagements gibt es auch auf dem speziellen diakonischen Sektor. Da sind besonders zu nennen: die diakonischen Sonntags- oder Wochenendeinsätze sowie die diakonischen Freizeiten während des Urlaubs. Auch dafür lagen in den vergangenen Jahren stets mehr Anmeldungen vor, als Plätze vorhanden waren. Das zeigt deutlich: Es ist Bereitschaft zum Dienst am Menschen und zum diakonischen Einsatz vorhanden, wenn dieser Dienst in neuen Formen geschehen kann.

4. Schließlich sind Wehrdienstverweigerung und bewußte Wehrdienstaufnahme als

nicht zu übersehende Formen des Zeugendienstes junger Christen zu nennen. Zum ersteren muß sicher nichts weiter ausgeführt werden. Aber auch die Entscheidung für den anderen Weg ist bei vielen ebenso klares Zeugnis. Die intensive Lebensgemeinschaft, in die sie in der Armee einbezogen werden, fordert dieses Zeugnis geradezu, wenn sie bewußt als Christen zu leben versuchen. Es gibt Beispiele genug dafür, daß das Bekenntnis einzelner nicht ohne Wirkung geblieben ist.

Wir haben bisher schon allerlei getan, um diese neuen Formen von Zeugnis und Dienst zu fördern und zu entwickeln. Damit können wir uns aber nicht zufriedengeben.

Wir sollten *zusätzliche Möglichkeiten* schaffen, um die Dienstbereitschaft der Jugend und ihre speziellen Gaben wahrzunehmen.

### e) *Diakonie*

Über den Stand der diakonischen Arbeit (Innere Mission und Evangelisches Hilfswerk) in der DDR gab deren Leiter Kirchenrat Gerhard Laudien für die Synode der EKD 1967 in Fürstenwalde den nachstehenden Bericht. Kirchenrat Laudien trat inzwischen in den Ruhestand, zu seinem Nachfolger wurde Oberkirchenrat Gerhard Bosinski berufen.

#### BERICHT

*über die diakonische Arbeit (Innere Mission und Evangelisches Hilfswerk) in der DDR für die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland 1967*

*Von Direktor Kirchenrat Gerhard Laudien*

Vor zehn Jahren, am 8. März 1957, hat die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland ein „Kirchengesetz über den Zusammenschluß von Innerer Mission und Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland“ verabschiedet. In ihm werden die zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und dem Centralesschuß für die Innere Mission der Deutschen Evangelischen Kirche vereinbarte Ordnung bestätigt, die „Innere Mission und Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland“ als Werk der Kirche anerkannt und die Aufgaben der Diakonischen Konferenz, dem Diakonischen Rat und der Geschäftsstelle des Werkes übertragen. Die im Gesetz erwähnte Ordnung hat 21 Paragraphen. Über die Vertragsdauer sagt § 17: „Dieser Vertrag gilt bis zu dem Zeitpunkt, an dem die angestrebte Verschmelzung des Centralesschusses für die Innere Mission der Deutschen Evangelischen Kirche und des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland vollzogen ist, längstens für die Dauer von 20 Jahren.“ Ohne Vorbehalt kann festgestellt werden, daß die Vereinigung, die von der Synode beschlossen war, de facto vollzogen ist und man de jure wohl schon jetzt darangehen könnte, die Beschränkung der Vereinigung auf 20 Jahre nach Ablauf der Hälfte der vorgesehenen Zeit aufzuheben.

Im Überblick sei auf einige Schwerpunkte der Diakonie der evangelischen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik hingewiesen.

#### *Die evangelischen Krankenhäuser und Anstalten*

Die Verwaltungen der evangelischen Krankenhäuser und Anstalten sind genötigt, darauf zu achten, daß die Pflegesätze, die täglich für die Patienten und Heimbewohner von der Sozialversicherungsanstalt nach Prüfung und Berechnung durch das Mini-



sterium für Gesundheitswesen in Verbindung mit dem Ministerium der Finanzen gezahlt werden, den Leistungen, die erbracht werden, und den Ausgaben, die aufgewandt werden, entsprechen. Wenn auch kostendeckende Tagespflegesätze nicht bewilligt werden, so kommen doch die Krankenhäuser bei großer Sparsamkeit und bei Zuwendungen von Mitteln aus der Kirche und Sachspenden für den Nachholbedarf ohne besorgniserregendes Defizit Jahr um Jahr durch. Bei den Altersheimen haben wir finanziell größere Sorgen, denn die bisher gezahlten Tagessätze reichen bei weitem nicht aus, um eine geordnete Wirtschaftsführung zu gewährleisten.

In unseren Krankenhäusern und Heimen arbeiten über 4000 Schwestern und Hilfsschwestern und Schülerinnen. Ihnen stehen 8000 zivile Mitarbeiter, das sind Ärzte, Männer und Frauen in Wirtschaft und Verwaltung und in der Erziehungsarbeit, gegenüber. Um den evangelischen Charakter unserer Anstalten zu erhalten und zu festigen, bemüht man sich um die geistliche Ordnung in den Schwestern- und Bruderschaften und um die Pflege der Werkgemeinden.

### *Überblick über die Anstalten und Einrichtungen von Innerer Mission und Hilfswerke in der DDR und in der Hauptstadt Berlin – Stand: 1. 1. 1966*

#### *Gesundheitsfürsorge*

60 Krankenhäuser und Heilstätten mit	7 348 Betten
92 Heime für geistig und körperlich Behinderte mit	5 697 Betten
16 Heime für Mutter und Kind mit	772 Betten
118 Erholungsheime für Kinder und Erwachsene mit	3 730 Betten
664 Gemeindepflegestationen mit	874 Schwestern

#### *Erziehungsfürsorge*

27 Kinder- und Erziehungsheime mit	786 Betten
5 Schüler-, Studenten-, Lehrlingsheime mit	101 Betten
3 Wohnheime für Männer und Frauen mit	37 Betten
97 Internate der Ausbildungsstätten mit	2 161 Betten
321 Kindertagesstätten mit	17 009 Plätzen

#### *Wirtschaftsfürsorge*

317 Alters- und Siechenheime mit	11 502 Betten
2 Herbergen zur Heimat mit	70 Betten
3 Übernachtungsheime mit	48 Betten
7 Hospize mit	429 Betten
38 Diakonissen-Mutterhäuser und Schwesternschaften mit	5 990 Schwestern
6 Diakonenanstalten mit	1 329 Diakonen u. -anwärtern

#### *Gemeindediakonie*

Auf verschiedene Weise ist das Bemühen um die Diakonie der Gemeinde gegangen. Es sind hin und her in den Gemeinden Vorträge gehalten worden. Es fanden Tage der Diakonie statt, wo man in neuen Formen sich bemüht hat, die Diakonie der Gemeinde zu wecken und zu fördern. Es ist ein gutes Zeichen der Aufgeschlossenheit, wenn sich die Landessynoden mit der Diakonie beschäftigen. Es ist eine Studientagung mit jüngeren Pastoren, vor allem den zweiten Geistlichen in den Mutterhäusern, mit dem Thema durchgeführt: „Die existentielle Theologie – Herausforderung an die Diakonie oder Ansatzpunkt für sie?“

Die Arbeitsgemeinschaft für Volksmission ruft zur Sammlung der Gemeinde unter

das Evangelium durch Vorträge und Evangelisationen und bemüht sich, durch Zusrüstung in Seminaren und Arbeitstagen in zeitgemäßer Form und entsprechend den Umweltbedingungen das Wort Gottes auszurichten. Die Gedanken über die Volksmission finden ihren Niederschlag in wegweisenden Handreichungen zum Dienst an Urlaubern und neu entstehenden Wohngebieten und in Anregungen zum Besuchsdienst.

Eine Seminartagung mit Pfarrern aus Stadtgemeinden mit großen Neubaugebieten diente dem Zweck, Wege für Mission und Diakonie in den großen Wohnblocks zu finden, die für die dort meist jungen Familien empfehlenswert und gangbar zu sein scheinen.

Dem Kennenlernen der Diakonie sollen die sechswöchigen diakonischen Praktika dienen, die für die Theologiestudenten eingerichtet werden sollen, die an den Universitäten oder kirchlichen Ausbildungsstätten für das Pfarramt vorbereitet werden.

Der Christliche Blindendienst nimmt sich in der Sammlung von Blindenkreisen und der Herstellung von christlichem Blindenschrifttum bis hin zum Druck der revidierten Bibel in Blindenkurzschrift seiner Leidensgenossen an. Die Arbeitsgemeinschaft zur Abwehr der Suchtgefahren will mit Rat und Beispiel den Gefährdeten helfen. Die Arbeitsgemeinschaft für Ehe- und Familienberatung gibt praktische Anleitung in Rüstzeiten und Seminaren.

### *Gewinnung des Nachwuchses*

Durch die staatliche Regelung der Ausbildung im Sektor der mittleren medizinischen Berufe vom 12.7.1961 und die Änderungen der Gesetze über die Erteilung der Berufserlaubnis waren Besprechungen mit den Leitungen der evangelischen Krankenpflegesulen und mit dem Ministerium für Gesundheitswesen nötig. Im Jahr 1964 kam eine Rahmenvereinbarung zustande über die Berufsausbildung von Krankenschwestern oder Säuglings- und Kinderschwestern in konfessionellen Einrichtungen, die vom genannten Ministerium den Bezirken zum Abschluß mit den evangelischen Krankenpflegesulen zugeleitet wurde. Nunmehr sind die 19 vorhandenen evangelischen Krankenpflegesulen mit 740 Plätzen in das Ausbildungssystem des Staates unter Berücksichtigung ihrer Eigenart als konfessionelle Schule eingeordnet. Ihre Ausbildung beginnt mit 18 Jahren. Das 1. pflegerische Hilfsdienstjahr kann auch in früherem Lebensalter begonnen werden. Zwei Jahre sind für die schulische Unterweisung vorgesehen, die mit einem Examen mit staatlicher Anerkennung abschließt. Der Vereinbarung ist ein Rahmenlehrplan beigelegt.

Neben dieser bewährten und von den Krankenhäusern gegebenen Ausbildung werden den jungen Christen, Mädchen wie jungen Männern, eine Anzahl weiterer Ausbildungsmöglichkeiten angeboten. In den Brüderhäusern werden Diakone vorgebildet. In Kursen von verschiedener Dauer werden Fürsorgerinnen, Diakoniepflegehelferinnen, Büro- und Wirtschaftskräfte für ihre wichtigen Dienste zugerüstet.

### *Beschaffung*

Weil der Bedarf von Wohnraum für Mitarbeiter in Kirche und Diakonie sehr groß ist und weil Gewinnung von Mitarbeitern oft von der Gestaltung einer ausreichenden Wohnung abhängt, haben wir einen Vertrag mit einer Baufirma auf Gestellung von 50 Fertighäusern unterzeichnet. Die Bestellungen erfolgten über die Herren Bischöfe für Gemeinde und Anstaltsdiakonie. Die Ausführung der Bauten wird längere Zeit in Anspruch nehmen. Erfreulich ist die Vergabe von Baumaterial und Einrichtungsgegenständen für den Nachholbedarf zum Zuge gekommen. Einfuhren auf dem Geschenkwege, die für die verschiedensten Gegenstände von den Kirchengemeinden und Anstalten beantragt werden, sind in großzügiger Weise genehmigt worden.

Weil uns die Sorge um die geistig und körperlich Behinderten nicht losläßt und auch der Staat in seiner humanistischen Verantwortung für diese kranken und bedauernswerten Menschen Hilfe bereitstellen will, ist ein Memorandum für die Erweiterung unserer pflegerischen und psychotherapeutischen Arbeit dem Ministerium für Gesundheitswesen und dem Staatssekretariat für Kirchenfragen zugereicht worden. Die Realisierung wird zeitlich Jahre und finanziell große Mittel in Anspruch nehmen. Wir dürfen aber nicht bei dem Bestehenden verharren, sondern willig viel Mühe auf uns nehmen, um diesen Kranken, die unsere Liebe ganz besonders brauchen, zu dienen.

### *Ökumenische Diakonie*

In der Geschichte der evangelischen Kirche wird das Jahr 1959 einen besonderen Platz einnehmen, weil in seinen weihnachtlichen Tagen die Aktion „Brot für die Welt“ ihren Anfang nahm, von der man wohl mit Recht sagen kann, daß sie zur größten Opfertat der evangelischen Christenheit geworden ist. Die Gemeinden, denen nach dem Zusammenbruch Deutschlands von den Kirchen in der Welt geholfen worden war, erkannten die Gelegenheit, nun ihrerseits Notleidenden in aller Welt mit ihrer Hilfe nahe sein zu dürfen. Bis heute sind von den Gemeinden in der DDR 17,5 Millionen MDN aufgebracht worden. In der letzten Zeit sind vor allem Spenden nach Indien und Nordvietnam gegangen.

Die allseitig bekannte Aktion „Sühnezeichen“ ist als Fachverband des Diakonischen Werkes für das Gebiet der DDR am Ende des Jahres 1966 aufgenommen worden und gehört fortan auch satzungsmäßig, wie schon früher gesinnungsmäßig, zur Diakonie der Kirche. Im 1. Paragraphen der Satzung ist die Aufgabe umschrieben: „(1) Aktion Sühnezeichen will durch ein Tatzeugnis des Opfers und der Liebe Israel und die anderen von Deutschen 1933 bis 1945 verletzten und beleidigten Völker um Vergebung bitten und damit unter den entzweiten Christen und Nachbarn zur Versöhnung helfen.“

## 4. THEOLOGISCHE BESINNUNG

Im ganzen nimmt die theologische Arbeit in der DDR weiterhin Anteil an der Auseinandersetzung zwischen den mannigfachen Varianten einer „modernen Theologie“ einerseits und einer mehr traditionellen Theologie andererseits. Die theologische Situation ist aber wohl stärker als im westlichen Teil Deutschlands durch die säkularisierte, betont areligiöse oder gar weltanschaulich atheistische Umwelt bestimmt, dadurch aber auch vor extremen Äußerungen des Streites bewahrt. Von einem spezifischen Dienst, den man von der theologischen Arbeit in einem sozialistischen Weltanschauungsstaat erwarten sollte, nämlich von einer dialogischen Auseinandersetzung mit dem philosophischen Marxismus, kann bisher kaum die Rede sein. Von ersten Ansätzen abgesehen, geht es über eine Beobachtung, Registrierung und kritische Bewertung kaum hinaus. Theologie und Kirche in der DDR haben eine gewisse Introversion, auch eine ihnen aufgenötigte, aber auch zu stark angenommene Isolierung noch nicht überwinden können. Diese Lücke hat durch Bemühungen einzelner Gruppen und Persönlichkeiten (Weißenseer Arbeitskreis, Bund Evangelischer Pfarrer, Arbeitsgemeinschaft christlicher Kreise, Sprecher der CDU aus dem kirchlichen und theologischen Bereich) bisher nicht geschlossen werden können. Die prinzipiell

richtige Tendenz dieser Gruppen, an einer Begegnung von Christentum und Marxismus und praktisch an einem Ausgleich zwischen Kirche und Staat zu arbeiten, wird nicht hinreichend kritisch genug betrieben, um überzeugen zu können und konstruktiv zu wirken.

Weiter fortgeschritten ist die Besinnung über christliche Existenzmöglichkeiten und kirchliche Lebensformen in einem sozialistischen Staat des Ostens. Daran sind bestimmte Verdienste dem Weißenseer Arbeitskreis und anderen in einzelnen Landeskirchen arbeitenden Gruppen nicht abzusprechen. Auch Persönlichkeiten wie Generalsuperintendent Schönherr, Bischof Jänicke, Generalsuperintendent Jacob und andere sind hier zu nennen. Als Beispiel dieser Besinnung bringen wir von Generalsuperintendent Günter Jacob, dessen „Gesammelte Aufsätze aus drei Jahrzehnten“ unter dem Titel „Kirche auf Wegen der Erneuerung“ Anfang 1967 in der Evangelischen Verlagsanstalt Berlin (Ost) erschienen, einen Rundfunkvortrag:

#### CHRISTEN OHNE PRIVILEGIEN

##### *Möglichkeiten des Christseins in der sozialistischen Gesellschaft Bericht aus Cottbus – von Günter Jakob (Süddeutscher Rundfunk am 30. November 1966)*

Immer wieder haben wir Christen, die wir in der DDR in einem sozialistischen Bereich leben, erfahren, wie unsere christliche und kirchliche Existenz in einer seltsamen Mischung von Gefühlen der Bewunderung und des Mitleids aus der Ferne betrachtet wird. Christen im Osten werden wegen der Tapferkeit ihres Glaubens bewundert und zugleich wegen der Schwierigkeiten und Konflikte bemitleidet, denen insbesondere berufstätige Christen ausgesetzt sein können. Die Situation, in der sich die Christen in der DDR mit ihrer Kirche befinden, wird als „anormal“ bezeichnet. Ein solches Urteil muß zwangsläufig gefällt werden, wenn man jenes Bündnis zwischen den staatlichen Mächten und den kirchlichen Institutionen als normal und daher als begrüßenswert ansieht, das in der Tat die Geschichte unserer Kirchen in Europa seit Jahrhunderten geprägt hatte. Dieses Bündnis wurde vom Hitler-Reich zerschlagen. Es wurde aber auch der Mythos vom „christlichen“ Volk zerstört. Dennoch ist nach 1945 in Westdeutschland das alte Bündnis restauriert worden. Das öffentliche Klima wurde wieder „christlich“ temperiert. Die alten Privilegien der Kirche wurden nach dem Ende eines schändlichen Zwischenspiels im „Dritten Reich“ wiederhergestellt. Es wurde an die noch nicht gänzlich zerfallene Macht christlicher Tradition und kirchlicher Konventionen wieder angeknüpft. Der an sich überfälligen Frage wurde nicht standgehalten, ob denn eine solche Restauration des früheren Bündnisses von Staat und Kirche nicht das vollmächtige und glaubwürdige Zeugnis der christlichen Gemeinde in der heutigen Welt hemmen müsse! So stehen sie wieder da, die Fassaden einer privilegierten Kirchlichkeit! Sie gelten als Beweis für die These, daß im Westen die Situation für die Christen normal ist. Von hier aus muß man dann die Lage der Kirche und der einzelnen Christen in der DDR auch unabhängig von sensationellen Vorgängen als „anormal“ im Sinn einer Abwertung und Verurteilung bezeichnen.

Die ganze andersartige Entwicklung nach 1945 in der damaligen sowjetischen Besatzungszone ist bekannt. Die Monopolstellung der Kirche ist abgeschafft, ihre Privilegien wurden schrittweise abgebaut. Das Christentum konnte nicht länger für die fragwürdige Rolle der offiziellen Staatsmetaphysik in Anspruch genommen werden. Nunmehr ist der Marxismus-Leninismus zu solcher Staatsmetaphysik erhoben, die Bekennt-



nis und Gefolgschaft von denen beansprucht, die als Sozialisten anerkannt sein wollen. Wie nach dem Gesetz der Anpassung sich die Menschen früher als Christen bezeichneten, um nicht als Dissidenten in der Gesellschaft aufzufallen, so ist dieses Gesetz natürlich auch nach dem totalen Szenenwechsel praktiziert worden. So ist es im Lauf dieser zwei Jahrzehnte zu alarmierenden Schrumpfungsprozessen in der Kirche gekommen. Die Folgen sind heute statistisch aufweisbar. In dem von Olof Klohr, Jena 1966, herausgegebenen Sammelband „Religion und Atheismus heute“ sind exakte Ergebnisse religionssoziologischer Untersuchungen vor allem in den Großstädten der DDR vorgelegt. Hier kann der Schwund hinsichtlich der Inanspruchnahme von Taufe und Konfirmation und hinsichtlich des Gottesdienstbesuches abgelesen werden. Das überkommene stattliche Gebäude der Volkskirche ist nach Auszug der Mitläufer ziemlich verödet. Man könnte im Bilde sagen: Die Getreuen – und sie sind in der Mehrheit die über Sechzigjährigen – haben in einem dürrigen Raum Unterkunft gefunden. In den ungeheuren Schrumpfungsprozessen kam ja nur schmerzlich an den Tag, wie wurmstichig das Erbe aus dem Zeitalter des Bündnisses von Thron und Altar doch schon längst geworden war. Am Ende des Konstantinischen Zeitalters war jetzt die christliche Gemeinde in der Gestalt einer Minderheitsgruppe nach Zeugnis und Dienst der Christen inmitten ihrer sozialistischen und nichtchristlichen Umwelt unter den so gänzlich veränderten Machtverhältnissen gefragt. Man muß redlich eingestehen, daß diese Frage wohl von den meisten Gliedern der Kirche bis vor kurzem in ihrem radikalen Ernst noch gar nicht erkannt worden ist. Die Verschleppung und Vertagung dieser entscheidenden Frage nach Auftrag und Sendung der Christen im sozialistischen Bereich muß heute im Rückblick auf die Zeit seit 1945 ein ganz schlimmes Versäumnis genannt werden. Es erklärt sich vor allem aus jener politischen Mentalität, die in den fünfziger Jahren in unseren Kirchengemeinden, und zwar nicht nur in der älteren Generation, weithin als untergründige Stimmung herrschte. Wer aus Gründen, die jetzt nicht analysiert werden können, auf einen Tag X als auf das dramatische Ende aller Nöte hoffte, erwartete zugleich ein Ende aller Schrumpfungen und Bedrängnisse, in denen er als Christ mit der Kirche stand. Er rechnete für eine baldige Zukunft nach Beendigung der Episode und des Provisoriums mit einer Wiederherstellung der öffentlichen Vorrangstellung der Kirche und der Privilegierung der Christen im Stil der bundesrepublikanischen Restauration. Inzwischen mußte man überwintern und sich in einer hinhaltenden Verteidigung bewähren, um tapfer den Raum der Kirche gegen Angriffe aus einer Welt des Atheismus abzusichern. Wenn man durch seine kirchliche und politische Haltung in Gefahr kam, so verblieb noch immer die Möglichkeit des Absprungs in Richtung Westen. In dieser Zeit gingen in unseren Kirchengemeinden Entsatzhoffnungen und Durchhalteparolen um, die eine an die Wurzeln greifende Besinnung auf den Auftrag der Christen in der Begegnung mit der sozialistischen Gesellschaft und in der Stunde der Herausforderung durch die Religionskritik des Marxismus-Leninismus verhängnisvoll blockierte. Erst in den letzten Jahren ist nach Abzug illusionärer Nebel dem Blick in die wirkliche Landschaft standgehalten worden, in der die Christen hier als Zeugen Jesu Christi auch in Zukunft zu leben haben. Diejenigen, die sich auf Überwinterung einstellten, haben sich inzwischen praktisch vom Leben mit der Kirche abgesetzt. Sie haben nach schwerem Schock sich in tiefer Resignation mit den Gegebenheiten arrangiert. Andere, die ihren Glauben in der Intimsphäre konservieren und einmal mit ins Grab nehmen möchten, sind von einer lähmenden Müdigkeit befallen und beantworten die Frage nach der Zukunft der christlichen Gemeinde in unserem Raum mit einem melancholischen und verräterischen Achselzucken. In solcher Lage der großen und – wie wir meinen – heilsamen Ernüchterung gibt es zwei Versuchungen. Es ist einmal die Versuchung, aus Opportunismus dergestalt einen Kompromiß zu finden, daß man dem politischen Credo vorbehaltlos akklamiert und nur noch kümmerliche christliche Restbestände etwa in der Rede von Nächstenliebe fest-

hält, ohne zu fragen, worin denn das Spezifische der christlichen Nächstenliebe in der Nachfolge Jesu Christi in Anhebung zur humanistischen Solidarität besteht. Es ist zweitens die Versuchung, sich in der Christengemeinde wie in einer geschlossenen Gesellschaft oder in einer Eingeborenen-Reservation irgendwo abseits anzusiedeln und dort eine von allen Wirklichkeitsbezügen losgelöste orthodoxe oder pietistische Individualfrömmigkeit zu kultivieren. Es dürfte deutlich sein, daß eine solche Haltung bei allen berufstätigen Christen, die als Laien täglich im dichten Gewebe gesellschaftspolitischer Ansprüche zu existieren haben, auf die Dauer nicht praktikabel ist, weil sie zu einer tiefen Krise der Bewußtseinsspaltung und der Doppelbödigkeit der Existenz führen muß.

Heute haben nicht wenige Christen vor allem aus der jüngeren Generation diesem Teufelskreis von Trotz und Angst, von Abwehr und Anpassung und der Verlockung zum Rückzug in eine kirchliche Zufluchtsstätte abgesagt. Sie haben auch die schweren Schockwirkungen der anhaltenden Schrumpfungsprozesse überwunden und vollziehen in innerer Zustimmung die Aussage mit, die Rudolf Augstein in seiner Berliner Rede vom Januar 1965 mit dem Satz gemacht hat: „Es bekommt den Kirchen gut, daß sie nur geduldet sind, sie schrumpfen sich gesund!“ Heute wächst die Zahl der Christen, die nicht mehr im Stil der Klage und der Selbstbemitleidung auf ein nachträglich vergoldetes volkskirchliches Zeitalter oder auf die Privilegien der westlichen Kirchen schauen, sondern bereit sind, die neue Situation nicht als ein Übel hinzunehmen, vielmehr in ihr bewußt und in innerer Freiheit eine Chance für ein glaubwürdiges und gehorsames Leben der Christen zu sehen. Sie begreifen in einer echten Umkehr, daß der rapide Schwund des traditionellen kirchlichen Lebens, über den besonders in den neuen Städten der Industriegebiete eine Täuschung nicht mehr möglich ist, auch als Gericht über Versagen und Schuld der Kirche verstanden werden muß. Sie sehnen sich nach einer überzeugenden und strahlungskräftigen Verwirklichung christlichen Lebens und Zeugnisses auf dem Feld der täglichen Begegnungen mit den Indifferenten und den bewußten Atheisten und entschiedenen Nichtchristen. In dieser Sehnsucht, die nach vorwärts schauen und Experimente wagen möchte, leiden sie an dem in der Kirche weithin noch herrschenden Betreuungsschema und an jenem Geist schwerfälliger Beharrung, mit dem viele Gemeinden in einer konservativen Grundhaltung sich möglichst intakt als religiöse Naturschutzgebiete bewahren wollen. Sie möchten sich von den Anrufen der biblischen Botschaft her ohne Kompromisse erneuern lassen. Sie möchten sich durch lebendige Gottesdienste und durch intensives Bibelstudium zu-rüsten lassen, um sich als Christen in der Alltagswelt auch dem gesellschaftspolitischen Engagement und der Begegnung mit den Marxisten in Kooperation, Dialog und Widerspruch auszusetzen. Während viele traditionelle Gemeindekreise sich noch mit religiösen Feierabendproblemen beschäftigen, wird jetzt endlich in Gruppen, in denen berufstätige Christen die Geborgenheit eines gemeinsamen Lebens erfahren, die brennende Frage nach der gesellschaftspolitischen Zusammenarbeit von Christen und Nichtchristen geklärt. Die Mitarbeit des Christen darf weder unter dem Vorzeichen eines vorbehaltlosen Ja noch unter dem Vorzeichen eines grundsätzlichen Nein stehen. Es gibt im sozialistischen Bereich weite Felder, auf denen sich der Christ in Anwendung von Vernunft und wissenschaftlicher Planung um seiner Mitmenschen willen in gemeinsamen Aufgaben für soziale Gerechtigkeit und internationale Friedensordnung engagieren wird. Es kann geschehen, daß er in der Freiheit, die ihm im Glauben an Jesus Christus gegeben ist, in einer konkreten Situation nein sagen und seine Beteiligung verweigern muß. Sein partieller Einspruch wird dann helfen, daß Bereiche persönlicher Gewissensentscheidung gegenüber einem doktrinären Absolutheitsanspruch gewahrt bleiben. Dann hängt das Maß der gesellschaftspolitischen Kooperation jeweils von der Frage ab, inwieweit die marxistischen Partner des Christen seine im christlichen Glauben gegründete Stellungnahme respektieren werden.

Es gibt nun aber auch einen kirchlichen Doktrinarismus, der mit Berufung auf den konsequent atheistischen Charakter des Marxismus-Leninismus die von uns soeben skizzierte Haltung des Christen grundsätzlich verwirft und als Opportunismus verketzert. Der marxistische Religionskritik, die sich freilich noch immer der abgestandenen Schlagworte aus dem vorigen Jahrhundert bedient und recht primitiv einen „Atheismus der Ignoranz“ – um einen Ausdruck des Prager Philosophen Milan Machovec aufzunehmen – propagiert, begegnet oft noch eine nicht weniger primitive kirchliche Polemik, die eine religiös-theistische Front gegen den Atheismus proklamiert. In Wahrheit ist das Problem des Atheismus äußerst vielschichtig! Theologen wie Hromádka und Gollwitzer haben gewiß mit ihrer These recht, daß der marxistische Atheismus nach den eigentlichen Intentionen von Karl Marx nur die historisch durchaus verständliche Begleiterscheinung eines radikalen Humanismus ist. Sofern in den Wissenschaften ein methodologischer Atheismus angewandt wird, indem man darauf verzichtet, Gott als Lückenbüßer für Welterklärung und Geschichtsdeutung einzusetzen, müssen auch wir Christen, wie es der Bonner Theologe Moltmann in seinem vorbildlichen Dialog mit Machovec getan hat, anerkennen, daß der Gott der Bibel in der Tat keine Hypothese zwecks wissenschaftlicher Welterkenntnis ist. Wo eine Front der christlichen Religion gegen die atheistische Weltanschauung formiert wird, ist die biblische Wahrheit gezeugnet, nach der das Evangelium als die Botschaft von dem für uns Gottlosen gekreuzigten und auferstandenen Jesus Christus wirklich nicht als die religiöse Ideologie einer Partei der Frommen angesehen werden kann. Auch hier hat Karl Barth in einer unübertroffenen Klarheit in seinem „Brief an einen Pfarrer in der DDR“ 1958 das rechte Wort gesagt, wenn er feststellt, daß die Argumentation des marxistischen Atheismus nicht den lebendigen Gott des christlichen Bekenntnisses treffe, sondern einen „Begriffsgötzen“, dessen Nicht-Identität mit dem Gott des Glaubens darzutun eine wichtige Aufgabe der Christen im Gespräch mit den Marxisten ist. Dennoch wird sich der Christ nicht einreden dürfen, daß er mit seinem auch von allen apokryphen Motiven gereinigten Zeugnis nicht auch in der sozialistischen Gesellschaft wie in jeder anderen säkularen Ordnung, selbst wenn sie unter pseudochristlichen Vorzeichen steht, auf Widerspruch stoßen wird. Solcher ihm je und je begegnende Widerspruch wird den Christen nötigen, seine Solidarität und seine Pro-Existenz für die andern unverbittert auch als Leidender durchzuhalten und als Hoffender sich vor Resignation und vor Anti-Affekten zu bewahren. Auch der Szenenwechsel, durch den die Kirche bei uns Monopolstellung und Privilegien eingebußt hat, gibt kein Recht, in Angst oder Haß in die Igelstellung eines abseitigen Konventikeltums auszuwandern. Diese Versuchung, die gewiß immer wieder akut wird, ist auf eine vorbildliche Weise im zweiten Satz der Sieben Theologischen Sätze abgewiesen, die der sogenannte Weißenseer Arbeitskreis 1963 veröffentlicht hat. Hier wird im Blick auf den zukünftigen Weg der Christen im Raum der DDR gesagt: „Im Glaubensgehorsam widersteht die Kirche der Versuchung, Gottes Wort schützen zu wollen. Unbesorgt um sich selbst kann sie furchtlos nach neuen Wegen suchen, wenn ihr Einfluß begrenzt und ihre Rechte bestritten werden; sie wird das Leiden weder suchen noch scheuen.“

Fruchtbar wirken sich offenbar ökumenische Arbeitsvorhaben auf Theologie und Kirche in der DDR aus. Überhaupt ist festzustellen, wie stark aus den Kirchen der DDR heraus Verbindungen zum Ökumenischen Rat der Kirchen gesucht werden, um auf diese Weise den Gefahren einer zunehmenden kirchlichen Isolierung und Erstarrung zu entgehen. Aus den Arbeiten dieses Umkreises bringen wir noch zwei Beispiele. Beachtung verdient einmal die Arbeit der „Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft für Strukturfragen der Gemeinde in der DDR“ über „Neue Strukturen der christlichen Gemeinde“. Seine ersten



Arbeitsergebnisse hatte dieser 1963 auf Anregung des Ökumenischen Rates entstandene Ausschuß bereits im Jahre 1964 durch Generalsuperintendent Günter Jacob in einem Dokument über „Struktur und Gestalt der missionierenden Gemeinde“ bei einer Konsultation in Bossey bei Genf vorgelegt. Der im Jahre 1967 veröffentlichte Bericht gibt zunächst das Ergebnis der theologischen Arbeit in vier Thesen wieder, die wir hier aus Platzmangel in einer Zusammenfassung folgen lassen (epd ZA Nr. 43 vom 20. Februar 1967):

Hauptteil des jetzt veröffentlichten Berichts sind vier theologische Thesen ... Darin wenden sich die Verfasser gegen das herkömmliche Schema, das von einem Nacheinander von Sammlung und Sendung (Mission) der Gemeinde ausgeht; Sammlung und Sendung könnten nicht voneinander getrennt werden und müßten daher gleichzeitig geschehen. Auch die Formen der Sammlung – also der Gemeindebildung – sollten bereits vom Missionsauftrag bestimmt werden; darum müsse bei ihrer Gestaltung auf die Stimme von Gemeindegliedern, die „bewußt als Zeugen Jesu Christi in den Sachbereichen der Welt tätig sind“, ganz anders gehört werden als auf die „vermeintlichen kirchlichen Fachleute“.

Ausdrücklich wird in den Thesen betont, daß Mission nicht nur durch die Verkündigung, sondern ebenso „durch den hingebenden Dienst in den Sachbereichen der Gesellschaft“ zu geschehen habe. Um dem gerecht zu werden, bedürfe die Gemeinde „als Sammlungsformen, die ihrer Sendung gemäß sind, kleiner Gruppierungen, die sich als Lebens- und Dienstgemeinschaften verstehen“. Der Bericht hebt die Bedeutung der modernen Soziologie und Ökonomie, die neben den theologischen Erwägungen „erhebliches Gewicht“ bekämen, für das missionarische Wirken der Kirche hervor und stellt der „Gefahr einer Ethisierung des Evangeliums und des Mißverständnisses der Kirche als einer Einrichtung zur Weltverbesserung“ die „nicht minder große Gefahr der Privatisierung und damit des Verlustes der Weltbezogenheit des Evangeliums und der Emigration der Kirche aus der Gesellschaft und damit ihre Gettoisierung“ gegenüber. Dementsprechend könne rechte Verkündigung heute nicht mehr nur in der „dogmatisch richtigen Wiederholung der reformatorischen Rechtfertigungslehre“ bestehen, sondern erfordere das „Wagnis der Konfrontation mit den Menschen außerhalb der Kirche“. Ähnliches gelte vom Abendmahl. Auch das Selbstverständnis des Pfarrers, das immer noch von dem Bild des Hirten und der Herde bestimmt sei, bedürfe einer Revision, da es eine „pastorale Betreuungsstruktur der Gemeinde“ erzeugt und „das Verständnis der Gemeinde als einer gesendeten Schar verhindert“ habe.

Daraus werden dann Empfehlungen und Vorschläge zur Weiterarbeit abgeleitet, die der Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vorgelegt werden:

#### EMPFEHLUNGEN

Wir haben den Auftrag zu unserer Arbeit und zu unserer ganzen Studie nicht nur als theoretische Erörterung verstanden. Uns stand von vornherein fest, daß uns die Erfordernisse des gegenwärtigen Dienstes der Gemeinden zu bestimmen hätten. So legen wir folgende Empfehlungen der Konferenz der Gliedkirchen in der DDR vor.

#### *Neue Möglichkeiten für die Gemeinde als Funktion der missio Dei*

Im Bereich der DDR gibt es bereits einige Modelle neuer Gemeindeformen, die entstanden sind, um einer veränderten Situation und damit neuen Aufgaben der christ-



lichen Gemeinde Rechnung zu tragen. Darüber hinaus gibt es einige Gruppen, die durch mancherlei „Experimente“ auf der Suche nach angemessenen Formen sind.

Wir respektieren die überkommenen Ordnungen der Kirchen, deren Glieder wir sind, halten sie aber nicht für ausreichend für alle Situationen. In den neu entstehenden Ballungszentren z. B. mit neuen Industrieschwerpunkten und Wohnstädten sind völlig neue Formen der Gemeinde und des missionarischen Handelns der Kirche nötig. Es könnte aber sein, daß Erfahrungen, die dort gewonnen werden, auch für die herkömmlich strukturierten Gemeinden von großer Bedeutung werden können.

Darum bitten wir dringend um Förderung der oben genannten „Modelle“ und „Experimente“. Ihre ausdrückliche Anerkennung, verbunden mit einer Ermutigung der darin engagierten Christen, liegt im Interesse der Gesamtkirche – während ein mißtrauisch-abwartendes Gewährenlassen, verbunden mit argwöhnischer Kritik und vorschnellen Erfolgserwartungen, diese Gruppen in eine vermeidbare Isolierung treibt. Manche Fehlentwicklungen werden gar erst durch solchen Argwohn provoziert und wären durch entsprechende Förderung zu vermeiden.

### *Neue Erfordernisse für die Gemeinde als Funktion der missio Dei*

#### *a) Für die missionarische Planung*

Als Voraussetzung missionarischer Wirksamkeit halten wir gründlichere Bestandsaufnahmen für nötig. In weitaus größerem Umfang als bisher müßten soziologische Erhebungen in die planende Arbeit der Kirchenleitungen aufgenommen werden. Solche Bestandsaufnahmen sind nur sinnvoll in verbindlicher Zusammenarbeit der evangelischen Kirchen (Landes- und Freikirchen) in der DDR. Bei der Überprüfung von Einsatzmöglichkeiten von Dienstgruppen, etwa in den neuen Ballungszentren, dürften die regionalen oder denominationellen Kirchengrenzen keine hemmende Rolle spielen. Für diese Zwecke empfehlen wir die Bildung zweckgebundener und zeitlich befristeter Arbeitsausschüsse, die mit wirksamen Vollmachten ausgestattet werden sollten.

Zu den notwendigen neuen Gemeindeformen gehören einerseits kleine Gruppen, die sich um einer gemeinsamen Aufgabe willen bilden, andererseits überparochiale Dienstgemeinden, die von den Erfordernissen einer „Raumschaft“ her gebildet werden. Unter Raumschaft verstehen wir eine geographische Einheit, die etwa dem Einzugsgebiet eines Industriezentrums gleichkommt. Wir bitten, die Initiative einzelner und ganzer Gruppen von Christen zur Erprobung solcher notwendigen neuen Gemeindeformen zu fördern und sie nicht an kirchenrechtlichen Bedenken scheitern zu lassen.

#### *b) Für den Einsatz von Mitarbeitern*

Um des Auftrags der Kirche willen halten wir eine Überprüfung des gegenwärtigen Systems der Pfarrstellenbesetzung für nötig. Das herkömmliche Netz der Planstellen entspricht längst nicht mehr den Gegebenheiten. Wir denken dabei nicht nur an das bekannte Mißverhältnis der Zahl der Gemeindeglieder und der Zahl der Pfarrer etwa in einer Großstadtgemeinde. Von der Tradition der Volkskirchen her wird das Ziel einer gleichmäßigen Besetzung aller Planstellen in Stadt und Land weiter angestrebt. So wird die Fiktion einer gleichmäßigen „geistlichen Versorgung“ aufrechterhalten. Bei der Pfarrstellenbesetzung sollte einmal das Hauptaugenmerk auf bestimmte Schwerpunkte und nicht auf gleichmäßige Streuung gelegt werden, zum andern die Notwendigkeit von übergemeindlichen Sonderdiensten (prov. Pfarrstellen) mehr beachtet werden.

Wir bitten darum, bei der Entstehung von neuen Wohngebieten die Chance des Neuanfangs zu nutzen – d. h. an Stelle einer einfachen Verpflanzung des bisher üblichen Parochialsystems mit Bildung neuer Pfarrstellen sollten Dienstgruppen aus Theo-

logen und Nichttheologen, bezahlten und ehrenamtlichen Mitarbeitern gebildet werden, die für den Dienst in diesen Wohngebieten beauftragt werden.

Um dafür Sorge zu tragen, daß die geeigneten Personen mit den entsprechenden Funktionen betreut werden, ist die Einführung einer Eignungsprüfung der Pfarramtskandidaten notwendig. (Vgl. die Erfahrungen der niederländischen reformierten Kirche.)

Schon die Ausbildung kirchlicher Mitarbeiter, besonders der Theologen, sollte auf die Erfordernisse einer missionierenden Gemeinde ausgerichtet sein. Das würde bedeuten, daß die einseitige homiletisch-katechetische Ausbildung ergänzt wird durch methodische Schulung in Gesprächsführung und Einführung in neue Arbeitsformen.

### *c) Für die Visitation*

Wenn die Erkenntnis richtig ist, daß eine Gemeinde Jesu Christi diesen Namen nur verdient, wenn sie in ihrer Umwelt Werkzeug der *missio Dei* ist, müßte dieser Gesichtspunkt bei Visitationen leitend sein.

Wir halten es für wichtig, bei Visitationen etwa folgende Fragen zu stellen:

Welche besonderen Aufgaben diakonischer oder gesellschaftlicher Art sieht die visitierte Gemeinde in ihrer Umwelt?

Wie wird sie ihnen gerecht?

Was geschieht an sinnvoller Planung zur Vorbereitung auf gegenwärtige und zukünftige Aufgaben?

Was geschieht an notwendiger Information und Vorbereitung der Gemeindeglieder im Blick auf ihren Zeugendienst am Arbeitsplatz oder in gesellschaftlichen Funktionen?

Welchen Platz hat das partnerschaftliche Gespräch mit Nichtchristen im Lebensvollzug der Gemeinde?

Welchen Platz hat der entsprechende Erfahrungsaustausch der Gemeindeglieder in Planung und Durchführung der Gemeindeveranstaltungen?

Macht sich die Gemeinde klar, in welcher Sicht sie bei denen erscheint, die ihr nicht angehören?

Gibt es bei der Wahrnehmung erkannter Aufgaben irgendeine Art der Zusammenarbeit mit anderen christlichen Gemeinden am Ort oder der näheren Umgebung?

Bei all diesen Fragen ist vorausgesetzt, daß die Gemeinde und nicht nur der Pfarrer visitiert wird.

Die visitierte Gemeinde sollte aufgefordert werden, vorhandene und bereits erprobte neue Möglichkeiten in einer „Modell-Gemeinde“ durch eine Abordnung von mitarbeitenden Gemeindegliedern kennenzulernen.

Neben den kirchenamtlichen Visitationen müßten solche ermöglicht werden, die mehr dem Erfahrungsaustausch als der Prüfung dienen. Geeignete Besucher oder Gruppen von Besuchern müßten damit beauftragt werden. So könnten die guten Erfahrungen der Studentengemeinde und auch anderer kirchlicher Werke ausgewertet werden, die diese mit ihrem Reisedienst machen.

Die aufgezählten „Empfehlungen“ erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Entscheidenden Wert legen wir darauf, daß alle etwaigen neuen Formen missionarischer Gemeinden ihrerseits flexibel sein müssen; denn auch sie werden im Blick auf einen weiteren Wandel der Situation Änderungsbedürftig bleiben.

### VORSCHLÄGE ZUR WEITERARBEIT

Zur weiteren Verbreitung der Ergebnisse unserer Untersuchung in den Gliedkirchen in der DDR würden wir folgendes vorschlagen:

Ein Besuchsdienst bei experimentierenden Gruppen sowie eine Einladung solcher Gruppen in die Gemeinden kann außerordentlich förderlich sein.

In Pastorkollegs, auf Konventen, Pfarrkonferenzen und Mitarbeiter tagungen sollte die Thematik in den nächsten Jahren immer wieder vorkommen.

Verschiedene Mitarbeiter der Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft sind bereit, dabei zu helfen.

Im Ökumenischen Institut Berlin steht das Arbeitsmaterial einschließlich der ökumenischen Dokumente zur Verfügung. Dort sollen auch künftig Fachtagungen für Interessenten der Thematik gehalten werden.

Die ÖkAG hält es für nötig, theologisch weiterzuarbeiten, besonders im Blick auf folgende Themenkreise:

1. Die *notae ecclesiae*, wie sie unter dem Bilde vom „wandernden Gottesvolke“ zu beschreiben sind.

2. Das Amt in einer Gemeinschaft von Charismen.

3. Die *missio Dei* als Versöhnung der Welt und die Mission der Kirche.

4. Säkularisierung als Herausforderung an die Kirche.

5. Gottesdienst in einer missionierenden Kirche.

6. Auswertung der Genfer Tagung über „Kirche und Gesellschaft“ (insbesondere im Blick auf die 4. Vollversammlung des ÖRK).

Es liegt in der Intention der ökumenischen Untersuchung, daß wir als ÖkAG auch zur besseren Kooperation der „missionarischen Werke“ in der DDR beitragen.

Das zweite Beispiel von Arbeiten, die in der DDR auf Anregung des Ökumenischen Rates zustande gekommen sind, gehört schon zur Vorbereitung der für 1968 in Uppsala vorgesehenen Weltkirchenkonferenz. Über eines der Unterthemen dieser Konferenz, „Gottesdienst in einer säkularen Welt“, liegt ein Beitrag aus der DDR vor:

#### GOTTESDIENST IN EINER SÄKULAREN WELT

##### *Ein Beitrag aus der DDR*

(*„Evangelische Kommentare“*, Nr. 4, April 1968, S. 215–217)

Vom 27. bis 29. April 1967 kamen im Ökumenischen Institut in Berlin Laien und Theologen zu einer Konsultation über das Thema „Der Gottesdienst in einer säkularen Welt“ zusammen. Sie stellten fest:

Die Form unseres Gottesdienstes, die durch volkskirchliche Traditionen geprägt ist, wird heute von zwei Seiten in Frage gestellt:

1. Der Säkularisierungsprozeß und die Introvertiertheit der Gemeinde haben dazu geführt, daß im Gottesdienst nicht mehr die Gesamtheit der Gesellschaft repräsentiert ist und die traditionellen gottesdienstlichen Formen nur noch von wenigen verstanden werden.

2. Nach marxistischem Verständnis ist der Gottesdienst eine Kultübung, der keine Öffentlichkeitswirkung zusteht. Trotzdem rechnet die Kirche weithin noch damit, daß ihre gottesdienstliche Rede selbstverständlich von der Gesellschaft zur Kenntnis genommen und verstanden wird.

Wenn Gottesdienst heute in der veränderten Situation recht gefeiert werden soll, müssen Christen als missionierende Gemeinde in Solidarität mit den Menschen ihrer Umwelt den Anspruch des Evangeliums für die Welt praktizieren.

Von dieser Erkenntnis her hat die Konsultation ihre Aufmerksamkeit auf den Gottesdienst der missionierenden Gemeinde gerichtet. Ihre Beratungen hatten das folgende Ergebnis:

## I.

1. Die ökumenische Diskussion über die Strukturen der missionarischen Gemeinde hat uns gelehrt, die Sendung der Gemeinde von der Sendung Gottes her zu verstehen. Gottes Wesen ist Sendung. Das Geheimnis der Einheit von Vater, Sohn und Geist ist das Geheimnis der Sendung Gottes in die Welt.

2. Jesus Christus als der Gesandte Gottes vollzieht seinen Auftrag nicht in einem sakralen Bereich, sondern mitten in der Welt. Er begegnet Menschen am See während der Arbeit, am Zoll und in privaten Häusern. Er stirbt am Kreuz „draußen vor dem Tor“ (Hebr 13, 12). Tritt Jesus Christus in der Synagoge oder im Tempel auf, so kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen ihm und den Frommen.

3. Die Sendung Gottes in Jesus Christus setzt sich in der Sendung der Gemeinde fort (Joh 17, 18; 20, 21). Sendung ist deshalb nicht eine Funktion neben vielen anderen Funktionen der Gemeinde, sondern sie macht ihr eigentliches Wesen aus.

4. Vollzug der Sendung heißt nicht zuerst, Menschen in den Raum der Kirche hineinzuholen. Missionarische Aktivität besteht nicht im Werben für fromme Veranstaltungen. „Die Sendung der Gemeinde geschieht als Bezeugung der Liebe Gottes durch Verkündigung des Evangeliums und durch hingebenden Dienst in den Sachbereichen der Gesellschaft. Sie geschieht in der Hoffnung, daß Gott beide Gestalten dieses Zeugnisses dazu benutzen wird, Menschen seinem Volke einzugliedern.“ (These 2 der „Theologischen Erkenntnisse“ im Bericht der Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft für Strukturfragen in der DDR.)

5. Alle Formen der Versammlung der Christen sind unter dem Gesichtspunkt zu prüfen, ob sie der Sendung dienen. Die Sendung hat die Art der Versammlung zu bestimmen. Die Formen der Versammlung müssen so beweglich sein, daß sie sich der Sendung anpassen. Sie können nicht ein für allemal festgelegt werden, sondern erwachsen ständig neu aus den Erfahrungen der Gemeinde, die im Vollzug der Sendung lebt. *Diese Erkenntnis ist auch auf den Gottesdienst der Gemeinde anzuwenden.*

## II.

1. Christen und Nichtchristen leben zusammen in der Welt. Sie haben z. B. dieselben Berufe und arbeiten gemeinsam in den „Sachbereichen der Gesellschaft“. Christen sind nicht besser als Nichtchristen; sie haben gleiche Vorzüge und gleiche Schwächen; sie versagen ebensooft. Christen wie Nichtchristen leiden unter dem Unfrieden in der Welt und an den Folgen des Hasses. Sie teilen den Wunsch nach Frieden und sehnen sich danach, in Ruhe leben und arbeiten zu können.

Gemeinsam stehen sie vor der Aufgabe, die Probleme zu bewältigen, die der Fortschritt in der Technik und die Ergebnisse der Naturwissenschaft stellen. Gemeinsam tragen sie die Verantwortung dafür, daß die technischen Möglichkeiten der Gegenwart zum Guten eingesetzt und nicht in Machtkämpfen mißbraucht werden.

2. Es ist die vordringliche Aufgabe der Predigt im Gottesdienst, Christen Mut zu machen, das Evangelium von Jesus Christus im alltäglichen Leben durch ihr Wort und durch ihren „hingebenden Dienst in den Sachbereichen der Gesellschaft“ zu bezeugen. Christen entziehen sich sehr häufig diesem Dienst mit der Begründung, es habe keinen Zweck, sich für die Lösung besonderer Probleme und die Behebung vorliegender Mißstände einzusetzen. Sie befinden sich, wie die Nichtchristen auch, in der Gefahr, sich mit den Gegebenheiten abzufinden und im Rahmen dieser Gegebenheiten ihren eigenen Vorteil zu suchen. Deshalb hat sich die Predigt als Predigt des Evangeliums darin zu bewähren, daß sie Gottes Liebe als Liebe zu seiner ganzen Schöpfung bezeugt, die er nicht aufgegeben, sondern zur Rettung bestimmt hat (Röm 8, 18 ff.). Unter dieser Predigt lernt es der Christ, im Glauben die Welt als in Bewegung befindlich zu verstehen, und zwar in Bewegung auf die Vollendung hin. Er begreift, daß er es nicht



nötig hat, den Status quo der Welt hinzunehmen. In der Hoffnung auf die zukünftige Vollendung gewinnt er die Kraft, Enttäuschungen, Mißerfolge und auch Leiden zu ertragen. Er erkennt sein Versagen im Beruf, seine Gleichgültigkeit den Nöten der Welt gegenüber, die Tatsache, daß er sich mit vielem abgefunden hat, seine Scheu vor dem Leiden, sein Schweigen als Schuld, die er Jesus Christus zu bekennen hat.

*Die Beichte im Gottesdienst wird konkret.* Ein allgemein formuliertes Beichtgebet verhärtet Christen und ist deshalb nicht zu verantworten.

Die Gemeinde, die ihr Leben in der Welt als eine von Christus gestellte Aufgabe erkannt hat, wird im Gottesdienst alle Nöte, die ihr begegnen, im Gebet aussprechen.

*Das Fürbittgebet im Gottesdienst wird konkret.* Ein allgemein formuliertes Fürbittgebet verführt zur Gedankenlosigkeit und entwertet das Gebet.

Die Gemeinde, die ihrem Sendungsauftrag nachkommt, wird in konkreten Erlebnissen die wirksame Gegenwart ihres Herrn erfahren. Sie hat Grund zum Danken.

*Die Anbetung im Gottesdienst wird konkret.* Anbetung Gottes ohne Bezugnahme auf die Erlebnisse und Erfahrungen der Gemeinde (eventuell in feststehenden liturgischen Formulierungen) erzieht zur Undankbarkeit.

Beichte, Fürbittgebet und Dank geschieht immer stellvertretend für alle Menschen. In dieser Stellvertretung hat sich die Sendung zu bewähren.

3. Für den Christen in der DDR ist sein Verhältnis zu den Marxisten ein besonderer Prüfstein dafür, ob er bereit ist, als Gesandter Christi zu leben. Durch die Predigt des Evangeliums begreift er, daß Gottes Liebe allen, also auch den Marxisten, gilt; er erfährt, daß Jesus Christus auf Feindschaft und Ablehnung mit Geduld und Liebe antwortet und dasselbe auch von den Seinen erwartet. Er erkennt, daß seine ablehnende Haltung und Ungeduld den Marxisten gegenüber Schuld ist. Er sucht die Ursache für ein schlechtes Verhältnis zwischen Marxisten und Christen bei sich selber. Das ist im Gottesdienst, in der Predigt, im Beichtgebet und in der Fürbitte zu berücksichtigen.

### III.

1. Die Gottesdienste, die normalerweise als Hauptgottesdienste an den Sonntagvormittagen in den Gemeinden der DDR gehalten werden, sind in ihrem Ablauf weitgehend festgelegt. Es fehlt ihnen also die Beweglichkeit, die uns für den Gottesdienst der missionarischen Gemeinde notwendig erscheint (I, 3).

2. Die einzelnen Stücke des Hauptgottesdienstes (Kyrie, Gloria, Kollektengebet usw., Texte und Melodien der Lieder, die agendarischen Gebete) sind in ihrer Entstehung geschichtlich bedingt. Sie sind nicht zu jeder Zeit und in jeder Lage in gleicher Weise verständlich und nachvollziehbar. Sie sind trotzdem in den gottesdienstlichen Reformen nach 1945 in überarbeiteter Form als verbindlich erklärt worden. Die normalen Gemeindeglieder erleben deshalb den Gottesdienst als etwas, das ihnen an sich fremd ist. Sie erfahren in ihm, von Ausnahmen abgesehen, nicht den Zusammenhang zu dem, was sie in der Welt bewegt. Das leistet dem Mißverständnis Vorschub, Christ-Sein habe mit dem Verhalten in der Welt nichts zu tun.

3. Für den Nichtchristen ist der Verlauf des Gottesdienstes ohne Erklärung überhaupt nicht verständlich. Nach 1 Kor 14, 23 ist aber der Ungläubige Maßstab der von Paulus geforderten Verständlichkeit der Gemeindeversammlung.

4. *Aus den unter 1.-3. angeführten Gründen kann der übliche Hauptgottesdienst unserer Gemeinden nicht mehr Gottesdienst der missionarischen Gemeinde sein.* Die Gemeinden stehen deshalb vor der Aufgabe, für ihren Gottesdienst neue Formen zu finden.

Diese Formen sind noch nicht da; wir wissen nicht, wie sie aussehen werden. Sie müssen gesucht werden. Sicher scheint zu sein: Die Vielschichtigkeit unserer gegenwärtigen Gesellschaft und der Auftrag, den die Gemeinden in dieser Gesellschaft

haben, machen das Nebeneinander verschiedener und vor allem beweglicher Formen notwendig. Es gilt der Grundsatz, daß die Sendung die Art und Weise der Sammlung zu bestimmen hat.

#### IV.

1. In den letzten Jahren sind an mehreren Orten in der DDR unterschiedliche gottesdienstliche Experimente durchgeführt worden. Als ein Ergebnis u. a. kann bereits heute gesagt werden: Nur die Experimente führen weiter, die von der Gesamtheit der Gemeinde und nicht nur von hauptamtlichen kirchlichen Mitarbeitern getragen und verantwortet werden. Allein die Mitarbeit der ganzen Gemeinde garantiert, daß die Probleme der Welt in den Gottesdienst hineingenommen und unter der Verkündigung des Evangeliums verarbeitet werden. Nur wenn die Vielfalt der Begabungen und Fähigkeiten, die Christus seiner Gemeinde gegeben hat (Röm 12; 1 Kor 12), zur Entfaltung kommen, kann der Gottesdienst Stärkung und Zurüstung für die Sendung sein.

*Die Bemühung um den Gottesdienst der missionarischen Gemeinde kann also nur Teil der Gesamtbemühung um die missionarische Gemeinde sein.*

2. Die kirchliche Ordnung, Gewohnheit und die Trägheit der Gemeinden burden zur Zeit dem Pfarrer eine besondere Verantwortung auf. Er wird dazu verführt, als einzelner zu handeln und zu entscheiden. Auf diese Weise verhindert er, daß die Begabungen seiner Gemeindeglieder zur Entfaltung kommen und die Gemeinde aus sich heraus neue Formen der Versammlung findet. Aus diesem Grunde muß der Pfarrer ein neues Verhältnis zu seiner Gemeinde finden. Er hat darauf zu vertrauen, daß Christus allen Christen seine Gaben verliehen hat. Sie zu entdecken und zu entfalten ist zur Zeit seine wichtigste Aufgabe.

3. Der beste Weg, dieser Aufgabe gerecht zu werden, scheint der Dialog zu sein (Einzelgespräch, Sachgespräch in Gruppen, Bibelarbeit). Die Erfahrung zeigt, daß auf diese Weise verschiedenartige Gruppen entstehen, die anfangen, ihre alltägliche Wirklichkeit von der Bibel her zu verstehen und zu bewältigen (Dienstgruppen, Hausbibelkreis). Es werden Gaben und Fähigkeiten lebendig, die vorher brachlagen und mit denen keiner gerechnet hat.

#### V.

1. In der Zusammenarbeit zwischen dem Pfarrer und den in der Gemeinde vorhandenen Gruppen entstehen neue Formen gottesdienstlicher Versammlungen. Der Pfarrer hat dabei die Aufgabe, entdeckte Begabungen richtig einzusetzen, als Theologe zu beraten und zu koordinieren.

2. Als Beispiele solcher neuer Formen seien Gottesdienste genannt, die als Tischmesse, verbunden mit einer Mahlzeit, gefeiert werden. Neben der Auslegung eines biblischen Textes, von Laien oder Theologen gehalten, steht gleichberechtigt das „Wort des Laien“, in dem Probleme, Erfahrungen und Nöte des Christen zur Sprache kommen, der als Gesandter Christi in der Welt lebt. Das „Wort des Laien“ eröffnet die Möglichkeit spontaner Äußerungen und des Gespräches innerhalb des Gottesdienstes; die Mahlzeit, die als Teil des Gottesdienstes verstanden wird, gibt eine weitere Möglichkeit der Aussprache. In anderen Experimenten sind die Fürbitten mit vorausgehenden Informationen (Zitate aus der weltlichen Presse), Informationen aus der Ökumene oder Bildmeditationen (Dias) verbunden worden. Es ist auch versucht worden, die in der Gemeinde vorhandenen Gaben des Spielens, Gestaltens und Darstellens im Gottesdienst sich entfalten zu lassen. Daß das Evangelium etwas mit dem alltäglichen Leben zu tun hat, erfährt der Christ nicht nur, indem es ihm gesagt wird, sondern auch, indem es szenisch dargestellt wird.

3. Es ist denkbar und durch Erfahrung bestätigt, daß ein besonderer missionarischer

Auftrag oder eine besondere berufliche Situation Gruppen oder Dienstgruppen über-gemeindlichen Charakters entstehen lassen können. Nach dem Grundsatz, daß die Sendung die Art der Versammlung zu bestimmen hat (s. I, 5), haben diese Gruppen das Recht, eigene Gottesdienste zu halten. Der Zusammenhang zu den herkömmlichen Ortsgemeinden ist innerhalb dieser Gottesdienste in der Predigt, im Dank, im Beichtgebet, durch Information und in der Fürbitte zu wahren. Außerhalb des Gottesdienstes wird dieser Zusammenhang u. a. durch Erfahrungsaustausch wirksam.

4. Es gibt Gemeinden, die heute zahlenmäßig so klein sind, daß das Festhalten an der herkömmlichen Form des Gottesdienstes ihrem Wesen nicht mehr entspricht und deshalb zu einem tötenden Gesetz wird. Diese Gemeinden sollten die Gelegenheit erkennen, die gerade eine Versammlung von wenigen Christen bietet. Ihnen empfiehlt sich ganz von selber die Möglichkeit, Gottesdienste in Wohnräumen, Gottesdienst als Tischmesse, Gottesdienst mit Gespräch und Fürbitte nach gegenseitiger Information zu halten. Die Kirchenleitungen sollten zu Experimenten in dieser Richtung ermutigen und Anregungen vermitteln.

5. Für die Zeit des Überganges eröffnet das Vorhandensein von Gruppen auch neue Möglichkeiten für die Gestaltung des herkömmlichen Gottesdienstes. Die Gruppen können verschiedene Aufgaben übernehmen: Übertragung einer Lesung oder des Predigttextes in die Umgangssprache; Zusammenstellen und Formulieren der Fürbitten; Formulieren des Dankgebetes und des Beichtgebetes; Bibelarbeit mit dem Pfarrer zur Vorbereitung der Predigt; Gestaltung der Abkündigungen zur Information (kirchliche und weltliche Presse). Bei dieser Art der Vorbereitung eines Gottesdienstes hat der Pfarrer die Aufgabe, als Theologe zu beraten und zu koordinieren.





# Aus der Auslandsarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland

Von Arved Hohlfeld und Wilhelm Nöllenburg

Die Anfänge der Auslandsgemeinden liegen mehrere Jahrhunderte zurück. Als Beispiele seien genannt: Stockholm 1571, Kopenhagen 1575, Venedig 1670. Doch erst das 19. Jahrhundert und sodann das 20. Jahrhundert mit den großen Wanderungsbewegungen lassen die Fragen aufbrechen, die mit der kirchlichen Auslandsarbeit verbunden sind. Gründung, Existenz und Entwicklung der Auslandsgemeinden stehen in engem ursächlichem Zusammenhang mit der Auswanderung. Es gibt Zeiten, die eine Auswanderung begünstigen, und solche, die eine Auswanderung hemmen. Dieses Auf und Ab der Auswanderungswellen legt sich wie verschieden starke Jahresringe um den Kern der Siedlungen und Gemeinden im Einwanderungsland. Die Motive der Auswanderung sind vornehmlich wirtschaftlicher oder politischer Art, abgesehen von religiösen Motiven, die im Zuge der Reformation zum Beispiel die Hugenotten und Salzburger ins Ausland trieben.

Politische und wirtschaftliche Motive haben in jüngerer Zeit auch in negativer Weise auf die Auswanderung gewirkt. Gedacht ist an die Zeit vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Das totalitäre Regime des Nationalsozialismus hat in so hohem Maße über den Arbeitseinsatz der Menschen verfügt, daß es jede Auswanderung verhinderte, der Krieg und die ersten Nachkriegsjahre haben jeden Grenzübergang unmöglich gemacht, und in den folgenden Jahren des Wirtschaftswunders boten sich im eigenen Lande so gute Möglichkeiten, daß kaum jemand auf die Idee kam, auszuwandern. So kann man sagen, daß es in den vergangenen 35 Jahren wohl Emigranten und vereinzelte Auswanderer gegeben hat, es gab aber keine nennenswerten Auswandererzahlen mehr, noch weniger Auswanderungswellen, wie Deutschland sie zu Anfang des vorigen Jahrhunderts, nach 1848 und nach dem Ersten Weltkrieg erlebt hat.

Die „klassische“ Auswanderung im 19. Jahrhundert, besonders wenn sie sich nach Übersee richtete, erforderte eine Umstellung der Lebensgewohnheiten, die nicht selten ihren Ausdruck fand in einem Abbruch aller Beziehungen zum früheren Lebensmilieu. Jede neue Einwanderergruppe wirkte darum auf diejenigen, die bereits im fremden Land Fuß gefaßt hatten, wie ein Stück verlorener Heimat; aber nicht nur das, sie wirkte auch belebend, erneuernd und mitreißend wie ein frischer Wind. Sie half mit, die Muttersprache in Haus und Kirche zu erhalten und manche Fäden zur Vergangenheit neu zu knüpfen. Dieser konservierende wie auch belebende Einfluß der nachfolgenden Auswanderer- bzw. Einwanderergruppen kam um so mehr zur Wirkung, je geringer der Wille und die Fähigkeit des Aufnahmelandes zur Integrierung der Einwanderer war. Eben das war aber in Südamerika in besonderem Maße der Fall, so daß sich dort die deutschen evangelischen Gemeinden am längsten gehalten haben, wie andererseits die Mutterkirche in Deutschland den Schwerpunkt ihrer Bemühungen um die Auslandsdiaspora auf Süd- bzw. Lateinamerika legte.

Das Bild einer Auslandsgemeinde, wie es noch heute vielfach als typisch angesehen wird, stammt aus jener Zeit, als es noch Auswanderer gab. In Wirklichkeit aber hat sich dieses Bild seit 35 Jahren mehr und mehr gewandelt, nicht zuletzt darum, weil die politischen Ereignisse dieser Jahre ein gewaltiges Anwachsen des Nationalbewußtseins mit sich brachten. Es bereitete einerseits den Boden für die Schließung der deutschen Schulen oder sogar für das Verbot der deutschen Sprache, andererseits trug es, zusammen mit dem Versiegen des Einwandererstromes und der Abkapselung während der Kriegs- und Nachkriegsjahre, nicht unwesentlich zur Verselbständigung der Gemeinden und zum Entstehen bodenständiger Kirchen bei.

Hiermit sollte wenigstens skizzenhaft gezeigt werden, wie die Entwicklung in Lateinamerika die Stellung der EKD zur Auslandsarbeit beeinflußt hat, so daß das neue Selbstverständnis der Auslandsgemeinden der neuen Konzeption des Kirchlichen Außenamtes entgegenkam, die eine durch Vertrag festgelegte Partnerschaft zwischen EKD und Gemeinde bzw. Kirchengemeinschaft an die Stelle des bisherigen Anschlußverhältnisses setzte. Wie weit der Weg zu diesem Partnerschaftsverhältnis war, soll ein kurzer Rückblick verdeutlichen.

Die evangelischen Kirchen in Deutschland erkannten frühzeitig die mit der Auswanderungsbewegung einsetzende und für sie neue Verantwortung. Sie erkannten mehr und mehr, daß die damit verbundenen Aufgaben nicht von jeder Landeskirche allein gelöst werden konnten. Es blieb aber noch lange dabei, daß einzelne Landeskirchen und kirchliche Zusammenschlüsse bestimmten Auswanderergruppen in ihren neuen Siedlungsgebieten den notwendigen Hilfsdienst leisteten. Dies wirkt sich bis in die heutige Zeit so aus, daß zum Beispiel die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Hannovers sich in besonderer Weise mit einer Kirche im südlichen Afrika verbunden weiß oder die Evangelische Kirche der Union mit einigen Kirchen in Südamerika.

Vor 65 Jahren, am 13. Juni 1903, beschloß die Konferenz Deutscher Evangelischer Kirchenregierungen, ein gemeinsames Organ zu bilden, den Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß. Dieser konstituierte sich am 10. November 1903. Zu seinen Aufgaben gehörte vor allem „die kirchliche Versorgung der evangelischen Christen in den deutschen Schutzgebieten und die Förderung kirchlicher Einrichtungen für die evangelischen Deutschen im Ausland, die Seelsorge unter den Auswanderern und den Seeleuten“. Damit begann eine gemeinsame kirchliche Arbeit der Landeskirchen, die zwar an dem wechselnden Geschehen in den einzelnen Kirchen während der folgenden Jahrzehnte teilnahm, die aber ein Bindeglied zwischen den Landeskirchen auch dann blieb, wenn die politische wie auch die geistliche Entwicklung in ihnen zeitweise zu gegensätzlichen Auffassungen führte und die Gemeinsamkeit gefährdete. Wenn auch der Erste Weltkrieg eine Zäsur in diese Art der Auslandsarbeit brachte und das Leben der Gemeinden einer ersten Belastungsprobe aussetzte, außerdem der Fortfall der Monarchie in den deutschen Ländern eine völlige Neuordnung der kirchlichen Organisation verlangte, blieb doch das Wissen um die gemeinsame Verantwortung für die kirchliche Versorgung der im Ausland lebenden Deutschen erhalten. Der 1. Evangelische Kirchentag in Dresden 1919, der die Bildung des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes vorbereitete, bezeichnete die „kirchliche Fürsorge für evangelische Auslandsdeutsche als dessen

erste Aufgabe“. In der Zeit des Kirchenbundes (1922–1933) und auch noch später wurden jene Gemeinden, deren Entwicklung bisher einzelne Landeskirchen allein gefördert hatten, in die Obhut des im Kirchenbund hierfür gebildeten Organs überführt. Um nur ein Beispiel zu nennen: Auf Grund des Preußischen Kirchengesetzes „betreffend die mit der Evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen in Verbindung stehenden Kirchengemeinschaften außerhalb Deutschlands“ vom 7. Mai 1900 standen im Jahr 1914 etwa 200 Gemeinden und Pfarrer in aller Welt in der Fürsorge des Evangelischen Oberkirchenrats in Berlin.

So führt ein gerader Weg von dem Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß aus dem Jahre 1903 über das geschäftsführende Organ gleichen Namens des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes und die Deutsche Evangelische Kirche (1933–1948) zum Kirchlichen Außenamt, das 1934 als „Kirchliches Amt für auswärtige Angelegenheiten bei der Deutschen Evangelischen Kirche“ (Kirchliches Außenamt) konstituiert wurde. Auch nach der Grundordnung von 1948 und dem Auslandsgesetz von 1954 ist das Kirchliche Außenamt als eine Amtsstelle des Rates der EKD für die Auslandsarbeit verantwortlich. „Auslandsgesetz“ ist die geläufige Bezeichnung für das „Kirchengesetz über das Verhältnis der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihrer Gliedkirchen zu evangelischen Kirchengemeinschaften und Gemeinden, Pfarrern und Gemeindegliedern deutscher Herkunft außerhalb Deutschlands, vom 18. März 1954“.

#### KIRCHENGESETZ

*über das Verhältnis der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihrer Gliedkirchen zu evangelischen Kirchengemeinschaften und Gemeinden, Pfarrern und Gemeindegliedern deutscher Herkunft außerhalb Deutschlands. Vom 18. März 1954*

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat folgendes Kirchengesetz beschlossen:

##### § 1

(1) Die Evangelische Kirche in Deutschland nimmt die ihr gemäß Artikel 17 ihrer Grundordnung obliegende Verantwortung für die deutschen evangelischen Kirchengemeinschaften und Gemeinden, Pfarrer und Gemeindeglieder außerhalb Deutschlands nach den Bestimmungen dieses Gesetzes wahr.

(2) Wo diese Verantwortung von Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland oder von Zusammenschlüssen von Gliedkirchen wahrgenommen wird, geschieht dies im Zusammenwirken mit der Evangelischen Kirche in Deutschland.

#### *1. Verträge mit Kirchengemeinschaften und Kirchengemeinden*

##### *Gemeinsame Bestimmungen*

##### § 2

Die Evangelische Kirche in Deutschland regelt ihre Beziehungen zu evangelischen Kirchengemeinschaften (Kirchen, Synoden, Gemeindeverbänden usw.) und Kirchengemeinden im Ausland, die nach ihrem Bekenntnis sowie durch ihre Geschichte oder durch die Herkunft oder Sprache ihrer Glieder in einem Zusammenhang mit der evangelischen Christenheit in Deutschland stehen, auf Grund freien Übereinkommens nach Maßgabe dieses Gesetzes.

### § 3

(1) Die Beziehungen nach § 2 können in freier Weise gepflegt werden, zum Beispiel durch Vermittlung von Arbeitsmaterial, durch den Austausch von Berichten und durch Besuche.

(2) Sie müssen durch Verträge geregelt werden, wenn gegenseitige Verpflichtungen eingegangen werden sollen.

### § 4

Voraussetzung für einen Vertrag mit einer Kirchengemeinschaft oder einer Kirchengemeinde ist:

a) daß ihre Ordnungen mit der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland nicht unvereinbar sind;

b) daß keine Bindung an eine andere Kirche, Gemeinde oder Religionsgemeinschaft besteht, die mit der vertraglichen Beziehung auf Grund dieses Gesetzes nicht vereinbar ist.

### § 5

(1) Der Vertrag muß für beide Vertragspartner mit einer angemessenen Frist kündbar sein.

(2) Der Vertrag muß Bestimmungen darüber enthalten, unter welchen Voraussetzungen jeder Vertragspartner zur Kündigung mit sofortiger Wirkung berechtigt ist.

## Verträge mit Kirchengemeinschaften

### § 6

In dem Vertrag mit einer Kirchengemeinschaft kann sich die Evangelische Kirche in Deutschland insbesondere verpflichten:

a) der Kirchengemeinschaft Pfarrer und andere kirchliche Mitarbeiter aus dem Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland für den Dienst in ihren Gemeinden unter Beachtung der in ihnen geltenden Bekenntnisse zu benennen, vorzuschlagen oder zu vermitteln;

b) die Kirchengemeinschaft bei der Ausbildung und Fortbildung ihrer Pfarrer und anderer kirchlicher Mitarbeiter zu unterstützen;

c) um die Durchführung gegenseitiger Besuche bemüht zu sein;

d) den Austausch theologischen und kirchlichen Schrifttums zu fördern.

aus d.

### § 7

Die Kirchengemeinschaft soll sich insbesondere verpflichten:

a) die Verantwortung für die kirchliche Versorgung aller in ihrem Bereich lebenden evangelischen Christen deutscher Herkunft zu übernehmen.

Haben evangelische Christen, die einem in der Evangelischen Kirche in Deutschland geltenden Bekenntnis zugehören, nicht die Möglichkeit, sich im Bereiche ihres Wohnortes einer deutschsprachigen Gemeinde ihres Bekenntnisses anzuschließen, so soll die Kirchengemeinschaft dafür sorgen, daß diesen evangelischen Christen alle Rechte eines Gemeindegliedes gewährt werden, wenn sie erklären, den Bekenntnisstand der Gemeinde achten und wahren zu wollen;

b) die Rechtsverhältnisse ihrer Pfarrer im Benehmen mit der Evangelischen Kirche in Deutschland zu ordnen;

c) die Ordnungen für die dienstrechtlichen Verhältnisse der auf Zeit von der Evangelischen Kirche in Deutschland entsandten Pfarrer nur mit Zustimmung der Evangelischen Kirche in Deutschland zu schaffen oder zu ändern;

d) die Rechtsgrundlage dafür zu schaffen, daß ein der Auslandsdienstzeit ent-



sprechender Anteil an der Altersversorgung der Pfarrer und ihrer Witwen übernommen und an die Evangelische Kirche in Deutschland gezahlt wird;

e) der Evangelischen Kirche in Deutschland vor einer Änderung ihrer Verfassung und vor Abschluß einer Vereinbarung mit einer Kirche, Gemeinde oder Religionsgemeinschaft Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

#### Verträge mit Kirchengemeinden

##### § 8

Voraussetzung für einen Vertrag mit einer Kirchengemeinde ist außer den allgemeinen Voraussetzungen des § 4:

a) daß sie eine von der Evangelischen Kirche in Deutschland anerkannte Gemeindeordnung hat, in der die bekennnismäßige Prägung der Gemeinde zum Ausdruck kommt;

b) daß sie durch Organe vertreten wird, die gemäß der Gemeindeordnung gebildet worden sind.

##### § 9

In dem Vertrag soll die Evangelische Kirche in Deutschland insbesondere folgende Verpflichtungen übernehmen:

a) der Gemeinde bei der Gewinnung von Pfarrern und anderen kirchlichen Mitarbeitern unter Beachtung des in ihr geltenden Bekenntnisses behilflich zu sein;

b) Pfarrern, die ordnungsmäßig berufen und von der Evangelischen Kirche in Deutschland bestätigt sind, für die Dauer ihres Dienstes in der Gemeinde die in den §§ 12 bis 24 geregelte Rechtsstellung zu gewähren;

c) das kirchliche Leben der Gemeinde in jeder möglichen Weise zu fördern.

##### § 10

In dem Vertrag soll die Kirchengemeinde sich verpflichten:

a) die Verantwortung für die kirchliche Versorgung aller in ihrem Bereich lebenden evangelischen Christen deutscher Herkunft zu übernehmen.

Haben evangelische Christen, die einem in der Evangelischen Kirche in Deutschland geltenden Bekenntnis zugehören, nicht die Möglichkeit, sich im Bereiche ihres Wohnortes einer deutschsprachigen Gemeinde ihres Bekenntnisses anzuschließen, so soll die Kirchengemeinde diesen evangelischen Christen alle Rechte eines Gemeindegliedes gewähren, wenn sie erklären, den Bekenntnisstand der Gemeinde achten und wahren zu wollen;

b) einen für den Gottesdienst geeigneten Raum bereitzustellen;

c) vor der Wahl eines Pfarrers mit der Evangelischen Kirche in Deutschland Fühlung zu nehmen, zu seiner Berufung ihre Bestätigung einzuholen und das Dienstverhältnis nur mit ihrer Zustimmung zu verlängern oder zu lösen;

d) für ein angemessenes Einkommen des Pfarrers zu sorgen;

e) die gesetzlichen Beiträge zur Ruhestands- und Hinterbliebenenversorgung der Evangelischen Kirche in Deutschland für ihren Pfarrer zu übernehmen;

f) ihre Gemeindeordnung nur im Benehmen mit der Evangelischen Kirche in Deutschland zu ändern.

#### Pfarrkonferenzen und Zusammenschlüsse von Kirchengemeinden

##### § 11

Die Evangelische Kirche in Deutschland läßt sich die Bildung und Pflege von Pfarrkonferenzen anlegen sein. Sie wirkt darauf hin, daß Kirchengemeinden, mit denen

sie im Vertragsverhältnis steht, sich nach Möglichkeit zu Gemeindeverbänden oder zu Synoden oder zu Kirchen zusammenschließen. In dem Vertrag mit einer Kirchengemeinde ist gegebenenfalls festzulegen, daß Verhandlungen über derartige Zusammenschlüsse im Benehmen mit der Evangelischen Kirche in Deutschland geführt werden.

## *II. Rechtsverhältnisse der Pfarrer und anderer kirchlicher Mitarbeiter*

### Allgemeine Bestimmungen

#### § 12

Pfarrer, die durch die Evangelische Kirche in Deutschland zum Dienst in einer Kirchengemeinschaft oder einer Kirchengemeinde, deren Beziehungen zur Evangelischen Kirche in Deutschland auf Grund dieses Gesetzes vertraglich geregelt sind, entsandt werden, genießen die Fürsorge der Evangelischen Kirche in Deutschland nach Maßgabe dieses Gesetzes.

#### § 13

(1) Die Pfarrer werden auf Zeit oder auf Dauer entsandt.

(2) Bei einer Entsendung auf Zeit ist die Dauer des Dienstes festzulegen. Diese soll nicht weniger als sechs und nicht mehr als zwölf Jahre betragen. Eine Verlängerung über zwölf Jahre hinaus kann nur aus wichtigen Gründen und nur mit Zustimmung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland erfolgen.

(3) Nach Ablauf der festgelegten Zeit kann eine Entsendung auf Zeit im Einvernehmen mit dem Pfarrer und der zuständigen Stelle im Ausland in eine Entsendung auf Dauer umgewandelt werden.

#### § 14

Die Entsendung, die Verlängerung der Dienstdauer und die Umwandlung einer Entsendung auf Zeit in eine Entsendung auf Dauer bedürfen der Zustimmung der heimatischen Gliedkirche des Pfarrers.

### Auf Zeit entsandte Pfarrer

#### § 15

(1) Die Evangelische Kirche in Deutschland entsendet einen Pfarrer auf Zeit, wenn er von seiner Gliedkirche für den Auslandsdienst mit der Maßgabe freigestellt wird, daß er die Anstellungsfähigkeit in seiner Gliedkirche und seine Versorgungsansprüche gemäß § 17 behält, und wenn er von seiner Gliedkirche die Zusage hat, daß sie ihm nach ordnungsmäßiger Beendigung des Auslandsdienstes nach Maßgabe des gliedkirchlichen Rechts zu einer Pfarrstelle oder einem entsprechenden hauptamtlichen Dienst verhelfen will.

(2) Vor der Entsendung ist die Evangelische Kirche in Deutschland dem Pfarrer bei der Regelung seiner Rechtsbeziehungen zu der Kirchengemeinschaft oder Kirchengemeinde, in deren Dienst er tritt, behilflich; insbesondere sorgt sie dafür, daß seine Ansprüche auf Besoldung, Wohnung und Urlaub angemessen geregelt sind.

(3) Vor der Entsendung stellt die Evangelische Kirche in Deutschland fest, wer die allgemeine Dienstaufsicht über den freigestellten Pfarrer ausübt.

(4) Die Gliedkirche behält gegenüber dem Pfarrer die Zuständigkeiten, die sich aus den §§ 16 bis 21 ergeben.

#### § 16

Die geistliche Gemeinschaft zwischen dem freigestellten und auf Zeit entsandten Pfarrer und seiner Gliedkirche soll aufrechterhalten bleiben. Die Gliedkirche sorgt dafür, daß

die seelsorgerliche Verbindung bestehenbleibt, daß der Pfarrer über die theologische und kirchliche Arbeit seiner Heimatkirche unterrichtet wird und daß ihm kirchliche Nachrichten vermittelt werden. Der Pfarrer soll sich die Verbindung mit seiner heimatlichen Gliedkirche anlegen sein lassen.

#### § 17

(1) Der freigestellte und auf Zeit entsandte Pfarrer behält seine Versorgungsansprüche an seine Gliedkirche; diese bleibt auch für seine Versetzung in den Ruhestand zuständig. Eine Versetzung in den Ruhestand während des Auslandsdienstes erfolgt im Einvernehmen mit der Evangelischen Kirche in Deutschland nach Anhörung der zuständigen Stelle im Ausland.

(2) Die im Ausland verbrachte Dienstzeit wird auf die ruhegehaltsfähige Dienstzeit angerechnet.

(3) Die Evangelische Kirche in Deutschland erstattet der Gliedkirche den Teil des Ruhegehalts, der dem Anteil des Auslandsdienstes an der gesamten ruhegehaltsfähigen Dienstzeit entspricht.

#### § 18

(1) Rechtzeitig vor Ablauf der vereinbarten Dienstzeit setzt die Evangelische Kirche in Deutschland im Benehmen mit der Gliedkirche und der Kirchengemeinschaft oder Kirchengemeinde im Ausland den Zeitpunkt der Heimkehr des Pfarrers fest.

(2) Die Evangelische Kirche in Deutschland kann im Benehmen mit der Gliedkirche den Pfarrer zurückberufen, wenn ihr Vertragsverhältnis mit der Kirchengemeinschaft oder Kirchengemeinde, in deren Dienst er steht, endet.

(3) Die Evangelische Kirche in Deutschland kann einen auf Zeit entsandten Pfarrer im Einvernehmen mit seiner Gliedkirche aus dem Auslandsdienst vorzeitig zurückberufen. Der Pfarrer und die Kirchengemeinschaft oder Kirchengemeinde, in deren Dienst er steht, sind vorher zu hören.

#### § 19

(1) Dem heimgekehrten Pfarrer zahlt die Evangelische Kirche in Deutschland ein Übergangsgeld bis zu dem Zeitpunkt, in dem er in Deutschland wieder eine Pfarrstelle oder einen entsprechenden hauptamtlichen Dienst erhält. Das Nähere wird in den Ausführungsbestimmungen der Evangelischen Kirche in Deutschland zu diesem Gesetz geregelt.

(2) Ist die Gliedkirche innerhalb von sechs Monaten nach Feststellung der Dienstfähigkeit des Pfarrers nicht in der Lage gewesen, ihm eine Pfarrstelle oder einen entsprechenden hauptamtlichen Dienst zu übertragen oder zu vermitteln, so zahlt sie ihm an Stelle der Evangelischen Kirche in Deutschland das Übergangsgeld weiter oder ordnet seine Versorgung nach dem gliedkirchlichen Recht.

(3) Die Gliedkirche rechnet den Auslandsdienst auf das Besoldungsdienstalder an.

#### § 20

(1) Der auf Zeit entsandte Pfarrer bleibt, soweit nichts anderes bestimmt ist (Absatz 3), während des Auslandsdienstes der Disziplargewalt seiner Gliedkirche unterstellt.

(2) Vorermittlungen in Disziplinarsachen werden von der Gliedkirche veranlaßt und vom Kirchlichen Außenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland in Föhlung mit der Gliedkirche durchgeführt. Die Föhlungnahme mit einer Kirchengemeinschaft richtet sich nach den im Vertrag getroffenen Vereinbarungen. Das Kirchliche Außenamt leitet der Gliedkirche den Bericht über das Ergebnis der Vorermittlungen zu. Bei der Hauptverhandlung ist ein Vertreter des Kirchlichen Außenamtes zugelassen.

(3) Im Vertrag mit einer Kirchengemeinschaft, die eine von der Evangelischen Kirche

in Deutschland anerkannte Disziplinarordnung hat (§ 7 Buchst. c), kann vereinbart werden, daß auf Zeit in ihren Dienst entsandte Pfarrer dieser Disziplinarordnung ganz oder teilweise unterstehen. Dabei muß das Recht der Gliedkirche und der Evangelischen Kirche in Deutschland, die Akten einzusehen und einen Vertreter zur Hauptverhandlung zu entsenden, gewahrt werden. Das Recht der Gliedkirche, Berufung einzulegen, ist sicherzustellen.

## § 21

(1) Über Beanstandung der Lehre eines auf Zeit entsandten Pfarrers befindet die zuständige Gliedkirche.

(2) Auf Verlangen der Gliedkirche muß der Pfarrer im Falle einer Lehrbeanstandung aus dem Auslandsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland zurückberufen werden. Für weitere Maßnahmen ist die Gliedkirche zuständig.

## § 22

Auf ordinierte Hilfsprediger (Pfarramtskandidaten, unständige Pfarrer) finden die Bestimmungen der §§ 15 ff. entsprechend Anwendung mit der Maßgabe, daß vor der Entsendung geregelt wird, welche Anwartschaften oder Ansprüche auf Versorgung und auf Verwendung nach Rückkehr aus dem Auslandsdienst ihnen zustehen, solange sie in ihrer Gliedkirche nicht die Rechtsstellung eines Pfarrers besitzen.

### Auf Dauer entsandte Pfarrer

## § 23

(1) Im Falle der Entsendung auf Dauer scheidet der Pfarrer aus dem Dienst seiner Gliedkirche unter Verlust der im Anstellungsverhältnis begründeten Rechte aus. Er behält im übrigen die mit der Ordination verliehenen Rechte.

(2) Vor der Entsendung auf Dauer oder der Umwandlung einer Entsendung auf Zeit in eine Entsendung auf Dauer muß die Altersversorgung des Pfarrers durch eigene Maßnahmen der Kirchengemeinschaft gesichert sein oder, wenn sich dies nicht erreichen läßt, durch Übernahme in die Ruhestands- und Hinterbliebenenversorgung der Evangelischen Kirche in Deutschland.

### Pfarrer ohne Verbindung zu einer Gliedkirche

## § 24

(1) Die Rechtsstellung eines Pfarrers, der vor der Entsendung nicht im Dienst einer Gliedkirche stand oder mit dessen bisheriger Gliedkirche keine Regelung gemäß den §§ 15 bis 22 getroffen werden konnte, ist auch für die Zeit nach Beendigung des Auslandsdienstes vor der Entsendung zu regeln. Dabei ist nach Möglichkeit zu vereinbaren, welche Gliedkirche hinsichtlich der §§ 16, 20 und 21 zuständig sein soll.

(2) Diese Pfarrer können in die Ruhestands- und Hinterbliebenenversorgung der Evangelischen Kirche in Deutschland aufgenommen werden.

(3) Sie genießen die Fürsorge der Evangelischen Kirche in Deutschland nach Maßgabe dieses Gesetzes.

### Pfarrer mit persönlichem Vertragsverhältnis zur Evangelischen Kirche in Deutschland

## § 25

Mit Pfarrern, die im Dienst an evangelischen Christen deutscher Herkunft oder Sprache im Ausland tätig sind, ohne in einem Anstellungsverhältnis zu einer Kirchengemeinschaft oder einer Kirchengemeinde mit vertraglichen Beziehungen zur Evangelischen



Kirche in Deutschland zu stehen, kann vereinbart werden, daß die §§ 15 bis 22 auf sie ganz oder teilweise entsprechende Anwendung finden.

#### Andere kirchliche Mitarbeiter

##### § 26

Andere kirchliche Mitarbeiter, insbesondere Vikarinnen, Diakone, Gemeindegliederinnen, die von der Evangelischen Kirche in Deutschland in den Auslandsdienst entsandt werden, genießen ebenfalls die Fürsorge der Evangelischen Kirche in Deutschland. Ihre Rechtsverhältnisse sind zwischen den Beteiligten entsprechend den Grundgedanken der §§ 12 bis 25 in Einzelverträgen festzulegen.

#### III. Zusammenarbeit mit Gliedkirchen

##### § 27

(1) Unterhalten Gliedkirchen oder Zusammenschlüsse von Gliedkirchen Beziehungen gemäß § 1 zu Kirchengemeinschaften oder Kirchengemeinden im Ausland, so unterrichten sie und die Evangelische Kirche in Deutschland einander gegenseitig über alle in diesem Zusammenhang bedeutsamen Vorgänge.

(2) Gliedkirchen und Zusammenschlüsse von Gliedkirchen können sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gegenüber den in Absatz 1 genannten Kirchengemeinschaften und -gemeinden der Vermittlung der Evangelischen Kirche in Deutschland bedienen oder ihr mit Zustimmung des Rates im Rahmen dieses Gesetzes die Wahrnehmung dieser Aufgaben ganz oder teilweise übertragen.

#### IV. Wahrnehmung der Aufgaben der Evangelischen Kirche in Deutschland

##### § 28

(1) Die Evangelische Kirche in Deutschland nimmt die ihr nach diesem Gesetz zukommenden Aufgaben durch das Kirchliche Außenamt wahr (Artikel 31 Absatz 1 der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland). Die Ordnung des Kirchlichen Außenamtes hat die bekenntnismäßige Gliederung der Evangelischen Kirche in Deutschland zu berücksichtigen.

(2) Folgende Entscheidungen sind dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland vorbehalten:

- a) Abschluß, Änderung und Kündigung von Verträgen mit Kirchengemeinschaften und Kirchengemeinden auf Grund dieses Gesetzes;
- b) Bestätigung von Pfarrern gemäß § 9 Buchstabe b;
- c) die Zurückberufung von Pfarrern gemäß § 18 Absatz 3;
- d) Entscheidungen gemäß § 24 Absatz 2;
- e) die Zustimmung gemäß § 27 Absatz 2.

(3) In dringenden Fällen kann der Leiter des Kirchlichen Außenamtes einem Pfarrer die Amtsausübung vorläufig untersagen. Die Genehmigung des Rates ist unverzüglich einzuholen. Die zuständige Gliedkirche ist alsbald zu verständigen.

##### § 29

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland regelt durch Verordnung die Ruhestands- und Hinterbliebenenversorgung der Auslandspfarrer.

##### § 30

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland erläßt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen.

§ 31

(1) Das Kirchengesetz betreffend den Anschluß deutscher evangelischer Kirchengemeinschaften, Kirchengemeinden und Geistlichen außerhalb Deutschlands an den Kirchenbund vom 17. Juni 1924 (Allgemeines Kirchenblatt für das Evangelische Deutschland 1924, S. 97) tritt außer Kraft.

(2) Die auf Grund des Kirchenbundesgesetzes vom 17. Juni 1924 bestehenden Rechtsbeziehungen zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und Kirchengemeinschaften und Kirchengemeinden im Ausland (Anschlußverhältnisse) bleiben bis auf weiteres in Geltung. Sie sind nach Maßgabe des vorliegenden Gesetzes so bald wie möglich neu zu ordnen.

(3) Vom 1. Mai 1957 ab kann der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland die nach Absatz 2 in Geltung gebliebenen Rechtsbeziehungen aufheben.

§ 32

Die Rechte der Pfarrer in Kirchengemeinschaften und Kirchengemeinden, die nach dem Kirchenbundesgesetz vom 17. Juni 1924 an die Evangelische Kirche in Deutschland angeschlossen sind, gegenüber der Evangelischen Kirche in Deutschland sowie die entsprechenden Rechte der persönlich angeschlossenen Pfarrer bleiben unberührt, bis diese Rechte auf Grund eines Vertrages mit der Kirchengemeinschaft oder der Kirchengemeinde, in deren Dienst die Pfarrer stehen, oder durch einen Vertrag mit dem Pfarrer selbst neu geordnet sind. Gegenüber der Evangelischen Kirche in Deutschland bestehende Rechte der Pfarrer können dabei nicht geschmälert werden.

§ 33

Dieses Gesetz tritt am 1. Mai 1954 in Kraft.

Berlin-Spandau, den 18. März 1954

Der Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Dr. Dr. *Heinemann*

Die Zahl der Gemeinden, die von diesem Gesetz erfaßt werden, ist wesentlich kleiner, als sie früher einmal war. Zahlreiche Gemeinden in Osteuropa, die auf Grund des Kirchenbundesgesetzes vom 25. Mai 1922 bis dahin in unmittelbaren Beziehungen zur Kirche in Deutschland standen, bestehen nicht mehr. Soweit Gemeindeglieder deutscher Sprache in jenen Ländern noch leben, gehören sie den dortigen Kirchen an. Deutsche evangelische Gemeinden und Kirchengemeinschaften im Ausland jedoch, die nicht in irgendeiner Weise Beziehungen zum Kirchlichen Außenamt pflegen, gibt es wohl nicht, die meisten von ihnen stehen zur EKD in einem rechtlich geordneten, die übrigen in einem ökumenisch begründeten Verhältnis.

In den nun seit 1954 vergangenen 14 Jahren sind die Verträge mit den Gemeinden und Kirchengemeinschaften abgeschlossen worden. Parallelerscheinungen lassen sich in dem Verhältnis zwischen den jungen Kirchen Afrikas und Asiens zu den Missionsgesellschaften nachweisen. Jene sind in den letzten Jahrzehnten von völlig Abhängigen zu freien Partnern geworden. Aus dem „Anschluß“ einzelner Pfarrer und deutscher Gemeinden an den Kirchenbund ist eine Partnerschaft zwischen Gleichberechtigten geworden. Wenn auch der räumlichen Entfernung wegen schon früher die Gemeinden und Kirchengemeinschaften

meinschaften nicht in einem strengen Aufsichtsverhältnis zum Kirchenbund standen, abgesehen von der Dienstaufsicht über die Pfarrer, so war doch die Auslandsgemeinde mehr oder weniger ein Stück der Heimatkirche gewesen, ein Ableger, in dem weitaus die gleichen Maßstäbe galten wie in der Landeskirche, die sich für sie verantwortlich wußte und ihr Pfarrer aus dem eigenen Dienstbereich vermittelte. Dieses Abhängigkeitsverhältnis ist nunmehr durch die freie Vereinbarung abgelöst, in der die beiderseitigen Rechte und Pflichten nach offener Aussprache und unter Berücksichtigung der jeweiligen besonderen kirchenrechtlichen und staatskirchenrechtlichen Verhältnisse festgelegt sind. Auch das Auslandsgesetz von 1954 kann nicht auf gewisse Grundsätze verzichten, die gegeben sein müssen, um ein rechtliches Verhältnis zueinander zu begründen. Doch beschränken sich diese auf das Allernotwendigste, zum Beispiel die Feststellung, daß die Ordnung der Kirchengemeinschaft nicht mit der Grundordnung der EKD unvereinbar sein darf und daß die Gemeinde durch Organe vertreten sein muß, die gemäß ihrer Gemeindeordnung gebildet sind. Unverzichtbar vor allem ist aber eine Voraussetzung: die Verpflichtung „der Kirchengemeinschaft wie der einzelnen Kirchengemeinde, die Verantwortung für die kirchliche Versorgung aller in ihrem Bereich lebenden evangelischen Christen deutscher Herkunft zu übernehmen. Haben evangelische Christen, die einem in der EKD geltenden Bekenntnis zugehören, nicht die Möglichkeit, sich im Bereich ihres Wohnortes einer deutschsprachigen Gemeinde ihres Bekenntnisses anzuschließen, so soll die Kirchengemeinschaft dafür sorgen, daß diesen evangelischen Christen alle Rechte eines Gemeindegliedes gewährt werden, wenn sie erklären, den Bekenntnisstand der Gemeinde achten und wahren zu wollen“ (§§ 7 und 9, a.a.O.). Kriterium dieser Gemeinden und Kirchengemeinschaften deutscher Sprache ist also die Tatsache, daß in ihnen Reformierte, Unierte und Lutheraner, mithin alle evangelischen Christen eines in Deutschland geltenden Bekenntnisses, in dieser *einen* Gemeinde ihre Heimat haben, ganz gleich, ob sich die Gemeinde als lutherisch, uniert oder reformiert bezeichnet.

Das Gesagte soll durch das Beispiel eines Vertrages erläutert werden.

#### VERTRAG

*zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland  
und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Genf*

Nachdem das „Kirchenbundesgesetz betreffend den Anschluß deutscher evangelischer Kirchengemeinschaften, Gemeinden und Geistlichen außerhalb Deutschlands an den Kirchenbund“ vom 17. 6. 1924 durch das „Kirchengesetz über das Verhältnis der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihrer Gliedkirchen zu evangelischen Kirchengemeinschaften, Gemeinden, Pfarrern und Gemeindegliedern deutscher Herkunft außerhalb Deutschlands“ vom 18. 3. 1954 (Amtsblatt der Evangelischen Kirche in Deutschland, 1954, S. 110 ff.) mit Wirkung vom 30. 4. 1954 aufgehoben ist,

nachdem die Evangelisch-Lutherische Kirche in Genf seit dem 23. 10. 1910 eine Gemeindegliederung hat, die am 31. 10. 1920, am 15. 11. 1925, am 21. 2. 1937 und am 23. 5. 1954 geändert worden ist und die mit diesen Änderungen von der Evangelischen Kirche in Deutschland anerkannt ist, in der die bekenntnismäßige Prägung der Ge-

meinde zum Ausdruck kommt und die in ihr vorgesehenen Organe zur Vertretung der Gemeinde gebildet worden sind,

nachdem festgestellt worden ist, daß diese Gemeindegatzung mit der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland nicht unvereinbar ist und daß die Evangelisch-Lutherische Kirche in Genf eine Bindung an eine andere Kirche, Gemeinde oder Religionsgemeinschaft nicht besitzt,

und nachdem damit die grundlegenden Voraussetzungen dazu gegeben sind, schließen die Evangelische Kirche in Deutschland auf der Grundlage des genannten Gesetzes vom 18. 3. 1954 und die Evangelisch-Lutherische Kirche in Genf folgenden Vertrag:

### § 1

(1) Die Evangelische Kirche in Deutschland und die Evangelisch-Lutherische Kirche in Genf bestätigen durch diesen Vertrag das zwischen ihnen bestehende Verhältnis vertrauensvoller kirchlicher und brüderlicher Gemeinschaft.

(2) Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Genf hat den Wunsch, mit der evangelischen Christenheit in Deutschland, wie sie durch die Evangelische Kirche in Deutschland vertreten wird, in lebendiger, geistlicher und kirchlicher Verbindung zu bleiben.

### § 2

(1) Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Genf wird keine Änderung ihrer Satzung vornehmen, die mit der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland unvereinbar ist.

(2) Andererseits hat die Evangelisch-Lutherische Kirche in Genf das Recht, im Falle einer Änderung der Präambel zur Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland und deren Artikel 1 und 2 zu entscheiden, ob sie durch diese Änderung die Voraussetzungen der Präambel und des § 1 dieses Vertrages für nicht mehr gegeben oder gestört erachtet.

(3) Sie wird keine Bindung an eine andere Kirche, Gemeinde oder Religionsgemeinschaft eingehen, die mit den Bestimmungen des Gesetzes vom 18. 3. 1954 und diesem Vertrag nicht vereinbar ist.

### § 3

(1) Die Evangelische Kirche in Deutschland wird die Evangelisch-Lutherische Kirche in Genf an dem geistlichen und kirchlichen Leben der evangelischen Christenheit in Deutschland teilnehmen lassen und das kirchliche Leben der Gemeinde in jeder möglichen Weise fördern.

(2) Dazu übernimmt sie insbesondere die Verpflichtung:

a) die Gemeinde in regelmäßigen Abständen durch Beauftragte besuchen zu lassen, die Teilnahme von Pfarrern und Gemeindegliedern an kirchlichen Konferenzen und Veranstaltungen in Deutschland zu fördern;

b) der Gemeinde bei der Gewinnung von Pfarrern und anderen kirchlichen Mitarbeitern unter Beachtung des in der Gemeinde geltenden Bekenntnisses behilflich zu sein;

c) Pfarrer, die ordnungsmäßig berufen und von der Evangelischen Kirche in Deutschland bestätigt sind, zu entsenden und ihnen für die Dauer ihres Dienstes in der Gemeinde die in dem Gesetz vom 18. 3. 1954 geregelte Rechtsstellung zu gewähren;

d) die Rechtsverhältnisse anderer kirchlicher Mitarbeiter entsprechend zu regeln;

e) die wirtschaftliche Selbständigkeit der Gemeinde zu fördern; solange diese noch nicht erreicht ist, können ihr auf begründeten Antrag nach Maßgabe der im Haushaltsplan der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Verfügung gestellten Mittel Beihilfen gewährt werden;

f) der Gemeinde in besonderen Notständen mit Beratung und Hilfe zur Seite zu stehen.



## § 4

(1) Die Gewinnung eines Pfarrers und anderer kirchlicher Mitarbeiter für den Dienst der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Genf geschieht in der Weise, daß die Evangelische Kirche in Deutschland der Gemeinde unter Beachtung der in der Gemeindegatzung enthaltenen Bestimmungen Pfarrer und andere kirchliche Mitarbeiter benennt, vorschlägt oder vermittelt.

(2) Die Evangelische Kirche in Deutschland wird grundsätzlich die Pfarrer auf Zeit, und zwar auf sechs Jahre, mit Zustimmung der heimatlichen Gliedkirche des Pfarrers entsenden. Eine Verlängerung kann im beiderseitigen Einverständnis, jedoch auf längstens zwölf Jahre, vorgenommen werden. Die Evangelische Kirche in Deutschland bedarf dazu der Zustimmung der heimatlichen Gliedkirche des Pfarrers.

(3) Über die Zahlung der Reise- und Umzugskosten für den Pfarrer und seine Familie ist vor der Entsendung Einverständnis herbeizuführen.

(4) Im allgemeinen werden diese Kosten bei der Entsendung von der Evangelischen Kirche in Deutschland übernommen. Die Kosten für die Heimkehr des Pfarrers und seiner Familie nach Deutschland übernimmt die Evangelisch-Lutherische Kirche in Genf.

(5) Der Pfarrer bleibt auch während der Dienstzeit in Genf der Disziplinargewalt seiner Gliedkirche unterstellt.

(6) Bei Beendigung des Vertragsverhältnisses setzt die Evangelische Kirche in Deutschland im Benehmen mit seiner Gliedkirche den Zeitpunkt der Heimkehr des Pfarrers fest.

(7) Die Evangelische Kirche in Deutschland kann im Einvernehmen mit der Gliedkirche und nach Anhörung des Pfarrers und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Genf den Pfarrer auch vorzeitig zurückberufen.

## § 5

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Genf verpflichtet sich, durch diesen Vertrag

1. die Verantwortung für die kirchliche Versorgung aller in ihrem Bereich lebenden evangelischen Christen deutscher Sprache nach Maßgabe ihrer Gemeindegatzung zu übernehmen.

Haben evangelische Christen, die einem in der Evangelischen Kirche in Deutschland geltenden Bekenntnis zugehören, nicht die Möglichkeit, sich im Bereich ihres Wohnortes einer deutschsprachigen Gemeinde ihres Bekenntnisses anzuschließen, so wird die Evangelisch-Lutherische Kirche in Genf diesen evangelischen Christen alle Rechte eines Gemeindegliedes gewähren, wenn sie erklären, den Bekenntnisstand der Gemeinde achten und wahren zu wollen;

2. einen für den Gottesdienst geeigneten Raum bereitzustellen;

3. vor der Wahl eines Pfarrers mit der Evangelischen Kirche in Deutschland Fühlung zu nehmen, zu seiner Berufung und Dienstanweisung ihre Bestätigung einzuholen und das Dienstverhältnis nur mit ihrer Zustimmung festzusetzen, zu ändern, zu verlängern oder zu lösen;

4. ein angemessenes, im einzelnen genau bestimmtes Gehalt nebst Kinderzuschlägen zu zahlen, freie Wohnung zu gewähren oder einen Wohnungsgeldzuschuß zu zahlen und einen angemessenen Urlaub zu gewähren.

Der hierüber besonders zwischen Gemeinde und Pfarrer zu schließende Vertrag bedarf der Genehmigung der Evangelischen Kirche in Deutschland;

5. die gesetzlichen Beiträge zur Ruhestands- und Hinterbliebenenversorgung der Evangelischen Kirche in Deutschland zu übernehmen;

6. ihre Gemeindegatzung nur im Benehmen mit der Evangelischen Kirche in Deutschland zu ändern;

7. Bindungen an andere Kirchen, Gemeinden oder Religionsgemeinschaften nur im

Einvernehmen mit der Evangelischen Kirche in Deutschland einzugehen und diese gegebenenfalls über die Aufnahme diesbezüglicher Verhandlungen rechtzeitig zu unterrichten;

8. etwaige Verhandlungen über die Bildung eines Gemeindeverbandes oder einer Synode nur im Benehmen mit der Evangelischen Kirche in Deutschland einzuleiten und zu führen;

9. erforderlichenfalls notwendige Auskünfte zu erteilen;

10. Beauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland die Teilnahme an Versammlungen der Gemeinde und ihrer Organe zu gestatten.

## § 6

(1) Zuständige Amtsstelle zur Vertretung der Evangelischen Kirche in Deutschland im Rahmen dieses Vertrages ist das Kirchliche Außenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland.

(2) Der gesamte in Durchführung dieses Vertrages sich ergebende Schriftwechsel, auch soweit er die Pfarrer und andere kirchliche Mitarbeiter berührt, wird über das Kirchliche Außenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland geleitet.

(3) Die *allgemeine* Dienstaufsicht über den Pfarrer und andere kirchliche Mitarbeiter der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Genf übt das Kirchliche Außenamt aus.

## § 7

(1) Im Falle einer etwaigen Auflösung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Genf werden Verfügungen über das Vermögen, insbesondere das Kirchengebäude, nach Maßgabe der Schlußbestimmungen der Gemeindesatzung getroffen werden.

(2) Dabei ist der Sicherung der Ansprüche des Pfarrers und anderer kirchlicher Mitarbeiter vordringlich Rechnung zu tragen. Insbesondere sind die für die Rückkehr und sonstige etwaige finanziellen Ansprüche erforderlichen Mittel vor sonstigen Verpflichtungen sicherzustellen.

## § 8

(1) Der Vertrag wird für zwölf Jahre abgeschlossen und läuft vom 17. 1. 1956 bis 16. 1. 1968.

(2) Nach Ablauf eines Zeitraums von sechs Jahren wird der Vertrag einer gemeinsamen Prüfung durch die beiden Vertragschließenden unterzogen.

Auf Grund beiderseitigen Einvernehmens festgelegten Änderungswünschen soll Rechnung getragen werden. Ist ein Einverständnis über die Änderung nicht zu erzielen, ohne daß Gründe für eine Kündigung mit sofortiger Wirkung vorliegen, so läuft der Vertrag für die abgeschlossene Zeit von zwölf Jahren.

(3) Er verlängert sich jeweils um weitere sechs Jahre, wenn er nicht zwei Jahre vor Ablauf der Frist ausdrücklich gekündigt wird.

(4) Außerdem ist eine Kündigung mit sofortiger Wirkung beiderseits dann möglich, wenn die in der Präambel und den §§ 1 und 2 dieses Vertrages festgelegten Voraussetzungen nicht mehr gegeben oder gestört sind.

(5) Bei einer Kündigung des Vertrages muß binnen sechs Monaten nach Kündigung eine Vereinbarung über die Abwicklung der beiderseitigen Rechtsverpflichtungen nach Maßgabe dieses Vertrages getroffen werden. Kommt es zu einer solchen Vereinbarung nicht, so erlöschen alle Rechtsverpflichtungen aus diesem Vertrag nach Ablauf von weiteren sechs Monaten.

Berlin, den 17. Januar 1956

Der Rat der Evangelischen Kirche  
in Deutschland  
Der Vorsitzende

Genf, den 27. November 1955

Der Kirchenvorstand der  
Evangelisch-Lutherischen Kirche  
in Genf

(Unterschriften)

## ZUSATZ-VERTRAG

### *zwischen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Genf und der Evangelischen Kirche in Deutschland*

Im Hinblick auf die seelsorgerliche Verantwortung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Genf gegenüber ihren Gliedern, die aus den verschiedensten Ländern kommen und die sich Gottesdienste in ihrer Heimatsprache wünschen, ergänzen die Evangelische Kirche in Deutschland und die Evangelisch-Lutherische Kirche in Genf den vorerst auf 12 Jahre abgeschlossenen Vertrag vom 17. 1. 1956 unter Bezugnahme auf § 8 (2) dieses Vertrages wie folgt:

1. Der Kirchenvorstand ist im Hinblick auf seine Verantwortung, für die kirchliche und seelsorgerliche Betreuung der nicht deutsch sprechenden Glieder der Gemeinde zu sorgen, berechtigt, auch mit anderen Kirchen und Kirchengemeinschaften sowie kirchlichen Gremien Vereinbarungen zu schließen und Pfarrer aus diesen Kirchen in den Dienst der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Genf zu berufen;

der Kirchenvorstand der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Genf setzt das Kirchliche Außenamt davon in Kenntnis.

2. Beruft die Evangelisch-Lutherische Kirche in Genf Pfarrer, die nicht von der Evangelischen Kirche in Deutschland entsandt sind, so regelt sie die Rechtsverhältnisse in eigener Zuständigkeit. Verpflichtungen irgendwelcher Art entstehen der Evangelischen Kirche in Deutschland dadurch nicht.

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Genf zeigt die Berufung eines Pfarrers als bald der Evangelischen Kirche in Deutschland an.

3. Haben Glieder der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Genf den Wunsch, sich zu Gemeindegruppen mit besonderer Vertretung und Satzung zusammenzuschließen und sich von der Kirche zu trennen, so zeigt der Kirchenvorstand der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Genf im Rahmen des § 5 h) des Vertrages vom 17. 1. 1956 die Bildung solcher Gemeindegruppen der Evangelischen Kirche in Deutschland an unter Beifügung etwaiger schriftlicher Unterlagen. Der Kirchenvorstand der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Genf stellt in einem solchen Falle sicher, daß das Grundvermögen der Gemeinde, zu dem insbesondere die Kirche samt der Pfarrwohnung und den Gemeinderäumen gehören, Eigentum der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Genf bleibt.

Berlin, den 10. Mai 1963

Der Rat der Evangelischen Kirche  
in Deutschland

Der Vorsitzende

(Unterschriften)

Genf, den 6. Mai 1963

Für die  
Evangelisch-Lutherische Kirche  
in Genf

Ohne einen Blick auf die Sprachenfrage wäre das Bild der gegenwärtigen Auslandsgemeinde höchst unvollkommen. Die Sprache verband neben dem Bekenntnis des reformatorischen Glaubens einst die evangelischen Christen aus Deutschland und führte zur Bildung besonderer Auslandsgemeinden und Kirchen. Die Integrierung in das fremde Land, begünstigt durch die bereits eingangs geschilderten Fakten, hat in vielen Kirchengemeinschaften und Einzelgemeinden zur Zweisprachigkeit, teilweise zur Dreisprachigkeit geführt. Gemeinden, deren Glieder oft schon in fünfter Generation die Nationalität des Einwanderungslandes besitzen, haben diesem insoweit Rechnung getragen, als sie das Beiwort „deutsch“ im Namen der Gemeinde gestrichen haben. Allenfalls haben sie als Hinweis auf die Herkunft und den heute noch überwiegenden

Gebrauch der deutschen Sprache sich als „Deutschsprachige Evangelische Gemeinde“ oder „Evangelische Gemeinde Deutscher Sprache“ bezeichnet. Andere dagegen, vor allem die Kirchengemeinschaften, haben – ihrem ökumenischen Charakter entsprechend – das Beiwort „deutsch“ ersatzlos gestrichen oder es bereits bei ihrer Konstituierung nicht mehr in ihren Namen aufgenommen, zum Beispiel Evangelisch-Lutherische Kirche in Genf oder in Peru, Evangelisch-Lutherische Kirche in Italien, Evangelische Gemeinde in Beirut. Gottesdienste in zwei Sprachen sind in den lateinamerikanischen Ländern bereits die Regel, wenn nicht nur einsprachige in der jeweiligen Landessprache gehalten werden. Im südlichen Afrika finden Gottesdienste in deutscher und englischer Sprache, in zunehmendem Umfang aber auch in afrikaans statt. In der Erlöserkirche in Jerusalem werden Gottesdienste in deutsch, englisch und arabisch gehalten.

Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen, aber so viel kann heute schon festgestellt werden, daß die Zweisprachigkeit gewiß mancherlei Schwierigkeiten mit sich bringt, die aber wohl aufgewogen werden durch die neuen missionarischen Möglichkeiten, die den Gemeinden und Kirchen durch das Verlassen ihres sprachlichen Gettos eröffnet sind.

Neben den Auswanderergemeinden alter Prägung, deren Angehörige im Lande sesshaft geworden sind und die nicht mehr mit neuen Einwanderern rechnen können, gibt es hauptsächlich in Städten Gemeinden, die sowohl aus Nachkommen früherer Einwanderer als auch aus „Einwanderern auf Zeit“ bestehen, die sich nur für befristete Zeit aufhalten wollen. Hier stellt sich die Frage der Sprache erneut. Sprechen die Kaufleute, Ingenieure, Entwicklungshelfer nicht hinreichend Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch? Können sie sich nicht zu den Kirchen des Landes halten und an den Gottesdiensten in der Landessprache teilnehmen? Bedarf es wirklich der Gründung neuer deutschsprachiger Gemeinden und damit der sichtbaren Trennung vom gemeinschaftlichen Leben der Kirche des Landes bei allem Wissen um die ökumenische Verpflichtung? Solche Fragen können nur da auftauchen, wo man allzu schnell nach dem Neuen greift und den ökumenischen Gedanken zur Lösung von Problemen heranzieht, die gar nicht in seiner Intention liegen. Wie handelt denn die katholische Kirche in dieser Lage? Die Konzilväter der katholischen Kirche haben das Lesen der Messe in der Muttersprache wieder eingeführt, im Wissen um das, was die Sprache vermittelt. In stärkerem Maße als früher entsendet die katholische Kirche deutsche Patres in die katholischen Auslandsgemeinden, die sich vielfach jetzt erst durch die Möglichkeit des Gebrauchs der deutschen Sprache bilden. Bei den Völkern Asiens und Afrikas bemüht man sich, ihnen das Wort Gottes in der Sprache zu verkünden, die sie verstehen. In dem Rundbrief eines Basler Missionars aus Bandjamasin vom Januar 1968 lesen wir: „Das Indonesische ist doch für viele eine Fremdsprache, und es ist bis zu einem gewissen Grad verständlich, wenn ein Batakchrist sagt: Wenn das Wort Gottes zum Herzen sprechen soll, muß es in der Bataksprache gepredigt werden.“ Ist Deutschland nicht auch Missionsland geworden? Sind die Deutschen, die in die Welt hinausgehen, weniger der nachgehenden Seelsorge bedürftig? Gewiß sind Sprache und Volkstum nicht Aufgabe und Zweck der kirchlichen Verkündigung. Muttersprache und Herkunft aus einem Volk mit der ihm eigentümlichen Sitte



sind aber Gegebenheiten, die nicht außer acht gelassen werden dürfen. In der Sprachenfrage muß es als oberstes Prinzip gelten, jedem Menschen das Evangelium in der Sprache zu verkünden, die er am besten versteht.

So werden wir auch in unserer Zeit der atomaren Gefährdung, in der stärker als je zuvor das Wissen um die Bezogenheit aufeinander und der gemeinsamen Verantwortung in den Christen aller Länder vorhanden ist, der deutschsprachigen Gemeinde nicht entraten können. Wir werden sie im Hinblick auf ihre ökumenische Bedeutung an vielen Orten noch stärker stützen müssen, als es in den letzten Jahren möglich war. Seit längerem strebten deutschsprachige Gruppen in Mittelamerika, die vom Lutherischen Weltbund betreut werden, eine stärkere Zusammenarbeit mit dem Kirchlichen Außenamt an. Die gewünschte Verbindung zur EKD durfte die besondere Struktur dieser aus Gruppen verschiedener Sprachen (deutsche, englische, spanische) bestehenden Gesamtgemeinden nicht in Frage stellen oder gefährden. So kam es im Januar 1963 zu einer besonderen Vereinbarung zwischen dem Exekutivkomitee des Lutherischen Weltbundes und dem Rat der EKD. Diese Vereinbarung hat es dem Kirchlichen Außenamt erst möglich gemacht, in diese Gemeinden Mittelamerikas Pfarrer aus Deutschland zu entsenden und mit diesen Gemeinden Verträge auf der Grundlage des Auslandsgesetzes von 1954 abzuschließen. Sie war somit Voraussetzung für die Verträge mit den Gemeinden in Bogota und Cali und der Evangelisch-Lutherischen Gemeinde in Mittelamerika (Costarica, El Salvador, Honduras und Nicaragua) in den Jahren 1966 und 1967.

#### VEREINBARUNG

*zwischen dem Lateinamerika-Komitee des Lutherischen Weltbundes  
und dem Kirchlichen Außenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland*

*In Anbetracht dessen, daß das Lateinamerika-Komitee mit seinen Interessen an allen Lutheranern, ungeachtet ihrer nationalen Herkunft, und das Kirchliche Außenamt mit seinen Interessen an allen evangelischen Christen, die geschichtliche Bindungen an die Evangelische Kirche in Deutschland haben, sich gleichermaßen der Bedeutung einer engeren Zusammenarbeit bewußt sind, wo auch immer ihre diesbezüglichen Verantwortungsbereiche in Lateinamerika zu Überschneidungen führen, und*

*in Anbetracht dessen, daß das Lateinamerika-Komitee wie auch das Kirchliche Außenamt Grund zur Dankbarkeit haben über die fruchtbaren Ergebnisse ihrer Partnerschaft bei der Unterstützung verschiedener Kirchen und besonderer Projekte während der vergangenen Jahre, und*

*in Anbetracht dessen, daß einige Kirchen, zum Beispiel in Brasilien und Chile, bereits die volle Mitgliedschaft im Lutherischen Weltbund wie auch eine vertragliche Bindung an die Evangelische Kirche in Deutschland haben, und*

*in Anbetracht dessen, daß in anderen Gebieten, insbesondere unter den Diasporagruppen im Karibischen Raum, engere Beziehungen zwischen dem Lateinamerika-Komitee und dem Kirchlichen Außenamt dazu führen würden, den lutherischen Gemeinden die größeren Vorteile einer umfassenden Gemeinschaft zu bringen,*

*sei beschlossen, daß das Lateinamerika-Komitee und das Kirchliche Außenamt hinsichtlich der lutherischen Gruppen, in denen die deutsche Sprache im Gebrauch ist (einschließlich der mehrsprachigen Gemeinden), eine Rahmenvereinbarung treffen, die von Zeit zu Zeit, je nach den dann vorliegenden Umständen, ergänzt oder verbessert werden soll;*

sei weiterhin beschlossen, daß zu diesem Zeitpunkt folgende Grundsätze Bestandteil der Vereinbarung sind:

1. Die Beziehungen einer bestehenden Gruppe oder Gemeinde zum Lateinamerika-Komitee bzw. dem Kirchlichen Außenamt werden nicht als sich gegenseitig ausschließend angesehen. Die brüderliche Verbindung zur Kirche des alten Heimatlandes soll nur als ein Wesensbestandteil guter ökumenischer Beziehungen gepflegt werden:

- a) durch *Briefwechsel*, um Pfarrer und Gemeindeglieder geistlich zu fördern,
- b) durch Bereitstellung *religiöser Literatur und praktischer Hilfsmittel* (Rundfunk, Film etc.) für den gleichen Zweck wie unter a),
- c) durch *materielle und finanzielle Unterstützung*, die unter dem Gesichtspunkt der Ermutigung zur Selbsthilfe gewährt werden soll,
- d) durch *Vermittlung von Mitarbeitern* (Pastoren, Vikaren, Diakonen, Gemeindepfarrerinnen etc.), wenn dies gewünscht wird,
- e) durch Förderung eines *besonderen Besuchsdienstes* (mit Berücksichtigung von Evangelisation und stewardship).

2. Enge Arbeitsbeziehungen sowohl der Lutheraner untereinander als auch zu anderen evangelischen Christen in Lateinamerika, besonders auf Ortsebene unter Einschluß von Gemeinschaften verschiedener nationaler Herkunft, sollen angeregt und gefördert werden:

- a) durch Ermutigung zu Zusammenschluß und Zusammenarbeit ethnischer und sprachlicher Gruppen in lutherischen Gemeinden wie auch zur vollen Beteiligung an nationalen lutherischen Synoden und evangelischen Arbeitsgemeinschaften,
- b) durch Anerkennung und Pflege nicht nur der unabhängigen deutschsprachigen Gemeinden, sondern auch der sogenannten mehrsprachigen Gemeinden, in denen eine Mehrheit oder Minderheit von Gemeindegliedern deutscher Herkunft vorhanden ist, ungeachtet der Nationalität des amtierenden Pfarrers,
- c) durch die Gewährung finanzieller oder anderer Hilfe, die darauf abgestellt ist, die lutherische Arbeit in ihrer Gesamtheit möglichst mehr zu stärken als einzelne ihrer nationalen oder sprachlichen Aspekte,
- d) durch die Unterstützung aller Gemeinden, die in dem Bestreben, die Kinder lutherischer Eltern im evangelisch-lutherischen Glauben zu erhalten, für Unterricht und Gottesdienst in der Landessprache zu sorgen.

3. Besonderer Nachdruck soll auf die heute große Bedeutung der evangelischen Christenheit in Lateinamerika gelegt werden:

- a) durch die Ermutigung aller Gemeinden und Kirchen, den christlichen Glauben vor Öffentlichkeit und Nation zu bezeugen,
- b) durch Unterstützung von Gemeinden und Kirchen, die an sozialen Hilfsprojekten und -programmen teilnehmen wollen, um einen christlichen Beitrag zur Linderung akuter menschlicher Not zu leisten.

4. Die in dieser Vereinbarung vorgesehenen Hilfen und Unterstützungen können selbstverständlich nur im Rahmen der Grundsätze und Ordnungen des Lutherischen Weltbundes bzw. der Evangelischen Kirche in Deutschland gewährt werden und bedürfen von Fall zu Fall gegenseitigen Einverständnisses.

Zum Bild der gegenwärtigen Auslandsgemeinde gehört die fluktuierende Gemeinde. An Stelle der echten Auswanderung, die einst zur Gründung von Gemeinden geführt hatte, ist in unseren Tagen die „Mobilität“ getreten. Die „mobile Gesellschaft“ hat die bisher in ihren Grenzen bleibende, mehr statische Gesellschaft abgelöst. Diese Mobilität hat ein Ausmaß angenommen, wie es 1954 noch nicht vorauszusehen war. Durch sie kommen auch Menschen ins Ausland, bei denen es sich nur um eine „Auswanderung auf Zeit“ handelt. Zu

diesen Auswanderern auf Zeit gehören die zahllosen jungen Techniker, Studenten und Kaufleute, die sich zur Berufsausbildung im Ausland aufhalten. Zu diesem Personenkreis gehören auch die jungen Mädchen, die in Haushalten in England, Frankreich, Italien und anderen Ländern tätig sind und zugleich Sprachstudien treiben. Ingenieure, Kaufleute, Ärzte, Wissenschaftler und Entwicklungshelfer halten sich im Zuge der weltwirtschaftlichen Entwicklung für kürzere oder längere Zeit, aber stets nur vorübergehend in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas auf. Bereits bestehende Kirchengemeinden haben dadurch eine andere Struktur erhalten.

Ganz anders ist es dort, wo neue Gebiete erschlossen oder neue Industrien aufgebaut werden. Erinnert sei nur an das Beispiel Rourkela, wo deutsche Ingenieure und Facharbeiter für die indische Regierung ein Stahlwerk aufbauen. Für die Jahre des Aufbaues und des Produktionsanlaufes ist für diese Männer und ihre Familien eine Gemeinde gebildet worden, die zu existieren aufhört, sobald der Auftrag ausgeführt ist. Somit stellt sie eine Gemeinde nur auf Zeit dar.

Andere Gemeinden, deren Zahl ungleich höher und deren Lebensdauer bedeutend kürzer ist, sind die Schiffs- und Urlaubergemeinden. In der Schifffahrt hat sich vieles geändert. Die Kategorie der Auswandererschiffe gibt es, für Deutsche jedenfalls, nicht mehr. So bleiben bei der gegenwärtigen Lage der deutschen Passagierschifffahrt nur noch der Liniendienst nach Nordamerika und die Kreuzfahrten, die in vielen Fällen mit einer Flugreise gekoppelt sind. Gerade dadurch wird die Begleitung einer Kreuzfahrt durch einen Schiffsgeistlichen zu einem finanziellen Problem. Damit die Schiffsseelsorge nicht zu einem Teil des mit anderen Linien konkurrierenden Service wird, bedarf es ausgesuchter und erfahrener Pfarrer, die nicht immer gefunden und beurlaubt werden können.

Weitaus größer ist der Umfang und die Bedeutung der Urlauberseelsorge. Sie ist, im jetzigen Ausmaß, noch sehr jung, wenn auch ihre ersten Anfänge weiter zurückliegen. Die Urlauberseelsorge des Kirchlichen Außenamtes hat sich vornehmlich auf die Arbeit des Frankfurter Kaufmanns Moritz von Bernus gestützt, der um die Jahrhundertwende den „Verein für Einrichtung Deutsch-Evangelischer Gottesdienste in Kurorten e. V.“ ins Leben gerufen hat. Von seiner segensreichen Arbeit, die sich auf das In- und Ausland erstreckte, sind in Italien deutliche Spuren zurückgeblieben, wo mit seiner entscheidenden Hilfe die Kapellen in Bordighera, Nervi, Gardone und Capri errichtet wurden. Diese evangelischen Gotteshäuser in rein katholischer Umwelt sind so großzügig gebaut, daß sie auch für die heutigen evangelischen Touristen und Urlauber noch genügend Platz bieten. Das italienische Beispiel zeigt vielleicht am besten das schnelle Wachstum der Urlauberseelsorge. Nach Unterbrechung seiner Arbeit während des Zweiten Weltkrieges entsandte der obengenannte Verein 1955 zwei „Kurprediger“ nach Italien, 1961 waren es bereits 45 Pfarrer, die jeweils vier Wochen als Kurprediger tätig waren. Nachdem der Verein mit dem Kirchlichen Außenamt eine enge Arbeitsgemeinschaft eingegangen war, konnten 1966 bereits 75 Pfarrer mit der Urlauberseelsorge an 20 Orten in Italien beauftragt werden. Zum Vergleich sollen auch die noch größeren Arbeitsgebiete genannt werden: In den Niederlanden waren es im gleichen Jahr 45 Pfarrer an 23



Orten und in Österreich gar 121 Pfarrer an 53 Orten. Geringere Zahlen weisen Dänemark, Frankreich und Spanien auf.

In den Niederlanden, Dänemark und Österreich stehen der Urlauberseelsorge die Kirchen und Gottesdiensträume der dortigen Schwesterkirchen zur Verfügung. In Italien reicht die vielfältige Reihe der Versammlungsräume von den vier bereits genannten Kapellen über anglikanische, Waldenser und nicht wenige katholische gottesdienstliche Räume, über einen Kindergarten, Museumsaal bis zum Kinosaal. Besonders erwähnt werden soll noch eine Kirche auf einem Campingplatz (Cavallino, in der Nähe von Venedig), die über 300 Sitzplätze verfügt, allein durch die Leitung des Campingplatzes, ohne jede kirchliche Hilfe gebaut wurde und beiden Konfessionen zur Verfügung steht.

Es erübrigt sich zu sagen, daß es sich um eine Urlauberseelsorge in deutscher Sprache handelt, deren Einladung nicht nur Deutsche, sondern auch Österreicher, Schweizer, Holländer, Skandinavier und Engländer annehmen.

Immer mehr kommt als neues Teilgebiet die kirchliche Versorgung auch im Winter hinzu. Dieser Wunsch kommt einmal von seiten der Wintersportler vor allem zur Weihnachtszeit und ist daher nur schwer zu erfüllen; zum anderen scheint der Ruf der Reisegesellschaften an die Pensionäre und Rentner, den Winter im milden Klima zu verleben, nun auch im Winter einen beachtlichen Touristenstrom nach Süden zu ziehen. Nur als Beispiele seien Teneriffa, Mallorca und die spanische Ostküste genannt, die schon jetzt mit einem dauernden Pfarramt besetzt werden müßten. Hier würde wieder ein völlig neuer Gemeindetyp mit einer noch nicht gekannten Fluktuation entstehen, im Gegensatz zu der Gemeinde auf Zeit bei der gegenwärtigen Urlauberseelsorge.

Die regelmäßige Verkündigung des Evangeliums vor durchschnittlich 90 Gottesdienstteilnehmern und Abendmahlsfeiern mit durchschnittlich 27 Gästen, Veranstaltungen verschiedenster Art während der Woche und die in jedem Gottesdienst angebotene Möglichkeit zu seelsorgerlichen Aussprachen, Krankenbesuche und auch Kasualien lassen keinen Zweifel daran, daß es sich um wirklichen Gemeindedienst handelt, um einen legalen kirchlichen Dienst mit kirchlicher Beauftragung. Es ist keine Frage, daß mit der weiteren Ausdehnung des Tourismus auch die Bitten um Urlauberseelsorge steigen werden, es ist aber sehr die Frage, ob mit einer Zunahme der freiwilligen Kräfte gerechnet werden kann oder darf. In den beiden letzten Jahren waren es je 270 Pfarrer, die ihren Urlaub mit dem Dienst der Urlauberseelsorge verbunden haben.

Nach der Darstellung dieses neuesten Gemeindetyps innerhalb der Auslandsarbeit kann zusammenfassend festgestellt werden, daß es „die Auslandsgemeinde“ gar nicht gibt. Alle Gemeinden sind nach ihrer geschichtlichen Herkunft, nach ihrer soziologischen Zusammensetzung, nach ihrer konfessionellen Aufteilung, in ihrem Gebrauch einer oder mehrerer Sprachen und nicht zuletzt in bezug auf ihre Nationalitäten sehr verschieden. Der Vielfalt des Gemeindebildes entspricht eine Vielfalt in den Anforderungen, die die Betreuung dieser Gemeinden an die Pfarrer stellt. Der häufige Wechsel nicht nur in der personellen Zusammensetzung der Gemeinde, sondern auch in den sozialen und politischen Gegebenheiten des Landes, das die Gemeinde ignoriert, duldet oder fördert, trägt kein Einheitsschema für die Durchführung der Auslandsarbeit. Die Richtlinie für ein partnerschaftliches Zusammengehen mit diesen in sich so



verschiedenen 365 Gemeinden in 37 Ländern kann kein systematisches Denkprodukt, keine starre Doktrin sein, sie muß vielmehr aus den verschiedenen Gemeinde- und Kirchenebenen selbst erwachsen. Eben das ist es, was man im Kirchlichen Außenamt unter „Auslandsarbeit in ökumenischer Sicht“ versteht. Das in wechselseitiger Partnerschaft stehende Gefüge aller deutschen Gemeinden in der weiten Welt unter Einschluß zahlreicher nichtdeutscher Gemeindeglieder ist schon in sich eine Darstellung der Ökumene. Die Aktivität dieser Gemeinde verbindet sie mit anderen Gemeinden und Kirchen und trägt somit die Ökumene in die Welt, um sie zu einer Welt der Ökumene zu machen.

Ökumenisches Denken führt zu immer neuen Formen der Zusammenarbeit, zur Assoziierung bis hin zur Integrierung in die Kirchen des jeweiligen Landes, soweit es die Lage erfordert oder auch nur erlaubt. Evangelische Gemeinden deutscher Sprache stehen bisweilen in dem Gastland einer Fülle von Kirchen gegenüber, zu denen Beziehungen unterschiedlicher Art bestehen. Mit welcher Kirche sollen sie engere Bindungen eingehen? Die Skala reicht von der losen Zusammenarbeit bis zur völligen Integration. Die Gemeinden Helsinki und Turku sind beispielsweise deutschsprachig und führen diese Bezeichnung auch in ihrem Namen; sie sind durch Verträge mit der EKD verbunden, sind aber Gemeinden der Lutherischen Kirche Finnlands. Das gleiche gilt für die Deutsche Evangelisch-Lutherische St.-Petri-Kirche in Kopenhagen in ihrer Stellung zur Dänischen Volkskirche. Die Evangelisch-Lutherische Kirche deutscher Sprache in Dar es Salaam hat sich 1960 konstituiert als Teil der einheimischen Gemeinde in der Lutherischen Kirche Tansanias. Die Verhandlungen mit dieser Gemeinde bzw. Gemeindeteil über einen Vertragsabschluß sind im Gange. Ihr deutscher Pastor, von der bayrischen Kirche für den Dienst in der Lutherischen Kirche Tansanias freigestellt und von der Leipziger Mission hierfür entsandt, gehört der Pfarrerschaft der Kirche des Landes an. In ähnlicher Weise wurde das Verhältnis des deutschen Pastors in Lomé (Togo) geregelt, nur mit dem Unterschied, daß an dessen Entsendung in den Dienst der Togolesischen Kirche mehrere beteiligt sind, und zwar das Kirchliche Außenamt im Hinblick auf die Aufgaben an den in Togo lebenden deutschsprachigen Menschen, der Fachverband Deutsche Seemannsmission im Hinblick auf die Betreuung der Seeleute der vielen im Hafen ankernden Schiffe in dem vor kurzem eingeweihten modernen Seemannsheim und endlich die Norddeutsche Missionsgesellschaft in Bremen auf Grund ihres Verhältnisses zur Église Luthérienne au Togo, in deren Auftrag der deutsche Pfarrer seinen Dienst zugleich an den togolesischen evangelischen Christen versieht. Im Seemannsheim versammeln sich unter seiner Leitung die deutschsprachigen evangelischen Gemeindeglieder, die zur Zusammenarbeit bereiten Togolesen und die Seeleute aus aller Welt. Sprache, Lebensgewohnheiten und Bekenntnis stehen vorerst einem Aufgehen in eine der Kirchen des Landes häufig entgegen. So ist es bei aller Gemeinsamkeit unter dem einen Herrn der Kirche mitunter ein erstes Tasten nach engeren Kontakten etwa in den Gemeinden in Indien, die noch am Beginn ihrer Entwicklung stehen und deren Pfarrer ebenso wie der nach Nairobi (Kenia) entsandte sich noch zum Kirchlichen Außenamt der EKD in einem persönlichen Vertragsverhältnis auf Grund des § 25 des Auslandsgesetzes befinden.

Der Dienst der Gemeinde endet nicht an den eigenen Grenzen. Sich als Aus-

landsgemeinde in der ökumenischen Gemeinschaft des Landes aufzulösen ist wohl vorerst ein Ziel, das in den meisten Fällen in absehbarer Zeit nicht zu erreichen sein wird. Zu den Aufgaben der „Auslandsarbeit in ökumenischer Sicht“ – wie diese der Leiter des Außenamtes, Präsident D. Wischmann, formuliert hat – gehört die Mitarbeit in ökumenischen Gremien, in den National Councils. Hinzu kommen die missionarischen Aufgaben. Der Weg der Gemeinden und Kirchengemeinschaften führt von der Pflege des eigenen kirchlichen Lebens hinein in die Umwelt. Es ist der gleiche Weg, den die Kirchen in Deutschland gehen, das Besinnen auf die ureigenste Aufgabe, ohne die eine Kirche nicht sein kann, auf die Mission. Diesen missionarischen Charakter hat eine evangelische Gemeinde im glaubensverschiedenen Ausland schon durch ihre bloße Existenz. Andererseits kann eine lautstarke Mission die Existenz der Gemeinde und damit das missionarische Zeichen gefährden oder gar zerstören. Keinesfalls darf der missionarische Wert einer zweisprachigen Verkündigung unerwähnt bleiben. Vor allem in den mit dem Kirchlichen Außenamt verbundenen Kirchengemeinschaften in Südamerika, aber auch in Südafrika findet sich ein starker Wille zur Mission.

Jede der Kirchengemeinden und Kirchengemeinschaften, mit denen die EKD verbunden ist, befindet sich auf dem Wege. Je nach ihrem geschichtlichen Werden und der Umgebung, in die sie hineingestellt ist, richtet sich ihr Status und auch ihre Stellung in und zur Ökumene. Zu ihrer Erhaltung und weiteren Entwicklung bringt jede von ihnen erhebliche Opfer. Die Mehrzahl bedarf aber noch der geistlichen wie auch der finanziellen Hilfe der Kirchen in Deutschland, aus denen sie hervorgegangen sind. Es wäre eine Illusion, zu erwarten, daß sie bereits in der nächsten Zeit in jeder Hinsicht unabhängig würden. Vieles ist, besonders in den letzten Jahren, in dieser Hinsicht geschehen. Das Kirchliche Außenamt ist ständig bemüht, hierfür Anregungen und Hinweise zu geben.

Auch hierfür sei ein Beispiel angeführt.

#### „WIE SAG ICH'S MEINER GEMEINDE?“

*Vom Umgang einer Auslandsgemeinde mit dem Geld  
Von Oberkirchenrat Dr. Reinhart Müller, Frankfurt am Main*

*An die Brüder, denen es schwerfällt, vom Geld zu reden*

Fällt es Ihnen schwer, mit Ihrer Gemeinde vom Geld zu reden? Mir fällt es auch schwer. Ich sehe in ihren erstaunten Gesichtern die Frage: Was verstehst du davon, Pfarrer? und die Entrüstung: Was hat das mit Religion zu tun? Und ich höre sie sagen: Schuster, bleib bei deinem Leisten.

Ich fühle mich aber auch ganz persönlich betroffen. Ich bekomme für die Predigt des Evangeliums und den Dienst in der Kirche ein regelmäßiges und gutes Gehalt. Es fällt mir schwer, darin ein selbstverständliches Recht zu sehen. Ich bin dankbar dafür. Denn nun muß ich nicht nur für die Predigthörer, sondern als einer von ihnen darüber nachdenken, wie der Glaube an Jesus Christus und der Umgang mit dem Geld zueinander gehören.

Ich wundere mich darüber, daß die Kirche, die heute in so vielen Fragen des öffentlichen und privaten und privatesten Lebens ihre Stimme erhebt, über eine Sache nur selten und leise spricht: über das Geld. Wie komme ich zu Geld? Wie verdiene ich

mehr Geld? Was mache ich mit meinem Geld? Das sind Fragen, die heute viele Menschen viel beschäftigen. Jesus hat mehrfach und deutlich vom Geld gesprochen. Und davon, daß ein Mensch am Umgang mit dem Geld seinen Glauben an Gott bewähren oder das ewige Leben verlieren kann.

Wir Pfarrer sollten unsere Gemeindeglieder in dieser wichtigen Frage nicht ohne Rat lassen. Zwar werden die wenigsten dafür spontan dankbar sein. Kommt doch bei der Behandlung dieser Frage oft genug zutage, daß für viele Christen das Geld zu den Dingen gehört, die für Gottes Wort und Anspruch tabu sind. Wenn wir aber den ganzen Menschen zum Gegenstand unserer Predigt und Seelsorge machen und „Brot“ im Sinne von Luthers Erklärung zur 4. Bitte verstehen, dann ist es nicht in unser Belieben gestellt, davon zu reden oder darüber zu schweigen.

Ich weiß, wir sind nicht sachverständig. Oder nicht sachverständiger als in Sozial-, Sexual-, Kirchbau-, Hospital-, Landwirtschafts- und Freizeitfragen. Aber wir sind mitbetroffen. Und wir sollen hier wie anderswo den Menschen glaubwürdig demonstrieren, wie ein Christ mit seinem Geld gewissenhaft und sorgfältig, großzügig und sorglos umgeht. Solange der Pfarrer sich als Amtswalter einer Institution versteht, dem diese nebst freier Wohnung und gesichertem Alter auch ein auskömmliches Gehalt schuldet, wird er sich freilich den Zugang zu dieser Frage verbauen. In den Gemeinden deutscher Sprache und Herkunft im Ausland ist dies Denken nicht zu Hause. Diese Gemeinden und ihre Mitarbeiter sind in der Regel durch keine Privilegien von der Wirklichkeit der Menschen, denen sie dienen, abgeschirmt. Sie bieten ihre Dienste auf dem freien Markt an. Sie werben durch ihr Dasein und ihre Lebendigkeit. Sie können nicht zwingen, sondern nur bitten. Sie sind auf die Freiwilligkeit ihrer Glieder angewiesen und auf das Geld, das diese freiwillig zur Verfügung stellen.

Wer es unter uns Pfarrern so nicht mag, muß zu Hause bleiben. Die anderen dürfen und müssen vom Geld reden. Und vom rechten Gebrauch. Vom fröhlichen Geben und vom falschen Sorgen. Von Beiträgen und Kollekten. Vom Zehnten. Nicht so, *als ob* wir das brauchten. Wir brauchen es wirklich.

Die Auslandsgemeinden probieren den Ernstfall. Sie entdecken, daß der „Ernstfall“ der Normalfall innerhalb der Ökumene ist. Darum wollen wir ruhig darüber sprechen. Die veränderte Ausgangssituation zwingt uns, vom Geld zu reden.

### *1. Die Kirche ist kein Verein*

Der auffälligste Unterschied zwischen einer Gemeinde in Deutschland und einer Gemeinde draußen besteht darin: In Deutschland gehört einer zur Kirche, solange er nicht austritt. In Tokio, in Mexiko oder in Addis Abeba gehört einer nicht zur Kirche, solange er nicht eintritt.

Die Kirche begegnet ihm draußen nicht als Institution, sondern als Gemeinde. Eine Gruppe von Menschen, die sich zum Gottesdienst versammeln, auch sonst zusammenkommen, den christlichen Glauben einüben, gemeinsam Verantwortung übernehmen und Aufgaben angreifen. Wer dazugehören will, muß es sagen. Er hat es sich – hoffentlich – überlegt. Oft muß man ihm erklären, warum er, der doch immer evangelisch gewesen ist, sich im Ausland noch einmal dafür entscheiden muß. Er wird manchmal erst nach der Gemeinde fragen und auf sie stoßen, wenn er sie braucht, um seine Kinder taufen zu lassen, um das heilige Abendmahl zu feiern, um eine Trauung oder Beerdigung auszurichten oder seine Kinder im evangelischen Glauben zu unterrichten. Dann wird er hören, daß die Gemeinde, die er braucht, ihn braucht. Damit sie nämlich ihren Dienst ausrichten kann, müssen sich dort, wo Staat und Gesellschaft das religiöse Leben der Bürger nicht ordnen, einzelne zusammentun und ihre Gaben und Talente, ihre Zeit und ihren Glauben zusammentun, damit evangelische Christen das Evangelium hören können.



Eine solche Gruppe sieht häufig aus wie ein Verein. Sie wird auch mancherorts als ein deutscher Verein neben anderen (miß)verstanden. Aber sie ist kein Verein, sondern eine Gemeinde. Der Vorstand eines Vereins ist der erste Vorsitzende. Das Haupt der Gemeinde ist Jesus Christus. Die Angehörigen des Vereins sind die Mitglieder. Zur Gemeinde gehören ihre Glieder. Sie sind mit Christus und untereinander verbunden durch das Heil, das der Herr für sie erworben hat und ihnen mitteilt.

Strenggenommen kann man also einer Gemeinde nicht beitreten. Man kann sich rufen lassen. Man kann eine Zugehörigkeit, die aus der Taufe stammt, aktualisieren in tätiger Gliedschaft. Zu solcher Zugehörigkeit und Teilhabe rufen die Gemeinden im Ausland alle evangelischen Christen deutscher Sprache oder Herkunft. Die sich rufen lassen, gehören dazu.

## *2. Wir müssen die gewohnten Ordnungen in neue Verhältnisse umdenken*

Hier steckt für viele von uns, die aus Deutschland kommen, ein Problem. Die gewohnten Ordnungen der Landeskirche, die Denkgewohnheiten der Volkskirche lassen sich nicht in die Situation der Freiwilligkeits- und Vereinskirche übertragen. Der Aufbau einer Parochialgemeinde setzt heute vor allem ein zuverlässiges Einwohnermeldeamt voraus. Für die Arbeit in einer Freiwilligkeitsgemeinde fehlen uns in der Regel Ausbildung und Anschauung.

Diese offensichtlichen Nachteile werden häufig kompensiert durch die Möglichkeit, in den Gemeinden im Ausland Fragen des Gemeindeaufbaus und der Gemeindearbeit noch einmal ab ovo zu durchdenken und in die Tat umzusetzen. Hierbei darf die Gemeinde ruhig an der Arbeit teilnehmen, indem ihr die Problematik der Gliedschaft, der durch Gliedschaft begründeten Rechte und Pflichten, der Kirchenordnung und Kirchenzucht vom Neuen Testament her erklärt und sie dazu aufgerufen wird, den neutestamentlichen Befund in die jeweilige gemeindliche Praxis zu übersetzen. Daß Ordnungsfragen hier theologische Fragen sind und eine gute, moderne Gemeindeverfassung einer guten biblischen Begründung bedarf, wird Theologen, Juristen und Laien bei dieser Arbeit deutlich werden.

Gerade deshalb wird es unmöglich sein, eine Musterordnung zu schaffen, die verschiedenen Verhältnissen der Gemeinden in fünf Kontinenten gerecht wird. Die Gemeindeordnung setzt vielmehr eine genaue Standortbestimmung voraus und wird in enger Beziehung auf sie und nach dem Maß der Einsicht der Gemeinde erarbeitet werden müssen.

Trotzdem kann ein Austausch von Erfahrungen hilfreich sein:

Wie können die alten, oft inaktiven Gemeindeglieder zu neuer, tätiger Gliedschaft erweckt werden?

Wie kommen wir an die auf Zeit entsandten Fachkräfte heran?

Welche Hilfe kann die diplomatische Vertretung geben?

Welche Erfahrungen machen wir mit deutschen Auslandsschulen und deren Lehrer?

Ist der Religionsunterricht – wo er gestattet ist – eine Hilfe beim Gemeindeaufbau oder eine Flucht des Pfarrers in den Raum, wo seine Autorität noch unbestritten ist? (Oder dient er dem Kirchenvorstand dazu, säumige Zahler über den Umweg des Schulgeldes zur Kasse zu bitten?)

Wie groß muß eine Gruppe sein, um eine regelmäßige Betreuung durch einen Pfarrer, die doch Zeit, Kraft und Geld kostet, zu rechtfertigen?

Sollen Amtshandlungen nur Gemeindegliedern gewährt werden?

Sollen diejenigen, die sich an den gemeinsamen Lasten nicht beteiligen, durch eine hohe Gebühr bei Taufe, Trauung, Beerdigung zur Ordnung gerufen werden?

Genügt zur Mitgliedschaft eine schriftliche Willenserklärung? Setzt Mitgliedschaft bei denen, die es können, die Zahlung eines Beitrages voraus? Sind zahlende Mitglieder,



die sich am gottesdienstlichen Leben nicht beteiligen, volle Mitglieder? Setzt Mitgliedschaft die Konfirmation, bei Verheirateten die kirchliche Trauung voraus?

Wie halten wir es mit der Aufnahme von Angehörigen der Freikirchen?

Ich hielte es für gut und nützlich, wenn wir über diese und andere Fragen in einen Gedanken- und Erfahrungsaustausch eintreten könnten, damit einer nicht nur aus seinen eigenen Fehlern, sondern auch aus den Erfahrungen der anderen lernen kann.

### 3. Geht die Freiwilligkeit in der zweiten Generation verloren?

Kritische Leser des Manuskripts haben an dieser Stelle bemerkt, der Verfasser spreche nur von den Problemen neugegründeter Gemeinden, während die Gemeinden in Brasilien, Argentinien und Chile, aber ebenso viele Gemeinden in Europa aus Mitgliedern bestehen, die in sie bereits hineingeboren wurden. Inwieweit bleibt der Freiwilligkeitscharakter unter diesen Voraussetzungen erhalten?

Soweit ich sehe, werden in unseren Gemeinden tatsächlich die Kinder mitgezählt, ohne daß sie sich persönlich anmelden oder anmelden lassen. Durch die Zugehörigkeit der Eltern sind sie Mitglieder der Gemeinde. Das ändert sich auch nicht mit der Konfirmation. Erst wenn sie aus der Familie ausscheiden und ihren eigenen Haushalt begründen, wird die Frage der eigenen Mitgliedschaft akut. Dann müssen sie sich noch einmal persönlich entscheiden, ob sie zur Gemeinde gehören, die damit verbundenen Pflichten übernehmen und die Rechte ausüben wollen. Eine „automatische“ Mitgliedschaft für erwachsene Christen gibt es deshalb nicht, weil jeder, der aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Elternhauses ausscheidet, seinen Beitrag festsetzen und entscheiden muß. Damit sind in einer Freiwilligkeitsgemeinde wesentliche Rechte verbunden. Hier kommen wir nicht daran vorbei, Fragen der Lebensordnung und Kirchenzucht zu durchdenken, die in diesem Zusammenhang nicht erörtert werden können. Jede neue Generation einer Auslandsgemeinde wird die Verantwortung für das evangelische Gemeindeleben neu übernehmen und vollziehen müssen. Die Sorge für die Mittel zum Unterhalt der Gemeinde ist dabei nur *ein* Aspekt verantwortlicher Gliedschaft.

### 4. Von Kirchensteuer, Kirchenbeitrag und Kirchgeld

In Deutschland zahlt der erwerbstätige Bürger Steuern. Die Höhe der Steuern ist nicht in sein Ermessen gestellt, die Zahlung nicht in sein Belieben. Er zahlt, weil er muß. Dafür gibt ihm der Staat allerlei: Reisepaß und Rechtsschutz, Freiheit, Bildung und Sicherheit werden mit Steuern erkaufte.

In Deutschland zahlt der Bürger christlicher Konfession Kirchensteuern. Die Höhe richtet sich nach der Lohn- und Einkommensteuer. Sie liegt zwischen 1 und 2 % seines Bruttoeinkommens. Er wird nicht gefragt, ob er zahlen will. Er zahlt. Gut verdienende Leute zahlen hohe Kirchensteuern, wenig verdienende Leute zahlen gelegentlich nichts. Die Kirche bietet ihren Kirchensteuerzahlern allerlei für ihr Geld: schöne, geheizte Kirchen, Pastoren, Organisten und viele andere Mitarbeiter, Zuspruch und Anspruch in Presse, Funk und Fernsehen, im Krankenhaus, auf Akademietagungen, Seelsorge an Soldaten und Kriegsdienstverweigerern. Jeder, der sich ernsthaft damit beschäftigt hat, wird den Kirchen zugestehen, daß sie das Geld der Kirchensteuerzahler sorgfältig und gewissenhaft verwalten und nutzen.

Aber nicht jeder wird mit dem System einverstanden sein. Auch in der Kirche wächst das Unbehagen über die Praxis der Aufbringung der Betriebsmittel: 90 % der Bürger unterhalten eine Einrichtung, von der vielleicht 10 % regelmäßig, andere gelegentlich, viele nie Gebrauch machen.

In der Auslandsgemeinde gibt es keine Kirchensteuer. Die Gemeinde bittet daher ihre Glieder um einen Gemeindebeitrag. Sie *bittet*, denn sie hat keine Möglichkeit zu

zwingen. Sie bittet ihre *Glieder*, denn die anderen, die auch evangelisch sind, die die Gemeinde morgen oder in zehn Jahren brauchen werden, kennt sie nicht. Sie bittet um einen *Beitrag*. Wieviel soll es sein?

Nun, manche Gemeinden bitten um 1 % *des Einkommens*. Hier ist der Hoch- und Tiefstapelei keine Grenze gesetzt. Denn wer wird schon dem Pfarrer oder Schatzmeister gern sein (Brutto-)Einkommen bekanntgeben? Der Kolonist, der produziert, was er verzehrt, aber auch der Industrielle, der den Gewinn reinvestiert, wird sein Einkommen meist zu niedrig beziffern.

Andere Gemeinden bitten um einen „angemessenen“ *Beitrag*. Was ist angemessen? Für einen Junggesellen und für eine siebenköpfige Familie? Für den Fabrikbesitzer und die Großmutter? Angemessen heißt: Wir trauen jedem zu, daß er selbst den richtigen Betrag findet; eine Gabe, deren er sich nicht schämen muß und die ihn nicht überfordert; die im rechten Verhältnis steht – aber doch in einem Verhältnis – zu dem, was er für Wohnung und Kleidung, die Erziehung seiner Kinder, für den Arzt und für die Ferienreise ausgibt.

Wieder andere Gemeinden orientieren ihren Beitrag am Haushaltsplan. Sie teilen die voraussichtlichen Gesamtausgaben durch die Zahl der beitragenden Gemeindeglieder und kommen auf den *Durchschnittsbeitrag*. Das System funktioniert dort gut, wo eine ganze Reihe von Gemeindegliedern bereit ist, den Durchschnittsbeitrag erheblich zu überschreiten und damit für die einzutreten, die darunter bleiben müssen.

Andere Gemeinden haben es mit einem *festen Beitrag* probiert. Abgesehen davon, daß hier die Gemeinde in Gefahr gerät, mit einem Verein verwechselt zu werden, wird durch die Festsetzung eines (meist sehr niedrigen) Beitrages all denen, die mehr geben können, der Anreiz dazu genommen. Gefährlich ist die Nähe zum Verein deshalb, weil hier die Beitragszahlung zur Bedingung für die Mitgliedschaft erhoben wird, während sie in einer Gemeinde stets die Folge der Mitgliedschaft, ein Stück praktizierter Gliedschaft sein sollte.

In mehreren Gemeinden ist der Versuch gemacht worden, die Frage der Gliedschaft und des Beitrages mit den Gemeindegliedern persönlich zu besprechen. Dazu wurde ein Team einsatzbereiter Gemeindeglieder für den Besuchsdienst zugerüstet, mit genauen Informationen über das Gemeindeleben ausgerüstet und nach vorheriger Anmeldung in die Häuser der zur Gemeinde gehörenden Familie gesandt. In der Regel fanden sich für einen zeitlich befristeten, gut vorbereiteten Dienst die nötigen Mitarbeiter. Ihre Aussendung zu zweit hat sich bewährt. Das persönliche Zeugnis von Menschen, denen die Gemeinde etwas bedeutet und die für die Gemeinde etwas opfern, wird gehört und kommt oft besser an als Bitten und Briefe des Pfarrers. Ebenso wichtig wie die Vorbereitung ist die Nacharbeit eines solchen Besuchsdienstes.

Ein Pastor kam in eine völlig verschuldete Gemeinde. Sie hatten alle Systeme ausprobiert, und keines hatte die Finanzprobleme, durch einen notwendigen Kirchbau verursacht, lösen können. Er versandte an jedes Gemeindeglied zu Anfang des Jahres Verpflichtungskarten. Jeder notierte darauf den Betrag, den er seiner Gemeinde zu geben entschlossen war, tat die Karte in einen Umschlag mit seiner eigenen Anschrift und gab ihn im Gemeindebüro ab. Im IV. Quartal schickte der Pfarrer jedem seinen Umschlag mit dem Versprechen ungeöffnet wieder zu, dazu den Kontoauszug mit den bisher geleisteten Beiträgen. Niemand, außer dem Betroffenen selbst, hatte gesehen, wie viel oder wenig versprochen worden war. Seitdem, so erzählt er mir, gab es keine Finanzprobleme mehr.

Die meisten Gemeindeglieder wollen informiert sein. Sie wollen wissen, wieviel die Gemeinde braucht und wozu sie es braucht. Sie möchten aber *auch* wissen, *wieviel die anderen beitragen*. Eine Publikation der Beiträge mit Namensnennung ist aber durchaus unangebracht. Hier empfiehlt sich entweder die graphische Darstellung, aus der hervorgeht, wie viele Familien die jeweilige Beitragshöhe zahlen, oder besser noch:

wie ungleich sich die Lasten verteilen. Ein guter Werbefachmann in der Gemeinde hilft mit Ideen und Vorschlägen. Man kann es auch mit einer Aufstellung versuchen, in der die beitragenden Gemeindeglieder mit einer Nummer versehen werden, die nur ihnen selbst bekannt ist.

In jedem Fall ist die Festsetzung des Kirchenbeitrages eine wichtige Entscheidung. Man sollte sie sich gut überlegen, mit anderen erwachsenen Christen darüber sprechen. Es ist also eine geistliche Entscheidung, die hier gefordert wird, eine Sache, bei der der Christenglaube mitbeteiligt ist. Vielleicht ist daher die Frage falsch gestellt, die fragt: „Wieviel Mark, Pfund, Peso, Cruzeiro ... von meinem Geld soll ich der Gemeinde geben?“ Sachgemäß sollte es heißen: „Wieviel Geld (mir anvertrautes Gut, an dem ich mich bewähren soll) darf ich für mich selbst behalten?“

Es gibt Gemeinden, deren Glieder den Beitrag zum Gottesdienst mitbringen.

Andere bringen ihn ins Pfarrhaus oder ins Gemeindebüro.

Andere haben eine Bezirkshilfe organisiert, die die Beiträge abholt und damit einen Besuch bei den Gemeindegliedern verbindet.

Manche haben sogar noch einen Kassierer, der den Kirchenbeitrag einzieht und daran prozentual beteiligt ist. Im Haushaltsplan erscheint der Titel „Inkasso“ und verrät, daß diese Gemeinde sich als Verein versteht.

Jede Gemeinde wird das für sie beste und angemessene System finden und beweglich genug sein müssen, hier mit Phantasie und Liebe, mit Geduld und Geschick zu experimentieren.

*Wenn im Kirchenbeitrag sich ein Stück gelebter Glaube ausdrückt, dann darf die Gemeinde diese freie Entscheidung nicht reglementieren. Sie muß vielmehr in Predigt, Seelsorge und Unterricht die Voraussetzung dafür schaffen, daß ihre Glieder die ihnen zufallende Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen treffen können.*

##### *5. Die Sage von der „reichen Heimatkirche“ und den „armen Auslandsgemeinden“*

Das Aufkommen der westdeutschen Gliedkirchen aus Steuermitteln dürfte 1966 bei 1 570 000 000 DM gelegen haben. Das ist eine respektable Summe. Sie macht es schwer, in den Gottesdiensten und bei den Haussammlungen um ein Opfer zu bitten. Viele Sammler wissen das. Die Leute, die um Kollekten und Spenden gebeten werden, wissen das auch. Es geht den Kirchen in der BRD finanziell gut.

Die Kirchen haben die Gunst der Lage genutzt und ein in dieser Größenordnung unerhörtes Programm des kirchlichen Wiederaufbaus finanziert, dazu einen wichtigen Beitrag zum sozialen, karitativen und bildungspolitischen Neubau der Gesellschaft geleistet. Sie haben die Zahl ihrer Mitarbeiter sehr vergrößert und für deren Aus- und Fortbildung, Unterhalt und Sicherung, Wohnung und Motorisierung viel getan. Wer die Verhältnisse in Stadt- und Landpfarrhäusern 1950 kannte und nach 16 Jahren zurückkehrt, kann die beschriebenen Leistungen besser würdigen als einer, der die fortschreitende Besserung und Besserstellung schrittweise miterlebte.

Die Kirchen in der Bundesrepublik haben aber in den Jahren der vollen Kassen und stetig steigenden Einnahmen nicht nur an sich selbst gedacht, sondern neben den beträchtlichen Leistungen für die Gliedkirchen in der DDR in wachsendem Maße Ökumene und Mission finanziell unterstützt. Sie haben damit nur die praktischen Konsequenzen aus der in Neu-Delhi beschlossenen Integration von Mission und Kirche gezogen.

Das läßt manchen Pfarrer und Kirchenvorsteher im Ausland fragen: Warum kann die EKD nicht zu ihren 17 000 Gemeinden noch die 1500 Gemeinden im Ausland, die ihr vertraglich verbunden sind, finanziell tragen? Könnte sie nicht wenigstens das Gehalt der 423 Auslandspfarrrer übernehmen und damit

1. die Gemeinden von der schwierigen Aufbringung dieser Gelder entlasten,



2. die Pfarrer der Peinlichkeit entheben, ihren Gemeinden immer wieder anlässlich von Haushaltsdebatten sagen zu müssen, wie teuer ein Pfarrer mit Dienstwohnung und allen Zulagen heutzutage ist?

Wäre das nicht – wenn schon keine aus dem Auslandsgesetz folgende Rechtsverpflichtung – so doch in der Tat ein brüderlicher Dienst der Heimat an ihren auf Zeit oder Dauer im Ausland lebenden Glaubensgenossen? Und ist nicht die Eigenverantwortung der Gemeinde durch die Auflage, alle anderen neben dem Gehalt entstehenden Kosten des Pfarramts aufzubringen, genügend betont?

Ich meine, daß diese Argumentation durch zwei wesentliche, nicht selten fatale Denkfehler belastet ist:

1. Eine Gemeinde (oder Kirche) im Ausland soll Kirche und Gemeinde Jesu Christi an diesem besonderen Ort unter den besonderen Bedingungen ihrer Umwelt sein. Sie kann darum ihre Gestalt nicht importieren und im anderen Land konservieren, ohne ihren Auftrag, Gemeinde für die Welt (die konkrete Umwelt) zu sein, zu verkürzen. Vielmehr wird sie aus der überlieferten festen Gestalt herausfinden müssen zu einer dem Evangelium und ihrem besonderen Auftrag angemessenen Gestalt. Die Spannung zwischen Herkunft und Zukunft ist dabei zugleich Vorgabe und Aufgabe.

2. Eine Gemeinde (oder Kirche) ordnet im Normalfall ihre Angelegenheiten selbst. Die Diaspora ist der Normalfall der Kirche in der Welt. Die Gemeinden deutscher Sprache und Herkunft im Ausland sind Gemeinden in der Diaspora und erfahren diese Situation unmittelbarer und härter als Gemeinden in der Volkskirche. Sie dürfen sich das Recht einer eigenen Finanzverwaltung nicht nehmen lassen. Sie müssen vielmehr erkennen, daß sie mit einer wesentlichen finanziellen Abhängigkeit von der EKD auch ein wesentliches Stück Selbständigkeit aufgeben. Dieser Verzicht führt nicht selten zu geistiger und geistlicher Unmündigkeit.

Sind diese Voraussetzungen richtig, so folgt daraus, daß eine Gemeinde, die sich außerhalb der politischen Grenzen Deutschlands in kirchlicher und brüderlicher Gemeinschaft mit der Kirche der Heimat konstituiert, sich notwendigerweise freischwimmen muß. Sie muß in diesem Prozeß erweisen, daß ihre Lebensfähigkeit und Daseinsberechtigung nicht in besonderen politischen oder ökonomischen Systemen, sondern im Wort Gottes gründet. Die EKD soll und kann ihr jede nur mögliche materielle, geistige und geistliche Hilfestellung geben, die dazu dient, sie in ihrem Dasein und für ihren Auftrag zu rüsten und zu stärken. Das Ziel der Hilfe soll aber die Selbständigkeit der Gemeinde sein, wie die Grundlage der Hilfe die Vereinbarung zweier freier Partner ist, die einander in der Verschiedenartigkeit annehmen und achten.

Im Bild: Die EKD kann und soll Schwimmwesten, Leinen, Ausrüstung, Anleitung bereitstellen und geduldig und zielstrebig dahin wirken, daß die Gemeinden sich freischwimmen. Stellt es sich heraus, daß eine Gemeinde sich nicht freischwimmen will (oder kann), so muß geprüft werden, ob der Gemeinde durch weitere Zuschüsse oder durch Einstellen der Hilfe und Rückberufung des Pfarrers der bessere Dienst geleistet wird.

Lassen Sie mich diesen Sachverhalt durch zwei Bemerkungen erhellen: Viele im Ausland ansässige Deutsche haben zur Existenzbegründung und zum Ausbau ihrer Position Hilfe von Verwandten, Freunden oder Firmen in der Heimat erfahren. Sie werden sich dankbar daran erinnern und doch danach streben, wirtschaftlich unabhängig zu werden. Sie werden in aller Regel Verständnis dafür haben, daß ihre Gemeinde finanzielle Hilfe aus Deutschland nur befristet und mit dem Ziel erhält, für ihr Aufkommen einmal selbst zu sorgen.

Nicht wenige Gemeinden im Ausland haben jahrzehntelang in wirtschaftlicher Abhängigkeit von der Heimatkirche gestanden. Das Pfarrgehalt oder ein wesentlicher Teil davon kam von deutschen kirchlichen Stellen. Ihre Geschichte spiegelt im Auf und Ab die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und das Wohlwollen, das Auslands-



deutsche und Auslandsgemeinden jeweils genossen. Zwei Weltkriege sind starke Zäsuren, denen große und blühende Gemeinden zum Opfer gefallen sind. Diese Abhängigkeit kann heute niemand mehr wünschen und anstreben.

## 6. Die finanziellen Möglichkeiten und Grenzen des KA

Es ist das unbestreitbare Verdienst des Präsidenten des Kirchlichen Außenamtes, daß die Auslandsarbeit in den letzten zehn Jahren stärker in den Blick und in die Verantwortung der Evangelischen Kirche in Deutschland gerückt ist. Er hat sich unermüdlich dafür eingesetzt, daß diese Arbeit die personelle und finanzielle Unterstützung erhält, die sie verdient. Trotzdem ist der Etat des Kirchlichen Außenamtes, sowohl gemessen an den vielfältigen und großen Aufgaben des Amtes als auch im Vergleich mit einem landeskirchlichen Etat mit 11,652 Millionen DM (1966), überraschend klein. Manche falschen Erwartungen der Kirchengemeinschaften und Gemeinden im Ausland haben ihren Grund in völlig falschen Vorstellungen von der Höhe der in Frankfurt am Main verfügbaren Mittel.

a) Woher kommen die Mittel des KA? Während die Landeskirchen ihre Mittel aus Steuereinnahmen, Dotationen und Kollekten erhalten, hat das KA nur eine einzige eigene Einnahme: die Kollekte für die ökumenische Arbeit der EKD und die Arbeit in den Kirchengemeinschaften und Gemeinden deutscher Sprache im Ausland. Sie erbrachte 1966 in allen westdeutschen Gemeinden zusammen 501 429,66 DM. Die darüber hinaus nötigen Mittel kommen aus einer Umlage, die von den Gliedkirchen prozentual zu ihrer Größe aufgebracht wird. Die Höhe der Umlage wird jährlich neu festgesetzt. Dazu braucht das KA bis zum 20.4. jeden Jahres die Haushaltsübersichten der Kirchengemeinschaften und -gemeinden und deren Beihilfeanträge. Der Finanzausschuß der EKD geht bei seinem Vorschlag an den Rat der EKD, die Mittel zu bewilligen, von drei Voraussetzungen aus:

1. Die Kirchengemeinschaft oder -gemeinde muß sich selbst nach Kräften um die Aufbringung der nötigen Mittel bemüht haben. Dabei wird erwartet, daß die Leistung der Gemeindeglieder im Ausland nach einer gewissen Anlaufzeit die der deutschen Kirchensteuerzahler erreicht.

2. Die Finanzverwaltung der Gemeinde muß geordnet sein, und die Bücher müssen einwandfrei geführt werden.

3. Die Verwendung der bewilligten Mittel muß nachgewiesen werden und nachgeprüft werden können.

Das KA trägt gegenüber dem Rat und den Finanzgremien der EKD die Verantwortung für die Einhaltung dieser Grundsätze. Daher muß das KA die Gemeinden und Pfarrer in deren eigenem Interesse um die Beachtung der Vorschriften und die Einhaltung der Termine bitten. Das Oberrechnungsamt in Hannover prüft die Verwendung der Mittel durch das KA genau und berichtet dem Finanzausschuß über das Ergebnis der Prüfung.

b) Wohin gehen die Mittel des KA? Aus den von den Gliedkirchen der EKD zur Verfügung gestellten Mitteln bestreitet das KA folgende Ausgaben:

Anteile am Haushalt 1966 (Ist):

1. Zuschüsse zum Haushalt der Kirchengemeinschaften und -gemeinden	40,22 %
2. Ökumenische Arbeit der EKD	13,43 %
3. Ruhegehaltszahlungen an Pensionäre und Hinterbliebene	12,46 %
4. Personal- und Sachkosten des KA	10,88 %
5. Beihilfen für Bauten und Instandsetzung	8,44 %
6. Deutschlandurlaub der Südamerikapfarrer	5,64 %
7. Aussendungen und Rückkehr der Pfarrer und anderer Mitarbeiter	4,33 %
8. Gesundheitsfürsorge der Pfarrer	2,03 %

9. Urlauberseelsorge und Kurpastoration	1,16 %
10. Förderung der Ausbildungsstätten in Deutschland	0,95 %
11. Auslandsarbeit einzelner Landeskirchen	0,43 %

Aus dieser Zusammenstellung wird deutlich, daß die direkten Unterstützungen der Kirchen und Gemeinden im Ausland mit zwei Fünftel der Haushaltsmittel nur ein, wenn auch gewichtiger Posten im Haushalt des Außenamtes sind. Viele Leistungen, die direkt oder indirekt mit der Aussendung der Pfarrer und dem Dienst der Auslandsgemeinden zusammenhängen, müssen außerdem bestritten werden.

### 7. Wie können die Gemeindefinanzen geordnet werden?

Ich habe den Eindruck, daß unsere Gemeinden finanziell vielfach von der Hand in den Mund leben. Die Beihilfe des KA deckt vielleicht gerade noch das Pfarrgehalt, die eigenen Einnahmen mit Müh und Not die sonstigen anfallenden Ausgaben. Das Jahr beginnt mit guten Vorsätzen und erfreulichen Einnahmen, da Gemeindeglieder ihren Jahresbeitrag im voraus entrichten. KV und Schatzmeister äußern im Blick auf die Kassenlage bis Ostern vorsichtigen Optimismus. Doch in der Jahresmitte kommt die Windstille. Der Boden der Kasse wird sichtbar. Der Schatzmeister überlegt besorgt, wie er das Gemeindeschiff wieder flott und finanziell liquide bekommt. Allgemeine Hinweise im Monatsbrief verärgern die, die schon bezahlt haben, und werden von denen, für die sie gemeint sind, nicht gelesen. Also werden bei fortschreitender Flaute Mahn- und Bittbriefe geschrieben. Vom Erntedankfest an wird es wirklich besser, und Anfänger sehen darin den Erfolg der Briefaktion. Aber erst der Weihnachtsmonat mit dem Bazar und den großen Kollekten am Heiligabend wendet das erwartete Defizit zum Jahresende in einen kleinen Überschuß. So oder so ähnlich geschieht's – alle Jahre wieder.

Dann aber bricht mitten im Jahr der Dienstwagen zusammen, das Kirchendach muß repariert werden, oder eine unvorhergesehene Ausgabe kommt auf die Gemeinde zu. Jetzt müssen die Kirchenvorsteher zum Scheckbuch greifen, der Pfarrer muß ein paar wohlmeinende und wohlhabende Leute ansprechen und einen Notruf ans KA abgehen lassen.

Kein Geschäftsmann oder Unternehmer könnte sich eine solche Praxis leisten. Wir sollten hier von ihnen lernen, wie man heute einen Betrieb in der Größenordnung unserer Gemeinde finanziell organisiert. Haushaltsführung und Haushaltsplanung erfordern heute neben der Einsatzbereitschaft derer, die sich damit befassen, Sachverstand und Erfahrung. Daher wird der Pfarrer gut daran tun, die Sorge für die Gemeindefinanzen sachverständigen Gemeindegliedern aufzutragen, die gemeinsam mit dem Schatzmeister den Finanzbeirat bilden. Ihm obliegt es, zunächst eine Analyse der Gemeindefinanzen auszuarbeiten. In der Bestandsaufnahme wird festgestellt, was die Gemeinde bereits leistet, wie sich Einnahmen und Ausgaben in den letzten Jahren entwickelt haben und welche Ziele mittelfristig (4–6 Jahre) angestrebt werden können. Die Vorschläge des Finanzbeirates arbeitet der KV in konkrete Schritte um, die zur finanziellen Selbständigkeit der Gemeinde hinführen.

#### a) Die Einnahmen des ordentlichen Haushalts

Die Gemeinde bringt ihre Mittel durch regelmäßige Beiträge ihrer Glieder, durch Kollekten der Gottesdienste und Spenden auf. Die Beiträge bilden das Rückgrat des Gemeindehaushalts. Sie sind die festen, regelmäßigen Einnahmen, mit denen der Schatzmeister rechnen kann. Darum ist es nötig, dafür zu sorgen, daß die Zahl der beitragenden Familien wächst und die Höhe der Beiträge an der Erhöhung der Kosten des Gemeindeunterhalts teilnimmt. Folgende Fragen können dabei helfen:

Wie viele Familien oder einzelne gehören zur Gemeinde?

Wie verteilen sich die Beiträge prozentual auf die beitragenden Familien?

Wie hat sich das Beitragsaufkommen in den letzten Jahren entwickelt?

Welche Möglichkeiten gibt es, die Zahl der Beitragszahlenden zu erhöhen?

Wie kann eine Anhebung des Durchschnittsbeitrages erreicht werden?

**Ziel:** Die regelmäßigen festen Einnahmen sollen die regelmäßigen festen Ausgaben (Gehälter, Mieten, Steuern) decken. In der Regel werden diese Ausgaben 55 % bis 65 % des Haushalts ausmachen.

### Beispiele

**Großstadtgemeinde in Lateinamerika.** 550 Familien, davon 412 Beitragende. Zusammensetzung: Kaufleute, Techniker, Lehrer, Landwirte. Einkommen 1000,- bis 8000,- DM monatlich. Niedrig angenommener Durchschnitt: 2000,- DM monatlich. Gesamtes Einkommen monatlich  $412 \times 2000,- \text{ DM} = 824\,000,- \text{ DM}$ . Eine Einnahme an Kirchbeiträgen von 8240,- DM monatlich oder 98 880,- DM jährlich würde der Leistung vergleichbarer deutscher Kirchensteuerzahler entsprechen. Die Gemeinde könnte mit diesen Einnahmen zwei Pfarrer, Küster, Gemeindehelferin und Gemeinsekretärin bezahlen.

Dieses Ziel wird nicht auf einen Sprung erreichbar sein. Ein Durchschnittsbeitrag von 10,- DM monatlich wird angestrebt: Mit  $412 \times 10,- \text{ DM} = 4120,- \text{ DM}$  festen monatlichen Einnahmen kann Pfarrgehalt, Miete (Küster), Gemeinsekretär bezahlt werden.

**Großstadtgemeinde in Europa.** Circa 200 Familien, davon 95 Beitragende. Zusammensetzung: Kaufleute, Lehrer, Handwerker, Rentner, Studenten. Monatsbeitrag zur Zeit durchschnittlich 3,- DM; monatlich  $95 \times 3,- \text{ DM} = 285,- \text{ DM}$ . Das entspräche - 1 % des Einkommens als Kirchbeitrag vorausgesetzt - einem durchschnittlichen Monatseinkommen von 300,- DM. Es ist zu vermuten, daß die 95 beitragenden Gemeindeglieder im Schnitt mehr als 300,- DM verdienen. Es ist unwahrscheinlich, daß 52,5 % der Gemeindeglieder nicht in der Lage sind, einen Beitrag zu leisten. Empfehlung: weitere 55 Familien zur Beitragszahlung gewinnen, Durchschnitt zunächst auf 6,- DM monatlich anheben. Mit monatlichen Beitragseinnahmen von  $150 \times 6,- \text{ DM} = 900,- \text{ DM}$  können drei Viertel des Pfarrgehalts getragen werden.

Zu einer **Gemeinde in Kanada** gehören 403 Glieder über 18 Jahre und 282 Kinder. 150 Mitglieder entrichten einen regelmäßigen Beitrag. Es sind fast ausschließlich Neueinwanderer, darunter viele ältere und ärmere Menschen. Sie brachten 1966 8 508,30 Dollar auf. Das sind im Schnitt pro Mitglied 226,80 DM im Jahr. Die Gründe für den hohen Durchschnitt werden aus einer Übersicht deutlich: 30 Mitglieder zahlen 400,- bis 4000,- DM, 43 zahlen 200,- bis 360,- DM, 32 zahlen 100,- bis 190,- DM, 45 zahlen 20,- bis 99,- DM. Moral: Um auf einen guten Durchschnittsbeitrag zu kommen, muß eine Gruppe von Menschen, die weiß, worum es geht (Pfarrer, Kirchenvorsteher), mit gutem Beispiel vorangehen. Nota bene: 10 Gemeindeglieder, die den Zehnten geben, können ein Pfarrgehalt aufbringen. Das kommt tatsächlich vor.

In einer finanziell abhängigen Gemeinde wird die **Kollekte** kräftig mithelfen müssen, die Ausgaben zu decken. Sie wird deshalb in der Regel für die eigene Gemeinde bestimmt sein. Auf Kollekten, die aus der Gemeinde gehen, sollte indessen nie ganz verzichtet werden. Es empfiehlt sich, Zahl und Ort der übergemeindlichen Kollekten, die die Gemeinde an den Aufgaben der Gesamtkirche beteiligt, vorher festzusetzen und anzukündigen. Die in der Gemeinde verbleibenden Kollekten decken die mit der Abhaltung der Gottesdienste verbundenen sachlichen Kosten, von der Kirchenmiete (oder baulichen Unterhaltung und Reinigung) bis zur Anschaffung von Gesangbüchern. Der Altarschmuck wird in den meisten Gemeinden von den Familien übernommen,

die in der vorausgehenden oder beginnenden Woche einen Gedenktag feiern. Es ist notwendig, die Kollekte der Gemeinde zu empfehlen und sie darauf hinzuweisen, daß diese Gaben zur Durchführung notwendiger Aufgaben gebraucht werden. Je konkreter dabei der Verwendungszweck angegeben wird, desto lieber wird der Gottesdienstbesucher seine Gabe geben. Es darf von Zeit zu Zeit daran erinnert werden, daß evangelischer Gottesdienst, womöglich in deutscher Sprache, im Ausland und in Übersee keine Selbstverständlichkeit ist, sondern ein besonderer Vorzug, der es wohl rechtfertigt, die Gemeinde um ein Opfer zu bitten.

Wir sollten uns aber vor allem darum bemühen, wieder zu entdecken, daß das Dankopfer seit alters her Teil des Gottesdienstes ist und mit dem Loblied und dem Bekenntnis des Glaubens, der Fürbitte und dem Vaterunser zur Antwort der Gemeinde auf die ihr verkündigten und unter ihr geschehenen Taten und Wunder Gottes gehört. Das rechte Hören und Dazugehören wird sich darum auch in einer Dankesgabe zeigen, die aus dem Glauben kommt und nicht aus dem Gesetz.

Wer's probiert hat, hat's erfahren, daß zwei Kollekten im Gottesdienst mehr einbringen als eine. Dennoch sollte man – wo es nicht üblich ist – sehr genau prüfen, ob ein besonderer Anlaß es rechtfertigt oder notwendig macht, die Gemeinde um eine zweite Gabe im Gottesdienst zu bitten. Dagegen habe ich keine Hemmungen gehabt, auch bei Taufen und Trauungen außerhalb des Gemeindegottesdienstes eine Kollekte zu erbitten. Es handelt sich ja dabei durchaus um einen Gottesdienst und nicht um eine Privatveranstaltung, die mit Orgelspiel, Glocken und Predigt garniert wird. Die Gemeindeglieder sind daran gewöhnt, daß im Gottesdienst eine Kollekte gesammelt wird, und die vielen, die eher zur Trauung als zum Sonntagsgottesdienst kommen, haben auf diese Weise Gelegenheit, auch einmal eine Kollekte zu geben. Im Jahresaufkommen helfen diese 10–15 Kollekten kräftig mit.

*Spenden* aus Anlaß von Amtshandlungen (besser und sachgemäßer als Gebühren für diesen Zweck, die mit Rücksicht auf die Schwachen zu niedrig angesetzt werden und die Kirchen in den Verdacht bringen, sie verkauften Gnadenmittel) müssen erbeten werden. Dazu ist beim Tauf- und Traugespräch gute Gelegenheit. Hier hat das Dankopfer seinen Platz. Es kann hierbei dem Spender ein bestimmter, konkreter Zweck genannt werden, oder die Spenden fließen in die Kirchenkasse. Es ist Gemeindegliedern nicht immer klarzumachen, daß die Spende bei der Taufe, Trauung, Konfirmation oder Beerdigung, das Geld, das sie dem Pfarrer beim Krankenbesuch mitgeben, kein Entgelt für seine persönlichen Bemühungen ist, sondern eine über den Pfarrer der Gemeinde gegebene Gabe. Dadurch wird sie in die Lage versetzt, ihm ein Gehalt zu zahlen, das ihn nicht nötigt, solche „Trinkgelder“ anzunehmen. Gegen solches Mißverständnis hilft m. E. eine Quittung des Schatzmeisters, die mit dem Dankbrief des Pfarrers bestätigt, daß die Gabe ihr Ziel erreicht hat.

Wir sollten unsere Gemeindeglieder dazu erziehen, bei der Feier ihrer großen Familienfeste eine Gabe an die Kirche einzuplanen, denn bei dieser Gelegenheit darf der Dank dafür und die Freude daran, daß es eine Kirche gibt, in der sie ihre Kinder taufen, konfirmieren und trauen lassen können, so ausgedrückt werden. Keinesfalls sollten aber Amtshandlungen verschiedener Preis- und Güteklassen geboten werden. Vielmehr entspricht der Freiwilligkeit der Gliedschaft die Freiheit, in der jeder auf einen Dienst mit einer Gabe antworten kann.

*Ziel:* Spenden und Kollekten sollten in einer finanziell selbständigen Gemeinde ca. 25 % der Einnahmen ausmachen.

Die restlichen 15–20 % der Einnahmen setzen sich aus verschiedenen Posten zusammen: Bücher- und Kalenderverkauf, Einnahmen aus dem Religionsunterricht und Überschüsse der Gemeindefeste gehören hierher.



## *b) Die Ausgaben des ordentlichen Haushalts*

Sie teilen sich in Personal- und Sachkosten. Die neue Kirchenkassenübersicht des KA zählt die in der Gemeinde üblichen Ausgaben auf. Die Aufgliederung soll es dem Kirchenvorstand erleichtern, die Schwerpunkte der Ausgaben zu überschauen. Es empfiehlt sich daher, die Bücher der Kirchenkasse den Ziffern und Titeln der Kirchenkassenübersicht anzugleichen, damit die Beträge am Jahresende direkt übertragen werden können. Während es sich bei Ziff. 2-4 und 6 um feste, regelmäßige Ausgaben handelt, zu denen die Gemeinde verpflichtet ist, sind die Ausgaben Ziff. 5, 7-10 variabel und können der jeweiligen Haushaltslage angepaßt werden. Es empfiehlt sich dabei, den Haushaltsansatz der verschiedenen Titel – etwa Reisekosten, Unterstützungen, Kirchenmusik – im Haushaltsvoranschlag festzusetzen und durch vierteljährliche Zwischenabrechnungen zu prüfen, daß die Titel nicht überzogen werden. Hier bieten sich fast überall Möglichkeiten eines internen Deckungsausgleiches, durch den eine Beeinträchtigung der Arbeit, auch in Zeiten angespannter Kassenlage, vermieden wird.

## *c) Reserven: Ja oder Nein?*

Jeder gewissenhafte Hausvater wird darauf sehen, seine festen Einnahmen durch eine Reserve für den Notfall und für voraussehbare Ausgaben in der Zukunft zu stützen. Unsere Gemeinden sind hier in einem Gewissenskonflikt. Wirtschaften sie nach diesen hausväterlichen Grundsätzen, so müssen sie am Jahresende ihr Guthaben dem KA anzeigen und laufen Gefahr, daß die nächste Beihilfe um diesen Betrag gekürzt wird. Damit wird aber die Intention der Reservebildung durchkreuzt. (Nur ganz wenige Gemeinden haben es verstanden, trotz der Defizite, die für den Beihilfeantrag nachgewiesen wurden, stille Reserven zu schaffen.)

Das KA hat Verständnis dafür, daß die verantwortlichen Gemeindeleiter sich um die Bildung von Reserven bemühen. Es muß freilich darauf achten, daß nicht auf Kosten anderer Gemeinden, die Zuschüsse nötig brauchen, Reserven aus den Beihilfemitteln gebildet werden. Es wird daher den Gemeinden bei der Schaffung von Reserven für vorhersehbare, größere Ausgaben, die aus dem laufenden Haushalt nicht bestritten werden können, helfen.

Dazu gehören:

- die Rückreise der Pfarrfamilie (die nach Ablauf der Vertragszeit in der Regel die Gemeinde bezahlt),
- der Deutschlandurlaub der Pfarrfamilie (bei länger dienenden Pfarrern in Übersee),
- die Erneuerung des gemeindeeigenen Kraftwagens,
- die Instandhaltung kircheneigener Gebäude.

Ferner sollte nach Möglichkeit eine Betriebsmittelrücklage von 10-25 % des laufenden Haushaltes geschaffen werden, die es der Gemeinde erlaubt, im Notfall ein bis drei Monate ohne eigene Einnahmen weiterzuarbeiten. Darüber hinaus ist eine Ansammlung von Kapital, wenn Beihilfen vom KA erbeten werden, nicht vertretbar. Vielmehr sollen Gelder, die der Kirche für die Fortführung der Arbeit anvertraut werden, so bald wie möglich zu diesem Zweck verwendet werden. Reiche Gemeinden sind nur zu häufig träge Gemeinden, die sich, weil für das äußere Wohlergehen bereits gesorgt ist, auch um die innere Gesundheit keine Sorgen mehr machen. Gemeinden, die dagegen für ihren materiellen Unterhalt Gedanken, Phantasie und Mühe aufwenden müssen, werden davon – auch im Geistlichen – nicht ohne Gewinn bleiben.

## *d) Die außerordentlichen Ausgaben*

Alle Ausgaben, die mit dem laufenden Unterhalt der Gemeinde nicht zusammenhängen, wie Bauvorhaben, Anschaffung von Glocken und Orgel, Errichtung von

Schulen und Sozialwerken, gehören nicht in den ordentlichen, sondern in einen außerordentlichen Haushalt. Bei größeren Vorhaben, die sich in Planung, Durchführung und Finanzierung über mehrere Jahre hinziehen, wird es empfehlenswert sein, besondere Kommissionen für den Bau und die Baufinanzierung zu bilden, die dem Kirchenvorstand gegenüber verantwortlich sind. Auch die entsprechenden Anträge an das KA müssen gesondert von Beihilfeanträgen für den ordentlichen Haushalt gestellt und ausführlich begründet werden. Dabei muß ersichtlich sein, wie sich der Rechtsträger (Bauherr etc.) die Gesamtfinanzierung denkt, wie die Gemeindeglieder zur Mitbeteiligung aufgerufen werden sollen und wie die Folgekosten (laufende Unterhaltungskosten der neuen Gebäude und Einrichtungen) aufgebracht werden sollen.

### *Dank an den Leser*

Das war's also, was ich Ihnen über die Finanzen sagen wollte. So habe ich es in meinen Gemeinden erfahren und gehalten. Sicher haben Sie in Ihren Gemeinden andere Erfahrungen gemacht. Immerhin haben Sie wohl gespürt, daß hier nicht vom grünen Tisch aus billiger Rat erteilt werden sollte, sondern daß Ihre Partner im Außenamt wissen, wie schwer die Fragen der Gemeindefinanzen auf dem Pfarrer draußen lasten, dem niemand im Studium und Vikariat gesagt hat, wie man mit einer Gemeinde über das Geld spricht.

Vielleicht ist es Ihnen beim Lesen wie mir beim Schreiben aufgefallen, wie sehr bei diesem Thema grundsätzliche Fragen nach dem Selbstverständnis, dem Aufbau und der inneren Ordnung unserer evangelischen Gemeinden deutscher Sprache oder Herkunft im Ausland berührt werden und nach Beantwortung rufen. Es wird Ihnen nicht verborgen geblieben sein, daß die Frage nach dem Geld in der Kirche eine Frage ist, die zunächst die saubere und redliche Antwort des Theologen fordert, ehe wir ins praktische Detail gehen können.

Daher sind auch die zahlreichen Bitten der Brüder um ein Rezept oder ein bewährtes Muster, das man übernehmen kann, leider unerfüllbar. Sie können von den Bemühungen anderer lernen. Wir können Sie und Ihren Kirchenvorstand nicht davon entbinden, an Ihrem Ort die Fragen zu durchdenken und die Lösungen zu finden, die Ihrer Gemeinde angemessen sind und die Sie verantworten können.

Eins ist mir allerdings sicher: Sie leisten bei dieser Arbeit in den Auslandsgemeinden ein gutes Stück Vorarbeit für die Evangelische Kirche in Deutschland, die in Ost und West um die Frage einer neuen Begründung ihrer Organisationsform nicht herumkommt. Während sie aber im östlichen Teil vom Staat dazu gezwungen wird, eine Neustrukturierung zu vollziehen und dabei auch die Frage der Gliedschaft und des Beitrages neu zu ordnen, hat sie im westlichen Teil noch Zeit, sich darauf vorzubereiten und Pfarrer und Gemeinden für diese Aufgabe zuzurüsten. Bei dieser Bemühung können und müssen Gemeinden deutscher Sprache oder Herkunft im Ausland kräftig mithelfen.

Kirchengemeinschaften und Kirchengemeinden, mit denen die EKD durch das Kirchliche Außenamt verbunden ist, wie auch einzelne Gruppen, die sich erst lose zum gemeindlichen Leben zusammenfinden, sind die natürlichen Brücken zu anderen Völkern und Kirchen. Sie sind ein Teil der Entwicklungshilfe und sollten nicht ausgeklammert werden, wenn es darum geht, den Kirchen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zur eigenen Entwicklung zu helfen. „Auslandsgemeinden“ dürfen aber bei aller Ökumenizität zugleich ein Stück Heimat sein, nicht in einem falsch verstandenen Schwelgen in nationalen Gefühlen, sondern im Wissen um die Geschichte, die Kultur des Landes und das Werden der Kirche,

aus der die einzelnen Glieder kommen und in deren reformatorischem Geist sie aufgewachsen sind.

In einer Veröffentlichung des Kirchlichen Außenamtes von 1935 wird zwar auch die ökumenische Seite der Auslandsarbeit erwähnt, aber was damals in zweiter Linie geschehen sollte, ist inzwischen zum beherrschenden Gesichtspunkt der Auslandsarbeit geworden. Man darf sogar sagen, daß diese ökumenische Sicht zum Vorbild für andere Kirchen geworden ist. Sie hat den Anlaß zu jährlichen Zusammenkünften der Leiter der Kirchlichen Außenämter evangelischer Kirchen in Europa gegeben.

Es ist nicht zu leugnen, daß das, was die Kirchengemeinschaften und Kirchengemeinden im Ausland erarbeitet und erfahren haben, der innerkirchlichen Arbeit irgendwie und irgendwann zugute kommt. Struktur der Gemeinden und der übergemeindlichen Institutionen, Auseinandersetzung mit den Fragen und Problemen anderer Kirchen, die Frage der Freiwilligkeitskirche und der Volkskirche sind Themen, mit denen die kirchlichen Gremien in Deutschland sich seit einiger Zeit beschäftigen, in denen aber die mit dem Kirchlichen Außenamt verbundenen Gemeinden und Kirchengemeinschaften im Ausland bereits Erfahrungen gesammelt haben. Die EKD ist eine Vielheit lutherischer, reformierter und unierter Kirchen. In der weiten Welt draußen haben aber alle, die aus den verschiedenen Kirchen in Deutschland kommen, in jeweils einer Gemeinde ihr volles Heimatrecht. Diese Art der Auslandsgemeinde mit Einschluß der Abendmahlsgemeinschaft ist somit in vielem als Aussage kirchlichen und ökumenischen Lebens beispielhaft, wohl für eine begrenzte Dauer, aber heute und auch noch morgen gemeinsam mit den übrigen Institutionen und Werken aus dem Leben der EKD nicht wegzudenken.

Wie die ökumenische Sicht in allen Verbindungen zu deutschen und deutsch sprechenden Menschen im Ausland zur tragenden Grundlage wird, zeigen die Beispiele der USA und Kanada. Dort hat es Auslandsgemeinden, wie etwa in Südamerika, nie gegeben. Wenn in den letzten Jahren der Kontakt der Evangelischen Kirche in Deutschland mit Pfarrern und Gemeinden in den beiden genannten Ländern eher wächst als abnimmt, so geschieht das ausschließlich auf ökumenischer Basis.

Neben „der Verantwortung für die deutschen evangelischen Kirchengemeinschaften und Gemeinden, Pfarrer und Gemeindeglieder außerhalb Deutschlands“, die der EKD nach Artikel 17 der Grundordnung aufgetragen ist, ist ihr nach Artikel 18 auch die Mitarbeit in der Ökumene als Aufgabe ausdrücklich aufgetragen. An diesen ökumenischen Verpflichtungen, der Vertretung bei den Organen des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf, der Zusammenarbeit mit den einzelnen dem Ökumenischen Rat angehörenden Mitgliedskirchen und den verschiedenen Zusammenschlüssen, zum Beispiel der Konferenz Europäischer Kirchen, der Ostasiatischen Kirchenkonferenz – um nur einige zu nennen – und an den Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland ist das Kirchliche Außenamt auftragsgemäß beteiligt. Hierüber ist in den Kirchlichen Jahrbüchern mehrfach berichtet worden.

Daß die Auslandsarbeit in ökumenischer Sicht keine Redensart, keine Proklamation, sondern ein Programm ist, soll der Passus zeigen, der sich in jeder Entsendungsurkunde findet: „... Wir erwarten ferner von Ihnen, daß Sie die



Glaubensverbundenheit mit der Evangelischen Kirche in Deutschland aufrecht-erhalten sowie die ökumenische Verbundenheit mit der gesamten Christenheit bejahen und pflegen.“

Das Kirchliche Außenamt sieht aber nicht nur die Aufgaben einer Gemeinde, es anerkennt auch die Bedürfnisse der jungen Kirchen und die Erfordernisse gleichgearteter Gemeinden. Hier wären die Dozenten zu erwähnen, die zur Ausbildung eines bodenständigen Pfarrernachwuchses an die Theologischen Fakultäten in São Leopoldo (Brasilien) und Buenos Aires gesandt werden.

Die evangelische Akademiearbeit in Japan, Südafrika und Südamerika hat gute Anregungen für die Aktivierung der Gemeinden gegeben. Die Arbeitsweise der genannten Akademien zeigt deutlich, wie auch auf diesem Gebiet eine bloße Kopie des in Deutschland Vorhandenen unmöglich ist.

Einen Brückenschlag ganz eigener Art vollzog Heinz Flügel in seinen Vorträgen, Lesungen und Aussprachen, die er auf verschiedenen Reisen durch Mittel- und Südamerika sowie Süd- und Südwestafrika einem interessierten Zuhörerkreis bieten konnte.

Großen Anklang und mehrfache Wiederholung hat die „singende Volksmission“ eines Kantors in zahlreichen Gemeinden der eben genannten Länder gefunden, die sogar an einer Stelle, nämlich in der Riograndenser Synode, zur Anstellung einer hauptamtlichen Leiterin der Singearbeit geführt hat. Auch in der Volksmissionsarbeit hat das Kirchliche Außenamt Anstöße zu eigener Betätigung der jungen Kirchen auf diesem Gebiet geben können.

Es gibt noch viele Aufgaben, die dem Kirchlichen Außenamt in den letzten Jahren zugefallen sind und die viel Aufmerksamkeit erfordern, ohne daß sie hier eine ausführliche Darstellung erfahren könnten.

Hierzu gehört die Mitarbeit in innerkirchlichen Gremien, wie zum Beispiel „Brot für die Welt“, Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe, Dienste in Übersee, Arbeitsgemeinschaft für Weltmission, Gustav-Adolf-Werk und Martin-Luther-Bund.

Da die Olympischen Spiele gerade aktuell sind, sollen sie als Beispiel dienen. Es wird in Mexiko das vierte Mal sein, daß eigens für die Teilnehmer und Zuschauer an den Olympischen Spielen ein Pfarrer entsandt wird, dessen Tätigkeit sich den jeweiligen Verhältnissen anpassen muß.

Während alle bisherigen Aufgaben des Kirchlichen Außenamtes naturgemäß außerhalb der deutschen Grenzen lagen, erwuchs ihm durch die ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik eine neue Aufgabe. Das Kirchliche Außenamt, welches gemäß einem Beschluß des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom Jahre 1957 die Arbeit für die ausländischen Arbeitnehmer, Studenten und Praktikanten in Deutschland koordiniert, hat unter anderem in zwanzig bis zum Frühjahr 1968 von ihm veranstalteten Konferenzen für Ausländerfragen die auf diesem Gebiet tätigen kirchlichen und privaten Organisationen zu einem regelmäßigen Informations- und Meinungsaustausch zusammengeführt. Von dieser Konferenz sind auch verschiedentlich besondere Anstöße für neue Aufgaben in der Ausländerbetreuung ausgegangen, so zum Beispiel hinsichtlich der fremdsprachigen Sendungen der Rundfunkanstalten, des Schulunterrichtes für die Kinder ausländischer Arbeitnehmer und der Be-



handlung von „illegalen“ Ausländern. Über die Art und den Umfang der kirchlichen Hilfe seitens der Gliedkirchen und des Diakonischen Werkes in Zusammenarbeit mit dem Kirchlichen Außenamt unterrichtet ein Rundschreiben des Vorsitzenden des Rates der EKD vom 17. 2. 1967.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland  
Der Vorsitzende

1 Berlin 12, den 17. Februar 1967

An die Leitungen der Gliedkirchen der EKD  
in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West)  
die Landesverbände und Hauptbüros  
des Diakonischen Werkes der EKD  
in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West)

Betrifft: Hilfe für ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West)

## I.

a) Schon seit geraumer Zeit nehmen sich der ausländischen Arbeitnehmer fürsorgerisch u. a. die *freien Wohlfahrtsverbände* an. Nach einer zwischen den Beteiligten erfolgten inoffiziellen Übereinkunft wissen sich hierbei für die Italiener und Spanier in erster Linie der Deutsche Caritas-Verband e. V., für die Türken der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt und für die Griechen das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland jeweils in erster Linie verantwortlich.

b) Das *Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland* mit seiner Hauptgeschäftsstelle in Stuttgart und den einzelnen Landesverbänden bzw. Hauptbüros übt seine *soziale und fürsorgerische Tätigkeit* für die Griechen seit längerem vor allem durch die von ihm an einer Reihe von Orten eingerichteten Sozialzentren aus, in denen die Arbeitnehmer und ihre Familien in Form von Klubarbeit, durch Beratung etc. von hauptamtlich durch das Diakonische Werk angestellten Kräften betreut werden. Stellenweise stehen diese Ausländerzentren auf Grund örtlicher Absprachen nicht nur ausländischen Arbeitnehmern griechischer, sondern auch anderer Nationalität offen. Das Diakonische Werk betreibt diese Arbeit in Kooperation auch mit staatlichen griechischen Stellen und – soweit notwendig – in Kontakt mit den Vertretern der griechisch-orthodoxen Metropole in Deutschland. Die Finanzierung erfolgt aus staatlichen und kirchlichen deutschen Mitteln.

c) Die *seelsorgerliche Betreuung* der orthodoxen Griechen fällt in die Zuständigkeit der im Jahre 1963 durch Beschluß des Hl. Synod des Ökumenischen Patriarchats Konstantinopel begründeten *Metropole von Deutschland* und Exarchates von Holland und Dänemark. Seine Eminenz Metropolit Polyefktos residiert in Bonn. Die griechischen orthodoxen Gemeinden und Priester haben mit den örtlichen evangelischen Kirchengemeinden und gelegentlich auch den zuständigen Leitungen der Gliedkirchen Kontakte mannigfacher Art, vor allem, wo es um Fragen gemeinsamer Benutzung oder Überlassung gottesdienstlicher Räume, Gemeindehäuser etc. sowie sonstiger Förderung der pfarramtlichen Dienste der Priester geht.

## II.

Die sich daraus ergebende Zusammenarbeit wie überhaupt das brüderliche Verhältnis der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihrer Gliedkirchen zu der in unserem Lande erstmalig stärker in das Bewußtsein der Öffentlichkeit tretenden griechisch-orthodoxen Kirche, die mit uns im Ökumenischen Rat der Kirchen verbunden ist, verdienen unsere Förderung. Daher hat sich auch der *Rat der Evangelischen Kirche in*

*Deutschland* in letzter Zeit mehrfach mit den damit zusammenhängenden Fragen beschäftigt. Auf Grund seiner diesbezüglichen Beschlüsse und des Übereinkommens zwischen den beteiligten Stellen sind die entsprechenden *Aufgabenbereiche und Zuständigkeiten*, soweit sie die *Evangelische Kirche in Deutschland* angehen, wie folgt geordnet worden:

a) Die *soziale und fürsorgerische Arbeit* für die Griechen wird weiterhin in der eingangs beschriebenen Weise vom *Diakonischen Werk* der Evangelischen Kirche in Deutschland getan.

b) Für die theologische und pastorale Partnerschaft, d. h. besonders auch für Angelegenheiten der Beziehungen der Evangelischen Kirche in Deutschland zu Metropolit Polyefktos in diesem Arbeitsbereich, ist das Kirchliche Außenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland federführend verantwortlich; zuständiger Referent im Kirchlichen Außenamt ist Oberkirchenrat K. Kremkau. Dieser ist zugleich der Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland im Ausschuß der Kirchen für Fragen der ausländischen Arbeitnehmer in Westeuropa.

c) Für die *Koordinierung der gesamten Arbeit auf seiten der Evangelischen Kirche in Deutschland* und insbesondere für die Erarbeitung von Grundsätzen, Richtlinien und allgemeinen Hinweisen hat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland einen *Ausschuß* eingesetzt, in dem das Kirchliche Außenamt, das Diakonische Werk und fünf Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland vertreten sind, in deren Bereich sich besonders starke Gruppen griechischer Arbeitnehmer aufhalten (Bayern, Hessen, Rheinland, Westfalen, Württemberg). Vorsitzender dieses Ausschusses ist Landesbischof D. Dr. E. Eichele; die Geschäftsführung liegt in den Händen von Oberkirchenrat Kremkau.

### III.

Die *praktische Zusammenarbeit* mit den einzelnen Gemeinden der griechisch-orthodoxen Metropole auf örtlicher Ebene sollte weiterhin wie bisher in der Verantwortung der Gliedkirchen geschehen. Einige Leitungen von Gliedkirchen haben die Verantwortung für die Unterstützung der pfarramtlichen Tätigkeit der Priester in ihrem Bereich den für sie soziale und fürsorgerische Arbeit zuständigen Stellen des Diakonischen Werkes mit übertragen. Doch kann es sich je nachdem empfehlen, einen Referenten im Landeskirchenamt mit der geistlichen Seite dieses Aufgabenbereiches zu betrauen.

Die Aufgabe des *Kirchlichen Außenamtes* besteht darin, durch eine ständige Kontaktpflege mit dem Metropoliten dessen Beziehungen zur Evangelischen Kirche in Deutschland und ihren Gliedkirchen zu fördern, die Entwicklung in den Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland durch Übermittlung von Informationen und andere Hilfe zu koordinieren und gegebenenfalls die Hilfe des Metropoliten zu erbitten, wenn sich etwa auf örtlicher Ebene Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit ergeben sollten. Auf jeden Fall ist es geraten, das Kirchliche Außenamt über die Situation und die Entwicklung in den Gliedkirchen informiert zu halten und nötigenfalls seine Dienste in Anspruch zu nehmen. Es sollte vermieden werden, daß der Metropolit sich einer Vielzahl deutscher kirchlicher Stellen gegenüber sieht, die ihn in Fragen der geistlichen Betreuung jeweils unmittelbar bei bestimmten Anlässen ansprechen.

Die Zuständigkeit der Hauptgeschäftsstelle des *Diakonischen Werkes* in Stuttgart als Kontaktstelle zum Metropoliten in sozialen und fürsorgerischen Angelegenheiten bleibt hiervon unberührt.

### IV.

Die vorstehenden Regelungen gelten entsprechend für die kirchliche Betreuung der ausländischen Arbeitnehmer auch *anderer Nationalität*, soweit die Evangelische Kirche

in Deutschland und ihre Gliedkirchen damit befaßt sind (z. B. für ausländische Arbeitnehmer evangelischer Konfession).

D. Scharf

Evangelischer Bischof von Berlin

Wer ohne Voreingenommenheit einerseits die bunte Reihe der Gemeinden betrachtet, die mit der echten Auslandsgemeinde beginnt und mit der fremdsprachigen Gemeinde einer jungen, bodenständigen, aber darum noch nicht in jeder Hinsicht selbständigen Kirche endet, und andererseits die weit gefächerte, aber im Endziel doch geschlossene Arbeit des Kirchlichen Außenamtes kennt, der kann nur mit Verwunderung Äußerungen hören, wonach sich die Auslandsarbeit „nicht mehr lohne“ oder die Art und Weise, wie sie geschieht, völlig überholt sei. Man hört auch, daß angesichts des neuen ökumenischen Geschehens und Denkens die sogenannten Auslandsgemeinden als Überbleibsel einer vergangenen Zeit keine Förderung mehr verdienten und daß die nunmehr notwendige globale Strategie eine neue Konzeption verlange, in der den deutschsprachigen Gemeinden und Kirchengemeinschaften nur eine vorübergehende Berechtigung an nur wenigen Stellen der Welt zukäme. Mit solchen Äußerungen ist das Ende einer tatsächlichen Entwicklung, vornehmlich in Südamerika und Südafrika, dargestellt, die zwar längst begonnen hat, deren Abschluß aber noch an keiner Stelle als gegeben angesehen werden kann. Trotz bzw. neben dieser Entwicklung wird es immer deutschsprachige Auslandsgemeinden geben ohne nur vorübergehende Berechtigung, denn die Zahl der diplomatischen Vertretungen, der internationalen Vereinigungen, der deutschen Auslandsschulen, der Handelsvertretungen, der Studenten und Entwicklungshelfer und nicht zuletzt der Touristen zeigt gerade in dem letzten Jahrzehnt eine steigende Tendenz. Das drückt das Auslandsgesetz von 1954 so aus: „Die EKD trägt die Verantwortung für die deutschen ... evangelischen Gemeindeglieder außerhalb Deutschlands.“ Die Bedeutung einer fremdsprachigen Auslandsarbeit, ja ihre Notwendigkeit auch in der Zukunft, besonders in den Entwicklungsländern, betonte eine internationale Konsultation, die im Juni 1967 von der Ostasiatischen Christlichen Konferenz in der Evangelischen Akademie in Loccum veranstaltet wurde. Aus den Gesprächen ging deutlich hervor, daß man die fremdsprachige Gemeinde, also die Auslandsgemeinde, ganz betont in den Zusammenhang mit Mission und Ökumene hineingestellt sah.

#### WORLD CONSULTATION ON LAYMEN ABROAD

10.-16. Juli 1967 in Loccum

Entschließung der Arbeitsgruppe I

Ort und Aufgabe der fremdsprachigen Gemeinden<sup>1</sup>

#### I.

Die Mission der Kirche an jedem Ort ist es, Gottes Werkzeug zu sein dadurch, daß sie die Liebe Gottes zur Welt bezeugt und Männern und Frauen eben dort hilft, Seine Liebe zu erkennen und zu erwidern. Darauf beruht die Daseinsberechtigung der Kirche.

1. The Place and Role of the Foreign Language Congregations.

Fremdsprachige Gemeinden haben im Gastland eine Aufgabe zu erfüllen. Sie versehen einen geistlichen Dienst an ihren Sprachgruppen, entweder auf konfessioneller oder interkonfessioneller Grundlage, oft an internationalen und vielsprachigen Gruppen; und sie können dies für langfristig und kurzfristig Ansässige, Touristen und andere tun.

Die fremdsprachige Gemeinde ist Teil des gesamten Lebens der Kirche und ist notwendig insofern, als sie Gottes Mission am jeweiligen Ort auf folgende Weise fördert:

1. Dadurch, daß sie die pastorale Betreuung derjenigen Christen einrichtet, die wegen sprachlicher und anderer kultureller Besonderheiten sich nicht den einheimischen Kirchen<sup>2</sup> des Landes anschließen können, in dem sie sich aufhalten.

2. Dadurch, daß sie ihre Aufgabe als einer teilweisen und spezialisierten Funktion innerhalb des gesamten Lebens der ökumenischen Gemeinschaft anerkennt.

3. Dadurch, daß sie ihre Glieder<sup>3</sup> zu ihrer Berufung zum Zeugnis und Dienst in ihrem alltäglichen und beruflichen Leben mit all seinen kulturellen und sozialen Aspekten ermuntert.

4. Dadurch, daß sie ihre missionarische Verantwortung gegenüber denjenigen Ausländern derselben Sprache ausübt, die ihrer Heimatkirche entfremdet sind und geistliche Nahrung wirksamer auf dem Wege über ihre Sprache und ihre eigene Kultur bekommen können<sup>4</sup>.

5. Dadurch, daß sie die Universalität und die Einheit der Kirche an einem Ort durch sichtbare Verbindungen und gemeinsames Handeln mit den einheimischen Kirchen kundtut, soweit dies möglich und beiderseits annehmbar ist.

6. Dadurch, daß sie, wo immer es hilfreich sein könnte, sich mit den einheimischen Kirchen zu vereinigen sucht in der Anerkennung und Ausübung missionarischer Verantwortung für die Gesellschaft des Gastlandes.

7. Dadurch, daß sie ein Höchstmaß an brauchbaren wechselseitigen Beziehungen und brüderlichem Austausch<sup>5</sup> mit allen Schwestergemeinden an ihrem Ort anstrebt und damit jede übertriebene Exklusivität und Abschirmung vermeidet.

8. Dadurch, daß sie ständig ihre Strukturen im Lichte ihrer missionarischen Verpflichtung und Chance an ihrem Platz überprüft und anpaßt.

## II. Hindernisse und Möglichkeiten in der gegenwärtigen Situation

Die meisten fremdsprachigen Gemeinden in der Welt kommen dieser achtfachen Verantwortung in unterschiedlichem Maße nach. Gleichzeitig wird anerkannt, daß keine fremdsprachige Gemeinde beanspruchen würde, alles zu tun, was getan werden könnte. Deshalb besteht kein Anlaß, selbstgefällig zu sein. Die große Herausforderung besteht darin, einen immer schärferen Sinn für die Berufung der Christen zu entwickeln, Kirche in der Welt zu sein. Was hindert sie daran oder hilft ihnen dabei, sich dieses Ziel ganz zu eigen zu machen?

a) 1. Zu den schwerwiegenden Hindernissen zählen die Begrenzungen, unter denen jede fremdsprachige Gemeinde arbeitet. Einige dieser objektiven Nachteile sind sprachliche Schranken, kulturelle Gegensätze, wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten und unterschiedliche geschichtliche Wurzeln. Die Verhältnisse werden kompliziert durch menschliche Verhaltensweisen; dazu gehören die Tendenz, nur den eigenen

---

2. Indigenous churches (Singular mit unbestimmtem Artikel) = mehrere (oder einer verfaßten einheimischen [oder „bodenständige“] Kirche[n]). Im Gegensatz dazu ist „die einheimische Kirche“ (mit bestimmtem Artikel) stets als Gesamtheit aller einheimischen Kirchen gemeint.

3. Members, auch als Bezeichnung für Mitglieder im rechtlichen Sinne möglich.

4. „... who may be nurtured more effectively through their mother tongue and their own culture.“

5. „... maximum practicable interrelationship and interchange of fellowship.“



Leuten geistlich zu dienen, und das Heimweh. Dies führt gewöhnlich zur Absonderung und Selbstgefälligkeit.

2. Der einzelne ausländische Christ<sup>6</sup> ist gezwungen, ein Leben in ständiger Mobilität und Entwurzelung zu führen. Dieses droht, ihn vereinsamt, enttäuscht und mißtrauisch werden zu lassen sowie geneigt, sich auf seinen Kreis zurückzuziehen. In seiner Verwicklung in einen kulturellen Konflikt kann er Distanziertheit zeigen und Selbstbewußtsein zur Schau tragen; damit wird immer wieder eine tiefe Unsicherheit verdeckt.

3. Die Situation wird weiter durch Verhaltensweisen seitens der einheimischen Kirche und Gesellschaft kompliziert. Zum Beispiel kann es in einigen Kulturen ein Gefühl der Überlegenheit und in anderen Kulturen ein Gefühl der Unterlegenheit geben. Daraus erwachsen Verstimmung und Feindseligkeit gegenüber Ausländern. Einheimische Kirchen drohen auch gegenüber den geistlichen Bedürfnissen der Ausländer in ihrer Mitte gleichgültig zu sein und ergreifen deshalb keine Initiative, ihn aufzunehmen oder einen Versuch zum Verstehen seiner Probleme zu unternehmen.

b) Es gibt jedoch in der Situation des Auslandes auch besondere Möglichkeiten, Mitarbeiter Gottes in der Erfüllung Seiner Mission zu sein.

1. Die fremdsprachige Gemeinde hat den besonderen Vorteil, einen geistlichen Dienst an ihren Mitgliedern in deren eigenen Bedürfnissen im Ausland und durch sie darüber hinaus in Kirche und Gesellschaft zu leisten. Dieser geistliche Dienst umfaßt die Einrichtung muttersprachiger Gottesdienste und Ausbildung, um den Ausländer zum täglichen Zeugnis im Leben des Gastlandes auszurüsten. Durch mannigfaltige planvolle Maßnahmen kann der Christ im Ausland aufgefordert und bewegt werden, kulturelle Grenzen zu überschreiten und Verständnis und kulturelles Einfühlungsvermögen sowie ein Bewußtsein für umfassende menschliche Solidarität zu entwickeln. Von diesem günstigen Ansatzpunkt<sup>7</sup> her können die ausländischen Gemeindeglieder in dem Antrieb bestärkt werden, nach Wegen der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und regionalen Kirchenräten<sup>8</sup> zu suchen, während sich ihre Erkenntnis der grundlegenden Einheit der menschlichen Familie immer mehr vertieft.

2. Der Christ im Ausland besitzt technische Fertigkeiten und Fähigkeiten in der Verwaltung, die er bei seiner Arbeit im Ausland anwenden kann. Durch diese Fertigkeiten und Fähigkeiten steht ihm der Weg offen, als ein Botschafter Christi in seinen Beziehungen mit anderen Menschen lebendiges Einfühlungsvermögen und Menschlichkeit zu vermitteln. Als ein mitarbeitender Christ kann er sich an einem beiderseitigen Austausch zur Förderung des Verständnisses zwischen seinem Gastland und seinem Heimatland beteiligen.

3. Die einheimischen Kirchen können eine Interpretation ihrer Kultur und Gesellschaft anbieten, die dem Christen dabei hilft, die Zusammenhänge besser zu erfassen. Durch sie gewinnt er aus erster Hand die bereichernde Erfahrung einer ökumenischen Gemeinschaft, die größer ist als nationale, rassische und kulturelle Unterschiede. In einer Atmosphäre gegenseitiger Abhängigkeit und Verantwortung füreinander wird der Christ ein tieferes Verständnis seines Glaubens gewinnen, und es wird sich ein gegenseitiger Austausch geistlicher Erkenntnisse ergeben. So werden der Christ im Ausland und die fremdsprachige Gemeinde durch den Kontakt zur einheimischen Kirche davor bewahrt, auf sich selbst bezogen und nach innen gekehrt zu werden<sup>9</sup>.

---

6. Layman; steht überall dort, wo in der deutschen Übersetzung das Wort „Christ“ gebraucht ist.

7. Vantage-point.

8. Council of Churches.

9. Self-centered and intro-spective, auch mit „egozentrisch und beschaulich“ zu übersetzen.

### III. Empfehlungen

Welche positiven Empfehlungen zur Überwindung der gegenwärtigen Hindernisse und zur Ausnützung der vorhandenen Möglichkeiten können wir geben?

1. Es sollten Schritte unternommen werden, Verbindungen zwischen den einheimischen Kirchen und den fremdsprachigen Gemeinden herzustellen und die bestehenden Verbindungen zu verbessern. Die einheimischen Kirchen sollten die Initiative ergreifen und die fremdsprachigen Gemeinden dazu anregen, in die engstmögliche Gemeinschaft mit ihnen einzutreten. Beispiele dafür sind durch fremdsprachige Gemeinden gegeben worden, die sich mit nationalen oder regionalen Kirchenräten oder einer einheimischen Kirche verbunden<sup>10</sup> oder vereinigt<sup>11</sup> haben.

Wo die Notwendigkeit zur Gründung einer fremdsprachigen Gemeinde empfunden wird, sollten die interessierten Kirchen im Gastland und im Heimatland sich gegenseitig zu Rate ziehen.

2. Eine fremdsprachige Gemeinde, die ihre ökumenische Verpflichtung ernst nimmt, sollte ihre Organisation sowie die Ordnungen ihrer Gottesdienste und ihres Lebens dementsprechend zu überprüfen suchen.

3. Einheimische und fremdsprachige Gemeinden sollten gemeinsame Programme einrichten, in denen sich die gegenseitige Abhängigkeit und gemeinsame Verantwortung für den Dienst in dem Gemeinwesen kundtun, in welchem sie leben.

Fremdsprachige und einheimische Gemeinden sollten auch ermuntert werden, Gelegenheiten zu gemeinsamem Gottesdienst und brüderlichem Beisammensein zu finden, um ihren gemeinsamen Glauben zu bereichern und das gegenseitige Verstehen zu vertiefen.

4. Für einige missionarische Aufgaben ist die fremdsprachige Gemeinde nicht das geeignete Werkzeug.

Sie sollte daher anerkennen, daß neue ergänzende Modelle von der Kirche<sup>12</sup> unter Gott gefunden werden müssen.

Beispiele sind berufliche und berufsständische<sup>13</sup> Gruppen, die über die Folgerungen aus ihrem Glauben für ihre tägliche Arbeit nachdenken, und Zentren des Gespräches, in denen Christen mit Menschen anderer Glaubensanschauungen zusammenkommen.

5. Die Arbeitsgruppe meint, daß es notwendig wäre, die Studien und Diskussionen über den Ort und Auftrag der fremdsprachigen Gemeinden fortzusetzen. Wir bitten daher den Ökumenischen Rat der Kirchen, einen Bericht<sup>14</sup> über die fremdsprachigen Gemeinden zu veranlassen, der die verschiedenen Situationen und Möglichkeiten aufzeigt, die überall in der Welt bestehen. Weitere Konsultationen, die stattfinden, könnten solch einen Bericht für ein sehr viel umfassenderes Studium und Berichterstattung verwenden, als wir sie bei dieser Konsultation zu bewältigen in der Lage waren<sup>15</sup>.

10. Are affiliated with. 11. Have joined.

12. New complementary patterns of the church.

13. Occupational and professional groups.

14. Survey.

15. Die Arbeitsgruppe empfahl u. a. folgende Fragen zur sorgfältigen Prüfung:

1. Was ist unter „einheimischer Kirche“ zu verstehen? Was bedeutet es, daß fremdsprachige Gemeinden manchmal zugleich als „einheimische Kirchen“ angesehen werden müssen und andere allmählich zu „einheimischen“ Kirchen werden?
2. Worin besteht die theologische Relevanz solcher nichttheologischer Faktoren wie Kultur, Sprache etc. für fremdsprachige Gemeinden?
3. Was ist der Ort und die Funktion konfessioneller Charakteristika der fremdsprachigen Gemeinden?
4. Die Probleme der sprachlichen und kulturellen Faktoren sowie der nationalen und rassischen Trennung.
5. Das Problem der „Doppelmitgliedschaft“.

Mit Bezug auf die Kritik an den kleinen Mitgliederzahlen mancher Gemeinde im Ausland sei gesagt, daß gewiß auch in der Kirche das Denken in Zahlen notwendig ist. So erscheint die Frage berechtigt, ob es bei dem Pfarrermangel in Deutschland zu verantworten sei, einen Pfarrer etwa in eine kleine und weitverstreute Gemeinde Südafrikas zu entsenden, in der sich vielleicht ein- oder zweihundert Mitglieder eingetragen haben. Will man sich eine Vorstellung von der wahren Größe einer solchen Gemeinde machen, muß man die Zahl der Mitglieder mit vier oder fünf multiplizieren, um auf die Gesamtzahl der Seelen zu kommen. Unberücksichtigt bleibt dann immer noch die oft große Gruppe der im Gemeindebezirk lebenden potentiellen Glieder, die einer immer neuen Ansprache bedürfen und somit einen nicht geringeren Aufwand an Zeit und Kraft nötig machen. Solche Gemeinden sind organisatorisch und dem Staat gegenüber nach Vereinsrecht geordnet. Es sind Freiwilligkeitsgemeinden, die nicht das Recht haben, Kirchensteuer zu erheben. Kleine Gemeinden zeigen oft ein besonders reges geistliches Leben, das auch in der Opferbereitschaft zum Ausdruck kommt. In Südamerika gibt es Gemeinden mit 150 Mitgliedern, das heißt Familien, die alle Ausgaben für Pfarrgehalt, Unterhaltung der Gebäude und ein Dienstfahrzeug aus eigenen Mitteln aufbringen. Erst die weiten Entfernungen lassen die oft kleinen Mitgliederzahlen im rechten Licht erscheinen.

Neben die qualitative und quantitative sowie räumliche Betrachtungsweise gehört das strategische Denken. Gemeinden können wieder aufgelöst werden, wenn die Zahl der Glieder zurückgeht; sie können auch zusammengelegt werden. Ein Pfarrer kann mehrere Gemeinden versorgen. Es gibt aber auch Orte, die eines Pastors allein um dessen bedürfen, was dort geschieht oder zu geschehen hat. So ist in Jerusalem die Gemeinde zu klein, als daß dort der Dienst eines ständigen Geistlichen zu rechtfertigen wäre, und doch entsendet die EKD nicht nur der Touristengruppen wegen dorthin einen Propst, sondern um der Verantwortung für die in Jerusalem bestehenden mannigfachen Institutionen und Werke willen und auch der arabischen Christen wegen, die sich zu einer selbständigen Kirche zusammengeschlossen haben und die als geistlichen Leiter den deutschen Propst in Jerusalem gewählt haben. In Istanbul wäre auch dann ein Pfarrer vonnöten, wenn die Zahl der Gemeindeglieder weiterhin zurückginge, da er zugleich die Aufgabe hat, am Sitz des Patriarchen, mit dem die EKD in engem geistlichem Kontakt steht, die Kirche der Reformation zu vertreten. In Rourkela in Indien, dem Stahlzentrum mit deutschen Ingenieuren, Technikern und Facharbeitern, ist der Gottesdienst so schlecht besucht, daß es gewiß ausreichen würde, wenn hierfür ein Geistlicher etwa einmal im Monat von Bangalore oder Bombay, den weiteren Gemeinden deutscher Sprache in Indien, nach Rourkela herüberkäme. Aber an jedem Tag finden sich Besucher im Pfarrhaus ein, die eines Rates, eines Zuspruchs oder auch einer praktischen Hilfe bedürfen; es kommt zu Gesprächen in kleineren und größeren Kreisen, die bis spät in den Abend dauern.

Die hier aufgeführten Gesichtspunkte und Beispiele zur Entkräftung der Zweifel an der Richtigkeit oder Berechtigung der kirchlichen Auslandsarbeit ließen sich noch vermehren. Statt dessen folgt ein Rückblick auf die bisherige Anwendung des Auslandsgesetzes von 1954 und dessen Auswirkungen sowohl

auf die Gemeinden und Kirchengemeinschaften als auch auf die Auslandsarbeit selbst.

Im Tätigkeitsbericht des Kirchlichen Außenamtes für die Jahre 1963 und 1964 hieß es anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Auslandsgesetzes:

Am 1. Mai 1964 waren zehn Jahre vergangen, seitdem das von der Synode am 18. März 1954 beschlossene „Kirchengesetz über das Verhältnis der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihrer Gliedkirchen zu evangelischen Kirchengemeinschaften und Gemeinden, Pfarrern und Gemeindegliedern deutscher Herkunft außerhalb Deutschlands“ in Kraft getreten ist. Mit diesem Gesetz hatte sich das bisherige Rechtsverhältnis zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und den Kirchengemeinschaften und Gemeinden deutscher Sprache im Ausland entscheidend geändert. Waren diese durch den ihnen auf Antrag gewährten Anschluß an den Kirchenbund bisher in starker Abhängigkeit, so wurden sie auf Grund des Gesetzes von 1954 nunmehr zu gleichberechtigten Partnern. Sie schließen auf Grund freien Übereinkommens Verträge mit der Evangelischen Kirche in Deutschland, sofern sie gegenseitig Verpflichtungen eingehen wollen.

Durch das Gesetz wurde aber auch zugleich festgestellt, daß die Evangelische Kirche in Deutschland die ihr obliegenden Aufgaben, die ihr durch die Verantwortung für die evangelischen Kirchengemeinschaften und Gemeinden, Pfarrer und Gemeindeglieder außerhalb Deutschlands aufgetragen ist, ausschließlich durch das Kirchliche Außenamt wahrnimmt. Die Verantwortung des Kirchlichen Außenamtes erstreckt sich damit auf alle evangelischen Christen aus Deutschland im Ausland, gleichgültig, ob sie dort vereinzelt oder in Gruppen leben, ob sie Glied einer mit der Evangelischen Kirche in Deutschland vertraglich verbundenen Gemeinde sind oder wegen ihrer Isolierung nur gelegentlich durch Amtsträger der Kirche aufgesucht werden können.

Nach zehnjähriger Anwendung des Gesetzes läßt sich mit Befriedigung feststellen, daß die Gemeinden selbständiger geworden sind und besser instand gesetzt, die Funktionen von Brückenbauern zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland mit deren Gliedkirchen und den Kirchen des Gastlandes in ökumenischer Sicht zu übernehmen. Die formalrechtliche Umstellung vom Anschluß auf die Partnerschaft erforderte in den ersten Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes gewiß bisweilen umfangreiche Verhandlungen – nicht zuletzt im Hinblick auf die Besonderheiten des ausländischen Rechtes. Diese Umstellung ist aber im wesentlichen abgeschlossen. Dort, wo man noch nicht zu förmlichen Verträgen gekommen ist, liegt dies ausschließlich an der eigenartigen rechtlichen Stellung der Gemeinde, die im Gastland keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzt und auch wegen der dortigen Besonderheiten vorerst nicht erwerben kann (z. B. Türkei, aber auch Spanien).

Das Verantwortungsgefühl der einzelnen Glieder für die Gemeinde und deren tätige Mitarbeit in den verschiedenen kirchlichen Gremien ist durch das partnerschaftliche Verhältnis zur Evangelischen Kirche in Deutschland gestiegen. Die nunmehr allgemeine Übung, Pfarrer nur noch auf Zeit zu entsenden, und die Möglichkeit, Entsendungen auf Dauer auf wenige Sonderfälle zu beschränken, erleichtert den Pfarrern in Deutschland den Entschluß, eine Auslandspfarrstelle zu übernehmen. Finanzielle Gesichtspunkte treten bei der Entscheidung der Landeskirchen, ob sie Pfarrer für den Auslandsdienst zeitweise freistellen sollten, zurück, nachdem die Evangelische Kirche in Deutschland durch das Gesetz von 1954 verpflichtet worden ist, sich entsprechend der Dauer des Auslandsdienstes anteilig an der späteren Versorgung zu beteiligen.

Die zunehmende Zahl der nur vorübergehend im Ausland tätigen deutschen Fachkräfte, deren Aufträge sich häufig darauf beschränken, Fabriken und andere Wirtschaftsunternehmen in Ländern des Umbruchs, Afrika und Asien wie auch Lateinamerika, aufzubauen und einzurichten, und die weiteren mit der Entwicklungshilfe ver-



bundenen Umstände verändern ein wenig das Bild der sogenannten „Auslandsgemeinde“. Ist es im allgemeinen zwar auch heute noch die Regel, daß Pfarrer in bestehende Kirchengemeinschaften und Gemeinden entsandt werden, die in Vertragsbeziehungen zur Evangelischen Kirche in Deutschland stehen, muß doch in letzter Zeit nicht selten von der im Auslandsgesetz vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, Pfarrer mit persönlichem Vertragsverhältnis zur Evangelischen Kirche in Deutschland mit Aufträgen zu versehen (§ 25, a.a.O.). In diesem Zusammenhang seien die Pfarrer in Rourkela und Bangalore in Indien genannt, in Hongkong, in Einzelgemeinden in Mittelamerika, aber auch in Lomé in Togo. Stets handelt es sich jedoch um Übergangsstadien. Aufgabe dieser Pfarrer ist es, für die rasche Bildung einer Gemeinde zu sorgen, mit der sodann ein Vertrag entsprechend dem Auslandsgesetz zu schließen ist.

Seit 1954 wurden 45 Verträge mit Kirchengemeinschaften und Gemeinden abgeschlossen.

#### AUFSTELLUNG

#### *über von der Evangelischen Kirche in Deutschland mit Kirchengemeinschaften und Kirchengemeinden im Ausland abgeschlossene Verträge*

A. EUROPA:	Datum	Amtsbl. d. EKD Jg.	Nr.
<i>Belgien:</i>			
Deutschsprachige Evangelische Gemeinde in Brüssel	2. 2. 1955	1955	208
<i>Dänemark:</i>			
Deutsche Evangelisch-Lutherische St.-Petri-Kirche in Kopenhagen	23. 12. 1964	1965	37
Deutsche Reformierte Kirche zu Kopenhagen	11. 3. 1965	1965	109
<i>Finnland:</i>			
Deutsche Evangelisch-Lutherische Gemeinde in Helsingfors	2. 4. 1959	1959	67
Deutsche Evangelisch-Lutherische Gemeinde in Turku/Abo	28. 10. 1964	1965	1
<i>Frankreich:</i>			
Deutsche Evangelische Christus-Kirche Augsb. Konfession in Paris	3. 7. 1957	1958	4
<i>Griechenland:</i>			
Evangelische Gemeinde deutscher Sprache in Griechenland, Athen	21. 9. 1955	1956	23
<i>Großbritannien:</i>			
Evangelisch-Lutherische Synode deutscher Sprache im Vereinigten Königreich	30. 11. 1956	1958	2
Deutsche Evangelische Kirche zu Bradford	3. 7. 1957	1958	3
			365

	Datum	Amtsbl. d. EKD Jg.	Nr.
Deutsche Lutherische St. Georg's-Kirche in London	30. 11. 1956	1957	73
Deutsche Evangelische Reformierte St.-Pauls-Gemeinde in London	30. 11. 1956	1957	75
Deutsche Evangelische Gemeinde zu Sydenham	30. 11. 1956	1957	74
Evangelische Gemeinde deutscher Sprache in Schottland, Edinburgh	21. 9. 1955	1956	56
<i>Holland:</i>			
Deutsche Evangelische Kirchengemeinde Amsterdam	23. 5. 1957	1958	54
Deutsche Evangelische Gemeinde im Haag, Den Haag	30. 7. 1959	1959	158
Deutsche Evangelische Gemeinde in Rotterdam	30. 7. 1959	1959	159
<i>Irland:</i>			
Lutherische Kirche in Irland, Dublin	5. 4. 1962	1962	136
<i>Italien:</i>			
Evangelisch-Lutherische Kirche in Italien, Rom	1. 9. 1961	1961	206
Evangelische Gemeinde in Meran	28. 12. 1957	1958	55
<i>Norwegen:</i>			
Deutsche Evangelische Gemeinde in Oslo	21. 3. 1958	1958	98
<i>Portugal:</i>			
Deutsche Evangelische Kirchengemeinde in Lissabon	17. 1. 1956	1956	51
Deutsche Evangelische Kirchengemeinde in Porto	15. 3. 1956	1956	141
<i>Schweden:</i>			
Deutsche Evangelische Gemeinde in Malmö	15. 3. 1956	1956	142
<i>Schweiz:</i>			
Evangelisch-Lutherische Kirche in Genf und Zusatzvertrag	17. 1. 1956	1956	52
	10. 5. 1963	1963	217
Evangelisch-Lutherische Gemeinde von Bern und Umgebung	12. 10. 1961	1961	207
<i>Türkei:</i>			
Evangelische Gemeinde deutscher Sprache in der Türkei, Istanbul	30. 11. 1956	1958	1

#### B. SÜD- UND MITTELAMERIKA:

##### *Argentinien:*

Deutsche Evangelische La Plata Synode, Buenos Aires	15. 3. 1956	1956	145
--	-------------	------	-----

	Datum	Amtsbl. d. EKD Jg.	Nr.
<i>Bolivien:</i> Evangelisch-Lutherische Gemeinde deutscher Sprache in Bolivien, La Paz	31. 3. 1960	1960	99
<i>Brasilien:</i> Bund der Synoden, São Leopoldo	11. 11. 1955	1956	143
<i>Chile:</i> Deutsche Evangelische Kirche in Chile, Santiago de Chile	27. 12. 1955	1956	24
<i>Kolumbien:</i> Deutschsprachige Evangelisch-Lutherische Gemeinde Bogotá „Congregación San Mateo“	25. 6. 1966	1966	147
Evangelisch-Lutherische St.-Martin-Kirchengemeinde Cali	11. 8. 1967	1967	225
<i>Mexiko:</i> Evangelische Gemeinde deutscher Sprache in Mexiko	8. 2. 1962	1962	30
Evangelisch-Lutherische Gemeinde von Mittelamerika (Costa Rica, El Salvador, Honduras, Nicaragua)	24. 9. 1966	1967	2
<i>Peru:</i> Evangelisch-Lutherische Kirche in Peru	9. 6. 1967	1967	224
 <b>C. ASIEN:</b>			
<i>Hongkong:</i> Evangelische Gemeinde deutscher Sprache in Hongkong	27. 1. 1966	1966	66
<i>Iran:</i> Evangelische Gemeinde deutscher Sprache in Iran, Teheran	23. 2. 1960	1960	98
<i>Japan:</i> Evangelische Gemeinde deutscher Sprache in Tokyo-Yokohama	8. 2. 1962	1962	31
<i>Libanon:</i> Evangelische Gemeinde zu Beirut	21. 9. 1955	1956	82
<i>Thailand:</i> Evangelische Gemeinde deutscher Sprache in Thailand	3. 12. 1964	1965	64
 <b>D. AFRIKA:</b>			
<i>Ägypten:</i> Deutsche Evangelische Gemeinde in Kairo	21. 9. 1955	1956	83

	Datum	Amtsbl. d. EKD Jg.	Nr.
<i>Äthiopien:</i> Evangelische Gemeinde deutscher Sprache in Addis Abeba	12. 11. 1965	1966	22
<i>Südafrika:</i> Evangelisch-Lutherische Kirche im Südlichen Afrika (Kapkirche), Stellenbosch	8. 2. 1962	1962	29
Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche in Südwestafrika, Windhoek	20. 2. 1961	1961	137
Evangelisch-Lutherische Kirche im Südlichen Afrika (Transvaal-Kirche)	11. 5. 1962	1963	48
<b>E. AUSTRALIEN:</b>			
Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche Sydney	21. 3. 1958	1958	99

Mit den Gemeinden im Ausland ist es nicht anders als mit anderen Gemeinden auch: wo sie in größerer Zahl und in erreichbarer Nähe existieren, schließen sie sich zu Synoden zusammen und diese wieder zu einer Kirchengemeinschaft.

Nachdem in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts die Gemeinden in Transvaal (Südafrika) und in Südwestafrika sich zu Synodalverbänden zusammenfanden – die Kapsynode besteht bereits seit 1895 –, konstituierte sich nach eingehender Beratung durch das Kirchliche Außenamt die Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche in Südwestafrika am 30. 5. 1960, die Evangelisch-Lutherische Kirche im Südlichen Afrika (Transvaal) am 8. 4. 1961 und die Evangelisch-Lutherische Kirche im Südlichen Afrika (Kap) am 2. 7. 1961. Diesem ersten Schritt folgte bald darauf der zweite zur umfassenderen Kirchwerdung. Ohne ihre Besonderheiten aufzugeben, schlossen sich am 4. 11. 1964 die drei genannten Kirchen gemeinsam mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche im Südlichen Afrika (Hermannsburg), der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde in der Strandstraße in Kapstadt und der Evangelical Lutheran Union Church in Durban zur Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche im Südlichen Afrika (VELKSA) zusammen. Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen. Die in der VELKSA zusammengeschlossenen Kirchen haben mit aus der Missionsarbeit hervorgegangenen einheimischen Kirchen in Südafrika am 24. 2. 1966 sich zur Föderation der Evangelisch-Lutherischen Kirche im Südlichen Afrika (FELCSA) zusammengefunden. Die weitere Einheit dieser Kirchen und Kirchengemeinschaften zu fördern, deren Gemeinschaft nicht im Organisatorischen zu belassen, gehört zu den weiteren Aufgaben des Kirchlichen Außenamtes. Der Aufbau und Ausbau einer Akademiarbeit zum Beispiel, die unter der Verantwortung nunmehr der FELSCA steht, ist in dem Land Südafrika eines der erfreulichen Zeichen kirchlichen Lebens und von zukunfts-trächtiger Bedeutung.

Eine ähnliche noch früher eingesetzte Entwicklung ließe sich für Südamerika aufzeigen, wo sich seit 1886 nacheinander vier Synoden bildeten, aus denen 1950



der „Bund der Synoden“ und 1962 die „Evangelischen Kirchen lutherischen Bekenntnisses in Brasilien“ mit gegenwärtig über 700 000 Seelen hervorging. Nicht nur in Übersee, auch in Europa hat eine gleichartige Entwicklung eingesetzt. So haben sich die Gemeinden in Italien, mit Ausnahme von Meran, 1948 zur „Evangelisch-Lutherischen Kirche in Italien“ zusammengeschlossen, ebenso die Mehrzahl der Gemeinden in England zur „Evangelisch-Lutherischen Synode deutscher Sprache im Vereinigten Königreich“.

Bei der Fülle der Möglichkeiten, in denen sich die Konstituierung von Gemeinden, Zusammenschlüssen und das immer stärkere kirchliche Aufeinander-zugehen im ökumenischen Bereich vollzieht, kann eine erschöpfende Darstellung dessen, was von der EKD an Initiative, Beratung und Förderung in den verschiedenen Erdteilen im Rahmen der „Auslandsarbeit in ökumenischer Sicht“ entwickelt wird, nicht gegeben werden. Sie ist allein deswegen schon nicht möglich, weil sie als Kirche Jesu Christi stets unterwegs und in Wandlung begriffen ist und jede Form und jeder Verwaltungsakt nicht Selbstzweck sein darf.

Im Blick auf die nähere Zukunft der Auslandsarbeit darf wohl gesagt werden, daß bei gleichbleibender Entwicklung die echten Auswanderergemeinden in Übersee immer mehr in die Rolle selbständiger und unabhängiger Kirchen hineinwachsen werden; die meisten von ihnen werden zu landessprachigen, bodenständigen Kirchen mit eigenen Beiträgen für die Ökumene heranwachsen, aber auch mit eigenen Lösungen der sozialen, ökonomischen und pädagogischen Probleme ihrer Länder. Von den deutschsprachigen Gemeinden ist anzunehmen, daß sie immer mehr zu „Gemeinden auf Zeit“ werden, deren Glieder vornehmlich „Auswanderer auf Zeit“ sind. Gleichwohl werden auch diese Gemeinden keine Zweigstellen der Evangelischen Kirche in Deutschland sein, sondern aufgeschlossen für die Nöte und Fragen der sie umgebenden Welt und im ökumenischen Gespräch mit den Kirchen und Gemeinden des Gastlandes als Brückenbauer wirken.



# Zwei Jahrzehnte deutscher Ökumene in freikirchlicher Sicht

Von Hans Luckey

Am 10. März 1948 trafen in Kassel Vertreter von Landeskirchen und Freikirchen zusammen und gründeten die „Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland“<sup>1</sup>. Sie war der Anfang zwischenkirchlicher Beziehungen im deutschen Raum auf ökumenischer Basis, das heißt das, was wir im Laufe der Zeit „deutsche Ökumene“ genannt haben. Die uns gestellte Frage lautet: Wie beurteilen die deutschen Freikirchen die Entwicklung in zwei Jahrzehnten ökumenischer Zusammenarbeit mit den deutschen Landeskirchen?

## I. DAS THEMATISCHE PROBLEM

1. An den Anfang gehört die Feststellung, daß es an geordnetem Quellenmaterial gänzlich fehlt. Aus Mangel an Raum und Arbeitskräften konnte man in der Ökumenischen Centrale<sup>2</sup> zu Frankfurt wohl vieles beiseite legen, aber es nicht sachgerecht archivieren. Vor allem gelang es uns nicht, gewisse Lücken zu füllen, die die ersten drei Jahre angehen. So steht dem Verfasser dieser Arbeit nur zur Verfügung, was er selbst in den Jahren seiner Zugehörigkeit zur A. G. K. gesammelt und nach Sachgebieten geordnet hat.

2. Wie aber soll nun eine Darstellung auf Grund der vorliegenden Protokolle und Akten aussehen? Sie könnte nur chronistisch oder zum mindesten ein geschichtliches Nacheinander sein. Dann wäre wiederum die Frage, welche Einteilung die richtige wäre und unter welchen Gesichtspunkten. Aus unserer Sicht heraus wäre es zum Beispiel nicht der Sache gemäß, wenn wir die

1. Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland (A. G. K.), Sitz Frankfurt a. M., sind:

Evangelische Kirche in Deutschland (Kirchenkanzlei: Hannover-Herrenhausen, Böttcherstraße 7; Kirchliches Außenamt: Frankfurt am Main, Bockenheimer Landstraße 109).

Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland (Bundesdirektion: Bad Homburg, Luisenstraße 121) (Baptisten).

Evangelische Gemeinschaft in Deutschland (Reutlingen, Hagstraße 2).

Methodistenkirche in Deutschland (Frankfurt am Main, Grillparzerstraße 34).

Alt-katholische Kirche in Deutschland (Bonn, Georg-Mendel-Straße 25).

Vereinigung der Deutschen Mennonitengemeinden (Nierstein, Mainzer Straße 38).

Evang. Brüder-Unität in Deutschland (Bad Boll über Göppingen).

Heilsarmee (Köln, Salierring 23-27).

An den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft nehmen gastweise teil:

Bund Freier Evangelischer Gemeinden in Deutschland (Wiesbaden, Schumannstraße 4).

Alt-reformierte Kirchen in Deutschland (Veldhausen ü. Neuenhaus).

2. Wir bedienen uns folgender Abkürzungen: Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland = A. G. K. Kirchliches Außenamt = K. A. Ökumenische Centrale = Oe. Ce. Evangelische Kirche in Deutschland = EKID. Wo Daten aufgeführt werden, sind die betreffenden Protokolle der Sitzungen der A. G. K. gemeint.

Amtsperioden der Vorsitzenden der A. G. K. für die Aufteilung heranzögen<sup>3</sup>. Natürlich ist es nicht ohne Auswirkung gewesen, daß auch ein Vertreter aus freikirchlichem Lager die Verhandlungen für einige Jahre leitete. Aber die Wirkung der Persönlichkeit Martin Niemöllers ist doch eine so starke gewesen und bis in die letzte Zeit wirksam geblieben, daß seine Bedeutung sowohl für die Freikirchen wie für die Landeskirchen in der A. G. K. eine übertragende gewesen ist. Er hat ihr in vieler Hinsicht ein besonderes Gepräge gegeben. Ein mehr sachlicher Gesichtspunkt wäre die Abfolge der drei Weltkirchenkonferenzen: Amsterdam 1948, Evanston 1954 und Neu-Delhi 1961. Denn jedesmal nahmen Vor- und Nacharbeit das K. A. und die Oe. Ce. stark in Anspruch. Vor allem gingen bestimmte Anstöße von jeder dieser Konferenzen aus, die direkt auf die ökumenische Arbeit in den Nationalräten zielten (siehe Dokument A). Denken wir nur an die Tatsache, daß in Neu-Delhi die Aufnahme einer Pfingstkirche in Südamerika die Frage nach dem Umfang der deutschen Ökumene neu stellte und daß die Losung „Alle an jedem Ort“ die Bedeutung der „Ökumene zu Hause“<sup>4</sup> neu heraushob.

3. Überschaute man die einzelnen Tatbestände, dann gelangt man allerdings zu einer anderen Disposition. Es gibt gewisse Themata, die in 15 Jahren nicht vom Verhandlungstisch gekommen sind. Dazu rechnen wir die Schwierigkeiten wegen der Ökumenischen Gebetswoche oder die Bemühungen um die Betreuung der Kriegsdienstverweigerer. Solch einen Stoff müßten wir also in jedem Zeitabschnitt neu behandeln. Es gäbe Wiederholungen, die ermüden. Daher haben wir uns für eine systematische Darstellung entschieden.

4. Es kommt noch eine wichtige Überlegung hinzu. Die freikirchliche Sicht ist nicht eine *alles* in ihr Blickfeld nehmende und entsprechend proportionierende Schau, sondern sie bedeutet fast immer Auswahl und Hervorhebung unter bestimmten Gesichtspunkten. Es käme daher kein richtiges Geschichtsbild zustande. Kritik und Selbstkritik müssen wechseln, damit die Darstellung nicht zu einseitig wird. Nicht umsonst hat Martin Niemöller uns allen ins Gewissen geschrieben, daß rechte ökumenische Gemeinschaft nur zustande kommt, wenn jede Kirche zur Buße bereit ist. Wir kämpfen also gegen die Anwandlung, pro gloria sectae oder in der berühmten „Schwarz-weiß-Manier“ zu schreiben. Gerade beim Gegenüber von Kirchen wäre es zu bequem, die Schattenseiten der großen Sozietäten zu konfrontieren mit den Lichtseiten der kleinen. Wir erinnern uns, daß in der Taufdebatte der A. G. K. sogar einem Professor der Theologie ein solcher Fehler unterlaufen ist.

Wir greifen also bestimmte Fragen auf. Es wird sich zeigen, daß dann von selbst ein bestimmtes geschichtliches Gefälle wahrzunehmen ist: Im Anfang tastete man sich langsam an seinen Gesprächspartner heran und war bemüht, einander kennenzulernen und immer besser zu verstehen. Dann ging man an die Bearbeitung der beiden schwersten Probleme der deutschen Ökumene, das

---

3. *Erste Vorsitzende:* Kirchenpräsident D. Martin Niemöller (1948–1961); Seminardirektor Dr. Dr. Hans Luckey (bapt.) (1961–1966); Landesbischof D. Erich Eichele (ab 1966).

*Stellvertretende Vorsitzende:* Bischof Dr. J. W. Ernst Sommer (meth.) (1948–1953); Dr. Dr. Hans Luckey (bapt.) (1953–1961); Landessuperintendent D. Udo Smid (1961–1966); Bischof Dr. Friedrich Wunderlich (meth.) (ab 1966).

4. So formulierte es gerne Bischof J. W. Ernst Sommer.



heißt „Taufe“ und „Kirche“. Und in den letzten Jahren stieß man an die Grenzen des Erreichbaren und fragte sich, wohin die künftige Entwicklung wohl gehen werde.

5. Es ist noch eine gewisse Begriffsklärung vor auszuschicken, nicht zuletzt, um naheliegenden Mißverständnissen vorzubeugen.

Wir unterscheiden drei Hauptgebiete ökumenischer Betätigung:

a) die Anteilnahme der Kirchen an der „Weltökumene“. Dabei geht es vor allem um die Wahrnehmung der Weltkirchenkonferenzen und um die Beziehungen der deutschen Kirchen zum Weltkirchenrat in Genf.

b) die „Zwischenkirchliche Ökumene“, die in einem geographischen Raum, also im nationalen Bereich, ihr Feld hat. Es geht in erster Linie um die Zusammenarbeit von Landeskirchen und Freikirchen, das heißt um die „Ökumene am Ort“. Für dies alles ist die Oe. Ce. in Frankfurt das Organ<sup>5</sup>.

c) „Innerkirchliche Ökumene“, bei der es sich darum handelt, daß jede Kirche für sich zur ökumenischen Aktivität gebracht wird und so die Voraussetzungen geschaffen werden, damit ökumenische Gemeinschaft gefördert und nicht gehemmt wird. Dabei kann es sein, daß, wie im Fall der EKID, sogar Kirchen verschiedenen Bekenntnisses (luth., reform., uniert) zur Innerkirchlichen Ökumene gehören. Oder es kann auch so sein, daß ein Lutherischer Weltbund oder eine weltumfassende Kirche wie die der Methodisten auf die Anliegen und Verhaltensweisen in der Innerkirchlichen Ökumene einwirken.

6. Selbstverständlich sind diese Unterscheidungen nur eine Hilfe zu größerer Klarheit und ein Arbeitsprinzip. Denn wir dürfen nicht schematisieren. In der Oe. Ce. und vor allem im K. A. der EKID werden *alle* ökumenischen Bereiche bearbeitet. Aber die eben vorgenommenen Abgrenzungen geschehen auch in bestimmter Tendenz. Wir möchten den Finger auf eine gewisse Problematik innerhalb der deutschen Ökumene legen: Wir haben in den vergangenen Jahren gelernt, daß man in landeskirchlichen Kreisen einen Unterschied macht zwischen einem Methodisten in New York und einem Baptisten in Hamburg. Jener gehört zur Weltökumene. Und da ist der Kontakt leicht und weniger verpflichtend. Dieser aber rechnet zur Ökumene am Ort und sitzt in der „regio“ einer „religio“, das heißt im Raum einer Landeskirche. Er ist eben da zu finden, wo man ihn lieber nicht sähe. Mit anderen Worten: Einer Romantik der „Weltökumene“ steht gegenüber die ganze Nüchternheit der „Zwischenkirchlichen Ökumene“. Der Unterschied ist ähnlich wie der zwischen der Weltmission und der Inneren Mission. Stets ist die Fernstenliebe leichter als die Nächstenliebe. Und jene führt in die weite, schöne Welt.

Wir schlagen also ein Kapitel Ökumene auf, das eine realistische Einstellung fordert. Hier liegt auch der Grund, warum wir bei unserer Darstellung ausgerechnet mit den Schwierigkeiten am Ort beginnen.

---

5. Hierher gehört das Dokument A am Schluß dieses Abschnittes I.

*Anlage zum Schreiben des Ökumenischen Rates der Kirchen vom 21. Februar 1955  
Ausschnitt aus der Geschäftsordnung über die Nationalen Arbeitsgemeinschaften*

a) Angesichts der Tatsache, daß Nationale Arbeitsgemeinschaften (Councils) von Kirchen oder Nationale Christliche Arbeitsgemeinschaften in einer ganzen Reihe von Ländern zur Förderung der brüderlichen Gemeinschaft und Zusammenarbeit und zum Zweck der Förderung und Unterstützung ökumenischer Arbeit und anderer gemeinsamer Interessen ihres Bereichs gegründet worden sind, soll der Ökumenische Rat ausgewählte Nationale Arbeitsgemeinschaften dazu auffordern, als ihm angegliederte Arbeitsgemeinschaften Arbeitsbeziehungen mit ihm aufzunehmen.

b) Der Zweck einer solchen Arbeitsbeziehung soll darin bestehen, den Nationalen Arbeitsgemeinschaften bei ihrer Arbeit zu helfen und sie dazu anzuregen, dem Ökumenischen Rat der Kirchen bei dem Ingangbringen ökumenischer Arbeit in dem betreffenden Bereich und bei der Förderung der Pläne und grundsätzlichen Ziele zur Seite zu stehen, die der Zentralausschuß für die verschiedenen Abteilungen und Referate des Rates festgelegt hat.

c) Diese Arbeitsgemeinschaften sollen bestimmungsgemäß regelmäßig die Einladung zur Entsendung eines „Abgeordneten befreundeter Organisationen“ zur Vollversammlung und eines Beraters zu den Sitzungen des Zentralausschusses (gemäß Abs. VII, 2 der Verfassung) erhalten.

d) Während jeder Tagung der Vollversammlung oder des Zentralausschusses soll den Vertretern Nationaler Arbeitsgemeinschaften die Möglichkeit gegeben werden, zu gegenseitiger Beratung zusammenzutreten.

e) Während der Ökumenische Rat das Recht behält, mit seinen Mitgliedskirchen unmittelbar zu verkehren, soll von ihm nichts unternommen werden, was bereits bestehende freundschaftliche Zusammenarbeit oder ökumenische Organisation in einem Volke oder Gebiet stören könnte.

f) Jede Mitgliedskirche, die es vorzieht, auf irgendeinem Arbeitsgebiet unmittelbare Beziehungen zu dem Ökumenischen Rat zu pflegen, kann das tun.

g) Bei der Auswahl nationaler Arbeitsgemeinschaften für diese Arbeitsbeziehungen soll der Zentralausschuß unter anderen folgende Maßstäbe anlegen:

I. Die Nationale Arbeitsgemeinschaft nimmt die Grundlage des Ökumenischen Rates der Kirchen an oder bringt ihre Bereitschaft zum Ausdruck, auf dieser Grundlage mitzuarbeiten.

II. Es soll zuvor die Stellungnahme der Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates in dem betreffenden Bereich eingeholt werden.

III. Im Falle nationaler Arbeitsgemeinschaften, die Mitglieder des Internationalen Missionsrates sind, soll dessen Stellungnahme eingeholt werden.

IV. Der Mitgliederkreis der Nationalen Arbeitsgemeinschaft besteht ganz oder in großem Umfang aus Kirchen, die dem Ökumenischen Rat der Kirchen als Mitglieder angehören.

V. Die Nationale Arbeitsgemeinschaft hat an der Arbeit des Ökumenischen Rates der Kirchen Interesse und ist bereit, für diesen Rat zu arbeiten.

VI. Die Nationale Arbeitsgemeinschaft hat den Nachweis ihrer Stabilität erbracht und besitzt einen Mitarbeiterstab, der den Anliegen des Ökumenischen Rates Zeit zu widmen vermag.

h) Im Falle von Ländern, wo Nationale Missionsräte bestehen, sei es unter Eingliederung in Nationale Arbeitsgemeinschaften von Kirchen oder mit ihnen verbunden oder unabhängig, kann der Zentralausschuß einen derartigen Nationalen Missionsrat auffordern, einen befreundeten Abgeordneten zu der Vollversammlung und einen Berater zu den Sitzungen des Zentralausschusses zu entsenden.

## II. DIE AUSRÄUMUNG VON SCHWIERIGKEITEN AM ORT

1. Den Männern und ihren Kirchen war wohl bewußt, als sie in Kassel sich zur A. G. K. zusammenfanden, daß sie nicht der Gründung eines ökumenischen Klubs ihre Zustimmung gegeben hatten, als ginge es nur darum, zu debattieren. Man war sich vielmehr einig, daß der ernste Versuch unternommen werden sollte, das in die Tat umzusetzen, was die Lehre der jüngsten Vergangenheit war<sup>6</sup>.

Da ist einmal die Tatsache, daß über dem großen Hilfswerk für das vom Krieg so furchtbar mitgenommene Europa nicht allein amerikanische Freikirchen aktiv wurden, die zum Weltrat der Kirchen gehörten, sondern auch solche, die eine Beteiligung an der Weltökumene strikt ablehnten, aber über Genf ihre Spenden verteilen ließen, wobei sie nicht fragten, ob die Empfänger zu einer Landes- oder zu einer Freikirche zählten. Es konnte sogar geschehen, daß freikirchliche Gemeinden in den USA die Partnerschaft für landeskirchliche Parochien übernahmen, um sie ständig zu versorgen. Es war also weithin die Einsicht gewachsen, daß die Tat christlicher Liebe über Gräben konfessioneller Exklusivität hinwegführt. In der A. G. K. mußte sich nun zeigen, ob dies so bald vergessen war oder zu bleibenden zwischenkirchlichen Beziehungen verhalf.

Da ist ferner die Tatsache, daß in einem Konzentrationslager wie Dachau bei München kirchliche Amtsträger evangelischer und katholischer Konfession sich unter schrecklichen Umständen fanden, ja zur Abendmahlsgemeinschaft sich durchrangen und unter gleichen Leiden sich zu einer Bruderschaft fürs Leben verbunden fühlten. Mehr als einmal haben wir D. Niemöller in einem ökumenischen Gesprächskreis darüber berichten hören und dann die Mahnung vernommen, man solle doch die Folgerungen aus solch einem Geschehen ziehen und der Schule Gottes nicht entlaufen. Das Durchlittene dürfe nicht umsonst sein. War die A. G. K. der richtige Weg, um in einer deutschen Ökumene dem gerecht zu werden?

Als drittes erwähnen wir die Erfahrungen des Kirchenkampfes der dreißiger Jahre, obwohl gerade die Vorgänge um die Bekenkende Kirche zwischen Landeskirchen und Pietisten keine Brücken gebaut, sondern eher zerschlagen haben. Und doch hatte es zu den Freikirchen hin viel zu bedeuten, daß die mit historisch begründeten Privilegien ausgestatteten Volkskirchen zu einer verfolgten Kirche unter dem Kreuz wurden. Sie mußten nun ein neues Verständnis finden für das, was etwa die taufgesinnten Gemeinden der Reformation durchgemacht haben, als man im Namen der reinen Lehre auf ihrer Ausrottung durch Wasser und Feuer bestand und sich dabei des Staates bediente. Jetzt bildeten sich im harten Protest gegen staatliche Übergriffe im Dritten Reich Gemeinden im Untergrund, tagten Synoden hinter verschlossenen Türen und verließ man sich auf die Opferbereitschaft mutiger Christen. Das alles führte irgendwie vom

---

6. Hierhin gehören die am Schluß dieses Abschnittes II. angefügten Dokumente B und C. Wir verweisen außerdem auf: Dr. Rudolf Thaut: Das Proselytismusproblem in der Sicht der deutschen Freikirchen (Ökum. Arbeitstagung in Tutzing am 14. 1. 1958), und Ökum. Arbeitsheft Nr. 5: Ökumene am Ort.

Status einer Staatskirche hinüber zum Status einer staatsfreien Kirche. War nach der politischen Wende alles verfliegen? Oder hatte man so viel Lehrgeld gezahlt, daß Lutheraner und Reformierte für eine Ökumene am Ort vorgeschult waren? Wachten die verantwortlichen Männer darüber, daß im angekündigten „Jahrhundert der Kirche“ man nicht aus einer verfolgten Kirche zu einer verfolgenden wurde? Ein Prozeß, der in der Kirchengeschichte keineswegs ohne Beispiel wäre! Die A. G. K. sollte recht bald die Probe aufs Exempel liefern. Sie wurde das ökumenische Experimentierfeld, das kein Ausweichen ermöglichte.

2. Wir denken dabei weniger an das Kapitel „Friedhofsstreitigkeiten“. Etwa an die Beschwerden von landeskirchlicher Seite, die in den ersten Jahren bei der A. G. K. vorgebracht wurden, weil ein Prediger aus den Freikirchen die Beerdigung da übernommen hatte, wo der Verstorbene aus der Kirche ostentativ ausgetreten war und auch auf dem Sterbebett sich noch ablehnend verhalten hatte (siehe Dokument D).

Wir meinen auch weniger die Zwischenfälle auf Friedhöfen, die, auf zwei Jahrzehnte verteilt, ganz selten vor das Forum der A. G. K. gebracht wurden. Merkwürdig ist allerdings, daß noch in letzter Zeit (1964) und ausgerechnet im Bergischen Land, also auf pietistischem Mutterboden, es geschehen konnte, daß man Predigern aus Freikirchen, die der A. G. K. angehören, die Trauerfeier auf reformiertem Friedhof untersagte. An diesem Punkt fühlen die Freikirchen sich natürlich immer wieder bestätigt, wenn sie die Trennung von Staat und Kirche auf ihrem Programm haben.

Es wird nicht ohne Interesse sein, daß in Gelsenkirchen, als Baptisten-gemeinde und Evangelische Gemeinschaft gemeinsam einen Friedhof sich einrichteten, im Statut (um 1900!) festgehalten wurde, daß es jeder Konfession gestattet sei, in der von ihr gewünschten Weise das Begräbnis durchzuführen.

Im ganzen wird man aber festhalten dürfen, daß nicht nur der kommunale Friedhof, sondern auch das spürbar gebesserte zwischenkirchliche Klima der Grund gewesen ist, daß man Verletzungen an einer für alle empfindlichen Stelle tunlichst vermieden hat.

3. Die eigentliche und schwerste Probe sollte aus Ostfriesland auf die A. G. K. zukommen, und zwar in den Jahren 1953–1955. Die Vorgänge wurden deshalb so gefährlich, weil man sich auf landeskirchlicher Seite auf einen „Beschluß des Landeskirchentages zur Wiedertaufe“ vom 26. August 1947 berief, der den Satz enthielt: „Gemeindeglieder, die sich unter Mißachtung geschehener Taufe zum zweiten Mal taufen lassen, haben sich selbst aus der Gemeinde und ihrem Leben ausgeschlossen. Sie können wieder aufgenommen werden, wenn sie ihre zweite Taufe als Versündigung erkannt haben und bereit sind, mit der Gemeinde zu bekennen: ‚Ein Herr, Ein Glaube, Eine Taufe‘ (Eph 4, 5).“ Zum Schluß heißt es dann: „Der Landeskirchentag fordert von den Kirchenämtern und besonders von den Pastoren, auf die rechte Taufbelehrung der Gemeinde in Unterricht, Predigt und Seelsorge an Hand von Schrift und Bekenntnis vermehrtes Gewicht zu legen und mit Nachdruck dahin zu wirken, daß die Taufen wieder allgemein vor versammelter Gemeinde stattfinden.“

Dieser Akt war offensichtlich eine Kampfansage an die Baptisten in einer Landschaft, die seit Jahrhunderten den Taufgesinnten offen war.



Die Forderung lautete also, es solle ein Glied der reformierten Kirche, wenn es bei den Baptisten als Erwachsener um die Taufe durch Untertauchung nachsuchte, erst vor dem Amtsgericht eine Austrittserklärung abgeben und sich selbst ausschließen (siehe Dokument E).

Und dabei fehlte nicht der Hinweis, daß zur Zeit in der EKid bei einigen Landeskirchen eine ähnliche Prozedur gefordert werde, wenn jemand etwa aus der lutherischen in die reformierte Kirche hinüberwechseln wolle. Der Betreffende müsse auch beim Gericht den förmlichen Austritt vollziehen, so daß theoretisch der Zustand der „Konfessionslosigkeit“ für eine kurze Frist eintrete. Würde man den Baptisten gegenüber sich mit einer einfachen Erklärung zufriedengeben, dann behandle man sie günstiger, als es zwischen den Kirchen innerhalb der EKid geschehe. Es handele sich keineswegs um ein Verfahren der Kirchenzucht, sondern lediglich um denselben Vorgang, der auch in einer Baptistengemeinde eintrete, wenn ein Gemeindeglied sein Kind taufen lasse und damit sich selbst von der Gemeinde getrennt habe.

4. Es muß noch hinzugefügt werden, daß seit dem 1. Dezember 1950 bereits ein Protokoll der A. G. K. über Doppelmitgliedschaft vorlag, aus dem hervorging, daß die Baptisten auf Grund ihrer Überzeugung von Taufe und Gemeinde kein Interesse an gleichzeitiger Mitgliedschaft in Landes- und Freikirche äußerten, sondern im Gegenteil auf förmlichen Austritt Wert legten, damit ein klares Bekenntnis zur neu gewonnenen Überzeugung vor aller Öffentlichkeit abgelegt werde.

Mit den beiden Stichwörtern „Versündigung“ und „Amtsgericht“ deuten wir an, daß die Sache einen doppelten Boden hatte. Der Streit wurde heiß, als es darum ging, was die eine oder die andere Seite unter „Ordnung der Mitgliedschaft“ verstand, also unter einem „Konfessionswechsel auf ordentliche Weise“.

Was war „ordnungsgemäß“, wenn es sich um einen im ganzen Dorf bekannten Trinker handelte, den man bisher seinem Schicksal überlassen hatte, der aber während einer Zeltarbeit eine völlige Umwandlung erfahren hatte? Als er sich eine neue geistliche Heimat und einen festen Halt im Kreis gläubiger Christen suchte, erhielt er plötzlich den Besuch des Pfarrers, der ihn durch Belehrung aus der Schrift von seiner Absicht abzubringen suchte, Glied einer Baptistengemeinde zu werden.

Was war „ordnungsgemäß“, wenn in einem andern Fall es sich um den Arzt in der Kleinstadt handelte, der auch durch die Zeltevangelisation gewonnen wurde? Er war für die Kirche ohne Zweifel eine wertvolle Kraft im Mitarbeiterkreis um den Pfarrer. Dieser tat daher alles, um den Verlust einer angesehenen Familie zu verhindern.

5. An diesen Beispielen aus den Akten wollten wir andeuten, daß Paragraphen und Protokolle nicht ausreichen, um das Entscheidende zu „ordnen“, nämlich das ganz Persönliche. Der Antrag beim Amtsgericht löst eben eine recht peinliche Verhörprozedur aus. In der Dorfgemeinschaft zeigt sich dann etwas wie ein Boykott oder gesellschaftliche Ächtung. Wer einen Einblick in die Akten hat, dem ist sofort klar, daß aus dem, was die Kirchenleitung auf Grund eines Synodalbeschlusses forderte und formulierte, in der Gemeinde am Ort noch etwas ganz anderes wurde. Es kann auf etwas auslaufen, was wir heute als Rufmord bezeichnen. Dann aber ist man wieder bei der verfolgenden Kirche,

nur daß man sich nicht mehr des Strickes und des Feuers bedient, sondern der Zunge.

Kein Zweifel, jetzt war das Problem der Ökumene am Ort in seiner ganzen Schärfe gestellt. Was konnte und mußte geschehen, um eine gute Lösung herbeizuführen?

6. Der Weg, auf dem die Beruhigung eintrat, war ein ganz merkwürdiger, aber – wie wir meinen – auch ganz ökumenischer. Der Schreiber dieser Zeilen war als Vertreter der A. G. K. auf der Generalsynode in Espelkamp 1955 und traf dort den Landessuperintendenten aus Aurich. Der persönliche Kontakt bei diesem kirchlichen Ereignis führte zu einer Verabredung. In der dann stattfindenden Aussprache im Predigerseminar der Baptistengemeinden zu Hamburg gelang eine sachliche Klärung der gegensätzlichen Standpunkte. Vor allem aber entstand auch die Bereitschaft, in Verantwortung vor Gott und aus Sorge um den Schaden unter den Gliedern der Gemeinden alles daranzusetzen, daß aus dem „ordnungsgemäß“ eine brüderliche Verständigung wurde. Besuch in Espelkamp und Gegenbesuch in Hamburg geschahen im Zeichen ökumenischer Bereitschaft. Die auf beiden Seiten sich findende Willigkeit zur Buße über dem entstandenen Schaden war ökumenische Gesinnung. Und das im Gehorsam gegen Jesu Wort in Johannes 17, 21.

Wir geben diesen genauen Bericht, weil über Schwäche und Ergebnislosigkeit ökumenischer Begegnungen viel geredet und manchmal in Bitterkeit sogar gespottet wird. Deshalb haben wir Einblick gegeben in einen Vorgang, der nicht zu Protokoll genommen und nicht der Öffentlichkeit zur Kenntnis gekommen ist. Es gibt eben auch einen verborgenen Segen ökumenischer Gemeinschaft. Entscheidend ist, daß die eine Seite nicht wartet, bis die andere kommt, sondern daß man sich ein Herz faßt und im Gegenüber den Bruder zu gewinnen sucht.

Man wird einwenden, die Sache gehe jetzt zu sehr ins Persönliche. Der Wahrheit sei damit nicht gedient. Gewiß, die amtlichen Verlautbarungen auf seiten der reformierten Kirche wurden nicht zurückgenommen, und die Baptisten haben ihren Taufstandpunkt nicht revidiert.

7. Aber wo gibt es ein Kollektivum, das öffentlich fehlt und das auch öffentlich seine Schuld gesteht? So war es auch, als ein Prälat der Württembergischen Landeskirche im Jahr 1956 öffentlich die baptistische Tauferskenntnis als „Irrlehre“ brandmarkte. Dieses Mal war sogar der Evangelischen Allianz dieses Verdikt zuviel und schaltete sich durch ihren Vorsitzenden ein. Bei dem sich begebenden Briefwechsel berief sich der Prälat darauf, daß Karl Barth die „Wiedertaufe“ sogar als „Gotteslästerung“ erklärt habe, weil der Mensch in solchem Fall es wage, das von Gott her Geschehene durch menschliches Tun zu korrigieren. Wir könnten Karl Barth, den frühen, mit Karl Barth, dem späten, konfrontieren, tun es aber nicht, weil es uns nur um die Einsicht geht, daß es keinen Zweck gehabt hätte, wenn die A. G. K. etwas wie ein Marburger Religionsgespräch (1529) arrangiert hätte. Man wäre sicher ohne Ergebnis auseinandergegangen. Dafür ist die Lehre vom Sakrament ein zu vielschichtiges Problem. Aber aus diesem Grunde sollte man in öffentlichen Verlautbarungen auch zurückhaltend und vorsichtig sein. Der Taufgesinnte ist verletzt, wenn man aus ihm einen Irrlehrer und aus seiner Taufe eine Versündigung macht; der Volkskirchler ist wiederum verletzt, wenn der Evangelist von der Kanzel

aus die Kindertaufe als „Säuglingsbesprengung“ karikiert. Das alles gehört nicht in den Sprachschatz ökumenischer Korrespondenz.

8. Noch in letzter Zeit, nämlich 1967, sollte ein besonderer Fall erneut die Ökumene am Ort auf die Probe stellen. Jetzt fiel kein verletzendes Wort. Dafür aber war die sachliche Problematik um so bemühender.

In Süddeutschland war es geschehen, daß ein Volksdeutscher aus der Sowjetunion, als er heiraten wollte, sich taufen lassen mußte, wenn er auf kirchlicher Trauung bestand. Denn er war der Sohn einer baptistischen Familie in Südrußland und nicht getauft, weil die furchtbaren Jahre des Krieges und die Flucht dazu keine Möglichkeit gegeben hatten. Bald gehörte dieser junge Mann zu den aktiven Gliedern der Kirchengemeinde. Als er aber dann in einer Evangelisation zum Glauben kam, begehrte er, noch einmal getauft zu werden. Es ist in den Akten nicht zu erkennen, ob die Tatsache eine Rolle gespielt hat, daß die kirchliche Taufe auch beim Erwachsenen durch Besprengung geschieht. Bekanntlich vollziehen die Baptisten im Unterschied zu den holländischen Taufgesinnten, die durch Begießung getauft haben, die Taufe durch einmaliges Untertauchen, indem sie sich auf Römer 6 berufen und Taufe als „Grablegung“ verstehen<sup>7</sup>.

Sowohl in der Württembergischen Landeskirche als auch in katholischen Kreisen war jetzt die erregt gestellte Frage: Wiederholen die Baptisten auch die Erwachsenentaufe?

Nun lag das große Taufgespräch der A. G. K. bereits einige Jahre zurück. Lang und breit war darüber diskutiert worden, was „Erwachsenentaufe“ im Unterschied zur „Kindertaufe“ bedeute, da nach baptistischer Überzeugung nicht das Alter an sich den Unterschied ausmacht, vielmehr die Möglichkeit zur Entscheidung seitens des Glaubenden. Infolgedessen rückte die Frage in den Mittelpunkt, ob der junge Mann nur einer Form genügt habe, etwa um der Heirat willen, oder ob er aus klarer Überzeugung sich zu diesem Schritt entschloß. Wer aber konnte diese Frage sicher beantworten? – Doch höchstens er selbst! Er allein war es auch, der es offenbar nicht über sich brachte, seine jetzt erlebte Bekehrung mit seiner „Erwachsenentaufe“ zu verbinden.

Die Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft wurden vom Vorsitzenden, dessen Kirche betroffen war, sehr sachlich geführt. Die Vertreter des baptistischen Bundes erklärten, daß sie einerseits auf Möglichkeit einer echten, gewissensmäßigen Entscheidung in jedem Fall bestehen müßten, daß sie jedoch andererseits es für richtig hielten, falls eine Taufunterweisung vorausgegangen sei und der Betreffende seine neue Heilserfahrung mit der geschehenen Taufe verbinden könne, die Taufe am Erwachsenen nicht zu wiederholen.

9. Es entsprach dem landeskirchlichen Denken, wenn das Ansinnen gestellt wurde, es möchte durch die Leitung des baptistischen Bundes eine offizielle und generelle Anweisung gegeben werden, damit eine solche Wiedertaufe an erwachsenen Getauften sich in den Gemeinden nicht wiederhole. Und gleichzeitig fragte

---

7. Prof. Fritz Blanke in Zürich hat es als seine Lebensaufgabe bezeichnet, durch Erforschung der täuferischen Anfänge in der Schweiz etwas von dem gutzumachen, was an Unrecht bei der Ausrottung der Schwärmer und bei der völlig falschen Beurteilung in der Kirchengeschichte geschehen ist (13. 5. 1955). Zur Sache vgl. Hans Luckey: Johann Gerhard Oncken und die Anfänge des deutschen Baptismus, 3. Aufl., Kassel 1958, S. 136.

man, ob dem betreffenden Prediger nicht durch die übergeordnete Stelle ein Verweis erteilt werden könne. Beides war eine Überforderung, nicht, weil man im Unverbindlichen bleiben wollte, vielmehr, weil der Baptismus in seinem Überbau keine Behörde sieht, die dirigieren kann. Für ihn ist klar, daß etwas nur gut läuft und sich durchsetzt, wenn es in brüderlichem Einvernehmen geschieht. Es fehlt eben das Amtsdenken.

10. Das Beispiel Ostfriesland macht noch auf einen andern Punkt aufmerksam.

Die kleine Baptistengemeinde, um die es ging, war 1846 gegründet, also über 100 Jahre alt. Und sie war sich dessen auch bewußt! Denn sie gehört ihrer Entstehung nach in die Zusammenhänge mit der Gereformeerde Kerk im holländischen Westfriesland. Ihr Gründer, de Kock, war mit J. G. Oncken, dem Gründer des deutschen Baptismus, befreundet. Beide bekannten sich zum strengen Calvinismus, wie sie in dem Bekenntnis der Dordrechter Synode ihren Niederschlag gefunden hat. Es konnte damals geschehen, daß sich die streng reformierte Gemeinde de Kockscher Richtung in Emden in eine streng baptistische Gemeinde Ondkenscher Richtung verwandelte. Mit anderen Worten: Die Baptisten als Taufgesinnte der Neuzeit waren im holländischen wie im deutschen Friesland längst „autochthon“, das heißt geschichtlich gewurzelt. Daran konnte auch eine Synode der reformierten Kirche nichts mehr ändern.

Abschließend muß gesagt werden, daß die Erledigung so schwieriger Gravamina den Zusammenhalt der Mitgliedskirchen in der A. G. K. nie in Frage gestellt hat. Ja, ohne Absprache bildeten sich gewisse Umgangsformen heraus, die wesentlich zur Entschärfung und Entspannung beitrugen. Kam zum Beispiel eine Beschwerde von landeskirchlicher Seite, dann war der Vorsitzende aus der EKd zunächst der Anwalt der angesprochenen Freikirche. Und umgekehrt geschah das gleiche. Der Vorsitzende aus der Freikirche war zunächst immer Anwalt der Landeskirche. So wuchs das gegenseitige Vertrauen gerade an den Schwierigkeiten bei der Ökumene am Ort. Bestimmend war „l'ordre du cœur“, nicht „l'ordre d'état“!

Kein Zweifel, die Ökumene fordert, gerade weil sie ein Zueinander von kirchlichen Institutionen sein will, einen geduldischen, taktvollen und lernwilligen Gesprächspartner. Sie ist nicht nur ein Laboratorium<sup>8</sup> mit vielen Sachen, in dem experimentiert und bewiesen wird, sondern auch ein Gymnasium mit vielen Personen, in dem geübt und gelernt wird.

#### DOKUMENT B

##### *Richtlinien zur Überwindung der Schwierigkeiten, die sich aus dem Nebeneinanderarbeiten verschiedener christlicher Kirchen an einem Ort ergeben*

1. Verschiedene Kirchen, die Jesus Christus als Gott und Heiland anerkennen, können nicht an einem Ort nebeneinander leben und arbeiten, als hätten sie nicht miteinander zu tun. Sie haben untereinander ein brüderliches Verhalten anzustreben.

2. Die Ehre Gottes und das wahre Heil der Menschen hat das Ziel ihrer Arbeit und die Richtschnur ihres Verhaltens zu sein.

---

8. Dies Bild hat bekanntlich Präses D. Kurt Scharf gebraucht.



3. Die brüderliche Liebe bewährt sich in der Wahrheit. Deshalb dürfen tiefgreifende Unterschiede der Lehre nicht verharmlost, nicht verwischt und nicht verschwiegen werden.

4. Jede christliche Kirche hat den Auftrag und darum auch das Recht, den Herrn Jesus Christus nach dem Maß der ihr geschenkten Erkenntnis zu bezeugen.

5. Jede Kirche darf eine andere Kirche auf deren vermeintliche oder wirkliche Irrtümer im Geist der Wahrheit und der Liebe ansprechen, soll aber auch bereit sein, in gleicher Weise von jeder anderen Kirche sich ansprechen zu lassen.

6. Es soll jeder Kirche unbenommen sein, wenn sie es für geboten hält, im Bereich der Gemeinde einer anderen Kirche zu evangelisieren. Dabei wird allerdings vorausgesetzt, daß sie nicht nur unbrüderliche Anfeindungen vermeidet, sondern auch unmißverständlich zu erkennen gibt, wer sie ist.

7. Es ist in Demut anzuerkennen, wenn Gott jemand, den wir durch die Taufe für die Gemeinde Jesus Christi in Anspruch genommen und durch die religiöse Unterweisung zu Christus zu führen versucht haben, durch den Dienst einer anderen Kirche zum persönlichen Glauben an den Herrn Jesus Christus bringt.

8. Es ist aber ernste Schuld und führt nicht zur Erbauung, sondern zur Zerstörung der Kirche Jesu Christi, wenn eine Kirche in dem eigensüchtigen Streben, sich auszuweiten, einer anderen Kirche lebendige Glieder abwendig macht, um sie für sich zu gewinnen.

9. Wir vertrauen darauf, daß Gott auch durch die Verschiedenheit und Geschiedenheit der christlichen Kirchen hindurch seinen Namen heiligen, sein Reich kommen und seinen Willen geschehen lassen wird.

(Aus dem Jahre 1949)

#### DOCUMENT C (23. NOVEMBER 1951)

An die Mitgliedkirchen der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland  
An die Leitungen der deutschen evangelischen Landeskirchen

Betr.: Ökumene in der Ortsgemeinde

1. Die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland bittet alle Kirchenleitungen auf Grund einer vom Ökumenischen Institut in Bossey ausgehenden Anregung, die folgenden Gedanken und Vorschläge über „Ökumene in der Ortsgemeinde“ zu erwägen, ihre Verwirklichung tatkräftig zu fördern und über etwa zu unternehmende Schritte mit ihr in einen Gedankenaustausch einzutreten.

2. Uns bewegt die Sorge, daß das große, wie wir glauben, vom Heiligen Geist geweckte Geschehen der ökumenischen Bewegung das Alltagsleben der Gemeinden weithin noch nicht genug erfaßt hat. Zugleich glauben wir aber feststellen zu müssen, daß ähnlich wie vom 18. Jahrhundert an das Anliegen der Mission und vom 19. Jahrhundert an das Anliegen der Diakonie erst durch ihre Verwurzelung in den einzelnen Gemeinden zu bestimmenden Kräften des kirchlichen Lebens wurden, so auch für die ökumenische Bewegung Entscheidendes davon abhängt, ob sie ein Bestandteil des praktischen Gemeindelebens wird oder nicht.

Wir wollen hier nicht hinweisen auf die verschiedenen Wege, auf denen innerhalb der einzelnen Kirchen schon heute die ökumenische Bewegung bis zu den Ortsgemeinden durchdringt. Es erscheint uns jedoch als eine uns gestellte Aufgabe, auf die zweite Seite der Frage „Ökumene in der Ortsgemeinde“ besonders aufmerksam zu machen, das heißt auf die Beziehungen zwischen örtlichen Gemeinden, deren Kirchen seit Amsterdam 1948 im Ökumenischen Rat verbunden sind und dort feierlich erklärt haben: „Wir sind gewillt, beieinander zu bleiben.“

Dankbar dürfen wir anerkennen, daß gegenüber der Vergangenheit bereits große

Fortschritte erzielt worden sind und daß es schon eine ganze Reihe örtlicher Arbeitsgemeinschaften zwischen landeskirchlichen und freikirchlichen Gemeinden gibt. Es muß allerdings in aller Nüchternheit festgestellt werden, daß der zahlenmäßige Unterschied im Bestand der in unserer Arbeitsgemeinschaft verbundenen Kirchen die Verwirklichung unserer Anregung erschwert. Ebenso wissen wir, daß die Abneigung gegen eine neue, zusätzliche Aufgabe den schon überlasteten aktiven Teil der Gemeinden und zumal ihre beauftragten Diener vor unserer Anregung zurückschrecken lassen kann. Und doch fragen wir: Gilt nicht auch auf diesem Gebiet das Wort des Herrn (Mt 9, 36–38): „Und da er das Volk sah, jammerte ihn desselben; denn sie waren verschmachtet und zerstreut wie die Schafe, die keinen Hirten haben. Da sprach er zu seinen Jüngern: Die Ernte ist groß, aber wenige sind der Arbeiter. Darum bittet den Herrn der Ernte, daß er Arbeiter in seine Ernte sende.“

3. Was wir praktisch vorschlagen, ist etwas sehr Einfaches: Überall, wo es sich als möglich erweist, sollen örtliche ökumenische Aussprachekreise oder Arbeitsgruppen entstehen. Die Initiative dazu müßte von den verschiedenen örtlichen Gemeinden oder aus ihrer Mitte von einzelnen Mitgliedern ausgehen. Überdies sollten die Kirchenleitungen mit Anregung, Rat und notfalls auch durch Mahnung helfend eingreifen. Dabei können die in anderen Ländern mit sogenannten „local councils of churches“ schon gemachten Erfahrungen wertvoll sein. Sie zeigen, daß neben einzelnen etwa praktisch-sozialen oder evangelistischen Vorhaben oder auch gelegentlichen ökumenischen Gottesdiensten freie, aber regelmäßige brüderliche Aussprachen eine besondere Verheißung haben. In ihnen nämlich kann es vielen klarer werden, was es ist um die Eine Herde und den Einen Hirten des Evangeliums und um die Eine heilige allgemeine christliche Kirche des Apostolischen Glaubensbekenntnisses. Bei solchen Zusammenkünften wird es erheblich auf das rechte Zusammenwirken von Theologen und Laien ankommen.

Praktisch zu empfehlen ist nach den schon gemachten Erfahrungen, daß die beteiligten Gemeinden in die Arbeitsgruppen auch Mitglieder ihrer Kirchenvorstände abordnen, um so zu bekunden, daß hier mehr als das persönliche Interesse einzelner wirksam werden soll. Dazu gehört ferner die Unterstützung durch Überlassung gemeindeeigener Räume, Beschaffung von Literatur und dergleichen mehr.

An eine organisatorische Vereinigung der neuen oder schon bestehenden ökumenischen Arbeitsgruppen ist seitens der „Arbeitsgemeinschaft“ nicht gedacht. Jedenfalls aber würde die Ökumenische Centrale in Frankfurt durch Weitergabe von Anregungen und Studienmaterial, durch den Ökumenischen Katedismus des Leiters dieser Centrale, Lic. Menn, und die demnächst erscheinende „Ökumenische Rundschau“ wertvolle Dienste leisten können.

Das Wesentliche scheint uns bei allem zu sein, daß durch diese neue, vielfältige Begegnung von Christen der Geist des Verstehens, der gemeinsamen Verantwortung und des gemeinsamen Dienens, vor allem aber der Eifer zum gemeinsamen Hören auf das Wort und zum gemeinsamen Beten geweckt und vertieft werden.

D. Niemöller  
Vorsitzender

#### DOKUMENT D

An die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft  
christlicher Kirchen in Deutschland

Frankfurt am Main, den 19. 9. 1952

Betr.: Wort der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen  
in Deutschland zu strittigen Amtshandlungen

Die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland hat im Jahre 1949 ihren Mitgliedskirchen Richtlinien übermittelt zur Überwindung der Schwierigkeiten, die sich

aus dem Nebeneinanderarbeiten verschiedener christlicher Kirchen an einem Ort ergeben. Darin heißt es in Abschnitt 1:

„Verschiedene Kirchen, die Jesus Christus als Gott und Heiland anerkennen, können nicht an einem Ort nebeneinander leben und arbeiten, als hätten sie nichts miteinander zu tun. Sie haben untereinander ein brüderliches Verhalten anzustreben.“

Die Arbeitsgemeinschaft möchte die Aufmerksamkeit ihrer Mitgliedskirchen auf die Schwierigkeiten hinlenken, die dort entstehen, wo Amtshandlungen wie Taufen, Trauungen, Beerdigungen, die in Ausübung der Kirchen- oder Gemeindezucht in einer Gemeinde verweigert worden sind, von Pfarrern oder Predigern einer anderen Kirchengemeinschaft vorgenommen werden. In unserer Mitte bestehen über solche Amtshandlungen verschiedene lehrmäßige Auffassungen; wir sind uns auch darüber klar, daß bei praktischen Entscheidungen im Einzelfall entweder der missionarische Gesichtspunkt oder die Rücksicht auf die Kirchenzucht den Ausschlag geben kann. Wir stimmen aber darin überein, daß in allen derartigen Fällen eine Aussprache zwischen den beteiligten Amtsträgern (Pfarrern, Predigern) stattfinden muß, damit die seelsorgerliche Aufgabe an den betreffenden Personen nicht verabsäumt und das brüderliche Verhältnis zwischen den beteiligten Gemeinden nicht aus solchem Anlaß gestört wird.

Wir bitten deshalb die Mitgliedskirchen der Arbeitsgemeinschaft, bei ihren Gemeinden und Amtsträgern darauf hinzuwirken, daß möglichst schon vor dem Vollzug derartiger Amtshandlungen solche Aussprachen stattfinden.

D. Niemöller

#### DOKUMENT E

Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen  
in Deutschland

Hannover, den 21. 12. 1950

An die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland

Betr.: Regelung des Übertritts von einer Kirche zur andern

Die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland hat sich seit einiger Zeit mehrfach mit der Frage der kirchlichen Doppelmitgliedschaften befaßt. Dabei wurde festgestellt, daß verschiedene Auffassungen darüber vertreten werden, ob eine Beseitigung der Doppelmitgliedschaften angestrebt werden kann und soll. Als besonderes Erschwernis einer Beseitigung von Doppelmitgliedschaften auch da, wo ihre Aufrechterhaltung sachlich nicht gerechtfertigt und allen Beteiligten unerwünscht erscheint, erweist sich oft die Tatsache, daß bei einem Übertritt die rechtlichen Bindungen gegenüber der bisherigen Kirche nur durch einen förmlichen Austritt durch Erklärung vor weltlichen Behörden gelöst werden können.

Es erschien angebracht, zunächst zu erwägen, ob hier Abhilfe geschaffen werden kann, um eine Klärung der Kirchengliedschaft wenigstens in den Fällen zu ermöglichen, wo dem sachlich nichts entgegensteht. In der letzten Sitzung der Arbeitsgemeinschaft wurde daher folgender Beschluß gefaßt:

A. Wir empfinden es in der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland als einen nicht der Sache entsprechenden und unwürdigen Zustand, daß bei dem Übertritt von einer Kirche zur andern eine Austrittserklärung vor weltlichen Behörden notwendig ist, um den Übertritt nach außen zu dokumentieren und ihm rechtliche Folgen im Verhältnis zur bisherigen Kirche zu geben.

B. Um diesen Zustand zu beseitigen, schwebt uns eine Regelung etwa nach folgenden Richtlinien vor:

1. Wer aus einer der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland oder

dem Ökumenischen Rat der Kirchen angehörenden Kirche oder Freikirche zu einer andern solchen Kirche oder Freikirche übertreten will, hat bei der Gemeinde, der er künftig angehören will, um seine Aufnahme nachzusuchen. Er hat hierbei ausdrücklich zu erklären, ob er den Wunsch hat, im Falle der Aufnahme aus seiner bisherigen Kirche oder Freikirche auszuscheiden.

2. Wenn die Gemeinde, an die das Aufnahmegesuch gerichtet ist, dem Gesuch stattzugeben beabsichtigt, so hat sie der bisherigen Gemeinde des Gesuchstellers hiervon schriftlich Kenntnis zu geben.

3. Die Aufnahme ist frühestens nach Ablauf von einem Monat nach Absendung dieser Mitteilung an die bisherige Gemeinde zulässig.

4. Hat der Gesuchsteller erklärt, daß er aus seiner bisherigen Kirche auszuscheiden wünscht, so hat die aufnehmende Gemeinde den Übertritt nach Vollzug der Aufnahme demjenigen Amtsgericht mitzuteilen, das nach den gesetzlichen Bestimmungen für die Entgegennahme einer Austrittserklärung zuständig wäre.

5. Diese Mitteilung an das Amtsgericht hat für das Verhältnis zur bisherigen Kirche des Übertretenden dieselben rechtlichen Folgen wie ein Austritt, wobei dieselben Fristen gelten wie bei einem vor dem Amtsgericht erklärten Austritt.

6. Die Möglichkeit, den Übertritt durch Erklärung des Austritts gegenüber dem Amtsgericht und Neuanmeldung bei einer anderen Kirche zu vollziehen, wird durch diese Regelung nicht ausgeschlossen.

C. Wir bitten die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland um Prüfung und Stellungnahme, ob ihnen eine solche Regelung erwünscht und durchführbar erscheint und ob sie bereit sein würden, den staatlichen Stellen gegenüber für eine solche Regelung einzutreten. Nach einem Gutachten des Kirchenrechtlichen Institutes in Göttingen, das wir zu dieser Frage beschafft haben, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß der Staat sich zu einer solchen Regelung bereit finden könnte, die ja keine Einschränkung des Austrittsrechtes nach den bisherigen Bestimmungen bedeuten, sondern lediglich eine zusätzliche Möglichkeit für diejenigen eröffnen soll, für die gerade der bisher vom Gesetzgeber allein zugelassene Weg zur Lösung der rechtlichen Zugehörigkeit zu einer Kirche gefühlsmäßige Hemmungen bereitet.

Wir wären dankbar, wenn wir möglichst bald in den Besitz der dortigen Stellungnahme gelangen könnten.

D. Niemöller

### III. DAS STADIUM DER SELBSTDARSTELLUNGEN

1. Wir folgen ziemlich dem zeitlichen Nacheinander, wenn wir uns mit den Kurzreferaten befassen, die bis etwa 1964 gehalten wurden, weil man gleich in den ersten Sitzungen mit Erstaunen wahrnahm, wie wenig die eine Kirche von der anderen wußte. Als es nun um die Schwierigkeiten und Nöte der Ökumene am Ort ging, war Unwissenheit sogar eine Gefahr. Und wenn man sich mit dem Gedanken trug, theologisch ins Gespräch zu kommen, dann war ein einigermaßen ausreichendes Wissen über einander selbstverständliche Voraussetzung. Leider sind unsere Angaben unvollständig. Aber sie ergeben etwa folgendes Bild:

1949: Bischöfliche Methodistenkirche (Bischof Dr. J. W. Ernst-Sommer)

1949: Bund Freier evgl. Gemeinden (Prediger Glebe, Frankfurt).

1. 4. 1952: Heilsarmee (Captain Dale).

24. 6. 1953: Altreformierte Kirche (Pastor Brink).



11. 11. 1953: Evangelische Kirche in Deutschland (Kirchenpräsident i. R. Middendorf).

9. 4. 1954: Das Leben in der EKID (Prof. D. Otto Schmitz).

1. 7. 1955: Geschichte des Baptismus im Weltganzen (Dr. Dr. Hans Luckey).

2. Die Unwissenheit war auf beiden Seiten zum Teil beschämend. Wer hatte denn wirklich eine Anschauung von der Heilsarmee? Als die Frage gestellt wurde, welches das Bekenntnis der Heilsarmee sei, kam zu aller Überraschung die Antwort: „Unsere Uniform!“ Oder: Wer unter den Freikirchen hatte eine rechte Einsicht in das, was Evangelische Kirche in Deutschland ist? Eines Tages konnte man aus berufenem Munde entnehmen, daß es innerhalb der EKID etwas wie einen landeskirchlichen Independentismus gibt, der darüber wacht, daß die verschiedenen Kirchen nicht wirklich die Eine Kirche werden. Die Einheit war also nicht erst Problem, wenn in der Ökumene die Freikirchen dabei waren, sondern sie war fraglich auch innerhalb der EKID. Oder: Die gleiche Unwissenheit war zwischen den Freikirchen, denn erst durch entsprechende Aufklärung erkannte man, daß trotz der einzigartigen Stellung des Methodistenbischofs doch seiner Kirche als Institution nie Weitherzigkeit und Anpassungsfähigkeit abhanden gekommen sind, vielmehr von den Anfängen der methodistischen Bewegung her ihr eigen blieb. Die Methodisten waren daher immer weit weniger exklusiv wie etwa die Baptisten?. Oder: Wie horchte man auf, als es hieß, der Baptismus verstehe sich in erster Linie nicht als Tauf-, sondern als Gemeindebewegung. Die Radikalität in der Taufpraxis entspringe nicht einem Sakramentsdenken, sondern einem ausgeprägten Gemeindebewußtsein. Man suche das urchristliche Gemeindeideal auf neuem Grunde zu verwirklichen und bestehe *deshalb* auf der Taufe der Gläubigen.

3. Vielleicht haben wir nach zwei Jahrzehnten deutscher Ökumene keine rechte Einsicht mehr in die Schwierigkeiten, die sich auftürmen, wenn Gebilde mit verschiedener Tradition zueinanderfinden sollen. In jedem Lager hört man eine besondere, eigene Kirchensprache. Wie sorgfältig halten zum Beispiel die deutschen Independenten „Gemeinde“ und „Kirche“ auseinander<sup>10</sup>. Ja, der eine Begriff wird gegen den anderen ausgespielt. Wenn man in diesen Kreisen „Verkirchlichung“ sagt, dann meint man die Preisgabe des urchristlichen Ideals, das man nur in der freien Ortsgemeinde der Verwirklichung nahe sieht. Man kennzeichnet als „Verkirchlichung“ auch schon die Abkehr vom Charismatischen hin zum Amtlichen, von der Bewegung zur Institution.

Weil man aber zugeben muß, daß die Vielzahl selbständiger Gemeinden doch unter das Dach einer gemeinsamen, zusammenhaltenden Organisation gehören, spricht man von „Kirchwerdung“ als einem berechtigten Anliegen und von „Verkirchlichung“ als der Gefahr.

Vielleicht darf man sagen: Die independente Gemeinde ist offensichtlich die typische Struktur der Kirche in der Erweckungsbewegung. Sie setzt Geist voraus. Wo er fehlt, zerfällt alles recht bald. Die Frage nach dem Amt ist dann eine notvolle, zumal der Hirtendienst im Übergemeindlichen nicht recht ge-

---

9. Friedrich Wunderlich: Die vereinigte Kirche in der Ökumene, in: Auf dem Wege zur Vereinigung, Stuttgart 1967, Seite 20 ff., wo John Wesley ausführlich zitiert wird.

10. Ihre englischen Brüder haben für beides nur „church“.

lingen will. Völlig anders im Methodismus. Er erkennt in fast aristokratisch zu nennender Weise den Oberhirten für seine Kirche an.

4. Kein Zweifel: Sowohl im landeskirchlichen wie auch im freikirchlichen Lager war neben dem Taufthema auch die Kirchenfrage ein echt ökumenisches Problem. Was das Kurzreferat in vielleicht noch unverbindlicher und gekürzter Form an Aufklärung zu wenig gab, das erhielt zum Teil recht drastische Ergänzung und Illustration bei der Behandlung der Gravamina.

Sie haben gezeigt, daß aus mehreren Gründen die „independent“ organisierten Gruppen, allen voran die Baptisten, tatsächlich keine bequemen Verhandlungspartner sind, weil sie keine „Kirche“ sein wollen, aber es vor dem ökumenischen Forum sein sollen.

Hier liegt auch der Grund, warum im vorigen Jahrhundert die Ministerien des öftern sich gestreut haben, diesen Bünden von Gemeinden die Rechte einer öffentlichen Körperschaft zu geben, wenn aus den eingereichten Statuten sofort ersichtbar war, daß jede Gemeinde sich besinnen durfte, ob sie die Beschlüsse der gemeinsamen Bundesversammlung durchführte oder nicht. Keine juristischen Klammern haben das zu ändern vermocht, sondern die Zeit tat das Ihre: Der kirchliche Überbau bei den Independenten zeigte trotz allem Solidität, so daß die Behörden im Zuge liberalerer Anschauungen dazu übergingen, zu tun, als ob eine verantwortliche und zuständige Kirchenleitung da sei.

5. Man muß also die lange Zeit der Rechtsunsicherheit und damit des allgemeinen Gefühls der kirchenpolitischen Inferiorität einrechnen, wenn man verstehen will, daß zum Beispiel die Sache mit dem Amtsgericht und dem Kirchenaustritt für die Landeskirchen längst nicht das Gewicht hat wie für die Freikirchen. Denn die ersten sind seit dem Augsburger Religionsfrieden (1555) staatsrechtlich gesichert: „cuius regio, eius religio.“ Mit anderen Worten: Alle Freikirchen, ob independent oder episkopal, sind im deutschen Raum mit der Frage belastet, ob man ihnen grundsätzlich die Existenzberechtigung zubilligt oder ob man großzügig tut, als seien sie gleichberechtigt. Wo man wirklich ökumenisch denkt, ist dies kein Problem mehr. Aber wie weit hat das ökumenische Denken das landeskirchliche abgelöst?

Als Freiwilligkeitsgemeinden und als Erlebnismgemeinschaft entscheidet sich für sie alles an den ihnen gewährten Möglichkeiten zu evangelisieren. Es gab einen Zeitpunkt, da wurden die Freikirchen seitens der im Entstehen begriffenen Einen Reichskirche gefragt, ob sie in die allumfassende Institution sich einordnen würden. Kurz nach 1933 war diese Frage aktuell. Auf freikirchlicher Seite fiel nun das Stichwort „Ordensgemeinde“. Es kam also die Anregung, es könnten die Gemeinschaftskreise sich so einordnen, wie es die Orden in der katholischen Kirche seit Jahrhunderten getan haben. Doch D. Fleisch in Hannover und D. Schöffel in Hamburg lehnten strikt ab, mit der Begründung, der Glaube nach reformatorischem Verständnis kenne keine Stufen. Natürlich war die Gegenfrage, ob die Volkskirche nicht ohnehin gezwungen sei, mit „Kerngemeinden“ zu arbeiten, und ob das, was man *ecclesiolae in ecclesia* nenne, eben doch die „bessere“, das heißt die lebendige Kirche im Rahmen einer großen Institution sei.

Begreiflicherweise hat man damals auf freikirchlicher Seite zur Bedingung gemacht, daß der Raum, den man innerhalb der neuen Reichskirche ihnen

gegebenenfalls zugestehe, Türen und Fenster haben müsse. Nie wären sie bereit gewesen, die Anerkennung seitens einer Staatskirche mit der Zementierung ihres Status quo einzuhandeln. Und in diese Richtung gehen auch die Befürchtungen derer, die vor der Ökumene warnen. Sie behaupten, die deutsche Ökumene lebe nur vom „als ob“. In Wirklichkeit bleibe das „cuius regio“ in kraft.

6. Wie auf der Seite der Landeskirchen der Status der Zuwachskirche in Form eines weiten Anspruches ein ökumenisches Problem ist, so auf der Seite der Freikirchen der Status der Erlebnismgemeinschaft in der Form ungeschriebener, ja unausgesprochener Grundsätze. Sie gehören weithin zum unbewußten Tun. Und man handhabt sie nach dem Gefühl. Ernst Käsemann hat es gut formuliert<sup>11</sup>: „Man erstrebt Einigkeit im Zentralen, das man eben in der persönlichen Glaubensbindung erblickt.“ Man „läßt Freiheit im vermeintlich Peripheren, nämlich der dogmatischen Ausprägung, walten, konservativ und modern zugleich. Die positive und positivistische Grundhaltung schließt die Anwendung einer mehr oder minder mild gehandhabten historisch-kritischen Methode keineswegs aus und gewährt allen Spielarten kirchlichen Engagements Raum.“

Wie sollte und konnte aber das zwischenkirchliche Gespräch in Frankfurt gut auslaufen? Denn beim freikirchlichen Gegenüber fand die Landeskirche anscheinend zuwenig festen Grund und traf auf eine ungenügend sichtbare Struktur. Man hatte es im entscheidenden Augenblick mit einem „freikirchlichen“ oder „pietistischen“ „common sense“ zu tun und war vor Überraschungen nicht sicher.

7. Die Freikirchen können es daher nur als einen glücklichen Umstand oder als klugen Akt bezeichnen, daß im Rat der EKID und auch im K. A. Männer in die A. G. K. delegiert wurden, die zu den Freikirchen hin die rechte Affinität hatten. Als Theologen waren zugegen Prof. D. Otto Schmitz, Wuppertal, und nach ihm Prof. D. Otto Michel, Tübingen. Vom ersten Augenblick des Gespräches an war Einigkeit darüber, daß für alle das Neue Testament, nicht eine kirchliche Tradition oder eine theologische Schulansicht bestimmend sei. Und ebenso lag bei allen die Bereitschaft vor, dem anderen zuzugestehen, daß er aus innerster Überzeugung seinen Standpunkt einnahm, nicht nur als Sprecher seiner Kirche. Es will zum Beispiel viel sagen, daß Prof. Otto Schmitz zu Beginn des Taufgesprächs zu seinem baptistischen Partner hin erklärte, daß er vom Neuen Testament her ein überzeugter Verfechter der Kindertaufe sei. Man hat sich also in der A. G. K. nicht zerstritten oder immer weiter voneinander entfernt. Allerdings wurde auch spürbar, wie schmerzlich es ist, wenn man über dem gleichen Wort und vor dem gleichen Herrn an die Grenzen der möglichen Verständigung gelangt und dabei sogar in Gefahr gerät, zu weit und zu viel harmonisieren zu wollen. Dann wäre allerdings aus dem spannungsreichen, lebendigen Gegenüber eine falsche Einheit geworden, die der „rauen“ Wirklichkeit nicht mehr gerecht wird. Und die Folge wäre Stagnation und Resignation.

8. Es ist sicher noch nicht an der Zeit, die Bedeutung der Tatsache richtig zu

---

11. Ernst Käsemann: Exegetische Versuche und Besinnungen, Göttingen 1964, Bd. II, S. 12 ff.



ermessen, daß die Freikirchen im Ursprungsland der Reformation zu einem ökumenischen Gespräch genötigt wurden, und zwar im Gegenüber zu den Landeskirchen, die das Erbe Luthers und Calvins zu verwalten haben.

Dabei spielt der Zeitpunkt, in dem der Disput begann, eine entscheidende Rolle. Die Geschichte der Freikirchen auf dem ganzen europäischen Kontinent, also nicht allein in Deutschland, ist eine recht kurze. Eine Ausnahme machen Mennoniten und Brüdergemeine, die aber inzwischen aus Europa stark abgewandert sind. Was bedeuten hundert Jahre da, wo es um Formung und Bewährung einer Kirche sich handelt? Die deutschen Freikirchen befanden sich also noch ganz im Anfangsstadium theologischer und soziologischer Reflexion.

Zum andern ist erkennbar, daß ihre Gründung auf die Einwirkungen der Erweckungsbewegung zu Beginn des vorigen Jahrhunderts zurückgeht. Es waren also keineswegs Konfessionsstreitigkeiten, auch nicht dogmatische Kämpfe oder gar Protestaktionen gegen irgendwelche Umstände kirchenregimentlicher Art, die zur Entstehung des im deutschen Raum neuen Kirchentums geführt hätten. Es ging vielmehr um Frömmigkeit und daher um die Bibel in der Hand des einfachen Mannes und weiter um Evangelisation oder Mission. Und mit der Folge, daß man um des erwecklichen Anliegens willen noch in einem kirchlichen und theologischen Ghetto blieb.

Erst die Zeit nach 1918 brachte den „Durchstoß zur Mittelschicht“ mit all ihren Konsequenzen. Die Probleme der Jugendbewegung, die Nöte der vierten Generation meldeten sich. Die ersten Missionare waren Wanderburschen und Handwerker gewesen, jetzt kamen Oberschüler auf die Seminare zur Vorbereitung für den Dienst eines vollzeitlich dienenden Predigers.

Der Kirchenkampf und die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges haben dann im Blickfeld der Freikirchen die Tatsache überdeckt, daß die deutsche Theologie ausgesprochen „antipietistisch“ wurde. Es ist schwer festzustellen, ob sie tatsächlich gemeint haben, sie könnten von der Theologie in der Moderne verschont bleiben. Meinten sie doch, sie seien „Biblizisten“<sup>12</sup>.

Jetzt aber begaben sie sich auf die ökumenische Plattform. War nicht die Gefahr der Aufspaltung, indem „Modernisten“ zur Ökumene und „Evangelikale“ zur Evangelischen Allianz sich bekannten? Es meldete sich auch bald das Mißverständnis, die Freikirchen öffneten sich in ökumenischer Weise zu den Landeskirchen hin, weil sie ihrer bislang so sorgsam gehüteten Überzeugung nicht mehr so ganz sicher wären<sup>13</sup>.

Und bedeutet Verhandlung auf ökumenischer Basis nicht tatsächlich in jedem Fall und für jeden Partner Relativierung der eigenen Überzeugung und Schwächung der evangelistischen Angriffskraft?

Die Vertreter der Freikirchen mußten sich klar sein, welches Risiko sie eingingen, und durften sich nicht wundern, wenn sie in ihren eigenen Reihen harte Kritik und ernste Warnungen zu hören bekamen.

10. Von hier aus gesehen, war es von großer Wichtigkeit, daß in der A. G. K. nicht die rationale, sondern die spirituale Offenheit von beiden Seiten her die

12. Ernst Käsemann, a.a.O. Bd. II, S. 272 ff. zur Kritik am Biblizismus.

13. Festschrift zum 70. Geburtstag von D. Martin Niemöller „Bis an das Ende der Erde“: Hans Luckey: Wird der Unterschied zwischen Landeskirche und Freikirchen geringer? S. 200 ff.



theologische Auseinandersetzung bestimmt hat. Es gab einen Augenblick, in dem D. Niemöller unzweideutig erklärte, er werde, wenn er eines Tages vor die Wahl gestellt sei, entweder zur Evangelischen Allianz oder zur Ökumene zu gehören, sich für die erstere entscheiden. Und wenn Ernst Käsemann sich beklagt, es mache sich gegenwärtig ein ökumenischer Pietismus breit, dann dürfen wir ruhig dieses Urteil auf die A. G. K. beziehen<sup>14</sup>. Denn die Männer, die sich in der A. G. K. zusammenfanden, kamen durchweg aus dem Bereich, den wir die „lebendige Kirche“ nennen, wobei wir keinen Unterschied machen möchten zwischen Landeskirchlern und Freikirchlern<sup>15</sup>. Ja, man darf sogar die Frage stellen, die auch in der A. G. K. mehr als einmal bewegt worden ist, wo in der Gegenwart das pietistische Erbe verwaltet und weitergereicht wird, ob in den Gemeinschaftskreisen, die vielfach steril geworden sind und um das Erbe der Väter bangen, oder aber in ökumenisch offenen Kreisen, die sich mutig den Problemen der Gegenwart stellen und in den heißen Kampf um die Bibel einsteigen, die aber dabei uneingeschränkt und öffentlich sich zu dem bekennen, was sie als Heil in Christus erfahren haben.

11. Man hat oft bemängelt, daß das ökumenische Gespräch immer so schnell theologisch wird. Weithin läßt sich das nicht ändern, wo theologisch geschulte Delegierte in der Mehrzahl sind. Aber wir haben die Schwierigkeiten und Mißverständnisse bei der Ökumene am Ort aufgezeigt, mit Absicht, damit einsichtig wird, daß nicht Freude am theologischen Disput der eigentliche Anlaß gewesen ist. Wir hoffen, überzeugend dargelegt zu haben, daß es um mehr ging, nämlich um ganz bestimmte Anstöße, und zwar im doppelten Sinn: Mitgliedskirchen gaben Anstoß und empfingen Anstöße. Alles zielte auf theologische Klärung.

#### IV. DIE ERARBEITUNG DER THESEN ÜBER TAUFGE UND KIRCHE

##### *a) Das Gemeinsame und Unterschiedliche in der Tauffrage*

1. Am 17. Juni 1954 wurde in der A. G. K. beschlossen, „in eine grundsätzliche Erörterung der Tauffrage einzutreten“. Volle zwei Jahre sollte dieser Disput dauern. Zuletzt lief er auf ein praktisches Ziel aus: Prof. Otto Schmitz wandte sich an die Vertreter der Baptisten mit dem Angebot, man solle in der Tauffrage einen Kompromiß schließen und auf diese Weise das Skandalon der Wiedertaufe aus dem Wege räumen. Dieser Vorgang erhielt dadurch noch ein besonderes Gewicht, daß Prof. Schmitz schwer erkrankte und auf seinem Sterbebett den Gedanken bewegte, wie er durch einen so wichtigen Schritt noch zum konfessionellen Frieden im deutschen Raum helfen könnte. Er schlug vor, daß nach den 13 Punkten der Übereinstimmung noch folgende Thesen formuliert würden:

14. Ernst Käsemann, a.a.O. Bd. I, S. 7; Bd. II, S. 272.

15. Näheres zu diesem Punkt im „Festband zum 60. Geburtstag des Vorsitzenden des Rates der EKdD Präses D. Kurt Scharf“, S. 160-161.

14. Die Kirchen, die die Kindertaufe als Regel haben, sollten zulassen, daß Eltern, die, ohne die Kindertaufe grundsätzlich zu verwerfen, für ihre eigenen Kinder die Erwachsenen-(Glaubens-)Taufe vorziehen, aber ihre Kindertaufe aus Gewissensgründen als ihre wirkliche Taufe ansehen, die Taufe ihrer Kinder aufschieben dürfen, ohne dafür in Kirchengenossenschaft genommen zu werden.

15. Die Kirchen, die die Erwachsenen-(Glaubens-)Taufe als Regel haben, sollten zulassen, daß solche, die zu ihnen übertreten und damit die Erwachsenen-(Glaubens-)Taufe als Taufregel vorziehen, aber ihre Kindertaufe aus Gewissensgründen als ihre wirkliche Taufe ansehen, die Taufe nicht zu wiederholen brauchen.

Prof. Schmitz fügte im Brief noch hinzu:

Bei Punkt 15 ist es nicht ausgeschlossen, daß der neu Aufzunehmende bei der Aufnahme in die Gemeinde sich ausdrücklich zu der als Kind empfangenen Taufe als zu *seiner* Taufe bekennt, sie also gleichsam persönlich übernimmt und sich zu der damit gegebenen Verpflichtung als Glaubender vor der Gemeinde feierlich bekennt.

Gerne hätten die Sprecher im Namen der Baptisten dem hochgeschätzten Lehrer der neutestamentlichen Theologie die Freude des Erfolges seiner so gut gemeinten Bemühungen bereitet. Aber sie sprachen verantwortlich für ihren Kreis und mußten öffentlich zu der Überzeugung stehen, die sie mit ihren Gemeinden gemeinsam hatten. Infolgedessen gaben sie zur Antwort:

Die Übereinstimmung von Tauflehre und Taufpraxis ist ein den Taufgesinnten wichtiges Anliegen. Also: Grundsätzlich die Kindertaufe nicht verwerfen, sie aber an seinen Kindern nicht vollziehen, die Glaubenstaufe als Regel vorziehen, aber die eigene Kindertaufe als wirkliche Taufe aus Gewissensgründen ansehen – das sind Schwankungen, die den Taufgesinnten in jene Not bringen, aus der man den Kindertäufer befreien möchte. Wir sind also der Meinung, daß der obige Vorschlag zwar darauf bedacht ist, das Gewissen der Kindertäufer zu schonen und einer entsprechenden Überzeugung Raum zu geben, daß aber die Wissensnot und Möglichkeit täuferischer Überzeugung zu wenig in Rechnung gezogen ist. Er bedeutet praktisch, daß die Baptisten die „Wiedertaufe“ aufgeben und dafür zwei Taufen in Kauf nehmen sollen. Dem halten sie natürlich Eph 4, 5 als Schriftgrund entgegen.

2. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, noch tiefer in die Materie einzudringen. Uns lag daran, aufzuzeigen, mit wie starkem inneren und äußeren Engagement darum gerungen wurde, auch zu praktischen Ergebnissen zu gelangen. Gewiß, es geriet nicht, das täuferische Skandalon zu beseitigen, aber es setzte sich wenigstens die Erkenntnis durch, daß das Taufproblem zwischenkirchlich weniger ein dogmatisches als ein ekklesiologisches ist – ob in einer Erlebnisgemeinschaft oder in einer Zuwachskirche. Die Täuferkreise der Reformationszeit hätten sich wahrscheinlich besser durchgesetzt, wenn sie einen klaren Gemeindebegriff gehabt hätten. Anders war es bei den ersten Baptisten in London um 1610. Sie waren politisch erzogen, denn sie gingen aus der Schule des Puritanismus hervor. Und auch Johann Gerhard Oncken, der Gründer der ersten Baptistengemeinde auf dem Kontinent, war ein klarer Kopf. Er hielt auf feste Ordnungen in der Gemeinde. So wurde er zum Sammler und Gründer, der nicht allein in Hamburg, sondern auch in Berlin oder Stuttgart den zerstreuten, unorganisierten Gruppen mit erwecklicher Frömmigkeit zur Gemein-

debildung half und mit der Taufe einen deutlichen Graben zu jeder Art kirchlicher oder pietistischer oder pfingstlicher Nachbarschaft zog. Die Baptisten hielten auch nichts von Winkeltaufen abseits der Gemeinde. Denn die Bildung einer gesunden Gemeinde hatte zur Voraussetzung, daß der, der sich für Christus entschieden hatte, diese seine Entscheidung auch öffentlich bekannte, und zwar vor derjenigen Gemeinde, in der er das, was er in seiner Taufe bekannt hatte, auch bewähren mußte.

3. Noch eine Bemerkung zur Frage des Taufaufschubs: nicht Taufe des Kleinkindes, sondern des Erwachsenen.

In der Sowjetunion hat der Staat einen Terminus a quo festgesetzt, das heißt das 18. Lebensjahr. Das führt im russischen Baptismus nur zum Taufaufschub. Denn nach baptistischer Auffassung ist die Taufe ein Bekenntnisakt im Blick auf das innerlich Geschehene, das genauso Aktcharakter hat. Die Gemeinde muß also warten können und darf den Glauben nicht aufgeben, daß Gott in seiner Stunde die Entscheidung im Glaubenden wirkt. Hier spielt die Auffassung vom Heiligen Geist und seinem Zeugnis eine entscheidende Rolle, nicht die Frage der persönlichen Reife in einem bestimmten Alter. Auf die Frage von Professor Kreck: „Woher wissen die Baptisten, wann man sich taufen lassen muß?“, bekam er als Antwort den Hinweis auf Röm 8, 16. Daher sind wir auch der Meinung, daß hier das eigentlich Trennende lag zwischen Luther und den „Schwärmern“, und nicht nur, wie Karl Holl meint, ein Dissensus hinsichtlich der Sünde<sup>16</sup>.

4. Doch nun zu den Thesen selbst. Wir geben zunächst eine Übersicht über die Referate:

1. 4. 2. 1955 Prof. D. Ernst Wolff, Göttingen: „Zur Dogmengeschichte der Taufe.“

2. 13. 5. 1955 Prof. D. Fritz Blanke, Zürich: „Geschichte der Täuferbewegung.“

3. 20. 10. 1955 Prof. D. Dr. Joachim Jeremias, Göttingen: „Die Taufe im Neuen Testament.“

4. 20. 10. 1955 Prof. D. Dr. Johannes Schneider, Berlin: „Die Taufe nach dem Neuen Testament.“

5. 13. 1. 1956 Prof. D. Dr. Joachim Beckmann, Düsseldorf: „Die Lehre von der Taufe nach lutherischem Verständnis.“

6. 13. 1. 1956 Prof. D. Walter Kreck, Bonn: „Die reformierte Tauflehre nach dem Heidelberger Katechismus.“

7. 13. 1. 1956 Lic. Dr. Hans Luckey, Hamburg: „Die baptistische Lehre von der Taufe.“

8. 4. 5. 1956 Prof. Dr. Werner Küppers, Bonn: „Die Taufe im Verständnis der katholischen Kirche.“

9. 13. 7. 1956 Zusammenfassendes Taufgespräch: J. Jeremias, W. Kreck, J. Schneider, Ernst Wolff als Referenten. Prälat D. Metzger, Stuttgart, Pastor Rehe von der Lutherischen Freikirche, Frankfurt am Main, als geladene Gäste.

---

16. Karl Holl: Gesammelte Aufsätze zur Kirchengeschichte, Tübingen 1923, Bd. I, S. 447. Wir können hier in die Problematik nicht einsteigen. Unseres Erachtens ist die Lehre vom Heiligen Geist und von der Kirche die schwache Stelle Luthers und des Luthertums.

10. 5. 10. 1956 Prof. D. Otto Schmitz, Wuppertal: „Ist in der Tauffrage ein Kompromiß möglich?“

Die endgültige Fassung der Taufthesen war folgende:

An die Mitgliedskirchen der Arbeitsgemeinschaft  
christlicher Kirchen in Deutschland

Hannover-Herrenhausen, den 18. 4. 1958

Die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland hat sich in den Jahren 1955–1958 sehr ausführlich und eingehend mit der christlichen Taufe befaßt, nicht, um eine Tauflehre aufzustellen, sondern um die in unseren Kirchen geübte Taufe als die Taufe des Neuen Testaments zu verstehen. Wir sind einig in folgenden Punkten:

1. In dem Taufvorgang als solchem widerfährt dem Menschen lediglich etwas von Gott her, auch wenn er die Taufe als Erwachsener im Glauben empfängt.

2. Die Taufe ist wie das Wort ein Mittel der Zuneigung des Heils durch Gott.

3. Die Taufe kann kein Ersatz für den persönlichen Heilsglauben sein.

4. Der persönliche Heilsglauben macht die Taufe nicht überflüssig.

5. Die Taufe ist mehr als ein sinnbildlicher Hinweis auf die im Tode Jesu geschehene Reinigung von unseren Sünden und auf das in der Auferweckung Jesu ans Licht getretene unvergängliche Leben.

6. In der Taufe auf den dreieinigen Gott geschieht eine gnädige Beschlagnahme des Täuflings für Jesus Christus, der ein ursprüngliches Herrenrecht auf ihn hat.

7. Nach dem Neuen Testament ist das, was die Taufe zur Taufe macht, das Handeln des dreieinigen Gottes am Täufling und nicht der Glaube des Täuflings, aber die Taufe ohne den Glauben des Täuflings bleibt heilsunwirksam.

8. Ein Taufvollzug, der nicht von einer rechten Taufverkündigung begleitet ist, führt zwangsläufig zu einem gefährlichen Mißbrauch der Taufe.

9. Die Taufe wird dem Täufling zum Gericht, wenn er sich durch die gnädige Beschlagnahme, durch die Gott ihn in das Sterben und die Auferweckung Jesu Christi hineinnimmt, nicht zur glaubenden Anerkennung des Herrenrechtes Jesu Christi über ihn führen läßt, sondern diese Anerkennung im Unglauben ablehnt.

10. Die historische Frage, ob schon in der Urchristenheit Kinder getauft worden sind, wird nach Lage der Dinge umstritten bleiben, aber auch in dem Falle, daß sie positiv beantwortet werden müßte, wäre damit die Erwachsenen-(Glaubens-)Taufe als Taufpraxis nicht unmöglich gemacht.

11. Das Neue Testament enthält keine bindenden Weisungen über das Taufalter, weder im Sinne eines Gebotes der Kindertaufe noch im Sinne eines Gebotes der Erwachsenen-(Glaubens-)Taufe, so daß also von daher eine verschiedene Taufpraxis auf Grund verantwortlicher geistlicher Entscheidung möglich bleibt.

12. Die Gefahr der Kindertaufe als Taufpraxis besteht darin, daß die Taufe als Ersatz für den persönlichen Heilsglauben mißverstanden und in der Taufsitte als magisch wirkendes Heilmittel mißbraucht wird.

13. Die Gefahr der Erwachsenen-(Glaubens-)Taufe als Taufpraxis besteht darin, daß die Taufe als eine öffentliche Anerkennung es mehr oder weniger sicher festgestellten Gläubiggewordenseins mißverstanden und zu einem symbolischen Aufnahmeakt in die Gemeinde gewertet wird.

Während wir uns in den vorstehenden 13 Punkten miteinander brüderlich geklärt haben, ist es uns nicht möglich gewesen, die beiden verbleibenden Fragen einmütig zu beantworten, nämlich ob es möglich ist,

1. im Falle der Kindertaufe als Taufpraxis aus der Regel kein Gesetz zu machen, sondern die Erwachsenentaufe aus Gewissensgründen freizugeben,

2. die Erwachsenen-(Glaubens-)Taufe als Taufpraxis aus geistlichen Gründen vor-



zuziehen und beizubehalten und doch die am Kleinkind vollzogene Taufe nicht als Nichttaufe zu behandeln.

In Vertretung: von Harling

5. An diesen Thesen ist ein ganzes Jahr gefeilt worden. Dabei stellte sich einiges heraus:

Ob man Thesen formuliert oder ein ganzes Bekenntnis verfaßt, immer ist die Forderung, daß alle Beteiligten zustimmen. Mit Mehrheitsbeschlüssen kann man hier nicht operieren. Die Folge ist entweder eine Kompromißformel oder eine inhaltsarme Klammer, bei der alles Divergierende ausgelassen und damit offengelassen ist. Jeder kann die Formel deuten, wie er will.

Zum anderen. Die kritische Durchsicht vollzieht sich an dem, was ein bestimmter Autor original und in charakteristischer Sprache, vielleicht auch in eigenwilligen Gedanken vorgearbeitet und vorgelegt hat. Neue Ausdrücke und ganze Sätze werden eingefügt. Aber kompilierte Satzpartien sind zumeist von vorneherein nicht akzeptabel. Die Folge kann sein, daß so lange korrigiert wird, bis alles „todrichtig“ ist. Dann aber ist höchste Zeit, daß man aufhört. So war es auch in der A. G. K.

Wir sagen dies hier, weil auf dem weiten Feld der zwischenkirchlichen Verhandlungen, etwa bei Unionsbestrebungen und Konkordaten und Gutachten, immer wieder Formulierungen gesucht werden, in der Absicht, eine geistige Übereinstimmung aller öffentlich zu dokumentieren. Das *kann* Einheit vortäuschen, wo sie nicht ist, und dies bedeutet eher Gefahr als Hilfe. Es kann auch der Tod des Gewollten werden. Viel fruchtbarer kann eine saubere Abgrenzung sein, die eine Differenz bekennet. In der A. G. K. hat man dies gefühlt und beim nächsten Gespräch über die Kirchenfrage auch beachtet.

### *b) Das Gemeinsame und Unterschiedliche im Kirchenverständnis*

1. Am 11. Oktober 1957 hielt Prof. Dr. Jan Weerde, Erlangen, einen Vortrag über das Thema: „Inwiefern ist das Neue Testament Maßstab für Wesen und Gestalt der Gemeinde Jesu?“

Damit setzte das neue Gespräch an einem sehr schwierigen Punkt ein. Man wollte einen Fehler vermeiden, der sich immer wieder einschleichen will – die Selbstdarstellungen hatten dies bewiesen –: Jede Kirche will sein oder glaubt zu sein „Gemeinde nach dem Neuen Testament“. Selbst von altkatholischer Seite war deutlich gesagt, daß wohl die kirchliche Tradition Gewicht habe, aber doch nur, wenn sie dem Neuen Testament nicht widerspreche. Darum der Protest gegen das Vaticanum I.

Man mußte also äußerst vorsichtig vorgehen. Durfte man sich in literarkritische Probleme stürzen, um sagen zu können, daß wir nicht mehr festzustellen vermögen, ob es „die“ urchristliche Gemeinde gegeben habe? Wahrscheinlich hätte man die Behauptung von Ernst Käsemann vorweggenommen, der 1962 in seinem vielzitierten Vortrag „Zum gegenwärtigen Streit um die Schriftauslegung“ es so formuliert hat: „Der Kanon als solcher begründet nicht die Einheit, sondern die Verschiedenheit christlicher Kirchen<sup>17</sup>.“ Allerdings wäre zu

17. Ernst Käsemann, a.a.O. Bd. I, S. 221.

fürchten gewesen, daß die Debatte in der A. G. K. sich an den Einleitungsfragen festgefahren hätte.

Es war richtig, daß der umgekehrte Weg beschritten wurde. Nicht das Neue Testament, sondern die eigene Kirche sollte kritisch beleuchtet werden: „Wie sieht jede unserer Mitgliedskirchen sich selbst im Licht des Neuen Testaments?“ Dabei entstand die Nötigung, daß, wenn eine Kirche sich nicht einfach mit der Gemeinde nach dem Neuen Testament identifizieren sollte, sie klären mußte, wo im Neuen Testament sie sich angesiedelt hatte. Bekanntlich ist das Luthertum zu gerne bei Paulus und beim Römerbrief; die Schwärmer lieben besonders Johannes und die Offenbarung. Die pfingstlich Frommen leben ganz in 1 Kor 12 und 14. Und so fort ...

2. So nimmt nicht wunder, daß man wohl kritisch herausstellte, daß wir im Neuen Testament kein Strukturmodell für die wahre Kirche haben und eine „ecclesia semper reformanda“ bleiben, daß man aber vom geschichtlich Gewordenen doch behauptete, es sei ein möglicher Ausdruck des am Neuen Testament gewonnenen Modells.

Dies kam deutlich zum Vorschein, als es um die Formulierung der Differenzpunkte ging. Der altkatholische Partner fühlte sich übergangen bei dem, was von freikirchlicher Seite als Dissensus formuliert war. Darum brachte er folgenden Vorschlag für eine Präambel ein:

Im besonderen konnte nicht überwunden werden das verschiedene Verständnis

a) der Überlieferung als Werk des Heiligen Geistes in der Gesamtkirche und als menschlich-geschichtliche Antwort auf die in der schriftlichen Fixierung vorgegebene Summe der göttlichen Offenbarung;

b) der Einheit der Kirche auf Grund bestimmter, von der Zeit der Apostel her gültiger Normen und Ordnungen und auf Grund der wesentlichen Christusverbundenheit (der Getauften) durch die Wirksamkeit des Heiligen Geistes;

c) des Amtes als der dreifachen Ordnung der Diakone, Priester und Bischöfe in der apostolischen Nachfolge, als Dienst der durch die Gemeinde zu ihrer Leitung, zur Verkündigung des göttlichen Wortes und zur Verwaltung der göttlichen Geheimnisse (Sakramente) berufenen Amtsträger oder als Wirksamkeit der auf Grund verliehenen Charismas von der Gemeinde anerkannten Diener und Helfer;

d) des Sakramentes in der Siebenzahl katholischer Überlieferung und im Sinne des damit verbundenen Sakramentsrechtes hinsichtlich der Spendung, Wirksamkeit und Gültigkeit, der Anerkennung (andererseits) nur der Taufe und des Herrenmahles oder auch der Buße, und schließlich des Wesens der im Sakrament wirksamen Gnade.

Und doch war es uns möglich, gemeinsam den folgenden 17 Punkten (Thesen) zuzustimmen, wobei es uns bemerkenswert erscheint, daß ihr erster Entwurf von freikirchlicher Seite eingebracht wurde.

Die erste, vom freikirchlichen Bearbeiter vorgelegte Formulierung hatte folgenden Wortlaut:

Der erste Punkt betrifft den Unterschied zwischen Zuwachskirchen und Erlebnisgemeinschaften:

a) Die eine Gruppe besteht aus Kirchen, die mit der Kindertaufe die Gliedschaft und mit der Konfirmation die Zulassung zum Abendmahl verbinden. – Die andere Gruppe übt die Kindertaufe innerhalb ihrer Familien, läßt aber nur diejenigen zum Abendmahl zu, die sich in reiferem Alter für Christus entscheiden. – Die dritte

Gruppe macht die Zugehörigkeit zur Gemeinde ebenso wie die Zulassung zum Abendmahl abhängig von einer bewußten und freiwilligen Entscheidung derer, welche die Taufe begehren.

b) Es geht also um Enge oder Weite der Tür zur Gemeinde. Hier spielt die Auffassung von der Taufe eine wichtige Rolle. Auch vom Neuen Testament her antworten wir verschieden, wenn gefragt wird, ob Christi Heilswirken am Menschen so geschieht, daß der Glaubende die Möglichkeit zu persönlicher Entscheidung erhält, und ob die Gliedschaft in der Gemeinde stets davon abhängig gemacht werden kann.

Der zweite Punkt betrifft das Verhältnis von Kirche und Staat.

a) Unsere Zeit kennt die mit Steuerrecht und anderen Privilegien ausgestatteten Landeskirchen, aber auch die vom Staat unter Druck gesetzten und auf sich selbst verwiesenen Volkskirchen unter dem Kreuz. Die veränderte Situation kommt also vom unterschiedlichen Verhalten des Staates, nicht von verschiedener Struktur der Kirchen. Demgegenüber sind die Freikirchen ihrem Ursprung und ihrer Überzeugung nach für das Prinzip der Freiwilligkeit und für klare Trennung von Kirche und Staat eingetreten.

b) Es geht also um die Einschätzung von Recht und Macht im Bereich der Gemeinde. Dabei spielt die wirtschaftliche Seite eine wichtige Rolle. Auch vom Neuen Testament her antworten wir verschieden, wenn wir gefragt werden, ob christliche Erziehung, kirchliche Sitte, Weite der Verkündigung die Überdimensionierung der Kirche mit Hilfe des Staates rechtfertigen oder ob der charismatische Charakter der Gemeinde Jesu die „kleine Herde“ fordert, die Öffentlichkeit und Staat sich selbst überläßt.

Der dritte Punkt betrifft die Spannung zwischen „Kirche“ und „Gemeinde“.

a) die eine Gruppe sieht in der Struktur der Kirche ein Ganzes und Umfassendes, von dem her die Lehre und das Amt, Bekenntnis und Gemeinschaft einheitliche Gestalt und Autorität gewinnen. – Die andere Gruppe hält die Gemeinde am Ort für das Tragende und Selbständige und sieht im kirchlichen Überbau lediglich das organisatorisch Unvermeidliche.

b) Es geht also, wenigstens im Entscheidenden, um die Richtung im Ordnen und Schalten, ob von oben nach unten oder von unten nach oben. Dabei spielt die Frage nach der Willensbildung in der Gemeinde eine bedeutende Rolle. Auch vom Neuen Testament her antworten wir verschieden, wenn wir gefragt werden, ob „Kirche“ sein muß, weil der Leib mehr ist als die Glieder und das Amt eher als die Gemeinde, oder ob die lebendige Einzelgemeinde den höheren Grad der Leibwerdung aufweist, weil sie eine einzigartige Möglichkeit persönlich naher Gemeinschaft bietet und als „geistliche Familie“ zum Mutterschoß neuen Lebens wird. Alles, was im „Überbau“ sich nicht wiederholt.

Wie die Endformulierung zeigt, sind die „Schlußthesen“ von ev. freikirchlicher ebenso wie die „Präambel“ von altkatholischer Seite in einem zusammenfassenden „Vorspruch“ berücksichtigt worden. Aber er sagt nicht mehr viel. Man hat also erfahren müssen, wie auch 15 Punkte an Übereinstimmung nicht die Tatsache überdecken konnten, daß tiefliegende Unterschiede in der Denkstruktur der Grund bleiben werden, daß wir mehrere Kirchentümer in der deutschen Ökumene behalten.

3. Wir lassen jetzt die Übersicht über die gehaltenen Vorträge und die Thesen in veröffentlichtem Wortlaut folgen:

#### a) Übersicht

1. 11.10.1957 *Professor Weerda*: „Inwiefern ist das Neue Testament Maßstab für Wesen und Gestalt der Gemeinde Jesu Christi?“

2. 17. 1. 1958 *Präsident a. D. Middendorff*: „Wie begründet die reformierte Kirche ihre Unterweisung über die Gemeinde aus dem Neuen Testament?“

3. *Dozent Dr. Paul Huber*: „Wie sich die Unterweisung der Methodistenkirche über die Gemeinde bzw. Kirche aus dem Neuen Testament begründet.“

4. 11. 4. 1958 *Direktor Paul Schmidt*: „Das Gemeindeverständnis des Bundes Ev.-Freikirchlicher Gemeinden.“

5. 20. 6. 1958 *Oberkirchenrat Riedel*: „Das Verständnis der Gemeinde im Licht des Neuen Testaments vom Standpunkt der lutherischen Kirche.“

6. *Präsident Dr. Kücklich*: „Das Gemeindeverständnis des Neuen Testaments vom Standpunkt der Ev. Gemeinschaft.“

7. 17. 10. 1958 *Pastor Prieur*: „Das täuferisch-mennonitische Gemeindeverständnis.“

8. *Prof. Dr. Küppers*: „Altkatholisches Kirchenverständnis vor dem Forum des Neuen Testaments.“

9. 14. 1. 1959 *Universitätsdirektor Dr. Motel*: „Der Kirchenbegriff der Brüdergemeine im Licht des Neuen Testaments.“

10. 17. 4. 1959 *Oberst E. Wickeberg*: „Das Gemeindeverständnis im Licht des Neuen Testaments in der Heilsarmee.“

## b) Thesen

Die in der „Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland“ vertretenen Kirchen und Freikirchen haben in den Jahren 1957–1961 sich bemüht, ihr Verhältnis zueinander klarer zu sehen und besser zu verstehen, indem sie sich die Frage stellten: „Wie sieht jede unserer Mitgliedskirchen sich selbst im Licht der Heiligen Schrift?“ Das Ergebnis der Referate wurde in Thesen zusammengefaßt, die in einem offenen, brüderlichen Gespräch immer wieder überprüft wurden, damit die gemeinsamen Überzeugungen möglichst klar zur Darstellung kommen und zugleich die Grenzen sichtbar werden, über die hinaus die Unterschiede nicht mehr zu verleugnen sind.

Obwohl das Neue Testament die entscheidenden Normen zu geben hatte, behielten die Differenzen zwischen katholischer und protestantischer Lehrtradition, besonders bezüglich „Überlieferungen“, „Einheit der Kirche“, „Amt“, „Sakrament“ ihr Gewicht, ebenso die Unterschiede in der kirchlichen Struktur, indem Volkskirchen und Freikirchen das Gliedwerden in der Kirche sowie das Verhältnis zwischen Gemeinde und Kirche, Kirche und Staat verschieden sehen.

Und doch war es möglich, in folgenden 15 Punkten eine gemeinsame Auffassung zu ermitteln:

Wir sind einig in folgenden Punkten:

1. Das Neue Testament bietet kein verbindliches Modell für die Organisationsform der Kirche Jesu Christi. Wir sind aber gehalten, den gegenwärtigen Zustand der eigenen Kirche an der Wahrheit der neutestamentlichen Gemeinde ständig zu prüfen und, wo es not tut, zu korrigieren.

2. Im Neuen Testament wird die Vielzahl der Gemeinden als die Eine Gemeinde Jesu Christi gesehen. Es besteht jedoch keine äußerlich-rechtliche Organisation der Ortsgemeinde in einer umfassenden Kirche. Man darf diesen Tatbestand nicht auf biblische Grundsätze und Normen zurückführen, sondern muß ihn von der urchristlichen Gemeindebildung her als ein Anfangsstadium verstehen.

3. Das Neue Testament verpflichtet uns, im Blick auf den Einen Herrn, den Einen Geist und den Einen Leib und wegen des Zeugnisses zur Welt hin die Einheit der Kir-



de Jesu Christi in wahrnehmbarer Gestalt ernstlich zu suchen, ohne daß diese dabei jedoch die Form einer einheitlich verwalteten Universalkirche annehmen müßte.

4. Wie der erhöhte Christus, so ist auch sein Leib als Schöpfung im Heiligen Geist eine ewige Wirklichkeit, von der die Gemeinde als Volk Gottes ihren Ausgang nimmt und in der sie aufgehen wird, wenn aus der kämpfenden eine triumphierende geworden ist.

5. Die Gemeinde des Christus ist eine durch Gottes Wort und Geist gewirkte Gemeinschaft von Menschen, die an den gekreuzigten und auferstandenen Christus als ihren Herrn glauben und ihm nachfolgen.

6. Keine Kirche oder Gemeinschaft, wie sie auf Erden in Erscheinung tritt, kann von sich behaupten, eine „reine Gemeinde“ zu sein. Das endgültige Urteil darüber, wer wirklich lebendiges Glied am Leib Christi ist und wer nicht, steht niemandem auf Erden zu. Die neutestamentliche Ordnung, zu taufen, wo die Taufe begehrt wird, zeigt jedoch an, daß die Zugehörigkeit zur Gemeinde Bedingung und Grenze kennt.

7. Das Neue Testament weist uns an, mit uns selbst ins Gericht zu gehen und so am Tisch des Herrn Brot und Wein als Leib und Blut des Christus zu empfangen. Die darin uns vom Herrn geschenkte Vergebung und Heiligung läßt uns die Gemeinschaft mit ihm und untereinander finden und aufrechterhalten.

8. Wo in der Gemeinschaft der Getauften die Einladung zum Tisch des Herrn mißachtet wird, wird die vom Herrn gewollte Gestalt der Gemeinde als „Gemeinschaft der Heiligen“ entstellt.

9. Gemeinde des Christus ist nur da, wo über dem rein verkündigten Wort, dem recht verwalteten Sakrament und dem ordnungsgemäß geführten Amt Leben aus dem Geist Christi in der Gemeinde Raum gewinnt. Deshalb sind die Lebendigkeit der Gläubenden und die persönliche Verantwortung der Glieder vor Gott durch nichts ersetzbar.

10. Kirchen, Freikirchen und Gemeinschaften droht offenbar, je älter sie werden, die gleiche Gefahr einer einseitigen Entwicklung: vom Wagnis im Persönlichen zur Sicherung im Sachlichen, von der Unruhe in der Bewegung zur Verfestigung im Institutionellen, von der Erwartung im Charismatischen zur Regelung im Amtlichen. Deshalb bleibt für alle Kirchen, Freikirchen und Gemeinschaften die Frage offen, ob in ihrer Mitte Änderung oder gar Abbau des geschichtlich Gewordenen nötig und möglich ist, um Kräften der Erneuerung den Weg zu neuer Gestaltung frei zu machen.

11. Christus beruft Menschen zum Dienst am Evangelium und an der Gemeinde, rüstet sie mit natürlichen und geistlichen Gaben aus und gibt ihnen Vollmacht zu ihrem Dienst. Soweit dieser Dienst kirchlich geordnet ist, soll er das „allgemeine Priestertum der Gläubigen“ nicht hindern oder gar ersetzen, sondern ihm zur Entfaltung helfen.

12. Die Gemeinde muß jedem Glied die Möglichkeit geben, die ihm vom Herrn geschenkten Gaben zur Auferbauung des Leibes Christi anzuwenden. Die Mannigfaltigkeit der Gaben entspricht dem mannigfachen Dienst für die Gemeinde. Je größer die Gabe oder je höher die Vollmacht, desto stärker ist die Verpflichtung zur demütigen Unterordnung und zum hingebenden Dienst.

13. Die Gemeinde Jesu Christi ist nicht von der Welt, aber in der Welt und für die Welt. Darum gehört beides zu ihrer Existenz: Der Kampf gegen die Verweltlichung, also Gemeindezucht, und Zeugnis an die Welt, also Mission. Wieweit ihr beides miteinander möglich wird und wie eins dem anderen dient, ist abhängig von ihrer geistlichen Kraft.

14. Jedes kirchliche Gebilde muß, wenn es in der Öffentlichkeit bestehen soll, sich der rechtlichen Formen und Mittel bedienen, wie sie von Staat und Gesellschaft gewährt werden. Damit erwächst jedoch der Gemeinde Jesu die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der Geist der Liebe und der Geduld genügend Raum hat. Vor allem muß sie sich hüten, zur Erfüllung ihres Auftrages sich weltlicher Macht zu bedienen. Sie hat ihrem Herrn zu folgen und das Kreuz ihm nachzutragen.

15. Die Gemeinde Jesu Christi erwartet den wiederkommenden Herrn und das Offenbarwerden seiner Herrlichkeit. Sie lebt dieser Hoffnung nicht nur für sich und für das Volk des Alten Bundes, sondern auch für die Welt. Nur so kann und darf sie den Christus als den bezeugen, der ein Heiland aller Menschen ist.

4. Man wird anerkennen müssen, daß sowohl beim Problem „Taufe“ als auch beim Thema „Kirche“ der Consensus ein erstaunlich weiter ist. Und man kommt nicht an der Frage vorbei, warum die konfessionelle Spaltung eine so tiefe und beharrliche ist. Nicht nur Landeskirchen, auch Freikirchen gehen oft in einer unverständlichen Weise nebeneinander, als wäre der kirchliche Nachbar nicht da. Sogar der Kanzelaustausch bei ökumenischer Begegnung wollte noch in jüngster Zeit schwierig werden.

Beschäftigt man sich ein Leben lang mit diesem „zwischenkirchlichen Dilemma“, dann versucht man hinter die tieferen Gründe zu kommen, die stärker zu sein scheinen als die gewaltigen Anstrengungen auf ökumenischer Ebene. Dürfen wir kurz andeuten, auf welche „Analyse“ wir im „ökumenischen Laboratorium“ gekommen sind?

Unseres Erachtens heben sich drei *Denkstrukturen* so deutlich ab, daß man wagen darf, sie zu kennzeichnen:

a) *Die katholische Denkstruktur*: Das Denkmodell für den katholischen Menschen ist das *Verwandlungswunder* auf dem Altar. Es ist nicht schwer einzusehen, daß ein katholischer Christ, der dieses Wunder bejaht, auch manches andere zu glauben vermag. Wir denken an das Dogma von der „*conceptio immaculata*“ oder von der „*resurrectio carnis*“ oder von der „*communio sanctorum*“.

b) *Die protestantische Denkstruktur*: Für den evangelischen Christen ist die Erfahrung unter der Predigt der Ausgangspunkt. Wir meinen das *Verstehenswunder* über dem verkündigten Wort. Und zwar Wunder nicht im Sinn einer irgendwie gearteten Mystifizierung, sondern Wunder beim Wort als einem rationalen Phänomen. Denn der Hörende will verstehen, was er hört. Wunder besagt, daß Gott, indem er sich in seinem Wort offenbart, auch zugleich im verkündigten Wort sich verbirgt, da es Menschenwort ist. Nie und in keiner Weise bekommt also der Glaubende in den Griff, was sich da vollzieht.

c) *Die spirituale Denkstruktur*: Die Grunderfahrung ist das *Bekehrungswunder*. Wir könnten wie die Täufer sagen: „Ankunft des Glaubens“, oder wie die Akademiker um die Jahrhundertwende: „Rechtfertigungserlebnis“, oder wie die Pietisten: „Wiedergeburt“. In jedem Fall ist dasselbe gemeint. Diese Denkweise bezieht alles auf den Heiligen Geist. Alle Anfänge liegen im Innerlichen. Alles muß zu Gestalt und Wesen kommen. Das Denken ist also ein organisches, nicht wie beim Protestanten ein dialektisches oder beim Katholiken ein magisches.

5. Diese kurzen Hinweise lassen hoffentlich erkennen, was wir meinen, indem wir sagen: Das theologische Gespräch mag weithin Übereinstimmung erzielen und mag auch nahe an das wirklich Gemeinte heranführen, aber es bleibt vordergründig. Die aus einer langen Geschichte entstandene Substanz des geistigen Menschen setzt sich in der Denkstruktur durch und ist stärker als jede Art der Reflexion. Selbst Theologen sind sich nicht immer über die letzten

und tiefsten Anstöße zu ihrem Denken klar. Auf diese Weise erklärt sich, was nun trotz starker exegetischer Bemühungen in allen Fakultäten und Kirchen und trotz jahrelanger kontroverstheologischer Verhandlungen ein „Restbestand“ von Differenzpunkten bleibt, wobei man jetzt hinzufügen muß: Wenn es nur „Restbestände“ wären! In Wirklichkeit sind es tiefe Bewußtseinsschichten und gewachsene Denkstrukturen, die „hinter unsern Augen“ liegen und auch durch keine Brille „vor den Augen“ sich korrigieren oder aufheben lassen. Das alles macht bescheiden und geduldig.

Das letztere sagen *wir*, die Angehörigen einer langsam abtretenden Generation. Die Jugend denkt anders. Sie befaßt sich mit den Gedanken einer „Theologie der Revolution“, wobei wir aus naheliegendem Grunde nicht die Bemerkung unterdrücken möchten, daß es von Ernst Bloch<sup>18</sup> ein Buch über den taufgesinnten Thomas Müntzer gibt: „Th. M. als Theologe der Revolution“. Und dieses Werk ist 1922 erschienen!

## V. DIE FRAGE NACH DEM UMFANG DER DEUTSCHEN ÖKUMENE

1. Als 1948 Vertreter von Landes- und Freikirchen die Arbeitsgemeinschaft auf ökumenischer Basis gründeten, war das Ziel anscheinend sehr hoch und erstaunlich weit gesteckt. Denn man nannte sich „Arbeitsgemeinschaft *christlicher* Kirchen“<sup>19</sup>. Die Tür schien offen zu sein für Evangelisch-Lutherische, Evangelisch-Reformierte und Evangelisch-Taufgesinnte, offen für Alt-Lutheraner, Altreformierte und Altkatholiken, offen für Römisch-Katholische<sup>20</sup>, Griechisch-Orthodoxe und Pfingstgemeinden, offen für Heilsarmee, Quäker und Gemeinde Gottes<sup>21</sup>.

Diese Aufzählung ist keine willkürliche oder zufällige, sondern sie erwähnt nur Gruppen und Kirchen, die entweder tatsächlich seit der Gründung der A. G. K. dabei sind oder die in irgendeinem Zeitpunkt auf dem Programm standen, weil zu verhandeln war, ob man zu ihnen Beziehung aufnehmen oder ihrem Antrag um Aufnahme nachkommen solle. Nicht genannt haben wir die Kreise, die von vornherein ein Zusammengehen in der Ökumene strikt ablehnten, zum Beispiel die lutherischen Freikirchen<sup>22</sup>.

18. Karl Holl, a.a.O. Bd. I, S. 425, Anm. 1.

19. Nähere Angaben über die Entstehung der A. G. K. macht ihr langjähriger Sekretär Otto von Harling im Kirchl. Jahrbuch 1955: „Die Arbeitsgemeinschaft christl. Kirchen in Deutschland. Zum Gedächtnis des am 29. 2. 1956 heimgerufenen Leiters der Ökumenischen Centrale in Frankfurt a. M., Pfarrer D. Lic. Wilhelm Menn.“ Otto von Harling schied auf eigenen Wunsch 1963 aus.

20. Über die Frage „A. G. K. und katholische Kirche“ referierte Prof. Werner Küppers (alkath.) in der Sitzung am 7. 1. 1966, „Fazit des II. Vatik. Konzils“. Die Frage, ob katholische Beobachter in die A. G. K. eingeladen werden sollten, wurde am 24. 11. 1967 verhandelt.

21. Über den Umfang der Ökumene unterrichtet schnell der Ökumenische Katechismus, den im Auftrag der A. G. K. Oberkirchenrat Hanfried Krüger von Zeit zu Zeit überarbeitet neu herausgibt. Leider hat die A. G. K. selbst am Schluß nur einen kleinen Raum.

22. In den letzten Jahren scheint sich eine Wandlung zu vollziehen, siehe Protokoll der A. G. K. vom 24. 4. 1964.

Es stimmt nachdenklich, daß in den verflossenen 20 Jahren die A. G. K. in ihrer Zusammensetzung dieselbe geblieben ist. Wo liegen die Gründe für diese Stagnation, die für eine Ökumene, sofern sie Bewegung sein möchte, doch etwas Befremdliches hat? Liegt es vielleicht an der Art, wie sie zusammengesetzt ist? Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir mit einigen Strichen das Bild zeichnen, das die Mitgliedskirchen geben.

2. Die „Evangelische Kirche in Deutschland“ hat selbstverständlich darauf gehalten, daß die zu ihr gehörenden lutherischen, reformierten und unierten Landeskirchen in entsprechender Weise vertreten sind. Statistisch kann man von 43 Millionen Gliedern (zwei Drittel in West und ein Drittel in Ost) sprechen.

Das Bild der Freikirchen, entsprechend auf West und Ost verteilt, ist folgendes, wenn man das Gründungsjahr in Deutschland für die Reihenfolge heranzieht und die Statistik aus dem Jahre 1956 zugrunde legt<sup>23</sup>.

	Gründungsjahr	Zahl
Mennoniten	1525	14 400
Brüdergemeinde	1722	11 300
Bund Ev. Freik. Gemeinden	1834	99 000
Altreformierte Kirche	1838	5 250
Bischöfl. Method. Kirche	1849	55 000
Ev. Gemeinschaft	1850	26 500
Bd. Freier Ev. Gemeinden	1854	21 000
Altkathol. Kirche	1873	40 000
Heilsarmee (Dtsch. Zweig)	1886	?

Den 43 Millionen Gliedern der Landeskirchen stehen also etwa 280 000 Glieder in den Freikirchen gegenüber. Was diese Zahlen kirchenpolitisch besagen, steht jetzt noch nicht zur Diskussion. Für uns ist ein anderer Gesichtspunkt im Augenblick wichtiger.

3. Nur die ersten beiden Gruppen stammen nicht aus dem 19. Jahrhundert. Sie sind die einzigen Vertreter jener spiritualen Frömmigkeit, die sich in einem selbständigen kirchlichen Gebilde bis in die Gegenwart erhalten hat. Dabei muß freilich angemerkt werden, daß die Mennoniten stark gewandert sind und mit ihren Restgemeinden einen äußerst lockeren Verband bilden. Die Brüdergemeinde hat sich enger an die EKdD angeschlossen. Mit anderen Worten: Die aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts stammenden, heute im Freikirchenrat verbundenen Freikirchen sind nicht nur zahlenmäßig die stärksten, sondern auch die geschichtlich jungen Kirchen innerhalb einer Strömung, die wir als „methodistisch“ bezeichnen müßten, wenn nicht diese Kennzeichnung zumeist falsch verstanden würde. Gemeint ist, daß sie nicht das Erbe des alten Pietismus einfach angetreten haben, sondern aus einer Erweckung hervorgingen, die von Amerika und England her auf den Kontinent übergrieff. Daher ist verständlich, daß die „independent“ organisierten Gruppen sich

23. Die Zahlen sind einem Heft zum Kirchentag in Frankfurt a. M. entnommen: Hans Luckey: Free Churches Germany, Bad Nauheim 1956. Dort findet sich eine genauere Übersicht und geschichtliche Reminiszenz.



stärker entfaltet. Denn die „freie“, das heißt selbständige Ortsgemeinde ist die für die erweckliche Frömmigkeit typische Kirchenform. Und sie bleibt auch nur da erhalten, wo das Charismatische bestimmend ist und nicht das Amt. Allen Freikirchen gemeinsam ist die Forderung nach einer klaren Trennung von Staat und Kirche, die wiederum zur Voraussetzung hat, daß alles auf Freiwilligkeit basiert. Sie verstehen sich also nicht als im Schisma einer großen Kirche entstanden, auch nicht als Antikirche, vielmehr sehen sie sich als Gemeinschaft auf neuem Grunde, als „Gemeinde der Gläubigen“. Daher haben sie von Anfang an die enge Verbindung in der Ev. Allianz, denn sie wollen offen sein für alle, die mit Ernst Christen sein möchten.

4. Von hier aus entsteht die Frage, ob die A. G. K. nicht etwas wie eine erweiterte Ev. Allianz ist<sup>24</sup>. Dabei darf die einschränkende Bemerkung nicht fehlen, daß der Bund Freier Ev. Gemeinden bis heute nur Gastrecht in der A. G. K. beansprucht und daß die Heilsarmee erst in jüngster Zeit Vollmitglied geworden ist.

Die A. G. K. wurde demnach bei ihrer Gründung eine Aktionsgemeinschaft der Landeskirchen mit denjenigen Freikirchen, die in einer etwa hundertjährigen Geschichte den Grad der Festigkeit gewonnen hatten, der ein verantwortliches Miteinander und Zueinander möglich machte. Sie waren nicht mehr die „Sekte im Untergrund“. Man darf dies nicht als selbstverständlich ansehen. Wohl keiner Gruppe gegenüber wird es den Landeskirchen so schwer gefallen sein, auf die Markierung „Sekte“ zu verzichten, wie gegenüber den Baptisten, und zwar um ihrer „Wiedertaufe“ willen. Vielleicht hat der Kirchenkampf der 30er Jahre vielen Kirchenmännern zu der Einsicht verholfen, wie schwer es ist, nicht Sekte zu werden, wenn man in harter Opposition um die erkannte Wahrheit ringen muß, die an sich nichts Sektenhaftes an sich hat. Was wäre aus der Bekennenden Kirche wohl geworden, wenn die Reichskirche sich durchgesetzt hätte?

5. Wir gehen also nicht fehl, wenn wir sagen, die A. G. K. habe sich bislang dagegen gewehrt, Gruppen aufzunehmen, die noch den Charakter einer „Sekte“ haben. Die nicht leicht zu beantwortende, weitere Frage wäre die, wo eine Gemeinschaft aufhört, Sekte zu sein und damit ökumenefähige Kirche zu werden. Nähme man als Maßstab das „allein selig machende“, das heißt das Moment der Exklusivität, dann wäre die katholische Kirche die größte Sekte und darum alles andere, nur nicht ökumenefähig<sup>25</sup>.

Noch eine andere Markierung ist ins Gespräch gekommen, nämlich: „im eigenen Lande oder Volkstum wurzelnd“, das heißt das Moment des Autochthonen. Man denkt dabei an die griechisch-orthodoxen Filialkirchen in der Bundesrepublik. Der Zustrom von Gastarbeitern hat ihnen eine neue Bedeutung gegeben, zumal beim K. A. die pastorale Versorgung und bei den Freikirchen die Mission unter den Gastarbeitern ein schwieriges Kapitel im ökumenischen Raum geworden ist. Die in der Reformation entstandenen Landeskirchen erheben natürlich den Anspruch, urdeutsch zu sein, obwohl Calvin doch

24. Zum Thema vgl. Heinz Renkewitz: Allianz und Ökumene, Frankfurt a. M. 1956.

25. Man kann die Frage nach der Ökumenizität der katholischen Kirche studieren an Dr. R. Liebig: Brüder begegnen einander, Regensburg 1964.

ganz französischer Art war. Darum der Zusammenhalt der „Französisch-Reformierten“ auf deutschem Boden neben den „Niederländisch-Reformierten“.

Die Frage, die ernstlich hier gestellt werden muß, ist die, ob die vier oben genannten Freikirchen schon als autochthon wirklich anerkannt sind. Als 1954 in Evanston auf der Weltkirchenkonferenz die Delegierten nach Nationen gruppiert waren, fehlte der deutsche Methodisten-Bischof bei der deutschen Abordnung. Er saß bei seinen amerikanischen Brüdern! Dies als Beispiel für vieles andere. Der Baptist aus Washington wird anders angenommen wie der Baptist aus Hamburg. Die „Fernstenliebe“ ist eben auch in der ökumenischen Begegnung leichter zu praktizieren als die „Nächstenliebe“.

Man verstehe uns nicht falsch. Verletzungen gelegentlicher Art kommen überall vor. Etwas anderes zu behaupten wäre pharisäisch. Wir wollten nur hervorheben, daß die Markierung „autochthon“ nicht erst in Anwendung ist, wenn es sich um orientalische Exilkirchen handelt, sondern immer da, wo das „cuius regio, eius religio“ irgendwie bestimmend wirkt.

Noch schwieriger wirkt die Unterscheidung, wenn es sich um Splitterkirchen handelt. Zumeist erhebt die Mutterkirche Protest, wenn es zur Anerkennung ihrer mißratenen Tochterkirche kommen soll. Dann ist zumeist die Größe, die Bedeutsamkeit der Splitterkirche ein Merkmal der Ökumenefähigkeit, nicht nur das Alter ihrer Häresie.

6. Wer ökumenisch zu denken sucht, dem ist bei dem Ganzen nicht wohl. Entspricht es den Grundsätzen ökumenischer Gesinnung, wenn man die Kirche sich aussucht, ja, wenn man auf höherer Ebene aufnimmt, auf unterer Ebene aber ablehnt? Wie sind zum Beispiel die Dinge gelaufen, als in Neu-Delhi eine Pfingstkirche aufgenommen wurde? Sind damit *überall* die Pfingstkirchen ökumenefähig geworden?

Wir haben nicht den Eindruck, daß die Urteilsbildung in der Weltökumene ohne weiteres zur selben Handlungsweise in der deutschen Ökumene führt. Eher möchten wir annehmen, daß im Ursprungsland der Reformation gewisse Theologumena der Reformatoren, also vor allem Luthers, eine Rolle spielen.

Kurt Hutten hat in seinem Buch „Die Glaubenswelt des Sektierers“<sup>26</sup> das ganze Problem als das der theologischen Mitte erklärt. Und Mitte sei die Rechtfertigungslehre natürlich nach lutherischem Verständnis: sola gratia, sola fide, sola scriptura. Je weiter eine Kirche von Luther abrücke, um so eher werde sie zur Randsiedlerin. Statt „gratia Dei“ sei „gloria sectae“ dann die Mitte.

7. Damit wird nicht allein die Frage aufgeworfen, ob die landeskirchliche Theologie tatsächlich noch ganz bei Luthers Konzeption steht, nicht nur, ob Luther sich voll auf Paulus berufen kann – in Wirklichkeit muß man sogar fragen, ob die lutherische Rechtfertigungslehre überhaupt ausreicht, um sie als *die* Mitte zu erklären.

Wir berufen uns jetzt nicht auf die Kritik, die Adolf Schlatter an Luther von Paulus her geübt hat, sondern sind der Auffassung, daß es für die Ökumene in Deutschland grundsätzlich falsch wäre, würde sie nur das reformatorische Erbe in der Mitte sehen und nicht auch das spirituale. Mit anderen Worten: Die

---

26. Erschienen Hamburg 1957. Dazu eine Kritik: Gottfried Reichel: *Gemeinde Christi eine Sekte?*, München 1965.

deutschen Freikirchen würden sich nie mit der Rolle von „Randsiedlern“ zufrieden geben. Sie machen geltend, daß die Mitte, wenn sie nur lutherisch ist, zu eng gezogen wird. Das Leben aus Gott will nicht bloß geglaubt, es will auch erfahren werden. Zur „iustificatio ex fide“ gehört auch die „experientia spiritualis“.

Dabei lassen wir die Tatsache nicht aus den Augen, daß gegenwärtig von der dialektisch und existential denkenden Theologie her alles, was nur an Mystik, Spiritualismus oder Pietisten erinnert, scharf abgelehnt wird. Auf diese Weise wirkt aber die Theologie in ihrer Radikalität zugleich exklusiv.

8. Demgegenüber melden wir Zweifel an, ob sich eine Kirche überhaupt auf Theologie gründen kann und sie als konfessionellen Maßstab verwenden darf. Theologie wechselt ständig ihr Gesicht und teilt sich immer in Schulen. Die ökumenische Dimension fordert also andere Kategorien und Relationen. Und man kann auch nicht nur mit Kirchenbuchzahlen operieren oder die überlegene Finanzkraft einer steuerlich privilegierten Landeskirche ins Feld führen. Entscheidend wird sein, ob die Mitte in der ökumenischen Gemeinschaft so entwickelt ist, daß sie viele einbezieht und nicht zu viele ausschließt. Man hat einmal von der „Umfassungskraft der ersten Liebe“ gesprochen<sup>27</sup>. Etwas Derartiges ist gemeint. Dann aber ist nicht die Art, theologisch zu denken, sondern fromm zu sein das Charakteristische an der ökumenischen Katholizität.

Wenn man für das, was ökumenische Exklusivität und Katholizität zu bedeuten hat, einen Sitz im Leben der Ökumene sucht, dann ist es die *Ökumenische Gebetswoche*.

Sie ist wohl in jedem der vergangenen 20 Jahre in der A. G. K. aufs Programm gekommen. Und sie hat bis auf den heutigen Tag nichts von ihrer Problematik eingebüßt<sup>28</sup>. Über das, was Gebet für jede echte Frömmigkeit bedeutet, braucht hier kein Wort gesagt zu werden. Es handelt sich um das Innerlichste, um die Sprache des Herzens zu Gott. Von daher ist von vornherein der Gedanke abwegig, es steigere die Erhörlichkeit des Gebetes, wenn die Zahl der gleichzeitig Betenden möglichst groß sei. Jesu Wort in Mt 18, 20 von den zwei oder drei Betern hat noch immer seine Gültigkeit. Und doch liegt in uns allen das Bedürfnis nach gemeinsamem Beten, so, wie es im „Vater unser“ vorausgesetzt wird. Das Einssein im Gebet führt nicht nur zur Einheit hin, sondern setzt in Wahrheit das Einssein schon voraus. Wie aber ist es damit innerhalb der Ökumene bestellt?

9. Für die im Jahre 1846 ins Leben gerufene Allianz-Gebets-Woche war dies alles kein Problem. Denn es fanden sich die Kinder Gottes, die in den Kirchen zerstreut lebten, zusammen, weil sie von derselben geistlichen Erfahrung herkamen und um die Erweckung der toten Christenheit beten wollten. Sie brachten eine bestimmte Überzeugung schon mit und auch den Geist, der zur Sprache mit Gott drängte. Die Unterschiede zwischen den Kirchen traten völlig zurück. Man zweifelte von Anfang an, daß eine Vereinigung verfaßter Kirchen

---

27. Hans Luckey: Gottfried Wilhelm Lehmann und die Entstehung einer Deutschen Freikirche, Kassel 1939, S. 173.

28. Gute Einführung und praktische Hilfe gibt das zweite ökumenische Arbeitsheft „Christen beten für die Einheit“, Stuttgart 1961.



möglich, ja von Gott gewollt sei. Man hielt mehr von der „kleinen Herde“ als von einer Großkirche. Und Mannigfaltigkeit schien die Absicht Gottes zu sein. Offiziere wie Generalleutnant von Viebahn bedienten sich auf Allianzkonferenzen eines militärischen Vergleichs: Das Heer des himmlischen Königs habe verschiedene Waffengattungen mit verschiedenem Auftrag, sie bildeten aber die eine große Armee. Sie marschierten getrennt, aber sie schlugen vereint. Wir erwähnen diesen Punkt, weil die Ökumenische Gebetswoche das Gebet um die Einheit der Kirchen auf dem Programm hat. Diese Einheit durch Einschmelzung verschiedener Kirchen will die erweckliche Frömmigkeit eben nicht, sosehr die Einheit der Kinder Gottes gesucht wird.

Und wir sagen nichts Neues, wenn wir daran erinnern, daß dieselben Gemeinschaftskreise, die bewußt die ekklesiologischen Fragen ausklammern und in der Kirche bleiben, zugleich die schärfsten Kritiker am System der Volkskirche sind. Das heißt: Wo es um den Geist geht, ist man offen. Wo es aber um die Form sich handelt, ist man exklusiv.

Nur wenn man diese Sachlage berücksichtigt, versteht man den Widerwillen, den gläubige Kreise innerhalb der Evangelischen Allianz gegen das Zusammengehen in der Ökumenischen Gebetswoche zeigen.

Nun ist die katholische Kirche auch noch im Spiel. Im Jahre 1920 wurde auf einer Vorbereitungswoche von Faith and Order die ökumenische Gebetswoche beantragt. Im Jahre 1941 brachte man sie in Übereinstimmung mit der römisch-katholischen Gebetsoktav, die 1916 die päpstliche Approbation erhalten hatte und deren Termin der 18.–25. Januar war, das heißt die Periode von Petri Stuhlfeier bis zum Fest der Bekehrung des Apostels Paulus. Jetzt lagen also drei Gebetszeiten am Beginn eines Jahres dicht beieinander.

10. Doch wichtiger als diese Terminfragen war die Not, ob man sich so weit innerlich genähert habe, daß ein Gebet des Herzens gemeinsam möglich sei. Die Hilfe des liturgischen Formulars bot sich an. Tatsächlich sind große Anstrengungen gemacht worden, den Text so umzugestalten, daß er für die Kirchen in der deutschen Ökumene eher annehmbar war. Und ohne Zweifel sind die von der Oe. Ce. ausgehenden Bemühungen um die Förderung der Ökumenischen Gebetswoche nicht ohne Erfolg geblieben. Aber es ist noch viel zu tun.

Die Not um das ökumenische Gebet soll vielleicht auch der Stachel im Fleisch der Ökumene bleiben, damit sie unablässig überprüft, inwieweit das Zueinander und Miteinander von Kirchen sich durchsetzt beim Kirchenvolk, vor allem, inwieweit ökumenische Theologie sich im lebendigen Zusammenhang befindet mit der Frömmigkeit der ökumenischen Gemeinschaft. Die Ökumene muß daher in großer Geduld darauf dringen, daß ihre Mitgliedskirchen in Buße vor Gott sich prüfen und zur andern Kirche hin sich öffnen.

Von hier aus gesehen, hat auch die Nachbarschaft zur Allianz-Gebets-Woche nicht nur Nachteile. Es wäre kein gutes Zeichen, wenn beide Gebetswochen auf denselben Ton gestimmt wären. Im Gegenteil, dies wäre unecht! Die Einheit der Gotteskinder ist etwas anderes wie das Zueinander von Kirchen. Dort hat das Dankgebet derer, die sich als erlöst bekennen, den größten Raum. Hier müßte das Bußgebet der *ecclesiae semper reformandae* den Hauptton geben. Dann hätten beide Gebetswochen durch ihren unterschiedlichen Charakter auch



ihr eigenes Recht. Dann käme vielleicht im Gebet, das heißt über einem echten Akt der Frömmigkeit, zum Vorschein, daß ökumenische Gemeinschaft nicht relativierend und nivellierend wirkt, sondern korrigierend und intensivierend. Katholizität und Exklusivität würden sich im Geist der Buße ins rechte Verhältnis zueinander setzen. Wir sagen dies, weil aus freikirchlicher Sicht das Moment des Antipharisäischen gerade das „andere“ ist, in dem die freikirchlichen Kreise sich zu üben haben. Das Danken ist ihnen oft zu geläufig und das Bußgebet zu schwer.

11. Wie schwer dieser Prozeß der rechten Selbsterkenntnis vor sich geht, wenn er von Kirchen gefordert wird, das haben Verhandlungen im Laufe des Jahres 1967 gezeigt. Die Nachricht, daß in Neu-Delhi eine Pfingstkirche in den Weltrat aufgenommen worden sei, gab sowohl in der Ökumene wie in der Evangelischen Allianz der Absicht neuen Anreiz, dem Mülheimer Verband der Pfingstgemeinden sich zu nähern und gegebenenfalls die Hand der Gemeinschaft zu reichen.

Am 29. Juni 1967 fand das entscheidende Gespräch im Dominikanerkloster zu Frankfurt statt<sup>29</sup>. Der Mülheimer Verband war mit einer starken Delegation erschienen, ein Zeichen dafür, daß man die Sache sehr ernst nahm. Die Darstellung der führenden Männer lief darauf hinaus, daß man in keiner Weise mit der extremen Pfingstbewegung identifiziert werden wollte, sondern sich als gesunde Erweckungsbewegung verstand, die das Anliegen der charismatischen Gemeinde und der geistlichen Gaben vertrat. Man hob hervor, daß man nicht institutionelle Kirche sein wolle, sondern auf Doppelmitgliedschaft Wert lege. Dabei mußte die Frage entstehen, ob der Mülheimer Verband, wenn er „Bewegung innerhalb der Landeskirchen“ sein will, den Charakter einer Kirche hat, wie ihn die Ökumene postuliert.

Um diesen Punkt bewegte sich dann auch die Aussprache. Warum versammelt und sammelt man sich in gesonderten Gemeinden? Da war doch ein exklusives Moment, das im ökumenischen Gespräch zwar nicht deutlich wurde, das aber die Kenner der Pfingstbewegung doch sehr wohl wußten. Ferner stand im Raum die „Berliner Erklärung“, das heißt jene folgenschwere Verurteilung der pfingstlichen Schwarmgeisterei durch die Evangelische Allianz. Warum hatte die Leitung des Gnadauer Verbandes so eindringlich gewarnt, auch im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht an eine Wesensänderung der pfingstlichen Frömmigkeit zu glauben? Am Ende der Diskussion wurde erkennbar, daß die Mülheimer Brüder konfessionell und theologisch alles daran setzten, um ökumenisch annehmbar zu erscheinen, daß aber ihre Frömmigkeit im Emotionalen eben doch die geschlossene Gemeinde fordert: Man gelangt nur dann auf die Höhe der Geistestaupe und Glossolie, wenn man „unter sich“ ist und alle Versammelten im pfingstlichen Anliegen der Geisterfüllung eins werden. Wer nicht mitmacht, stört und hemmt.

Hier zeigt sich, daß da, wo man alles auf den Geist treibt, vom Geist her

---

29. Eingehende Darlegung der Kontroverse um die „Berliner Erklärung“ findet sich in Hermann Haarbeck: Laß dir an meiner Gnade genügen, Denkendorf 1965, und Christian Krust: Seine Kraft in den Schwachen, Sonderdruck der „Heilszeugnisse“, 51. Jg., Nr. 8, Nürnberg 1966.

nicht Weite, Offenheit entsteht, sondern Enge, Exklusivität. Wir haben es also mit einem „Kirchentum“ zu tun, das institutionell weit und beweglich sein will, das aber im Wesen und im Geist ganz eng ist.

12. Wie dies alles vom ökumenischen Standpunkt aus zu beurteilen ist, das ist die andere Seite der Sache. Ist der Mülheimer Verband etwa im Vergleich zum Bund der Baptisten oder zum Bund der Freien Gemeinden keine „verfaßte Kirche“? Ist das exklusive Moment an der „Geistestaufe“ anders zu beurteilen wie das exklusive Moment an der Ablehnung der Kindertaufe? Wo fängt das „Kirche sein“ an, und wo hört es auf? Diese Art zu fragen könnten wir fortsetzen. Doch wir begnügen uns mit dem Hinweis, daß es um die Ökumene ein eigenes Ding ist, wenn sie zu einem exklusiven Klub von bestimmten Kirchen sich entwickelt. Welches ist das Band, das zur Ökumene verbindet? Eine gemeinsame Theologie? Eine gemeinsame Art, fromm zu sein? Eine gemeinsame Gegenwart? Gemeinsame Not in der Welt? Die so schnell und selbstverständlich gegebene Auskunft: „Gemeinsamer Gehorsam aller gegenüber dem Wort des Herrn Joh 17“, reicht offenbar nicht aus. Denn das Gebet Jesu enthält keinerlei Aussagen, wie Einheit und Mannigfaltigkeit in Einklang gebracht werden sollen. Es sagt wohl, woher die Einheit kommt, nämlich vom Vater und vom Sohn, nicht aber, auf welchem Wege sie verwirklicht wird.

## VI. GRENZEN FÜR DIE DEUTSCHE ÖKUMENE

1. Das ökumenische Ideal fordert Gleichberechtigung aller Mitgliedskirchen, ja akzentuiert sogar das Lebensrecht der kleinsten Kirche, denn auch sie bekommt die eine Stimme im Chorus der Weltökumene. Wie steht es um dieses Ideal in Deutschland?

Wir müssen ausgehen von der Frage, wie weit der ökumenische Gedanke bei den deutschen Freikirchen Fuß gefaßt hat<sup>30</sup>.

Nun sind Freikirchen unter sich alles andere, nur keine Einheit. Es besteht wohl eine „Vereinigung Evangelischer Freikirchen“, in der Methodisten, Baptisten, Freie Gemeinde und Evangelische Gemeinschaft gemeinsame Belange auf einem Freikirchentag beraten und fördern. Aber das Zueinander im Institutionellen fällt den Freikirchen schwer. Erst im März 1964 kam es auf dem Freikirchentag in Hamburg dazu, daß man einen ökumenischen Ausschuß berief, der die Aufgabe erhielt, „die ökumenische Arbeit der Mitgliedkirchen und die ökumenischen Bemühungen in den Kirchen zu intensivieren“<sup>31</sup>. Damit ist angedeutet, daß die deutschen Freikirchen lange gebraucht haben, bis sie auf ökumenischer Ebene ihren Platz einzunehmen gewillt waren und darangehen

---

30. Zum Thema vgl. Ludwig Rott: Zwischenkirchliche Beziehungen in Deutschland in freikirchlicher Sicht, „Ökumenische Rundschau“, Heft 3, Stuttgart 1964, und Hanfried Krüger: Möglichkeiten und Grenzen ökumenischer Zusammenarbeit in Deutschland, erschienen im Sammelband „Ökumene und Konfession“, Berlin 1964, S. 83–93.

31. In der Sitzung der A. G. K. am 24. 4. 1964 in Berlin berichtete Dr. Rudolf Thaut über den Hamburger Freikirchentag.

konnten, miteinander über Ökumene und ihre Verpflichtungen zu sprechen und zu planen.

2. Dies ist aber nur die eine Seite. Denn es muß gleichzeitig festgehalten werden, daß gerade unter den Freikirchen Zusammenschlüsse stattgefunden haben.

Im Jahr 1941 ist der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden entstanden, in dem Baptistengemeinden, „Christliche Versammlung“, das heißt Darbysten, „Offene Brüder“, das heißt Plymouth Brethren, und Elimgemeinden, das heißt eine pfingstlich eingestellte Gruppe, sich zusammenschlossen<sup>32</sup>. Die damaligen Verhandlungen hatten ursprünglich ein noch weiter greifendes Ziel. Man hoffte, vor allem die Freien Gemeinden gewinnen zu können, und hätte dann ihren Namen wahrscheinlich übernommen. Aber dieser Versuch scheiterte. Entscheidend ist für uns die Tatsache, erstens, daß gerade die ehemals so exklusiven Kreise sich zusammenfanden, und zweitens, daß damals von Ökumene keine Rede war, sondern daß die Losung lautete: Zusammenschluß aller „Gemeindechristen“, also derer, die sich zum urchristlichen Gemeindeideal bekennen. Die spätere Entwicklung hat gezeigt, welche Rolle dabei doch dem politischen Faktor zufallen kann. Als der politische Druck wich, gingen manche Gemeinden wieder in die Exklusivität und traten aus dem Bund aus. Es ist viel Wahres an dem Satz: „Die Schafe drängen sich zusammen, wenn Wölfe die Herde Christi umstreichen.“ Die „Bekennende Kirche“ und ihr schnelles Ende ist dafür auch ein Beispiel.

3. Anders liegen die Dinge beim Zusammenschluß der Methodistenkirche mit der Evangelischen Gemeinschaft zur „Evangelischen Methodistenkirche“<sup>33</sup>.

Im Jahre 1897 vereinigte sich zunächst die „Wesleyanische Methodistenkirche“ mit der „Bischöflichen Methodistenkirche“. Der neue Name war „Bischöfliche Methodisten-Kirche“. 1905 schlossen sich die „Vereinigten Brüder in Christo“ dieser Kirche an. Der Name wurde auch in Deutschland nach der Vereinigungskonferenz im Jahre 1939 in „Methodistenkirche in Deutschland“ geändert. Seit dem Januar 1963 haben dann Evangelische Gemeinschaft und Methodistenkirche im Gefolge ihrer Mutterkirchen den Zusammenschluß mit großer Umsicht und Vorsicht eingeleitet. Dabei ist auffällig, daß sowohl geschichtlich als auch praktisch man auf Wesleys ökumenische Gesinnung sich beruft. Denn man wollte beim organisatorischen Zusammenschluß eben nicht die ökonomischen, sondern die ökumenischen Gesichtspunkte als die entscheidenden herausstellen<sup>34</sup>. Es ist dem Kenner der neueren Kirchengeschichte klar, daß die im methodistischen Anfang und Ansatz gegebene Weite um des evangelistischen Auftrags willen auf die ökumenische Haltung der Methodisten immer von Einfluß gewesen ist.

Vielleicht sollten wir an dieser Stelle noch notieren, einmal, daß, wie bereits angedeutet, die Heilsarmee in Deutschland der A. G. K. am 8. Juli 1966 Voll-

32. Genauerer findet sich in der „Ökumenischen Rundschau“ 1959, Heft 4: Hans Luckey: War der Zusammenschluß dreier taufgesinnter Gruppen im Jahre 1941 ein Modellfall für kirchliche Einigung?

33. Näheres findet sich in Friedrich Wunderlich: Gott gibt sein Volk nicht auf, Frankfurt a. M. 1960, und „Auf dem Weg zur Vereinigung“ (Ev.-Methodistische Kirche), Stuttgart 1967. Diese Schrift enthält eine Reihe Aufsätze von verschiedenen Verfassern.

34. Siehe Karl Ernst Sommer: Warum Vereinigung?, a.a.O. S. 10.

mitglied wurde. Ein Zeichen, daß auch in dieser ganz stark evangelistischen Bewegung der Zug zur ökumenischen Weite stärker geworden ist; zum andern, daß die Bruderunität auf eine Synode in Pottenstein (CSSR) August 1967 ihren jungen Kirchen den Weg freigegeben hat, entweder in der Unität zu bleiben oder sich als selbständige Kirche zu assoziieren<sup>35</sup>.

Man wird also bei den Freikirchen im deutschen Raum sehen müssen sowohl die tiefwurzelnden Bedenken bei den freikirchlichen Gemeindegliedern gegen eine Weltökumene wegen drohender Verkirklichung als auch die in der erwecklichen Frömmigkeit begründete Offenheit und Beweglichkeit beim Zusammenschluß mit Bruderkirchen. Sie überlegen sich ganz genau, welchen Preis sie für eine Union zahlen müssen, ob im Zentralen oder im Peripheren.

4. Fragt man, inwieweit die deutschen Freikirchen sich institutionell für die Ökumene einsetzen, dann ist das Bild etwa folgendes:

Seit langem besteht die Zusammenarbeit der landes- und freikirchlichen Diakonissenhäuser und ebenso der Missionsgesellschaften. Neu ist das Zusammengehen der landes- und freikirchlichen Hilfswerke. Die letzteren haben neuerdings sogar eine „Außenstelle der Diakonischen Arbeitsgemeinschaft evangelischer Freikirchen“ mit dem Sitz in Frankfurt im Hause des Methodistenbischofs. Dies ist eine der Auswirkungen der Aktion „Brot für die Welt“. Diese ist wahrscheinlich überhaupt das stärkste Beispiel dafür, daß ein ökumenisches Anliegen in den einzelnen und recht selbständigen Gemeinden ein ganz starkes Echo und eine wirkliche Opferbereitschaft geweckt hat.

Auch an einer anderen Stelle ist die ökumenische Gemeinsamkeit realisiert worden: Wir meinen die Ökumenische Centrale (Oe. Ce.), in der seit 1956 ein hauptamtlicher Mitarbeiter aus den Freikirchen tätig ist<sup>36</sup>. Da diese Funktion immer nur als Zwischendienst für junge Akademiker gedacht ist, sind bis jetzt ein Methodist und drei Baptisten unter der Leitung des Oberkirchenrates vom Kirchlichen Außenamt berufen worden. Zu den Freikirchen hat sich diese Regelung außerordentlich gut ausgewirkt. Die freikirchlichen Referenten sorgten für stärkere Information und setzten sich auch bewußt für die freikirchlichen Belange ein, abgesehen davon, daß nun eine Anzahl ökumenisch ausgezeichnet vorgeschulter Männer bald den Freikirchen selbst zur Verfügung stehen werden.

Daß der „Ökumenische Studienausschuß“ im Anschluß an Neu-Delhi auch Vertreter derjenigen Kirchen zugelassen hat, die nicht im Weltrat der Kirchen vertreten sind, sei wenigstens erwähnt. Er gehört indes genauso wie die „Ökumenischen Arbeitskreise“ zu den Gremien, die den auf den Weltkirchentagen anfallenden Stoff verarbeiten und sich weniger mit Anliegen der deutschen Ökumene befassen. Es kommt hinzu, daß die „Ökumenischen Arbeitskreise“ etwa zu zwei Dritteln rein aus Landeskirklern bestehen. Zu den so sorgfältig und mühsam vorbereiteten „Regionalen Arbeitstagen der A. G. K.“ sind die Freikirchen selbstverständlich immer hinzugebeten worden. Leider sind sie

---

35. Eingehende Darstellung bei Heinz Motel: Kirchenbund oder Unitas Fratrum?, 1967.

36. Die freikirchl. Mitarbeiter: Dr. Günter Wagner (bapt.) 1956–1958; Dr. Günter Wieser (bapt.) 1958–1962; Dr. Ludwig Rott (meth.) 1962–1965; Prediger Otmar Schulz B. D. (bapt.) 1965 bis jetzt.

Die landeskirchlichen Mitarbeiter: Lic. Dr. Wilhelm Menn 1948–1956; Oberkirchenrat Dr. Hanfried Krüger seit 1956; Pastor A. Boyens seit 1967.



noch nicht so beschickt worden, wie es angebracht wäre. Das liegt zum Teil an einer Problematik, die hier angesprochen werden sollte.

Die Freikirchen müssen alles, was Ökumene angeht, im dritten oder vierten Nebenamt erledigen. Sie haben keine „Freikirchenämter“, auch keine „ökumenischen Referenten“ bei diesen Ämtern. Infolgedessen fehlt das, was in Arnoldshain an Unterrichtung in puncto Ökumene geschieht, bei den Freikirchen vollständig. Auch die Beziehungen zu Genf werden nicht realisiert. Es war ein einsames Faktum, daß am 8. 11. 1962 in der Sitzung der A. G. K. Dr. Goodall aus Genf als freikirchlicher Mitarbeiter im dortigen Stab über Entstehung und Bedeutung der National Councils berichten konnte. So darf nicht wunder nehmen, daß es selbst in dem freikirchlich so starken Hamburg lange gedauert hat, bis vereintem Bemühen es gelang, eine A. G. K. aufzustellen, die dann tatsächlich die im hamburgischen Staat beheimateten Kirchen und Freikirchen umfaßte<sup>37</sup>.

5. Von hier aus gesehen, könnte ein National Council of Churches für die Freikirchen bedeuten, daß eine ökumenische Arbeit intensiviert werden könnte, für die eine einzelne Freikirche zu schwach ist.

Daß sowohl die Landes- wie die Freikirchen einen solchen Nationalrat ablehnen, hat sich inzwischen herumgesprochen. Das bedeutet aber, daß in der deutschen Ökumene noch auf viele Jahre hinaus die ökumenische Gleichberechtigung den Freikirchen vorenthalten wird.

Es geht nämlich nicht um Repräsentation. Es wäre zuviel, wollten wir aus zwei Jahrzehnten die Anlässe summieren, bei denen die Freikirchen großzügig berücksichtigt wurden. Es handelt sich auch nicht um die Relation zwischen Kirchlichem Außenamt und Ökumenischer Centrale. Nach freikirchlichem Urteil haben die verantwortlichen Männer im Hause des Außenamtes die oft schwierige Situation in wirklicher Hingabe an die Sache gemeistert. Und der Rat der EKiD hat, wenn auch zögernd, der A. G. K. die Existenzberechtigung zugestanden und ihr die nötigen Gelder bewilligt. Vor allem zögern die Freikirchen keinen Augenblick, ihrem Vertrauen im eigenen Kreis Ausdruck zu geben, wenn es um den Ersten Vorsitzenden in vielen Jahren geht, um D. Martin Niemöller. Er hat der A. G. K. erspart, daß sie von seiner politischen Aktivität her belastet wurde, und er hat ohne Schwanken für die Freikirchen sich eingesetzt. Es ist also ohne jede Frage, daß das zwischenkirchliche Klima sich erheblich in Deutschland gebessert hat. Da sind demnach die Desiderien der Freikirchen nicht zu suchen. Was ist gemeint?

6. Zuerst nennen wir die Tatsache, daß im Raum der deutschen Ökumene jedes Gremium für sich arbeitet. Es mangelt an Koordination und Kooperation. Wir führen drei Sparten an:

#### I. Ökumenische Arbeitsgemeinschaften:

1. Diakonische Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Kirchen in Deutschland (Stuttgart).
2. Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Weltmission der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hamburg).

37. Zur A. G. K. Hamburg siehe Protokoll vom 9. 6. 1964.

3. Evangelische Studentengemeinde in Deutschland (Stuttgart).
4. Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschlands (Stuttgart).
5. Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (Bonn).
6. Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Verkehrsfragen (Kassel).
7. Ökumenischer Bund DIAKONIA (Kalmar, Schweden).

## II. Kirchliche Aktionsgemeinschaften:

1. Deutscher Evangelischer Missionstag.
2. Deutscher Evangelischer Kirchentag.
3. Konferenz europäischer Kirchen in Nyborg.
4. Christliche Friedenskonferenz in Prag.

## III. Kirchliche Institutionen:

1. Ökumenisches Archiv in Soest.
2. Evangelisches Bibelwerk in Berlin.

Dieses große Gebiet ist kaum noch übersehbar. Die A. G. K. hat es sich angelegen sein lassen, zunächst herumzufragen und zu notieren, was alles „Ökumene“ ist oder sein möchte. Ein erster Schritt war, daß den Kirchen in der DDR dazu verholfen wurde, daß auch sie als eine A. G. K.-Ost zusammenkamen, wobei sorgfältig daran gearbeitet wurde, daß der Zusammenhalt „in Deutschland“ gewahrt wurde<sup>38</sup>. Ferner wurden die Arbeitsgemeinschaften eingeladen, über ihre Zusammensetzung, ihr Arbeitsgebiet und ihr Vorhaben zu berichten. Jedesmal stellte die A. G. K. sich die Frage, inwieweit sie helfen und für gute Zusammenarbeit sich einsetzen könne. Ferner wandte man sich in mehreren Sitzungen gewissen Arbeitszweigen im ökumenischen Bereich zu. Man lud die Fachreferenten etwa für folgende Gebiete ein: Frauenarbeit (Protokoll vom 8. 7. 1966); Männerarbeit (Protokoll vom 7. 1. 1966); Gastarbeitermission (7. 1. 1966). Diese nur als Beispiel.

Natürlich öffneten sich nun neue Aspekte. Als gutes Beispiel nützlicher Kontaktnahme möchten wir das Gespräch zwischen Vertretern der Studentengemeinde und der „Studentenmission in Deutschland“ (S. M. D.) nennen, zu dem besonders Professor Otto Michel drängte, weil er von beiden Organisationen um Dienst gebeten wurde und deshalb um die Spannungen wußte. Man wurde nach ernster Aussprache sich einig, an den Fakultäten so zusammenzuarbeiten, daß allem Gegeneinander gewehrt sei.

Zu den guten Ergebnissen rechnet ebenfalls all das, was in den Beratungen zwischen der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (Stuttgart), der Arbeitsgemeinschaft für Volksmission (Darmstadt) und dem Vorstand der Evangelischen Allianz (Berlin) verhandelt worden ist, weil die erstere sich März 1965 an die A. G. K. gewandt hatte, und zwar mit der Bitte, zu klären, was man unter einem freien Evangelisten auf dem Boden der Allianz zu verstehen habe. Es entstand ein ausführliches Scriptum „Evangelisation heute“ auf Grund der Arbeit einer Kommission, die in der Sitzung der A. G. K. berufen wurde. Im Juli 1967 legte sie ihre Stellungnahme vor.

---

<sup>38</sup> 14. 4. 1962 Vorschlag für eine A. G. K.-Ost. 15. 5. 1962 erste Zusammenkunft und Konstituierung. 9. 11. 1962 erste Sitzung der A. G. K.-Ost.

Im *ganzen* war festzustellen, daß Einheit der Kirchen wohl die laut und weit erhobene Forderung der Ökumene ist, daß aber ihre Arbeit im deutschen Raum alles andere, nur keine Einheit erkennen ließ. Was die A. G. K. in Frankfurt tun konnte, zählt kaum. Denn organisatorisch blieb alles beim alten.

Vielleicht würde der Rat der EKID sich stärker für eine Konzentration einsetzen, wenn er nicht das Gespenst des National Councils vor Augen hätte, der die ökumenische Gleichberechtigung institutionell festlegen würde. Beim gegenwärtigen Status bleibt es eben jedem der vielen Gremien überlassen, inwieweit Freikirchen von vornherein einbezogen oder nachträglich hereingenommen oder gar außen vorgelassen werden. Darum sind die verschiedenen Arbeitsgemeinschaften auch keineswegs gleichartig zusammengesetzt. Wenn wir richtig informiert sind, dann ist die „Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend“ am weitesten vorgestoßen. Denn sie hat von Anbeginn auch den Orthodoxen Zutritt gewährt.

Mit dem Gesagten wollten wir nicht über Zersplitterung der Kräfte und unvermeidliche Überschneidung berichten, sondern nur betonen, daß der ökumenische Gedanke an Glaubwürdigkeit und Anziehungskraft einbüßt und eine rückläufige Bewegung eintreten muß, wenn nicht Wirksames zu besserer Kooperation getan wird. Und niemand hat so offen und skeptisch auf das geringe Gewicht der A. G. K. hingewiesen wie die landeskirchlichen Vertreter in Frankfurt, wenn sie häufiger fehlten, als es der Sache gut war.

7. Von daher wird man verstehen, daß von freikirchlicher Seite, vor allem vom freikirchlichen Vorsitzenden, der Wunsch geäußert wurde, einmal Klarheit darüber zu schaffen, was an Möglichkeiten in der A. G. K. noch enthalten sei, das heißt, wie man vor allem im Rat der EKID über eine weitere Zukunft der deutschen Ökumene denke.

Daher fand am 23. Juni 1965 in Hannover eine Sitzung statt, zu der unserer Absicht gemäß führende Männer der EKID eingeladen waren. Es erschienen Präses Professor D. Dr. Beckmann, Landesbischof D. Dr. Lilje, Präses D. Scharf und Präsident D. Wischmann.

In einem einleitenden Referat brachte der Vorsitzende der A. G. K. folgende Fragen und Vorschläge zur Sprache:

#### A. FRAGEN

1. *Frage:* Darf oder soll in Deutschland ökumenische Bewegung sein? Sind wir bereit, ökumenische Ideale zu verwirklichen und Entsprechendes für sie einzusetzen? Gibt es ein Leitbild für das, was deutsche Ökumene sein müßte?

2. *Frage:* Besteht der Rat der EKD auf einem ökumenischen Monopol für Deutschland, und hat der Freikirchenrat mit seinen sogenannten vier „klassischen“ Freikirchen die Tendenz, die anderen Gruppen und Gemeinschaften außerhalb der EKD zu majorisieren?

3. *Frage:* Wenn ein National Council zuviel ist für Deutschland und die Arbeitsgemeinschaft in Frankfurt zuwenig, gibt es dann noch ein Mittleres, d. h., gibt es eine Linie, auf der ökumenische Bewegung echt und fruchtbar in unserem Land möglich ist?

1. Die Kirchen sollten aus den an ihrer Spitze Verantwortlichen delegieren, und die Delegierten sollten ihr Mandat zurückgeben, wenn sie es nicht erfüllen können.
2. Der Rat der EKD und der Freikirchenrat sollten helfen, daß die sieben Arbeitsgemeinschaften stärker mit der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen koordiniert werden. Dazu rechnen wir auch die Aufstellung eines ökumenischen Kalenders.
3. Im Abstand bestimmter Jahre sollte es eine in die Öffentlichkeit wirkende Veranstaltung geben, auf der die deutsche Ökumene überzeugend sichtbar wird. Vielleicht: „Faith and Order“.
4. Jährlich sollte eine gemeinsame Sitzung von Rat der EKD, Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen und Vorstand des Freikirchenrates stattfinden, damit die entstandenen Probleme angefaßt und zur Lösung geführt werden.
5. Für die Geschäftsstelle in Frankfurt sollte eine Neuordnung eingeplant werden, wobei u. a. an die Beschaffung größerer Räumlichkeiten, an die Zuteilung von Mitteln für die Studienarbeit und die Archivierung des ökumenischen Materials besonders gedacht ist.

8. Da alles um der Klärung willen recht zugespitzt formuliert war, fand sich natürlich schnell der Einstieg in die Problematik der Sache.

Landesbischof Lilje, der an der Gründung der A. G. K. erheblichen Anteil gehabt hat, gab einen Überblick über die Entwicklung seit 1948 und über die Grundsätze, die hinter dem Beginn in Kassel standen. Vieles habe sich damals mehr oder weniger zufällig ergeben. Er halte es darum für verkehrt, die „Arbeitsgemeinschaft“ in einem echten Gegensatz zum „National Council“ zu sehen. In Wirklichkeit gehe es um eine Entwicklung, die ihre Zeit brauche und deren Tempo weithin sich aus den Schwierigkeiten erkläre, die inzwischen für die zwischenkirchliche Situation in Deutschland sich ergeben hätten. Er rechnete dazu das unterschiedliche Zahlenverhältnis<sup>39</sup>, ferner die starke ökumenische Beanspruchung der EKID. Präses Beckmann fügte hinzu, daß die ökumenefeindliche Haltung der Evangelischen Allianz ebenfalls hemmend wirke.

Der Vorsitzende des Rates, D. Scharf, konnte mit Recht darauf hinweisen, daß sich zwischen dem Rat der EKID und der A. G. K. ein gutes Einvernehmen hergestellt habe. Wer die ersten Jahre miterlebt hatte, vermochte nur zu bestätigen, daß die Unsicherheit im Anfang, als D. Menn die Oe. Ce. leitete und D. Dibelius Ratsvorsitzender war, tatsächlich längst einem zunehmenden Vertrauen auf beiden Seiten Platz gemacht hatte. Auch grundsätzlich hielten die Repräsentanten der EKID daran fest, daß Gleichheit ökumenisches Prinzip sei, was nur bedeuten könne, daß man sich gegenseitig ernst zu nehmen habe. Allerdings, so betonte D. Beckmann, sei erforderlich, daß die Ökumene am Ort sich stärker verwirkliche und auch in den Kreisen der Evangelischen Allianz ihren Platz habe. Erst dann könne man an größere Veranstaltungen vor der breiten Öffentlichkeit denken (Punkt 3 der Vorschläge).

39. Seitens der Freikirchen wird dieser Hinweis immer als fragwürdig beurteilt, da man ein völlig anderes Bild gewinnt, wenn man die Statistik über den Abendmahlsbesuch heranziehen und sie mit den Kirchenbuchzahlen vergleichen würde. Gerade in den lutherischen Kirchen wäre dies angebracht. Wir könnten als Beispiel eine freikirchliche Großstadtgemeinde in Hamburg von rund 1000 Mitgliedern heranziehen. Die monatlichen Abendmahlsgottesdienste weisen einen Besuch bei 400 Teilnehmern auf.



Auf eine kurze Formel gebracht, hieß das alles: Die Zeit ist noch nicht reif für ein größeres Maß der Öffentlichkeit. Landeskirchen und Freikirchen sind noch nicht so weit, um ökumenische Gleichberechtigung zu demonstrieren und zu praktizieren. Die letzten Kirchentage haben diesen Eindruck verstärkt. Am Theologischen droht die Aufspaltung. Die gemeinsame Substanz ist anscheinend nicht mehr genügend im Gewicht. Dies darf man allerdings von den Zusammenkünften in der A. G. K. nicht sagen! Wahrscheinlich ist das gute Einvernehmen in der A. G. K. sogar die ständige Versuchung, die Problematik im ganzen zu unterschätzen.

Damit war ein wichtiger, wenn nicht entscheidender Punkt geklärt. Freilich in einem stark negativen Sinn.

Aber es ging auch um die verschiedenen Arbeitsgemeinschaften, von denen dann Dr. Thaut (bapt.) sagte, sie seien effektiv bei der EKID angehängt. Doch da kam der Hinweis auf die Zuständigkeit kirchlicher Organe auf landeskirchlicher Ebene. Nicht ohne Grund, denn die Vorgänge bei der Bildung der „Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Weltmission“ haben dem freikirchlichen Beobachter in vielen Sitzungen und nach vielen Seiten vor Augen geführt, wie etwa rheinische oder westfälische oder bayrische Kirche unterschiedlich denken, auf ihren Rechten bestehen und Gehör finden, weil sie ja diejenigen sind, die die finanziellen Mittel bewilligen. Der Rat der EKID kann gar nicht anders, er muß ständig auf die ihm zugehörenden Kirchen Rücksicht nehmen, wenn es um die zwischenkirchliche Ökumene geht. Dies besagt, daß die landeskirchliche Struktur eben das ökumenische Zueinander im deutschen Raum verkompliziert. In der A. G. K. ist man langsam mit diesen Dingen vertraut und darum auch weniger erwartungsvoll.

An dieser Stelle wurde also in Hannover kein Schritt nach vorne getan.

Allerdings bejaht wurde wenigstens der vierte Vorschlag, nämlich die gemeinsame Sitzung von Rat, A. G. K. und Freikirchenrat. Nur, seine Realisierung steht heute, nach drei Jahren, noch aus. Die Freikirchen dürfen aber hoffen.

Nun waren ja nicht nur die Landeskirchen, sondern auch die Freikirchen angesprochen. Sie gingen auf die Kritik des freikirchlichen Vorsitzenden nur zögernd ein. Besonders Bischof Dr. Wunderlich von der Methodistenkirche betonte, die Freikirchen dächten nicht daran, eine Führungsrolle zu übernehmen, und erklärte, der Freikirchenrat beanspruche kein ökumenisches Monopol, er wolle sich ohnehin erweitern. Doch damit gab er gewollt oder ungewollt zu, daß die „vier klassischen Freikirchen“ im Freikirchenrat allzu lange unter sich geblieben sind. Wir kennen auch die Rücksichten, die man auf die stark exklusive Haltung gerade der Freien Evangelischen Gemeinden zu nehmen hatte. Wir sind der Auffassung, daß man um des freikirchlichen Ideals willen hätte stärker daran arbeiten müssen, den Rahmen zu erweitern. Man denke nur an die Versuche, die in der Schweiz und in Holland angestellt worden sind, die taufgesinnten Gruppen zueinanderzuführen. Dies geschieht freilich zunächst nur auf Konferenzen.

Wir sprechen diesen Punkt an, weil die Versäumnisse in diesem freikirchlichen Bereich im Gegenüber zu den „historischen Landeskirchen“ bei einer Auseinandersetzung wie in Hannover spürbar wurden. Ja, man kann sogar die Frage stellen, ob die Beteiligung an der deutschen Ökumene dem freikirchlichen

Gedanken neuen Auftrieb gibt und das Moment der freien Initiative stärkt oder ob eine gegenteilige Wirkung sich bemerkbar macht, nämlich eine stärkere Tendenz ins Institutionelle, um den großen Kirchen gleichzutun. Das aber würde Stagnation bedeuten.

Diese Frage können wir hier nicht beantworten. Es war aber kein Zufall, daß man seitens der Freikirchen auch auf die internationalen Beziehungen zu sprechen kam, die bekanntlich ihren besonderen Charakter haben. Dafür zeugen ihre konfessionellen Chiffren: „Methodisten“, „Baptisten“, „Darbyisten“ oder „Plymouth-Brüder“. Wir haben also die Tatsache in Rechnung zu stellen, daß die deutschen Methodisten sich einer Weltkirche zugehörig wissen, daß die deutschen Baptisten in einer World Alliance ihren Platz haben, daß demnach das deutsche Freikirchentum – wie Dr. Wunderlich hervorhob – in der Weltökumene die Zusammenarbeit mit den Großkirchen praktiziert, und zwar in umgekehrten Proportionen. Nicht erwähnt wurde, daß ihre jungen Kirchen in allen Weltteilen in die Ökumene tendieren, wie etwa das Beispiel des Bundes der Südkameruner Baptisten (Duala) besonders deutlich gezeigt hat. Doch auch hier darf die kritische Frage nicht fehlen. Sie lautet: Wird die Rolle der großen Freikirchen in der Weltökumene, also auf internationaler Ebene, den kleinen Freikirchen in der deutschen Ökumene helfen, also auf nationaler Ebene, oder wird ein zu geringes Gewicht der A. G. K. den deutschen Freikirchen nahelegen, sich stärker in ihren Weltbünden zu engagieren?

Daß die internationalen Beziehungen für die Freikirchen in Deutschland anders liegen wie für die Landeskirchen, ist leicht einzusehen: Die deutschen Freikirchen sind etwas wie Tochterkirchen im Verhältnis zu ihren bekenntnisgleichen Kirchen im angelsächsischen Raum. Die Landeskirchen hingegen sind etwas wie Mutterkirchen zu ihren bekenntnisgleichen Kirchen in Übersee. „Lutherischer Weltbund“ bedeutet für sie deshalb etwas anderes wie „Baptist World Alliance“ für den „Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland“. Wir meinen dies nicht organisatorisch, sondern umfassend. Weil die im Freikirchenrat verbundenen Kirchen einer Frömmigkeit verpflichtet waren, die der Erweckungsbewegung im deutschen Raum entstammte, haben sie in erstaunlichem Maße sich dem deutschen Pietismus angenähert. Darüber ist – im Unterschied zu England! – das eigentlich freikirchliche, kirchenpolitische Ideal stark in den Hintergrund getreten. Wird dies anders werden? Ob und wie, das entscheidet sich nicht unwesentlich daran, welche Entwicklung die deutsche Ökumene nimmt.

Ein eigenes Kapitel ist „Ökumene in Europa“. Die Aufspaltung in West und Ost hat natürlich eine tiefe Wirkung. Die Konferenz europäischer Kirchen in Nyborg und die Friedenskonferenz in Prag gewannen auf diesem politischen Hintergrund besondere Bedeutung. Denn sie ermöglichten ein Gespräch herüber und hinüber und ließen gewisse Türen noch offen. Aber wie auf politischer, so will auch auf ökumenischer Ebene selbst im Westen aus einem neuen Europa noch nichts Rechtes werden. Im Rahmen der „European Baptist Federation“ zum Beispiel befinden sich die großen Unionen ganz am Rande: in Großbritannien (ca. 250 000) und in der UdSSR (ca. 500 000). Alle Bemühungen – das gilt auch von der A. G. K. West und Ost –, das Gemeinsame aufrechtzuerhalten oder herzustellen, leiden an der Labilität der politischen Lage, so daß

in diesem Raum der Ökumene noch unvergleichlich mehr Bescheidenheit angebracht ist. Es spricht für sich, daß zur Zeit der methodistische Bischof seine Gemeinden im Osten ungehindert besuchen und betreuen darf, und zwar, wie Dr. Wunderlich immer wieder sagt, weil er sich auf die Bevollmächtigung durch eine über die ganze Welt verbreitete Großkirche berufen kann.

Bei dem Gespräch in Hannover wurde dieses Kapitel nicht aufgeschlagen. Denn es muß nicht erst gesagt werden, daß gerade im europäischen Raum, also auch in Genf, die EKd mit Rat und Kirchlichem Außenamt die Fäden in der Hand hat. Unser Vorstoß galt allein der deutschen Ökumene und ihren zwischenkirchlichen Problemen.

9. Wir schließen ab, indem wir uns selbst fragen, ob wir bei unserem Überblick über zwanzig Jahre ökumenischen Bemühens das Erreichte nicht unter- und das Noch-nicht-Erreichte überbewertet haben. Natürlich wurde in Hannover an einiges erinnert, das hoffnungsvoll stimmt, zum Beispiel an die „Diakonische Arbeitsgemeinschaft“, an die Aktion „Brot für die Welt“, an die Arbeit der Oe. Ce. für die Belange und Obliegenheiten der A. G. K. Wir hätten unsererseits diese Aufzählung fortsetzen können. Unvergesslich bleibt dem Schreiber dieser Zeilen die gemeinsame Stunde bei der Einweihung der Versöhnungskirche in Dachau (8. Mai 1965), auf der die Freikirchen als ihren Anteil den Altartisch übergaben. Und zwar unter Übertragung durchs Fernsehen, so daß bei dieser Gelegenheit an einem ungewöhnlichen Ort Landes- und Freikirchen tatsächlich gemeinsam vor der Öffentlichkeit in Aktion erschienen.

Ja, wir möchten auch hier wieder die persönliche Note nicht fehlen lassen: D. Niemöller hat einmal geäußert, daß er kaum eine Sitzung kenne, zu der er so gerne erschienen sei, wie die Arbeitsgemeinschaft, weil in den vielen Jahren bei sehr empfindlichen Problemen nie etwas anderes wie ein feiner, brüderlicher Geist bestimmend war.

Das alles bleibt stehen. Aber wir meinten, daß in der zwischenkirchlichen Ökumene mehr Bewegung sein müsse.

Dabei bestimmt uns – wir sagen dies, um Mißverständnissen vorzubeugen – nicht eine rationale, sondern eine spirituale Offenheit. Da, wo Gottes Geist am Werk ist, fordert der Geist die Leibwerdung, das heißt eine Gestaltung, die vom Innerlichen her das Äußerliche durchsetzt. Dazu gehört, daß wir beweglich und wandlungsfähig sein und bleiben müssen. Stillstand, Spaltung, Abbruch wirken hier tödlich. Oder sind wir von dem Zweifel geplagt, ob Kirchen oder das Miteinander von Kirchen überhaupt mit dem Corpus Christi etwas zu tun haben? Wenn Ökumene in ihrem Selbstverständnis auch nur irgendwie *ecclesia semper reformanda* zu sein meint, dann müßte sie alles daransetzen, in Bewegung zu sein.

Doch eine solche Einsicht ist noch nicht alles. Weit drängender ist die Frage, ob uns noch Zeit bleibt, durchzuführen, was wir uns vornehmen, und nachzuholen, was wir versäumt haben. Oft sagen wir, Ökumene sei eine Sache für Generationen. Dies mag sein. Ob wir aber nicht überrollt werden? Denn jetzt tritt eine Jugend auf den Plan, die von einem Immanenzdenken bestimmt wird, das nicht auf Idealismus, sondern auf Realismus baut. Sie wird die ökumenische Sache von ihrer Kritik nicht ausnehmen, vielmehr hart mit uns ins Gericht gehen, wenn wir zum Beispiel von Einheit reden, auf Joh 17 uns feierlich be-

rufen, wenn das Ja in der Spitze sich nicht durchsetzen will auf den unteren Ebenen, wenn wir nebeneinander und manchmal auch gegeneinander arbeiten. An einer Zementierung des kirchlichen und zwischenkirchlichen Status quo hat sie sicher nicht das geringste Interesse. Im Gegenteil, der Gedanke einer „Theologie der Revolution“ wird weiter bohren und unterminieren. Haben wir begriffen, was sich gegenwärtig im jungen Volk tut?

Nun, die Sache, an der wir stehen, ist nicht unsere Sache. Ist sie Gottes Sache, dann hat sie bei allem und trotz allem Zukunft.



# Kirchliche Statistik

## I. Gliederung, Pfarrstellen und geistliche Kräfte in den westlichen Gliedkirchen der EKD (Stand 31. 12. 1967)\*

Von Paul Zieger

Die Bestandserhebung nach Tabelle III konnte zum Jahresschluß 1967 wiederum nur für die westlichen Gliedkirchen der EKD einschließlich Berlin (West) durchgeführt werden. Seit dem 31. 12. 1960 fehlen also Vergleichszahlen für das Gebiet der DDR. Um den Vergleich mit dem letzten bekannten Gesamtergebnis zu erleichtern, sind die Zahlen nochmals in den einzelnen Tabellen abgedruckt. Bei dem Vergleich mit den Angaben für 1960 muß beachtet werden, daß für 1967 die Zahlen für Berlin (West) von den Gesamtzahlen für die westlichen Gliedkirchen abgesetzt werden müssen, da 1960 Berlin-Brandenburg bei den östlichen Gliedkirchen berücksichtigt war und Zahlen für Berlin (West) für den damaligen Zeitpunkt nicht zur Verfügung stehen.

Aus Tabelle 1 wird erkennbar, daß im Jahre 1967 die Neubildung von Gemeinden nicht mehr so häufig war wie in den Vorjahren. Die Zahl der Gemeinden mit Sitz eines Pfarramts (Spalte 3) hat sich nur um 42 erhöht gegen 122 im Vorjahr.

Die Auswirkungen einzelner Veränderungen bei den übrigen kirchlichen Körperschaften auf die Gesamtzahlen ist gering. Beim Vergleich mit 1960 ist die Tendenz zur Bildung von Gemeindeverbänden (Spalte 7) unverkennbar; ihre Zahl hat in sieben Jahren um nahezu 50 % zugenommen. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß die im letzten Jahrzehnt entstandenen Rentämter u. dgl., die gleichfalls der Verbesserung der Verwaltung und der Entlastung der Pfarrämter dienen, in der Statistik nicht erfaßt werden.

Tabelle 2 zeigt, daß auch neue Stellen nicht mehr in so großem Umfang gegründet wurden wie in den Vorjahren. Vermutlich hat die Neubildung von Ge-

---

\* Allgemeine Vorbemerkungen zu den Tabellen:

Wenn in den einzelnen Tabellenfeldern keine Zahlen eingetragen sind, so bedeutet:

- der Zahlenwert ist genau gleich Null,
- o der Zahlenwert ist von Null verschieden, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Zahlen-einheit und daher nicht ausdrückbar,
- . der Zahlenwert ist unbekannt bzw. aus technischen Gründen nicht feststellbar,
- x eine Angabe kann aus sachlichen Gründen nicht gemacht werden,
- () die eingeklammerten Zahlen geben nur Teilergebnisse an; bei Prozentzahlen ist die Ausgangs-zahl kleiner als 100.

Abweichungen in den Summen (bei Prozentziffern) entstehen durch das Runden der einzelnen Zahlen.

Bei Untergliederungen bedeutet:

davon - Summe der Einzelpositionen ergibt Gesamtsumme,

darunter - nur ausgewählte Einzelpositionen, die nicht Gesamtsumme ergeben.

meinden einen vorläufigen Abschluß erreicht; vielleicht haben auch der noch immer in einzelnen Landeskirchen empfindliche Pfarrermangel und die Erwartung von Steuerrückgängen zu größerer Zurückhaltung angehalten. Der Rückgang, den die Spalten 14 und 15 gegenüber 1966 ausweisen, beruht darauf, daß die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau für 1965 und 1966 irrtümlich Stellen gemeldet hatte; der Fortfall der hier 1966 eingesetzten 114 Stellen muß beim Vergleich mit dem Vorjahr berücksichtigt werden.

Die Zahlen in den folgenden Tabellen deuten darauf hin, daß trotz erheblicher Unterschiede zwischen vorhandenen und besetzten Stellen der Nachwuchs zwar immer noch nicht den Abgang ausgleicht, daß aber die Spannen verschiedentlich kleiner werden. Die Überalterung wird langsam abgebaut. Die Pensionslast wächst und wird in den nächsten zehn Jahren weiter steigen. Beim Vergleich von Tabelle 3 mit Tabelle 2 ist noch zu beachten, daß Hannover keine festen Stellen im landeskirchlichen Dienst ausweist und daß nur 7 Gliedkirchen Stellen für geistliche Kräfte ohne theologisches Vollstudium haben, daß aber 18 Gliedkirchen diese Pfarrer oder Pfarrdiakone angestellt haben; sie sind vielfach Inhaber gemeindlicher Pfarrstellen, so daß der Pfarrermangel im Gemeindepfarramt nicht so groß ist, wie er erscheint, wenn man nur die Spalten 1 und 2 in Tabelle 2 mit den Spalten 1 und 2 sowie 11 (Pfarrer mit Beschäftigungsauftrag im gemeindlichen Pfarramt) in Tabelle 3 in Beziehung setzt.

Tabelle 1: Gliederung der Landeskirchen (Stand: 31. 12. 1967)

Landeskirche	Sprengel, Generalsuperintenduren, Kreiskirchenrat, Visitationsbezirke u. dgl.	Kirchenkreise, Superintendenturen, Dekanate, Propsteien u. dgl.	Rechtlich selbständige Kirchengemeinden				Parochialverbände, Gesamtverbände u. dgl.
			mit	ohne	insgesamt	mehr (+) oder weniger (—) gegen den 31. 12. 1966	
			Sitz eines <sup>1</sup> Pfarramts				
	1	2	3	4	5	6	7

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

Berlin (West)	1	13	151	—	151	+	4	1
Westfalen	—	33	611	—	611	+	4	16
Rheinland	—	47	736	121	857	+	6	23

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	7	56	1001	144	1145	+	15	11
Kurhessen-Waldeck	6	27	518	442	960	±	0	8
Baden	2	27	424	119	543	+	3	7
Pfalz	—	20	299	167	466	±	0	5
Bremen	—	—	65	1	66	±	0	1

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Hannover	10	85	1236	450	1686	+	4	14
Bayern	5	72	1237 <sup>2</sup>	58	1295	+	7	19
Schleswig-Holstein	4	24	495	12	507	+	4	14
Hamburg	—	7 <sup>3</sup>	78	—	78	+	1	—
Braunschweig	—	17	279	155	434	+	2	4
Lübeck	—	—	32	—	32	+	1	—
Schaumburg-Lippe	—	3	21	—	21	±	0	—
Eutin	—	—	17	—	17	±	0	1

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	4	51	1055	226	1281	+	3	33
Oldenburg	—	13	104	8	112	±	0	—

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	—	6 <sup>4</sup>	67	—	67	±	0	—
Nordwestdeutschland	—	10	123	6	129	±	0	—
Zusammen	39	511	8549	1909	10458	+	54	157

**dagegen am 31. 12. 1960**

westliche Gliedkirchen der EKD	37	483	7658	2027	9685	+	90 <sup>5</sup>	108
östliche Gliedkirchen der EKD <sup>5</sup>	27	279	4824	3218	8042	+	185 <sup>6</sup>	36

**Ev. Landeskirchen**

Insgesamt	64	762	12482	5245	17727	+	275 <sup>6</sup>	144
-----------	----	-----	-------	------	-------	---	------------------	-----

1. in Spalte 3 sind alle Kirchengemeinden mit Sitz mindestens eines Pfarramts gezählt (die Zahl der Stellen ist in Tabelle 2, Spalten 1 und 2 nachgewiesen)

2. einschließlich exponierte Vikariate

3. Kirchenkreise (keine Aufsichts- bzw. Verwaltungsbezirke i. e. S.)

4. darunter eine „lutherische Klasse“

5. einschließlich Berlin-Brandenburg

6. gegen den 31. 12. 1959

Tabelle 2: Die Stellen für das geistliche Amt (Stand: 31. 12. 1967)

Landeskirche	Stellen für hauptamtlich im kirchlichen Dienst angestellte Pfarrer (Volltheologen)											gemeindliche Stellen für Hilfspfarrer		Stellen für geistliche Kräfte ohne theologisches Vollstudium	Geistliche Stellen
	festgegründete gemeindliche Pfarrstellen für			in der zentralen Verwaltung der Landeskirche	im allgemeinen landeskirchlichen Dienst		in Anstalten der Inneren Mission mit Parochialrechten		in Landes- und Kommunalanstalten <sup>1</sup>	insgesamt (Spalten 1, 2, 4 bis 10)	für Religionslehrer <sup>2</sup>	für	Stellen für		
	männl.	weibl.	Stelleninhaber		m.*	w.*	m.*	w.*						m.*	w.*
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
															insgesamt (Spalten 11 bis 14)

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin (West)	405	25	+ 10	6	51	21	1	1	10	9	529	—	—	8	537	49
Westfalen	1285	—	+ 16	11	112	10	48	2	21	6	1495	—	11	95	1601	23
Rheinland	1460	13	+ 20	10	41	4	14	—	12	73	1627	—	—	85	1712	30

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	1034	—	+ 15	9	42	1	14	—	27	—	1127	74	—	—**	1201	1
Kurhessen-Waldeck	643	—	+ 2	7	27	7	—	—	—	16	700	12	—	—	712	7
Baden	586	—	+ 2	9	31	8	—	—	16	38	688	101 <sup>3</sup>	—	43	832	15
Pfalz	338	3	+ 1	7	9	—	3	—	10	23	393	37	—	14	444	13
Bremen	126	—	+ 0	—	4	—	3	—	6	—	139	—	—	—	139 <sup>3</sup>	—

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	1612	1	+ 7	12	—	—	25	1	5	2	1658	5	—	51	1714	2
Bayern	1524	—	+ 16	19	35	4	—	—	—	—	1582	221 <sup>4</sup>	—	—	1803	4
Schleswig-Holstein	802	—	+ 3	9	24	—	16	—	—	—	851	—	—	—	851	—



Hamburg	175	—	+	4	4	38	2	3	—	24	—	246	9
Braunschweig	325	—	—	17	4	12	6	—	—	3	1	351	7
Lübeck	64	—	+	2	3	5	2	—	—	3	1	78	4
Schaumburg-Lippe	25	—	—	± 0	—	—	—	—	—	—	—	25	—
Eutin	27	—	—	± 0	—	—	—	—	—	—	—	27	—

#### Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	1306	16	+	8	18	41	2	34	2	7	32	1458	205 <sup>6</sup>	1663	23
Oldenburg	193	—	+	8	3	8	—	2	—	6	8	220	—	220	—

#### Reformierte Landeskirchen

Lippe	109	—	+	4	1	—	—	2	—	2	4	118	—	118	1
Nordwestdeutschland	123	—	± 0	—	2	1	—	—	—	—	1	127	2	129	—
Zusammen	12162	58	+	95	134	481	67	165	6	152	214	13439	658	296	14404 (188)

#### dagegen am 31. 12. 1960

westliche Glied- kirchen der EKD	10497	—	+	1767	113	334	—	108	—	63	101	11216	763	7	56	12042	—
östliche Glied- kirchen der EKD <sup>6</sup>	6422	—	—	67	53	98	—	41	—	66	1	6681	121	—	142	(6944)	—
Ev. Landeskirchen Insgesamt	16919	—	+	1707	166	432	—	149	—	129	102	17897	884	(7)	198	(18986)	—

\* m. = Zahl der Stellen für männliche Stelleninhaber; w. = Zahl der Stellen für weibliche Stelleninhaber

\*\* für 1965 und 1966 wurden irrtümlich Stellen gemeldet

1. soweit die Stellen mit Amtsträgern der Kirche von der Kirche besetzt werden

2. im landeskirchlichen Dienst (bzw. im kreis kirchlichen Dienst bei Rheinland)

3. einschl. weibl. Stelleninhaber

4. einschl. 16 Stellen in exponierten Vikariaten

5. außerdem 10 Stütze- und Seminarrepetentenstellen

6. einschl. Berlin-Brandenburg

7. gegen den 31. 12. 1959

Tabelle 3: Die Träger des geistlichen Amts (Stand: 31. 12. 1967)

Landeskirche	Die hauptamtlich im kirchlichen Dienst angestellten Pfarrer										Pfarrer mit Be- schäftigungs- auftrag		Ordinierte Hilfs- pfarrer mit 2. theol. Examen		Ordinierte Vikare mit 1. theol. Examen		Geistliche Kräfte ohne theol. Vollstudium	Tätige geistliche Kräfte	
	in einem gemeind- lichen Pfarramt		in der zentralen Verwaltung der Landeskirche	im allgemeinen landeskirchlichen Dienst		in Anstalten der Inneren Mission mit Parochial- rechten	in Landes- und Kommunal- anstalten <sup>1</sup>	als Religions- lehrer <sup>2</sup>	endgültig ange- stellte Pfarrer insgesamt (Spalten 1, 2, 4 bis 9)	für eine gemeindliche Pfarrstelle	für eine sonstige geistliche Stelle	Männer	Frauen	mit 1. theol. Examen	theol. Vollstudium	insgesamt 10 bis 16)	davon Frauen		
	Männer	Frauen																	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18		

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin (West)	327	22	+ 10	6	43	18	—	9	8	433	7	2	13	3	—	8	466
Westfalen	1124	7	+ 12	11	86	5	46	19	6	1304	18	—	62	8	—	97	1489
Rheinland	1200	20	+ 3	10	33	3	12	10 <sup>3</sup>	52	1340	11	—	104	12	—	60	1527

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen u. Nassau	811	9	+ 13	9	42	1	13	27	—	912	14	—	108	6	—	134	1174
Kurhessen-Waldeck	461	4	— 1	7	26	4	—	—	8	510	6	—	74	4	—	24	618
Baden	505	—	— 3	8	29	7	—	13	34	596	13	14	95	6	—	61	785
Pfalz	292	3	+ 4	7	9	—	3	10	23	347	4	1	10	1	28	14	405
Bremen	109	—	+ 1	—	4	—	3	4	—	120	—	—	10	2	—	1	133

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	1196	—	+ 21	12	137	35	25	5	2	1412	35	3	78	3	—	147	1678
Bayern	1332	—	+ 5	19	33	3	—	—	—	1387	8	5	105	18	46	50	1619
Schleswig-Holstein	658	3	— 10	9	17	4	15	—	—	706	12	3	32	2	—	25	780

Hamburg	162	—	+	3	4	31	2	3	20	—	222	—	4	17	—	—	243	8
Braunschweig	264	—	+	3	4	8	7	—	2	—	285	4	—	10	—	13	312	7
Lübeck	64	—	+	3	3	5	2	—	3	1	78	—	—	3	1	—	82	5
Schaumburg-Lippe	21	—	—	3	—	—	—	—	—	—	21	—	—	1	—	1	23	—
Eutin	22	—	±	0	—	—	—	—	—	—	22	—	—	2	—	2	26	—

### Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	1166	16	+	15	18	41	2	36	6	25	1310	83	—	62	3	202	73	1733	38
Oldenburg	162	—	+	8	3	8	—	2	3	6	184	2	1	7	5	—	11	210	5

### Reformierte Landeskirchen

Lippe	91	—	—	2	1	—	—	2	—	4	98	—	—	8	1	—	3	110	2
Nordwestdeutschland	99	—	+	7	2	1	—	—	—	1	103	—	—	4	1	—	10	118	1
Zusammen	10066	84	+	89	133	553	93	160	131	170	11390	217	33	805	76	276	734	13531	331

### dagegen am 31. 12. 1960

westl. Gliedkirchen	der EKD	9365	·	+	29 <sup>s</sup>	110	316	·	100	61	95	10047	204	35	775	191	242	395	11889	·
östl. Gliedkirchen	der EKD <sup>4</sup>	4003	·	+	40 <sup>s</sup>	48	97	·	35	45	—	4228	84	5	274	114	19	533	5257	·

### Ev. Landeskirchen

Insgesamt	13368	·	+	69 <sup>s</sup>	158	413	·	135	106	95	14275	288	40	1049	305	261	928	17146	·
-----------	-------	---	---	-----------------	-----	-----	---	-----	-----	----	-------	-----	----	------	-----	-----	-----	-------	---

1. sowie Amtsträger der Kirche und von der Kirche berufen
2. im landeskirchlichen Dienst (bzw. im kreiskirchlichen Dienst bei Rheinland)
3. vom Staat im Einvernehmen mit der Kirche angestellt
4. einschl. Berlin-Brandenburg
5. gegen den 31. 12. 1959

**Tabelle 4: Emeritierte Pfarrer und Pfarrverwalter, beurlaubte<sup>1</sup> Pfarrer und Pfarrer im Wartestand (Stand: 31. 12. 1967)**

Landeskirche	Pfarrer im Ruhestand		Pfarrverwalter im Ruhestand	Zu anderweitiger Dienstleistung beurlaubte Pfarrer		Pfarrer im Wartestand
	m.	w.		m.	w.	
	1	2	3	4	5	6

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

Berlin (West)	220	5	5	6	—	1
Westfalen	263	7	11	17	3	3
Rheinland	288	1	—	17	—	1

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	279	1	5	75	3	4
Kurhessen-Waldeck	180	1	2	15	—	1
Baden	148	2	—	89	9	—
Pfalz	87	1	1	23	1	1
Bremen	23	—	—	—	—	—

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Hannover	412	3	3	44	—	3
Bayern	372	—	10	301	6	3
Schleswig-Holstein	171	2	4	9	1	2
Hamburg	39	2	—	13	—	—
Braunschweig	78	—	2	10	—	—
Lübeck	12	—	—	2	—	—
Schaumburg-Lippe	8	—	—	1	—	1
Eutin	4	—	—	3	—	—

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	371	1	—	199	10	9
Oldenburg	31	—	—	16	—	1

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	29	—	1	4	—	—
Nordwestdeutschland	24	—	3	3	—	—
<b>Zusammen</b>	<b>3039</b>	<b>26</b>	<b>47</b>	<b>847</b>	<b>33</b>	<b>30</b>

**dagegen am 31. 12. 1960**

<i>westliche Glied-</i> <i>kirchen der EKD</i>	2267	.	13	430	.	45
<i>östliche Glied-</i> <i>kirchen der EKD</i> <sup>2</sup>	865	.	22	20	.	17
<b>Ev. Landeskirchen</b>						
<b>Insgesamt</b>	<b>3132</b>	<b>.</b>	<b>35</b>	<b>450</b>	<b>.</b>	<b>62</b>

1. Pfarrer, die zu anderweitiger Dienstleistung aus dem unmittelbaren kirchlichen Dienst mit dem Recht des Rücktritts entlassen oder für mindestens ein Jahr beurlaubt sind

2. einschl. Berlin-Brandenburg



Tabelle 5: Lebensalter der im Jahre 1967 emeritierten Pfarrer und Pfarrverwalter und der im aktiven kirchlichen Dienst verstorbenen Pfarrer

Landeskirche	im Jahr 1967 emeritierte Pfarrer und Pfarr- verwalter	deren Lebensalter im Zeitpunkt der Emeritierung			im Jahr 1967 im aktiven kirchlichen Dienst verstorbene Pfarrer <sup>1</sup>	deren Lebensalter im Zeitpunkt des Todes		
		unter 60 Jahre	60 bis unter 70 Jahre	minde- stens 70 Jahre		unter 40 Jahre	40 bis unter 60 Jahre	minde- stens 60 Jahre
		1	2	3	4	5	6	7

#### Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin (West)	16	2	6	8	8	—	5	3
Westfalen	29	5	22	2	11	—	5	6
Rheinland	28	4	21	3	7	—	7	—

#### Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	15	2	10	3	8	—	6	2
Kurhessen-Waldeck	14	2	11	1	3	—	3	—
Baden	16	4	12	—	4	—	1	3
Pfalz	6	3	3	—	3	—	2	1
Bremen	6	—	5	1	1	—	—	1

#### Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	36	7	29	—	9	—	2	7
Bayern	37	6	31	—	7	—	4	3
Schleswig-Holstein	16	2	14	—	—	—	—	—
Hamburg	3	—	3	—	—	—	—	—
Braunschweig	5	—	5	—	1	—	1	—
Lübeck	2	—	2	—	—	—	—	—
Schaumburg-Lippe	—	—	—	—	2	—	1	1
Eutin	—	—	—	—	—	—	—	—

#### Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	41	4	36	1	5	1	2	2
Oldenburg	1	—	—	1	—	—	—	—

#### Reformierte Landeskirchen

Lippe	3	1	1	1	—	—	—	—
Nordwestdeutschland	2	—	2	—	1	—	—	1
Zusammen	276	42	213	21	70	1	39	30

dagegen 1960

westliche Glied- kirchen der EKD	204	16	146	42	69	5	40	24
östliche Glied- kirchen der EKD <sup>2</sup>	109	10	66	33	32	1	11	20
Ev. Landeskirchen Insgesamt	313	26	212	75	101	6	51	44

1. Pfarrer, die im unmittelbaren kirchlichen Dienst fest angestellt waren (vgl. Tab. 3, Spalte 10)
2. einschl. Berlin-Brandenburg

## II. Äußerungen des kirchlichen Lebens 1966 in den westlichen Gliedkirchen der EKD

Von Paul Zieger

Die Ergebnisse der jährlichen Erhebung, die die Gliedkirchen bei ihren Gemeinden durchführen, erscheinen in den Tabellen 1–14 in der gleichen Gliederung wie in den Vorjahren. Eutin ist für 1966 noch nicht bei der VELKD aufgeführt, da dessen Beitritt zur VELKD erst 1967 wirksam wurde. Bei allen Gliedkirchen sind nur die Gebietsteile im Bereich der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) berücksichtigt, da Angaben aus der Deutschen Demokratischen Republik nach wie vor fehlen.

Die Ergebnisse in den einzelnen Übersichten zeigen beim Vergleich mit dem Vorjahr eine bemerkenswerte Stabilität. Die Taufziffer (Tabelle 2) ist bei den Kindern aus rein evangelischen Ehen geringfügig gesunken, sie ist immer noch hoch und erreicht nur in Berlin (West) und in Hamburg nicht 90 %, in einer ganzen Reihe von Gliedkirchen dagegen 99 und 100 %. Das Bestreben, die Taufen während des Gottesdienstes zu vollziehen, setzt sich immer mehr durch, wie Tabelle 3 ausweist.

Der Anteil von Trauungen evangelisch-katholischer Ehepaare steigt weiter langsam an (Tabelle 5, Spalte 5). Die Trauziffer für die gleiche Gruppe hat sich nicht verändert, die für die rein evangelischen Ehen ist etwas gesunken (Tabelle 6, Spalte 1); hier sind die sehr niedrigen Zahlen für Berlin (West), Hamburg und die gleichfalls noch unter 80 % bleibenden für Schleswig-Holstein, Lübeck und Bremen von Einfluß. Es zeigt sich immer wieder, daß die Trauziffer eine der wichtigsten Kennziffern für die Beurteilung der Bindung an das kirchliche Leben ist.

Die Abendmahlsziffer ist weiter leicht angestiegen bei nicht völlig einheitlicher Entwicklung in den einzelnen Gliedkirchen. Die Unterschiede gegenüber dem Vorjahr sind gering, im Durchschnitt war nach wie vor die Beteiligung der Männer am Heiligen Abendmahl wesentlich geringer als die der Frauen.

Die Zahl der Übertritte und Austritte verläuft in entgegengesetzter Richtung. Bei den Übertritten und Eintrittten ist ein Rückgang von ca. 1350 Erwachsenen festzustellen, während die Zahl der ausgetretenen Erwachsenen gegenüber dem Vorjahr um 740 angestiegen ist. Trotz allem bleiben auch hier die absoluten Zahlen für die einzelnen Gliedkirchen verhältnismäßig konstant.

Tabelle 1: Taufen im Jahre 1966

Landeskirche	Getaufte Kinder		davon (in % von Spalte 1)					Nachrichtlich	
	insgesamt	darunter nachträglich getauft <sup>1</sup>	Kinder aus			unehe-liche Kinder evang. Mütter	Kinder sonst. Eltern und Mütter	Taufver-sagun-gen	Getaufte Erwachsene
			evan-gelischen Ehen	Mischehen					
				ins-gesamt	darunter aus evang.-kath. Ehen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

Berlin (West)	16677	4602	78,8	15,4	9,2	5,0	0,8	3	624
Westfalen	56778	3599	79,0	18,1	16,2	2,5	0,3	49	483
Rheinland	59294	5052	66,6	30,0	26,6	3,0	0,4	55	738

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	36903	2151	73,7	23,3	20,5	2,7	0,3	5	200
Kurhessen-Waldeck	18952	600	84,5	13,1	11,4	2,4	0,0	4	88
Baden	23550	1096	68,1	27,6	25,2	3,8	0,5	3	111
Pfalz	12057	385	71,8	24,7	22,0	3,1	0,4	2	28
Bremen	8133	1235	86,1	11,1	8,2	2,7	0,2	—	323

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Hannover	70166	4395	88,7	8,6	7,1	2,5	0,2	25	689
Bayern	40928	1373	67,2	27,5	25,3	4,9	0,5	3	177
Schleswig-Holstein	42686	6333	88,6	8,4	5,1	2,8	0,2	23	1210
Hamburg	8507 <sup>2</sup>	2145	82,9	12,6	7,4	3,4	1,1	.	254
Braunschweig	10511	1146	83,2	12,9	10,0	3,3	0,7	13	218
Lübeck	3326	378	87,3	8,5	4,9	4,1	—	—	178
Schaumburg-Lippe	1208	37	88,5	9,0	7,9	1,7	0,7	—	10

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	45219	2074	75,1	22,1	19,2	2,6	0,3	3	.
Oldenburg	11197	979	86,6	11,0	8,3	2,2	0,3	3	159
Eutin	1579	130	90,1	5,6	4,4	4,1	0,2	—	11

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	4502	159	90,6	7,2	6,4	2,2	0,1	—	43
Nordwestdeutschland	3670	102	92,8	5,5	4,7	1,6	0,1	4	26

**Westliche Glied-**  
**kirchen zusammen** 475843 37971 78,2 18,4 15,8 3,0 0,3 (195) (5570)

1. Taufen von Kindern im Alter von 1 bis zu 14 Jahren

2. Außerdem wurden 518 Konfirmanden nach vollendetem 14. Lebensjahr vor ihrer Konfirmation getauft

**Tabelle 2: Kindertaufen in % der Geburten des Jahres 1966 (Taufziffern)**  
 (Nur für Kinder mit mindestens einem evangelischen Elternteil)

Landeskirche	Getaufte Kinder in % der Lebendgeborenen des gleichen Jahres		
	aus evangelischen Ehen	aus evang.-katholischen Ehen	uneheliche von evang. Müttern
	1	2	3

#### **Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

Berlin (West)	84	43	44
Westfalen	100	37	65
Rheinland	95	37	58

#### **Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	100	46	58
Kurhessen-Waldeck	99	47	61
Baden	101	41	64
Pfalz	97	46	65
Bremen	91	51	46

#### **Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Hannover	100	45	63
Bayern	100	37	71
Schleswig-Holstein	94	52	61
Hamburg	87	56	39
Braunschweig	98	44	65
Lübeck	96	40	57
Schaumburg-Lippe	100	55	84

#### **Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	96	47	61
Oldenburg	101	48	64
Eutin	106	55	91

#### **Reformierte Landeskirchen**

Lippe	108	41	63
Nordwestdeutschland	98	43	57
<b>Westliche Gliedkirchen zusammen</b>	<b>97</b>	<b>41</b>	<b>60</b>



**Tabelle 3: Kindertaufen nach dem Ort der Taufe im Jahre 1966**

Landeskirche	Von je 100 im Jahre getauften Kindern unter 14 Jahren wurden getauft			
	während des Gemeinde- gottesdienstes oder im Kindergottes- dienst	außerhalb des Gemeindegottesdienstes		
		in kirchlichen Räumen einschl. des Pfarrhauses	in der Haus- gemeinschaft (Haustaufen)	in Kliniken u. ähnlichen Anstalten
	1	2	3	4

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

Berlin (West)	42,6	55,1	0,5	1,8
Westfalen	71,6	26,2	0,7	1,4
Rheinland	72,7	25,1	0,8	1,4

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	69,4	25,4	3,6	1,6
Kurhessen-Waldeck	69,0	22,1	7,8	1,2
Baden	73,4	21,6	0,9	4,0
Pfalz	79,7	14,0	1,8	4,4
Bremen	34,7	62,3	1,3	1,6

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Hannover	43,1	53,1	2,9	0,9
Bayern	29,5	53,0	1,6	15,9
Schleswig-Holstein	32,4	62,0	4,9	0,7
Hamburg	16,6	81,9	0,8	0,6
Braunschweig	21,2	77,3	0,5	1,0
Lübeck	3,1	94,8	0,3	1,8
Schaumburg-Lippe	53,1	46,2	0,5	0,2

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	83,8	13,3	1,3	1,6
Oldenburg	42,4	54,8	1,9	0,8
Eutin	47,8	47,8	4,1	0,3

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	85,1	12,4	1,4	1,1
Nordwestdeutschland	79,4	7,1	12,2	1,3
Westliche Glied- kirchen zusammen	56,7	38,3	2,2	2,7

Tabelle 4: Konfirmationen im Jahre 1966

Landeskirche	Konfirmierte Kinder		davon (in % von Spalte 1)					Nachrichtlich	
	insgesamt	darunter später als üblich konfirmiert	Kinder aus			unehe- liche Kinder evang. Mütter	Kinder sonstiger Eltern und Mütter	Konfir- mations- versa- nungen	im Jahre 1966 konfir- mierte Erwach- sene
			evange- lischen Ehen	Mischehen					
				ins- gesamt	darunter aus evang.- kath. Ehen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

Berlin (West)	14299	62	76,6	17,3	8,6	4,6	1,6	40	240
Westfalen	47881	103	82,4	15,4	12,5	1,8	0,4	69	269
Rheinland	50511	55	72,9	24,1	19,4	2,0	1,0	89	85

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen u. Nassau	29221	26	79,5	18,1	14,9	1,9	0,5	32	41
Kurhess.-Waldeck	15750	18	88,0	10,1	8,4	1,8	0,2	8	13
Baden	15894	4	73,4	23,1	20,0	2,9	0,6	15	7
Pfalz	10753	8	78,3	19,1	17,2	2,3	0,3	14	8
Bremen	5881	2	85,1	12,0	8,3	2,4	0,4	—	8

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Hannover	54508	71	88,3	8,5	6,6	2,8	0,4	81	238
Bayern	32150	27	75,3	21,0	18,6	3,2	0,5	29	35
Schleswig-Holst.	51351	60	87,9	8,0	4,7	3,4	0,6	76	387
Hamburg	6966	25	79,3	13,9	8,0	3,4	3,5	16	159
Braunschweig	8841	15	80,8	14,2	9,3	3,4	1,5	16	106
Lübeck	4287	—	83,1	16,2	8,0	0,7	—	—	9
Schaumbg.-Lippe	963	1	90,6	7,4	6,5	1,9	0,2	1	2

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	27980	29	80,1	17,3	13,8	1,9	0,7	2	.
Oldenburg	7632	28	86,2	10,7	6,9	2,7	0,5	7	45
Eutin	2154	—	91,9	4,6	3,3	3,4	0,1	—	6

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	3272	4	93,7	4,7	3,9	1,3	0,2	4	14
Nordwestdeutschd.	2657	12	95,3	3,2	2,8	1,4	0,2	1	22

Westliche Glied- kirchen zus.	392951	550	81,6	15,2	11,9	2,5	0,7	500	(1694)
----------------------------------	--------	-----	------	------	------	-----	-----	-----	--------

1. über 21 Jahre alt

Tabelle 5: Trauungen im Jahre 1966

Landeskirche	Getraute Paare		davon (in % von Spalte 1)				Nachricht- lich Trau- versagun- gen
	ins- gesamt	darunter nachträg- lich getraut1	evangelische Ehepaare	konfessionell gemischte Ehepaare		sonstige Ehe- paare	
				insgesamt	darunter evang.-kath. Ehepaare		
1	2	3	4	5	6	7	

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

Berlin (West)	6980	302	89,0	10,8	9,8	0,2	13
Westfalen	24322	1640	77,2	22,6	21,5	0,2	135
Rheinland	24706	1418	66,1	33,9	32,7	0,0	155

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	15243	485	73,8	26,2	24,2	0,0	33
Kurhessen-Waldeck	7777	146	83,2	16,8	16,0	—	16
Baden	9181	205	67,2	32,4	30,3	0,4	16
Pfalz	4726	83	72,2	27,8	26,2	—	3
Bremen	3309	118	87,5	12,5	9,9	—	2

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Hannover	27880	1120	90,4	9,5	8,8	0,1	84
Bayern	16515	370	66,0	33,9	32,1	0,1	161
Schleswig-Holstein	15329	358	93,0	7,0	6,2	0,1	51
Hamburg	3715	.	91,6	8,3	7,1	0,1	.
Braunschweig	4445	236	86,0	13,9	12,6	0,1	16
Lübeck	1328	63	94,3	5,7	5,0	—	—
Schaumburg-Lippe	551	22	88,6	11,4	10,9	—	1

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	16984	1408	75,2	24,8	22,0	.	51
Oldenburg	4019	143	89,1	10,9	10,1	0,1	10
Eutin	646	16	92,3	7,1	6,0	0,6	—

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	1818	38	88,8	11,2	10,6	0,1	13
Nordwestdeutschland	1423	25	92,2	7,8	6,7	—	5

Westliche Glied- kirchen zus.	190897	(8196)	79,0	21,0	19,6	(0,1)	(765)
----------------------------------	--------	--------	------	------	------	-------	-------

1. im allgemeinen später als 1 Jahr, in Württemberg später als 1 Monat nach der standesamtlichen Eheschließung

Tabelle 6: Trauungen in % der Eheschließungen des Jahres 1966 (Trauziffern)

Landeskirche	Trauungen in % der Eheschließungen					
	evangelische Ehepaare	konfessionell gemischte Ehepaare				
		insgesamt	davon			
			evangelisch-katholische	evangelisch-anders-christliche	evangelisch-jüdische	evangelisch-sonstige
	1	2	3	4	5	6

#### Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin (West)	48	11	19	7	3	1
Westfalen	94	32	34	25	—	7
Rheinland	88	29	31	19	—	5

#### Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	87	34	37	24	7	10
Kurhessen-Waldeck	94	38	43	23	—	—
Baden	90	32	34	24	33	14
Pfalz	91	40	41	40	50	26
Bremen	75	34	41	23	—	20

#### Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	91	31	38	25	20	3
Bayern	88	28	29	25	—	12
Schleswig-Holstein	74	21	37	19	—	1
Hamburg	61	13	26	13	—	1
Braunschweig	85	32	39	46	—	3
Lübeck	74	19	25	26	—	—
Schaumburg-Lippe	103	54	59	100	—	—

#### Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	88	36	38	29	—	27
Oldenburg	92	32	39	32	—	0
Eutin	92	37	47	78	—	—

#### Reformierte Landeskirchen

Lippe	100	41	47	25	—	—
Nordwestdeutschland	98	31	33	24	—	17

#### Westliche Gliedkirchen zusammen

Westliche Gliedkirchen zusammen	84	30	33	23	7	6
---------------------------------	----	----	----	----	---	---



Tabelle 7: Trauungen von geschiedenen Eheleuten im Jahre 1966

Landeskirche	Trauungen von Ehepaaren, bei denen geschieden waren:		
	nur der Mann	nur die Frau	beide
	1	2	3

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

Berlin (West)	347	192	53
Westfalen	649	573	143
Rheinland	917	542	148

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	499	351	101
Kurhessen-Waldeck	188	143	49
Baden	365	237	67
Pfalz	190	142	38
Bremen	33	46	12

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Hannover	616	560	124
Bayern	430	277	49
Schleswig-Holstein	207	192	39
Hamburg <sup>1</sup>	51	53	6
Braunschweig	76	65	14
Lübeck	35	38	4
Schaumburg-Lippe	5	8	4

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	498	268	.
Oldenburg	55	53	9
Eutin	7	9	1

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	22	26	6
Nordwestdeutschland	27	11	7
<b>Westliche Glied-</b> <b>kirchen zusammen</b>	<b>5217</b>	<b>3786</b>	<b>(874)</b>

1. nur Teilergebnisse

Tabelle 8: Kirchliche Bestattungen im Jahre 1966

Landeskirche	Bestattete			davon			
	Erd- bestat- tete	Einge- äscherte und in Urnen Bei- gesetzte	ins- gesamt	evangelische Bestattete		sonstige Bestattete	
				Anzahl	in % der 1966 verstorbenen Evangelischen	Anzahl	in % aller Bestatteten (Spalte 3)
	1	2	3	4	5	6	7

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

Berlin (West)	17148	8952	26100	24944	86	1156	4,4
Westfalen	38667	1433	40100	39674	96	426	1,1
Rheinland	43011	1357	44368	43425	95	943	2,1

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	22850	3811	26661	26056	97	605	2,3
Kurhessen-Waldeck	12053	720	12773	12729	96	44	0,3
Baden	13387	2093	15480	15173	97	307	2,0
Pfalz	8237	367	8604	8392	99	212	2,5
Bremen	3730	1813	5543	5452	88	91	1,6

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Hannover	43584	2926	46510	46193	97	317	0,7
Bayern	24619	6423	31042	30406	98	636	2,0
Schleswig-Holstein	24783	3020	27803	27558	91	245	0,9
Hamburg	5352	3834	9186	9087	85	99	1,1
Braunschweig	6296	1488	7784	7723	95	61	0,8
Lübeck	1813	344	2157	2154	87	3	0,1
Schaumburg-Lippe	896	21	917	914	105	3	0,3

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	(23430) <sup>2</sup>	(2801) <sup>2</sup>	(26231) <sup>2</sup>	26231	96	.	.
Oldenburg	5898	576	6474	6309	101	165	2,5
Eutin	1129	54	1183	1165	112	18	1,5

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	2827	75	2902	2881	98	21	0,7
Nordwestdeutschland	1972	76	2048	2032	107	16	0,8

**Westliche Glied-**

kirchen zusammen	301682	42184	343866	338498	95	(5368)	(1,6)
------------------	--------	-------	--------	--------	----	--------	-------

1. Urnenbeisetzungen nur gezählt, wenn Einäscherung ohne kirchliche Mitwirkung
2. nur Evangelische

Tabelle 9: Kirchliche Bestattungen von Selbstmördern im Jahre 1966

Landeskirche	Bestattete insgesamt	davon		
		evangelisch- landeskirchliche	röm.- katholische	sonstige <sup>1</sup>
	1	2	3	4

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

Berlin (West)	294	286	8	
Westfalen	492	492	—	—
Rheinland	360	350	6	4

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	233	222	11	
Kurhessen-Waldeck	133	132	1	—
Baden	208	198	8	2
Pfalz	109	104	—	5
Bremen	21	21	—	—

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Hannover	540	534	5	1
Bayern	404	387	12	5
Schleswig-Holstein	302	301	1	—
Hamburg	77	76	1	—
Braunschweig	66	65	1	—
Lübeck	1	1	—	—
Schaumburg-Lippe	13	13	—	—

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	.	.	.	.
Oldenburg	66	66	—	—
Eutin	9	9	—	—

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	35	34	—	1
Nordwestdeutschland	20	20	—	—

<b>Westliche Glied- kirchen zusammen</b>	<b>(3383)</b>	<b>(3311)</b>	<b>(35)</b>	<b>(18)</b>
--	---------------	---------------	-------------	-------------

19

1. „sonstige“ = ev.-freikirchlich, anders christlich, jüdisch, sonstige Religion, freireligiös, Weltanschauungsgemeinschaften, gemeinschaftslos und ohne Angabe

Tabelle 10: Heiliges Abendmahl im Jahre 1966

Landeskirche	Abendmahlsfeiern				Abendmahlsgäste			
	im Gotteshaus			Privat- kommunionen	im Gotteshaus		Privatkommunionen	
	insgesamt	je Kirchengemeinde <sup>1</sup>			insgesamt	je Feier		
		alle Kirchen- gemeinden <sup>2</sup>	Gemeinden mit Sitz mindestens eines Pfarramtes					
	1	2	3	4	5	6	7	8

## Gliederkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin (West)	7256	49	49	1787	261384	36	8156	5
Westfalen	20470	34	34	12868	910475	44	52025	4
Rheinland	18633	22	26	13076	818454	44	42370	3
Übrige unierte Landeskirchen								
Hessen und Nassau	13821	12	14	8347	673090	49	28507	3
Kurhessen-Waldeck	6767	7	13	4550	377676	56	15527	3
Baden	9797	18	23	8403	440253	45	29355	3
Pfalz	3417	7	11	3305	205485	60	12446	4
Bremen	1676	25	26	265	55332	33	716	3



# **Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Hannover	25613	15	21	10534	973753	38	41592	4
Bayern	27750	22	23	16195	1151653	42	48981	3
Schleswig-Holstein	10007	20	20	1944	320566	32	8991	5
Hamburg	3583	47	47	910	103747	29	3370	4
Braunschweig	4212	10	14	938	141754	34	4124	4
Lübeck	909	29	29	231	28203	31	825	4
Schaumburg-Lippe	353	17	17	617	22335	63	2126	3

## **Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	16728 <sup>3</sup>	13	16	12941	690963 <sup>4</sup>	41	48782	4
Oldenburg	2535	23	24	723	89278	35	2759	4
Eutin	225	13	13	59	9733	43	333	6

## **Reformierte Landeskirchen**

Lippe	1138	17	17	635	53800	47	2864	5
Nordwestdeutschland <sup>5</sup>	725	6	6	74	31391	43	328	4

<b>Westliche Glied-</b> <b>kirchen zusammen</b>	<b>175615</b>	<b>17</b>	<b>21</b>	<b>98402</b>	<b>7359325</b>	<b>42</b>	<b>354177</b>	<b>4</b>
--	---------------	-----------	-----------	--------------	----------------	-----------	---------------	----------

1. nach dem Stand am Ende des Berichtsjahres
2. einschl. rechtlich selbständiger Gemeinden ohne Sitz eines Pfarramts, Hilfspfarramts, exponierten Vikariats oder dergleichen
3. darunter 724 Feiern für Sondergruppen
4. darunter 31 303 Gäste bei Abendmahlsfeiern für Sondergruppen
5. unvollständig

Tabelle 11: Abendmahlsgäste des Jahres 1966

Landeskirche	Abendmahlsgäste							
	insgesamt		Männer in % von Spalte 1	bei Privat- kommunionen in % von Spalte 1	bei Feiern im Gotteshaus			im selbständigen Abendmahls- gottesdienst
	Zahl	in % der Seelen <sup>1</sup> (Abendmahls- ziffern)			insgesamt	davon in %		
						innerhalb des Gottes- dienstes	im Anschluß an einen Predigt- Gottesdienst	
	1	2	3	4	5	6	7	8
Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union								
Berlin (West)	269540	18	27	3	261384	50,2	33,1	16,8
Westfalen	962500	27	36	5	910475	47,4	38,3	14,3
Rheinland	860824	22	36	5	818454	44,5	41,6	13,9
Übrige unierte Landeskirchen								
Hessen und Nassau	701597	30	37	4	673090	23,4	63,9	12,7
Kurhessen-Waldeck	393203	35	42	4	377676	55,4	31,8	12,7
Baden	469608	34	34	6	440253	9,8	72,8	17,4
Pfalz	217931	29	35	6	205485	13,9	72,8	13,3
Bremen	56048	11	37	1	55332	33,2	46,0	20,8

# Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	1015345	26	38	4	973753	58,9	21,1	19,9
Bayern	1200634	47	39	4	1151653	22,4	39,5	38,1
Schleswig-Holstein	329557	14	36	3	320566	57,0	26,5	16,5
Hamburg <sup>2</sup>	107117	16	34	3	103747	55,3	39,3	7,4
Braunschweig	145878	22	33	3	141754	69,4	21,6	9,0
Lübeck	29028	14	38	3	28203	20,1	71,7	8,3
Schaumburg-Lippe	24461	34	39	9	22335	16,1	42,4	41,6
Übrige lutherische Landeskirchen								
Württemberg	739745	29	35	7	690963 <sup>3</sup>	—	67,7	32,3
Oldenburg	92037	17	38	3	89278	65,9	19,6	14,5
Eutin	10066	12	37	3	9733	31,4	55,4	13,2
Reformierte Landeskirchen								
Lippe	56664	23	37	5	53800	26,1	61,1	12,9
Nordwestdeutschland <sup>4</sup>	31719	15	40	10	31391	67,9	29,4	2,7
Westliche Glied- kirchen zusammen	7713502	27	37	5	7359325	36,1	43,5	20,4

1. nach der Fortschreibung vom 1. 1. 1966 berechnet
2. nur Teilergebnis
3. darunter 31 303 Gäste bei Abendmahlsfeiern für Sondergruppen = 4,5 %
4. unvollständig

Tabelle 12: Kindergottesdienste sowie kirchliche Unterweisung der Jugend im Jahre 1966

Landeskirche	Zahl der regelmäßigen Teilnehmer							
	Kindergottesdienst <sup>1</sup>				Vorkate- chumenen <sup>2</sup>	Katechumenen und Vor- konfirmanden <sup>2</sup>	Konfirmanden (letzter oder einziger Jahrgang) <sup>2</sup>	Unterweisung der konfirmierten Jugend
	ohne Gruppensystem		mit Gruppensystem					
	insgesamt	darunter Jungen in %	insgesamt	darunter Jungen in %				
	1	2	3	4	5	6	7	8

## Gliederkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin (West)	3154	41	7267	41	—	12876	12747	8666
Westfalen	22825	44	88018	44	8583	68412	45678	3788
Rheinland	23898	44	80760	44	.	59165	52645	1514

## Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	30390	45	30604	44	11184	11366	18136	10090
Kurhessen-Waldeck	20220	45	15701	44	787	10794	16581	3202
Baden	34985	46	19220	44	—	—	19404	17796
Pfalz	9585	43	7306	43	—	10585	10525	425
Bremen	2521	41	3462	42	884	5492	5702	.



# Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	32399	43	43042	43	—	52853	53500	5005
Bayern	36453	46	31380	45	607	21109	31949	4288
Schleswig-Holstein	8776	42	13734	40	284	27295	30849	748
Hamburg	1067	41	2821	39	—	6897	6833	—
Braunschweig	6258	44	3513	42	200	8491	8557	176
Lübeck	153	33 <sup>a</sup>	1093	33 <sup>a</sup>	—	2165	2289	—
Schaumburg-Lippe	726	44	1510	43	—	977	889	138
<b>Übrige lutherische Landeskirchen</b>								
Württemberg	27776	•	113136	•	•	•	•	27242
Oldenburg	3649	46	2965	43	53	7613	7660	550
Eutin	361	44	421	40	217	1179	1295	50
<b>Reformierte Landeskirchen</b>								
Lippe	1988	43	5435	43	2852	2943	3029	43
Nordwestdeutschland	1981	43	5646	43	1559	2981	2707	93
Westliche Glied- kirchen zusammen	269165	•	477034	•	(27210)	(313193)	(330975)	(83814)
Spalten 1-4 ohne Württemberg	241389	44	363898	44				

1. darin in einzelnen Gliedkirchen vereinzelt Kinderlehre enthalten
2. Stichtag 31. 12. 1966
3. geschätzt

Tabelle 13: Übertritte (Eintritte) zu den Landeskirchen im Jahre 1966

Landeskirche	Übergetretene				Religions- unmündige
	Erwachsene				
	insgesamt	darunter			
		Männer		Wieder- eingetretene <sup>1</sup>	
		Anzahl	in %		
		1	2		

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

Berlin (West)	1815	781	43,0	882	6
Westfalen	5021	2545	50,7	1404	304
Rheinland	5186	2458	47,4	1642	290

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	2546	1120	44,0	733	254
Kurhessen-Waldeck	929	444	47,8	188	38
Baden	1305	554	42,5	251	217
Pfalz	694	334	48,1	129	101
Bremen	735	342	46,5	179	36

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Hannover	3123	1519	48,6	974	208
Bayern	2619	1119	42,7	426	440
Schleswig-Holstein	2736	1326	48,5	1034	55
Hamburg	677	325	48,0	303	10
Braunschweig	843	388	46,0	267	28
Lübeck	271	131	48,3	49	3
Schaumburg-Lippe	63	39	(61,9)	7	—

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	1998	.	.	743	216
Oldenburg	576	295	51,2	172	19
Eutin	49	23	(46,9)	23	—

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	182	92	50,5	46	4
Nordwestdeutschland	149	59	39,6	13	3

Westliche Glied- kirchen zusammen	31517	.	.	9465	2232
Spalten 1-3 ohne Württemberg	29519	13894	47,1		

<sup>1</sup>. einschl. Rücktritte

**Tabelle 14: Kirchenaustritte im Jahre 1966**

Landeskirche	Ausgetretene			Religions- unmündige <sup>1</sup>
	Erwachsene			
	insgesamt	darunter Männer		
		Anzahl	in %	
1	2	3	4	

**Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**

Berlin (West)	5625	3279	58,3	143
Westfalen	3078	1545	50,2	193
Rheinland	5251	2846	54,2	450

**Übrige unierte Landeskirchen**

Hessen und Nassau	2699	1528	56,6	128
Kurhessen-Waldeck	892	520	58,3	46
Baden	1300	582	44,8	120
Pfalz	489	252	51,5	82
Bremen	871	574	65,9	26

**Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands**

Hannover	3900	2362	60,6	149
Bayern	2298	1121	48,8	425
Schleswig-Holstein	4059	2511	61,9	53
Hamburg	3176	1824	57,4	11
Braunschweig	1275	700	54,9	12
Lübeck	218	149	68,3	3
Schaumburg-Lippe	26	15	(57,7)	3

**Übrige lutherische Landeskirchen**

Württemberg	1956	.	.	181
Oldenburg	862	595	69,0	21
Eutin	58	32	(55,2)	1

**Reformierte Landeskirchen**

Lippe	71	35	(49,3)	3
Nordwestdeutschland	109	60	55,0	9
Westliche Glied- kirchen zusammen	38213	.	.	2059
Spalten 1—3 ohne Württemberg	36257	20530	56,6	

<sup>1</sup> nur Kinder, die getauft waren









Thecla

4755

110280

48,-

BX  
8020  
A2  
K5  
v.94

110280

Kirchliches Jahrbuch  
fuer die Evangelische  
Kirche in Deutschland

DATE DUE	BORROWER'S NAME
DEC 21 70	

Kirchliches, ... v.94

THEOLOGY LIBRARY  
SCHOOL OF THEOLOGY AT CLAREMONT  
CLAREMONT, CALIFORNIA



PRINTED IN U.S.A.

